

Englische Geschichte
im
achtzehnten Jahrhundert

Erster Band

Englische Geschichte

im

achtzehnten Jahrhundert

Von

Wolfgang Michael

Erster Band

Die Anfänge des Hauses Hannover

Zweite (Titel-) Ausgabe

BERLIN und LEIPZIG

Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild

1921

11-C-158/1

11-C-158/1

Die Anfänge
des Hauses Hannover

Von

Wolfgang Michael

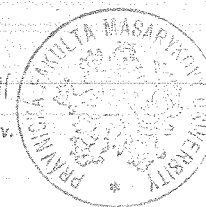
Zweite

um einen Anhang vermehrte

Titel-Ausgabe

SEMINÁRNÍ

Hist.-práv.



KNIHOVNA

oddělení

BERLIN und LEIPZIG

Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild

1921

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright 1921 by
Dr. Walther Rothschild
Berlin

int. čis. 6. 373

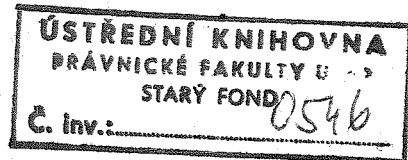
Yostsch

Kouplou

V

Brü

2.062.62 T IV



Vorwort.

Wenn ich es unternehme, mit einer Arbeit über die Geschichte Englands im achtzehnten Jahrhundert vor die Öffentlichkeit zu treten, so liegt mir doch der Ehrgeiz sehr fern, mit bekannten englischen Werken über denselben Gegenstand wetteifern, oder gar sie übertreffen zu wollen. Die Verfasser derselben stehen der Sache, von der sie handeln, unendlich viel näher als jeder fremdländische Autor. Sie sind herangewachsen, sie leben innerhalb der Gesellschaft, in den öffentlichen Verhältnissen, welche aus den von ihnen geschilderten unmittelbar hervorgegangen sind. Der eine von ihnen, Lord Stanhope, war selbst ein Abkömmling des hervorragendsten unter den britischen Ministern der früh-hannövrischen Epoche. In seiner Familie hatte sich mit den Papieren jenes Ahnen gewiß auch ein lebendiges Verständnis der Zeit vererbt, in der er wirkte. So nahe kann sich ein Deutscher den Ereignissen jener Vergangenheit Englands wohl niemals fühlen.

Immerhin bedarf es heute für den Historiker, der die Geschichte eines ihm fremden Volkes erzählt, kaum einer Rechtfertigung mehr. Der Nutzen, welcher daraus erwachsen kann, ist allseitig anerkannt. Es wäre nicht zu wünschen, sagt ein britischer Autor, daß jede Nation nur ihren eigenen Geschichtsschreibern überlassen bliebe. Und machen wir nicht auch im täglichen Leben die Erfahrung, daß Fernstehende die Verhältnisse ihrer Mitmenschen oft klarer durchschauen als diese selbst? Nicht mit der gleichen Liebe und Wärme, wie der einheimische Darsteller, aber dafür auch ruhiger und unbefangener vermag der Fremde die Geschichte einer Nation zu erzählen. Den Deutschen lassen die Gegensätze des englischen Lebens kühl, er ist weder Whig noch Tory und kann unbefangen über beide reden, ohne seine innerste Natur überwinden zu müssen. Es wäre eitel, nach

einer Objektivität zu streben, welche der Begebenheit allein mächtig zu werden vermöchte und in ihren Urteilen das für alle Zeiten Gültige zu finden sich zutraute. Meine Aufgabe soll es sein, in schlichter Erzählung die Ereignisse so wiederzugeben, wie ich selbst sie forschend erkannt habe.

Wenn es dem Verfasser vergönnt sein wird, den Plan der Arbeit so, wie er ihn gegenwärtig im Geiste hat, zu verwirklichen, so sollen nacheinander alle Seiten des englischen Lebens im achtzehnten Jahrhundert zur Darstellung gelangen: Handel und Wandel nicht minder als äußere und innere Politik, Recht und Verfassung, Wissenschaft, Kunst und Literatur. Freilich möge man nicht erwarten, dies alles schon in dem vorliegenden Bande behandelt zu finden. Dieser hat es vornehmlich mit rein politischen Dingen zu tun, mit der gelungenen Durchführung der protestantischen Thronfolge, dem endgültigen Siege der großen Gedanken von 1688. Denn wie dürfte man es versuchen, die mannigfaltigen Zweige der Entwicklung eines mächtigen Kulturvolks zu schildern, ohne zuvor die Geschichte seines Staates zu geben, ohne welche alles Übrige zur Hälfte unerklärt bliebe?

Ich habe mich, um meine Darstellung verständlicher zu machen, nicht gescheut, auch der älteren Geschichte Englands einen Platz in meinem Buche anzuweisen, und möchte hoffen, daß auch diese einleitenden Abschnitte nicht ganz als äußeres Beiwerk hingenommen werden möchten. Der zweite Band soll die Geschichte der Regierung Georgs I. zu Ende führen. Wie im ersten Bande die auswärtigen Beziehungen, so werden im zweiten die inneren Verhältnisse einen breiten Raum einnehmen.

Über die benutzten Quellen brauche ich nur Weniges zu bemerken. An wertvollem Material, welches seit kürzerer oder längerer Zeit gedruckt vorlag, hat es nicht gefehlt. Noch wichtiger erwiesen sich doch die der Veröffentlichung noch harrenden Schätze der Archive. Mit den letzten Zeiten der Königin Anna beginnend, sind dieselben überall in erheblicher Menge herangezogen; und wer, der, vor solchem Quellenstoffe stehend, seiner Aufgabe nur einigermaßen gewachsen ist, wird nicht auch neue Kenntnis daraus zu schöpfen

verstehen? Ein zweijähriger Aufenthalt in London war wohl geeignet, dem Verfasser eine gewisse Vertrautheit mit den handschriftlichen Sammlungen des Record Office und des Britischen Museums zu geben. Im Record Office galt es in erster Linie, die große Gruppe der auswärtigen Akten auszubenten, aber daneben boten auch die Abteilungen der Home Office-, der Domestic-, der Admiralty State Papers noch zahlreiche wichtige Nachrichten dar. Außerhalb Großbritanniens fand ich reiche Belehrung über alle wichtigeren Vorgänge des politischen Lebens in England in zwei fortlaufenden Reihen von Gesandtschaftsberichten, des österreichischen Residenten Johann Philipp Hoffmann, die im Staatsarchive zu Wien, und des preußischen Friedrich Bonet, die im Geheimen Staats-Archive zu Berlin verwahrt werden. Der Wert der Bonetschen Berichte ist längst gewürdigt; ihr Anblick gab Ranke erst den Mut, als ihn die vorher benutzten Quellen im Stiche ließen, auch die Epoche Wilhelms III. noch zu beschreiben. Sie sind für die Zeit Georgs I. von nicht geringerer Bedeutung. Ein langjähriger Aufenthalt im Lande hat Bonet wie Hoffmann zu vorzüglichen Kennern der englischen Verhältnisse gemacht. Bonet verkehrt mit hervorragenden Männern der verschiedenen Lebenskreise. Über den Prozeß des Grafen Oxford vor dem Oberhause berichtet er seinem Könige nach den Erzählungen der Peers von beiden Parteien. Von Einseitigkeiten ist er gleichwohl ebensowenig frei wie der Resident Hoffmann, der die politischen Fragen stets vom Standpunkte des kaiserlichen Interesses aus betrachtet. Doch finde ich nicht einmal, daß ihre Glaubwürdigkeit wesentlich dadurch beeinträchtigt würde. Neben Hoffmann treten auch kaiserliche Gesandte von vornehmerem Charakter auf, deren Korrespondenzen sich mir nützlich erwiesen haben. Für die Zeit des Thronwechsels von 1714 und auch noch für spätere Momente bot endlich das Staatsarchiv zu Hannover wertvolles Material dar. Ich habe diese handschriftlichen Quellen in England wie auf dem Festlande mit aller Freiheit, die sich wünschen ließ, studieren können; umfangreiche Akten aus Berlin und Hannover wurden mir für lange Monate zur Benutzung in der Freiburger

VIII

Universitäts-Bibliothek überlassen. Es gebührt sich, daß ich den Verwaltungen wie den einzelnen Beamten aller dieser Anstalten meinen wärmsten Dank auch an dieser Stelle bekunde.

Es gibt Abschnitte der englischen Geschichte, welche den hier zu behandelnden weit hinter sich lassen an großen Ereignissen und berühmten Namen. Nicht die Schilderung gewaltiger Männer oder glänzender Heldentaten möge der Leser dieses Buches erwarten. Die Ruhmesepoche, welche England mit dem spanischen Erbfolgekriege soeben durchgemessen hat, ist abgeschlossen. Wie die Schatten einer verflössenen größeren Zeit wandeln einzelne ihrer Helden noch unter ihrem Volke. Das lebende Geschlecht zeigt unverkennbar die Züge des Epigonentums. Kein einziger unter den vorwaltenden Männern der Epoche, der seine Umgebung so weit überragte, sie so ganz beherrschte, daß er darum zum Mittelpunkt, zum Helden unserer Erzählung werden könnte. Dieselbe hat nur Einen Helden: es ist das englische Volk selbst mit seinem rastlosen Streben nach Macht, Reichtum und Freiheit. Am Ende müssen wohl die Eigenschaften der einzelnen Persönlichkeit auch in der Nation noch zu erkennen sein.

Freiburg i. B. im November 1895.

Wolfgang Michael.

Um den Lesern des kürzlich erschienenen zweiten Bandes auch eine bequemere Benutzung des ersten zu ermöglichen, ist die vorliegende Titel-Ausgabe veranstaltet worden. Zu diesem Zwecke ist das kurzgefaßte Inhaltsverzeichnis durch ein ausführlicheres ersetzt worden. Sodann wurde am Schlusse ein Anhang hinzugefügt, in dem zur Erläuterung des Textes einige handschriftlich erhaltene Quellen zum ersten Male veröffentlicht werden.

Freiburg i. B. im Dezember 1920.

W. M.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V—VIII
Einleitung	1—2

Erstes Buch.

Rückblick auf frühere Zeiten.

Erstes Kapitel. Die römische Provinz Britannien	5—14
Julius Cäsar und die römische Eroberung 5. Die Grenzen der Eroberung 8. Römisches Leben in Britannien 9. Angriffe der Germanen 11. Eintritt der englischen Nation in die Reihe der historischen Völker 14.	
Zweites Kapitel. Die Angelsachsen	15—37
Staatengründungen der Angelsachsen 15. Bekehrung zum Christentum 18. Sieg der römischen Kirche über die schottische 20. Einigung Englands unter Egbert von Wessex 23. Alfred der Große und die Dänennot 26. Die dänische Vesper 31. Die Herrschaft der Dänen 32. Eduard der Bekenner 34. Angelsachsen und Normannen 35.	
Drittes Kapitel. Die normännische Eroberung	38—45
Wilhelm der Eroberer 38. Die Schlacht bei Hastings 40. Die neue Regierung 41. Die englische Sprache 44.	
Viertes Kapitel. Die ersten Plantagenets und die Magna Charta	46—64
Die Nachfolger des Eroberers 46. Heinrich II. und Thomas Becket 48. Heinrich II. als Regent 50. Richard Löwenherz 52. Johann ohne Land 53. Streit mit der Kirche 54. Der König als Lehnsmann des Papstes 56. König Johann und die Barone 58. Die Magna Charta 61.	
Fünftes Kapitel. Das englische Parlament	65—90
Heinrich III. 65. Simon von Montfort 69. Der Sieg der Revolution 70. Das Parlament von 1265 71. Die Entwicklung der Städte 72. Eduard I. 78. Eroberung von Wales und Schottland 79. Der schottische Freiheitskampf 84. Das „Muster-Parlament“ 86. Entwicklung der parlamentarischen Verfassung 87.	

Sechstes Kapitel. Auswärtige u. Dynastische Kämpfe 91—127

Der hundertjährige Krieg 91. Crecy und Calais 94. Der Sieg in Schottland 95. Maupertuis 96. Gewinn und Verlust in Frankreich 97. Regierung Richards II. 98. Langland, Chaucer, Wiclif 99. Der Bauernaufstand 102. Absetzung Richards II. 108. Das Haus Lancaster 109. Heinrich IV. und V. 112. Azincourt 114. Der Krieg nach dem Tode Heinrichs V. 116. Die Wirkungen des Kampfes 118. Der Krieg der Rosen 120. Eduard IV. und Richard III. 124.

Siebentes Kapitel. Die Tudors und die Reformation 128—162

England nach dem Rosenkriege 128. Begründung einer neuen Dynastie 129. Ehebindnisse und auswärtige Politik 132. Innere Politik Heinrichs VII. 133. Heinrich VIII. 135. Kardinal Wolsey 137. Trennung von der römischen Kirche 139. Kirchenpolitik unter Heinrich VIII. und Eduard VI. 140. Fortschritte der Reformation 144. Johanna Grey und Maria die Katholische 145. Die katholische Reaktion 147. Das englische Volk und der Gewissenszwang 148. Königin Elisabeth 149. Maria Stuart in Schottland 151. Maria Stuart als Gefangene in England 154. Die unüberwindliche Armada 157. Shakespeare 160.

Achstes Kapitel. Die Revolution 163—206

Jakob I. 163. Die Pulververschwörung 165. Verhältnis zu Spanien 166. Karl I. 169. Die *Petition of right* 170. Ermordung Buckingham 171. Parlamentlose Regierung 172. Erzbischof Laud 174. Der Streit in Schottland und das kurze Parlament 175. Strafford 176. Berufung des langen Parlaments 178. Straffords Prozeß und Hinrichtung 178. Der König und das Parlament 179. Die große Remonstranz 181. Der Bürgerkrieg 182. Oliver Cromwell 184. Die Niederlage des Königs 186. Parlament und Armee 187. Prozeß und Hinrichtung des Königs 190. Cromwell in Irland und Schottland 191. Die Navigationsakte und der holländische Krieg 193. Sprengung des langen Parlaments 195. Cromwell als Protektor 197. Die Restauration 200. Karl II. 201. Jakob II. und der Katholizismus 203.

Zweites Buch.

Die Begründung des parlamentarischen Königtums.

Erstes Kapitel. Die glorreiche Revolution . . . 209—219

Bedeutung der Revolution von 1688 209. Fahrt und Landung Wilhelms von Oranien 210. Flucht und Absetzung Jakobs II. 212. Das Doppelkönigtum Wilhelms und Marias 213. Die Erklärung der Rechte 214. Die konstitutionelle Regierungsweise 215. Whigs und Tories 216. Wilhelm III. und der Kampf gegen Ludwig XIV. 217.

Zweites Kapitel. Die Siege des span. Erbfolgekrieges 220—246

Das spanische Erbe 220. Die Seemächte und der spanische Handel 222. Der Tod Jakobs II. und die Haager Allianz 225. Tod Wilhelms III. 226. Königin Anna 227. Vorbereitung zum Kampfe 228. Die ersten Kriegsjahre 230. Schlacht bei Höchstädt 232. Eroberung von Barcelona 235. Turin und Ramillies 237. Die Krisis von Altranstäd 240. Die englisch-schottische Union 241. Die Königsfahrt des Prätendenten 245. Malplaquet 246.

Drittes Kapitel. Der Ministerwechsel von 1710 und der Utrechter Friede 247—280

Das Ergebnis des Krieges 247. Die Whigs als Kriegspartei 248. Der Prozeß Sacheverell. Der Sieg der Tories 253. Oxford und Bolingbroke 254. Jonathan Swift 256. Geheime Friedensverhandlungen 259. Der Kampf im Oberhause 261. Kritische Lage der Minister 262. Der Pairsschub 263. Der Sturz Marlboroughs 265. Prinz Eugen in London 266. Die Utrechter Verhandlungen 268. Die letzten Kämpfe 271. Die Friedensschlüsse 272. Die Ergebnisse des Krieges 273. Das Urteil der Geschichte über den Utrechter Frieden 277.

Viertes Kapitel. Die Grundlagen der hanövrischen Thronfolge 281—292

Der Anspruch des Welfenhauses 281. Tod des Herzogs von Gloucester 285. Die *Act of Settlement* 286. Das Regentenschaftsgesetz 291.

Fünftes Kapitel. Königin Anna und die Thronfolge 293—361

A. Beziehungen zwischen England und Hannover 293—337. Kurfürstin Sophie 293. Die englischen Parteien und die Thronfolge 299. Bothmers Sendungen nach England im Jahre 1711 301. Die Präcedenzakte 305. Sendung Grottes nach England 305. Die Mission Schütz 309. Erkrankung der Königin 314. Die Parlamentseröffnung 317. Die Debatten in beiden Häusern 319. Eine Adresse gegen den Prätendenten 323. Ablehnende Haltung der Königin 324. Die Anhänger der hanövrischen Thronfolge und Kurfürst Georg Ludwig 325. Der *Writ* für den Kurprinzen 326. Tod der Kurfürstin Sophie 333. Georg Ludwig als Thronfolger 334. Neue Sendung Bothmers 336.

B. Die letzten Monate der Königin 338—361. Die Minister und der Prätendent 338. Seine Ablehnung des Glaubenswechsels 340. Konflikt im Ministerium 343. Bothmer in London 343. Proklamation gegen den Prätendenten 345. Dankadresse des Parlaments 347. Das Wiederaufkommen der Whigs 350. Oxford und Bolingbroke 351. Schluß der Session 353. Die Whigs und der Kurfürst 355. Der Sturz des Grafen Oxford 357. Die letzten Pläne Bolingbrokes 358.

Sechstes Kapitel. Der Thronwechsel 362—400

Tod der Königin Anna 362. Erhebung Shrewsburys zum Großschatzmeister 364. Proklamierung Georgs I. 367. Die Regenten 369. Bothmers Stellung in London bis zur Ankunft des Königs 372. Schottland während des Thronwechsels 373. Stimmungen im englischen Volke 374. Bothmer und Iberville 377. Aus dem Nachlasse der Königin Anna 378. Die Haltung Hollands und Frankreichs 379. Bolingbrokes Plan eines europäischen Bundes 381. Die auswärtige Politik der Regentschaft 382. Bolingbrokes Sturz 384. Zusammentritt des Parlaments 387. Seine ersten Handlungen 387. Lord Clarendon in Hannover 391. Die Verwaltung des Kurfürstentums 393. Des Königs Abschied von Hannover 394. Georg I. im Haag 395. Seine Ankunft in England 397. Der Einzug in London 399.

Drittes Buch.

Befestigung der europäischen Stellung
Georgs I.

Erstes Kapitel. Hof und Regierung Georgs I. . . 403—459

Der allgemeine Jubel 403. Georg I. und Sophie Dorothea 404. Der neue König 408. Fräulein von Schulenburg 411. Frau Kielmansegge 412. Andere Damen bei Hofe 413. Lebensweise des Königs 414. Prinz und Prinzessin von Wales 416. Hofleben von St. James's 418. Der König und seine Untertanen 420. Die Parteien 422. Bothmer und die Ämter 423. Die neuen Minister 426. Cowper 427. Halifax 428. Nottingham 430. Marlborough 431. Sunderland 432. Somers 433. Townshend 434. Stanhope 436. Das Kabinett und der König 439. Die Tories und die Ämter 441. Walpole, Orford, Wharton 442. Bernstorff 445. Robethon 446. Die deutschen Minister Georgs I. 448. Des Königs Unkenntnis im Englischen 450. Die Krönungsfeierlichkeiten 452. Sieg der Ideen von 1688 458.

Zweites Kapitel. Die Ministeranklagen 460—484

Die Herrschaft der Whigs 460. Auflösung des Parlaments 461. Proklamation des Prätendenten 462. Der Wahlkampf 463. Sieg der Regierung bei den Wahlen 465. Die Thronrede 466. Die Adreßdebatten 468. Beschlagnahme der Papiere Priors und Straffords 470. Das Unterhaus gegen Sir William Wyndham 472. Die „geheime Kommission“ 475. Der Bericht 476. Hochverratsklage gegen Bolingbroke beschlossen 479. Die Klagen gegen Oxford und Ormond 480. Oxford vor dem Oberhause 483. Ormonds Flucht 484.

Drittes Kapitel. Der Aufstand der Jakobiten . . 485—621

Die Elemente des Widerstandes 485. Haltung der Tories 486. Die Maßregeln der Regierung 489. Der

Prätendent 489. Englisch-französische Beziehungen 491. Dünkirchen und Mardyck 492. Graf Stair als englischer Gesandter in Paris 495. Die Lage Frankreichs 497. Kriegerische Pläne der englischen Staatsmänner 498. Bolingbroke und Jakob Eduard 499. Englische Gegenmaßregeln 502. Bolingbrokes Bemühungen um die Hilfe Frankreichs 505. Die Thronrede gegen die Rebellion 507. Entschlossenheit der Regierung 508. Starke Stellung Georgs I. 510. Flucht des Herzogs von Ormond 512. Tod Ludwigs XIV. 513. Philipp von Orleans als Regent 515. Stair und Orleans 517. Jakob Eduard und der Regent 518. Schottland und Graf Mar 520. Der beginnende Aufstand 523. Mordplan gegen die königliche Familie 525. Die ersten Erfolge der Rebellen 526. Anschlag auf das Edinburger Kastell 527. Die Rebellen in Perth 530. Der Herzog von Argyle als Befehlshaber der königlichen Truppen 531. Mars Unentschlossenheit 533. Robert Walpole erster Schatzlord 534. Verhaftung Wyndhams und anderer Jakobiten 536. Orleans und Georg I. 539. Orleans' Annäherung an die Jakobiten 540. Stairs Nachrichtendienst 542. Ormond beim Regenten 543. Seine mißlungene Fahrt nach England 545. Erhebung in Northumberland 546. Macintosh 548. Die Rebellen in Preston 551. Kapitulation von Preston 552. Die Lage in Schottland 555. Mars Entschluß zum Kampfe 556. Aufbruch des Rebellenheeres 558. Aufstellung zur Schlacht 560. Das Heer Argyles 562. Vormarsch der beiden Heere 563. Die Schlacht auf dem Sheriff-Moor 564. Ergebnisse der Schlacht 569. Aufbruch des Prätendenten 570. Stair am französischen Hofe 571. Die neue Königsfahrt des Prätendenten 572. Landung in Schottland 574. Traurige Lage der Rebellen 576. Argyle und Cadogan 578. Die Flucht des Prätendenten 579. Schottland nach der Rebellion 581. Bolingbrokes Sturz 583. Englisch-französische Beziehungen 587. Frankreich und der Herzog von Lothringen 589. Der Prätendent in Avignon 589. Das englische Volk während der Rebellion 590. Ergebenheit des Parlaments 592. Strafverfahren gegen die Rebellen 595. Anklage der sieben Lords 596. Das Urteil 598. Versuche zur Rettung der Verurteilten 600. Hinrichtung, zweier Lords 603. Nottinghams Entlassung 604. Vorschlag der Septennial Acte 605. Kurze oder lange Parlamente 608. Die Bill im Oberhause 610. Im Unterhause 611. Annahme der Septennial Bill 613. Georgs I. Entschluß zur Reise nach Hannover 614. Der Prinz von Wales als Statthalter 615. Des Königs Abreise 619. Bedeutung der Königsreisen nach Hannover 620.

Viertes Kapitel. Der Barrière-Vertrag und das alte
System 622—678

Die Barrière 622. Der Barrière-Vertrag von 1709 624. Der Barrière-Vertrag von 1713 627. Verhandlung eines neuen Vertrages 630. General Cadogan als Vermittler 632. Stanhopes Kriegsdrohungen 634. Stanhope in

Wien 636. Stanhopes Mißerfolg 640. Cadogans Sendung nach Wien 642. Neue Forderungen der Holländer 644. Die politische Lage 647. Die Unterzeichnung des Barrière-Vertrages 648. Sein Inhalt 649. Auswechslung der Ratifikationen 653. Das Schicksal des Barrière-Vertrages 654. Die Frage des englisch-österreichischen Bündnisses 655. Stanhopes Plan eines neuen Krieges 658. Graf Volkra, österreichischer Botschafter in London 660. Bündnis zwischen England und Holland 663. Verstimmung des Kaiserhofes 664. Schwierigkeiten bei der Verhandlung einer Tripel-Allianz 666. Der Wiener Bündnisentwurf 668. Die entscheidenden Verhandlungen 670. Das englisch-österreichische Bündnis vom 25. Mai 1716 674. Bedeutung der geschlossenen Allianzen 676.

Fünftes Kapitel. Spanien und die Handelsverträge 679—708

Die auswärtige Politik der Whig-Regierung 679. Das neue Spanien 680. Englands Bemühungen für Barcelona 681. Englische Handelsbeziehungen mit Spanien 684. Paul Methuens Sendung nach Spanien 685. Elisabeth Farnese als Königin von Spanien 688. Methuens Mißerfolg und Abberufung 689. Majorka 690. Englands Eintreten für Majorka 691. Eroberung Majorkas durch die Spanier 694. Tod Ludwigs XIV. 696. Philipps V. Absichten auf den französischen Thron 696. Alberonis Anknüpfung mit England 698. Der englisch-spanische Handels-Vertrag 700. Eindruck in Europa 702. Neues Abkommen über den Assiento 706. England durch Alberoni hintergangen 707.

Sechstes Kapitel. Nordische Politik Georgs I. . 709—746

England und Hannover 709. Karl XII. von Schweden 711. Hannover, England und Schweden 712. Beschluß der Flottensendung in die Ostsee 1715 715. Vorbereitung der Flottensendung 716. Friedrich Wilhelm I. und die englische Flotte 717. Die Instruktionen für Admiral Norris 719. Bernstorffs geheime Weisungen für Norris 720. Die englische Flotte in der Ostsee 721. Norris' Zurückhaltung 724. Peter der Große und Norris 725. Georgs I. Entscheidung zwischen den deutschen und englischen Ministern 727. Englische Hülfe im Kampfe gegen Schweden 1715 728. Erwerbung von Bremen und Verden 730. Die baltische Expedition von 1716 732. Die Engländer in der Ostsee 735. Graf Gyllenborg und die Jakobiten 737. Gyllenborgs Verhaftung 739. Die Veröffentlichung seiner Korrespondenz 741. Die baltischen Expeditionen von 1717 und 1718 743. Die Haltung der Opposition 745.

Siebentes Kapitel. Die Quadrupel-Allianz . . . 747—812

Georg I. und der Regent von Frankreich 747. Stairs Plan eines neuen Krieges 748. Die Frage eines französischen Bündnisses 749. Abbé Dubois 753. Dubois und Stanhope in Haag 755. Georg I. in Hannover 1716 756. Die Verhandlungen in Hannover 758. Lösung

der Mardycker Frage 760. Einfluß der nordischen Verwicklungen 761. Erkrankung des Prätendenten 764. Verzögerung der Unterzeichnung 765. Lord Sunderland in Hannover 766. Georgs I. Zorn gegen Townshend 767. Unterzeichnung der Tripel-Allianz am 4. Januar 1717 769. Der Prinz von Wales als Statthalter 770. Gegensätze innerhalb der Regierung 771. Entlassung von Townshend und Walpole 774. Die Spaltung der Whigpartei und die auswärtige Politik 776. Neue Anregungen 779. Stanhope und Pendtenriedter in Hannover 780. Stanhopes großer Plan 780. Abbruch der Verhandlungen 782. Alberoni als leitender Minister in Spanien 783. Die Eroberung Sardinien 785. England und Spanien 786. Pendtenriedters Sendung nach England 787. Die Verhandlungen in London 789. Unsichere Haltung des Regenten 791. Lukas Schaub in Paris 792. Schaub in Wien 793. Verhandlungen am Kaiserhofe 794. Karls VI. letzte Forderungen 796. Die Verhandlung in Paris 798. Stanhopes Reise nach Paris 800. Kritische Tage in Paris 801. Der Abschluß der Konvention 802. Unterzeichnung der Quadrupel-Allianz 803. Alberonis ablehnende Haltung 805. Die Abfahrt der englischen Flotte 806. Eroberung Siziliens durch die Spanier 807. Die Instruktionen des Admirals Byng 807. Stanhope in Spanien 809. Die Seeschlacht am Kap Passaro 810.

Achtes Kapitel. Englands Vermittlung im Türkenkriege 813—831

England und das neue politische System in Europa 813. Österreich und die Pforte 814. Die Gründe des neuen Türkenkrieges 815. Englische Friedensbemühungen 816. Peterwardein und Belgrad 818. England bietet seine Friedensvermittlung an 819. Berufung des Kongresses nach Passarowitz 820. Die Bevollmächtigten 821. Eröffnung des Kongresses 823. Die ersten Konferenzen 824. Die weiteren Verhandlungen 826. Der Friedensschluß 828. Erfolge der österreichischen Orientpolitik 829. Höhepunkt der Macht Georgs I. 830.

Register 833—856

Anhang.

- No. 1. Die englische Zivilliste und der deutsche Hof in London 857
 No. 2. Bonets Beschreibung des englischen Hofes nach dem Thronwechsel von 1714 857—863

No. 3. Königin Anna und Georg I. Eine Spottschrift	863
No. 4. Bonets Mitteilungen über Georg I. und seinen Hof im Sommer 1716	863—865
No. 5. Der Entschluß zur Vernichtung der spanischen Flotte	866

Dieses Buch will die Geschichte des dem unsrigen stammverwandten englischen Volkes erzählen von dem Augenblicke an, da ein deutsches Fürstengeschlecht den britischen Königsthron bestieg, bis in eine Zeit, wo dasselbe mit den Geschicken des Landes völlig verwachsen war. Nicht als ob die persönlichen Schicksale der Herrscher unseren vornehmsten Gegenstand ausmachen sollten: viel wichtiger ist uns das englische Leben in Staat und Gesellschaft; und wieviel fehlt daran, dass es mit dem Schicksal des Königs ein und dasselbe sei. Aber mit der fremden Dynastie war in die britische Staatsleitung ein neues Element gekommen: die hannöverischen Gesichtspunkte des Königs und seiner deutschen Minister. Fremde Interessen wurden fortan mit den englischen in einer Weise vermengt, wie eine selbstbewusste Nation sich solches auf die Dauer niemals gefallen lassen wird.

Und doch ward durch dieses Verhältnis die nationale Entwicklung kaum gehemmt. Wir haben die Geschichte eines mächtig dastehenden und noch rüstig emporstrebenden Gemeinwesens zu schreiben. Im Beginne unserer Erzählung steht Grossbritannien am Ende eines langen und blutigen Krieges, den es an der Spitze eines europäischen Bundes siegreich durchgekämpft hat. Auf allen Schlachtfeldern Europas hatten englische oder durch England besoldete Truppen gefochten: es vermochte seitdem unter einer geschickten Staatsleitung selbst eine unmittelbare Einwirkung auf die Machtverhältnisse des Festlandes zu üben, wie sie in unseren Tagen, wo das britische Landheer sich mit denen der grossen kontinentalen Staaten nicht mehr messen kann, kaum noch denkbar sein würde.

Und wenn wir die grosse Stellung betrachten, die England während des 18. Jahrhunderts in der Welt behauptete, so sehen wir auch jenes gewaltige koloniale Reich allmählich vor unseren Blicken entstehen, dem sich, zusammen mit der englischen See- und Handelsgrösse, nichts anderes in der Geschichte vergleichen lässt. Holländer, Franzosen und Spanier werden aus dem Felde geschlagen oder überflügelt. Die Kriege Englands, in allen Weltteilen und auf allen Meeren

ausgefochten, dienen stets auch der Ausdehnung seines kolonialen Machtbereiches.

Gleichzeitig lernt die moderne Menschheit an dem Beispiele Englands zum ersten Male die erhebende Wahrheit kennen, dass bei einer politisch reifen Nation neben der Grossmachtstellung auch eine freie Verfassung wohl bestehen kann. Wir werden zu schildern haben, wie hier alles zusammengewirkt hat: die Erfahrungen früherer Tage, die durch die Revolution geschaffenen und erst durch Georgs Thronbesteigung ganz gesicherten Grundlagen, die Praxis der Parteien, die Bedingungen, unter denen das fremdländische Königtum anerkannt worden war, nicht zum wenigsten selbst seine Fehler und Schwächen; wie also in England jenes vielbewunderte und gleichwohl in seinem innersten Wesen so oft missverständene parlamentarische System des 18. Jahrhunderts allmählich emporgestiegen ist.

Die Geschichte eines grossen Kulturvolks ist ein ewiges Werden und Wachsen, jede Stufe der Entwicklung ist durch die früheren bedingt, kann nur mit ihnen zusammen erforscht und verstanden werden. Darum mag auch für uns ein Rückblick auf die ältere Geschichte Englands notwendig erscheinen, um gleichsam im Geiste noch einmal jenes vornehme Gemeinwesen entstehen zu sehen, wie es mit seinen mannigfaltigen materiellen und geistigen Interessen im 18. Jahrhundert uns entgegentritt. Vieles in dieser geschichtlichen Entwicklung ist übereinstimmend mit den Kulturformen des gesamten Abendlandes; in ihrem Wesen aber ist sie selbständig und voll eigenen Geistes. Es geht damit ähnlich wie mit dem gotischen Baustil in England. Er verleugnet seinen festländischen Ursprung keineswegs; aber in der Anordnung des Ganzen wie in der Ausschmückung der Teile ist doch auch die eigene Richtung des englischen Geistes klar und vollkommen ausgeprägt.

Erstes Buch.

Rückblick auf frühere Zeiten.

Erstes Kapitel.

Die römische Provinz Britannien.

In uralten Zeiten, als noch die ungeheuren Tiere und Pflanzen der Vorwelt den Boden Britanniens belebten, soll schon der Mensch dort sein Dasein gefristet haben. Woher die ersten Bewohner gekommen sind und wann sie das Land betreten haben, vermag niemand zu sagen. Durch steinerne Werkzeuge, welche man in beträchtlicher Menge neuerdings gefunden hat, ist doch nicht viel mehr als ihr Dasein bezeugt. Diese älteste Bevölkerung Britanniens — man unterscheidet noch mehrere Perioden der Steinzeit — verschwand gänzlich, als eine neue Rasse erobernd in das Land kam. Es waren die Kelten, welche den ganzen Westen Europas in Besitz nahmen. In ihnen war zum ersten Male ein bildungsfähiger Stamm erschienen; aber erst durch die Verbindung mit dem römischen Weltreiche sind sie einer höheren Kultur teilhaftig geworden.

Als Julius Cäsar Gallien der Hoheit Roms unterwarf, da meinte er, um die neugewonnenen Gebiete behaupten zu können, auch den Bewohnern der Nachbarländer den Schrecken der römischen Waffen vor Augen führen zu müssen. So ist er mit seinen Legionen nach Germanien gezogen und hat die Deutschen zur Achtung der Rheingrenze gezwungen. Es war ein des grossen Imperators würdiges Unternehmen, wenn er zuerst es auch wagte, über den trennenden Meeresarm hinüber gegen die Inselkelten sich zu wenden. Seit langem standen dieselben, wenigstens die Bewohner des Südens, mit den Völkerschaften des nördlichen Galliens in innigen Beziehungen. Gallier und Belger waren die letzten keltischen Besiedler des südlichen Britanniens gewesen. Nach Sprache und Sitte, im Glauben und in den Lebensformen schienen die Kelten südlich und nördlich vom Kanal nur ein einziges Volk zu bilden. Jene erhielten in ihrem Widerstande gegen die Römer Ermutigung und auch wohl wirkliche Unterstützung von ihren Stammesgenossen jenseits des Meeres. Den Besitz Galliens hielt Cäsar darum nicht für gesichert,

so lange noch alle unruhigen Elemente daselbst an den freien Kelten Britanniens einen Rückhalt fanden.

Zweimal ist er mit seinen Legionen auf der Insel erschienen, und wenn er auch die Eroberung nicht selbst vollführte, so hat er doch seinen Nachfolgern den Weg gewiesen. Als er die erste Überfahrt unternahm, fehlte es ihm fast an jeder Kenntnis des Landes und seiner Bewohner, seiner Häfen und Verteidigungsmittel. Er traf auf einen wohlgerüsteten Feind. Kaum vermochte er die Landung zu bewerkstelligen; in das Innere wagte er nicht vorzudringen. Mit stärkerer Truppenmacht kehrte er im nächsten Jahre zurück. Der Erfolg war ein weit besserer, aber von einer Unterwerfung des Landes konnte auch jetzt noch nicht die Rede sein. Der kriegskundige Fürst Cassivellaunus hatte die Leitung des nationalen Widerstandes übernommen. Das römische Heer vermochte freilich vorzudringen, ohne eine Feldschlacht bestehen zu müssen, die Themse wurde überschritten, und Cassivellaunus hatte Menschen und Vieh in die undurchdringlichen Wälder flüchten lassen, an denen in jener Zeit der Süden Britanniens noch überreich war. Der Britenfürst selbst aber begleitete und belästigte von seinem sicheren Hinterhalte aus den Marsch seiner Feinde.

Endlich gelang es den Römern, einen befestigten Platz der Kelten mit Sturm zu nehmen und viele Vorräte zu erbeuten. Aber unterdessen wurde auf Anstiften des Cassivellaunus auf das von Cäsar angelegte Schiffslager an der Küste ein furchtbarer Angriff vollführt. Wohl ward derselbe blutig zurückgeschlagen, aber doch wagte der Feldherr auf die Kunde davon seinen Marsch ins Innere nicht fortzusetzen. Cäsar kehrte an die Küste zurück. Sein Zweck, den Inselkelten Furcht vor den römischen Waffen einzuflössen, war erreicht; aber dieser Erfolg war auch fast alles, was Cäsar von seinen Fahrten nach Britannien heimbrachte. Zwar rühmt er sich, dass auch sein verwegener Gegner ihm Frieden und Unterwerfung angeboten habe. Die Briten stellten Geiseln und versprachen, einen jährlichen Tribut zu zahlen. Aber kein römischer Soldat blieb in Britannien zurück, um die Erfüllung der geschlossenen Verträge zu überwachen.

Lange ruhte das durch Cäsar begonnene Werk. In den Zeiten der Bürgerkriege haben die römischen Staatsmänner auswärtige Unternehmungen grösseren Stils nicht angreifen können. Aber auch im Frieden, sagt Tacitus, war Britannien lange in Vergessenheit geraten. Gleichwohl war die Absicht der Eroberung nicht aufgegeben, nur ihre Ausführung hinausgeschoben. Augustus erwog, dass dieselbe

ohne erhebliche Kosten und Vermehrung des Heeres nicht ins Werk zu setzen sei. Was dem ersten Kaiser als ein Gebot der Staatsklugheit erschien, davon wagte auch Tiberius nicht abzuweichen. Aber die Notwendigkeit wurde fühlbarer. Alle unzufriedenen Geister Galliens fanden Rückhalt und Zuflucht in Britannien. Unter der Regierung des Claudius schienen selbst die Küsten Galliens vor Angriffen der Briten nicht mehr sicher zu sein. Da entschloss man sich zu einer neuen Unternehmung gegen Britannien. An einem geeigneten Vorwande fehlte es nicht. Die Trinobanten, eine Völkerschaft im heutigen Essex, hatten dem Namen nach seit Cäsars Zeit, ursprünglich als Hilfesuchende gegen die Macht des Cassivellaunus, unter römischer Schutzherrschaft gestanden. Jetzt sagten sie sich von derselben los und unterwarfen die benachbarten Stämme ihrer Hoheit. Im Bunde mit den Trinobanten, so war Cäsars Plan gewesen, sollte Rom Britannien unterwerfen: jetzt waren die römischen Waffen in erster Linie gegen die Trinobanten gerichtet.

Fast ein Jahrhundert war seit der ersten Landung römischer Soldaten an der britischen Küste verflossen, als im Jahre 43 n. Chr. der Consul Aulus Plautius mit einer Armee von 40,000 Mann in Britannien erschien. Solcher Heeresmacht waren die tapferen Insulaner doch nicht gewachsen. Der Hauptsitz der Trinobanten, Camalodunum — das heutige Colchester — wurde erobert und eben hier die erste römische Kolonie auf britischem Boden angelegt. Der grösste Teil des Landes war bald unterworfen, aber doch mussten noch nach Jahren schwere Kämpfe durchgeföhrt werden, bis der letzte Widerstand erdrückt war. Am längsten und hartnäckigsten widerstand der Westen, das heutige Wales, in dem sich bis auf unsere Tage das keltische Volkstum erhalten hat. Erst im Jahre 61 drang der römische Statthalter Paullinus bis auf die Insel Mona (Anglesey), die Stätte des nationalen Kultus, vor. Ein bewaffneter Haufe stellte sich ihm entgegen, darunter wütende Weiber, welche den Römern wie Furien erschienen, Feuerbrände schwingend, und Druiden, welche von ihren finsternen Gottheiten Verderben auf die Angreifer herabflehnten. Aber die fanatisierten Horden werden zurückgeworfen, die geheiligten Haine gefällt, wo sonst entmenschte Priester aus den Eingeweiden unglücklicher Gefangener den Ratschluss der Götter zu erkennen suchten.

Doch als eben die Unterwerfung von Mona im Gange ist, da bricht auf der ganzen Insel noch einmal der nationale Aufstand aus. Zu der dem Fürstenhause der Icener widerfahrenen Schande und Gewaltthat gesellen sich die Übergriffe der römischen Beamten und

Kaufleute. Mit den Icenern und ihrer beleidigten Königin Boudicca verbinden sich wieder die Trinobanten, und in einem Augenblicke haben alle unterworfenen Stämme sich erhoben, um das Joch der Römer abzuschütteln. Furchtbar ist der Ausbruch der Volkswut. 70,000 Römer sollen ihr zum Opfer gefallen sein; der römische Name scheint auf der Insel ausgetilgt. Dennoch ward zuletzt die Tapferkeit der Soldaten des Aufstandes Herr; die heldenmütige Boudicca gab sich selbst den Tod. Von dieser Zeit an war die römische Herrschaft in Britannien ernstest Gefahren nicht mehr ausgesetzt. Agricola, der grösste römische Feldherr, der seit Cäsar in Britannien gekämpft hatte, unterwarf den Westen und besetzte die Insel Mona. Auch weit nach Norden hin hat er die römischen Waffen getragen: mit seinem Heere erfocht er über die Bewohner der Hochlande einen glänzenden Sieg; die von ihm erbaute Flotte liess er zum ersten Male ganz Britannien umschiffen. Der Ruhm dieser Thaten weckte die Eifersucht des Kaisers Domitian. Der sieggekürnte Statthalter ward von seinem Werke abgerufen; zugleich beschloss man in Rom, die Eroberung nicht mehr weiter auszudehnen.

Die Meinung des Agricola war es gewesen, dass das ganze Inselgebiet für die römische Herrschaft und römische Kultur gewonnen werden müsse. Sicherlich sollte die vordringende Eroberung nicht vor den Caledoniern, den Bewohnern des Nordens, Halt machen. Von unermesslicher Bedeutung für alle weitere Geschichte des Landes hätte es werden müssen, wenn auch die nördlichsten Gebiete und die grosse Insel des Westens der römischen Kultur gewonnen worden wären. Die Verschiedenheiten der drei Länder, welche die britischen Inseln bilden, haben sich durch alle historischen Zeiten bis in unsere Jahrhunderte geltend gemacht: Schottland und Irland haben ihre besonderen Schicksale gehabt, welche denen Englands oft sehr fernstanden. Diese Gegensätze und ihre Wirkungen nehmen einen breiten Raum in der englischen Geschichte ein; sie wirken noch heute mächtig fort. Wie anders hätte die Geschichte des Landes sich entwickeln mögen, wenn die drei grossen Gebiete schon in früher Zeit einmal ein politisches Ganzes gebildet hätten. Kein anderes Volk hat unterworfenen Stämmen das Gepräge seiner eigenen Bildung tiefer aufzudrücken, die örtlichen Verschiedenheiten gründlicher zu verwischen gewusst als die Römer. Wenn Agricolas Gedanken durchgedrungen wären, so traten die britischen Inseln als ein einziges gleichförmiges Kulturgebiet in die mittelalterlichen Zeiten ein. Wir möchten glauben, dass diese Einheit auch unter den Wandlungen der Epochen, unter wechselnden Eroberungen und

Herrschaften hätte dauern können. Nachdem die Römer vor den Gebirgen Schottlands Halt gemacht hatten, war es auch den germanischen Eroberern der späteren Zeit nicht möglich, die Kelten von dort zu verdrängen. Wäre die römische Eroberung auch auf Caledonia und Ivernia ausgedehnt worden, so hätten vielleicht Schottland und Irland nicht ihre besondere Entwicklung gehabt; die Geschichte Englands würde die Begebenheiten des gesamten Inselgebietes zu erzählen haben.

Nach der Entfernung Agricolas war von weiteren Fortschritten der römischen Waffen in Britannien nicht mehr die Rede. Die Eroberung war so weit geführt worden, wie der ursprüngliche Zweck es zu erfordern schien; diejenigen Stämme der Inselkelten, welche mit den Galliern gleichsam nur ein einziges Volk bildeten, waren jetzt unterworfen. Die Caledonier und Ivernier standen aber den Südbriten viel ferner als diese den Galliern. Man konnte kaum sagen, dass für die Behauptung des Gewonnenen die Unterwerfung jener Stämme gleich notwendig sei wie vordem die Eroberung Südbritanniens für die Sicherung Galliens. Was auf der anderen Seite in Betracht kam, dass das gesamte Inselgebiet sich bequemer und mit verhältnismässig geringem Aufwande an Geld und Truppen würde beherrschen lassen als das bisher unterworfen Land, wog in den Augen der römischen Staatsmänner nicht schwer genug, um sie für die umfassenden Pläne des Agricola zu gewinnen. Das alternde Rom hat hier wie sonst ferneren Eroberungen entsagt und sich begnügt, die einmal gewonnenen Gebiete zu behaupten und, soweit es noch möglich war, mit römischem Leben zu erfüllen.

So hielt man sich in den eingenommenen Grenzen und suchte nur diese stark und sicher zu machen. Jene gewaltigen Bollwerke, der Hadrianswall und der des Severus wurden errichtet, wohl geeignet, den kriegerischen Stämmen des Nordens das Eindringen zu verwehren. Als besondere Provinz unter einem Proprätor wurde Britannien dem römischen Reiche einverleibt. In grosser Zahl liessen sich Römer nieder, und indem sie ihre überlegene Kultur dem Lande mitteilten, gewann dasselbe ein ganz neues Ansehen.

Wie viel reicher gestaltete sich das Leben der Briten unter römischer Herrschaft als in ihrer alten Unabhängigkeit. Städtisches Wesen war ihnen vordem unbekannt geblieben. Nun entstanden in allen Teilen des Landes grosse und kleinere Städte und füllten sich mit römischem Leben. Da fand man gepflasterte Strassen und hohe Mauern, Bäder und Basiliken, prächtige Tempel und Amphitheater. Einige dieser Städte standen an Bedeutung wohl den wichtigeren Centren des Festlandes kaum nach; neben der Veteranenstadt

Camalodunum das reiche Londinium, damals wie heute der natürliche Mittelpunkt des Handels, im Norden Eburacum mit seinem Kaiserpalaste und seinen Tempeln römischer und orientalischer Gottheiten. Durch ein grossartiges Strassennetz waren die Städte miteinander verbunden; wie manche der Landstrassen im heutigen England ist auf einer alten Römerstrasse angelegt. Auf den Pfeilern der römischen Brücken sind manchmal bis in neuere Zeiten die Brückenbauten Englands begründet worden. An den Strassen des mittleren und südlichen Britannien bauten reiche Römer, vielleicht auch vornehme Briten, ihre prächtigen Landhäuser. In den noch erhaltenen Fundamenten derselben, die zuweilen auf einen gewaltigen Umfang schliessen lassen, hat man zahlreiche Mosaikfussböden von kunstvoller Arbeit gefunden. Im Norden lebte die Bevölkerung wohl auch in römischer Zeit noch vorwiegend von Jagd und Viehzucht. Im Osten und Süden aber entwickelte sich der Ackerbau zu so hoher Bedeutung, dass zu wiederholten Malen die Bewohner der Rheingegenden mit britischem Getreide ernährt wurden. Auch die Industrie blühte auf; in ungeheurer Menge haben sich Arbeiten in Thon und Bronze, aus römischer Zeit stammend, gefunden. Für gewisse Gegenden endlich wurden der Bergbau und die Ausfuhr von Metallen — besonders Eisen, Blei, Zinn und Kupfer — eine Quelle des Reichtums.

Nicht minder fand die geistige Bildung der Römer in Britannien Eingang. Tacitus erzählt, wie schon Agricola die Söhne der Vornehmen unterweisen liess, wie sie sich wohl anfangs weigerten Latein zu lernen, bald aber darnach trachteten, Beredsamkeit in der Sprache ihrer Beherrscher zu erlangen. In der That ist wohl in dem grösseren Teile des römischen Britannien der keltische Dialekt durch die lateinische Sprache, verdrängt worden. Auch die religiösen Anschauungen der Briten wurden den römischen angepasst, den Gottheiten der Lateiner Tempel gebaut und Altäre errichtet. Als dann die Religion des Evangeliums im römischen Reiche sich ausbreitete, hat sie unzweifelhaft auch auf der fernen Insel Eingang gefunden. Aber welche Ausdehnung sie gewann, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Die Namen einiger christlicher Märtyrer in Britannien werden uns genannt. Und wenn die Überlieferung ernst zu nehmen ist, dass auf einem Konzil in Arles im Jahre 314 auch drei britische Bischöfe anwesend waren — Eborius von York, Restitutus von London, Adelfius von Lincoln — so sind unter Konstantins Regierung die Einrichtungen der christlichen Kirche in Britannien bereits begründet gewesen. Und doch ist an eine vollständige Bekehrung des Landes kaum zu denken. Eingedenk des

Eifers, mit dem in späteren Zeiten das Christentum auf der Insel ergriffen und gepflegt worden ist, hat man zu gern glauben wollen, dass es schon in altrömischer Zeit durch ganz Britannien verbreitet gewesen. Glücklicher Zufall und Forscherfleiss haben aus dem Dunkel der Erde zahllose Denkmäler der heidnischen Kulte Britannien an das Licht des Tages und der Wissenschaft gefördert. Aber kein Fund legte Zeugnis ab von der Herrschaft des Christentums, kein christlicher Grabstein ist aus dem römischen Britannien erhalten.

Also lebten die eingeborenen Briten unter fortwährendem Einflusse des römischen Geistes und Wesens. Sie selbst sind darum nicht zu Römern geworden. Gegenüber der aus allen Teilen des Weltreichs massenhaft eindringenden römischen Bevölkerung werden sie vielmehr eine etwas untergeordnete Stellung eingenommen haben. Niemals ist Britannien in dem Sinne römisch geworden wie Spanien und Gallien. Es ward durch Rom nur beherrscht.

Von der äusseren Geschichte des römischen Britannien ist wenig bekannt. Es hat in den Kämpfen der Kaiser und Gegenkaiser wiederholt eine Rolle gespielt. Kühne Legionenführer nahmen auf der Insel selbst den Kaisertitel an und suchten sich auch jenseits des Kanals zur Anerkennung zu bringen. Im Anfange des fünften Jahrhunderts sah sich der Kaiser Honorius gezwungen, einen in Britannien emporgekommenen Soldaten, Konstantin genannt, als Kaiser anzuerkennen. Es war das Ende der römischen Herrschaft. Schon vermochte das in allen seinen Grenzgebieten durch die Barbaren bedrängte Rom nicht mehr den ganzen weiten Umfang seines Reiches wirksam zu verteidigen. Britannien wurde freiwillig aufgegeben. Als nun die Legionen die Insel verlassen hatten, da zeigte sich, wie sie allein den Schutz des Landes gebildet hatten. Es folgte eine Zeit, da das waffenlose Britannien den Angriffen seiner Feinde offen lag. Endlich teilte es des Schicksal der übrigen römischen Provinzen. An die Stelle der gesunkenen Weltmacht trat die frische Volkskraft der Germanen.

Längst hatten die heidnischen Völkerschaften Niederdeutschlands begonnen, die Küsten Galliens und Britannien mit ihren Plünderungen heimzusuchen. Wo Beute winkte, da stiegen sie ans Land — ein Schrecken den Anwohnern. Mordend und raubend suchten sie die benachbarten Ortschaften auf und mit dem Gute des Landes beluden sie ihre gebrechlichen Fahrzeuge; den Genossen daheim musste die gewonnene Beute ein Antrieb zu gleicher verwegener Fahrt erscheinen. Die römische Herrschaft hatte doch einen mässigen Schutz gegen die barbarischen Eindringlinge geboten: jetzt

sollte Britannien sich selber verteidigen. Um die Lage der Briten vollends verzweifelt zu machen, kamen zu den Landungen der Sachsen noch die räuberischen Einfälle der Nachbarn im Norden und Westen, der Picten und Scoten, die nicht mehr durch die ehemals wohlverteidigten Grenzwälle in Schranken gehalten wurden. Britische Gesandtschaften erschienen noch manches Mal in Rom, Hülfe zu erflehen; aber umsonst. Dem römischen Statthalter Aetius stellten sie ihre Not vor: Die Barbaren, so liessen sie sagen, treiben uns in's Meer, das Meer wirft uns zurück auf die Barbaren; hilflos werden wir erwürgt oder müssen ertrinken. Aber vergebens hofften sie auf Rettung durch die römischen Kohorten; die Zeiten kehrten nicht wieder, da Agricola die Caledonier in blutiger Feldschlacht geworfen und an die Zehntausend getötet hatte.

Wie sollten also die des Kampfes fast entwöhnten Briten sich in solcher Not behaupten? Aus ihrer römischen Bildung konnten sie nicht Kräfte herleiten, um gegen eine Welt von Feinden gewaffnet zu sein. Gleichwohl sind sie nicht ruhmlos erlegen. Ein heldenmütiges Ringen findet statt; eine Zeit lang erwehren sie sich ihrer Feinde; von einem grossen Siege, den sie über Sachsen und Picten erfochten haben sollen, wird berichtet. Endlich mussten sie doch der überall siegenden Rasse unterliegen. Die Germanen waren es, welche die Erbschaft der Römer antraten, wie auf dem Festlande so in Britannien.

Die Sage hat ihren dichten Schleier über jene Zeiten gebreitet, wo die niederdeutschen Völkerschaften zuerst auf dem britischen Eilande Fuss fassten. Kein Mitlebender hat der Nachwelt eine Kunde hinterlassen, und als nach hundert Jahren das Dunkel sich zu lichten beginnt, da ist die germanische Besitzergreifung Britanniens schon in vollem Gange. Da hat zuerst der Britenmönch Gildas seine Klageschrift über den Untergang Britanniens verfasst. In gesuchter, oft dunkler Sprache erzählt er, wie seine Vorfahren in unseliger Verblendung die Sachsen herbeigerufen hätten zum Schutze gegen die nördlichen Feinde. Auf drei Kielen seien die ersten gekommen; bald aber habe ihr Heimatland immer neue Scharen zum Verderben der Briten entsandt. Wer kennt nicht die später auftretenden und so mannigfaltig ausgeschmückten Sagen von dem Britenfürsten Vortigern der die beiden Seekönige Hengist und Horsa — ihre Abstammung wird auf Wodan selber zurückgeführt — einlud, ihm beizustehen im Kampfe gegen Picten und Scoten? Von Rowenna, der schönen Tochter des Hengist, die den Vortigern beehrte? Von den langen Messern der Sachsen, mit denen sie über

die arglosen Briten herfallen wie in der Erzählung Widukinds über die Thüringer?

Nur mit Mühe vermag der Forscher aus dem bunten Gemenge von britischen, germanischen und selbst antiken Elementen, aus denen die alten Stammsagen des englischen Volkes sich zusammensetzen, den historischen Kern herauszuschälen. Sicher erscheint nur das Eine, dass im fünften Jahrhundert die allmähliche Unterwerfung Britanniens durch die Germanen begann; die vordem als Piraten und Strandräuber die Küsten heimgesucht hatten, wurden jetzt Eroberer und Besiedler des Landes. Neben den Sachsen, welche die Hauptmasse der neuen Bevölkerung bildeten, waren auch andere niederdeutsche Stämme beteiligt, deren ursprüngliche Heimat kaum noch mit Sicherheit zu ermitteln ist: Angeln und Jüten werden genannt; auch Friesen sind vermutlich in grösserer Zahl nach Britannien hinübergelagert. Im Kampfe mit diesen Völkerschaften haben die Briten ihren Untergang gefunden.

Die Art der Eroberung war in diesem Falle gänzlich verschieden von den übrigen germanischen Staatengründungen auf römischem Boden. Sonst entschied wohl eine einzelne Schlacht oder wenige Kriegszüge über den Besitz des Landes; in Britannien währte der Kampf anderthalb Jahrhunderte. In anderen römischen Provinzen ward die Masse der unterworfenen Bevölkerung von dem Grunde, den sie bebaute, nicht verdrängt. Nur einen Anteil, gewöhnlich ein Drittel, nahmen sich die Germanen. Dann aber lebten sie mit und neben den Römern in gutem Beisammensein und die römische Art behauptete sich siegreich. In Sitte und Recht, in Sprache und Religion überwog fortan das römische Element; die Sieger beugten sich vor der überlegenen Kultur der Besiegten. Nicht so in Britannien. Gründlicher als es hier geschah, ist niemals eine vorhandene reiche Kultur durch eindringende Barbaren ausgelilgt worden. An die Stelle des römischen Wesens trat die urwüchsige Kraft eines heidnischen Volkes. Ihre spätere Bildung haben die Germanen auf der Insel durch die Einflüsse des Festlandes und aus sich selbst gewonnen.

Zwei wesentliche Gründe dieser Verschiedenheit pflegen genannt zu werden. Britannien war von den Römern verlassen, als die germanische Eroberung einsetzte; nicht dem römischen Weltreiche ward die Provinz entrissen. Auch hatte die römische Kultur hier noch nicht so fest Wurzel geschlagen wie in anderen Ländern. Es war nicht das geistig gewaltige und lebendig wirkende Römertum, das diesen Germanen entgegentrat und Beachtung und Schonung forderte. Aber auch die Sieger waren in diesem Falle anders geartet als etwa

in Italien und Gallien. Die Ost- und Westgoten, Burgunder und Franken waren längst mit den Römern in Berührung gekommen und kannten die Überlegenheit ihrer Kultur. Nur mit einer gewissen Scheu sind sie in die Rechte der Römer eingetreten, oft bemüht, ihre Herrschaft nur wie eine Fortsetzung der römischen erscheinen zu lassen. Die sächsischen Barbaren hingegen waren unbekannt mit römischer Art, von der sie in ihren alten Wohnsitzen weit entfernt waren. Selbst von den wenig folgenreichen Zügen des Drusus und Germanicus mag den Eroberern Britanniens von ihren Voreltern kaum eine Kunde überliefert worden sein.

Das langsame Vorrücken der Sachsen darf nun aber neben diesen Ursachen gewiss auch mit der insularen Lage Britanniens in Verbindung gebracht werden. Nicht grosse Kriegsheere fuhren in zahlreichen Flotten über das Meer. Jede dieser Landungen brachte wohl nur eine mässige Zahl von Streibern herüber und diese trachteten nun so viel Land in ihren Besitz zu bringen, wie sie für ihren Unterhalt brauchten. Schon die Erzählung von jenen drei Kielen — sie kehrt wieder bei der Landung des Älla und seiner Söhne — lässt ahnen, dass die Zahl der jedesmal Landenden gering gewesen sei. Niemals konnte eine solche Schaar daran denken, das ganze Land im politischen Sinne zu unterwerfen und zu beherrschen; sie heischte nur für sich Wohnsitze und Acker, Wald und Weide. Aber eben dazu konnte sie nicht gelangen ohne einen Kampf auf Leben und Tod mit den Besitzern des Grundes, den sie zu gewinnen suchte. Die Briten wehrten sich heldenhaft für Gut und Leben. Ein furchtbares Ringen zweier Bevölkerungen, zahllose Siege und Niederlagen auf beiden Seiten, der endlose Kampf vererbt sich von einem Geschlecht auf das andere. Zuletzt ist politischer und materieller Untergang das Schicksal der Briten. Schritt für Schritt rücken die Germanen vor. In den eroberten Gebieten sind die Männer der Briten getötet oder zum niedrigsten Sklavenlose verurteilt, von den Frauen mag eine grössere Anzahl am Leben geblieben sein. Immerhin ist und bleibt es ein rein germanisches Volk, welches die Eroberung Britanniens vollführt. Um das Jahr 600 ist dieselbe zum Abschlusse gekommen; die Sieger haben den Süden und Osten des Landes in ihrem Besitz. Nur im Westen behaupten sich noch die unabhängigen Briten; auch zogen viele über das Meer und bevölkerten die Bretagne. Also gewann die angelsächsische Rasse, wie der gelehrte Ausdruck lautet, die Herrschaft über Britannien. Es ist zugleich der Eintritt der englischen Nation in die Reihe der historischen Völker.

Zweites Kapitel.

Die Angelsachsen.

Mit der angelsächsischen Eroberung Britanniens ist der Ausgangspunkt gegeben für die lange und stetige Entwicklung des englischen Lebens. Recht und Verfassung, Sprache und Sitte des englischen Volkes gehen in ihren Anfängen auf die Elemente des altgermanischen Volkstums zurück. Die Fortbildung desselben macht den Inhalt der inneren Geschichte Englands aus; nicht einmal durch die normännische Eroberung ist diese Entwicklung völlig unterbrochen worden. Zugleich nimmt freilich das Land auch die allgemeinen europäischen Kulturformen in sich auf, aber indem diese sich mit den Besonderheiten des englischen Lebens vermählen, gewinnen sie selbst einen neuen Charakter. Das Christentum ward auch in England zur herrschenden Religion und mit Begeisterung hat das glaubensstarke Volk sich ihm hingeeben; aber die Hoheit des römischen Stuhles war hier niemals dauernd so stark begründet wie auf dem Festlande.

Von verschiedenen Teilen der Ost- und Südküste Britanniens aus waren die Germanen ins Innere vorgedrungen und hatten das Land erobert. Ein gemeinschaftliches Vorgehen auf der ganzen Insel fand aber nicht statt. Auf eigene Faust unternahmen die Scharen der Gelandeten ihre Heerfahrten; und wo es ihnen gelang, einen grösseren Strich Landes zu erobern, da mag auch bald die Gründung kleiner Staaten begonnen haben. Seit dem sechsten Jahrhundert wird aus dem Herzoge, welcher die Eroberung geleitet und dessen Stellung sich vom Vater auf den Sohn vererbt hat, ein König. Nicht nur die Führung im Kriege, sondern auch die Herrschaft im Frieden ist in seiner Hand; das Recht auf diese Würde wird einer vornehmen Familie vom Volke zuerkannt. Die Sachsen Britanniens haben das Königtum zu einer Zeit angenommen, als selbst ihre Stammesgenossen in Deutschland noch keinen König über sich erkannten. Wie in den Kämpfen der Völkerwanderung bei den

germanischen Eroberern auf dem Festlande, also ist jetzt auch in Britannien die monarchische Gewalt aufgerichtet worden, welche seitdem die wichtigste Erscheinung im Verfassungsleben der abendländischen Völker geblieben ist.

Die Reiche der Angelsachsen erstreckten sich vom Kanal bis zum Forth im Norden. Im Westen behaupteten sich noch im siebenten Jahrhundert unabhängige Briten in Cornwall und Devonshire, in Wales und Strathclyde, einem Gebiete, welches das heutige Westmoreland, Cumberland und das südwestliche Schottland umfasste. Nordwärts vom Forth und in Irland herrschten noch die alten Gegner der Briten, die Picten und Scoten, den neuen Besitzern Britanniens so feindlich wie vordem den alten. Die Anfänge der einzelnen angelsächsischen Reiche gehören noch dem Gebiete der Sage an; als fertige Gebilde treten sie dem Forscher entgegen. Nach den sieben verwaltenden Reichen hat man, da auch ein gewisser Zusammenhang aller bestand, von der Heptarchie gesprochen. Im Norden herrschten die Angeln vor und besaßen die Königreiche Northumberland, Mercia und Ostanglia, im Süden die Sachsen; die Namen Essex, Sussex und Wessex deuten auf die Lage ihrer Reiche. Noch zu Lebzeiten des Hengist, den die Sage als Gründer des jütischen Königreiches Kent bezeichnet, soll Älla mit seinen Söhnen gelandet sein, der Gründer von Sussex. Noch höheren Ruhm erlangte Cerdic, welchen die Sage wie Hengist von Wodan abstammen lässt. Es heisst, er sei mit seinem Sohne an der Südküste gelandet. In langen Kämpfen erstreiten sie sich die Herrschaft über ein grosses Gebiet: Cerdic wird König des später so mächtigen Reiches Wessex. Sein Nachkomme war Egbert, der erste König von England; und aus dem Stamme Cerdics haben bis auf den heutigen Tag alle englischen Königsgeschlechter ihre Herkunft abgeleitet.

Diese frühen Kämpfe zwischen Briten und Sachsen sind es auch, welche den Hintergrund abgaben für die Erzählungen von den wunderbaren Thaten des britischen Helden Arthur. Die Geschichte steht der volkstümlichen Gestalt zweifelnd gegenüber. Durch die Sage ist sie mit allen jenen herrlichen Tugenden ausgeschmückt worden, welche ein gefallenes Volk seinen besten Helden aus der Zeit vergangener Grösse anzudichten weiss. In der Bretagne erhielt sich die Legende von dem Könige Arthur, der noch am Leben sei und eines Tages zurückkehren werde, um das Volk der Briten wieder zu erhöhen. Im 12. Jahrhundert hat dann Galfried von Monmouth, ein Walliser, seine Chronik verfasst und darin mit ernster

Miene von den Siegen Arthurs über die Sachsen und andere Völker erzählt; selbst gegen die Römer lässt er ihn ausziehen. Galfrieds Erzählungen wurden schon von den Zeitgenossen für unwahr erklärt, aber doch haben sie den Grund abgegeben zu den durch das ganze Abendland verbreiteten Sagen und Dichtungen vom Könige Artus und den Rittern der Tafelrunde.

Innerhalb der auf dem Boden Britanniens gegründeten Reiche lebten die Angelsachsen nach altgermanischer Weise fort. Nirgends haben sich die Sitten und Rechtsbegriffe der alten Deutschen noch nach der Völkerwanderung so rein und unvermischt erhalten wie hier, wo kein fremdes Element das germanische Volkstum wesentlich veränderte. Mit dem römischen Leben war es zu Ende; das städtische Wesen trat zurück. Die Deutschen verteilten und bebauten das Land nach der Gewohnheit ihrer Väter. Dem Besitze der Privaten, der Familien wie der Einzelnen, steht anfangs noch viel unverteilter Grund gegenüber, der gemeinschaftlichen Benutzung vorbehalten. Später tritt das Privateigentum stärker hervor; vom Folkland wird immer mehr zu Bôc-land, d. h. zum Einzelbesitz vergabt. Recht und Gericht knüpfen an die altdeutschen Bräuche an. Das Heerwesen beruht noch wie in taciteischer Zeit auf der Wehrpflicht aller freien Mannen. Dagegen hat die Volksversammlung ihren alten Charakter nicht mehr bewahrt. In der deutschen Heimat war jeder Freie erschienen und hatte durch das Getöse der Waffen seine Zustimmung kund gegeben. Das angelsächsische Witenagemot hingegen war eine Versammlung, bei der nur die Edlen des Volkes teilzunehmen oder sicherlich doch nur sie zur Entscheidung mitzuwirken ein Recht hatten. Alle wichtigen Fragen unterlagen der Beschlussfassung der Witan, ihre weitgehende Macht war eine erhebliche Einschränkung der Königsgewalt.

Die sieben oder acht vorherrschenden Reiche der Angelsachsen haben nun beständig ihren Machtbereich auszudehnen gesucht. Der Kampf gegen die Kelten blieb für sie wohl noch lange die wichtigste Aufgabe und die Quelle politischer Macht. Einige dieser Reiche verloren ihre Bedeutung in eben dem Masse, wie sie aufhörten an jenem Kampfe teilzunehmen. Allmählich trat aber neben dem Britenkriege der Wettstreit der mächtigeren angelsächsischen Staaten, das Bestreben einzelner, die übrigen von sich abhängig zu machen, immer mehr hervor. Es ist nicht ganz klar, was es mit der Würde des Bredwalda auf sich hat, — als der Weitgebietende wird man das Wort zu deuten haben — aber eine Art von Vorherrschaft einzelner Könige über alle angelsächsischen Staaten hat sicherlich bestanden.

Älla von Sussex wird als der erste Bredwalda genannt. Der Letzte, auf den der Titel Anwendung fand, war Egbert von Wessex, der Einiger Englands.

Die Kämpfe, welche die angelsächsischen Könige und Reiche mit einander geführt haben, bilden in einer langen Periode den wesentlichen Inhalt der politischen Geschichte Englands. Aber dabei steht doch auch Grösseres auf dem Spiele als das Überwiegen des einen oder andern Staates. Es handelt sich um die Glaubensfrage; zuletzt auch um die politische Einheit. An der Neige des sechsten Jahrhunderts fand das Christentum bei den Angelsachsen Eingang. In den keltischen Gebieten der britischen Inseln hatte dasselbe um diese Zeit bereits grosse Bedeutung gewonnen. Als die politische Herrschaft Roms zu Ende gegangen war, begannen hier die Missionen des römischen Bischofs erst recht wirksam zu werden. Im fünften Jahrhundert gelang es, den katholischen Glauben unter den Eingeborenen Britanniens gegen die abweichenden Lehren des Pelagius ebensowohl wie gegen das Heidentum zum Siege zu führen. Auch Irland ward dem Christentum gewonnen. St. Patrick war es, der, kühn und vorsichtig zugleich, den blutigen Kulte der Druiden im Lande der Scoten ein Ende machte.

Die Angelsachsen drängten mit den Briten auch das Christentum in den Westen und Norden zurück. Anderthalb Jahrhunderte lebten sie als Heiden auf der Insel. Allbekannt ist die Sage, wie der grosse Gregor, überrascht durch den Anblick einiger blonden Knaben aus England auf dem Sklavenmarkte zu Rom, den Entschluss fasste, dieses edle Volk für die Religion des Evangeliums zu gewinnen. Als Papst hat er den Entschluss zur Wahrheit gemacht. Eine merovingische Fürstentochter, die Gemahlin des Königs von Kent, hatte schon vorher als Christin unter den Angelsachsen gelebt. Hier in Kent war es auch, wo die römische Mission zuerst Eingang und Erfolg gewann. Gregor sandte im Jahre 596 Augustinus mit 40 anderen Mönchen aus, um den Angelsachsen den christlichen Glauben zu bringen. Von derselben Gegend, von der einst die kriegerische Eroberung der Angelsachsen ihren Ausgang genommen hatte, von der Insel Thanet, breiteten sich jetzt die friedlichen Lehren des Christentums über die Insel aus. Die Mission fand von seiten des Königs Aethelred von Kent ein gewisses Entgegenkommen; Augustin durfte bekehren, wen er zu überzeugen vermochte. Ein grosser Schritt zu weiteren Erfolgen war gethan, als der König selbst sich taufen liess. Doch nur allmählich machte das Christentum im südlichen England weitere Fortschritte. Es

bedeutete wohl noch nicht viel, dass Augustin zum ersten Bischof des ganzen Landes ernannt wurde; dass eine päpstliche Bulle schon den Grund legte zur späteren kirchlichen Einteilung von England. Aber der Same war ausgestreut, und einmal musste die Frucht reifen.

Es war die Zeit, da alle christlichen Kirchen des Kontinents dem römischen Bischofe sich unterordneten. Die geistliche Herrschaft des Abendlandes hatte jetzt, wie vordem die weltliche, in Rom ihren Sitz. Auch Augustins Mission galt der Hoheit der römischen Kirche in Britannien. Von ihr und ihren Angehörigen gingen die Weihe der angelsächsischen Priester aus. Der Gottesdienst ward nach römischem Ritus eingerichtet; nicht in ihrer Landessprache, sondern in demselben Latein, welches den christlichen Kulte des Festlandes zur Grundlage diente, lernten auch die Angelsachsen zum dreieinigen Gotte beten.

Aber unterdessen war auch von anderer Seite das christliche Bekenntnis nach England getragen worden: durch die irisch-schottische Mission, welche die im Norden wohnenden Angelsachsen gewann. Zwar hatte der mächtig herrschende König Edwin von Northumberland, der Gründer von Edinburg, schon der römischen Kirche in seinem Reiche ein Heim geschaffen. Auch hier war die Königin des Landes, eine Schwester des Königs von Kent, die erste Christin gewesen. Vom Erzbischofe von Canterbury ward ihr geistlicher Begleiter Paulinus zum Bischofe geweiht. Auf dem versammelten Witenagemot liess König Edwin die Annahme der neuen Lehre beschliessen. Der heidnische Oberpriester machte selbst den Anfang mit der Zerstörung der den alten Göttern geweihten Heiligtümer. Aber schon in den ersten Anfängen ging die junge Schöpfung der römischen Kirche wieder zu Grunde. Edwin unterlag im Kampfe gegen die Briten und den heidnischen König Penda von Mercia. König Oswald aber, der das northumbrische Reich wieder aufrichtete, der sechste Bredwalda, war in Schottland erzogen und daselbst zum Christentum bekehrt worden. Oswald liess durch schottische Mönche aus dem Kloster der Insel Jona, der Schöpfung Columbas, die Bekehrung seiner Untertanen in's Werk setzen. So ward im nördlichen England, aus dem die römische Kirche verdrängt war, die irisch-schottische heimisch. Zwei christliche Kirchen bestanden also unter den Angelsachsen, die eine im Süden, die andere im Norden. Ihr Gegensatz trug dazu bei, die dauernde Uneinigkeit unter den germanischen Reichen noch zu erhöhen.

Und noch war die Mitte Englands heidnisch. Durch die Macht von Mercia wurde der Bestand des Christentums auf der Insel

schwer erschüttert. Nicht nur die politische Existenz Northumberlands, auch der neue Glaube war bedroht. Es sind die Zeiten, wo jeder Sieg der northumbrischen Herrscher für die Sache Christi erfochten wurde, wo noch einmal der alte Germanenglaube auf der Insel obzusiegen schien, als auch Oswald wie einst Edwin dem Schwerte Pendas erlag und dieser sich den grösseren Teil Englands unterwarf. Und als endlich im Jahre 655 Penda überwunden war, da schien Christus den Sieg über Wodan davongetragen zu haben. Von nun an war das christliche Bekenntnis in England ernstestem Gefahren nicht mehr ausgesetzt.

Aber jetzt trat auch die Frage hervor, welcher der zwei christlichen Kirchen, die neben einander in England bestanden, das Land in Zukunft gehören sollte. Äusserlich war der Unterschied zwischen beiden gering; er bestand vornehmlich in der Berechnung des Osterfestes. Wichtiger war aber die Selbständigkeit, welche die irischschottische Kirche dem römischen Stuhle gegenüber bewahrte. Sollte sie die einzige englische Kirche werden oder würde der Anspruch der römischen durchdringen, welche sich als die allgemeine christliche schlechtweg erklärte? Eine Entscheidung von welthistorischer Bedeutung, bei der wir einen Augenblick verweilen müssen. Wenn das römische Christentum herrschend wurde, so ward England völlig in den Kreis der abendländischen Kulturnationen eingeschlossen, denn die gemeinsame Kirche war ja das stärkste Band, das sich um sie alle schlang. Nicht nur das kirchliche Leben Englands war dann an die Formen des Festlandes gebunden, auch die staatliche, wirtschaftliche und geistige Entwicklung hingen aufs engste damit zusammen. Es handelt sich um den Eintritt des englischen Volkes in die christliche Kulturwelt des Mittelalters. Man mag sich auf der andern Seite vorstellen, wie anders wenigstens das kirchliche Leben Englands, losgelöst von Rom, sich entwickelt haben würde. Eine Art christlicher Landeskirche wäre entstanden, wie das Mittelalter sie sonst nicht kennt.

Die Notwendigkeit einer Verständigung war den Angelsachsen unzweifelhaft. Nur um einen Punkt handelte es sich in dem Streite, die Osterfeier. Weil sie darin nicht nachzugeben gesonnen waren, wollten die Anhänger der schottischen Kirche sich dem römischen Stuhle nicht unterwerfen. Nicht eine Verschiedenheit der Grundsätze trennte sie von ihm; auch sie erblickten im römischen Bischofe den Nachfolger Petri. Auf einer Synode, welche König Oswin von Northumberland, der Nachfolger Oswalds, zusammenberief, ward der Streit geschlichtet. Als beide Teile mit Eifer ihre Sache verfochten,

die schottische Partei auf Columba, die römische aber auf Petrus sich berufend, da gab der König persönlich den Ausschlag. Er wolle Petrus, der die Schlüsselgewalt besitze, nicht zuwider sein, damit er ihn nicht ausschliesse, wenn er dereinst an das Himmels-
thor poche. Geistliche und Weltliche stimmten dem Könige zu; die römische Kirche hatte den Sieg.

Nachdem diese Entscheidung einmal getroffen war, die christlichen Angelsachsen sich in einer einzigen, der allgemeinen abendländischen Kirche vereinigt hatten, da gewann nun diese Kirche auch unter dem Volke unendlich an Macht und Ansehen. In ihr fühlte es sich bereits als eine Einheit zu einer Zeit, da in anderer Hinsicht die Gesetze der angelsächsischen Reiche noch weit auseinandergingen. Nicht lange währte es, so wurde das Christentum auch in denjenigen Teilen Englands heimisch, die ihm am längsten widerstrebt hatten. Durch angelsächsische Mönche sind in den folgenden Menschenaltern selbst die Sachsen und Friesen des Festlandes zum Christentum bekehrt worden. Der Apostel der Deutschen, Bonifacius, war in Wessex geboren.

Wenige Jahre nach der northumbrischen Synode kam jener Geistliche ins Land, der die Herrschaft der römischen Kirche für die Jahrhunderte befestigte, Erzbischof Theodor von Canterbury, von griechischer Herkunft, ein kluger und gelehrter Mann. Er reiste in den angelsächsischen Staaten umher, entfernte aus den kirchlichen Gebräuchen alle Spuren schottischen Einflusses, wirkte für die allgemeine Einführung des römischen Kirchengesanges. Hier und dort weihte er auch würdige Männer zu Bischöfen, wie denn nun allmählich auch in England die römische Kirche mit der weltlichen Gewalt bei der Besetzung geistlicher Stellen zu konkurrieren begann. Erzbischof Theodor war es auch, der dem wissenschaftlichen Geist der mittelalterlichen Kirche in England ein Heim bereitet hat. Schulen wurden gegründet, in denen neben der Beredsamkeit in der lateinischen und griechischen Sprache auch nützliche Wissenschaften gepflegt wurden. In den Klöstern verlegte man sich vielfach auf die Anfertigung prächtiger Handschriften. Die Miniaturmalerei ward zu einer hohen Kunst bei den Angelsachsen ausgebildet, und weithin wirkten die von ihnen ausgehenden Anregungen. Das Höchste ward in der Baukunst geleistet. In Hexham liess Wilfried von Northumberland, der treffliche Beistand Theodors, eine Kirche von so gewaltigem Umfange und wunderbarer Pracht errichten, dass diesseits der Alpen keine andere damit vergleichbar erschien.

Allmählich entstand ein reges, geistiges und wissenschaftliches Leben, dessen Stätte die Klöster wurden. Auch jener merkwürdige Volksdichter Caedmon, der im siebenten Jahrhundert lebte und weder lesen noch schreiben konnte, war ein Mönch. Aus den wenigen Versen, die von ihm erhalten sind, spricht die tiefe Innigkeit, mit der sein Volk den christlichen Glauben ergriffen hatte. Nicht mit Unrecht hat man ihn mit Milton verglichen. In seinem wunderbaren Hymnus auf die Schöpfung, welcher zu den frühesten Denkmälern altenglischer Dichtung gehört, will er *heavenricas uard* des Himmelreiches Wart, erheben und die Werke des Gloriovaters. Durch unendlich vielseitige Kenntnisse ragte der ehrwürdige Beda hervor. Der gesamte Wissensschatz, wie er von den klassischen Zeiten ins Mittelalter hinüber gerettet worden ist, scheint in dem northumbrischen Geistlichen verkörpert zu sein. Er überragte nicht nur alle seine Zeitgenossen durch tiefe Gelehrsamkeit, er besass auch die Kunst, sein reiches Wissen der Mit- und Nachwelt zugänglich und nutzbar zu machen. Aus seinen Lehrbüchern über mannigfache Gegenstände, über Mathematik und Astronomie, Geschichte und Beredsamkeit, schöpften Jahrhunderte lang die gelehrten Mönche aller Länder. Am bedeutendsten ist seine Kirchengeschichte der Angeln, noch heute unsere vornehmste Quelle zur älteren englischen Geschichte. Sorgfältig und nicht ohne Kritik trug er von allen Seiten die Nachrichten für sein Werk zusammen. Er selbst nennt die Quellen, die er benutzt hat, und fügt hinzu, nur das also Gesammelte habe er zur Belehrung der Nachwelt treu überliefern wollen, wie das Gesetz der wahren Geschichtsschreibung es erheische. Ein angelsächsischer Geistlicher war endlich auch der treueste Helfer Karls des Grossen in seinen Arbeiten für Kirche und Schule im Frankenreiche. Aber der deutschen und nicht der englischen Geschichte gehörte das segensreiche Wirken Alcuins an.

Über der Betrachtung des friedlichen Schaffens der englischen Mönche im siebenten und achten Jahrhundert, darf man doch die wilden Völkerkämpfe nicht vergessen, welche noch die politische Geschichte fast allein ausfüllen. Drinnen in den Klöstern der emsige Wettstreit in Litteratur und Wissenschaft; draussen nichts als Krieg und Kampf zwischen den Königen und Reichen, ein ewiges Ringen um die höchste Macht auf der Insel. Noch vermag niemand zu sagen, welchem der sieben Reiche dereinst die Herrschaft über alle zufallen werde. Eine Zeit lang hielt sich Northumberland auf der unter Oswald erreichten Höhe. Oswiu dehnte durch seine Siege das Reich nach Norden aus; wieder wie unter Edwin gehorchten die Picten den

Geboten des northumbrischen Königs. Aber diese Macht war nicht von Dauer, durch innere Umwälzungen ward Northumberland von seiner beherrschenden Höhe herabgestürzt. Das unter dem heidnischen Penda einst so mächtige Mercia trat an seine Stelle, jetzt als christlicher Staat. Schon Aethelbald, der mehr als vierzig Jahre König von Mercia war, hielt alle anderen englischen Staaten in Abhängigkeit. Und in noch höherem Masse war dies unter dem mächtigen Offa der Fall. Er unterwarf die meisten angelsächsischen Staaten seiner Hoheit; Ostanglia ward mit seinem Reiche unmittelbar vereinigt, nachdem der gastfreundlich bei ihm aufgenommene König Aethelbert gewaltsam beseitigt worden war. Zuletzt behaupteten nur noch Wessex und Northumberland einen geringen Grad von Selbständigkeit. Auch gegen die Briten war Offa siegreich; auf lange Zeit hat er die Grenze gegen Wales festgelegt. So machtvoll war seine Stellung, dass er der einzige Fürst des Abendlandes zu sein schien, der sich Karl dem Grossen an die Seite stellen durfte. Der Frankenkönig selbst hat ihn als Bruder und Freund geachtet. Die Vorherrschaft Mercias fand selbst in der Schöpfung eines besonderen Erzbistums zum Schaden Canterburys ihren Ausdruck. Auch noch der Nachfolger Offas vermochte die für das mercische Reich gewonnene Macht im wesentlichen zu behaupten.

Und doch war es nicht diesem Staate beschieden, die dauernde Einigung Englands zu vollführen, sondern dem Hause von Wessex. Man wird schwerlich dem westsächsischen Königreiche von frühen Zeiten her den Beruf zuschreiben können, der Einiger aller angelsächsischen Staaten zu werden. Eine gewisse Zufälligkeit liegt doch darin, dass die Vorherrschaft, welche Wessex sich zu erkämpfen wusste, nachdem Mercia und Northumberland sie so lange innegehabt, zur dauernden wurde, zur Grundlage des englischen Staates. Sie fiel in eine Zeit, wo eben die allgemeinen Verhältnisse der Verschmelzung aller Reiche in ein einziges günstig waren. Darin vielmehr und nicht in den besonderen Bedingungen, die etwa gerade für Wessex in Betracht kamen, wird man den wesentlichen Grund der Entwicklung zu erblicken haben. Immerhin waren im Beginn des neunten Jahrhunderts alle alten Königsgeschlechter erloschen, nur nicht dasjenige aus dem Stamme Cerdics. Ihm war Egbert von Wessex entsprossen.

Im Jahre 802 gelangte Egbert durch die Wahl der Witan auf den Thron von Wessex. Lange Jahre hatte er im Frankenreiche gelebt und sicherlich wird das erhabene Beispiel Karls des Grossen, des kürzlich zum römischen Kaiser Gekrönten, nicht ohne Einfluss

auf ihn geblieben sein. Es gelang ihm, nach einander alle angelsächsischen Staaten zu unterwerfen, zuerst den Süden, dann den Norden. Alle erkannten schliesslich Egberts Hoheit an. Auch gegen die Kelten drang er siegreich vor. Cornwall wurde Wessex einverleibt, auch das nördliche Wales unterworfen. Zwar liess Egbert in Mercia, Ostanglia und Northumberland, den zuletzt bezwungenen Reichen, die einheimischen Könige als seine Untergebenen noch fortregieren; aber doch war jetzt die Einheit erreicht und sie ist nicht wieder verloren gegangen. Egberts Stellung war weit grösser als die eines Bredwalda, obwohl er noch diesen Titel geführt hat. Eine neue Epoche hatte für England begonnen; Egberts Regierung war der Anfang des englischen Staates.

Diese hohe Bedeutung haben seine Thaten freilich erst in der folgenden Zeit erhalten. Was die Angelsachsen an der neuen und zum erstenmal vollständigen Einheit festhalten liess, war nicht nur die Würde des westsächsischen Königsgeschlechts, das ja allein unter allen sich noch göttlichen Ursprunges rühmen durfte; auch nicht nur der persönlichen Tüchtigkeit der Nachfolger Egberts darf man das Verdienst zuschreiben; obwohl auch diese Momente nicht gering anzuschlagen sind. Dieselbe Ursache, welche ehemals die Entstehung des Königtums hervorgerufen hatte, wirkte jetzt für die politische Einheit der ganzen Nation: die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Feind unter gemeinsamer Führung zu bestehen.

Wieder wie beim ersten Auftreten der Sachsen wurden die Küsten der Insel durch die Raubfahrten heidnischer Barbaren heimgesucht. Dieses Mal kamen sie aus dem skandinavischen Norden; als Normannen oder Dänen werden sie bezeichnet. Es sind keine anderen als die Wikinger, welche auch über die Bewohner unserer deutschen Nordseeküste so schweres Verderben gebracht haben. Endlich hatte der gesamte Weltteil unter ihren Heimsuchungen zu leiden; im äussersten Süden Europas ward nachmals ein normännischer Staat errichtet. Noch kamen sie als rohe Heiden. Plünderungssucht und Kampfesfreude trieben sie an entfernte Küsten. Schon im achten Jahrhundert begannen ihre Landungen im östlichen England; dann war Irland lange Zeit das Ziel ihrer Fahrten gewesen; noch unter Egbert wendeten sie sich wieder gegen England. Er ward von ihnen geschlagen, doch zuletzt trug er den Sieg davon. Die Dänen waren vertrieben; das neue Königtum hatte sich schon unter seinem ersten Träger der grossen Aufgabe, dem ganzen Lande ein Schutz zu sein, gewachsen gezeigt.

Im nächsten Jahre starb Egbert. Neben dem Grundsatz der

Einheit des Reiches, den man gewiss nicht aufzugeben gemeint war, kommen nun, ähnlich wie im fränkischen Reiche doch auch noch Teilungen unter verschiedene Mitglieder des Königshauses vor. Auch die Geschichte des nächsten Königs Aethelwulf zeigt eine auffallende Ähnlichkeit mit dem ungefähr gleichzeitigen Schicksal Ludwigs des Frommen. Am Abend seines Lebens vermählt er sich mit einem jungen Weibe und sucht ihr, vielleicht auch der von ihr noch zu erhoffenden Nachkommenschaft, königliche Rechte zu sichern. Darob glauben sich die Söhne aus erster Ehe benachteiligt. Dem ältesten derselben muss der Vater den grösseren Teil seines Reiches überlassen. Nach Aethelwulfs bald erfolgtem Tode haben die drei ältesten Söhne nach einander kurze Zeit den Thron inne gehabt. Der letzte, Aethelred, ward im Jahre 871 im Kampfe gegen die Dänen tödlich verwundet. Er hatte zwei Söhne hinterlassen, die noch im Knabenalter standen. Aber jedermann wusste, dass dem Reiche Schweres bevorstand; nicht ein Kind, sondern einen kraftvollen Mann brauchte es zum Könige. Nach angelsächsischem Rechte musste nicht unbedingt der Sohn dem Vater auf dem Throne folgen; wenn nur die Krone innerhalb des königlichen Geschlechtes blieb. Also entschlossen sich die Witan von Wessex, den Bruder des letztverstorbenen Königs, der schon zu dessen Lebzeiten Anteil an der Regierung gehabt hatte, zu küren. So ward Aelfred König.

Als jüngster unter den fünf Söhnen des Königs Aethelwulf hatte er anfangs der Aussicht auf den Thron ferngestanden. Aber sein Vater scheint doch Grosses mit dem kränklichen Knaben im Sinne gehabt zu haben. Er schickte ihn nach Rom, liess ihn — offenbar nach dem Beispiel der fränkischen Herrscher — vom Papste zum Könige salben und auch auf Aethelwulfs eigener Romfahrt musste Aelfred ihn begleiten. Nun war dieser herangewachsen als die Hoffnung des Volkes; schon unter der letzten Regierung hatte er als Zweiter im Reiche Glänzendes geleistet. Seine nächste und grösste Aufgabe bestand darin, sein Volk vor dem schwer lastenden Drucke der Dänen zu befreien.

Denn diese hatten in den letzten Zeiten gewaltige Fortschritte auf der Insel gemacht. Im Jahre 851 hatten sie zum erstenmal einen Winter auf englischem Boden zugebracht. Seitdem war die Besiedelung des Landes ihr Ziel. Mit furchtbarer Verwüstung hatten sie die nordöstlichen Gebiete heimgesucht. Vornehmlich an Kirchen und Klöstern liessen sie ihre Wut aus; die Mönche wurden ermordet, die Kostbarkeiten geraubt. König Eadmund von Ostanglia, der vom Christentume nicht lassen wollte, ward von dem grausamsten

der Dänenführer einem schrecklichen Tode geweiht. Doch der edle Glaubensheld ist der Heilige seines Volkes geworden. Als über hundert Jahre später der trotzige Dänenkönig Sven Gabelbart eines plötzlichen Todes starb, da wusste die fromme Legende zu erzählen, der heilige Eadmund sei ihm erschienen und habe ihn wegen seiner Frevel mit dem Speere durchstossen. Ostanglia ward der Ausgangspunkt des weiteren Vordringens der Dänen. Noch war der Süden frei. Die Brüder Aethelred und Aelfred hatten gemeinschaftlich einen Sieg erfochten. Als aber Aelfred König wurde, befanden sich die Dänen in drohender Stellung bei Reading an der Themse. Von dem Widerstande, den Wessex leisten würde, hing es ab, ob durch die dänische Barbarei die Herrschaft der Angelsachsen zu Grunde gehen solle, und mit ihr das Christentum und die christliche Kultur.

Es braucht wahrlich der sagenhaften Ausschmückung nicht, um den Vorgängen des Jahres 878 den Charakter des Wunderbaren zu verleihen. Weithin verwüsteten die Dänen das Land, das Volk war mutlos, der König musste vom Kampfe abstehen. Mit wenigen Getreuen findet er Zuflucht in dem sumpfigen, unwirtlichen Tiefland von Somerset. Dort hält er sich verborgen, fristet ein unstetes Leben fast nach Räuberart, viele in seinem Volke glauben, er sei gestorben. Aber dann taucht er wieder auf, an einem von Natur schwer zugänglichen und durch Kunst befestigten Orte hält er sich, sammelt neue Anhänger und unternimmt mit ihnen erfolgreiche Streifzüge gegen die Feinde. Die Bewohner von Wilts und Hampshire fassen wieder Mut und scharen sich zum Kampfe unter Aelfreds Banner, dem goldenen Drachen. Aber nun brechen auch die Dänen auf und führen ihre ganze Heeresmacht ihm entgegen. Es kommt zur Schlacht. Aelfred lässt die Seinen sich eng aneinander schliessen, und so werfen sie die Angriffe der Feinde zurück und gewinnen einen grossen Sieg. Ja, sie verfolgen die Dänen bis zu ihrer festen Verschanzung und zwingen sie nach vierzehntägiger Belagerung zum Abzuge. Wessex ist gerettet.

Und noch ein weiterer Erfolg knüpft sich an den wunderbaren Wechsel des Glückes. Der Dänenkönig, gegen welchen Aelfred im Felde stand, erklärt, sich zum Christentum bekennen zu wollen. Aelfred selbst wird sein Pathe. Seit dieser Zeit breitete sich unter den Dänen, welche in England Fuss gefasst hatten, das Christentum aus. Schon vorher hatten sie in Ostanglia und anderen Gebieten über christliche Unterthanen geherrscht. Ihnen ist es ergangen, wie den germanischen Eroberern während der Völker-

wanderung auf dem Festlande. Sie folgten der Sitte und vor allem der höheren Religionsform der Unterworfenen. Den christlichen Glauben lernen sie hassen, fürchten und zuletzt verehren.

Der Untergang des englischen Staates war glücklich vermieden; aber die Dänennot hatte doch ihr Ende noch nicht erreicht. Die Normannen teilten nun ihre Angriffe zwischen den an der Nordsee gelegenen Festlandküsten und dem britischen Eilande. Als sie im Jahre 891 durch den deutschen König Arnulf entscheidend geschlagen sind, fällt ihr Angriff mit um so grösserer Wucht auf England. Aelfred ist unermüdlich im Widerstande, dabei sinnreich und erfinderisch in den Mitteln. Er formt die Heeresverfassung seines Volkes um, damit er beständig Mannschaften unter Waffen halten könne, um die festen Plätze zu besetzen. Seitdem vermögen seine Feinde nur noch das flache Land zu verheeren. Und er selbst baut Kriegsschiffe, die erste britische Flotte seit den Tagen des Agricola, und war nun imstande, den seegewaltigen Wikingern auf ihrem eigenen Elemente zu begegnen. Das von den Dänen im Osten der Insel bereits besetzte Land vermochte freilich auch Aelfred ihnen nicht mehr zu entreissen. Hier trat ein neues, wenn auch verwandtes Element zur alten Bevölkerung hinzu; dänische Namen finden sich noch heute zahlreich in Yorkshire, Lincolnshire und anderen Landesteilen des Ostens. Aber diese Dänen wurden Christen und verschmolzen mit der älteren Bevölkerung. Und das Eine war doch erreicht: der Bestand der angelsächsischen Herrschaft, ja selbst die Einheit des Reiches blieb erhalten.

Und doch sind damit Aelfreds Verdienste um sein Vaterland noch nicht erschöpft. Die Geschichte hat ihm den Beinamen des Grossen gegeben. Was ihn desselben würdig macht, ist die reiche Mannigfaltigkeit seines Wirkens. In zahlreiche Gebiete des englischen Lebens hat er schöpferisch eingegriffen. In dem furchtbaren Ringen gegen die nordischen Barbaren war der beste Teil der angelsächsischen Kultur zu Grunde gegangen. Aelfred hat sie wiederhergestellt.

An der Spitze ein mächtiges Königtum. Über weltliche und geistliche Grosse, über Ealdormen wie Bischöfe ragt die königliche Macht hoch empor. Die alten Landesteilungen in Hundertschaften und Gaue, für welche der Name Shires jetzt aufkam, liess er bestehen. Aber neu war es, dass es jetzt im angelsächsischen Gebiete in Wahrheit keinen König mehr gab ausser demjenigen von Wessex. Aelfred war nicht nur wie Egbert der höchste König in angelsächsischen Landen, er war auch der einzige. Was er schuf, das war

für ganz England geschaffen. Doch nahm er auch auf die Überlieferungen der verschiedenen Landesteile, der früheren Königreiche Rücksicht. Aus den alten Gesetzsammlungen von Wessex, Kent und Mercia ist Aelfreds eigenes Gesetzbuch erwachsen. Die Änderungen darin rühren zum Teil von ihm selbst her. Die verstärkte königliche Macht sollte ebenso ihren Ausdruck finden wie der hohe Einfluss, welchen dieser König der Kirche und ihren Organen in seinen Staaten einzuräumen dachte. Aelfreds gläubiger, christlicher Sinn spricht sich nicht nur darin aus, dass er sein in altenglischer Sprache geschriebenes Gesetzbuch mit den zehn Geboten beginnen lässt, dass er auf die göttlichen Satzungen der heiligen Schrift hinweist, selbst wo dieselben für seine Unterthanen keinen anderen Sinn als den des Gleichnisses haben konnten, sondern auch in der hohen Stellung, welche der Kirche in seinem Staate angewiesen ward.

Die ehemals so hohe Bildung der Angelsachsen war unter den Stürmen der Dänenkriege verloren gegangen, die Klöster verbrannt, die Geistlichen verstanden ihr Latein nicht mehr. Aelfred baute die Klöster wieder auf und suchte sie wieder zu Heimstätten der edelsten Menschlichkeit zu erheben. Er selbst aber ging lernend und lehrend seinem Volke voran. Kaum ein Gebiet menschlichen Schaffens, in welchem dieser Geist mit seiner unendlichen Wissensbegierde nicht heimisch wurde. Doch sollte sein eigenes Können nur dem Wohle der Gesamtheit dienen. Für seine Geistlichkeit schuf er jene Übersetzungen lateinischer Schriftsteller, mit deren Sprache er selbst erst im reifen Mannesalter vertraut geworden war. Die Arbeit seiner Handwerker und Künstler belebte er selbst durch Beispiel und Anregung. Und doch hat er die angelsächsische Kultur auf die frühere Höhe nicht wieder zu erheben vermocht. Einst hatten, so sagte er selbst, die Fremden bei den Angeln die Weisheit gesucht, jetzt müssen die Angeln sie sich von draussen holen.

In allem eine der herrlichsten Gestalten auf dem englischen Throne. Ein König, der, den Tod verachtend, seinem Volke die Freiheit erkämpfte und der im Frieden für sein Volk auch zu leben wusste. Wohl schaltete er völlig nach eigenem Sinne; ein despotischer Zug in seiner Regierung lässt sich nicht verkennen. Aber in der selbstlosen Hingabe an das allgemeine Wohl, in dem liebevollen Eingehen in alle Verhältnisse gebührt ihm ein Platz neben den edelsten Fürsten der Geschichte.

Was Aelfred als Wiederhersteller des angelsächsischen Staates geleistet hatte, diente seinen Nachfolgern zur Grundlage. Sie durften in den Werken des Krieges wie des Friedens selbst über die Gren-

zen, die er sich gezogen hatte, hinausgehen. Die nächsten Könige konnten ihre Macht erheblich ausdehnen. Ob wirklich schon Aelfreds Sohn Eadward die englische Herrschaft selbst in Schottland zur Anerkennung gebracht habe, mag dahingestellt bleiben; gewiss ist es, dass in der That das jetzt gleichfalls unter der Hoheit eines Königs geeinte Schottland um die Mitte des zehnten Jahrhunderts in eine enge Verbindung mit dem angelsächsischen Reiche trat, eine Verbindung, die Jahrhunderte lang bestand und den Charakter der englischen Lehnshoheit über das nordische Nachbarreich gewann. Unterdessen wurden auch die dänischen Gebiete auf der Insel, welche Aelfred hatte freigegeben müssen, wieder unterworfen. In einer ungeheuren Schlacht, die viel besungen ward und selbst in skandinavischen Sagen nachklingen soll, ward um den Besitz des nördlichen Englands gestritten. Die Angelsachsen behielten den Sieg. Die dänischen Gebiete wurden einverleibt und allmählich verschwanden auch die Verschiedenheiten der Völker.

Wie Eadward durch kriegerische Erfolge die englische Macht ausdehnte, so war sein Enkel Eadgar gross im Frieden. Was seine Stellung bemerkenswert macht, ist seine enge Verbindung mit der Geistlichkeit. Es war die Zeit, da in Europa mit dem sich ausbreitenden mönchischen Leben der Geistlichen der Einfluss unendlich stieg, den sie auf die allgemeinen Verhältnisse zu üben vermochten. Auch in England hatten diese Bestrebungen sich schon geltend gemacht. Dunstan ward ihr Vertreter. Eadgars Bruder und Vorgänger Eadwig war — so wird man die sonst wenig klare Geschichte seiner kurzen Regierung wohl zu verstehen haben — im Konflikte mit den geistlichen Ideen zu Grunde gegangen. Bei seiner Krönung war er vom Festmahl plötzlich aufgestanden. Zwei Geistliche, die ihm folgten, fanden ihn mit einer jungen Verwandten tändelnd; die Krone hatte er abgelegt. Darauf ergriff der eine der Geistlichen den König bei der Hand, setzte ihm die Krone wieder aufs Haupt und führte ihn zurück zum Krönungsgelage. — Die kleine Erzählung giebt schon von dem Zwiespalt Kunde, der diesem Könige verhängnisvoll wurde. Das junge Weib ward Eadwigs Gattin; jener kühne Geistliche aber war Dunstan. Die Ehe des Königs ward wegen einer zu nahen Verwandtschaft durch die Geistlichkeit für ungültig erklärt. Doch Eadwig wollte von seinem Weibe nicht lassen; Dunstan musste aus dem Lande weichen. Das Volk aber stellte sich auf die Seite der Geistlichen, deren würdige Lebensführung ihnen die allgemeine Liebe erwarb. Dunstan ward zurückgerufen, die Königin misshandelt und verbannt, Eadwig selbst starb

vermutlich eines gewaltsamen Todes. Als einziger Herrscher in England kam jetzt im Bunde mit der Geistlichkeit Eadgar empor.

Durch Eadgar war Dunstan zurückgerufen worden. Man kann den einen Namen nicht nennen, ohne zugleich des anderen zu gedenken; beide Männer haben gemeinschaftlich England regiert. Die Kirche ward mächtig; aber ihre Macht trug doch wieder dazu bei, die Stellung des Königtums noch zu erhöhen. Kein englischer Herrscher hatte vor Eadgar die gleiche Machtfülle besessen; sie schien hinter dem Kaisertum der Ottonen nicht weit zurückzubleiben. Wahr oder nicht, ist doch die Erzählung, wie Eadgar einmal von acht Königen in einem Boote gerudert ward, dessen Steuer er in seiner Hand hielt, eine glückliche Umschreibung seines Verhältnisses zu den Nachbarn. Unter der Zahl jener Könige sind mehrere von Wales und der von Schottland. Und doch hat Eadgar keine grossen Kriege geführt. Das Land genoss der Ruhe, Handel und Verkehr breiteten sich aus und erhielten Schutz und Förderung durch die Krone. Auch die Kirche vermochte eine segensreiche Wirksamkeit zu entfalten; ihr galt das vernehmste Interesse des Königs. Wie beide Gewalten einander unterstützten, das erhellt recht aus jener merkwürdigen Krönung und Salbung, welche der König noch im sechszehnten Jahre seiner Regierung durch Dunstan an sich vornehmen liess. Es war ein Ausdruck für die gebietende Stellung, zu welcher Eadgar gelangt war, er, der sich Kaiser und Herr nannte über alle Könige und Völker im Bereiche der britischen Inseln. Aber zugleich ist auch die Würde des Priestertums darin angedeutet, welches solcher Machtfülle erst die Weihe verlieh.

Am Ende war doch das Königtum und nicht der Priesterstand die starke Säule, auf welcher der angelsächsische Staat ruhte. Dunstan überlebte seinen königlichen Gönner; aber nach Eadgars Tode erhoben sich innere Unruhen. Der älteste der beiden Knaben, die er hinterliess, ward nach vierjähriger Regierung, wie man meinte, von seiner Stiefmutter, schnöde ermordet. Der jüngere Bruder Aethelred bestieg den Thron. Er lebte in ewigem Hader mit den Grossen des Reiches. Selbständig hat er niemals regiert; man hat ihn den Unberatenen genannt, worin ja auch der Mangel eigener Entschlussfähigkeit ausgedrückt ist. Doch bei aller Untüchtigkeit seines Regimentes muss man doch auch die unendlichen Schwierigkeiten in Erinnerung halten, mit denen er zu ringen hatte.

So lange war nun England von den Anfällen der Normannen verschont geblieben. Wie sie im neunten Jahrhundert das nordöstliche England besiedelt hatten, so fassten sie im zehnten festen

Fuss auf französischem Boden. Der westfränkische König Karl der Einfältige gab ihnen das Land der unteren Seine, fortan Normandie genannt. Unterdessen hatte England vor ihnen Ruhe gehabt. Jetzt begannen ihre räuberischen Landungen von neuem. Sven Gabelbart, der Sohn des dänischen Königs Harald Blatand, war der Führer. Wechselvolle Kämpfe ereigneten sich; gelegentlich suchte Aethelred durch Geldzahlungen den weiteren Angriffen der Dänen vorzubeugen. Ihre Unternehmungen nahmen bald eine Richtung auf die Eroberung und politische Beherrschung von England. So wurde die Abwehr der Dänen fast noch mehr die persönliche Sache des Königs als des englischen Volkes. Aethelred sah sich nach auswärtigen Bundesgenossen um; er ging eine folgenschwere Verbindung ein, indem er sich mit Emma, der Schwester des Herzogs von der Normandie, vermählte. Eben dadurch aber ward zunächst das Verhältnis zwischen Dänen und Engländern noch feindseliger als zuvor. Im dänischen Heere soll der Plan entstanden sein, den König nebst seinen Witan zu ermorden. Da entschloss sich König Aethelred zu einer furchtbaren That, um sich seiner Feinde zu entledigen. Einer jener grässlichen Ausbrüche der Volkswut fand statt, wie sie zu geschehen pflegen, wenn die Regierenden die Leidenschaften der Massen gegen verhasste Gruppen im Lande aufrufen. An einem Tage wurden alle Dänen in England, welche an dem letzten Kampfe teilgenommen hatten, ums Leben gebracht. Der Rückschlag konnte nicht ausbleiben. Sven erneuerte seinen Angriff; sogar ein Teil der englischen Grossen stand auf seiner Seite. Endlich musste Aethelred seinem siegreichen Gegner weichen; er floh nach der Normandie. Zwar durfte er nach Svens bald erfolgtem Tode noch einmal als König zurückkehren; ein Vertrag wurde zwischen ihm und den englischen Grossen geschlossen. Aber seiner Herrschaft sollte er sich nicht lange erfreuen. Von neuem erhob sich innerer Zwiespalt. Cnut, der Sohn Svens landete mit 200 Schiffen; doch ehe der Kampf zur Entscheidung kam, starb Aethelred. Eine der längsten und unglücklichsten Regierungen der englischen Geschichte war zu Ende gegangen.

Gegen Cnut und seinen Anspruch auf den englischen Thron erhob sich jetzt Aethelreds tapferer Sohn Eadmund Eisenseite. Es war namentlich das bürgerliche Element, das zum alten Herrscherhause hielt; aber der Däne trat mit gewaltiger Macht auf. Eine Verständigung zwischen ihnen wird erreicht, die beiden Fürsten kommen nach mittelalterlicher Weise auf der Insel eines Flusses zusammen, ein Vertrag wird geschlossen, der eine Teilung des Landes

bedingt. Die Krone Englands blieb dem Sohne Aethelreds. Doch kaum war dies geschehen, als Eadmund plötzlich starb. Niemand konnte jetzt noch Cnuts Herrschaft über ganz England in den Weg treten. Doch er wollte nicht nur durch die Macht, sondern auch durch das Recht König sein. Er berief die vornehmsten Geistlichen und Weltlichen zu einem Witenagemot nach London. Die versammelten Grossen schlossen die Familie Aethelreds vom Throne aus und erhoben Cnut zum Könige über ganz England.

So war ein dänischer König an die Stelle der Nachkommen Cerdics getreten. Innerhalb der Epoche, da die Dänen in der Geschichte Englands hervortreten, war dies die glücklichste Zeit. Kaum dass man von einer Fremdherrschaft sprechen kann, denn Cnut regierte wie ein angelsächsischer König und tiefer gehende Änderungen wurden nicht unternommen. Durch blutige Thaten war er zur Herrschaft gelangt — selbst die Ermordung Eadmunds ist ihm nachmals zugeschrieben worden — dann aber war seine Regierung so friedlich wie diejenige Eadgars. Und auch auf ihn wirkte die Macht des christlichen Gedankens, den er in England so stark vertreten fand. Sven Gabelbart war ein trotziger Heide gewesen. Cnut war Christ. Als einer der frömmsten Fürsten seiner Zeit wird er gerühmt. Im Jahre 1027 hat er eine Pilgerfahrt nach Rom unternommen, die ihn mit den beiden Häuptern der Christenheit, dem Papste und dem römischen Kaiser zusammenführte. Welch ein merkwürdiges Zeugnis seiner frommen Gemütsart ist uns in jenem Briefe voll edler Vorsätze enthalten, den er von Rom aus an sein Volk richtete.

Cnut war der mächtigste Herrscher des Nordens. Fünf Königreiche, so sagte man, waren ihm unterthan. Ganz ohne Einfluss auf die auswärtige Stellung Englands war diese Verbindung mit den skandinavischen Gebieten natürlich nicht, aber innigere Beziehungen entstanden nicht daraus. Die Verknüpfung der Reiche mit einander erscheint als eine rein zufällige und nur an die Person des gemeinsamen Herrschers gebunden. Mit Cnuts Tode war sie zu Ende. So hat diese dänische Herrschaft tiefere Spuren in der Entwicklung des englischen Staates nicht hinterlassen. Eine besondere Bedeutung gewinnt sie jedoch schon durch die Beziehungen, welche jetzt mit den Normannen in Frankreich sich anknüpften. Man wird allmählich zur Geschichte der normännischen Eroberung hinübergeleitet. Die beiden Edelinges aus dem Stamme Cerdics, die Söhne Aethelreds, hatten Schutz gefunden bei dem Herzoge Robert von der Normandie; er trat Cnut gegenüber als der Vertreter ihrer

Ansprüche auf. Ja es heisst, dass schon Robert einen Angriff gegen England geplant habe, wie sein berühmter Sohn ihn nachmals ausgeführt hat. Cnut heiratete, gleichsam um die Ansprüche der Edelinges zu übertreffen, ihre Mutter Emma, die Witwe Aethelreds. Nach seinem Tode sind ihm auf dem Thron von England in der That zwei Söhne nach einander gefolgt, durch die Wahl der Grossen erhoben. Aber die Verbindung mit Dänemark war sogleich gelöst.

Unter der Regierung Harolds des Hasenfüssigen sind die beiden Edelinges auf englischem Boden gelandet und haben den Versuch gemacht, die Krone ihres Vaters zu gewinnen. Der ältere, Aelfred, ward jedoch von Harolds Mannen ergriffen und, weil er den rechtmässigen König stürzen wollte, geblendet und ums Leben gebracht. Sein furchtbares Ende hat selbst in jener blutigen, an schreckliche Thaten der Mächtigen gewöhnten Zeit, Schmerz und Entsetzen hervorgerufen. War Aelfred doch der Sohn eines englischen Königs. Und hielt er nicht sein Recht für ebenso gut wie Harold das seinige? Man hat seinen Anspruch nicht unzutreffend mit demjenigen der beiden stuartischen Prätendenten des 18. Jahrhunderts verglichen. Diese waren durch Parlamentsstatut vom Throne ausgeschlossen, während sie selbst behaupteten, das Parlament könne ihnen ihr angestammtes Recht nicht rauben. Der Sohn Aethelreds stützte sich gleichfalls auf sein Erbrecht, jedoch zu einer Zeit, da noch nicht dieses, sondern die Wahl der Grossen den Ausschlag zu geben pflegte. Nur dadurch, dass diese bei der Erhebung Cnuts nicht einmal innerhalb der königlichen Familie ihre Wahl getroffen hatten, war das Herkommen verletzt worden. Aber nun, nach Cnuts Tode, hatten sie sich ja in der That, wenn anders er rechtmässiger König gewesen war, vom königlichen Stamme, und also vom alten Rechte, nicht entfernt. Dem Nachlebenden, der die gesamte Entwicklung zu überblicken vermag, fällt es schwer zu sagen, was in einem gewissen Zeitpunkte Rechtens gewesen sei. Zuletzt muss doch dasjenige entscheidend sein, was die Zeitgenossen dafür erachten. Die Engländer jener Tage aber hielten zum dänischen Königsstamme. Erst als die Söhne Cnuts gestorben waren, ward Eadward, der jüngere Sohn Aethelreds, mit grosser Einmütigkeit zum Könige erhoben. Noch einmal herrschte der Stamm Cerdics in England.

Der bemerkenswerteste Umstand bei diesen Thronstreitigkeiten war es vielleicht, dass sie vorwiegend persönlicher Natur waren. Der englische Staat war fertig und festgefügt, so wie Aelfred und Eadgar ihn gegründet hatten. Nicht um seinen Bestand, auch nicht um seine Wesenheit handelt es sich; nur darum, wer an der Spitze

stehen soll. Er ist derselbe, ob auch die Nachkommen Egberts oder diejenigen Harald Blatands in ihm die Königskrone tragen. Schon war es ein vornehmer, machtvoller Staat, der ganz Britannien beherrschte und auch draussen in der Welt hohes Ansehen genoss. In dieser Periode aber war es nun das Verhängnis in der englischen Geschichte, dass der Thron nicht mehr fortgesetzt im Besitze einer einzigen Familie war. Die Witan hielten nicht mehr an der alten Regel fest, nur ein Mitglied der königlichen Familie zu küren. Sie hatten sich darein gefunden, jedem, der die höchste Macht erlangt hatte, auch ihrerseits die Krone aufs Haupt zu setzen. Ein Zustand, in dem für ehrgeizige Fürsten der Anreiz lag, nach der englischen Königswürde zu trachten, die nach dem Erfolge der dänischen Dynastie leicht zu erwerben schien. Diese Umstände leiten zur Geschichte der normännischen Eroberung hinüber.

Verbannte Prinzen verlieren leicht den Zusammenhang mit den heimischen Angelegenheiten. In England war es entscheidend, dass gerade das alte Königshaus von Wessex, seit es vom englischen Boden vertrieben worden, sich nicht mehr mit der Nation Eins zu fühlen vermochte, mit seiner Rückkehr kam ein fremdes Element in die englische Regierung hinein. In der Normandie waren die Edelinges Aethelreds aufgewachsen. Eadward der Bekenner war der Sohn einer normännischen Mutter. Seine Neigung gehörte dem Lande seiner Jugend; in England blieb er ein Fremder. Er umgab sich mit Normannen, verlieh ihnen hohe Ämter, ein Normanne ward Erzbischof von Canterbury. Die Engländer fühlten sich zurückgesetzt; man begann die Fremden zu hassen. In diesem Kampfe des einheimischen mit dem fremden Prinzip liegt der Schwerpunkt von Eadwards Regierung. In dem mächtigsten der englischen Grossen, dem Earl von Wessex Godwin war der nationale Widerstand gegen die Begünstigung der Normannen verkörpert. Eine Zeit lang standen sich die beiden Parteien wie zwei feindliche Heerlager gewaffnet gegenüber. Man verhandelte hin und wieder. Dem Könige gelang es freilich die Ächtung und Verbannung Godwins und seiner Söhne beim Witenagemot zu erwirken; die normännische Partei schien gesiegt zu haben. Aber ein Rückschlag erfolgte. Die Verbannten kehren mit Heeresmacht zurück. Eadward will ihnen entgegenziehen. Aber das Volk ist für sie; der König darf mit seinem rebellischen Unterthan versöhnen, ihn in sein Amt wieder einsetzen. Der normännische Erzbischof Robert wird des Landes verwiesen.

Nur einen Augenblick hatte es den Anschein gehabt, als ob durch friedliche Wandlungen eine normännische Herrschaft über England aufgerichtet werden könne. Als Godwin verbannt war, empfing Eadward den Besuch des ihm verwandten Herzogs Wilhelm von der Normandie. Der kinderlose König versprach dem Herzoge, er solle sein Nachfolger auf dem englischen Throne sein. Eine so selbständige Verfügung über seine Krone stand freilich dem Könige garnicht zu. Allein er mochte daran denken, dass in den letzten Jahrzehnten mehr als ein König den Thron bestiegen hatte, bei dessen Emporkommen nicht die freie Wahl der Witan den Ausschlag gegeben hatte. Und wenn anders Eadward bestrebt war, der eben von ihm durchgeführten Herrschaft des normännischen Elements die Fortdauer auch nach seinem Tode zu sichern: wie konnte er dies besser erreichen, als indem er dem Herzoge von der Normandie selbst die englische Krone bestimmte? Nun sehen wir auch, wie jetzt der Knoten der folgenden Entwicklung geschürzt ist. Hätten die Engländer sich nicht gegen das ihnen aufgedrängte fremde Element erhoben, so hätten sie wohl auch Wilhelms Thronfolge nichts in den Weg gestellt, er wäre selbst ohne die Schlacht bei Hastings König von England geworden. Nun aber war das Gegenteil erfolgt; der Vorkämpfer der nationalen Sache war zurückgekehrt. Und als Godwin im folgenden Jahre starb, folgte ihm sein Sohn Harold als Earl von Wessex. So mächtig war sein Einfluss, dass er in den dreizehn Jahren, welche der Regierung des Bekenners noch beschieden waren, wie der eigentliche Herrscher erschien. Und wie hätte bei Eadwards Tode das nationale Selbstgefühl der Engländer einen stärkeren Ausdruck finden können, als darin, dass sie diesen Mann, den sie als den Tüchtigsten erkannten, nunmehr, obwohl er nicht vom königlichen Stamme war, zum Könige erhoben. Harold bestieg den Thron Aelfreds des Grossen.

Aber sogleich trat nun auch Wilhelm von der Normandie mit seinem Ansprüche auf. Es war ein Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung. Denn nicht allein darum handelte es sich, ob ein Angelsachse oder ein Normanne den Thron von England inne haben werde. Die Herrschaft des normännischen Elementes musste zugleich einen engeren Anschluss Englands an die kirchlichen und staatlichen Bildungen des Kontinentes mit sich bringen, als er vorher bestanden. Die angelsächsische Verfassung hatte sich in ihren wichtigsten Merkmalen noch erhalten, doch sie genügte den Bedingungen eines grösseren Staats nicht mehr. Das Heerwesen beruhte noch auf dem allgemeinen Volksaufgebot, das doch für die

Kriegführung im Grossen unzulänglich wurde. Daneben hatte man freilich schon zu bewaffneten Gefolgschaften gegriffen, die mit dem Könige und den Ealdormen oder, wie es seit der dänischen Zeit hiess, den Earls in den Krieg zogen; Cnut hatte ein kleines stehendes Heer, die Huskarle, unterhalten. Aber das alles waren nur Ansätze und zu einer durchgreifenden Heeresreform nach dem Muster der festländischen Einrichtungen war es nicht gekommen. Auch in kirchlicher Beziehung stand England um diese Zeit der auf dem Festlande herrschenden Richtung fern. Wohl hatte, wie wir wissen, die ascetische Strömung auch auf die Insel ihren Weg gefunden und durch Eadgar und Dunstan grosse Verbreitung erhalten. Neuerdings aber traten diese Bestrebungen in Verbindung mit den höheren Ansprüchen des römischen Stuhles auf, wie sie durch die mächtige Persönlichkeit Hildebrands vertreten wurden. Jener Erzbischof Robert von Canterbury, der bei Godwins Rückkehr hatte weichen müssen, gehörte der neuen Richtung an. Sein Nachfolger Stigand galt dem römischen Stuhle für ketzerisch; aber eben in seiner Haltung fand die Unabhängigkeit der angelsächsischen Kirche ihren Ausdruck.

Der Normannenherzog vertrat dem gegenüber die neuen Richtungen und Ziele der Zeit. Es ist nicht unsere Sache, auf die Geschichte der Normandie zurückzugreifen und zu erzählen, wie im Anfang des zehnten Jahrhunderts jener Rollo durch einen Vertrag mit Karl dem Einfältigen von Frankreich in ähnlicher Weise feste Wohnsitze für seine Wikinger erhielt, wie dies ein Menschenalter früher in England geschehen war; wie der Herzog den mächtigsten Einfluss auf die Angelegenheiten des westfränkischen Reiches zu nehmen vermochte und wie sein Staat im nördlichen Frankreich sich ausbreitete. Um die Mitte des elften Jahrhunderts waren diese Normannen in Kultur und Sprache bereits zu Franzosen geworden, auch das Christentum hatten sie mit Eifer ergriffen. Aber der trotze Wagemut, der alte Wikingergeist war ihnen geblieben. Schon hatten sie sich auch draussen in der Welt einen Namen gemacht, als feurige Kämpfer gegen den Islam in Spanien und Sizilien, als Eroberer des südlichen Italiens. Von dorthier rührte auch ihre enge Verbindung mit dem römischen Stuhle, die bei Wilhelms Unternehmung gegen England eine so hohe Rolle gespielt hat. Der Papst liess dem Normannenherzoge seine moralische Unterstützung. Neben dem eigenen Interesse schien Wilhelm auch das der Kirche zu verfechten. Sein Sieg bedeutete zugleich die Aufrichtung der römischen Kirchenhoheit in England.

In dem streitbaren Heere des Eroberers war aber auch jenes

Prinzip verkörpert, von welchem das innere politische Leben der abendländischen Nationen fortan bestimmt wurde: das Lehnswesen. Wilhelm war höchster Lehnsherr jener normännischen und französischen Grossen und Edlen, die mit ihm über das Meer zogen. Die feudalen Institutionen und der Ritterdienst wurden also nach England hinübergetragen.

So waren es die grossen Fragen der Zeit, der Anspruch der weltherrschenden Kirche, die Ausbreitung des Lehnswesens, um deren Entscheidung gekämpft wurde, als Harold der Angelsachse und Wilhelm der Normanne einander die Krone des Inselreiches streitig machten.

Drittes Kapitel.

Die normännische Eroberung.

Um die Osterzeit des Jahres 1066 ward in allen Ländern Europas ein gewaltiger Komet erschaut. Allabendlich nach Sonnenuntergang erschien er am Himmel; die Strahlen seines ungeheuren Schweifes glichen flammenden Speeren. Mit Entsetzen sah ihn das abergläubische Volk; ein schreckliches Ereignis musste es sein, das sich also ankündigte. Im selben Jahre drang bis in die entferntesten Gegenden des Weltteils die Kunde, dass der Normannenherzog Wilhelm in einer blutigen Schlacht den König Harold von England getötet und das Land erobert habe.

Herzog Wilhelm hatte sich auf der Jagd befunden, als die Botschaft ihn erreichte, dass Eadward tot und Harold zum Könige erhoben sei. Er war wie ausser sich; lange sprach er kein Wort, und niemand wagte ihn anzureden. Endlich trat einer seiner Freunde, der etwas bei ihm galt, an ihn heran und riet zu kräftigem Handeln. Das war nach des Herzogs Sinne; und jetzt fand er ebenso schnell den Entschluss zur That wie viele hundert Jahre später der junge König Friedrich von Preussen, als er die Nachricht vom Tode des letzten Habsburgers erhielt.

Wilhelm fühlte sich persönlich gekränkt und benachteiligt. Es heisst, Harold sei zu Lebzeiten Eadwards einmal schiffbrüchig an die Küste der Normandie geworfen worden. Man brachte ihn vor den Herzog, der ihm alle Ehren erwies, die seinem hohen Range gebührten; an einem Feldzuge in die Bretagne und anderen Unternehmungen liess er ihn teilnehmen. In der That war aber Harold Wilhelms Gefangener, und diesem Verhältnisse entspricht es, wenn er nicht in sein Vaterland zurückkehren durfte, ohne dem Herzoge gewisse Sicherheiten geboten zu haben. Die Tapiserie von Bayeux, eines unserer wertvollsten Bekehrungsmittel über die Geschichte der normännischen Eroberung stellt Harold dar, wie er Wilhelm einen Eid leistet. Über den Inhalt desselben fehlt es an

einer sicheren Nachricht. Aber so viel scheint gewiss: ob nun Harold die Tochter Wilhelms zu ehelichen, ob er denselben gar in Zukunft als englischen König zu erkennen sich verpflichtet habe; er hat sein Versprechen nicht gehalten. Und nun erweiterte sich der persönliche Konflikt der beiden Männer zum schweren Streite der Völker. Harold hat über Englands Thron so wenig verfügen können wie Eadward der Bekenner. Die englischen Grossen durften zum Könige erheben, wen sie wollten. Wilhelm trat gleichwohl als Rechtsnachfolger der Könige vom Stamme Cerdics auf. Diesem Ansprüche wollte er ebenso ausschliesslich die Krone von England verdanken, wie er sie in Wahrheit allein nach dem Rechte des Eroberers in seinen Besitz gebracht hat.

Wilhelm war ein Mann von gewaltiger Körpergrösse; mit der Kraft seines Armes konnte sich kein anderer messen. Er allein war — wie Odysseus — imstande den Bogen zu spannen, den er auf der Jagd zu führen pflegte. Er selbst ging seinen Mannen im Kampfe voran und bahnte sich seinen Weg durch die Scharen seiner Feinde. Seine wilde Tapferkeit war gepaart mit Grausamkeit; die furchtbare Härte gegen seine Feinde ward noch schrecklicher durch den Hohn, den er hinzufügte. Jeder, Freund wie Feind, fürchtete ihn. Wie er also in seiner unbändigen Kraft und Wildheit ein Bild des alten Wikingertums darstellt, so sind es doch noch andere Eigenschaften, die seine Grösse ausmachten. Der Stärke des Armes kam diejenige seines Willens gleich; er erreichte, was er sich vornahm. Der Eroberer war auch gross als Feldherr und Staatsmann. Anlage und Ausführung seines Unternehmens waren gleich vortrefflich; die diplomatische Vorbereitung war fast noch sorgfältiger und umfassender als die militärische. Und welchen Ruhm verdient er erst als Regent. Wie wunderbar jenes neue Herrschaftssystem in England, durch das er die ungeheuren Forderungen seiner Normannen zu befriedigen wusste und doch die natürliche Entwicklung des Landes nicht unterbrach.

Unter den Gesandtschaften, welche Wilhelm an auswärtige Grosse schickte, ist diejenige an den päpstlichen Hof am wichtigsten. Im Konklave fehlte es nicht an Stimmen, welche einer Teilnahme der Kirche an einem Werke des Krieges widersprachen. Aber Hildebrands Wille drang durch. Harold wurde für einen Thronräuber erklärt; Wilhelm erhielt einen kostbaren Ring mit einer Reliquie vom heiligen Petrus und eine geweihte Fahne, die seinem Kampfe gegen die Ketzler den Sieg sichern sollte. Wie ein Glaubenskrieg erschien nun die normännische Unternehmung gegen England.

Aus allen Landen strömten streitbare Mannen herbei, um teilzunehmen an dem heiligen Kampfe und Anteil zu gewinnen an der Beute auf englischem Boden.

Unterdessen hatte Harold noch einen anderen Angriff zu bestehen. Sein unzufriedener Bruder Tostig hatte den norwegischen König zu einer Landung in England vermocht und befand sich selbst im Heere der Norweger. Noch einmal sollte Harolds Ruhm hell erstrahlen. Er zog gegen seine Feinde und besiegte sie in einer grossen Schlacht. Tostig und der Norwegerkönig selbst befanden sich unter den Erschlagenen. Die Gefahr war beseitigt, aber sogleich musste sich der König gegen seinen andern gefährlicheren Feind wenden. Dem Angriffe, der nun mit geistlichen und weltlichen Waffen gegen das angelsächsische Königtum unternommen wurde, hatte dieses nicht einmal die Kräfte des gesamten Landes entgegenzusetzen. Die grossen Earls des nördlichen und mittleren Englands, eifersüchtig auf Harolds Macht, hielten sich vom Kampfe fern. Seit dem Untergange der alten Dynastie lebte niemand mehr, dessen Geboten das ganze Land gefolgt wäre.

Während des ganzen Sommers hatte Wilhelm in den Häfen der Normandie eifrig Schiffe bauen lassen; denn längst waren die Zeiten vorüber, da diese Normannen auf dem Meere zu schwärmen pflegten. Die Grossen des Landes steuerten, jeder nach seinem Vermögen, zu dieser Flotte bei. Wilhelms eigene Gemahlin Mathilde spendete das Schiff, welches den künftigen König von England über den Kanal tragen sollte. Niemand hinderte die Landung der Flotte. Freilich rückte nun Harold mit seinem Heere heran und besetzte unweit Hastings die Höhen von Senlac. Die Hauptwaffe der Angelsachsen, die zu Fusse kämpften, war die Streitaxt. Die Normannen kämpften zu Pferde und waren durch Scharen von Bogenschützen unterstützt, die, wie die Gelegenheit des Kampfes es ergab, bald hier, bald dort zur Verwendung kommen konnten. Die Kriegerweisen zweier Zeitalter massen sich mit einander. Die Engländer aus ihren festen Stellungen zu verdrängen, gelang der normännischen Ritterschaft nicht. Erst als Wilhelm einen Teil seiner Feinde durch eine scheinbare Flucht zur Verfolgung verlockte, neigte sich der Sieg auf seine Seite. In der Mitte und auf den Seiten bemächtigten sich die Normannen der starken Stellungen der Angelsachsen. So lange Harold lebte, war gleichwohl die Schlacht noch nicht entschieden: unerschütterlich kämpfte er inmitten seiner Huskarle. Gegen Abend aber rief Wilhelm seine Bogenschützen heran, hiess sie ihre Pfeile in die Luft abschiessen. Da sank Harold nieder, durch einen Pfeil

ins Auge getroffen. Um seine Leiche noch ward mit Erbitterung gekämpft; doch die Schlacht war verloren.

Harolds Tod hat in Wahrheit über das Schicksal Englands entschieden. Denn nun war kein Mann vorhanden, der den nationalen Widerstand hätte führen können. Die grossen Earls, die am Kampfe nicht teilgenommen hatten, sorgten nur um das Schicksal ihrer Provinzen. Wilhelm aber trat mit Stärke und Nachdruck auf; ihm musste die Herrschaft zufallen, wie sie ehemals Cnut zugefallen war. Aber noch war er nicht am Ziel, der Norden und die Mitte von England unterwarfen sich ihm noch nicht. In London ward sogar ein neuer König gewählt, der Edeling Eadgar, ein Enkel des Eadmund Eisenseite. Als aber Wilhelm sich der Stadt näherte, zog eine erlesene Schar, Eadgar selbst befand sich darunter, zu ihm hinaus und bot ihm ihre Unterwerfung an. Zu Weihnachten des Jahres 1066 ward er in Westminster zum Könige gekrönt. Noch einige Jahre währte es, bis durch weitere Kämpfe die Eroberung des ganzen Landes vollendet war, und auch noch später hatte Wilhelm wiederholte Aufstände zu bekämpfen, bis die Ruhe endlich hergestellt war.

Unterdessen hatte die neue Regierung sich wohl einzurichten gewusst. Es war ein in wesentlichen Punkten neues Herrschaftssystem, welches durch den Eroberer begründet und unter den folgenden Regierungen im Laufe des nächsten Jahrhunderts weiter ausgebaut und durchgeführt worden ist. Niemals ist es schwer, die Ausübung der Gewalt in die Formen des Rechtes zu kleiden. Wilhelm trat als Nachfolger der angelsächsischen Könige auf; er knüpfte an die Regierung Eadwards des Bekenners an, diejenige Harolds schien aus der Geschichte gelöscht. Als Rebellen wurden er und seine Anhänger bezeichnet. Wilhelm trat in den Besitz des gesamten Familiengutes des erschlagenen Harold ein. Alle, die mit diesem gefochten und auf seiner Seite gestanden hatten, verloren ihre Habe. Die normännischen Ritter, von denen viele nur durch die Hoffnung auf reiche Beute zur Teilnahme am Zuge des Eroberers bewegt worden waren, traten jetzt in den Besitz der Beraubten ein. Die Einziehungen und Wiederverleihungen von Gütern wurden allmählich immer weiter ausgedehnt; als König Wilhelm I. nach 21jähriger Regierung starb, da hatte der weitaus grösste Teil des englischen Bodens den Besitzer gewechselt. Den reichsten Gewinn trug der König selbst davon. Das gesamte Folkland, soviel davon noch übrig war, wurde zum Krongut geschlagen. Unter Eadward dem Bekenner war dasselbe bereits ansehnlich gewesen, unter Wilhelm gewann es eine mächtige Ausdehnung. Dafür musste

der König freilich mit seinem Vermögen nicht nur die Kosten seines Hofhaltes bezahlen; auch ein Teil der Staatsverwaltung, Rechtspflege und königliche Polizei wurden davon bestritten.

Die Ausleihung des Bodens an Normannen und Angelsachsen geschah im allgemeinen nach den Grundsätzen, die in der Normandie und anderwärts auf dem Festlande in Geltung waren. Aufs engste stand eine durchgreifende Heeresreform damit in Verbindung. Die Belehnung mit Grundbesitz geschah unter der Bedingung persönlicher Dienstpflicht. Nach der Grösse des Lehens richtete sich die Anzahl der Bewaffneten, welche der Inhaber für den Kampf zu stellen hatte. Bei grösseren Lehen war die Wiederverleihung an niedere Vassallen die Regel. Aber darin unterschied sich die englische Lehnverfassung von den auf dem Festlande üblichen Formen, dass nicht nur wie hier die Krone die Spitze der Lehnspyramide bildete, sondern dass alle Lehnsträger, die höchsten wie die niedrigsten, neben dem eigenen Lehnsherrn auch dem Könige unmittelbar verpflichtet waren. In jedem Treueid, den ein privater Lehnsherr sich leisten liess, war der dem Könige schuldige Gehorsam vorbehalten. Der König von England war dadurch in seinem Heere weit mächtiger als die Könige des Festlandes. In das englische Staatsrecht aber wurde jetzt der Grundsatz eingeführt, dass der gesamte Boden des Landes der Krone gehöre und dass, wer Grundbesitz haben wolle, denselben mittelbar oder unmittelbar vom Könige zu Lehen tragen müsse. Auf dem grossen Gemot in Salisbury, welches der Eroberer ein Jahr vor seinem Tode berief, kamen die grundbesitzenden Männer aus dem ganzen Lande zusammen, hohe wie niedere Vasallen, und alle schworen ohne Unterschied dem Könige einen Eid als seine getreuen Mannen. Auf Grund dieses Verhältnisses legte sich dann die Krone auch die Befugnis zu, nach Gutdünken Steuern und Abgaben zu erheben. Weil dafür der Grundbesitz den Massstab abgeben musste, so ward ein unendlich ausführliches Verzeichnis aller Hufen in England angelegt, mit dem Namen ihrer Besitzer vor und nach der Eroberung. Die Verhältnisse des Grund und Bodens wurden vermerkt, wie sie einerseits unter Eadward dem Bekenner bestanden und sich andererseits nach der Eroberung gestaltet hatten. Das Domesday-Book ist das bewundernswerte Denkmal der durchgreifenden Regierungsweise des ersten normännischen Königs.

Auch durch andere Massregeln war Wilhelm bemüht, seine Herrschaft zu sichern und die königliche Gewalt stark zu erhalten. In allen Teilen Englands erhoben sich die neu errichteten Burgen und

Türme — der Tower von London ist damals in seiner ursprünglichen Gestalt erbaut worden —, welche bestimmt und geeignet waren, das eroberte Land in Unterwürfigkeit zu erhalten. Eine gewisse Ähnlichkeit ist nicht zu verkennen zwischen dieser Massregel des Eroberers und dem umfangreichen Burgenbau, durch welchen um dieselbe Zeit der deutsche König Heinrich IV. die aufrührerischen Sachsen zu zwingen suchte. Hier wie dort blickte das Volk mit finstern Grimme auf die Zwingburgen der Tyrannei.

Wenn es galt, ein starkes Königtum zu schaffen, so durfte Wilhelm sich nicht damit begnügen, das angelsächsische Volk niederzuhalten. Ebenso sehr musste er darauf bedacht sein, den Eigenwillen seiner normännischen Grossen im Zaume zu halten. Hier handelte es sich um eine schwere Gefahr. Der Sondergeist der mächtigen Earls, welche sich von der Sache Harolds entfernt gehalten hatten, war dem angelsächsischen Königtum verhängnisvoll geworden. Und auch die Geschichte seines Heimatlandes, die Machtlosigkeit der französischen Könige war für Wilhelm ein warnendes Beispiel. Die Earldoms von Wessex und Mercia schaffte er ab; eine Gewalt wie Godwin und Harold sie unter dem Könige besessen, sollte in England nicht mehr möglich sein. Nicht genug damit. So reichlich die Lehnleute des Eroberers auch mit englischem Landbesitz bedacht wurden, er liess es doch grundsätzlich zur Entstehung grosser geschlossener Gütermassen im Besitze Einzelner nicht kommen. Planmässig wurden die Ländereien zerschlagen; die ersten Lehnsträger hatten wohl ein ansehnliches Gebiet unter sich, aber die Teile desselben waren durch das Land weithin zerstreut. Das Aufkommen territorialer Gewalten, welche der Stellung des Königtums gefährlich werden konnten, war dadurch unmöglich gemacht. Die Entwicklung, wie man sie zum Schaden der Krone in Frankreich und in Deutschland erlebt hat, ward in England durch das System Wilhelms des Eroberers glücklich vermieden.

Durch geistliche Waffen war die Eroberung gefördert worden: nun ward der Geistlichkeit auch eine bevorzugte Stellung im Reiche eingeräumt und sie wurde selbst eine der besten Stützen des neuen Königtums. Aus dem Erzbistum Canterbury ward jener für ketzerisch erklärte Stigand entfernt und an seine Stelle trat Lanfrancus, der berühmteste Vertreter scholastischer Gelehrsamkeit. Nur ungern hatte er dem mönchischen Leben entsagt. Jetzt reichte sein Einfluss weit über die geistliche Sphäre hinaus; als der erste Mann neben dem Könige hatte er selbst den grössten Anteil an Wilhelms Politik. Um so mächtiger wurde seine Stellung, als auch der Erz-

bischof von York sich ihm zu kanonischem Gehorsam verpflichtete. Im ganzen Staate wurden der Geistlichkeit neue Vorteile eingeräumt, sie erhielt eine selbständigere Stellung als früher, wurde unabhängig von weltlichen Gerichten. Bei der engen Verbindung der beiden Gewalten diente dies zugleich zur Verstärkung der königlichen Macht. Denn so sah Wilhelm trotz seines Bündnisses mit dem römischen Stuhle sein Verhältnis zur Geistlichkeit an. Von einer Unterwerfung unter den Willen des Papstes war er weit entfernt. Mit nichten war ein Herrscher, der den Begriff der Fürstengewalt in so weitem Sinne auffasste, geneigt, einer auswärtigen Macht in seinem Reiche eine Einmischung zu gestatten. Während in Deutschland um das Recht der Investitur gestritten wurde, besetzte Wilhelm in voller Freiheit die bischöflichen Stellen in England. Der mächtige Gregor VII. trat einmal mit der Forderung an ihn heran, er solle der Lehnsman des Papstes werden. Der König verweigerte es, indem er sich auf seine Vorgänger berief, die niemals die Mannen des römischen Stuhles gewesen seien. Erst ein späterer Nachfolger hat den geforderten Lehnseid wirklich geleistet. Zwischen Wilhelm und Gregor ist es trotz der Weigerung zu einem Konflikte nicht gekommen. Der Papst liess den König frei gewähren, unter dessen Herrschaft die Geistlichkeit es in allen Stücken so gut hatte. Von den ungeheuren Konfiskationen des Eroberers blieb das geistliche Gut verschont, der Besitz der Kirchen und Klöster ward nicht angetastet, hier und dort sogar erweitert. Aber die geistlichen Stellen wurden auch mit würdigen Personen besetzt, die Mönche zur Beobachtung der Ordensregel angehalten, der König selbst nahm das persönlichste Interesse an dem Wohle der Kirche.

Zu der alten angelsächsischen Bevölkerung Britanniens trat durch die Eroberung ein bedeutendes neues Element hinzu: die Normannen. Wilhelm machte seine Landsleute zu grossen Grundbesitzern, geistlichen wie weltlichen Würdenträgern. Seine Gesetze machen aber keinen Unterschied zwischen Normannen und Angelsachsen. Viele Angelsachsen durften — oft in der Form der Ablösung — im Besitze ihrer Güter bleiben. Gleichwohl überwog fortan in den höheren Lebenskreisen das normännische Element. Die Verschmelzung der beiden Bevölkerungen vollzog sich langsam.

Erst als einige hundert Jahre verflossen waren, wurde aus Normannen und Angelsachsen eine einzige Nation. Der Kern und die Masse derselben waren die Nachkommen jener germanischen Eroberer, welche im fünften und sechsten Jahrhundert in den Besitz Englands eingetreten waren. Ebenso wenig ward der Grundcharakter

der englischen Sprache durch die normännische Eroberung verwandelt. Lange Zeit blieb das Französische die Sprache des Hofes und der feineren Gesellschaft in Umgang und Dichtung, während in der gelehrten Litteratur das Latein die vornehmste Rolle spielte. An eine Vernichtung des Englischen hat aber der Eroberer, wie man früher glaubte, in Wahrheit niemals gedacht. Bei der mannigfachen Verwendung der französischen Sprache hätte man freilich zu Zeiten glauben können, dass sie allmählich zur Landessprache werde. Im 14. Jahrhundert hatte aber das Englische einen vollen Sieg errungen. Denn also und nicht eigentlich als eine Verschmelzung der beiden Sprachen ist die weitere Entwicklung des Englischen aufzufassen.

Man ist heute davon zurückgekommen, die Bedeutung der normännischen Eroberung zu überschätzen, ebensowohl für die Geschichte des Landes wie der Sprache. Die Grundlagen beider sind in der angelsächsischen Zeit zu suchen. Die langen Jahrhunderte von Hengist bis auf Eadward den Bekenner haben unverilgbare Spuren zurückgelassen. Mit nichten ward das Werk Aelfreds und Eadgars ausgelöscht durch die Schlacht bei Hastings. Mit der sächsischen und nicht erst mit der normännischen Eroberung beginnt die englische Geschichte. Was Wilhelm bewirkte, war nicht der allgemeine Umsturz des Bestehenden — seine Neuerungen tragen doch zugleich einen starken konservativen Zug an sich — sondern die Beschleunigung einer schon vorhandenen Entwicklung. In die englische Sprache kam durch die Normannen ein fremdes, romanisches Element; in ihrem Wesen, in ihrer Grammatik blieb sie ein rein germanisches Idiom. Nur wurde eine grosse Anzahl romanischer Wörter dem vorhandenen Wortschatz hinzugefügt und das Englische hat seitdem die Fähigkeit behalten aus dem Vorrate fremder Sprachen mit Leichtigkeit Wörter herüberzunehmen und sie schnell zu englischen werden zu lassen. Die früher so reichen, biegsamen Formen und Endungen wurden vollständiger abgeschliffen als es bei den Mundarten des Festlandes geschah. Aber was an der Mannigfaltigkeit der Formen verloren ging, das ward ersetzt durch Wortreichtum, durch Kraft und Beweglichkeit des Stils. Dieselbe Sprache, in welcher Shakespeare alles menschliche Fühlen zum Ausdrucke gebracht hat, ist heute wegen der Leichtigkeit, mit der sie erlernt und gehandhabt werden kann, die verbreitetste unter den grossen Kultursprachen, die Vermittlerin des Welthandels.

Viertes Kapitel.

Die ersten Plantagenets und die Magna Charta.

Unter den angelsächsischen Königen hatte England an den grossen Welthändeln selten Anteil genommen. Eine der wichtigsten Folgen der normännischen Eroberung war es, dass das Inselreich in nahe Verbindung mit den Angelegenheiten des Festlandes trat. Schon unter dem Eroberer begann die endlose Reihe von Kämpfen auf französischem Boden; nach seinem Tode werden sie von seinen Söhnen fortgesetzt. Die Beziehungen Englands zur Normandie, der Normandie zur Krone Frankreich, die Rechte der Söhne Wilhelms diessseits und jenseits des Kanals: alles ist Gegenstand des Streites.

Auf dem Throne von England folgte dem Eroberer sein zweiter Sohn Wilhelm, der Rote genannt, der ein schlimmes Andenken hinterlassen hat. Nur die wilde Kraft seines Vaters hatte er geerbt, aber ihm fehlte die Gottesfurcht und die Achtung vor dem Gesetze, welche den Vater zu einem grossen Regenten gemacht hatte. Einen Zug dämonischer Bosheit und Treulosigkeit hatte der rote König mit dem furchtbaren Richard III. gemein, der 400 Jahre später den Thron von England durch seine Unthaten befleckt hat. Auf Wilhelm II. folgte sein Bruder Heinrich I. und nach ihm Stephan von Blois, der Sohn einer Tochter des Eroberers. Seine Regierung war eine der unruhigsten in England. Gegen ihn trat die Tochter Heinrichs I., Mathilde, auf. Da es an festen Grundsätzen für die Thronfolge fehlte, so hatte ihr Vater daran denken können, ihr die Krone nach seinem Tode zuzuwenden. Als der künftigen Königin war ihr gehuldigt worden. Aber Königinnen, die durch eigenes Recht regierten, hatte man in England doch niemals gekannt; erst in einer späteren Zeit ist diese Möglichkeit zum Ereignis geworden. An Stelle Mathildens war also Stephan zum Könige erhoben worden. Doch musste er mit seiner Gegnerin kämpfen und sich vertragen. Wenigstens ihrem Sohne ward endlich die Nachfolge gesichert.

Mathilde war in zweiter Ehe — der deutsche Kaiser Heinrich V. war ihr erster Gatte gewesen — mit dem Grafen Gottfried von Anjou

vermählt worden. Aus dieser Ehe entstammte König Heinrich II., der als ein Einundzwanzigjähriger beim Tode Stephans unangefochten den englischen Thron bestieg. Schon war er einer der mächtigsten Fürsten Europas. Zu dem ererbten Besitze Anjou und Maine hatte ihm sein Vater die Normandie erobert. Die Heirat mit Eleonore von Poitiers brachte ihm den Besitz von Poitou, Guienne, Gascogne und anderen französischen Landschaften. Auch die Bretagne fiel ihm nachmals zu. In Frankreich allein herrschte er mächtiger als sein Lehnsherr, der König; der dritte Teil des Landes ward nun in unmittelbare Verbindung mit der englischen Krone gebracht. Diese Beziehungen zum Festlande gewannen unter dem Hause der Plantagenets, welches mit Heinrich den englischen Thron bestieg, noch eine weit höhere Bedeutung als bisher. Denn auch der Macht von England kam die grosse Stellung seines Königs zu gute. Heinrich II. legte den Grund zur Herrschaft der Engländer in Irland; aber ohne seine französischen Barone hätte er hier nichts auszurichten vermocht. Zu Argentan in der Normandie versammelte er sie um sich zur Beratung des Zuges gegen Irland.

Die keltischen Bewohner Hibernias lebten in ewigem Kampfe unter einander und mit den Dänen und Norwegern, welche seit dem neunten Jahrhundert auch hier Fuss gefasst hatten. Zu einer politischen Einigung des ganzen Landes war es niemals gekommen. Das Königtum über ganz Irland, das eben jetzt Roderik O'Connor, der Fürst von Connaught beanspruchte, war nicht viel mehr als ein blosser Titel. Diese inneren Kämpfe in Irland mussten früher oder später zu einem Übergreifen der englischen Macht führen. Und ein anderes kam hinzu. Die irische Kirche, deren Sendboten einst das Evangelium in die Welt hinausgetragen hatten, hatte sich noch in ihrer alten Unabhängigkeit vom römischen Stuhle behauptet. Freilich hatten die im Osten der Insel sesshaften Dänen eine Verbindung mit dem Erzbischof von Canterbury angeknüpft, und eine gewisse Annäherung an die römische Kirche war bereits erfolgt. Jetzt schien die Zeit gekommen, um vollends die Hoheit des Papstes in Irland zu begründen. Eben hatte, etwa gleichzeitig mit der Thronbesteigung Heinrichs II., ein Engländer, Hadrian IV., die Tiara erlangt. Der Papst erliess eine Bulle, durch welche er Hibernia dem Könige Heinrich schenkte, damit dieser dort den Herd des Lasters austilge und die regelmässige Sendung eines Peterspfennigs nach Rom anordne. Erst viele Jahre später führte Heinrich den Auftrag aus. Der Fürst von Leicester, Diarmait, hatte ihn um Hilfe ersucht. Anfangs hatte ihm Heinrich nur gestattet

so viele englische Ritter zu werben, wie er durch die Aussicht auf Beute gewinnen könne. Unter ihnen befand sich der tapfere und listige Richard von Clare, Strongbow genannt. Im Jahre 1171 ging Heinrich selbst. Die Fürsten Irlands erkannten seine Hoheit an — nur O'Connor weigerte sich vor ihm zu erscheinen — und auch die irischen Bischöfe huldigten dem Könige von England und leisteten ihm den Lehnseid. Sodann liess er eine Synode der irischen Geistlichkeit abhalten, zu welcher er zwei seiner Kleriker absandte; ein päpstlicher Legat führte den Vorsitz. Der König wurde im nächsten Jahre von Irland abgerufen, von einer Beherrschung des Landes konnte noch nicht die Rede sein. Aber doch ward der Zusammenhang festgehalten und wenigstens in Leinster, dem irisch-normännischen Reiche Richard Strongbows, wusste Heinrich auch nach des Strongbow Tode die englische Herrschaft zu behaupten.

Der geistlichen Macht hatte der König seinen starken Arm geliehen; seine Fahrt nach Irland glich einem Kreuzzuge. Nicht immer waren sonst seine Beziehungen zur Kirche freundlicher Natur. Weltberühmt ist der Konflikt zwischen Heinrich II. und dem Erzbischof Thomas von Canterbury. Es war die Zeit, da auch der stolze Kaiser Friedrich I. im Streite mit der Kirche lag und sich endlich der geistlichen Gewalt unterwarf. Heinrich II. hatte das Streben, der weltlichen Gerichtsbarkeit in England auch die Geistlichen zu unterwerfen. Denn am höchsten stand ihm die Ausübung der Herrschaft in allen Zweigen des Lebens. Darin wie in anderen Teilen seiner die Kirche betreffenden Gesetzgebung stiess er auf heftigen Widerstand. Einer seiner liebsten Helfer und Vertrauten in jungen Jahren war Thomas Becket, sein Kanzler. In den Kämpfen, welche Heinrich auf französischem Boden führte, hatte Thomas trotz seines geistlichen Standes an der Spitze von 700 Streitern gefochten. Er hatte zum Angriffe auf die Stadt Toulouse geraten, als man wusste, dass sich König Ludwig, der Lehnsherr des englischen Königs, darin befand. Im Jahre 1162 hatte Heinrich die Wahl seines besten Ratgebers zum Erzbischof von Canterbury erzwungen. Der König hoffte also, das Haders mit der Kirche in Zukunft ledig zu sein.

Thomas hatte sich um die Würde des Primas von England nicht bemüht. Jetzt aber erprobte sich an diesem Manne in denkwürdiger Weise die Macht der geistlichen Ideen. Auch die Stärke seiner Seele kam jetzt erst recht zur Erscheinung. Sofort machte er die Sache der Kirche zur seinigen; hartnäckig verfocht er ihre Rechte gegenüber den Ansprüchen des Königs. Dieser erhob unter Mitwirkung von Bischöfen und Baronen die Konstitutionen von

Clarendon zum Gesetz, durch welche neben anderen Bestimmungen namentlich verfügt wurde, dass die Wahlen von Bischöfen und Äbten unter dem Einflusse des Königs stattfinden und dass Geistliche in Strafsachen vor das königliche Gericht gezogen werden sollten. Der Primas hatte ursprünglich seine Zustimmung ausgesprochen; aber nachträglich zog er sie zurück. Heftig entbrannte darüber des Königs Zorn. Doch Thomas wollte nicht nachgeben. Als der König mit masslosen Anklagen und Forderungen gegen ihn auftrat, erkannte der Erzbischof, dass sein Verderben beschlossen sei und entfloh aus dem Lande. Mit wunderbarer Stärke hat er in den Drangsalen der Verbannung an seinen Grundsätzen festgehalten. Heinrichs Rache folgte ihm auf seinen Wegen und traf auch alle, die dem Erzbischof nahe gestanden hatten. Thomas aber wollte eher das Äusserste erdulden als der Würde der Kirche etwas vergeben. Endlich kam eine Versöhnung zu stande und Thomas kehrte nach England zurück. Aber nicht lange währte es, und der Streit entbrannte von neuem. Zwei trotzigte Geister waren es, die hier gegen einander standen, jeder von allgemeinen und grossen Ideen beherrscht, der eine für die Stellung der weltlichen Macht streitend, der andere für die Kirche, jeder von seinem Rechte durchdrungen. Die grossen Gegensätze, welche das Jahrhundert erfüllten, erscheinen in den beiden Männern verkörpert. Zuletzt war es ein Streit um die Rechte der Kirche von Canterbury, der zum blutigen Ende führte. Heinrich liess eines Tages eine Äusserung fallen, aus welcher vier normännische Ritter den Wunsch des Königs zu erkennen meinten, dass sein Feind sterbe. Sie suchten den Erzbischof in Canterbury auf und stellten ihn heftig zur Rede. Vergebens, dass seine Kleriker ihn in die Kirche flüchteten. Jene folgten und vergossen sein Blut.

Der Schrecken über diese That, die begreiflicher Weise dem Könige schuld gegeben wurde, pflanzte sich durch alle Länder fort. Von dem Anlass des Streites sah man ab und blickte nur auf die Ideen, denen der Erschlagene sein Leben geweiht hatte. Kein Zweifel: als ein Märtyrer der Kirche hatte er den Tod erlitten. An seinem Grabe blieben die Wunder nicht aus. Als Heiliger ward er nicht nur in England verehrt. Der Ruf seiner Wunderkraft fand weite Verbreitung und allerwärts naiven Glauben. Ein reicher Kaufmann in Schleswig vermag sein neugebautes Schiff nicht von der Werfte in das Meer hinabzuschaffen. Er ruft den heiligen Thomas von Canterbury an und verspricht ihm hundert Pfunde Wachs für jede Reise, welche das Fahrzeug zurücklegen werde. Und nun gelingt es mit leichter Mühe, das Schiff in die See hinabgleiten zu lassen.

Heinrichs II. alter Gegner, Ludwig VII. von Frankreich, rief den Papst auf, er solle das Schwert Petri entblößen, um den Märtyrer von Canterbury zu rächen. Um den Bannstrahl von sich abzuwenden, beschwor der König seine Unschuld an dem Morde und entsagte selbst einmal den Konstitutionen von Clarendon. Was Erzbischof Thomas im Leben nicht vollbracht hatte, das wirkte er im Tode: die Kirche hatte den Sieg. Von Feinden auf allen Seiten, selbst im eigenen Hause, bedrängt, that Heinrich endlich am Grabe des Gemordeten Busse. In seiner tiefen Zerknirschung meinte die gläubige Menge das Werk dessen zu erkennen, der die Erde anschaut und sie bebet.

Heinrichs II. letzte Lebensjahre waren getrübt durch schwere Misserfolge in seinen Kämpfen im Innern und im Auslande. Seine Barone erhoben sich wider ihn. Gegen Philipp August von Frankreich musste er harte Kämpfe bestehen und seine Söhne Richard und Johann — beide haben sie den englischen Thron innegehabt — fochten zuletzt auf der Seite seines Feindes. Vom Unglück tief gedemütigt ist Heinrich im Jahre 1189 gestorben.

Er war einer der thatkräftigsten Könige, die den englischen Thron innegehabt haben. Mit gleicher Sorge lagen ihm alle Angelegenheiten seines weiten Reiches am Herzen. Rasches Handeln lag in seiner Art. Sein Gegner Ludwig VII. von Frankreich staunte über die Schnelligkeit, mit der er bald in England, bald in Irland und dann wieder in der Normandie erschien. Man müsse eher glauben, dass er die Luft durchfliege, als zu Pferde und zu Schiff reise. Bei allem Missgeschick hat er England eine reiche Erbschaft hinterlassen, einen für jene Zeiten wohlgeordneten Staat, eine geregelte Verwaltung. Unter den ersten normännischen Königen hatte ein wesentlich persönliches Regiment bestanden. Von dem ersten Plantagenet rühmte man, er habe dem Lande die Herrschaft des Gesetzes gegeben. In manchen Stücken hatte er freilich nur dasjenige in feste Normen gebracht, was schon sein Grossvater Heinrich I. geschaffen hatte. Dies gilt zum Teil von dem Institut der reisenden Richter, welche in den ihnen zugetheilten Bezirken die wichtigsten Funktionen der höchsten Gewalt zu versehen hatten. Aber auch die eigene Rechtsprechung des Königs oder wenigstens eines Königsgerichts gewann um diese Zeit eine praktische Bedeutung. Nach dem Rechtsbuche des Glanville bestand schon unter Heinrich II. ein festes Kollegium von Richtern am Hofe, *justiciarii* genannt, und ein geregeltes Verfahren ihrer Rechtsprechung. Wichtige Einrichtungen späterer Zeiten gehen auf diese Anfänge zurück.

Wir können auch nicht umhin, mit einem Worte der grundsätzlichen Bedeutung der Reichsversammlungen zu gedenken, welche Heinrich zu verschiedenen Malen berief. Jene Konstitutionen von Clarendon vom Jahre 1164 waren von einer Versammlung ausdrücklich gutgeheissen worden, zu welcher der König die vornehmsten geistlichen und weltlichen Grossen entboten hatte. Durch ihre Zustimmung sollte den Absichten des Königs eine Art von rechtlicher Bestätigung zu Teil werden. Noch mehrfach fand sich Heinrich durch die verwirrten Verhältnisse seines Königreichs zur Berufung solcher Hoftage bewogen. Sie gleichen etwa dem angelsächsischen Witenagemot in seiner späteren Gestalt. Für die dort gefassten Beschlüsse hatte man die Bezeichnung Assisen. Auch erscheint schon der Unterschied zwischen hohem und niederem Adel. Etwas Zufälliges haftet diesen Versammlungen immerhin noch an. Der König ist nicht gehalten, sie zu berufen: ihre Mitwirkung ist zu keinerlei Staatsakten notwendigerweise erforderlich. Aber doch darf man sie wegen ihrer Zusammensetzung und ihrer Stellung zum Könige wohl als Vorläufer des späteren Oberhauses bezeichnen. Es darf in der Geschichte des Parlamentes nicht übersehen werden, dass eine ständische Vertretung neben dem Monarchen, wenn auch nur vorübergehend, schon unter dem ersten Plantagenet erscheint.

Von den Reformen Heinrichs II. kann man im allgemeinen sagen, dass sie nicht am wenigsten dazu bestimmt waren, die königliche Macht zu stärken. Ihr Wert wird dadurch nicht verringert. Auch dem Wohle des Landes kam es zu gute, wenn der König die militärischen Verhältnisse der Insel neu gestaltete und wenn er Ordnung in die öffentlichen Finanzen brachte. Hier hatten Herrscher und Volk das gleiche Interesse. Nicht besser lässt sich die Bedeutung von Heinrichs Neuerungen veranschaulichen als durch die Thatsache, dass während der auswärtigen Unternehmungen, welche die Regierung Richards I. ausfüllten, daheim in England Ruhe und Ordnung herrschte und die Verwaltung sich in den Formen bewegte, die ihr das organisatorische Talent Heinrichs II. gegeben hatte.

Bei seinem Tode waren die grossen Fragen und die schweren Gegensätze, die seine Regierung erfüllt hatten, noch nicht endgültig gelöst. Die geistlichen Ansprüche, der Kampf mit dem französischen Lehnsherrn und der Trotz der englischen Barone hielten auch seine Nachfolger in Atem. Als König folgte Heinrichs Sohn Richard Löwenherz, der sich durch seine tapferen Thaten im heiligen Lande hohen Ruhm erwarb; aber für England ist wenig Segen aus diesen Thaten hervorgegangen. Gleichwohl lagen auch sie durchaus im Geiste der

Zeit. Welch ein merkwürdiger Zwiespalt war schon in das Thun Heinrichs II. getragen worden durch die Pläne zu einem Kreuzzuge. Dem im ganzen Occidente wiederhallenden Rufe, für das heilige Land die Waffen zu ergreifen, hatte er sich um so weniger verschliessen können, als er bei seinen Zerwürfnissen mit der Kirche alle Ursache hatte, der geistlichen Welt Entgegenkommen zu beweisen. Als die Kunde vom Falle Jerusalems im Abendlande eintraf, ward der Zwist zwischen den Königen eiligst beigelegt und beide empfingen mit ihren Grossen gemeinschaftlich das Kreuz. Zur Fahrt nach Palästina ist es gleichwohl nicht gekommen, und man möchte auch fast zweifeln, ob es Heinrich ernst damit gewesen sei. Die Feindseligkeiten zwischen den beiden Königen beginnen vielmehr von neuem. Der Kampf gegen die Ungläubigen ist vertagt und nach wie vor streitet man um die Rechte an den französischen Provinzen.

Darüber war der alte König gestorben. Richard, sein Nachfolger, brannte vor Verlangen, den Kreuzzug anzutreten. Hastig traf er die Vorbereitungen. Verkauf von geistlichen und weltlichen Ämtern, schwere Schatzungen mussten die Mittel liefern. Der grosse Zweck schien alles zu rechtfertigen. Selbst angesichts grausamer Judenverfolgungen walteten die königlichen Organe mit verwerflicher Nachsicht. Die Thaten Richards im heiligen Lande zu erzählen ist hier nicht der Ort. Dem geschehenen Aufwande entsprach doch der Erfolg nicht. Umsonst waren drei christliche Könige mit der Blüte ihrer Ritterschaft aufgebrochen, Jerusalem blieb in den Händen der Ungläubigen. An dem, was immerhin erreicht wurde, hat Richard einen bedeutenden Anteil gehabt. Denn hier konnte er seine wilde Tapferkeit bewähren. Eine rauhe Ritternatur, aber ebenso wenig ein Feldherr wie ein Staatsmann, liess er es an der rechten Führung des Unternehmens und am gedeihlichen Zusammenwirken mit seinen Verbündeten fehlen. Lange noch hielten ihn die Abenteuer der Rückfahrt und seiner langen Gefangenschaft von seinem Reiche fern. Selbst nach seiner Befreiung weilte er nur kurze Zeit in England. Seine Jahre vergingen nun in ewigen Kämpfen auf französischem Boden. Das Herz schlug ihm höher, wenn es einen harten Strauss auszufechten gab, wenn die Insassen einer Burg ihm Trotz boten und mit Gewalt bezwungen werden mussten. Im Getümmel der Schlacht fand er die rechte Lebensfreude und darum sorgte er, dass der Kampf kein Ende nahm. Kaum hat er mit dem Könige von Frankreich Frieden geschlossen, als er einen Kriegszug gegen einen seiner eigenen Vasallen beschliesst. Von einer Burg herab traf ihn der todbringende Pfeil. Zuletzt bewies er noch ritterliche

Grossmut: seinem Mörder schenkte er das Leben. Fern von seinem Königreiche, dessen Angelegenheiten ihm niemals am Herzen lagen, hat er seinen Tod gefunden.

Auf Richard Löwenherz folgte in England sein Bruder Johann ohne Land. So hatte ihn, wohl halb im Scherz, sein Vater genannt, aber der Name ist ihm geblieben und erst während seines Königtums zur Wahrheit geworden. Johann besass die seinem Geschlechte eigenen Fähigkeiten, dabei aber einen niedrigen Charakter, in dem schier nur schlechte Seiten zu finden waren. Niemand weiss ihm Gutes nachzusagen. Als den schlimmsten unter allen englischen Königen pflegt man ihn unbedenklich zu bezeichnen. Falschheit und Treulosigkeit waren wohl die hervortretendsten Eigenschaften seines Wesens. Schon hatte er seinem Vater und Bruder die Treue gebrochen. Johanns Recht auf den Thron war zweifelhafter Natur. Es lebte Arthur, ein Sohn seines älteren Bruders Gottfried, und wurde neben Johann als Anwärter auf die englische Krone, wenn auch nur vorübergehend, genannt. Man sieht an diesem Falle, dass die Anschauungen über die Thronfolge schon damals in England nicht die gleichen waren wie auf dem Festlande. Dort ward noch einmal wie schon zu Aelfreds Zeiten der Oheim dem Neffen, der Mann dem Knaben vorgezogen.

Die englischen Grossen hatten sich für Johann entschieden; von den französischen Provinzen aber erklärten sich einige für Arthur. Die beiden Anwärter kämpften mit einander um den Besitz. Arthur geriet in seines Oheims Gefangenschaft und kam bald darauf in unerklärter Weise um's Leben. Alle Welt bezeichnete Johann als den Mörder. Als er sich weigerte, dem Gebote seines Lehnsherrn Philipp Augusts von Frankreich zu folgen und sich vor ihm zu rechtfertigen, fiel dieser in die Normandie ein und eroberte mit Leichtigkeit das Land. Von seiten der Bevölkerung erhob sich kein Widerstand, denn ihr waren die Plantagenets schon nicht weniger fremd als das Königshaus von Frankreich. Also ward die seit Wilhelm dem Eroberer bestehende Verbindung zwischen England und der Normandie gelöst. Die Normannen Englands waren fortan auf die Insel beschränkt; jetzt mussten sie vollends mit dem Lande und der alten Bevölkerung verwachsen. Auch die übrigen der englischen Krone gehörigen Lande in Frankreich wurden von Philipp August erobert. Nur Aquitanien blieb englische Provinz. So ging Johann des ererbten Besitzes auf dem Festlande verlustig.

Und nun erhoben sich alsbald in seinem Königreiche feindliche Gewalten gegen ihn, deren er auch nicht Herr zu werden ver-

mochte. Für ihn ward es, wie einst für den deutschen Kaiser Heinrich IV., verhängnisvoll, dass er zu gleicher Zeit mit den feindlichen Ansprüchen seines hohen Adels und den Herrschaftsgelüsten der Kirche in Kampf geriet. Dem Bündnisse beider war er nicht gewachsen.

Wie machtvoll trat dem Könige allein die Kirche gegenüber. Im elften Jahrhundert hatte der Papst die normännische Eroberung gefördert. Wilhelm hatte zum Danke dafür die Kirche in England begünstigt; aber die Forderung, den Papst als Oberlehnsherrn anzuerkennen, hatte er mit einer kühlen Ablehnung beantwortet. Jetzt war die Zeit gekommen, diesen Anspruch durchzusetzen. Das Ansehen des römischen Stuhles war in der Zeit der Kreuzzüge mächtig gewachsen. Jeder Sieg über die Ungläubigen schien im Abendlande die Macht des Papstes zu fördern. Und jetzt sass auf dem Stuhle Petri Innocenz III., der mächtigste unter allen Päpsten, derjenige, welcher die Weltherrschaft des römischen Stuhles ihrer Verwirklichung am nächsten gebracht hat. In England aber sah er einen König, dessen Regierung eine Reihe von Misserfolgen war, dem in dem Könige von Frankreich ein mächtiger und unermüdlicher Feind gegenüberstand und der durch seine Unzuverlässigkeit des Gehorsams im eigenen Lande nicht sicher schien.

Im Jahre 1205 war ein neuer Erzbischof von Canterbury zu wählen. Die Mönche, denen die Wahl zustand, versuchten dieses Mal sich dem bisher bestimmenden königlichen Einflusse zu entziehen und trafen selbständig ihre Wahl. Johann aber erklärte dieselbe für ungültig und liess von neuem einen ihm genehmen Mann wählen. Nun erhob sich ein Streit; kein anderer als der Papst konnte ihn entscheiden. Innocenz prüfte sorgfältig, wie es seine Art war, hörte alle Teile und zögerte die Entscheidung lange hin. Zuletzt verwarf er beide Kandidaten und durch die bei ihm weilenden Mönche von Canterbury liess er einen dritten, Stephan Langton wählen, einen Mann, dessen Vortrefflichkeit und Wissen die Zeitgenossen rühmen. Stephan war ein Engländer. In Paris, wo beide studierten, war er Innocenz nahegetreten, und jüngst hatte ihn der Papst in das Kardinalskollegium berufen. Jetzt bestimmte er ihn zum Primas von England. Die Mönche wollten einwenden, dass es ihnen nicht zustehe, ohne die Einwilligung des Königs eine kanonische Wahl vorzunehmen. Aber Innocenz bedeutete sie, dass für die am apostolischen Stuhle vorgenommenen Wahlen die Zustimmung der Fürsten unnötig sei. Stephan Langton ward Erzbischof von Canterbury.

Johann wollte sich dieser Entscheidung mit nichten unterwerfen. Ein erregter Briefwechsel ging zwischen König und Papst hin und wieder. Als Johann vernahm, dass Innocenz persönlich dem Erzbischofe Stephan das Pallium erteilt habe, liess er in seinem Grimme die Mönche von Canterbury aus ihrem Kloster und dem Reiche vertreiben. Jetzt griff auch der Papst zu einem schweren Kampfmittel. Noch einmal mussten drei englische Bischöfe dem Herrscher Vorhaltungen machen, aber dieser fuhr sie heftig an mit wütenden Reden gegen den Papst und seine Kardinäle; furchtbare Drohungen gegen die englischen Bischöfe stiess er aus; ja sie selbst, die im Namen des Papstes mit ihm sprachen, sollten sich, so lieb ihnen ihr Leben sei, schleunigst aus seinen Augen fortmachen. Sie thaten es, aber nun verkündeten sie über ganz England das Interdict. Jeder Gottesdienst im Lande hörte auf, nur die Taufe an Kindern ward vollzogen und Sterbenden die letzte Ölung gereicht. Der grösste Teil der hohen Geistlichkeit war vor dem Zorne des Königs ausser Landes geflohen und die daheim blieben, Geschöpfe des Despoten, wurden wegen ihrer Habsucht zum allgemeinen Spotte. Der König aber wütete gegen das Eigentum der Geistlichen; ihre Einkünfte wurden überall mit Beschlagnahme belegt. Auch Mönche und Priester waren vor persönlichen Misshandlungen nicht geschützt. Als man eines Tages den Mörder eines Priesters vor den König brachte, befahl dieser, man solle ihm die Fesseln lösen, denn er habe einen Feind getötet.

Je härter sein Verfahren war, um so mehr war der König bemüht, den Gehorsam aller Kreise zu erzwingen und sich die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes zu verschaffen. Die Familien der Barone mussten ihm Geiseln stellen, damit er ihrer sicher sei, und furchtbar wurden alle wohlhabenden Gruppen durch die Gelderpressungen des Königs gedrückt. Der geistlichen Macht gegenüber wollte er nicht nachgeben. Eine Frist setzte ihm Innocenz und als dieselbe ungenutzt verstrichen war, schleuderte er den Bannstrahl gegen die Person des Königs. Johanns Trotz ward dadurch nicht gebrochen, auch dann nicht, als der päpstliche Spruch bekannt wurde und viele seiner Anhänger sich von ihm zurückzogen. Wohl verhandelte er einmal mit Abgesandten des Papstes; die Rückkehr des Erzbischofs Stephan wollte er selbst gestatten. Aber von einer Entschädigung und Herausgabe der den Geistlichen genommenen Güter wollte er nichts hören.

Und noch vermochten dem Könige seine Gegner nichts anzuhängen. Niemand wehrte ihm seine Erpressungen. Selbst auswärtige

Unternehmungen gelangen ihm. Den König von Schottland zwang er zu einem vorteilhaften Verträge. In Irland setzte er das unter seinem Vater begonnene Werk fort und führte die Herrschaft der englischen Gesetze auf der Insel ein. Dann zog er nach Wales. Aber im eigenen Lande begann seine Stellung zu wanken. Unter seinen Baronen regte sich die Unzufriedenheit gegen den exkommunizierten König. Um seinen Widerstand zu brechen, erklärte Innocenz III. in aller Form Johann für abgesetzt. So gewaltig war die Macht dieses Papstes, dass er sich zum höchsten Richter über die vornehmsten Herrscher Europas aufwerfen durfte, gleich als ob er über alle Throne zu vertügen habe. Es war um dieselbe Zeit, da er den römischen Kaiser Otto IV., Johanns Neffen, in den Bann that und den jungen Friedrich von Staufeu als König ihm entgegenstellte. Innocenz war seines Erfolges gewiss. Er schrieb dem Könige Philipp August von Frankreich, dem alten Feinde Johanns, und versprach ihm die Nachfolge in England. Alsbald rüstete sich dieser zum Angriffe. Aber auch Johann sammelte ein Heer; 60,000 Mann soll er in der Gegend von Canterbury gemustert haben. Auch der gebannte Kaiser Otto versprach, ihn durch einen Einfall in Frankreich zu unterstützen. Die englische Flotte schien vollends der französischen überlegen und wohl imstande, eine feindliche Landung zu verhindern. Einige Zeit lagen die Heere auf beiden Seiten des Kanals einander kampfbereit gegenüber. Da trat eine überraschende Wendung ein.

Man muss annehmen, dass der König Johann von dem Ungehorsam seiner Untergebenen alles gefürchtet habe. Er wollte es wohl nicht darauf ankommen lassen, ob wirklich die englischen Grossen zum Könige von Frankreich übertreten würden, wie dieser sich rühmte. Johann empfing den päpstlichen Legaten Pandulf und verhandelte über den Frieden mit der Kirche. Er wollte alles zugestehen, was der Legat verlangte, Rückkehr Stephan Langtons und der übrigen Bischöfe, Freigebung der Güter der Geistlichen, Entschädigung für alles, was ihnen geraubt war. Aber Johann ging noch viel weiter. Vor seinen versammelten Grossen erklärte er sich am Himmelfahrtstage, den 15. Mai 1213, als Lehnsmann des Papstes. Seine Reiche England und Irland — schon wird auch das letztere schlechtweg als Eigentum der englischen Krone genannt — übergab er dem Papste zur Sühne seiner Vergehen und derjenigen seines Geschlechts. Man hatte offenbar auch den Kirchenstreit Heinrichs II. dabei im Sinne. Als Lehen des Papstes sollte Johann seine Reiche zurück- erhalten. Dann schwor er in aller Gegenwart, dem Papste als seinem

Lehnsheerrn jederzeit die Treue zu halten. Es war die schwerste Demütigung, die jemals ein englischer König auf sich genommen hat. Nachdem er seine französischen Gebiete verloren hatte, entäusserte er sich jetzt des höchsten Rechtes im eigenen Reiche. Jetzt schien er in der That ein König ohne Land zu sein und ein armer Wahrsager, welcher verkündet hatte, König Johanns Herrschaft werde nicht länger währen als bis zum Himmelfahrtstage, hatte am Ende Recht behalten.

Die Kirche aber hatte einen ihrer höchsten Triumphe errungen. In Rom mochte man jetzt erst das Werk Wilhelms des Eroberers vollendet erachten, da sich sein Nachfolger bereit gefunden, dem päpstlichen Stuhle zu huldigen. England schien auf immer mit starken Banden an die römische Kirche gefesselt. Es lag in der Zeit, dass die grossen politischen Fragen mit kirchlichen verknüpft und von den Organen der Kirche zur Entscheidung gebracht wurden. Unter den grossen Kämpfen und Gegensätzen, welche die Welt bewegten, findet man keinen, in dem nicht die päpstliche Allgewalt eine hervorragende Rolle spielte. In Deutschland und Italien ist es der Kampf der Welfen und Ghibellinen, der durch die Kurie entschieden wird. In England gewann sie unmittelbar die Herrschaft und trat nun als höchste Richterin in äusseren wie inneren Angelegenheiten auf, in dem Kriege mit Philipp August von Frankreich wie in dem Zerwürfnisse des Königs mit seinen Grossen.

Die politische Lage Englands war mit einem Schlage verwandelt. Die päpstliche Macht trat unmittelbar nach der Leistung des Lehnseides als Verbündeter Johanns auf. Dem Könige von Frankreich untersagte sie nun den eben noch befohlenen Angriff gegen England und die Barone wurden zum Gehorsam gegen ihren rechtmässigen König ermahnt. Philipp August wollte freilich seine Unternehmung nicht aufgeben; aber seine Flotte ward von der englischen an der Küste Flanderns vernichtet. Nach der Rückkehr der Vertriebenen ward Johann auch vom Banne gelöst, und noch einmal leistete er dem Papste den Lehnseid. Auch das Interdikt, das sechs Jahre lang auf England gelastet hatte, ward nun aufgehoben. Im nächsten Jahre unternahm Johann seinen lange geplanten Zug gegen Frankreich. Er selbst landete in Poitou und drang siegreich im feindlichen Gebiete vor. Und gleichzeitig wandte sich der ihm verbündete Kaiser Otto, durch englische Gelder und Truppen unterstützt, mit dem Grafen von Flandern von Nordosten her gegen das französische Gebiet. Philipp August zog ihm entgegen; bei Bouvines kam es zur grossen Entscheidungsschlacht. An einem Tage ward

ebenso der Streit zwischen Staufern und Welfen wie zwischen England und Frankreich ausgetragen. Otto IV. konnte nach der Schlacht von Bouvines dem jungen Friedrich II. die Herrschaft in Deutschland nicht mehr streitig machen. Durch Philipp Augusts Sieg war die Einheit der französischen Nation erkämpft worden; im ganzen Lande ward der Sieg in diesem Sinne gefeiert. Die Königsmacht stand in Frankreich fortan über der Gewalt der grossen Vassallen in den Provinzen. Der mächtigste unter ihnen hatte eine Niederlage erlitten. An die Rückgewinnung der auf dem Festlande verlorenen Gebiete konnte England auf lange Zeit hinaus nicht mehr denken.

Und doch ist dies nicht einmal die bedeutendste Folge, welche die Schlacht von Bouvines für die englische Geschichte gehabt hat. Das Scheitern des englischen Königs in seiner auswärtigen Politik übte eine Rückwirkueg auf die inneren Verhältnisse, welche noch unendlich wichtiger war: es gab England die Magna Charta.

Mehr als früher pflegten unter der tyrannischen Regierung Johanns die englischen Barone ihre Rechte dem Könige gegenüber im Munde zu führen. Schon unter seinem Vater Heinrich II. hatte die Widersetzlichkeit der Grossen zu inneren Konflikten geführt, unter Johann kam es zu einem feierlichen Vertrage zwischen beiden Teilen. Die Zeiten waren vorüber, wo die ersten normännischen Könige ein absolutes Regiment führten. Gemeinschaftlich mit ihren Edlen hatten sie die unterworfenen sächsische Bevölkerung beherrscht. In demselben Masse, wie allmählich der Gegensatz der Nationalitäten sich abschwächte, fiel die wichtigste Bedingung für das absolute Königtum fort. In ihrer Weise begannen nun die normännisch-englischen Grossen den allgemeinen Gesichtspunkt des durch Wilhelm den Eroberer begründeten Systems auf ihre eigene Stellung anzuwenden. Wie Wilhelm sich als den rechtmässigen Nachfolger Eadwards des Bekenners bezeichnet hatte, so begannen nun auch die Abkömmlinge seiner Genossen sich auf den Boden der alten angelsächsischen Traditionen zu stellen. Wir kennen die umfassenden Rechte, welche einst die Witan neben dem angelsächsischen Königtum genossen hatten. Darauf griffen die Erben ihrer Stellung, die Normannen, zurück und beanspruchten alle jene Freiheiten, von denen die Gesetze der Angelsachsen sprachen und wie sie zuletzt noch in den Laga Eadwards des Bekenners ihren Ausdruck gefunden hatten. Also ward der Grundsatz der altgermanischen Freiheit, wie er im Witenagemot verkörpert gewesen war, auch in die neuentstehende Verfassung des englischen Reiches hinübergetragen.

An der Spitze der Barone, welche gegen Johann auftraten,

stand Stephan Langton, der Erzbischof von Canterbury. Seine Zulassung hatte der König bewilligen müssen, als er sich dem Papste unterwarf, aber Johann täuschte sich ebenso sehr wie Innocenz III., wenn er erwartete, dass der Erzbischof fortan zur Krone halten werde. Stephan fühlte sich fortan eins mit den englischen Grossen; als der erste unter ihnen verfocht er ihre Rechte. Schon bei der Lösung vom Banne hatte Johann schwören müssen, die guten Gesetze seiner Vorgänger und vornehmlich die Gesetze des Königs Eadward zu erneuern. Von der Absicht gegen die Barone Northumberlands zu Felde zu ziehen, wusste Stephan den König zurückzubringen. Auf einer Versammlung zu St. Albans, die Johann berufen hatte, um die den Geistlichen zukommenden Entschädigungen zu bestimmen, wurden laute Klagen über die Übergriffe der königlichen Beamten vernommen. Wenig später, am 25. August 1213, machte der Erzbischof den in der Kirche St. Paul's zu London versammelten Baronen die Mitteilung, dass man eine Urkunde Heinrichs I. gefunden habe, welche zur Grundlage dienen könne, wenn man die lange verlorenen Freiheiten in den alten Stand zurückführen wolle. Und dann liess er die Proklamation Heinrichs I. verlesen, durch welche dieser König nach seiner Krönung im Jahre 1100 die Grundsätze für seine Regierung festgelegt und im allgemeinen sich anheischig gemacht hatte, die Laga Eadwards seinen Unterthanen zurückzugeben mit den Verbesserungen, welche Wilhelm I. nach dem Rate seiner Barone daran vorgenommen. Als die Versammlung zu St. Paul's dieses gehört hatte, ward sie von hoher Freude ergriffen und schwor, für diese Freiheiten bis zum letzten Atemzuge zu streiten. Der Erzbischof sagte ihnen alle Hilfe zu, die er leisten könne, und alle schlossen einen Bund. Nun ruhte der Streit bis zur Rückkehr Johanns vom Kriege in Frankreich. Dann aber offenbarte sich sogleich der tiefe Gegensatz zwischen dem Könige und seinen Baronen.

Mehr ein Tyrann als ein König, mehr ein Umstürzler als ein Herrscher, ein Bedrücker der Seinigen und ein Begünstiger der Fremden, gegen seine Unterthanen ein Löwe, gegen Ausländer und Rebellen ein Lamm — so lautet eine krasse Schilderung der schlimmen Eigenschaften dieses Königs und sie unterlässt auch nicht, seine Unersättlichkeit im Erpressen von Geld hervorzuheben. Es ist eine Schilderung, wie sie gerade auf das Verhalten Johanns in seinem Konflikt mit den Baronen zu passen scheint. Als er vom Festlande heimkehrte, forderte er eine Abgabe, das Schildgeld, von denjenigen Vasallen, welche an seinem Kriegszuge nicht teilgenommen hatten.

Aber schon waren die Barone zum Widerstande entschlossen. In Bury St. Edmunds hielten sie, namentlich der Adel Northumberlands, eine Versammlung ab, die dem Scheine nach nur eine Wallfahrt am Tage des heiligen Eadmund war. Sie trugen einander ihre Beschwerden vor, auch die Urkunde Heinrichs I., auf welche Erzbischof Stephan sie verwiesen hatte, ward wieder vorgelegt. Alsdann begab man sich in die Kirche St. Eadmunds und schwor, dem Könige so lange die Treue zu versagen und ihn mit Krieg zu bedrängen, bis er die Anerkennung der geforderten Rechte und Freiheiten verbrieft und versiegelt gegeben habe.

Johann sollte über ihre Absichten nicht lange im Unklaren bleiben. Um Weihnachten traten sie in drohender, kriegerischer Erscheinung vor ihn hin und trugen ihm ihre Forderungen vor. Ihr Auftreten verfehlte nicht, auf das furchtsame Gemüt des Königs Eindruck zu machen. Er bat sich endlich eine Frist aus, und die Barone zogen von dannen. Johann wollte aber die Frist nur dazu benutzen, um sich stark zu machen, jene unter seinen Willen zu beugen. Aus Frankreich heimkehrend hatte er auswärtige Söldner ins Land gebracht und seine Burgen mit ihnen bemannt: jetzt wurde ihre Zahl noch vermehrt. Er sagte die freie Wahl von Bischöfen und Äbten zu, um die Geistlichen auf seine Seite zu ziehen. Er nahm das Kreuz, um also unantastbar zu erscheinen. Aber auch seine Gegner blieben nicht müßig. Sie hielten mehrere Zusammenkünfte ab, in denen sie gleichsam über ihre Stärke Mustering hielten; die ritterlichen Familien des Nordens waren noch zahlreicher vertreten als der Süden. Auch an den Papst hatten sie eine Gesandtschaft geschickt, dass dieser den König, seinen Lehnsman, ermahne, die alten Rechte anzuerkennen. Doch Innocenz hielt jetzt treu zum Könige. Er gebot die friedliche Beilegung der Angelegenheit. Die Barone erhielten ein Schreiben, in dem sie mit dem Banne bedroht wurden, falls sie sich nicht aller feindlichen Handlungen gegen den König enthielten.

Aber dieses Mal lag die Entscheidung doch nicht in der Hand des Papstes. Die Barone blieben bei ihrer trotzigten Haltung. Sie legten dem Könige schriftlich ihre Forderungen vor; er aber fragte, warum sie nicht lieber gleich seine Krone forderten. Gleichzeitig liess er selbst ihnen Anerbietungen machen. Als dieselben abgelehnt wurden, forderte der Legat Pandulf im Namen des Papstes, der Primas möge über die ungehorsamen Barone den Bann verhängen. Stephan Langton aber weigerte sich dessen, indem er erklärte, er kenne die Absicht des Papstes besser.

Nachdem die letzten Verhandlungen gescheitert waren, ernannten die Barone den Robert Fitz-Walter zum Marschall des Heeres Gottes und der heiligen Kirche und indem sie gegen die Burg Northampton zogen, begannen sie den Bürgerkrieg. In mehreren Heeren durchzogen sie das Land; die gesamte Ritterschaft von England stand dem Könige in Waffen gegenüber. Ein Zeitlang hatte es wohl den Anschein, als ob es in der That zum Kampfe kommen werde. Aber ohne dass dies geschah, hatte das Schicksal schon zu Gunsten der Barone entschieden. Die Stadt London trat auf die Seite der Aufständischen. Ohne einen Kampf öffneten sich ihnen die Thore der Hauptstadt. Da sah sich der König ausser stande, den Kampf aufzunehmen, er schritt zur Unterhandlung und man setzte auf den 15. Juni eine Versammlung fest, auf welcher der Friede geschlossen werden sollte. Am frühen Morgen des festgesetzten Tages begab sich Johann von seinem Königsschlosse Windsor nach der Ebene von Runnymede an der Themse, wo die Barone ihn erwarteten. Eine Woche lang ward an diesem Orte verhandelt, aber schon am ersten Tage, dem 15. Juni 1215, war die Urkunde unterzeichnet worden, welche bis auf diesen Tag als der älteste Grundstein der englischen Verfassung genannt zu werden pflegt: die Magna Charta.

Wenn man sich der Umstände erinnert, welche zu diesem Ergebnisse führten, so muss man die Handlung von Runnymede als einen Friedensschluss bezeichnen zwischen dem Könige und den bewaffnet ihm gegenüberstehenden Reichsvassallen. Diese stehen vom Kampfe ab, weil der König sich bereit findet, ihnen die Zusicherungen zu machen, die sie verlangen. In der Form ist die Magna Charta jedoch eine einfache und einseitige Zusicherung von Rechten, welche der Monarch gewissen Gruppen seiner Unterthanen zubilligt, gerade so wie sonst Verleihungen an Einzelne in den Urkunden des Mittelalters enthalten zu sein pflegen. Auch für die geschichtliche Entwicklung kommt nur das Eine in Betracht: der Rechtszustand, wie er durch die Magna Charta begründet worden ist.

Die Bedeutung des grossen Freibriefs wird nicht geschmälert, wenn man bemerkt, dass der grösste Teil seines Inhalts nicht neu erfunden, sondern schon vorhandenen Gesetzen und Gebräuchen, etwa der Proklamation Heinrichs I. und den Gesetzen Heinrichs II. entlehnt war. Hier war alles in eine feste Form und in ein gewisses System gebracht, wo eines zum andern passte. Die Stellung, die Rechte und die Pflichten des Königs werden klar umschrieben. Den Beschränkungen seiner Macht entsprechen die Rechte der

geistlichen und weltlichen Barone. Ungeheuer weit ist der Kreis der Verhältnisse, auf welche die Bestimmungen der Urkunde Bezug nehmen. Die Stellung der Kirche und die Vererbung von Lehen, Rechtspflege und auswärtige Politik, die Pflichten königlicher Beamten und die Rechte an Wäldern und Flüssen, Handel und Wandel, die Freiheiten Londons und anderer Städte, eine Reichsvertretung und die Sicherheit gegen den König selbst, alles dieses macht den Inhalt der Magna Charta aus.

Obenan steht das persönliche Recht jedes freien Engländers. Ein Unterschied zwischen dem Normannen und dem Sachsen macht auch dieses Gesetz nicht, wie denn ja die heilsame Verschmelzung der Nationen eben im vollen Gange ist; nur der freie Mann wird vom Unfreien unterschieden. Kein Freier soll verhaftet, in seiner Person oder seinem Eigentum angetastet werden, es geschehe denn durch seinesgleichen und nach dem Gesetze des Landes. Im engsten Zusammenhange damit steht es, wenn Recht und Gericht in feste Ordnung gebracht werden. Man erfährt zugleich, worin in manchen Fällen die Missbräuche bestanden haben, die es abzustellen galt. Wie müssen wohl oft die königlichen Beamten geschaltet haben, wenn in der Magna Charta der König sich ausdrücklich verpflichtet, nur solche Männer zu wählen, welche das Gesetz kennen und es redlich beobachten wollen. Heftigen Unwillen hatte das fremde Kriegsvolk erregt, es waren namentlich flandrische und französische Söldner, welche König Johann ins Land gebracht hatte; als die Stützen seiner Tyrannei wurden sie betrachtet. Jetzt musste er sich verpflichten, sie zu entlassen. Die Geiseln, welche die Barone ihm hatten stellen müssen, sollte er freigeben. Alles Unrecht sollte wieder gut gemacht werden, das die drei letzten Regierungen dem Lande zugefügt hatten. Die Demütigung, die in solchem Zugeständnisse lag, musste Johann über sich ergehen lassen.

Die Magna Charta war erzwungen worden durch den Adel von England, der mit der Geistlichkeit und dem städtischen Elemente im Bunde stand. Jeder dieser Faktoren liess sich seine besonderen Rechte auch besonders zusichern. Der Hauptstadt und allen übrigen Städten wurden ihre früheren Privilegien einfach bestätigt. Durch einige weitere Artikel ward auch das Interesse des aufblühenden Handels gewahrt. Fremde Kaufleute sollten, wenigstens in Friedenszeiten, unbehelligt im Lande verkehren dürfen. In Mass und Gewicht soll Einheit im ganzen Lande herrschen. Der englischen Kirche ward volle Freiheit zugesichert. Die von Johann bereits zugestandene Freiheit der Wahlen sollte die Grundlage sein. Aber

offenbar dachte man sich unter dieser Freiheit auch eine gewisse Unabhängigkeit vom römischen Stuhle. Denn der Papst stand auf des Königs Seite und schon hatte die englische Geistlichkeit, mit ihrem Erzbischof Stephan Langton an der Spitze, sich von der Politik des Papstes losgesagt. Ein besonderes Recht haben sich ferner die englischen Grossen in ihrer Gesamtheit ausbedungen. In Zukunft sollte der König ausser in gewissen vorbehaltenen Fällen kein Schildgeld und Hilfgeld eintreiben dürfen, wenn nicht eine allgemeine Reichsversammlung ihre Zustimmung ausgesprochen haben würde. Solche Versammlungen waren schon seither im Gebrauch gewesen, aber zu einer vorgeschriebenen Form wurden sie doch erst durch die Magna Charta. Zu diesem *commune consilium regni* sollen die Prälaten und die grösseren weltlichen Barone durch königliche Schreiben einzeln eingeladen werden; die direkten Lehns-träger durch allgemeine Ladungen von seiten der Sheriffs und Bailiffs. Die Versammlung muss jedes Mal vierzig Tage vorher angesagt werden; auch sollen die Anwesenden, falls nicht alle erscheinen, einen gültigen Beschluss fassen können.

Unwillkürlich vergleicht man diese Normen der Magna Charta mit den späteren parlamentarischen Einrichtungen des englischen Staates. Haben doch manche, angesichts der verschiedenen Behandlung der höheren und niederen Gruppen der Teilnehmer, selbst schon von einem Unterschiede wie zwischen Oberhaus und Unterhaus sprechen wollen. Freilich scheint im übrigen dieser Reichsversammlung der Magna Charta alles zu fehlen, was den Parlamenten eignet, das Recht auf gelegentliche Berufung, die Zustimmung zu königlichen Verordnungen, die Teilnahme an der Gesetzgebung, die Erörterung allgemeiner Fragen. Aber wenigstens das Recht der Steuerbewilligung ist doch auch schon dieser Versammlung zugesprochen worden, wenn auch in beschränktem Masse. Und es lässt sich auch nicht verkennen, dass die allgemeine Richtung der späteren Entwicklung sich in dem *commune consilium regni* bereits angedeutet findet.

Die Magna Charta wurde von beiden Seiten beschworen. Aber die Barone kannten die Hinterlist des Königs bereits genug, um sich mit seinem Eide nicht zufrieden zu geben. Da musste nun Johann seine Zustimmung dazu erteilen, dass jene aus ihrer Mitte einen Ausschuss von 25 erwählten, welche die Beobachtung des Vertrages zu überwachen hatten. Würde der König oder seine Beamten denselben übertreten, so soll den 25 das Recht zustehen, Krieg gegen ihn zu führen, seine Burgen und Ländereien

heimzusuchen, und nur die Personen des Königs, der Königin und ihrer Kinder sollten unantastbar sein.

So ward die Magna Charta zum Gesetz erhoben und ist seitdem durch viele Jahrhunderte als der Grundstein der englischen Freiheit betrachtet worden. Zum ersten Male hatte hier ein Stand sich Rechte verbriefen lassen, die für das ganze Volk Geltung hatten. Denn was der König seinen Lehnsträgern schuldig war, das sollten diese auch den von ihnen abhängigen Leuten zu thun gehalten sein. Hier schien alles, was das Bedürfnis der Zeit erforderte, in eine sichere und in die beste Form gebracht zu sein. Wie edel klangen diese Grundsätze, deren Verkündung der Adel dem Könige in die Feder zwang. „Recht und Gerechtigkeit werden wir keinem Menschen verkaufen, keinem verweigern oder verzögern“, so lautet ein Artikel der Magna Charta. In einer feierlichen Urkunde war es jetzt niedergelegt, wie ein gewissenhafter König von England denken sollte. Die Nation griff immer wieder darauf zurück; nicht weniger als 38mal ist bis zum Ende des Mittelalters der grosse Freiheitsbrief bestätigt worden. Man vergass allgemach, dass es zum grössten Teil nicht neues Recht war, was die Magna Charta enthielt. Man vergass die Laga Eadwards des Bekenner ebenso wie die Proklamation Heinrichs I. Auf der Wiese von Runnymede, so meinte man, sei dem Volke sein köstlichster Besitz, die Freiheit, zum ersten Male geschenkt worden.

Fünftes Kapitel.

Das englische Parlament.

König Johann hatte sich den Forderungen der Grossen unterworfen, wie die vornehmste Quelle sagt, weil er erkannte, dass seine Kräfte denen der Barone nicht gewachsen seien. Er hatte alles beschworen, obwohl seine falsche Seele mit den Grundsätzen der Magna Charta nichts gemein hatte. Er rechnete auf die Hilfe des römischen Stuhls und dieser liess ihn in der That nicht im Stiche. Papst Innocenz III. erklärte die Magna Charta für ungültig, er that die Barone in den Bann, Stephan Langton wurde seines Amtes enthoben. Aber jetzt war der Spruch des Papstes wirkungslos. Da Johann den Vertrag nicht erfüllen wollte, seine Söldner nicht entliess, vielmehr nach neuen Verstärkungen aussandte, so begannen die Barone den Krieg. Jetzt trat jener Ausschuss der 25 zusammen, um den gesetzlichen Widerstand gegen den König zu organisieren. Anfangs hatten sie wenig Erfolg. Dann aber trugen sie die Krone von England dem französischen Thronfolger Ludwig an, der mit einer Nichte Johannis vermählt war, und dieser war nicht imstande, die Landung des Prinzen mit einem französischen Heere zu hindern. Mitten in dem Kampfe, der sich nun entspannt, ist Johann gestorben. Sein grosser Mitstreiter Innocenz III. war schon einige Monate früher von seinem irdischen Kampfplatze abgerufen worden.

Der Tod Johannis übte eine günstige Wirkung auf die allgemeine Lage. Sein Nachfolger, Heinrich III., war ein Knabe von neun Jahren. Von dem Kinde brauchte niemand tyrannische Bedrückung und treulose Handlungen zu befürchten. Viele Barone, welche zuletzt auf der Seite der Franzosen gestanden hatten, kehrten jetzt zur nationalen Sache zurück. Alles scharte sich um den jungen König. Die Franzosen wurden zu Lande und zu Wasser besiegt und Prinz Ludwig musste im Jahre 1217 den englischen Boden verlassen. Zweimal, nach der Thronbesteigung Heinrichs III. und nach dem Siege über die Franzosen, wurde die Magna Charta be-

stättigt. Einige wichtige Artikel freilich, die von der Berufung der Reichsversammlung zur Bewilligung des Schildgeldes und vom Ausschuss der 25 Barone, sollten vorläufig nicht zur Ausführung kommen.

Während der langen Regierung Heinrichs III. spielte fremder Einfluss eine mächtige Rolle in den englischen Dingen. Die Päpste, welche auf den grossen Innocenz folgten, suchten seine Politik nach Kräften fortzusetzen. Nicht umsonst sollte Johann sich als den Vassallen des römischen Stuhles bekannt haben. Manchmal hatte es den Anschein, als ob der päpstliche Legat der wahre Regent in England sei. Doch fehlte es am Königshofe auch nicht an Männern wie Wilhelm Marshall, dem ersten Vormund des Königs, und Hubert von Burgh, die ihre beste Kraft für eine nationale Politik einsetzten. Aber doch ist es zu einer solchen unter Heinrich III. kaum gekommen. Mit 20 Jahren ward der König mündig. Im Jahre 1236 vermählte er sich mit der Prinzessin Eleonore von Provence. Ein Schwarm von Fremden kam mit ihr in's Land. Man hat Heinrich III. mit Eadward dem Bekenner verglichen, und er hat in der That in dem sittlichen Charakter seines Wesens eine gewisse Ähnlichkeit mit dem letzten Könige aus der angelsächsischen Dynastie. Heinrich war so fromm, wie sein Vater gottlos; in seinem häuslichen Leben so ehrbar, wie Johann verworfen gewesen war. Aber Heinrich war auch der grossen Fähigkeiten bar, durch welche die übrigen Könige seines Geschlechtes ausgezeichnet waren.

Am meisten aber gemahnt die Art, wie er durch den Einfluss der französischen Gattin das Eindringen des fremden Elementes in die höchsten Lebenskreise geschehen liess, an die Begünstigung des normännischen Wesens, wie Eadward sie einst zum Schaden seiner Angelsachsen geübt hatte. In unmittelbarer Beziehung zu diesen auswärtigen Einflüssen stand die weitgreifende äussere Politik, in welche England unter Heinrich III. sich einliess. Es versteht sich, dass unter den auswärtigen Unternehmungen der Krieg gegen die französische Krone nicht fehlen konnte. Denn der König hatte den Wunsch, die durch seinen Vater verlorenen Gebiete auf dem Festlande zurückzuerobern. Aber auch noch auf viel entlegenere Ziele richtete sich jetzt der Ehrgeiz des Hauses Plantagenet. Der Papst war der Hoffnung, den Einfluss, den er, seitdem Johann ihm den Lehnseid geleistet, in England besass, auch in anderen Gegenden gewinnen zu können, wenn er die Prinzen des Hauses Plantagenet zu Herrschern einsetzte. Für seinen Sohn Edmund nahm Heinrich die Krone von Sizilien an. Sein Bruder Richard von Cornwall ward deutscher König. Der Reichtum Englands sollte den Thronen

seiner Prinzen im Auslande zur Stütze dienen. Und der päpstliche Stuhl verwendete seine Macht über England zum Kampfe gegen die Staufer in Deutschland und Italien.

Mit steigendem Unwillen blickte die englische Nation auf diese Politik seines Königshauses. Wie unter Eadward dem Bekenner entstand eine Bewegung gegen den Einfluss der Fremden im Lande. In demselben Masse, wie jetzt die beiden Bevölkerungen sich zu einer einzigen Nationalität zusammenschlossen, richteten sie ihren Hass gegen das auswärtige Element. Eine Zeitlang stand Richard von Cornwall, des Königs Bruder, an der Spitze der Unzufriedenen. Die Opposition war in der Lage, der Krone erhebliche Schwierigkeiten bei ihren auswärtigen Unternehmungen in den Weg legen zu können. Denn ohne Geldbewilligungen liessen sich dieselben nicht durchführen. Den Reichsversammlungen gegenüber, für welche um diese Zeit der Name „Parliamentum“ aufkam, hatte der König einen schweren Stand. Im sechszwanzigsten Regierungsjahre Heinrichs III. verweigerte ihm die Versammlung einmal nach langen Verhandlungen das geforderte Hilfsgeld zum Kriege gegen Frankreich, indem sie ihm bemerkte, er möge selber zusehen, wie er seine Versprechungen einlöse. Neben der Geldbewilligung handelte es sich in dem ewigen Hader Heinrichs III. mit seinen Baronen und Parlamenten auch um die Besetzung der höchsten Stellen. Denn den fremdländischen Günstlingen des Königs wollten sie nicht den beherrschenden Einfluss überlassen. Die Krone half sich wohl damit, dass sie die höchsten Ämter unbesetzt liess, während die Verwaltung durch untergeordnete Beamte besorgt wurde. Sicherlich ist es aber bemerkenswert, dass schon in so früher Zeit das Parlament den Anspruch erhob, einen Einfluss auf die Ernennung der Ratgeber des Königs zu besitzen.

Im Jahre 1258 heischte Heinrich trotz einer schweren Hungersnot eine ungeheure Geldzahlung vom Volke, um die Verpflichtungen gut zu machen, die er dem Papste gegenüber eingegangen war. Da aber brach die allgemeine Entrüstung los. Auf einem Parlamente zu Westminster erschienen die Barone in Waffen und traten drohend dem Könige gegenüber. Zu einer Geldhilfe erklärten sie sich erst bereit, als der König seinerseits seine Zustimmung zu einer Neuordnung der öffentlichen Verhältnisse, wie wir würden heute sagen einer Revision der Verfassung, erteilte. Eine Kommission von 24 Baronen, 12 von jeder Partei, sollte einem nach Oxford zu berufenen Parlamente einen Entwurf für die notwendigen Reformen vorlegen. Oxford war in jener Zeit eine der bedeutenderen

englischen Städte. Die Universität, im 12. Jahrhundert aus kleinen Anfängen mächtig emporgeblüht, war bereits die erste Schule Englands und auch im Auslande viel gerühmt. Am politischen Leben nahm die Universität den lebendigsten Anteil. Hier, in dem aufgeregten Oxford, fand nun das sogenannte tolle Parlament von 1258 statt. Alles erschien bewaffnet. Die Barone brachten ihre Untergebenen mit, angeblich weil ein Kriegszug nach Wales bevorstand, in Wahrheit, um einen Verrat der Gegenpartei nicht fürchten zu müssen. Alle anderen Interessen traten jetzt vor dem einen grossen der Verfassung zurück; mit Wales wurde Friede geschlossen. Der König aber musste sich zur Gutheissung und Beschwörung der Artikel verstehen, welche der Ausschuss von 24 beschlossen hatte. Der Wortlaut der Oxforder Provisionen, wie man diese Artikel nennt, ist nicht erhalten, ihr wesentlicher Inhalt jedoch wohlbekannt. Man kann sagen, dass dem Könige durch die Barone die Regierungsgewalt aus der Hand genommen wurde; ihnen soll die Besetzung der höchsten Ämter im Reiche zustehen. Mehrere weitere Kommissionen wurden ernannt, um dem Könige in den wichtigsten Geschäften zur Seite zu stehen. Die grossen Kronbeamten wurden sogleich von den Baronen ernannt. Heinrich musste auch zugeben, dass die königlichen Burgen nicht mehr in den Händen von Ausländern blieben. Des Königs Schwager, Simon von Montfort, Graf von Leicester, der schon in dieser Bewegung eine führende Stellung hatte, gab selbst zwei königliche Schlösser auf, die von ihm verwaltet worden waren. Nicht ohne Zwang wurden die fremden Günstlinge von der Insel vertrieben. Ein besonderer Artikel der Oxforder Provisionen bestimmte noch, dass drei mal jährlich ein Parlament berufen werden sollte.

In alle diese Bedingungen musste Heinrich III. sich finden. Es war, als ob er auf die höchste Macht zu Gunsten des Adels verzichtet hätte. Aber eben daher war es auch natürlich, dass er sich der lästigen Beschränkungen, so bald es möglich war, zu entledigen suchte. Der Papst hatte die Oxforder Provisionen für null und nichtig erklärt. Darauf berief sich der König, um sich gleichfalls von ihnen loszusagen, als unter den Baronen selbst ein Konflikt entstanden war. Heinrich stellte die alte Macht der Krone wieder her, und Simon von Montfort hielt sich in Frankreich. Dann aber kehrte er zurück und trat wieder an die Spitze der Barone. Die Königin ward auf der Themse vom Londoner Pöbel verunglimpft und Heinrich musste noch einmal die Oxforder Provisionen unterschreiben. Doch war es ihm nicht ernst damit; der Krieg nahm

seinen Fortgang. Zuletzt nahm Ludwig IX. von Frankreich die Rolle des Schiedsrichters auf sich. Mit seinem Spruche, dem auch die Barone sich fügen zu wollen erklärt hatten, stellte er sich ganz auf die Seite des englischen Königs und verwarf die Provisionen. Nun wollten sich doch die Barone nicht unterwerfen. Simon erklärte, dass das Urteil Ludwigs selbst mit der Magna Charta unvereinbar sei und damit gewann er Adel und Bürger zum Widerstande. Jetzt erst ward der Bürgerkrieg mit aller Schärfe geführt. Die Haltung Londons, das die Sache des Adels unterstützte, war dabei von ähnlicher Bedeutung wie zur Zeit der Magna Charta. An der Spitze der Gegner des Königs stand Simon von Montfort, der Graf von Leicester.

Von Geburt ein französischer Edelmann aus berühmtem Geschlechte, war er frühzeitig dem englischen Hofe nahegetreten. Durch seine stattliche Erscheinung und sein ritterliches Wesen hatte er die Neigung der Schwester Heinrichs III. gewonnen, die um seinetwillen dem in ihrer jugendlichen Witwenschaft abgelegten Gelübde ewiger Keuschheit untreu wurde. Der König selbst führte die Schwester dem Manne zu. Simon besass eine glänzende Begabung, sein Geist war auf hohe Ziele gerichtet. Zwei mächtige Herrscher, Heinrich von England und der römische Kaiser Friedrich II. waren seine Schwäger und er war wohl gemeint, durch diese Familienverbindungen zu einer grossen Stellung zu gelangen. Da aber ward es für ihn und für die Geschichte Englands von entscheidender Bedeutung, dass sich damals der Hass und das Misstrauen der Barone gegen die fremden Verwandten und Günstlinge ihres Königs richtete; Simon ward persönlich davon betroffen. Nach mannigfaltigen Schicksalen in England und im Auslande ward er endlich der Führer der volkstümlichen Bewegung gegen Heinrich III. Adel und Bürger sahen in ihm den Verteidiger ihrer Rechte gegen die Tyrannei des Königtums. Wie jubelte das Volk von London ihm zu, als er im Jahre 1263 unter dem Geläute der Glocken seinen Einzug hielt, während der König wie ein Gefangener im Tower sass und die Königin soeben den Schmähungen des Pöbels ausgesetzt gewesen war. Nun, da der Schiedsspruch Ludwigs IX. verworfen wurde, erschien Simon dem Volke wohl, wie es in dem vielleicht schon früher zu seiner Ehre gedichteten Liede heisst, als die feste Burg, die sein Name von Montfort nannte, als der mächtige Freund des Rechtes und Hasser des Unrechtes. Er hat die Massen mit seinem Geiste erfüllt und so, wenn auch auf revolutionärem Wege, Neuerungen geschaffen, durch welche der ferneren Entwicklung des englischen Verfassungsrechtes die Wege gewiesen waren.

Durch eine einzige grosse Schlacht ward die Entscheidung herbeigeführt. Mit einem mächtigen ritterlichen Heere und dem starken Aufgebote der Londoner Bürger nahm Simon von Montfort im Mai 1264 seine Aufstellung in Sussex, einige Meilen von Lewes entfernt, woselbst sich das Hauptquartier des Königs befand. Seine Scharen hatten sich selbst mit einem weissen Kreuze gezeichnet und bereiteten sich durch Gebet zum Kampfe vor. Obwohl der Papst sich mit voller Schärfe gegen sie erklärt hatte, betrachteten doch sie selbst sich wie Kreuzfahrer und Kämpfer für eine gerechte und heilige Sache. Prinz Eduard, der älteste Sohn des Königs, eröffnete den Kampf. Eingedenk des seiner Mutter angethanen Schimpfes stürmte er mit ungeheurer Wucht auf die Londoner Bürger, Tod und Verderben unter ihnen verbreitend. Aber während diese aus einander getrieben und ein furchtbares Gemetzel unter ihnen ange richtet wurde, war Simon mit den Baronen gegen die übrige Masse des königlichen Heeres vorgedrungen und hatte ihren Widerstand gebrochen. König Heinrich, der sich mitten darunter befand, musste sich gefangen geben. Sein Bruder, der römische König Richard, hatte sich in eine Mühle geflüchtet; unter dem Spotte der Feinde musste er sich ergeben. Auch den heldenmütigen Prinzen Eduard traf dasselbe Los. Die königliche Sache war verloren, alle Gewalt im Reiche in den Händen der Barone und ihres Führers Simon von Montfort.

Nur allmählich und schrittweise pflegen grosse Neuerungen sich in's Werk zu setzen, es sei denn, die alten Formen wären gänzlich abgelebt und erstarrt und nur von einem allgemeinen Umsturz die notwendigen Verbesserungen zu erhoffen. So aber lagen damals in England die Dinge nicht. In dem Augenblicke, da der Träger der Krone sich in der Gewalt seiner empörten Unterthanen befand, dachte doch niemand daran, dem Königtum seine alte Stellung zu rauben, geschweige denn die Monarchie völlig zu beseitigen. Denn was hätte an ihre Stelle treten sollen? Man könnte denken, dass das despotisch waltende Königtum durch ein aristokratisches oder gar oligarchisches Regiment verdrängt worden wäre. Aber am Ende hätte auch dieses wohl eine Tyrannei geübt, welche von den unteren Klassen auf die Dauer vielleicht noch härter empfunden worden wäre. Simons staatsmännischer Blick musste dies wohl erkennen. Notwendiger Weise musste stets auf die Monarchie zurückgegriffen werden, deren vermittelnde Macht zwischen den verschiedenen Gewalten im Staate noch lange von unendlicher Bedeutung bleiben sollte, ja im Grunde auch im heutigen England noch ist.

So konnte es nur darauf ankommen, den König zur Anerkennung und Beobachtung der nach der Meinung der Barone ihm obliegenden Verpflichtungen zu zwingen. Zunächst schloss man einen Vertrag, die sogenannte Misa von Lewes, deren Wortlaut uns leider nicht überliefert ist. Aber man weiss doch, dass die königliche Würde darin nicht angetastet wurde. Ein neues Schiedsgericht ward in Aussicht genommen und die Oxfordter Provisionen sollten die Grundlage bilden, auf welcher die neue Ordnung im Staate begründet werden mochte. Vorläufig ward eine Kommission von drei Männern ernannt, welche neun andere zu bezeichnen hatten, von welchen je drei zur Zeit die eigentliche Regierung führen sollten. Es versteht sich, dass Simon von Montfort, wenn auch nur als Mitglied jenes Ausschusses, doch die mächtigste Stellung im Lande inne hatte. Er war der wahre Herrscher. Obwohl er selber sich den Titel nicht beilegte, so nannten ihn doch schon seine Zeitgenossen den Protector, und der Name ist nachmals wieder angewendet worden, wenn der König selbst an der Ausübung der Regierung behindert war und ein anderer an seine Stelle trat.

Simons Werk war die Berufung des berühmten Parlamentes von 1265. Einer Reichsversammlung, welche zusammentrat, während der König ein Gefangener war, musste schon an und für sich eine hohe Wichtigkeit eignen. Sie war von dem Führer der Revolution berufen und würde ihr Werk zu befestigen haben. Aber nun kam noch hinzu, dass dieses Mal ein neues Element in der Versammlung auftrat, welches noch in keiner früheren erschienen war: die Städte. Von den Baronen waren zwar die geistlichen in grosser Zahl anwesend, die weltlichen aber hielten sich meistens von diesem Parlamente fern. Es war für den Machthaber eine natürliche Massregel, wenn er nun auch diejenigen Kräfte zur Verteidigung seiner Schritte heranzog, welche ihm durch ihre Mitwirkung im Felde erst den Erfolg gesichert hatten. Es kam darauf an, die Massen der Bevölkerung nun auch in der höchsten Reichsversammlung zum Worte kommen zu lassen. Es ist vollkommen richtig, dass dies eine parlamentarische Versammlung aller derjenigen war, welche die gegenwärtige Regierung unterstützt hatten. Aber die hohe konstitutionelle Bedeutung wird dadurch kaum geschmälert. Man wird die Versammlung trotz aller Unregelmässigkeit als ein Parlament bezeichnen müssen; im Namen des Königs wurde sie berufen. Und die Form, welche im Jahre 1265 vorübergehend in Anwendung kam, ward dauernd und verfassungsmässig unter Eduard I. Es war nur eine Wiederholung dessen, was zuerst im Jahre 1254

geschehen war, ja eigentlich entsprach es schon den Forderungen der Magna Charta, wenn jetzt der niedere Adel zur Teilnahme gezogen wurde; den Sheriffs ging die Aufforderung zu, aus jeder Grafschaft zwei verständige Ritter nach London zu schicken. Vollkommen neu war es aber, wenn nun auch alle Städte und Burgflecken im Reiche aufgefordert wurden, je zwei Bürger, die fünf Häfen, je vier Männer in's Parlament zu senden. Es war die Übertragung der Grundsätze der Selbstverwaltung auf die höchste Reichsversammlung, die Teilnahme der Freien aller Stände an der Erledigung der höchsten Angelegenheiten des Staates.

So sehen wir nun unter den politisch wirksamen Faktoren im englischen Staate ein neues Element deutlicher hervortreten: die Städte. Zwar wissen wir, dass wenigstens die Hauptstadt schon längst ein gewichtiges Wort in den grossen Reichsangelegenheiten mitgesprochen hatte. Ihre Haltung hatte 1215 den Sieg der Barone entschieden und König Johann zur Unterzeichnung der Magna Charta genötigt; der Mayor von London war einer der 25 Barone, welche den Sicherheitsausschuss gegen die Tyrannei Johans bilden sollten. Auch im Kriege der Barone hatte die Hauptstadt eine entscheidende Rolle gespielt; 15 000 Londoner sollen im Heere Simons von Montfort gekämpft haben. Doch als Teilnehmer an den Parlamenten sind wir bisher nur Bischöfen und Äbten, grossen und kleinen Baronen begegnet. Nur Geistlichkeit und Adel sollten die Reichsversammlung der Magna Charta bilden. Jetzt, im Jahre 1265 treten zum ersten Male auch die Städte als politische Körperschaft auf. Es mag hier wohl der Ort sein, um in kurzen Zügen der Entwicklung des städtischen Lebens in England zu gedenken.

Die Ursprünge desselben liegen in angelsächsischer Zeit. Denn die alten Römerstädte mit ihrer Pracht und ihrem lebendigen Treiben waren schon im sechsten Jahrhundert verlassen und verödet. Handel und Gewerbe waren in den ersten Perioden der angelsächsischen Herrschaft bedeutungslos.

Erst allmählich entstanden von neuem dichter bewohnte Ortschaften, die sich langsam zu Städten entwickelten. Man soll sich das erste Zusammenwohnen der Angelsachsen in Städten nicht anders denken, als wie das enge Beieinander alles dessen, was das englische Leben überhaupt ausmachte, der Kirche mit ihren Organen, des Grossgrundbesitzers und des kleinen abhängigen Mannes, der Klosterleute und der Händler — aber alle diese Elemente waren noch ohne eine engere Verbindung. Es sind Städte ohne städtische Einrichtungen, ohne städtische Rechte, selbst ohne eigentliches städtisches

Leben. Gleichwohl musste sich unter den Bewohnern schon durch das örtliche Zusammenleben allmählich eine Summe gemeinschaftlicher Interessen heranbilden.

Zu dieser, man möchte sagen: unbeabsichtigten, Entstehung von Städten kommt schon frühzeitig die Anlegung fester Plätze als Bollwerk gegen feindliche Überfälle. Vielfach wird dies schlechtweg als der Anfang der englischen Städte bezeichnet. So entstand früh im achten Jahrhundert Taunton in Somerset als Schutzwehr gegen die Briten in Cornwall. In umfangreichem Masse wurden in den Zeiten der Dänennot befestigte Orte angelegt, aus denen oft nachmals ansehnliche Städte geworden sind.

Vielfach dienten die Stätten der alten Römerstädte und die Steine ihrer Bauwerke den neuen Städten zur Grundlage. Daher die vielen Ortsnamen, welche auf das ehemalige Vorhandensein römischer Lagerstädte deuten. Doch muss man in Erinnerung halten, dass wohl in keinem Falle die neue Einwohnerschaft von der alten römisch-britischen abstammte; von römischem Wesen hatte sich hier nichts erhalten. So ist es auch eine eitle Täuschung, wenn man früher wohl behauptet hat, dass die Verfassung der mittelalterlichen englischen Städte aus der altrömischen Municipalverfassung unmittelbar abgeleitet sei. In Wahrheit entstammen alle jene Rechte und Privilegien, in deren Besitz man die englischen Städte später erblickt, niemals einer früheren als der angelsächsischen Periode.

Wo die Befestigung der ursprüngliche Zweck der Städtegründung war — die allgemeinen Namen „burh“ und „borough“ zeigen an, wie häufig dieser Fall war — so blieb sie doch nicht der einzige, auch nicht stets der wichtigste; ja bei vielen Städten kam sie wieder in Wegfall. Handel und Verkehr blieben freilich unter den angelsächsischen Herrschern wenig entwickelt, doch fehlten sie nicht ganz. Fremde Kaufleute verkehrten im Lande, und angelsächsische Händler, wenn auch in geringer Anzahl, sollen ihre Waren auch nach dem Festlande verschifft haben. Der Frankenkönig Karl sicherte ihnen schon zur Zeit des grossen Offa von Northumberland seinen besonderen Schutz zu. Die Bedeutung der Gewerbethätigkeit war gering. Eine Anzahl Märkte bestanden in angelsächsischer Zeit — das Marktrecht gehörte stets zu den wesentlichen Privilegien —, doch werden hier die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zahlreicher gewesen sein als die industriellen. Trotz alledem war doch eine Reihe von namhaften Städten bereits am Schlusse der angelsächsischen Periode vorhanden. London war zu allen Zeiten der erste Handelsplatz des Landes. Dazu besass es schon früher eine gewisse politische Macht.

Wilhelm der Eroberer war in Wahrheit erst König, als sich die Hauptstadt für ihn entschieden hatte.

Wie die normännische Eroberung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fördernd und anregend wirkte, so nahm seitdem auch die Entwicklung der Städte einen neuen Aufschwung. Für sie wurden die mannigfachen Beziehungen, welche fortan zwischen England und dem Festlande unterhalten wurden, zu einer Quelle des Reichtums. Mit den Eroberern kamen zahlreiche Kaufleute und Gewerbetreibende ins Land, vorzugsweise Franzosen, von denen viele ihren Wohnsitz in England nahmen. Jetzt erst entwickelte sich ein reicheres städtisches Leben. Die Gewerbe blühten auf und der Handel nahm eine in den früheren engeren Verhältnissen ungekannte Ausdehnung an. In der Zeit, da infolge der Kreuzzüge der internationale Verkehr, Schiffahrt und Handel überall neue Anregung erhielten, knüpfte auch England mit verschiedenen Gegenden des Weltteils einen lebendigen Handelsverkehr an und erweiterte den schon vorhandenen.

Die flandrischen und niederdeutschen Städte standen dabei in erster Reihe. Diese hatten schon vor der normännischen Eroberung Verbindungen in England unterhalten und nicht nur Hafensplätze wie Bremen und Hamburg, sondern auch binnensächsische Städte wie Braunschweig hatten daran Teil gehabt. Ihre Niederlassungen in London stammten aus vornormännischer Zeit. Seitdem aber das Haus Anjou den englischen Thron inne hatte, führte dessen Verwandtschaft mit den Welfen zu einer Begünstigung der Stadt Köln. Heinrich II. bestätigte den Kölnern ihre Faktorei in London; ihren Rheinwein durften sie auf dem Londoner Markt absetzen. Die Handelsbeziehungen mit den Niederlanden und mit Köln gewannen unter den folgenden Regierungen noch höhere Bedeutung. Eine Reihe deutscher Städte war an dem Handel beteiligt, der in der Gildhalle der Kölner in London seinen Mittelpunkt hatte. Wie Heinrich II., so bestätigten auch Richard Löwenherz, König Johann und Heinrich III. die Privilegien der Kölner. Allmählich ward freilich ihre bevorrechtete Stellung durch andere deutsche Städte erschüttert. Der Genossenschaft unter kölnischer Führung tritt im Laufe des 13. Jahrhunderts eine Gruppe niederdeutscher, namentlich sächsischer Städte entgegen; Lübeck steht an ihrer Spitze. Sie lassen sich ebenfalls Privilegien durch den englischen König erteilen; die Wahl Richards von Cornwall kommt der Handelsgrösse von Lübeck und Hamburg zu gute. Es handelt sich eben um die Verhältnisse, welche um die Mitte des 13. Jahrhunderts zur Bildung

des grossen Hansabundes führten. Früher war, wie man es treffend ausgedrückt hat, der deutsche Kaufmann in London hinter dem kölnischen verschwunden. Durch die Hansa ward die Alleinherrschaft Kölns gebrochen. Eben in jener Zeit, deren Schilderung uns zu dieser Abschweifung gebracht hat, wurden zum Schaden Kölns die Vorrechte der beiden nordalbingischen Handelsstädte noch im besonderen befestigt. Im Jahre 1266 erhielt Hamburg, im Januar 1267 Lübeck das Recht, eine eigene Hansa über England zu bilden, wie es Köln seit alter Zeit besass. Fortan bewegte sich der deutsche Handel in England in den Formen, die der grosse Bund deutscher Städte ihm vorzeichnete; und innerhalb der allgemeinen Hansa sind die Gruppen oder Gilden, an deren Spitze Hamburg und Lübeck stehen, besonders ausgezeichnet.

Wo die Kauffahrer der Hansa landeten, da war lebhafter Handelsverkehr und Gewinn auf beiden Seiten. Und auch mit den übrigen handeltreibenden Ländern und Städten Europas stand England in regem Verkehr; aus allen Teilen Europas wurden Rohwaren und Erzeugnisse des Gewerbefleisses in England eingeführt; Getreide aus den baltischen Gebieten, Pferde und Leder aus Spanien, Wein aus dem südwestlichen Frankreich, Seide und kostbare Stoffe aus den Ländern am Mittelmeer. Mancherlei Waren brachte dafür England in den Handel. Die englische Wolle ward nach Flandern verschifft, um dort zu Tuch verarbeitet zu werden; denn noch war die Tuchfabrikation auf der Insel nicht entwickelt. In bedeutender Menge wurden Metalle aus den Bergwerken von Cornwall und Devonshire an das Tageslicht gefördert; den Wert der Steinkohle hat erst eine spätere Zeit erkannt.

An diesen weit ausgedehnten Handelsbeziehungen hatten alle englischen Küstenstädte und viele im Innern an Flüssen gelegenen Plätze Anteil. So gelangte denn eine Reihe von Städten in allen Teilen Englands zu Reichtum und Macht. London war der Mittelpunkt des inneren und auswärtigen Handels, eine Stadt voll reger Geschäftigkeit, aber auch schon eine Stätte der Üppigkeit und des heiteren Lebensgenusses. Mit der Hauptstadt konnte sich kein anderer Ort im Lande messen. Doch gab es auch noch andere ansehnliche Handelsplätze. Städte wie Bristol und York, Norwich und Winchester waren schon frühzeitig durch Handelsgrösse und Reichtum ausgezeichnet.

Indem also die Städte zu hoher wirtschaftlicher Bedeutung gelangt waren, war bei ihnen auch das freie Bürgerrecht zur Ausbildung gekommen. Es ist schon behauptet worden, dass die

städtischen Verfassungen sich aus dem Gildenwesen entwickelt hätten, da manchmal die Gilde den Charakter einer die Stadt beherrschenden Körperschaft erlangen konnte, aus der Gildhalle in manchen Fällen das Rathaus wurde. Neuerdings hat man den Gilden und ihrer Bedeutung für die englische Städteverfassung grössere Aufmerksamkeit gewidmet; das Ergebnis ist, dass die Theorie der Gleichheit von Gilde und Stadt heute aufgegeben ist. Freilich stammen die Gilden schon aus angelsächsischer Zeit. Es sind Verbrüderungen zur gegenseitigen Unterstützung; im besonderen tragen auch religiöse Gemeinschaften diesen Namen. Die Gilde ist an die Stelle des alten Familienverbandes getreten. Durch Geburt gehört der Einzelne ihr an. Der Ursprung der Gilden liegt, wie man treffend bemerkt hat, in dem Wesen des Volkscharakters und lässt sich so wenig erklären wie Volksrecht und Volkssitte überhaupt. Gleichwohl darf man die ältesten städtischen Einrichtungen nicht damit vermengen.

Ein „burhgerafa“ hatte als königlicher Beamter in angelsächsischer Zeit an der Spitze der gesamten städtischen Verwaltung gestanden; die Bürger versammelten sich im „burhgemot“. Unter den ersten normännischen Regierungen wurden die Grundsätze für das Recht der Städte festgelegt. Es heisst, dass nur in Städten, das ist in befestigten Plätzen, Märkte gehalten werden sollen, dass die Städte zur Verteidigung dienen und ihre Einwohner frei sein sollen, und das letztere gilt selbst für hörige Leute, wenn sie ihren Wohnsitz in der Stadt nehmen. Nach diesen Grundsätzen hat sich im Laufe der Zeit die Stadtverfassung in England entwickelt. Nach einander erhalten die Städte das Recht der eigenen Verwaltung ihrer Finanzen, indem sie selbst die Aufbringung der Abgaben ihrer Bürger für den König in Pacht nahmen. Sie erhalten das Recht der eigenen Gerichtsbarkeit; kein Bürger darf ausserhalb der Stadtmauern vor Gericht gestellt werden. Die Wahl des Sheriffs, des Vertreters der königlichen Gewalt innerhalb der Stadt fällt allmählich den Bürgern zu. Sie wählen auch selbst den Bürgermeister und der König hat nur das Recht der Bestätigung.

Und hier ist auch mit einem Worte wieder der Gilden zu gedenken. Ob die Kaufmannsgilde als die Fortsetzung der angelsächsischen Gilde zu betrachten, ob sie neu entstanden oder aus der Normandie herübergenommen sei, muss dahingestellt bleiben. Genug, sie gelangt zu hoher verfassungsrechtlicher Bedeutung. Anfangs freilich erscheint sie lediglich als eine private Gesellschaft, die nur den Schutz und den Vorteil der handeltreibenden Stadtbevölkerung

im Auge hat. Seit dem zwölften Jahrhundert gewann sie Anteil an der städtischen Verwaltung, ja ihr Überwiegen in derselben war in vielen Fällen so stark, dass eben dadurch der Irrtum entstehen konnte, als ob Gilde- und Stadtverfassung überhaupt ein und dasselbe gewesen seien. Wichtig genug war in der That die politische Bedeutung der Kaufmannsgilden. Ihnen galten die mancherlei Freiheiten und Privilegien, welche dem Handel erteilt wurden, und in ihren Händen lag in vielen, besonders kleineren, Städten der entscheidende Einfluss bei den städtischen Wahlen.

So besaßen die englischen Städte im 13. Jahrhundert Wohlstand, Ansehen und bürgerliche Freiheiten. Doch trotz des Rechtes der Selbstverwaltung befanden sie sich in voller Abhängigkeit vom Könige. Die Steuern aufzubringen, war allerdings das Amt der städtischen Behörden, aber gezahlt mussten sie werden, wenn der König forderte. Auf den Städten beruhte zum grossen Teil die Steuerkraft des Landes

Wenn nun einmal die Entwicklung der Verfassung in England dahin ging, dass die mächtigeren Faktoren im Reiche selbständig an den grossen Reichsgeschäften Anteil haben wollten, so war es unausbleiblich, dass neben dem hohen Adel, der Geistlichkeit, den Grafschaftsrittern auch die Städte in ihrer Gesamtheit zugelassen werden mussten. Darin eben liegt der grosse Zug der englischen Verfassungsgeschichte, dass die einzelnen Stände frühzeitig über den Kreis ihrer besonderen Interessen hinausstreben, das Ganze in's Auge fassen und an den allgemeinen, für jeden Engländer wichtigen Fragen von ihrem eigenen Standpunkte aus teilnehmen wollen.

Das Parlament von 1265 ist denkwürdig durch die Art, wie es konstituiert ward, nicht durch das, was es geschaffen hat. Nach langen Verhandlungen gaben der König und der Thronfolger Erklärungen im Sinne der Misa von Lewes ab. Im Grunde war es beiden nur darum zu thun, den Besitz der höchsten Gewalt zurückzugewinnen und alsdann nach eigenem Belieben zu schalten. Aber auch das Volk stand nicht mehr wie vordem auf Seiten des Grafen Simon; denn dem monarchischen Gefühl erschien die Gefangenhaltung der königlichen Familie wie eine schwere Rechtsverletzung. Leicesters Macht war im Lande bereits erschüttert, als das Parlament zusammentrat. Als Prinz Eduard der Haft entfloh und an der Spitze eines Heeres gegen seinen Schwager auftrat, erschien er fast wie ein Vertreter der nationalen Sache, zumal als sich nun Simon mit dem Fürsten Llewellyn von Wales verband. Auch so war noch seine Sache die schwächere. Bei Evesham ward er durch

Eduard mit gewaltiger Übermacht zur Schlacht gezwungen. Als Simon die trefflichen Vorbereitungen des Prinzen gewährte, rief er aus, das haben sie von mir gelernt. In heldenmütigem Kampfe fielen um ihn herum die ritterlichen Genossen. Mit beiden Händen sein Schwert haltend kämpfte Leicester fort, bis auch ihn selbst der Todesstoss erreichte. Für die Freiheit des Volkes ist er gestorben. Jetzt erkannte man die Grösse seiner Thaten, die zuletzt verdunkelt erschienen war, wieder. Das Volk wusste ihn nicht besser zu verherrlichen, als indem es ihn, den durchaus weltlichen Mann, zum Heiligen erhob. Den Teilen seines verstümmelten Leichnams schrieb man wunderwirkende Kraft zu. Dem heiligen Thomas von Canterbury stellte man ihn an die Seite.

Die Neuerung des Jahres 1265, gross und schöpferisch, wie sie war, ist doch zunächst nur ein kühner Versuch geblieben, die Kommunen in's Parlament zu ziehen. Es ist neuerdings bestritten worden, dass Simon von Montfort als der Schöpfer des Hauses der Gemeinen, wie man ihn sonst genannt hat, mit Recht zu bezeichnen sei. Die Kommunen zu regelmässigen Teilnehmern am Parlamente zu machen, ist ihm nicht in den Sinn gekommen. Und wenn die Neuerung von Dauer sein sollte, so musste sie durch die Krone auf ordnungsmässigem Wege, nicht aber durch den Wortführer der Revolution in's Leben gerufen werden. So ist es ein Menschenalter später unter Eduard I. in der That geschehen. Doch Simons Verdienst wird dadurch nicht geschmälert. Die Teilnahme der Städte an der Reichsversammlung lag im Bedürfnisse der Zeit, und er ist der erste gewesen, der diesem Bedürfnisse entgegenkam. Als der Begründer des Unterhauses wird Simon von Montfort auch wohl in Zukunft noch gefeiert werden.

Nach dem bald vollständigen Sturze der Revolution bestimmte Prinz Eduard die Regierungshandlungen seines Vaters. Heinrich III. bestätigte die Oxfordprovisionen, soweit sie den Vorrechten des Königs nicht entgegenliefen, und nun herrschte vollkommene Ruhe im Lande. Die Krone selber hatte sich dasjenige zu eigen gemacht, was ihr unter den Bestrebungen ihrer Widersacher annehmbar erschien.

Als Heinrich III. im Jahre 1272 starb, befand sich sein Sohn Eduard auf dem Kreuzzuge, den er in Gemeinschaft mit Ludwig dem Heiligen unternommen hatte. Gegen Eduards Nachfolge erhoben sich trotz seiner Abwesenheit nicht die geringsten Schwierigkeiten. Auf einen König, der sein Leben lang unter fremdem Einfluss gestanden hatte, über den himmlischen Dingen die irdischen aus den

Augen verlor, folgte ein anderer, der sich mit gewaltiger Thatkraft und mit scharfem Verstande an die Aufgaben machte, die das Leben und sein hoher Rang ihm stellten. Auf jenen, der in einer 56jährigen Regierung nicht weise und umsichtig geworden war, folgte ein König, der das Glück gehabt hatte, schon als Prinz durch eine Schule harter Erfahrungen zu gehen und sich mit den schwersten Aufgaben seines königlichen Berufes vertraut zu machen. Aber auch dem Volke, das er regieren sollte, hatte sich bereits die Gelegenheit geboten, seine Art und seine glänzenden Fähigkeiten kennen zu lernen, vor allem jene mutige Entschlossenheit, die er ebenso sehr im Rate wie in der Schlacht bewies.

Ohne die Entwicklung des Parlamentes, für welche gerade Eduards I. Regierung von höchster Wichtigkeit ist, aus den Augen zu verlieren, wenden wir uns zunächst den Thaten zu, welche der grosse König für die Macht des englischen Reiches verrichtet hat. Eduard dehnte die Herrschaft der Krone Englands auf der britischen Insel weiter aus als irgend einer seiner Vorgänger. Die Eroberung von Wales und die von Schottland waren sein Werk.

Seitdem König Offa von Mercien die keltischen Briten auf die Gebirgslande von Wales beschränkt und nach römischer Weise einen mächtigen Wall zum Schutze der englischen Gebiete aufgeworfen hatte, waren bis auf die normännische Eroberung die Grenzen zwischen englischer und welscher Herrschaft kaum verrückt worden. Wilhelm I. unternahm einen Zug nach Wales, ohne eben viel auszurichten. Die Grenzfestung Cardiff wurde angelegt und ein kleines Gebiet unterworfen. Wilhelm der Rote hat das Werk mit mehr Erfolg fortgesetzt. Die normännisch-englischen Waffen machten erhebliche Fortschritte in Süd-Wales; neues Gebiet ward unterthänig und neue feste Plätze errichtet. Unter Heinrich I. ward die Eroberung von Süd-Wales vollendet. Er war es auch, der jene flandrische Kolonie in der Gegend von Pembroke pflanzte, die letzte niederdeutsche Ansiedelung auf britischem Boden. So gewaltig erschien den Wallisern die Macht Heinrichs I., dass ein welscher Schriftsteller erklärte, niemand könne gegen diesen Mann streiten ausser Gott allein, von dem er die Macht habe.

Immerhin war erst der südliche Teil des Landes bezwungen. Die walliser Häuptlinge waren auch in der Folge noch manches Mal den englischen Königen gefährlich. Wir kennen schon die Rolle, welche jener Llewellyn als Bundesgenosse Simons von Montfort gespielt hatte. Seine Walliser hatten bei Evesham gleich im Beginn des Treffens schnöde die Flucht ergriffen, aber der Fürst war jener

Verbindung gegen das englische Königtum wohl eingedenk. Er erhob sich gegen Eduard I., und auch seine Vermählung mit der Tochter Simons von Montfort konnte ihn nicht bewegen, sich auf die Dauer ruhig zu verhalten. Im Jahre 1282 erhob er sich, durch seinen Bruder David angestachelt, gegen den König von England. Er ist im Kampfe getötet worden. Sein abgeschlagenes Haupt ward, mit einem silbernen Reif geziert, auf den Zinnen des Towers zu London aufgestellt. Bald befand sich neben dem seinigen auch das Haupt Davids, der gefangen und grausam getötet worden war. Nun ward in ganz Wales die englische Herrschaft aufgerichtet. Die Einteilung des Landes ward der englischen angepasst. Im Statut von Wales wurden die Grundsätze festgestellt, nach denen die Verwaltung einzurichten sei. Im Jahre 1284 genas Eduards Gemahlin zu Carnarvon in Wales eines Knäbleins, welches durch den Tod des Erstgeborenen bald zum Thronfolger wurde. Der König ernannte ihn zum Prinzen von Wales, und der Titel ist seither dem ältesten Sohne des Königs von England verblieben. Den Besitz des Landes suchte Eduard durch Anlage neuer Burgen zu sichern. Die wirkliche Einverleibung ist erst unter Heinrich VIII. erfolgt. Sprache und Eigenart haben sich aber die Walliser bis auf den heutigen Tag erhalten.

Als Eduard I. im Jahre 1282 siegreich aus Wales zurückkehrte, berief er ein Parlament und in dieses vier Ritter aus jeder Grafschaft und aus verschiedenen Städten je zwei Abgeordnete. Sie sollten hören und thun, was der König ihnen vorlegen würde. Im nächsten Jahre wurden wiederum Grafschaftsritter und eine Anzahl städtischer Abgeordneter in's Parlament berufen, und wieder handelte es sich um das Verfahren der Regierung in dem eroberten Wales. Die Erweiterung des Parlaments, wie sie zuerst der Protektor Simon in einem ernsten Augenblicke vorgenommen hatte, ward also durch Eduard I. nachgeahmt, der ebenso wie jener die Notwendigkeit empfand, mit dem Kerne seines Volkes über seine weiten Pläne sich zu verständigen. So bildete sich allmählich der Brauch aus, neben der feudalen Aristokratie und der Geistlichkeit auch Vertreter der Grafschaften und Städte zur Teilnahme an den wichtigsten Reichsgeschäften heranzuziehen. In dem Umfange freilich, wie es 1265 geschehen war, hat Eduard anfangs die Berufung nicht vorgenommen, aber weniger darauf kommt es an, als auf den Umstand, das der König denselben Weg einschlug, der durch Simons revolutionäre Regierung vorgezeichnet war. Man darf darin unbedingt den Beweis dafür erblicken, wie zeitgemäss und notwendig die

Massregel war. Und auch Eduard I. ist endlich dahin gekommen, die Vertretung der Städte ebenso vollzählig zuzulassen, wie der Protektor es gethan hatte. Denn auf die Unterwerfung von Wales folgte eine noch grössere Unternehmung, die Eroberung Schottlands.

Der Gegensatz und immer wiederholte Kampf zwischen Engländern und Schotten war so alt wie die germanische Eroberung Britanniens. Die Picten und Scoten des Nordens, durch Columba christianisiert, waren im neunten Jahrhundert, als Egbert auch ganz England unter seinem Scepter vereinigte, ebenfalls unter der Herrschaft eines einzigen Königs, des Kenneth Macalpine, geeint worden. Es war ein keltisches Reich, jenes Schottland der Kenneths, der Donalds und Malcolms, die sich in Scone krönen liessen, über dem Steine, auf dem einst Jakobs Haupt geruht haben sollte, als er im Traume die Himmelsleiter erschaute. Das Land zwischen Forth und Tweed, durch Angeln besiedelt, war frühzeitig an Northumberland gekommen. Im elften Jahrhundert wurde aber auch Lothian in hartem Kampfe den Engländern entrissen und eine Zeitlang war selbst ein Teil des nördlichen Englands in schottischen Händen.

Allmählich ward der Charakter der Regierung durch angelsächsische Einflüsse verändert. Seit dem 10. Jahrhundert beanspruchten die englischen Könige eine Lehnshoheit über Schottland. König Duncan war mit der Tochter des mächtigen Earls Siward von Northumberland vermählt und suchte sächsisches mit keltischem Wesen zu verbinden. Er ward getötet durch seinen Feldherrn Macbeth, der ihm auf dem Throne folgte. Macbeths Herrschaft darf vielleicht als eine keltische Reaktion gegen die Tendenzen Duncans betrachtet werden. Ist dies richtig, so hat man wiederum den endgültigen Sieg dieser Tendenzen in der nach Macbeths Beseitigung erfolgten Thronbesteigung Malcolms III. zu erblicken. Denn dieser war der Sohn Duncans und selbst mit einer Prinzessin aus dem angelsächsischen Königsstamme vermählt. Seit dieser Zeit hat das schottische Herrschergeschlecht sich völlig mit germanischen Ideen erfüllt. Nach der normännischen Eroberung trat Malcolm für die Rechte des angelsächsischen Königshauses ein. Von da an herrschte Feindschaft zwischen den beiden Reichen. Zwar erkannte Malcolm wie auch seine Nachfolger das alte Lehnsverhältnis an. Aber gleichwohl nahm der Hader kein Ende und führte zu zahlreichen Kriegen zwischen England und Schottland.

Unterdessen vollzog sich allmählich eine neue Organisation des schottischen Königreiches in seinen geistlichen und weltlichen

Einrichtungen. Schottland hörte auf, ein keltisches Sonderleben zu führen und trat ein in die romanisch-germanische Kulturwelt des Abendlandes. Es versteht sich, dass dabei zunächst die Einrichtungen des benachbarten Englands zum Vorbilde dienten. Das Land wurde in Grafschaften geteilt; die Thans wurden zu Earls; das feudale System fand Eingang. Ein so starkes Königtum aufzurichten, wie es Wilhelm der Eroberer in England gethan, vermochten freilich die schottischen Herrscher nicht. Die Macht der Grossen stand lange Jahrhunderte hindurch trotzig neben der des Königs. Im 12. und 13. Jahrhundert, unter den langen Regierungen Wilhelms des Löwen, Alexanders II. und III. hatte die Wohlfahrt Schottlands eine Höhe erreicht, wie nie vorher. Der germanische Süden war mit den keltischen Hochlanden zur nationalen Einheit verschmolzen. Die Grenzen des Staates waren schon fast dieselben wie heute. Eine Reihe von Städten war zu bedeutendem Ansehen und zu freiheitlichen Rechten gelangt. Sie trieben einen ausgedehnten Handel. In Berwick, das damals noch zu Schottland gehörte und der wichtigste Hafenplatz des Landes war, war der Warenverkehr so umfangreich, dass die dort erhobenen Zölle dem dritten Teile aller in England eingehenden gleichkamen.

Der Staat war in Wahrheit unabhängig. Die Lehnshoheit, welcher nur vorübergehend noch ein energischer englischer König wie Heinrich II. einen Inhalt gegeben hatte, war zu einem leeren Anspruch des benachbarten Königreiches herabgesunken. Da geschah es nach dem im Jahre 1285 erfolgten Tode Alexanders III., dass die Thronfolge in Schottland streitig wurde und dadurch der weitausgreifende König Eduard I. von England Gelegenheit zur Einmischung in die schottischen Verhältnisse erhielt. Was folgte, war ein grossartiger Versuch der englischen Nation, durch Gewalt der Waffen ihre Oberherrschaft über den Norden der britischen Insel aufzurichten. Der Versuch ist gescheitert und drei Jahrhunderte lang wiederholten sich nun die endlosen Kriege zwischen den beiden feindlichen Nachbarvölkern. Zuletzt vollzog sich auf friedlichem Wege die Vereinigung von England und Schottland.

Einen Augenblick war dieses Ziel schon im Jahre 1285 erreichbar erschienen. Verschwägerungen zwischen den Königshäusern von England und Schottland waren in den letzten Generationen regelmässig geworden. Alexander II. und III. waren mit Töchtern Johannis ohne Land und Heinrichs III. vermählt gewesen. Jetzt sollte Margareta die Enkelin und einzige Erbin Alexanders III. mit dem Thronfolger Eduard vermählt werden. Wenn auch Margareta

selbst regierende Königin in Schottland wurde, so war doch die Aussicht eröffnet, dass ihre und Eduards Nachkommenschaft in beiden Ländern zugleich herrschen werde. Die Schotten waren nur besorgt, dass sie auf diesem Wege um ihre Selbständigkeit kommen möchten. In einem besonderen Vertrage musste England die Rechte und Freiheiten Schottlands für unverletzlich erklären. Aber ehe noch diese Bestimmungen in Kraft treten konnten, war die junge Margareta plötzlich gestorben.

Jetzt ward Eduard I. selbst von schottischer Seite eingeladen, unter den Bewerbern um die Krone eine Entscheidung zu treffen. John Baliol und Robert Bruce waren diejenigen, welche das meiste Anrecht zu besitzen schienen. Eduard entschied sich auf Grund des Erbrechts der älteren Linie für den ersteren. Für sich selbst aber forderte er die Anerkennung als Oberlehnsherr über Schottland; der neue König zögerte nicht, sie auszusprechen. Aber Eduard gab jener Würde eine weite Auslegung. Von schottischen Gerichten sollte eine Berufung an die Gerichtsbarkeit des Königs von England möglich sein. Darüber erhob sich heftiger Unwille in Schottland; und als ein Krieg zwischen England und Frankreich entstand, ward John Baliol gezwungen, mit dem Könige Philipp IV. ein Bündnis zu schliessen. Damals, im Jahre 1295, ward jene Politik der schottisch-französischen Allianzen gegen England eingeleitet, welche durch Jahrhunderte in der Geschichte des westlichen Europa von hervorragender Bedeutung gewesen ist. Eduard stand vom Kampfe mit Frankreich ab und drang siegreich in Schottland vor. Das Land ward erobert und John Baliol als Gefangener nach London gebracht; sein Königreich hat er nie wieder betreten. Jetzt setzte Eduard keinen König mehr in Schottland ein; er selbst wollte dort herrschen. Der schottische Adel musste ihm huldigen; den Krönungsstein von Scone nahm er mit sich nach Westminster, denn dort sollten die künftigen Könige von Schottland gekrönt werden. Dieser Feldzug brachte den Engländern auch den Besitz von Berwick. Ein furchtbares Blutbad ward in der eroberten Stadt angerichtet. Mit ihrer Handelsgrösse war es für alle Zeiten vorbei. Als englische Festung ward sie fortan ein Bollwerk gegen die Angriffe der Schotten.

Aber ein einziger Feldzug genügte doch nicht, um den Besitz Schottlands zu sichern. Als sich der Adel und die Geistlichkeit dem fremden Herrscher gebeugt hatten, erhob sich das Volk. William Wallace stand an der Spitze. Nicht dem hohen Adel gehörte er an, doch war er auch nicht von gemeiner Herkunft. Als Held der

Sage erscheint er von riesiger Gestalt, ungeheurer Körperkraft und gewaltigem Ungestüm im Kampfe. Aus den regellosen Angriffen, die er gegen die Engländer unternahm, wurde eine planmässige Kriegführung, aus seiner kleinen Schar, die sich nach Räuberart zusammengerottet hatte und anfangs auch ein Räuberleben geführt haben mag, ward ein kämpfendes Volk, das sich gegen die Fremdherrschaft erhob. Wallace durfte es wagen, einem ritterlichen englischen Heere in grosser Feldschlacht die Stirne zu bieten. Nach seinem Siege bei Stirling vollführte er einen Einfall in das nördliche England. Aber nun rückte Eduard mit gewaltiger Heeresmacht heran, Wallace ward bei Falkirk geschlagen und entfloh nach Frankreich. Doch noch eine Reihe von Feldzügen war erforderlich, ehe Eduard Herr in Schottland war. Im Jahre 1304 war die Eroberung vollendet. Wallace ward an die Engländer verraten und ist als Märtyrer für die Freiheit seines Volkes gestorben.

Schottland wurde als erobertes Gebiet, doch ohne Härte, behandelt. An einem Parlamente zu Westminster sollten schottische Abgeordnete teilnehmen, um über die Angelegenheiten ihres Vaterlandes zu beraten. An die Spitze der Verwaltung trat ein Statthalter. In jeder Grafschaft ward ein Sheriff eingesetzt. Die Adligen, welche Eduard Widerstand geleistet hatten, wurden mit Bussen belegt oder verbannt, doch behielten die meisten ihre Güter. Schottland schien wie Wales mit dem englischen Reiche eins werden zu sollen.

Und doch musste der alte Heldenkönig noch die Zerstörung seines Werkes erleben. Robert Bruce, der Enkel jenes Bruce, der früher die schottische Krone beansprucht hatte, liess sich in Scone zum Könige krönen. Ein Edelmann aus normännischem Blute, besass er Güter in Nordengland wie Schottland. Er hatte bisher auf der Seite Eduards I. gestanden. Jetzt, da für John Baliol alle Aussichten geschwunden waren, machte er sich selbst zum Könige und entfachte den Aufstand gegen die englische Herrschaft. Eduard zog voller Zorn noch einmal nach Schottland, wieder wurde das Land erobert und ein furchtbares Strafgericht an den Anhängern des Verräters Robert Bruce vollzogen. Dieser selbst entkam. Doch er kehrte zurück und das Volk erhob sich für ihn. Noch einmal machte Eduard im Jahre 1307 sich nach Schottland auf, aber unweit der Grenze ereilte ihn der Tod. Für die englische Herrschaft in Schottland war es vielleicht verhängnisvoll, dass er, der sie begründet hatte, in diesem Augenblicke starb. Doch man mag zweifeln, ob selbst Eduards Kraft ausgereicht haben würde, um auf die Dauer

die Schotten mit ihrer feurigen Liebe zum Vaterlande und ihrem Hasse gegen die Engländer in Unterwürfigkeit zu halten.

Unter Eduard II. schüttelte Schottland vollends die Fremdherrschaft ab. Freilich währte der Kampf noch Jahre lang fort. Durch Sage und Legende sind die verzweifelten Mühen und Gefahren gefeiert worden, die der kühne Robert Bruce auf sich nehmen musste. Die hartnäckige, sinnreich geführte Verteidigung, der trotzig Freiheitssinn der Schotten, die rauhe Natur der Hochlande verleihen diesen Kämpfen einen romantischen Zauber. Zuletzt lag die Entscheidung in dem Besitze der Festung Stirling am Forth, des Schlüssels von Schottland. Noch im Jahre 1313 war es in den Händen der Engländer. Um es zu entsetzen, machte sich im nächsten Jahre König Eduard II mit einem grossen Heere auf. Bei Bannockburn vor Stirling kam es zur Entscheidung; die Schotten fromm und todesmutig, die Engländer übermütig und siegesgewiss. Als Eduard die Feinde zum Gebete auf die Knie sinken sah, meinte er, dass sie seine Gnade anflehten. Das englische Heer bestand aus Rittern und Bogenschützen, die Schotten kämpften zu Fuss mit der Lanze, in festen Vierecken aufgestellt. Doch waren auch sie nicht ganz ohne Reiterei. Die Führung war auf schottischer Seite der englischen unendlich überlegen. Die englischen Bogenschützen wurden in den Kampf vorausgeschickt, ohne durch das Ritterheer genügend unterstützt zu werden. Sie vermochten die schottischen Lanzenvierecke nur so lange zu belästigen, bis König Robert mit raschem Überblick seine Reiter aus dem Hintertreffen in weitem Bogen um das sumpfige Terrain zur Rechten herankommen liess, welche nun die Bogenschützen leicht in die Flucht jagten. Jetzt stürmte die Masse der englischen Ritterschaft auf die schottischen Lanzenträger. Hier aber prallte ihr Angriff wirkungslos ab. Die Vierecke hielten stand, die Reiterei vermochte sich bei der kleinen Schlachtlinie nicht gehörig zu entfalten, die Pferde wurden unruhig und viele durch die Lanzen getötet. Im Augenblicke, als die Schotten ihrerseits zum Angriff übergingen, ward hinter ihnen ihr Tross sichtbar. Die Engländer glaubten, dass eine Verstärkung ihrer Feinde herannahe, und hielten nicht mehr stand. Furchtbar war ihre Niederlage. Den grössten Verlust erlitten sie noch auf der Flucht. Mit Mühe ward König Eduard selbst aus dem Getümmel der Schlacht gerettet.

Für alle Zeiten war durch diesen Sieg die Freiheit und Unabhängigkeit Schottlands erkämpft. Der Krieg währte noch fort; erst im Jahre 1328 gab England die Schotten frei, und wenigstens

auf die Lehnshoheit ist es auch später noch zurückgekommen. Aber seit der Schlacht von Bannockburn liess sich Schottland nie wieder unter das englische Joch zwingen. Als gleichberechtigte Nationen wurden die beiden Inselvölker 1605 unter einem Scepter vereinigt.

Doch wir kehren noch einmal zu Eduard I. und der Entwicklung des englischen Parlaments zurück. Nicht ohne ausgiebige Hilfsmittel konnten Unternehmungen von so grossem Stil, wie dieser König sie angriff, durchgeführt werden. Es hat ihm an mannigfachen Wegen, gesetzlichen wie ungesetzlichen, um Geld zu erhalten, nicht gefehlt. Die Juden freilich, welche seit der normännischen Eroberung unter dem Schutze des Königs ihre Geldgeschäfte betrieben hatten und namentlich der Krone oft nützlich geworden waren, hatte Eduard selbst im Jahre 1290 gänzlich aus dem Lande vertrieben, weil sie dem Volke durch ihren Wucher verhasst geworden waren. Dafür stand der König mit den Kaufmannsinnungen der italienischen Städte in Verbindung. Mit ihnen machte er seine Geldgeschäfte, sie vermittelten ihm seine Anleihen. Aber in letzter Linie musste doch das Land selbst die Mittel aufbringen, um die Kriege Eduards I. zu bezahlen.

Für die englischen Herrscher war, wie wir wissen, die Berufung eines Parlaments längst der natürliche Ausweg, wenn es sich darum handelte, die Steuerkraft des Landes in stärkerem Masse in Anspruch zu nehmen. Die wachsende Bedeutung der Steuerbewilligung lässt sich von der Ausbildung der parlamentarischen Verfassung schwer trennen. Eduard I. hatte schon wiederholt neben Prälaten, Baronen und Grafschaftsrittern auch städtische Abgeordnete in's Parlament gezogen. Aber dabei hatte stets eine gewisse Freiheit der Auswahl gewaltet, es waren stets nur eine Anzahl, niemals sämtliche Städte des Reiches zur Teilnahme berufen worden. Bis zum Jahre 1295 hatte das Beispiel, welches Simon von Montfort gegeben hatte, noch keine Nachahmung gefunden haben. Da aber stellten sich so viele und grosse Aufgaben dem Könige entgegen, dass er sich wohl nach neuen Mitteln, um ihnen allen gerecht zu werden, umsehen musste. Mit Frankreich, gegen das er eben Krieg führte, verband sich Schottland, das von ihm einen König erhalten hatte. Und auch in Wales drohte ein Aufstand die kaum begründete englische Herrschaft wieder umzustürzen. Eduard erkannte, dass er in dieser Lage nur dann stark auftreten könne, wenn er Unterstützung bei den breiten Massen des Volkes finde. Jetzt berief der König auf den November des Jahres 1295 nach Westminster eine Reichsversammlung, oft das „Muster-Parlament“ genannt,

in dem sich jene Gruppen bereits vollständig bei einander finden, aus welchen alle späteren Parlamente sich zusammensetzten. Prälaten und Barone wurden aufgefordert zu erscheinen. Und jedem Sheriff ging der Befehl zu, in seiner Grafschaft zwei Ritter und in jeder zur Grafschaft gehörigen Stadt und in jedem Burgflecken zwei Bürger als Abgeordnete zum Parlamente wählen zu lassen. Auf Grund dessen erschienen die Vertreter von 115 Ortschaften. Das Parlament trat zusammen, die Forderungen des Königs wurden ihm vorgelegt und bedeutende Hilfgelder bewilligt.

Überblicken wir den Gang, welchen die Entwicklung der parlamentarischen Verfassung in England durchgemacht hatte, so werden wir sogleich inne, worin die hohe Bedeutung jenes „Muster-Parlaments“ von 1295 liegt. Früher hatten die Stände den König zu jedem neuen Zugeständnisse zwingen müssen. Jede Erweiterung der volkstümlichen Rechte gleich einer Niederlage des Königtums. Wie war dadurch das Ansehen der Krone unter Johann und Heinrich III. gesunken. Eduard I. hingegen räumte freiwillig und ohne Zwang dem Volke dasjenige ein, was er für notwendig und dienlich hielt. Jetzt war es das eigene Interesse der Krone, um dessen willen die städtischen Abgeordneten in's Parlament gerufen wurden. So kam es denn, dass die Würde des Königs durch sein Zugeständnis nicht Schaden litt, sondern gehoben wurde. Gerade hier war die Quelle einer Stärkung der königlichen Macht. Und es leuchtet auch ein, dass dasjenige, was also erreicht war, indem die Wünsche beider Teile, des Volkes wie der Krone, zusammentrafen, nicht mehr verloren gehen konnte.

Man hat Eduard I. als den grössten englischen König seit Aelfred gepriesen. Was ihn solches Ruhmes würdig macht, sind nicht zuerst seine kriegerischen Thaten — wieviel Blut ist in den Kämpfen in Schottland unnütz vergossen worden! — sondern die freiwillige Beförderung der parlamentarischen Einrichtungen. Dabei darf man freilich nicht vergessen, dass auch Eduard oft gegen die Gesetze versties. Er hat, wo die Lage es ihm zu gebieten schien, auch eigenmächtig Steuern ausgeschrieben und alle Stände bekamen den Druck derselben zu empfinden. Auch gegen ihn hat sich, mitten in seinen grossen Kriegszügen, im Jahre 1297 ein allgemeiner Widerstand erhoben. Er ward gezwungen, in feierlicher Urkunde, genannt die Bestätigung der Charten, nicht nur die Magna Charta und die fast gleich ehrwürdige Charte der Waldfreiheiten zu bestätigen, sondern auch zu erklären, dass die einmal erfolgten Bewilligungen nicht noch in Zukunft den Grund abgeben sollten,

Zahlungen vom Volke zu fordern. Nur solche Abgaben sollen erhoben werden, welche unter gemeinsamer Zustimmung des Königreiches, d. h. des Parlaments, bewilligt sind. Lediglich die von Alters her üblichen Steuern darf der König auch ferner frei, d. h. ohne parlamentarische Bewilligung erheben.

So bildet in der Geschichte des englischen Parlaments die Regierung Eduards I. einen der wichtigsten Abschnitte. Durch ihn ist das Unterhaus begründet worden. Man hat gewöhnlich angenommen, dass die Geldbewilligung der nächste Zweck, das entscheidende Moment bei der Berufung der Kommunen gewesen sei. Neuerdings sind Gründe, anscheinend von vielem Gewicht, dagegen geltend gemacht worden; im besonderen ist die Bestätigungsurkunde Eduards I. dahin ausgelegt worden, dass nur den Prälaten und Baronen, nicht aber Rittern und Bürgern, das Recht der Steuerbewilligung zugeschrieben worden sei. Wir aber möchten trotzdem daran festhalten, dass wesentlich das Geldbedürfnis der Krone unter Eduard I. zur allgemeinen Berufung der Gemeinen geführt habe. Der König berief sie, um für seine grossartigen Kriegszüge die Mittel zu gewinnen. Erst als weitere Aufgabe trat für das Unterhaus die Teilnahme an der Verwaltung und Gesetzgebung hinzu. Der natürliche Zusammenhang der Dinge, wie er sich gerade im Jahre 1295 offenbart, ist zu stark, als dass man sich ihm verschliessen könnte.

Unter Eduard II. wuchs abermals die Bedeutung des Parlaments. Aber auch die Barone allein vermochten noch einmal wie in den Zeiten Johans und Heinrichs III. dem Könige ihre Macht zu zeigen. Sie erhoben sich gegen das Regiment eines verhassten Günstlings und setzten im Parlamente die Ernennung eines Ausschusses von Pairs durch, welcher die Verhältnisse des Reiches neu ordnen sollte. Die schon unter Heinrich III. zur Zeit der Oxfordprovisionen erhobene Einsprache gegen gehässige Kronbeamte ward wieder laut. Der Günstling des Königs ward getötet. Aber eben gegenüber dieser einseitigen Anmassung der Grossen kam es unter derselben Regierung, im Jahre 1322, zu einer Festsetzung der Rechte des Parlaments. In Zukunft sollte über die höchsten, den König und das Reich betreffenden, Dinge nur im Parlamente die Entscheidung getroffen werden, durch den König unter Zustimmung der Prälaten, Grafen, Barone und der Kommunen des Reiches. Damit war die Macht des Parlaments, so wie es sich jetzt herausgebildet hatte, als das Höchste im Lande hingestellt.

An sich selber hat der unglückliche Eduard II. diese Macht kennen gelernt. Mit seiner Gemahlin war er zerfallen. Nach einer

Abwesenheit in Frankreich landete sie auf englischem Boden und trat gegen den König, ihren Gemahl, auf. Die Grossen, erbost gegen Eduards Günstlinge, erhoben sich für sie. Der König ward gefangen, nachdem schon vorher sein Sohn Eduard zum Regenten erklärt worden war. Im Januar 1327 trat in Westminster ein Parlament zusammen. Hier ward die Frage aufgeworfen, ob Eduard II. oder sein Sohn König sein solle. In tumultuarischer Weise ward darauf der Sohn, Eduard III., zum Könige proklamiert. In sechs Artikeln wurden die Beschwerden gegen den Vater formuliert, die man zu beweisen nicht für nötig hielt, weil sie jedermann bekannt seien. Eduard II. ward gezwungen, zu Gunsten seines Sohnes dem Throne zu entsagen. Nach acht Monaten ward er ermordet.

So begann die Regierung Eduards III. Ihre Bedeutung liegt in einem andern Felde als dem der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung. Denn jetzt war die Zeit gekommen, wo die inneren Kämpfe, welche mehr als ein Jahrhundert erfüllt hatten, ihr Ziel und ihren Abschluss fanden. Wenn wir in der nächsten Periode den englischen Staat Kräfte entfalten sehen, welche die Welt in Erstaunen setzten, so wurden dieselben der parlamentarischen Verfassung verdankt. Ein gemeinsames Wirken der Regierung und des Volkes, ein Zusammenfassen der nationalen Kräfte war erreicht worden, wie kein anderes Volk sie kannte.

Die staatlichen Einrichtungen beruhten auf dem Grundsätze der Selbstverwaltung, der in den Grafschaften wie in den Städten jetzt völlig durchgedrungen war. Heer- und Gerichtswesen, Polizei- und Finanzverwaltung knüpften an die kommunalen Verbände an. Durch die Beschäftigung mit den örtlichen Angelegenheiten wurde allgemein das Interesse und Verständnis für die grösseren Aufgaben des Staates geweckt. Eine Teilnahme des Volkes an der Politik war vorhanden wie damals wohl in keinem andern Lande. Und dem that nun die parlamentarische Verfassung völlig Genüge. Da stehen auf der einen Seite die Vertreter der eigenen Interessen, Geistliche und Barone, die persönlich zum Parlamente geladen werden, auf der anderen die gewählten Abgeordneten der Grafschaften und Städte. Anfangs ist die Scheidung in verschiedene Häuser noch nicht grundsätzlich erfolgt. Es kommen Beratungen des Parlaments in zwei, drei selbst vier verschiedenen Körperschaften vor. Unter Eduard III. wird allmählich die Trennung in ein oberes und ein unteres Haus zur festen Form bei allen Verhandlungen.

Durch diese Zweiteilung litt gleichwohl die Reichseinheit nicht Schaden. Denn da nur durch die Übereinstimmung der beiden

Häuser ein rechtskräftiger Beschluss zustande kommen konnte, so mussten sich Lords wie Gemeine von allem Anfang an gewöhnen, nicht einseitig auf ihrem besonderen Standpunkt zu beharren und das Wohl des Ganzen höher zu stellen als die Interessen ihres Standes. So hat sich ohne einen Gesetzesbeschluss und auch ohne dass man der grossen Bedeutung für das Verfassungsleben sich schon recht bewusst war, jenes System zweier Kammern in England eingebürgert, in dem eine spätere Zeit die glücklichste Form der Anteilnahme des Volkes an den höchsten Aufgaben des Staates erblickt hat.

Sechstes Kapitel.

Auswärtige und dynastische Kämpfe.

Die vorwaltenden politischen Interessen wechseln mit den Epochen. Die Ziele, welche dem einen Jahrhundert so erhaben und erstrebenswert erscheinen, dass die Menschen Gut und Blut an ihre Erreichung setzen, vermögen zu einer andern Zeit vielleicht nicht mehr die Seelen zu erwärmen und kaum noch eine schwache Teilnahme zu erregen. Es ist, als ob der Geist der Menschen oder doch die Fassungskraft eines Volkes zu eng sei, um an mehr als einen grossen Endzweck die ganze Thatkraft zu setzen. Das früher Erstrebte, mag es erreicht sein oder nicht, verschwindet zwar nicht aus dem politischen Leben, doch es tritt zurück, und neue Fragen beschäftigen die Gemüter. Den Zeitgenossen kommt dies wohl weniger zum Bewusstsein als den Nachlebenden. Als die Religionskriege der neueren Geschichte ihr Ende erreicht hatten, war der konfessionelle Streit zwar nicht verstummt, aber die Welt begann doch andere Fragen in den Vordergrund zu stellen. Die Römer waren vom sechsten bis zur Mitte des vierten Jahrhunderts v. Chr. durch den Kampf um die Verfassung vorwiegend in Anspruch genommen. Dann aber verschwand der harte Gegensatz zwischen Patriziern und Plebejern, und die Ausbreitung Roms über Italien und weiter hinaus bildet den wesentlichen Inhalt der römischen Geschichte.

Ich weiss nicht, ob der Vergleich schon einmal herangezogen ist: Auch in England folgt auf die Epoche der Verfassungskonflikte, wie man die Zeit von Johann ohne Land bis auf Eduard III. wohl bezeichnen kann, ein langer Eroberungskampf. Unter Eduard III. begann der hundertjährige Krieg gegen Frankreich.

Durch die Art, wie England diesen Kampf auffasste, und den Anspruch, mit dem er unternommen wurde, unterscheidet er sich völlig von den früheren Kriegen zwischen den beiden Kronen. Keine Regierungsgeschichte in England seit der normännischen Eroberung, während welcher nicht einmal die Waffen von England

und Frankreich sich gekreuzt hätten. In jedem der grossen Konflikte in England hatte die französische Einmischung eine Rolle gespielt. Aber das englische Volk hasste diese Kämpfe. Mit Unwillen sahen die Engländer, wie ihre Könige die Gelder Englands zum Kampfe auf dem Festlande verwendeten. Was hatte England mit den Interessen gemein, welche die Plantagenets in Anjou und der Bretagne, in Poitou und in der Gascogne verfochten? Jetzt aber ward die Sache anders beurteilt. Als auf dem Parlamente zu Westminster im Jahre 1337 die Absicht des Königs erklärt wurde, nach Frankreich zu gehen, da offenbarte es sich, dass die Nation ihm zustimmte und ihn nach Kräften zu unterstützen willens war. Die weltlichen und geistlichen Mitglieder des Parlaments waren gleich bereit, ihm ihre Fünfzehnten und Zehnten darzubringen. Ein König, der also durch den kriegerischen Geist und die thatsächlichen Leistungen der Nation unterstützt war, musste sicherlich ein gewaltiger Gegner im Felde sein. Erst in den Erfolgen des französischen Krieges zeigte sich recht das feste Gefüge des englischen Staates mit seiner Parlamentsverfassung.

Eduard III. erhob für seine Person Anspruch auf die französische Krone. Als nach dem Tode der drei Söhne Philipps IV. der Hauptstamm der Capetinger erloschen war, bestieg im Jahre 1328 Philipp VI., der Neffe Philipps IV., der erste König aus dem Hause Valois, den Thron von Frankreich. Nun war jedoch eine Tochter Philipps IV. an Eduard II. vermählt worden; es war Isabella, die Mutter Eduards III. Von englischer Seite wurde darum behauptet, dass ihm, dem Enkel Philipps IV. ein besseres Recht zustehe als dem Neffen, der den Thron bestiegen hatte. Der Rechtsanspruch war, da man die weibliche Erbfolge in Frankreich nicht für zulässig hielt, schwach, wenn nicht gar hintällig. Und Eduards Haltung wird noch bedenklicher dadurch, dass zwar im Jahre 1328 seine Mutter das Recht ihres Sohnes hatte verkünden lassen, dann aber der König selbst zweimal nach Frankreich gegangen war und Philipp VI. als seinem Lehnsherrn für Aquitanien gehuldigt hatte. Aber nicht zuerst nach der Begründung seines Rechtsanspruches darf man die Handlungsweise des englischen Königs beurteilen, sondern vornehmlich auf Grund der allgemeinen Weltlage, die ihn zum Kriege führte. Nicht England, sondern Frankreich hat eigentlich den Bruch veranlasst. Dem sich zu starker Stellung im Staate emporringenden französischen Königshause war es längst ein Dorn im Auge gewesen, dass Aquitanien, wenn auch als Lehen der Krone Frankreich, noch von alten Zeiten her dem englischen Könige

unterthan war. Es konnte Eduard III. nicht entgehen, dass Philipp nach einer Gelegenheit suche, ihm sein Lehen zu entreissen. Dazu kam die Unterstützung, welche die Schotten in ihrem Kampfe gegen England von der Seite Frankreichs fanden. Unter solchen Umständen war denn der früher behauptete, inzwischen aber längst fallen gelassene Anspruch auf die französische Krone dem englischen Könige gut genug, um einen Angriff auf Frankreich damit zu begründen, den er aus politischen Ursachen für notwendig hielt.

Aber durch diesen Anspruch erhielt nun der Krieg einen viel umfassenderen Charakter als alle früheren Kämpfe zwischen den beiden Kronen. Er ward zur Sache des ganzen englischen Volkes. Dadurch erst, dass alle Stände sich eins fühlten, wo es das Recht des Königs im Auslande zu vertreten galt, wurden die Siege auf französischem Boden möglich. Und nun ward noch dazu ein System auswärtiger Bündnisse errichtet, durch welches der Krieg zu einer europäischen Angelegenheit wurde. Eine Reihe von Subsidienvetragten wurde mit den deutschen Fürsten den Rhein hinauf geschlossen, selbst der römische Kaiser Ludwig der Bayer wurde Englands Verbündeter. Viele Gelder erhielt Eduards Kasse von den auswärtigen Kaufleuten, insbesondere von den Genossenschaften des Hansabundes. Am wertvollsten war das Bündnis der flandrischen Städte. Denn hier war am offenbarsten der Vorteil auf beiden Seiten. Die grosse Wollproduktion Englands fand ihren Absatz vorzüglich in Flandern, wo die Wolle zu Tuch verarbeitet wurde. Eine Unterbrechung dieses Verkehrs hätte den Reichtum der Flandrer vernichtet. Zugleich rangen sie um Unabhängigkeit gegenüber ihrem Grafen und dem feudalen System des Königs von Frankreich. Darin fanden sie nun Unterstützung bei Eduard III. und auch sein Anspruch auf die französische Königskrone diente ihrem besonderen Interesse. Ja sie erklärten, falls Eduard jenen Anspruch fallen lasse, nicht für ihn kämpfen zu können, denn der König von Frankreich sei doch ihr höchster Lehnsherr.

Im Jahre 1339 begann Eduard den Krieg mit einem erfolglosen Angriffe auf französisches Gebiet. Jetzt traten die Franzosen stark zur See auf; sie beherrschten den Kanal, verbrannten Southampton, beunruhigten die flandrischen Städte und planten selbst einen Einfall in England nach dem Stile Wilhelms des Eroberers. Da aber erfocht Eduard III. — im Jahre 1340 — seinen ersten glänzenden Sieg. Es war eine der grossen Seeschlachten, durch welche im Laufe der Jahrhunderte das Übergewicht der Engländer auf dem Meere allmählich emporgestiegen ist. Die natürliche

Überlegenheit der Inselbewohner im Kampfe zur See trug schon bei Sluys den Sieg davon. Die langen Linien der französischen Schlachtschiffe wurden durch den Anprall der Engländer zerrissen. Von den englischen Bogenschützen wurden die Franzosen mit Pfeilen überschüttet. Furchtbarer Schrecken ergriff sie; ganze Scharen sprangen ins Wasser. Nur eine kleine Anzahl von Schiffen vermochte aus der allgemeinen Niederlage zu entkommen, alle übrigen fielen den Engländer in die Hände. Ihre ganze Flotte und 30,000 Mann sollen die Franzosen an diesem einen Tage verloren haben.

Die Ausdehnung der Unternehmungen Englands brachte es mit sich, dass der Fortgang des Krieges ein langsamer war. Man kämpfte zugleich in verschiedenen Teilen Frankreichs und in Schottland. Das Jahr 1346 war der englischen Kriegführung in beiden Ländern günstig. Während ein englisches Heer in Aquitanien die Franzosen beschäftigte, landete König Eduard selbst an der normännischen Küste und zog verwüstend durch das Land. Aber auch Philipp VI. kam nun mit einem gewaltigen Heere heran. Bei Crecy in Ponthieu kam es zu einer grossen Entscheidungsschlacht, in der die Engländer die Herren blieben. Wieder waren es die englischen Bogenschützen, deren Eingreifen die Entscheidung brachte. Wie ein Schneesturm kamen ihre Pfeile dahergeflogen und trugen Verderben und Verwirrung in die Reihen der Feinde. Die schwerbewaffneten Ritter unter dem Prinzen von Wales, der sich in dieser Schlacht die Sporen verdiente, vollendeten in hartem Kampfe den Sieg.

Der erste grosse Erfolg auf dem Festlande war gewonnen, dem eine Reihe anderer folgten. Hier zeigte sich zuerst im Kampfe gegen eine starke Militärmacht, wie glücklich die Zusammensetzung der englischen Truppen war. Auf der einen Seite der Lehnadel, die schwerbewaffneten Ritter; auf der andern das zahlreiche den Grafschaftsmilizen entnommene Fussvolk, das mit Lanze und Axt und am wirksamsten mit dem Bogen kämpfte. Die Franzosen verkannten die Überlegenheit der englischen Bogenschützen keineswegs; Karl V., der Nachfolger Philipps VI. wollte gerade in ihrer Tüchtigkeit die Ursache der kriegerischen Erfolge der Engländer erblicken. Aber weder in Frankreich noch in Schottland vermochte man es darin trotz aller Mühe zu der gleichen Fertigkeit zu bringen. Selbst der Plattenpanzer des Ritters ward von dem Pfeile des englischen Bogners durchschossen. Auch hatten die Engländer die gefährlichste Schwäche dieser Waffe selbst schon erkannt, welche darin bestand, dass sie wirkungslos wurde, wenn durch Reiterei ein Angriff auf ihre

Flanke ausgeführt wurde. Seit der Schlacht von Bannockburn, wo ihnen ein solcher Angriff verhängnisvoll geworden war, wussten sie diese Gefahr zu vermeiden.

Auf die Schlacht bei Crecy folgte die Belagerung von Calais, das sich im nächsten Jahre, durch Hunger bezwungen, dem englischen Könige ergeben musste. Eduard hatte beschlossen, die Stadt nie wieder herauszugeben und sie zu einem festen Stützpunkte der Engländer für alle festländischen Unternehmungen zu machen. Die französische Bevölkerung musste auswandern und Calais erhielt den Charakter einer englischen Stadt, den es bis auf den heutigen Tag bewahrt hat. 300 Jahre blieb es im Besitze der Engländer, diente als Ausfallsthor in ihren Kriegen gegen Frankreich und ermöglichte ihnen eine leichte Verbindung mit den Niederlanden.

Der Krieg Eduards III. auf dem Festlande ist von den gleichzeitigen Kämpfen gegen Schottland nicht zu trennen. Franzosen und Schotten unterstützten einander. Wenige Monate nach der Schlacht bei Crecy gewannen die Engländer auch über die Schotten einen grossen Sieg bei Nevill's Cross unweit Durham. Der Schottenkönig David Bruce geriet selbst in Gefangenschaft. Elf Jahre lang wurde er in englischem Gewahrsam gehalten. Erst als die Franzosen nach einer neuen schweren Niederlage nicht mehr imstande waren, den Schotten wirksame Hilfe zu leisten, unterwarf sich das schottische Parlament den von englischer Seite geforderten Bedingungen und König David erlangte die Freiheit zurück. Zwischen ihm und Eduard III. sind mancherlei Pläne erörtert worden, um die Krone von Schottland an das englische Königshaus zu bringen. Am Ende sind sie aber alle an dem trotzigem Nationalgefühl der schottischen Barone gescheitert.

Unterdessen hatte der englisch-französische Krieg nach der Einnahme von Calais mehrere Jahre geruht. Ein Waffenstillstand war geschlossen und mehrfach erneuert worden; die Herstellung des definitiven Friedens gelang jedoch nicht. Als die Franzosen auch wieder die Schotten unterstützten, entschloss sich Eduard von neuem zum Kriege. An der Unterstützung des Volkes fehlte es nicht; in dem Parlamente vom Frühjahr 1355 ward der Krieg beschlossen. Den Kampf, der jetzt begann, führte in Aquitanien der Thronfolger Prinz Eduard, im Norden der König selbst. Im Jahre 1356 verwüstete der Prinz das französische Gebiet an der Loire, als ihm ein grosses französisches Heer, an dessen Spitze sich König Johann selbst befand, entgegentrat. Die Franzosen hatten die Loire überschritten, um dem Prinzen den Rückweg nach der Garonne, von wo

er aufgebrochen war, abzuschneiden. Ihrer waren 50,000, der Prinz hatte 10,000. Seine Lage war verzweifelt. Er bot die Herausgabe seiner Beute und Gefangenen an, wollte sieben Jahre lang nicht gegen Frankreich Krieg führen, wenn er jetzt freien Abzug erhalte; aber König Johann antwortete mit der Forderung, dass der Prinz sich selbst und 100 seiner Ritter gefangen gebe. Da blieb nur die Möglichkeit des Kampfes. Bei Maupertuis, in der blutgetränkten Ebene um Poitiers, wo einst die Hunderttausende der Mauren den Streichen der Franken unter Karl Martell erlegen waren, nahm Prinz Eduard seine Aufstellung. Oberhalb eines engen Weges, durch den man allein sich ihm nähern konnte, erwartete der Prinz mit seinen Schwerebewaffneten den Angriff der Feinde. Die Hügel auf beiden Seiten waren von den englischen Bogenschützen besetzt. Die Franzosen waren in drei Treffen formiert. Als das erste die enge Strasse heraufgezogen kam, ward es von einem Pfeilregen von allen Seiten her überschüttet. Eine furchtbare Verwirrung entstand, unter schwerem Verluste zogen sich die Angreifer zurück. Nun unternahmen die Engländer einen wuchtigen Flankenangriff auf das zweite Treffen der Franzosen, der Prinz selbst stürzte sich in den heissesten Kampf, und auch das zweite Treffen ward gesprengt. Im dritten befand sich König Johann selbst. Auch hier gewann der Ungestüm der englischen Streiter den Sieg. Der französische König geriet in eigener Person in Gefangenschaft. Noch nie hatte sich die Überlegenheit der Engländer im Felde in so glänzendem Lichte gezeigt wie hier, wo sie gegen eine fünffache Übermacht den Sieg davontrugen.

Ein dauernder Friede wurde auch jetzt noch nicht gewonnen. Der Prinz behandelte seinen Gefangenen mit jener überschwenglichen Ritterlichkeit, wie das Zeitalter sie verlangte. Doch nahm er ihn im nächsten Jahre mit sich nach London. Ein zweijähriger Waffenstillstand war mit der französischen Regentschaft geschlossen. Aber noch einmal ward 1359 der Krieg erneuert. Durch äussere und innere Gefahren hart bedrängt — der gräuervolle Bauernkrieg der Jacquerie hatte das französische Land verwüstet — entschloss sich Frankreich endlich zum Frieden. Im Vertrage von Bretigny (1360) verzichtete Eduard III. freilich auf die französische Krone, König Johann sollte gegen ein ungeheures Lösegeld in Freiheit gesetzt werden. Doch erhielt Eduard zu freiem Eigentum und gänzlich losgelöst aus dem Lehnverbande der Krone Frankreich das ganze Herzogtum Aquitanien, d. h. ausser Guienne und Gascogne noch ganz Poitou, ferner Ponthieu, die Stadt Calais und einiges

andere. Es war nicht mehr und nicht weniger als eine Teilung Frankreichs zwischen den Häusern Valois und Plantagenet.

Aber bei dieser Abkunft konnte es doch nicht sein Bewenden haben. Die Loslösung Aquitaniens von Frankreich, zu dem es nach seiner geographischen Lage und durch das schon erwachte nationale Empfinden seiner Bewohner gehörte, war nicht auf die Dauer zu behaupten. Auch die Aufbringung des Lösegeldes war für das zerrüttete Frankreich keine leichte Sache. Ehe dasselbe erlegt war, entzog sich der Sohn des französischen Königs, der statt seiner in England zurückgeblieben war, durch die Flucht seiner Gefangenschaft. König Johann, nicht weniger ritterlich als sein Besieger, kehrte freiwillig nach England zurück und ist dort gestorben. Sein Sohn Karl V. war keinen Augenblick gesonnen, sich an den Frieden von Bretigny zu halten. Er erregte dem schwarzen Prinzen, der für seinen Vater die Herrschaft in Aquitanien führte, einen Krieg in Spanien. Bis über den Ebro wurden die englischen Waffen getragen; bei Navarrete errang der Prinz einen grossen Sieg. Es war ein zweifelhaftes Recht, für das er focht, und der Erfolg ging auch wieder verloren; aber selbst wenn der Zweck erreicht worden wäre, so war bei Navarrete nutzlos englisches Blut vergossen worden. Und nun erhoben sich in Aquitanien Schwierigkeiten für die englische Regierung. Gegen eine Abgabe, mit welcher der Prinz seine kostspielige Hofhaltung bezahlen wollte, regte sich heftiger Unwille. Klagend wandten sich einige Grafen der südlichen Landschaften nach Paris. Denn noch erblickten sie in dem französischen Könige ihr wahres und natürliches Oberhaupt, und auch König Karl V. fand leicht einen Vorwand, um trotz des Friedens von Bretigny noch als Lehnherr von Aquitanien aufzutreten. Er wusste wohl, was er that, als er den Prinzen Eduard aufforderte, vor dem Pairshof in Paris Rede zu stehen. Ich werde kommen, so war die grimmige Antwort des schwarzen Prinzen, aber mit dem Helm auf dem Haupte und sechzigtausend Krieger in meiner Begleitung.

Von neuem begann der Kampf, aber das Glück war nicht mehr auf der Seite Englands. Seine französischen Provinzen waren im Aufstande, Prinz Eduard krank, die Franzosen vermieden unter ihrem besonnenen Feldherrn du Guesclin die offene Feldschlacht, in der sie sich der englischen Kriegführung nicht gewachsen fühlten; aber um so grösser war der Schaden, den sie ihren Feinden im kleinen Kriege zufügten. Umsonst war die blutige Strenge, mit welcher der schwarze Prinz die Tausende unschuldiger Einwohner

in dem eroberten Limoges hinschlachten liess. Im nächsten Jahre kehrte er krank nach England zurück. Sein Bruder Johann von Gaunt führte eine Zeitlang den Krieg in Frankreich fort, doch mit wenig Glück. Der französische König Karl V. hiess seine Truppen die Feldschlacht vermeiden, und der langdauernde Krieg, der zähe Widerstand des französischen Volkes erschöpfte die Mittel Englands. Nur ein Waffenstillstand, dem aber ein Friedensschluss nicht folgte, beendete den für die englischen Waffen so ruhmlosen Kampf. Fast alle französischen Besitzungen waren verloren, nur wenige feste Plätze, darunter Calais und Bordeaux, blieben als Stützpunkte für eine künftige Erneuerung des Krieges noch in englischem Besitz.

Eduard III. hat ein trauriges Alter gehabt. Der Kriege ruhm war dahin; die trotzigten Gemeinen schritten zur Ministeranklage; im Lande herrschte Unzufriedenheit; innerhalb der königlichen Familie Zwietracht. Dem schwarzen Prinzen, der, selbst dem Tode nahe, seinem jugendlichen Sohne die Thronfolge sichern wollte, stand sein Bruder, Johann von Gaunt, gegenüber, der, ehrgeizig und hochfahrend, an der Stelle des schwachen Vaters die höchste Gewalt an sich zu reissen suchte. Der schwarze Prinz verschied vor dem Vater. Eduard III., in seinem Alter ohne Würde, ist im Jahre 1377 gestorben.

Sein Nachfolger wurde sein Enkel Richard II., der Sohn des schwarzen Prinzen. Richard war elf Jahre alt, als er die Krone erlangte. Nach den heute überall anerkannten Grundsätzen wäre sein Recht auf das Königtum unzweifelhaft gewesen. Aber wir erinnern uns früherer Fälle, wo das natürliche Erbrecht des Sohnes verlassen worden war, wenn dieser noch in kindlichem Alter stand. So war einst Aelfred statt seiner beiden jungen Neffen von den Witan von Wessex zum Könige erhoben worden. Auch im 14. Jahrhundert war die altgermanische Anschauung, nach der es gestattet war, wenn der Sohn zum Tragen der Krone ungeeignet erschien, dieselbe einem andern Mitgliede des königlichen Stammes auf das Haupt zu setzen, offenbar noch nicht ganz vergessen. Johann von Gaunt, der Herzog von Lancaster, hat noch zu Lebzeiten des schwarzen Prinzen getrachtet, sich und seinem Hause die Nachfolge zu sichern. Es wurde wesentlich durch den Eifer der Gemeinen verhindert. Richard ward nach seines Vaters Tode dem Parlamente als Thronerbe vorgestellt und zum Prinzen von Wales erhoben. Aber auch im Hause Lancaster blieben die Aspirationen Johanns von Gaunt lebendig. Wie ein Verhängnis schweben sie über der Regierung Richards II. Obwohl die Lancasters der Verwandtschaft

nach nicht einmal die nächsten zum Throne sind, wissen sie doch einen Teil des Volkes für ihre Absichten zu gewinnen. Und als der schwache und missleitete König sich den mannigfaltigen Schwierigkeiten seiner Aufgabe nicht gewachsen zeigt, als er zuletzt durch seine Fehler die Gunst des Volkes verscherzt hat, da tritt das Haus Lancaster auf den Plan, und mit dem Ehrgeiz Johanns von Gaunt bemächtigt sich sein Sohn der Krone, die seinem Vetter zugehört.

Unter Richard II. traten die furchtbaren Missstände grell hervor, welche während des Krieges unbeachtet geblieben waren. Dreissig Jahre lang hatte sich die volle Aufmerksamkeit des englischen Volkes den auswärtigen Angelegenheiten zugewendet. Nun, da der Krieg ein ruhmloses Ende gefunden hatte, wandte sich die öffentliche Erörterung den inneren Fragen zu und übte an ihnen eine Kritik, vor deren Schärfe nichts bestehen konnte, weder die Lage der englischen Gesellschaft, noch die Zustände in Staat und Kirche.

Das Volk war im Laufe der letzten Jahrzehnte von furchtbaren Schicksalsschlägen heimgesucht worden. Nicht allein der Krieg hatte schwere Wunden geschlagen. Als um die Mitte des Jahrhunderts jene furchtbare Seuche, der schwarze Tod genannt, ihren Umzug durch das Abendland hielt, ward auch in England die halbe Bevölkerung von ihr hingerafft. Und noch mehrmals kehrte sie zurück. In den Massen bildete sich die Vorstellung, dass die Welt aus den Fugen sei, dass durch diese schrecklichen Heimsuchungen die Verderbtheit der Menschen gestraft werde. Ein Jahr nach der Wiederkehr der Pest, 1362, erschien das ernste Gedicht Wilhelm Langlands, die Gesichte von Peter dem Pflüger, und übte einen mächtigen Eindruck. Der Verfasser hatte das Land viel bereist, er kannte das Volk und seine Leiden. In allegorischer Erzählung, wie die Engländer sie lieben, schildert er die Laster und Mängel der verschiedenen Stände. Den Weg zur Wahrheit, d. h. zu Gott, vermag niemand zu weisen ausser Peter dem Pflüger, dem armen Landmanne. Er allein unter allen hat sich den reinen Sinn bewahrt, ja indem die Gestalt über das Menschliche weit hinausgehoben wird, erscheint sie überhaupt als der Erretter vor Sünde und ewigem Tode.

Es ist nicht leicht zu sagen, was man sich unter Peter dem Pflüger eigentlich zu denken hat. Gewiss allgemein die guten Seiten der menschlichen Natur, aber auch noch weit mehr: fast nicht weniger als Christus selbst, wenn das um Gnade weinende Gewissen seiner, des Pflügers, theilhaftig zu werden sucht. Das Volk fasste

den Inhalt drastischer auf. Es liess nicht mehr von dem Gedanken ab, dass der unterste, gedrückte, rechtlose Stand des armen Landmannes der edelste Teil der Nation sei, und es entstand eine Verbitterung gegen die übrigen Stände, die leicht einmal zu einem gewaltsamen Ausbruche führen konnte.

Überhaupt war es eine Zeit, in der die litterarischen Erzeugnisse mit den allgemeinen Bestrebungen der Nation in lebendiger Wechselwirkung standen. Unter dem Einflusse festländischer Vorbilder, vor allem der grossen Dichter der italienischen Renaissance, entstand eine neue Litteratur in England. Die Vision Peters des Pflügers ist die erste Dichtung in mittelenglischer Sprache, welche eine tiefere und nachhaltige Wirkung geübt hat. Wie sie voll von tiefem Ernst den Menschen ihr eigenes Bild zeigen will, so hat auch Chaucer, den man von jeher den Vater der englischen Poesie genannt hat, ein ähnliches Ziel in seiner bedeutendsten Dichtung verfolgt. Aber seine Welt ist doch eine andere. Chaucer war ein bei Hofe wohl angesehener Mann, Johann von Gaunt war sein mächtiger Gönner, er war zu Hause in der guten englischen Gesellschaft. Und vornehmlich diese hat er in seinen Canterbury-Geschichten mit wunderbarer Feinheit und Kleinmalerei zu schildern verstanden. Doch er hat sich darauf nicht beschränkt, sondern allen Schichten der Gesellschaft — nur gerade nicht den allertiefsten — mit ihrem besonderen Leben und Fühlen einen Platz in seinem Bilde angewiesen.

Bei Chaucer wie bei Langland wurden die Fehler und Schwächen des geistlichen Standes, wie man sie im damaligen England täglich vor sich sah, der weltliche Sinn der Mönche, die Dreistigkeit der Ablasskrämer, nicht ohne Schärfe gegeisselt; von dem Boden der katholischen Kirche haben sie sich beide gleichwohl niemals entfernt. Und doch war gerade eine Strömung in England vorhanden, welche sich nicht allein gegen die unberechtigten Anmassungen des römischen Stuhles wandte, sondern, indem sie nur die Grundlage des Evangeliums gelten lassen wollte, die geistliche Autorität des Papstes überhaupt verwarf.

Der neue Aufschwung des nationalen Empfindens in England traf zusammen mit dem Sinken des päpstlichen Ansehens im Abendlande, seitdem die Kurie ihren Sitz von Rom nach Avignon verlegt hatte, und vollends, als nach der Rückkehr aus dem „babylonischen Exil“ das Schisma sich erhob. Wie hätte in solcher Zeit die Forderung des Papstes, England solle sich wieder zu der ehemals bestandenen Lehnsabhängigkeit bekennen, nicht heftigen Unwillen im ganzen Lande hervorrufen sollen? Die schmachvolle Fessel, welche

einst König Johann geknüpft hatte, war durch Eduard III. abgeschüttelt, der Lehnzins an die Kurie, seitdem Eduard selbständig war, nicht mehr entrichtet worden. Im Jahre 1365 ward er durch Urban V. von neuem gefordert. Der König legte die Entscheidung dem Parlamente vor, und voller Entrüstung ward von beiden Häusern der Anspruch zurückgewiesen.

In dem nun beginnenden Konflikte zwischen geistlicher und weltlicher Macht, der auch beim Tode Eduards III. noch nicht sein Ende erreicht hatte, trat Johann Wiclif als der streitbare Vertreter der nationalen Sache auf. Es handelte sich schon bald nicht mehr allein um den Lehnzins, sondern auch um die Besetzung geistlicher Pfründen durch den Papst, um die Abführung englischer Gelder an die Kurie, um geistliche Gerichtsbarkeit, überhaupt um die Stellung und die Rechte der geistlichen Macht im Königreiche. Mit Schrift und Wort kämpfte Wiclif gegen die Ansprüche der Kurie, ebenso feurig wie beredt, scharfsinnig wie bibelfest. Anfangs tastete er die geistliche Hoheit des Papstes nicht an, sein Eifer galt nur der Abstellung der Missbräuche. Hof und Parlament standen hinter ihm; Johann von Gaunt, später die Witwe des schwarzen Prinzen, Richards II. Mutter, waren seine mächtigen Beschützer. Sein Einfluss war ebenso deutlich erkennbar in den Beschlüssen des Parlaments wie in den zwischen König und Papst geführten Verhandlungen.

Wiclifs feuriger Sinn drängte ihn zu einer noch weitergehenden Wirksamkeit, wie ihn sein strenges Festhalten an der Bibel endlich zu einem Gegensatze mit der katholischen Kirche führen musste. Er schritt, durch einen treuen Genossen unterstützt, zur Übersetzung der ganzen heiligen Schrift in die englische Sprache. Ein Ereignis von tiefster Bedeutung für die Geschichte des geistigen Lebens in England. „Gottes Wort muss wieder lebendig werden“, rief Wiclif aus. Wie Luther erkannte er in der Verbreitung der Bibel unter dem Volke die notwendigste Vorbereitung für sein reformatorisches Werk. Wir haben hier nicht von der Stellung zu sprechen, welche der Wiclifischen Bibelübersetzung vollends in der englischen Litteraturgeschichte gebührt. Mit derjenigen Luthers kann sie sich freilich weder an Vortrefflichkeit noch in ihrem Einflusse auf die Entwicklung der Sprache messen. Gleichwohl ist neben Langland und Chaucer auch Wiclif in erster Linie als einer der Begründer des Schriftenglischen zu nennen.

Die Wirkung seiner Bibelübersetzung auf das Volk unterstützte er durch die Aussendung von Reisepredigern, die, von dem Meister

oft selbst dazu vorbereitet, überall im Lande, wo man sie nur hören wollte, das Evangelium verkündigten. Die Engländer haben immer eine natürliche Vorliebe für volkstümliche Predigten besessen. Auch Wiclifs ‚arme Priester‘, würdig und ernst in ihrem Auftreten, schmucklos in der Rede, aber voll von frommer Begeisterung, dabei kühn und rücksichtslos, verfehlten ihren Eindruck beim Volke nicht. Es wird sich schwer feststellen lassen, einen wie grossen Anteil Wiclifs Auftreten an der Erregung des Bauernaufstandes von 1381 gehabt hat. Er hat mit dem Treiben der Aufrührer ebensowenig gemein gehabt wie Luther mit den Ausschreitungen des deutschen Bauernkrieges. Dass aber in England die reformatorischen Ideen bei der Erhebung der niederen Volksklassen mitgewirkt haben, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Ja die Annahme ist wohl glaubhaft, dass niemand anders als die armen Priester die für einen allgemeinen Losbruch notwendige Verständigung unter den bäuerlichen Bevölkerungen der verschiedenen Landesteile hergestellt habe.

Viele allgemeine und besondere Ursachen mögen zusammengewirkt haben, um den furchtbaren Ausbruch des Jahres 1381 herbeizuführen. Man hatte in anderen Ländern, in Frankreich, in Flandern, im Laufe der letzten Jahrzehnte stürmische Bewegungen der unteren Volksschichten erlebt, die, soweit die ihnen zu Grunde liegenden Verhältnisse ähnliche waren, leicht zur Nachahmung in England reizen mochten. Auch stach den Bauern aller Lande die Bürgerfreiheit der Städte in die Augen und erweckte den Wunsch, sich die gleiche Stellung zu erringen.

In England war neben dem kleineren freien Grundbesitz ein ansehnlicher Teil des Bodens in den Händen grosser Eigentümer: der Krone, des Adels, der geistlichen Körperschaften. Das Verhältnis der Grossgrundbesitzer zu den auf ihrem Grunde Eingesessenen war um so wichtiger, als diese zum grössten Teile Leibeigene waren, sich von der Scholle, auf der sie wohnten nicht entfernen durften. Ihre Lage war sonst zu Zeiten nicht ungünstig gewesen, wenn auch die meisten Lasten, die auf dem Grundbesitze ruhten, in letzter Linie von ihnen getragen werden mussten. Im Laufe des 14. Jahrhunderts hatte die englische Landwirtschaft schwere Krisen durchzumachen gehabt, bei denen, wie man heute weiss, die abhängigen Leute zum Schaden der grossen Eigentümer ihren Vorteil nicht übel wahrzunehmen verstanden. In einer Zeit, als Arbeitskräfte reichlich und billig zu haben waren, namentlich unter Eduard II., hatten die grossen Herren in eine Ablösung der pflichtigen Arbeitsleistungen durch regelmässige Zahlungen von Geld gewilligt.

Diese Ablösung hing unzweifelhaft zusammen mit der allgemeinen sich vollziehenden Umwandlung der im früheren Mittelalter üblichen Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft. Nun trat im Jahre 1348 der schwarze Tod auf und raffte die Hälfte der Bevölkerung dahin. Die Folge war, dass auf dem Lande das Angebot der Arbeit gewaltig herabsank und die Löhne in gleichem Masse stiegen. Die Herren meinten einen so hohen Preis für die Arbeit nicht zahlen zu können. Im Jahre 1349 wurde das ‚Arbeiterstatut‘ erlassen, in welchem das Parlament die Höhe der Löhne festsetzte und zwar nach dem Massstabe, der vor dem Auftreten des schwarzen Todes gegolten hatte. Wer einen höheren Lohn forderte, wurde mit Strafe bedroht. Doch liess sich dieses Gesetz nicht durchführen. Die hörigen Leute schlossen Verbindungen unter einander und zwangen die Herren, ihnen die erhöhten Sätze zuzugestehen.

Man kann demnach nicht behaupten, dass um die Zeit, als Eduard III. starb, und in den ersten Jahren Richards II. die Lage der niederen Landbevölkerung eine so ungünstige gewesen sei. Und auch andere Umstände lehren uns, dass sie keineswegs Entbehrungen zu leiden hatte. Die Getreidepreise, welche nach dem Wüten der Pest einige Zeit ziemlich hoch gestanden hatten, waren jetzt niedrig. Und aus dem Umstande, dass gleichzeitig das Fleisch hoch im Preise stand, soll man schliessen, dass auch die Massen des Volkes in der Lage waren, neben dem billigen Brote noch den Genuss des Fleisches sich zu gönnen. In den allgemeinen Lebensbedingungen der Bauern ist also ein Grund für ihren Aufstand nicht zu erblicken. Auch die vielen und drückenden Auflagen, die erhoben wurden, zuletzt eine im Jahre 1379 vom Parlamente bewilligte Kopfsteuer, die mit Härte eingetrieben wurde — selbst der ärmste Ackersmann hatte seine 4 Pence zu zahlen — können doch nicht als die eigentliche Veranlassung gelten. Gewiss ward auch dadurch die Unzufriedenheit geschürt, aber solcher fortdauernd wirkenden Verhältnisse gab es noch mehr. Die Bauern hatten sich, nicht zum wenigstens durch den Einfluss von Langlands Gedicht, mit der Überzeugung erfüllt, dass die oberen Klassen der Gesellschaft verworfen seien und nur der arme Landmann noch sittlichen Wert in sich trage. Wie mussten jedem die Schäden der Kirche und des geistlichen Standes in die Augen fallen, der das dem Geiste ihrer Gründer widersprechende Treiben der Bettelorden, das Ärgernis erregende Unwesen des Ablasshandels erblickte. Und wenn so viele der Bauern hörige Leute von Klöstern oder anderer geistlicher Eigentümer waren: welchen Eindruck musste auf sie der

Eifer machen, mit welchem Wiclif und seine Sendboten gegen den weltlichen Besitz der Geistlichkeit auftraten.

Immerhin ist es einleuchtend, dass bei der im allgemeinen durchaus erträglichen Lage des Bauernstandes noch ein besonderer Anlass vorhanden gewesen sein muss, um die Bauern zur Ergreifung der Waffen gegen ihre Herren zu verführen. Man ist nun der Meinung, dass damals die Grundherren, da sie einmal die hohen Löhne nicht mehr herabzudrücken vermochten, den Versuch machten, die frühere Umwandlung von Arbeitsleistung in Geldzahlung wieder rückgängig zu machen, weil ihnen bei den hohen Löhnen die Arbeit zuletzt dreimal so hoch wie ehemals zu stehen kam. So sollten die leibeigenen Bauern ihre dem Herrn schuldige Pflicht wieder durch die Arbeit erfüllen, die sie auf seinem Gute vollbrachten. Kein Wunder, dass dagegen sich unter der Bauernschaft ein heftiger Widerstand erhob. Die Massen gerieten in eine so furchtbare Bewegung, dass der gesamten Staats- und Gesellschaftsordnung in England der Umsturz zu drohen schien.

Die Chronisten bringen den Ausbruch in Verbindung mit der Rachethat eines Ziegelbrenners in Kent, der einen königlichen Steuereinnahmer niederstiess, weil derselbe die Ehre seiner Tochter angefasst hatte. In Wahrheit herrschte schon vorher unter den Bauern ein genaues Einverständnis; überall erhoben sie sich zu gleicher Zeit. Aus Kent und anderen Grafschaften des Südens wälzten sich wilde Haufen gegen die Hauptstadt. Jener Wat Tyler (der Ziegelbrenner) war der verwegenste unter ihren Anführern. Unterwegs befreiten sie Johann Ball, einen wegen seiner aufreizenden Predigten gefangen gesetzten Priester. Der schürte nun durch seine wilden Worte die Bewegung. Vor London entzündete er die Massen durch seine kommunistische Rede, deren Gedanke, dass alle Menschen von Gott gleich geschaffen seien, gewiss auch oft genug durch Wiclifs arme Priester ausgesprochen war. Aber hier gewann er eine furchtbar greifbare Bedeutung. Der Text seiner Predigt „Als Adam grub und Eva spann, wer war da ein Edelmann?“ ward im ganzen Lande wiederholt als eine Aufforderung, dass die Bauern das Joch der Hörigkeit abschütteln, ja dass überhaupt die Unterschiede von Arm und Reich beseitigt werden sollten.

Überhaupt zeigte sich, indem auch die niedere städtische Bevölkerung mit den Aufständischen zusammenging, die tiefe Kluft, die zwischen den oberen Klassen — und dazu gehörte auch die wohlhabende städtische Bevölkerung — und den unteren Volksschichten vorhanden war. Die Aufrührer drangen über die Themse

nach London hinein, schalteten in den Häusern der Reichen und zerstörten den neuerbauten prächtigen Palast Johans von Gaunt. Der Londoner Pöbel liess an den flandrischen Kaufleuten seine Wut aus. Die Vermutung hat etwas für sich, dass nicht nur das niedere Volk von London, sondern auch ein Teil der Söldner aus den französischen Kriegen sich den entfesselten Rotten angeschlossen habe. Denn alle Freunde der Ordnung schienen sich in einer geradezu verzweifelten, völlig hilflosen Lage zu befinden. Der junge König mit seinen Verwandten hätte sich in dem durch wenige Truppen besetzten Tower, wo er sich aufhielt, auf die Dauer nicht behaupten können. Die Aufständischen forderten, er solle ihnen eine Zusammenkunft gewähren: sonst wollten sie den Tower stürmen und alles Leben darin vernichten. König Richard, noch nicht fünfzehn Jahre alt, erfüllte furchtlos ihr Begehren; aber kaum hatte er den Tower verlassen, als die Kenter unter dem verwegenen Wat Tyler eindrangen, mehrere hochgestellte Personen, darunter den Erzbischof von Canterbury, herausschleppten und in wildem Taumel ihr Blut vergossen. Die Prinzessin von Wales, des Königs Mutter, ward gröblich beschimpft.

Unterdessen war Richard mit den Rebellen zusammengetroffen. Ihren Forderungen durfte er sich nicht widersetzen. Sie wollten alle frei sein, sie selbst, ihre Erben, ihr Land. Es galt eine völlige Aufhebung der Leibeigenschaft: der König willigte ein und traf sofort Vorkehrungen, um alle Freilassungsurkunden wirklich ausstellen zu lassen. Am nächsten Tage traf er, wie es scheint, durch einen Zufall, mit Wat Tyler, dem gefährlichsten der Rebellenführer, zusammen, der ihm mit dem Scheine der Unterwürfigkeit, aber doch ohne Ehrerbietung nahte. Ein Wortwechsel entspann sich zwischen den Begleitern des Königs und den Rebellen. Dabei stiess der Mayor von London eigenhändig den verwegenen Tyler zu Boden. Die Menge schrie nach Rache, aber Richard beruhigte sie mit der Versicherung, dass er selbst ihre Sache führen wolle.

Die Aufrührer waren jetzt bestürzt über den Tod ihres Anführers, viele zerstreuten sich auf das Geheiss des Königs; und nun erschien auch eine bewaffnete Macht und schlug die Empörer mit der Schärfe des Schwertes. Unterdessen hatte sich der Aufstand durch das ganze Land verbreitet, anfangs überall siegreich, doch allmählich sammelten sich die Streitkräfte des Landes gegen die Friedensstörer. Zuerst brachte in Norfolk der junge kriegerische, Bischof Heinrich Spenser eine ritterliche Schar zusammen und trieb damit die Bauern zu Paaren. Sein Beispiel fand überall Nachahmung.

Die Ritterschaft des Landes nahm den Kampf mit dem empörten Landvolke auf. In kurzer Zeit war trotz der anfänglichen grossen Gefahr der Aufstand in allen Grafschaften blutig niedergeschlagen. Es zeigte sich, dass immer noch vornehmlich auf dem ritterlichen Elemente die Kraft des Landes und die Sicherheit der Staats- und Gesellschaftsordnung beruhte.

Über die unterworfenen Empörer ward ein schweres Strafgericht verhängt, fünfzehnhundert mussten ihr Verbrechen mit dem Tode büssen. Auch bei dem Versprechen der Freilassung, welches der König einem Teil der Bauern gegeben, hatte es nicht sein Bewenden. Die Entscheidung wurde durch das Parlament gegeben, welches die erzwungenen Freilassungen für ungültig erklärte und damit die Hörigkeit der Bauern in ihrem alten Umfange wiederherstellte. Aber wenn anders die von den Grundherren geforderte Umwandlung der Geldzahlungen ihrer Leibeigenen in Feldarbeit den Aufstand hervorgerufen hatte, so war das Ziel desselben doch erreicht. Die Zahlungen wurden allgemein; die Bauern wurden Zinspächter ihrer Herren, wenn auch noch mit persönlicher Unfreiheit. Allmählich verschwand in den folgenden Generationen auch die Leibeigenschaft.

Wie es zu gehen pflegt, so wollte die nach der Unterwerfung des Aufstandes herrschende Reaktion in der Unterdrückung aller gefährlichen Elemente lieber zu viel als zu wenig thun. So wenig die Person des Oxforder Reformators — der wie Luther stets die Pflicht des Gehorsams gegen die Obrigkeit betonte — mit den Ausschreitungen der Bauern in Verbindung gebracht werden konnte, so gewiss war es doch, dass seine Lehren zur Erregung der Geister mächtig beigetragen hatten. Die Geistlichkeit hatte noch besonderen Grund, die Unterdrückung seiner Bestrebungen zu wünschen, seitdem Wiclif eben um die Zeit des Bauernaufstandes sich rückhaltlos gegen die wichtigsten Lehren der katholischen Kirche ausgesprochen hatte, besonders auch gegen die Lehre von der Wandlung beim Abendmahl. Bald ging er noch weiter und wandte sich in seinen Traktaten auch offen gegen die Herrschaft des Papstes. Durch das Schisma im Abendlande schwer erschüttert; Wiclifs Lehren waren geeignet, es in England vollends zu untergraben. Doch er stiess auf den heftigsten Widerstand der Geistlichkeit, und auch der Hof hörte auf, ihn zu begünstigen. Nach akademischer Sitte stellte er im Jahre 1381 zwölf Thesen auf, zu deren Verteidigung er bereit sei. Sie wurden, oder wenigstens zwei derselben, von einer in Oxford zu diesem Zwecke berufenen Versammlung verworfen, ihnen

anzuhängen, mit schweren Strafen belegt. Im nächsten Jahre ging man noch schärfer vor. Der neue Erzbischof von Canterbury liess auf einem Konzil zu London 24 Sätze verurteilen, welche teils in Oxford teils anderwärts öffentlich vorgetragen worden waren. Viele der armen Priester wurden verhaftet, ihre Predigt, wo es irgend ging, unterdrückt. Wiclifs Anhänger in Oxford mussten sich zum Widerruf bequemen; er selbst zog sich von der Universität zurück. In der friedlichen Ruhe seiner Pfarre zu Lutterworth verbrachte der kampffreudige Mann seine letzten Jahre. Dort ist er 1384 gestorben.

Aber wenn man auch die weitere Verbreitung von Wiclifs Lehren zu hindern suchte, so waren dieselben doch schon zu tief in's Volk gedrungen, trafen auch zu sehr mit den populären Anschauungen zusammen, als dass ihre völlige Unterdrückung noch möglich gewesen wäre. In der Sekte der Lollarden lebten sie fort, und so ansehnlich war der Anhang derselben, dass sie noch unter Richard II. es wagen durften, in einer Eingabe an das Parlament die Einrichtungen der römischen Kirche, die sie als die Stiefmutter bezeichnen, heftig anzugreifen. Nicht nur gegen katholische Abendmahlslehre wenden sie sich, sondern auch gegen Cölibat, gegen die Ohrenbeichte, gegen die Verbindung geistlicher und weltlicher Ämter. So blieben die Ideen des englischen Reformators aus dem 14. Jahrhundert, obwohl nicht ohne Anfechtungen und Verfolgungen, unvergessen, bis sie im 16. Jahrhundert neues Leben gewannen. Man weiss ja auch, wie sie unterdessen den Weg auf das Festland fanden und in der hussitischen Bewegung den Anstoss zu schweren Kämpfen und Blutvergiessen abgaben.

Im Bauernaufstande und in der gegen die Hierarchie gerichteten Bewegung hatten die höchsten Autoritäten in Staat und Kirche zuletzt doch die Oberhand behalten. Aber dies waren keineswegs die einzigen Konflikte, welche sich unter der Regierung Richards II. in England erhoben. Als ein Kind hatte er die Krone erlangt. Am nächsten standen dem Throne die Oheime des Königs, die Herzöge von Gaunt und Gloucester. Der letztere hielt den heranwachsenden Fürsten von der höchsten Gewalt so lange zurück, bis dieser ihn im versammelten geheimen Rate darüber zu Rede stellte und für sich selbst die Regierung und die freie Wahl seiner Minister forderte. Richard suchte sein königliches Amt zum Wohle des Landes zu verwalten. Der Krieg mit Frankreich war mit wenig Glück fortgeführt worden. Richard schloss einen Waffenstillstand, und auch Schottland, wohin der König vor einigen Jahren selbst einen Feldzug unternommen hatte, trat

demselben bei. Auch mit dem Parlamente, das während des französischen Krieges durch die Unentbehrlichkeit seiner Bewilligungen mächtig emporgekommen war, gab es Zerwürfnisse. Aber zu Zeiten regierte der König dann wieder mit aller Rücksicht auf das Parlament.

Richard II. war nicht ohne tüchtige und ehrenwerte Eigenschaften. Die kühle Unerschrockenheit, die er einst den empörten Bauern gegenüber gezeigt hatte, bewies er auch bei anderen Gelegenheiten. Was ihm fehlte, war die gleichmässige Festigkeit des Charakters, die erst den tüchtigen Herrscher macht. Etwas Knabenhaftes erscheint in seinem Wesen auch noch zu einer Zeit, als er den Jahren nach ein Mann hätte sein sollen. Er hörte lieber auf seine jugendlichen Genossen als auf erfahrene Ratgeber, und oft folgte er den Eingebungen seiner Launen. Im Jahre 1397, als er einen Vertrag mit Frankreich und selbst eine Ehe mit der achtjährigen Tochter des französischen Königs geschlossen hatte, trat Gloucester wiederum scharf gegen die Politik des Königs auf. Aber Richard beschloss, sich seiner Widersacher zu entledigen. Gloucester wurde unerwartet in Verhaft genommen und nach Calais gebracht, wo er bald darauf im Gefängnisse starb; der Verdacht, seinen Tod verursacht zu haben, richtete sich gegen den König. Dieser aber wusste sich jetzt eine machtvolle Stellung zu sichern. Er gewann ein durchaus gefügiges Parlament. Ja, als ihm dasselbe gestattete, gewisse Steuern sein Leben lang zu erheben, war er auch in finanzieller Hinsicht völlig unabhängig geworden und an die Berufung weiterer Parlamente nicht mehr gebunden.

Aber während Richard also ein ganz despotisches Regiment aufrichtete, entstand im Lande eine heftige Unzufriedenheit. Sein üppiger Hofhalt, seine Zwangsanleihen, die Beugung des Gesetzes, alles erbitterte das Volk. Man findet die allgemeine Stimmung wieder in einem lateinischen Gedichte Johann Gowers, das noch unter Richards Regierung entstanden war. Der König, heisst es darin, möge sehen, wo er mit seinem Gefährte bleibe, dass nicht das rückwärts gedrehte Rad zu Falle komme.

Und nun trat ein beliebter Prinz aus dem Hause Lancaster gegen ihn auf, dem sich sogleich alle Kreise der Bevölkerung anschlossen. Es war Heinrich Bolingbroke, der Sohn Johanns von Gaunt, der jetzt die Ansprüche erneuerte, die einst, noch zu Lebzeiten Eduards III., sein Vater gemacht hatte. Heinrich war ein Altersgenosse des Königs. Beim Krönungsmahle Richards hatte er, selbst noch ein Knabe, mit entblösstem Schwerte zur Rechten des jungen Königs gestanden. Auf grossen Reisen im Auslande hatte Heinrich

Welt und Menschen kennen gelernt. Er war in Venedig, bis nach dem fernen Rhodus ist er gekommen, an einem Kriegszuge des deutschen Ordens nach Littauen hatte er teilgenommen. In England war er stets einer der nächsten zum Throne gewesen. Als Richard sah, wie die Liebe des Volkes sich von ihm abwandte, begann er seinen Vetter zu fürchten. Im Jahre 1398 entstand ein Zwist zwischen Heinrich und dem Herzoge von Norfolk, die einander gegenseitig des Verrates am Könige beschuldigten. Statt des angesagten Zweikampfes verbannte der König die beiden Gegner aus dem Reiche, Norfolk auf Lebenszeit, Heinrich auf zehn Jahre. 1399 starb Johann von Gaunt und Richard zog widerrechtlich die Güter seines Oheims ein. Auf einem Zuge in Irland, den er darauf unternahm, erreichte ihn die Kunde, dass sein verbannter Vetter Heinrich von Lancaster auf englischem Boden gelandet sei und Anhang gewinne. In der That lief alles Volk dem Prinzen zu, der vorgeblich nur gekommen war, um das ihm vorenthaltene Erbe seines Vaters in Besitz zu nehmen. Als Richard nach England zurückkehrte, war schon alles für ihn verloren. Zu einem Kampfe ist es gar nicht mehr gekommen, denn die wenigen Truppen, die dem Könige treu blieben, waren machtlos gegen Heinrich von Lancaster, dem die Nation sich zugewandt hatte. Halb durch Verrat fiel Richard in die Gewalt seines glücklichen Gegners. Das Weitere verstand sich fast von selbst. Im Tower zu London hat Richard II. seiner königlichen Würde, deren er unwürdig sei, entsagt und seinen Vetter als den besten Nachfolger bezeichnet. Aber nicht genug damit. Das Parlament beschloss in feierlicher Handlung die Absetzung Richards, und als dann Heinrich von Lancaster sich erhob, um den erledigten Thron für sich in Anspruch zu nehmen, da ward er unter dem lauten Jubel der Versammelten als König begrüsst.

Doch wie stand es mit dem Rechte Heinrichs IV. auf den Thron? Sein Vater Johann von Gaunt nahm unter den Söhnen Eduards III., soweit sie dem Kindesalter entwachsen sind, erst die dritte Stelle ein. Wenn demnach das Haus des schwarzen Prinzen für die Thronfolge selbst nicht mehr in Betracht kommen sollte, so waren doch zunächst die Nachkommen Lionels, des älteren Bruders Johanns von Gaunt, zur Nachfolge berufen. Heinrich nahm denn auch, um sein Recht zu begründen, nicht auf seine Abstammung von Eduard III., sondern von Heinrich III. Bezug. Dessen Sohn, Edmund, Graf von Lancaster, war der Urahn jener Blanca gewesen, welche durch ihre Vermählung mit Johann von Gaunt Titel und Besitz der Lancasters an den Vater Heinrichs IV. gebracht hatte.

Es versteht sich, dass diese Verwandtschaft nur dann für das Thronrecht entscheidend sein konnte, wenn Edmund der älteste Sohn Heinrichs III. gewesen wäre, was in der That nicht der Fall war. Heinrich IV. soll auch diesen Nachweis versucht haben. Edmund, hiess es, sei seiner Missgestalt halber gegen Eduard I., seinen jüngeren Bruder, zurückgesetzt worden. So hätten alle Könige, die seit Eduard I. den Thron inne gehabt, gegen das bessere Recht der Lancasters, verstossen, die nun in der Person Heinrichs IV. ihren Anspruch durchsetzten.

Doch es ist schwer, das also behauptete Recht ernst zu nehmen; es mögen auch unter den Zeitgenossen wohl nicht viele gewesen sein, die wirklich an dasselbe glaubten. Heinrich ist König geworden lediglich durch seinen persönlichen Erfolg. Die Grossen und das Parlament hatten ihn erhoben, weil sie Richards überdrüssig waren und weil Heinrich stark und fähig erschien, die Krone zu tragen. Gerade durch das Verlassen des nächsten Erbrechts bei der Thronbesteigung Heinrichs IV. erhielt nun die Regierung des Hauses Lancaster jenen Charakter, den sie auch unter den folgenden Königen bewahrt hat. Das Parlament, durch dessen Spruch Richard abgesetzt und Heinrich zum Könige ernannt worden war, gewann einen weitgehenden Einfluss auf die Regierung, dem sich das Königtum nicht entziehen konnte. Heinrich IV. hatte schwere Kämpfe im eigenen Lande und Kriege gegen das Ausland durchzuführen. Fortwährend bedurfte er ausserordentlicher Mittel, die ihm, wenn er gesetzlich zu Wege gehen wollte, nur das Parlament gewähren konnte. Seinerseits musste der König dafür Zugeständnisse machen, namentlich an die Gemeinen. Durch Heinrich IV. und wieder in der folgenden Regierung ist ihnen feierlich das Versprechen gemacht worden, dass ohne ihre Zustimmung kein Gesetz erlassen werden solle. Es versteht sich von selbst, dass der König keine Steuern ohne parlamentarische Bewilligung erheben durfte. Aber auch hinsichtlich der Verwendung der bewilligten Steuern musste der Monarch sich hie und da die Beaufsichtigung durch das Parlament gefallen lassen. Ebenso bedeutend war zu Zeiten desselben Einfluss bei der Besetzung der höchsten Ämter im Staate, bei der Wahl der Minister. So wurde unter dem Hause Lancaster das parlamentarische System vollkommen ausgebildet.

Der erste Lancaster ist seines Königtums nicht froh geworden. Er hat eine unruhige Regierung gehabt. Die Grossen, die ihm zur Krone verholfen hatten, wollten sich nun seinem Willen nicht beugen. Gestützt auf das Parlament musste der König den Kampf aufnehmen.

Mit einem Aufruhr zu Gunsten des entthronten Richard II. hatte seine Regierung begonnen. Bald darauf ist Richard auf dem Schlosse Pontrefract in geheimnisvoller Weise ums Leben gekommen. Alle Welt bezeichnete Heinrich als den Mörder. Dann hiess es wieder, Richard lebe noch. Man wollte ihn auf den Thron zurückführen, oder — die an seinen Tod glaubten — an seinem Mörder rächen. Wieder wie in den Zeiten Johans und Heinrichs III. stand der Adel in Waffen dem Herrscher gegenüber. Der trotzigste unter seinen Gegnern war ein Percy, der Sohn des Grafen von Northumberland, Heiss-sporn genannt. Mit mehr kühnem Mute als umsichtiger Vorbereitung leitete er den Kampf. Bei Shrewsbury ist er den Waffen Bolingbokes erlegen. Aber der Widerstand der Grossen war damit nicht gebrochen. Sie wollten Heinrich die Krone entreissen und sie dem rechten Erben, dem jungen Grafen von March, einem Urenkel Lionels auf das Haupt setzen. Der Norden Englands erhob sich, einer der vornehmsten Führer war der Graf von Northumberland, Heinrich Percys Vater. Selbst ein streitbarer Prälat, der Erzbischof von York, Richard Scrope, befand sich unter den Rebellen. Dem Volke schien durch seinen Beitritt der Aufruhr geheiligt, da selbst die Kirche gegen den ungerechten König stritt. Auch Thomas Mowbray, ein Sohn jenes Herzogs von Norfolk, der einst mit Heinrich verbannt worden war, stand jetzt gegen ihn in Waffen. Der Erzbischof und Mowbray geriethen durch Verrat in des Königs Gewalt und mussten ihre Erhebung mit dem Tode büssen. Aber die Kämpfe währten noch fort. Erst in seinen letzten Jahren blieb Heinrichs IV. Regierung von den schweren Anfechtungen im Innern befreit.

Aber auch nach aussen hatte er seine Stellung zu verteidigen. Frankreich benutzte die Bedrängnisse des englischen Königs und liess den Rebellen noch seine Unterstützung. Gegen Schottland führte Heinrich Krieg. Der Walliserfürst Owen Glendower schwang sein Schwert gegen England für die alte keltische Freiheit. Es war ein Leben reich an Kampf und Widerwärtigkeiten, das sein Ende erreichte, als Heinrich IV. im Jahre 1413 in der Westminster-Abtei starb. Wie eine Schuld, die gesühnt werden musste, lastete auf seinem Königtum der Thronraub, den er an seinem Vorgänger verübt hatte.

Um so sicherer und freier durfte sich sein Sohn Heinrich V. bewegen. Er hatte die Krone von seinem Vater geerbt, der Vorwurf der Usurpation traf ihn nicht mehr. In der That hat sich kein Widerstand gegen seine Thronbesteigung geregt, der Anspruch

des Grafen von March schien vergessen. Nicht völlig unbegründet sind jene Erzählungen von dem wunderbaren Wechsel der Sinnesart, der sich in Heinrich V. vollzogen habe. Die lustigen Gesellen seiner Jugend entfernte er als König aus seiner Umgebung; aber auch die Vertrauten seines Vaters, die vordem für des Prinzen Treiben strenge Worte gehabt hatten, duldeten er nicht in seinem Rate. Mit der vollen Energie eines starken Geistes ergriff er nun die Zügel der Regierung. Heinrich V. besass einen einfachen, klaren Verstand und praktischen Sinn, auf sein Wort durfte sich jeder verlassen. Sein inneres Leben war von einer tiefen Liebe zur Religion beherrscht. Sein Vater hatte aus Politik die Kirche, seine Bundesgenossin, unterstützt: für Heinrich V. war es Herzenssache.

Unter dem ersten Lancaster hatten schon Ketzerverbrennungen in England stattgefunden. Scharfe Gesetze waren gegen die Lollarden erlassen worden. Gleichwohl blieb ihre Zahl noch ansehnlich und ihr trotziger Mut war nicht gebeugt. Nach dem Tode Heinrichs IV. fürchtete man, vor einer grossen lollardischen Verschwörung zu stehen, die es wie der Bauernaufstand von 1381 auf den allgemeinen Umsturz abgesehen habe. Ein reicher Edelmann, Sir Johann Oldcastle, der selbst dem Könige einmal nahe gestanden hatte, ward als das Haupt der Verschwörung genannt. Als Oldcastle durch ein geistliches Gericht zum Ketzertode verdammt worden war, aber durch die Flucht sein Leben gerettet hatte — er ist einige Jahre später gleichwohl verbrannt worden — da rotteten sich die Lollarden vor London zusammen. Doch der junge König jagte sie mit seinen Truppen aus einander. Die wenigen Gefangenen, die gemacht waren, wurden gehängt oder verbrannt. Fortan durften die Lollarden nur noch in der Stille die Bibel lesen und Wiclifs Lehren verkündigen. Von Heinrich V. aber rühmte man, sein erster Sieg sei für Christus und die Kirche erfochten worden.

In der Geschichte Englands gebührt ihm ein höherer Ruhm als derjenige, welcher durch die Verfolgung der Ketzer zu erringen war. An Heinrichs V. Namen knüpft sich der grossartige Aufschwung des militärischen Geistes der Engländer. Der zweite Lancaster auf dem englischen Throne erneuerte die Ansprüche Eduards III. auf die französische Krone. Der Krieg hatte ja auch seither nicht geruht. Die Nachgiebigkeit Richards II. gegen den Feind jenseits des Kanals war eine der Ursachen seines Sturzes gewesen. Heinrich IV. hatte die Feindseligkeit Frankreichs schwer zu empfinden. An einer grösseren Unternehmung gegen diesen Gegner ist er nur durch die Wirren im eigenen Lande verhindert worden. Sein Sohn

konnte wieder daran denken, die Krone von Frankreich mit dem Schwerte zu gewinnen. Die Mittel Englands standen zu seiner Verfügung. Frankreich aber war von furchtbaren inneren Zerwürfnissen heimgesucht und schien einem kräftigen Angriffe erliegen zu müssen. Der mächtigste der französischen Vassallen und selbst im Besitze einer fast unabhängigen Macht, Herzog Johann der Unerschrockene von Burgund, ward der Bundesgenosse Heinrichs V.

Die mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen waren von Heinrichs Seite wenig ernst gemeint. Sein Recht auf den französischen Thron war noch anfechtbarer als der Anspruch Eduards III. Was sich gegen diesen einwenden liess, galt auch von jenem. Nur kam jetzt noch der Umstand hinzu, dass Heinrich V. sich auch mit Unrecht als den wahren Erben Eduards hinstellte. Den Franzosen konnte es allerdings gleich sein, ob ein Lancaster oder ein March als König von England ihre Krone forderte. Sie wollten diese Forderung garnicht einmal zum Gegenstande von Verhandlungen machen. Gleichwohl waren sie angesichts der bedrohlichen Macht Englands zu Zugeständnissen bereit. Heinrich verlangte unter Vorbehalt seines Anspruches auf die französische Krone alle im Frieden von Bretigny gemachten Abtretungen und dazu noch weitere Gebiete. Die Tochter Karls VI. von Frankreich sollte mit einer reichen Mitgift ihm zur Ehe gegeben werden. Das war weit mehr als Frankreich bewilligen wollte und konnte; die Waffen mussten entscheiden.

Es liegt ein grossartiger Zug in der sicheren Entschlossenheit und Planmässigkeit, mit der Heinrich V. sich zum Kriege rüstete. Das Parlament bewilligte voller Opfermut die ansehnlichen Leistungen, die der König forderte. Er erhob Anleihen im In- und Auslande, selbst seine kostbare Krone versetzte er, um bares Geld für die Kosten des Feldzuges zu gewinnen. In letzter Stunde entdeckte er eine Verschwörung, die von einigen Grossen angezettelt worden, um den Grafen von March auf den Thron zu erheben: die Verbrecher mussten ihren Anschlag mit dem Tode büssen. Dann fuhr er mit 30,000 Mann über den Kanal. In der Seinemündung vor Harfleur, das stark befestigt war, legte sich die englische Flotte vor Anker. Am nächsten Tage, es war der 11. August 1415, erfolgte die Landung, der kein Hindernis bereitet wurde. Alsbald begann die Belagerung von Harfleur. Mit aller Umsicht ward sie vom Könige selbst geführt. Die Anwendung des Schiesspulvers spielte in dem Kampfe auf beiden Seiten schon eine gewisse Rolle; mit seinen grossen Geschützen schien der König von England die Stadt in einen Steinhäufen verwandeln zu können. Aber auch die

Verteidigung ward mit Tapferkeit und Ausdauer geführt. Erst nachdem die Belagerung mehr als fünf Wochen gewährt hatte, ward die Festung übergeben. Die Einwohner mussten dem englischen Könige den Treueid leisten oder den Ort verlassen. Wie es in Calais geschehen, so wollte Heinrich auch hier Engländer ansiedeln, um des wertvollen Besitzes völlig sicher zu sein.

Der schwerste Teil des Feldzuges musste jetzt erst beginnen. Aber schon hatte das englische Heer furchtbare Verluste erlitten. Der Kampf selbst hatte geringere Opfer gefordert als eine schwere Seuche, die gleichzeitig im englischen Lager gewütet hatte. Nur noch die Hälfte der englischen Truppen war dem Könige für die Fortführung des Kampfes geblieben. Heinrich fasste trotzdem den kühnen Entschluss, nicht, wie man ihm riet, vom französischen Boden zu weichen. Quer durch feindliches Gebiet unternahm er einen Marsch auf Calais. In dem französischen Heere, das gegen ihn herandrückte, spottete man seiner. Bei Azincourt in Artois stellte sich den Engländern eine mehrfach überlegene Streitmacht entgegen. Es gab keine Möglichkeit als die Schlacht. Während der Nacht auf den 25. Oktober lagen die beiden Heere einander gegenüber. Lärmendes Treiben herrschte im französischen Lager, wo man des Sieges gewiss zu sein glaubte; bei den Engländern düsteres Schweigen. Im Kriege ist jede Partei von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt. Heinrich V. hatte unter einem nichtigen Vorwande den Frieden gebrochen. Jetzt aber waren er und sein Heer von heiligem Ernste erfüllt. Der fromme Sinn des Königs teilte sich seinen Truppen mit; nicht einen einzigen Mann wollte er seiner geringen Macht hinzuwünschen: auch dieser könne Gottes Gnade den Sieg verleihen.

Die Führung war auf englischer Seite der französischen unendlich überlegen. Hier herrschte Uneinigkeit; die einzelnen Heeres- teile unterstützten einander schlecht. König Heinrich, selbst der Tapferste im Handgemenge, übersah und leitete mit schnellem Blicke die Bewegungen jeder Truppe. Die Örtlichkeit war von den Franzosen nicht glücklich gewählt. Man kämpfte in einem engen Thale, das der Entfaltung der französischen Streitmassen nicht günstig war. Nur an 1000 Ritter hatte Heinrich in seinem Heere; die Stärke desselben beruhte wiederum auf den Bogenschützen. Und dieses Mal hatten sie sich auf Befehl des Königs noch mit zugespitzten Pfählen versehen, die sie zum Schutze gegen die Feinde vor sich aufpflanzten, ohne dass ihre leichte Beweglichkeit darunter litt. Sie eröffneten den Angriff und brachten durch ihre verderblichen Pfeil-

salven auch die vordringenden Franzosen zum Stehen. Die Art, wie sie einen Reiterangriff zurückschlügen, der auf die Flanke der englischen Aufstellung unternommen wurde, gemahnt an so manche Schlacht der modernen Kriegsgeschichte, in der eine Kavallerie-Attacke an dem Feuer der Infanterie abgeprallt ist. Und wieder waren es die Bogenschützen, die zuletzt den entscheidenden Stoss gegen das französische Centrum führten. Jetzt kämpften sie Mann gegen Mann mit Schwert und Streitaxt. Die Ritterschaft folgte und vollendete den Sieg.

Wie ein halbes Jahrhundert früher bei Maupertius war ein gewaltiges französisches Ritterheer der glücklicheren Kampfweise einer Minderzahl von Engländern erlegen. Tausende französischer Edelleute lagen tot auf dem Schlachtfelde. Unbehelligt konnte Heinrich jetzt den Marsch auf Calais fortsetzen. Als er bald darauf seinen triumphierenden Einzug in London hielt, ritt er ohne Rüstung einher, selbst ohne den Helm, der ihm im heissen Getümmel vom Haupte geschlagen war und der mit seinen Scharten dem jubelnden Volke die Gefahr hätte zeigen können, in der sich sein König befunden.

Es gelang der Thatkraft Heinrichs V., sich dem Ziel des französischen Krieges mehr zu nähern, als es selbst Eduard III. vermocht hatte. Zu den eigenen Waffenerfolgen der Engländer kamen die Parteiungen in den höchsten Kreisen von Frankreich, das von einem wahnsinnigen Könige beherrscht war. Und als im Jahre 1419 der Herzog von Burgund bei einer Zusammenkunft mit dem Dauphin meuchlings ermordet worden war, da trat der Sohn des Gemordeten rückhaltlos auf die Seite der Engländer. Schon war ein Teil von Frankreich in Heinrichs Besitz, als im Jahre 1420 der Vertrag von Troyes geschlossen wurde. Auf den wahnsinnigen Karl VI. sollte nicht sein Sohn, der Dauphin — die eigene Mutter nahm gegen ihn Partei — als König von Frankreich folgen, sondern Heinrich V., der Karls Tochter Katharina ehelichte und die Herrschaft über England und Frankreich in seiner Person vereinigen würde. Das französische Volk war glücklich, durch diese Abkunft wenigstens von der furchtbaren Kriegsnot befreit zu sein. Ein wunderbares Schauspiel, wie nun der englische König zum Mittelpunkt des Hofes von Frankreich wurde, als dessen Regent er schon zu Lebzeiten Karls VI. galt, und dessen Krone er tragen sollte, wenn der geistesschwache König die Augen geschlossen haben würde.

Aber doch war Heinrich V. damit noch nicht im Besitze von ganz Frankreich. Es war, als ob durch den Vertrag von Troyes

das französische Königshaus zu England übergetreten sei; aber von einer Festsetzung der Engländer in Frankreich konnte noch nicht die Rede sein. Denn die nationale Sache und das natürliche Erbrecht waren nicht aufgegeben. Das Land südlich der Loire trotzte den Verbündeten von Troyes und sollte erst erobert werden. Hier behauptete sich der Dauphin Karl, der mit besserem Rechte als sein Schwager von England sich als den echten Erben der französischen Krone betrachtete.

Es ist schwer zu sagen, wie weit Heinrich V. es in seinen Erfolgen auf französischem Boden noch hätte bringen können. Er war eine jener kraftvollen Naturen, vor deren starkem Willen sich alles beugen muss, denen es vergönnt zu sein scheint, über die Grenzen, die dem Thun gewöhnlicher Sterblicher gezogen sind, gelegentlich noch hinauszugreifen. Einmütig ward er von seinem Volke bei dem grossen Unternehmen unterstützt. Man mag sich vorstellen, wie dieser König ganz Frankreich in seine Gewalt gebracht und es gemeinsam mit dem vom Vater ererbten Reiche mit starker Hand beherrscht hätte. Sein Plan war es, wenn Frankreich erobert wäre, mit den Hilfsmitteln beider Länder Jerusalem aus den Händen der Ungläubigen zu befreien. Aber mitten aus seiner Laufbahn ward er durch einen Höheren abgerufen: zwei Jahre nach dem Vertrage von Troyes ist Heinrich V. in Frankreich von einem frühen Tode ereilt worden. Sterbend ermahnte er die Grossen Englands, von dem Kriege in Frankreich nicht abzustehen, bis das ganze Land erobert sei.

Seine französische Gemahlin hatte ihm einen Sohn geboren, der nun beim Tode des Vaters noch nicht ein Jahr alt war. Als Heinrich VI. folgte er auf dem englischen Throne. Und als noch im selben Jahre auch Karl VI. starb, ward das Kind in den von Heinrich V. eroberten Gebieten auch als König von Frankreich gemäss dem Vertrage von Troyes anerkannt. Die Kronen von England und Frankreich sassen auf Einem Haupte. Zwei Brüder des verstorbenen Herrschers, die Herzöge von Bedford und Gloucester, wurden, wie er selbst es bestimmt hatte, Regenten diesseits und jenseits des Kanals. Der ältere von beiden, Bedford, herrschte nicht, wie es sonst sein Recht gewesen wäre, in England, denn er war der tüchtigste, um das Werk seines Bruders in Frankreich fortzusetzen, wie er ihm schon bei seinem Leben zur Seite gestanden hatte. Doch sein Recht in England ward ausdrücklich gewahrt, als Gloucester daselbst zum Protektor erhoben wurde. Sehr mit Unrecht hat sich daher zur Zeit Eduards VI. sein jüngerer Oheim auf diesen Fall

berufen, denn man hat auch unter Heinrich VI. das Bewusstsein gehabt, dass eigentlich dem ältesten Oheim des Königs seine Stellvertretung in der Heimat gebühre.

Zugleich erkennt man darin aber auch einen Beweis, wie ernstlich die englische Regierung auch nach dem Tode Heinrichs V. noch gesonnen war, sein Werk fortzusetzen. Dem Kriege auf dem Festlande galt ihre vornehmste Sorge; den Titel eines Königs von Frankreich, der dem Sprössling des Siegers von Azincourt in die Wiege gelegt worden war, wollte man seinem ganzen Inhalte nach zur Wirklichkeit erheben. Aber die Lücke, die der Tod Heinrichs V. gerissen hatte, ist nie wieder geschlossen worden. Wohl traten auch jetzt noch tüchtige Heerführer im englischen Lager auf; Bedford selbst, als Staatsmann und Feldherr ausgezeichnet, hatte etwas von der Grösse seines Bruders. Er hat über die Franzosen einen glänzenden Sieg davongetragen, der im Parlamente mit dem bei Azincourt verglichen wurde. Aber unterdessen fehlte es daheim an der starken Persönlichkeit, die den Sinn und die Kräfte der Nation bei der Verfolgung des einen grossen Zieles festhielt. Unter den Verwandten des königlichen Kindes gab es fortwährend ärgerliche Händel, die notwendig auch eine Rückwirkung auf die grossen Reichsgeschäfte üben mussten. Die Zwietracht der englischen Grossen ist sicherlich eine der wirksamsten Ursachen der Verluste auf dem Festlande gewesen. Und dazu kam ein mächtiger Aufschwung des nationalen Geistes in Frankreich, welcher die Herrschaft eines fremden Volks nicht länger dulden wollte.

Die Engländer besassen das Land nördlich und östlich der Loire, nur Orleans war noch in des Dauphins Händen, das starke Bollwerk seiner Macht in den südlichen und westlichen Provinzen. Im Jahre 1428 begann die Belagerung von Orleans; der Dauphin hatte die Hoffnung fast aufgegeben, als ein wunderbarer Umschwung eintrat. Wie viel hängt doch von dem eigenen Vertrauen in den Erfolg ab. Was man in Frankreich nicht mehr für möglich gehalten hatte, den Entsatz von Orleans zu vollführen, das gelang dennoch, als an die Spitze der französischen Truppen jenes wunderbare Mädchen trat, das in seinem lothringischen Dorfe von der Not des Reiches und des Dauphins gehört hatte. Erfüllt von dem Glauben an ihre göttliche Berufung, schreitet die Jungfrau mit dem vertrauenden Heere und seinen trefflichen Führern von einem Siege zum andern, bis sie die Feinde weit zurückgedrängt hat und endlich den Dauphin zur Krönung nach Reims zu führen vermag.

Der Erfolg blieb den Franzosen treu, auch als die Jungfrau nicht mehr für sie kämpfte. Sehr natürlich, dass die Engländer, in deren Gewalt sie geriet, an die himmlische Unterstützung, durch welche sie gesiegt haben wollte, nicht glaubten. Schien nicht gerade ihr letztes Missgeschick dagegen zu zeugen? Aber dann blieb für ein Geschlecht, das an übernatürliche Einwirkungen zu glauben gewöhnt war, nichts anderes übrig, als Johannes wunderbare Erfolge auf die Künste der Hölle zurückzuführen. Und wenn man die Anhänger der ketzerischen Lehren dem Flammentode zu überliefern pflegte, so musste es einem gefälligen päpstlichen Gerichtshofe auch gelingen, die unglückliche Gefangene der schwersten Verbrechen gegen die römische Kirche schuldig, sie des Scheiterns würdig zu finden. Aber auch durch diesen Akt der Rache ward der englischen Sache nicht genützt. Der junge Heinrich VI. war noch in Paris zum Könige von Frankreich gekrönt worden, aber fünf Jahre später war auch Paris wieder in französischen Händen. Englands langjähriger Verbündeter, Burgund, kehrte zu Karl VII. zurück. Und unter diesem Könige ward eine neue Heeresordnung in Frankreich eingeführt. Der Monarch erhielt die Militärhoheit über ein von ihm selbst besoldetes Heer. In dem erstarkenden Königtum war zugleich ein Mittel geboten, auch gegen das Ausland die Kräfte des Widerstandes stärker und gesammelter als bisher wirken zu lassen. So verloren die Engländer allmählich ihre festländischen Besitzungen; die Provinzen im Südwesten Frankreichs waren so wenig zu halten wie die im Norden. Als um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts der lange Krieg ohne einen Friedensschluss zu Ende ging, da war ihr gesamter französischer Besitz den Engländern entrissen. Nur Calais und den leeren Titel eines Königs von Frankreich trug der englische Herrscher zuletzt aus dem ungeheuren Kampfe davon.

Man hat es immer als ein Glück für England bezeichnet, dass es durch die Misserfolge des französischen Krieges zuletzt wieder auf sich selbst beschränkt ward. Ein Volk, das die gefährliche Bahn auswärtiger Eroberung beschritten hat, wird leicht entarten. Der im Auslande winkende Gewinn kann zur Vernachlässigung der heimischen Volkswirtschaft führen; der Schweiß der Besiegten muss die Sieger ernähren. Wenn aber die Eroberung ihre natürlichen Grenzen erreicht hat, wenn die Siege ausbleiben, wird auch im eigenen Lande der Rückschlag erfolgen. Not und Unzufriedenheit entstehen, und wenn die Nation nicht mehr die Kräfte besitzt, sich aus der Krise wieder emporzuarbeiten, wird sie in Unbedeutendheit

versinken, vielleicht gar ihren Untergang finden. Ebensovienig kann der verderbliche Einfluss auf die öffentliche Moral ausbleiben, indem die den Fremden gegenüber befolgten Grundsätze nun auch daheim zur Anwendung kommen. An Beispielen aus der Geschichte fehlt es nicht. Wie tief war im 18. Jahrhundert die öffentliche Moral in Schweden gesunken, nachdem die Zeit der grossen Kriegserfolge vorüber war. Spanien hat sich niemals völlig von dem tiefen Ruin zu erholen vermocht, den es durch seine Grossmachtspolitik und die auswärtigen Kriege sich selbst bereitet hatte.

Der hundertjährige Krieg, aus dem in Frankreich der moderne Staat emporgestiegen ist, erwies sich, nachdem das Ziel verfehlt war, für England als ein schweres nationales Unglück. Zwar von einem wirtschaftlichen Ruin kann nicht die Rede sein. Die grossen Familien des Landes — nur nicht der König selbst — sammelten sogar einen Reichtum an, wie man ihn kaum vorher gekannt hatte. Und die Volkserhebung unter Jack Cade (1450), so manche Ähnlichkeit sie auch mit dem Bauernaufstande von 1381 hat, kann doch schwerlich auf so tiefe Ursachen wie dieser zurückgeführt werden und war wesentlich nur der Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit, die im Volke gegen die Regierung herrschte. Aber um so tiefer war die öffentliche Moral gesunken. Die vornehmen Geschlechter, auf Macht und Gewinn bedacht, suchten jetzt beides im eigenen Lande. Die nicht mehr im Kriege gegen Frankreich gebundenen Kräfte wüteten gegen sich selbst. Auf das Zeitalter der grossen Eroberungen auf dem Festlande folgt Englands dreissigjähriger Bürgerkrieg. Aus der furchtbarsten Zerrüttung hat erst Heinrich Tudor das Land wieder erhoben.

Von entscheidendem Einflusse war diese Entwicklung namentlich für die Geschichte der englischen Verfassung, insbesondere des Parlaments. Unter dem volkstümlichen Absolutismus der Tudors gerieten die parlamentarischen Freiheiten von ehemals gleichsam in Vergessenheit. Doch als ihre Nachfolger, die Stuarts, den Versuch machten, den praktischen Absolutismus der Tudors in einen theoretischen zu verwandeln, da brach für England das Zeitalter der Revolution an. Wenn endlich in jener Epoche, die dieses Buch zur Darstellung bringen will, der konstitutionelle Charakter der Regierung sich immer mehr befestigte, so könnte man wohl davon sprechen, dass die Engländer am Schlusse der Revolutionsepoche dort wieder anknüpften, wo im fünfzehnten Jahrhundert die Entwicklung des Parlamentes zum Stillstand gekommen war. So lässt es sich nicht leugnen, dass ein gewisser nachwirkender Einfluss des

hundertjährigen Krieges noch in der Geschichte der folgenden Jahrhunderte zum Ausdrucke kommt.

In dem furchtbaren Kriege der Rosen fand der Hader der Adelsparteien, welcher seit dem Tode Heinrichs V. kaum geruht hatte, einen gewaltsamen Ausbruch und zugleich einen furchtbar blutigen Abschluss. Der Zwist entzündete sich an der weit verbreiteten Unzufriedenheit über den Misserfolg in Frankreich. Es war nur natürlich, dass diese üble Stimmung eine der herrschenden Dynastie feindliche Richtung nahm, zumal diese Dynastie so schwächlich vertreten war wie in der Person Heinrichs VI., des nunmehr herangewachsenen Königs, der aber auch in seiner Grossjährigkeit niemals selbständig die Zügel der Regierung zu führen imstande war. Gegen ihn, dessen Vater und Grossvater schon die Krone getragen hatten, erhob sich nun ein Verwandter und behauptete ein besseres Recht auf den Thron zu besitzen. Aus diesem Widerstreite entsprang der Bürgerkrieg, in dem der alte Adel von England seinen Untergang fand.

Es lohnt sich, den Anspruch kennen zu lernen, welchen das Haus York auf die Königswürde geltend machte. Er war weit besser als derjenige, mit dem einst Heinrich IV. die Krone erlangt hatte; ja vom Standpunkte des strengen Rechts könnte man selbst behaupten, dass es sich jetzt eben darum handelte, das damals begangene Verbrechen des Thronraubs wieder gut zu machen, der widerrechtlich zurückgesetzten Linie nunmehr, nach zwei Generationen, dennoch zu ihrem Rechte zu verhelfen. Als Heinrich IV. die Krone erwarb, da war selbst nach Richards II. Tode noch ein Zweig der Plantagenets vorhanden, dem in der Thronfolge der Vorrang vor den Lancasters gebührte. Es waren die Nachkommen Lionels von Clarence, des älteren Bruders Johanns von Gaunt. Wir wissen bereits, dass die Rebellen unter Heinrich IV. in der That den von Lionel abstammenden Grafen von March, Edmund Mortimer, zum Könige an Heinrichs Stelle erheben wollten. Bei dem Ansehen, welches aber der Sieger von Azincourt dem Hause Lancaster verliehen hatte, waren die Rechte der älteren Linie beim Volke fast in Vergessenheit geraten. Graf Edmund war unterdessen kinderlos gestorben. Seine Schwester Anna war die einzige Überlebende vom Stamme Lionels. Und da wurde es von entscheidender Bedeutung, dass sie sich dem Sohne des Herzogs von York, dem Stammhalter der vierten Linie des Hauses Plantagenet, vermählte. Der in der Person Annas verkörperte Anspruch der zweiten Linie war damit, wenn auch durch eine Frau, auf die vierte, das Haus York übertragen.

Mancherlei Umstände haben nun zusammengewirkt, um es dem Sohne aus dieser Ehe, Richard von York, aussichtsvoll erscheinen zu lassen, als Bewerber um die Krone gegen das im Besitze befindliche Haus Lancaster aufzutreten. Heinrich VI. hat niemals selbst regiert, er war ein Werkzeug in den Händen seiner Ratgeber, ist der Unmündigkeit niemals entwachsen. Die Schwäche der Regierung ward im Lande doppelt empfunden, da sie mit dem Verluste der französischen Provinzen verbunden war. Vom Hause Lancaster war nicht viel mehr zu hoffen; eine Zeit lang war sein Aussterben wahrscheinlich. Heinrich VI. war der einzige Sohn seines Vaters; seine drei Oheime waren ohne Nachkommen gestorben; seine eigene Ehe blieb acht Jahre lang kinderlos und als dann ein Sohn geboren wurde, entstand das Gerücht, derselbe sei nicht ein echtes Kind des Königs. Da musste natürlich die Frage erörtert werden, wem denn nach dem Aussterben der Lancasters die Krone zufallen müsse. Manche sprachen von dem Hause Beaufort, welches einer unehelichen Verbindung Johanns von Gaunt entstammte, unter Richard II. aber durch Parlamentsakte für legitim erklärt worden war. Andere entschieden sich für das Haus York. Schon der Aufstand unter Jack Cade im Jahre 1450 richtete sich gegen das Haus Lancaster und forderte Yorks Berufung aus Irland, wo er weilte. Herzog Richard hat sich freilich von dem Verdachte, mit den Auführern im Bunde den Sturz Heinrichs VI. geplant zu haben, gereinigt. Aber man erkennt schon klar den Gegensatz zwischen Lancaster und York. Eine Feindseligkeit zwischen den beiden Häuptern, Edmund Beaufort, Herzog von Somerset, und Richard von York entstand, die der Ausgangspunkt wurde zu dem furchtbaren Kampfe zwischen Lancaster und York. Die Adelgeschlechter, an Krieg und Kampf ein Menschenalter lang gewöhnt, jedes mit einem grossen Anhang und Gefolge, sammeln Heere und fechten Schlachten gegen einander. Wie Lancaster und York, so stehen auch Percy und Neville einander in Waffen gegenüber.

Nur von ferne nahte Herzog Richard sich zögernd seinem Ziele. Als er 1452 mit einem Heere heranzog und nun auf sein Verlangen Somerset gefangen gesetzt wurde, da war er selbst ganz Ergebenheit gegen den König. Heinrichs Geist war zu Zeiten umnachtet — unterdessen war York, als der nächste dazu, Protektor des Reiches. Selbst als im Jahre 1455 die erste Schlacht des Bürgerkrieges geschlagen war, in der Somerset fiel, trat der Herzog noch nicht offen mit seinem Ansprüche hervor; ein zweites Mal erhielt er den Titel des Protektors. Aber dann trat der Gegensatz zwischen York und

Lancaster unverhüllt hervor, offen bekämpfen sie einander; ihre Anhänger schmücken sich mit dem Erkennungszeichen der weissen oder der roten Rose. Die Sache des schwachen Königs führt seine Gemahlin Margareta, von französischer Herkunft, eine Frau von seltener Thatkraft, aber leidenschaftlich und furchtbar in ihrer Feindschaft. Dem Volke war sie als Ausländerin und wegen ihres bösen Einflusses auf den Gemahl tief verhasst. Als nach einer Zeit der Ruhe der Krieg von neuem begann und der König nach einer unglücklichen Schlacht gefangen in London eingebracht worden war — Margareta hatte sich nach Schottland geflüchtet — da hielt der ehrgeizige Herzog seine Zeit für gekommen. Vor das Oberhaus trat er hin und legte seine Hand auf das Kissen des leeren Thrones, gleich als wolle er davon Besitz ergreifen. Die Lords waren überrascht und der Erzbischof von Canterbury fragte ihn, ob er zum Könige gehen wolle. Aber Richard von York erwiderte hochmütig, es gebe niemanden im Reiche, dem es nicht eher zukomme, ihn (den Herzog) aufzusuchen. Er hatte wohl erwartet, dass die Lords nunmehr „Lang lebe König Richard“ rufen würden, doch das geschah nicht. Sie kannten wohl seine Tüchtigkeit, aber Heinrich war ihr rechtmässiger König und sollte es bleiben. Nichts anderes hat der Herzog erreicht, als dass ihm die Nachfolge nach Heinrichs VI. Tode zugesichert wurde. Der König selbst musste das Abkommen bestätigen und seinen Sohn damit im voraus der Krone berauben. Richard von York wurde zum Prinzen von Wales ernannt.

Aber kaum hatte er soviel erreicht, da musste er schon wieder in den Kampf ziehen. Im Norden Englands hatte das Haus Lancaster noch einen starken Anhang. Die Königin Margareta rief in Heinrichs Namen zum Kampfe auf. Eine ansehnliche Streitmacht kam zusammen, mit der Richard es aufnehmen musste. Bei Wakefield trat er mit einem weit kleineren Heere seinen Feinden entgegen. Schon hatte der Krieg einen furchtbar grausamen Charakter erhalten; nicht allein besiegen wollte man den Feind, sondern in seinem Blute die wilde Leidenschaft kühlen. Yorks Heer ward von der Übermacht vernichtet, er selbst und sein jüngerer Sohn von den erbarmungslosen Feinden ohne Gnade getötet. Welch ein Triumph für die Königin Margareta, als man ihr nach der Schlacht das abgeschlagene Haupt ihres Todfeindes entgegnetrug.

Der Thron Heinrichs VI. war durch den blutigen Sieg bei Wakefield mit nichten befestigt. Prinz Eduard, der älteste Sohn des erschlagenen Richard von York, trat mit dem Anspruche des Vaters gegen das Haus Lancaster auf. Er ward unterstützt durch

den Grafen Warwick, das Haupt der Nevilles, den reichsten, mächtigsten und kriegstüchtigsten unter allen Führern der Adelparteien im Rosenkriege. Im März 1461, als nach wechselnden Kämpfen und Schlachten die Königin Margareta und die Lancaster-Partei sich noch mit ansehnlichen Streitkräften im Lande behaupteten, zog Eduard in London ein. In Westminster Hall bestieg er den freien Königsthron und setzte selbst den Versammelten sein Recht aus. Das Volk rief: „Lang lebe König Eduard IV.“ und am nächsten Tage erfolgte die feierliche Proklamation. Aber noch musste Eduard seine Thaten auf dem Schlachtfelde verteidigen. Bei Towton traten die Anhänger von York und Lancaster einander mit so gewaltigen Streitmassen gegenüber — insgesamt über 100,000 an der Zahl — wie man es in diesem Kriege noch nicht erlebt hatte. In beiden Heeren wollte man keine Gefangenen machen, sondern von den Gegnern töten, soviel man vermochte. Tag und Nacht wurde gekämpft, zuletzt behielten die Yorkisten die Oberhand. Heinrich und Margareta retteten sich nach Schottland. Jetzt erst war Eduard in Wahrheit König; er kehrte nach London zurück und ward vom Erzbischofe von Canterbury in Westminster gekrönt.

Was Richard von York nicht erreicht hatte, das war wenige Monate nach seinem Tode seinem Sohne zu teil geworden. Die Art, wie Eduard IV. auf den Thron gelangte, lässt ein Zeitalter erkennen, in dem der Stärkste die Herrschaft über den Staat davontrug. Das öffentliche Recht war fast zum Schweigen gebracht. Ehedem war die Usurpation Heinrichs IV. doch mit dem Mantel der gesetzlichen Handlungsweise umkleidet worden. Durch Parlamentsbeschluss war Richard II. abgesetzt, Heinrich auf den Thron erhoben. Selbst Richard von York war noch kürzlich mit seinem Anspruch auf die Krone zuerst vor das Oberhaus hingetreten und hatte sich gefügt, als dieses ihn nur zum Thronfolger, nicht zum Könige ernennen wollte. Eduard IV. erwarb die Krone kraft der Macht, die er besass. Er stützte sich auf die Freundschaft der Nevilles, auf seine Beliebtheit beim Volke, auf den Hass gegen das Haus Lancaster, gegen die Königin Margareta, gegen die auswärtigen Verbindungen, die sie unterhalten. Des Parlaments bedurfte er zu seiner Erhebung nicht. Er berief es erst, nachdem er seine Krone auf dem Schlachtfelde verteidigt hatte. Von einer Bestätigung des neuen Königs war nicht die Rede; die Commoners beeilten sich nur, ihrer Freude Ausdruck zu geben, dass endlich jetzt der echte Erbe der Krone den Thron bestiegen habe. Alle drei Könige aus dem Hause Lancaster wurden für Usurpatoren erklärt, wenn man auch

die unter ihnen erlassenen Gesetze und Verordnungen nicht einfach umstossen konnte. Heinrich VI. und Margareta wurden als Hochverräter geächtet. So hatte das Parlament aufgehört, einer der selbständigen Faktoren des Staatslebens zu sein. Es diente willig dem Haupte der siegreichen Partei, von der es berufen war, und schleuderte sein *Vae victis* gegen die Besiegten. Im Oberhause trat jedesmal diejenige Adelpartei zusammen, die im Felde das Übergewicht behauptet hatte. Die Gemeinen aber fügten sich stets dem Stande der Dinge, waren in sich selbst ebenso haltlos wie das Königtum, von welchem niemand zu sagen vermochte, wer eigentlich sein rechtmässiger Vertreter sei.

Auch die Thronbesteigung Eduards IV. gab dem Lande die Ruhe noch nicht zurück. Nach einigen Jahren wurden die Lancastrier entscheidend geschlagen und schienen für immer von dem Besitze der Macht verbannt. Nun aber erhob sich unter den eigenen Anhängern des Königs Missstimmung und Feindseligkeit gegen ihn. Als Jüngling von neunzehn Jahren war Eduard zur Krone gelangt. Anfangs war der Einfluss des mächtigen Mannes, dem er so viel verdankte, des Grafen Warwick, von hoher Bedeutung gewesen. Aber wie der junge König heranwuchs, schön, stolz und klug, so begann er allmählich auf eigenen Wegen zu wandeln. Er stützte sich auf Ritter und Bürger, den Adel suchte er nach Kräften zu unterdrücken: eine in jener Zeit gesunde Politik, denn wenn der Adel seine so übermächtige Stellung bewahrte, so war ein Ende der inneren Wirren nicht abzusehen. Eduard vermählte sich im Jahre 1464 mit der jungen Witwe eines im Kampfe für die Lancasters gefallenen Ritters. Monate lang hielt er die Verbindung geheim. Als er sie endlich der Welt mitteilte und Lady Elisabeth gekrönt war, regte sich Ärger und Neid über die geringe Herkunft dieser Königin und die Parteistellung ihrer Familie. Und der König begünstigte jetzt in auffälliger Weise die Verwandtschaft seiner Gemahlin. Die Woodvilles und Greys erhielten hohe Würden und wurden mit den vornehmsten Häusern des Landes verschwägert. Der König schien einen neuen, seiner Gnade alles verdankenden, Adel dem alten an die Seite stellen zu wollen.

Allmählich trat eine Entfremdung zwischen Eduard und Warwick ein, der sich in seiner Hoffnung, durch den König selbst zu regieren, betrogen sah. Der ehrgeizige Graf ward in seiner Feindseligkeit gegen den König, den er erhob, durch sein persönliches Interesse getrieben, aber es traten alsbald grössere Momente hinzu. Er gewann des Königs jungen Bruder, den Herzog von Clarence,

für sich. Nach dem ersten Misslingen gingen beide nach Frankreich; die Beziehungen zu den fremden Mächten wurden jetzt auf's engste mit den inneren englischen Fragen verknüpft. Warwick vertrat den Grundsatz, dass zwischen England und Frankreich ein dauernder Friede geschlossen werden müsse. Eduard hingegen unterhielt gute Beziehungen zu Karl dem Kühnen von Burgund, dem gefährlichsten Gegner des französischen Hofes; das Interesse des englisch-flandrischen Handels hing eng damit zusammen. Warwick gewann es selbst über sich, eine Verbindung mit dem Hause Lancaster einzugehen. Von Frankreich unterstützt, gelang es ihm wirklich, Eduard vom Throne zu stürzen. Das Schicksal von England lag in seiner Hand. Der blödsinnige Heinrich VI. ward im Tower noch einmal als König von England begrüsst; Eduard floh nach Holland. Doch im nächsten Jahre kehrte er zurück. Warwick der Königsmacher, wie man ihn genannt hat, fiel in der Schlacht. Bei Tewkesbury ward Margaretens Macht vernichtet, ihr Sohn, der Prinz von Wales, auf der Flucht getötet. Als Sieger hielt Eduard IV. abermals seinen Einzug in London. Auch vor dem Morde schreckte er nicht zurück: Heinrich VI. ist damals im Tower um's Leben gekommen. An seinen Namen konnte sich fortan keine dem Hause York feindliche Bewegung mehr knüpfen, denn nur den Namen, nicht die Person des Unglücklichen hatte Eduard gefürchtet.

Wenn nunmehr eine Zeit der Ruhe eintrat, so war es gleichwohl dem ersten Könige aus dem Hause York nicht vergönnt, eine feste Reichsordnung dauernd zu begründen. Zwar war dies weniger seine Schuld als die Folge der schweren Krisen, welche England durchgemacht hatte und die auch noch nicht zu Ende waren. An glücklichen Ansätzen hat es unter Eduard IV. nicht gefehlt; in manchen Zweigen der Regierung sind die Tudors nur auf seinen Wegen gewandelt. Eduard war nicht nur thatkräftig und rücksichtslos, er verstand auch seinen Vorteil vortrefflich. Bei aller Gefügigkeit seiner Parlamente genügte ihm doch ihre Bewilligungen nicht. Er verschaffte sich in dem Pfund- und Tonnengelde eine feste Einnahme auf Lebenszeit; und daneben zog er noch die vermögenden Klassen zu direkten Abgaben an den Fiskus heran, Benevolenzen geheissen, die dem Namen nach freiwillig waren, in Wahrheit aber doch von niemandem verweigert werden durften.

Es ist nicht undenkbar, dass Eduard IV. bei längerer Lebensdauer den Thron seines Hauses so fest begründet hätte, dass er nicht mehr zu erschüttern war. In seiner inneren Politik erscheint er ja wie ein Vorgänger der Tudors. Aber zu dem Ende

wäre es nötig gewesen, dass er einen Erben hinterliess, der mit dem unbestreitbaren Rechte auf den Thron die Fähigkeit verband, das Werk des Vaters mit starker Hand fortzusetzen. Doch als Eduard im Jahre 1483 starb, war sein ältester Sohn, der neue König Eduard V., erst zwölf Jahre alt. Anfangs suchte die Verwandtschaft der Mutter die Vormundschaft über den minderjährigen Monarchen in ihre Hände zu bringen. Aber Richard von Gloucester, der Bruder Eduards IV., trat dazwischen. Soweit jemand ein Recht auf die Regentschaft besass, war er es, und Richard war der Mann, um es zur Geltung zu bringen. Als Protektor trat er alsbald an die Spitze von England.

Der unsichere Besitz der Krone hatte in den Jahrzehnten des Rosenkrieges dazu geführt, dass der zeitige Inhaber der höchsten Macht dieselbe mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, mit List und Gewalt zu behaupten suchte. Wichtiger als die Gewinnung neuer Freunde schien oft die Vernichtung der Gegner. Für sie gab es auf dem Schlachtfelde keinen Pardon, im Frieden suchte man sie dem Beile des Henkers zu überliefern, wenn es nicht vorsichtiger schien, sie in der Stille aus dem Wege räumen zu lassen. Selbst die Bande des Blutes waren nicht mehr heilig. Eduard IV. hat gegen seinen eigenen Bruder Clarence die Mörder gedungen. In der Person Richards von Gloucester, der jetzt für Eduard V. die Regierung führte, fanden endlich die rücksichtslose Energie und der blutige Sinn der Yorks ihren furchtbarsten Ausdruck.

Richard wollte König sein. Nicht die Lancasters standen ihm noch im Wege. Er selbst war seines Bruders starker Helfer gewesen, als es galt, das feindliche Geschlecht in allen seinen Zweigen zu vernichten. Nur ein einziger Prinz, der sich als Lancaster betrachtete, war dem Verderben seines Hauses entronnen. Doch der lebte als Flüchtling in der Bretagne und schien kaum zu fürchten. Nein, seine eigenen Neffen, Eduard V. und sein kleiner Bruder, die Erben Eduards IV., waren es, die Richard im Wege standen. Alle anderen ihm zur Last fallenden Verbrechen, die gewaltsame Beseitigung hochstehender Personen, die Wegführung des Lord Hastings aus dem versammelten Rate zum Blutgerüste, alles erscheint gering gegen den schnöden Mord, den er an den Söhnen Eduards beging. Es genügte ihm nicht, sie zu Bastarden erklären, an ihrer Stelle sich selbst zum Könige ausrufen zu lassen. Sie sind im Tower in rätselhafter Weise ums Leben gekommen, Mit- und Nachwelt hat Richard als den Mörder bezeichnet, ein ernster Zweifel an der furchtbaren Schuld kann nicht entstehen.

Doch Richard sollte den blutig gewonnenen Thron nicht lange innehaben. Selbst die Anhänger des Hauses York ertrugen sein hartes Regiment mit Widerwillen. Und jener verbannte Lancaster wartete nur des günstigen Zeitpunktes, um sein Glück zu versuchen. Im Jahre 1485 landete er mit geringer Macht in Wales. Als die beiden Gegner zusammentrafen, ward nur der Abfall der Seinigen für Richard verhängnisvoll. Wie ein Löwe focht er noch, als schon alles für ihn verloren war. Im dichtesten Kampfgetümmel hat er den Tod gefunden. Voller Scharten ward die Krone, die er getragen, emporgehoben und dem Sieger Heinrich Richmond aufs Haupt gesetzt. Ein Zeitalter reich an schweren Kämpfen und Greueln hatte seinen blutigen Abschluss gefunden.

Siebentes Kapitel.

Die Tudors und die Reformation.

An den Völkern wie an den Einzelnen werden ihre Fehler und Sünden heimgesucht. Die ungesunde Politik der französischen Eroberungen hatte das Unglück des Rosenkrieges im Gefolge gehabt. Jetzt war die volle Thatkraft eines staatsmännisch begabten Herrschers erforderlich, um Recht und Gesetz in England wieder zur Anerkennung zu bringen und den öffentlichen Frieden zu sichern. In der That ward durch das Tudorsche Königtum eine neue Regierungsweise eröffnet, Ordnung und Frieden wurde hergestellt. Aber auch mit der freien Verfassung des Landes war es nun vorüber. Da auch das Parlament die Greuel des Rosenkrieges nicht hatte verhindern können, so vermochte es jetzt unter der neuen Dynastie die früher besessene Macht nicht zurückzugewinnen. Auch für England brach eine Zeit des Absolutismus an.

Das Land befand sich am Ende des Rosenkrieges in einem Zustande tiefer Zerrüttung. Es mag wohl seine Richtigkeit haben, dass die Masse des Volkes dem Kampfe innerlich fern gestanden hatte und es mit Gleichmut geschehen liess, wenn die weisse Rose an die Stelle der roten trat, Heinrich VI. durch Eduard IV. verdrängt wurde. Aber es ist doch auch gewiss, dass alle Volksklassen durch die schwere Erschütterung des Staates in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Anders konnte es nicht sein, wenn die mächtigen Edelleute mit grossen bewaffneten Gefolgschaften, die ihre Abzeichen trugen, im Lande umherzogen, immer aufgelegt zu kämpfen und eben so sehr ihre eigene Macht im Auge haltend wie die Sache, für welche sie fochten. Sie vermochten den Gang der Verwaltung und der Rechtsprechung zu hindern oder nach ihrem Belieben zu lenken; die höchste Gewalt war ihnen gegenüber oft machtlos gewesen.

Darin bestand überhaupt das Merkmal dieser Zeit, dass eine Autorität, vor der sich alle gebeugt hätten, nicht mehr vorhanden war. Jeder der Mächtigen suchte durch die Gewalt, die er

persönlich auszuüben vermochte, sich selbst Geltung zu verschaffen und er wusste nur zu gut, dass es damit vorüber wäre, sobald die Gewalt nicht mehr sein war. Darum das Bestreben, auf der gegnerischen Seite vor allem die adligen Führer, die Lords und Ritter, zu treffen und zu vernichten. Vor der Schlacht bei Northampton gab Graf Warwick seinen Leuten die Losung, sie sollten an den König und das gemeine Volk nicht Hand anlegen, gegen die Lords, Ritter und Squires aber keine Schonung walten lassen. Und Eduard IV. rief, wenn er in den Kampf zog, seinen Genossen zu: „Schonet das Volk und tötet die Herren.“ So hatte sich der alte Adel von England auf den Schlachtfeldern des Rosenkrieges verblutet, aber der emporkommende neue Adel trat schon mit den gleichen Ansprüchen und auch den gleichen Kampfsmitteln auf den Plan.

Das Parlament, unter den beiden ersten lancastrischen Königen so bedeutungsvoll, war zu einem gefügigen Werkzeuge der jeweilig herrschenden Parteien herabgesunken. Ohne seine Mitwirkung hatte zum erstenmal Eduard IV. den Thron usurpiert. Und als sie dann zusammentraten, hatten die Gemeinen kein Wort für die Unrechtmässigkeit der Thronbesteigung; sie dankten Gott für den Sieg des Königs, dem Könige für seine Mühen. Seitdem erhielt jeder im Besitze der Macht befindliche Herrscher die Anerkennung des Parlaments, der entthronte ward als Verräter geächtet. Ein selbständiger politischer Wille wohnte in dieser Körperschaft nicht mehr; das Heil der Nation war von ihr nicht zu erhoffen. Nur von einem erstarkten Königtume konnte die Rettung vor dem unheilbaren Verfall noch ausgehen.

An die Spitze dieses zerrütteten Staates trat nun der Graf von Richmond als König Heinrich VII. Sein Recht auf den Thron war selbst nach Richards III. Tode keineswegs unanfechtbar, aber man hatte sich schon daran gewöhnt, nach der Berechtigung des tatsächlich herrschenden Königs nicht allzu ängstlich zu forschen. Ein echter Lancaster war Heinrich eigentlich nicht. Sein Vater Edmund Tudor war aus einem vornehmen Walliser Geschlechte; Heinrich war selbst in Wales geboren. Mütterlicherseits entstammte er jenem Hause Beaufort, das, einer ausserehelichen Verbindung Johanns von Gaunt entsprossen, unter Richard II. durch Parlamentsbeschluss für legitim und erberechtigt erklärt worden war. Daran hatte auch eine durch Heinrich IV. gemachte Einschaltung in die Akte nichts ändern können. Heinrichs Mutter Margareta war zur Zeit seiner Thronbesteigung noch am Leben. Der Gedanke, dass sie und nicht

ihr Sohn den Thron von England besteigen sollte, scheint aber damals kaum gefasst zu sein. Die selbständige Herrschaft einer Frau kraft eigenen Rechts, sozusagen eines weiblichen Königs, hatte man bisher in England nicht gekannt und hätte sie wohl auch in dem Falle nicht für zulässig gehalten, wenn die Berechtigte einen Sohn hatte, der an ihrer Stelle König werden konnte. Wenn nun wirklich Heinrich Tudor das Recht des Hauses Lancaster in seiner Person verkörperte, so war es doch aber eben nur das Recht dieser einen Linie vom Stamme der Plantagenets. Allgemein hatte man zuletzt die Yorks als das wahre Herrscherhaus in England betrachtet. Und auch von ihnen war noch ein Sprosse übrig, der junge Graf Warwick, ein Sohn des Herzogs von Clarence. Nach dem genauen Erbrechte hätte Warwick, nicht Heinrich Tudor die Krone gebührt.

Den Freunden, die ihn gerufen, hatte Heinrich das Versprechen gegeben, Elisabeth, die Tochter Eduards IV., zu ehelichen und dadurch York und Lancaster auf ewig zu versöhnen. Aber nicht dieser Verbindung, sondern nur sich selbst und seinem Rechte wollte Heinrich die Krone verdanken. Nach der Schlacht bei Bosworth trat er bereits als König auf, ohne die Absicht seiner Vermählung kundzutun. Und als dieselbe wirklich vollzogen wurde, da wird doch ausdrücklich bemerkt, dass nach Elisabeths Tode auch Heinrichs Kinder aus anderer Ehe ihm auf dem Throne folgen dürften.

Der neue König Heinrich VII., der zuletzt als Flüchtling in der Bretagne gelebt hatte, war schon einmal bei einem Anschläge gegen den Thron Richards III. beteiligt gewesen. Der Aufstand Buckingham's hatte Heinrich Richmond auf den englischen Thron erheben sollen. Aber seine Fahrt über das Meer verlief ebenso unglücklich wie Buckingham's Unternehmen zu Lande. Ein Sturm zerstreute die Flotte, nur mit wenigen Schiffen nahte sich Richmond der englischen Küste, eine Landung durfte er nicht wagen. Er musste froh sein, dem Schicksal seiner unglücklichen Genossen zu entgehen und sein Leben und seine Hoffnungen für günstigere Zeiten aufsparen zu können.

Diese erste verfehlte Königsfahrt Richmonds zeigt eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Versuche, welchen ein anderer Prätendent, der Sohn Jacobs II., über zwei Jahrhunderte später im Jahre 1708 unternommen, und von dem auch er nichts als bittere Enttäuschung heimgebracht hat. Aber Heinrich Richmond war gleichwohl umsichtiger und klüger als der stuartische Prätendent. Diesem ist auch ein zweiter Versuch misslungen, Richmond aber hat sich bei Bosworth die englische Königskrone erkämpft.

So bestieg ein neuer König und eine neue Dynastie den englischen Thron. Das Parlament erkannte ihn durch einen einfachen Beschluss, ohne sein Recht zu untersuchen, als König an. Man war allgemach zu der Einsicht gekommen, dass es bei der Verwirrung der staatsrechtlichen Begriffe überhaupt nicht möglich sei, den besten Anspruch zu erkennen. Und auch für die Zukunft erschien die Herrschaft seines Hauses gesichert, als zur hohen Freude des Volkes im Jahre 1486 dem Könige aus seiner Ehe mit der Tochter Eduards IV. ein Sohn geboren wurde, der Erbe von Lancaster und York. Alle Welt sollte die Bedeutung des Ereignisses empfinden. Der neugeborne Prinz erhielt den ruhmreichen Namen Arthur, um daran zu erinnern, dass sein Vater abstamme von den ureingesessenen Fürsten der niemals unterjochten Briten in Wales.

Als Begründer einer neuen Dynastie hatte Heinrich VII. vor Bestrebungen auf seiner Hut zu sein, die gegen sein zweifelhaftes Recht auf den Thron sich richteten. Es war zu natürlich und auch in der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts seit der Thronbesteigung der Lancasters hergebracht, dass die Feinde des Königs im Reiche wie im Auslande auf den Gedanken kamen, ihn durch einen andern, in Wahrheit oder auch nur vorgeblich besser berechtigten, Anwärter auf den Thron zu ersetzen. Mit jenem in Irland auftretenden Lambert Simnel freilich, eines Orgelbauers Sohn, der sich für den Grafen Warwick ausgab und in Dublin zum Könige gekrönt wurde, konnte Heinrich unschwer fertig werden; denn der echte Warwick war in seiner Gewalt und die Iren wurden ohne Mühe besiegt. Aber weit gefährlicher ward ein anderer Prätendent, Perkin Warbeck, von flandrischer Herkunft, der sich für den Herzog von York, den jüngeren der Söhne Eduards IV. ausgab und von Heinrichs Gegnern im Auslande gehegt wurde. Der römische König Maximilian, der Heinrich gram war, gab Warbeck die Mittel, mit denen er im Jahre 1495 von den Niederlanden ausfuhr. Eine von seinen Leuten versuchte Landung in Kent missglückte; auch in Irland vermochte er sich nicht zu halten. Der König von Schottland aber nahm ihn an seinem Hofe auf, erwies ihm alle Ehre, die dem wahren Erben von England gebührte, und gab ihm selbst eine edle Schottin zur Gemahlin, die seitdem Warbeck's Schicksal treu geteilt hat. Der hergebrachte schottisch-englische Grenzkrieg erhielt jetzt durch die Verbindung, in die er mit den Ansprüchen Warbeck's gebracht wurde, eine ungewohnte Bedeutung, wenn auch kaum eine grössere Ausdehnung. Als der Prätendent nach einem verfehlten Versuche in Irland auf englischem

Boden erschien, lief ihm zwar anfangs aus Cornwall und Devonshire viel Volk zu. Doch den königlichen Truppen wagte er nicht stand zu halten; er floh und ward gefangen. Der König behandelte ihn anfangs milde. Doch als Warbeck im Tower den Grafen Warwick in eine Verschwörung verwickelte, hielt Heinrich es für notwendig, so gering die Gefahr für seinen Thron auch sein mochte, beide, den Abenteurer von niederer Herkunft und den letzten echten Sprossen des Hauses York, dem Gerichte und dem Tode zu überliefern.

Jetzt erst, da niemand lebte, der ein besseres Anrecht auf die Krone besass, durfte Heinrich sich im Besitze derselben völlig sicher fühlen. Als noch einmal ein Prätendent mit dem Anspruche der Yorks auftrat, war doch für die Herrschaft der Tudorschen Dynastie eine ernste Gefahr nicht damit verbunden. Graf Suffolk leitete sein Recht von seiner Mutter her, die eine Tochter Richards von York war. Aber der Anspruch erscheint schon hinfällig gegenüber den Rechten yorkischen Ursprungs, welche auf Heinrich VII. durch seine Vermählung mit der Tochter Eduards IV. übergegangen waren. Suffolk ward nach wechselnden Schicksalen seinem Gegner ausgeliefert, der sich mit seiner Gefangensetzung begnügte.

Auch nach aussen wusste Heinrich seinem Hause eine angesehenere Stellung zu verschaffen, als sie seit langer Zeit ein englischer König besessen hatte. Durch verwandtschaftliche Bande mit den vornehmsten Fürstenhäusern Europas suchte er dieselbe zu befestigen. Frühzeitig hatte er seinen Blick nach der pyrenäischen Halbinsel gerichtet, wo eben durch die Verbindung der Reiche Castilien und Aragonien ein mächtiger spanischer Staat entstand, der nun auch den letzten Rest maurischer Herrschaft im Lande vernichtete. Im Jahre 1501 ward Heinrichs ältester Sohn Arthur mit Katharina, der Tochter des spanischen Königspaares vermählt. Und als Prinz Arthur in jugendlichem Alter starb, ehe noch die Ehe wirklich vollzogen war, da entschlossen sich die Väter, die einmal angeknüpften verwandtschaftlichen Bande von neuem zusammenzufügen, indem Heinrichs zweiter Sohn, der nunmehrige Thronfolger Prinz Heinrich, als Gemahl in die Stelle seines verstorbenen Bruders einrückte. Der Papst gab seinen Dispens.

Nun aber folgte ein Verhalten des englischen Königs, das vielleicht politisch klug, aber gewiss nicht edel war. Indem er sich die Zweifel zu nutze machte, die darüber herrschen mussten, ob denn eine solche Ehe wirklich zulässig sei und ob selbst der Papst die Gewalt besitze, sie zu heiligen, veranlasste Heinrich VII. seinen Sohn, als er grossjährig wurde, zu erklären, dass er den geschlossenen

Ehevertrag nicht anerkennen könne. Der König hatte davon den Vorteil, die Beziehung zu Spanien zwar festzuhalten, aber doch auch seinerseits sich gleichzeitig die verschiedensten Möglichkeiten offen zu halten. Traurig war aber die Lage der armen Katharina, der Witwe eines Königssohnes, jetzt dem Thronfolger zur Gattin erkoren und doch wieder verstossen. Die später von Heinrich VIII. geübte Vermengung wichtiger Regierungsfragen mit seinen eigenen ehelichen Beziehungen war offenbar durch die Handlungsweise seines Vaters schon vorbereitet. Es war eine Zeit, da man politischen Verbindungen gern durch Verlöbnisse und Eheschliessungen fürstlicher Personen einen Ausdruck verlieh. Aber gewiss sind nicht viele Fürsten so unart dabei zu Werke gegangen wie Heinrich VII.

Noch eine andere Familienverbindung von weittragender Bedeutung ward geschlossen, als Heinrichs Tochter Margareta die Gemahlin des Schottenkönigs Jacobs IV. ward. Ob dem weitblickenden Tudor dabei schon die Vereinigung von England und Schottland, der ewig mit einander hadernden Nachbarreiche vorgeschwebt hat? Wenigstens wird ihm die Äusserung zugeschrieben, eine solche Vereinigung, selbst unter einem schottischen Herrscher, würde nicht zu fürchten sein, denn das Grössere würde das Kleinere mit sich ziehen.

Im allgemeinen war Heinrich in seiner auswärtigen Politik zurückhaltend. Bei einem Kriege, den er in Gemeinschaft mit Spanien gegen Frankreich geführt hat, ist es ihm doch nicht im Ernste um die Erneuerung der Politik des hundertjährigen Krieges zu thun gewesen. Er hat an den Kämpfen zwischen den Valois und dem Herzogshause der Bretagne teilgenommen. Ein merkwürdiges Zusammentreffen, wie dieser König von England, der selbst auch keltisches Blut in seinen Adern hatte, durch sein Interesse dahin geführt wurde, die Nachkommen der aus Britannien vor der germanischen Eroberung flüchtenden Kelten in dem Kampfe um ihre nationale Selbständigkeit zu unterstützen. Zuletzt hat Heinrich doch die Einverleibung der Bretagne in das französische Königreich, die Bildung des französischen Einheitsstaats nicht zu hindern vermocht.

Das Beste hat Heinrich VII. für die innere Wohlfahrt seines Staates geleistet. Allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens galt die eifrige Fürsorge des Königs. Durchaus nicht überall war er neu mit seinen Massregeln. Aber wo seine Vorgänger in den Zeiten auswärtiger und innerer Kriege über nützliche Ansätze nicht hinausgekommen waren, da vermochte Heinrich VII. unter dem Schutze des Friedens, den sein Land genoss, Dauerndes zu schaffen. In der

Landwirtschaft freilich hat auch er die schon beginnende Verkümmern des Ackerbaues zu Gunsten der Viehzucht kaum hindern können. In römischer Zeit war einst Britannien die Kornkammer für die Legionen am Rhein gewesen. Jetzt wurde immer mehr Land dem Getreidebau entzogen und zur Weide benutzt. Besonders lohnend und verbreitet war die Schafzucht. In grossen Mengen wurde die rohe Wolle in das Ausland abgeführt; aber ein beträchtlicher Teil ward auch in England selbst verarbeitet und Heinrich that das Seinige, um diese Industrie zu fördern. Die hohen bis zu 70 Procent des Wertes betragenden Ausfuhrzölle, mit denen die rohe Wolle belegt war, kamen freilich in erster Linie gewiss den königlichen Kassen zu statten, aber zugleich dienten sie auch zum Nutzen der Tuchindustrie. Der Rückgang des Ackerbaues hatte die Folge, dass ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte frei wurde und die Industrie wuchs doch nicht so schnell heran, um sie alle aufnehmen zu können. So hatte denn das Vagabunden- und Räuberunwesen auf dem Lande wie in den Städten arg überhand genommen. Heinrich suchte dem Übel mehr durch Beschäftigung der Arbeitslosen als durch strenge Strafen beizukommen.

Unermüdetlich war der König auch in seiner Sorge für den Handel. Der im Mittelalter schon einmal so blühende eigene Handel der Engländer hatte während der langen Kriege viel an Bedeutung eingebüsst. Um so mehr Vorteile zogen die Fremden aus dem Verkehr mit England. Noch wurde der grösste Teil der englischen Wolle im Auslande, besonders in Flandern zu Tuch verarbeitet. Der deutschen Hansa hatte Eduard IV. für ihre Unterstützung des Hauses York ausserordentliche Rechte in England eingeräumt; und auch Heinrich VII. hat den übermächtigen Städtebund aus seiner beherrschenden Stellung im Norden Europas nicht zu verdrängen vermocht. Aber in anderen Gebieten brachte er den englischen Handel empor. Um die Rhederei zu heben, erliess er seine Schiffahrtsakte; denn längst genügte die englische Handelsflotte dem Bedürfnisse nicht mehr. Damit diente er zugleich den Zwecken des Krieges, denn die Handelsschiffe mussten in diesem Falle zu des Königs Verfügung stehen. Aber auch mit einer eigentlichen Kriegsflotte machte Heinrich VII. wieder den Anfang.

Selbst an den Entdeckungsfahrten, wie sie das Zeitalter berühmt gemacht haben, nahm England unter Heinrich VII. Anteil. Wie Kolumbus war auch jener Johann Cabotto, ein Genuese, welcher mit des Königs von England Unterstützung eine Seefahrt gegen Westen unternahm und im Jahre 1497 als der erste Europäer das Festland

von Amerika erblickte. Da aber die erhofften Reichtümer sich nicht fanden und auch die nordwestliche Durchfahrt nach Indien nicht entdeckt wurde, so blieben diese Fahrten ohne dauernden Erfolg. Noch machte England den Spaniern und Portugiesen den Besitz der neuentdeckten Welt nicht streitig.

Die Erfolge Heinrichs VII. waren erst möglich geworden, da England jetzt seit langer Zeit zum erstenmal wieder eine starke Regierung besass. Es war dem ersten Tudor vergönnt, die Vorteile der Lage zu benutzen, wie er sie nach der Beendigung des Rosenkrieges fand. Der Adel von England war fast vernichtet. An die Stelle des bisher mächtigsten Standes setzte Heinrich ein gebietendes Königtum. Wie in Frankreich und Spanien so ward auch in England an der Schwelle der neueren Geschichte die absolute Monarchie aufgerichtet. Man weiss auch, dass der König sich in der Einrichtung der Regierung Englands vielfach hat bestimmen lassen durch die französischen Erfahrungen seiner Jugendzeit.

Musterhaft war die Ordnung seiner Finanzen. Heinrich galt für den reichsten Fürsten seiner Zeit. Er war der Erbe der Yorks wie der Lancasters. Neben seinem grossen Besitz wusste er noch die Einnahmen der Krone zu vermehren. Das Pfund- und Tonnen-geld liess er sich sogleich für die ganze Dauer seiner Regierung bewilligen. Und indem er nun von grossen Kriegen im Auslande grundsätzlich absah und seine reichen Mittel in weiser Finanzgebarung zusammenhielt, war es ihm möglich, von parlamentarischen Bewilligungen nicht mehr so abhängig zu sein wie seine Vorgänger. Das Oberhaus verlor jede politische Macht. Und auch die Gemeinen wurden zu gehorsamen Dienern des königlichen Willens, da der König ihrer Geldbewilligungen nicht mehr bedurfte. Ohne dass er in ihre Rechte eingriff, wusste er sie zu beherrschen und zu lenken. Die von Heinrich VII. erreichte Gefügigkeit der Parlamente hat seiner Regierung und derjenigen der ganzen Tudordynastie ihren eigentümlichen Charakter verliehen.

Als Heinrich VII. im Jahre 1509 starb, konnte der Thron seinem Hause nicht mehr entrissen werden, sein Werk war auch über seinen Tod hinaus von Dauer.

Es war ein innerlich geordnetes und festgefügtes, nach aussen durch seine Machtfülle Achtung gebietendes Staatswesen, an dessen Spitze jetzt ein junger, lebenslustiger König trat, Heinrich VIII. Seine Schönheit, seine kräftige Gestalt, seine leutselige Art wurden gerühmt. Manche Züge seines Wesens gemahnten an seinen mütterlichen Grossvater Eduard IV., so auch der Hang zur Sinnlichkeit,

der in Heinrichs VIII. Leben eine so bedeutende Rolle spielt. Der starke Wille, der seinen Vater aus der Flucht und Verbannung auf den Thron von England und zu hohem Range unter den Fürsten Europas geführt hatte, lebte auch in seinem Sohne und liess ihn selbst vor einer Überschreitung der hergebrachten Schranken nicht zurückschrecken.

Vor seinem Vater hatte er wie einst Heinrich V. das bessere Anrecht auf den Thron voraus. Regungen der Unzufriedenheit konnten sich an den Namen der Yorks, wie noch unter dem ersten Tudor, nicht mehr knüpfen. Denn der neue König war York und Lancaster zugleich; jetzt erst ward der alte Gegensatz völlig vergessen.

Der achtzehnjährige König begann damit, dass er der ungewissen Stellung Katharinas ein Ende machte: er erhob sie zu seiner rechtmässigen Gemahlin. Was ihn dazu bewog, war jedenfalls nicht allein das Wohlgefallen, welches der Jüngling an der voll erblühten Prinzessin fand: die politischen Gesichtspunkte, welche diese Ehe und schon diejenige zwischen Arthur und Katharina gestiftet hatten, gaben auch jetzt wieder den Ausschlag. Die Macht Frankreichs, das unter seinem Könige Ludwig XII. das Herzogtum Mailand erobert hatte, schien bedrohlich für die Freiheit des Weltteils. Heinrich VIII. stellte sich mit Entschiedenheit auf die Seite Spaniens und der übrigen Gegner Frankreichs. Die weise Zurückhaltung seines Vaters übte er nicht mehr. Auch darin war er vielmehr Heinrich V. ähnlich, dass er nun, da sein Haus fest auf dem Throne sass, auch von neuem mit der Macht Englands in die Konflikte der europäischen Mächte eingriff. Wir können die Haltung, die er dabei einnahm, nicht hier in ihren Abwandlungen verfolgen, denn für die Geschichte Englands haben sie keine bleibende Bedeutung gewonnen. Beim Tode Maximilians hat Heinrich selbst nach der Kaiserkrone gegriffen. Und als er in dem grossen Kampfe, der sich zwischen dem habsburgischen Karl, dem Beherrscher Deutschlands und Spaniens, und Franz I. von Frankreich entspann, für den ersteren Partei nahm, da griff er noch einmal auf die mittelalterliche Eroberungspolitik zurück; der alte Anspruch der Plantagenets auf die französische Krone ward erneuert. Unter dieser Voraussetzung hat Heinrich am Kampfe teilgenommen. Nach der Schlacht bei Pavia forderte er Karl zu einer gemeinsamen Unternehmung gegen Frankreich auf, die ihm, dem Engländer, die französische Krone, dem Kaiser den Besitz einiger französischer Provinzen einbringen sollte. Aber Karl war im Ernste nicht gemeint, auf so ungeheure Dinge einzugehen.

Auch in anderen Punkten sah sich der englische König in seinen Erwartungen getäuscht.

Der erste Berater Heinrichs VIII. war Thomas Wolsey, der aus niederem Stande durch ungewöhnliche Fähigkeiten emporgekommen war, jetzt Kardinal der römischen Kirche. Merkwürdig, wie dieser Mann die Führung der höchsten Staatsgeschäfte mit der Verfolgung seiner persönlichen Interessen zu verbinden wusste. Er hatte unter dem Könige eine Stellung inne, die eine wahrhaft fürstliche genannt werden muss. Wenn England in der europäischen Politik eine ansehnliche Rolle zu spielen vermochte, so war es Wolsey, in dessen pomphaftem Auftreten der Ausdruck dafür erblickt werden mochte. Durch grosse Einnahmen in England selbst, durch Pensionen auswärtiger Fürsten hatte er einen ungeheuren Reichtum in seinen Besitz gebracht und er liebte es, ihn der Welt zu zeigen. Kaiser Karl V. wusste wohl, als er im Jahre 1521 im Begriffe stand, sein Bündnis mit England zu schliessen, wie wichtig es sei, diesen Mann für sich zu gewinnen. Fast wie seines Gleichen hat er ihn damals bei einer Zusammenkunft in Brügge empfangen und gehalten. Wolseys Stellung zu seinem Könige war kaum noch diejenige eines Unterthans. „Er ist es,“ so schreibt von ihm ein venezianischer Gesandter, „der den König und das ganze Königreich regiert.“

Auf Wolseys Eingeben vollzog Heinrich VIII. im Jahre 1525 seinen Übertritt von der spanischen auf die französische Seite. So wichtig dies im Augenblick für die Machtverhältnisse Europas war, die tiefe historische Bedeutung des Ereignisses liegt doch auf einem andern Gebiete: in den Folgen, die dadurch in den Verhältnissen des englischen Hofes und Staates allmählich hervorgebracht wurden. Wir hören, dass die Beziehungen Wolseys zur Königin Katharina auch vorher schon nicht die erfreulichsten gewesen seien. Jetzt war dem mächtigen Hofmanne die Spanierin vollends im Wege, da die Voraussetzungen nicht mehr bestanden, welche sie einst nach England geführt hatten. Es entsprach auch der schon berührten Ehepolitik jener Zeit, wenn Wolsey nun auf den Gedanken kam, wie die spanische Allianz so auch die spanische Ehe seines Königs wieder zu lösen. Für ein so ungewöhnliches Verfahren, wenn man es überhaupt einschlagen konnte, liessen sich noch andere Gründe vorbringen. Die Kinder, welche Katharina ihrem Gemahl geboren hatte, waren bald nach der Geburt wieder gestorben. Nur eine Tochter, Maria, war am Leben geblieben. Von der frühzeitig gealterten Frau war weitere Nachkommenschaft nicht mehr zu er-

warten. Der König war ohne männlichen Leibeserben. Könnte Maria die Nachfolgerin des Vaters auf dem Throne werden? Man hatte, wie wir wissen, einen solchen Fall in England noch nicht erlebt. Heinrich stand in kräftigem Mannesalter. Wie, wenn er von seiner Gemahlin sich trennte und eine neue Ehe einging? Es war eine Frage, die bald eine über das Interesse des Augenblicks weit hinausreichende Bedeutung erhielt.

Nur durch den Papst konnte die Scheidung vollzogen werden. Man greift auf die Vergangenheit Katharinas zurück, die, ehe Heinrich sie geehelicht hatte, seines Bruders Weib gewesen war. Heinrichs Ehe, wie sie dem kanonischen Rechte zuwider war, hatte nur durch den Dispens des Papstes geschlossen werden können. Aber schon Heinrich VII. hatte sich die Möglichkeit offen gehalten, das mit dem spanischen Königshause geknüpfte Band nach seinem Gefallen wieder zu lösen. Von dem Grundsatz ausgehend, dass Papst Julius II. jenen Dispens gar nicht habe erteilen dürfen, betrieb jetzt Wolsey bei Clemens VII. die Scheidung der Ehe Heinrichs VIII. Der Kardinal dachte dabei an eine Vermählung seines Königs mit einer französischen Prinzessin, wie sie dem eben herrschenden System vollkommen zu entsprechen schien. Aber unterdessen bewegten sich des Königs Wünsche schon in einer andern Richtung. Er hatte eine heftige Leidenschaft für die junge Anna Boleyn, eine Hofdame Katharinas, gefasst. Anna wollte, anders als vordem ihre ältere Schwester Maria, sich dem Könige nur als seine rechtmässige Gemahlin ergeben. Ihre mächtigen Verwandten, die Howards und Boleyns, voran der Herzog von Norfolk, Wolseys alter Gegner bei Hofe, boten alles auf, um Anna zur Königin zu machen und ihren eigenen Einfluss dadurch zu stärken. Von zwei Seiten, durch Wolsey und jene grossen Familien ward also die Scheidung Heinrichs von Katharina eifrig gefördert. Wolsey kam dabei in eine peinliche Lage. Seine Stellung hing von der Lösung der königlichen Ehe ab und doch konnte auch die nun geplante Verbindung nur den auf seine Macht eifersüchtigen Gegnern bei Hofe zum Nutzen gereichen, ihm selbst zum Verderben.

Der Papst zeigte sich dem Begehre des Königs anfangs nicht abgeneigt. Aber ehe noch eine Entscheidung erfolgt war, wurde die Lage durch die grossen Weltverhältnisse völlig verändert. Clemens VII., der noch 1527 der Gefangene des Kaisers in der Engelsburg gewesen war, söhnte sich 1529 mit Karl V. aus und durfte nun keinen Schritt thun, durch den er bei ihm Anstoss erregt hätte. Unmöglich konnte er in diesem Augenblicke der Königin Katharina,

der nahen Verwandten des Kaisers, die schwere Kränkung zufügen, die in Heinrichs VIII. Wünschen lag. Sie zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, war dem nach England entsandten Legaten nicht gelungen; die Scheidung auszusprechen, war er nicht befugt. Unverrichteter Dinge verliess er das Königreich. Jetzt hing alles von dem Willen des Königs ab. Und Heinrich hielt an seinem Ziele fest. Von der französischen Gemahlin, die Wolsey ihm zugedacht hatte, wollte er nichts hören. Anna Boleyn sollte neben ihm auf dem Throne Platz nehmen. Durch ihre vornehme Verwandtschaft ward jetzt der Kardinal gestürzt. Und wenn der Papst den König von dem verhassten Bande, das ihn an Katharina knüpfte, nicht befreien wollte, so war Heinrich gewillt, sich selbst davon zu befreien.

Aus diesem Zerwürfnisse ist die Lossagung der englischen Kirche von der Hoheit des römischen Stuhles hervorgegangen. Das nationale Gefühl der Engländer empfand es als eine Kränkung, dass die Entscheidung in einer ihrem Könige am Herzen liegenden Sache von der politischen Lage Europas abhängig gemacht wurde. Es widersprach nicht dem politischen System der Tudors, wenn Heinrich in dieser Frage nicht aus sich selbst handelte, sondern ein Parlament berief. Denn darin bestand die besondere Kunst dieser Fürsten, nach ihren eigenen Gesichtspunkten, aber doch im Einvernehmen mit der Reichsversammlung das Land zu regieren. Das Parlament von 1529 erklärte den König für das einzige Haupt seiner geistlichen wie weltlichen Unterthanen. Zwei Jahre später musste die Geistlichkeit selbst sich zu einer ähnlichen Erklärung herbeilassen. Weitere Verordnungen hatten den Sinn der völligen Loslösung der englischen Kirche vom römischen Stuhle.

Erinnert man sich nur der schon im 14. Jahrhundert in England auftauchenden, Rom feindlichen Tendenzen, die auch seither niemals gänzlich verschwunden waren, so muss man zugestehen, dass alte tiefgewurzelte Anschauungen des Volks durch diesen Schritt des Königs Verwirklichung fanden. Es war keineswegs unenglisch, wenn jetzt die als lästig empfundene Fessel Roms ein für allemal abgeschüttelt wurde; wie eine Befreiung ward sie vom Volke begrüsst. Die Lösung war auch zeitgemäss. Die mächtige Bewegung der Geister in Deutschland lenkte die Blicke der ganzen Welt auf sich und rief auch in anderen Ländern eine ähnliche Stimmung hervor. Wie der deutsche Protestantismus zur Gründung von Landeskirchen führte, so that man nun auch in England wenigstens diesen wichtigen Schritt.

Und doch, wieviel reiner als in England erscheinen die Anfänge der kirchlichen Bewegung in Deutschland. Durch Luthers Wort wurde das deutsche Volk in seinem evangelischen Gewissen berührt und zum Widerstande erweckt gegen den römischen Geist, der in der Kirche herrschte. In England ward die Reformation zuerst angegriffen als die persönlichste Sache eines Königs, der sich in der Erfüllung seiner irdischen Wünsche vom römischen Stuhle getäuscht sah und nun, da er die Macht dazu besass, auch äusserlich mit ihm zu brechen sich nicht scheute.

Und bei dieser Veränderung hatte es vorläufig sein Bewenden. Zu Zeiten ist der König freilich den protestantischen Tendenzen, die von Deutschland aus wirkten, näher getreten. Aber ein gefährlicher Aufstand belehrte ihn darüber, dass die Mehrheit des Volks dieser Gesinnung noch fern stand. So hielt er denn an der bischöflichen Verfassung ebenso wie an dem Dogma der katholischen Kirche fest. Nur dass die Hoheit der Krone an die Stelle derjenigen des römischen Stuhles getreten war. Auch in der Aufhebung der Klöster ist Heinrich VIII. rücksichtslos vorgegangen und es ist nicht zu verkennen, dass sein eigenes Interesse, seine persönliche Bereicherung dabei eine wichtige Rolle gespielt hat. Thomas Cromwell, „der Hammer der Mönche“, stand als der erste im Rate, dem Könige zur Seite. Sonst hielt man am alten Glauben wie an den hergebrachten kirchlichen Formen fest. In den sechs Artikeln, von beiden Häusern des Parlaments einmütig angenommen, wurden alle Neuerungen untersagt. Die katholische Abendmahlslehre und die Ohrenbeichte wurden von neuem eingesetzt, die Ehelosigkeit der Priester zum Gesetz erhoben. An der also eingenommenen Haltung hielt Heinrich fest und forderte dasselbe mit grosser Strenge von seinen Unterthanen. Wer den Supremat des Königs nicht anerkannte, den traf die Strafe des Hochverrats; wer aber protestantischen Lehren anhing, der ward als Ketzer verbrannt. Und so gewiss dieser unnatürliche Zustand nicht dauern konnte, so entsprach er doch im Augenblicke dem Sinne der Nation.

In allen ihren Phasen ist die Geschichte der Reformation in England mit der persönlichen Haltung des Souveräns aufs engste verknüpft. Klar ist die machtvolle Stellung des Tudorschen Königtums darin ausgedrückt. Heinrichs VIII. Wunsch, von seiner Gemahlin getrennt zu werden, hatte den Anstoss gegeben. Dabei hatte auch die Rücksicht auf die Nachfolge eine Rolle gespielt. Aber auch Anna Boleyn, die nun wirklich mit Heinrich vermählt und zur Königin gekrönt wurde, war nicht so glücklich, ihrem Gemahl den

ersehten männlichen Thronfolger zu schenken. Im Jahre 1533 gab sie einer Tochter das Leben: es war Elisabeth, die als Königin einst der Ruhm Englands werden sollte. Die Frauen Heinrichs VIII. sind durch ihr unglückliches Schicksal berühmt geworden. So wenig ernst Heinrich es für seine Person mit der ehelichen Treue nahm, so hart strafte er die wirkliche oder vermeintliche Untreue an seinen Gattinnen. Anna Boleyn musste das Blutgerüst besteigen. In seiner dritten Ehe ward ihm von Johanna Seymour der männliche Erbe geboren; die Königin starb kurz darauf. Von seiner vierten Gemahlin, einer deutschen Prinzessin, liess Heinrich sich scheiden. Der fünften bereitete er das Schicksal Anna Boleyns. Noch einmal vermählte sich der König, schon ein Fünfziger, im Jahre 1543; seine letzte Gemahlin, Katharina Parr, hat ihn überlebt.

Heinrich starb im Jahre 1547. Das Parlament hatte nach seinem Wunsche ein Thronfollegesetz geschaffen, dem zufolge sein Sohn Prinz Eduard die Krone tragen sollte und, falls er kinderlos stürbe, nach einander seine Schwestern Maria und Elisabeth. So erfolgte zunächst die Thronbesteigung Eduards VI. Der neue König war ein Knabe von neun Jahren und an seiner Stelle ergriff nun, freilich im Widerspruche mit den Anordnungen Heinrichs VIII., sein Oheim Eduard Seymour als Protektor des Reiches die Zügel der Regierung.

Seymour oder der Herzog von Somerset, wie er sich jetzt nannte, war ein durchaus protestantisch gesinnter Mann. Mit grosser Energie und Hast machte er sich sogleich daran, seine Ansichten und Wünsche im kirchlichen Leben der Nation zur Herrschaft zu bringen. Schon bei der Krönung ermahnte Erzbischof Cranmer den König, er möge wie einst Josias den Götzendienst im Lande ausrotten. Mit umfassenden Plänen trat Somerset in die Leitung der Geschäfte ein. Nicht nur dass er dem Protestantismus in England den Boden bereiten wollte; er dachte ihn auch nach Schottland zu verbreiten, beide Länder sollten zuletzt ein einziges protestantisches Reich und die Vormacht und Stütze des evangelischen Bekenntnisses bilden. In England wenigstens hat er seine Absichten erreicht. Die harten sechs Artikel Heinrichs VIII. wurden aufgehoben und der eigentlich entscheidende Schritt geschah, als durch die Konvokation und das Parlament einmütig der Beschluss gefasst wurde, fortan das Abendmahl unter beiderlei Gestalt austheilen zu lassen. Im Anschlusse daran ward eine neue Liturgie, das Commonprayerbook eingeführt. Die reformatorischen Tendenzen hatten jetzt wenigstens in den höheren Lebenskreisen die Oberhand gewonnen. England war die Zuflucht der nach dem unglücklichen Schmalkaldischen

Kriege aus Deutschland flüchtigen Protestanten, welche vordem mit englischem Gelde in ihrem Kampfe unterstützt worden waren. Doch auch die gemeine Habsucht hat eine Rolle gespielt, denn mit der Einführung der kirchlichen Neuerungen war eine massenhafte Einziehung geistlicher Güter verbunden.

Und nun drang Somerset auch mit starker Macht nach Schottland vor. In einer Vermählung der kleinen Königin Maria Stuart mit König Eduard VI. meinte er den Weg gefunden zu haben, um das grossbritannische Reich protestantischer Konfession zu begründen. Aber trotz eines Sieges, den er erfocht, kam er seinem Ziele um keinen Schritt näher. Die Schotten hingen noch so treu am katholischen Glauben, wie in den Zeiten Heinrichs VIII., dessen Versuchen, sie von der römischen Kirche loszureissen, sie einen starren Widerstand entgegengesetzt hatten — an ihrer Spitze Kardinal Beaton, der 1546 als Märtyrer des Katholizismus durch Mörderhand gefallen war. Nur die Verbindung zwischen Schottland und Frankreich ward durch Somersets Angriff befördert, die junge Maria Stuart an den französischen Königshof gesandt, um mit den Kindern Heinrichs II. erzogen zu werden.

Wie der Protektor im politischen Kampfe und in der Einführung kirchlicher Neuerungen rastlos vorwärts stürmte, so suchte er auch mit unbarmherziger Härte alles aus dem Wege zu räumen, was seine mächtige Stellung zu gefährden schien. Um so grösser ward seine Eifersucht, je mehr er empfand, dass er sich einflussreiche Kreise durch seine Handlungen entfremdete. Merkwürdig ist der Hochverratsprozess, den er gegen seinen Bruder anstrengen liess. Lord Seymour von Sudley war habgierig und ehrgeizig wie sein Bruder. Als Admiral hatte er in bedenklicher Verbindung mit den Seeräubern gestanden, welche damals die englischen Küstengewässer beunruhigten. In der Anklage, die heute gedruckt vorliegt, wird ihm vorgeworfen, er selber habe wie das erklärte Haupt der Piraten gehandelt. Aber doch war dies nicht der Punkt, der seinen Untergang herbeiführte. Eine Reihe von Handlungen des Admirals wurden namhaft gemacht, die in ihrer Gesamtheit auf die Absicht zu deuten schienen, den Protektor zu verdrängen und selbst an seiner Stelle in den Besitz der höchsten Gewalt zu gelangen. Alles deutete darauf, dass er Geld und Mannschaften habe sammeln wollen, um im geeigneten Augenblicke mit grosser Macht zu Lande und zur See auftreten zu können. Gegen den König oder mindestens gegen den Protektor hätten sich seine Pläne gerichtet. Ein Vorwurf wurde ihm auch daraus gemacht, dass er Katharina, die Witwe

Heinrichs VIII., mit verdächtiger Eile und Heimlichkeit gehehlicht hatte, als ob er ein Kind aus dieser Verbindung noch als Sprössling des verstorbenen Königs hätte ausgeben wollen. Dies gehörte der Vergangenheit an, Katharina war zur Zeit der Anklage gestorben. Aber nun soll sich der Admiral um die Hand der sechzehnjährigen Prinzessin Elisabeth, der Tochter Anna Boleyns, im geheimen bemüht haben. Eine augenblickliche Gefahr schien dadurch vorhanden. Irre ich nicht, so lag darin der eigentliche Grund, der das Verfahren gegen Seymour herbeiführte. Diese junge Fürstentochter war, wenn Eduard kinderlos starb, gleichsam die Verkörperung der protestantischen Zukunft Englands. Ihrem künftigen Gemahl schien einmal die höchste Machtstellung im Lande zufallen zu müssen. So begann schon das Werben um Elisabeths Hand, als ihre Aussicht auf den Thron von England noch in weiter Ferne lag.

Der Admiral ward in den Tower geschickt. Einige Mitglieder des Geheimen Rates legten ihm die Anklage vor. Er weigerte sich darauf zu antworten oder sich zu rechtfertigen. Im Rate des Königs ward nun beschlossen, auf parlamentarischem Wege gegen Seymour vorzugehen. Eduard selbst, ein aufgeweckter Knabe, gab aus freien Stücken seine Meinung in diesem Sinne ab. Aber vorher ward dem Admiral noch einmal die Anklage vorgelegt; dieses Mal fand er sich bereit, auf einzelne Punkte zu antworten. Einen gewissen Anspruch machte er geltend, auch für seine Person einen Anteil an den höchsten Angelegenheiten des Reiches zu besitzen. Denn frühere Fälle schienen dies zu begründen. Hatten doch für den minderjährigen Heinrich VI. zwei Oheime, der eine in Frankreich, der andere in England die Regierung geführt, und der Herzog von Gloucester, der den Titel des Protektors erhalten hatte, war sogar der jüngere gewesen. Seymour übersah, dass jene Verleihung ausdrücklich nur für die Zeit erfolgt war, da der ältere Bruder in Frankreich weilte. Ein festes Regentschaftsgesetz hatte man in England nicht, doch hielt man im allgemeinen an dem Grundsatz fest, dass, solange der König nicht selbst regieren könne, dem nächsten männlichen Verwandten, also wiederum einem einzigen, die volle Stellvertretung zustehe. So konnte man denn in den ehrgeizigen Absichten des Admirals wohl eine Gefahr für die Einheit der Reichsverwaltung erblicken.

Eine Verurteilung durch Parlamentsbeschluss oder durch *Bill of attainder*, wie man sie jetzt wählte, war zuerst unter der Regierung Heinrichs VI. vorgekommen. Es war eine Form, bei welcher, von einem eigentlichen Gerichtsverfahren abgesehen, die Schuld des

Beklagten gleichsam als notorisch vorausgesetzt wurde. Die gegen Seymour eingebrachte *Bill of attainder* wurde von beiden Häusern des Parlaments angenommen; seine Handlungsweise für Hochverrat erklärt. Der Unselige, welcher es verschmähte, die Gnade seines Bruders anzuflehen, starb den Tod des Verräters.

Doch auch die Macht des Protektors war nicht mehr von langer Dauer. Sein Unternehmen gegen Schottland war gescheitert. Von der Ausbreitung des Protestantismus nach dem nördlichen Königreiche, von einer Vermählung Eduards VI. mit Maria Stuart, wie Somerset sie geplant, um dadurch die Vereinigung der beiden Reiche vorzubereiten, war nicht weiter die Rede. Ja, aus dem Kriege mit Schottland war ein Zerwürfnis mit Frankreich hervorgegangen. Der Protektor erwies sich den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen. Den Kampf vermochte er nicht aufzunehmen. Sein Vorschlag, Boulogne aufzugeben, ward als ein Schimpf bezeichnet. Auch wurde die herrschende Unsicherheit des Handels und andere Missstände ihm zur Last gelegt. Der Geheime Rat erhob sich gegen ihn, Somerset unterwarf sich und ward in den Tower geschickt. Zu seinem Sturze hatte es beigetragen, dass er dasselbe that, was auch seinem Bruder zum Vorwurf gemacht worden war, indem er Mannschaften zu sammeln versuchte, um sich im Besitze der Macht zu erhalten. Somerset ward zwar nach kurzer Zeit aus dem Tower entlassen, auch in den Geheimen Rat durfte er wieder eintreten; aber seine frühere Stellung gewann er nicht zurück. Ein Versuch, Graf Warwick, den neuen Machthaber zu stürzen, gereichte ihm selbst zum Verderben. Er hoffte, durch die Volksgunst zu siegen, aber unter den Tudors gab noch das Wort des Königs die Entscheidung. Der junge Eduard erhöhte den Grafen Warwick; den früheren Protektor, seinen Oheim, stiess er zurück. Somerset hat im Jahre 1552 auf dem Blutgerüste geendet.

In der Geschichte des englischen Protestantismus hat er sich einen unvergesslichen Namen gemacht. Er war es, der nach dem Tode Heinrichs VIII. um die Ausbreitung der neuen Ideen nach Schottland gekämpft hat, in England durchbrach er die Schranken, welche ihrer unbedingten Herrschaft durch Heinrich gesteckt worden waren. Der mit den kirchlichen Fragen aufs engste verflochtene Gedanke der Vereinigung der beiden britannischen Kronen auf einem einzigen Haupte ist mit besonderer Lebendigkeit von ihm ergriffen worden. Aber erst die Folgezeit hat nach schweren Wechselfällen das Mass und die Form gefunden, in der des Protektors Pläne sich ausführen liessen. In der Vielseitigkeit seines

Wirkens, in der fürstlichen Stellung, die er für seine Person sich zu schaffen wusste, in dem Glanze seines Haushalts, zeigt er eine gewisse Verwandtschaft mit Wolsey, so verschieden der Geist und die Ziele der beiden Männer im übrigen waren. Der prächtige Palast, den er sich am Strand gebaut hatte, ging nach seinem Sturze — noch unvollendet — in den Besitz der Krone über; mehrere englische Königinnen haben darin Hof gehalten.

An der kirchlichen Politik der englischen Regierung ward auch durch Somersets Sturz nichts geändert. Fremde Reformatoren wurden in's Land gezogen; selbst von Melancthons Berufung ward die Rede. Ganz in seinem Geiste, nach dem Muster der Augsburgischen Konfession, waren jene 42 Artikel gehalten, welche Cranmer verfasste und die fortan den Glaubensinhalt der anglikanischen Kirche zusammenfassen sollten. Der Supremat der Krone wurde streng durchgeführt. Die Bischöfe wurden unbedingt von der Regierung abhängig. Man war vielleicht auch in der Stimmung, mit den Bischöfen überhaupt ein Ende zu machen. Mehrere unter ihnen, wie Gardiner von Winchester und Bonner von London wurden ihrer geistlichen Ämter einfach entsetzt. Von dem jungen Könige selbst ist es bekannt, dass er sich mit einer streng evangelischen Gesinnung erfüllte. Gewiss, man durfte erwarten, dass er einmal der Hort und Vorkämpfer des gesamten Protestantismus in Europa sein werde.

Da aber wurde Eduard VI. von unheilbarer Krankheit ergriffen und siechte einem frühen Tode entgegen. Nach dem Thronfolgesetze Heinrichs VIII. war zunächst die Prinzessin Maria, die Tochter Katharinas von Aragon zur Thronfolge berufen. Wie einst das Unglück der Mutter mit der Lossagung vom römischen Stuhle verbunden gewesen war, so hatte auch die Tochter den Hass gegen alle protestantischen Ideen überkommen; von einer katholischen Umgebung war sie in dieser Gesinnung, die kein Geheimnis war, bestärkt worden. Nichts anderes als die Rückkehr zur römischen Kirche hatte man von der Thronbesteigung Marias zu gewärtigen. Dazu aber wollte es der noch an der Spitze des Reiches stehende Graf Warwick, der jetzt den Titel eines Herzogs von Northumberland führte, nicht kommen lassen. Und mit der Erhaltung des Protestantismus war auch seine eigene Machtstellung eng verknüpft. So machte er einen Versuch zur Beseitigung des Thronfolgesetzes. Er wollte es umstossen nicht zu Gunsten Elisabeths, sondern der Johanna Grey, die von einer jüngeren Schwester Heinrichs VIII. abstammte und die Northumberland nun mit seinem

Sohne vermählte. Der König ernannte die siebzehnjährige Johanna zu seiner Nachfolgerin.

Eduard starb und Johanna Grey ward zur Königin ausgerufen. Ein junges, unerfahrenes Weib, aufgewachsen bei gelehrten Studien: was wusste ihre kindliche Seele von dem Ernste des politischen Lebens und den furchtbaren Gegensätzen ihrer Zeit? Was wusste sie selbst von ihrem eigenen Rechte auf den Thron? Als die Grossen ihr sagten, dass sie Königin sei, war ihr einziger Gedanke ein Gebet zu Gott, der ihr Kraft verleihen möge, ihr Amt zu seiner Ehre zu verwalten.

Aber Northumberland hatte sich in der öffentlichen Meinung verrechnet. Dass Maria katholisch war, kam in diesem Augenblicke weniger in Betracht — denn so tief in's Volk waren die religiösen Unterschiede noch garnicht gedrungen — als dass sie durch Parlamentsstatut nach Eduards Tode zur Thronfolge berufen war. Man spricht von der geringen Macht des Parlaments unter den Tudors. Aber die Herrscher dieses Geschlechts pflegten doch auch trotz aller gewohnten Einflussnahme auf die Wahlen und die Verhandlungen alsdann nur in Übereinstimmung mit dem Parlamente zu regieren; sie hüteten sich, seine Rechte anzutasten. Wohl verstanden sie es meistens, das Parlament nach ihrem Willen zu lenken; wo aber das nicht möglich war, hätten sie ihm doch nicht zuwider gehandelt. Darin eben lag die Staatskunst der Tudors. Die Thronfolgeakte Heinrichs VIII. konnte nach der Anschauung der Zeit nicht anders als wieder unter Mitwirkung des Parlaments beseitigt werden; die Anordnung Eduards VI. erschien unter diesem Gesichtspunkt widerrechtlich, weil sie vom Könige einseitig erlassen worden war. So geschah es nun, dass die Mehrheit des Volks für das Recht der katholischen Maria eintrat. In Norfolk trat sie zuerst als Königin auf, ein Anhang sammelte sich um sie, Northumberland musste ihr mit bewaffneter Macht entgegenziehen. Und schon hat das Land und selbst die Hauptstadt sich für Maria erklärt. Zu einem Kampfe kommt es nicht mehr, denn Northumberland muss sich unterwerfen. Unter dem Jubel des Volks hält Maria ihren Einzug in London. Furchtbar war das Schicksal der unglücklichen Johanna Grey. Sie hatte die Krone nicht begehrt; jetzt musste sie dafür büssen, dass man sie ohne ihr Zuthun zur Königin erklärt hatte. Sie ward als Gefangene im Tower gehalten; im nächsten Jahre, nach einem Aufstande gegen die bestehende Regierung, fiel ihr unschuldiges Haupt auf dem Blutgerüste.

Die Thronbesteigung Marias war ein Sieg des parlamentarischen

Rechts, wie man ihn gerade in der Zeit der Tudorherrscher nicht gering anschlagen darf. Man wird nun zugleich auch annehmen dürfen, dass dasjenige, was die Protestanten von dieser Königin fürchteten, der Mehrheit der Bevölkerung nicht unerwünscht gewesen sei. Die weitgehende Reformierung unter Eduard VI. hatte viel Unzufriedenheit erregt; nur die durch Heinrich VIII. vollführte Lostrennung der anglikanischen Kirche vom römischen Stuhle hatte den Beifall der Menge. Von Maria hoffte man die Rückkehr zu der Haltung Heinrichs VIII. Sie hielt in der That mit ihrer Gesinnung nicht lange zurück. Bald war die katholische Messe überall hergestellt. Die protestantischen Bischöfe wurden abgesetzt, Cranmer, der Verfasser der 42 Artikel in den Tower geworfen, das Commonprayerbook abgeschafft. Selbst die gefährliche Erhebung des Thomas Wyatt im Jahre 1554, deren Opfer die unglückliche Johanna Grey wurde, änderte nichts an der Kirchenpolitik der Regierung.

In diesem Jahre ward Maria die Gemahlin Philipps von Spanien, des Sohnes Karls V. Der Versuch, sie zur Ehe mit einem protestantischen Engländer zu bewegen, war gescheitert. Als das Parlament sich der Verbindung mit Philipp abgeneigt zeigte, erhielt es einen scharfen Verweis von der Königin. Maria besass den festen Eigenwillen der Tudors; dabei hatte sie viel von der spanischen Art ihrer Mutter. Ohne ihn zu kennen, hielt sie Philipp für den geeigneten Gemahl; sie gewöhnte sich daran, in ihm die Verkörperung aller männlichen Tugend zu erblicken. Ein merkwürdiges Paar. Die um zwölf Jahre ältere Frau dem Gemahl treu ergeben; er aber schreitet zu dieser Ehe nur, weil er früh gelernt hat, seine persönlichen Neigungen den Interessen der grossen Politik unterzuordnen. Selbst seine kalte Natur suchte er zu zwingen, um das englische Volk zu gewinnen. England ward durch diese Verbindung vollkommen in den Kreis der katholischen Mächte und Interessen gezogen. Der Königin hätte ihr Gewissen keine Ruhe gegeben, wenn es nicht gelungen wäre, das Parlament für die Wiederaufrichtung der päpstlichen Hoheit zu gewinnen. Selbst die Wiedererstattung der der Kirche genommenen Güter wurde beschlossen. Durch Philipps Einfluss gelang es sogar, die einst gegen die Lollarden erlassenen Gesetze wieder in's Leben zu rufen.

Und nun begannen die furchtbaren Ketzerverfolgungen der blutigen Maria. Die ersten protestantischen Männer des Landes, Cranmer unter ihnen, mussten den Scheiterhaufen besteigen. Philipp war nur im ersten Jahre seiner Ehe längere Zeit an der Seite seiner Gemahlin, dann weilte er meistens in den Niederlanden. In

England aber schaltete statt seiner Reginald Pole, Legat des Papstes und Erzbischof von Canterbury, wie der eigentliche Herrscher des Landes. Selbst die auswärtige Politik ward von dem spanischen Systeme abhängig. England nahm teil an dem Kriege Spaniens gegen Frankreich; die Spanier siegten, die Engländer aber verloren Calais, den letzten festländischen Besitz, der ihnen aus den Zeiten Eduards III. noch geblieben war.

Es fehlte schon zu Marias Lebzeiten nicht an Zeichen der tiefen Unzufriedenheit, von der das Land erfüllt war. Man wird glauben dürfen, dass das Volk sich eine längere Dauer dieser un-englischen Regierung nicht hätte gefallen lassen. Man lebte in der Hoffnung auf bessere Zeiten. So hing nun alles davon ab, ob die Ehe der Königin durch Nachkommenschaft gesegnet sein werde. Es lässt sich wohl denken, dass die Geburt eines Thronfolgers damals ähnliche Folgen für den Thron gehabt haben würde, wie unter nicht ganz ungleichen Verhältnissen im Jahre 1688. Mehr als einmal glaubte Maria, dass sie Mutter werde, doch es war eine Täuschung. Statt dessen befahl sie ein Leiden, das an der Lebenskraft zehrte und dem sie im Jahre 1558 nach fünfjähriger Regierung erlegen ist.

Nach dem Thronfolgesetz Heinrichs VIII. folgte als Königin Marias Halbschwester Elisabeth, die Tochter Anna Boleyns. Wie Maria so war auch Elisabeth schon durch ihre Geburt auf eine bestimmte Haltung in den kirchlichen Fragen hingewiesen. Um Anna Boleyns willen hatte Heinrich VIII. mit dem Papste gebrochen. Ihre Tochter Elisabeth, die man in Rom als einen Bastard betrachtete, deren Thronrecht man bestritt, war die geborene Beschützerin des Protestantismus. Nur darum konnte es sich handeln, wie weit sie auf dem von ihrem Vater beschrittenen Wege vorwärts gehen, wo sie innehalten werde. Es war das Glück ihrer Regierung und Englands, dass sie das richtige Mass gefunden hat. Zum dritten Male seit dem Tode Heinrichs VIII. ward dem Volke ein Wechsel des Bekenntnisses aufgedrungen.

Man hat sich oft darüber gewundert, wie geduldig die Engländer sich den dreimaligen Gewissenszwang haben gefallen lassen. Durch den Absolutismus und die thatsächliche Macht der Krone ist die Sache keineswegs genügend erklärt; eher dürfte man von der blinden Anhänglichkeit des Volks an die Dynastie sprechen. Auf der andern Seite muss man erwägen, dass der unter Elisabeth erfolgende Umschlag anfangs keineswegs als ein Zwang sondern im Gegenteil eher wie eine Befreiung von einem Drucke empfunden wurde, unter dem man geseufzt hatte. Unter Eduard VI. hatte die Regierung er-

kannt, dass die nach beiden Seiten eng begrenzte Haltung Heinrichs VIII. auf die Dauer nicht behauptet werden könne. Man musste entweder zur römischen Kirche zurückkehren oder entschlossen dem Protestantismus, wie er in Deutschland so selbständig dastand, die Hand reichen. Das Letztere geschah, und also war ebenso sehr aus politischen wie aus rein religiösen Rücksichten die Reformation in England begonnen worden. Wir sehen, der Gang der Dinge war umgekehrt wie in Deutschland. Im Heimatlande des Protestantismus war die Lossagung von Rom die notwendige Folge der kirchlichen Reform, von der man ausgegangen war. In England dagegen diente die Durchführung der protestantischen Ideen als ein Mittel, um die längst zwischen der englischen Kirche und dem Papsttum entstandene Kluft so stark zu erweitern, dass sie nicht mehr geschlossen werden konnte. Aber dabei geschah es, dass man viel weiter ging als die am alten Glauben hängende Bevölkerung in ihrer Mehrheit billigte. Als daher Maria den Katholizismus zurückführte, stimmte die Nation ihr zu und wollte sich zufrieden geben, wenn sie nur nicht wieder die Hoheit des römischen Stuhles über sich erkennen müsse. Aber nun ward auch Maria durch die Gewalt der Umstände wie durch ihr eigenes Gewissen getrieben, nicht zu ruhen, bis gerade auch dieses Ziel, der unbedingte Anschluss an die katholischen Mächte, erreicht war. Dadurch und durch die blutige Strenge, mit der es vollführt wurde, erbitterte sie die Nation so sehr, dass abermals das Verlangen nach einer kirchlichen Änderung entstand. So fand Elisabeth wiederum den Boden bereitet für eine neue kirchliche Reform; hoffnungsvoll ward die neue Königin von der Nation begrüßt.

Die Protestanten im eigentlichen Sinne bildeten noch die Minderheit der Bevölkerung. Aber auf der andern Seite traf Elisabeth doch die Gedanken der Mehrheit, wenn sie die Unterordnung unter das Papsttum wieder aufhob. Dabei konnte es nun freilich nicht sein Bewenden haben. Indem die Königin weiterging als Heinrich VIII., aber nicht so weit wie Eduard VI., ward eine Kirche begründet, die vom Geiste des Protestantismus erfüllt war und dabei die äusseren Formen des Katholizismus zum Teil noch festhielt. Mit dem Parlamente und durch dasselbe liess auch Elisabeth gleichwie ihre Vorgänger ihre Reformen ins Werk setzen. Bei der Ausführung derselben verfuhr man mit einer gewissen Schonung. Der Supremat der Krone wurde wieder hergestellt, aber der Eid darauf nur von denjenigen Personen gefordert, die ein Amt von der Regierung besaßen. Strafgesetze gegen Katholiken wurden erlassen, aber kaum zur Ausführung gebracht. Die katholischen Bischöfe

freilich wurden entfernt und durch andere ersetzt. Das Common-prayerbook Eduards VI. wurde in wenig veränderter Gestalt dem Gottesdienste zu Grunde gelegt. Auch die 39 Artikel, welche den Glaubensinhalt dieser unter Elisabeth begründeten Kirche ausmachen, waren nur das Ergebnis einer Durchsicht jener 42 Artikel, die Cranmer niedergeschrieben hatte.

Obwohl die Einrichtungen der anglikanischen Kirche von Zufälligkeiten nicht frei waren, ist sie doch mit dem Leben der Nation allmählich fest und unauflöslich verwachsen. Jetzt erst, unter Elisabeths Regierung, drangen die Ideen der Reformation tief in das englische Volk ein; in der bischöflichen Kirche von England fanden sie ihren Ausdruck. Dabei war die Fühlung mit den reformierten Kirchen des gesamten Europas gewahrt, obwohl man in der Form sich von ihnen unterschied. Seit alten Zeiten war es ja nicht anders gewesen: England nahm teil an dem geistigen Leben und den Einrichtungen der Welt des Festlandes; aber jenseits des Kanals gewann alles ein eigentümliches, nationales Gepräge.

Schon in den ersten Zeiten ihrer Herrschaft stand Elisabeth jener Mann zur Seite, der durch Jahrzehnte die höchsten Staatsgeschäfte persönlich geführt hat, William Cecil, nachmals Lord Burleigh. Man ist leicht geneigt, in thaten- und ereignisreichen Regierungen den Anteil der Minister an den höchsten Entscheidungen zu überschätzen, das eigene Verdienst der Herrscher herabzusetzen. Bedeutend genug war sicherlich der Einfluss, den Cecil auf seine Herrin ausübte. Die Reformation wird man, wenigstens in der Art ihrer Durchführung, vornehmlich als sein Werk aufzufassen haben, wie denn gerade durch die Wahl dieses Ministers von protestantischer Gesinnung die Königin sich selbst die Richtschnur für ihre Kirchenpolitik gezogen zu haben schien. Aber obwohl Cecil nun auch fernerhin mit seiner unvergleichlichen Arbeitskraft und Hingebung der Leiter der Geschäfte blieb, regierte doch in Wahrheit Elisabeth selbst. Eine Frau von reicher Bildung des Geistes, von klarem Urteil in allen Dingen und von sicherem Blicke für das praktische Interesse. Sie war durchaus nicht frei von weiblichen Schwächen: jedermann kannte ihre Eitelkeit; sie liebte es, starke Schmeicheleien über ihre körperlichen Reize zu hören, und das um so mehr, je weniger aufrichtig bei ihrem zunehmenden Alter diese Schmeicheleien gemeint sein konnten. Dabei wachte sie auch eifersüchtig über den alleinigen Besitz ihrer Herrschergewalt. Gerade weil sie eine Frau war, wollte sie doch ihr Recht mit niemandem teilen. Einem Gatten fürchtete sie die Mitregentschaft einräumen

zu müssen. Wie viele Vorschläge sind gemacht, wie viele Verhandlungen angeknüpft worden, um eine Vermählung Elisabeths herbeizuführen. Sobald es Ernst damit zu werden schien, trat sie jedesmal zurück. So ist sie als die „jungfräuliche“ Königin gestorben. Aber wie vieles an ihr auch klein und tadelnswert erschien, sie war es doch, welche die Seele ihrer Regierung bildete. In ihrem Geiste arbeiteten ihre Diener und sie selbst nahm an allem teil. Ihre persönlichen Wünsche, ihre Neigungen und Abneigungen schwiegen, wo das Wohl des Staates sprach.

Die wichtigsten Ereignisse in Elisabeths Regierungsgeschichte waren nur die Folge der kirchlichen Ordnung, wie sie in den ersten Zeiten der Königin begründet worden war. Im Weltteil war die religiöse Frage zu einer Bedeutung gelangt, dass alles andere dahinter zurücktrat. Es war die Zeit, da der Katholizismus sich rüstete, den verlorenen Boden überall zurückzugewinnen; da in Frankreich die beiden Konfessionen einander als bewaffnete politische Parteien feindlich gegenüberstanden, da bald auch in den Niederlanden der furchtbare Kampf um politische und religiöse Freiheit sich erhob; die Zeit, da die Macht Spaniens unter Philipp II. als Verfechter der katholischen Interessen in allen Teilen Europas auftrat. Es konnte nicht ausbleiben, dass dem gegenüber unter den Verteidigern des Protestantismus England in die vorderste Reihe gedrängt wurde. Was die protestantische Welt von Eduard VI. vergeblich erhofft hatte, das erfüllte sich in der Person Elisabeths.

Der grosse Gegensatz der Konfessionen war es auch, der gleichsam den Hintergrund bildete in dem denkwürdigen Konflikte Elisabeths mit Maria Stuart, der Königin von Schottland. Das nördliche Königreich hatte, wie wir wissen, längst in voller Freiheit neben England dagestanden, mit diesem in ewigem Hader lebend, der häufig in offene Feindseligkeit und blutigen Krieg ausgeartet war. Die innere Entwicklung Schottlands war unter fortwährendem Einflusse der englischen vor sich gegangen. Die protestantische Propaganda, die unter dem Schutze der englischen Waffen im Lande auftrat, hatten die Schotten in der Zeit Eduards VI. noch siegreich von sich abgewehrt. Wenige Jahre später trat John Knox, der Reformator Schottlands, auf. Als Schüler Calvins drang er nicht nur auf die Abschaffung der Messe, die Austeilung des Abendmahls in beiderlei Gestalt, sondern auch gegen jeden äusseren Schmuck der Kirche. Es war in seinem Sinne, wenn die Heiligenbilder in den Kirchen — Denkmäler der Abgötterei, wie er sie nannte, — wenn in den ersten Städten des Landes die Klöster zerstört wurden.

Im Gegensatze zu England, wo auf gesetzlichem Wege die Reformation Eingang fand, geschah dasselbe in Schottland durch gewaltsame Umwälzung. Und doch ward auch hier der Sieg der neuen Glaubensform dem Umstande verdankt, dass sie von dem mächtigsten der politischen Faktoren im Lande beschützt wurde. Denn nicht der Krone eignete hier die höchste Macht, sondern den grossen Lords, welche mit ihren Untergebenen oft gegen einander, oft auch gegen die Krone Krieg führten. Zwei Jahrhunderte hindurch war die Geschichte Schottlands erfüllt gewesen von unendlichen Zwistigkeiten und Kämpfen zwischen der Krone und den stolzen Vassallen. Gerade um ihrer mächtigen Stellung willen, meinte Knox, seien die Grossen verpflichtet, für das Evangelium einzutreten. Als nun die Krone im Bunde mit der katholischen Geistlichkeit gegen die Neuerungen einschritt, kam es im Jahre 1559 zum offenen Bürgerkriege.

An der Spitze des Landes stand damals Maria Guise, die Witwe Jakobs V., die für ihre Tochter Maria Stuart die Regentschaft führte. Sie rief die Franzosen zu Hilfe. England aber trat nunmehr für die protestantischen Lords in Schottland ein. Wir müssen bei diesem Konflikte einen Augenblick verweilen, denn es handelte sich nicht nur um das Bekenntnis der Schotten, sondern um die Zukunft der ganzen Insel.

Die Königin Maria Stuart, durch ihre Mutter mit dem französischen Königshause verwandt, war an dem galanten Hofe Heinrichs II. erzogen worden. Schön, liebenswürdig, von aller Welt bewundert und gefeiert, war sie zugleich der Gegenstand der umfassendsten politischen Pläne. Sie ward die Gemahlin des französischen Dauphins Franz und durch den Tod ihres Schwiegervaters im Jahre 1559 Königin von Frankreich. Und nicht allein Frankreich und Schottland, die von Alters her verbündeten Mächte sollten also unter einem Scepter vereinigt werden. Als mit der Thronbesteigung Elisabeths der Protestantismus in England zur Herrschaft kam, erklärte man in Paris, dass nicht die Tochter Heinrichs VIII., sondern Maria Stuart (die Urenkelin Heinrichs VII.) die wahre Königin von England sei. Sie und ihr Gemahl nahmen in ihren Königstitel neben Frankreich und Schottland auch noch England und Irland auf. Die Aussicht auf diesen ungeheuren Länderbesitz schwand allerdings mit dem Tode Franz' II., da nun die französische Krone an seinen jüngeren Bruder Karl IX. kam; aber Maria Stuart hielt an ihrem Ansprüche auf den Thron von England fest. Nach dem Tode ihrer Mutter trat sie im Jahre 1561 die Reise in ihr schottisches Königreich an. Den von jener mit

Elisabeth geschlossenen Edinburger Vertrag, nach dem die Franzosen das Land geräumt hatten, verwarf Maria. Ihr Verhältnis zu Elisabeth war von Anfang an nicht eben günstig. Denn diese sah in ihr die Nebenbuhlerin, die ihr ihren Thron streitig machen wollte und der sie in der That wenigstens das Recht auf die Nachfolge kaum bestreiten konnte. Nun stehen die beiden Königinnen einander gegenüber in ungewisser Haltung. Die Politik beider fasst die Vereinigung der englischen und schottischen Krone ins Auge; beide verbinden damit ein kirchliches Programm. Elisabeth unterstützt den schottischen Protestantismus; auf Maria Stuart sind die Augen des katholischen Europas gerichtet. Die eine will ein protestantisches, die andere ein katholisches Grossbritannien errichten.

Wer kennt nicht die Schicksale der unglücklichen Schottenkönigin, mit der zusammen die Aussichten des katholischen Systems auf der britischen Insel vernichtet wurden? Selbst jung und leidenschaftlich steht sie unter den stolzen schottischen Adligen, die alle kriegerisch und ehrgeizig, dabei auch zu Gewaltthat und Verbrechen geneigt sind. Die Schönheit ihrer Königin, ihre Stellung machen ihren Besitz allen gleich begehrenswert. Maria folgt nur ihrer Neigung. Sie vermählt sich ihrem Vetter Henry Darnley; aber er verliert ihr Herz durch eine wildem Hasse entsprungene Gewaltthat. Gegen Darnley bildet sich eine Verschwörung, der die Königin nicht fernsteht. Der Gemahl wird um's Leben gebracht und Maria heiratet Lord Bothwell, den Mörder Darnleys. Alle Welt glaubte an ihre Mitschuld bei dem Tode des Gatten und die Umstände schienen darauf hinzudeuten. Der Nachwelt liegen Zeugnisse vor, Briefe, die von Maria an Bothwell gerichtet sein sollen und ihre Schuld über allen Zweifel zu stellen scheinen. Aber über ihre Echtheit wird gestritten, und da die Originale verschwunden sind, so ist es schwer, einen Beweis zu erbringen, der jedermann überzeugen müsste. Der Forscher aber, der den Sachverhalt unbefangen erwägt, wird sich der Annahme, dass die Briefe echt seien und Maria des Gattenmordes schuldig, kaum verschliessen können.

In Schottland war ihr Ansehen für immer untergraben. Das Volk erhob sich im Aufstande, Maria musste sich ergeben und in der Gefangenschaft auf die Krone zu Gunsten ihres kleinen Sohnes verzichten. Es gelang ihr zu entkommen, ein Heer zu sammeln, aber auf dem Schlachtfelde ward sie besiegt und musste entfliehen. Sie wandte sich nach England. Von Elisabeth hoffte sie Unterstützung gegen ihre rebellischen Unterthanen. Aber wenn auch die englische Königin sich gegen die schottischen Grossen ausgesprochen hatte,

so that sie doch nicht, was Maria erwartet hatte. Als diese den englischen Boden betreten hatte, dachte die englische Regierung zunächst an den Vorteil, den es gewährte, nunmehr die Frau in ihrer Gewalt zu haben, die neben Elisabeth Anspruch auf den englischen Thron erhob. Anfangs hiess es, Maria müsse sich, ehe Weiteres geschehen könne, von dem auf ihr lastenden Verdachte des Mordes befreien. Aber dann noch hörte der Zwang nicht auf; Maria sah sich als Gefangene in England festgehalten.

Die von ihr dem Throne Elisabeths drohende Gefahr war damit keineswegs beseitigt. Eher könnte man sagen, dass nun erst die Anschläge der katholischen Mächte Europas ein bestimmtes Ziel erhielten, wo es galt, Maria Stuart, die Märtyrerin, zu befreien, sie an Elisabeths Stelle auf den Thron zu erheben. Maria blieb auch von Schuld gegen ihre Feindin nicht frei; unaufhörlich war sie thätig, um der englischen Krone Gefahren zu erwecken. An allen Versuchen, die durch Jahre gegen den Thron, ja gegen das Leben Elisabeths unternommen wurden, war die gefangene Maria mittelbar oder unmittelbar beteiligt. So sehr man geneigt ist, ihr Verhalten zu entschuldigen, man muss gleichzeitig zugeben, dass es geeignet war, die englische Regierung allmählich als im Rechte befindlich erscheinen zu lassen. Die Gefangennahme, lediglich aus politischen Gründen entspringend, hatte den Charakter einer schnöden Gewaltthat gehabt. Nun aber war eine auf englischem Boden begangene Schuld vorhanden; sie wuchs beständig, bis Maria sich ihren völligen Untergang selbst bereitete.

Unterdessen war die katholische Welt bemüht, die Macht der Königin Elisabeth durch List und Gewalt zu untergraben. Im Jahre 1569 erhob sich ein Aufstand der Katholiken im nördlichen England, der niedergeschlagen und mit blutiger Strenge geahndet wurde. Der Papst erliess darauf eine Bannbulle gegen die ketzerische Königin. Sie wurde des Thrones für entsetzt erklärt, ihre Unterthanen des ihr geleisteten Eides entbunden, der Gehorsam gegen die Gebannte streng verboten. Der Erfolg dieses Schrittes in England war gering. Das Parlament von 1571 erklärte es für Hochverrat, wenn jemand nach des Papstes Worten sich richte. Elisabeth durfte in allen Massregeln gegen den Katholizismus auf die Zustimmung und Unterstützung ihres Volks rechnen. Und nun beschränkte sie sich nicht darauf, die Anschläge ihrer Feinde zu nichte zu machen: sie selbst warf ihre Macht in die Wagschale, um auch draussen in der Welt das allgemeine protestantische Interesse zu schützen. Denn so wurde es angesehen, als ob die Protestanten überall, wie ver-

schiedenartig auch die Verhältnisse seien, für eine und dieselbe Sache kämpften und darum auch für einander eintreten müssten. In der Zeit nun, da die protestantischen Niederlande in ausdauerndem Kampfe gegen die spanische Weltmacht für Freiheit und Glauben stritten, begann Elisabeth ihrer Sache näher zu treten. Anfangs begnügte sie sich damit, die freiwillige Teilnahme ihrer Unterthanen am Kampfe gegen Spanien zuzulassen. Aber dabei konnte es nicht bleiben. Nicht allein, dass die Machtstellung Philipps II. für England gefährlich wurde, als er im Laufe der achtziger Jahre in den südlichen Provinzen der Niederlande die Oberhand gewann: es entstand geradezu der Plan eines vereinten Angriffs aller katholischen Mächte gegen England zum Sturze Elisabeths.

Da entschloss sich die Königin zum offenen Kriege gegen Spanien. Ihre Truppen kämpften an der Seite der niederländischen Freiheitshelden; zur See und in den westindischen Gebieten hatte der kühne Franz Drake, halb Seeräuber halb Admiral, schon seit Jahren seine Beutefahrten gegen die Spanier vollführt. Aber ehe noch in diesem Kampfe zwischen Katholizismus und Protestantismus der schwerste Zusammenstoss erfolgte, sollte eine andere Entscheidung fallen.

Alle Anschläge der Katholiken standen aufs engste mit der Person Maria Stuarts in Verbindung. Denn in letzter Linie liefen sie immer darauf hinaus, nach der Beseitigung Elisabeths die Schottenkönigin an die Spitze von Grossbritannien zu stellen und damit eine durchgreifende Gegenreformation auf der ganzen Insel in's Werk zu setzen. Maria hatte während ihrer Gefangenschaft stets die Möglichkeit gehabt, mit ihren Freunden in England und auswärts brieflichen Verkehr zu pflegen. Man liess die Uermüdliche gewähren, aber in den kunstvollen Fäden, die sie schlang, hat sie selbst zuletzt ihr Haupt verstrickt. Im Jahre 1586 verschworen sich eine Anzahl junger englischer Katholiken, Elisabeth zu ermorden. Die Schuldigen wurden entdeckt und hingerichtet. Nun aber stellte sich heraus, dass Maria Stuart im Einverständnisse gewesen war. Der Staatssekretär Walsingham war im Besitze der Chiffre, in der sie ihre Korrespondenz geführt hatte. Eine Anklage wurde gegen die Königin von Schottland erhoben. Vor Gericht leugnete sie ihre Beziehungen zu den Verschworenen nicht, nur an dem Mordplan wollte sie nicht teilgehabt haben. Sie ist gleichwohl für schuldig erklärt und zum Tode verurteilt worden. Zögernd unterzeichnet Elisabeth das Todesurteil, das Parlament bittet um die Vollstreckung,

sie lässt in der That den Befehl ausfertigen, aber dann zögert sie abermals, hüllt sich in ihre Majestät und lässt ihre Diener in Ungewissheit über ihren Willen. Als dennoch das Unwiederrufliche geschehen ist, kann sie mit einem Schein von Recht darüber zürnen, dass man gegen ihren Wunsch gehandelt habe.

Maria Stuart ist nicht unschuldig gestorben. Sie hat frühe und späte Schuld auf dem Schafotte gebüsst. Ob sie selbst das Leben Elisabeths habe treffen wollen, ob sie wirklich dem Verschwörer ihre Zustimmung zur Ermordung ausgesprochen habe, braucht dabei kaum in Betracht zu kommen. Die Briefe, die sie geschrieben haben soll und die ihre Verurteilung herbeigeführt haben, sind ebensowenig wie jene früheren unangefochten geblieben. Gewiss ist doch, dass Maria die Gefahr kennen musste, in die sie sich begab, als sie mit den Verschworenen in Verbindung trat. Sie hat eben alles aufs Spiel gesetzt und ist dabei zu Grunde gegangen. Die formale Berechtigung ihrer Hinrichtung wird freilich auch dann noch zweifelhaft sein, wenn es die letzte Schuld gegen das Leben Elisabeths nicht mehr wäre. Doch in der That war es noch mehr eine Frage der Politik als des Rechts. Kein Zweifel, dass die Person der Schottenkönigin eine schwere Gefahr für die Regierung Elisabeths war, zumal in dem Augenblicke, als man eines Angriffs von seiten des mächtigsten Staates in Europa gewärtig sein musste. Das englische Volk, das an seiner Königin hing, forderte den Tod Maria Stuarts. Und so geschah es: die Gefahr im Innern ward durch einen furchtbaren Entschluss beseitigt, um der von aussen drohenden sicher begegnen zu können.

Der Seekrieg hatte in den letzten Jahren schon eine grosse Ausdehnung gewonnen. Drake fügte den Spaniern und ihrem Handel unermesslichen Schaden zu, jenseits des Oceans eroberte er St. Domingo und behauptete es einen Monat lang; selbst Cartagena, die reiche Hauptstadt des festländischen Besitzes der Spanier in Amerika, brachte er in seine Gewalt. Nun fasste Philipp II. den Entschluss, einen entscheidenden Angriff gegen das Reich der ketzerischen Königin selbst zu unternehmen. Bei der Entrüstung der katholischen Welt über die Hinrichtung Maria Stuarts konnte es auch an Unterstützung aus anderen Ländern nicht fehlen. Im Jahre 1587 konnte die Fahrt nach England noch nicht begonnen werden. Drake erschien unterdessen an der spanischen Küste, im Hafen von Cadix, brannte, plünderte und machte reiche Beute. Dem Könige von Spanien, erklärte Drake mit seinem grimmigen Seemannshumor, habe er den Bart versengt. Die spanischen See-

leute aber wollten es sich nicht ausreden lassen, dass dieser ketzerische Admiral seine Seele dem Bösen verkauft habe und nun nach seinem Belieben über Wind und Wetter zu schalten vermöge.

Im nächsten Jahre ward die unüberwindliche Armada ausgerüstet. Es war eine Flotte, wie das Abendland sie nie vorher gesehen hatte, grosse Schiffe, weit aus dem Wasser emporragend und ein ansehnliches Heer an Bord. Auch Portugal, dessen König Philipp jetzt war, und die italienischen Gebiete der spanischen Krone hatten beigesteuert. Der Papst schleuderte noch einmal den Bannstrahl gegen Elisabeth und forderte alle Katholiken auf, am Kampfe gegen England teilzunehmen. Das Ziel war so weit gesteckt wie nur möglich: was vorher durch Maria Stuart bewirkt werden sollte, das wollte jetzt Philipp selbst ausführen. Sich selbst wollte er die englische Krone aufs Haupt setzen; Maria Stuart hatte sterbend ihre Rechte auf England wie auf Schottland, den eigenen Sohn enterbend, dem spanischen Könige vermacht. Auch ein Anspruch, der durch eigene Abstammung Philipps auf die englische Krone bestehen sollte, ward gefunden: einer seiner Voreltern, Heinrich III. von Kastilien, war mit einer Tochter Johans von Gaunt vermählt worden.

Aber für England war die Zeit der dynastischen Kämpfe vorüber. Keine Hand rührte sich für ein Recht des Spaniers auf den Thron. Alles scharte sich begeisterungsvoll um die Königin, ihre katholischen Unterthanen nicht minder als die protestantischen. Der Admiral Howard selbst, der an der Spitze der Flotte stand, welche den Angriff der Armada abwehren sollte, war ein Katholik. So gewiss es ein Kampf war für den Bestand des Protestantismus im gesamten Weltteil; für die Engländer hatte er noch einen andern grossen Sinn: es galt die Wahrung der nationalen Freiheit gegen spanische Knechtschaft.

Als die Armada in den britischen Gewässern anlangte, zeigte sich bald die Überlegenheit der englischen Marine. Vor Plymouth geschah ein Gefecht, das eine Entscheidung nicht brachte, aber doch die Beweglichkeit und schnelle Kampfbereitschaft der Engländer zur See zeigte, ganz so wie die Spanier sie schon in ihren eigenen Meeren an den Manövern ihres schlimmsten Feindes, des gefürchteten el Draque kennen gelernt hatten. Trotz aller Belästigung und mancher Verluste durchfuhr die Armada in tadelloser Haltung den Kanal. Der Plan ging dahin, an der niederländischen Küste die Streitkräfte aufzunehmen, welche der Herzog von Parma, der Statthalter, daselbst angesammelt hatte. Aus allen Landen waren die Katholiken hier

zusammengeströmt, um an dem heiligen Kampfe gegen das ketzerische England teilzunehmen. Es kam nun darauf an, die geplante Verbindung zu vollführen. Jedenfalls waren dabei ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Die Spanier sollten sich mit ihrer schweren Flotte in Gewässern bewegen, in denen sie nicht heimisch waren; hinter ihnen die Engländer unter dem vorsichtigen Admiral Howard und dem unheimlichen Drake, vor ihnen die Holländer, welche die Küstenplätze blockierten, um Parma nicht herauszulassen. Es lag in der Natur des ganzen Unternehmens, dass es hier, in der Nähe der niederländischen Küste, zur Entscheidung kam.

Schon hatte die Armada Calais passiert und fuhr auf Dünkirchen zu; die Holländer hatten die Blockade des Platzes aufgeben müssen, hier sollte die Einschiffung der Streitkräfte des Herzogs von Parma erfolgen. Aber eben das zu verhindern, musste nun das Bemühen der Engländer sein. Noch einmal legte sich — auf der Höhe von Gravelines — die Flotte Medina Sidonias vor Anker, westlich von ihr, auf der Windseite, die englische. Es war in der Nacht vom 7. auf den 8. August 1588, als die Spanier aus der Richtung, wo die Engländer lagen, acht Feuerschiffe mit dem Winde auf sich zutreiben sahen. Furchtbarer Schrecken ergriff sie, die Anker wurden gelöst, alle Ordnung ging verloren, jeder Kapitän suchte nur, unbekümmert um die anderen, sein eigenes Schiff, so gut es ging, zu retten. Als der Morgen dämmerte, sahen die Engländer, freilich, dass die Brander nur zur Hälfte den beabsichtigten Zweck erreicht hatten, denn kein einziges der spanischen Schiffe hatte Feuer gefangen, aber die Wirkung war auch so noch ungeheuer. Die Stärke dieser Flotte, deren einzelne Schiffe der leichten Beweglichkeit völlig entbehrten, lag in ihrer festen Gliederung. Wenn sie, halbmondförmig geordnet, in geschlossener Masse auf dem Meere schwamm, so war sie unangreifbar. Und nun war bei der Flucht vor den Feuerschiffen die Ordnung ganz verloren gegangen. Es war der günstigste Zeitpunkt, den die Engländer zum Angriffe wählen konnten. Die Zeit drängte, denn schon sah man um das Admiralsschiff Medina Sidonias die Armada sich von neuem sammeln. Howard zögerte und hätte sich gern damit begnügt, einzelne spanische Schiffe, die von der Hauptmasse abgeirrt waren, in seine Gewalt zu bringen. Aber Drake erkannte die Bedeutung des Augenblicks. Er führt sein Geschwader dicht an den Feind heran und eröffnet mit grosser Heftigkeit den Kampf. Die Spanier wehren sich und fechten mit furchtbarer Erbitterung; aber die Gegner sind ihnen weit überlegen. Die englischen Schiffe besaßen viel mehr

Geschütze und waren, obwohl man den Unterschied der Grösse sich doch nicht so sehr erheblich denken soll, unendlich beweglicher als die spanischen, die wie Klötze ihnen gegenüber im Wasser lagen. Neun Stunden lang währte der Kampf, an dem zuletzt nur noch sechzehn Schiffe der Armada teilzunehmen vermochten; die übrigen waren weit zerstreut, einzelne versenkt, die meisten beschädigt; von den Mannschaften ein grosser Teil um's Leben gekommen. Jetzt schon konnte der Zweck des ganzen Unternehmens als gescheitert gelten; an die Aufnahme der Truppen Parmas war nicht mehr zu denken, an eine Landung an der englischen Küste noch weniger. Und nun ward das Werk der Vernichtung durch eine höhere Macht vollendet. Mit einem leichten Winde hatte Medina Sidonia seine Schiffe aus dem Kampfe herausgezogen. Die Brise ward zum Sturm, der die Armada gegen die holländische Küste warf. Nach furchtbaren Verlusten hat sie, weit um Schottland herumsegelnd, zuletzt das heimatliche Gestade wieder erreicht. Aber nicht die Hälfte der ihm anvertrauten Schiffe brachte Medina Sidonia seinem Könige zurück.

In der Abwehr des furchtbaren Angriffes der katholischen Vormacht kann man den Höhepunkt der Regierung Elisabeths erblicken. Das von ihr aufgerichtete kirchliche System hatte die schwerste Anfechtung siegreich bestanden. Und auch in seiner inneren Lebenskraft ward es dadurch unendlich gestählt. Am Ende des Jahrhunderts war die überwiegende Mehrheit des englischen Volkes protestantisch und hätte von seinem neugewonnenen und im schwersten Kampfe verteidigten Glauben nicht mehr gelassen. Damals schon kam auch, von der Regierung oft unterdrückt, der Puritanismus empor, jene den Calvinisten und insbesondere den schottischen Presbyterianern nahestehende strenge Richtung, die allen äusseren Schmuck und jenes Beiwerk im Gottesdienste, das die anglikanische Kirche noch von der römischen behalten hatte, grundsätzlich abthun wollte. Ihre hohe Bedeutung im kirchlichen und politischen Leben der Nation erhielt diese Richtung erst im 17. Jahrhundert; aber im allgemeinen gewann schon jetzt das geistige Leben Englands jenen streng protestantischen Charakter, der alles damit im Widerspruche Stehende ausschloss und notwendigerweise zu den schwersten Konflikten führen musste, wenn einmal eine englische Regierung, wie es nachmals geschehen ist, daran etwas ändern wollte.

Die Rettung des Protestantismus ist die nächste und für die Welt die bedeutendste Folge des Sieges über die Armada gewesen.

Für England blieb es nicht die einzige. Indem es den wuchtigen Angriff des mächtigsten Staates in Europa zurückschlug, trat es selbst erst eigentlich in die Reihe der grossen Mächte ein. Der erste Tudor hatte noch alle Kraft aufwenden müssen, um durch Verbindungen im Auslande seinem Staate erst wieder das im Rosenkriege ganz verlorene Ansehen zurückzugewinnen. Heinrich VIII. wagte mehr: aber wie verschwindet doch in jener Zeit die Bedeutung Englands neben den gewaltigen Machtgruppen Karls V. und Franz' I., deren Streit die Welt erfüllt. Seit den Tagen Elisabeths war die Grösse des modernen Englands fest gegründet.

Und fast war es so, als ob es jetzt erst sich selbst kennen lernte in seiner glücklichen insularen Lage. Der Traum von der Beherrschung festländischer Gebiete war vorüber. Man erkannte, dass England nur gross sein könne, wenn es die See beherrschte und also jedem auswärtigen Feinde unnahbar sei. Ein ganzes Programm für die Zukunft lag darin, als der Entschluss gefasst wurde, dem spanischen Angriffe schon auf dem Meere, nicht erst auf englischem Boden entgegenzutreten. Auch die Grösse des englischen Handels, der durch den ersten Tudor neu erweckt worden war, stammt aus dieser Zeit. Ihm kam vorzüglich die Pflege der Marine zu gute. Überhaupt waren Handels- und Kriegsflotte nicht überall streng geschieden, denn neben den eigentlichen Kriegsschiffen mussten auch die Kauffahrer zum Dienste der Königin im Kriegsfall bereit sein. Gerade bei der Bekämpfung der Armada hatten die Handelsschiffe Vorzügliches geleistet. Elisabeth that alles, um den Handel zu fördern; sie begabte die Handelsgesellschaften mit Privilegien und suchte die Fremden auszuschliessen. Mit dem Handel hob sich auch die Industrie, und Reichtum und Luxus verbreiteten sich in bisher ungekannter Weise im Lande.

In dieser Zeit, unter der Regierung einer volkstümlichen Königin, als die Nation voller Stolz auf ihre Stellung in der Welt blickte und ihrer Eigenart sich bewusst ward, da erreichte auch das geistige Leben Englands eine ungeahnte Höhe: das Zeitalter Elisabeths ist auch dasjenige Shakespeares.

Schon hatte die Litteratur, die seit Chaucer ganz verödet lag, einen neuen Aufschwung genommen. Die grossen Ereignisse der nationalen Geschichte hatten den Gesichtskreis des Volks erweitert, die Thaten Drakes, seine Weltumsegelung regten die Phantasie an. An dem Studium der antiken Werke und der italienischen Dichter der Renaissance bildeten die Engländer ihren Geschmack und eigneten sich Gewandtheit der Form und des Ausdrucks an. Gleichwohl

trug die neu entstehende Dichtung einen völlig nationalen Charakter. Die neue Epoche brach an mit dem Erscheinen der drei ersten Bücher von Spensers „Feenkönigin“, eines Gedichts, das den Alten und den Italienern nachgebildet war und den Ariost noch übertreffen sollte. Der Gegenstand aber war, obwohl in allegorische Form und fremde Namen gehüllt, kein anderer als das England Elisabeths mit seinen religiösen und politischen Kämpfen und Idealen.

Auch das Drama, in dem nun bald das Höchste geleistet werden sollte, wurzelte durchaus im Leben des Volks. Aus alten Festspielen, wie sie im Mittelalter an Heiligentagen aufgeführt wurden, war es hervorgegangen. Aber erst unter Elisabeth hat es eigentlich seine Ausbildung erhalten; jetzt spiegelte sich bald das ganze Leben des Volks darin wieder. Denn von Anfang an war das Ziel, das Denken und Fühlen aller Menschenklassen zur Darstellung zu bringen, und alle, der Edelmann wie der einfache Bürger ergötzen sich am Spiele. Es war ein heiteres, lebensfreudiges Geschlecht. Umsonst klagten puritanisch gesinnte Geister, dass die Kirchenglocken übertönt würden durch Trompeten, die zum Besuche des Theaters einluden. Mit gewaltigem Wurf verfasste Christoph Marlowe seine Fausstragödie und gewöhnte das Publikum daran, die höchsten Probleme des menschlichen Geistes auf der Bühne behandelt zu sehen. Die Kraft des Ausdrucks, die Gewalt der Leidenschaft, zu der er sich erhebt, muss seinen Zuhörern wohl zu Herzen gesprochen haben. Marlowe kam 1593 um's Leben, aber bald trat Shakespeare an seinen Platz.

Die lange Reihe seiner Dramen spricht mehr als alles, was wir über sein Leben wissen oder vermuten können, für die Volkstümlichkeit seiner Dichtung. Und wie es den Schöpfungen des wahren Genius eigen ist: sie besitzen zugleich allgemeine und ewige Geltung, der ganzen Menschheit gehören sie an. In Shakespeares grossen Tragödien scheint für die Darstellung menschlicher Leidenschaft und menschlicher Grösse für alle Zeiten die endgültige dramatische Form gefunden zu sein. Niemals ist die alles überwindende Macht der Liebe zwischen Mann und Weib überzeugender dargestellt worden als in Romeo und Julie. Wie könnte die dämonische Gewalt der Eifersucht furchtbarer geschildert werden als es Shakespeare im Othello gethan hat? Mit welcher Feinheit und Tiefe erscheint im Hamlet der grüblerische, die rasche That hemmende Hang in der Natur des Germanen wiedergegeben. Wie die Seele des Mannes so kennt Shakespeare auch die des Weibes, ihre Kraft der Hingebung, aber auch die Abgründe ihrer Leidenschaft. Welch'

ein Abstand zwischen der teuflischen Bosheit der Lady Macbeth und dem holden Schweigen der Gattin Coriolans.

Ihren vollen Wert aber erhielten diese Dichtungen in ihrer Zeit erst dadurch, dass sie in jeder Faser englisch waren, dem kräftigen nationalen Empfinden Ausdruck verliehen. Zuweilen tritt selbst die naive Verachtung alles Ausländischen, wie sie dem einfachen Sinne eines in seinem Werte sich fühlenden Volks eigen zu sein pflegt, unverhüllt hervor. Von englischem Geiste sind die Römerdramen nicht minder erfüllt als die Historien, in denen der Dichter die Jahrhunderte vergangener englischer Geschichte mit wunderbarer Treue den Zeitgenossen vor Augen führte. Wie prächtig ist der trotzig Sinn des northumbrischen Adels in Percy Heisspohn verkörpert. Das Urbild des schelmischen alten Lebeamannes, des fetten Sir John, wird vielleicht noch eher unter Shakespeares eigenen Genossen zu suchen sein als in der Regierungszeit des ersten Lancasters. Alles ist voll innerer Wahrheit und Lebendigkeit: die hinterlistige Falschheit des Königs Johann und die geschichtliche und menschliche Grösse Heinrichs V., die Verbrechen des schrecklichen Richards III. und die Erwartung einer grossen Zukunft mit der Geburt der Prinzessin Elisabeth.

Der Schwung des elisabethanischen Zeitalters ist längst dahin; die heitere Lebensfreude jenes Geschlechts ward verdrängt durch den puritanischen Ernst des 17. Jahrhunderts. Der Engländer von heute liest seinen Shakespeare, wie er den grossen Dichter eines fremden Volks lesen würde; nicht mehr der Ausdruck seines eigenen Wesens tritt ihm darin entgegen. Fast ist es so, als ob die germanische Denkweise Shakespeares nun dem deutschen Fühlen näher stünde als dem englischen.

Eine Vereinigung geistiger und politischer Grösse, wie England sie unter Elisabeth erlebte, pflegt einer Nation nur einmal beschieden zu sein. Der volle Glanz dieser Epoche strahlt zurück auf die Person der Königin. Ihr Name ist immer seither am meisten gefeiert worden unter allen Herrschern der volksbeliebten Dynastie der Tudors; man weiss es wohl, dass die Stellung Englands in der modernen Staatenwelt auf den Grundlagen beruht, die durch Elisabeths Regierung gelegt worden sind. Heute noch schlägt dem Engländer das Herz höher, wenn er seiner „Queen Bess“ gedenkt. Als sie 1603, fast siebzigjährig, starb, schienen die Errungenschaften ihrer Regierung, der Sieg des Protestantismus, der Ruhm und die Wohlfahrt des Volks, nicht mehr verloren gehen zu können.

Achtes Kapitel.

Die Revolution.

Im Jahrhundert der Tudors hatte der Wille des Monarchen über Englands Geschicke entschieden. Indem jetzt eine fremde Dynastie in's Land kam, ging der Staat doch wieder einer ungewissen Zukunft entgegen.

Bei Elisabeths Lebzeiten war die Festsetzung der Thronfolge eine der schwierigsten und zugleich peinlichsten Angelegenheiten gewesen. Die Königin liebte es nicht, von ihrem Nachfolger reden zu hören und es ist in der That zu einer gesetzlichen Regelung, wie sie früher Heinrich VIII. vorgenommen hatte, nicht gekommen. Ganz umgehen konnte man die Sache doch nicht. Als den nächstberechtigten Erben betrachtete man allgemein den Sohn Maria Stuarts, König Jacob VI. von Schottland. Mit seiner Nachfolge war zugleich die Aussicht verbunden, dass die beiden Königreiche einem einzigen Herrscher unterthan sein würden. Die Regierung Elisabeths war dem Gedanken näher getreten, zwischen ihr und Jacob hatte sich ein freundliches Einvernehmen gebildet. Obwohl wir hören, dass noch am Totenbette Elisabeths Erörterungen über die möglichen Thronerben stattgefunden haben, so ist es doch ausser Zweifel, dass die Nachfolge des Schottenkönigs bereits vollkommen vorbereitet und gesichert war. Als Jacob I. von England hat er ohne jede Anfechtung den Thron bestiegen.

Im frühesten Kindesalter, als die Schotten ihrer Königin Maria Stuart den Gehorsam versagten, war Jacob zum Könige erhoben worden. Er war im Protestantismus erzogen; an den Bestrebungen, deren Mittelpunkt seine in England gefangen gehaltene Mutter war, hat er keinen Anteil gehabt. Selbst ihre Hinrichtung hatte keineswegs ein Zerwürfnis mit England zur Folge. Die Sache Maria Stuarts war nicht mehr diejenige Schottlands und seines Königs. So musste denn Jacob um seines Glaubens willen wohl ein König nach dem Sinne der Engländer sein; das seit einem halben Jahrhundert

im Auge behaltene Ziel, die Gründung eines protestantischen Grossbritanniens, war nunmehr erreicht.

Überhaupt bestand darin die vornehmste Bedeutung dieses Thronwechsels, dass jetzt England und Schottland unter einem einzigen Oberhaupte vereinigt waren. Man darf das Ereignis freilich nicht überschätzen — die Person des Herrschers blieb vorläufig das einzige Band zwischen den beiden Reichen, von der Verschmelzung zu einem einzigen Staate wollten die Völker noch nichts hören — aber auch so waren sie fortan unauflöslich an einander gekettet. Die alte Feindschaft, die langen Kriege schienen für immer zu Ende, für die Aussenwelt gab es nicht England und Schottland mehr, sondern nur noch Grossbritannien. Auch die Voraussicht Heinrichs VII. bewährte sich jetzt: Schottland, das dem Nachbarstaate seinen König gegeben hatte, trat doch in der Verbindung neben England zurück.

Jacob I. war Protestant; aber seine kirchenpolitische Haltung trug einen höchst zweifelhaften Charakter. Als König von Schottland hatte er sich in seinem Geldmangel nicht nur an die weltlichen Fürsten Europas gewandt, sondern auch den Papst um Unterstützung gebeten. Es lässt sich denken, dass er damit beim römischen Stuhle und bei der katholischen Welt wenigstens gewisse Hoffnungen auf eine günstige Behandlung der Katholiken erweckt hat. Gelegentlich war die Rede davon, dass er selbst zum Katholizismus sich bekehren werde. So kam es, dass auch die Katholiken Englands der Thronbesteigung des stuartischen Königs mit freudiger Erwartung entgegensahen. Aber zugleich ward bei einem Teile des englischen Volks der Verdacht rege, dass unter diesem Könige der protestantische Charakter der Regierung in Gefahr sei, ja dass Jacob vielleicht eines Tages England dem katholischen System wieder zuzuführen versuchen werde. Merkwürdig wie sich dieser Verdacht von einem Stuartkönig auf den andern fortgepflanzt hat, und er war gewiss nicht grundlos. Bei Jacobs Sohn Karl I. schien die Hinneigung zum Katholizismus hinreichend durch die Ehe mit einer französischen Prinzessin erklärt. Karl II. ward auf dem Totenbette Katholik und Jacob II. ist seines Katholizismus halber gestürzt worden.

Jacob I. hatte den höchsten Begriff von der Würde seiner königlichen Stellung. In seinen Augen war die demokratische Gestaltung der schottischen Kirche eine Verirrung. Wie man dort die Bistümer abgeschafft habe, so könnte man leicht weiter gehen wollen und auch das Königtum beseitigen. Kein Bischof — kein

König, so pflegte er zu sagen. Am liebsten hätte er darum die englische Kirchenverfassung auch in Schottland eingeführt und wenn schon dies nicht möglich war, so wollte er wenigstens in England nicht daran rütteln lassen. So trat er denn anfangs gegen die Puritaner weit strenger auf als gegen die Katholiken. Dann aber konnte er auch gegen diese angesichts der weit verbreiteten Missstimmung bei dem System der Duldung nicht verharren. Er schritt vielmehr zur Ausführung der früher erlassenen Gesetze gegen die Katholiken. Da bemächtigte sich ihrer eine tiefe Erbitterung gegen den König, auf den sie anfangs so grosse Hoffnungen gesetzt hatten. Aus dieser Stimmung heraus ist in einem Kreise fanatischer Männer der Anschlag eines Verbrechens von entsetzlicher Grösse ersonnen worden. Man wollte den König und seine Söhne, die Minister und das Parlament, alle mit einem Schlage zu Grunde richten. In Gewölben unter dem Parlamentshause wurden ungeheure Pulvermengen aufgespeichert, bei der bevorstehenden Eröffnung am 5. November 1605 wollte man sie in Brand stecken. Aber das Geheimnis ward nicht gewahrt; einer der Verschworenen, Guy Fawkes, wurde am Abend des 4. bei den bereitstehenden Pulverfässern gefunden. Die Verbrecher, soweit man ihrer habhaft wurde, mussten mit dem Tode büssen. Die Nation aber vernahm mit Entsetzen von der furchtbaren Gefahr, die wie dem Könige so ihren eigenen Vertretern im Parlamente gedroht hatte, und heute noch erinnert sich das Volk an jedem 5. November des Schreckens der Pulververschwörung.

In seiner Stellung zu den religiös kirchlichen Fragen hat Jacob I. sich dem Strom der Meinungen in England nicht widersetzen können. Wie in der inneren, so musste er sich auch in der auswärtigen Politik den Interessen des Protestantismus anschliessen. Aber niemals hat er es mit der Festigkeit und strengen Folgerichtigkeit seiner Vorgängerin gethan. Wenn man der Zeiten Elisabeths gedachte, so schien jetzt wieder England zu einer wichtigen Rolle berufen, als die beiden religiösen Parteien einander in Deutschland drohend gegenüberstanden und der Krieg zwischen protestantischer Union und katholischer Liga auf die Dauer unvermeidlich war. In der That lag eine offene Parteinahme für den deutschen Protestantismus darin, als des Königs Tochter Elisabeth dem Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, dem Haupte der protestantischen Union vermählt ward. Aber wie wenig glänzend war die Rolle, die England alsdann gegenüber den grossen Entscheidungen in Deutschland gespielt hat. Als dem Kurfürsten im Jahre 1619 von

den aufständischen Böhmen ihre Königskrone angeboten wurde, zögerte er mit der Annahme und wollte dieselbe von der Zustimmung seines Schwiegervaters abhängig machen. Jacob hat diese Zustimmung weder erteilt noch ausdrücklich verweigert. Dass der rechtmässige Fürst eines Landes, wie Ferdinand II. es unzweifelhaft in Böhmen war, von den eigenen Unterthanen abgesetzt werde, wollte er nicht billigen, denn sonst hätte er sich ja seiner eigenen Krone nicht sicher fühlen dürfen. Aber der Bescheid, den der König seinem Schwiegersohne erteilte, war doch derartig, dass dieser der Hoffnung war, ihm werde im Notfalle die englische Hilfe nicht fehlen. Als dann aber das Winterkönigtum Friedrichs V. durch die Schlacht am weissen Berge ein jähes Ende fand, war Jacob doch weit entfernt davon, nunmehr mit englischen Streitkräften diesen Kampf um die böhmische Königskrone neu zu entfachen. Den grossen Sinn des festländischen Krieges hat damals die englische Nation besser verstanden als ihr König. Sie suchte ihn zur Teilnahme am Kampfe zu bewegen. Halb widerwillig stimmte er zuletzt nur der Teilnahme einiger englischer Truppen am Kampfe für die Verteidigung der Pfalz zu, als sich das Haus Habsburg nach der Unterwerfung Böhmens gegen das Stammland des Winterkönigs wandte.

Da England unter Jacob I. nicht mehr wie vorher die Burg des Protestantismus war, so ward auch die tiefe Feindschaft gegen Spanien aufgegeben, ein Friede geschlossen. Nicht eben zu Englands Vorteil, denn der Aufschwung, den der englische Handel unter Elisabeth genommen hatte, konnte nur im Gegensatz zur Weltstellung der Spanier behauptet werden. Wenn trotzdem der Handel sich ausdehnte und nun auch ein vielversprechender Anfang mit der Gründung von Kolonien gemacht wurde, so hat die Krone geringen Anteil daran gehabt. Die ostindische Kompagnie, welche von Elisabeth den ersten Freibrief erhalten hatte, konnte jetzt ihre ersten grossen Gewinne einheimsen und schon wurden Niederlassungen in den asiatischen Gewässern gegründet. Fast noch wichtiger erscheint es, wenn jetzt die englische Besiedelung des Festlandes von Nordamerika von neuem in Angriff genommen wurde. Die Kolonie Virginien, zu Ehren der jungfräulichen Königin also benannt, war ehemals wieder verlassen worden. Die im Jahre 1606 erfolgende neue Begründung Virginien war von Dauer. Sie wurde der Anfang einer staatlichen Entwicklung von unvergleichlicher Grösse, der Ursprung des mächtigen germanischen Staatswesens der neuen Welt. Auf die Gründung Virginien folgte diejenige der Neu-England-Staaten. Zwei Jahrzehnte ging ein Strom englischer Auswanderer

nach Nord-Amerika. Es waren kühne, glaubenstarke Männer, denen es in der Heimat zu eng wurde, weil sie den politischen Druck unter den beiden ersten Stuarts nicht mehr ertragen mochten und ihr puritanisches Gewissen bedrängt fühlten bei dem strengen Zwange der bischöflichen Staatskirche.

Hier handelte es sich um die Festsetzung in Gebieten, wo man nicht auf die Ansprüche des spanischen Königs stiess. Anders war es bei jener Flottenfahrt, welche Walter Raleigh im Jahre 1617 gegen Guyana führte. Jacob hatte ihm eingeschärft, nichts Feindliches gegen die Spanier zu beginnen, aber doch liess sich dieses bei der Natur des Unternehmens kaum vermeiden; fast scheint es, als ob sein König den ruhmreichen Seehelden in's Verderben getrieben habe. Wie anders war die Stellung Elisabeths zu Franz Drakes Seefahrten gewesen. Als Raleigh nach schwerem Misserfolge heimkehrte, opferte ihn sein König dem Hasse Spaniens.

Überhaupt bildete Jacobs I. Politik gegenüber Spanien eine der dunkelsten Seiten seiner Regierung; hier war auch sein Verhalten geeignet, den Verdacht katholisierender Tendenzen begründet erscheinen zu lassen. Lange beschäftigte ihn das Projekt einer Vermählung seines Sohnes Karl — der älteste Prinz, hochbegabt und dem Protestantismus ganz ergeben, war vor der Zeit gestorben — mit einer spanischen Infantin. Der König dachte an die reiche Mitgift, aber er war auch bereit, ernste Zugeständnisse zu machen. Um schnell zum Ziele zu kommen, reiste Prinz Karl mit dem leitenden Minister seines Vaters persönlich nach Spanien. Da wurden Bedingungen gestellt, die nicht nur der Forderung katholischer Kindererziehung gleichkamen, also der Rückkehr des englischen Königshauses zur römischen Kirche; auch zur Abschaffung der bestehenden Gesetze gegen die Katholiken sollte König Jacob, soweit es von ihm abhängt, sich verpflichten. Und doch scheiterte die Verhandlung nicht an diesem Punkte, sondern daran, dass Jacob die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes in die Pfalz verlangte, die Spanien nicht zugestehen wollte. Die englische Nation aber war glücklich, als sie den Prinzen von Wales ohne die spanische Braut heimkehren sah.

Wie war doch seit dem Tode Elisabeths das Einverständnis zwischen der Krone und dem Volke verloren gegangen. Die Tudors hatten absolut regiert, aber wenn auch ihr Wille galt, so schienen sie doch stets nur dasjenige zu wollen, was dem Volke genehm war. Sie hatten ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse mit denen der Nation in Übereinstimmung zu bringen verstanden. Die Stuarts

haben diese Kunst niemals besessen. Mit dem Anspruche seines göttlichen Rechts trat Jacob I. der Nation gegenüber; er und seine Nachfolger haben nur ihr eigenes Interesse im Auge gehabt, von den Pflichten ihrer Stellung wussten sie nichts. Elisabeth hatte für die innere Wohlfahrt gearbeitet, für Armenpflege und Unterricht. Die Epoche der Stuarts war in dieser Beziehung unfruchtbar. Mit dem Egoismus, durch den das schottische Königtum sich gegen seinen eigenmächtigen Adel zu behaupten pflegte, suchte nun diese fremde Dynastie auch die alten Rechte des englischen Volks zu unterdrücken. Was sie unternahm war wohl im Geiste der Zeit, es war im Grunde nichts anderes, als was eben in Frankreich durch Richelieu geschah: die volle Durchführung des Absolutismus, indem man nicht nur die wirklichen Schranken hinwegzuräumen, sondern gerade auch den Anspruch des Königtums, absolut zu sein, zur Anerkennung bringen wollte. Nur dass es in England an den natürlichen Voraussetzungen dazu fehlte. In Frankreich ist ein geschlossenes Staatswesen erst durch das absolute Königtum geschaffen worden, ihm verdankte Frankreich die Grossmachtstellung, welche es in den Jahrhunderten der neueren Geschichte besessen hat. Die Grundlagen des englischen Staates waren längst vorhanden und konnten nicht mehr erschüttert werden. Es waren die hergebrachte Selbstverwaltung und die parlamentarische Verfassung. Doppelt kostbar erschienen jetzt diese Güter, wo es galt, die durch sie in's Leben geführte Kirchenreform auch durch sie zu sichern. Die Tudors hatten das parlamentarische Recht niemals angetastet. Sie hatten wohl die Wahlen beeinflusst, die Verhandlungen überwacht und gelenkt, Elisabeth hatte ihre Parlamente oft scharfe Worte hören lassen, aber das Recht war nicht in Zweifel gezogen worden. Die Stuarts thaten auch diesen Schritt. Es lässt sich denken, dass sie dabei dem heftigsten Unwillen, zuletzt dem hartnäckigsten Widerstande der Nation begegneten. Und als dieser Zusammenstoss erfolgte, fand sich die Krone nicht wie in Frankreich im Besitze der grösseren physischen Macht, kein stehendes Heer stand zu ihrer Verfügung. Um die Zeit, als der Adel von Frankreich für seine alten ständischen Rechte einen Kampf begann, der mit seiner völligen Unterdrückung endete, ward in England der König durch die siegreiche Revolution auf das Blutgerüst gesandt.

So bildete sich schon unter dem ersten Stuart jener schwere Gegensatz aus, der unter seinem Sohne zum blutigen Zusammenstosse geführt hat. Das Parlament griff zurück auf die Stellung, die es unter den Lancasters besessen hatte: der König pochte auf

sein göttliches Recht. Die Commons forderten volle Redefreiheit: der König scheute sich nicht, die kühnsten Redner verhaften zu lassen. Um der unbequemen Einmischung des Parlaments in seine Politik so lange wie möglich zu entgehen, hat er Jahre lang ohne Parlament regiert. Aber auf diesem Wege war natürlich die Schwierigkeit nicht zu lösen. Denn immer musste einmal der Zeitpunkt kommen, wo mit den regelmässigen Einkünften der Krone die Ausgaben des Staats nicht mehr zu bestreiten waren, vollends bei einem Könige wie Jacob I., der das Geld mit vollen Händen auszustreuen gewohnt war. Da blieb zuletzt nichts anderes übrig, als wieder das Parlament zu berufen, damit es die erforderlichen Mittel bewillige. Und dann konnte auch der Hader nicht ausbleiben.

Jacob starb im Jahre 1625. Sein Sohn und Nachfolger Karl I. schien sich in mancher Beziehung vorteilhaft von seinem Vater zu unterscheiden. Wohl besass er nicht dessen schwere Gelehrsamkeit, aber im äusseren Anstande übertraf er ihn weit. Wie vorteilhaft unterschied sich sein ritterliches Wesen, seine vornehme Art, seine strenge Tugend von der würdelosen, oft anstössigen Haltung Jacobs I. Im Grunde war aber der Unterschied zwischen den beiden ersten Stuart Königen nicht so gross. Ihre Anschauungen, ihre Auffassung vom Staate und vom Königtume waren fast die gleichen. Man möchte es ebenso sehr mit dem geringen Pflichtbewusstsein ihren Unterthanen gegenüber in Zusammenhang bringen, wie mit ihrer natürlichen Neigung, wenn sie beide eine Falschheit und Doppelzüngigkeit an den Tag legten, durch welche sie es zuletzt mit jedermann verdarben. An dem tragischen Ausgang Karls I. hat diese Seite seines Wesens einen nicht geringen Anteil gehabt.

Die eigene Geistesrichtung des Menschen und die Umstände, in welche das Leben ihn führt, bestimmen sein Schicksal. In dem Falle Karls I. hätte auch der vortrefflichste und wohlwollendste König den Konflikt mit dem Volke kaum vermeiden können. Gab er den Forderungen des Parlaments einfach nach, so opferte er die Stellung, welche das Königtum anderthalb Jahrhunderte hindurch besessen hatte. Und welcher König hätte sich dazu gutwillig verstanden? Karl wollte sich die Art seiner Regierung und die Personen, die er verwendete, von niemandem vorschreiben lassen. Seine beiden ersten Parlamente hat er aus diesem Grunde aufgelöst, ehe sie ihm die Mittel, die er brauchte, bewilligt hatten. Als das Unterhaus zu einer Anklage Buckingham's, des allmächtigen Ministers, schritt, nahm der König die Verantwortung für seine Thaten selbst auf sich und verhaftete die verwegnen Redner, wie sein Vater es gethan hatte.

Der Anlass, um dessen willen Karl doch wieder genötigt ward, nach ein paar Jahren abermals ein Parlament zu berufen, rührte von den Beziehungen zum Auslande her. Karl war mit der Tochter Heinrichs IV. von Frankreich vermählt, eine Verbindung, die zwar den Engländern nicht so verdächtig erschien wie die früher mit Spanien geplante, aber bei dem katholischen Bekenntnisse der Königin doch auch niemals populär war. Die Folge dieser Ehe war ein freundliches Verhältnis zu Frankreich, während Karl, anders wie sein Vater, zu Spanien in einen offenen Gegensatz trat. Aber in demselben Masse, wie später die katholischen Mächte sich einander näherten, verbitterte sich das Verhältnis Englands zu Frankreich. Als die französische Umgebung der Königin Henriette Maria vom englischen Hofe entfernt wurde, ward dies in Frankreich wie eine schwere Kränkung empfunden, es kam zum offenen Bruche. Eben war die französische Regierung bemüht, den letzten Widerstand der Hugenotten, die sich in La Rochelle noch behaupteten, zu brechen, als nun das protestantische England seine Streitkräfte zu Gunsten der bedrängten Glaubensgenossen in den Kampf warf. Aber ein Angriff, welchen Buckingham selbst 1627 gegen die Insel Ré leitete — man dachte schon daran, sie auf immer in englischem Besitze zu behalten — misslang vollständig. Um die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes zu erhalten, sah der König sich zur Berufung eines neuen — seines dritten — Parlaments gezwungen.

Jedes folgende Parlament trat unter Karl I. noch trotziger dem Könige entgegen als das vorhergehende. Jetzt geschah es, dass der Monarch die *Petition of right* zum Gesetze erheben musste. Es war wie ein Geständnis des eigenen Unrechts, wenn es hiess, dass in Zukunft niemand eine Steuer oder Anleihe zu zahlen brauche, die nicht durch das Parlament bewilligt sei; auch die sogenannten Benevolenzen wurden ausdrücklich eingeschlossen. Und mehr noch, wenn die willkürliche Verhaftung untersagt wurde. Indem die Lords und Commons diese Forderungen vorlegten, betonten sie, dass es sich nur um altes, längst anerkanntes Recht handle, das es in der That auch war, sie beriefen sich auf die Gesetze Eduards III.; selbst bis auf die Magna Charta gingen sie zurück.

Um nur zu den gewünschten Subsidien zu gelangen, die nun auch bewilligt wurden, sprach der König sein *Soit droit fait comme est désiré*, aber im Herzen war er schon entschlossen, sich an die Verpflichtung nicht zu binden. Und keineswegs war damit der Friede zwischen den beiden mit einander hadernden Gewalten geschlossen. Das Verfahren des Königs schien noch mancherlei

Rechtswidrigkeit zu enthalten und für alle unheilvollen Entschlüsse meinte man den allmächtigen Herzog von Buckingham verantwortlich machen zu sollen. Nicht eine neue Anklage gegen den Verhassten wurde erhoben: das Parlament trug dem Könige gleichsam nur seine eigenen Gedanken vor, indem es ihm Buckingham's Entfernung nahelegte. Karl nahm auch dies noch sehr ungnädig auf und zeigte dem Günstling nach wie vor sein Wohlwollen. Als es endlich noch zu einer Vorstellung beim Könige wegen des unrechtmässig erhobenen Pfund- und Tonnengeldes kommen sollte, vertagte Karl die Sitzung des Parlaments.

Neben dem grossen Drama, dessen Knoten sich eben in England schürzte, verschwindet die Bedeutung der auswärtigen Verwicklung. Und doch hingen beide eng zusammen. Mit den parlamentarischen Subsidien stand man jetzt im Begriffe, ein neues Unternehmen zum Entsatze von La Rochelle zu beginnen. Buckingham wollte es wieder persönlich leiten. Und weit darüber hinaus waren jetzt seine Gedanken auf grossartige Ziele gerichtet, Unterstützung der deutschen Protestanten, Bekämpfung des Hauses Habsburg in Spanien und Österreich. Aber wie schneidend ist oft der Gegensatz zwischen den Plänen des Menschen und der Macht des Schicksals, das ihm entgegentritt. Ehe er sich einschiffen konnte, ward Buckingham von dem Dolche eines Mörders zu Tode getroffen. Der Thäter bekannte sich, als man ihn durch einen zufälligen Umstand unter vielen Anwesenden herausfand, ruhig zu seiner That. Er war erbittert, weil bei der Beförderung Freunde Buckingham's ihm vorgezogen waren. Aber zum Morde hatte er sich erst entschlossen, als er die Schrift des Parlaments gegen den königlichen Günstling las, aus der er erfahren hatte, dass der Herzog die Ursache des allgemeinen Übels sei. Wer ihn beseitige, erweise Gott und dem Volke einen Dienst. So ist Buckingham im Grunde doch dem öffentlichen Hasse zum Opfer gefallen.

Den Oberbefehl über die nach La Rochelle bestimmten Truppen übernahm ein anderer, aber die Hilfe war unzulänglich und die Stadt musste sich dem Könige von Frankreich ergeben. Der letzte Widerstand der Hugenotten war damit gebrochen. Und die Regierung Englands ward jetzt völlig auf ihre eigenen Angelegenheiten beschränkt. Der König musste suchen, in einer wichtigen Frage zu einer Verständigung mit dem Parlamente zu gelangen. Einen grossen Teil der Staatseinkünfte bildeten die Zölle und unter diesen namentlich das Pfund- und Tonnengeld. Es war seit längerer Zeit üblich geworden, dass dasselbe einem neu auf den Thron gelangenden

Könige für die ganze Dauer seiner Regierung vom Parlamente bewilligt wurde. Karls erstes Parlament jedoch hatte diese Abgabe nur auf ein Jahr bewilligt. Je heftiger der Zwist zwischen Krone und Parlament entbrannte, um so weniger war das letztere geneigt, die Bewilligung auf Lebensdauer zu beschliessen. Als der König den Befehl sandte, das Unterhaus solle sich vertagen, ward der Sprecher so lange mit Gewalt auf seinem Stuhle festgehalten und die Thür verschlossen, bis das Haus den Beschluss gefasst hatte, jeden, der die Abgabe nur bezahle, ohne dass das Parlament sie bewilligt habe, für einen Feind des Reiches und Verräter an seinen Freiheiten zu halten. Und ebenso entschlossen lautete die Erklärung gegen alle kirchlichen Neuerungen, mit denen die Regierung zur Unzufriedenheit des Volks den Anfang gemacht hatte. Zornig löste Karl das Parlament auf; sieben Mitglieder des Unterhauses wurden verhaftet.

Der König regierte nun ohne Parlament, ja er fasste den Entschluss, es überhaupt nicht wieder zu berufen, so lange es sich irgend vermeiden lasse. Auf den ersten Blick in der That ein einfacher Weg, um dem Königtume die höchste Autorität unbestritten zu verschaffen. Durchaus verfassungswidrig schien er nicht. Unter Eduard III. war freilich zweimal durch Parlamentsstatut verordnet worden, dass wenigstens einmal im Jahr ein Parlament berufen werden müsse. Aber diese Gesetze waren längst ausser Übung. Die Häufigkeit der Berufung war von der Krone nach freiem Ermessen bestimmt worden. Die Tudors waren vom Parlamente schon fast unabhängig gewesen. Sollte es nicht gelingen, dasselbe jetzt ganz zu beseitigen? Und man muss sich erinnern, dass eben in Frankreich etwas Ähnliches geschah, und mit Erfolg. Von einer Berufung der Etats Generaux ist nach dem Jahre 1614 noch manches Mal die Rede gewesen, aber da sie niemals erfolgte, so schienen sie thatsächlich abgeschafft zu sein.

War nun der gleiche Fall in England wirklich denkbar? Man darf die Frage kühn verneinen. Die Entwicklung in Frankreich hatte dazu geführt, dass das Königtum das gesamte Staatsleben allein beherrschte und ausfüllte, Richelieu gab dem Werke nur den Abschluss. Ganz anders in England. Wir wissen, dass selbst unter den Tudors das Parlament niemals aufgehört hatte bei den wichtigsten Entscheidungen mitzuwirken. Unmöglich kann man es sich aus der Geschichte der Reformation in England fortdenken. Erst so wurden die Wandlungen in der kirchlichen Haltung möglich. War die Macht des Parlaments gering, so ward doch sein Recht

durch die Krone niemals angetastet und sie hätte es auch nicht ungestraft wagen dürfen. In der Verfassungsmässigkeit ihrer Regierung lag die Stärke der Tudors. Wenn nun Karl I. wirklich von den Geldbewilligungen des Parlaments unabhängig zu werden vermochte — und gerade daran ist er zuerst gescheitert — die Gesetzgebung hätte er sich in wichtigen Fällen nicht allein anmassen dürfen. Unmöglich konnte England auf die Dauer durch königliche Ordonnanzen, die nun allein an die Stelle der parlamentarischen Statute hätten treten müssen, regiert werden. Der König hätte es nur unternehmen sollen, aus eigener Macht ein Statut ausdrücklich abzuschaffen und das Verlangen nach einem Parlamente wäre nicht mehr verstummt. Auch so wäre der Bürgerkrieg das Ende gewesen.

Vor allem war es für Karl nun erforderlich, dass alle grösseren Ausgaben sorglich vermieden wurden. Einen Krieg durfte man nicht führen: Karl schloss mit Frankreich und mit Spanien Frieden. Aber auch dann vermochte er mit den regelmässigen Einnahmen der Krone allein nicht zu wirtschaften. Es versteht sich, dass die unbewilligten Zölle ruhig forterhoben wurden. Karl betrachtete sein Recht darauf als feststehend, die Bewilligung als eine blosser Formsache. Anders war es mit dem Schiffsgeld, welches der König nach einigen Jahren erheben liess. Eine solche Abgabe war sonst wohl in dringenden Fällen von den Bewohnern der Küsten geleistet worden; jetzt ward sie dem ganzen Lande aufgelegt. Freilich darf man nicht sagen, dass die nun wirklich erfolgende Ausrüstung von Kriegsschiffen nur zum Scheine geschehen sei. Bei der Ausdehnung, welche eben die Flotten der Franzosen und Holländer annahmen, schien es geboten, auch mit der englischen nicht zurückzubleiben. In der Geschichte der britischen Seemacht nimmt also das Schiffsgeld Karls I. einen wichtigen Platz ein. Von den Zeitgenossen aber ward nur das Ungesetzliche der Erhebung empfunden. Hier ward zuerst John Hampdens Name genannt, der die Zahlung des Schiffsgeldes verweigerte. Der König rief die Richter auf und erhielt einen Spruch zu seinen Gunsten. Aber dadurch ward der allgemeine Unwille nicht beseitigt. Gerade der Schein des Rechts, den die Tyrannei annahm, erbitterte das Volk noch mehr statt es zu versöhnen.

Ein starkes, unabhängiges Königtum wollte Karl I. aufrichten. Aber dasselbe bedurfte einer Stütze gegen alle Freiheitsbestrebungen im Volke. Es war die vom Vater ererbte Politik, wenn der König diese Stütze an der bischöflichen Kirche zu finden hoffte. Karl

liess in kirchlichen Dingen William Laud, seit 1633 Erzbischof von Canterbury frei gewähren. Laud war ein Mann von feuriger Thatkraft, aber beschränkt in seiner Orthodoxie und seiner einseitigen Auffassung des kirchlichen Lebens. Sein Ziel und dasjenige des Königs war die volle Herrschaft der anglikanischen Kirche. Nach den in ihr herrschenden Regeln sollte alles gemodelt werden. Schroff stand er der strengen Einfachheit der Puritaner gegenüber. Auf die äusseren Formen, auf das Zeremoniell des Gottesdienstes legte er den höchsten Wert. Und im ganzen Lande sollte in dieser Beziehung völlige Gleichheit herrschen. In dem Reichtum und der Mannigfaltigkeit der Formen ging er immer weiter, näherte er sich immer mehr der römischen Kirche. Nach seinem Sturze wurden ihm diese Zeremonien, wie er sie unter anderem bei der durch ihn vollzogenen Einweihung einer Kirche beobachtet hatte, zum Vorwurf gemacht. Er bestritt, dass er dabei römischem Brauche gefolgt sei. Nur das Vorbild des Moses, als er die Stiftshütte, oder Salomos, als er den Tempel einweihete, wollte er befolgt haben. Man darf ihm wohl Glauben schenken und sicherlich war der Vorwurf unbegründet, als ob Laud und Karl I. darauf ausgegangen seien, England zum Katholizismus zurückzuführen. Aber man darf sich auch nicht wundern, wenn dem Volke dieser Verdacht aufstieg zu einer Zeit, wo die Massen, die innere Kraft ihres Glaubens empfindend, von den äusseren Formen sich abzuwenden begannen.

Laud war von der Richtigkeit des bischöflichen Systems so tief überzeugt, dass er eine anders organisierte christliche Kirche gar nicht als solche gelten lassen wollte. Der Gedanke lag also nicht fern, nun auch in Schottland die bischöfliche Kirche nach englischem Muster einzuführen. Der erste stuartische König hatte schon den gleichen Wunsch gehabt, aber von seiner Erfüllung selbst abgesehen. Karl I., weniger vorsichtig als sein Vater, wollte der Abneigung der Schotten zum Trotz, sein Ziel verfolgen. Wie innerhalb der englischen Kirche volle Gleichmässigkeit — Uniformität nannte man es — herrschen sollte, so wollte man nun die tiefe Kluft zwischen den beiden Kirchen der britischen Insel ausgleichen. Hier wie dort dachte man sich eine wohlorganisierte Geistlichkeit, das Volk ebenso sehr zum kirchlichen Gehorsam wie zur Treue gegen den König anhaltend.

Aber der Versuch schlug fehl. Als man im Sommer 1637 im Begriffe stand, die eben bekannt gemachte Liturgie in Edinburg durchzuführen, erhob sich — gewiss vorbereitet — in der Kirche ein furchtbarer Tumult, durch den der Gottesdienst gestört ward.

Bald zeigte es sich, dass das Land die Gesinnung der Tumultuierenden teilte. Ein Bund, zu dessen Teilnahme durch Unterzeichnung die Massen des schottischen Volks sich drängten, ward geschlossen, dessen Ziel die Herstellung der Reinheit der Religion, der Freiheit der Kirche, die Abschaffung aller Neuerungen sein sollte. Die Verhandlungen, welche Karl mit den Schotten begann, blieben gänzlich wirkungslos, obwohl sich diese keineswegs gegen den König erklärt hatten. Im Jahre 1638 trat in Glasgow unter der Einwilligung des Königs die Generalversammlung der schottischen Geistlichkeit zusammen. Aber auch eine grössere Anzahl weltlicher Mitglieder, meistens dem Adel angehörend, nahm teil. Überhaupt ward in diesem Zeitpunkte wiederum das Verhalten des schottischen Adels entscheidend für das Schicksal des Landes. Der aber trat für den Covenant ein, gegen die Bischöfe und gegen die neue Liturgie. In diesem Sinne waren schon die Wahlen zur Versammlung vorbereitet und der Stoff für die Verhandlungen bearbeitet worden. Nach einer Woche wurde die Versammlung im Namen des Königs für aufgelöst erklärt. Aber sie löste sich nicht auf — es war wie eine offene Verkündigung der Revolution — die neue Liturgie wurde verworfen, die Bistümer abgeschafft, obendrein noch alle diejenigen Bischöfe exkommuniziert, welche an den kirchlichen Neuerungen der letzten Zeiten Anteil gehabt hatten. In offenem Widerstande mit der Staatsgewalt ward also die presbyterianische Kirchenverfassung wieder aufgerichtet.

Es war dahin gekommen, dass Karl I. sich entweder dem Willen seiner Unterthanen in Schottland völlig unterwerfen oder aber mit Gewalt ihren Widerstand brechen musste. Das von ihm und seinen Ratgebern befolgte System sollte jetzt seine Stärke erweisen. Der Versuch, mit einem durch freiwillige Beiträge zusammengebrachten Heere die Schotten zu besiegen, misslang vollständig. Im Jahre 1640 fand der König sich gezwungen, um die Mittel zum Kriege gegen Schottland zu erhalten, zuerst wieder nach elf Jahren ein Parlament zu berufen. Wenn er anders die Absicht gehegt hatte, durch die Nichtberufung allmählich die parlamentarische Verfassung Englands zu beseitigen, so war nun diese Politik kläglich gescheitert. Seine eigene Stellung aber ward nur um so misslicher. Je länger der Unwille des Volks gegen das despotische Regiment zum Schweigen verurteilt gewesen war, um so heftiger brach er jetzt hervor.

Das neuberufene Parlament schien es als seine wichtigste Aufgabe zu betrachten, alle die Beschwerden laut werden zu lassen,

welche man gegen die Regierung Karls I. auf dem Herzen hatte. Eine lange Reihe von Petitionen liefen aus den Grafschaften beim Unterhause ein; John Pym, der beste Redner des Hauses, liess ihnen Worte. Er sprach von den Rechten des Parlaments und meinte, dasselbe sei für den Staat, was die Verstandeskräfte der Seele für den Menschen sind. Die lange Unterbrechung des Parlaments nannte er den beiden Statuten Eduards III. zuwider, welche noch zu Recht beständen. Die Aufzählung der kirchlichen Beschwerden gipfelte in der Anklage, dass man sich dem Katholizismus näherte. In seinem strengen Puritanersinne klagte er, man bringe Altäre, Bilder und Kreuze in die Kirchen, führe Verneigungen und andere Geberden ein; die Kirchen erhielten das Antlitz des Papsttums.

Der König kam seinem Ziele nicht näher. Das Unterhaus wollte nicht eher Subsidien bewilligen als bis seinen Beschwerden Rechnung getragen sei. Als Karl erfuhr, das Haus wolle ihm zum Frieden mit den Schotten raten, sprach er eilig die Auflösung aus. Kaum drei Wochen war das Parlament versammelt gewesen.

Die Lage des Königs war nicht weniger peinlich als vorher. Er wünscht die Schotten besiegt zu sehen, doch fehlen ihm die Mittel, um die nötigen Streitkräfte aufzubringen. Das Volk in England aber betrachtet die schottische Armee fast wie seinen Verbündeten gegen die Tyrannei der Regierung. Die Schotten überschreiten den Tweed und besetzen die nördlichen Provinzen. Englische Truppen werden geschlagen und der König muss mit den Schotten verhandeln, die Bezahlung ihrer Truppen versprechen und mittlerweile ihnen englische Provinzen ausliefern. Es ist eine Zeit, in der die verschiedensten Gedanken auftauchen und auch Versuche angestellt werden, um der Not der Krone abzuhelfen, ohne abermals ein Parlament berufen zu müssen. Denn davor scheut Karl zurück, weil er das Parlament fürchtet. So schroff stehen sich Volk und König schon gegenüber, dass, wie wir heute die Dinge zu übersehen vermögen, die Frage nur war, auf welcher Seite man zuerst versuchen werde, den andern Teil zu zwingen, oder wie man wohl zu sagen pflegt, ob die Revolution von oben oder von unten beginnen würde.

Noch haben wir jenes Mannes nicht Erwähnung gethan, der eben jetzt den stärksten Einfluss auf die Entschlüsse des Königs ausgeübt hat: Thomas Wentworth, Graf von Strafford. Kein anderer von den Ratgebern des Königs war so verhasst wie er. Denn Wentworth hatte sich ehemals im Parlamente als heftiger Gegner Buckingham's einen Namen gemacht. Aber dann war er in den

Dienst des Königs getreten, dem er sich mit voller Hingebung widmete. Sein Plan war es, dem Königtume eine gebietende Stellung zu verschaffen. Dabei dachte er weniger an die gänzliche Abschaffung des Parlaments als daran, dasselbe zu einem gefügigen Werkzeuge des königlichen Willens herabzudrücken. Strafford war ein Mann von gewaltiger Thatkraft, hart, rücksichtslos, selbst grausam gegen seine Widersacher. Die Idee, welcher er anhing, verfolgte er mit derselben Hartnäckigkeit wie Erzbischof Laud, aber wie weit übertraf er diesen an Talent, an Geist, an politischer Einsicht. Laud war ein Fanatiker seiner kirchlichen Pläne; Strafford war Staatsmann. In Irland, wo er seit 1633 als Statthalter herrschte, hat er die Herrschaft des Königtums zur vollen Geltung gebracht. Er richtete ein strenges, aber keineswegs volksfeindliches Regiment auf. Unter seiner Verwaltung, so rühmte er, habe sich das Einkommen jedes Iränders um den dritten Teil vermehrt. Irland musste die Kosten der Verwaltung selbst aufbringen. Eine Armee von 10000 Mann ward aufgestellt und Schiffe bemannt zum Schutze der Küsten. Das irische Parlament wusste er nach seinem Willen zu lenken; die Mittel und die Kräfte des Landes standen dem Könige zur Verfügung. Strafford's Sinne hätte es entsprochen, das Gleiche auch in den britischen Reichen seines Königs zu erzielen.

Das englische Volk traute Strafford wohl zu, dass er eine Vergewaltigung Englands versuchen werde. Dass die tüchtigen irischen Truppen für den Krieg gegen Schottland herbeigezogen wurden, war ja durch die Verhältnisse geboten. Als aber nun Strafford im Jahre 1640 selbst nach England kam, entstand bald die Furcht, dass nunmehr die irischen Soldaten auch gegen das unzufriedene englische Volk Verwendung finden möchten. Das Gerücht wurde überall verbreitet und geglaubt. Zwölf Peers richteten eine Bittschrift an den König um Berufung eines Parlaments. Unter den darin aufgezählten Beschwerden hiess es auch, dass glaubwürdig berichtet werde, man wolle irische und auswärtige Truppen in's Land bringen. Als später Strafford vor seinen Richtern stand, hat man für diese schwere Anklage doch keinen andern Beweis zu erbringen vermocht als die Niederschrift einiger Worte, die er im Jahre 1640 vor dem König gesprochen haben sollte und von denen es noch recht zweifelhaft ist, ob sie wirklich den Sinn haben, den man darin entdecken wollte. Soviel ist gewiss, dass der Versuch mit den irischen Truppen gar nicht gemacht worden ist. Am Ende blieb doch nichts anderes übrig als die Berufung eines Parlaments. Die Regierung täuschte sich nicht über die damit verbundenen Gefahren. In der

Petition der 12 Lords war darauf hingewiesen worden, dass die Urheber der schweren Missstände zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Auch war vorauszusehen, dass die Versammlung mit den Schotten in Beziehung treten werde. Und doch gab es keinen andern Ausweg. So ward auf den 3. November 1640 das Parlament berufen.

Es war doch, als ob der König bereits eine schwere Niederlage erlitten habe. Vom ersten Tage an traten die Mitglieder mit dem stolzen Selbstbewusstsein auf, welches der Besitz der Macht zu verleihen pflegt. In der That ward die Verständigung mit den Schotten erreicht. Vom Unterhause hing die Bewilligung der Gelder ab, mit denen Karl sie bezahlen sollte. Aber vorläufig war davon nicht die Rede, vielmehr nur von dem, was das Parlament seinerseits zu fordern habe. Wieder wird die lange Reihe der Beschwerden vorgetragen, die Monopole, die willkürliche Besteuerung, die Verletzung der Katholikengesetze, die Neuerungen im Gottesdienste und so vieles andere. Den Gesetzen, welche das Parlament forderte, konnte der König seine Zustimmung nicht versagen. Mit schwerem Herzen willigte er selbst ein, dass fortan alle drei Jahre ein Parlament berufen werden und nicht weniger als 50 Tage versammelt bleiben solle. Vieles von dem begangenen Unrecht suchten die Commons, wo es möglich war, noch gut zu machen. Einer der wichtigsten Schritte des neuen Parlaments galt nun aber wirklich der Bestrafung der vornehmsten Werkzeuge der Tyrannei; vor allem suchte man jetzt Strafford, den man zugleich hasste und doch noch fürchtete, unschädlich zu machen.

Die volle Stärke seines Geistes offenbarte sich während des Verfahrens, das gegen ihn befolgt wurde. Keinen Augenblick verlor er die Würde seiner Haltung, selbst dann nicht, als er erkennen musste, dass der Beweis seiner Unschuld nutzlos sei, weil man ihn um jeden Preis vernichten wollte. Strafford ward vom Unterhause vor den Lords des Hochverrats angeklagt. Da es nicht möglich war, ihm eine einzelne Handlung vorzuwerfen, die diesen Namen verdiente, so half man sich damit, zu erklären, dass eine Reihe von Handlungen des Beklagten in ihrer Gesamtheit als Hochverrat anzusehen seien. Eine gewagte Formulierung, die auch vor der scharfsinnigen und glänzenden Verteidigung Straffords nicht stand hielt. Schon war es vorauszusehen, dass der Prozess vor dem Oberhause mit der Freisprechung enden werde. Aber wie hätten die Gemeinen es dazu kommen lassen sollen? Je schwächer ihre Sache war, um so gewaltsamer das Verfahren. Ohne den Ausgang des

Prozesses abzuwarten, schlug man einen neuen Weg ein, um den verhassten Mann zu verderben. Eine *bill of attainder* wurde in Vorschlag gebracht; durch Gesetz wollte man also Strafford für schuldig erklären. Über das Bedenkliche eines solchen Schrittes setzte man sich hinweg. Der Rechtsweg wurde verlassen und die politische Aktion an seine Stelle gesetzt. Die *bill of attainder* wurde im Unterhause und dann, indem die Gemeinen und das Volk einen schweren Druck auf die Lords ausübten, auch im Oberhause durchgebracht. Nur die Zustimmung des Königs fehlte noch, um sie Gesetz werden zu lassen. Karl hatte sich wiederholt für Straffords Sicherheit verbürgt, seine Ehre schien verpfändet. „Auf das Wort eines Königs,“ so hatte er ihm noch vor zwei Wochen geschrieben, „Ihr sollt an Leben, Ehre und Gut nicht Schaden nehmen.“ Aber konnte er dem allmächtigen Parlamente trotzen? Soeben war dort eine Vorlage zur Annahme gelangt, dass es nicht aufgelöst werden könne, es sei denn mit seiner eigenen Einwilligung. Beiden Vorlagen sollte nun der König zugleich seine Bestätigung erteilen. Strafford selbst schrieb einen grossmütigen Brief an Karl. Er möge die schlimmen Folgen einer Weigerung vermeiden. Dem Wollenden geschied kein Unrecht. Nur seine Kinder empfahl er der Fürsorge des Königs. Karl fand in der That den Entschluss, seinen treuen Ratgeber zu opfern. „Mylord Strafford ist besser daran als ich,“ sagte er, als er die *Bill of attainder* unterschrieb. Den festen Mut seines Lebens bewahrte Strafford auch im Tode.

Erst als das Haupt des Gefürchteten gefallen war, fühlte das Parlament sich seiner Macht völlig sicher. Jetzt wurden eine Reihe von Gesetzen geschaffen, die in ihrer Gesamtheit dazu geeignet waren, ein selbstherrschendes Königtum für alle Zeit in England unmöglich zu machen. Schon hatte Karl I. zugestehen müssen, dass das Parlament nur mit seiner eigenen Zustimmung aufgelöst werden solle. Unzweifelhaft entsprach dieses Gesetz der augenblicklichen Lage, da keine Furcht natürlicher schien, als dass der König, sobald er sich mächtig genug fühle, dieses Parlament, so wie er es früheren gethan hatte, beiseite werfe und alsdann das Volk, etwa mit Hilfe der katholischen irischen Soldaten, sich ganz unterwerfe. Aber indem nun, um dies zu verhindern, das Parlament unabhängig hingestellt wurde, war damit die Gefahr verbunden, an die jetzt freilich niemand dachte, dass es sich von dem Besitze der Gewalt auch dann nicht werde trennen wollen, wenn es selbst das Vertrauen des Volks einmal eingebüsst haben sollte. In eigentümlichster Weise ist die Geschichte der nächsten 12 Jahre dadurch beeinflusst worden, dass

das lange Parlament nicht nur von oben sondern auch von unten her unangreifbar, nicht nur vom Könige sondern überhaupt von jeder andern Gewalt im Staate völlig unabhängig war.

Und nun wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, durch welche zusammen mit dem schon vorher Erreichten, wie wir heute sagen, die konstitutionelle Regierung Englands für die Zukunft festgelegt wurde. Es blieb dabei, dass das Pfund- und Tonnengeld, jene wichtige Einnahme, ohne welche die Krone überhaupt nicht regieren konnte, alljährlich von neuem bewilligt werden sollte; das willkürlich erhobene Schiffsgeld ward abgeschafft. In finanzieller Hinsicht wurde die Regierung also vom Parlamente durchaus abhängig. Sodann war man darauf bedacht, den über Gebühr geübten Einfluss der Krone auf die Rechtsprechung zu beschneiden. Die Unabhängigkeit des Richterstandes wurde hergestellt. Aber nicht genug damit. Der Hass des Volkes hatte sich vor allem gegen jene hohen Gerichtshöfe gewendet, die recht eigentlich der politischen und kirchlichen Richtung der Regierung Karls I. gedient hatten, besonders die von Heinrich VII. neu begründete Sternkammer und den geistlichen Gerichtshof der hohen Kommission. Sie wurden nun einfach abgeschafft. Der König gab zu allem seine Zustimmung und einen Augenblick schien es wohl, als ob die Verfassung und Regierung Englands durch friedliche Mittel in gänzlich neue Bahnen gelenkt werden sollte.

Aber konnte Karl I. wirklich so gelassen auf alle jene Ansprüche verzichten, die er vordem so heftig verfochten und die er ja grossenteils schon von seinen Vorgängern ererbt hatte? Es wäre in Wahrheit ebenso sehr gegen die Natur dieses Königs gewesen wie gegen die Überlieferungen seines Hauses. Karl dachte auch an nichts anderes, als wie er in den Besitz einer Macht kommen könne, auf die gestützt er das absolute Königtum von neuem aufzurichten vermöchte. Die englischen Truppen im Norden waren entlassen, die Schotten waren über den Tweed zurückgegangen. Karls Plan war nun, persönlich nach Schottland zu gehen und durch Nachgiebigkeit gegen die Schotten ihre Unterstützung gegen seine englischen Unterthanen zu gewinnen. Die für die Freiheit Englands daraus entspringende Gefahr war gleichwohl gering, so lange dem Könige im Parlamente jener einmütige Widerstand entgegentrat, der soeben seine Tyrannei gebrochen hatte. Seine auf Schottland gesetzten Erwartungen täuschten ihn, und wenn er auf Irland gehofft hatte, so war es auch damit vorüber, als 1641 jener furchtbare Aufstand ausbrach, dem Tausende unschuldiger Engländer in Ulster zum Opfer fielen.

Als Karl I. aus Schottland zurückkehrte, ward ihm durch eine Abordnung der Gemeinen die grosse Remonstranz überreicht. Noch einmal eine Zusammenstellung aller Übel- und Missstände, die seit der Thronbesteigung Karls in Staat und Kirche hervorgetreten waren. Indem alles dieses nun in eine einzige grosse Akte zusammengefasst wurde, der es auch an der Verbreitung in der Nation nicht fehlte, nahm es sich aus wie eine ungeheure Anklage des Parlaments gegen den König. Ihm wurde zugleich eine Petition des Unterhauses übergeben, in welcher er ersucht wurde, fortan den Wünschen des Parlaments Rechnung zu tragen. Er möge, hiess es geradezu, in Zukunft nur solche Personen in den hohen Ämtern beschäftigen, denen das Parlament vertrauen könne. Man erkennt leicht, dass es sich um die Aufrichtung einer rein parlamentarischen Regierungsweise handelte. Pym und Hampden waren die Männer, die die Mehrheit des Unterhauses mit sich fortgerissen hatten. Aber in den furchtbar erregten Debatten und in der ansehnlichen Minderheit, die den Beschlüssen widerstrebt, zeigte sich, dass auch die Sache des Königs noch zahlreiche Anhänger selbst in diesem Parlamente besass. Und schon war es auch klar, dass noch ein anderer Grund des Zwiespalts vorhanden war: die kirchliche Frage. Die katholisierende Richtung Lauds — er selbst sass längst im Gefängnisse, um nach einigen Jahren das Schicksal Straffords zu erleiden — war wohl allen gleich zuwider. Aber nun standen auf der einen Seite die Anhänger der bischöflichen Kirche von England, die über mässige Reformen nicht hinausgehen wollten; auf der andern die puritanisch Gesinnten, die überhaupt vom Bistum und vom Commonprayerbook nichts mehr hören wollten. Es war ein unlösbarer Gegensatz, der so heftig wurde, dass andere Fragen dahinter zurück traten. Hätte der König sich nur offen auf die Seite der Bischöflichen gestellt, so hätte er diesen vielleicht früh zum Siege verhelfen können. Aber Karls Wesen war Falschheit und Hinterhältigkeit; eine klare Stellungnahme war ihm unmöglich.

Immerhin war er gewiss, falls es zum Bruche kommen sollte, eine Partei zu finden, die sich für ihn erheben würde. Und in der That ist das Zerwürfnis nicht ausgeblieben. Die Commons forderten die Ausstossung der Bischöfe und katholischen Peers aus dem Oberhause. Unruhen entstanden, und der König fasste den Entschluss, die fünf angesehensten Redner des Unterhauses in Verhaft zu nehmen, Hampden und Pym natürlich unter ihnen. Um sicher zu gehen, begab er sich mit Soldaten zum Parlamente. Ein wunderliches Schauspiel, wie dieser König, was kein anderer vor ihm gethan

hatte, unter den Gemeinen erschien, ihr Geschäft unterbrechend; wie er versichert, dass kein König mehr als er darauf bedacht sein könne, die Privilegien des Parlaments zu wahren und wie er doch im selben Atem die Auslieferung der fünf Verräter fordert. Er sieht sie nicht, sie sind nicht anwesend, und der Sprecher des Hauses erklärt mit dem Scheine der Demut, er habe Augen zu sehen und eine Zunge zu sagen, nur was dieses Haus ihm befehle. Als der König hinausgeht, erhebt sich auf allen Seiten der drohende Ruf: Privileg, Privileg!

Von diesem Tage an war eine Verständigung zwischen König und Parlament nicht mehr möglich. Wohl wurden noch einige Zeit hindurch Verhandlungen geführt; Karl stimmte dem Gesetze zu, durch welches die Bischöfe vom Oberhause ausgeschlossen wurden. Am Ende war der völlige Bruch doch unvermeidlich. Wie konnte Karl — denn auch das ward ihm zugemutet — seine Militärhoheit zu Gunsten des Parlaments aufgeben, ohne vorher den äussersten Widerstand versucht zu haben? Der König hatte die Hauptstadt verlassen, die Königin das Land. Die Zeit war gekommen, wo jeder Partei nehmen musste. Und zum Erstaunen vieler geschah es nun, dass ein grosser Teil der Lords sich dem Könige anschloss, oder, wie man es richtiger ausdrücken dürfte, zu ihm überging. In York scharten sie und auch einige Unterhausmitglieder sich um ihren König. Beide Parteien sammelten Streitkräfte: Englands Schicksal hing an dem Ausgange eines Bürgerkrieges.

Es war ein ernster Kampf, der also begonnen wurde, nicht durch schnöde Selbstsucht mächtiger Herren entfacht, wie einst der Krieg der beiden Rosen. Man stritt für die heiligsten Güter der Nation; auf der Seite des Parlaments für religiöse und kirchliche Freiheit, für die Rechte und Privilegien des Volks und seiner Vertreter, auf der Seite des Königs und seiner Anhänger für die monarchische Staatsordnung. Jeder Teil that nur, was er musste. Das ganze Land schied sich in zwei grosse Lager. Der Süden und Osten des Landes fiel dem Parlamente zu, die nördlichen und westlichen Grafschaften dem Könige. Die Flotte hielt zum Parlament. Im allgemeinen war im parlamentarischen Heere vorwiegend das städtische Element und der kleine Grundbesitz vertreten; im königlichen der Adel mit seinen Gefolgschaften. Schon im Dezember 1641 hatten die beiden feindlichen Gruppen bei Schlägereien vor Whitehall einander als Kavaliers und Rundköpfe — wegen des gegen die Sitte der Zeit kurz abgeschnittenen Haares mancher Puritaner — bezeichnet; und diese Namen sind ihnen auch in dem

grossen Kampfe geblieben. Die Grundlage der neugebildeten Heere mussten die städtischen und Grafschaftsmilizen abgeben, denn diese waren die einzige militärische Organisation im Lande, wenn man sie anders, ungeübt wie sie waren, überhaupt so nennen will. Viel wichtiger erwiesen sich bald die Scharen Freiwilliger, die zu den Fahnen eilten, um für den angestammten Herrscher oder für den Glauben und das Recht zu streiten.

Als Karl I. im August 1642 das königliche Banner in Nottingham feierlich aufrichten liess — durch einen heftigen Sturmwind ward es über Nacht umgeweht — da waren seine Aussichten wenig günstig. Der wohlhabendere Teil des Landes und die Seemacht hielt zu seinen Feinden. Das Parlament gebot auch über die öffentlichen Einnahmen, die Küstenplätze und damit die Zölle waren in seinen Händen. Ohne die Unterstützung des Adels konnte der König den Krieg nicht führen, ja kaum ein Heer zusammenhalten. Gleichwohl brachten die ersten Feldzüge noch nicht eine Entscheidung, durch welche eine Partei völlig das Übergewicht erlangt hätte. Unterdessen sah sich Karl I. nach auswärtigen Bundesgenossen um. Seine auf französischem Boden weilende Gemahlin suchte ihm die Unterstützung Frankreichs zu gewinnen. Noch schnellere und wirksamere Hilfe erhoffte der König von der Seite Irlands. Dort stand eine Armee im Felde gegen den mörderischen Aufruhr der Katholiken. Es ergab sich nun fast notwendiger Weise, dass bei dem Ausbruche des Bürgerkrieges in England der königlichen Armee in Irland eine wichtige Rolle zufallen musste. An der Spitze stand ein königstreuer Mann. Der Kampf in Irland erschien nunmehr von untergeordneter Bedeutung. Auch die Iren selbst waren zur Versöhnung geneigt. So ward im September 1643 ein für sie günstiger Waffenstillstand geschlossen. Für den Feldzug des nächsten Jahres vermochte Karl die irischen Truppen gegen die Streitkräfte des Parlaments in den Kampf zu werfen.

Aber dem setzte nun auch das Parlament eine umfassendere Verbindung entgegen. Unter dem Eindrucke des irischen Waffenstillstandes schlossen sich die Schotten den Feinden Karls I. an. In Schottland meinte man von einem Könige, der sich mit den Katholiken verständigt habe, alles für den eigenen Glauben fürchten zu müssen. Wie deutlich tritt in diesem Augenblicke wieder der Einfluss der religiösen Fragen in der Geschichte der englischen Revolution hervor. Puritaner und Presbyterianer schliessen ein Kriegsbündnis und der wichtigste, ja der einzige schwierige Punkt der Verhandlung betrifft die Religion. Im Zeitalter der Glaubenskämpfe,

der Unterdrückung einer Konfession durch die andere, mussten die Bekenner einer jeden für sie die weiteste Verbreitung zu gewinnen trachten. Die Schotten machten ihr Bündnis von der Einführung des presbyterianischen Systems in England abhängig. Ein allgemeiner, beide Nationen umfassender Covenant ward geschlossen, Lords und Commons von England nahmen ihn an. Es hiess darin, dass man in den drei Königreichen — denn auch über Irland zu verfügen, hielt das Parlament sich für berechtigt — die Kirchen zu möglichst vollständiger Übereinstimmung bringen, Papsttum und Prälatentum aufheben wolle: damit der Herr Einer und Sein Name Einer sei in allen drei Reichen.

Die Frucht dieser Verbindung war ein grosser Sieg über den König. Eine schottische Armee rückte im Jahre 1644 in Nord-England ein. Sie vereinigte sich mit den Parlamentstruppen und belagerte York, den Stützpunkt des Königs im Norden. Prinz Ruprecht, Karls Neffe, kam mit einem königlichen Heere zum Entsatz herbei. Bei Marston Moor kam es zur Schlacht. Anfangs waren die Königlichen glücklich, schon schienen die Verbündeten den Tag verloren zu haben. Die Schotten und Parlamentstruppen hatten sich grossenteils bereits zur Flucht gewendet. Aber da gelangt es einem der Generale des Parlamentsheeres, Oliver Cromwell, dennoch, die Schlacht wieder herzustellen. Den vor ihm befindlichen rechten Flügel der Königlichen wirft er zurück, wendet sich gegen die auf anderen Teilen des Schlachtfeldes siegreichen und schon verfolgenden Gegner und verwandelt die Niederlage in einen glänzenden Sieg. 4000 Feinde waren getötet, die Armee des Königs vernichtet. Die Festung York musste sich ergeben und der ganze Norden Englands fiel dem Parlamente zu.

Ein so glänzender Erfolg wäre ohne die Mitwirkung der Schotten kaum möglich gewesen. Aber zuletzt konnte die Entscheidung über die Zukunft Englands nur von England selbst kommen. Aus dem parlamentarischen Heere ist die neue Organisation hervorgegangen, die unter ihrem genialen Schöpfer und Feldherrn den Krieg zum Abschlusse geführt hat. Der Sieger von Marston Moor hielt bald das Schicksal des Landes in seiner Hand. Seinem militärischen Talente verdankte Oliver Cromwell seine Grösse. Freilich hatte er schon 1628 als Mitglied für Huntingdon im Unterhause gesessen, aber ohne sich sonderlich hervorzuthun. Auch im langen Parlamente fand er anfangs wenig Beachtung. Mit der glänzenden Rednerkunst Pym's konnte er sich so wenig messen wie mit Hampdens überlegenen Ruhe; nicht wie dieser verstand es

Cromwell, die Geister zu lenken und zu zügeln. Mit Verwunderung hörte eines Tages Sir Philipp Warwick den ihm Unbekannten im Parlamente sprechen. Er erblickte einen Mann von vernachlässigtem Äusseren, von roter Gesichtsfarbe, die Stimme klang tonlos, die Rede war mehr heftig als überzeugend. Aber das Haus hörte ihm aufmerksam zu. Als der Bürgerkrieg begann, trat Cromwell in's Parlamentsheer ein. Er sah — so hat er nach Jahren selbst erzählt — wie anfangs die Parlamentstruppen unter Lord Essex bei jedem Zusammenstosse mit den Kavalieren geschlagen wurden, und er erkannte, dass es erst darauf ankomme, sie mit dem rechten Geiste zu erfüllen. Diese seien geringe Leute, sprach er zu Hampden; drüben bei den Kavalieren aber habe man Edelleute und Personen von Rang, die Ehre, Mut und Entschlossenheit besitzen. „Ihr müsst Leute bekommen, die ebenso herzhafte sind wie Edelleute — oder ihr werdet auch ferner stets geschlagen werden.“ Cromwell selbst hat eine solche Truppe geschaffen. In dem von ihm gebildeten Reiterregiment waren lauter strenge Puritaner zu finden, entschlossene Männer, die Gott allein fürchteten, von allen Ausschreitungen sich fern hielten und für ihre gute Sache jeden Augenblick zu sterben bereit waren. Auch an Tüchtigkeit und Mannszucht übertrafen sie alle anderen auf beiden Seiten. Unter Cromwells Befehl stand auch das Aufgebot von fünf Grafschaften des Ostens, die sich zu gemeinsamem Kampfe zusammengethan hatten, und auch hier waltete sein Geist. Wo er siegte, gab er stets dem Höchsten die Ehre. „Gott machte sie wie Stoppeln vor unseren Schwertern,“ so waren seine Worte, als er die Königlichen bei Marston Moor geschlagen hatte.

Indem der Bürgerkrieg also seinen Fortgang nahm und nun, da er schon seit zwei Jahren geführt worden, ohne dass ein Ende abzusehen war, musste man sich auf der parlamentarischen Seite die Frage vorlegen, wie weit man denn gehen, welches Ziel man als letztes in's Auge fassen wolle. Darüber gingen nun die Meinungen auseinander. Ein tiefer Gegensatz bestand zwischen den Anhängern der schottischen Kirchenordnung, die den Covenant mit Schottland geschlossen hatten und im Parlamente den Ton angaben, und den Independenten, Männern einer freieren Richtung, die jeden kirchlichen Zwang verwarfen und insbesondere der Einführung der presbyterianischen Kirche in England heftig widerstrebten; viele Puritaner — auch Cromwell — hatten sich ihnen angeschlossen. Die Unterschiede der Sekten gingen hier auf in der gegenseitigen Duldung. Jene, die Presbyterianer, hatten es, obwohl sie gegen den König Krieg führten, keineswegs auf seine völlige Vernichtung

abgesehen. Nur wollten sie das Königtum so schwach sehen, dass es vom Parlamente gänzlich abhängig wäre. Einer Verhandlung mit dem ihnen in Waffen gegenüber stehenden Könige waren sie nicht grundsätzlich abgeneigt. Die Independenten hingegen wünschten das Königtum erst einmal gänzlich zu Boden zu werfen, um alsdann nach den Umständen die Verfassung Englands neu zu gestalten. Der Widerspruch zwischen beiden Richtungen wurde so stark, dass es zu einer Auseinandersetzung kommen musste. Schon war Cromwell die treibende Kraft auf der independentischen Seite. Nach einer nur halb erfolgreichen Schlacht, in der er unter dem Grafen Manchester gefochten hatte, geriet er mit diesem in einen Konflikt, der zugleich persönlicher und grundsätzlicher Natur war. Es gelang Cromwell, vielleicht mit Hilfe des Ansehens, das er unter den Soldaten genoss, im Parlamente die Selbstentäußerungsakte durchzubringen, nach welcher kein Mitglied zugleich ein öffentliches Amt im Heere oder der Verwaltung bekleiden durfte. Essex, Manchester und andere Offiziere waren dadurch gezwungen aus der Armee auszuscheiden. Wohl vorbereitet wie alles war, machte es auch keine Schwierigkeit, Cromwell, der ja ebenfalls von diesem Gesetze betroffen wurde, von neuem in die Armee zu bringen. Den Oberbefehl über dieselbe erhielt Fairfax, Cromwell die zweite Stelle. Im Zusammenhange mit dieser Massregel ward das ganze Heer umgeformt, regelmässige Besoldung eingeführt, dem Einflusse des Parlaments war es entzogen.

Dem neugebildeten Heere seiner Feinde erlagen Karls Truppen bei Naseby im Jahre 1645. Fairfax und Cromwell musterten eine bedeutende Übermacht, aber es waren noch junge, ungediente Truppen. Eine Reiterabteilung unter Cromwells Schwiegersohn Ireton wurde durch Prinz Ruprecht in die Flucht geschlagen. Der Sieg war Cromwells Verdienst, der sich im rechten Augenblicke mit seinen Reitern auf das königliche Fussvolk warf, das sich in seiner ganzen Masse ergeben musste. Karls persönliche Tapferkeit änderte nichts an dem Ausgange der Schlacht. „Wollt Ihr in den Tod rennen?“ fragte ihn Graf Cornwath und riss des Königs Pferd zurück, als er sich in das dichteste Getümmel stürzen wollte. Seiner einzigen Feldarmee ging der König also verlustig. Einige Monate hielt er sich noch in England; aber in Wahrheit war seine Sache verloren. Unendlichen Schaden that es ihm, dass bei Naseby auch seine Korrespondenz erbeutet worden war und nun ein Teil davon veröffentlicht wurde. Seine Absicht, irische Truppen nach England überzuführen, war jetzt vor aller Welt bewiesen. Als Karl die

Haltlosigkeit seiner Lage erkannte, beschloss er sich den Schotten zu übergeben, um, wie er hoffte, mit ihrer Hilfe seinen Thron zurückzugewinnen. Die schottische Armee belagerte damals Newark. Karl erschien in ihrem Lager; bald sah er, dass er ein Gefangener war. Eine Verhandlung mit dem englischen Parlamente und den Schotten ward begonnen. Der König sollte auf seine Militärhoheit verzichten und den Covenant annehmen, d. h. den Presbyterianismus in England einführen. Als man lange nicht zum Ziele kam, lieferten die Schotten ihren hohen Gefangenen an englische Bevollmächtigte aus und die Abmachung erhielt ein um so hässlicheres Ansehen, da gleichzeitig alle Rückstände, welche die Schotten zu fordern hatten, ihnen von England bewilligt und bezahlt wurden. Für Geld war der englische König an seine rebellischen Unterthanen verkauft worden.

England befand sich nunmehr in einer merkwürdig unklaren und widerspruchsvollen Lage. Der König war der Gefangene des Parlaments, aber dieses war keineswegs gewillt, ihn der Herrschaft dauernd zu berauben. Er brauchte nur auf die ihm gebotenen Bedingungen einzugehen, um wieder Herr seiner selbst und des Landes zu werden. Den schwierigsten Punkt der Verhandlung bildete nach wie vor die Kirchenverfassung. Die Presbyterianer hatten im Parlamente die Mehrheit und forderten Einführung des schottischen Systems. Indem Karl aufrichtig oder scheinbar nachgab, wäre ein mittlerer Weg wohl zu finden gewesen. Aber die Verständigung zwischen dem Parlamente und dem Könige, die Bedingungen seiner Wiederherstellung waren weder das wichtigste noch das schwierigste Problem, welches die politische Lage bot. Denn der König war in der That ohnmächtig und nur insoweit noch gefährlich, als er in Zukunft wieder neue Stärke gewinnen konnte.

In dem Augenblicke, da das Ziel des Krieges erreicht schien, erhob sich erst der schwerste Konflikt der Revolutionsgeschichte, derjenige zwischen Parlament und Armee. Die siegreichen Soldaten waren sich wohl bewusst, dass das Schicksal Englands auf der Spitze ihrer Schwerter geruht hatte. Sie wollten sich jetzt nicht einfach zum alten Eisen werfen lassen. Als das Parlament die Unvorsichtigkeit beging, die Entlassung der Truppen, aber nicht ihre volle Bezahlung zu verfügen, versagten sie den Gehorsam. Weil die gegenwärtige Macht des Parlaments darauf beruhte, dass die Person des Königs in seinem Besitze war, so ward eine Abteilung Soldaten — wie man heute weiss, durch Cromwell selbst — beauftragt, den König in ihre Gewalt zu bringen. Als Karl den Anführer drängte,

ihm seine Vollmacht zu zeigen, wendete sich dieser im Sattel um und wies auf die Soldaten. „In der That,“ rief der König, „ein so unanfechtbarer und klar geschriebener Auftrag, wie ich in meinem Leben nur einen gesehen habe.“

England befand sich auf dem Wege zur Militärherrschaft. Die Armee konnte, um sich zu behaupten, bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. Zunächst galt es, des Widerstandes im Lande völlig Herr zu werden. Sie hielt ihren Einzug in die Hauptstadt und zwang ihre eifrigsten Widersacher im Parlamente in's Ausland zu entweichen. Dann nahm sie selbst die Unterhandlung mit dem gefangenen Könige in die Hand, während gleichzeitig mit dem Parlamente Erörterungen stattfanden. Einen wunderbaren Anblick bietet dieses puritanische Heer, das sich so weit erhebt über den Geist und die Ziele gewöhnlicher Soldaten. Es ist voll religiöser und politischer Ideale. Seit es aufgehört hat, das einfache Werkzeug des Parlaments zu sein, zu ihm selbst in einen Gegensatz getreten ist, bildet es auch eine politische Körperschaft, erfüllt von dem Bewusstsein, das Schicksal des Staates in der Hand zu halten, und willens, dem gemeinen Wohl zu dienen. Aus ihrer Mitte haben die Soldaten politische Geschäftsträger gewählt, aber auch die Gesamtheit steht den Fragen, über die man mit dem Könige oder mit dem Parlamente verhandelt, nicht fremd gegenüber. Wir kennen heute die Aufzeichnungen über die unter den Offizieren geführten Debatten. Man erstaunt über die Tiefe der Gedanken, über den praktischen politischen Sinn dieser Männer, über die Begeisterung, von der sie getragen werden. Sie suchen Gott im Gebete, dass er in ihnen reden möge, wenn sie im Rate ihre Meinung abgeben. In ihren politischen Erörterungen schreiten sie kühn über die hergebrachten Ansichten hinweg. Sie sprechen von dem natürlichen Rechte, welches jeder freigeborene Engländer besitze; von der Stellung des Königs, und Cromwell stellt den Satz auf, er sei König durch Vertrag. Ireton, der feine Kenner des englischen Verfassungsrechts, belehrt seine Genossen, dass überhaupt die gesellschaftliche Ordnung auf einem Verträge, einem Übereinkommen beruhe. Wenn ferner Cromwell erklärt, dass die Form der Regierung nicht wesentlich sei, sie müsse nur dem Wohle des Volks dienen, wenn er sagt, das Parlament müsse sich auch regelmässig auflösen, und wenn er selbst die Anwendung der Gewalt gegen die Volksvertretung nicht ausschliesst: so findet man in dem allen die fortgeschrittenen Ideen der Revolution, die in jedem Augenblicke praktisch werden konnten, ein eigentümliches Zurückgehen auf die

ursprünglichen Voraussetzungen alles staatlichen Lebens, und Doktrinen daran geknüpft, die teils älteren revolutionären Bewegungen, wie dem niederländischen Aufstande entnommen sind, teils auch solche, die dieses Mal nur leicht hingeworfen erscheinen, um in ihrem vollem Ernste erst durch die französische Revolution ergriffen zu werden.

Karl I. gab die Hoffnung auf seine Wiederherstellung nicht auf. Er verhandelt mit dem Heere und mit dem Parlamente, er rechnet auf die Unterstützung des Auslandes; am wirksamsten schien die Hilfe werden zu sollen, welche die Schotten, mit denen er in der That ein Abkommen traf, ihm leisten wollten. Aber alle seine Hoffnungen täuschten ihn. Die Schotten wurden besiegt, ein Aufstand in Wales durch Cromwell niedergeworfen. Die Armee war gegen seine Person erbittert, seitdem sie die trostlose Falschheit dieses Königs erkannt hatte, der jeden, mit dem er verhandelte, hinterging. Als das Parlament sich noch einmal für eine Verständigung mit Karl erklärte, schritt die Armee zur Gewalt. Eine grössere Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses ward von den Sitzungen ausgeschlossen. Dadurch war eine dem Heere günstige Mehrheit gewonnen worden. Und nun wurden auch jene äussersten Absichten zur Ausführung gebracht, die im Lager unter den Soldaten allmählich entstanden und gereift waren. Man wollte den König für seine Vergehen gegen das Volk vor Gericht stellen. Die Lords, nur noch 12 an der Zahl, verweigerten ihre Zustimmung. Da schritten die Gemeinen, die schon vollständig zu einem Werkzeuge der Soldaten herabgesunken waren, auch über das Oberhaus hinweg. Es geschah durch eine feierliche Erklärung von ungeheurem Inhalte. Alle Gewalt unter Gott, sagten sie, rühre vom Volke her. Den Commons, die vom Volke gewählt seien, komme darum die höchste Machtstellung in England zu, eine Macht, die zur Bestätigung der von ihr ausgehenden Akte weder des Königs noch des Oberhauses bedürfe. Es war die erste förmliche Verkündigung der Volkssouveränität, die aber der grundsätzlichen Bedeutung, die man darin suchen möchte, gleichwohl entbehrte. Denn jene Körperschaft, die sich als die Vertreter, ihre Handlungen als die Thaten des Volks ausgeben wollte, war ja nur ein kleiner Teil eines bereits vor acht Jahren gewählten Unterhauses und dazu jetzt ganz von dem Willen des Heeres abhängig. Wie konnte in den Handlungen dieser Männer der Wille des souveränen Volks zum Ausdruck kommen?

In der That sollte ja nur der augenblickliche Zweck erreicht

werden, nämlich über den Widerspruch der Lords hinwegzukommen. Nachdem dieser überwunden war, näherte man sich dem letzten Ziele, der Vernichtung des Königs. Karl I. hatte in seiner Gefangenschaft zuweilen gefürchtet, dass man ihn heimlich ermorden wolle, wie es einst Richard II. und Heinrich VI. ergangen war. Wie schlecht verstand er sich auf seine Feinde, die Puritaner. Diese willensstarken Männer, welche beständig Gott — und nicht zum Spotte — im Munde führten, waren keine Mörder. Vor aller Welt wollten sie den König richten und strafen. Ein ausserordentlicher Gerichtshof wurde eingesetzt; Karl erkannte ihn nicht an. Als er erklärte, er trete für die Freiheiten des Volks von England ein, erwiderte ihm der Präsident, der Gerichtshof sitze hier durch die Autorität der Commons von England, denen er ebenso verantwortlich sei, wie alle seine Vorgänger. „Das leugne ich,“ rief der König dazwischen, „man nenne mir einen solchen Fall. — Niemals sind die Commons ein Gerichtshof gewesen.“ Was er sagte, war zutreffend, aber man liess ihn nicht aussprechen. Er ward getadelt, dass er das Gericht unterbrochen habe, er stehe da als Gefangener, er habe kein Recht, die Befugnis der Richter zu erörtern. In solchen Streitreden bewegte man sich hin und her, so oft der König vor seinen Richtern stand. Auf die Anklage zu antworten, verschmähte er, weil er die vorher notwendige Anerkennung des Gerichtshofs nicht aussprechen wollte. So war es nicht allein die Schuld der Richter, wenn es zu einem ordentlichen Verfahren gar nicht gekommen ist. Nach einigen Tagen wurde der Beschluss gefasst, dass der König als Tyrann, Verräter, Mörder und öffentlicher Feind des Volkes von England durch Enthauptung zum Tode gebracht werde. Als er vor seinen Richtern zum letzten Male erschien und das Urteil verkündet war, wollte er noch seinen Protest erheben, aber man hörte ihn nicht mehr. Der Ruf „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit!“ tönte ihm nach, als er gewaltsam entfernt wurde. Erst auf dem Blutgerüste, am 30. Januar 1649, durfte er noch einmal seine Stimme erheben. Im Tode noch bekannte er sich zu den Ansichten, denen er im Leben angehangen hatte. Dass dem Volke kein Anteil an der Regierung gebühre, dass an dem Unterschiede zwischen Herrscher und Unterthan immer festzuhalten sei. Er erklärte auch, er sterbe als Christ nach dem Bekenntnisse der Kirche von England. Als der verummte Henker das abgeschlagene Haupt emporhob mit den Worten: „Seht hier das Haupt eines Verräters“, da lief ein Schrei des Entsetzens durch die Menge.

Denn man darf doch nicht glauben, dass die Mehrheit des

englischen Volks den Tod des Königs gewünscht habe. Es war im wesentlichen nur die militärische Gewalt und das unter ihrem Drucke handelnde Unterhaus, welche diesen Ausgang herbeigeführt hatten. In ihrer Hand lag jetzt auch das weitere Schicksal des Landes. Man hatte nicht nur über den König, sondern zugleich über das Königtum den Spruch gefällt. Der sterbende König hatte seinen jüngeren Kindern, von denen er noch Abschied hatte nehmen können, gesagt, dass ihr ältester Bruder nun König werde. Aber die neuen Gewalthaber dachten nicht daran, statt des getöteten Karls I. nunmehr Karl II. auf den Thron zu erheben. An die Stelle der monarchischen Ordnung trat eine Republik, schlechtweg Commonwealth genannt. Eine Akte des Parlaments erklärte es für Hochverrat, wenn jemand den Prinzen von Wales oder einen andern zum Könige ausrufe. In öffentlichen Urkunden sollte nur noch nach der Geburt des Heilandes, nicht mehr nach Regierungsjahren eines Königs gerechnet werden. Auch das Haus der Lords, welches schon durch jene frühere Verkündung der Volkssouveränität thatsächlich über den Haufen geworfen worden war, wurde nun in aller Form abgeschafft. Kein König und kein Oberhaus: die Commons allein blieben übrig. In ihnen ruhte nun das Recht der Gesetzgebung; sie nahmen auch die ausübende Gewalt an sich und verliehen sie einem Staatsrate, der wieder zum grössten Teile nur aus ihren eigenen Mitgliedern bestand.

Die Revolution hatte den äussersten Sieg errungen und verstand auch, ihn auszubeuten. Allen Royalisten, die ihren Frieden mit dem Parlamente machen wollten, wurden schwere Bussen auferlegt. Da viele zur Aufbringung derselben ihren ererbten Besitz veräussern mussten, so hat damals ein grosser Teil des Grund und Bodens von England den Eigentümer gewechselt. Zu dieser wichtigen Einnahmequelle kam die schwere Besteuerung, besonders der Lebensmittel und anderer Bedürfnisse, welche schon in den ersten Jahren des Bürgerkrieges durch Pym in's Leben gerufen worden war. Das Volk klagte über die drückenden Auflagen und musste die in ähnlichen Fällen stets gemachte Erfahrung an sich erproben, dass eine revolutionäre Regierung kostspieliger ist als eine gesetzmässige. Aber auf der andern Seite trug die Stärke ihrer Finanzen viel dazu bei, der neuen Republik eine Macht zu verleihen, wie das Königtum der Stuarts sie nie besessen hatte.

Zunächst war die Zeit der Kämpfe noch nicht vorüber. In England war die neue Ordnung zur Anerkennung gebracht, in Irland und Schottland aber Karl II. zum Könige ausgerufen worden.

Cromwell ging an der Spitze eines Heeres nach Irland. Längst stand die Insel vollkommen unter englischer Herrschaft. Seit den Tagen, da einst Heinrich II. die Eroberung begonnen hatte, waren die Engländer in verschiedenen Epochen weiter vorgedrungen. Nach den gefährlichen Aufständen, welche unter Elisabeths Regierung durch den Versuch, die Reformation einzuführen, veranlasst waren, wurde ganz Irland erobert. Aber zugleich war nun auch der Gegensatz der katholischen und keltischen Iren zur protestantischen und germanischen Bevölkerung Englands für alle Zeit ausgebildet. Die straffe Verwaltung, welche unter Karl I. durch Strafford eingeführt worden war, hatte den furchtbaren Aufstand von 1641 zur Folge gehabt. Jetzt, nach der Hinrichtung Karls I., hatte sich ein Bund zwischen Iren und englischen Royalisten gebildet, die mit einander den Sohn des Hingerichteten zum Könige erheben wollten. Man hatte jetzt in England die so oft erwartete Landung eines irischen Heeres im Ernste zu befürchten. Da erschien Cromwell in Dublin. Mit furchtbarer Erbitterung ward auf beiden Seiten gekämpft. „Ich glaube,“ schrieb Cromwell nach der Erstürmung Droghedas, „wir haben die ganze Zahl der Verteidiger dem Schwerte überliefert.“ Rassen- und Glaubenshass feierten schreckliche Triumphe. Ein Platz nach dem andern musste sich den Engländern ergeben. Cromwell war gesonnen, die Übergewalt Englands auf der grünen Insel für alle Zeiten zu sichern. Tausende von katholischen Iren wurden in die Verbannung nach Westindien geschickt. Fast aller Grundbesitz wurde der eingeborenen Bevölkerung genommen und der siegreichen Nation verliehen. Die Iren wurden rechtlos auf ihrem eigenen Boden. Als Cromwell im Jahre 1650 aus Irland abgerufen wurde, setzte Ireton das furchtbare Werk der Unterdrückung einer Nation durch die andere fort. Und doch ist es England nicht vergönnt gewesen, ein friedliches Regiment in Irland für die Dauer zu errichten und den Hass der Unterworfenen zu versöhnen.

Aus Irland war Cromwell abgerufen worden, um gegen Schottland zu marschieren. Nachdem dort der tapfere Marquis von Montrose im Kampfe für das Haus Stuart ein tragisches Ende gefunden hatte, erschien Karl II. selbst. Die Schotten griffen zu den Waffen für ihren angestammten König und Karl nahm dafür den Covenant an. Der erste General der Commonwealth, Fairfax, hatte sich geweigert, den Feldzug gegen die Schotten zu leiten. Cromwell trat an seine Stelle als höchster Befehlshaber aller englischen Truppen. Es war der letzte Wendepunkt im Leben des grossen Puritaners. Indem er mit seiner Besonnenheit, seinem wunderbaren Scharfblicke,

seiner gewaltigen Thatkraft an die Spitze der militärischen Macht trat, war das Schicksal Englands in seine Hand gelegt. Cromwell war auch einer der genialsten Feldherren, welche England hervorgebracht hat. Der Krieg in Schottland bot grosse Schwierigkeiten. Bei Dunbar an der Meeresküste, wohin das Cromwellsche Heer sich zurückziehen musste, geriet es zwischen dem Meere und den feindlichen Truppen in eine höchst ungünstige Lage. Aber die Schotten kamen, auf den Angriff begierig und siegesgewiss, von den beherrschenden Höhen herunter und gaben damit den Vorteil ihrer Stellung freiwillig auf. In der Frühe des 3. September 1650 griff Cromwell sie an. Als die Sonne über dem Meere aufging, hielt er den Sieg schon in Händen. Nachdem die Schlacht gewonnen war, liess er seine Truppen auf dem Felde halten, und der 117. Psalm ward gesungen. Dann erst begann die Verfolgung.

Die Hauptstadt und ein Teil Schottlands fiel nach der Schlacht bei Dunbar in Cromwells Gewalt. Aber der Krieg war nicht zu Ende. Karl besass noch eine Armee, er liess sich in Scone zum Könige krönen. Im nächsten Jahre, als er den Verlust Schottlands voraussah, fasste er den verwegenen Entschluss, seinem furchtbaren Feinde voraus nach England zu gehen. Auf englischem Boden liess er sich zum Könige ausrufen, bis Worcester drang er vor, ehe Cromwell ihn einholte. Aber ein Erfolg war nur denkbar, wenn sich das englische Volk für ihn erhob, er hatte es gehofft, doch es geschah nicht. Mit tödlicher Sicherheit traf Cromwell, an Streitkräften überlegen, seine Feinde. Sie wurden erschlagen oder gefangen, Karls Heer war vernichtet. Er selbst floh geächtet durch das Land, wie durch ein Wunder vermochte er sich endlich auf ein Schiff zu retten, das ihn nach Frankreich brachte.

Der Sieg der Republik war entschieden, sie hat fernere Kämpfe zu Lande nicht mehr zu bestehen gehabt. Die drei Reiche von England, Schottland und Irland wurden in eine so enge Verbindung gebracht, wie sie nie vorher bestanden hatte. An der Spitze stand dem Namen nach das lange Parlament; in Wahrheit war Cromwell der Regent des Landes. Die Stärke dieser Regierung zeigte sich nicht nur im Innern. Auch dem Auslande gegenüber ward eine entschlossene Politik befolgt. Ihr Werk war die Navigationsakte von 1651.

Wir kennen schon aus der Zeit Heinrichs VII. die Bestrebungen zur Förderung der englischen Schifffahrt. Sie hatten seither nicht geruht. Elisabeth, Jacob I., Karl I. hatten die älteren Bestimmungen zu voller, segensreicher Wirksamkeit zu führen gesucht. Sie hatten

dabei das Interesse der englischen Rhederei vor Augen gehabt. Bei dem Gesetz von 1651 kam noch ein anderer Zweck hinzu: man wollte einen Schlag gegen die Holländer führen. Die Handelseifersucht zwischen England und den Generalstaaten war in den letzten Jahrzehnten beständig gewachsen. Holland, dessen politische Unabhängigkeit von Spanien endgültig anerkannt worden war, beherrschte einen grossen Teil des Welthandels. Ohne holländische Schiffe liess sich selbst der Warenverkehr zwischen England und seinen Kolonien nicht völlig bewältigen. Der Wunsch lag nahe, diese Übermacht zu brechen. Und eben waren die politischen Beziehungen der beiden Länder getrübt. Karl II. hatte durch die Generalstaaten Förderung erhalten und der Handelsverkehr mit den Holländern war vorzüglich von den westindischen Kolonien gepflegt worden, von denen einige noch dem Könige anhängen. Die Navigationsakte verfügte nun, dass Waren aus fremden Weltteilen nur auf englischen Schiffen nach England gebracht werden dürften, vom Festlande Europas nur noch — neben den englischen — auf Schiffen derjenigen Nation, der die Waren entstammten. Das Gesetz musste der britischen Schifffahrt zu gute kommen und der Erfolg blieb nicht aus, aber ebenso wenig die mit dem neuen System des Schutzhandels verbundenen Nachteile. Denn die Rhederei war in England zunächst gar nicht im stande, allen ihr zufallenden Aufgaben gerecht zu werden und die Kolonien hatten darunter zu leiden.

Wenn man die Nachteile der Navigationsakte für die materiellen Interessen erwägt — man hat sie schon das thörichtste von allen Gesetzen Cromwells genannt — so muss man eben zugleich bedenken, dass sie auch einem wichtigen politischen Zwecke diene, der Bekämpfung Hollands. Ein Krieg mit den Generalstaaten — zur See geführt — war denn auch die Folge. Glänzende Siege wurden auf keiner Seite gewonnen, aber im Verlaufe des Kampfes trat doch die Überlegenheit der englischen Kriegsflotte klar hervor, namentlich wenn sie von Blake geführt war, der im Kampfe gegen die Kavaliere sich zuerst einen Namen als Admiral gemacht hatte und nun zu einem der grössten Seehelden der englischen Geschichte wurde. Auch an der Bildung des britischen Weltreichs hat die Navigationsakte einen wichtigen Anteil gehabt. Denn ihre unmittelbare Wirkung bestand in einer engeren Verknüpfung Englands mit seinen Kolonien, die jetzt noch weit mehr als vordem — zunächst zu ihrem Schaden — auf das Mutterland angewiesen waren.

Die Navigationsakte hat auf lange Zeit hinaus — sie ist durch Karl II. erneuert worden — den Charakter der englischen Handels-

politik bestimmt. In Holland knüpfte man die Befürchtung daran, man werde durch die Engländer einen grossen Teil der gewohnten Handelsvorteile verlieren. Auf alle Fälle hatte die republikanische Regierung Englands sich eine angesehene Stellung in der Welt verschafft. Blickte man nun auf diese Regierung, so sah man gleichwohl einen unlösbaren Widerspruch. Noch war es das Parlament, oder sagen wir richtiger der Rest des im Jahre 1640 gewählten Unterhauses, das die Geschäfte der Republik führte. Es war zusammengeschmolzen durch das Ausscheiden der Royalisten und durch die gewaltsame Fernhaltung der dem Revolutionsheere widerwärtigen Mitglieder. Als eine Vertretung des Volkswillens konnte es längst nicht mehr gelten. Karl I. hatte ihm 1641 zusichern müssen, dass es nicht aufgelöst werden solle, es sei denn mit seiner eigenen Einwilligung. Damals hatte diese Bestimmung einen guten Sinn gehabt: das Parlament war vom König unabhängig hingestellt worden. Aber welchen Sinn hatte sie jetzt, da König und Königtum abgethan waren? Sie gab einer herrschsüchtigen Versammlung das Recht, die Zügel der Regierung in der Hand zu behalten, auch als sie sich das Volk entfremdet hatte. Der sittliche Ernst eines Hampden — er war in einem kleinen Gefechte des Bürgerkrieges gefallen — lenkte dieses Parlament nicht mehr. Selbstsucht und Bestechlichkeit waren unter den Mitgliedern zu Hause und machten sie beim Volke verhasst.

Nur eine Macht im Staate konnte aber dem Wunsche nach der Beseitigung des Parlaments die That verleihen: die Armee. Wie oft hatte sie schon die Auflösung des Parlaments gefordert; schon vor der Hinrichtung des Königs war darüber verhandelt worden. Immerhin war es nicht leicht, etwas anderes an die Stelle zu setzen. Denn bei ganz freien Wahlen hätte es auch geschehen können, dass die Nation die Republik überhaupt verwarf und Karl II. herbeirief. Cromwell hatte im Jahre 1652 wohl einmal daran gedacht, sich selbst die Krone aufs Haupt zu setzen. Aber sein Freund Whitelock, dem er davon sprach, wies darauf hin, dass alsdann die Anhänger der Republik sich von ihm abwenden würden, denn sie würden einen König nicht lieber dulden, wenn er Cromwell, als wenn er Stuart heisse. So hat der General für dieses Mal den Gedanken fallen lassen. Im Parlamente ward nun ein Neuwahlgesetz vorgeschlagen, nach welchem die derzeitigen Mitglieder auch in das nächste Parlament eintreten und von den hinzugewählten, wen sie wollten, verwerfen dürften. An dem Charakter der Versammlung wäre also nichts geändert worden, sie hätte sich, wie Cromwell es

nannte, perpetuierlich gemacht. Und das wollte die Armee um keinen Preis geschehen lassen. Als Cromwell erfuhr, dass, dem Versprechen, nicht einseitig vorgehen zu wollen, zum Trotze, das Parlament im Begriffe stand, die Neuwahlakte durchzubringen, schritt er zu einem jähen Gewaltstreiche.

Er marschiert mit einer Kompagnie Musketiere zum Parlamente, stellt sie an der Hausthüre und in der Lobby auf, mit einer Abteilung von 10 bis 15 Mann hinter sich tritt er in den Sitzungssaal ein. Seine Worte, mit denen er die Verhandlung sogleich unterbricht, sind so heftig wie seine Thaten. Als der Sprecher dem Befehle des Generals, das Haus zu verlassen, nicht sogleich folgt, beginnt er im Saale stehend, bedeckten Hauptes, mit furchtbaren Schmähworten den Mitgliedern ihre Laster vorzuwerfen, um zu begründen, dass es hohe Zeit sei, ihrem Tagen ein Ende zu machen. Sie seien feile Schurken und würden ihr Vaterland, wie Esau seine Erstgeburt, für einen Teller Suppe verkaufen oder wie Judas ihren Gott für schnödes Geld verraten. „Gibt es ein Laster, dass ihr nicht besitzt? — Ihr habt nicht mehr Religion als mein Pferd. Gold ist euer Gott. — Habt ihr nicht diesen geheiligten Ort geschändet und den Tempel des Herrn in eine Räuberhöhle verwandelt? — Ihr, die das Volk hierher gesandt hatte, um seine Übel zu lindern, ihr seid selbst zu seinem grössten Übel geworden.“ Aber kraft der Stärke, die Gott ihm verliehen habe, wolle er jetzt dem ein Ende machen. Und damit wiederholt er den Befehl, sie sollten sofort das Haus verlassen. Ein Widerstand gegen die Gewalt war nicht möglich. Nur zum Schein liess der Sprecher sich zwingen, von seinem Sitze zu weichen. Und auch die übrigen unterwarfen sich, wenn auch noch heftige Worte von beiden Seiten gefallen sind. Wie die einzelnen an ihm vorüberschritten, schalt Cromwell noch diesen gottlos und ehebrecherisch, jenen einen Trunkenbold; sie seien bestochen und ungerecht, rief er, ein Ärgernis für die Bekenner des Evangeliums. Das vergoldete Scepter des Sprechers nannte er verächtlich ein glänzendes Spielzeug und übergab es einem seiner Leute. An der Thüre ernten sie noch den Spott der Soldaten.

Ein grosser Staatsmann weiss stets wie weit er gehen darf. Ihm kann selbst das sonst Unerhörte einmal erlaubt und notwendig erscheinen. Nie war einem Parlamente ein solcher Schimpf angethan worden, wie Cromwell es sich am 20. April 1653 unterfang. Gleichwohl regte sich keine Hand für die Körperschaft, welche einst die Tyrannei Karls I. gebrochen und eben noch die höchste Regierungsbehörde dargestellt hatte. Kein Hund hat nach ihnen gebellt, er-

klärte Cromwell ein Jahr später. Und doch war erst mit der Sprengung des langen Parlaments das Band völlig zerrissen, welches die Revolution noch mit der alten Ordnung verknüpft hatte. Das Parlament, das den Umsturz begonnen hatte, war doch selbst noch vom Könige berufen worden: die Armee war lediglich das Geschöpf der Revolution. Nun war die zukünftige Gestaltung Englands vollkommen dunkel und nur soviel war gewiss, dass alles Weitere von der Armee und ihrem General Oliver Cromwell abhängen werde.

Er war jetzt der wahre Herrscher des Landes und ist es bis an seinen Tod geblieben. Eine dauernde Regierungsform hat er jedoch nicht zu schaffen vermocht. Fast ein tragischer Widerspruch war es, in dem er sich bewegte. Er fühlt, dass die Nation die altgewohnte Verfassung zurückersehnt, er sucht ihr entgegenzukommen, so weit er vermag; aber so oft es Ernst damit wird, steht er vor der Gefahr, die Grundlage seiner eigenen Stellung zu untergraben und die Erfolge der Revolution preiszugeben. Und dann besinnt er sich jedesmal, dass seine Macht auf dem Vertrauen der Armee beruhe, und dass es ihr, die für die Freiheiten des Landes gefochten habe, auch zukomme, das entscheidende Wort zu sprechen. Cromwells Wille, dem Volke gegenüber allmächtig, unterwirft sich doch dem Widerspruche seiner Offiziere. Den Charakter der militärischen Diktatur hat seine Herrschaft nicht abstreifen können. Die merkwürdigste Rolle spielten dabei die von Cromwell berufenen und wieder entlassenen Parlamente. Wie Scheinwesen stehen sie dem Herrscher gegenüber, die wunderliche Versammlung der Gottseligen nicht minder als die Parlamente des Protektorats. Denn seit dem Jahre 1653 hat Cromwell den aus früherer Zeit bekannten Titel eines Protektors angenommen; seine Rechte sind umschrieben in einer förmlichen Verfassungsurkunde. Aber er duldet es doch nicht, wenn nun das Parlament im Ernste seine (des Protektors) Macht beschränken wollte. Diese im Namen des Volks geführte Regierung war in der That so tyrannisch, von republikanischer Freiheit so weit entfernt, wie nur die absolute Herrschaft eines Königs.

Seinen Parlamenten stand er in der That wie ein König gegenüber. Nur sprach er zu ihnen nicht in der gemessenen Weise der Thronreden. Eher glich seine Art etwa derjenigen eines mächtigen Ministers, der Grosses geleistet hat und seiner Stellung sicher ist. Oft griff er zurück auf dasjenige, was durch den Bürgerkrieg erreicht war und ihm als die notwendige Grundlage der politischen Verhältnisse erschien. Wunderbar verschlungen ist der Stil dieser Reden. Man sieht, wie Cromwell mit dem Worte gerungen hat,

wie es ihm manchmal gar nicht gelingen will, dasjenige zum Ausdruck zu bringen, was ihm im Sinne liegt. Aber dafür ist eine gewisse Zähigkeit in der Ausführung vorhanden. Er berührt einen Gedanken, er beginnt ihn zu erörtern, die Betrachtungen erweitern, vertiefen sich, fernliegendes wird herangezogen und am Ende wird mit einer Wendung wie „Ich sage also“ der Ausgangspunkt wiederum erreicht. Der Redner hat seine Behauptung halb bewiesen, halb hat er seine Zuhörer durch die Anschauung seiner inneren Überzeugung in den eigenen Gedankenkreis gezwungen.

Mit seinen Pflichten dem Volke gegenüber nahm Cromwell es ernst. Überall herrschten Ordnung und Sicherheit, wenn auch dieses Ziel auf dem Wege des militärischen Despotismus erreicht werden musste. Eine ungeheuer fleissige Gesetzgebung kam allen Zweigen des öffentlichen Lebens zu gute. In der Behandlung religiöser Fragen liess Cromwell eine so weitgehende Freiheit walten, wie man sie ihm in jenem Zeitalter hoch anrechnen muss. Das lange Parlament hatte die völlige Vereinigung von Schottland und Irland mit England zum Gesetze erhoben. Erst das Protektorat hat die Massregel ins Leben übergeführt, indem den beiden Nachbarvölkern befohlen wurde, ihre Vertreter in das Parlament zu Westminster zu entsenden. Und wenigstens für Schottland, das nach harten Kämpfen völlig unterworfen war, kam eine Zeit der Ruhe und des Wohlstandes.

Man würde darnach sehr fehlgehen, wollte man sich Cromwell als einen finstern Tyrannen vorstellen, dem es nur auf den Besitz der Herrschaft ankam. Eher dürfte man ihn sogar als aufgeklärten Despoten im Sinne des 18. Jahrhunderts bezeichnen. So ist es verständlich, wenn sich zwar starre Republikaner, wie Henry Vane, von ihm abwandten, dagegen der erste Dichter und Schriftsteller der Epoche, John Milton, als Sekretär der Republik und seit 1653 in Cromwells Dienst, in ihm den Hort der Freiheit erblickte. Auch die Revolution hat wie das Zeitalter Elisabeths ihren grossen Poeten hervorgebracht. Miltons unsterbliche Gesänge erscheinen wie der dichterische Ausdruck der puritanischen Bewegung, sie können nicht gedacht werden ohne den Hintergrund der schweren politischen und religiösen Kämpfe. Aber auch diesen selbst hat er seine Feder geliehen. In aufgeregten Zeiten pflegen die grossen Streitfragen auch in der Tageslitteratur einen breiten Raum einzunehmen. Während der puritanischen Revolution waren die verschiedenen streitenden Richtungen durch die vornehmsten Geister in der politischen Litteratur vertreten. Von dem Gedanken ausgehend, dass der Staat ursprünglich auf einem Vertrage beruhe, kam Hobbes zu

dem Ergebnis, dass doch die volle Gewalt für alle Zeiten dem Könige übertragen sei, dessen Befehlen das Volk, wie immer sie lauteten, blind zu gehorchen habe. Republikanische Schriftsteller hingegen, wie Algernon Sidney, der in einer späteren Zeit selbst der Märtyrer seiner Ideen geworden ist, folgerten, dass der Nation das Recht zustehe, einen tyrannischen König zur Rechenschaft zu ziehen, ihn, wenn es angezeigt sei, abzusetzen und selbst dem Tode zu überliefern. Das war auch die Meinung Miltons, aber er hoffte auch zugleich durch Cromwell das republikanische Freiheitsideal verwirklicht zu sehen. Das Protektorat betrachtet er nur als eine vorläufige Regierungsform. Der treue Diener des Protektors blieb er auch dann noch, als er sich in den auf ihn gesetzten Hoffnungen getäuscht sah.

Denn niemals ist Cromwell über den unlösbaren Widerspruch hinweggekommen, der auf seiner Herrschaft lastete. Sie beruhte auf dem stehenden Heere und war der Nation aufgezwungen; dieses militärischen Charakters wollte und durfte der Protektor sie nicht berauben, ohne sie in Gefahr zu bringen; und doch wünschte er daneben in die altgewohnten Bahnen der Regierung Englands wieder einzulenken. Schon mit seinen Parlamenten, die dem früheren Unterhause entsprachen, vermochte er nicht auszukommen. Er versucht, nach einem neuen System ein Oberhaus zu bilden, doch der Versuch misslang. Ja, der Gedanke lag nicht fern und Cromwell sah ihn nicht ungern reifen, dass er, der eine Macht besass wie nur jemals ein englischer König, nun auch diesen Titel sich beilegte. Gewiss ist nichts verkehrter als die Behauptung royalistischer Schriftsteller, Cromwell habe von Anfang an nach der höchsten Macht gestrebt. Aber nachdem ihn die Umstände einmal emporgebracht hatten, ist er doch von gemeinem Ehrgeize nicht frei geblieben. Das Parlament bot ihm die Königskrone an, die Offiziere des Heeres widerstrebten der Annahme und Cromwell, der sich von der Grundlage seiner Macht nicht entfernen durfte, lehnte die höchste Ehre ab. Aber selbst dieses Königtum, wenn es zur Wirklichkeit geworden wäre, hätte nur durch die Gewalt der Waffen behauptet werden können. Vom Standpunkte des legitimen Rechts aus betrachtet, war Cromwell ein Usurpator — mit diesem Namen belegten ihn die Royalisten — und er wäre es auch als König geblieben.

Für ihn gab es in der That keinen Ausweg aus einer so widerspruchsvollen Lage. Denn selbst die Aufrichtung des Thrones der Stuarts, wenn er je daran gedacht hätte, war ihm, der Karl I. auf's Schaffot gebracht hatte, nicht möglich. Seiner staatsmännischen Grösse gelang es, die unbedingte Herrschaft über die drei Reiche

bis an seinen Tod zu behaupten; aber es war die Herrschaft des Schwertes. Am 3. September 1658, dem Jahrestage seiner Siege bei Dunbar und Worcester starb Oliver Cromwell, über die Schrecken des Todes mit der Glaubensfreudigkeit des Puritaners triumphierend.

Als Protektor hatte er das Recht erlangt, seinen Nachfolger zu ernennen; er vererbte die Herrschaft wie ein König an seinen ältesten Sohn Richard Cromwell. Aber dieser war den Schwierigkeiten nicht gewachsen; nach wenigen Monaten dankte er ab, ohne für oder gegen das Haus Stuart, auf das schon jedermann blickte, einen entscheidenden Schritt gethan zu haben. Eine Zeit lang herrschte völlige Unklarheit über die künftige Regierungsform. Nur soviel war gewiss, dass die Nation der militärischen Diktatur überdrüssig war. Aber eine andere Autorität als die der Armee war im Augenblicke nicht vorhanden. Uneinigkeit der Generale erhöhte noch die Verworrenheit der Lage. In dieser Zeit ward noch zweimal das von Cromwell zersprengte lange Parlament wiederhergestellt; selbst die schon 1648 gewaltsam entfernten Mitglieder wurden wieder herbeigezogen. Aber eine Lösung war von diesen, dem Fühlen des Volks entfremdeten Männern nicht zu erwarten. Nur dass ihnen endlich die Genugthuung zu teil ward, ihre Auflösung selbst zu beschliessen. Als nunmehr ein neues, frei gewähltes Parlament zusammentrat — Lords und Gemeine, wie in königlichen Zeiten — da geschah es bereits unter dem Zeichen der stuartischen Restauration. Schon war der besonnenste unter den Führern der Armee, General Monk, der von Schottland herbeigekommen war und jetzt die Lage beherrschte, mit Karl II. in geheime Unterhandlung getreten. Wie durch eine innere Notwendigkeit geschahen alle weiteren Schritte zur Herstellung des Königs. Karl, nach den Ratschlägen seines Kanzlers Edward Hyde handelnd, gab die Erklärungen ab, die von ihm verlangt wurden. Er versprach Amnestie, Toleranz und Sicherung der Besitzverhältnisse, wie sie sich auf Grund der massenhaften Konfiskationen herausgebildet hatten. Aber auf Hydes Rat wurde in allen Punkten die Zustimmung des Parlaments vorbehalten. Es war eine Sicherstellung des Königs, aber doch auch zugleich — und darauf kommt vielmehr an — ein Verzicht auf die trotzig unabhängigkeit, die Karl I. dem Parlamente gegenüber in Anspruch genommen hatte. Und nun ward von diesem die einfache, aber bedeutsame Erklärung abgegeben, dass nach den alten Grundgesetzen des Reichs die Regierung aus König, Lords und Gemeinen bestehe und bestehen solle. Am 29. Mai 1660 hielt Karl II. unter unendlichem Jubel des Volks seinen Einzug in London.

Es war überraschend, wie schnell sich der Umschwung in allen Formen des öffentlichen Lebens, ja in dem ganzen Gebahren der Nation vollzog. Jetzt sah man erst, wie wenig tief die durch Cromwell begründete militärische Zwangsherrschaft im Volke Wurzel gefasst hatte. War es doch, als ob man alle Erinnerungen der Revolution nicht schnell genug von sich abschütteln könne. Ohne Opfer an seiner Prärogative bringen zu müssen, war Karl erhoben worden. Er knüpfte da wieder an, wo sein Vater im Jahre 1640 durch die Revolution überrascht worden war. Die Jahre seiner Regierung wurden vom Tode Karls I. an gerechnet. Die Verfassung der königlichen Zeiten ward vollkommen wieder hergestellt: das erbliche Königtum, das Haus der Lords, das Unterhaus, für welches man auch auf die früher übliche Verteilung des Stimmrechts zurückgriff. Die Restauration war herbeigeführt worden durch das Zusammenwirken der königlichen Partei oder der Kavaliere mit den Presbyterianern, die in dem Konventionsparlamente die Mittelpartei bildeten. Noch 1660 löste Karl das Parlament auf; in dem neu-gewählten hatten die Kavaliere eine Mehrheit. Da auch die puritanische Armee im Jahre 1660 aufgelöst worden war, so trat nun eine volle Reaktion gegen alle Tendenzen der Revolution ein. Die bischöfliche Kirche war schon hergestellt. Jetzt erhielten die Bischöfe wieder Sitz und Stimme im Oberhause; durch die Korporationsakte wurde der Besitz städtischer Ämter von der Erklärung abhängig gemacht, dass man den bewaffneten Widerstand gegen den König für ungesetzlich erachte. Auch mussten die Inhaber dem Covenant absagen und sich als Anhänger der englischen Kirche bekennen. Noch härter wurden Presbyterianer und Independenten durch die Uniformitätsakte des Jahres 1662 getroffen, nach welcher jeder von geistlichen Ämtern ausgeschlossen wurde, der nicht seine volle Zustimmung zu dem ganzen Inhalte des Commonprayerbook aussprach. Alle von der anglikanischen Kirche abweichenden Richtungen wurden also im öffentlichen Leben für rechtlos erklärt. Man bezeichnete ihre Anhänger fortan allesamt als Dissenter, d. h. Bekenner abweichender Meinungen. Und wenn diese zur Zeit der Revolution selbst die Herrschaft im kirchlichen Leben behauptet, die anglikanische Richtung unterdrückt hatten, so konnten sie jetzt kein anderes Ziel mehr haben als Duldung und Gleichberechtigung neben der Staatskirche. Generationen hindurch blieb fortan die Behandlung der Dissenter die wichtigste Frage der Kirchenpolitik der englischen Regierung.

Überhaupt hörten die religiösen und kirchlichen Fragen noch

lange nicht auf, einen der wichtigsten Gegenstände politischer Erörterungen zu bilden. Auch gegen Karl II. richtete sich beständig der Verdacht der Hinneigung zum Katholizismus; und in der That war derselbe bei ihm nicht unbegründet. Nach dem Erlass der Uniformitätsakte hat der König vergeblich versucht, die Ausführung der Strafgesetze gegen Andersgläubige zu verhindern, und man weiss, dass es ihm dabei um die Katholiken zu thun war. Noch einmal erliess er im Jahre 1672 eine Indulgenzerklärung, durch welche er die Strafgesetze gegen Katholiken und Dissenter einseitig aufhob. Im Parlamente aber erhob sich ein heftiger Widerstand gegen den Inhalt der Erklärung, zu der man dem Könige auch das Recht bestritt. Anders wie sein Vater gab Karl II. jedesmal nach, so oft er einen schweren Konflikt entstehen sah. Die Indulgenzerklärung zog er zurück. Das Parlament aber, mit seinem Siege nicht zufrieden, wollte zugleich allen katholisierenden Tendenzen einen Riegel vorschieben. Eine grössere Bewilligung, die Karl II. eben brauchte, ward ihm erst zugestanden, als er zur Testakte seine Zustimmung erteilt hatte. Niemand sollte darnach ein Amt bekleiden dürfen, der nicht die Transsubstantiation abschwöre und das Sakrament nach dem Ritus der englischen Kirche empfangen. Bei der religiösen Stellung des Königs ein ungeheures Zugeständnis. Er selbst hatte sich zwar noch nicht öffentlich zum Katholizismus bekannt, obwohl er es heimlich schon gethan haben soll. Aber sein eigener Bruder Jacob, der Herzog von York und Thronfolger des Reiches — Karl II. war kinderlos — war Katholik. Er musste um der Testakte willen sein Amt als Grossadmiral niederlegen.

Die katholische Richtung des Königs hing eng mit seiner auswärtigen Politik zusammen. Am folgenreichsten war die Verbindung, in die er mit Ludwig XIV., dem Könige von Frankreich trat. Auch Cromwell hatte im Bündnisse mit Frankreich gestanden, aber nur um gegen die katholische Vormacht Spanien den Kampf um so erfolgreicher führen zu können. Er selbst aber hatte zuletzt diese Verbindung aufgegeben; und jetzt, zu Karls II. Zeit, war die Weltlage völlig verändert. Nicht Spanien, sondern Frankreich war jetzt der mächtigste Staat Europas. Und mit ihm schloss nun Karl II. im Jahre 1670 den Vertrag von Dover, eine der schimpflichsten Abmachungen, zu denen sich jemals ein englischer König bereit gefunden hat. Gegen das protestantische Holland sollte ein gemeinschaftlicher Krieg unternommen werden, für den Karl französische Subsidien empfing. Nach dem Siege wollte er den Katholizismus in England einführen. Und Ludwig versprach ihm seine

Unterstützung durch Geld und Truppen, falls sich ein Widerstand erheben würde. Man sieht, nicht anders wäre die Ausführung dieser Bestimmungen möglich gewesen als durch einen gänzlichen Umsturz der Verfassung Englands in Staat und Kirche. Die Umstände haben es dem Könige unmöglich gemacht, seine Absichten zu verwirklichen, aber dennoch ist der Vertrag von Dover denkwürdig, weil in ihm das Programm stuartischer Politik auch noch späterer Tage am deutlichsten niedergelegt ist. Fand doch die demütigende Abhängigkeit, in welche Karl II. die englische Politik von der französischen gebracht hat, ihren schärfsten Ausdruck in jenen Jahrgeldern, die Karl sich später noch von dem französischen Monarchen bezahlen liess.

Denn er bedurfte stets grösserer Summen, als sie ihm vom Parlamente bewilligt wurden, nicht nur für seine Kriege sondern vor allem, um die Kosten eines verschwenderischen Hofhaltes zu bestreiten. Auf die puritanische Sittenstrenge der Commonwealth folgten die lustigen Zeiten der Restauration. In der Litteratur trat der erhabene Dichter Miltons, der noch 1667 sein „Verlorenes Paradies“ veröffentlichte, die platte Satire gegenüber, welche dem puritanischen Wesen nur eine lächerliche Seite abzugewinnen wusste. Am Hofe hatte man nur Sinn für Freuden und Lustbarkeiten. Der König gab dem Lande das Beispiel von Laster und Sittenlosigkeit. Das Vergnügen ging ihm über alles. Im Kreise leichtfertiger Freunde, in der Gesellschaft seiner Buhlerinnen vergass er Staat und Staatsgeschäfte.

Dabei war Karls II. Regierung im ganzen eine parlamentarische zu nennen. Es entsprach seiner leichtfertigen Gesinnung, wenn er ernste Zusammenstösse vermied und lieber seine anfänglichen Absichten fallen liess. Es gab keine Gesetzgebung und keine Steuererhebung ohne Mitwirkung des Parlaments. Unter seiner Regierung ist die Habeas corpus-Akte erlassen worden, seither eine der Stützen englischer Freiheit. Es war freilich nicht neues Recht, aber es gewann doch jetzt erst volle Wirksamkeit, wenn hier jeder englische Unterthan die Sicherheit erhielt, dass er nicht der persönlichen Freiheit beraubt werden dürfe, ohne in bestimmter Frist vor seinen Richter gestellt zu werden.

Karl II. starb im Jahre 1685. Auf dem Totenbette bekannte er sich — auf die Anregung des Herzogs von York — zur Gemeinschaft der römischen Kirche. York bestieg nun als Jacob II. den Thron. Zu Lebzeiten seines Bruders war seine Thronfolge hart angefochten worden. Man hatte allen Ernstes bestreiten wollen,

dass ein Papist König von England sein könne. Denn was würde man unter einer solchen Herrschaft zu erwarten haben? Werde ein papistischer König, der den Protestantismus vernichten wolle, sich durch Gesetze gebunden erachten? Jacob beeilte sich nun, alle Befürchtungen zu zerstreuen. Er erschien im Geheimen Rate und erklärte, er sei entschlossen, die bestehende Regierung in Kirche und Staat zu erhalten. Er kenne die Königstreue der Kirche von England. Die Gesetze Englands gäben ihm die Möglichkeit, als König so gross zu werden, wie er es sich nur wünschen könne. Seine eigenen Rechte wolle er nicht aufgeben, aber auch die Rechte anderer achten. Die Versammlung brach in freudige Rufe der Dankbarkeit aus. Man bat den König, seine Rede veröffentlichen zu dürfen; Jacob gestattete es. Später meinte er freilich, seine unüberlegten Ausdrücke hinsichtlich der Kirche von England seien doch zu stark gewesen.

Jacobs Thronbesteigung blieb nicht unangefochten. In Schottland und in England fanden Erhebungen statt. Der Herzog von Monmouth, ein natürlicher Sohn Karls II. und eifriger Protestant, der früher schon einmal zum Nachfolger seines Vaters vorgeschlagen worden war, landete im westlichen England und fand vielen Anhang. Aber von den Truppen des Königs ward er besiegt und gefangen. Als Hochverräter endete er auf dem Blutgerüste. An die Niederwerfung des Aufstandes schloss sich ein hartes Strafgericht. Massenhaft wurden die Schuldigen über den Ocean versandt, zu Hunderten wurden sie hingerichtet. Der Richter Jeffreys ist durch seine grausame Strenge zu einer schrecklichen Berühmtheit gelangt.

Jacob II. liess die Nation nicht lange über seine letzten Absichten im Zweifel. Die Verstärkung der Armee nach Monmouths Aufstand, die Ernennung katholischer Offiziere mit offener Verletzung der Testakte, die willkürliche Einsetzung eines geistlichen Gerichtshofs von der Art der durch das lange Parlament aufgehobenen Hohen Kommission, die Ernennung eines entschlossenen Katholiken zum Statthalter von Irland — alle diese Massregeln zeigten deutlich, dass der König auf die volle Wiederherstellung des Katholizismus lossteuere, zugleich auf eine weitgehende Beschränkung der parlamentarischen Rechte. Die Bemühungen der Katholiken waren um so eifriger und hastiger, als sie wohl wussten, dass für sie alles von dem Leben dieses Königs abhing und es mit ihren Aussichten vorüber wäre, wenn Jacob II. eines Tages zum Sterben käme, ehe die Sache der römischen Kirche den Sieg errungen hätte. Und den englischen Protestanten musste die Gefahr doppelt ernst erscheinen, wenn sie

auf das Beispiel Frankreichs blickten, wo eben Ludwig XIV. die Hugenotten durch die Aufhebung des Edikts von Nantes der Rechte beraubte, die sie ein Jahrhundert hindurch im Staate besessen hatten.

Im Jahre 1687 erliess Jacob II. einseitig eine Indulgenzerklärung, durch welche die Gesetze gegen Katholiken und Dissenter suspendiert und ihnen der öffentliche Gottesdienst gestattet wurde. Aber nicht nur die Anglikaner, sondern selbst die Dissenter, denen die Erklärung doch ebenfalls zu gute kommen sollte, verwarfen dieselbe in ihrem Abscheu gegen den Katholizismus. Der König hatte aus der Geschichte seines Bruders gelernt, dass seine Massregel nur durchzuführen sein würde, wenn sie die Zustimmung des Parlaments hätte; aber sein Versuch, ein dieser Sache günstiges Parlament zu gewinnen, schlug fehl. Die Erklärung wurde wiederholt mit dem Befehle, sie solle in allen Kirchen verlesen werden. Aber dem setzte sich nun die protestantische Geistlichkeit mit Nachdruck entgegen. Die Verlesung unterblieb fast allgemein und um dem Vorwurfe des Ungehorsams zu entgehen, half man sich mit der Erklärung, dass in dem Befehle gar nicht der Wille des Königs enthalten sein könne. Denn da nach dem alten Satze der König kein Unrecht, also nichts Ungesetzliches begehen kann, so werden, wo derartiges geschehe, seine Beamten nicht im Auftrage des Königs handeln. Man appellierte gleichsam von dem persönlichen an den idealen König, der nur wollen könne, was Gesetz sei. Am Ende konnte durch so feine Unterscheidungen der Konflikt doch nicht vermieden werden, wenn der König, der sich dieser Auslegung gewiss nicht unterwarf, auf seinem Willen bestand. Als eine Anzahl von Bischöfen ihm eine Petition überreichten, durch welche sie ihn ersuchten, von der Verlesung auf den Kanzeln absehen zu wollen, liess Jacob sie höchst ungnädig an. Ihre Bittschrift sei eine Fahne der Empörung. „Ich sage Ihnen,“ wiederholte er, „es ist eine Fahne der Empörung. Ich will, dass meine Erklärung veröffentlicht werde.“ Auf der Seite der Bischöfe hingegen fiel das Wort, ihre Pflicht gegen den König wollten sie erfüllen, so weit es mit ihrer Pflicht gegen Gott vereinbar sei. Der König liess die Bischöfe anklagen wegen Veröffentlichung einer zum Aufruhr reizenden Schmähchrift. Aber die Jury erklärte sie für nicht schuldig. Mit ungeheurem Jubel ward die Nachricht im ganzen Lande begrüsst. Jacob II. hatte eine Niederlage erlitten, die seinem Throne verhängnisvoll geworden ist.

Das englische Volk hätte sich in der That vielleicht die Regierung dieses Königs noch länger gefallen lassen und sich seinen katholisierenden Tendenzen gegenüber auf einen gesetzlichen Wider-

stand beschränkt, wenn nicht eben um diese Zeit die Hoffnung geschwunden wäre, dass jene Tendenzen wenigstens mit dem Tode Jacobs II. ein Ende nehmen würden. Dem Könige ward von seiner zweiten Gemahlin, Maria von Modena, ein Prinz von Wales geboren. Von den Kindern erster Ehe waren nur zwei Töchter am Leben geblieben, Maria und Anna, die im Protestantismus erzogen worden waren. Maria war mit Wilhelm III., dem Generalstatthalter der Niederlande, vermählt. Damit hatte man immerhin auf eine protestantische Thronfolge in England und also wenigstens für die Zukunft auf die Wiederherstellung des protestantischen Charakters der Regierung hoffen dürfen. Diese Hoffnung war nun zu nichte geworden, als die Königin Maria im Juni 1688 von einem Prinzen entbunden wurde. Sonst pflegt die Geburt eines Thronfolgers vom Volke freudig begrüsst zu werden; dieses Mal erregte sie die tiefste Bestürzung. Man sah die Begründung eines katholischen Herrscherhauses vor Augen und dagegen erhob sich nun mit wunderbarer Stärke und Einmütigkeit der Wille der Nation.

Die gewöhnlich mit einander streitenden Parteien einigten sich zu einem Schritte von allergrösster Tragweite. Das Gerücht ward ausgesprengt — und die nächste Umgebung Jacobs II. hat daran teil gehabt — die Niederkunft der Königin sei erdichtet, der angebliche Prinz von Wales ein untergeschobenes Kind. Man erklärte, das Volk sei machtlos gegenüber der Politik und den Mitteln dieses Königs, der selbst auf die Zusammensetzung des Parlaments einen entscheidenden Einfluss nehmen wolle. Und nun erging eine Aufforderung an den Prinzen Wilhelm von Oranien, den Generalstatthalter der Vereinigten Niederlande und Jacobs Schwiegersohn, er möge mit bewaffneter Macht in England erscheinen, um der allgemeinen Erhebung und einer sich daran knüpfenden Regierungsänderung den Erfolg zu sichern. Der Vorsatz ist zur Ausführung gekommen, Oranien folgte dem Rufe. Aber die Bedingungen, unter denen es geschah, die Verhältnisse, die daraus hervorgingen, gehören schon einer neuen Epoche der englischen Geschichte an. Ja, durch die mächtige Wirkung, welche das Ereignis auf die politische Gestaltung Europas ausübte, ward selbst ein neuer Abschnitt in der Geschichte des abendländischen Staatensystems eingeleitet.

Zweites Buch.

Die Begründung des parlamentarischen Königtums.

Erstes Kapitel.

Die glorreiche Revolution.

Unsere Erzählung ist an dem Punkte angelangt, wo die öffentlichen Verhältnisse Englands diejenige Gestalt gewannen, die sie auch in jener Periode noch bewahrt haben, welcher unsere Darstellung gewidmet ist. Um es gleich zu sagen: Drei wichtige Momente wurden durch die Revolution von 1688 in das staatliche Leben des englischen Volks eingeführt, um es fortan zu beherrschen. Diese waren der grundsätzlich protestantische Charakter der Regierung, das Überwiegen des parlamentarischen Einflusses, endlich die Teilnahme Englands an den grossen Machtfragen des europäischen Festlandes. Noch verging freilich ein Vierteljahrhundert, während dessen die Nation sich des Besitzes ihrer neugewonnenen Güter nicht völlig sicher fühlte. Durch die hannövrische Thronfolge, durch die Festsetzung einer neuen Dynastie ward endlich auch die bisher fehlende Sicherheit erreicht.

Jacob II. erfuhr frühzeitig genug von Wilhelms Absichten gegen England — denn ein Geheimnis konnten sie nicht bleiben — um seine Massregeln dagegen treffen zu können. Er fürchtete sich nicht, er verliess sich auf seine Flotte und das Landheer und suchte beide für den Kampf stark zu machen. Ludwig XIV. bot ihm seine Hülfe an; Jacob meinte ihrer nicht zu bedürfen. Durch eilig gemachte Zugeständnisse vermochte er freilich den Unwillen der Nation nicht mehr zu besänftigen, denn niemand glaubte noch an den Ernst seiner Zusagen; das Land bereitete sich zum Abfalle von seinem Könige vor.

Unterdessen rüstete sich Wilhelm von Oranien zu seinem Zuge nach England. Sein Entschluss war bestimmt worden durch die Rücksicht auf die Lage des Welttheils. Im Verein mit einem europäischen Bündnisse stand er im Begriffe, einen Krieg gegen Ludwig XIV. zu unternehmen. Der Kampf gegen den übermächtigen Monarchen, der vor wenigen Jahren die Hugenotten geächtet hatte,

ward mit besonderem Nachdrucke von den protestantischen Fürsten und Mächten unterstützt. England schien nach der Lage der Dinge auf die Seite der Gegner Frankreichs zu gehören. Aber unter Jacob II. war an eine solche Haltung nicht zu denken. Welche Aussicht aber bot sich dem Oranier, wenn er selbst über den Kanal ging und die Lage in England zu Gunsten seines grossen Planes umgestalten half. So ward der Konflikt des katholischen Königs mit seinen protestantischen Unterthanen in das Gebiet der grossen Machtfragen Europas hinübergespült. Im besonderen schien die Zukunft des Protestantismus davon abzuhängen, ob England, wie seit 100 Jahren, so auch in Zukunft die Vormacht desselben bleiben werde. Darum der Anteil und die thatsächliche Hilfe, welche Wilhelms Unternehmen bei den deutschen Protestanten fand. Als im April des Jahres das grosse Leben des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm zur Ruhe ging, da weilten die Gedanken seiner letzten Tage bei den Plänen des Oraniers. „London“ und am andern Tage „Amsterdam“ lautete die Parole, die er für den Dienst im Schlosse zu Potsdam ausgab. Dann hat sein Nachfolger brandenburgische Truppen nach den Niederlanden gesendet, damit Wilhelm alle verfügbaren Streitkräfte nach England einschiffen könne.

Aus drei Geschwadern bestand die stattliche Flotte, welche den Prinzen und mit ihm die Hoffnungen der protestantischen Welt über das Meer trug. Auf der Fahne seines Schiffes las man die Worte: für die protestantische Religion für ein freies Parlament, und darunter das oranische „je maintiendrai“. Anfangs war die Fahrt nicht glücklich. Ein Sturm erhob sich und trieb die Flotte aus einander. Erst an der holländischen Küste sammelte sie sich von neuem. Abermals fuhr Wilhelm aus. Dieses Mal erreichte er nach einigen Fährlichkeiten glücklich sein Ziel. In der geräumigen Bucht Torbay in Devonshire stieg er ans Land.

Doch weshalb — so muss man fragen — ward die Überfahrt und Landung nicht durch die englische Flotte gehindert? Dieselbe war damals so stark und tüchtig wie je. König Jacob hatte die Leitung der Marine nicht aus den Händen gegeben. Samuel Pepys, der ihm dabei zur Seite stand, war nur Sekretär der Admiralität. Man weiss jetzt auch, dass, als die Nachrichten von Wilhelms Absichten auf England eintrafen, alle Vorbereitungen geschahen, um die Flotte wirkungsvoll gegen ihn operieren zu lassen. Den Oberbefehl führte Lord Dartmouth, an dessen Treue niemand zweifelte. Aber man war bis zuletzt im Unklaren über das Ziel, welches Wilhelm im Auge habe. Lange meinte man, er werde nach Schott-

land oder Nordengland gehen. Am 3. November, zwei Tage vor des Prinzen Landung, glaubte der König sicher zu sein, dass die holländische Flotte sich nach Portsmouth wende. Zuletzt kamen noch widrige Winde hinzu und machten es dem Lord Dartmouth unmöglich, die Landung zu verhindern. Aber auch nachdem diese erfolgt war, ist es zu einem Zusammentreffen zwischen den beiden Flotten nicht mehr gekommen. Anfangs überschätzte der König die Stärke der Holländer und wünschte einen Kampf vermieden zu sehen. Als er dann aber die Nachricht erhielt, dass die Gegner weit schwächer seien als man geglaubt, da ermächtigte er in der That seinen Admiral, die feindlichen Schiffe auch jetzt noch, nach geschehener Landung anzugreifen. Die Gefühle der Flottenmannschaften waren mehr auf der Seite des Prinzen von Oranien als ihres Königs. Aber über ihre Haltung im Falle eines Kampfes mag man doch im Zweifel sein. Dartmouth hat später erklärt, sie würden sich tapfer für den König geschlagen haben. Man hat auch auf die alte Eifersucht zwischen den englischen und holländischen Kriegsfлотten hingewiesen, welche auf einen langen Kampf um die Beherrschung des Meeres zurückblickten. Wären sie jetzt zusammengestossen, so hätten doch vielleicht die augenblicklichen Empfindungen dem tief eingewurzeltten Hasse Platz gemacht und Niederländer und Briten hätten wieder um das Dominium zur See gekämpft wie in den Tagen von Ruyter und Blake.

Ein solcher Zusammenstoss hätte Wilhelm doch in eine üble Lage bringen können. Entschied eine Seeschlacht für Jacob II., ehe noch im Lande seine Hoffnungen gänzlich geschwunden waren, so war Wilhelm vielleicht die Rückkehr abgeschnitten, während der Sieg des Königs auch die Stimmung der Nation zu seinen Gunsten verwandeln konnte. Aber Dartmouth vermochte den anbefohlenen Angriff nicht auszuführen. Durch einen Sturm ward die englische Flotte beschädigt und in alle Windrichtungen auseinander getrieben; so bald konnte sie sich nicht wieder auf hoher See zeigen.

Also war durch die Ungunst des Schicksals die einzige Stütze gebrochen, an der das Königtum Jacobs II. sich vielleicht noch hätte halten können. Denn jetzt nahmen die Dinge ihren Lauf. Wilhelm näherte sich der Hauptstadt und überall trat die Bevölkerung zu ihm über. Der König wollte nicht nachgeben, er dachte nicht daran, ein Parlament zu berufen. Die königliche Truppenmacht war derjenigen des Prinzen weit mehr als gewachsen, aber sie folgte den Befehlen ihres Königs nicht mehr. Die Führer, unter ihnen John Churchill, der nachmalige Herzog von Marlborough, verliessen

das Lager und schlossen sich dem Feinde an, den sie bekämpfen sollten. Und auch von den Mannschaften durfte Jacob nicht mehr hoffen, dass sie für ihn fechten würden. Alles wandte sich von ihm ab. Selbst die Prinzessin Anna, seine jüngere Tochter, verliess ihn und ging zu Oranien über. Von einem verkehrten Entschlusse kam der König zum andern. Er ging nach London, traf Anstalten zur Berufung eines Parlaments, ohne dass er daran dachte, sich dem Willen desselben zu unterwerfen. Er gewinnt es über sich, in Verhandlungen mit seinem Gegner einzutreten, aber ein Erfolg war unmöglich. Dann entschloss er sich zur Flucht. Seine Gemahlin mit dem neugeborenen Prinzen gewann glücklich die französische Küste; er selbst wollte ihr folgen. Vorher aber wünschte er den Zusammentritt des Parlaments unmöglich zu machen, damit überhaupt nicht während seiner Abwesenheit — da nur der König es berufen durfte — eine gesetzmässige Neuordnung erfolgen könne. Die grossenteils noch nicht fortgesandten Ausschreiben vernichtete er, das grosse Siegel hat man nachmals in der Themse gefunden. Und nun begab er sich selbst an die Küste, doch im Begriffe sich einzuschiffen, ward er festgehalten, entdeckt und nach London zurückgebracht. Niemand dachte daran, ihm das Schicksal seines Vaters zu bereiten; vielmehr nahm man eine Gelegenheit wahr, ihn nochmals entfliehen zu lassen. Am französischen Hofe, wohin er sich begab, fand er eine würdige, königliche Aufnahme. Der treue Freund Ludwigs XIV. war jetzt in der That auf die Gnade des französischen Monarchen angewiesen, ohne die er nicht hoffen durfte, jemals seine Krone zurückzugewinnen. So entfremdete sich der katholische Mannstamm der Stuarts dem englischen Boden und ward der Verbündete des Landesfeindes.

Dem Volke von England erwuchs nunmehr die Aufgabe, seine politischen Verhältnisse neu zu gestalten. Nach der Stellung, die Wilhelm von Oranien im Lande schon einnahm, handelte es sich im Grunde nur darum, die Form zu finden, in der man ihm die Regierung auf die Dauer übertragen könnte. Indem die Nation Jacob II. vom Throne ausschloss, stellte sie sich auf den Boden der Revolution. Aber anders als im Jahre 1649 dachte sie dieses Mal nicht daran, mit der Person des Königs zugleich das Königtum auszuschliessen. Die Zeit der Republik und des Protektorats war noch in zu unheimlicher Erinnerung, und so war man jetzt entschlossen, sich von den überlieferten Grundlagen der Verfassung nicht zu entfernen.

Die rechten Lehren aus der Geschichte zu ziehen, ist im all-

gemeinen schon aus dem Grunde so schwer, weil die den einzelnen Epochen notwendige Belehrung so verschieden sein müsste wie ihre Bedürfnisse. Dieses Mal erkannte die englische Nation in ihrer eigenen Geschichte der letzten zwei Menschenalter die Lehre, dass nur die monarchische Ordnung eine Gewähr biete für die dauernde Erhaltung der nationalen Sicherheit und Freiheit.

Wilhelm hatte versprochen, dass die Neugestaltung von einem freien Parlamente ausgehen solle. Ein gesetzlicher Weise durch den König berufenes Parlament war nicht zu haben, da kein König zur Hand war. So wurden zunächst die in London anwesenden Lords und die Mitglieder der Parlamente Karls II. versammelt; durch sie ward Wilhelm ermächtigt, nunmehr seinerseits ein Parlament zu berufen. Doch da er nicht König war, so ward dasselbe nur mit dem Namen einer Konvention belegt. Hier wurde nun im Unterhause die Erklärung beschlossen, Jacob habe durch den Bruch des ursprünglichen Vertrages zwischen König und Volk die Verfassung des Reiches umzustürzen versucht, er habe auf den Rat von Jesuiten und anderen Übelgesinnten die Grundgesetze verletzt, er habe das Königreich verlassen, darum sei nun der Thron als ledig zu betrachten. Gründe genug, um jeder der Parteien die Zustimmung möglich zu machen. Die einen legten das meiste Gewicht auf die Missregierung des Königs, die andern auf seine Entfernung, durch die er selbst seine Abdankung ausgesprochen habe. Genug, Commons und Lords beschlossen zu erklären, dass der Thron frei sei.

Und nun folgte die Übertragung der Krone an Wilhelm von Oranien. Es traf sich wunderbar glücklich, dass der Wiederhersteller der Freiheit durch Abstammung und Familienverbindung zugleich ein nahes Anrecht an die englische Krone besass. Sein Vater Wilhelm II. war mit der Tochter Karls I. von England vermählt gewesen, er selbst aber hatte Maria, die älteste Tochter Jacobs II. heimgeführt. Wenn Jacob wirklich abgedankt hatte und sein Sohn ein untergeschobenes Kind war, so gebührte Maria die Nachfolge auf dem englischen Throne. Aber da auch ihr Gemahl der Enkel eines englischen Königs war, so lag es nahe, ihn selbst zum Könige zu erheben. Wilhelm wollte für sich den vollen Besitz der Krone, nicht nur eine Stellvertretung seiner Gemahlin, bei der er in die Lage kommen konnte, in den Privatstand zurücktreten zu müssen, falls er sie überleben würde. So lieb und wert er Maria halte, ihr Unterthan wollte er doch nicht werden. So ward ein Ausweg gefunden, für den man freilich einen ähnlichen Vorgang in der

Geschichte Englands nicht namhaft machen konnte, der aber darum doch vollkommen natürlich war. Ein doppeltes Königtum Wilhelms und Marias wurde errichtet, eines jeden mit seinem besonderen Rechte, das auch beim Tode des anderen nicht erlöschen sollte. Die sonst bedenklich erscheinende Teilung der höchsten Gewalt war in diesem Falle ohne Gefahr, da man von vornherein wusste, dass Maria sich ihrem Gemahl in allen Stücken unterordnen werde. Und auch ausdrücklich wurde noch bestimmt, dass, solange Maria lebte, die Leitung der Regierung ausschliesslich in der Hand ihres Gemahls liegen solle.

Zugleich mit der Übertragung der Krone an Wilhelm und Maria ward die berühmte Erklärung der Rechte, welche zwischen den beiden Häusern und dem künftigen Könige vereinbart war, zum Gesetze erhoben. Alle die Fragen, welche zuletzt zwischen der Krone und dem Volke streitig gewesen waren, wurden hier zur Entscheidung gebracht. In einer Reihe von Sätzen wurde für alle Zeit die Form festgelegt, in der die Regierung Englands sich in Zukunft bewegen sollte. Das von Jacob II. behauptete Recht, von den Gesetzen dispensieren zu dürfen, ward der Krone abgesprochen: dadurch erst erhielt die gesetzgebende Macht des Parlaments ihre volle Bedeutung. Überhaupt wurde nun die Autorität des Parlaments in weitem Umfange aufgerichtet. Ohne seine Bewilligung darf der Souverän keine Gelder von seinen Unterthanen erheben; ohne seine Zustimmung keine stehende Armee in Friedenszeiten unterhalten. Die Mitglieder des Parlaments werden frei gewählt; ihre Rede, ihre Debatten dürfen nicht angefochten werden ausserhalb des Parlaments. Als Wilhelm und Maria der Erklärung der Rechte ihre Zustimmung erteilt hatten, wurden sie am 13. Februar 1689 zur Würde des Königtums feierlich erhoben.

In anderem Zusammenhange werden wir noch davon zu reden haben, wie unter Wilhelms III. Regierung eine neue Thronfolgeordnung in's Leben trat, deren Voraussetzung es war, dass nur ein protestantisches Fürstenhaus in England herrschen dürfe. Im Jahre 1701 ward für den Fall des kinderlosen Ablebens der Prinzessin Anna das kurfürstliche Haus von Hannover auf den englischen Thron berufen.

So war im Jahre 1689 durch den einfachen Willen des Volks und ohne Blutvergiessen eine neue Herrschaft in England aufgerichtet worden. An die Stelle einer Regierungsweise, die als politische und kirchliche Tyrannei empfunden wurde, trat das Übergewicht des Parlaments in der Entscheidung der öffentlichen Fragen. Die höchste Macht ruhte in England fortan bei der Nation selbst

und ihren Vertretern. Nach ihrem Willen musste der Souverän regieren. Gegen die Gesetzmässigkeit der Erklärung der Rechte konnte der Einwand erhoben werden, dass sie weder von einem ordentlichen Parlamente beschlossen worden sei, noch vom Könige die für ein Gesetz notwendige Zustimmung erhalten habe. So ward dann noch 1689 die Erklärung in eine Bill der Rechte verwandelt, die nun in aller Form zum Gesetze erhoben wurde.

Blicken wir noch einmal auf die Geschichte des Parlaments, so haben wir in die Zeiten des 13. Jahrhunderts zurückzugehen, um die Anfänge einer eigentlichen Volksvertretung zu finden. Wir wissen, wie die Macht und Volkstümlichkeit der Parlamente angewachsen war. Das Haus Lancaster war nur durch ihre Hilfe emporgekommen. Im Rosenkriege sanken sie zu einem Werkzeuge der jeweiligen Gewalthaber herab. Unter den Tudors blieb zwar das Recht des Parlaments unangetastet, seine Macht aber war gering. Den Ausschlag gab der Wille des Souveräns, doch hütete er sich gleichwohl, das Einvernehmen mit dem Parlamente zu verlieren.

Die Stuarts endlich warfen die Rücksicht beiseite und meinten, dem Volke das Gesetz diktieren zu können. Den zweiten Stuart hat der Versuch das Leben, seinem Sohne hat er den Thron gekostet. Das erste Mal war die Aufrichtung der Republik, zuletzt die Militärdiktatur an die Stelle des stuartischen Königtums getreten. Nach seiner endgültigen Beseitigung folgte die parlamentarische Herrschaft, aber mit monarchischer Spitze. Durch die Revolution von 1688 ward endlich die konstitutionelle Regierungsweise in die Geschichte Englands und des Weltteils eingeführt.

Wohl haben die Engländer ein Recht, von ihrer „glorreichen Revolution“ zu sprechen. Die Bedeutung der Umwälzung wird durch ihren unblutigen Charakter gewiss nicht vermindert, denn dieser hatte in der einmütigen Erhebung des Volkes seinen Grund. In der Masshaltung aber liegt die Grösse des Ereignisses. Die Nation, entschlossen, sich die Güter, für die sie so lange gekämpft, die Freiheit ihres protestantischen Bekenntnisses, ihre politischen Rechte, durch eine despotische Regierung nicht mehr rauben zu lassen, nimmt selbst ihr Schicksal in die Hand; doch verfährt sie nicht nur umstürzend, sondern zugleich erhaltend, rücksichtslos und doch gemässigt; sie beseitigt den König und die durch ihn vertretenen Tendenzen, doch nur, um das Königtum sogleich in neuer, volkstümlicherer Gestalt wieder erstehen zu lassen.

Der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens lag fortan im Parlamente, im besonderen im Unterhause. Damit gewannen nun auch

die politischen Parteien und ihr jeweiliges Stärkeverhältnis im Parlamente erhöhte Bedeutung. Es waren die beiden Parteien der Whigs und Tories, deren Gegensatz seit der Zeit Karls II. eine mächtige Rolle im öffentlichen Leben spielte. Die Namen, aus Schottland und Irland stammend, waren von den beiden Gruppen, die um die Möglichkeit der Ausschliessung des Herzogs von York von der Thronfolge stritten, einander beigelegt worden. Dann wurden sie in weiterem Sinne auf die Vertreter der beiden vornehmsten politischen Richtungen übertragen; in dieser Anwendung sind sie berühmt geworden. Es war eigentlich der alte Gegensatz zwischen Kavaliern und Rundköpfen, zwischen der Partei des passiven Gehorsams und der des Widerstandes, zwischen Anglikanern und Nonconformisten, überhaupt der Gegensatz zweier Weltanschauungen, der durch die Spaltung der englischen Politiker in Tories und Whigs seinen Ausdruck fand. Im einzelnen war das Programm der Parteien niemals lange unverändert, zu jeder neuen Frage nahmen sie, jede von verschiedenen Voraussetzungen ausgehend, von neuem Stellung; es konnte geschehen, dass unter dem Wandel der Dinge die Whigs einmal da zu stehen kamen, wo vordem die Tories gestanden hatten. Denn losgelöst von den wirklichen Verhältnissen in Staat und Gesellschaft können ja politische Parteien überhaupt nicht gedacht werden; ihre Ziele werden stets wechseln mit den Bedingungen des öffentlichen Lebens. Über die Grundlagen waren bei aller Verschiedenheit ihrer Ansichten Tories und Whigs doch Eines Sinnes. An der monarchischen Ordnung hielten sie beide fest, gemeinsam übertrugen sie dem Prinzen von Oranien die Krone. Und die Bedeutung ihres Zusammenwirkens ward dadurch nicht vermindert, dass die Tories die Fiktion aufstellten, Jacob II. habe abgedankt, indem er das Königreich verliess, die Whigs aber in der gemeinschaftlichen Erklärung die Erwähnung des ursprünglichen Vertrages nicht missen wollten, durch dessen Verletzung Jacob die Krone verwirkt habe.

Man hat damals und noch lange nachher das Bestehen dieser Parteien als ein Unglück für den Staat beklagt und sich der Hoffnung hingegeben, sie aus dem politischen Leben verschwinden zu sehen. Dabei übersah man aber den Nutzen, der aus der öffentlichen Vertretung entgegengesetzter Ansichten für das Gemeinwohl entspringt, wenigstens dann, wenn die Parteien sich von dem Boden der notwendigen Voraussetzungen nicht entfernen und nicht in einen unfruchtbaren Doktrinarismus sich verlieren. Von diesem Fehler aber wussten Whigs wie Tories sich im allgemeinen frei zu halten.

Ja, die Gefahr, in denselben zu verfallen, war nicht sehr bedeutend, da sie beide jeden Augenblick bereit waren und sein mussten, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen und dabei ihre politischen Grundsätze in's Leben überzuführen.

Freilich fehlte doch noch viel an der Durchführung einer rein parlamentarischen Herrschaft, welche erfordert, dass die Minister der Krone der jeweiligen Mehrheit des Parlaments entnommen seien. Wilhelm III. hat vielmehr damit begonnen, eine aus Männern beider Parteien zusammengesetzte Regierung zu bilden. Nach wenigen Jahren war er gezwungen, zu einem rein whiggistischen Regimente überzugehen, doch hat er noch einmal ein aus Tories und Whigs gemeinschaftlich gebildetes Ministerium berufen. Denn es widerstrebt ihm, sich durch die Einseitigkeiten einer einzelnen Partei in seinen königlichen Entschliessungen bestimmen zu lassen. Aber doch lehren die vielfachen Schwierigkeiten, mit denen Wilhelm in seiner inneren Politik zu kämpfen hatte, dass die machtvolle Stellung, welche das Parlament nun einmal besass, dahin führen musste, dass die Regierung nur dann das notwendige Ansehen und Vertrauen sich verschaffen konnte, wenn sie denselben Charakter an sich trug, wie die jeweilige Mehrheit des Unterhauses. Für den Inhaber der Krone eine unangenehme Wahrheit, welcher er sich gleichwohl auf die Dauer nicht verschliessen konnte.

Einen herzlichen Charakter hat Wilhelms III. Verhältnis zu seinen englischen Unterthanen nur in seltenen Augenblicken seiner Regierung angenommen. Er hatte England befreit, aber sein Herz gehörte seiner niederländischen Heimat. Anders als nachmals Georg I. war Wilhelm mit der Sprache und Verfassung Englands wohl vertraut, allen Pflichten seines königlichen Amtes vermochte er vollauf gerecht zu werden, und doch blieb er auf englischem Boden ein Fremder. Das Volk konnte nicht zu dem frohen Gefühle gelangen, dass der König ganz der Seine sei. Es vermochte hinter seiner kühlen holländischen Art das warme Herz nicht zu erkennen. Schweigsam wie sein grosser Ahnherr, hatte der Oranier sich früh daran gewöhnt, sein starkes Empfinden vor der Menge zu verbergen. Nur den Freunden, die ihm lange in der Heimat nahe gestanden hatten, offenbarte er sein Inneres. Sie machte er zu Vertrauten seiner Gefühle wie seiner grossen staatsmännischen Entwürfe.

Seitdem Wilhelm als ein frühreifer Jüngling an die Spitze des niederländischen Staatswesens getreten war, lebte er völlig in dem Gedanken eines europäischen Widerstandes gegen die für den ganzen Weltteil bedrohliche Übermacht Frankreichs. Er wurde der

Begründer des Systems der Koalitionen zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts. Aber trotz aller Anstrengungen war der Erfolg gering, solange diejenige Macht dem Bunde fernblieb, welche durch ihre Stellung und Geschichte am meisten berufen schien, die politische und religiöse Freiheit der Völker gegen die französische Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Wohl war schon im Jahre 1668 ein Augenblick eingetreten, wo England im Bündnisse mit Holland und Schweden dem französischen Monarchen in den Arm fiel und ihn zwang, auf die Verwirklichung seiner kühnsten Entwürfe vorläufig zu verzichten. Aber mit nichts ward die Tripel-Allianz der Ausgangspunkt eines neuen Systems; sie löste sich auf, als der nächste Zweck erreicht war. Es folgte der schimpfliche Vertrag von Dover; das stuartische Königtum ward der Verbündete Ludwigs XIV. Zwar wurde Karl II. im Jahre 1674 durch das Volk zum Frieden und 1678 selbst zu einem Bündnisse mit Holland gezwungen. Aber die wunderbare diplomatische Kunst des französischen Monarchen wusste es doch durch die gleich geschickte Bearbeitung der englischen Parteien wie des Königs dahin zu bringen, dass eine Gefahr von dieser Seite ihm nicht mehr drohte. Man kennt die kecke Verletzung des Völkerrechts, die verwegenen Übergriffe, welche Ludwig sich nun in den Jahren nach dem Nymweger Frieden erlauben durfte. Wilhelm III. hatte in bitterem Schmerze an der Vollendung seines Lebenswerkes verzweifelt.

Ein merkwürdiges Spiel des Zufalls wollte es nun, dass just 100 Jahre nach der Besiegung der Armada der Katholizismus von neuem eine Niederlage erlitt, durch welche seine volle Herrschaft in Europa ebenso wirksam verhindert wurde wie im Jahre 1588. Die Beseitigung des stuartischen Königtums rettete den protestantischen Charakter der englischen Regierung und entriss sie zugleich der Abhängigkeit von Frankreich. Der Despotismus Ludwigs XIV. zeigte zwar keineswegs ein so vorwiegend religiöses Gepräge wie derjenige Philipps II., doch trug auch er viel davon an sich. Zu ihm trat England seit der glorreichen Revolution in einen scharfen Gegensatz. Jetzt erst gewann das durch Wilhelm III. begründete System Aussicht auf Erfolg, da er als König von England auch die Kräfte des Inselreiches in den Dienst seiner grossen Sache stellte. Die Koalition von 1689 vereinigte die beiden Seemächte mit den habsburgischen Höfen von Wien und Madrid und mit anderen Mächten zum Kampfe gegen Frankreich. Während zweier Menschenalter sind die Politiker Europas auf dieses von Wilhelm III. begründete System der Koalitionen — man nannte es schliesslich

das „alte System“ — immer wieder zurückgekommen. Die Grundlage bildete das feste Zusammenhalten der Seemächte. England und Holland erschienen fortan dem übrigen Europa wie eine einzige zusammenhängende Machtgruppe, die den Anspruch erhob, bei der Entscheidung aller wichtigen Fragen im Weltteile gehört zu werden.

Wilhelm III. aber, der Herrscher über England und Niederland, führte nun die Kräfte beider Staaten dem grossen Kampfe zu. Und doch erfüllten sich die Erwartungen nicht, die man an den neuen Zustand der Dinge in England geknüpft hatte. Der Hader der Parteien liess es zu recht ausgiebigen Leistungen nicht kommen. Die Engländer argwöhnten eine Bevorzugung der holländischen Interessen, in Holland aber murrte man, dass die Generalstaaten zu so viel schwereren Leistungen herangezogen wurden als das reiche England. Österreich endlich, der stärkste unter den Verbündeten der Seemächte, wendete seine besten Kräfte lieber dem dankbareren Kampfe gegen die Osmanen zu als dem unfruchtbaren Ringen gegen Ludwig XIV. So gelang es trotz aller Anstrengungen nicht, auf den Kriegsschauplätzen in Italien und den spanischen Niederlanden einen entscheidenden Sieg über die Franzosen davonzutragen.

Wilhelm III. hatte noch im besonderen für den Besitz seines Thrones zu kämpfen. In Irland ward für die Sache Jacobs II. eine Armee gebildet, er selbst durch Ludwig unterstützt, erschien im Lande. Auch Wilhelm setzte nach Irland über; zwei englische Könige stritten um den Besitz des Thrones. In der Schlacht, welche sich bei seinem Übergange über den Boynefluss entwickelte, hatte Wilhelm den Sieg; die Sache Jacobs II. war für immer verloren. Wohl trug sich der französische Hof noch mit dem Plane einer Landung an der englischen Küste: nach der schweren Niederlage der französischen Flotte am Kap La Hogue im Jahre 1692 durfte man sich in England völlig sicher fühlen. So war der Ausgang dieses Kampfes. Auf dem Festlande offenbarte er das Gleichgewicht der Kräfte. Aber wenigstens war doch auch der weiteren Ausdehnung der französischen Macht ein Ziel gesetzt. Ohne neue Erwerbungen, freilich auch ohne den im Frieden gemachten Raub, ohne Strassburg ausliefern zu müssen, schloss Ludwig 1697 zu Ryswick Frieden. Als englischen König musste er den Oranier anerkennen.

Zweites Kapitel.

Die Siege des spanischen Erbfolgekrieges.

So hatte Wilhelm III. fast ein Menschenalter hindurch gegen die Macht Frankreichs angekämpft; um ihrem Vordringen eine Schranke zu setzen, hatte er ein neues System der europäischen Politik begründet. Da sah er an seinem Lebensabend noch einmal alles in Frage gestellt. Der Weltstellung des Hauses Bourbon eröffnete sich eine Aussicht von unendlicher Weite, als der letzte der spanischen Habsburger zu Grabe getragen wurde und ein Enkel Ludwigs XIV. im Februar 1701, von einer freudetrunkenen Masse begrüßt, in Madrid als König seinen Einzug hielt.

Was hatte Wilhelm aufgeboten, um dies zu verhindern! Seit mehr als drei Jahrzehnten hatten die Kabinette die spanische Thronfolge schon nicht mehr aus den Augen verloren. Die Bourbonen und die österreichischen Habsburger waren die mächtigsten Bewerber um das Erbe Karls II.; kaum schien es möglich, einen friedlichen Ausgleich zwischen ihnen zu finden. Ludwig XIV. war mit der älteren, Kaiser Leopold in erster Ehe mit der jüngeren Tochter Philipps IV. vermählt gewesen. Jene hatte auf ihr spanisches Erbrecht verzichten müssen, weil Philipp nach alter Familientradition an der Einheit des habsburgischen Gesamthauses festhalten und nach dem Aussterben des Mannsstamms in Spanien den österreichischen Verwandten die Nachfolge sichern wollte. Die Verzichtleistung war jedoch in Frankreich als unverbindlich angesehen worden und Ludwig XIV. machte den Anspruch seines Hauses energisch geltend. Aus der Ehe des Kaisers Leopold mit seiner spanischen Gemahlin war ihm eine Tochter, Marie Antonie, entsprossen. Als diese dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern vermählt ward, hatte sie zwar auf ihr eigenes Recht zu Gunsten ihres Vaters und ihrer Stiefbrüder, der Erzherzöge Josef und Karl verzichten müssen; aber dem Sohne, den sie ihrem Gemahl geboren hatte, konnte sein Erbrecht nicht bestritten werden. Es war der Kurprinz Josef Ferdinand,

welcher nun von vielen als der rechtmässige Erbe des spanischen Thrones bezeichnet wurde. Das war auch die Meinung Wilhelms III., als er mit Ludwig XIV. im Jahre 1698 den ersten Teilungsvertrag schloss. Der Kurprinz sollte erben, nur der italienische Besitz Spaniens zu Entschädigungen für Frankreich und Österreich verwandt werden. Aber gerade der Gedanke einer Teilung des ungeheuren Reiches war dem spanischen Stolze zuwider. Karl II. wurde vermocht, den Kurprinzen durch ein Testament zu seinem Universalerben einzusetzen. Mochte nun hierin eine friedliche Lösung gefunden sein oder nicht, ein schwerer Schicksalsschlag vereitelte alle auf das Testament Karls II. gesetzten Hoffnungen. Der siebenjährige Kurprinz ward im Jahre 1699 von einer Krankheit plötzlich dahingerafft. Abermals traten jetzt Wilhelm III. und Ludwig XIV. zu einem Teilungsvertrage zusammen. Sie einigten sich dahin, dass Erzherzog Karl, der zweite Sohn des Kaisers, Spanien, die Niederlande und Amerika, Frankreich dagegen die spanischen Besitzungen in Italien erhalten sollte. Doch die Aussicht, den Wiener Hof für diesen Vertrag zu gewinnen, war gering. Gerade Italien erschien dem Kaiser und seinen nächsten Ratgebern als der wertvollste Teil des spanischen Erbes, den man um keinen Preis fahren lassen dürfe. Und in Spanien machte sich gegen diesen zweiten Teilungsvertrag derselbe Widerwille bemerkbar wie vorher gegen den ersten. Wieder drängte alles auf Karl II. ein, durch eine eigene Entschliessung jene verhasste Politik der Teilungsverträge zu durchkreuzen. Und jetzt arbeitete in allen Teilen der spanischen Monarchie eine französische Agitation, gewissermassen im Gegensatz zur Politik der Krone, dahin, eine Entscheidung zu Gunsten eines bourbonischen Prinzen zu erwirken. Andere Momente, wie der Einfluss des Papstes, kamen hinzu: Karl II. unterzeichnete ein zweites Testament, in welchem Philipp von Anjou, der zweite Enkel Ludwigs XIV. nach dem Tode des Erblässers in erster Linie auf den spanischen Thron berufen wurde; die Monarchie aber sollte unteilbar sein. Wenige Wochen später trat der Erbfall ein, an dem die Ruhe des Weltteils hing: am 1. November 1700 starb Karl II.

Ob es in diesem Augenblicke überhaupt noch möglich war, den Weltfrieden zu erhalten? Wer will es entscheiden? Man kennt die Erwägungen, welche am französischen Hofe nun gepflogen wurden, wie Ludwig XIV. doch einen Augenblick schwankte zwischen dem Festhalten am Teilungsvertrage und der Annahme des Königstitels von Spanien für seinen Enkel Philipp von Anjou. Er entschied sich für das letztere im Hinblick auf den Gewinn, den

Frankreich in seiner europäischen Stellung nicht minder als in seinen Handelsinteressen davontragen werde, wenn ein bourbonischer Prinz Herrscher über die spanischen Gebiete in der alten und neuen Welt werde. Man erwartete, dass Frankreich künftig in allen europäischen Fragen den Ton angeben werde. Und gewiss ist es auch zutreffend, von den unausgesprochenen Verpflichtungen zu reden, welche Ludwig oblagen, nachdem wesentlich durch die Haltung der französischen Diplomatie die Spanier bestimmt worden waren, seinen Enkel auf ihren Thron zu berufen. So ward durch den Entschluss seines Grossvaters Philipp V. König von Spanien.

Bald genug stellte es sich heraus, dass diese Entscheidung schwere Kämpfe kosten sollte; aber lange Monate vergingen, bis sich die Kräfte des Widerstandes zu einheitlicher Wirkung gesammelt hatten. Österreich war in dieser Sache der natürliche Gegner Frankreichs. Die deutschen Habsburger konnten nicht gutwillig auf eine Erbschaft verzichten, welche die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte ihnen zuzusprechen schien. Obwohl zwei schwere Kriege im Westen und im Osten soeben erst zu Ende gebracht waren, raffte man sich abermals zu kriegerischem Entschlusse auf. Der alte Kaiser Leopold war sonst nicht ein Mann des kühnen Vorsatzes. Jetzt aber bewies er wenigstens jene Festigkeit, welche die Habsburger immer besessen haben, wo es sich um die Rechte des Erzhauses handelte. Seine Söhne, die Erzherzöge Josef und Karl, waren gleichen Sinnes. Und auch Prinz Eugen, der Held von Zenta, und kaum weniger mächtig im Rate als im Heere des Kaisers, gab sein gewichtiges Wort ab für den Krieg gegen Frankreich.

Immerhin waren die Kräfte noch ungleich verteilt, wenn Österreich allein blieb und Ludwig XIV. ausser den eigenen Mitteln noch diejenigen aller Länder der spanischen Krone zu seiner Verfügung hatte. Ohne Bundesgenossen konnte Österreich den ungeheuren Kampf nicht aufnehmen. Man ging dabei am Wiener Hofe von der Voraussetzung aus, dass die Seemächte wie in den früheren Kriegen so auch jetzt sich mit dem Kaiser gegen Frankreich verbinden müssten. In der That schien das eigene Interesse der Engländer und Holländer mit der Aufrichtung eines bourbonischen Thrones in Madrid unvereinbar zu sein.

Die Seemächte unterhielten einen blühenden Handel mit Spanien und seinen amerikanischen Kolonien. Denn Spanien war seit fast zwei Jahrhunderten in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen auf das Ausland angewiesen, hatte über der Einmischung in alle grossen Fragen des Weltteils seine eigene heimische Kultur versäumt. Eine

Art von Grössenwahn hatte im 16. Jahrhundert das ganze Volk ergriffen. Karl V. und Philipp II. hatten es zum eigenen Ruhme und zur Verteidigung der katholischen Kirche auf die verderbliche Bahn der auswärtigen Unternehmungen getrieben, welche alsdann nicht mehr verlassen wurde, bis furchtbare Schicksalsschläge die gefallene Grossmacht dazu zwangen. Alles war dem Wahne aufgeopfert worden, dass Spanien die Geschicke der Welt in Händen halten müsse und dass kein Opfer zu gross sei im Kampfe für den Katholizismus. Der Bauer hatte den Pflug verlassen, um als Soldat in fremden Landen Beute zu gewinnen. Dem Edelmann winkten Ehren und Reichtümer als Offizier in der Armee des Königs oder als Beamter seiner Regierung in fernen Provinzen. Es waren die Zeiten, da die unüberwindliche Armada gegen England ausgerüstet wurde, um die Vormacht des Protestantismus niederzuwerfen, da die spanischen Heere auf den Schlachtfeldern Deutschlands im dreissigjährigen Kriege kämpften, da der Gesandte des Königs von Spanien in der Hofburg zu Wien bei manchem wichtigen Anlasse das entscheidende Wort sprach.

Aber unterdessen war die heimische Volkswirtschaft zu Grunde gegangen. Das Land war verödet und vermochte das Volk nicht mehr zu ernähren; Handel und Gewerbe lagen darnieder. Da traten die wirtschaftlich starken Mächte ein, namentlich England und Holland, und bemächtigten sich des spanischen Handels. Sie versahen das Land mit den Erzeugnissen des europäischen Gewerbfleisses; selbst in bezug auf die wichtigsten Rohprodukte war es auf die Versorgung durch die Seemächte angewiesen. Sie waren es auch eigentlich, die unter dem Namen spanischer Firmen mit den westindischen Kolonien Handel trieben. In die Adern des westeuropäischen Geschäftslebens flossen die Massen von Edelmetall, welche für Spanien jenseits des Oceans gewonnen wurden.

Musste man nicht erwarten, dass alle diese Vorteile verloren gingen, wenn Spanien an das Haus Bourbon fiel? Bisher hatten die Seemächte die französische Konkurrenz aus dem Felde schlagen können. Würde dies auch unter der Regierung eines Enkels Ludwigs XIV. noch möglich sein? Die klägliche spanische Marine hatte selbst jenen neben dem regelmässigen Handelsverkehr betriebenen ausgedehnten Schmuggelhandel nicht verhindern können, der von den eigenen westindischen Kolonien Englands und Niederlands aus nach den spanischen Besitzungen hin unterhalten wurde. Wie schnell würde jetzt Frankreich dem ein Ende bereiten.

Der Scharfblick Wilhelms III. hatte im ersten Augenblicke

erkannt, welch' einen furchtbaren Stoss die Handelsgrösse der Seemächte durch die Thronbesteigung Philipps V. erfahren müsse. Der erfahrene Politiker täuschte sich nicht darüber, dass die Gefahr kaum geringer war, selbst wenn Spanien unter bourbonischer Herrschaft dauernd von Frankreich getrennt bliebe. Auch das Gleichgewicht Europas schien ihm nicht minder bedroht durch die Thronbesteigung Philipps V. als durch die unmittelbare Beherrschung Spaniens durch Ludwig XIV. Für Wilhelm III. stand es fest, dass man der jüngsten Machtvergrösserung Frankreichs abermals durch eine europäische Koalition entgegenzutreten müsse. Die Einsicht des Herrschers ward jedoch in den durch ihn regierten Ländern keineswegs geteilt. In England und Holland war die Politik der Teilungsverträge herzlich unbeliebt gewesen. Jetzt war man fast froh darüber, dass sie durch die Thaten beseitigt war. Da nur ein jüngerer Prinz des Hauses Bourbon in Spanien König geworden war, und da es hiess, dass die Kronen von Frankreich und Spanien ewig getrennt bleiben sollten, so schien dem friedensbedürftigen Volke beider Länder weder das Gleichgewicht und die Ruhe Europas noch die Sicherheit des seemächtlichen Handels gefährdet. Auf der Amsterdamer Börse wurde die Nachricht von der Thronbesteigung Philipps V. mit einer allgemeinen Hausse begrüsst. „Es betrübt mich bis in die Seele,“ schrieb Wilhelm auch aus London, „dass fast jedermann sich darüber freut, dass Frankreich das Testament dem Vertrage vorgezogen hat.“

Es kann uns nicht obliegen, im einzelnen hier zu schildern, wie es dem Könige im Laufe des Jahres 1701 gelang, der Stimmung in beiden Ländern Herr zu werden. Die französische Politik that das Ihrige, durch herausfordernde Handlungen das Volk in England und den Niederlanden darüber aufzuklären, was es zu erwarten habe, wenn die bourbonische Herrschaft in den spanischen Reichen unangefochten bliebe. Den Holländern war noch im letzten Friedensschlusse das Recht zuerkannt worden, einige Festungen der spanischen Niederlande mit ihren Truppen besetzt zu halten, um sie vor einem französischen Angriffe zu beschützen. Jetzt hatte Kurfürst Max Emanuel als Statthalter der spanischen Niederlande Philipp V. anerkannt. Er liess es geschehen, dass französische Truppen in die Barrierefestungen einrückten und die Holländer zum Abzuge zwangen. Es war ein kriegerisches Vorgehen im vollen Frieden. Auch die Unterhandlungen, welche im Haag noch zwischen den Bevollmächtigten Ludwigs XIV. und den Gesandten der Seemächte geführt wurden, hatten endlich keinen anderen Erfolg, als dass sie die Unmöglichkeit der Ver-

ständigung offen an den Tag brachten. So verwandelte sich allmählich auch die Stimmung in Holland und England. Die torystische Mehrheit des englischen Parlaments, von Haus aus dem Kriege durchaus abgeneigt, bekehrte sich allmählich zu der Überzeugung, dass derselbe notwendig sei. Der König war der Zustimmung und Unterstützung seines Volkes gewiss, wenn er sich mit Österreich zum Kriege rüstete. Zum Schlusse that Ludwig XIV. selbst einen Schritt, durch den er den gerechten Zorn der englischen Nation auf sich lud.

Im September 1701 kam Jacob II., der vertriebene Stuart, in St. Germain zum Sterben. Sein grossmütiger Beschützer König Ludwig begnügte sich nicht damit, seine Teilnahme beim Tode des Freundes kundzugeben. Nicht ohne den Einfluss der Maintenon beschloss er nach Jacobs Tode seinen Sohn als König anzuerkennen. Dass er zu Ryswick mit Wilhelm als dem rechtmässigen englischen Könige Frieden geschlossen hatte, hielt ihn nicht ab, das zu thun, was ihm als ein Gebot der Pietät erschien. Er trat an das Bett des Sterbenden und versprach ihm feierlich, seinem Sohne dasselbe zu sein, was er ihm gewesen, ihn anzuerkennen als König von England, Schottland und Irland. Es war ritterlich gehandelt; in England aber erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Wollte dieser Bourbon über alle Völker Könige nach seinem Belieben einsetzen? Das freie England wenigstens wollte Herr seiner eigenen Geschicke bleiben. Wilhelm durfte in diesem Augenblicke jegliche Forderung stellen; das Volk war zu den schwersten Opfern bereit. Seit langer Zeit war der König nicht mehr mit solchem Jubel begrüsst worden, wie jetzt, als er aus Holland heimkehrte.

Unterdessen war schon der Bund zusammengetreten, durch dessen gemeinsames Wirken Ludwig XIV. die ersten schweren Niederlagen erleiden sollte. Am 7. September 1701 ward im Haag die grosse Allianz zwischen dem Kaiser, England und den Generalstaaten geschlossen. Die drei Mächte verbanden sich, um nötigen Falles gegen Frankreich Krieg zu führen, und stellten die Ziele fest, deren Erreichung es galt. Dabei tritt schon jenes Verhältnis hervor, welches während des ganzen Erbfolgekrieges bestehen blieb, die Abhängigkeit der österreichischen Politik von derjenigen der Seemächte und ihre Führerrolle innerhalb der Allianz. Nicht dem Kaiser oder seinem Sohne die ganze spanische Erbschaft verschaffen zu helfen, machen sich die Seemächte anheischig, sondern nur eine angemessene Entschädigung und zwar die italienischen Besitzungen der spanischen Krone soll der Friede dem Hause Österreich bringen. Zur Sicherung der Seemächte sollen die spanischen Niederlande erobert werden,

und die Holländer werden daselbst wieder wie früher ihre Barriere aufrichten. Was England und Holland jenseits des Oceans zu erobern vermögen, das dürfen sie als eigenen Besitz ihren älteren transatlantischen Kolonien hinzufügen. Wer in Spanien König sein soll, sagt der Vertrag nicht ausdrücklich, aber doch enthalten die ausgesprochenen Bestimmungen eine volle Anerkennung Philipps V. Es heisst, dass Frankreich und Spanien niemals unter der Herrschaft eines und desselben Königs stehen sollen. Die Franzosen sollen niemals in den Besitz der spanischen Kolonien in Amerika eintreten. Sie dürfen daselbst weder direkt noch indirekt Handel treiben. Man sieht auch, wie es wesentlich das handelspolitische Interesse war, das die Seemächte zum Kriege veranlasste. Für sich selbst bedingen sie die Erhaltung aller Rechte und Freiheiten aus, die sie für ihren Handel zu Zeiten Karls II. in irgend einem der spanischen Länder in Europa und Amerika besessen haben. Und endlich ward noch im März 1702 der Haager Allianz ein Sonderartikel hinzugefügt, der auf die durch Ludwig XIV. ausgesprochene Anerkennung des Prätendenten Bezug nahm. Kein Friede soll geschlossen werden, in dem nicht König Wilhelm III. für die ihm zugefügte schwere Kränkung Genugthuung erhalte.

Unwillkürlich vergleicht man dieses ursprüngliche Programm der Haager Allianz mit dem nach zehnjährigem Kampfe endlich erreichten Erfolge. Es ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung. Der Utrechter Friede liess Philipp V. im Besitze Spaniens und Amerikas und teilte dem Kaiser die spanischen Nebenlande zu. Wilhelms III. Ideen enthielten diejenige Lösung, welche sich zuletzt allen Teilen als die annehmbarste empfahl. Inzwischen war freilich das Kriegsglück den Verbündeten in unerwarteter Weise günstig gewesen und hatte ihnen Aussichten eröffnet, die weit über dasjenige hinausgingen, was anfangs erreichbar erschienen war. Ob es dann noch klug war, zu dem ursprünglichen Programme zurückzukehren, ob auch Wilhelm also gehandelt hätte, mag dahingestellt bleiben.

Wilhelm hat die Erfüllung seines grossen Planes, die Besiegung Frankreichs, nicht mehr erlebt. Er starb am 19. März 1702. Ihm war es nur vergönnt, die Krönung seines Lebenswerkes vorzubereiten, nicht sie selbst zu vollziehen. Den Überlebenden hinterliess er die Sorge für den Krieg. Aber dieser Krieg wurde jetzt von der ganzen englischen Nation als ihre eigenste Sache betrachtet. Vor kurzem noch hatte es eine Kriegs- und eine Friedenspartei gegeben. Wilhelm hatte das torystische Parlament im Jahre 1701 aufgelöst, weil es bisher für den Frieden eingetreten war. Aber die Torymehrheit

kehrte ins Unterhaus zurück und war jetzt gleich eifrig wie die Whigs in der Förderung der Pläne des Königs. In der Stunde des Todes, dem er ruhig ins Auge sah, sprach Wilhelm wehmütvoll von den grossen Aussichten, die ihm das Leben eben jetzt eröffnete. „Gern möchte ich noch ein wenig hier verweilen“, so waren seine Worte. Aber bei seinem Scheiden war das Werk doch so weit gefördert, dass auch andere es fortzuführen vermochten, wenn sie es in seinem Sinne angriffen.

Auf dem Throne von England folgte ihm seine Schwägerin Anna. Wie ihre ältere Schwester Maria, war sie im Protestantismus erzogen worden. Wie sie jetzt ihrem protestantischen Bekenntnisse die Krone verdankte, so war sie durch die Verhältnisse frühzeitig in einen gewissen Gegensatz zu ihrem katholischen Vater gedrängt worden. An den Intriguen, an den Verleumdungen, die seiner Vertreibung vorangingen, hatte sie einen Anteil, der ihr Andenken befleckt. Wenn sie am Ende ihres Lebens, wie wir doch glauben müssen, ihrem Bruder, dem Prätendenten, die Nachfolge zu sichern suchte, so erhält man fast den Eindruck, als ob sie an ihm das gegen den Vater begangene Unrecht wieder gut machen wollte; denn sie war nicht unzärtlicher Natur. Ihren Gatten, den Prinzen Georg von Dänemark, liebte sie mit treuer Hingebung und pflegte ihn in seiner Krankheit. Ihre Kinder starben sämtlich in jungem Alter. Ihr Gemahl, ein Mann von geringen Geistesgaben, hat niemals einen bemerkbaren Einfluss auf die Regierung ausgeübt. Sie hat ihn um 6 Jahre überlebt, und in dieser späteren Lebenszeit, wo sie allein stand, weder Eltern noch Kinder besass, mögen durch das Gefühl der Einsamkeit jene unerfreulichen Züge ihres Wesens noch verschärft worden sein, die ihr bis zu gewissem Grade immer eigen gewesen sind. Von Natur war sie milde, und das Volk liebte sie darum. Aber sie vermochte nicht in freier Selbständigkeit zu denken und zu handeln. Anderen Personen lieferte sie den wirksamsten Teil ihrer Macht aus, aber gern hätte sie die Aussenwelt glauben gemacht, dass sie selbst das Heft in der Hand halte. Wie mächtig war während des grösseren Teiles ihrer Regierung der Einfluss des Marlboroughschen Ehepaares. Aber je mehr die Königin von ihren Ratgebern abhängig wurde, um so stärker ward ihr Misstrauen. Sie hatte, wie es kleinen Seelen eigen ist, die Furcht, von andern getäuscht zu werden, weil sie sie nicht zu übersehen vermochte, und auch die beständige Sorge, zum Werkzeuge derjenigen zu werden, die sie zur Macht erhoben.

Wilhelm III. hatte John Churchill, den Herzog von Marlborough,

als den Mann bezeichnet, der sein Werk fortzusetzen fähig sei. Marlborough hatte sein Emporkommen bei Hofe dem Umstande verdankt, der die Schande der Familie war. Seine Schwester Arabella Churchill war nach der Restauration, in den lustigen Zeiten Karls II., die Geliebte des Herzogs von York geworden, Frühzeitig waren Marlboroughs diplomatische und militärische Talente an's Licht getreten. Als Karl II. im Bunde mit Frankreich die Holländer bekämpfte, hatte der künftige Sieger von Ramillies unter französischem Oberbefehl gefochten und das Lob des Marschalls Turenne geerntet. In seinem Charakter waren die Stärken des englischen Wesens in glücklicher Weise vereinigt. Er besass eine wunderbare Sicherheit des Auftretens, klaren, schnellen Blick, nie wankenden Mut. Seiner Stimmung und seiner Urteilskraft stets vollkommen Herr, wusste er den Machenschaften seiner Gegner bei Hofe mit derselben schnellen Sicherheit entgegenzutreten, wie den Bewegungen des Feindes auf dem Schlachtfelde. Nicht eigentlich als eine geniale Persönlichkeit soll man sich Marlborough denken, sondern als einen Mann, der nur jederzeit den besten und stärksten Gebrauch seiner ungewöhnlichen Fähigkeiten zu machen wusste. Dem klaren Überblicke und der schnellen Entschliessung verdankte er den Sieg bei Höchstädt.

Seit Langem hatte Marlborough eine hervorragende Stellung im Heere und im Staate inne. Bei den grossen Entscheidungen war seine Haltung von Bedeutung gewesen. Er hatte die Thronbesteigung Wilhelms befördert, später aber sich wieder in hochverrätherische Verbindung mit dem vertriebenen Stuart eingelassen. Doch das lag weit zurück, war längst abgeblüht, und Wilhelm selbst hatte auf Marlboroughs Talent hingewiesen. Dazu stand er in persönlichen Beziehungen zur neuen Herrscherin. Seine Gattin Lady Sarah war die vertraute Freundin der Königin Anna. Seit Jahren herrschte ein inniges und herzliches Verhältnis zwischen den beiden Frauen. Es konnte dabei nicht fehlen, dass die geistreiche Marlborough die Herrschaft über den etwas hilflosen Geist ihrer Freundin gewann. Solange seine Gemahlin ihren Einfluss auf die Königin bewahrte, durfte der Feldherr ruhig und unbekümmert um die Anfeindungen seiner Gegner daheim den kriegerischen Lorbeeren im Auslande nachgehen.

Nach Wilhelms Tode ging Marlborough nach Holland, um sich mit den Generalstaaten darüber zu verständigen, dass das grosse Unternehmen auch unter der Königin Anna in der verabredeten Weise ausgeführt werden solle. Auch in Holland stand an der Staatsleitung ein Mann, der im Geiste Wilhelms fortzuwirken ver-

mochte: Anton Heinsius. Vordem Wilhelms Freund und bester Berater, stand der Ratspensionarius jetzt, da von der Ernennung eines Statthalters nicht die Rede war, an der Spitze der staatlichen Politik. Alle europäischen Fragen, wo immer sie auftauchen mochten, überschaute er und zog sie in seine Rechnung. Noch liefen die Fäden im Haag zusammen, und Anton Heinsius hielt sie in seiner Hand. Er besorgte die diplomatische Führung der Koalition, wie Marlborough und Eugen von Savoyen die militärische.

Ein Krieg, an dem alle grossen Mächte Europas Anteil nahmen, und der um den Besitz des spanischen Weltreichs geführt wurde, musste notwendiger Weise eine gewaltige Ausdehnung gewinnen. Es waren furchtbare Kräfte, die mit einander ringen sollten. Doch befand sich auf keiner Seite ein so offenkundiges Übergewicht, dass nicht beide Parteien bemüht sein mussten, ihre Stellung noch nach Möglichkeit zu verstärken. Ein eifriges Werben bei den kleineren Staaten begann, welche entweder durch eignes Interesse oder durch das Gewicht der Anerbietungen, die man ihnen machte, zur Teilnahme am Kampfe bewogen werden sollten. In Italien trat Herzog Victor Amadeus II. von Savoyen wieder zunächst auf die Seite Ludwigs XIV., ebenso Mantua; auch der Papst begab sich in das bourbonische Lager; Venedig blieb neutral. Die Mehrheit der deutschen Fürsten hielt zum Kaiser. Das junge Königreich Preussen trat nicht nur als Hilfsmacht auf Grund älterer Verträge für das Recht des Hauses Österreich ein, sondern auch als selbständiges Mitglied der Koalition. Die Seemächte erkannten dafür die neue Königswürde an, der Kaiser wollte Preussen in Sachen der oranischen Erbschaft unterstützen. Auch bei der Mehrzahl der übrigen ansehnlicheren Reichsfürsten war das französische Geld und die Mühe der politischen Agenten Ludwigs XIV. umsonst verschwendet. Die rheinischen Kurfürsten ausser Köln hielten zu Österreich. Unter der Führung des Kaisers einigten sich die fünf vorderen Reichskreise in herkömmlicher Weise zu einer Association und traten zur grossen Allianz hinzu. Zuletzt, als der Krieg schon in vollem Gange war, raffte sich im September 1702 auch das deutsche Reich zu einer Kriegserklärung auf.

Aber auch Frankreich gewann Bundesgenossen innerhalb Deutschlands. Freilich ward jener kleine Welfenfürst von Wolfenbüttel, der mit einer durch die benachbarten Landschaften aufgebrachten Armee von 12000 Mann in Norddeutschland für die Sache Ludwigs XIV. wirken wollte, schnell genug unschädlich gemacht. Aber ein gefährlicherer Feind der kaiserlichen Macht war Max

Emanuel, der Kurfürst von Bayern, der sich, wie auch sein Bruder Josef Clemens von Köln, dem französischen Könige anschloss. Mehr die Grösse seines Hauses als das Wohl seines Landes lag Max Emanuel am Herzen. Und zu verlockend waren die Versprechungen Ludwigs, als dass nicht Max Emanuel um ihretwillen, wenn auch erst nach einigem Schwanken, selbst die Pflicht gegen Kaiser und Reich verletzen sollte, jene bescheidene Verpflichtung, welche der westfälische Friede den deutschen Fürsten noch auferlegt hatte, dass sie im Bunde mit Auswärtigen nur gegen Kaiser und Reich ihre Waffen nicht wenden sollten. Gerade gegen den Kaiser gegen das Reich und seinen öffentlichen Frieden waren die Unternehmungen Max Emanuels gerichtet.

So waren es zwei gewaltige Machtgruppen, die einander im spanischen Erbfolgekriege in Waffen gegenüber traten. In mehreren Teilen Europas und Amerikas, auf vier, fünf, zuweilen selbst noch mehr verschiedenen Kriegsschauplätzen ward gekämpft. Bei dem hervorragenden Anteil, den die Engländer an diesen Kämpfen gehabt haben, können auch wir es hier nicht unterlassen, dieselben, wenn auch in aller Kürze, zu berühren. Die Machtverhältnisse, wie sie sich aus dem spanischen Erbfolgekriege ergaben, haben ein Menschenalter hindurch die Geschichte des Weltteils beherrscht. Die europäische Stellung Grossbritanniens ist geradezu in diesem Kriege gewonnen worden.

Die ersten beiden Kriegsjahre 1702 und 1703 brachten den Verbündeten geringe Erfolge. In den Niederlanden gewannen sie den Franzosen wenig Terrain ab; einige Festungen wurden genommen; am Oberrhein vermochte Markgraf Ludwig von Baden, der Reichsfeldmarschall, die mehrfache Überschreitung des Flusses durch die Feinde nicht zu hindern. Zu einer grossen Entscheidung kam es hier, in den Grenzgebieten der Franzosen, überall nicht. Im inneren Süddeutschland trat Max Emanuel mit seiner bayerischen Macht auf und vollzog 1703 selbst seine Vereinigung mit einem über den Schwarzwald herangekommenen französischen Heere unter Villars. Der Bayernfürst verschmähte einen direkten Vorstoss gegen Wien und unternahm statt dessen einen Zug nach Tirol, das er dem Kaiser entreissen und seinem eigenen Gebiete einverleiben wollte. In Innsbruck lässt er sich huldigen, er rückt mit seinen Truppen bis auf die Höhe des Brenners vor, denn dort soll ihm, von Italien kommend, Marschall Vendome mit einem französischen Heere die Hand reichen. Da tritt ihm ein unerwarteter Widerstand entgegen. Wie hundert Jahre später erhob sich das Volk von Tirol gegen

die bayrische Herrschaft. Ein wohlorganisierter Landsturm im südlichen Tirol schnitt zunächst die Verbindung zwischen dem Kurfürsten und Vendome völlig ab; den Franzosen ward das Eindringen von der italienischen Seite her verwehrt. Auch in anderen Landes-teilen rotteten sich die Bauern zusammen; an einem volkstümlichen Führer fehlte es nicht. Max Emanuel vermochte sich nicht zu behaupten. Der Plan, nach der Eroberung Tirols den bayrisch-französischen Angriff in der Ausdehnung von Italien bis Böhmen gegen die österreichischen Staaten zu richten, fiel in nichts zusammen. Doch obwohl der Kurfürst nach Bayern zurückkehren musste, war die drohende Gefahr für die kaiserlichen Erblande nicht geschwunden. Denn Max Emanuel trat trotz seiner Niederlage in Tirol doch im eigenen Lande stark auf und konnte für das nächste Kriegsjahr einen Angriff auf Österreich planen. Um die Bedrängnis der Hofburg noch zu erhöhen, drohte von Osten her ein Angriff der ungarischen Insurrektion.

Auch in Italien brachten diese Jahre kein besseres Glück für die kaiserlichen Waffen. Dort hatte der Kampf schon im Jahre 1701 begonnen. Prinz Eugen war mit einem Heere erschienen, um das Herzogtum Mailand als erledigtes Lehen für den Kaiser in Besitz zu nehmen. Seine überlegene Kriegführung hatte zwar den Franzosen einige blendende Erfolge abgerungen; den stolzen Marschall Villeroy nahm er in Cremona gefangen, wo er sich gleichwohl selbst nicht zu behaupten vermochte. Und als Vendome dem Prinzen mit dreifacher Übermacht entgegentrat, wusste er sich doch in starker Defensive zu halten. Dann aber kehrte er nach Wien zurück, und die Franzosen behielten einige Jahre hindurch in Italien die Oberhand.

Marlborough und Eugen erkannten die Notwendigkeit, im Jahre 1704 den Krieg in neuem Stile zu führen. Eugen trat 1703 an die Spitze des Hofkriegsrats, um selbst dafür zu wirken, dass der Kaiser stärker als bisher im Felde auftreten könne. Marlborough aber wollte sich mit den langsamen Fortschritten, wie der niederländische Feldzug sie verhieß, nicht begnügen. Die beiden Feldherren verabredeten eine gemeinsame Unternehmung in Oberdeutschland. Die Königin Anna war leicht für eine Verwendung ihrer Truppen an der Donau zu gewinnen. Den Generalstaaten jedoch, die stets nur die nächsten erreichbaren Ziele in's Auge zu fassen pflegten, durfte Marlborough seinen Plan nicht einmal völlig enthüllen; kaum dass sie ihm die holländischen Truppen zu einem Feldzuge an der Mosel überlassen wollten. Er aber überschritt

die Erlaubnis, marschierte auf eigene Verantwortung an die Donau und vereinigte sich mit Eugen. Dieser Feldzug brachte die grosse Entscheidung von Höchstädt. Die beiden Feldherren entschlossen sich, den Franzosen die Schlacht zu bieten.

In der Thalebene, welche in der Gegend von Donauwörth sich längs des nördlichen Ufers der Donau erstreckt, standen sich zwischen dem Flusse und einem Höhenzuge die beiden Armeen gegenüber. Die Franzosen hatten die Donau zur Rechten, Höchstädt im Rücken. Die Stärke der Stellung des Marschalls Tallard lag in den befestigten Dörfern Blindheim an der Donau und Oberglauheim. Im linken an das Gebirge gelehnten Flügel befehligten Marschall Marsin und der Kurfürst. Lange wollten die Franzosen nicht daran glauben, dass es den Verbündeten mit dem Angriffe Ernst sei, weil sie sich doch an eine an Zahl ungerähr gleiche französische Armee nicht wagen würden. Der Hochmut und Leichtsinn des französischen Lagers schien selbst in der mangelhaften Vorbereitung der Schlacht zum Ausdrucke zu kommen. Auch fehlte es an der rechten gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Befehlshaber. Auf der anderen Seite waren es zwei verschiedene Armeen, die unter Marlborough und Eugen die Schlacht schlugen; aber durch ihr einträchtiges Zusammenwirken gewannen sie den Sieg. Anfangs freilich richteten sich ihre Angriffe Stunden lang vergeblich gegen die Stellungen der Feinde. Umsonst, dass Marlborough seine Truppen gegen Blindheim stürmen liess, die Befestigung erwies sich als uneinnehmbar. Und auch Eugen — unter ihm die tapferen Preussen mit dem Prinzen Leopold von Dessau an der Spitze — mühte sich vergeblich, den ihm gegenüberstehenden Bayern und Franzosen Vorteile abzugewinnen. Max Emanuel wies alle Angriffe zurück. Allmählich entstand sogar die Gefahr, dass die Franzosen ihrerseits zur Offensive übergehen und die erschöpften Truppen der Verbündeten mit gewaltiger Wucht zurückwerfen und schlagen würden. Da fasste Marlborough einen rettenden Entschluss. Er erkannte, dass die französische Aufstellung in der Mitte, zwischen den Dörfern Blindheim und Oberglauheim, am schwächsten war. Dorthin beschloss er jetzt seinen Hauptangriff zu richten. Und mitten unter dem dauernden Kampfe, während die Anläufe gegen Blindheim zum Schein noch fortgesetzt wurden, zog er seine Truppen zu veränderter Schlachtordnung zusammen. Voran die Masse der Reiterei, die sich auf die gegenüber befindliche französische Kavallerie werfen sollte; dahinter Fussvolk, um den Reiterangriff zu decken. Von neuem begann jetzt im Centrum die Schlacht. Zweimal wurden

Marlboroughs Reiter zurückgeworfen, aber die schützende Infanterie nahm sie auf. Beim dritten Male gelang die Attacke. Die Reihen der französischen Reiterei wurden durchbrochen und zerrissen, in verwirrter Flucht jagten die Schwadronen nach allen Seiten davon, bedrängt und verfolgt durch die Reiterschwärme Marlboroughs. Jetzt zeigten sich vollends die Fehler der französischen Schlachtordnung. Das Fussvolk war massenhaft in Blindheim und am Gebirge zusammengedrängt und vermochte also die geschlagene Kavallerie nicht zu schützen, das Treffen nicht wieder herzustellen. Mehrfach hatte Tallard den zu seiner Linken kommandierenden Marsin um Unterstützung bitten lassen. Der aber erklärte, in seiner eigenen bedrohten Stellung seine Infanterie nicht schwächen zu dürfen. Marsins rechter Flügel ward von der Niederlage Tallards mit betroffen. Und um dieselbe Stunde drang auch Eugen im rechten Flügel siegreich vor. Nur durch das tapferere Ausharren seiner Truppen war die in Marlboroughs Armee erfolgte Neuformierung während der Schlacht und der darauf folgende Sieg möglich geworden. Jetzt waren die Feinde aus allen ihren Stellungen verdrängt. Nur in Blindheim harrten sie noch aus, aber auch hier war ihre Position, so stark sie war, doch bis an die Donau von den Verbündeten umschlossen, unhaltbar geworden. In einer Stärke von 9000 Mann ergab sich die Besatzung von Blindheim.

Der praktische Erfolg des Sieges war ebenso gross wie der moralische. Süddeutschland war mit einem Schlage von den Franzosen gesäubert. Das Land des rebellischen Bayernfürsten ward von den Kaiserlichen besetzt. Und wie ungeheuer war der Eindruck der Schlacht bei Höchstädt in ganz Europa. Längst hatte man sich daran gewöhnt an die Unbesiegbarkeit der französischen Truppen zu glauben. Jetzt waren sie in offener Feldschlacht von einer an Zahl nicht ganz gleichen Macht geschlagen worden. Der Zauber der französischen Waffen war dahin. Dass sich die Führung auf der Seite der Verbündeten der ihrer Feinde unendlich überlegen gezeigt hatte, war auch dem blödesten Auge ersichtlich. Die Neuordnung der Truppen im entscheidenden Augenblicke ist mit Recht stets als die glänzendste That des militärischen Genius Marlboroughs gerühmt worden. Dazu das wunderbare Zusammenwirken der beiden grössten Feldherren ihrer Tage. Es liegt eine naive Übertreibung darin, doch lehrt es die Anschauung der Zeit kennen, wenn Eugen selbst dem Kaiser schrieb, seit mehr als 100 Jahren habe man „keine so grosse, vollkommene Victori“ erlebt.

Schon früher waren die Verbündeten über den ursprünglichen

Plan der Haager Allianz hinausgegangen. Als 1703 in dem Könige von Portugal ein neues Mitglied für den Bund gewonnen wurde, geschah es unter der Voraussetzung, dass man nunmehr daran gehen wolle, auch die Herrschaft auf der pyrenäischen Halbinsel den Bourbonen zu entreissen. Der Thron der Habsburger sollte wieder aufgerichtet werden. Nicht der Kaiser freilich sollte König von Spanien werden, sondern sein jüngerer Sohn, der Erzherzog Karl. Ausgerüstet mit den Mitteln der Seemächte und auf einer englisch-holländischen Flotte — denn was konnte das Haus Österreich selbst zur Eroberung Spaniens thun? — fuhr der Erzherzog nach der Pyrenäen-Halbinsel. Das Unternehmen liess sich wenig günstig an. Als man in Portugal ankam, war die für Karl zur Gattin erkorene portugiesische Königstochter soeben gestorben; die Seemächte waren lässig in ihrer Unterstützung; die portugiesische Nation dem Kriege abgeneigt. Zwischen England und Portugal war soeben der Methuen-Vertrag abgeschlossen worden, das merkwürdigste Beispiel für die in den Handelsverträgen des 18. Jahrhunderts herrschenden Gesichtspunkte. In England sollte statt der beliebten französischen Weine nur noch portugiesischer Wein eingeführt werden dürfen; der britische Handelsstand aber erlangte das gleiche Monopol für den Absatz seiner Wollwaren auf den Märkten Portugals. Die Portugiesen hätten jetzt gern in Ruhe die Früchte des Vertrages geerntet und zeigten zum Kriege wenig Lust. Höchst bedenklich wurde die Lage, als ein spanisch-französisches Heer unter dem Herzoge von Berwick, dem natürlichen Sohne Jacobs II., in das Land eindrang; nur durch die verwegene Kriegführung des alten Helden das Minas ward Lissabon gerettet und die Feinde zum Rückzuge gezwungen. Jedermann erkannte, dass schwere Anstrengungen von seiten der Seemächte erforderlich seien, wenn es wirklich gelingen sollte, ein habsburgisches Königtum in Madrid aufzurichten.

Auch die Hoffnung, welche man auf eine Volkserhebung in einem Teile Spaniens zu Gunsten des habsburgischen Königs gesetzt hatte, bewährte sich anfangs nicht. Vergebens wurden im Jahre 1704 1600 Mann seemächtlicher Truppen in Catalonien gelandet und eine Beschiessung Barcelonas unternommen; die erwartete Bewaffnung für Karl III. geschah nicht. Einige Landbewohner hätten für ein gutes Handgeld wohl die Waffen ergriffen, aber in der Stadt blieb alles ruhig. Der einzige Erfolg, den die Verbündeten in diesem Jahre auf spanischem Boden davontrugen, war die ziemlich leichte Eroberung Gibraltars. Der Wert der Felsenfestung stellte

sich erst recht heraus, als die Spanier und Franzosen sie auch durch eine siebenmonatliche hartnäckige Belagerung zu Wasser und zu Lande nicht zurückzugewinnen vermochten. Damals ist auch im Londoner Kabinett der Entschluss gereift, die Festung für England besetzt zu halten, ebensowenig die Holländer wie den habsburgischen König an seinem Besitze teilnehmen zu lassen. Man weiss, welche Bedeutung Gibraltar für die Entfaltung der englischen Seemacht im Mittelmeere nachmals gewonnen hat.

Im Jahre 1705 gelang es nun wirklich, der habsburgischen Herrschaft in Spanien Eingang zu verschaffen. Eine Flotte mit dem Erzherzoge an Bord erschien vor Barcelona. 8000 Mann wurden ans Land gesetzt; aber die Belagerung und Erstürmung der katalanischen Hauptstadt zu vollführen, reichte diese Macht nicht aus. Der Kampf schien aufgegeben, die Einschiffung begann. In der That hatte aber der Oberbefehlshaber der Truppen einen verwegenen Anschlag im Sinne. Klug und findig, dabei aber eigensinnig und unberechenbar und mit einem starken Hange zum Abenteuerlichen war Lord Peterborough die sonderbarste Figur unter den britischen Heerführern jener Tage. Er war es, dem der einzige grosse Erfolg des Jahres 1705 zu verdanken war. In Spanien ward ein überraschender Erfolg gewonnen, während auf den übrigen Kriegsschauplätzen das Glück die Waffen der Verbündeten verlassen zu haben schien. Nächtlicherweile, als die Besatzung eines Angriffes nicht gewärtig war, liess Peterborough einen Angriff auf das Fort Montjuich, die Citadelle von Barcelona vorbereiten; am frühen Morgen wurden durch einen schnellen Streich die Aussenwerke genommen. Heftige Kämpfe folgten, nach wenigen Tagen musste sich die Citadelle ergeben. Einige Wochen später ward Barcelona von der spanischen Besatzung geräumt. Denn inzwischen hatte sich die Bevölkerung der Stadt und der Provinz für Karl III. erhoben. Die Kunde, dass die Habsburger die alte aragonesisch-katalanische Verfassung wiederherstellen würden, wirkte Wunder. Und es bedeutete eigentlich noch mehr, dass die englische Regierung für die Freiheit der Katalanen sich verbürgte. Musste doch der Habsburger in allen Stücken im Einverständnis mit den Engländern handeln; denn nur ihnen dankte er den Erfolg und nur durch die Waffen Englands konnte er hoffen sich zu behaupten. Er war, wenn wir so sagen dürfen, ein spanischer König von Englands Gnaden.

Aber auch der alte Gegensatz zwischen Kastilianern und Aragonesen war von neuem erwacht und gestärkt. Weil Madrid zu Bourbon hielt, so hatte sich Barcelona für Habsburg entschieden.

Die Sache Karls III. war fortan mit den Freiheitsbestrebungen der Katalanen unauflöslich verknüpft. Ihre alten Fueros standen jetzt und fielen mit dem habsburgischen Königtum. Darum der hartnäckige Trotz, mit dem sie sich Philipp V. widersetzten, selbst noch zu einer Zeit, als Karl und die Seemächte ihre Sache schon aufgegeben hatten.

Jetzt fehlte es sogleich nicht an energischen Anläufen der spanisch-französischen Macht gegen die habsburg-seemächtige Herrschaft im Osten. Philipp V. erschien in eigener Person mit einem von Marschall Tessé geführten Heere vor Barcelona. Drinnen und draussen ein König von Spanien. Nie zeigte sich die Seelenstärke des habsburgischen Karl in hellerem Glanze, als in jenen angstvollen Tagen, da der Montjuich von den Feinden erstürmt und der Fall Barcelonas täglich zu erwarten war. Doch eine englische Flotte, von Peterborough selbst herangerührt, brachte Rettung. Philipp musste sich zurückziehen; nur auf einem weiten Umwege über französisches Gebiet vermochte er in seine Hauptstadt zurückzukehren.

So war es den Verbündeten seit dem Jahre 1705 gelungen, auch in Spanien Fuss zu fassen. Noch glänzendere Triumphe brachte das Kriegsjahr 1706. Ober-Italien und die spanischen Niederlande wurden den Franzosen entrissen. In Italien galt es vor allem, dem schwer bedrängten Herzoge von Savoyen Entsatz zu bringen. Victor Amadeus II., dessen Politik so manche Ähnlichkeit mit derjenigen des grossen Kurfürsten von Brandenburg aufweist (wie denn Savoyen das italienische Preussen genannt werden mag), hatte in diesem Kriege anfangs auf der Seite Ludwigs XIV. gestanden. Doch als er inne wurde, dass die Absichten, welche Ludwig XIV. in bezug auf Italien verfolgte, eine Gefahr für die Selbständigkeit seines Herzogtums in sich bargen, entschloss er sich zum Wechsel seiner Stellung. Nach langen Verhandlungen hatte er im Jahre 1703 seinen Übertritt auf die Seite der Verbündeten vollzogen.

Aber seitdem war er in schwere Bedrängnis geraten. Sein Land war von den Franzosen besetzt; er selbst vermochte sich mit seinem tapferen Heere nur noch in einem kleinen Umkreise von Turin zu behaupten. Und schon war die Belagerung der wohlverteidigten Hauptstadt in vollem Gange. 1705 hatte Eugen mit den kaiserlichen Truppen vergeblich Entsatz zu bringen versucht. Im nächsten Jahre übernahm er mit einem stattlich verstärkten Heere, zum guten Teile aus deutschen Hilfsvölkern bestehend, noch einmal die Führung des Krieges in Italien. Zu den glänzendsten Thaten des Prinzen gehört

dieser Feldzug von 1706. Die Franzosen hatten sich gerüstet, ihm den Marsch nach Westen nördlich vom Po zu verlegen. Er aber überschritt im unteren Flusslaufe die Etsch, alsdann den Po und wendete sich nun westwärts zum Entsatze Turins. Die Franzosen, wie es scheint, mehr die Eroberung Mailands als den Marsch der Österreicher auf Turin fürchtend, legten ihm südlich vom Po kein Hindernis in den Weg. Stellungen, wo einem tapferen Feinde gegenüber der Weitermarsch nur mit schweren Opfern zu erkämpfen gewesen wäre, fand Eugen unbesetzt. Ohne Kampf rückte er bis gegen Turin und vereinigte sich mit dem verwandten Herzoge Victor Amadeus. Die französische Armee, anfangs unter Vendome, dann von dem Herzoge von Orleans und Marschall Marsin befehligt, hatte bis hierher seinen Marsch nur begleitet. Ein zweites Heer unter la Feuillade war noch mit der Belagerung Turins beschäftigt.

Der Fortgang der Belagerung, das Schicksal des savoyischen Staates, der Besitz Italiens, alles hing von dem Ausgange der Schlacht ab, welche jetzt vor Turin geschlagen ward. Sie begann auf dem rechten Flügel der Franzosen, gegen den die Verbündeten anstürmten. Wieder wie bei Höchstädt waren es die preussischen Regimenter unter dem Prinzen Leopold von Dessau, die zur Erstürmung der feindlichen Stellungen das Beste thaten. Auch gegen das Centrum der Franzosen unter Orleans ward nun der Angriff gerichtet. Der heisse Kampf endete mit der völligen Vernichtung des Centrums und rechten Flügels der Franzosen. Am stärksten war aber ihre Stellung auf dem linken Flügel; hier schwankte an längsten die Entscheidung. Aber zuletzt siegten auch hier die Kaiserlichen. Wenige Stunden war gekämpft worden, als sich das französische Heer bereits in völliger Auflösung befand und in wilder Flucht sein Heil suchte. Der Herzog von Orleans hat mit höchster Tapferkeit am Kampfe persönlich teilgenommen. Drei Kugeln sind an seinem Kürass abgeprallt, dann aber wird er verwundet vom Schlachtfelde getragen; Marsin ist zu Tode getroffen.

Die Belagerung Turins war beim Beginn der Schlacht nicht sogleich abgebrochen worden. Wie ein vom Wahn Verblendeter hatte la Feuillade die Beschiessung der Citadelle noch fortsetzen lassen, als draussen, zwischen der Stura und Dora Riparia die blutige Entscheidung fiel. An der Schlacht nahm er keinen Anteil. Doch als seine Soldaten die Niederlage ihrer Landsleute vernahmen, bemächtigte sich ihrer ein furchtbarer Schrecken. Man kann kaum sagen, dass die Belagerung aufgehoben wurde: die Belagerungstruppen stürzten in hastiger Flucht davon. Ihre Befestigungen, das Lager und reiche Beute fielen

in die Hände der Verbündeten. Und nun nahmen die abziehenden Franzosen den nächsten Weg nach Frankreich. Orleans dachte wohl an eine Schwenkung gegen die Lombardei, um sich mit einem dort befindlichen Korps von 20 000 Mann zu vereinigen und Mailand seinem Könige zu retten. Aber angesichts der Stellungen der Verbündeten war solches, selbst wenn man die fliehenden Massen noch zum Gehorsam gegen ihre Führer hätte bringen können, schwer durchführbar. Mehrere Tage verharrte Eugen gleichwohl noch in seiner Stellung, um den Feind an der Umkehr zu verhindern, „inmassen ihm die Lust hiezu gar leicht hätte ankommen mögen.“

So war mit einem Schlage die Herrschaft in Oberitalien dem Kaiser zugefallen. Ludwig XIV. musste froh sein, als im nächsten Jahre jenen 20 000 Mann im Mailändischen freier Abzug gewährt wurde. Und nun bewährte sich auch dieses Mal die Erfahrung, dass der Besitz Mailands die wichtigste Vorbedingung für die Beherrschung Italiens sei. Nach der Turiner Schlacht hielt Ludwig XIV. selbst es für aussichtslos, jetzt noch Anstrengungen zu machen, um für seinen Enkel den Besitz des süditalienischen Königreichs zu retten. Mit Leichtigkeit ward im Jahre 1707 die Eroberung Neapels durch die kaiserlichen Truppen unter General Daun vollführt. Unter dem Jubel des Volkes ward Karl III. proklamiert. Auch Papst Clemens XI., der sich lange weigerte, den habsburgischen König von Neapel anzuerkennen, konnte doch, in seinem Kirchenstaate selber schwer bedrängt, der Gewalt der Umstände auf die Dauer nicht widerstehen.

Weniger glücklich war ein anderes Unternehmen, an dessen Vollführung man gleichfalls erst nach dem Siege in Italien denken konnte. Über die Pässe der französischen Alpen sollte ein Einfall in das Gebiet von Frankreich unternommen werden. Die Seemächte forderten, dass der Kaiser seine Truppen zu dem Zuge hergebe, sie zürnten, dass ihm an der Eroberung Neapels so viel mehr gelegen war als an der Einnahme Toulons. Denn auf diesen französischen Kriegshafen am Mittelmeer hatte man es abgesehen. Die Engländer verfolgten die bestimmte Absicht, Toulon für sich zu gewinnen, um es niemals wieder herauszugeben. England hat im spanischen Erbfolgekriege auf dem Wege zur Beherrschung der Meere einen gewaltigen Schritt vorwärts gethan. Der Gewinn von Gibraltar und des nachmals eroberten Port Mahon sicherte ihm eine starke Stellung im Mittelmeere. Noch war jedoch auch Frankreich auf dem Meere mächtig; nur wenn es gelang, ihm Toulon, den Stützpunkt für seine Marine, zu entreissen, war es möglich, die französische Seemacht auf

dem Mittelmeere erfolgreich niederzuhalten. Indem der Angriff auf Toulon misslang, blieb durch das achtzehnte Jahrhundert die französische Flotte — wie auch die spanische — neben den Geschwadern, welche England zu entsenden hatte, machtvoll in den Gewässern des südlichen Europa.

Gegen seinen Wunsch war Eugen neben Victor Amadeus an die Spitze der Landarmee getreten, welche Toulon zu Falle bringen sollte. Eine englisch-holländische Flotte suchte das Unternehmen von dem Meere aus zu unterstützen. Aber Toulon war stark befestigt, und die Streitkräfte der Verbündeten reichten für seine Eroberung nicht aus. So ungeduldig in England und Holland der Fall Toulons erwartet wurde, so langsam waren die Fortschritte der Belagerer. Einige Positionen oberhalb der Stadt wurden gewonnen, aber wieder verloren. Durch ungenügende Verpflegung und Krankheiten im Heere wurde die Lage der Verbündeten immer schwieriger, die Aussichten auf ein Gelingen immer schwächer. Endlich musste man sich zur Aufhebung der Belagerung entschliessen. Nicht unbegründet war der Vorwurf der Seemächte, das Unternehmen sei misslungen, weil der Kaiser seine besten Streitkräfte in diesem Jahre für den Zug nach Unter-Italien verwendet habe.

Auf dem Boden Frankreichs hatte die Verbündeten ihr Glück verlassen. Italien aber war den Franzosen entrissen. Und schon waren auch die spanischen Niederlande für Philipp V. fast völlig verloren. Bei Ramillies hatte am 23. Mai 1706 der Herzog von Marlborough eine französische Armee unter Villeroy geschlagen und vernichtet. Wie siegesgewiss war der stolze Marschall gewesen. Den geächteten Kurfürsten Max Emanuel hatte er zur Teilnahme am Kampfe mit der Frage aufgefordert, ob er den Ruhm einer Schlacht teilen wolle. Villeroy's Niederlage war gleich entscheidend wie das Unglück, das die französischen Waffen bei Höchstädt betroffen. [Zersprengt und aufgelöst war die Nordarmee durch die Schlacht und die schreckenreiche Verfolgung. Die Niederlande lagen den Verbündeten offen. Eine Festung nach der andern kapitulierte, in Brüssel hielt der siegreiche britische Feldherr seinen triumphierenden Einzug; nur wenige feste Plätze blieben noch in den Händen der Franzosen. Vendome, der tüchtigste unter den Generälen, welche das damalige Frankreich besass, ward vom italienischen Kriegsschauplatz, wo es doch eben einen Eugen zu bestehen galt, gleichwohl abgerufen. Er musste die Trümmer der Nordarmee neu formieren und die Grenzwehr des nördlichen Frankreichs übernehmen.

Und doch war die Widerstandskraft Frankreichs noch nicht gebrochen. Neue Armeen wurden ins Feld geschickt, um den Ansturm der feindlichen Koalition auszuhalten. Daneben verstand es Ludwig in wunderbarer Weise, seinen Gegnern neue Feinde und Schwierigkeiten zu erwecken. Er war es, der das erst durch den jüngsten Türkenkrieg wieder an Österreich gefesselte Ungarn durch französisches Geld und die Künste französischer Diplomatie zu fortwährender Empörung gegen den kaiserlichen Herrn aufstachelte. Ein Teil der österreichischen Streitkräfte ward beständig in Ungarn festgehalten. Noch nützlicher hätte dem Könige von Frankreich ein anderer Bundesgenosse werden können, den er im Jahre 1707 zum Kampfe gegen den Kaiser zu gewinnen trachtete: der Schwedenkönig Karl XII. Der grosse Krieg, welcher — gleichzeitig mit dem Weltkriege um das spanische Erbe — den Norden und Osten Europas erschütterte, hatte bis dahin die Mitte und den Westen des Weltteils kaum berührt. Selbst der preussische König Friedrich I., dessen Vater einst so machtvoll in die schwedisch-polnischen Verwicklungen eingegriffen hatte, hielt sich von diesem Kampfe entfernt. Nicht bei Klissow und Fraustadt fochten die preussischen Bataillone, sondern bei Höchstädt und Turin. Die Seemächte waren sorglich bemüht, die nordischen Verwicklungen zu lokalisieren; zweimal erschien Marlborough persönlich am Berliner Hofe, um neue preussische Truppensendungen für den Kampf gegen Frankreich zu erwirken.

Im Jahre 1707 trat nun aber die Gefahr ein, dass dennoch die nordischen Wirren mit dem Kampfe der alten Mächte Europas unmittelbar verflochten würden. Karl XII., gegen den König und Kurfürsten August II., siegreich, überschritt mit seiner Armee die deutsche Reichsgrenze, durchkreuzte Schlesien und erschien in Sachsen, im Stammlande seines Feindes. August wurde zum Frieden von Altranstädt gezwungen. Aber darüber hinaus ward jetzt die schwedische Macht im Herzen Deutschlands zu einer Quelle allgemeiner Beunruhigung. Das deutsche Reich, dessen Friede verletzt war, raffte sich mit nichten zum Kampfe gegen den Schweden auf. Man harrete angstvoll der weiteren Schritte Karls XII. Dieser, in seiner eifrig protestantischen Gesinnung, scheint den Wechsel der Zeiten zu vergessen. An der Spitze seiner schwedischen Armee glaubt auch er sich zu der Rolle berufen, die einst Gustav Adolf in Deutschland gespielt hatte. Er vertritt dem Kaiser gegenüber die Rechte der Protestanten Schlesiens. Gebieterisch tritt er auf und scheint jeden Augenblick bereit, seine Kriegsvölker in die kaiserlichen

Erblande einfallen zu lassen. Dem Kaiser — seine besten Truppen standen noch in Italien — waren völlig die Hände gebunden. Eine französische Armee unter Villars war über den Rhein gekommen und zog plündernd und brandschatzend durch Süddeutschland. Die Franzosen zeigten dem deutschen Volke, dass sie noch dieselben waren wie im Jahre 1689; der Kaiser vermochte ihnen nicht zu wehren. Villars begab sich selbst nach Altranstädt: Schweden und Frankreich sollten das habsburgische Reich zertrümmern. Aber nicht dahin gingen die Absichten Karls XII. Ihm genügte es, den Kaiser zu einer Abkunft zu bringen, durch welche die Rechte der protestantischen Schlesier hinlänglich gewahrt erschienen. Dann zog er von dannen, ohne dem Kaiser einen anderen Schaden zugefügt zu haben als denjenigen der Demütigung der Altranstädter Konvention.

Um dieselbe Zeit als Ludwig XIV. sich des Schwedenkönigs gegen den Kaiser zu bedienen suchte, entstand ein ähnlicher Anschlag, welcher die Streitkräfte Englands in der Heimat festzuhalten geeignet war.

Der Sohn des vertriebenen Königs Jacobs II., der Prätendent, wie er in England genannt wurde, machte einen Versuch, in England oder wenigstens in Schottland König zu werden. Sein grossmütiger Beschützer von Frankreich reichte ihm die Mittel dar. Wenn er Erfolg gehabt hätte, wäre der Vorteil für Frankreich ungeheuer gewesen. Ein durch den französischen Herrscher eingesetztes stuartisches Königtum musste in noch stärkerem Grade in den Bahnen der französischen Politik wandeln, als dies selbst Karl II. gethan hatte. Die Haager Allianz wäre gesprengt, ihres stärksten Gliedes beraubt gewesen. Und dem Prätendenten selbst schwebte doch ein bedeutsames Programm für seine künftige Regierung vor. Soeben war die Union, die Vereinigung von England und Schottland zu einem einzigen grossbritannischen Staate vollzogen worden. Der Prinz wollte diese Verbindung wieder auflösen. Wesentlich freilich nur deshalb, weil er eben durch die der Union abgeneigte Partei in Schottland emporzukommen hoffte. Es mag hier der Ort sein, mit zwei Worten auf die Bedeutung jener Vereinigung hinzuweisen.

Als zwei besondere Staaten hatten England und Schottland durch alle historischen Zeiten bestanden, seitdem einst gegen die Meinung des Agricola die römische Eroberung vor den schottischen Hochlanden Halt gemacht hatte. Die Beziehungen der beiden Länder waren mannigfachem Wechsel unterworfen. Im Mittelalter hatte England Jahrhunderte lang die Lehnshoheit über Schottland beansprucht, unter Eduard I. war das nordbritannische Reich auf

kurze Zeit zu einer englischen Provinz herabgedrückt worden. Doch es gewann seine Freiheit zurück und nahm eine eigene Entwicklung, die freilich durch das englische Vorbild stark beeinflusst wurde, doch aber in freier Selbständigkeit sich vollzog. Schier endlos ist die Reihe der Kriege, die zwischen den beiden Reichen geführt wurden, und auch das so oft erneuerte schottisch-französische Bündnis stammte aus einer früheren Periode. Mit den Geschicken Englands wurden diejenigen Schottlands auch dann noch nicht verschmolzen, als es im Anfange des 16. Jahrhunderts dem benachbarten Königreiche eine neue Dynastie gegeben hatte. Seither waren nun hundert Jahre verflossen und man hatte erfahren, wie lose das Band war, das die beiden Nachbarstaaten umschlang. Die Notwendigkeit einer innigeren Verbindung, einer völligen Vereinigung wurde immer fühlbarer. Doch war es nicht leicht, eine beiden Völkern genehme Form dafür zu finden. Im gegenwärtigen Kriege hatten die Schotten an den Lasten desselben schwer zu tragen. An der wachsenden Kolonialmacht, an dem steigenden Reichtum der whiggistischen Gruppen Englands hatten sie keinen Teil. Ihnen erschien während der ersten Kriegsjahre die Union wesentlich deshalb und insofern begehrenswert, als sie ihnen den Mitgenuss der Handelsvorteile Englands verschaffen sollte. Irland und Wales, meinte man, geniessen dieselbe, obwohl sie doch abhängige Besitzungen der englischen Krone sind. Soll Schottland, das als ein selbständiger Staat denselben Souverän anerkennt wie England, ungünstiger als jene gestellt sein? Im schottischen Parlament wurde die Sicherheitsakte durchgebracht — auch die Königin musste ihre Zustimmung erteilen — worin es hiess, dass bei ihrem Tode das schottische Parlament zur Ernennung eines Nachfolgers schreiten solle, dass jedoch der für England ausersehene Thronfolger von der Wahl in Schottland ausgeschlossen sei, wofern nicht vorher ein Abkommen zwischen den beiden Reichen geschlossen wäre, durch welches die Ehre und Selbständigkeit Schottlands, d. h. die Rechte seiner Parlamente, seine Religion, seine Freiheit und der Handel der Nation vor dem englischen oder jedem andern Einflusse sichergestellt seien.

Ein höchst verfänglicher Schritt, den hier die Schotten unternahmen. Denn nicht nur um die Herstellung der angestrebten Reichseinheit handelte es sich jetzt, sondern auch um die Erhaltung der seit hundert Jahren bestehenden Personalunion. Sollte das in England vor wenigen Jahren errichtete Thronfolgesetz zur Trennung von England und Schottland führen? Das musste verhindert werden. Aber es war auch klar, dass man im nördlichen Königreiche die

gänzliche Trennung lieber wollte als dass bei der erfolgenden Realunion Schottland zu einer englischen Provinz herabgedrückt würde. Die Schotten waren doch im Rechte. Aber die Herstellung der Union war nur noch dringlicher geworden. Denn auch diese wichtige Frage stand jetzt mit der Thronfolge in unmittelbarem Zusammenhange. Nicht ohne heftige Kämpfe im schottischen Parlamente gelang es im September 1705, demselben die Zustimmung zur Ernennung einer Kommission zu entringen, welche in Gemeinschaft mit einer englischen die Verfassung des vereinigten Königreiches bearbeiten würde. Im nächsten Jahre traten die beiden Ausschüsse in London zusammen und entwarfen die Verfassung der Union. Von beiden Parlamenten musste dieselbe nunmehr gutgeheissen werden. Noch einmal erhob sich im schottischen Parlamente der Widerstand. In gewaltiger Rede wandte sich der feurige Lord Belhaven gegen den Entwurf. Er entrollte ein furchtbares Bild von dem künftigen Zustande seines Vaterlandes, wenn es dasjenige aufgabe, was allen Völkern immer als das höchste Gut erschienen sei: im eigenen Lande selbst der Herr zu sein. Mir ist, sagte er, als ob ich die ehrwürdige Mutter Caledonia, wie Cäsar in unserem Senate sitzen sähe. Traurig blickt sie umher, verhüllt sich vor dem tödlichen Streiche und mit ihrem letzten Atemzuge haucht sie die Worte: „Auch du, mein Sohn?“

Belhaven wusste wohl, dass er die Mehrheit des Hauses durch seine Beredsamkeit nicht gewinnen werde. Doch nicht eigentlich zu dieser sprach er, sondern zum ganzen Volke. In Tausenden von Exemplaren ward die Rede im Lande verbreitet. Was auf gesetzlichem Wege sich nicht mehr verhindern liess, das wollte Belhaven durch Gewalt erreichen. In der That griffen im Westen und Norden viele zu den Waffen. Doch es war schwer, die eifrigen Presbyterianer mit den Jacobiten zu gemeinsamem Kampfe zu verbinden. Als die Feinde der Union noch die Hoffnung hegten, durch einen allgemeinen Aufstand das Werk zu durchkreuzen, war der Entwurf im schottischen Parlamente bereits zum Gesetze erhoben worden. In England wurde dasselbe weit leichter erreicht. Das Unterhaus erledigte den Entwurf mit überraschender Schnelligkeit und ohne eigentliche Debatte. Auch bei den Lords war die Durchbringung des Gesetzes im Ernste keinen Augenblick gefährdet. Die aus dem künftigen Nebeneinander zweier Staatskirchen im grossbritannischen Reiche entstehenden Bedenken konnten um so weniger entscheiden, als der unveränderte Fortbestand der presbyterianischen wie der bischöflichen Kirche ausdrücklich gesichert worden war. Am 17. März erteilte

die Königin dem Gesetze ihre Zustimmung. Sie sprach die Hoffnung aus, ihre Unterthanen von beiden Nationen würden der Welt zeigen, dass sie in Wahrheit Ein Volk zu sein trachteten.

So war das seit hundert Jahren vergeblich versuchte Werk zum Abschlusse gelangt. Von nun an erweiterte sich die Geschichte Englands zu derjenigen der ganzen Insel. Der Name Grossbritannien, einst im Gegensatze zu Britannia minor, der Bretagne, aufgekommen, zuletzt ein Jahrhundert lang für die unter demselben Souverän stehenden Reiche angewendet, gewann jetzt erst einen volleren Sinn, seitdem alle Bewohner des britischen Eilands nur noch einen einzigen Staat zusammen bildeten. Die Unionsakte besagte, welche Stellung Schottland in diesem Staate einnehmen solle und gab überhaupt einen Umriss der Verfassung des vereinigten Königreiches. Die Bestimmungen der Thronfolgeakte erhielten nunmehr auch für Schottland Geltung. Wie es nur Einen Souverän auf der Insel giebt so soll hinfort auch nur Ein Parlament bestehen. 16 schottische Adlige gesellen sich zu den englischen Peers; in's Unterhaus hat das Volk von Schottland 45 Abgeordnete zu entsenden. In Münze, Mass und Gewicht soll Einheit herrschen; durch Ein grosses Siegel sollen die Staatsurkunden des vereinigten Königreiches beglaubigt werden. Zwischen England und Schottland fallen die Zölle. Handel und Schiffahrt und die Vorteile des Kolonialbesitzes sind allen Briten gemeinsam. Für die Verrechnung von Zöllen und Steuern und für die englische Staatsschuld, von der nun auch Schottland einen Teil übernahm, ward eine in beiden Ländern befriedigende Abkunft getroffen. Die Interessen der vereinigten Völker verschmolzen auf's innigste mit einander. Als zwei gleichberechtigte Nationen schlossen sie den Bund. In der That war aber das Übergewicht Englands mit seinem Reichtum, seiner hochentwickelten Volkswirtschaft, seiner Seemacht und seinen Kolonien so mächtig, dass es fast den Anschein hatte, als ob Schottland in dem benachbarten Königreiche aufgegangen sei. Wo das Staatsrecht nur ein Grossbritannien kennt, da hält doch der Sprachgebrauch heute noch daran fest, von England und englischen Einrichtungen zu reden.

Die Wirkungen der Union konnten sich erst in einem längeren Zeitraum offenbaren. Zunächst aber war es gewiss, dass in weiten Kreisen des Volkes von Schottland Unzufriedenheit über die vollzogene Veränderung herrschte. Freilich konnte die Bedeutung und der Umfang dieser Missstimmung leicht überschätzt werden, da, wie es zu gehen pflegt, die Unzufriedenen am geräuschvollsten auftraten. Selbst ein englischer Minister meinte, dass nur ein Drittel der Be-

völkerung Schottlands wohlgesinnt sei, die übrigen Gegner der Regierung. Es versteht sich, dass unter diesen die Jacobiten nun ihre Zeit gekommen glaubten. Übertriebene Berichte gelangten zum Prinzen Jacob. Neun Zehnteile der schottischen Bevölkerung, hiess es, verabscheuen, die übrigen bereuen die Union. Wie gern schenkte man am Hofe von St. Germain solchen Erzählungen Glauben. Und dieses Mal liess sich auch Ludwig XIV. gewinnen, dem Prätendenten seine Hilfe zu leihen. Eine französische Flotte wurde ausgerüstet, französische Truppen an Bord gebracht, in Dünkirchen schiffte der neunzehnjährige Jacob sich ein, um in Schottland sein Glück zu versuchen.

Das Unternehmen war jedoch vom ersten Anfange an aussichtslos. Die Stimmung in Schottland war entfernt nicht so günstig wie die in Frankreich lebenden Jacobiten glaubten. Wenn selbst die Unzufriedenheit über die Union weit verbreitet war, so waren doch darum noch nicht alle diese Unzufriedenen bereit, sich für das Haus Stuart zu erheben. Was hatten die eifrigen Presbyterianer des Westens mit der Sache des Prätendenten gemein? An jeglichen Vorbereitungen zu einem allgemeinen Aufstande fehlte es vollständig. Kaum wäre es möglich gewesen, alle unruhigen Elemente unter einer Fahne zu sammeln. Verfolgt von einem englischen Geschwader segelte der Prätendent gegen Schottland. Er erschien vor dem Forth; von den Höhen um Edinburg konnte man die Masten der französischen Schiffe erblicken. Aber alle Anzeichen einer Erhebung im Lande zu Gunsten des Prätendenten blieben aus. Als die englische Flotte erschien, fuhren die Franzosen mit dem stuartischen Prinzen weiter nordwärts. Noch einmal ward eine Landung geplant; man hoffte auf eine lebendigere Teilnahme der Bevölkerung des katholischen Nordens. Aber der Wind wehte von der Küste und ein Zusammenstoss mit der englischen Flotte hätte leicht verderblich werden können. Da entschloss sich der französische Admiral zur Umkehr. Ohne den Boden seines angestammten Königreiches betreten zu haben, erschien der unglückliche Stuartprinz wiederum vor Ludwig XIV., der ihn nie mehr zu sehen gehofft hatte.

Der Versuch, die Waffen Englands vom Angriffe auf Frankreich abzulenken, war gescheitert. Anstatt dass Marlborough, wie Ludwig erwartet hatte, von seinem Siegeslaufe abgerufen wurde, um sein Vaterland zu schützen, brachte ihm das Jahr 1708 einen neuen Erfolg an der niederländisch-französischen Grenze. Prinz Eugen hatte sich mit seinem Waffengenossen von Höchstädt vereinigt.

Es gelang den beiden Feldherren, ihre Truppen zwischen das französische Heer und die Grenze Frankreichs zu bringen. Dadurch erzwangen sie die Schlacht. Bei Oudenarde wurden die Franzosen unter Vendome und Ludwigs Enkel, dem Herzoge von Burgund, entscheidend geschlagen. Stundenlang hatte der Kampf gewüthet. Erst in voller Dunkelheit liess Marlborough das Feuern einstellen, weil die eigenen Mannschaften getroffen wurden. Hätte der Tag, meinte der Feldherr, nur eine Stunde länger gewährt, so würde dieser Sieg zugleich den Krieg beendet haben. Marlborough musste es sich versagen, auf Paris zu marschieren, aber gegen Ende des Jahres ergab sich die starke Festung Lille, die ein Menschenalter früher der französische König als ein Bollwerk für die Nordgrenze Frankreichs selbst erst den Spaniern entrissen hatte.

Der Feldzug des nächsten Jahres brachte abermals eine grosse Entscheidung auf dem niederländischen Kriegsschauplatze. Wieder fochten Eugen und Marlborough zusammen. Bei Malplaquet griffen sie die stark verschanzten Stellungen des französischen Heeres unter Villars an. Führung und Truppen zeigten sich ihres alten Ruhmes würdig. Vom Prinzen Eugen sagte der französische Bericht, er habe mit einer Weisheit und Geistesgegenwart den Angriff geleitet, deren nur er allein fähig sei. Die Verbündeten errangen in der That den Sieg. Aber dieses Mal war er so teuer erkauft wie nie zuvor. Fast 23000 Mann betrug der Verlust der Sieger, doppelt so viel als auf französischer Seite. Die Franzosen hatten das Schlachtfeld geräumt; aber die Verbündeten wurden ihres Erfolges nicht froh. In Frankreich war man stolz auf diese Niederlage und fühlte sich dem Gegner wieder gewachsen. Es war, als ob der Höhepunkt des Krieges schon überschritten sei; die allgemeine Lage mahnte zum Friedensschlusse.

Drittes Kapitel.

Der Ministerwechsel von 1710 und der Utrechter Friede.

Bei der Mannigfaltigkeit der Interessen, welche in der grossen Allianz Beachtung erheischen, musste es schwer sein, eine Form für den Frieden zu finden, durch welche alle Bundesglieder zufrieden gestellt wurden. Aber die grösste Schwierigkeit entsprang doch daraus, dass das Programm der Allianz nur unvollkommen erfüllt war, während gleichwohl die Verbündeten an ihren anfänglichen Forderungen festhielten. Aus Italien und Belgien war das bourbonische Königtum verdrängt worden; in Spanien aber hatte es sich behauptet. Nicht alle Wechselfälle der Kämpfe auf der pyrenäischen Halbinsel können wir hier betrachten; nur das Ergebnis haben wir in's Auge zu fassen.

Auch in den Zeiten der Kabinettskriege hat es Fälle gegeben, wo lebhaft empfindende Völkerschaften den Grossen in den Armen fielen, um zu verhindern, dass ihr politisches Schicksal ihnen von aussen her aufgezwungen werde. Seltsam, dass diejenigen beiden Stämme, welche sich hundert Jahre später gegen das napoleonische System zuerst im Volkskriege erhoben, die Tiroler und die Spanier, dass gerade diese es waren, welche schon im Anfange des 18. Jahrhunderts ihren nationalen Willen selbst gegen die Entscheidungen auf dem Schlachtfelde zur Geltung zu bringen vermochten.

Die Verbündeten hatten in Spanien neben schweren Niederlagen doch auch manchen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. Zweimal hat Karl III. von der Hauptstadt Madrid Besitz ergriffen und doch vermochte sich das habsburgische Königtum in den altspanischen Landen nicht zu behaupten. An Philipp, den der sterbende König Karl II. zu seinem Nachfolger ernannt hatte, hielt das Volk mit zäher Treue fest. Nach langen Kämpfen blieb für Karl III. nur die Herrschaft in Katalonien und auch diese nur aus dem Grunde, weil Philipp V. die aragonesische Verfassung vernichtet und Karl ihre Wiederherstellung versprochen hatte. Im Jahre 1710 lag die

Eroberung Spaniens in weiter Ferne und schien ohne neue, gewaltige Anstrengungen der Seemächte völlig unausführbar.

So ungleich waren die Erfolge der Verbündeten gewesen, als sie in ihren Verhandlungen mit Ludwig XIV., zuletzt noch im Jahre 1710, dabei beharrten, dass sein Enkel das ganze spanische Erbe herausgeben solle. Und so tief war Frankreich durch die Schläge des Krieges gedemütigt, dass der König sich damit einverstanden erklärte und überdies noch einer Schwächung der französischen Grenzen zustimmte; Lille und Strassburg sollten ausgeliefert werden. Aber man wusste auch, dass Philipp V. nicht freiwillig aus Spanien weichen würde; und da also die blosser Zusage des französischen Königs wirkungslos war, so forderte man, dass er seine Truppen mit denen der Verbündeten vereinigen sollte, um seinen Enkel aus Spanien zu vertreiben. Ludwig aber wollte, wenn er denn Krieg führen musste, lieber gegen seine alten Feinde zu Felde ziehen als gegen das eigene Fleisch und Blut. Die Verhandlungen zerschlugen sich.

Aber indem nun der Krieg abermals seinen Fortgang nahm, mussten sich doch die Friedensbedürftigen in allen Landen fragen, bis zu welchem Ende denn dieser Kampf fortgesetzt werden solle. England war durch die steigende Bedeutung seiner Leistungen längst zur führenden Macht der Koalition geworden. Krieg und Frieden lagen in den Händen der britischen Staatsmänner. Da war es ein Ereignis von europäischer Bedeutung, als, durch innere und äussere Ursachen hervorgerufen, ein vollständiger Wechsel in der englischen Staatsleitung erfolgte.

Mit einem Toryministerium hatte die Königin Anna ihre Regierung begonnen. Damals hatten die Tories den Krieg mit demselben Eifer gefördert wie die Whigs. Aber indem die Lasten sich mehrten, war der Eifer erkaltet. Die Interessen des ländlichen Besitzes, den die Tories darstellten, heischten den Frieden. In den Reihen der Whigs war die Kapitalmacht vertreten, für welche die wachsende Staatsschuld von unmittelbarem Vorteil war. Allmählich begannen die Tories für den Frieden zu wirken; die Whigs waren wieder wie unter Wilhelm III. die wahre Kriegspartei. Seit dem Tage von Höchstädt war die Nation von kriegerischen Ideen erfüllt; im Jahre 1705 erlangten die Whigs eine Mehrheit im Unterhause. Auf die Regierung musste das notwendigerweise von bedeutendem Einflusse sein, denn wir wissen schon, wie seit der Revolution das parlamentarische System sich allmählich festsetzte. Die leitenden Männer, Marlborough und Godolphin, näherten sich den Whigs und nicht

lange konnte es währen, so mussten diesen die grossen Ämter zufallen.

Nicht auf einmal ist es geschehen. Wir dürfen nicht verweilen bei dem grossen Augenblicke, als im Jahre 1706 die Zuzumutung an die Königin herantrat, dem Grafen Sunderland, einem der schroffsten unter den Whigführern das Amt eines Staatssekretärs zu übertragen. Sie misstraute den Whigs wegen ihrer unkirchlichen Gesinnung; Sunderland war ihr als Freidenker ebenso zuwider, wie sie seine Heftigkeit und Herrschsucht fürchtete. Ihr königlicher Stolz bäumte sich auf bei dem Gedanken, dass sie in der Wahl ihrer persönlichen Berater, der Minister, nicht mehr unabhängig sein sollte wie ihre Vorfahren. Sie musste sich gleichwohl dem Wunsche der mächtigsten Partei fügen und Sunderland ward Staatssekretär. Zwei Jahre später war es bereits dahin gekommen, dass die Whigs vollkommen von der Regierung Besitz ergriffen. Wie man vorher die Königin gezwungen hatte, ein wichtiges Amt einem Manne zu übertragen, der ihrem Wesen zuwider war, so musste sie jetzt den Staatssekretär Robert Harley entlassen, der sich ihr durch das gefällige Eingehen auf die Art und die Neigungen der Herrscherin angenehm gemacht hatte. Mit Harley ging St. John, der talentvollste unter den Führern der Torypartei. Und nun rückten die Whigs in alle wichtigen Ämter ein. Die beiden Chefminister Marlborough und Godolphin, ursprünglich Tories, mussten jetzt zu den Whigs halten und sie thaten es, weil diese sie unterstützten und die Fortführung des Krieges ermöglichten. Somers und Wharton, Cowper, Halifax und Sunderland, alle die grossen Namen der Whigs, waren nun in den höchsten Staatsämtern vertreten. Eine Parteiregierung kam auf, wie man sie so vollkommen in England noch nicht erlebt hatte.

Aber in der Ausschliesslichkeit, mit der die Whigs ihr Parteiprogramm verfolgten und durchführten, lag auch zugleich schon der Grund ihres Falles. Als einige Jahre später wiederum ein Whigregiment emporkam, wurden doch auch wichtige Punkte aus dem Programme der Tories zur Richtschnur der Regierenden genommen. Jetzt, vor dem Wechsel von 1710, gelangten ausschliesslich die Bestrebungen der Whigs zur Geltung, in der inneren wie der auswärtigen Politik. Die letztere stand natürlich im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Im Grunde handelte es sich, wie Swift sagte, eigentlich nur um die Frage: Krieg oder Frieden. Alles andere war untergeordneter Natur. Nun mussten die Verhandlungen von 1709 und 1710 ebenso sehr den Wunsch nach Frieden beim

englischen Volke verstärken wie (nachdem sie gescheitert waren) zu der Erkenntnis führen, dass die herrschende Partei mit ihrer Politik diesen Krieg in's Endlose zu verlängern strebe. So lange die Whigs am Ruder blieben, lag der Frieden in weiter Ferne.

Aber nicht durch diese Erkenntnis ward der Umschwung herbeigeführt, denn die Massen pflegen in Fragen der auswärtigen Politik neue Gedanken nur langsam zu begreifen. Aus der inneren Politik der Whigs entsprang der erste Anlass zu ihrem Sturze. Ihre niederkirchliche Gesinnung, vielen ein Missfallen, ward ihnen von den Gegnern zum Vorwurf gemacht. Am 5. November 1709, als jeder patriotische Engländer der Pulverschwörung und der Landung Wilhelms III. gedachte, predigte in London Dr. Sacheverell über den Text, da Paulus von den Gefahren spricht, die ihm auf seinen Fahrten begegnet sind und, gleichsam als die schlimmsten von allen, die Gefahren nennt, in welchen er sich unter falschen Brüdern befunden habe. Das ging zunächst auf die Dissenter und ihre niederkirchlichen Gönner, sodann auf die ganze Politik der Whigs. Heftig wurden sie angegriffen und die Chefminister selbst, Marlborough und namentlich Godolphin, ziemlich unverhüllt mit Schmähungen überhäuft. Erst durch den folgenden Prozess gewann jedoch die Sache allgemeinere Bedeutung. Sacheverell ward vom Unterhause vor den Lords angeklagt. Die Sache wurde als eine politische Angelegenheit in grossem Stile behandelt. Man konnte des Predigers Äusserungen dahin verstehen, dass er den Widerstand gegen den Souverän, d. h. gegen die exekutive Macht, als verwerflich bezeichnet hatte. Und die Whigs steiften sich nun darauf, die grundsätzliche Frage, die darin enthalten war, zu einer öffentlichen Entscheidung zu bringen. Eine zweischneidige Waffe, denn wie, wenn ihre, der Whigs, Überlegenheit nicht mehr unzweifelhaft vorhanden war? Es handelte sich jetzt um die Rechtfertigung der grossen gesetzgeberischen Akte seit der Revolution von 1688, ja um diese selbst. Das Thronfolgesetz, die Union mit Schottland, alles war auf das Spiel gesetzt; selbst ein halber Sieg der Whigs konnte im Rechtsstreite gegen Sacheverell für die Partei und ihr ganzes Programm verhängnisvoll werden.

Die herrschende Gruppe in England hat, in der Absicht, ein warnendes Beispiel für alle ihre Widersacher aufzurichten, sich selbst unendlichen Schaden gethan. Schon in dem Verlauf des Prozesses zeigte es sich, dass die Neigungen der Massen auf der Seite des beschuldigten Priesters und der von ihm vertretenen Ideen standen. Wie jubelte das Volk ihm jedesmal zu, wenn er sich nach Westminster

Hall begab, um seinen Richtern Rede zu stehen. Der Ruf ‚die Kirche in Gefahr‘ ward überall wiederholt. Lärmende Haufen zogen umher, zersörten, wo sie es vermochten, Gotteshäuser der Dissenter und verunglimpften niederkirchliche Geistliche. Die Tories benutzten klug diese Stimmung, indem sie die Sache Sacheverells völlig zu ihrer eigenen machten. So wurde dieser Prozess zu einer Kraftprobe der beiden grossen Parteien und der Macht, die sie im Lande besaßen.

Der Ausgang erschien wie ein Sieg der Tories. Sacheverell wurde aller ihm vorgeworfenen Vergehen für schuldig erklärt, aber die Strafe, welche diese sonst nach sich gezogen haben würden, wagte man über den Mann, den das Volk wie einen Heiligen verehrte, nicht zu verhängen. Nur auf dreijährige Amtsenthebung lautete das Urteil. Und nun ward seine Sache, welche monatelang die Hauptstadt in Atem gehalten hatte, erst im Lande recht populär, als im Laufe des Sommers 1710 Sacheverell in den Provinzen umherzog und der brausende Jubel der Menge überall ihm entgegentönte.

Unterdessen hatte sich auch im Rate der Königin ein vollständiger Umschwung vorbereitet. Einige Zeit war sie völlig an das Interesse der Whigs gefesselt gewesen. Ihnen war der entscheidende Einfluss, den Lady Marlborough seit 20 Jahren auf das Gemüt und die Entschlüsse ihrer fürstlichen Freundin ausgeübt hatte, zuletzt zu gute gekommen. Eifersüchtig wachte die herrschsüchtige Frau über ihre Macht bei der Königin. Durch sie behauptete sich ihr Gemahl in jener unvergleichlichen Stellung in Staat und Heer, in der er die Geschicke Europas in seiner Hand zu halten schien. Aber selbst Marlboroughs Macht war nicht so fest gegründet, dass sie nicht erschüttert werden konnte. Er selbst scheint derartiges gefürchtet zu haben, als er sich darum bemühte, dass der höchste Befehl im Heere jetzt, da er noch unentbehrlich war, ihn auf Lebenszeit übertragen werde. Die Königin war aufs höchste erschrocken; sie fühlte sich fast ihrer Krone nicht mehr sicher. Marlborough drang mit seinem Verlangen, dem selbst der Lord Kanzler Cowper widerstrebte, nicht durch; im Gegenteil musste er erfahren, dass man bemüht war, seinen Einfluss zu beschneiden, selbst im Heere seine Allmacht nicht mehr wie vordem zuzulassen.

Indem nun aber am Hofe der Einfluss des Marlboroughschen Ehepaares nicht mehr ausschlaggebend war, kamen andere Personen und Gruppen empor. Die Königin hatte, sagt Swift, nicht Freundschaft genug für mehr als einen Gegenstand. Auch war sie nicht so selbständigen Geistes, um an sich selber einen Halt zu besitzen. Selbst die Minister, die ihrer sicher sein konnten, bedurften einer

weiblichen Mittelsperson, die jederzeit die Fühlung und das leichte Verständnis zwischen der Fürstin und ihren Ratgebern herzustellen geeignet war. Jener an sich unkontrollierbare Einfluss, der den verantwortlichen Ministern eines konstitutionellen Staates ein Hindernis, wenn nicht eine Gefahr zu sein pflegt, gerade ein solcher Einfluss auf den Souverän war hier unentbehrlich, wo dieser Souverän eine Frau voll weiblicher Schwäche war.

Neben der Herzogin von Marlborough war Abigail Hill, die spätere Mrs. Masham, am Hofe der Königin emporgekommen, die sich in demselben Masse ihr angeschlossen hatte, als sie ihr Herz der Lady entfremdete. Denn die Masham war geschmeidiger und im persönlichen Verkehr mit der Königin gewiss auch liebenswürdiger als die stolze Herzogin, durch deren herrisches Auftreten die Fürstin oft verletzt wurde. Als im Jahre 1708 Prinz Georg von Dänemark der Gemahl der Königin, im Sterben lag, wurde ihr das Benehmen der Marlborough unerträglich. Sie sagte ihr, sie solle sich zurückziehen und ihr Mrs. Masham senden. Die Masham aber trat den Marlboroughs und der herrschenden Whigpartei entgegen. Ihre streng kirchliche Gesinnung mag in der Zeit, da sich das Land mit verwandten Tendenzen erfüllte, auch der Königin mehr zugesagt haben als die freigeistigen Ansichten der Lady Sarah.

Mrs. Masham war es auch, die Robert Harley, den 1708 Entlassenen, wieder zur Königin brachte. Harley versuchte nun, ihr die Bedeutung der im Sacheverell-Prozesse zu Tage tretenden Gesinnung des Volkes zu erklären. Aber nur in aller Heimlichkeit konnten diese Zusammenkünfte erfolgen, denn die Augen der Marlborough und ihrer Diener waren überall und beobachteten sorgfältig alle Zugänge zur Königin. Hatte doch früher, nach Harleys Entlassung, Godolphin einmal, als er jenem in der Nähe des Gartenthores von Kensington begegnete, sofort der Königin Vorhaltungen gemacht, dass sie den ehemaligen Minister im geheimen empfangen. Jetzt wurden Harleys Besuche häufiger; die Königin selbst ersuchte ihn darum. Über eine Hintertreppe pflegte er sich in die königlichen Gemächer zu schleichen. Es war als ob die Herrscherin Grossbritanniens eine Verschwörung gegen ihr eigenes Ministerium anspinnne, als ob sie mit seinen Gegnern sich zusammenfinde, um das mächtige System zu stürzen, das England und Europa beherrscht hatte.

Diese beiden Personen, Robert Harley und Mrs. Masham gewannen die Königin völlig für sich. Swift, der alles aus ihrem Munde gehört hat, erzählt uns, wie allmählich die Wandlung sich vollzog. Denn nur langsam gewann die Königin den Mut, sich von

dem auf ihr lastenden Drucke zu befreien. Gegen Marlboroughs Wunsch, aber indem er doch nicht völlig übergangen wurde, verfügte sie über das Amt eines Kommandanten des Towers. Als sie den Herzog von Shrewsbury zum Oberkammerherrn machte, teilte sie dies Godolphin, den es am nächsten anging, lediglich mit, ohne ihn vorher befragt zu haben. Schon in diesem Falle handelte es sich um die Verleihung eines politisch wichtigen Amtes. Aber viel schwerer wog es noch, als im Juni 1710 Graf Sunderland, der Schwiegersohn Marlboroughs und Staatssekretär, seines Amtes enthoben wurde. Die Königin hatte unter seiner Heftigkeit viel gelitten und am wenigsten konnte sie es verzeihen, dass er die Absicht gehabt hatte, mit Hilfe des Parlaments die Masham aus ihrer Umgebung zu entfernen. In schroffer Form wurde endlich Godolphin entlassen. Marlborough, der im Felde Unentbehrliche blieb noch im Besitze seiner Ämter. Aber die Lady erschien nicht mehr bei Hofe. Die Whigs sahen ihrem eigenen Falle unthätig zu. Den Entschluss, ihrer Macht freiwillig zu entsagen, da sie doch das Vertrauen ihres Souveräns verloren hatten, fassten sie mit nichten.

Und diese Wandlungen in den höchsten Kreisen, so bedeutungsvoll sie waren, konnten doch am Ende nicht die letzte Entscheidung abgeben. Denn dahin war es doch in England schon gekommen, dass der Charakter der Regierung wesentlich durch die Meinungen und Richtungen des Volks, wenigstens so weit sie im Parlamente ihren Ausdruck fanden, bestimmt wurde. Eben auf die sichtliche Wandlung der öffentlichen Meinung hatte die Königin sich gestützt, als sie die grossen Whigs verabschiedete. In dem Parlamente, das seit dem Jahre 1708 beisammen war, war freilich noch eine whiggistische Mehrheit vorhanden. Aber jedermann sah voraus, dass bei den nächsten Neuwahlen die Tories den Sieg davontragen würden. Die Whigs fürchteten denn auch nichts so sehr wie die Auflösung des Parlaments. Niemals war aber dieselbe in höherem Masse geboten als jetzt. Denn die wichtigen Veränderungen in der Regierung konnten nur dann Bestand haben, wenn das Volk sich zu Gunsten derselben erklärte.

Die Wahlen entschieden für die Tories. Harley hatte wohl daran gedacht, ein aus beiden Parteien zusammengesetztes Ministerium zu bilden. Bei der starken Mehrheit der eigenen Partei war das nun nicht mehr möglich. Und die Whigs hielten sich streng zurück in der Hoffnung auf bessere Zeiten. So ward ein Kabinett aus lauter Tories gebildet oder solchen, die sich ihnen auf's engste angeschlossen hatten. An der Spitze stand Harley, bald zum Grafen Oxford

erhoben. Seine Macht beruhte vollkommen auf dem Vertrauen, das die Königin ihm schenkte. Ihr gegenüber war er der treue Diener, der kein höheres Streben hatte, als nach ihren persönlichen Wünschen zu verfahren, der von dem Rechte des Widerstandes nichts hören wollte, vielmehr in der Ergebenheit gegen seine Herrin keine Grenzen zu kennen schien. Den Whigs war er immer noch, und jetzt mehr denn je, der alte gefährliche Gegner, ränkevoll und listig. Im Verkehr mit seinen Freunden und der Welt gegenüber wusste er von jenen kleinen diplomatischen Künsten ausgiebigen Gebrauch zu machen, durch die seine wahren und letzten Zwecke unklar oder verborgen blieben und man leicht verführt wurde, tiefere Absichten hinter seinem Thun zu vermuten als er in Wahrheit besass. Er verstand es wie kein anderer, sich den Schein der Unergründlichkeit zu geben, durch inhaltlose Reden und leere Zusagen seine Intriguen zu bemänteln und in geheimnisvollen Wendungen die Leute zu täuschen und zu verwirren. Zuletzt hat ihm dieses Wesen doch allseitig den Ruf der Falschheit eingetragen. Mit allen liess er sich ein und alle wurden von ihm betrogen. Seine Kollegen im Amte und die Parteien im Lande, die Jacobiten und die Anhänger des Hauses Hannover, alle wandten sich zuletzt von ihm ab.

Jetzt aber, bei dem Ministerwechsel von 1710, trat er an die Spitze der neuen Regierung und war zunächst auch ihr wirkliches Haupt. An jedem Sonnabend pflegte er vier oder fünf seiner nächsten Freunde zur Tafel um sich zu versammeln. Da erschienen der Grosssiegelbewahrer Harcourt, die Grafen Rivers und Peterborough, der Staatssekretär St. John und der Schriftsteller Jonathan Swift. Nach dem Essen wurden die wichtigsten Staatsgeschäfte in vertraulichem Austausch erörtert und mancher wichtige Beschluss gefasst.

Bei dem vollkommenen Wechsel in den Grundsätzen der auswärtigen Politik, wie er von Anfang an in der Absicht dieses Tory-Ministeriums lag, musste neben Harley-Oxford bald der Mann in den Vordergrund treten, der die neuen Grundsätze in's Leben zu führen unternahm. Die auswärtige Politik wurde von zwei Staatssekretären geführt, aber von diesen pflegte der eine der eigentliche Leiter zu sein. In diesem Kabinette war es Henry St. John, von der Königin zum Viscount Bolingbroke erhoben. Unter diesem Namen kennt ihn die Geschichte. Bis zum Jahre 1708 war er schon einmal Mitglied des Kabinetts gewesen. Dann hatte er zugleich mit Harley seine Entlassung genommen. Für immer vom politischen Schauplatze abzutreten, war er doch entfernt nicht gemeint. Er wusste, dass auch diesem masslos vorstürmenden Whig-

regiment die Stunde schlagen würde, wo es die Nation nicht mehr hinter sich hatte. Mit aufmerksamen Blicken beobachtete er von seinem Landsitze aus den Gang der Ereignisse, wie der Krieg kein Ende nahm, wie dem gedemüthigten französischen Monarchen Unmögliches zugemüthet wurde, wie mit der wachsenden Staatsschuld auch das Friedensbedürfnis der Massen des englischen Volkes immer stärker wurde. Mit Harley war er gegangen und mit Harley kam er nun, im September 1710, zurück.

Bolingbroke war eine jener genialen Naturen, die nicht im Dunkel bleiben können, weil ihre vielseitigen Anlagen sie auf irgend einem Wege auf die Höhe des Ruhmes führen müssen. Reich ausgestattet an Körper und Geist, machte ihn seine Schönheit zum Liebling der Frauen, sein sprühender Geist zur Bewunderung der Männer. Im jugendlichen Alter von 23 Jahren war er in's Unterhaus eingetreten und ragte schnell als der glänzendste Redner in den Reihen der Tories hervor. Keine seiner Reden ist auf uns gekommen, aber das einstimmige Lob von Freunden und Feinden giebt uns einen Begriff von dieser rednerischen Art, die zugleich glänzend und gehaltvoll, hinreissend und auch voll beweisender Kraft gewesen sein muss. Der Ruhm der Bolingbrokeschen Beredsamkeit hatte sich noch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts so lebendig erhalten, dass Pitt erklärte, wenn es ihm freistehen sollte, von den verlorenen Geistesschätzen vergangener Zeiten etwas zurückzuerhalten, so wollte er für eine Rede Bolingbrokes bereitwillig die berühmtesten Werke des Altertums darangeben. Nicht minder ausgezeichnet war Bolingbroke als Schriftsteller und wie der Stil des Autors, reich und glänzend, so soll auch die Rede des Mannes gewesen sein.

Doch die bewunderten Werke seiner Muse, die philosophischen Schriften, die Briefe über das Studium der Geschichte, gehören jener späteren Zeit an, als die politische Rolle Bolingbrokes ausgespielt war. Jetzt, da in einem entscheidungsvollen Zeitpunkte der Geschichte Europas die englische Politik in seine Hände gelegt war, bewies er sich als den Mann der That. Mit dem ganzen Feuer seines schwungvollen Geistes ergriff er die Aufgabe. Nicht der Wunsch, seiner Königin zu dienen oder dem Lande zu nützen, beeseelte ihn. Ein rastloser Ehrgeiz trieb ihn vorwärts. Mit glücklichem Scharfblick erkannte er den Weg, der zum Frieden führen konnte und er war entschlossen, ihn einzuschlagen. Ihm galt es gleich, ob dadurch die Verbündeten verletzt und geschädigt wurden und ob seinem eigenen Volke alle jene Vorteile zufielen, auf die es nach einer beispiellosen Reihe von Erfolgen rechnen durfte. Bolingbroke

war der Mann des Entschlusses, sein Ziel der augenblickliche Erfolg. Wenn die Gegenwart ihm Recht gab, die Zukunft kümmerte ihn nicht. Er hat den Utrechter Frieden geschlossen, weil das Volk des langen Krieges müde war und die Tories nach dem Wie nicht lange fragten. Es hat ihm später nicht mehr gekostet, für die Nachfolge des Prätendenten zu arbeiten und alle Errungenschaften seit der Revolution auf das Spiel zu setzen, als ihm nur so die Möglichkeit winkte, die eigene Macht zu behaupten. Wahrhafte Grösse, die alles, selbst das eigene Ich, zurücksetzt, um das Notwendige zu vollbringen, hat dieser Mann nicht besessen.

Kein anderes der Mitglieder des neuen Ministeriums konnte sich mit diesen beiden, Oxford und Bolingbroke, an Bedeutung und Einfluss messen, weder der Grosssiegelbewahrer und nachmalige Kanzler Harcourt, noch Buckingham oder selbst Rochester, der Oheim der Königin und einst das Haupt der Tories. Es waren keineswegs unbekannte, zum Teil wohlverdiente Männer, die in die neue Regierung eintraten, aber Namen wie Somers und Godolphin, Cowper und Wharton waren doch nicht darunter. Schon deshalb musste den Machthabern daran gelegen sein, mit der öffentlichen Meinung, die sie im Augenblicke für sich hatten, dauernd in Fühlung zu bleiben. Da war es ein hoher Gewinn für sie, als der beste Schriftsteller des Tages, Jonathan Swift, sich ihnen anschloss. Er hatte vordem zu den Whigs gehalten und als er im September 1710 von Irland nach London kam, klammerten diese sich auch — so erzählt er selbst — wie Ertrinkende an einen Strohhalm an ihn an. Aber bald ward er mit Harley bekannt, der ihn mit Artigkeiten überhäufte. Mit ihm und St. John trat Swift nun in die engste Verbindung. Am Sonnabend speiste er regelmässig in Harleys Hause, am Sonntag bei St. John. Sie nannten ihn kurz Jonathan. Wie ein freier Verbündeter — eine Fünfzig Pfund Note, welche Harley ihm im Februar 1711 anbot, wies er gekränkt zurück — in voller Unabhängigkeit unterstützte er die Regierung mit seiner Feder. Eine Zeitlang führte er den *Examiner*, eine Zeitschrift, welche zur Rechtfertigung der neuen Politik vor kurzem gegründet war. Da es eine parlamentarische Berichterstattung noch nicht gab und die in den beiden Häusern vorgetragenen Argumente also der Masse unbekannt blieben, so war nur die Publizistik imstande, den Regierenden diesen Dienst zu leisten. Swift griff im *Examiner* die Whigs mit grosser Heftigkeit an. Diese veröffentlichten dagegen einen *Whig Examiner*, dessen bedeutendster Mitarbeiter Addison war. Eine Reihe von weiteren Schriften sind uns aus Swifts Feder

überliefert, in denen er im Laufe der nächsten Jahre für die Politik Oxfords und Bolingbrokes eintrat. Unter den behandelten Gegenständen sind die auswärtigen Beziehungen am wichtigsten. Die Friedensverhandlungen stehen obenan. Schalt man die Minister ob ihrer Treulosigkeit gegen die Verbündeten, so veröffentlichte Swift 1712 seine berühmte Streitschrift über die Haltung der Verbündeten, in der er die Verirrung der früheren englischen Politik darzulegen sucht, die am Ende, wie sein Biograph es ausdrückt, die Nachbarn dafür bezahlte, dass sie ihre eigenen Schlachten schlugen. Er schreibt über den Barriere-Vertrag von 1709, nach dem ein mit der Geographie Europas Unbekannter die Vorstellung gewinnen müsste, als ob die Generalstaaten eine Macht besässen wie das alte Rom, die englische Königin aber jenen kleinen Fürsten gliche, welche die gewaltige Republik nach ihrem Belieben mit Diademen zu beschenken oder abzusetzen pflegte. Kraftvoll und eindringlich ist die Dialektik und keine der vielen Gegenschriften scheint imstande sie zu entkräften. Wie wertvoll diese Stütze für die Minister war, erhellt zur Genüge daraus, dass von der „Haltung der Verbündeten“ nach zwei Monaten bereits nicht weniger als 11000 Exemplare verkauft waren.

Ein anderes Denkmal dieser Zeit, gewiss nicht minder wertvoll als seine Streitschriften, ist Swifts „Tagebuch an Stella“; Briefe an zwei Freundinnen und Tag für Tag berichtend über alle kleinen und grossen Vorfälle seines Lebens. Man braucht nur einen Blick hinein zu thun, um sich zu überzeugen, dass dem Schreiber niemals der Gedanke an eine Veröffentlichung gekommen ist. Wie die Dinge ihm in den Sinn kommen, so fügen sie sich an einander. Und in dem Fortgang dieser Korrespondenz kommen nun auch die Ereignisse des politischen Lebens in der natürlichsten Weise, oft in ihren Beziehungen zum Schreiber, zum Ausdruck. Ernste Betrachtungen über die Geschichte des Tages wechseln ab mit scherzhaften Bemerkungen über die eigene Person. Ohne es sein zu sollen, giebt das Tagebuch an Stella eine zwar nicht unparteiische, aber doch unbefangene Geschichte des Ministeriums Oxford-Bolingbroke.

So war in England eine neue Regierung emporgekommen. Sie trat in allen Zweigen der Politik in einen vollkommenen Gegensatz zu dem Programm der gestürzten Whigs. Die Kirchenpolitik, welche diese zu Gunsten der in ihren Reihen zahlreich vertretenen Dissenter eingeschlagen hatten, ward aufgegeben. Gegen die Dissenter, welche zwar den Testeid leisteten, aber in ihren Kapellen den von der anglikanischen Kirche abweichenden Gottesdienst abhielten, richtete sich die Bill über die gelegentliche Konformität. Dieselbe war

bereits im Jahre 1703 von einem torystischen Unterhause angenommen worden, aber die Lords hatten sich [wider]setzt. Jetzt wurde die Sache wieder aufgenommen. Im Oberhause war die Mehrheit zwar noch whiggistisch. Aber diese Whigs wählten jetzt ein Verhalten, welches in einer späteren Zeit, als sie wiederum die herrschende Partei geworden waren, noch beobachtet worden ist. Sie wollten in der kirchlichen Frage ihre freisinnigen Tendenzen unterdrücken; ihre Freunde, die Dissenter, liessen sie fallen. Aber dafür beharrten sie um so fester auf ihren übrigen politischen Grundsätzen, namentlich in der auswärtigen Politik. Hier auch hat sich ihnen schon Graf Nottingham, sonst ein strenger Tory, angeschlossen, derselbe, dem wir auf den gleichen Wegen unter der Regierung Georgs I. begegnen werden.

Nicht nur die kirchliche, sondern die gesamte innere Politik trat in diesen Jahren hinter den auswärtigen Angelegenheiten zurück. Diese nahmen unter den Händen Oxfords und Bolingbrokes eine völlig veränderte Gestalt an: der Utrechter Friede war ihr Werk.

Verhandlungen waren im Laufe des Krieges wiederholt mit Ludwig XIV. geführt worden. Noch als der Systemwechsel in England sich bereits vollzog, hatten die Verbündeten in Gertruydenberg mit den Gesandten des französischen Königs die Bedingungen eines möglichen Friedensschlusses festzusetzen gesucht, aber eben diese Konferenzen hatten recht anschaulich gezeigt, wie weit man vom Frieden noch entfernt war. Die Verbündeten beharrten noch durchaus auf dem erweiterten Programme der Haager Allianz. Ludwig kam ihnen freilich weit entgegen. Aber die Gertruydenberger Verhandlungen mussten an der Forderung scheitern, er solle mehr thun als nur Subsiden für den Kampf gegen seinen Enkel Philipp V. zahlen, er solle die eigenen Truppen gegen seinen Enkel marschieren lassen.

Wie anders fassten die Männer der neuen Regierung den Zweck des Krieges auf. Soll man den Kampf in's Unendliche verlängern, um dem Habsburger, für den man schon mehr als genug gethan hat, nun auch noch Spanien zu erobern? Die neue Voraussetzung, mit welcher sie die Sache angriffen, war, dass Philipp V. im Besitze seiner Herrschaft auf der Pyrenäen-Halbinsel bleiben solle. Und wieviel glücklicher noch schien diese Lösung seit dem wichtigen Ereignisse des Jahres 1711. Kaiser Josef I. starb in jungen Jahren — er war erst ein Dreissiger — an den Blattern und ihm folgte, da er männliche Nachkommenschaft nicht hinterliess, sein Bruder Karl sowohl in den österreichischen Erblanden wie als Kaiser.

Er war es, der sich auch Karl III. von Spanien nannte. Ungern nur verliess er seine treuen Katalanen, seine Gemahlin liess er in Barcelona zurück, zum Zeichen, dass auch er wiederkommen werde, um sein Königreich zu erobern. Wenn dies wirklich geschah, so war die gefürchtete Monarchie Karls V. neu erstanden. Konnte England es dahin kommen lassen oder sollte es gar noch immer neue Opfer bringen, um diese bedenkliche Lage selbst zu schaffen? Jetzt bewunderte jeder die Weisheit der Minister; nur eine Teilung der spanischen Erbschaft schien noch möglich.

Man kennt jetzt die geheimnisvolle Art, wie die zum Utrechter Kongresse und Friedensschlusse führenden Verhandlungen zwischen England und Frankreich eingeleitet wurden. Ludwig XIV. hatte mit aufmerksamen Blicken die Wandlung der Dinge im britischen Reiche beobachtet. Ein im Geheimen wirkender politischer Agent Frankreichs, Gaultier mit Namen, knüpfte in London mit einigen hochstehenden Personen, darunter mit Harley eine Verbindung an, indem er zwischen ihnen und dem französischen Minister des Auswärtigen Torcy den Vermittler abgab. In tiefster Heimlichkeit wird alles abgemacht, nur die wenigen Eingeweihten — anfangs gehört nicht einmal St. John zu ihnen — wissen davon, in der Korrespondenz zwischen Torcy und Gaultier werden Namen und Dinge durch fingierte Bezeichnungen für Fremde unkenntlich gemacht. Um die Mitte des Jahres 1710 hat das Treiben begonnen, im Januar 1711 ist man so weit gelangt, dass Gaultier nach Paris reisen kann, um den König mit den Absichten der englischen Minister bekannt zu machen. „Wollen Sie den Frieden? Ich bringe ihn mit,“ so führte sich nach Torcys eigener Erzählung Gaultier bei ihm ein. Und es sei nicht anders gewesen, als ob man einen Kranken fragte, ob er gesund werden wolle.

In welcher Form nun England die Verhandlung offiziell aufnehmen und die Verbündeten alsdann in die Sache hereinziehen sollte, war eine Frage von sehr heiklem Charakter. Um ihr Verhalten möglichst unverfänglich erscheinen zu lassen, hätten die englischen Minister gern gesehen, dass Frankreich wiederum in Holland, wie es in den letzten Jahren geschehen, eine Verhandlung anknüpfte, an der die Engländer sich beteiligen könnten. Aber davon wollte der französische Hof nichts wissen, da ihm der Hochmut der Generalstaaten und ihre masslosen Forderungen noch in übler Erinnerung waren. England bot ihm den Frieden, darum wollte er auch zunächst nur mit England verhandeln. So hat man es in der That gehalten. Aber wenigstens das Eine haben die englischen Minister

doch erreicht, dass die Rolle, die sie selbst hierbei gespielt hatten, vollkommen verdunkelt wurde. König Ludwig machte den Engländern Präliminar-Vorschläge als Grundlage für die Arbeiten eines zu berufenden Kongresses. Aber diese Vorschläge waren in Wahrheit nicht in Paris, sondern in London ausgearbeitet worden. Gaultier war mit dem Entwurf derselben nach Frankreich gereist und als französische Erbietungen brachte er sie nach London zurück. Denn so verlangten es die vorsichtigen englischen Minister. Niemand sollte sagen können, dass sie gegen die Bundesgenossen vertragsbrüchig geworden seien. Darum durften sie nicht als die Urheber erscheinen, von Frankreich musste die Anregung ausgegangen sein. Dass sie sich gegen solche Anregung nicht verschlossen, durfte ihnen wohl niemand zum Vorwurf machen. Mit unschuldiger Miene konnten sie nun jene Präliminar-Vorschläge den Verbündeten mitteilen und zur Erörterung stellen. Und ihre Vorsicht war wohl angebracht. Vier Jahre später wurden sie von der Whig-Regierung Georgs I. wegen des Utrechter Friedens angeklagt. Dass aber jene Verhandlungen überhaupt ursprünglich von England ausgegangen waren, ist auch den Anklägern nicht zur Kenntnis gelangt, die schärfste Waffe gegen das abgetretene Tory-Ministerium ist ihnen entgangen.

Wie nun die Unterhändler zwischen England und Frankreich hin- und wiedergingen, konnte es nicht geheim bleiben, was im Werke war. Die beiden Mächte verabredeten die Berufung eines Friedenskongresses. Auch die Verbündeten wurden zur Teilnahme aufgefordert. Denn so entschlossen die englischen Minister waren, das Wesentliche in unmittelbarer Verständigung mit Frankreich festzustellen, so konnten sie sich doch auch den Verpflichtungen der Allianz nicht völlig entziehen. In Holland war viel Widerstand zu überwinden. Aber mancherlei Umstände, nicht zum wenigsten die Rücksicht der Holländer auf den mit England 1709 geschlossenen Barriere-Vertrag, wirkten zusammen, um die Generalstaaten endlich zu gewinnen. Im November 1711 gaben sie ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses.

Um diese Zeit hatte das Tory-Ministerium noch einmal eine schwere Anfechtung zu erleiden, gegen welche es überhaupt nur durch eine ausserordentliche Massregel standzuhalten vermochte. Wider die herrschenden Tories, die den Friedensschluss einzuleiten und selbst die Verbündeten mit sich fortzuziehen im Begriffe standen, erhob sich noch einmal zu schwerem Angriffe die Gegenpartei, welche den Krieg und seine Erfolge als ihr eigenstes Verdienst ansah. Die etwas gewaltsame Art, mit welcher diese

Krisis überwunden wurde, zeigt deutlicher als alles andere, wie schwach gegründet die Herrschaft Oxfords und Bolingbrokes doch eigentlich war.

Am 7/18. Dezember 1711 eröffnete die Königin in Person das Parlament. In ihrer Thronrede verkündete sie, dass trotz der Künste derer, die sich am Kriege vergnügen — und das mochte in erster Linie der Herzog von Marlborough auf sich beziehen — Ort und Zeit für die Friedensverhandlung schon bestimmt seien. Nach den schweren Opfern, die der Krieg an Blut und Geld gekostet habe, wolle sie nun trachten, durch den Frieden Handel und Verkehr zu verbessern und auszudehnen und alle übrigen Vorteile zu gewinnen, die eine wohlgesinnte Fürstin einem pflichtvollen und treuen Volke verschaffen könne.

Als die Thronrede gesprochen war, entfernte sich die Königin, um ihre Prachtkleider abzulegen; dann kehrte sie in's Oberhaus zurück, um incognito der folgenden Verhandlung beizuwohnen. Ihre Gegenwart sollte wohl die Gegner der Regierung einschüchtern, denn die Minister wussten, wie wir aus Swifts Tagebuch erfahren, dass etwas gegen sie im Werke war. Nachdem nun in herkömmlicher Weise die Adresse an die Königin beantragt und begründet worden war, erhob sich Lord Nottingham und sprach gegen den Frieden; ehe er demselben zustimme, wolle er sein halbes Einkommen für den Krieg hergeben. Er beantragte, der Adresse eine Klausel hinzuzufügen, welche besagte, dass kein Friede sicher und ehrenvoll sei, der Spanien und Westindien einem Zweige des Hauses Bourbon zum Eigentum gebe. Um so grösseren Eindruck musste dieser Antrag machen, da Nottingham von Haus aus ein Tory war, der aber nun in der Behandlung der auswärtigen Fragen sich den Whigs angeschlossen hatte. Dafür hatten diese, wie wir schon wissen, die Grundsätze seiner Kirchenpolitik auch ihrerseits ergriffen; einige Tage später nahm das whiggistische Oberhaus auf Nottinghams Antrag die Bill über die gelegentliche Konformität an.

Ein Mann, der seine Stellung gewechselt hat, wird nicht leicht auf der Seite, die er verlassen, gerechte Würdigung finden. Nottingham hat in jenem Tagen viel Hohn und Verunglimpfung von Seiten seiner früheren Parteigenossen, der Tories, zu erdulden gehabt; Swift geisselte sein Verhalten in einigen witzigen Versen. In Wahrheit liegt eine gewisse staatsmännische Grösse in Nottinghams Verhalten. In der auswärtigen Politik den Whigs folgend, in der inneren seinen torystischen Überlieferungen im ganzen treu, ist er es gewesen, der unter dem Tory-Ministerium der Königin Anna den Weg gefunden

hat, auf dem unter Georg I. die Whig-Partei ihre lange Herrschaftsperiode antrat.

Über Nottinghams Antrag, der Adresse an die Königin jene Klausel von der Verfügung über Spanien anzuhängen, erhob sich im Oberhause eine schwere Debatte. Den Tories war die Sache offenbar doppelt peinlich um der Anwesenheit der Königin willen. Sie suchten die Erörterung zu unterdrücken, indem sie erklärten, sie sei wider die Ordnung des Hauses; oder sie meinten Nottinghams Antrag zu Falle zu bringen durch den Hinweis auf die Prärogative der Krone, der allein das Recht über Krieg und Frieden zustehe. Die Whigs aber erklärten dagegen, dem Parlamente stehe es zu, der Krone mit Ratschlägen an die Hand zu gehen, und keine Prärogative sei darüber erhoben. Die grossen Whiglords, Wharton und Sunderland, Cowper und Halifax unterstützten Nottinghams Antrag. Am tiefsten war aber die ministerielle Partei betroffen, als sich auch der glorreiche Sieger von Höchstädt und Ramillies erhob, zunächst um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, dass er den Krieg in die Länge zu ziehen gesucht habe. Er berief sich dabei auf die anwesende Königin, gegen die er sich verbeugte, ob er ihr nicht alle ihm zugegangenen Friedensanträge mitgeteilt habe. Er besitze auch Reichtümer und Ehren genug, dass er um dieser willen die Fortdauer des Krieges nicht zu wünschen brauche. Aber dann meinte auch er, eine Friedensverhandlung auf Grund der mit Frankreich abgeschlossenen Präliminarien könne er nicht billigen. Als man endlich zur Abstimmung schritt, ergab sich für Nottinghams Antrag eine Mehrheit von 62 gegen 54 Stimmen.

Da an diesem Tage die Lords nur als Ausschuss des Oberhauses beraten hatten, so hofften die Tories noch auf ein besseres Ergebnis für die Hauptsitzung des nächsten Tages. Ein von der Hofpartei versuchtes Manöver, um die Klausel noch einmal von der beantragten Adresse zu trennen und wenigstens die Debatte des vorhergehenden Tages nun, da sie sich stärker glaubte, zu erneuen, misslang; mit einer Mehrheit von fast Zwei gegen Eins hatten die Whigs den Sieg.

Die öffentliche Lage war mit einem Schlage verändert. Die Whigs nahmen eine siegesgewisse Miene an und jedermann glaubte an den nahen Sturz des Ministeriums. „Soweit ich urteilen kann, ist das Spiel verloren,“ schrieb Swift. Wie es in solchen Lagen zu gehen pflegt, so wollte auf der Seite der unterlegenen Partei niemand die Schuld auf sich nehmen. Der leitende Minister hatte es in der That an sich fehlen lassen, war während der Debatte, als er sie

nicht mehr zu verhindern vermochte, kaum noch hervorgetreten. In gefahrvollen Augenblicken nach schneller Sammlung kraftvoll aufzutreten, war nicht Oxfords Sache. Er konnte dann, während alles auf ihn blickte, ruhig zusehen, dass seine Sache verloren ging, gleich als ob er gar nicht anwesend wäre. Seinen Freunden gegenüber erklärte er, er könne nichts dafür, wenn die Leute lügen und meineidig seien. Und er liess wohl bedeutungsvoll das Wort fallen, die Herzen der Könige sind unerforschlich. In der That bildete sich unter den Ministern die Meinung aus, dass die Königin ein falsches Spiel getrieben habe. Die ganze Scene im Oberhause sei zwischen ihr und den Whigs verabredet gewesen. Als sie das Haus verliess, so wusste die Masham zu erzählen, wollte sich die Königin von keinem ihrer ersten Kammerherren hinausführen lassen. Sie reichte ihre Hand dem Herzoge von Somerset, der sich soeben in der Debatte am lautesten für die Klausel gegen den Frieden hatte vernehmen lassen. Die Königin ist falsch, sagten jetzt die Minister, sie glaubten sich von ihr verraten. Ja, es hatte fast den Anschein, als ob wieder wie im Vorjahre ein Systemwechsel erfolgen und auch eine Dame der Königin wieder die gleiche entscheidende Rolle dabei spielen werde, wie im Jahre 1710. Wie vorher die Marlborough von der Masham besiegt worden war, so fürchtete diese jetzt selbst, von der Herzogin von Somerset verdrängt zu werden. Ehe die Königin diese von sich lasse, hiess es, werde sie wohl das Parlament auflösen und ein whiggistisches zu erhalten suchen. Die Whigs hofften jetzt wirklich, nächstens wieder an's Ruder zu kommen. Lord Somerset sollte an Oxfords Stelle Grossschatzmeister werden, Robert Walpole Staatssekretär. Und welches Schicksal hatten dann die gegenwärtigen Minister zu erwarten, wie würde ihnen die Einleitung der Friedensverhandlungen vergolten werden? Halb im Scherz sagte Swift, der treue Helfer des Kabinetts, zu Oxford, er habe den Vorteil vor ihm voraus, dass er wohl nur gehängt werde und sein Körper unversehrt ins Grab gelange; der erste Minister dagegen werde den Kopf verlieren.

In Wahrheit hatten die Minister in jenen Tagen doch keinen Augenblick die Hoffnung verloren, sich behaupten zu können. Fürchten Sie sich nicht, in meiner Gesellschaft gesehen zu werden? sagte Oxford zu Swift, aber dann sprach er wieder, wie wenn sich bald alles zum Guten wenden werde. Es war eine höchst ungewöhnliche Massregel, durch welche dieses nun wirklich erreicht wurde. Am 28. Dezember 1711 verkündete die „London Gazette“ die Ernennung von zwei, am 31. Dezember von weiteren zehn neuen

Peers. Es waren sämtlich Parteigänger der Tories — unter ihnen der Gemahl der Lady Masham — und ihre Zahl genügte, um dem Kabinette die Mehrheit im Oberhause zu sichern. Gegen das Recht der Königin, auch einer grösseren Anzahl von Männern auf einmal die Peerswürde zu erteilen, liess sich nichts einwenden. Selbst Bischof Burnet, ein Gegner der Tories, gesteht dies in seiner Geschichte rückhaltlos zu. Aber auf der anderen Seite konnten sich auch die Anhänger des Ministeriums das Bedenkliche der Massregel nicht verhehlen. Immerhin war ihre Freude gross. Bei Hofe nahm die Herzogin von Shrewsbury, eine geistreiche Italienerin, Swift beiseite, sie drückten einander ihre Genugthuung über den jüngsten Umschwung aus und bedauerten nur, dass nicht auch Herzog und Herzogin von Somerset zugleich entfernt worden seien. Am 2./13. Januar 1712 fand die Einführung der neuen Lord in's Oberhaus statt und sogleich bot sich eine Gelegenheit, die Wirksamkeit der Massregel zu erproben. Über den Inhalt einer königlichen Botschaft entspann sich eine hitzige Debatte; zuletzt ergab sich nur durch die neu hinzugekommenen Stimmen eine dem Hofe günstige Mehrheit. Nun hatten die Minister gewonnenes Spiel. Übermütig bemerkte St. John, wenn diese Zwölf nicht genügten, so hätten wir ein weiteres Dutzend hinzugefügt.

Noch ein schwerer Streich ward von den herrschenden Tories vollführt, durch welchen der Opposition der Gegner mit ihren kriegerischen Tendenzen erst recht die Spitze abgebrochen wurde. Zugleich mit der Aufzählung der neuen Peers brachte die Gazette vom 31. Dezember 1711 die Meldung, dass der Herzog von Marlborough aller seiner Ämter enthoben sei. Der Feldherr hatte, als die Session des Parlaments unter günstigen Aussichten für die Whigs herannahte, sich wieder völlig an diese angeschlossen und sich im selben Masse die Minister entfremdet. Wie hätten diese es ihm verzeihen können, dass er in Gegenwart der Königin ihre Friedenspolitik so offen angefochten hatte. Nach jener Oberhaus-Sitzung hatte Swift sich im Scherz des Schatzmeisters Stab geben lassen und bemerkte, wenn er ihn nur eine Woche behalten dürfte, so wollte er schon alles wieder gut machen. Wie das? fragte Oxford. Ich würde, antwortete Swift, Lord Marlborough, seine beiden Töchter, den Herzog und die Herzogin von Somerset und Lord Cholmondeley (Hofschatzmeister der Königin) auf der Stelle aus allen ihren Ämtern entfernen, und ich glaube, Sie haben keinen Freund, der nicht meiner Meinung ist.

Die Minister glaubten seit längerer Zeit, in der That ein Mittel

zu besitzen, um Marlborough vernichten zu können. Um sicher zu gehen, mussten sie aber den grossen General, den ganz England bewunderte, beim Volke verdächtig machen, als ob er mehr auf seinen persönlichen Vorteil als auf das Interesse seines Vaterlandes bedacht gewesen sei. Jetzt, wo es ihn zu stürzen galt, ward ihm vorgeworfen, dass er im Laufe des Krieges grosse Summen bezogen und für sich selbst verwendet habe, die von Rechtswegen dem Staate gehörten. Dagegen war es gewiss nicht grundlos, wenn Marlborough sich damit verteidigte, dass er nicht anders gehandelt habe, als es auch von früheren englischen Befehlshabern in den Niederlanden geschehen sei. Aber das gegen den Herzog angewandte Verfahren war einer jener Akte politischer Verfolgung, bei denen es heute fast von untergeordnetem Interesse ist, die Rechtsfrage noch im einzelnen zu prüfen. Man war froh, einen Grund zu haben, um ihn zu beseitigen, ohne dem Vorwurfe der blinden Parteilidenschaft zu unterliegen. Die Zeitgenossen waren in der That ganz von den Gedanken und Fragen des Augenblickes eingenommen. Ein so feiner Kopf wie Swift täuschte sich freilich nicht über das Bedenkliche einer Entlassung Marlboroughs, so lange man doch des Friedens noch nicht völlig sicher war. Aber dabei denkt er doch nur an den moralischen Eindruck im eigenen Heere wie bei den Franzosen. Der Persönlichkeit des Feldherrn, ja selbst seinen Fähigkeiten gerecht zu werden, ist ihm schon nicht mehr möglich. Nach der Niederlage der Opposition musste eben auch der hervorragendste Mann auf ihrer Seite gestürzt werden, wenn die Minister ihres Sieges froh werden sollten. So ward der Sieger von Höchstädt dem Hasse seiner Gegner zum Opfer gebracht. Die Königin vergass ihre Dankeschuld und beklagte sich in einem eigenhändigen Briefe an den Gefallenen über die Behandlung, die sie von ihm erfahren habe.

Marlboroughs Sturz machte nicht nur in England, sondern in ganz Europa einen gewaltigen Eindruck. Tief betroffen waren die Verbündeten, welche jetzt erkennen mussten, dass auf eine Fortführung des Krieges von seiten Englands unter diesem Ministerium nicht mehr zu rechnen war. Der Kaiserhof war längst in der übelsten Stimmung gegen England, und die Tory-Minister thaten das Ihrige, um dieselbe noch zu verschärfen. Als im Oktober 1711 dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Gallas, in London die Präliminarien mitgeteilt wurden, tadelte derselbe das Verfahren der Engländer mit scharfen Worten. Längst hatte Gallas durch seine höchst feindselige Haltung die Minister gegen sich erbittert. Da gelangten zu seinem Unglück noch durch die Bestechung eines

Botschaftssekretärs die Depeschen, welche er nach Spanien und Wien sandte, zu ihrer Kenntnis. Über die Königin und die Minister hatte er sich darin in wenig schmeichelhafter Weise geäußert. Die Folge war, dass man ihn jetzt am englischen Hofe nicht mehr dulden wollte. Eine Audienz, die er bei der Königin nachsuchte, ward versagt und in aller Form der Hof ihm verboten. Dem kaiserlichen Residenten ward mitgeteilt, dass die Königin jeden Gesandten des Kaisers empfangen werde, nur nicht den Grafen Gallas.

Die Beleidigung des Wiener Hofes, die in einem solchen Verfahren lag, war selbst durch die Fehltritte des Gesandten nicht hinreichend gerechtfertigt. Unter anderen Umständen würde der Kaiser Genugthuung gefordert haben. Aber eben jetzt wollte er es auf einen völligen Bruch, der leicht daraus entstehen konnte und auf den es die englischen Minister fast abgesehen zu haben schienen, doch nicht ankommen lassen. Er gewann es über sich, einen anderen Unterhändler nach London zu senden, nämlich keinen geringeren als den Prinzen Eugen. Man wollte doch versuchen, ob es seinem Ansehen und seiner die Herzen gewinnenden Persönlichkeit nicht gelingen werde, die Engländer noch zur Fortsetzung des Krieges zu bewegen. Auch von der Bewunderung des Volkes für den Helden von Turin versprach man sich einen günstigen Einfluss auf den Hof. So sollte Eugen durch sein persönliches Erscheinen die Regierung an ihre Verpflichtungen mahnen und die Kriegspartei, die Whigs und Marlborough in ihrem Widerstande bestärken.

Die Sendung verfehlte ihren Zweck vollkommen. Mit begreiflichem Unbehagen hatten die englischen Minister dem Besuche des Prinzen entgegengesehen; was möglich und erlaubt war, geschah, um ihn zu verhindern. Sie wiesen darauf hin, dass die nach dem Frieden sich sehrende hauptstädtische Bevölkerung Eugens Anwesenheit, die zur Fortsetzung des Krieges führen könne, übel aufnehmen werde. Es werde vielleicht schwer sein, den Gast vor den Beschimpfungen durch den Pöbel zu schützen. Eugen kam dennoch. Und die angeblichen Befürchtungen der Minister erwiesen sich als völlig unbegründet. Wo der Prinz sich zeigte, drängten sich ungeheure Menschenmassen an seinen Wagen, an seine Person heran, aber niemand krümmte ihm ein Haar. Kaum dass die gewohnten Rufe nach Frieden gehört wurden. Das für militärische Grösse und Tapferkeit sich stets erwärmende englische Volk freute sich herzlich an dem Anblicke des ruhmreichen Feldherrn und begleitete ihn auf den Strassen mit stürmischen Hurrahrufen. Nicht minder bemühte sich die vornehme englische Gesellschaft um den berühmten Gast.

Zahlreich erschienen die Damen, um den Prinzen zu sehen, dessen äussere Erscheinung ihnen allerdings so wenig gefallen konnte wie sie Swift gefiel, der ihn abscheulich gelb und hässlich fand. Aber sein liebenswürdiges Wesen, seine Bescheidenheit, seine ungezwungene Herablassung gewann aller Herzen. Auch die Minister begegneten ihm mit ausgesuchter Artigkeit. Nur die Königin war, als sie Eugen empfing, ziemlich verlegen und kaltsinnig und nahm ihm gegenüber niemals einen anderen Ton an als den der kühnsten Höflichkeit.

Der Prinz hatte selbst niemals an einen Erfolg seiner Londoner Reise geglaubt. Er fand die Lage fast noch ungünstiger als er erwartet hatte. Als er im Januar 1712 nach England kam, war die Stellung der Minister durch den Pairsschub soeben neu befestigt und Marlborough war ein gefallener Mann. Was konnte es nützen, dass Eugen ihm jetzt doppelte Freundschaft erwies, dass er die meiste Zeit seines Aufenthaltes in Marlboroughs Gesellschaft verbrachte? Dem Herzoge wieder zur Macht zu verhelfen, war ihm nicht möglich und die Gegner des Gestürzten richteten jetzt ihre Schmähungen und Verleumdungen auch gegen den Prinzen. Eugen gewährte bald, dass er in mündlichen Verhandlungen mit den Ministern niemals zu einem Ergebnis kommen werde. Oxford wie Bolingbroke bewegten sich nur in allgemeinen Wendungen, der erstere auch nach seiner Gewohnheit den Gegenstand des Gespräches, sobald dasselbe ihm unbequem wurde, oft wechselnd; und wenn er doch einmal etwas zu viel gesagt hatte, so erklärte er wohl später, er habe in seinem mangelhaften Französisch nicht dasjenige ausdrücken können, was er eigentlich gemeint habe. Unter diesen Umständen entschloss sich der Prinz, die Wünsche und Anliegen des Kaisers dem englischen Hof schriftlich mitzuteilen. Nach einander hat er fünf Denkschriften an die britische Regierung gerichtet; aber die daran sich knüpfenden Verhandlungen wurden fast nur zum Scheine geführt. Während Karl VI. mit neuer Energie den Krieg in Spanien aufnehmen und nun auch selbst dazu beisteuern wollte, forderten die englischen Minister ziemlich unverhüllt den Verzicht des Kaisers auf seine spanische Krone. So war eine Verständigung nicht wohl möglich. Und wenn der Prinz gehofft hatte, seinen Freunden, den Whigs durch seine Gegenwart nützen, vielleicht sie wieder an's Ruder bringen zu können, so sah er sich nach zweimonatlicher Anwesenheit auch darin getäuscht. Mit der Überzeugung, dass auf die Hilfe Englands im Kriege nicht weiter zu rechnen sei, reiste Prinz Eugen von London ab, wo ihm sein Aufenthalt nichts als Enttäuschungen gebracht hatte.

Unterdessen hatten in Utrecht die Unterhandlungen begonnen. Im Januar 1712 war der Kongress eröffnet worden. Nicht den weitverzweigten und wechsellvollen diplomatischen Aktionen, die sich am Kongressorte und mehr noch an den Höfen Europas abspielten, können wir an dieser Stelle nachgehen. Nur die Haltung der englischen Politik und die endlich erzielten Erfolge werden wir in aller Kürze anzudeuten haben. Doch wer die Führung Englands auf dem Utrechter Kongresse beobachtet, der hat eben damit schon einen Standpunkt gewonnen, von dem aus das ganze Werk sich am leichtesten überblicken lässt. Denn England, das sich im Laufe des Krieges an die Spitze der Koalition geschwungen hatte, brachte nun auch die Leitung der Friedensarbeit in seine Hände. Und in der That, wenn diese nicht wieder so scheitern sollte, wie es im Haag und in Gertruydenberg geschehen, so musste unter den Verbündeten eine Macht stark genug sein, um die anderen mit sich fortzureissen, in die eigene Bahn zwingen zu können. Auch so gelang das Werk nicht vollständig. England vermochte freilich die Generalstaaten und die kleineren Mächte Preussen, Savoyen, Portugal zum gemeinschaftlichen Friedensschlusse mit Ludwig XIV. zu bewegen. Der Kaiser aber trat im letzten Augenblicke zurück. Er, und mit ihm das Reich, führte den Krieg noch fort, als der Utrechter Kongress seine Arbeit beendet hatte.

Der Gang der Verhandlungen wurde beherrscht durch das voraufgegangene Einverständnis zwischen England und Frankreich. Es kam darauf hinaus, dass die europäischen Nebenlande Spaniens dem Hause Habsburg gehören sollten, Spanien selbst aber dem Bourbon verbleibe. Freilich barg auch diese Auskunft noch eine ernste Gefahr für das europäische Gleichgewicht in sich. Im Laufe eines Jahres starben in Frankreich drei Dauphins, der Sohn, Enkel und Urenkel Ludwigs XIV. Thronfolger war ein schwächliches zweijähriges Kind, Prinz Ludwig, der jüngere Urenkel des Königs. Würde auch dieser vor der Zeit sterben, so war Philipp von Anjou der seit dem Jahre 1700 die spanische Krone trug, der nächste Erbe des französischen Thrones. Wer wollte dann noch die Trennung der beiden bourbonischen Reiche erzwingen? Wir werden später noch erfahren, dass Philipp V. seine Hoffnungen auf die französische Krone selbst nach dem Tode seines Grossvaters noch nicht aufgegeben hat. Zunächst meinten nun aber die englischen Minister diese gefährliche Aussicht versperrern zu können, indem ein Austausch vorgenommen würde. Victor Amadeus von Savoyen nämlich, der ja ebenfalls ein Recht auf Spanien geltend machte, sollte

daselbst König werden, Philipp dafür das zum Königreiche erhobene Savoyen erhalten, mit der Hoffnung, beim Aussterben der französischen Bourbonen dereinst König von Frankreich zu werden und Savoyen damit zu vereinigen. Ein Plan, wie er nur in Zeiten entstehen konnte, wo das Recht der Fürsten alles war. Um den Enkel Ludwigs XIV. nicht leer ausgehen zu lassen, soll eine alte Dynastie aus ihrem Stammlande in ein fremdes Reich verpflanzt werden. Aber der Plan scheiterte. Philipp V. weigerte sich aus Spanien zu weichen, wo ihm das Volk so treu anhing. Lieber verstand er sich dazu, einen Verzicht auf die französische Krone auszusprechen, und auch mit diesem ist es ihm nicht Ernst gewesen.

Die englischen Minister, die ihrer Sache schon sicher zu sein glaubten, waren tief enttäuscht. Aber auch jetzt noch beherrschte England vollkommen die Lage. Es kann kaum ein sprechenderes Zeugnis für seine machtvolle Stellung geben als jene Thronrede, in welcher die Königin am 6./17. Juni 1712 den Lords und Gemeinen die Bedingungen mitteilte, unter welchen sie Frieden zu schliessen denke. Nicht nur was sie für ihre Unterthanen zu gewinnen erwartet, wird genannt, sondern auch die Vorteile aufgezählt, die der Friedensschluss den Verbündeten bringen soll. Und an der Bedeutung dieser Mitteilung wird auch dadurch nichts geändert, dass sie in ihrem Inhalte hinter den Erwartungen zurückblieb, so dass ein Sturz der Kurse an der Börse die unmittelbare Folge war. Genug, die englische Königin durfte vor aller Welt erklären, dass sie neben der Beobachtung der eigenen Interessen ihrer Königreiche bei den Verhandlungen „nichts versäumt habe, um ihren Verbündeten dasjenige zu verschaffen, was ihnen nach den Verträgen zukomme und was ihre Sicherheit erheische“.

Es war in der That nicht anders, als dass die Verbündeten von dem guten Willen der britischen Minister abhängig waren. Nur Kaiser Karl VI. trat mit Forderungen auf, deren Erfüllung längst nicht mehr möglich war. Er begehrte ausser dem ganzen spanischen Erbe noch eine starke Reichsgrenze gegen Frankreich, nicht nur die Rückgabe von Strassburg, sondern selbst der im 16. Jahrhundert verlorenen lothringischen Gebiete. Am liebsten hätte er den Krieg fortgesetzt, bis das Ziel desselben in seinem ganzen Umfange erreicht war. Die Engländer setzten dem ein Verfahren entgegen, welches darin gipfelte, die kleineren Staaten und auch Holland zum Anschlusse an die englisch-französischen Abmachungen zu bewegen, und dadurch zuletzt auch den Kaiser zum Beitritte zu zwingen.

Offiziell hatte England sich bisher noch nicht von der Teilnahme am Kriege zurückgezogen. Im niederländischen Feldzuge von 1712 führte auf englischer Seite der Herzog von Ormond, Marlboroughs Nachfolger, den Oberbefehl; die kaiserlichen Truppen standen unter Eugen. Mitten in die Unternehmungen erging an Ormond aus London der Befehl, sich mit den ihm untergebenen Truppen aller weiteren Feindseligkeiten zu enthalten. Als er sich nun aber von der Armee Eugens trennen wollte, leisteten ihm nur die britischen Nationaltruppen Gehorsam. Die ihm unterstellten deutschen Hilfsvölker, die durch England nur bezahlt wurden — diese machten den grössten Teil von Ormonds Armee aus — weigerten sich, mit ihm den Kampfplatz zu verlassen. Ein Bataillon nach dem andern begab sich aus dem britischen Lager fort und ging zum Prinzen Eugen über. „Nicht wir haben unsere Verbündeten verlassen,“ schrieb damals ein englischer Diplomat, „sondern sie uns.“ Als jetzt Ormond den Waffenstillstand zwischen den englischen und französischen Truppen verkündete, war dadurch die Lage auf dem Kriegsschauplatze kaum verändert. Immerhin war sie nicht günstig für den Kaiser. Die Kriegführung des Prinzen Eugen war wenig glücklich; der ihm untergebene holländische General ward von Villars bei Denain geschlagen. Die Bedeutung dieses Unglücksfalles ist freilich gemeinlich überschätzt worden. Dass fortan die militärische und politische Stellung des Kaisers so viel schwächer war als vorher, ist nur den allgemeinen Umständen, wie sie keineswegs durch das Gefecht bei Denain erst geschaffen wurden, zuzuschreiben. Von England, bald auch von Holland war er verlassen. Die deutschen Hilfsvölker, die zu ihm übergetreten waren, begannen bald unzuverlässig zu werden, da sie ihrer Bezahlung nicht mehr sicher waren, seitdem die englischen Subsidien zurückgehalten wurden und der Kaiser doch nicht in der Lage war, sie zu ersetzen.

Unterdessen rückten die Verhandlungen nur langsam von der Stelle. Der Staatssekretär St. John begab sich in diesem Jahre selbst nach Paris, um im persönlichen Austausch mit Torcy, dem französischen Minister des Auswärtigen, schneller an's Ziel zu gelangen. Die Generalstaaten gingen wieder mit England zusammen. Im Anfange des nächsten Jahres wurden die letzten Unterhandlungen in Utrecht aufgenommen; ein paar Monate später, im April 1713 ward der Utrechter Friede unterzeichnet. England und Holland, sowie auch Preussen, Savoyen und Portugal schlossen mit Ludwig XIV. Frieden; nur nicht Karl VI. Nachdem es einige Zeit den Anschein

gehabt, als ob auch er an dem allgemeinen Friedensschlusse teilnehmen werde, nachdem er Spanien wie Strassburg aufgegeben hatte, trat noch zuletzt Ludwig XIV. mit Forderungen auf, durch welche der Kaiser sich tief verletzt fühlte. Wie eine persönliche Demütigung erschien dasjenige, was er jetzt dem rebellischen und geächteten Bayernfürsten zugestehen sollte. Und wie hätte er es über sich gewinnen können, sich selbst bis zur allgemeinen Anerkennung der Kaiserwahl als Erzherzog bezeichnen zu lassen, während er Philipp V. sofort als rechtmässigen König von Spanien erkennen sollte? So blieben denn seine Gesandten der allgemeinen Unterzeichnung der Friedensinstrumente zu Utrecht fern.

Noch einmal ward die Entscheidung der Waffen angerufen. Der Kaiser und mit ihm das Reich setzten den Krieg gegen Frankreich noch fort. Der Erfolg entsprach den Erwartungen nicht. Eugen stand am Oberrhein einem überlegenen französischen Heere unter Villars gegenüber. Die Franzosen nahmen Landau, dann das tapfer verteidigte Freiburg; nur ihr weiteres Vordringen in das Innere Deutschlands vermochte er durch die Behauptung seiner festen Stellung zu verhindern. Die Ehre des Kaisers hatte diesen Kampf noch gefordert, jetzt war der Ehre genug geschehen. Die Engländer hatten anfangs an den Ernst dieses kriegerischen Schauspiels nicht glauben wollen. Als es dennoch zum Kampfe gekommen war, erklärte Bolingbroke, dass derselbe durch englische Vermittlung beendet werden müsse. Die Neigung zum Frieden trat allerdings auf beiden Seiten bald hervor. Aber von einer Vermittlung Englands wollte man in Wien nichts hören. Die beiden Heerführer Eugen und Villars wurden zur selbständigen Unterhandlung bevollmächtigt. Auf dem markgräflichen Schlosse zu Rastatt trafen sie zusammen. Aus der allgemeinen Lage ergab sich, dass der nun zu schliessende Friede nicht anders als auf der Grundlage der Utrechter Verträge zustande kommen konnte. In einzelnen Punkten gelang es jedoch dem diplomatischen Geschicke des Prinzen von Savoyen, das Ergebnis für seinen Herrn noch etwas günstiger zu gestalten als es in Utrecht zu erlangen gewesen war. Wenigstens gilt dies von den österreichischen Erblanden; das Reich fuhr weniger gut dabei. Aber die Reichspolitik ging völlig im Anschluss an diejenige des Hauses Österreich.

Noch war der allgemeine Friede nicht hergestellt. Es hatte an dem Auftrage des Reiches gefehlt, dass der Kaiser auch als Reichsoberhaupt zu Rastatt abschliessen durfte. So wurden denn neue Verhandlungen durch den Regensburger Reichstag anberaumt, die zu

Baden im Aargau geführt werden sollten. Der Badener Friedensschluss ist aber in der That nur eine genaue Wiederholung des Rastatter Werkes. Die drei Schlüsse von Utrecht, Rastatt und Baden haben also dem spanischen Erbfolgekriege ein Ende gesetzt. Und eigentlich war schon in Utrecht das entscheidende Wort über die zukünftige Gestaltung Europas gesprochen worden. Was hier die Tory-Minister der Königin Anna festgesetzt hatten, das blieb auf Menschenalter hinaus die Grundlage für die politische Gestaltung des Weltteils.

Was die letzten Verfügungen des sterbenden Karl II. hatten verhindern sollen, das war nun doch geschehen: das spanische Erbe war geteilt worden. Der Enkel Ludwigs XIV. wurde von allen Teilen — nur nicht vom Kaiser — als König von Spanien anerkannt. In seinem Besitze blieb aber nur das Hauptland und die amerikanischen Kolonien. Die Nebenlande in Europa musste er dem Hause Habsburg überlassen. So viel war durch das treue Zusammenhalten von König und Volk in Spanien doch endlich erreicht worden, dass die Verdrängung Philipps aus der Halbinsel nicht weiter versucht wurde. Durch einen Vertrag vom 14. März 1713 hatte der Kaiser selbst sich verpflichtet müssen, Katalonien zu räumen. Gleichzeitig hatte man aber auch Vorsorge getroffen, um die Vereinigung der bourbonischen Kronen von Frankreich und Spanien für alle Zeit zu verhindern. Auf der einen Seite hatte Philipp V., auf der andern die dem französischen Throne zunächst stehenden Prinzen, die Herzoge von Berry und Orleans, Erklärungen abgegeben, durch welche sie wechselseitig auf den Thron von Frankreich und Spanien Verzicht leisteten. Im Herzen hat König Philipp gleichwohl die Hoffnung nicht aufgegeben, eines Tages von Paris aus über die beiden bourbonischen Reiche zu herrschen.

Mit seinem Gegner Karl VI. hat er sich weder in Utrecht, noch in Rastatt oder Baden versöhnt; ein allgemeiner Friedenszustand hat noch jahrelang nicht hergestellt werden können. Karl wollte nicht aufhören, sich als den allein rechtmässigen spanischen König zu betrachten; keinem andern als ihm gebühre das Prädikat der „Katholischen Majestät“; Philipp war für ihn lediglich der ‚Herzog von Anjou‘. Eine Anzahl spanische Granden hatte ihr Vaterland verlassen und wollte erst mit dem habsburgischen Könige zurückkehren. Sie bildeten den spanischen Hof Karls VI. und thaten das Ihrige, damit die Absichten auf Spanien am Wiener Hofe nicht in Vergessenheit gerieten.

War es ihm auch nicht vergönnt, in Madrid zu thronen, so

hatte Karl VI. dennoch reichen Gewinn aus dem siegreichen Kriege davongetragen. Die Herrschaft des Hauses Habsburg war in Italien fest gegründet; Mailand und Neapel kamen in seinen Besitz. Sizilien wurde freilich dem Herzoge von Savoyen gegeben, der auf diesen Landerwerb seine neue Königswürde begründete. Aber dafür gab der Rastatter Friede dem Kaiser wenigstens Sardinien, das zu Utrecht, selbst mit Karls Zustimmung, schon dem bayrischen Kurfürsten zugesprochen worden war. Wenn diese Mittelmeerländer dem Hause Österreich dauernd erhalten bleiben sollten, so war neben seinen festländischen Streitmitteln auch die Entwicklung einer österreichischen Seemacht früher oder später unausbleiblich. So lange dies nicht eintrat, war der Kaiser für die Behauptung seiner süditalienischen Besitzungen auf die Hilfe anderer Mächte angewiesen, die zur See stärker als er aufzutreten vermochten. Der erste spanische Angriff auf Neapel, wenige Jahre nach dem Utrechter Frieden, ward abgeschlagen, weil die britische Flotte die Österreicher unterstützte. Im polnischen Thronfolgekriege, als England sich vom Kampfe fernhielt, ist Neapel von den Spaniern erobert worden. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, dass Süditalien dem Hause Habsburg in letzter Linie durch den Mangel einer eigenen Kriegsflotte verloren gegangen ist.

Ausser den Erwerbungen in Italien erhielt der Kaiser durch den spanischen Erbfolgekrieg auch Belgien. Ungern ward es genommen, der Besitz schien mehr eine Last als ein Gewinn. Die Staaten hatten damals schon das Bestreben, ihr Gebiet möglichst zusammenzuschliessen; auf die Erwerbung ferner Aussenposten ward geringer Wert gelegt. Wie viel lieber hätte der Kaiser darum Bayern genommen und die Niederlande zu Gunsten Max Emanuels aufgegeben. Aber dieses Tauschprojekt war damals ebensowenig ausführbar wie später. Gerade die Österreicher in Belgien zu sehen war den Engländern erwünscht, denn also musste jeder Vorstoss Frankreichs nach Norden hin auf den Widerstand der österreichischen Militärmacht treffen. Auch die Generalstaaten fanden sich gern in diese Lösung, denn ihnen sollte wieder wie in früheren Zeiten eine Barriere zu teil werden. Nicht eher brauchten sie das von ihnen besetzte Land dem Kaiser einzuräumen, bis er in einem neuen Barriere-Vertrage ihre Ansprüche befriedigt hatte.

Rechnet man zu diesen Erwerbungen die Ausdehnung der kaiserlichen Macht über den grössten Teil Ungarns, wo jetzt die Insurrektion zum Schweigen gebracht war, so findet man, dass Karl VI. auch ohne Spanien, eine wahrhaft europäische Stellung inne hatte.

Was der Kaiser durch den Krieg gewonnen hatte, kam aber lediglich seiner Hausmacht zu gute. In Deutschland wurde durch den Krieg nichts geändert. Die beiden geächteten Kurfürsten von Bayern und Köln erhielten ihre Länder zurück. Preussen, dessen Teilnahme durch die Vorzüglichkeit seiner Truppen den Verbündeten so wertvoll gewesen war, erhielt eine geringe Vergrößerung, Neuenburg und einen Teil von Obergeldern. Seine Leistungen im Kriege waren damit nicht bezahlt. Das Reich ging völlig leer aus. Noch in den Verhandlungen von 1709 und 1710 war die Wiederherstellung der Westgrenze auf den Stand des westfälischen Friedens, vor allem die Rückgabe Strassburgs in Aussicht genommen. Und nicht an dieser Forderung sind die Gertruydenberger Verhandlungen gescheitert; Ludwig XIV. war bereit, sie zu bewilligen. Doch als der Utrechter Kongress zusammentrat, war die Lage so sehr zu seinen Gunsten verändert, dass er in der Instruktion für seine Bevollmächtigten die Erwerbung aussprechen konnte, auch England werde solche Forderungen wie leere Hirngespinnste behandeln. So ward für die Stellung Deutschlands gegen Frankreich nicht der Stand des westfälischen, sondern derjenige des Ryswycker Friedens zum Massstab genommen. Die Hoffnung der deutschen Patrioten, das Vaterland gegen Frankreich hin stark zu sehen, schien für immer gescheitert.

Ludwig XIV. hatte es durch seine meisterhafte Diplomatie in der That verstanden, seinem französischen Staate auch nach den furchtbaren Opfern und schweren Unglücksfällen dieses Krieges im Frieden noch eine machtvolle Stellung zu sichern. Die Absicht, mit welcher der Kampf aufgenommen worden, war freilich nicht vollständig, aber doch in der Hauptsache erreicht: Philipp von Anjou war König von Spanien. Und wer wollte sagen, wie lange jene Verzichtleistungen in Kraft bleiben, ob nicht doch einmal die Vereinigung der beiden bourbonischen Reiche erfolgen würde? Die französischen Heere waren geschlagen, aber das Staatsgebiet Frankreichs blieb, von geringen Abtretungen auf der Seite Belgiens abgesehen, unangetastet. Die Grenzen waren so stark wie vorher. Nicht nur Strassburg blieb erhalten, auch das schon verlorene Lille ward zurückgewonnen. Jenseits des Oceans musste Frankreich Gebiete an England abtreten und erfuhr eine Schwächung seiner Stellung: in Europa vermochte es eine starke, ja fast drohende Macht zu bewahren. Und auch damals schon bewies das französische Volk jene wunderbare Spannkraft, mit der es in unseren Tagen die Schäden und Verluste eines unglücklichen Krieges in kurzem Zeitraum wieder gut gemacht hat. Der Staat Ludwigs XIV. ward durch

die Niederlagen des spanischen Erbfolgekrieges tief erschüttert; es ward ihm unmöglich gemacht, jene Höhe zu erklimmen, von der aus er ganz Europa in Schatten zu stellen vermochte. Aber auch so blieb Frankreich noch die erste Macht auf dem Festlande. Auf den Gedanken des Oraniers, dass man Koalitionen bilden müsse, um der Macht Frankreichs — nun konnte man in weiterem Sinne sagen: der Macht des Hauses Bourbon — die Wage zu halten, ist auch das 18. Jahrhundert noch wiederholt zurückgekommen.

Was Wilhelm III. mit diesem Kriege bezweckt hatte, ist also nur unvollkommen erreicht worden. Immerhin waren die Vorteile, welche England im Utrechter Frieden zufielen, noch ansehnlich genug; die Tories verstanden es im ganzen recht wohl, in den Fussstapfen der Whigs zu wandeln. Sie konnten wohl im Augenblicke nicht ohne Grund sagen, dass der am meisten genannte Zweck des Krieges, nämlich die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, erreicht sei. Die Kronen Frankreich und Spanien blieben getrennt. Wie günstig war für England die österreichische Herrschaft in den bisher spanischen Niederlanden, die holländische Barriere, die Stärkung Savoyens. Und mehr noch mussten jene besonderen Vorteile ins Gewicht fallen, welche dem britischen Staatswesen unmittelbar zu gute kamen. Die kommerziellen Interessen schienen durch vorteilhafte Handelsverträge mit Holland, Frankreich und Spanien ausreichend gesichert. Man wollte behaupten, dass der Handel Englands mit Spanien und seinen amerikanischen Kolonien unter Philipp V. nunmehr ebenso nutzbringend betrieben werden könne, wie ehemals unter Karl II. Dazu kam der unzweifelhafte Gewinn des sogenannten „Assiento-Vertrages“. Bisher hatte eine französische Gesellschaft das ausschliessliche Recht besessen, die spanisch-amerikanischen Kolonien mit ihrem Bedarfe von Negersklaven zu versorgen. In der Sache fand jene Zeit noch nichts Anstössiges. Die unglücklichen Afrikaner waren ein gangbarer Handelsartikel wie irgend ein anderer. Die Franzosen mussten jetzt auf dieses Recht zu Gunsten der Engländer verzichten. Es ward für 30 Jahre von einer englischen Gesellschaft erworben; andere Vorteile, überhaupt ein bedeutender Einfluss Englands in jenen südamerikanischen Reichen ging damit Hand in Hand. Dazu ward die eigene Machtstellung der Engländer in Amerika nicht unwesentlich erhöht durch einige Abtretungen, welche ihnen Frankreich in der Gegend von Kanada zu machen gezwungen wurde. Denn auch in jenen fernen Gebieten hatten die Unterthanen der Königin Anna denen Ludwigs XIV. in Waffen gegenüber gestanden; durch die Teilnahme der Indianerstämme

hatte der Krieg dort einen besonders wilden Charakter erhalten. Jetzt trat Frankreich an England die Hudsonsbai-Länder, Neu-Schottland und Neu-Fundland ab. Das eigentliche Kanada, das Gebiet des Lorenzstromes blieb noch ein halbes Jahrhundert unter französischer Hoheit.

Spanien musste den Engländern die Felsenfestung Gibraltar, deren Wert die lange, vergebliche Belagerung gezeigt hatte, abtreten und ausserdem die Insel Minorca mit dem festen Port Mahon, das der General Stanhope im Jahre 1708 erobert hatte. Die Besitznahme war sofort im Namen der Königin Anna, nicht Karls III. erfolgt. Für die Entwicklung der britischen See- und Handelsmacht war die Erwerbung dieser beiden Stationen im Mittelmeere von hoher Bedeutung. Gibraltar ward zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht; und in dem geräumigen Hafen von Port Mahon konnte das britische Mittelmeergeschwader jederzeit vor einer überlegenen feindlichen Flottenmacht Schutz finden. Noch wichtiger als diese Erwerbungen schien es für die englische Seemacht werden zu sollen, dass Ludwig XIV. sich im Friedensschlusse verpflichten musste die Festungswerke von Dünkirchen schleifen, den Hafen verschütten zu lassen. Man glaubte in England, dass kein anderer Punkt der Nordküste Frankreichs für Angriffsoperationen der französischen Flotte gegen England gleich günstig gelegen sei und darum die Beseitigung dieser Gefahr ein erheblicher Vorteil. Mit der Bekanntmachung des Waffenstillstandes hatte im Jahre 1712 Ormond warten müssen, bis er die Nachricht erhielt, dass die englischen Mannschaften, welche die Zerstörungsarbeiten übernehmen sollten, in Dünkirchen eingetroffen seien.

Im vierten Artikel des englisch-französischen Vertrages erkannte Ludwig XIV. die in England, wie wir noch erfahren werden, durch Reichssatzung im Jahre 1701 aufgerichtete Thronfolge feierlich an. Ausdrücklich erklärte er, niemals einen andern König oder Königin von Grossbritannien anzuerkennen als die gegenwärtige Herrscherin oder nach ihrem kinderlosen Ableben die Kurfürstin Sophie und ihre Erben in der protestantischen Linie Hannover. Er versprach, niemals einen Anschlag gegen die statutarische Thronfolge zu machen oder zu unterstützen und dem Prätendenten den Aufenthalt in Frankreich nicht ferner zu gestatten. Das alles war weit mehr als Ludwig im Ryswycker Frieden zugestanden hatte. Damals hatte er eben nur Wilhelm III. persönlich anerkannt und sich verpflichtet, keinerlei Bestrebungen zu unterstützen, die gegen seinen Thron gerichtet sein würden. Jetzt hatte man sich mit einer derartigen Zusage in England nicht mehr zufrieden gegeben.

Die Scene am Totenbette Jacobs II. war unvergessen; als die geringste Sühne dafür musste der französische König die britische Successionsakte förmlich anerkennen. Und dieselbe Anerkennung sprach auch Philipp V. von Spanien aus.

Wie weit es übrigens den englischen Ministern mit der hannövrischen Thronfolge und ihrer Durchführung wirklich Ernst war, ist freilich eine Frage, auf welche die Antwort nicht im Wortlaute der Utrechter Verträge zu suchen ist. Denn zunächst mussten sie, willig oder unwillig, den Wünschen der Mehrheit des Volks Rechnung tragen. Diese Mehrheit aber verabscheute das katholische Haus Stuart. So durfte die Regierung sich nicht weniger eifrig für die protestantische Succession zeigen als das Volk. Darum musste Ludwig XIV. im Friedensschlusse den Prätendenten verleugnen, dem er 1707 die Mittel zu seiner Königsfahrt nach Schottland gereicht hatte. Und nicht anders ist es zu verstehen, wenn in dem englisch-holländischen Barriere-Vertrag von 1713 durch welchen England den Generalstaaten für die Zukunft ihr Barriere-Recht gewährleistete, auch diese dafür eine Garantie der protestantischen Thronfolge übernahmen.

Die Geschichte hat über den Utrechter Frieden noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auf lange hatten die Redner und Schriftsteller der 1714 zur Herrschaft gekommenen Whigpartei die Auffassung bestimmt: eine harte und unbedingte Verurteilung. Den ehemaligen Ministern, die ihn geschlossen hatten, wurde der Prozess gemacht. Mitten auf dem Wege zu den höchsten Erfolgen — so sagten die Whigs — habe man innegehalten. Statt Frankreich völlig niederzuwerfen, richtet man das gedemütigte empor, giebt ihm die Macht zurück, mit der es wiederum Europa in Schrecken zu setzen vermag; die Früchte des Sieges entsprechen nicht den beispiellosen Erfolgen. Und wie schwarz erscheint in dieser Darstellungsweise die Treulosigkeit Englands gegen seine Verbündeten. Man hat den Habsburger nach Spanien geführt, um ihn zum Könige über das ungeheure Erbe Karls II. zu machen. Und nun wird er gezwungen, sich mit den italienischen Gebieten und dem zweifelhaften Gewinne Belgiens zu begnügen.

Aber auch zu Gunsten des Friedensschlusses liessen sich gewichtige Gründe vorbringen. Nicht nur in den Schriften Bolingbrokes sind sie zu suchen; auch in der historischen Litteratur haben sie stets Beachtung gefunden. Noch in neuester Zeit hat ein gründlicher Kenner des 18. Jahrhunderts¹⁾ mit nicht weniger Wärme die Handlungsweise

¹⁾ v. Noorden in seinem Aufsätze „Lord Bolingbroke“ (Historisches Taschen-

der Tory-Minister verteidigt, als dies nur ein Schriftsteller des Tages wie Swift thun konnte, in dessen Worten die Erregung des Parteistreites sich noch widerspiegelt. Die Vertreibung Philipps V. aus Spanien war nicht möglich ohne neue ungeheure Opfer an Geld und Menschenleben. Das Ende des Krieges, nach welchem das englische Volk so sehnlich verlangte, wäre in weite Ferne gerückt worden. Der Erzherzog Karl war Kaiser geworden. Sollte man wieder Spanien mit dem Reiche verbinden und eine Macht aufrichten, welche dem Gleichgewichte Europas gefährlicher werden konnte als die Macht Ludwigs XIV., welche man brechen wollte? Den Verbündeten meinte man einen vorteilhaften und ehrenvollen Frieden zu bieten, dem Kaiser nützliche Erwerbungen, den Generalstaaten die Barriere. Und hat nicht England für die Grösse seines Handels gefochten? Sie ist gesichert. Ja, man hat feste Stützpunkte für die englische Schifffahrt im Mittelmeere — Gibraltar und Minorka — gewonnen, und in Westindien neuen Kolonialbesitz.

Aber nicht nach diesen Gesichtspunkten allein darf das Friedenswerk von 1713 beurteilt, auch nicht lediglich nach allgemeinen Sätzen gebilligt oder verworfen werden. Dass die Diplomatie Englands den Kampfgenossen übel mitgespielt hat, unterliegt keinem Zweifel. Die Vorwürfe, welche von seiten der Österreicher gegen den abtrünnigen Verbündeten geschleudert wurden, haben ihre volle Berechtigung. Und doch treffen diese Vorwürfe mehr noch die verlogene und unehrliche Diplomatie des 18. Jahrhunderts im allgemeinen, als gerade die englische, welche in diesem Falle nur wenig schroffer und rücksichtsloser zu Werke ging, als es sonst wohl auch andere Staaten gethan haben. Wer die Bedeutung des Utrechter Friedens für die englische Geschichte würdigen will, muss weiter hinausschauen. Nicht allein die Lage in den Jahren 1712 und 1713 darf das Urteil bestimmen: noch wertvoller ist der Massstab, welcher in der Geschichte Englands in den folgenden Zeiten zu finden ist. Man hat zu fragen, wie denn die Abmachungen dieses Friedens gewirkt, welche Früchte sie für England getragen haben.

So müssen sich aus unserer folgenden Geschichtserzählung für die Beurteilung des Utrechter Friedens manche Gesichtspunkte ergeben; auf einzelne mag schon an dieser Stelle hingewiesen werden. Die ungeheure Machtfülle, wie England sie besass, als es sich auf der Höhe seiner kriegerischen Erfolge befand, hat es durch den

Friedensschluss eingebüsst. An der Spitze einer Koalition, welche halb Europa umfasste, hatte es die entscheidende Stimme unter den Völkern geführt. Nach dem Friedensschlusse stand es allein, ohne sichere Bundesgenossenschaft. In der auswärtigen Politik ward es abhängig von Frankreich, das noch mit Ehren und mit gebietender Machtfülle aus dem Kriege hervorgegangen war. Die innere englische Politik ist von Widersprüchen erfüllt; am schlimmsten derjenige zwischen der Thronfolgeakte und den stuartischen Neigungen der Minister. Die Anlehnung an Frankreich scheint zur Politik des Vertrages von Dover, zur Erhebung des Prätendenten auf den Thron von Grossbritannien führen zu müssen. Georg I. wird zwar König, aber der Zustand Englands bleibt gefahrvoll. In der Hoffnung auf französische Hilfe wagen die Jacobiten einen Aufstand. Georg schlägt ihn nieder, sein treues Volk steht ihm zur Seite, die Krone sitzt fest auf seinem Haupte. Und nun erst gelingt es die alten Verbündeten wieder an sich zu ziehen. Neue Bedingungen für die Politik Europas werden gefunden; selbst Frankreich wird Englands Bundesgenosse, und was mehr bedeutet, dieses Mal wird es abhängig von der Politik des Inselreiches. Jetzt erst, drei Jahre nach dem Utrechter Frieden, hat dieses seine verlorene Stellung unter den Mächten Europas zurückgewonnen. Jetzt erst sind die Fehler des Friedensschlusses gut gemacht. Jene Grösse aber, die dem britischen Staate in den Tagen von Ramillies und Malplaquet zu winken schien, — sie ist ihm auch jetzt nicht geworden.

Auch noch in anderer Hinsicht wurden die Erwartungen schwer getäuscht, welche man in England an die Utrechter Verträge geknüpft hatte. Handelspolitische Fragen waren es doch wesentlich, welche Englands Teilnahme an dem Kampfe um die spanische Erbschaft hervorgerufen hatten. Die Kaufleute der City wollten sich die reichen Gewinne nicht verkümmern lassen, die ihnen der Handel mit Spanien und seinen amerikanischen Kolonien zu bringen pflegte. Dem bourbonischen Bewerber stellen die Seemächte einen habsburgischen entgegen. Unter ihm hofft England den spanischen Handel von sich abhängig zu erhalten, so wie er es vor dem Erbfall von 1700 gewesen ist. Karl III. bewilligt in der That fast alles, was man von ihm verlangt. Doch er muss seinem Nebenbuhler weichen; das Tory-Ministerium verzichtet auf die Verdrängung Philipps aus Spanien. Was aber wird aus dem Handel? Unsere Erzählung wird zu zeigen haben, wie nach den Abmachungen von 1713 die kommerziellen Interessen Englands in Spanien und im spanischen Amerika fortgesetzt geschädigt wurden. Gerade auf

buch, 6. F. 1.). Auch in seinem grossen Werke finden sich schon Andeutungen in diesem Sinne.

diesem wichtigen Gebiete erwies sich die Rechnung, welche die Minister der Königin Anna auf den Utrechter Frieden gestellt haben, als vollständig irrig. Selbst die neuen Verträge, welche 1715 und 1716 zu Gunsten des spanischen und amerikanischen Handels geschlossen wurden, blieben zunächst wirkungslos. Einige Jahre hindurch blieb es bei einem für die Engländer fast unerträglichen Zustande. Dann griffen Philipp V. und sein verwegener Minister noch weiter aus. Noch einmal schlugen die Waffen an einander: England führt eine Koalition gegen Spanien und seine Grossmächtspläne. Unterdessen ist der britische Handel in Spanien vernichtet, die Effekten der englischen Kaufleute sind den Verträgen zuwider mit Beschlag belegt worden.

Wenn sich derart in den Jahren nach 1713 die Lage des britischen Handels in Spanien gestaltete, wie muss das Urteil über den Utrechter Frieden lauten, aus dem solche Zustände hervorgegangen sind? In der That scheint die englische Geschichte der folgenden Jahre zu einer Verurteilung des Friedenswerkes führen zu müssen. Die nachteiligen Folgen desselben mussten erst überwunden werden, ehe die Früchte der gewonnenen Siege auf allen Gebieten geerntet werden konnten. Auf den Schlachtfeldern von Höchstädt und Ramillies, nicht aber durch die Utrechter Verträge ist der Grund gelegt worden zu der europäischen Stellung Englands im 18. Jahrhundert.

Viertes Kapitel.

Die Grundlagen der hannövrischen Thronfolge.

Kräftige Nationen mit stark ausgeprägter Eigenart pflegen neben dem stolzen Gefühl des eigenen Wertes eine gewisse Abneigung gegen alles Fremde und Fremdartige zu besitzen. Sie können selbst gegen ihre eigenen grossen Männer leicht ungerecht werden, wenn dieselben durch ihre Abstammung nicht vollkommen ihnen angehören. Was Wilhelm III. für England geleistet hatte, ist erst von den Nachlebenden gebührend gewürdigt worden. Die Zeitgenossen konnten über das Peinliche der Thatsache nicht hinweg kommen, dass auf dem englischen Throne ein Holländer sass. Sie verbanden damit die ewige Furcht, dass unter diesem Könige der Vorteil Englands hinter demjenigen der Generalstaaten zurückstehen müsse. Wie viel Eifersucht und Misstrauen hat es erregt, wenn er seine holländischen Vertrauten mit englischen Ehren überhäufte. Die Königin Anna war schon deshalb so viel beliebter beim Volke als Wilhelm III., weil sie eine englische Prinzessin war. In dem Rufe „*No Dutch Kings!*“ fand seit der Herrschaft des Oraniers die Abneigung der Massen gegen jeden nichtenglischen König ihren beliebtesten Ausdruck.

Ein merkwürdiges Verhängnis hat es dennoch gewollt, dass gerade nur durch die Thronfolge eines auswärtigen Fürstengeschlechts der durch Wilhelm begründete Zustand erhalten werden konnte. Schon zu seinen Lebzeiten konnte man wissen, dass der protestantische Teil der Herrscherfamilie der Stuarts in absehbarer Zeit aussterben würde. Blickte man alsdann nach einem Nachfolger aus, der ein Anrecht auf den Thron mit dem protestantischen Bekenntnisse verband, so hatte man, da der Sohn Jacobs II. nicht in Betracht kommen sollte, unter den Angehörigen einiger ausländischer fürstlicher Geschlechter zu wählen, die sich in älterer oder jüngerer Zeit mit den Stuarts verschwägert hatten. Längst war man darauf verfallen, das herzogliche Haus von Braunschweig-Lüneburg für die Thronfolge in England in Aussicht zu nehmen. Das Haupt desselben, Kurfürst

Georg Ludwig von Hannover, hat endlich im Jahre 1714 — wie man hat berechnen wollen, mit Übergang der näheren Ansprüche von 54 fürstlichen Personen — den englischen Thron bestiegen.

Der Anspruch der welfischen Dynastie auf den englischen Thron rührte her von der Vermählung der Tochter Jacobs I., Elisabeth, mit dem Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz. Der Gedanke, welcher zum Abschlusse dieser Ehe geführt hatte, nämlich die Verbindung Englands mit den deutschen Reformierten, ja überhaupt sein offenes Auftreten innerhalb der protestantischen Welt, war weder in England noch unter den Nachkommen Elisabeths jemals ganz vergessen worden.

Es ist nun von Interesse zu erfahren, bei welcher Gelegenheit und in welchem Sinne zum ersten Male die Erhebung dieser pfälzischen Nebenlinie auf den Thron von England in Aussicht genommen worden ist. Es geschah zur Zeit der Revolution, als das Parlament mit Karl I. im Kriege lag. Elisabeths Gemahl, der Winterkönig, war nicht mehr am Leben. Ihr Erstgeborener, Kurfürst Karl Ludwig, hatte während des Krieges noch nicht in den Besitz seines angestammten Landes gelangen können. Seine jüngeren Brüder kämpften im englischen Bürgerkriege für Karl I. Karl Ludwig aber erschien 1644 in London, ward vom Parlamente ehrenvoll empfangen, nahm den Covenant an und sprach sich offen für die Sache der Gegner des Königs aus. Damals war viel davon die Rede und der Kurfürst scheint selbst die Hoffnung gehegt zu haben, dass man ihm die Krone anbieten werde, die sein Oheim trug. Alsdann werde er auch im Stande sein, so hiess es, das Erbe seines Vaters zu gewinnen und mit seinem Einflusse in Deutschland dem protestantischen Glauben erhebliche Dienste zu leisten.¹⁾

Zur Ausführung dieses Planes, wenn man überhaupt von einem solchen sprechen darf, ist kein Schritt geschehen. Immerhin war die Sache in jedermanns Munde. Unwillkürlich werden wir schon an die später erfolgte Ausschliessung Jacobs II. vom Throne gemahnt. Und die Ähnlichkeit wird noch auffälliger, wenn wir vernehmen, dass auch der Gedanke auftauchte, die Kinder Karls I. zur Herrschaft nicht zuzulassen, weil man über ihre eheliche Geburt bei dem der Mutter schuldgegebenen lockeren Lebenswandel in Zweifel sein müsse. Denkt man an den äusseren Vorgang der Revolution von 1688, die Erhebung des Neffen auf den Thron des

¹⁾ Ranke, S. W. 21, 159. Brosch, Lord Bolingbroke und die Whigs und Tories seiner Zeit 326 ff. Vergl. Gardiner, Civil War 1, 480.

Oheims, die Behauptung von der Unechtheit des Prinzen von Wales, so meint man geradezu die Ausführung eines aus dem Jahre 1644 herrührenden Programmes vor sich zu haben.

Nur war es dieses Mal nicht das pfälzische Haus, auf das sich die Blicke der protestantischen Engländer zunächst zu richten hatten. Wilhelm von Oranien war dem Königshause näher verwandt und seiner politischen Stellung nach vorzüglich zu der Rolle geeignet, welche das englische Volk ihm antrug. Aber als nun die neue Ordnung befestigt wurde, musste man sich auch mit der schwierigen Frage der Thronfolge abfinden. Wilhelms Ehe mit Maria war mit Leibeserben nicht gesegnet, die zahlreichen Kinder der Prinzessin Anna waren sämtlich in jugendlichem Alter gestorben. Zur Zeit, als man die katholischen Stuarts vom englischen Throne ausschloss, war es also mit der blossen Berufung des Oraniers noch nicht gethan. Der Tag war voraussehen, an dem die protestantischen Mitglieder des Königshauses, Wilhelm, Maria, Anna aus dem Leben geschieden sein würden, ohne einen anerkannten Thronerben zu hinterlassen. Wiederum bot sich nun, wenn es galt, die protestantische Thronfolge zu sichern, die pfälzische Linie den Blicken dar. Ihr Anrecht stand seit 1689 unmittelbar neben demjenigen des Oraniers und der Töchter Jacobs II.

Aus der Ehe Friedrichs V. von der Pfalz mit Elisabeth Stuart waren dreizehn Kinder hervorgegangen. Es fügte sich, dass von diesen allein das zwölfte für die englische Thronfolge in Betracht kommen konnte. Es war die Prinzessin Sophie, vermählt mit dem Herzoge Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, dem im Jahre 1692 die Würde eines Kurfürsten des heiligen römischen Reiches übertragen worden war. Um seines Protestantismus willen richteten sich nun auf dieses welfische Haus von Hannover seit der glorreichen Revolution die Blicke von England und Europa. Der Kurfürstin Sophie und ihren Nachkommen schrieb man ein Recht auf den englischen Thron nächst den Töchtern Jacobs II. zu.

Unendlich verschlungen ist die Geschichte der britischen Thronfolgefrage seit dem Jahre 1689, da zum ersten Male in England der Anspruch des Welfenhauses öffentlich erörtert wurde bis zu jenem 12. August 1714, als Sophiens Sohn die englische Krone wirklich davontrug. Eine Welt von Zweifeln, von Ränken und Misshelligkeiten, von Hoffnungen und Enttäuschungen liegt dazwischen. Nur die Überzeugung stand fest, dass für die protestantische Thronfolge, wenn man von den Stuarts absehen müsse, kein anderes Fürstenhaus in Betracht komme, als die Familie der Herzogin Sophie. Aber

eben darüber, ob denn der Hauptstamm der Stuarts für immer ausgeschlossen bleiben, ob nicht dem Sohne Jacobs II. doch zuletzt wieder die Krone zufallen müsse, gingen die Ansichten aus einander; es hat noch lange Jahrzehnte hindurch eine starke stuartische Partei in England gegeben. Whigs und Tories waren einig gewesen in der Bekämpfung der politischen und religiösen Tyrannei des letzten Stuart-Königs; doch keineswegs traten sie fortan — man hätte es glauben können — mit der gleichen Einmütigkeit für die hannövrische Thronfolge ein. Auch blieb sich das Verhalten der Parteien in dieser Frage nicht stets dasselbe. Sie standen einander nicht gegensätzlich gegenüber; in beiden Lagern gab es Freunde wie Gegner des Hauses Hannover. Unter den Whigs war selbst eine republikanische Richtung, der Gedanke, das Königtum überhaupt erlöschen zu lassen, vertreten.¹⁾ Und endlich hat dieses deutsche Fürstengeschlecht, dem die glänzende Aussicht winkte, einen der vornehmsten Throne Europas zu besteigen, sich selbst nicht immer eifrig gezeigt, um diese Aussicht zu verwirklichen.

So wichtig die Frage der britischen Thronfolge war, so kann man doch nicht sagen, dass sie in entscheidender Weise das öffentliche Leben Englands bestimmt oder beeinflusst habe. Eine derartige Bedeutung gewann sie erst in den letzten Lebenszeiten der Königin Anna, als die vordem alles beherrschende Frage, ob Krieg oder Frieden sein solle, gelöst war und als die erschütterte Gesundheit der Königin daran mahnte, nach den Bürgschaften für eine friedliche Lösung des Problems Umschau zu halten.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, die Aussichten der hannövrischen Thronfolge seit den Tagen der glorreichen Revolution, oder die Gefahren, welche ihr drohten, zu schildern. Erst den Kämpfen, welche die letzten Jahre und Monate der Regierung Annas erfüllten, als wirklich jene beiden entgegengesetzten Richtungen, die Anhänger Stuarts und Hannovers mit einander um die Herrschaft rangen, als durch die ungewisse Haltung der Regierenden, durch ihre stuartischen Neigungen alles früher Erreichte wieder in Frage gestellt war, erst jener Krisis im öffentlichen Leben Englands werden wir unsere volle Aufmerksamkeit zu schenken haben. Vorher aber mag es genügen, die wichtigsten Momente in der Geschichte der britischen Thronfolgefrage in aller Kürze hervorzuheben.

Die Erklärung der Rechte vom Jahre 1689 hatte in Bezug auf die Besetzung des Thrones nur den Grundsatz aufgestellt, dass

¹⁾ Vgl. Ranke S. W. XX. S. 223.

kein Katholik in England herrschen dürfe. So bestimmt dies lautete, so zweifelhaft mochte es sich doch in der Anwendung gestalten. Wie wenn ein verwandter katholischer Prinz, wenn Jacobs II. Sohn selber, der freilich katholisch getauft war und durch seinen Vater gewiss katholisch erzogen wurde, sich äusserlich eines Tages zum Protestantismus bekannte, um den Thron seiner Väter besteigen zu können? Musste man ihn alsdann nicht in der That zulassen? Aber würde er darum auch nach dem Sinne jenes trotzig abweisenden englischen Protestantismus regieren? Auch Heinrich IV. von Frankreich hatte einst, um König zu sein, den Glauben gewechselt. Aber dann wurde er der Urheber des Edikts von Nantes.

Volle Klarheit konnte nur geschaffen werden, wenn man die eine Familie vom Throne namentlich ausschloss oder doch wenigstens diejenige ausdrücklich bezeichnete, der in Zukunft einmal die höchste Würde zufallen sollte. Als man im Begriffe stand, die Erklärung der Rechte in eine Bill zu verwandeln, kam darum dieser Punkt wieder zur Erörterung. Die Lords erklärten sich dafür, dass das Recht auf die Nachfolge ausdrücklich dem Hause Hannover beigelegt werde. Das Unterhaus aber widersetzte sich. Ehe noch das letzte Wort in der Sache gesprochen war, geschah ein Ereignis, das die Lage veränderte. Der Prinzessin Anna wurde noch ein Sohn geboren. Die Aussicht auf eine hannövrische Thronfolge war in die Ferne gerückt. Der kleine Prinz, Wilhelm Herzog von Gloucester, war der mutmassliche Erbe der drei Königreiche.

Der berühmte Bischof Burnet von Salisbury, ein Mann von whiggistischer Gesinnung, unterwies den heranwachsenden Knaben in den Wissenschaften. Derselbe zeigte ein ungewöhnliches Verständnis für religiöse Fragen und überraschte den Lehrer durch seine Bemerkungen. Burnet verfehlte auch nicht, den künftigen König über die Verfassungen der verschiedenen Länder, ihre Vorzüge und Nachteile zu belehren; und wenn er ihm von den grossen Revolutionen sprach, die in der Welt sich zugetragen hatten, so geschah es gewiss im Sinne jener whiggistischen Anschauung von der Berechtigung des Widerstandes der Unterthanen gegen einen pflichtvergessenen Souverän. Der junge Herzog begriff gut und schnell; die Minister des Königs, die sich viermal im Jahr von seinen Fortschritten unterrichten mussten, erstaunten über die Kenntnisse und den aufgeweckten Sinn des Knaben. Es versteht sich, dass schon viele Hoffnungen an ihn, der so Grosses versprach, geknüpft wurden. Aber das Schicksal trat dazwischen. Alle früher geborenen Kinder der Prinzessin Anna waren gestorben. Dieses Mal wollte man die

schwächliche Natur des Knaben damit erklären, dass seine Mutter die Aufregungen der Umwälzung von 1688 durchlebt hatte, als sie ihn unter dem Herzen trug. Eine Krankheit von wenigen Tagen raffte ihn im Alter von kaum elf Jahren dahin. Die Prinzessin Anna, die nicht mehr hoffen konnte, noch einmal Mutter zu werden, ertrug den Verlust ihres einzigen Kindes mit wunderbarer Fassung.

Von neuem war die Thronfolge ungewiss. Durch die Geburt des Herzogs von Gloucester war der hannövrisehe Anspruch in die Ferne gerückt worden, sein Tod liess ihn wieder in den Vordergrund treten. Sollte das Land nicht in unabsehbare Wirren gestürzt werden, so musste jetzt eine klare Entscheidung getroffen werden; dem Könige Wilhelm III. selbst lag die Pflicht ob, die Sache zu führen. Mochten manche glauben, dass der König, der seit sechs Jahren verwitwet war, sich noch einmal vermählen und Nachkommenschaft haben könne, ihm selbst lagen solche Gedanken fern. Das Parlament eröffnete er im Jahre 1701 mit einer Thronrede, in welcher er von der Notwendigkeit der Benennung eines protestantischen Thronfolgers sprach. Inzwischen war auch die Lage Europas, da soeben der Enkel Ludwigs XIV. von dem spanischen Erbe Besitz ergriffen hatte, so gefährlich geworden, dass es schon deshalb geboten schien, jede Unklarheit und damit jede Möglichkeit eines inneren Konflikts aus dem englischen Staatsrechte zu entfernen. Die Mehrheit des Parlaments war torystisch, aber darauf kam nicht soviel an, da es sich doch in der That nur um die Befestigung des Werkes von 1688 handelte, bei dem beide Parteien zusammengewirkt hatten. Zu dem Grundsatz, dass die Nation über die Thronfolge oder wenigstens über die Art der Vererbung des Thrones entscheiden könne, bekannten sich auch die Tories schon nicht minder als die Whigs. Nach mancherlei Weiterungen ward endlich im Jahre 1701 ein Gesetz beschlossen, die berühmte *Act of Settlement*, durch welche der Gewinn von 1688 dauernd gesichert, für Thron und Verfassung überhaupt neue Grundlagen geschaffen wurden.

Durch dieses Gesetz ward nun die verwitwete Kurfürstin Sophie von Hannover auf den englischen Thron berufen für den Fall, dass Wilhelm III. und seine Schwägerin Anna ohne Nachkommenschaft gestorben sein würden. Nächst der Kurfürstin sollen ihre Leibeserben auf dem Throne folgen, soweit sie nämlich protestantischen Bekenntnisses sein würden. Und noch einmal schärfte die Akte es ein, dass jede und jegliche Person, die es mit dem römischen Stuhle halte oder auch nur mit einem katholischen Ehegatten sich ver-

mähle, der Fähigkeit, in England zu herrschen, ohne weiteres verlustig gehe.

Zugleich wurden nun aber an die Berufung des Hauses Hannover Bedingungen geknüpft, die den Souverän in völlige Abhängigkeit von der Nation zu bringen geeignet waren. Das Gesetz gab in dieser Beziehung nicht nur die Bestätigung, sondern sogar noch einen Ausbau des durch die glorreiche Revolution begründeten Systems. „Eine Akte zur weiteren Beschränkung (des Erbrechts) der Krone und zur besseren Sicherung der Rechte und Freiheiten des Unterthans“, so lautete bezeichnender Weise die Überschrift. Diese Beschränkungen hatten so sehr im Vordergrund der Verhandlungen gestanden, dass die Freunde der protestantischen Succession sich besorgt fragten, ob es nicht gar darauf abgesehen sei, den Grundcharakter der Regierung zu verändern und das königliche Amt zu einem leeren Titel sich verflüchtigen zu lassen.¹⁾ Am Ende fügten sie sich, weil sie erkannten, dass ohne diese Beschränkungen ein Thronfolgegesetz überhaupt nicht zu haben gewesen wäre, und auch weil sie hofften, dass manche der harten Bestimmungen später doch nicht verwirklicht werden würde.

Der Souverän, der aus der Fremde auf den englischen Thron gerufen wurde, sollte, so hiess es in dem ersten dieser Artikel, zur Gemeinschaft der anglikanischen Kirche gehören. Man darf sich bei der Bedeutung der religiösen Frage über diese Forderung nicht wundern. Der torystischen Mehrheit des Unterhauses lag das Interesse der Hochkirche, deren Oberhaupt der Souverän war, vor allem am Herzen. Ohnedies wusste man ja, dass der künftige König, wenn es etwa einer der Söhne der Kurfürstin Sophie war, von Haus aus einem anderen, dem lutherischen Bekenntnisse angehörte. Und dieses erachtete man der anglikanischen Glaubensform noch fernerstehend als den Calvinismus Wilhelms III. Dass die alte Kurfürstin, die reformierten Glaubens war, selbst noch den englischen Thron besteigen werde, durfte man, da Wilhelm und Anna, die ihr vorangehen sollten, jünger waren als sie, nicht mehr erwarten. Wilhelm III. selbst hatte einmal den Gedanken gehabt, die Krone nicht dem Hause Hannover, sondern dem brandenburgischen Kurprinzen Friedrich Wilhelm, dessen Mutter Sophie Charlotte eine Tochter Sophiens war, zuzuwenden²⁾; denn die Hohenzollern waren wenigstens

¹⁾ . . . to offer such extravagant limitations, as should quite change the form of our government, and render the crown titular and precarious. Burnet.

²⁾ Vgl. R. Pauli, Konfessionelle Bedenken bei der Thronbesteigung des Hauses Hannover in England. Aufsätze z. engl. Gesch. N. F. S. 380.

reformiert. In der That ist der lutherische Kurfürst von Hannover später als englischer König in die Gemeinschaft der anglikanischen Kirche eingetreten, aber an Misshelligkeiten und Verdächtigungen gegen die religiöse Haltung des Monarchen und seiner Familie hat es dann doch nicht gefehlt.

Die beiden folgenden Artikel der *Act of Settlement* bezogen sich auf den Fall, dass der künftige König von England zugleich Herrscher eines fremden Staates sein würde. Es war allerdings bei der Einsetzung der hannövrisehen Thronfolge nicht gesagt worden, dass an die Stelle der Kurfürstin, falls sie eher stürbe als der Erbfall erfolgte, ihr ältester Sohn treten sollte. Nur von ihren Leibeserben war gesprochen, und man hätte ja eine Abkunft treffen können, dass einer der jüngeren Söhne, also nicht der Kurfürst, in England herrschen solle. Doch es geschah nicht. Man fasste vielmehr von Anfang an den Fall in's Auge, dass in Zukunft die Länder England und Hannover unter der Herrschaft eines einzigen Fürsten stehen würden. Dass diese Verbindung einen ganz anderen Charakter an sich tragen würde, als die unter Wilhelm III. bestehende, war nicht zu verkennen. Hier waren England und Holland, zwei Grossmächte mit verwandten Interessen, unter einem Fürsten verbunden. Dort würden die britischen Reiche mit ihrer europäischen Politik und ein deutscher Mittelstaat, der nicht einmal die Meeresküste erreichte, an einander gekettet sein. Man war sofort darauf bedacht, diese starke Ungleichheit nicht zum Schaden Englands ausschlagen zu lassen.

So bestimmte denn das Gesetz, „dass diese Nation nicht verpflichtet sein solle, ohne Zustimmung des Parlaments in einen Krieg einzutreten zur Verteidigung irgend welcher Herrschaften oder Gebiete, die nicht zur Krone Englands gehörten“. Nur vom Äussersten, dem Kriege war darin gesprochen. Aber darüber hinaus war der Sinn dieses Satzes offenbar, dass überhaupt der auswärtigen Politik des Inselstaates durch die Verbindung mit Hannover keinerlei Fesseln angelegt sein sollten. So natürlich und wohlbegründet diese Forderung war, so wenig ist sie doch in der Folge beobachtet worden. Fast vom ersten Augenblicke an hat das hannövrisehe Königtum diese Pflicht verletzt. Unsere Erzählung wird Rechenschaft davon zu geben haben, wie manches Mal die englische Politik durch hannövrisehe Gesichtspunkte beeinflusst wurde, wie selbst der Wortlaut jener Bestimmung in mehr als einem Falle durch die Handlungen der Regierung offen verletzt worden ist. Ein neues und fremdes Element ist geradezu mit dem Interesse des deutschen Kurstaates in die englische Politik getragen worden.

Der nächste Artikel der *Act of Settlement* erscheint recht als ein Ausfluss der nationalen Eifersucht der Engländer. Konnte man den König aus fremdem Lande nicht zwingen, auch im Herzen ein Engländer zu sein, so wollte man ihn wenigstens, so weit es anging, körperlich an seine neue Heimat fesseln. Er darf sich „aus dem Bereiche von England, Schottland oder Irland nicht entfernen ohne Zustimmung des Parlaments.“ Eine unwürdige und für einen Monarchen unerträgliche Beschränkung seiner Freiheit, der sich denn Georg I. in der That schnell genug zu entledigen gewusst hat.

Diese Bedingung brachte es zugleich zum Ausdruck, wie unangenehm man die häufigen Reisen des gegenwärtigen Königs Wilhelm in England empfunden hatte. Um so mehr wollte man dasselbe in Zukunft vermeiden, als die Reise nach Hannover so viel weiter war als die Fahrt nach Holland und schon an sich eine längere Abwesenheit des Souveräns nötig machte. Dieselbe peinliche, wenn auch unausgesprochene, Bezugnahme auf die Regierung des Oraniers war vorhanden, wenn ein anderer Artikel bestimmte, kein Fremder solle fähig sein eine Stelle im Geheimen Rate inne zu haben; ebenso wenig kann er Mitglied eines der Häuser vom Parlamente sein oder auch nur irgend ein bürgerliches oder militärisches Amt oder eine Verleihung von der Krone erhalten. Eine Vorschrift, die trotz ihrer Schärfe das Eindringen des hannövrisehen Einflusses in die höchsten Kreise der Regierung nachmals doch nicht verhindern konnte.

Durch einen andern, nicht eben glücklichen, Artikel wollte man eine strengere Kontrolle der Handlungen der Regierung von seiten des Parlaments ermöglichen. Alle wichtigen Beschlüsse sollen fortan im Privy Council, der sehr zahlreichen Geheimen Ratsversammlung gefasst und nur von Mitgliedern derselben unterzeichnet werden. Mit anderen Worten, der König sollte regieren nicht mehr wie es längst in England üblich geworden war, mit dem Kabinette, einer kleineren geschlossen auftretenden Körperschaft von vertrauten Würdenträgern, sondern mit der grossen vereidigten Ratsversammlung, deren einzelne Mitglieder für die verschiedenen Beschlüsse verantwortlich sein würden. Es war eine gefährliche Abirrung von dem Wege zur Begründung einer parlamentarischen Regierung, denn diese hätte gerade den Fortbestand des Kabinettes geheischt, wenn auch mit der Massgabe, dass die Mitglieder desselben durch das Vertrauen des Parlaments in den Rat des Monarchen gebracht würden.

In einem andern Artikel trat dafür das Bestreben, die Macht des Parlaments, im besonderen seine Unabhängigkeit zu vermehren, um so stärker hervor. Niemand darf Mitglied des Unterhauses

sein, der im Besitze eines Amtes ist oder überhaupt im Solde der Regierung steht. In dieser schroffen Form war der Artikel aber zugleich auch geeignet, den Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung zu verschärfen, statt ihn zu verwischen.

Ein weiterer wichtiger Artikel sicherte die volle Unabhängigkeit des Richterstandes. Das Amt wird auf Lebensdauer¹⁾ verliehen, die Bezahlung gesetzlich festgestellt, eine Absetzung kann nur nach dem Antrage des Parlaments erfolgen.

Und endlich wurde noch bestimmt, dass in jenen Fällen, wo das Unterhaus als Kläger auftrat, eine königliche Begnadigung nicht statthaben sollte.

Die Gesamtheit dieser Bestimmungen bedeutete eine starke Einschränkung der Gewalt der Krone, wobei es im allgemeinen, aber nicht gerade durchgehend auf die gleiche Vermehrung der parlamentarischen Rechte abgesehen war. Denn fast noch mehr als dieser Gesichtspunkt war der andere vorherrschend, dass man einem möglichen Missbrauche der königlichen Befugnisse durch einen fremdländischen König nach Kräften vorbeugen müsse.

In der englischen Geschichte beansprucht die *Act of Settlement* die Bedeutung einer der Grundlagen des staatlichen Lebens der Nation. Der entschlossene Wille des Volkes fand darin Ausdruck, festzuhalten an den Ergebnissen der glorreichen Revolution und noch fortzufahren auf dem Wege, der mit der Erklärung der Rechte beschritten worden war. Über den Wechsel der Dynastie hinaus — und die Nation selbst traf auch über diesen die Entscheidung — sollte der 1688 begründete Zustand erhalten bleiben. Damit nur der fremde, daheim an ein absolutes Regiment gewöhnte Herrscher es sich nicht einfallen lasse, die dem englischen Königtume schon gesteckten Grenzen zu überschreiten, will man sie lieber noch fester, noch enger zusammenziehen.

Die Bestimmungen der *Act of Settlement* sollten erst mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover Kraft gewinnen. Ehe es dazu kam, wurden sie schon in wichtigen Punkten geändert. Zunächst war freilich das Parlament, welches die Acte geschaffen hatte, darauf bedacht, durch fernere Gesetze dem Prätendenten alle Aussichten abzuschneiden. Durch *Act of Attainder* wurden er und alle Personen, die mit ihm Verbindungen unterhalten würden, des Hochverrats für schuldig erklärt.²⁾ Und allen Beamten weltlichen und geistlichen Standes, überhaupt allen Personen in öffentlicher Stellung

¹⁾ Quam diu se bene gesserint. ²⁾ Statutes of the Realm. VII. 739.

wurde ein Eid auferlegt, durch den sie dem Prätendenten absagen und sich als Anhänger der gesetzlich festgestellten Succession der Kurfürstin Sophie und ihrer Nachkommen bekennen sollten.¹⁾ Man muss sich in Erinnerung halten, wie also gleichsam das ganze Volk auf die hannövrische Thronfolge eingeschworen war, um die derselben später drohenden Gefahren, wie es doch vielfach geschieht, nicht zu hoch anzuschlagen.

König Wilhelm war der Urheber der *Act of Settlement*. Unter seiner Nachfolgerin ward 1706 die Sicherheitsakte zum Gesetz erhoben, durch welche die Form festgestellt wurde, in welcher sich bei Annas Tode der Regierungswechsel vollziehen sollte.²⁾ Eine Regentschaft sollte bis zur Ankunft des neuen Souveräns das königliche Amt verwalten. Sie sollte bestehen aus den sieben höchsten Staatsbeamten und daneben aus einer Anzahl von geeigneten Personen, deren Namen die Thronfolgerin in einer geheimen Urkunde aufzeichnen und in drei Ausfertigungen nach London senden würde. Wenn die Königin sterbe, soll das Parlament nicht sich auflösen, sondern sechs Monate lang versammelt bleiben, falls nicht bis dahin von seiten des Souveräns eine Auflösung erfolgt sei.

Im Zusammenhange mit diesem Regentschaftsgesetze wurden auch ein paar wichtige Punkte der *Act of Settlement* einer neuen Erörterung unterzogen.³⁾ Unbedenklich war es gewiss nicht, in einem so wichtigen Gesetze, noch ehe es zur Anwendung gekommen war, noch ehe seine Wirksamkeit hatte erprobt werden können, schon wieder Änderungen vorzunehmen. Allein die Whigs, welche an Stelle der Tories inzwischen die Mehrheit erhalten hatten, setzten sich darüber hinweg in dem Bestreben, das hannövrische Königtum als ein rein parlamentarisches in's Leben treten zu lassen. Vor allem wurde jener gefährliche Artikel, der die Beseitigung des Kabinetts zur Folge gehabt hätte, einfach beseitigt. Und auch der Grundsatz, dass die Inhaber von Ämtern sämtlich nicht zum Unterhause wählbar sein sollten, wurde jetzt aufgehoben. Denn man erkannte wohl, wie notwendig es für die Regierung sei, einen regelmässigen Einfluss auf das Parlament zu üben. Um aber doch das Beamtenelement im Unterhause nicht zu stark werden zu lassen, wurde beschlossen, dass die Inhaber neu geschaffener Ämter nicht wählbar sein sollten. Und endlich wurde die weise Anordnung getroffen, falls ein Unterhausmitglied ein besoldetes Amt annehme, so solle sein Mandat zunächst erlöschen und die Wählerschaft darüber

¹⁾ Ebend. VII. 747. ²⁾ Statutes VII. 498 ff. ³⁾ Vergl. v. Noorden, Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert. I. 2, 261 ff.

entscheiden, ob sie ihrem bisherigen Vertreter auch als Beamten der Krone wiederum ihre Stimmen geben wolle.

Also war durch die beiden Gesetze von 1701 und 1706 die Grundlage geschaffen, auf welcher sich später der Übergang der Krone an eine neue Dynastie in Ruhe und Frieden vollziehen mochte. Die Grundlage war fest und sicher, nicht leicht mehr zu erschüttern. Die Zeiten der Thronkriege, wo jeder ehrgeizige und glückliche Prinz ein Parlament fand, das seinen Anspruch bestätigte, waren vorüber. Im Volke befestigte sich der Glaube an die Notwendigkeit der hannövrischen Thronfolge, die Überzeugung, dass das Heil der Nation von ihr abhängt. Durch die Gewalt der Umstände, durch die nun einmal geschaffenen Thatsachen hat das welfische Haus, als seine Stunde gekommen war, ohne Kampf von dem englischen Throne Besitz ergreifen können.

Fünftes Kapitel.

Königin Anna und die Thronfolge.

A. Beziehungen zwischen England und Hannover.

Es ist natürlich, zu fragen, welche Haltung denn eigentlich die fürstliche Familie selbst, um deren Anspruch es sich handelte, in diesen Jahrzehnten beobachtete, unter den mannigfachen Wandlungen, welche ihre Aussichten durchmachten. Wir sind nicht der Meinung, dass diese Haltung von sehr erheblichem Einflusse auf die Dinge in England gewesen sei, weder als ob die Bemühungen der Kurfürstin Sophie ihrer Sache sonderlich genützt, noch die ihrem Sohne schuldgegebene Lauheit derselben so sehr geschadet hätte. Eine höhere Bedeutung gewann die Haltung Hannovers überhaupt erst in den letzten Zeiten der Königin Anna, als sie selbst und ihre Minister ihr Bestreben darauf zu richten schienen, trotz der Gesetze dem unglücklichen Bruder der Königin, dem Prätendenten, die Nachfolge zu verschaffen. Und als endlich der entscheidende Augenblick kam, war es doch auch wieder weit mehr die Kraft des Gesetzes als die Mühen des kurfürstlichen Hauses, wodurch es den Sieg errang.

Ohne Zweifel war die Aussicht, den englischen Thron zu besteigen, glänzend und lockend genug für ein deutsches Fürstengeschlecht, das zwar zu den altberühmtesten im Vaterlande gehörte, dessen gegenwärtige Stellung aber an die alte Grösse nicht mehr erinnerte. Es war der greisen Kurfürstin und ihrem Sohne doch wohl niemals recht Ernst damit, wenn sie gelegentlich ihre Unlust zur Nachfolge in England bekundeten. Die Krone des Inselreiches hätte ihnen nur schon einmal geboten werden sollen: sie würden begierig darnach gegriffen haben. Man sagte wohl, ein englischer König sei in seiner Stellung nicht so unabhängig wie der absolut regierende Kurfürst von Hannover. Eine völlig zutreffende Beobachtung: aber niemand verlangte ja von dem Kurfürsten, wenn er König wurde, er solle deshalb aufhören, zugleich auch noch absoluter Herrscher seines ererbten deutschen Stammlandes zu bleiben.

Sophie, die Tochter Elisabeths, der Königin von Böhmen, und Enkelin Jacobs I., stand in ihrem neuundfünfzigsten Jahre, als 1689 die beiden Häuser des englischen Parlaments über ihre Benennung als Thronfolgerin zuerst mit einander verhandelten. Und als sie endlich 1701 zu dieser Würde wirklich erhoben wurde, hatte sie die gewöhnliche Lebensdauer des Menschen, die 70 Jahre des Psalmisten, schon überschritten. Sie war älter als die Prinzessin Anna, die ihr nach Wilhelms III. Tode auf dem englischen Throne noch vorangehen sollte.

Im Haag, wo der Winterkönig mit seiner stuartischen Gemahlin als ein Verbannter lebte, hatte die Prinzessin Sophie 1630 das Licht der Welt erblickt¹⁾, der Vater starb zwei Jahre nach ihrer Geburt. Sophie, das zwölfte unter den Kindern des Winterkönigs, verlebte eine Jugend ohne Jugendfreude. Als sie, 50 Jahre alt, ihr Leben beschrieb, war ihr der Zwang der strengen Erziehung, die sie, von der Mutter getrennt, in Leyden erhielt, noch in bitterer Erinnerung. Am Hofe ihrer Mutter traf sie, in jungfräulicher Anmut herangeblüht, durch Vorzüge des Körpers und mehr noch des Geistes reich ausgestattet, mit dem jungen Karl Stuart, ihrem Vetter, zusammen, dem nach der Hinrichtung des Vaters die Krone von England gebührte. Nicht ohne Teilnahme vernimmt man, dass vorübergehend selbst der Plan einer Heirat zwischen den beiden jungen Leuten auftauchte. Als Gemahlin des Königs hätte auf dem englischen Throne die Fürstin Platz genommen, die später ausersehen ward, ihn durch eigenes Recht zu besteigen. Die Nichtigkeiten und Ränke des Haager Lebens vertauschte Sophie mit dem Aufenthalte am Heidelberger Hofe. Dort herrschte als Kurfürst seit 1649 ihr Bruder Karl Ludwig, den der westfälische Friede in das Erbe seiner Väter zurückgeführt hatte. Er nahm sich der 13 Jahre jüngeren Schwester mit väterlicher Sorgfalt an. Der Sinn der Prinzessin war auf hohe Dinge gerichtet. Ein portugiesischer Herzog, welcher sich um ihre Hand bewarb, schien ihr, der schon die Verbindung mit einem Könige gewinkt hatte, nicht vornehm genug. Zuletzt verlobte sie sich dem Herzoge Georg Wilhelm von Calenberg-Göttingen, dem zweiten der vier Brüder von der jüngeren Linie der Welfen. Den

¹⁾ Über das frühere Leben der Prinzessin und Herzogin Sophie unterrichten in anmutiger Schilderung ihre Memoiren, her. v. Köcher (Publ. aus preuss. Staatsarchiven. Bd. 4). Dazu ihr Briefwechsel mit Karl Ludwig, her. von Bodemann (Publ. aus preuss. Staatsarchiven. Bd. 26). Vergl. Bodemann, Herzogin Sophie von Hannover (Historisches Taschenbuch. 6. Folge, 7. Jahrgang), Köcher, Gesch. von Hannover u. Braunschweig. I, 381 ff.

Bräutigam aber gereute bald der Entschluss. Ein ungebundenes Leben, die Vergnügungen der Welt, wie sie ihm in dem Treiben des Karnevals von Venedig entgegentraten, zog er den Fesseln und Pflichten der Ehe vor. Um in Ehren zurücktreten zu können, bewog er den jüngsten Bruder Ernst August, an seinen Platz zu treten; er selbst verpflichtete sich förmlich, unvermählt zu bleiben, damit die männlichen Erben des jungen Paares „zu einer oder beider dieser Fürstentümer Regierung gelangen und kommen mögen“. Die Prinzessin gewann es über sich, den jüngeren Bruder zu lieben, wie sie vorher den älteren geliebt hatte. So war die denkwürdige Verbindung geschlossen worden, durch welche das Thronrecht der Tochter Jacobs I. an das welfische Haus kam.

Einige Jahre lebte das Paar in Hannover mit dem Herzoge Georg Wilhelm zusammen, der zu spät den Wert der Frau erkannte, die er verschmäht hatte. Im Jahre 1661 erhielt Ernst August gemäss dem Westfälischen Frieden die Nachfolge im Bistum Osnabrück, 1680 folgte er seinem Bruder Johann Friedrich in der Herrschaft von Calenberg-Göttingen, welches Georg Wilhelm im Jahre 1665 gegen Lüneburg-Celle ausgetauscht hatte. Mit seiner Gemahlin übersiedelte Ernst August wieder nach Hannover. Er war es, der die Vereinigung der lange getrennten Länder des Hauses Braunschweig-Lüneburg vorbereitete, er war es auch, der für sein Haus die Kurwürde gewann und damit eine beträchtliche Erhöhung seines Ansehens im Reiche. Geschickt wusste er — und nach ihm noch sein Sohn — die harten Anfechtungen zu bestehen, die ihm von der Seite fremder Höfe wie im eigenen Hause bereitet wurden. In Ernst August lebte der Gedanke an den alten Ruhm seines Geschlechts, wie ihn einst Heinrich der Löwe begründet hatte.

Wie hätte den Ehrgeiz dieser welfischen Familie die Aussicht nicht reizen sollen, eines Tages in den britischen Reichen zu herrschen. Der erste Kurfürst von Hannover Ernst August starb 1698. Sollte die verwitwete Sophie noch eine Rolle in der Welt spielen, so konnte es nur sein als Erbin der englischen Krone. Schon war sie alt an Jahren, aber in ihrem Körper wohnte eine gesunde Lebenskraft und ihr Geist war von jugendlicher Frische. An kühnem Wünschen stand sie hinter ihrer Mutter nicht zurück; an politischer Einsicht und Urteilkraft war sie ihr weit überlegen. Die geistige Arbeit und das weltliche Schaffen ihrer Zeit vermochte sie mit gleich klarem Blicke zu überschauen. Der Tod des Schwagers Johann Friedrich setzte ihren Gatten in den Besitz dreier Herzogtümer. Sophie trug noch einen andern Gewinn aus der Erbschaft davon, die Freund-

schaft mit Leibniz. Bis an ihren Tod, ein Menschenalter hindurch, hat sie in beständigem Austausch mit ihm gestanden; täglich machte sie ihn zum Genossen ihrer Sorgen und Gedanken. Ein emsiger Briefwechsel musste, wenn der Freund in der Ferne weilte, für den persönlichen Umgang einen Ersatz bieten. Ihr war es auch vergönnt, einzutreten in den weiten Gedankenkreis seines umfassenden Geistes; von einem Leibniz geführt, hat sie selbst sich ihre Ansichten gebildet über Welt und Menschlichkeit, über den Ursprung des Seins wie über das Ende aller Dinge. Die äusserlichen Übungen der Andacht, die man in der Jugend im Übermass von ihr gefordert, hatten ihr eine geringe Meinung von positiver Religion eingeflösst. Als Schülerin eines Leibniz wurde sie in solcher Gesinnung nur noch bestärkt. Sie, die um ihres Protestantismus willen zur Erbin des englischen Thrones erkoren war, hat doch für ihre Person über den Unterschied der Bekenntnisse hinweggeblickt auf den wahren Gehalt aller Religion. In guten Thaten, in der herzlichen Liebe zu Gott und zum Nächsten liege der beste Teil der Frömmigkeit.¹⁾ In jener Welt wird man uns nicht fragen, von welcher Religion wir gewesen seien, sondern was wir Gutes und Böses gethan haben.

Nicht wie eine Fremde hätte die Kurfürstin Sophie den englischen Thron bestiegen. Anders als ihr Sohn, der auch als König die Landessprache niemals gelernt hat, war Sophie des Englischen von Jugend auf mächtig. Zu ihrem eigenen Kummer hatte sie als junge Prinzessin den Sinn sehr wohl erfasst, als einmal ein fremder Besuch in englischer Sprache zu ihrer Mutter sagte, sie sei ein mageres und hässliches Kind. Am Hofe im Haag, wo viele Engländer verkehrten, vermochte sie sich wohl eine Vorstellung von den Verhältnissen des Inselstaates zu bilden. Durch ihr ganzes ferneres Leben unterhielt sie Verbindungen mit englischen Politikern. Sie hatte gute Kenntnisse und ein sicheres Urteil über die Stellung der Parteien in England. Sie fühlte auch wohl den Unterschied, der zwischen ihr und ihren Söhnen herrschte, wenn sie meinte, man werde jene nach ihrem Tode dort wie Fremde betrachten.²⁾

Der stille Wunsch, zur Thronfolge in England berufen zu werden, war bei ihr vereinbar mit herzlichem Mitleid, das sie für das Schicksal Jacobs II. und seines unglücklichen Sohnes empfand.

¹⁾ An die Raugräfin Louise 69, 84, 116. (Publ. a. preuss. Staatsarch. 37.) Aus einem Briefe an Burnet (Klopp, Werke von Leibniz 7, 76) hat Meinardus die Succ. des Hauses Hannover 53) irrtümlich geschlossen, dass Sophie zur anglikanischen Kirche gehörte. Sie selbst war reformiert, ihr Gemahl und ihre Söhne lutherisch. ²⁾ Klopp, Werke von Leibniz 8, 214.

Seit dem Jahre 1689 hegte sie die Hoffnung auf die Verwirklichung ihrer Rechte in England. Wehmütig gebrauchte sie freilich in ihren Briefen die Wendung, dass sie selbst zu alt sei, um noch an ein anderes Königreich zu denken als an das des Himmels. So schrieb sie noch im Jahre 1700 nach dem Tode des Herzogs von Gloucester. Unterdessen liess man es doch an Bemühungen von hannövrischer Seite nicht fehlen. Sophiens Sohn, der Kurfürst, liess sich in aller Heimlichkeit von dem Ausschusse seiner calenbergischen Stände 300000 Thaler darreichen, um sie zur Förderung seiner Interessen jenseits des Kanals zu verwenden.¹⁾ Welch ein prächtiges Fest gab es dann in Hannover, als im Jahre 1701 der englische Graf Macclesfield mit einem Gefolge von 30 bis 40 englischen Herren vor der alten Kurfürstin erschien, um ihr die *Act of Settlement* zu überbringen und ihr im Namen des englischen Volkes als der Thronfolgerin zu huldigen. Der Schriftsteller Toland, der sich in der Begleitung befand, kann den glänzenden Empfang, den man der Gesandtschaft bereitet habe, nicht genug rühmen. Einen tiefen Eindruck machte ihm das rüstige Greisenalter der Kurfürstin. Welch höheres Lob hätte er ihr spenden sollen, als dass sie in ihrem Wesen und ihren Neigungen durchaus Engländerin sei. Und dieses Urteil steht keineswegs vereinzelt da. Ein schottischer Gelehrter, der sie kennen lernte, schrieb 1703, die Kurfürstin besitze alle schönen Eigenschaften, die man einer Königin von England nur wünschen könne. Herrscht sie auch nicht auf dem Throne, so herrscht sie doch in den Herzen.²⁾ Wie gern hätte Sophie den Tag noch erlebt, der sie auf den Thron von England rief. Die Inschrift auf ihrem Grabstein sollte dereinst anzeigen, dass eine Königin darunter ruhe.³⁾ Sie getröstete sich wohl ihrer guten Gesundheit, die sie vor der viel jüngeren Königin Anna voraus hatte. Aber dann bedachte sie wieder, dass gebrechliche Naturen oft die gestündesten Leute überdauern. In nicht sehr zartem Vergleiche wandte sie auf die englische Königin das holländische Sprichwort an: *Krackende wagens ghan lang.*⁴⁾

Wir wissen schon, wie die Frage der protestantischen Succession eng mit dem spanischen Streitfalle verknüpft wurde, seitdem

¹⁾ Vergl. Dahlmann, Politik. 3. Aufl. I. p. 128. Anm. 3.

²⁾ Bodemann, der Briefwechsel des G. W. Leibniz. Hannover 1889. I, No. 186. Statt *cures* wird am wahrscheinlichsten *coeurs* zu lesen sein.

³⁾ Ich möchte die Zweifel Klopps (Leibniz' Werke VII. p. XX. u. IX. p. LXXV.) an diesem Ausspruche der Kurfürstin, wenn derselbe auch nicht unmittelbar überliefert ist, doch nicht teilen. ⁴⁾ Publ. a. pr. Staatsarch. 37, 255 u. wieder Klopp, Leibniz' Werke IX. p. 447.

Ludwig XIV. den Prätendenten als König von England anerkannt hatte; wie sie ferner der Hebel wurde zur Herstellung der Union von England und Schottland. Sogleich nach dem Erlasse der Thronfolgeakte wurde auch die Frage öffentlich erörtert¹⁾, ob es nicht angezeigt sei, die Thronfolgerin oder wenigstens ihren ältesten Enkel, den Sohn des Kurfürsten nach England zu berufen, damit seiner Zeit der Thronwechsel sich in aller Ruhe vollziehen möge. In der Presse ward viel darüber gestritten. Im Jahre 1705 stellten die Tories im Oberhause den Antrag, die Königin durch eine Adresse zur Berufung des mutmasslichen Erben, d. h. der Kurfürstin aufzufordern. Die Geschichte des Landes lehre, dass wer in England zuerst erschienen sei, auch die Krone davongetragen habe. So wenig zutreffend dieser Beweisgrund in der That war, er ist gleichwohl in den folgenden Jahren noch oft wiederholt worden. Der Prätendent, so sagte man, könne in drei Tagen in England sein, der gesetzliche Thronfolger aber brauche zur Reise wohl drei Wochen. Der für die Königin peinliche Antrag wurde abgelehnt, obwohl auch ihr Wunsch nicht erfüllt ward, dass eine solche Einladung für ihre ganze Lebensdauer verboten werde.²⁾ Zuletzt fanden diese Verhandlungen ihr Ergebnis in dem Regentschaftsgesetze und den Änderungen der Thronfolgeakte, von denen wir berichtet haben.

Es hing wohl mit der Aussicht zusammen, die sich der alten Kurfürstin eröffnete, noch zu Lebzeiten der Königin nach England berufen zu werden — und sie hätte dem Rufe Folge geleistet — wenn sie sich zu ihrer Belehrung von dem staatskundigen Bischofe Burnet eine schriftliche Darlegung der öffentlichen Verhältnisse von England anfertigen liess.³⁾ Burnet liess die Stellung des Souveräns doch etwas mächtiger erscheinen als sie in der That war. Wenn er ihn als den wesentlichen Faktor in der Gesetzgebung hinstellte, so entsprach dies wohl dem Wortlaut der Gesetze, aber nicht mehr dem wirklichen Verhältnisse. Die königliche Zustimmung, durch welche, wie Burnet betonte, die Gesetze erst Kraft gewinnen, konnte

¹⁾ In deutscher Übersetzung erschien: Wichtige Ursachen, warum die Kgl. Maj. von Engelland zu ersuchen, dass die verwittwete Chur-Fürstin u. der Chur-Prinz v. Hannover nacher Engelland invitiret werden mögen. 1702. 4^o.

²⁾ Parl. Hist. VI. p. 460 ff. Burnet. Vergl. v. Noorden, Europ. Gesch. I. 2, p. 256—260.

³⁾ A Memorial, humbly offered to Her Royal Highness the Princess Sophia, Electoress and Dutchess Dowager of Hanover. Das Original befindet sich unter dem Briefwechsel von Leibniz in der königl. Bibl. zu Hannover. Vergl. Bodemann No. 131, wo noch hätte bemerkt werden dürfen, dass die Denkschrift in London 1815 im Druck erschienen ist.

nachmals unter dem Hause Hannover gar nicht mehr versagt werden. Den Satz *the King can do no wrong*, der die Verantwortlichkeit den Ministern zuschiebt, führt er an, um zu beweisen, dass die Stellung eines Königs von England am Ende noch derjenigen eines absoluten Fürsten vorzuziehen sei. Gerade die Beschränkung der königlichen Macht, um deren willen, wie man sagte, der Kurfürst geringes Verlangen nach der Krone trug, wollte Burnet in günstigerem Lichte, vielleicht gar als einen Vorteil erscheinen lassen. Man möchte glauben, die Denkschrift sei ebenso sehr auf den Kurfürsten Georg Ludwig wie auf seine Mutter berechnet gewesen.

Für die Ungeduld der alten Kurfürstin geschah in England viel zu wenig zu Gunsten ihrer Thronfolge. Die Königin war dem Hause Hannover wenig geneigt. Von der Berufung Sophiens oder ihres Enkels durfte man ihr nicht reden. Nicht einmal das in Aussicht gestellte Jahrgeld ward gezahlt. Die Beziehungen der beiden fürstlichen Frauen beschränkten sich auf den Austausch kühler Schreiben bei frohen oder traurigen Anlässen. Am Ende kam aber auf die persönliche Haltung der Königin nicht soviel an, wie auf diejenige der englischen Parteien. Ein grundsätzlicher Unterschied hat zwischen ihnen in diesem Punkte nicht bestanden. Tories und Whigs waren einig gewesen in der Ausschliessung der katholischen Stuarts. Die *Act of Settlement* war die notwendige Ergänzung der Erklärung und der Bill der Rechte von 1689. Man wird nicht sagen können, meinte Toland, ob Whigs oder Tories in Hannover besser angeschrieben seien. Wohl fehlte es in beiden Lagern nicht an Jacobiten, aber die grosse Mehrzahl der Tories wie der Whigs erblickten in der protestantischen Succession eine der notwendigen Grundlagen des öffentlichen Rechts.

Es waren nun aber Umstände besonderer Art, die gleichwohl im Laufe der Jahre dahin führten, dass die Politik der Parteien gegenüber dem Hause Hannover nicht mehr die gleiche blieb.¹⁾ Für England wurde, wie wir wissen, der Krieg gegen Ludwig XIV. neben allen anderen Interessen auch zur Behauptung der protestantischen Succession geführt. Je gründlicher der Sieg, um so vollständiger die Sicherheit der gesetzlichen Thronfolge. Tories und Whigs waren anfangs mit dem gleichen Eifer in den Krieg gegangen. Aber indem derselbe seinen Fortgang nahm und trotz aller glorreichen

¹⁾ Für das Folgende konnte noch die mir während der Drucklegung zugegangene gründliche Abhandlung von F. Salomon, „Geschichte des letzten Ministeriums Königin Annas von England (1710—1714) u. der englischen Thronfolgefrage“ benutzt werden.

Siege schier kein Ende finden sollte, trat der Gegensatz zwischen den Parteien in den auswärtigen Fragen schroff hervor. Der Vorteil der Whigs war der Krieg, die Tories wünschten den Frieden. Das Haus Hannover war um seiner englischen Aussichten willen wie auch als treuer Bundesgenosse des Kaisers für eine Fortführung des Kampfes bis zur Vertreibung der Bourbonen aus Spanien. Konnte man jetzt von einer englischen Kriegs- und einer Friedenspartei reden, so ergab es sich von selbst, auf welcher Seite die Sympathien Hannovers waren. Die Annäherung zwischen der kurfürstlichen Familie und den Whigs war so stark, dass dagegen die Tories, so wenig sie an sich als Gegner des Hauses Hannover oder gar der protestantischen Thronfolge gelten konnten, doch in einen gewissen Gegensatz zum Hofe von Hannover gedrängt wurden.

So lange nun die Whigs in England regierten, war die Sache des Kurhauses in guten Händen. Zahlreiche vornehme Engländer erschienen in Hannover und Herrenhausen und waren dort gern gesehen. Einer der angesehensten Whigs, Lord Halifax, brachte als Gesandter der Königin im Jahre 1706 die Regentschaftsakte nach Hannover. Der Kurprinz Georg August erhielt, wie sein Vater schon 1701, den Hosenbandorden und ward als Herzog von Cambridge in den englischen Pairsstand erhoben. Als 1709 der Barriere-Vertrag mit Holland geschlossen wurde, versäumte man nicht, die Generalstaaten zu Garanten der protestantischen Succession zu machen. Das nächste Jahr aber brachte den Ministerwechsel. Man wird sich nach dem Gesagten nicht wundern, dass am kurfürstlichen Hofe das neue Tory-Ministerium mit grossem Misstrauen angesehen wurde. Es änderte wenig daran, dass im Auftrage der Königin ihr Gesandter Graf Rivers 1710 in Hannover erschien und verbindliche Schreiben an den Kurfürsten und seine Mutter überreichte. Rivers war wohl hauptsächlich in der Absicht geschickt worden, um den kurfürstlichen Hof mit der Wendung, welche die Ereignisse in England genommen hatten, zu versöhnen.¹⁾ Damals war noch von anderen Zwecken seiner Mission viel die Rede. Die Königin wolle Marlborough seines Oberbefehls entsetzen und dem Kurfürsten die Stelle antragen. Oder Georg Ludwig solle aufgefordert werden, seiner königlichen Base in London einen Besuch abzustatten — die oft angeregte Reise eines Gliedes der kurfürstlichen Familie. Aber

vergeblich erwarteten die hannövrisehen Minister eine solche Äusserung des Gesandten. Rivers sprach von diesen Dingen kein Wort.

Die verworrenen Zustände in England, die ungewisse Haltung der neuen Minister hinsichtlich der Thronfolge machten am Hofe von Hannover den Wunsch rege, einen zuverlässigen Mann in London zu besitzen, der fähig sei, für das Interesse des Kurhauses an Ort und Stelle zu wirken, vor allem aber durch getreue und einsichtige Berichterstattung dem Kurfürsten in seinem eigenen Verhalten an die Hand zu gehen. Der am Hofe von St. James beglaubigte hannövrisehe Resident schien dieser Aufgabe nicht zu genügen. So erhielt einer der tüchtigsten Diplomaten im Dienste des Kurfürsten den Auftrag, nach London zu gehen. Es war Hans Caspar von Bothmer¹⁾, ein Mann, den wir noch oft zu nennen haben werden, seit langer Zeit in den auswärtigen Geschäften wohl bewandert, der einst am Wiener Hofe beglaubigt war, dann seinen Herrn bei den Ryswicker Verhandlungen vertreten hatte, seit dem Jahre 1702 hannövriseher Gesandter im Haag, wo, wie man weiss, einem feinen Beobachter oft genug Gelegenheit geboten war, die verborgenen Absichten der Höfe, die Geheimnisse der diplomatischen Welt zu erspähen. Bothmer stand in persönlichen Beziehungen zu einigen hervorragenden englischen Politikern. Sein Wesen war angenehm und milde, fast allzu milde und darum nicht schneidig genug, wie seine Freunde klagten. Im Augenblicke hätte man eine günstigere Wahl gar nicht treffen können. Denn wie kein anderer verstand er es, in schwieriger Lage stets den sicheren Takt zu bewahren und ohne die ihm anvertrauten Interessen aus dem Auge zu verlieren, der Notwendigkeit der Dinge wie den Eigenarten der Menschen gerecht zu werden.

Zusammen mit dem Herzoge von Marlborough legte Bothmer im Januar 1711 die Fahrt von Holland nach England zurück.²⁾ Der ruhmreiche Feldherr war von ängstlichen Zweifeln erfüllt, welchen Empfang die Königin ihm bereiten werde. Seine Gemahlin, die einst so mächtige Lady Sarah, war in völlige Ungnade gefallen. Es hiess, nur wenn sie auf alle ihre Ämter bei Hofe verzichte, könne der Herzog im Besitze des militärischen Oberbefehls bleiben.

¹⁾ Über Bothmer vergl. auch die Notizen des jüngeren Ilten bei Bode-mann, Jobst Hermann v. Ilten. Ein hannoverscher Staatsmann des 17. u. 18. Jahrhunderts. S. 159.

²⁾ Für das Folgende namentlich R. Pauli, die Aussichten des Hauses Hannover auf den englischen Thron im Jahre 1711. (Aufsätze zur englischen Gesch. N. F. S. 342 ff.)

¹⁾ So auch die Ansicht von Mahon (Queen Anne II, 173). Das wichtigste Material bei Macpherson, Original Papers II, 185 ff. R. Pauli i. d. Ztschr. des hist. Vereins f. Niedersachsen 1883 p. 7 ff.

Ein Zugeständnis, das der stolzen Frau und ihrem treu liebenden Gatten nicht leicht zu entringen war. Und doch sollte trotz des immer noch gnädigen Empfanges, den die Herrscherin ihrem General bereitete, nur in jenem Zugeständnisse die Lösung liegen. In Hannover wünschte man, dass Marlborough an der Spitze der Truppen bleibe. So erhielt denn Bothmer sofort Gelegenheit, in einer wichtigen Sache für das Interesse seines Herrn zu wirken.

Der hannövrische Gesandte war von den vornehmsten Männern der Whigs mit Herzlichkeit begrüßt worden. Doch auch mit den Ministern trat er in Verkehr; die Königin empfing ihn in Audienz und erkundigte sich gnädig nach dem Wohlergehen des Kurfürsten und seiner greisen Mutter. Eine eigentümliche Mittelstellung war es also, welche Bothmer und auch die nachfolgenden hannövrischen Gesandten in London einnahmen. Beim Hofe von St. James sind sie beglaubigt und erblicken doch in den Männern der Opposition ihre natürlichen Verbündeten und Helfer bei der Verfolgung ihrer Zwecke. Das Ungewöhnliche hatte in der eigenen Haltung des Hauses Hannover seinen Grund. Durch das Gesetz zur Thronfolge in England berufen, meint es von der englischen Regierung selbst eine Schädigung seiner Rechte fürchten zu müssen. Die Whigs bestärken es fortwährend in dieser Anschauung, suchen sich ihm als die beste, ja die einzige Stütze seines Anspruchs zu empfehlen. Ihr Erfolg ist so vollkommen, ihr Bündnis mit dem Kurhause wird so eng, dass sie alsdann unter dem Könige Georg I. den vollen Besitz der Herrschaft davontragen.

Herr von Bothmer hatte die Genugthuung, Marlborough auf seinem Posten festhalten zu können. Der Gesandte hatte eine Unterredung mit der Lady, welche es über sich gewann, den goldenen Schlüssel, den sie als Zeichen ihrer Würde bei Hofe einst von der Königin empfangen hatte, nunmehr derselben zurückzustellen. Der Gemahl kehrte als höchster Befehlshaber noch einmal zur Armee zurück, wenn auch nicht mehr mit jenen ungeheuren Vollmachten, wie er sie vordem besessen hatte.

Mehrfach trat während seines Londoner Aufenthaltes an Bothmer auch die Frage heran, ob er einer Herüberkunft des Kurfürsten nach England das Wort reden solle. Die Whigs wollten ihm die Dringlichkeit der Sache vorstellen; selbst ohne besondere Einladung möge Georg Ludwig kommen. Bothmer liess sich nicht überzeugen, er kannte die Königin, welcher der Gedanke, den Thronfolger in London zu sehen, unendlich verhasst war. Und der Gesandte erklärte wiederholt, sein Herr werde gewiss nichts gegen den Wunsch

der Königin unternehmen, er dürfe ihm den Vorschlag gar nicht einmal melden. Natürlich ward die Sache gleichwohl getreulich nach Hannover berichtet.

Bothmer ist aus seiner Zurückhaltung in London nicht herausgetreten. Wohl hat er es in aller Heimlichkeit zu hintertreiben gewusst, dass Graf Jersey, ein notorischer Jacobit, in eines der hohen Ämter einrückte, welche ihren Besitzern einen Platz in der Regentschaft nach Annas Tode sicherten. Aber dabei trat der Gesandte doch niemals in einen offenen Gegensatz zu den Ministern, ganz wie sein Herr es ihm befohlen hatte.

Georg Ludwig trug eine entschiedene Gleichgültigkeit gegen die englische Thronfolge zur Schau.¹⁾ Offenbar schien es ihm vorläufig am wichtigsten, das gute Einvernehmen mit der Regierung der Königin nicht zu stören. Erst als die Aussicht auf einen Frieden auftauchte, der Spanien dem Hause Bourbon liess, trat er den englischen Ministern offen entgegen. Nach der Feststellung der Präliminarien ward Graf Rivers noch einmal nach Hannover gesandt, um den Kurfürsten und seiner Mutter von dem bevorstehenden Friedenskongresse Mitteilung zu machen und sie, wie es in einem Briefe Oxfords an die alte Kurfürstin hiess, die zarte Sorge Ihrer Majestät für das Interesse Hannovers erkennen zu lassen. Der Kurfürst aber hielt jetzt mit seinem Unwillen nicht zurück. Dem Grafen Oxford selbst erklärte er, alle Früchte des ruhmreichen Krieges würden verloren sein, wenn Spanien und Indien dem Herzoge von Anjou überlassen blieben.²⁾ Und in einer besonderen, dem heimkehrenden Grafen Rivers mitgegebenen Denkschrift ward noch auf das Bedenkliche jeder Sonderverhandlung hingewiesen.³⁾

Zugleich entschloss sich Georg Ludwig, den Freiherrn von Bothmer, der London inzwischen verlassen hatte, abermals als ausserordentlichen Gesandten nach England zu schicken, um daselbst gegen den Frieden zu wirken. Bothmer kam im November 1711 wieder in London an. Seine Stellung war jetzt wesentlich anders als früher. Er war förmlich darauf bedacht, den Gegensatz zwischen dem Kurfürsten und der Königin in Bezug auf den Frieden jedermann zu offenbaren. Einige Tage vor der Parlamentseröffnung übergab er den Ministern eine im Sinne seiner Instruktion abgefasste Denkschrift, worin er sich in kräftiger Sprache gegen einen Friedensschluss wendet, der Spanien Philipp V. zugestehen würde. Und hinsichtlich der Thronfolge fügte Bothmer

¹⁾ Vergl. Salomon, S. 122. — ²⁾ Macpherson, Original Papers II, 263. —

³⁾ Klopp, Fall des Hauses Stuart 14, 208.

noch selbständig¹⁾ hinzu, dass Ludwig XIV., wenn sein Enkel in Spanien herrsche, sicherlich in England denjenigen zu erheben suchen werde, den er bereits als König anerkannt habe. An sich musste eine solche Erklärung des Thronfolgers den Ministern schon peinlich genug sein. Und die Wirkung wurde noch ungeheuer verstärkt, als Bothmer die Denkschrift seinen whiggistischen Freunden mitteilte und offenbar aus ihrem Kreise heraus²⁾ eine Veröffentlichung durch den Druck erfolgte.

Das Bündnis zwischen dem Kurfürsten und der Whigpartei, hervorgegangen aus dem gemeinsamen Gegensatze gegen die Politik des Ministeriums, lag nun aller Welt offen vor Augen. Bothmer hat nachdrücklich erklärt, dass er mit der Veröffentlichung nichts gemein habe. Man mag in der That bezweifeln, ob den Interessen des Kurhauses damit gedient war. Das Ministerium, das sich völlig auf die Seite der Tories gestellt hatte, konnte schon nach dem Vorgefallenen und da es doch in der Friedenssache seinen eigenen Weg zu gehen entschlossen war, nicht mehr darauf rechnen, jemals ein herzliches Einvernehmen mit dem Thronfolger wiederzugewinnen. Die allgemeinen Umstände, die Friedenspolitik, das Einverständnis mit Ludwig XIV. mochten schon allein den Gedanken an die Erhebung des Prätendenten erwecken. Jetzt schien in dem Zusammenhalten Hannovers mit der englischen Opposition ein weiterer Anreiz zur Beseitigung der „*Act of Settlement*“ zu liegen. Man kann ja die Bedeutung des Parteiwesens für die englische Politik gerade in jenen Tagen gar nicht hoch genug anschlagen.

Die Whigs aber fanden erst in der Unterstützung durch den kurfürstlichen Gesandten³⁾ die Stärke zu jenem Anlaufe, den sie, wie wir wissen, gleich nach der Parlamentseröffnung gegen die Regierung unternahmen. Der Pairsschub, die Absetzung Marlboroughs waren die starken Mittel, durch welche das Ministerium die schwere Gefahr zu beseitigen verstand. Und nun that Oxford auch einen Schritt, um den peinlichen Eindruck zu verwischen, den Bothmers Denkschrift in der Öffentlichkeit gemacht hatte. Es sollte nicht scheinen, als ob zwischen den Höfen von London und Hannover Misshelligkeiten herrschten. Der Minister ergriff einen früher von den Whigs gehegten Gedanken, indem er die Präcedenzakte durch beide Häuser schnell zum Gesetze erheben liess. Die alte Kurfürstin, Georg Ludwig und sein Sohn der Kurprinz, der unter dem Titel

eines Herzogs von Cambridge schon englischer Pair geworden war, sollten nach der Königin allen übrigen Grossen von England, zunächst dem Erzbischofe von Canterbury an Rang vorangehen. Eine Verfügung, die nicht viel bedeutete. Sophie war nicht eben erfreut, als nun, um die *Act of precedence* zu überbringen, Thomas Harley, ein Vetter des Ministers, als Gesandter in Hannover erschien und man nicht umhin konnte, ihn mit den üblichen reichen Geschenken wieder zu entlassen.¹⁾

Sophiens Sohn, der Kurfürst, hatte mehr die grosse Politik im Auge. Mit lebhafter Teilname verfolgte er die Vorgänge in England, den grossen Kampf im Oberhause um die Nottingham'sche Klausel, den Sieg der Whigs und ihre schwere Enttäuschung durch die Gegenzüge der Regierung; mit aufrichtigem Bedauern erfüllte ihn Marlboroughs Sturz.²⁾ Georg Ludwig that das Seinige, um das Gelingen des torystischen Friedenswerkes zu vereiteln. Es versteht sich, dass sich auch das hannövrise Kontingent unter jenen Truppen befand, die sich im Juli 1712 von den Engländern trennten, um unter dem ruhmreichen Eugen den Kampf gegen Frankreich noch fortzusetzen.

Unterdessen hatte Bothmer London verlassen, um am Kongresse zu Utrecht die Interessen seines Herrn wahrzunehmen. Aber auch in England musste der hannövrise Hof nach wie vor durch einen Mann vertreten sein, der es ebenso verstand, die notwendigen Beziehungen zu den Ministern zu pflegen, wie das Einvernehmen mit der Opposition in unauffälliger Weise zu unterhalten. Der hannövrise Minister Freiherr von Grote ward mit der Aufgabe betraut. Der allgemeine Zweck seiner Sendung bestand offenbar³⁾ darin, den Whigs in ihrem Kampfe gegen das Ministerium zur Seite zu stehen, das gemeinsame Ziel, die Durchführung der protestantischen Succession, gemeinsam zu verfolgen. Die hannövrise Thronfolge musste demnächst durch den Abschluss des Friedens eine nominelle Bürgschaft erhalten; jetzt sollte Grote praktisch für dieselbe wirken. Vom englischen Hofe war nicht viel zu erwarten. Genug, wenn jeder äussere Konflikt vermieden wurde. Mit dem Anbringen gewisser Wünsche sollte Grote die Versicherung verbinden, dass kein Mitglied des Kurhauses anders als auf ausdrücklichen Wunsch der Königin sich nach England begeben werde.⁴⁾ Aber man fühlte in

¹⁾ Vergl. Klopp, Fall des Hauses Stuart 14, 215. — ²⁾ Vergl. Salomon 125. 128. Klopps Behauptung, das Ministerium habe die Drucklegung selbst veranlasst, ist abzuweisen. — ³⁾ Vergl. auch Swift, Journal to Stella.

¹⁾ Publ. a. preuss. Staatsarchiven 37, 335. — ²⁾ F. Salomon a. a. O. 162 ff. — ³⁾ Die vom Kurfürsten und seiner Mutter ihm mitgegebenen Instruktionen bei Klopp 14, 423 ff. — ⁴⁾ Robethon an Grote 26. Nov. 1712. Macpherson, Orig. Papers II. 359—60.

Hannover gleichwohl, wie wenig man das Vertrauen der englischen Regierung verdiente. Dem von Holland abfahrenden Gesandten ward anempfohlen, ein Auge darauf zu haben, ob nicht der Kapitän, der ihn nach England führen solle, geheime Befehle habe, die Abreise zu verzögern.¹⁾

Noch allerlei geheime Winke wurden Grote auf den Weg gegeben. Bei wichtigen Vorfällen sollte er in der Lage sein, schnell und heimlich seinen Hof zu benachrichtigen. Ausser der gewöhnlichen Chiffre, wie sie jeder Gesandte empfing, erhielt er noch eine höchst merkwürdige „kleine Chiffre“²⁾, aus nur 22 Zeichen und Buchstaben bestehend, aber alle von gewichtiger Bedeutung. Da findet man ein Zeichen, welches besagen sollte „die Königin ist wohltauf“, ein anderes „sie ist krank“, und so fort bis zu einem dreifach quer durchstrichenen Längsstrich, der das grosse Ereignis des Todes der Herrscherin anzukündigen bestimmt war. In dieser kleinen Chiffre erhalten ferner alle einzelnen Buchstaben des Alphabets von A bis Q eine Beziehung auf die Aussichten der Jacobiten auf der einen, oder des Hauses Hannover auf der andern Seite. A bedeutet „der Prätendent kommt“, F: „die Königin will niemanden von der kurfürstlichen Familie in England haben“, J: „der Grossschatzmeister ist der Succession (Hannovers) feindlich“, zuletzt Q: „der Prätendent hält sich in England verborgen“.

Grote richtete bei den englischen Ministern wenig oder gar nichts aus.³⁾ Seine Denkschriften, die er den Instruktionen gemäss einreichte, um ein Jahrgeld für die Kurfürstin Sophie zu fordern, um die Bezahlung des aus dem letzten Kriege noch rückständigen Soldes zu erlangen, um die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen zu bewirken, alle diese Denkschriften und die darin ausgesprochenen Wünsche blieben fast gänzlich unberücksichtigt. Grote erhielt den Eindruck, dass das Ministerium ganz mit Frankreich und dem Prätendenten verkettet sei. Und doch war gerade Oxford äusserst bemüht, sich dem Kurfürsten als ein treuer Anhänger seiner Interessen zu empfehlen. Er übergab Grote am 9. Februar ein Schriftstück, in dem er erklärte, das Interesse und die Sicherheit der Engländer erheischen, dem Hause Hannover die Thronfolge zu sichern.⁴⁾ Dann folgten einige Bemerkungen darüber,

¹⁾ Ebd. 361. — ²⁾ Sie findet sich im Staatsarchive zu Hannover und enthält freilich keine genaueren Angaben. Doch glaube ich sie mit einiger Sicherheit auf die Mission Grottes beziehen zu dürfen, da die Stücke, in deren Gesellschaft sie sich findet („England 45 IV“), teilweise oder sämtlich aus Grottes Nachlasse stammen. — ³⁾ Vergl. Salomon 171 ff. — ⁴⁾ *I put this as a*

dass die englische Bevölkerung nicht besser für dieses Ziel gewonnen werden könne, als durch den Anblick vollständiger Harmonie zwischen den Höfen von London und Wien; von greifbaren Vorschlägen irgend welcher Art war nichts darin enthalten. So unschuldig nichtsagend das Dokument war — „*lequel ne veut rien dire*“ lautete die Umschreibung, die der Sekretär des Kurfürsten von seinem Inhalte gab¹⁾ — so hat Oxford sich doch geschaut, dasselbe in fremde Hände fallen zu lassen. Ein Jahr später, als Grote nicht mehr am Leben war, hat er dessen Nachfolger Baron Schütz um Rückgabe des Originals ersucht. Schütz erwiderte freilich, es sei nicht mehr zu finden, Grote müsse es wohl mit anderen Schriftstücken vor seinem Tode verbrannt haben.²⁾ Doch scheint hier Schütz selbst im Irrtum gewesen zu sein, denn das Original findet sich unter Papieren Grottes noch heute im Staatsarchive zu Hannover.³⁾

Das Verhalten der englischen Minister während Grottes Anwesenheit in London erschien diesem höchst verdächtig, und die Führer der Whigpartei, mit denen er verkehrte, bemühten sich, den üblen Eindruck noch zu verstärken. Alles deute darauf hin, dass die Minister den Prätendenten auf den Thron erheben wollten. Die Lage sei gefährlicher als jemals. Der bedenkliche Gesundheitszustand der Königin und die herrschende Finanznot werde sie zwingen, die Massregeln zur Herbeirufung des Prätendenten zu beschleunigen. Dann baten sie, der Kurfürst möge doch, wenn die Gefahr ernster werde, sich nach Holland begeben, oder wenigstens den Kurprinzen dorthin schicken. Sie dachten an eine Wiederholung der glorreichen Revolution von 1688. Ferner bitten sie um Geld, um ihre Freunde zu ermutigen und neue zu gewinnen. Damals wohl wurde eine Liste nach Hannover geschickt, in der die Namen unbemittelter Lords aufgezählt wurden, sowohl solcher, die durch Pensionen von 300 bis 1000 £ in ihrer guten Gesinnung zu bestärken seien, als auch anderer, die zwar zur Zeit mit dem Hofe zu stimmen pflegten, aber mit Geld für die Sache des Kurfürsten gewonnen werden könnten⁴⁾. Schliesslich, als Georg Ludwig aus seiner Zurückhaltung gegenüber den Dingen in England nicht

fundament, that the securing the succession to these crowns in the House of Hanover is our interest and our security. Hann. Arch. Abgedruckt bei Pauli, Aktenstücke zur Thronbesteigung des Welfenhauses in England (Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachsen, 1883, S. 18).

¹⁾ Klopp XIV. 450. — ²⁾ Schütz 5/16. Febr. 1714. Hann. Arch. —

³⁾ Das Exemplar „England 47“, Fol. 36 ist doch wohl das Original. —

⁴⁾ Hann. Arch.

herauszubringen ist, stellen alle Freunde der protestantischen Succession gemeinschaftlich die Forderung, die dann Lord Sunderland an Bothmer übermittelt, der Kurprinz möge nach London kommen. Dass er durch Parlamentsbeschluss geladen werde, würde freilich die beste Begründung für seine Überkunft sein. Da aber das gegenwärtig nicht zu erreichen sei, solle er ungeladen kommen; bei seinem Range als Pair des Königreiches und als Prinz von Geblüt gemäss der Präcedenzakte könne sein Recht, nach England zu kommen, keinem Zweifel unterliegen¹⁾.

Um diese Zeit, im April 1713 verschied der Freiherr von Grote in London. An seiner Stelle hatte vorläufig der hannövrische Resident Kreyenberg die Verbindung zwischen dem Kurfürsten und seinen Anhängern in England zu unterhalten. Georg Ludwig wollte aus mehreren Gründen auf die Zumutung, seinen Sohn nach London zu schicken, durchaus nicht eingehen. Er habe in den letzten zwei Jahren so viele falsche Nachrichten über den Zustand der Königin erhalten, dass er nicht wissen könne, ob ihr Tod nicht noch sehr fern sei. Es würde unklug sein, wollte er bei so ungewisser Lage seinen einzigen Sohn und die einzige Hoffnung seiner Familie aufs Spiel setzen.²⁾ Die letzten Worte sind doch wohl mehr als eine blosser Ausflucht gewesen, um sich dem Drängen der übereifrigen Freunde in London zu entziehen. Sie scheinen fast die Herzensmeinung des Kurfürsten wiederzuspiegeln. Die englische Thronfolge stand immer noch gar zu nebelhaft und ungewiss vor seinem Geiste, als dass er um ihretwillen Opfer hätte bringen mögen. So hat er es verschmäht, die Sprache des Volkes zu erlernen, über das er einmal als König herrschen sollte; er hat sich gescheut, grosse Summen Geldes auszugeben, um für sein Königtum in England den Boden zu bereiten; in diesem Sinne hat er sich auch geweigert, seinen einzigen Sohn über das Meer zu senden.

Gleichwohl haben die Freunde der hannövrischen Succession nicht abgesehen, auf das Erscheinen des Kurprinzen in London zu dringen. Nicht bloss um den Todesfall der Königin handele es sich, sondern auch darum, den Plänen der Minister erfolgreich entgegenwirken zu können. Wenn nur der Kurprinz diesen Winter kommen könnte, erklärte Lord Halifax 1713, so stehe er dafür ein, dass das Ministerium gestürzt und alle Gefahr beseitigt würde.³⁾ Die Anwesenheit des Kurprinzen in London blieb also die oberste

Forderung der Partei. Und doch dürfen wir annehmen, dass die Erfüllung dieser Forderung weit nachteiliger hätte werden können als die ängstliche Zurückhaltung des Kurfürsten, durch die seiner Sache wenigstens nicht geschadet worden ist. Die ungebetene Anwesenheit eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie würde der Königin und dem Volke wie ein Versuch erschienen sein, sie zu ihren Lebzeiten ihrer Herrschaft zu berauben. Wir werden bald erfahren, wie heftig die Eifersucht der Herrscherin erregt wurde, als einige Monate vor ihrem Tode ein vorbereitender Schritt zur Sendung des Herzogs von Cambridge nach London geschah.

Unterdessen war der Utrechter Friede geschlossen worden. Die Anerkennung der protestantischen Thronfolge im Hause Hannover war darin vom französischen Könige in klaren Worten ausgesprochen worden; die Absage für den Prätendenten hätte nicht deutlicher sein können. Wohl ist es bekannt¹⁾, dass die Tory-Minister gelegentlich Beziehungen zum Stuart-Hofe von St. Germain unterhielten; die Jacobiten hielten es für ihren Vorteil, die Regierung in wichtigen Entscheidungen zu unterstützen. Aber trotzdem muss man nun die offizielle Haltung der Minister hinsichtlich der Thronfolgefrage beim Friedensschlusse als eine vollkommen korrekte und loyale bezeichnen.

Im August 1713 entschloss sich der kurfürstliche Hof, den seit dem Tod Grotes verwaisten Posten eines Gesandten in London von neuem zu besetzen. Freiherr von Schütz, der Sohn eines früheren Gesandten in London, wurde dazu ausersehen. Er hatte mit seinem Vater lange Jahre in England gelebt, war von jener Zeit her auch der Königin selbst bekannt. Trotzdem war er der schwierigen Aufgabe, die seiner harrte, kaum gewachsen. Er war jung und unerfahren, und die Anhänger des Kurfürsten in London hatten wohl nicht unrecht, wenn sie sagten, dass er lieber seinen geschicktesten Minister hätte schicken sollen.²⁾

Schütz erhielt seine Instruktionen³⁾ nicht nur vom Kurfürsten, sondern auch von der alten Kurfürstin Sophie. Es wurde ihm äusserste Vorsicht bei seinem Auftreten zur Pflicht gemacht. Anfangs sollte er als einfacher Privatmann erscheinen und nur einigen Freunden von seinen Aufträgen Mitteilung machen. Erst um die Zeit der Parlamentseröffnung sollte er den Ministern seine Beglaubigung überreichen und eine Audienz bei der Königin nachsuchen.

¹⁾ Macpherson, Original Pap. II. 482. — ²⁾ Ebd. 497—8. Vergl. Klopp, 14, 477—79. — ³⁾ Macpherson Orig. Pap. II. 498—499.

¹⁾ Vergl. Salomon, Kap. X. — ²⁾ Vergl. Klopp XIV. 496. — ³⁾ Hann. Arch. Dieselben sind vom 28. Aug. 1713 datiert und stimmen zum grossen Teil mit denen Grotes überein.

Die Instruktion des Kurfürsten wies Schütz an, in wichtigen Fragen keinen Schritt zu thun, ohne mit den Freunden des Kurhauses Rat zu pflegen, ein Befehl, den er fast allzu genau befolgt hat. Er wurde in diesem Sinne vornehmlich verwiesen an Lord Halifax, der sich dem Hause Braunschweig alle Zeit ergeben gezeigt habe, dazu von hervorragender Begabung, umsichtig und massvoll. Er wurde ferner verwiesen an einflussreiche whiggistische Lords wie Townshend, Somers, Cowper, Wharton und andere; an bedeutende Whigs im Unterhause, Männer wie Cadogan und Stanhope; im besonderen aber an die Lords Somerset und Sunderland, den Schwiegersohn Marlboroughs. Nur soll er den Eingebungen des stürmischen Sunderland nicht sogleich folgen, ohne vorher mit den anderen Freunden sich beraten zu haben. Im allgemeinen wurde ihm Vorsicht im Verkehr mit den Whigs zur Pflicht gemacht. Sind über wichtige Fragen Beschlüsse zu fassen, so geschehe es teils in heimlichen Zusammenkünften, teils durch vertraute Mittelspersonen. Dahin war es doch schon gekommen, dass der Fürst, der einst in England König sein sollte, die dort Regierenden wie seine natürlichen Feinde betrachten, mit ihren Gegnern Freundschaft halten musste. Wie eine Rotte von Verschwörern mussten die Männer mit einander Verkehr pflegen, die für das Gesetz Englands eintraten. Denn die Vernichtung des Gesetzes erwarteten sie von den Regierenden.

Nicht in gleichem Masse vom Misstrauen gegen die englischen Minister diktiert war die Instruktion, welche die Kurfürstin Sophie ihrerseits für den Baron Schütz ausstellen liess. Diese verpflichtete ihn zu vollkommener Unparteilichkeit. Er soll einen allzu öffentlichen Verkehr mit den Whigs vermeiden, um bei den Ministern nicht Verdacht zu erwecken. Vielmehr möge er sich gerade auch mit diesen verhalten und dem Grossschatzmeister offen erklären, wenn er und seine Freunde für die Interessen des Kurhauses wirken wollten, so würden sie auf Erkenntlichkeit zählen dürfen. Darin eben unterschied sich die Auffassung der alten Kurfürstin von der ihres Sohnes. Sie meinte, am Ende doch noch am sichersten durch die englischen Minister selbst zum Ziele gelangen zu können. Der Instruktion des Kurfürsten hingegen lag der Gedanke zu Grunde, dass es darauf ankomme, dem Einflusse der Minister nach Kräften entgegenzuwirken. Der Gesandte mochte nun zusehen, wie er beiden zugleich gerecht wurde.

Man bemerkt auch, wie sehr es Sophien darnach verlangte, wirklich einmal den englischen Thron besteigen zu dürfen. Es war der Gedanke und die Hoffnung ihres Witwentums; ein merkwürdiger

Kontrast gegen die laue Haltung Georg Ludwigs, dem selbst als König sein deutsches Kurfürstentum noch näher am Herzen lag als seine britische Würde.

Das richtige Gefühl Sophiens für die Bedeutung der religiösen Gegensätze fand darin seinen Ausdruck, dass sie die Befürchtungen, welche anglikanische Geistliche an die Thronbesteigung eines lutherischen Fürstenhauses knüpften, zu zerstreuen suchte.¹⁾ Man sollte den Herren deutlich machen, dass die Superintendenten in der evangelischen Kirchenordnung eine ganz ähnliche Rolle spielten, wie in England die Bischöfe.

Die Kurfürstin wies auch auf die Möglichkeit hin, dass der Prätendent sich zum Protestantismus bekenne, um sich dadurch den Weg zum Throne zu eröffnen. Auch in diesem Falle soll aber Schütz für den Anspruch des Hauses Hannover eintreten. Das Recht der linearen Erbfolge, nachdem die Krone Grossbritanniens von einem Besitzer auf den andern übertragen werde, dürfe doch nicht ohne alle Einschränkung gelten. Einen papistischen Prinzen, selbst wenn er scheinbar Protestant geworden sei, zur Herrschaft in England zuzulassen, würde unvereinbar sein mit den Grundsätzen der Revolution von 1688.

Der Kurfürst liess sich in seinen Instruktionen für Schütz naturgemäss über die von den Whigs gewünschte Sendung des Herzogs von Cambridge weitläufig aus. Er verharrte bei seiner ablehnenden Haltung und gab dem Gesandten zur Rechtfertigung derselben eine Reihe wichtiger Gründe an die Hand.

Er wies ihn ferner an, die vom Grossschatzmeister in die Welt gesetzte Behauptung zu widerlegen, als ob zwischen den Höfen von London und Wien vollkommenes Einvernehmen herrsche. Er möge in diesem Sinne darauf hinweisen, wie das Interesse des Kurfürstentums von den englischen Ministern bei der Friedensverhandlung vernachlässigt worden und wie die durch Grote überreichten Denkschriften ohne jede Antwort geblieben seien. Auch sollte Schütz, ganz wie dies schon Grote anbefohlen gewesen, den übelgemeinten Ausstreuungen der Feinde der Succession entgegentreten, welche behaupteten, dass der Kurfürst der englischen Thronfolgefrage gleich-

¹⁾ Grote hatte einmal auf die üble Gesinnung der Geistlichen hingewiesen. Vergl. Pauli, Konfessionelle Bedenken bei der Thronbesteigung des Hauses Hannover in England (Aufsätze z. Engl. Gesch. N. F.) S. 381. Statt des Irrtums, den F. Salomon 230, N. 2 bei Pauli voraussetzt, ist wohl eher anzunehmen, dass schon in Grottes Instruktion dasselbe wie in der für Schütz gestanden habe; wie ja doch auch in Bezug auf manches andere.

gültig gegenüberstehe. Sein Verhalten bot ja freilich genug Anlass zu einer solchen Auffassung, aber dennoch durfte man sie nicht aufkommen lassen. Die Freunde der protestantischen Succession mussten vielmehr in ihrem Eifer gestärkt werden durch die Versicherung, dass der Kurfürst beim Tode der Königin die Erwartungen der Nation erfüllen werde. Aber auch sie, die englischen Freunde, müssten fest bleiben und sich so mutig beweisen, wie die Lage es erfordere. Wollten sie doch eintreten für Religion und Freiheit, für ihr Recht und ihr Gut. Auf ihrer Seite aber stehe das Gesetz des Landes.

Mit diesen Aufträgen versehen, kam Schütz im September 1713 in London an. In den ersten Wochen seines Aufenthaltes trat er lediglich als Privatmann auf. Aber wie es in solchen Fällen zu geschehen pflegt: niemand glaubte an die persönlichen Geschäfte, die ihn nach London geführt haben sollten. Die diplomatische Welt war gar bald hinter den wahren Zweck seiner Reise gekommen. Er begann zu fürchten, dass man glauben werde, er trage Feindseligkeiten gegen die Minister im Schilde; es musste auch auffallen, dass er das Angesicht der Königin mied, trotzdem er ihr ja von früher her bekannt war. Schon nach einem Monat bat er darum den Kurfürsten, als Gesandter auftreten und von seinen Aufträgen Mitteilung machen zu dürfen; die Erlaubnis wurde ungesäumt erteilt.¹⁾

Mittlerweile hatte Schütz sich schon mit den bedeutendsten Führern der hannövrischen Partei in Verbindung gesetzt und bei ihnen Belehrung gesucht über die Hoffnungen und Gefahren der augenblicklichen Lage. Die letzteren schienen zu überwiegen. Die dem Kurhause wohlgesinnten Tories wie die Whigs stimmten darin überein, dass die Königin durchaus gegen die hannövrische Thronfolge sei. Ihre eigenen Neigungen, hiess es, träfen zusammen mit dem Wunsche ihres sterbenden Vaters. Wenn es mit dem Prätendenten nicht glücken sollte, so würde sie die Krone lieber einem Fremden vererben, als der kurfürstlichen Familie. So tief sei der Hass, den sie gegen diese im Herzen trage.²⁾ Ein anderes Mal weiss Schütz zu berichten³⁾, dass die Jacobiten mit Sicherheit auf die Überkunft des Prätendenten zählten. Nur sei es noch zweifelhaft, ob er allein kommen werde oder mit französischen Truppen. Der Hof ist natürlich im Einverständnis. Die erste Landung des stuartischen Prinzen scheint in Schottland erfolgen zu sollen; dort wird schon Geld

¹⁾ Schütz an Georg Ludwig. 9./20. Oct. 1713. Georg Ludwig an Schütz, Göhrde 6. Nov. 1713. Han. Arch. — Schütz an Robeton 3. Nov. 1713. Macph. Pap. II. 511. — ²⁾ Macpherson Orig. Pap. II. 512. — ³⁾ Ebd. 504.

unter die Hochschotten verteilt, um sich ihrer im geeigneten Momente bedienen zu können.¹⁾

Ein grosser Teil dieser bedrohlichen Nachrichten beruhte sicherlich auf Irrtum und Übertreibung. Aber die besorgten Freunde des Hauses Braunschweig glaubten daran und bestärkten einander in ihrer Furcht. Am Ende werde der Kurfürst nicht anders die Krone erlangen, als wenn er mit einer Armee komme. In einem Wunsche stimmten sie nun alle überein, eben demjenigen, den zu erfüllen der kurfürstliche Hof nach der Instruktion des Barons Schütz am wenigsten geneigt war: von allen Seiten kamen Bitten, der Herzog von Cambridge möge nach England gesandt werden. Wenigstens möge man doch erklären, dass man seine Sendung beabsichtige, denn schon davon erwartete man einen guten Eindruck.²⁾ Selbst Marlborough, der sich eben in Antwerpen aufhielt, stimmte in den Chor ein.³⁾ Der Kurfürst aber und seine Räte blieben fest.

In einen offiziellen Verkehr mit dem englischen Hofe trat Baron Schütz erst im November 1713, als er den Charakter eines kurbraunschweigischen Gesandten angenommen hatte. Am 29. November a. St. führte ihn der Staatssekretär Bromley zur Königin Anna. Schütz hatte sie seit vier Jahren nicht gesehen, konnte aber trotz ihrer Krankheit keine grossen Veränderungen in ihrem Aussehen bemerken. Ihre Gesichtsfarbe erschien ihm frisch und gesund und nicht mehr so rot wie früher. Ihre kolossale Leibesfülle, von der Schütz gehört hatte, — es hiess, sie könne weder gehen noch stehen — war im Sitzen und dank ihrer weiten Gewandung weniger auffällig. Die Königin erkundigte sich nach dem Befinden des Kurfürsten, versicherte auch, dass ihr jederzeit angenehm sein würde, „dero Interesse zu beobachten und Zeichen von ihrer Freundschaft und Affektion bei allen Gelegenheiten zu geben.“⁴⁾ Von dem Rechte des Kurfürsten auf die englische Krone sprach sie kein Wort.

In den folgenden Wochen nach dieser Audienz bei der Königin erhielt Schütz Gelegenheit, mit den Ministern und hohen Würdenträgern in Verkehr zu treten. Einer nach dem andern versicherte den Gesandten, dass er alles thun werde, was in seinen Kräften stehe, um die Thronfolge des Hauses Hannover zu sichern. Schütz aber traute keinem und folgte nur den Eingebungen seiner whiggistischen Freunde. Jene Versicherungen erhielt er von Bolingbroke und dem

¹⁾ Macph. Orig. Pap. II, 514. — ²⁾ Ebd. 521. — ³⁾ Ebd. II, 516. — ⁴⁾ Schütz an Georg Ludwig 1./12. Dec. 1713. H. A.

zweiten Staatssekretär Bromley nicht minder als vom Grafen Oxford. Der letztere begann jetzt sich als vornehmsten Beschützer der protestantischen Succession aufzuspielen.¹⁾ Gleichwohl war er ebenso wenig wie Bolingbroke für die von Schütz ihm vorgetragene besonderen Wünsche zu haben. Den Staatssekretär ersuchte Schütz um die Verwendung Englands, um dem Kurfürsten einige Vorteile im Reiche zu verschaffen; Bolingbroke erklärte dies für unmöglich.²⁾ Oxford aber hüllte sich in seine gewöhnliche Unergründbarkeit, fragte zwanzigmal nach dem Befinden der kurfürstlichen Familie und erging sich in allgemeinen Reden und Betrachtungen. Wollte Schütz von den Soldrückständen zu sprechen beginnen, die England dem Kurstaate noch vom letzten Kriege her schuldete, so erkundigte sich der Grossschatzmeister angelegentlich nach der Gesundheit des Kurfürsten. Suchte der Gesandte wieder auf seinen Gegenstand zu kommen, so entschuldigte sich Oxford, dass er ihm noch keinen Besuch gemacht habe. Gelegentlich machte er auch selber Vorschläge zur Befestigung der Thronfolge Hannovers; wenn aber Schütz ein anderes Mal auf dieselben zurückkam, so wollte Oxford nichts mehr davon wissen.³⁾

Die grosse Frage der Thronfolge in England schien um die Wende des Jahres 1713 eine schnelle Entscheidung finden zu sollen. Die Krankheit der Königin Anna nahm am 24. Dezember a. St. einen so bedenklichen Charakter an, dass das Ende unmittelbar bevorzustehen schien. Alles war in höchster Aufregung. Nach einigen Tagen aber trat Besserung ein; die augenblickliche Gefahr für das Leben war beseitigt. Es ist kein Zweifel, dass der Tod der Königin ein schwerer Schlag für die Minister gewesen sein würde. Welches immer ihre letzten Absichten gewesen sind, sie hatten sich damals ebenso wie später, als die Königin wirklich starb, nach keiner Seite hin recht vorgesehen. Es war zur Zeit unmöglich, den Prätendenten auf den Thron zu erheben, es sei denn, dass Frankreich ihn mit bewaffneter Hand unterstützt hätte. Und dass ein hannövrischer Souverän sie nicht in seinem Rate geduldet hätte, darüber konnten sie sich wohl nicht täuschen. Sie waren, soviel wir sehen können, in der That völlig ratlos. Äusserungen Bolingbrokes aus diesen Tagen sind bekannt, in denen er sich über die Lässigkeit des Grafen Oxford beklagte; hoffentlich werde er jetzt die notwendigen Schritte thun, um für sich, seine Freunde und das Land,

¹⁾ Macph. Pap. II. 509. — ²⁾ Schütz an Georg Ludwig 18./29. Dec. 1713. H. A. — ³⁾ Schütz an Georg Ludwig 2./13. Febr. 1713. H. A. Vergl. Macph. Or. Pap. II. 503, 505, 518.

falls die Königin sterbe, wenigstens Bedingungen machen zu können — dabei kann es sich wohl nur um Bedingungen mit dem Hause Hannover handeln. Trete der Fall jetzt ein, so bleibe nur Rettung durch die Flucht oder durch eine Kapitulation.¹⁾ Wie einem Feinde, von dem man nur zu fürchten, nichts zu hoffen habe, sahen die englischen Minister der Ankunft der durch das Gesetz zur Thronfolge berufenen Dynastie entgegen.

Ganz anders die Whigs. Sie wussten genau, welche Schritte sie zu ergreifen hätten, wenn jetzt der Thron frei würde. Diejenigen Parteimitglieder, welche noch ein Recht besaßen, sich als Mitglieder des geheimen Rates zu betrachten, obwohl sie längst nicht mehr an seinen Sitzungen teilgenommen hatten, würden sich sofort in eines der Beratungszimmer begeben und dort dem neuen protestantischen Souverän den Treueid geleistet haben. Alsdann hätten sie eine der drei Ausfertigungen der Urkunde eröffnet, durch welche die Kurfürstin Sophie eine Anzahl von Regenten für die Zeit ihrer Abwesenheit einsetzte; sie wussten ohnedies, dass vornehmlich Mitglieder ihrer Partei darin genannt sein würden. So hätten sie die Zügel der Regierung in ihre Hände genommen, Sophie als Königin proklamieren zu lassen, ihre Thronbesteigung gesichert.²⁾

Nun aber lebte die Königin, und in verdoppeltem Masse kehrten die Befürchtungen der hannövrischen Partei wieder, dass jetzt die Minister die Zeit benutzen und Massregeln treffen würden, damit der Prätendent dem kurfürstlichen Hause zuvorkomme. Das Publikum lauschte besorgt auf die Nachrichten vom Auslande. Ende Januar 1714 wurde das Gerücht verbreitet, Frankreich rüste eine Flotte von 14 Kriegsschiffen aus, die mit 12 bis 14000 Mann an Bord in See stechen solle. Zugleich hiess es, der Ritter von St. George — so nannte sich der Prätendent — habe Bar le Duc verlassen; man wisse nicht, wohin sein Weg gehe. Zusammen mit dem abermals bedenklichen Gesundheitszustand der Königin verursachten diese übrigens völlig unwahren Nachrichten einen gewaltigen Schrecken in London. Die Staatspapiere sanken schnell im Werte und ein Sturm auf die Bank erfolgte, ähnlich demjenigen, der im Jahre 1708 durch die angebliche Landung des Prätendenten in Schottland verursacht worden. Jeder wollte sein Guthaben schleunigst in bare Münze umsetzen. Aber auch dieses Mal wurde der drohende Bankbruch durch das Dazwischentreten der Regierung verhindert. Es

¹⁾ Siehe Klopp XIV. 511—513 u. 695. — ²⁾ Bonets Berichte vom 1/12. Jan. 1714, 19. Febr./ 2. März 1714. Geheimes Staats-Archiv.

erfolgte die Veröffentlichung eines Briefes der Königin an den Lord Mayor, in dem sie von der Besserung in ihrem Befinden Mitteilung machte. Sie hoffe zur vorbestimmten Zeit, am 16. Februar, das Parlament persönlich eröffnen zu können. Der Erfolg war vollständig: das Vertrauen und die Sicherheit kehrten zurück, die Kurse hoben sich und der Andrang zur Bank nahm ein Ende.¹⁾

Die nun herannahende Parlaments-Session musste für die Frage der Thronfolge und damit für die ferneren Geschieke Englands von grossem Einflusse sein. Viele Freunde der protestantischen Succession fürchteten, die Minister möchten das Parlament auflösen oder für längere Zeit vertagen, damit es beim Tode der Königin, den man nicht mehr fern glaubte, nicht versammelt sei. Denn die allgemeine Ansicht war, dass die Beseitigung der protestantischen Succession auf gesetzlichem Wege, also durch Parlamentsbeschluss unmöglich sein würde. Dagegen schien die Gefügigkeit der Parlamente in Fällen früherer Usurpationen zu lehren — man brauchte nur an die Thronbesteigung Heinrichs VII. zu denken — dass es dem erst einmal im Besitze der Krone befindlichen stuartischen Könige nicht schwer sein werde, die nachträgliche Anerkennung durch das Parlament zu erlangen. Die Frage, ob die Regierung jetzt das Parlament zusammentreten lasse oder nicht, sollte also den Whigs der Prüfstein sein für die Absichten des Hofes in Bezug auf die Thronfolge.

Als aber das Parlament sich am 16. Februar in der That versammeln durfte, liess darum die Whigpartei doch noch keineswegs ihren Argwohn gegen die Regierenden fahren, und ihr Plan war nunmehr, auf parlamentarischem Wege die protestantische Succession zu sichern. Der Hof hatte die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen nicht durchsetzen können oder wollen: Die Whigs gedachten diesen Umstand zu benutzen, um im Parlament die Berufung des Kurprinzen zu fordern. So standen bei der Eröffnung des Parlaments die Anhänger der hannövrischen Thronfolge und ihre Gegner einander gegenüber. Die Stärke der einen war das Gesetz, welches diese Thronfolge vorschrieb; die andern waren mächtig durch den Besitz der Herrschaft; jene führten den Kampf für das Recht mit offenem Visier, diese führten ihre Streiche hinterücks. Es musste sich zeigen, welcher Seite der Sieg verblieb.²⁾

¹⁾ Schütz an Georg Ludwig 26. Jan./6. Febr. 29. Jan./9. Febr. 1714. H. A. Bonets Berichte vom 29. Jan./9. Febr. 2./13. 5./16. Febr. 1714. G. St.-A. Tindal. — ²⁾ Bonets Berichte von 12./23. 16./27. Febr. 19. Febr./2. März 1714. G. St.-A.

An dem festgesetzten 16. Februar a. St. erfolgte nur die Wahl eines Sprechers im Unterhause. Sir Thomas Hanmer wurde dazu ernannt, ein Tory, der aber dabei ein eifriger Beförderer der protestantischen Succession war. Ob es wahr ist, wie ein jacobitischer Schriftsteller behauptet hat¹⁾, dass die auf einander eifersüchtigen Minister Oxford und Bolingbroke diese Persönlichkeit zum Sprecher bestimmten, weil sie ihnen beiden gleich unangenehm war, dürfen wir billig bezweifeln. Selbst wenn man annimmt, dass beide zur Rückführung des Prätendenten fest entschlossen gewesen seien, so wäre doch die Wahl eines Jacobiten zum Sprecher gar zu verfänglich gewesen. Die Gesinnung des Sir Thomas dagegen entsprach völlig der Mehrheit des Unterhauses. Auch diese war torystisch, aber dabei doch für die Durchführung der protestantischen Succession.

Die feierliche Eröffnung des Parlaments erfolgte erst am 2. März a. St. durch die Königin in Person, welche sich in einem Sessel in's Oberhaus tragen liess. Die Thronrede, welche sie sodann an beide Häuser des Parlamentes richtete²⁾, gab der Genugthuung über die Ratifikation des Friedens- und Handelsvertrages mit Spanien Ausdruck. Das Volk sei jetzt erlöst von dem zehrenden Landkriege; die gute Wirkung des Friedens könnte in Gefahr geraten nur durch Unfrieden im Innern. Sie, die Königin, habe sich den Grundsatz ihrer ruhmreichsten Vorfahren zu eigen gemacht, mit der Macht Englands das Gleichgewicht zwischen den Staaten Europas zu erhalten. England könne nur durch den Handel blühen und seine Stärke beruhe auf seiner Seemacht. Die Königin sprach auch von der grossen, allen Zuhörern auf den Lippen schwebenden Frage der Succession, und ihre Rede nahm einen erregten, fast leidenschaftlichen Charakter an, der seltsam abstach von der sonst an Thronreden gewöhnlichen kühlen Ruhe, die dem Ausdrucke rein menschlicher Gefühle so fern steht. Mit Beziehung auf den in London infolge der falschen Nachrichten jüngst ausgebrochenen Schrecken wies sie auf die Notwendigkeit hin, die aufrührerischen Schriften und Reden zum Schweigen zu bringen, durch welche der öffentliche Kredit erschüttert und Unschuldige geschädigt worden seien. „Haben doch einige“, so führte sie aus, „die Bosheit so weit getrieben, zu behaupten, dass die protestantische Succession im Hause Hannover unter meiner Regierung in Gefahr sei. Die so die Gemüter mit eingebildeten Gefahren zu erschrecken suchen, können nur darauf ausgehen, die gegenwärtige Ruhe zu stören und Unheil zu stiften.“

¹⁾ Lockhart Pap. I, 441. — ²⁾ Parl Hist. VI, 1256—58.

Nach allem, was ich gethan habe, um unsere Religion und Ihre Freiheiten zu sichern und beide ungeschmälert der Nachwelt zu hinterlassen, vermag ich nicht ruhig zu bleiben bei diesem Treiben, und ich fühle mich Ihrer Aller Zustimmung gewiss, wenn ich meine, dass Angriffe auf meine Stellung oder Versuche mich im ruhigen Besitze meiner Krone zu stören, nicht die geeigneten Mittel sein können, um die protestantische Succession zu stärken.“ Einigkeit im Innern thue jetzt not, durch sie müsse man die Schäden des Krieges zu heilen suchen. „Das letzte Parlament,“ so lautete der Schluss, „hat mir seine Mitwirkung geliehen beim Friedensschlusse. Möge das gegenwärtige seine Ehre darin suchen, mich in dem Bestreben zu unterstützen, den Frieden zu einem Segen werden zu lassen nicht nur für die Gegenwart, sondern selbst noch für die späteste Nachwelt.“

Die Rede erregte viel Verwunderung und Unzufriedenheit bei den Whigs.¹⁾ Man fand sie in Stil und Ausdruck nicht angemessen. Sie enthalte, wie Schütz es in seinem Berichte an den Kurfürsten ausdrückte, „unterschiedliche sehr gemeine expressiones“. Man hielt sich darüber auf, dass die Königin jetzt noch über den schweren Landkrieg klage, von dem sie doch seit zwei Jahren befreit sei. Und vollends die Bemerkungen über die Thronfolge des Hauses Hannover, wie kalt und feindselig sie klangen! Sonst hatte die Königin doch bei jeder Gelegenheit ihr Volk versichert, dass ihr die protestantische Succession sehr am Herzen liege, dass sie im besten Einvernehmen mit dem kurfürstlichen Hofe lebe. Im vergangenen Jahre, im April 1713, sollte sie ja freilich, so erzählte man sich, nur durch das dringende Zureden ihrer Minister bewegt worden sein, der hannöverischen Succession in ihrer Thronrede Erwähnung zu thun. Und doch, was sie damals gesagt hatte²⁾ von der vollkommenen Freundschaft zwischen den beiden Höfen, welche alle, die es mit beiden und mit ihrem Lande ehrlich meinten, völlig beruhigen müsse, wieviel wärmer und herzlicher hatte es geklungen, als was man jetzt gehört hatte. Der protestantischen Succession war nur Erwähnung gethan, um sich darüber zu beklagen, dass gewisse Leute behauptet hatten, dieselbe sei unter dieser Herrschaft in Gefahr. Und statt nun, wie man erwarten sollte, daran die Bemerkung zu knüpfen, dass sie das Ihrige thun wolle, um zusammen mit dem Parlamente jede der gesetzlichen Thronfolge drohende Gefahr

¹⁾ Schütz an Georg Ludwig 12./23. März 1714. H. A. — ²⁾ Parl. Hist. VI. 1172.

zu beseitigen, sprach die Königin nur von dem Angriffe auf ihre Autorität und ihre Privilegien, der in jenen böswilligen Ausstreuungen liege. Das Parlament rief sie auf, nicht um mit ihr für die protestantische Thronfolge zu arbeiten, sondern um sie zu unterstützen gegen jeden, der sie im ruhigen Besitze ihrer Krone stören wollte.

Betrachtungen dieser Art waren es, welche die Whigs, und wohl nicht ganz ohne Grund, an die Thronrede der Königin knüpften. Sie erblickten darin einen neuen Beweis dafür, dass die Minister dem Prätendenten den Weg zur Rückkehr ebnen wollten. Und dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch einen Vorgang, der sich einige Tage später abspielte. Im Namen der gesamten Geistlichkeit wurde der Königin eine Adresse überreicht, um der Freude über ihre Genesung und ihre Rückkehr nach London Ausdruck zu geben. Die Deputation sprach dabei die Hoffnung aus, die Königin werde dereinst, nachdem sie noch lange und glücklich regiert habe, die Krone einem protestantischen Nachfolger aus dem Hause Hannover hinterlassen; sie selbst habe ja vormals erklärt, dass ihr keine zweite Angelegenheit so wie diese am Herzen liege. Die Königin aber ging auf diese Anregungen gar nicht ein, dankte nur mit wenigen kalten Worten für die Beglückwünschung und empfahl dem Klerus Gebet und Einigkeit. Diese Antwort, meinte Schütz¹⁾, berechtige zu dem Schlusse, dass Lord Oxford sich seiner Sache schon sicher fühle und alle weitere Verstellung für unnötig erachte.

Die Verhandlungen in den beiden Häusern des Parlaments nahmen einen für die Regierung durchaus günstigen Verlauf. Die Adressen, mit welchen die Thronrede der Königin beantwortet wurde, waren in demselben Geiste abgefasst wie diese selbst. In hergebrachter Weise wurden die bemerkenswerten Sätze derselben wörtlich wiederholt. Auch die beiden Häuser waren hochofret über den Vertrag mit Spanien, auch sie sprachen von der Bosheit, die in der Behauptung liege, dass die protestantische Succession unter der Königin Anna in Gefahr sei und versprachen ihre Unterstützung gegen jeden Versuch, die Königin in ihren Rechten zu beschränken.²⁾ Im Sinne jenes Teiles der Thronrede, der sich gegen aufrührerische Schriften wandte, schritten die Lords gegen Verleger und Drucker eines Pamphlets ein, das die Union mit Schottland scharf verurteilte.³⁾ Doch eine Proklamation der Königin, welche eine Belohnung auf die Entdeckung des Verfassers setzte,

¹⁾ Schütz an Georg Ludwig 12./23. März 1714. H. A. — ²⁾ Parl. Hist. VI, 1258—1259. — ³⁾ Parl. Hist. VI, 1260 ff.

— es war kein anderer als Jonathan Swift — hatte keine weiteren Folgen. Bei einer ähnlichen Gelegenheit, als Richard Steele vom Unterhause wegen einiger Schriften zur Rechenschaft gezogen wurde¹⁾, in denen er die protestantische Succession verteidigt hatte, hielt auch Robert Walpole eine seiner grossen, vielbewunderten Reden, von welcher die bedeutendsten Wendungen uns überliefert sind.²⁾ Mit welchem Rechte, fragte er, ziehe das Parlament den Autor zur Rechenschaft für Schriften, die er als Privatmann verfasst habe. Sind sie strafbar nach dem Gesetz, warum überlässt man ihn nicht dem Gesetze? Sonst war das Parlament die Zuchtrute schlechter Minister; so aber wird es durch die Minister zur Zuchtrute der Unterthanen. Zu Zeiten Jacobs II. war es ein Verbrechen zu sagen, der König ist ein Papist, und doch vermochte die Strenge des Gesetzes oder die Grausamkeit seiner Diener keinem einzigen Menschen den Glauben an die sichere Thatsache zu rauben. Steele werde nur deshalb angegriffen, weil er sich zum Anwalt der protestantischen Succession gemacht habe; diese solle in ihm getroffen werden. Seine Bestrafung werde ein Symptom dafür sein, dass die Succession in Gefahr sei. Aber trotz der glänzenden Verteidigung, die nach Bonets Meinung des augusteischen Zeitalters würdig gewesen wäre, wurde Steele von den Sitzungen des Unterhauses ausgeschlossen.

Der parlamentarische Feldzug gegen das Ministerium wurde am 17. März a. St. von den Whigs im Oberhause eröffnet³⁾, indem man beschloss, die Königin um Mitteilungen zu ersuchen, welche Massregeln zur Entfernung des Prätendenten aus Lothringen ergriffen seien und mit welchem Erfolge. Die Frage war gerade in der ganzen Nation lebhaft erörtert worden, da kurz vor der Parlamentseröffnung ein Brief im Druck erschien, den der Herzog von Lothringen der Königin geschrieben haben sollte⁴⁾, voller Lobeserhebungen über die glänzenden Eigenschaften des Chevalier von St. George. Ihn auszuweisen könne der Herzog sich nicht entschliessen, da es gegen seine Ehre und gegen die Regeln der Gastfreundschaft sein würde. Die kecke Sprache musste beim englischen Volke den Eindruck erwecken, als ob die Regierung sich gar nicht ernstlich um die Entfernung des Prätendenten bemüht habe. Indem sie die darauf bezüglichen Schriftstücke zu sehen verlangten, hofften die Whigs die Falschheit der Minister vor aller Welt darzuthun.

¹⁾ Ebd. 1265 ff. — ²⁾ Coxe, Walp. I, 44. — ³⁾ Parl. Hist. VI. 1330 ff. — ⁴⁾ Ebd. 1333—4.

Die Vorlegung der amtlichen Depeschen, welche in dieser Angelegenheit gewechselt waren, sollte am 5. April a. St. erfolgen. An diesem Tage trat im Oberhause¹⁾ Graf Sunderland mit der Behauptung auf, der lothringische Gesandte Baron Fostner habe ihm erzählt, dass seinem Herrn überhaupt keine Vorstellungen zu dem bewussten Zwecke gemacht worden seien. Bolingbroke setzte die Behauptung dagegen, er selbst habe Fostner im Auftrage der Königin solche Vorstellungen gemacht. Graf Wharton bat um die versprochenen Mitteilungen. Es wurden in der That drei Schriftstücke dem Hause vorgelegt, aus denen hervorgehen sollte, dass die Königin sich bei Frankreich redlich um die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen bemüht habe. Wharton aber sprach, er wundere sich, dass nur so wenige Briefe in dieser wichtigen Angelegenheit gewechselt worden seien und dass man dieselbe so kalt-sinnig betrieben habe. Es sei doch wunderbar, dass am französischen Hofe solche Vorstellungen überhaupt nötig waren. Der König von Frankreich hätte alle Ursache, der Königin, die ihn nach seinem tiefen Sturze wieder emporgehoben habe, dankbar zu sein. Und doch thue er nichts, um ihr billiges Verlangen zu erfüllen. Kein Zweifel, dass auf Frankreichs Wunsch der Prätendent in Lothringen bleibe. Warum aber König Ludwig ihn nahe zur Hand haben wolle, sei unschwer zu erraten. Da Wharton erklärte, er müsse bei der gegenwärtigen Lage mehr als jemals glauben, dass die protestantische Succession schwer gefährdet sei, so schlug jemand vor, über die Frage abzustimmen, „ob unter der gegenwärtigen Verwaltung die protestantische Succession in Gefahr sei“. Die Whigs wünschten die Worte „unter der gegenwärtigen Verwaltung“ zu streichen, damit nicht ihre Abstimmung sich gegen die Königin selbst zu richten scheine. Aber eben das beabsichtigte die Hofpartei; sie setzte die Beibehaltung dieses Ausdrucks durch, mit der Begründung, dass ja die Königin selbst auch von jener angeblichen Gefährdung der protestantischen Succession in ihrer Thronrede gesprochen habe.

In dieser scharfen Form wurde nun die Frage zur Beratung gestellt²⁾ und es entspann sich eine erhitzte siebenstündige

¹⁾ Parl. Hist. VI, 1334 ff. Schütz' Bericht an den Kurf. vom 6./17. Apr. H. A. Schütz wohnte der Sitzung bei, um seinem Herrn genau darüber berichten zu können. Es wurde ihm auch gestattet, zu bleiben, als auf den Antrag eines Mitgliedes die übrigen Zuhörer entfernt wurden.

²⁾ Klopp XIV, 557 stellt den Vorgang so dar, als ob es sich in der ganzen Debatte bloss um die Worte „unter der gegenwärtigen Verwaltung“ gehandelt habe. Dies war aber nur eine Vorfrage. — Um für die auch von

Debatte. Zur Bestürzung der Minister trat jetzt auch eine Reihe torystischer Mitglieder als Redner gegen die Regierung auf, so der Erzbischof von York, dem sich bei der Abstimmung fast die sämtlichen übrigen Prälaten anschlossen, und einflussreiche Lords, wie Anglesea. Namentlich des letzteren Worte machten einen tiefen Eindruck auf die ganze Versammlung. Er selbst habe, sagte er, ehemals zum Waffenstillstande seine Zustimmung gegeben, aber nur weil jener edle Lord — er wies auf den Grafen Oxford — versichert habe, der Friede werde ruhmvoll und vorteilhaft sein für die Königin und ihre Verbündeten. Aber, fuhr er mit Heftigkeit fort, wenn er sehe, dass man ihn betrogen habe, so dürfe er einen schlechten Minister auch aus dem Kabinette der Königin in den Tower und aus dem Tower auf's Schaffot treiben. Den drohenden Worten stellte der Schatzmeister die Behauptung entgegen, der Friede sei in der That ruhmvoll und vorteilhaft, doch sogleich erfolgten neue Angriffe. Der Herzog von Argyle erzählte, wie er jüngst durch Frankreich gereist sei und überall die furchtbare Verwüstung des schönen Landes wahrgenommen habe. 40 Meilen weit habe er reiten können, ohne einen waffenfähigen Mann zu treffen. Er vermöge nicht einzusehen, weshalb man mit einem Fürsten, dessen Land so entblösst sei von Menschen und Gütern, so eilig habe Frieden schliessen müssen. In Bezug auf die zur Erörterung stehende Frage sei es sein fester Glaube, dass der Thronfolge des kurfürstlichen Hauses von Hannover Gefahr drohe von seiten der gegenwärtigen Minister, die er der schlechten Verwaltung im Hause und im Lande anzuklagen sich nicht zu scheuen brauche. Als endlich die Abstimmung herankam, wurde freilich mit 76 gegen 64 Stimmen erklärt, dass die protestantische Succession ausser Gefahr sei, aber jedermann stellte die Betrachtung an, dass diese Mehrheit von zwölf Stimmen auf Rechnung der vor zwei Jahren neu geschaffenen Peers kam, die sich ebenso wie die sechzehn schottischen Peers samt und sonders für die Krone erklärt hatten. Mit einigem Recht konnte man diese Abstimmung in Wahrheit als eine Niederlage der Regierung betrachten.

Die Whigs glaubten sich nunmehr stark genug, einen Schritt vorwärts zu thun und da viele Tories nach der ermüdenden Debatte das Haus verlassen hatten¹⁾, so stellten sie sogleich einige Anträge zur Bekämpfung der Jacobiten. Die Königin solle durch eine

Mahon zitierten Drohungen Angleseas eine Quelle zu finden, hätte Klopp nur die Parl. Hist. (VI, 1336) aufschlagen dürfen.

¹⁾ Lockhart Pap. I, 471.

Adresse ersucht werden, ihre Vorstellungen zur Entfernung des Prätendenten aus Lothringen zu erneuern und neue Garantien für die protestantische Succession zu schaffen. Graf Wharton schlug sogar vor, die Königin zu bitten, sie möge durch eine Proklamation jeder Person eine Belohnung zusagen, welche den Prätendenten tot oder lebendig ergreifen würde. Zu so blutdürstigen Vorschlägen verstieg sich der Hass der Whigpartei gegen den stuartischen Prinzen. Gleichviel ob er König zu werden suche oder nicht, sollte er für vogelfrei erklärt, mit andern Worten den Mörderhänden irgend eines Ehrlosen überliefert werden, den es gelüstete, den auf seinen Kopf gesetzten Preis sich zu verdienen.

Es war spät in der Nacht als diese Anträge gestellt wurden, einige Tories wünschten Vertagung; als aber die Whigs auf augenblicklicher Entscheidung bestanden, da wurde die Überreichung einer Adresse, welche jene Wünsche enthielt, einstimmig beschlossen. Als drei Tage später die zur Abfassung der Adresse ernannte Kommission dem Hause einen Entwurf vorlegte, wiesen mehrere Mitglieder auf das Barbarische eines solchen Verfahrens hin, das nicht mehr und nicht weniger als eine direkte Ermutigung zum Morde sei. Die Whigs wollten sich auf ähnliche Fälle aus der englischen Geschichte berufen, aber sie hatten unglücklicherweise doch kein anderes Beispiel zur Hand als dasjenige des vertriebenen Jacobs II., der seinen Neffen, den Herzog von Monmouth in derselben Weise geächtet habe, wie man es jetzt mit dem Sohne König Jacobs vorhatte. Es fand sich schliesslich eine Mehrheit für die mildere und der Ehre des Hauses würdigere Form, durch welche die Königin nur ersucht wurde, die ausgesetzte Belohnung demjenigen zuzusagen, der den Prätendenten ergreifen und vor einen Gerichtshof bringen würde, falls er in Grossbritannien oder Irland eine Landung vollführen oder versuchen würde. Von grösserer Bedeutung war aber eine zweite Änderung, welche die Hofpartei in der dem Hause vorgelegten Adresse durchsetzte. Nachdem der Beschluss zur Überreichung derselben an die Königin nicht zu verhindern gewesen, wurde wenigstens ein Passus in dieselbe aufgenommen, der den Zweck der ganzen Sache von vornherein illusorisch machte. Die Königin wurde in der endlich vom Oberhause überreichten Adresse ersucht, die Proklamation gegen den Prätendenten zu erlassen, „sobald sie in ihrer grossen Weisheit es für nötig erachten würde“. Die Antwort, welche die Königin darauf erteilte, klang immer noch wie eine scharfe Rüge für den aufdringlichen Ratschlag. Wenn die Lords wirklich die Thronfolge im Hause Hannover sichern und die Regierung der

Königin selbst unterstützen wollten, so möchten sie nur vorerst jene grundlosen Befürchtungen und Gehässigkeiten, die überall laut würden, zum Schweigen bringen. „Zu der vorgeschlagenen Proklamation sehe ich gegenwärtig keine Veranlassung. Sobald ich sie für notwendig halte, werde ich die entsprechenden Befehle erteilen.“

Kein Wunder, dass diese königliche Antwort wenig befriedigte; die Whigs wurden durch dieselbe in ihrer Überzeugung bestärkt, dass es um die Rechte des Hauses Hannover schlecht bestellt sei und alles verloren sein werde, „falls die Sache in diesem Stande noch eine Zeitlang bleiben sollte.“¹⁾ Der baldige Tod der Königin war die einzige Hoffnung der hannövrischen Partei. Einige Tage später verhandelte auch das Unterhaus über die Frage, ob die protestantische Succession unter Annas Regierung in Gefahr sei. In der Kommission, die sich zuerst mit der Frage beschäftigte, hatte Walpole sich redliche Mühe gegeben, den Namen der Königin aus der Angelegenheit fernzuhalten, damit sich niemand zu scheuen brauche, die Frage zu bejahen. Die Anhänger der Regierung aber setzten auch hier jene Form der Fragestellung durch, bei welcher die Königin persönlich durch das Ergebnis der Abstimmung getroffen wurde. Bei der Beratung dieser Kommission erklärte auch der Sprecher des Hauses, Sir Thomas Hanmer, dessen torystische Gesinnung wir schon kennen, er sei entschieden der Meinung, dass die protestantische Succession in Gefahr sei. Denn im Verlaufe der Debatte habe viel zur Unterstützung dieser Ansicht, nichts dagegen vorgebracht werden können. Jetzt sei es für Freunde des Vaterlandes an der Zeit zu reden. Trotzdem, durch dieses Beispiel bewogen, viele Tories mit den Whigs stimmten, so ergab sich doch noch eine Mehrheit von 48 Stimmen für die Erklärung, dass die protestantische Succession ausser Gefahr sei. Ein ähnliches Resultat hatte die Abstimmung des Plenums trotz der eindrucksvollen Reden Walpoles und des Generals Stanhope.²⁾

So waren die ersten Versuche der hannövrischen Partei, im Parlamente die Oberhand zu gewinnen, gescheitert. Aber auch die Minister hatten keinen Grund, sich ihres Sieges zu rühmen. Wäre es nicht durch die Macht gewesen, welche mit dem Besitze der Herrschaft zu allen Zeiten verbunden ist und welche im damaligen England bei der Abhängigkeit des Parlaments von der Regierung noch besonders stark war, so hätten sie sich kaum zu halten ver-

¹⁾ Schütz in einer chiffrierten Stelle seines Berichtes vom 13./24. Apr. H. A. — ²⁾ Parl. Hist. VI, 1346—48.

mocht. Man brauchte von der Mehrheit des Oberhauses nur die zwölf neu kreierte und die sechzehn schottischen Lords, von derjenigen des Unterhauses nur die etwas mehr als 100 im Dienste der Regierung stehenden Mitglieder in Abzug zu bringen, um zu erkennen, dass die letzten Abstimmungen die Gesinnung der Nation mit nichten widerspiegelten. Aber es war auch klar geworden, wie stark der Einfluss war, den die Minister auf ihre Partei zu üben vermochten, wie gross die Gefahr der Lage, wenn jene wirklich, wie man sagte, dem Prätendenten die Krone auf's Haupt setzen wollten. Wohl ist es gewiss, so hatte Baron Schütz, der hannövrische Gesandte, im Februar geschrieben, dass alle ehrlichen Leute, überhaupt neun Zehntel der Nation für Hannover sind, aber auch ebenso sicher, dass unter fünfzehn Tories vierzehn sich dem Prätendenten unterwerfen würden, wenn er mit einer französischen Armee käme.¹⁾ Und was wussten die besorgten Freunde des Kurfürsten nicht alles zu erzählen von den kriegerischen Vorbereitungen der Franzosen zu Wasser und zu Lande, um beim Tode der Königin sofort zur Hand zu sein. Der Zweck solcher meist ganz unwahrer Erzählungen war freilich schon vollkommen erfüllt, wenn dadurch im Lande nur der Argwohn gegen die Minister rege gehalten wurde.

Der hannövrische Gesandte in London hatte unterdessen seine Zurückhaltung den Ministern gegenüber auch ferner bewahrt. Eines Tages hatte Oxford in seiner oberflächlichen Art den Gedanken hingeworfen, eine Akte durchzubringen, welche das Regentschaftsgesetz zu Gunsten des Thronfolgers änderte. Da man eine böse Absicht witterte, so ward Schütz darauf vom Kurfürsten ermächtigt, der Königin, den Ministern und jedermann zu erklären, dass er mit dem Gesetze ganz zufrieden sei und eine Änderung nicht begehre.²⁾ Die whiggistischen Freunde aber rieten, auch diese Erklärung nicht ungefragt abzugeben, und da der Grossschatzmeister nicht auf die Sache zurückkam, so unterblieb auch jede weitere Erörterung. Unter den Whigs freilich war noch viel die Rede davon, dass die Minister die Akte ändern wollten, um bei dieser Gelegenheit einige Jacobiten in die Regentschaft einzuschwärzen und also „das stärkste Bollwerk der Succession zu brechen.“³⁾

Die völlige Zurückhaltung Georg Ludwigs war garnicht nach dem Sinne seiner Anhänger in England. Ihre dringendste Forderung blieb, der Kurprinz möge herüberkommen. In den Berichten des

¹⁾ Macpherson Pap. II, 556. — ²⁾ Schütz' Berichte von 1./12. Jan., 2./13. Febr., 16./27. März 1714. Weisungen vom 30. Jan. u. 16. März 1714. Hann. Arch. Vergl. Macpherson II, 544—45. — ³⁾ Macpherson II, 563.

Gesandten Schütz nimmt sie nach wie vor eine wichtige Stelle ein. Wie die Dinge lagen, hätte aber ein solcher Schritt wie eine starke Herausforderung der Regierung, ja der Königin selbst erscheinen müssen. Man kannte nun einmal ihren Widerwillen gegen die Anwesenheit eines Mitgliedes der zur Thronfolge berufenen Familie. Anna war krank; sie mochte fürchten, ihr Ansehen, die Liebe des Volks zu verlieren; wenn ein Glied der künftigen Dynastie die Blicke auf sich zog. Sie hätte es wie eine Kontrolle über ihr eigenes Wohlverhalten empfinden müssen. Damals wies man auch wohl auf das Beispiel der ruhmreichen Elisabeth hin, die von der Benennung eines Nachfolgers nichts hören mochte, denn sie wolle nicht ihren Sarg beständig vor Augen haben.¹⁾ Swift will den Ministern geraten haben, statt des Kurprinzen Georg August seinen jungen Sohn, den Prinzen Friedrich, nach England zu rufen. Von dem Knaben hätte Anna nichts zu fürchten gehabt, und der Nation wäre ein künftiger König herangewachsen, der mit der Sprache, den Sitten, der Verfassung des Landes wohl vertraut war.²⁾

Ein solcher Vorschlag hatte gleichwohl mit dem, was die Whigs bezweckten, wenig gemein. Ihnen war es gerade um die nächsten politischen Erfolge gegen das Ministerium zu thun, und darum betrieben sie die Überkunft des Kurprinzen. Bei der Abneigung Georg Ludwigs gegen jeden herausfordernden Schritt verfielen sie auf eine Form, die Sache einzuleiten, welche auf den ersten Blick noch ziemlich unverfänglich erschien. Als Herzog von Cambridge hatte der Kurprinz das Recht auf einen Sitz im englischen Oberhause. Wie wenn er sich einen *writ of summons*, d. h. das den Mitgliedern zustehende Einladungsschreiben zur Teilnahme an den Sitzungen, erbitten liess und im Besitze eines solchen die Reise nach England wirklich antrat? Schütz und Kreyenberg berichteten, dass Nottingham davon gesprochen habe, den Writ vom Lord Kanzler zu fordern und dass Lord Cowper sich habe erkundigen lassen, ob das in der That fertige ausgestellte Schriftstück dem hannöverschen Gesandten zugestellt werden solle. Aber Schütz musste dann auch wieder melden, dass der Lord Kanzler Harcourt über diese verhänglichen Zumutungen sehr ungehalten sei und von einer Auslieferung des Writs nichts hören wolle. Der Gesandte selbst wusste nicht, wie weit er ohne besonderen Befehl seines Herrn gehen solle. Und daneben drückte ihn der sehr gerechte Zweifel, ob denn nach

¹⁾ Bonets Bericht 23. Apr./4. Mai 1714. Geh. Staatsarch. — ²⁾ An inquiry into the behaviour of the Queen's last Ministry. Works ed. Scott. Edinbg 1814. VI, p. 68—69.

erfolgter Zustellung der Kurprinz auch wirklich dem Rufe Folge leisten werde.¹⁾ Da wurde er durch einen Brief der alten Kurfürstin aus seiner Ungewissheit befreit.

In Hannover war man schon im Jahre 1713 mit dem in England entstandenen Plane von dem Writ des Herzogs von Cambridge bekannt geworden²⁾, doch ohne dass diese Form der Berufung des Kurprinzen mehr Anklang gefunden hätte als eine andere. Nun aber kamen die Meldungen der eigenen Vertreter des Kurhofes in London und änderten zwar nichts an den Absichten Georg Ludwigs, doch verfehlten sie nicht, wie das Folgende lehrt, einen tiefen Eindruck auf seine greise Mutter zu üben. Sophie hatte sich ehemals viel mit dem Gedanken an ihre eigene Reise nach England beschäftigt. Im Jahre 1705, als im Oberhause der Antrag auf die Berufung des Thronerben, damals von torystischer Seite, gestellt wurde, hatte sie erklärt, sie würde der Ladung am nächsten Tage Folge leisten.³⁾ Doch der Antrag war gefallen. Nun aber, im Jahre 1714, hätte sie, eine Dreiundachtzigjährige an eine solche Reise wohl nicht mehr denken können. Selbst als vor wenigen Monaten Annas Tod erwartet wurde, hätte Sophie als Königin doch nicht mehr ohne ihren Sohn, den Kurfürsten nach England gehen wollen, so wenig dies auch nach dem Sinne Georg Ludwigs gewesen wäre.⁴⁾ Immerhin blieb ihr britisches Thronrecht die Hoffnung ihres Greisenalters. Mein Tod wird schöner sein, schrieb sie ihrem Freunde Leibniz, wenn meine Gebeine in Westminster bestattet werden.⁵⁾

Nun ist sie es gewesen, welche die Gelegenheit ergriff, um einen Schritt zu Gunsten ihres Thronrechts zu thun. Schütz hatte seine Instruktionen, wie wir wissen, nicht nur vom Kurfürsten, sondern auch von seiner Mutter erhalten. Wo die Auftraggeber nicht übereinstimmten, musste es eben dem Takte des Gesandten überlassen bleiben, das richtige Verhalten zu finden. Es widersprach nun also nicht der Stellung der Kurfürstin, wenn sie auch dem in London weilenden Gesandten aus eigener Machtvollkommenheit einen Befehl zugehen liess; sie war es doch auch, welche die Thronfolgefrage am nächsten anging. Als nun jene Berichte aus London einliefen, in

¹⁾ Vergl. Macpherson II, 563, 567, 573, 574. — ²⁾ Vergl. die Briefe bei Kemble, Zur Succession des Hauses Hannover in England. (Ztschr. des hist. Vereins f. Niedersachsen Jahrg. 1852) S. 91 und 135. Der letztere enthält mehrere Irrtümer in Bezug auf den Zusammenhang. — ³⁾ Vergl. v. Noorden, Europ. Gesch. II, 254. F. Salomon 276. — ⁴⁾ Kloppe, Leibniz Werke IX, S. LXXV. — ⁵⁾ Ebd. S. 429.

denen von dem Writ für den Kurprinzen die Rede war, da schrieb Sophie am 12. April 1714 an den Baron Schütz einen bedeutungsvollen Brief, von dessen Inhalt der Kurfürst zunächst kein Wort erfuhr. Der Gesandte solle sich zum Kanzler begeben und sagen, man sei in Hannover sehr erstaunt, dass nicht ein Writ für ihren Enkel den Kurprinzen gesandt worden sei, damit derselbe als Herzog von Cambridge, wie es ihm nach dem Patent der Königin zukomme, seinen Sitz im Parlamente einnehmen könne. „Ich denke, er wird nichts Arges darin finden, wenn sie ihn darum fragen und nach dem Grunde.“¹⁾ Nach dem französischen Wortlaute konnte es zweifelhaft erscheinen, ob Schütz die Auslieferung des Writs geradezu fordern oder nur fragen sollte, warum es bisher nicht geschehen sei. Am Ende ist der Unterschied nicht so gross. Denn in jedem Falle konnte die englische Regierung den Writ nicht länger zurückhalten. Auch wäre diese Unterscheidung gewiss gar nicht zur Sprache gekommen, wenn die Sache nicht einen so sehr peinlichen Ausgang genommen hätte.

Schütz war glücklich über die Gelegenheit, einen Hauptstreich führen zu können²⁾; keinen Augenblick war er im Zweifel, dass er den Writ wirklich zu fordern habe. Vorher zog er nur noch einmal die bewährten Freunde zu Rate, die ruhmreichen Whiglords Somers und Wharton, wie den neuerdings in der Partei zu so hohem Ansehen gelangten Townshend und den von den Tories abgefallenen Grafen Nottingham. Sie und die übrigen Lords, denen er sein Vorhaben mitteilte, stimmten eifrig zu; es sei überhaupt die letzte Gelegenheit, um die protestantische Succession noch vor dem Verrate des Ministeriums zu retten. Allgemein herrschte ja die Ansicht, dass der Thron nach Annas Tode dem, der zuerst zur Hand sei, „*primò occupanti*“, zufallen werde.

¹⁾ Den Text des wichtigen Briefes hat Pauli (Ztschr. d. hist. V. f. Niedersachsen, 1883, S. 47) gedruckt, vollständiger F. Salomon S. 281. Doch glaube ich, dass beide an ein paar Stellen die schwierige Handschrift der Kurfürstin nicht ganz richtig entziffert haben. Nach meinem im Archiv zu Hannover angefertigten Facsimile lese ich wie folgt:

A Hanover le 12 d avril 1714. Je vous prie de dire a Mr. le chancelier my Lord Harcourt qu'on est fort estonne icy qu'on n'a point envoye un Writ a mon petit fils le Prince Electoral pour pouvoir entrer au Parlement comme Duc de Cambridge comme cela luy est due par la patente que la Reine luy a donnee comme il a toujours este (été) de mes amis aussi bien que son Cousin je crois qu'il ne trouvera pas mauvais que vous le luy demandiés et la raison . . .

²⁾ Das Folgende nach Schütz' eigenen Berichten an Sophie, Georg Ludwig u. Georg August (Han. Arch.), an Robethon u. Bothmer (Macpherson) nach Bonets Berichten (Geh. Staatsarchiv).

Der Gesandte eröffnete die Konferenz mit dem Kanzler Harcourt mit einigen unverbindlichen Artigkeiten, die von der andern Seite erwidert wurden. Doch als Schütz nun erklärte, er habe im Namen der Kurfürstin um den Writ für ihren Enkel zu bitten, da verfärbte sich der Engländer und geriet in peinliche Verlegenheit. Er dürfe nicht wagen, war die erste Antwort, das Schriftstück auszufolgen, ohne zuvor mit der Königin gesprochen zu haben. Nach längerem Schweigen meinte er dann, er könne sich nicht erinnern, dass ein Writ eingefordert, auch nicht, dass ein solcher über das Meer gesandt worden sei. Das würde er ja auch in diesem Falle nicht thun, sagte Schütz, wenn er das Schreiben ihm, dem Gesandten übergebe. In seiner Verlegenheit bat Harcourt endlich Schütz nur noch, sein Zögern nicht als eine Weigerung anzusehen. Doch dürfe er ohne Befehl der Königin nicht handeln. Vergebens wartete Schütz an diesem Abende auf den Bescheid des englischen Hofes. Unterdessen war bei der Königin ein Kabinettsrat zusammengetreten, der seine Sitzung bis über Mitternacht ausdehnte. In ihrer Erbitterung soll die Königin und mit ihr Bolingbroke wirklich die Verweigerung des Writs verlangt haben¹⁾; aber die Mehrheit der Minister scheute den Verstoss gegen die Gesetze. So ward zwar die Auslieferung des geforderten Schriftstücks in der That beschlossen, aber mit dem Ausdrücke des Unwillens wollte man doch nicht zurückhalten. Die Königin, so wurde erklärt, könne, da sie keinerlei Nachricht aus Hannover betreffs dieser Forderung erhalten habe, nicht glauben, dass Schütz dieselbe im Auftrage seines Hofes gethan habe. Auch erblicke sie eine Beleidigung, einen Mangel an Ehrfurcht vor ihrer hohen Person darin, dass er sie nicht zuvor benachrichtigt habe. Denn es handle sich um einen Prinzen von Geblüt, den die Königin zum Pair ernannt habe. Auch dass Schütz sich direkt an den Kanzler, nicht erst an Oxford oder den Staatssekretär Bromley gewandt habe, ward ihm zum Vorwurf gemacht. Seine Verteidigung liess man nicht gelten. Graf Oxford gab ihm den vertraulichen Rat, bis auf weiteres nicht mehr bei Hofe zu erscheinen. Als sich Schütz dann, wie es ihm freigestellt war, auf dem Kanzleramte den Writ des Herzogs von Cambridge wirklich hatte aushändigen lassen, kam am nächsten Tage der Zeremonienmeister Cotterell zu ihm und las ihm einen Brief des Staatssekretärs Bromley vor, der ihm befahl, dem hannövrischen Gesandten im Auftrage der Königin den Hof zu verbieten, weil sein respektloses

¹⁾ Vergl. Salomon S. 284.

Benehmen Ihrer Majestät Missfallen erregt habe. Noch war die Mitteilung damit verbunden, dass der englische Gesandte in Hannover Auftrag habe, um Schütz' unverzügliche Abberufung zu bitten. Doch zugleich legte der englische Hof Wert darauf, den Unterschied erkennen zu lassen, den er zwischen dem Kurhause und seinem derzeitigen Gesandten in London mache. Der Resident Kreyenberg erhielt durch Bromley die Mitteilung, dass die Königin ihn wie jeden andern Vertreter Hannovers — nur nicht den Baron Schütz — huldvoll empfangen werde.¹⁾

Schütz wartete die Rückberufung nicht ab. Ein vermutlich an Bromley gerichteter Brief findet sich noch²⁾, in dem er erklärt, da er das Missgeschick habe, seinem Herrn nicht länger bei Ihrer Majestät dienen zu können, so eile er nach Hannover zurück, um dort zu melden, wie genau er sich an die ihm gewordenen Befehle gehalten habe. Zwei Tage nach dem Besuche Cotterells verliess er London.

Der Zwischenfall war damit keineswegs erledigt. Alle politischen Kreise blieben in höchster Aufregung und schwankten zwischen Furcht und Hoffnung für die Zukunft. Die Beurteilung des Vorfalles war völlig von der Parteistellung abhängig. Die Anhänger des Hofes ereiferten sich über die Taktlosigkeit des Gesandten oder des Kurhauses, über die bösen Absichten derer, welche den Herzog von Cambridge herbeiwünschten.³⁾ Das Recht, in der geschehenen Art zu verfahren, konnten sie dem Gesandten kaum bestreiten. Ja in der blossen Auslieferung des Writs durch den Kanzler lag ja schon eine Anerkennung des Rechts.⁴⁾ Die Getreuen Hannovers aber jubelten, dass endlich das Kurhaus aus jener Zurückhaltung, die so nahe an Gleichgültigkeit grenzte, herausgetreten war. Wenn nur auch der Kurprinz jetzt recht bald unter seinen englischen Freunden erscheinen möchte. Schütz hatte am Tage nach der Einforderung des Writs sogleich in einem Briefe an Georg August die dringende Bitte ausgesprochen, er möge ohne Säumen herüberkommen, um die protestantische Succession zu retten, die sonst verloren sei. Sollte Schütz, so schrieb Leibniz der alten Kurfürstin⁵⁾, ohne Auftrag gehandelt haben, so würde ich ihn dem General vergleichen, der eine Schlacht gewinnt, ohne den Befehl zum Kampfe zu erwarten. Und wenn der Kurfürst sich nicht entschliessen könnte, seinen Sohn über

das Meer zu senden, so komme es jetzt eben nur darauf an, dass die Nation diese Weigerung auf das feindselige Verhalten des Ministeriums schiebe.¹⁾

Die Sendung des Kurprinzen ist in der That nicht erfolgt. Am Hofe von Hannover war kürzlich Thomas Harley, der Vetter Oxfords, eingetroffen und hatte dort seinem Auftrage gemäss um eine Mitteilung derjenigen Massregeln ersucht, welche dem Kurhause für die grössere Sicherheit der Succession erforderlich erschienen. Man gab ihm eine Denkschrift²⁾, in der vornehmlich drei Wünsche ausgesprochen waren: Die englische Regierung möge den Prätendenten zwingen, sich nach Italien zurückzuziehen; denn von verschiedenen Seiten höre man, er beabsichtige eine Landung in Schottland, welches zur Zeit von Truppen und Schiffen entblösst sei, und hoffe auf fremde Hilfe. Zum zweiten wurde die Hoffnung ausgesprochen, die Königin werde mit ihren kurfürstlichen Hoheiten darin übereinstimmen, dass es notwendig sei, jemanden von der kurfürstlichen Familie in England zu haben, der über dem grossen Interesse wachen und Vertrauen und Freundschaft zwischen beiden Höfen erhalten könne. Ganz unverfänglich ward hier als ein Wunsch des Kurfürsten ausgesprochen, was unterdessen von seinem Vertreter in London als sein Recht in Anspruch genommen worden war. Mit gutem Grunde konnte sich Georg Ludwig später auf diese Denkschrift berufen, um seine ehrliche Absicht zu beweisen, nur im Einvernehmen mit der Königin hinsichtlich der Succession zu handeln. Und endlich erbat man sich, nun da der Krieg keine Opfer mehr von der Nation fordere, ein vom Parlamente zu bewilligendes Jahrgeld für die Kurfürstin. Eine von der Königin persönlich ihr gebotene Pension hatte die in den englischen Verhältnissen wohlbewanderte Sophie ebenso ablehnen zu müssen geglaubt, wie es Anna selbst im gleichen Falle gegenüber ihrem Schwager Wilhelm III. gethan hatte.³⁾

Erst nachdem diese Note dem englischen Gesandten zugestellt war⁴⁾, traf in Hannover die Kunde von der Einforderung des Writs durch Schütz ein. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche nunmehr die Reise des Kurprinzen befürworteten, Georg Ludwig aber blieb standhaft bei seiner Weigerung. Eine Beschwerde, welche Harley vortrug, konnte ihn ebenso wie die Schütz wiederfahrene Behandlung über die Stimmung des britischen Hofes belehren. Harley reiste kurz darauf ab. Wenn es richtig ist, wie Marlborough

¹⁾ Bromley an Kreyenberg, Whitehall 17. (28.) Apr. 1714. Han. Arch. — ²⁾ Han. Arch. — ³⁾ Bonets Bericht vom 20. Apr./4. Mai 1714. Geheimes Staats-Archiv. — ⁴⁾ Vergl. Leibniz' Urteil bei Klopp IX, p. 479. — ⁵⁾ Klopp IX, 449.

¹⁾ Ebd. 450. 451. — ²⁾ Gedruckt bei Pauli i. d. Zeitschr. des hist. Vereins f. Niedersachsen 1883, S. 48 ff. — ³⁾ Sophie an Leibniz 20. Mai 1714. Klopp IX, 447. — ⁴⁾ Vergl. Salomon 286, No. 2.

sagte, dass das britische Ministerium durch diese Sendung nur eine Erklärung des Kurfürsten zu erzielen wünschte¹⁾, die es als Zeichen des guten Einvernehmens der Nation hätte mitteilen dürfen, so war dieser Zweck verfehlt. Der Kurfürst lehnte übrigens für seine Person jede Verantwortung an dem, was Schütz gethan hatte, ab. Und als nun die alte Kurfürstin von London aus auf Umwegen zu einer Erklärung veranlasst wurde, da wollte auch sie nur die unschuldige Ursache des Vorgefallenen sein. Nur zu fragen, nicht zu fordern, habe sie den Gesandten angewiesen.²⁾ Georg Ludwig aber, der niemals ein zärtlicher Sohn gewesen ist, scheint von der Ehrlichkeit ihrer Beteuerungen nicht ganz überzeugt gewesen zu sein. Wie ein Tadel gegen die Mutter klang es, wenn er Schütz gemahnte, „dass Ihr in den Uns und Unseren Sohn angehenden Sachen an Unsere und keines anderen Befehle Euch zu halten und jene allein zu vollstrecken habt.“

Die Whigs hatten sich noch etwas von dem Vortrage versprochen, den der rückkehrende Schütz seinem Herrn halten werde. Als der Gesandte nach Hannover kam, ward er beim Kurfürsten nicht einmal vorgelassen. Alle Hoffnungen und Befürchtungen, mit denen man in London der möglichen Ankunft des Kurprinzen entgegengesehen hatte, waren umsonst gewesen. Gleichwohl wurden am Kurhofe die Bemühungen immer noch fortgesetzt, um Georg Ludwig zu einem andern Entschlusse zu bringen. Der Kurprinz setzte Himmel und Erde in Bewegung, und auch seine ehrgeizige Gemahlin sprach ihrem Schwiegervater kräftig zu. Noch hatten sie nicht alle Hoffnung aufgegeben, als am 5. Juni drei Briefe der Königin Anna an Sophie, Georg Ludwig und Georg August eintrafen, die im Tone so feindselig waren, dass nunmehr auch der Kurprinz selbst an die Reise nicht wohl mehr denken konnte.

Bolingbroke hatte seiner Herrin die drei Schreiben eingegeben. Wir unterlassen es, dem Zusammenhange nachzuspüren, in dem sie mit weitergehenden Absichten des Ministers gestanden haben können. Ihr nächster und offener Zweck war, die vielberufene Reise des Kurprinzen sicher zu verhindern, und dieser Zweck wurde erreicht. Dem Kurfürsten stellte Anna vor, dass die Übersiedelung seines Sohnes ein Eingriff in ihre Souveränität sein würde, wie er ihn in Bezug auf seine eigene gewiss nicht dulden würde. Noch schärfer

¹⁾ Coxe, Marlborough III, 566. — ²⁾ Vergl. Klopp Leibniz' Werke IX, p. LXXXI. Salomon 281, No. 1. Bonets Bericht von 25. Mai/5. Juni 1714. Geh. Staats-Archiv.

klang, was sie Sophien und Georg August, den beiden Hauptschuldigen, wenn wir so sagen dürfen, schrieb. Am schwersten mussten die herben Worte treffen, welche sie ihrer hochbejahrten Verwandten, der Kurfürstin zu hören gab. „Es liegt mir daran, im Hinblick auf die Thronfolge Ihrer Familie, Ihnen zu sagen, dass eine solche Handlungsweise unfehlbar Folgen nach sich ziehen wird, welche Gefahren für die Succession in sich tragen. Denn diese ist nur sicher, solange der Träger der Krone seine Macht und seine Prärogative behauptet.“

Die greise Kurfürstin war tief verletzt; sie fühlte, dass sie über diesen Eindruck nicht mehr hinwegzukommen vermochte. „Ich werde sicher krank davon werden,“ hatte sie nach Empfang der Briefe gesagt, „ich kann es nicht verwinden.“ Der Abend fand sie wieder beim gewohnten Kartenspiel, aber ihr Sinn war erfüllt von der erlittenen Kränkung.¹⁾ Dabei nahm sie die Sache doch ernster als sie war. Als ob die Aussicht auf die Thronfolge ihres Hauses bereits gänzlich geschwunden sei und nichts übrig bleibe, als der Welt die Augen zu öffnen, erklärte sie: „Ich will dieses huldvolle Schreiben drucken lassen, damit jedermann wisse, dass nicht ich schuld daran bin, wenn meine Kinder die drei Kronen verlieren.“ Und doch, sollte sie wirklich ganz frei gewesen sein von dem schmerzlichen Bewusstsein durch ihr eigenes Handeln zu dem Geschehenen beigetragen zu haben?

In dem einfachen Schlosse zu Herrenhausen, das Sophien als Witwensitz verschrieben war, hatte sie ihre letzten Jahre verbracht. Von dem herrlichen Garten meinte sie sich kaum mehr trennen zu können.²⁾ Er war in französischem Geschmacke angelegt, den Plan hatte der Gärtner Ludwigs XIV. selbst entworfen. Am Tage nach dem Empfange der kränkenden Schreiben aus London ward die Kurfürstin von einem Unwohlsein befallen; doch schien es nicht erheblich, und zwei Tage später — es war am 8. Juni — fühlte sie sich bereits wieder so kräftig, dass sie den gewohnten Abendspaziergang im Parke von Herrenhausen nicht entbehren wollte. Da wandelte sie zwischen der Kurprinzessin Karoline und ihrer Staatsdame, der Gräfin Bückeburg, unbefangen plaudernd dahin, an den hohen, regelmässig beschnittenen Hecken entlang. Bis zum ersten Springbrunnen war sie gekommen, als ihr Gang plötzlich schwankend wurde. Nur noch wenige Schritte vermochte sie zurückzulegen. „Ich fühle mich sehr unwohl,“ sagte sie, „geben Sie mir

¹⁾ Coxe Marlborough III. — ²⁾ Publ. a. preuss. Staatsarch. 37, 279.

Ihre Hand.“ Dann sank sie zurück in die Arme der beiden Frauen, die sie langsam zur Erde niederlegten.¹⁾

Ein sanfter Tod hatte die Kurfürstin ereilt. Einst hatte sie ihren Schwager, den Herzog Johann Friedrich glücklich gepriesen, weil er das Kommen des Todes nicht gefühlt hatte. Nun war auch sie ohne langes Siechtum aus dem Leben geschieden; ohne Arzt, wie sie es sich immer gewünscht hatte.²⁾ Von allen, die ihr im Leben nahe getreten waren, die ihren feinen Geist, ihr freundliches Wesen gekannt hatten, ward Sophie tief betrauert. Wie ergreifend spricht der Schmerz über den Verlust der liebenswürdigen Herrin aus der Schilderung, die wir von jener Gräfin Bückeberg besitzen, in deren Arm das Haupt der Sterbenden geruht hatte.

Vor der Majestät des Todes schweigen die Interessen der Welt. Die an der Bahre der Kurfürstin Sophie Trauernden beklagten nur ihren persönlichen Verlust. Für die Allgemeinheit hatte dieser Todesfall noch eine weit höhere Bedeutung. Hannover ist es, so rief Leibniz aus, es ist England, ja die Welt, die hier betroffen sind. In der That, wie hätte der Tod dieser Frau, die seit dreizehn Jahren die erklärte Erbin des britischen Thrones war, nicht einen tiefen Eindruck auf die Politik üben sollen? Für die Aussichten der protestantischen Succession konnte der Tod der Kurfürstin fast wie ein glückliches Ereignis erscheinen. Das Recht Sophiens ging einfach auf Georg Ludwig über. Auch der Königin Anna schien nur noch eine kurze Lebensfrist zugemessen. Dem englischen Volke aber musste doch ein noch im rüstigen Mannesalter stehender Thronfolger lieber sein als eine 84jährige Greisin. Und so natürlich es gewesen wäre, wenn Sophie ihrem Anspruche zu Gunsten ihres Sohnes entsagt hätte³⁾, so war doch ein solcher Schritt nicht nach dem Sinne der stolzen Fürstin. Nun aber war sie früher gestorben als diejenige, welche sie noch zu beerben gehofft hatte.

Gleichwohl war in London die Wirkung des Ereignisses gering.⁴⁾ Die Freunde Hannovers meinten wohl, dass es zur Sicherung der Succession beitragen könne; in der That ward aber an der Lage wenig verändert. Die Regierung säumte nicht, in allen Kirchen wie bisher für die Prinzessin Sophie, so fortan für den Kurfürsten von Braunschweig beten zu lassen; und gerade dass er bei dieser seiner

Würde, nicht nur bei seinem Namen im Kirchengebet genannt wurde, machte einen günstigen Eindruck. Übrigens nahm man nicht beide Namen des Kurfürsten auf, weil solches in England nicht üblich war, sondern nur den Namen Georg.¹⁾ Der hatte für englische Ohren einen guten Klang, denn Sanct Georg war seit den Zeiten der Kreuzzüge der beliebteste Heilige in England. Bei dem Namen Ludwig aber würde man zunächst an Englands gefährlichsten Feind, den König von Frankreich gedacht haben. So war es denn auch im vorhinein entschieden, dass der nächste König nicht Georg Ludwig I., sondern Georg I. heißen würde.

In Hannover hielt man dafür, dass es notwendig sei, ausser dem Residenten Kreyenberg in London noch einen zuverlässigen Mann zu besitzen, welcher die Personen und Verhältnisse kannte und fähig wäre, mit Erfolg für die hannövrische Sache zu wirken. Die Pflicht, den Tod der Kurfürstin am Hofe Annas notifizieren zu lassen, mochte einen hinreichenden Grund zur Abschickung eines Gesandten abgeben. Man schwankte eine Zeitlang hinsichtlich der Person, welcher man den wichtigen Auftrag anvertrauen könne. Es ist wohl daran gedacht worden, dass der hannövrische Minister Bernstorff selbst gehen sollte, doch kam man davon zurück. Graf Oxford scheint die Sendung des Generals Schulenburg, der sich eben in Hannover befand, gewünscht zu haben.²⁾ Zuletzt gab der Kurfürst selbst die Entscheidung und zwar zu Gunsten Bothmers.³⁾ Man wusste wohl, dass er der Königin wie den englischen Ministern verhasst war, seit er im Jahre 1711 den Kampf der Opposition gegen die Friedenspolitik offen unterstützt hatte. Der kurpfälzische Resident Steingens, der gleichzeitig Beziehungen zu Oxford wie zum Hofe von Hannover unterhielt, meinte, der begangene Fehler könne nicht anders gut gemacht werden als durch Bothmers schleunige Rückberufung, sobald das Geschäft der Notifizierung erledigt sei. Doch gewichtige Gründe liessen Bothmer gerade als den rechten Mann erscheinen. Im Haag, wo er sich befand, war er nahe zur Hand. Er kannte England, den Hof, die Parteien, die Aussichten und Gefahren der

¹⁾ Bothmer an Robethon. Haag 16. 19. Juni 1714. Stowe Coll. Brit. Mus. — ²⁾ Klopp, Leibniz' Werke IX, 474. — ³⁾ Vergl. Bothmers Brief an Robethon 16. Juni 1714. Macpherson II, 625. Bothmer ist keineswegs aus eigenem Antriebe nach London gegangen, wie Schaumann in seinem Artikel über Bothmer in d. „Allg. deutsch. Biographie“ sagt. Auch desselben Verf. „Gesch. der Erwerbung der Krone Grossbritanniens von seiten des Hauses Hannover“ (u. ein früher in d. Ztschr. des hist. V. f. Niedersachs. 1875 erschienenen Aufsatz) ist voller Irrtümer.

¹⁾ Klopp, Leibniz' Werke IX, 457 ff. — ²⁾ Bodemann, Iten S. 156. — ³⁾ Der Gedanke ist ihr wohl auch nahegelegt worden. Vergl. Kemble in d. Ztschr. des hist. V. f. Niedersachs. Jahrg. 1852, S. 136. — ⁴⁾ Bonets Berichte 4./15., 8./19. Juni, 13./24. Juli 1714. Geh. Staats-Archiv.

hannövrischen Thronfolge. Von Holland aus hatte er die englischen Dinge mit aufmerksamen Blicken beobachtet, manchen klugen Rat nach Hannover gesandt. Wäre Bothmer einige Monate früher in London gewesen, so hätte die verhängnisvolle Writ-Angelegenheit vielleicht niemals das Herz der Königin dem kurfürstlichen Hofe entfremdet. Vor allem hielt Georg Ludwig aber gerade Bothmer für fähig, im entscheidenden Augenblicke das Interesse seines Hauses wahrzunehmen. Schon im März 1713, als Grote bereits sterbenskrank war, hatte Bothmer aus Hannover den Befehl erhalten, sofort nach England zu gehen, falls die Krankheit der Königin zu einem raschen Ende zu führen scheine.¹⁾ So ward denn Bothmer an den Hof von St. James entsandt; der Kurfürst hat die Wahl nicht zu beuehen gehabt.

Um dieselbe Zeit ward auch wieder einmal ein englischer Gesandter nach Hannover geschickt. Ursprünglich war nach der Forderung des Writs Lord Paget mit dem Auftrage betraut worden. Er hatte abgelehnt. Lord Clarendon trat an seine Stelle, ein Vetter der Königin und Enkel des berühmten Geschichtsschreibers der Rebellion. Seine Geistesgaben waren gering. Böse Zungen wussten von seiner Einfältigkeit Ergötliches zu erzählen, wie er als Gouverneur in der neuen Welt geglaubt habe, er müsse als Vertreter der Königin sich als Frau verkleiden.²⁾ Clarendon hatte eine Antwort der Königin auf die vom Kurfürsten Harley mitgegebene Denkschrift zu überbringen, in der die dort ausgesprochenen Wünsche in ziemlich schroffer Form abgelehnt wurden. Die Königin halte es für sehr unnötig, dass ein Mitglied der Familie Hannover in England weile, um für ihre Person, ihr Reich und die protestantische Succession Sorge zu tragen. „Gott und die Gesetze haben dies Ihrer Majestät allein übertragen. Eine andere Person neben Ihrer Majestät an diesen Sorgen teilnehmen zu lassen, wäre ebenso gefährlich für die öffentliche Ruhe wie unvereinbar mit der Verfassung.“³⁾ Man glaubt es gern, dass diese trotzigen Worte der Feder Bolingbrokes entfloßen sein werden.

Als Clarendon sich auf den Weg nach Hannover machte, kam Bothmer in London an. Auf der Themse führen sie an einander vorüber, hier der Vertraute des Tory-Ministeriums, das dem Ansprüche des Kurfürsten mit so wenig Wohlwollen gegenüberstand, dort der treue und rührige Arbeiter für die hannövrische Thron-

¹⁾ Georg Ludwig an Bothmer. Hannover 14. März 1713. Hann. Arch. — ²⁾ Macpherson II, 625. — ³⁾ Coxe, Walpole II, 46.

folge. Bothmer hatte dem Rufe nicht leichten Herzens Folge geleistet. Vor kurzem hatte er noch erklärt, dass er in England seinem Herrn wenig nützen könne.¹⁾ Und auch jetzt noch schlug er die seiner harrenden Schwierigkeiten hoch genug an.²⁾ Da war die Königin mit ihrer dem Kurfürsten wenig freundlichen Gesinnung, das Ministerium mit seinen geheimen Absichten; dazu ein Zerwürfnis — von dem wir sogleich reden werden — zwischen Oxford und Bolingbroke, welches es dem Gesandten unmöglich erscheinen liess, nicht bei einem von beiden Anstoss zu erregen. Auf der andern Seite die Whigs, die im voraus als diejenigen erscheinen wollten, denen unter dem künftigen Könige die Herrschaft zufallen müsse und die schon jetzt von dem diplomatischen Vertreter Georg Ludwigs offene Parteinahme für ihre Sache forderten.

Bothmers Instruktion³⁾ war von der Art, wie sie auch die früheren Gesandten des Kurfürsten erhalten hatten. Von der Überkunft eines hannövrischen Prinzen sollte er sagen, es sei kein Grund, sich dieselbe „auf eine so odieuse Weise“ vorzustellen, wie es geschehen sei. Bothmer sollte es doch vor allem mit der Regierung nicht verderben und sich im Verkehr mit der Opposition so viel Zurückhaltung auferlegen, dass niemand sagen könne, er wolle „Factionen fomentieren“. Am Ende blieb es doch dem eigenen Taktgefühle des Gesandten überlassen, in seiner heiklen Stellung stets das richtige Verfahren zu finden.

Die englische Regierung befand sich soeben in einer schweren inneren Krisis. Neben dem Grafen Oxford, der im Jahre 1710 das neue System zur Herrschaft gebracht hatte, war innerhalb des Ministeriums der geniale St. John, jetzt Viscount Bolingbroke, mit seinem rastlosen Ehrgeize zu massgebendem Einflusse emporgestiegen.⁴⁾ In demselben Masse hatte sich ein Gegensatz zwischen den beiden Ministern herausgebildet, der ursprünglich persönlicher Natur, doch auch auf politischem Gebiete zur Geltung kommen musste. Wenn wir dabei von anderen in ihrer Zeit wohl wichtigen Fragen hier absehen dürfen, so wird doch mit einigen Worten von einem Unterschiede in der Thronfolgepolitik der beiden Minister gesprochen werden müssen. Wir wissen bereits, welcher schwerer Verdacht seiner Zeit und bis auf den heutigen Tag auf ihnen gelastet hat.

¹⁾ Klopp, Leibniz' Werke IX, 496. — ²⁾ Bothmer an Georg Ludwig. Haag 19. Juni 1714. Hann. Arch. Seine Briefe an Robethon teils bei Macpherson, teils im Brit. Mus. — ³⁾ Sie ist datiert: Herrenhausen, 19. Juni 1714. Hann. Arch. — ⁴⁾ Neuerdings ist namentlich die Darstellung von F. Salomon Kap. 10, 12, 13 zu vergleichen.

B. Die letzten Monate der Königin.

Noch sind wir der Frage nicht näher getreten, wie weit denn wirklich davon die Rede sein kann, dass die Minister die Erhebung des stuartischen Prinzen im Sinne gehabt hätten. Es genügt doch wahrlich nicht, die von der Whigpartei bis zum Überdrusse wiederholten Verdachtsgründe mitzuteilen oder auch sie schlechthin zurückzuweisen. Die starken Übertreibungen, die darin enthalten sind, erkennt man zwar auf den ersten Blick; aber um so mehr ist es auch geboten, nach dem Thatsächlichen zu forschen, nach den vorbereitenden Schritten — denn mehr kann es nicht gewesen sein —, die von seiten der Minister zu Gunsten des Prätendenten geschehen sein möchten.

Man kann hier unterscheiden zwischen dem, was nach aussen, und dem, was im Innern geschah, nach aussen in der Einwirkung auf den Prätendenten und seine Handlungsweise, vielleicht auch auf eine Macht wie Frankreich, deren Hilfe in diesem Vorhaben eine Rolle spielen musste, nach innen durch Umtriebe zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung, zur Stärkung der Jacobiten, zuletzt zur Beseitigung des Thronfollegesetzes.

Dass die Minister in vielfachen Beziehungen mit den Jacobiten gestanden, diese förmlich an sich gefesselt haben, und natürlich indem sie ihre Hoffnungen nährten, ist längst bekannt. Doch man mag zugeben, dass sie deshalb noch nicht das Ziel der Jacobiten auch unbedingt zu ihrem eigenen Endzweck gemacht haben müssen. Wie werden doch im parlamentarischen Leben die Parteien so oft von den Regierenden zur Unterstützung herangezogen, auch wenn von einer Gemeinschaft der vornehmsten Ziele gar nicht die Rede sein kann. In einer von Graf Oxford eingegebenen oder gar selbst verfassten Flugschrift¹⁾ ward nach dem Tode der Königin darauf hingewiesen, dass die Minister es mit den Jacobiten gehalten hätten, wie Karl I. mit den Katholiken, Karl II. mit den Presbyterianern, indem die Regierung es nützlich fand, die Parteien zu benutzen, auch ohne in den Zielen mit ihnen eins zu sein.

In der ganzen Stellung der Tory-Minister lag vom Beginne an ein starker Anreiz, es mit dem Prätendenten zu versuchen. Schon durch ihre Friedenspolitik befanden sie sich im Gegensatze zum Hause Hannover. Und dieser Gegensatz ist durch den Lauf der Ereignisse, wie auch wir sie kennen gelernt haben, nicht geringer geworden.

¹⁾ The secret history of the white staff. Part II. London 1714.

Man darf gewiss nicht so weit gehen, sich die Oxford und Bolingbroke als immer auf das eine Ziel lossteuernd vorzustellen. Gern hätten sie sich beide Möglichkeiten offen gehalten, entweder durch den Prätendenten oder durch den Kurfürsten von Hannover sich am Regimente zu erhalten. Denn um ihre Herrschaft und um diejenige der Tories war es ihnen vor allem zu thun. Der Streit der Parteien ist gerade in dieser Frage von ungeheurer Bedeutung gewesen. Was die Minister in den letzten Zeiten der Königin zur stärkeren Annäherung an den Prätendenten gebracht hat, war freilich auf der einen Seite die Neigung der Herrscherin, aber ebenso sehr auch das Verhalten der Whigs, welche die Sache Hannovers zu ihrer eigenen gemacht hatten und nun nicht müde wurden, die Minister so lange als Feinde der protestantischen Succession auszugeben, bis sie es am Ende wirklich wurden. Der Kurfürst, klagte Bolingbroke, ist zum Haupte einer Partei geworden. Als es gewiss schien, dass das hannövrise Königtum die Herrschaft der Whigs bedeute, ergriffen die Minister die Sache des stuartischen Prinzen.

Bolingbroke war es, der unter den englischen Ministern am meisten dafür gethan hat, die Möglichkeit eines stuartischen Königtums zu schaffen. Als er im Jahre 1712 mit dem französischen Minister Torcy in Paris persönlich verhandelte, traf er mit diesem die Verabredung, dass der Prätendent, dem beim Friedensschlusse der Aufenthalt in Frankreich untersagt werden sollte, in Zukunft seinen Wohnsitz wenigstens in Lothringen nehmen möge. Es könnte doch, sagte Bolingbroke, ein Augenblick eintreten, wo die Gutgesinnten in England wünschen möchten, den Prinzen in nicht zu grosser Entfernung zu wissen.¹⁾ Die Königin kannte diese Abmachung. Ja, Bolingbroke gab sogar die Gründe an, mit denen der Herzog von Lothringen den Forderungen, selbst den Drohungen trotzen dürfe, die man ihm von englischer Seite zu machen, nicht würde umhin können.²⁾

Ein entscheidender Schritt war doch zu Gunsten des Prätendenten noch nicht geschehen, als die gefährliche Krankheit der Königin gegen Ende 1713 die Minister zwang, ernstlich an die Zukunft zu denken. Durch die neueste Forschung ist es gelungen³⁾, von den Absichten Oxfords und Bolingbrokes in diesem kritischen Zeitpunkte eine klarere Vorstellung als bisher zu gewinnen. Beide Minister traten seit dem Januar 1714 mittelbar in Unterhandlungen

¹⁾ Weber, Der Friede von Utrecht. S. 313. — ²⁾ F. Salomon. S. 248. — ³⁾ Es ist der wertvollste Teil der Abhandlung von F. Salomon, wo er im elften Kapitel die Verhandlungen der Minister mit den Vertretern Frankreichs auf Grund französischer Akten zur Darstellung bringt.

mit dem stuartischen Prinzen ein. Der Grossschatzmeister teilte seine Gedanken jenem Abbé Gaultier mit, der uns aus dem Beginne der Friedensverhandlung schon bekannt ist; Bolingbroke eröffnete sich dem französischen Gesandten Iberville. Die beiden Minister stellten zunächst eine Forderung, die der Prätendent erfüllen müsse, wenn sie irgend etwas zu seinen Gunsten thun sollten. Sie verlangten von ihm einen Glaubenswechsel, den Übertritt zum anglikanischen Bekenntnisse. Kein Zweifel, dass nur so an seine Erhebung zu denken war. Aber unter dieser Voraussetzung erschien sie denn auch keineswegs unmöglich. Die Kurfürstin Sophie hatte ja schon den Fall vorausgesehen, dass der Prätendent zum Protestantismus übertreten könnte. Aber Baron Schütz sollte dafür eintreten, dass selbst dann niemand anders als sie oder ihre Erben den englischen Thron nach Annas Tode besteigen dürften. Die Befürchtung Sophiens war um so begründeter, als die Jacobiten seit dem Beschlusse der *Act of Settlement* in der That den Gedanken hegten, dass diese Akte, so wie sie war, wenn Jacob Eduard Protestant würde, auf ihn statt auf den hannöverischen Thronfolger Anwendung finden möge.

Graf Oxford liess dem Prätendenten sagen, er möge den notwendigen Übertritt zur anglikanischen Kirche dem Papste gegenüber durch den Zwang, unter dem er handle, rechtfertigen. Er könne ja hinzufügen, dass er im Grunde seines Herzens dem katholischen Glauben und dem Papste treu bleibe. Auch eine Erklärung sollte der Prätendent erlassen, dass er nicht um irdischer Zwecke willen den Glauben vertauscht habe. Er verzichte auf seine Rechte, wenn es nicht dem Volke gefalle, ihn zu rufen.

Die beiden Minister haben in dieser Sache nicht in Übereinstimmung gehandelt. Bolingbroke riet dem Prinzen zwar nicht minder entschieden zum Religionswechsel — selbst die Vermählung mit einer protestantischen Prinzessin werde keineswegs genügen — aber von einer öffentlichen Erklärung, wie Oxford sie wünschte, versprach er sich nichts Gutes. Im übrigen waren beide der Meinung, dass der Prätendent nicht dem Rate jener hitzigen Jacobiten folgen solle, welche ihn drängten, etwas zu unternehmen, etwa zunächst in den Besitz von Schottland zu kommen, um von dort aus Herr der ganzen Insel zu werden. Der Prinz möge sich doch ruhig gedulden, während die Minister Massregeln zu seinen Gunsten zu treffen suchten. Einem bewaffneten Unternehmen würden sie selbst entgegentreten müssen.

Höchst geistreich waren die Erwägungen, welche Bolingbroke anstellte. Der stetigen Bemühung der Minister müsse es ja gelingen,

die Geister zur Treue gegen die alte Königsfamilie zurückzuführen und endlich die ganze Partei der Tories für die Sache des Prätendenten zu gewinnen. Aber Bolingbroke weiss am besten, dass ein solches Ziel noch in weiter Ferne liegt und nur durch lange fortgesetzte Einwirkungen erreicht werden kann. Doch die Königin ist schwerkrank. Wie wenn sie stirbt, ehe die Arbeit für ihren Bruder völlig gethan ist? Die Menge der Jacobiten meinten allerdings in solchem Falle mit ihrer Weisheit zu Ende zu sein. Ein anderes Ziel als die Erhebung des Prätendenten beim Tode der Königin vermochten sie nicht in's Auge zu fassen. Bolingbroke war ihnen unendlich überlegen. Er rechnete selbst mit dem nahen Ableben der Königin. Ja, er scheint fast seine besten Hoffnungen auf diesen Fall gesetzt zu haben. Mit der Thronbesteigung eines hannövrigen Souveräns hält er entfernt nicht alles für verloren, denn er rechnet auf die Fehler des neuen Regiments. Mit scharfem Blicke schaut er in die Zukunft. Er sieht den Kurfürsten mit seinen hannövrigen Beratern England regieren. Der neue König wird versuchen, so absolut zu herrschen, wie er es in seinem Heimatstaate gewohnt ist, und wird dabei seinen Thron verlieren, oder umgekehrt, die königlichen Rechte werden von neuem so stark geschmälert werden, dass die völlige Anarchie erfolgt, aus der es keine andere Rettung geben wird als die Aufrichtung des stuartischen Thrones. Genug, das hannövrige Königtum vermag sich nicht länger als ein Jahr zu halten und dann wird die Zeit für den Prätendenten gekommen sein.

Denkt man an die Rebellion von 1715, so erscheint die Voraussetzung des genialen Mannes wunderbar. Ganz traf freilich, wie wir sehen werden, die Vorhersagung mit nichten zu. Vor allem hat doch das hannövrige Königtum die Gefahr von 1715 recht leicht überstanden. Aber nun muss man auch bedenken, dass die wichtigste Voraussetzung Bolingbrokes nicht zutraf, dass der Prätendent die an ihn gestellte Forderung nicht erfüllte.

Jacob Eduard that, was er musste. Er hat die Zumutung, Protestant zu werden, mit Abscheu von sich gewiesen. Er war der würdige Sohn Jacobs II. und der bigotten Maria von Modena, ein Mann, dem die Religion mehr als Herzenssache war, für den alle anderen Rücksichten schwiegen, wo es sich um seinen Glauben handelte. Sein Vater war doch einige Jahre König von England gewesen und hat dann den Gedanken nicht mehr fassen können, dass nicht alle ehrlichen Menschen diesseits und jenseits des Kanals Gut und Leben opfern sollten, um seinen Thron wieder aufzurichten. Der Sohn war aufgewachsen als ein Verbannter, ausgeschlossen von

dem Lande und dem Throne seiner Väter um seiner Religion willen. Um so mehr Opfer er ihr zu bringen hatte, desto fester hing er an ihr. Die Glaubensstreue des Prinzen war der Trost seiner Mutter. Doch England gegenüber befand er sich in anderer Lage als sein Vater. Denn unterdessen hatte die Nation sich ein Gesetz gegeben, dass sie einen katholischen König über sich nicht dulden wolle. Durfte ein Bewerber um die Krone dies für nichts achten? Die Anhänglichkeit an seinen Glauben gereicht ihm zur Ehre, doch höhere Ehre hätte er gewonnen, wenn er alsdann folgerichtig auch allen Absichten auf England entsagte, wenn er sich dem unterwarf, was sein Land forderte und fordern durfte.

Doch davon war er weit entfernt. Sein Glauben und sein Recht sollten nichts mit einander gemein haben. Von der staatsmännischen Einsicht Heinrichs von Bourbon, dessen Lage ja der seinigen wohl vergleichbar war, besass der Chevalier nichts. Eigensinnig beharrte er dabei, als Katholik seinen Anspruch durchzusetzen. Er suchte nur die englischen Minister zu überzeugen, dass die Religion ein Hindernis in Wahrheit gar nicht bilden könne. Die Briefe, die er den Ministern und selbst der Königin, seiner Schwester, schrieb¹⁾, atmen die Sehnsucht wieder, die der verstossene Prinz nach der Krone empfand, die seine Väter getragen hatten. Eher wolle er sterben, als sein Recht einem andern überlassen. In ruhigerer Sprache legte er in einem Schreiben nach Rom an den Kardinal Gualterio seinen Standpunkt dar.²⁾ Er weiss wohl, dass seine Weigerung alle seine Freunde in Aufregung versetzt hat. Doch hofft er, dass ihr alter Eifer sich wieder einstellen werde und dass man, so sagt er, „mich lieber nehmen wird, wie ich bin, als länger darauf bestehen, dass ich mich, um zu meinem Rechte zu kommen, auf immer entehre. So ist meine Lage. — Meine beste Hoffnung ruht auf der Freundschaft meiner Schwester, an der ich nicht zweifeln kann, zumal seitdem ich sie habe wissen lassen, dass ich nichts zu ihrem Schaden beanspruche, vorausgesetzt, dass sie mir die Krone sichert, in deren Besitz sie sich gegenwärtig befindet.“ Wenig bescheidene Worte eines Mannes, der doch nur geringe Aussicht auf die Verwirklichung seines Anspruchs besass. Fast als Gnade will er die Königin im Besitze ihrer Krone nicht stören.

Nachdem der Prätendent die erste Forderung der englischen Minister verweigert hatte, haben diese von einem förmlichen Plane

¹⁾ Gedruckt bei F. Salomon im Anhang S. 337—41. — ²⁾ Vom 23. April 1714. Gualterio Papers. Brit. Mus.

zu seiner Herstellung, wie sie ihn sonst wohl gefasst haben würden, natürlich abgesehen. Aber man darf deshalb nicht glauben, dass sie nunmehr jedem Gedanken an den Prätendenten entsagt hätten. Besonders gilt dies von Bolingbroke. Musste er nicht vielmehr immer wieder darauf zurückkommen, da er doch nicht im Zweifel sein konnte, dass er von dem Kurfürsten schlechterdings gar nichts zu hoffen hatte? Gerade in diesem Punkte zeigte sich nun ein bedeutender Unterschied zwischen den beiden vorwaltenden Ministern. Bolingbroke that wenig, um seine feindselige Gesinnung gegen Hannover zu verbergen. Oxford meinte mit dem Kurhause nicht so schlecht zu stehen, dass er nicht noch sein Vertrauen gewinnen und, wenn es denn in England zur Herrschaft komme, auch unter einem hannövrischen Könige noch Grossschatzmeister bleiben könne.

Der Konflikt zwischen den beiden Ministern hatte nun um die Zeit, als Baron Bothmer nach London kam, eine Höhe erreicht, dass er demnächst auf die eine oder andere Weise zum Austrag kommen zu müssen schien. Schon wollte man genau wissen, wer von den übrigen Ministern für Oxford, wer für Bolingbroke sei. Man darf sich nicht wundern, dass die angeblichen Jacobiten unter ihnen, namentlich der Kanzler Harcourt und der Staatssekretär Bromley als Anhänger Bolingbrokes ausgegeben wurden. Und wenn dieser obsiege, so berichtete Bothmer¹⁾, dann sei es gewiss, dass er vorwärts stürmen werde, wie seine Verwegenheit, seine Heftigkeit, seine Anmassung es ihm eingeben. In der Gunst der Königin hatte er, den man seiner hochfliegenden Pläne halber Phaëton nannte, den Grossschatzmeister schon überflügelt.

Am 24. Juni a. St. war Bothmer in London angekommen. Am 28. hatte er seine erste Unterredung mit dem Grossschatzmeister. Graf Oxford begann eben jetzt, sich um so eifriger um die Gunst des Kurfürsten zu bemühen, als er das Vertrauen der Königin verloren hatte und seine Stellung im Ministerrate durch Bolingbroke erschüttert fühlte. Gleich bei der ersten Konferenz mit Bothmer versprach er seine guten Dienste zur Herstellung eines guten Einverständnisses zwischen der Königin und dem Kurfürsten; freilich sei das ein Werk, das nicht an einem Tage gethan werden könne. Er beteuerte auch, im Sinne eines Briefes vom Kurfürsten, den Bothmer ihm soeben übergeben hatte, für die hannövrische Thronfolge arbeiten zu wollen. Über Mittel und Wege zu diesem Ziele wollte man nächstens vertraulich mit einander reden.

¹⁾ 29. Juni/10. Juli 1714. Han. Arch.

So unwahr die Beteuerungen Oxfords oft waren, dieses Mal sprach er die Wahrheit. Denn schon fühlte er den Boden unter seinen Füßen wanken. Das Zerwürfnis mit Bolingbroke hatte jetzt einen Grad erreicht, dass eine Verständigung unmöglich war. Bolingbroke besass das volle Vertrauen der Königin: Oxford wandte sich der aufgehenden Sonne zu, dem Thronfolger in Herrenhausen. Wenn man in Hannover Bolingbroke die Absicht zutraute, dass er die Thronfolge dem Prätendenten verschaffen wolle, so bemühte sich Oxford, seinerseits als der Hort der protestantischen Succession zu erscheinen. Aber zu seinem Unglück glaubte ihm jetzt weder Bothmer noch der Kurfürst. Bei Oxford, schrieb der Gesandte, müsse man stets mit seiner unergründlichen Falschheit und Treulosigkeit rechnen. Gewiss werde in den Aussichten des Kurfürsten sich nichts verbessern, wenn Oxford selbst über Bolingbroke den Sieg davontragen sollte. Denn beide bemühten sie sich für den Prätendenten, nur dass der stürmische Bolingbroke dabei etwas ungestümer zu Werke gehe als der besonnenere Graf Oxford. Aber das Endziel sei für beide das gleiche.¹⁾

Am 29. Juni a. St. hatte Bothmer seine Antrittsaudienz bei der Königin. Er fand sie bleicher als er sie vor drei Jahren gesehen, im übrigen liess ihr Äusseres nicht erkennen, dass ihre schwere Krankheit sie schon binnen eines Monats dem Tode in die Arme führen sollte. Bothmer entledigte sich seines Auftrages, das Ableben der alten Kurfürstin zu notifizieren, überreichte die Briefe seines Herrn und des Kurprinzen und legte Zeugnis ab für die freundschaftliche Gesinnung des hannövrischen Hofes gegen Ihre Majestät. Die Königin antwortete huldvoll, wie sehr das Hinscheiden Sophiens ihr zu Herzen gegangen sei; sie versicherte, an allem, was das Kurhaus angehe, aufrichtig teil zu nehmen; sie werde jede Gelegenheit willkommen heissen, dem Kurfürsten ihre Freundschaft zu beweisen.²⁾ Annas Gewohnheit gemäss wurde der offizielle Charakter der Audienz streng gewahrt. Von keiner Seite wurde der Frage der Thronfolge auch nur mit einer Silbe Erwähnung gethan. Wie viel bittere Gedanken gegen das kurfürstliche Haus mögen aber der Königin während dieser Unterredung durch die Seele gezogen sein. Bothmer selbst stand bei ihr nicht in gutem Andenken, sein letzter Vorgänger Schütz war von ihrem Hofe verwiesen worden und immer noch

¹⁾ Bothmer an d. Kurf. 20./31. Juli 1714. Hann. Arch. — ²⁾ Bothmer an d. Kurf. 29. Juni/10. Juli 1714. Hann. Arch. Dasselbst auch Bothmers Anrede an die Königin. Vergl. Macph. Pap. II. 633.

hatte man in Hannover den Gedanken nicht ganz aufgegeben, den Kurprinzen nach London zu senden.

Bothmer hat keine weitere Audienz bei der Königin gehabt; nur noch einmal, bei ihrer letzten Thronrede im Parlamente, hat er sie von Angesicht gesehen. Auch sein Verkehr mit den Ministern war auf das notwendigste Mass beschränkt. Dafür stand er mit den Freunden des Kurfürsten in engster Verbindung und beriet sich mit ihnen über die wirksamsten Massregeln im Dienste seines Herrn. So stand er mitten in dem aufgeregten Treiben der Parteien, emsig bemüht alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der protestantischen Succession entgegenstanden, und hat damit dem Interesse des Kurfürsten viel besser genützt, als es die Anwesenheit des Prinzen in London jemals vermocht hätte. Bothmer hat sich auch redlich Mühe gegeben, jenen Teil seiner Instruktion zur Ausführung zu bringen, der ihm vorschrieb, den Ministern vorzustellen, wie ungefährlich die vielbescholtene Herüberkunft eines hannövrischen Prinzen sein würde. Einen oder den andern glaubte er auch überzeugt zu haben, aber zuletzt hiess es doch, die Königin sei nun einmal so sehr gegen die Sache eingenommen, dass man ihr nicht mehr damit kommen dürfe. Man erinnerte sich noch, wie ehemals, als von der Berufung der Kurfürstin Sophie zum ersten Male die Rede war, die Königin über den blossen Gedanken daran so erbittert war, dass sie drei Tage und drei Nächte hindurch weinte und ihre Thränen nicht getrocknet werden konnten, bis sie von dieser Furcht gänzlich befreit war. Es würde gut sein, sagten die Minister zu Bothmer, wenn sich ein anderes Mittel zur Sicherung der protestantischen Succession finden liesse, wie etwa die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen.¹⁾ Doch jedermann wusste, dass dies im Augenblick unmöglich war.

Bothmer erhielt einen traurigen Eindruck von den Aussichten seines Herrn. Wiederholt liest man in seinen Briefen die trübselige Bemerkung, am Ende werde doch wohl der Prätendent, wenn die Königin jetzt sterben sollte, dem Kurfürsten zuvorkommen.

Gleichwohl schien eben jetzt das Verhalten der englischen Regierung zur Thronfolgefrage zu besseren Hoffnungen zu berechtigen. Nachdem noch vor vier Monaten beide Häuser des Parlaments und die Krone gemeinschaftlich ihre Entrüstung bekundet hatten, weil gewisse Leute behaupten wollten, dass unter der gegenwärtigen Regierung die protestantische Succession in Gefahr sei, ward jetzt ein Preis auf den Kopf des Prätendenten gesetzt.

¹⁾ Bothmer an d. Kurf. 2./13. Juli 1714. Hann. Arch.

An Gründen für eine solche Massregel fehlte es freilich nicht. In Irland waren Bewegungen zu Gunsten des Prätendenten entstanden. Mehr Aufsehen machte es, dass zwei irische Offiziere in London und Westminster Mannschaften für den Dienst des Prätendenten anzuwerben wagten; aus Nordfrankreich kamen Nachrichten, dass in den dortigen Häfen in grosser Zahl solche Mannschaften ans Land gestiegen seien. Jene zwei irischen Offiziere wurden verhaftet und bei dem einen fand man einen Pass vom Grafen Middleton, dem sogenannten Staatssekretär Jacobs III.¹⁾

Immerhin waren derartige Vorgänge nicht neu; die Bemühungen, Kriegsvolk für den Prätendenten zu werben, hatten die letzten Jahre hindurch niemals geruht. Viel stärker fiel das zwischen den beiden mächtigsten Personen des Ministeriums beständig zunehmende Zerwürfnis in's Gewicht. Bolingbroke — soviel ist gewiss — suchte den Boden zu bereiten, um die Rückkehr des Prätendenten zu ermöglichen, gleichviel ob er nun auf alle Fälle seine Thronerhebung als einziges Ziel seiner Politik in's Auge fasste oder nicht. Graf Oxford hatte mit seinem feinen Spürsinne erkannt, dass bei der kurzen Lebensdauer, die der Königin nur mehr zugemessen schien, die unterirdische Arbeit für Jacob Stuart nicht mehr den gewünschten Erfolg haben werde, zumal seit der Weigerung des Chevaliers, den Glauben zu wechseln. Er wendete sich darum entschieden auf die Seite der hannövrerischen Partei. So hoffte er sich dem Kurfürsten angenehm zu machen und auch unter seiner Herrschaft im Besitze seines Amtes zu bleiben.

So war es der erste Schritt auf diesem Wege, wenn der Grossschatzmeister nach der Verhaftung der beiden irischen Offiziere im Kabinettsrate die Notwendigkeit vorstellte, nunmehr eine Proklamation gegen den Prätendenten zu erlassen. Er brachte damit dieselbe Massregel in Vorschlag, welche noch im April in der Antwort der Königin auf eine Adresse der Lords als unnötig verworfen worden war. Oxford schlug 100 000 £ als Belohnung für jeden vor, der den Prätendenten ergreifen würde, falls er in England zu landen versuchen sollte. Bolingbroke, gegen dessen Absichten der Vorschlag gerichtet schien, wagte doch nicht, sich ihm offen entgegenzusetzen. Seinen jacobitischen Freunden hat er später erklärt, er habe zustimmen müssen, um seine Pläne nicht zu früh zu verraten, und auch dem französischen Gesandten gegenüber hat er sich in

²⁾ Bonets Berichte 18./29. Juni, 22. Juni/2. Jul. 1714. Parl. Hist. VI, 1358.

ähnlichem Sinne geäussert.¹⁾ Doch suchte er den Antrag seines Kollegen wenigstens abzuschwächen. Er leugnete nicht die Notwendigkeit, von der Oxford sprach, nur die Höhe der Summe bemängelte er; er verwies auf die zur Zeit Jacobs II. geschehene Ächtung des Herzogs von Monmouth, auf dessen Kopf nur 5000 £ gesetzt worden waren. Bolingbroke setzte für den gegenwärtigen Fall das Gleiche durch. Am folgenden Tage erschien wirklich im Namen der Königin eine Proklamation, in der es hiess: „Da der fälschlich sogenannte Prinz von Wales, der sich den Titel eines Königs von England beilegt und der des Hochverrats angeklagt und überführt ist, noch in Lothringen verweilt, trotz der neuerlichen und dringenden Vorstellungen, welche Ihre Majestät hat thun lassen, damit man ihn von dort entferne, und da etliche Personen verräterischer Weise in Irland für den Dienst des Prätendenten verpflichtet und geworben sind: So verspricht Ihre Majestät eine Belohnung von 5000 £ jedem, der ihn vor einen Friedensrichter bringen wird, im Falle er in Grossbritannien und Irland eine Landung unternehmen sollte.“

Wenn der Erlass dieser Proklamation eine Wandlung in dem Verhalten der Regierung bedeutete, so haben beide Häuser des Parlaments sich der veränderten Richtung der Politik auffallend schnell angeschlossen. Es war als ob sie ein Gefühl gehabt hätten, wieviel mehr dieses Verhalten der Gesinnung des Volks entsprach als das bisher beobachtete. Im Oberhause beantragte am folgenden Tage Graf Nottingham eine Dankadresse an die Königin, in der die Lords zugleich um eine Reihe noch weitergehender Massregeln von seiten der Regierung baten. Die Königin möge durch Bündnisse vor allem den Kaiser und den König von Preussen in die Garantie für die gesetzliche Thronfolge im Hause Braunschweig hereinziehen, sie möge die Unterstützung dieser Fürsten in Anspruch nehmen, um den Herzog von Lothringen zur Austreibung des Prätendenten aus seinem Gebiete zu bewegen, sie möge in einer weiteren Proklamation eine Belohnung auf die Entdeckung solcher Personen setzen, die andere für den Dienst des Prätendenten anwerben sollten oder selber für denselben geworben seien.

Bolingbroke war im Augenblicke nicht anwesend und auch kein anderes Mitglied des Hauses sprach gegen Nottinghams Adressantrag. Lord Halifax trat als Redner für denselben auf, und den tiefsten Eindruck machte es, als der alte Lord Wharton, der seit den Zeiten Karls II. dem Oberhause angehörte, sich erhob und die

¹⁾ Lockhart Papers I, 472. Mahon History I, 88.

Proklamation der Königin in der Hand haltend mit leidenschaftlichen Worten auf jene Stelle derselben hinwies, in der die Königin sagte, dass alle ihre Bemühungen, den Prätendenten aus Lothringen zu entfernen, erfolglos gewesen seien. Mit bitterer Ironie beklagte er die Ohnmacht der Königin: „Die unglückliche Fürstin,“ rief er aus, „wie sehr hat ihre Lage sich verändert. Wird die Nachwelt glauben, dass eine so grosse Königin, welche das übermächtige Frankreich besiegt hat, das Spanien einen König gab, sie, deren Minister den Kaiser und die Generalstaaten erzittern machten, dass es ihr an der Macht fehle, um einen so kleinen unbedeutenden Fürsten wie den Herzog von Lothringen zur Erfüllung ihres billigen Verlangens bringen zu können, dass er den Mann, der ihr die Krone streitig mache, aus seinem Staate verbanne?“¹⁾

Die vorgeschlagene Adresse wurde ohne Widerspruch genehmigt. Als aber die Abstimmung vorüber war, erschien Bolingbroke. An der geschehenen Thatsache konnte er nichts mehr ändern. Nun wollte wohl auch er nicht zurückstehen und erklärte, es gebe ein noch zweckmässigeres Mittel, um die hannövrische Thronfolge zu sichern. Und als einige Peers ihn um eine deutlichere Erklärung baten, schlug er die Einbringung einer Bill vor, durch welche alle für den Dienst des Prätendentenwerbenden wie geworbenen Personen des Hochverrats für schuldig erklärt würden. Die Whigs waren natürlich einverstanden. Das ganze Haus trat zu einer Kommission unter Bolingbrokes Vorsitz zusammen. Hier wiesen die grossen Whiglords Halifax, Townshend, Cowper, Somers, Wharton darauf hin, dass ja der Prätendent an sich ungefährlich sei, dass er Bedeutung gewinne erst durch den mächtigen Schutz des Königs von Frankreich, der ihn auf den englischen Thron zu erheben trachte. Auf diesen Punkt also wurde das meiste Gewicht gelegt, und in diesem Sinne wurde die Bill abgefasst, welche später auch die Zustimmung der Gemeinen erhielt.²⁾

Im Unterhause war die königliche Proklamation gegen den Prätendenten mit nicht weniger Begeisterung aufgenommen worden als bei den Lords. Auch hier wurde eine Dankadresse in Vorschlag gebracht und allseitig unterstützt. Man behauptete sogar, die ausgesetzte Belohnung von 5000 £ sei zu gering für einen so wichtigen Dienst, wie die Ergreifung des Prätendenten. Es war offenbar bekannt, dass Graf Oxford ursprünglich die viel grössere Summe im Ministerrate vorgeschlagen hatte, und so wurde jetzt ein Zusatz

¹⁾ Parl. Hist. VI, 1359. — ²⁾ Parl. Hist. VI, 1360/61.

zur Adresse beantragt: das Haus werde Ihre Majestät mit Freuden unterstützen und Ihr zum Zwecke einer Belohnung für jenen wichtigen Dienst die Summe von 100 000 £ gewähren. Diese Bewilligung, welche die Königin vorkommenden Falles gewiss nicht hätte ablehnen können, konnte nur den Sinn haben, dass das Unterhaus seinerseits die kleinliche Haltung des Ministerrates und der Königin wieder gut machen wollte. Der Staatssekretär Bromley wollte denn auch einwenden, dass ein solches Überbieten der königlichen Proklamation sich wie ein Vorwurf gegen Ihre Majestät ausnehmen würde. Aber das Haus achtete nicht darauf, und die Adresse wurde nebst dem Zusatze einstimmig angenommen.¹⁾

Die Antworten der Königin auf die Adressen beider Häuser sagten nicht viel. „Sie dürfen sich versichert halten,“ hiess es in der an die Lords gerichteten, „dass ich fortfahren werde, alles zu thun, was ich für notwendig erachte, um unsere Religion und die Freiheit meines Volkes zu sichern“ — das bezog sich auf die von Frankreich drohenden Gefahren — „und die leeren Hoffnungen des Prätendenten zu vereiteln.“ Der dem Unterhause erteilte Bescheid war noch farbloser.²⁾ Immerhin machten auch diese Antworten der Königin einen guten Eindruck beim Volke, das jetzt die protestantische Succession für ebenso gesichert hielt, wie es vordem überzeugt gewesen war, dass dieselbe in Gefahr sei.³⁾

Die beiden Häuser des Parlaments beruhigten sich bei diesen Antworten der Königin noch nicht, sondern suchten sie zu weiteren Massregeln zu drängen. Das Spiel der parlamentarischen Adressen begann von neuem. Die Lords beschlossen dem Antrage Whartons gemäss, die Königin abermals durch eine Adresse aufzufordern, Schritte gegen den Prätendenten zu thun. Das ganze Oberhaus wollte sich an der Überreichung dieser Adresse beteiligen. Aber dann geschah es, dass freilich die Lords von der Whigpartei, die seit drei Jahren den Hof gemieden hatten, zum erstenmal wieder vor ihrer Königin erschienen; von den Tories aber hielt sich eine grosse Anzahl bei dieser Gelegenheit fern, auch Oxford und Bolingbroke. Schon war die Haltung der Whigs zielbewusst und entschlossen, die der Tories schwankend und unbestimmt.

Die vermutlich von Bolingbroke entworfene Antwort der Königin besagte, sie wolle dem Wunsch des Oberhauses gemäss ihre Vorstellungen zur Entfernung „jener Person“ wiederholen. Aber die

¹⁾ Parl. Hist. VI, 1358/9. — ²⁾ Parl. Hist. VI, 1359/60. — ³⁾ Bonet 29. Juni/10. Juli 1714. G. St. A.

Lords würden auch wohl mit ihr darin übereinstimmen, dass das wirksamste Mittel zur Sicherung der protestantischen Succession darin bestehen würde, die Fehden und Zwistigkeiten im Innern des Staates zu beseitigen.

Den in solchen Worten angedeuteten Tadel wollten die Whigs nicht ruhig über sich ergehen lassen. Sie meinten, es sei wohl zweifelhaft, ob die Regierung überhaupt jemals Vorstellungen in Lothringen gethan habe; der Herzog von Buckingham, der Vorsitzende des Geheimen Rats, erklärte unverhohlen, ihm sei nichts davon bekannt. Jetzt hiess es auch, dass der Prätendent sich mit voller Zustimmung des englischen Ministeriums in Bar le Duc aufhalte. Da eben weder Oxford noch Bolingbroke anwesend waren, so wurde eine von Sunderland vorgeschlagene Adresse angenommen, in der es hiess, das Oberhaus wundere sich, dass die Vorstellungen der Königin bisher ohne Erfolg geblieben seien.

Einen noch schärferen Ton schlug die von General Stanhope im Unterhause beantragte Adresse an, welche ebenfalls darauf hinauslief, dass der Prätendent nicht in grösserer Nähe weilen dürfe, als der gesetzmässige Thronfolger. Ein Abgeordneter der Universität Oxford erklärte die Adresse für nutzlos. Zur Zeit Cromwells habe man ähnliche Massregeln gegen Karl II. ergriffen, und doch sei dadurch weder seine Rückkehr noch seine Thronbesteigung verhindert worden. Aber da selbst ein Verwandter des Grafen Oxford den Antrag Stanhopes unterstützte, so gelangte derselbe ohne Schwierigkeiten zur Annahme.¹⁾

In wenigen Tagen hatte sich die politische Lage verändert. Indem Graf Oxford sich durch seinen Nebenbuhler aus der Gunst der Königin verdrängt sah, suchte er an der hannöverschen Partei, ja an dem künftigen Könige selbst eine Stütze zu gewinnen; er veranlasste die Proklamation gegen den Prätendenten. Damit aber war ein Ton angeschlagen worden, der einen so lauten Wiederhall in der ganzen Nation fand, dass Oxford wohl selbst darüber erschrak. In beiden Häusern des Parlaments führte plötzlich die Whigpartei wieder das grosse Wort und konnte sich nicht genug thun in ihrem Eifer für die protestantische Succession. Sie scheute sich nicht, der Königin selbst ihr Misstrauen in wenig verhüllter Form zu erkennen zu geben.

So war das Wiederaufkommen der Whigs die wichtigste Folge

¹⁾ Bonet 30. Juni/11. Juli, 3./14. Juli, 10./21. Juli 1714. Die Parl. Hist. lässt uns in Bezug auf diese letzten Verhandlungen über die Succession im Stich.

der letzten Handlungen des Parlaments. Drei Jahre lang hatten die Tories die Gegenpartei niedergehalten; jetzt waren sie gleichsam in einem Augenblicke von derselben überflügelt worden. Schon dachte man an den Erfolg der Whigs bei den Wahlen für das nächste Parlament.¹⁾ Unzertrennbar hingen aber mit dem wachsenden Einflusse der Whigs die Aussichten der protestantischen Thronfolge zusammen. Ein gutes Teil der unterirdischen Arbeit Bolingbrokes war durch die jüngsten Schritte der beiden Häuser des Parlaments verschüttet worden.

Man wird kaum fehlgreifen, wenn man den Zwiespalt, wie er sich jetzt zwischen den beiden mächtigsten Ministern der Königin Anna aufgethan hatte, in die nächste Beziehung zu ihren verschiedenen Absichten hinsichtlich der Thronfolge setzt. Nun wurden sie aber auch zu einer um so entschiedeneren Stellungnahme gedrängt, je mehr der Gegensatz sich verschärfte. Zuletzt war Oxford — soweit bei dem verschlagenen, doppelzüngigen Manne davon die Rede sein kann — zum ausgesprochenen Anwalt der hannöverschen Rechte geworden. Bolingbroke erscheint wie ein zweiter General Monk. Denn anders wird man die Thatsachen kaum nehmen dürfen, als dass die Königin in ihrer letzten Lebenszeit sich aus dem Grunde eng an Bolingbroke anschloss, weil sie in ihm den einzigen Mann erblickte, der imstande und willens war, trotz des Thronfolgesetzes und gegen den Wunsch der Nation ihren Bruder, den stuartischen Prinzen auf den Thron zu erheben. Die Stimme des Blutes wurde stärker in ihr, als sie den Tod nahen fühlte; die Pflicht gegen das Andenken ihres Vaters erschien dringender als die Pflicht gegen ihr Volk. Kein Zweifel, sie hasste den Kurfürsten und sein ganzes Haus, der Gedanke, dass er ihr Nachfolger auf dem englischen Throne sein solle, war ihr widerwärtig. Da bot ihr Bolingbroke seine hilfreiche Hand zur Erfüllung ihres letzten Herzenswunsches und dafür stützte sie ihn mit ihrer königlichen Macht im Kampfe gegen alle seine Widersacher.

Der letzte Versuch, Bolingbroke zu stürzen, wurde im Oberhause gemacht. Der Handel mit Spanien bildete den Gegenstand der Verhandlung. Er war durch den Frieden schliesslich doch nicht auf eine sichere Grundlage gestellt worden. Darüber konnte das englische Publikum sich nicht lange täuschen, trotz der Freude, in welcher Königin und Unterhaus sich nach dem Abschlusse begegnet waren. Man wurde bald gewahr, dass der Handel mit Frankreich,

¹⁾ Bonet 10./21. Juli 1714.

Spanien, Westindien nicht wieder wie vor dem Kriege in Schwung kommen wollte. Auch der Preis der englischen Fabrikate war gefallen.¹⁾ Einige Artikel des in Utrecht geschlossenen Handelsvertrages waren nachträglich in Madrid mit Erläuterungen versehen worden. Graf Nottingham erklärte im Oberhause, dass nach diesen Erläuterungen ein Handel mit Spanien nur mit Verlusten für die britischen Kaufleute zu führen sei. Man schlug vor, eine Anzahl von Kaufleuten selber zu hören. Bolingbroke widersetzte sich mit Heftigkeit diesem Antrage; Oxford aber unterstützte ihn und mit Erfolg. Die Kaufleute erschienen im Hause und gaben die Erklärung ab, dass wenn nicht die erläuternden Artikel wieder beseitigt würden, sie ihren Handelsverkehr mit Spanien nur bei 20 bis 25 Prozent Verlust würden fortsetzen können.²⁾ Nach langer Debatte beschloss man, die Königin durch eine Adresse um die Vorlegung aller Aktenstücke zu ersuchen, welche sich auf den spanischen Handelsvertrag bezögen, sowie auch um Angabe der Personen, die ihr zu diesem Vertrage geraten hätten. Ein höchst verhängliches Verlangen, denn jedermann wusste, dass vor allen anderen Bolingbrokes Name genannt werden müsste. Von der Königin aber erfolgte bloss die Antwort, sie habe jene drei erläuternden Artikel zusammen mit dem Handelsvertrage selbst ratifizieren lassen, da sie erfahren habe, dass dieselben für den Handel ihrer Unterthanen nicht nachtheilig seien. Die geforderte Mitteilung der Namen unterblieb stillschweigend. Eine so geringschätzige Behandlung wollten die Whigs sich nicht bieten lassen; Wharton, Halifax und andere protestierten energisch gegen diese Antwort. Wenn die Adressen und Gesuche dieser erlauchten Versammlung an den Souverän so wenig Beachtung fänden, so hätten sie in diesem Hause nichts mehr zu thun. Sie wollten noch einmal dasselbe Ersuchen um Nennung der Namen stellen; aber dieses wussten die Anhänger des Hofes noch zu verhindern.³⁾

Wenn der beabsichtigte Zweck dieser parlamentarischen Aktion erreicht, Bolingbroke gestürzt werden sollte, so konnte es nur durch die Mitwirkung Oxfords geschehen. Er hatte den Whigs seine Unterstützung zugesagt; im entscheidenden Augenblicke aber blieb er unthätig und stumm. Die Zeitgenossen haben sich sein Ver-

¹⁾ Vergl. Historie oder Nachricht von dem Betrieb der letzten Ministres u. Unterhauses von Gross-Britannien. A. d. Engl. 1715, p. 31--32.

²⁾ Etwas anders ist der Hergang dargestellt in der wenige Monate später erschienenen Flugschrift: An inquiry into the miscarriages of the four last years' reign. London 1714, p. 23.

³⁾ Parl Hist. Bonets Berichte G. St. A. Bothmers Korrespondenz. Hann. Arch.

halten nicht zu erklären gewusst und auch heute noch schwanken wir zwischen den Deutungen, welche damals versucht worden sind. Ob er sich der Whigpartei nicht völlig in die Arme werfen wollte, ob er meinte, sich im Vertrauen der Königin noch erhalten oder dasselbe wiedergewinnen zu können, ob er selber in Bolingbrokes Sturz verwickelt zu werden fürchtete — zwischen diesen Erklärungen würden wir zu wählen haben. Doch fast noch mehr Wahrscheinlichkeit als diese besitzt vielleicht die Annahme, dass er nur vorläufig seine Hilfe zugesagt hatte, um so den Sturm heraufzubeschwören, dem sein Gegner zum Opfer fallen sollte, ohne überhaupt daran gedacht zu haben, jene Zusage zu erfüllen. Der hinterhältigen Art des Grossschatzmeisters wäre ein solcher Streich wohl zuzutrauen gewesen.

Zu einem offenen Angriffe gegen Bolingbroke war es nun also doch nicht gekommen. Um so gewisser schien es jetzt, dass Bolingbroke seinerseits den Grafen Oxford stürzen würde. Noch kam es zu aufgeregten Scenen im Parlamente. Die Antwort der Königin auf eine weitere Adresse des Oberhauses, ihren Anteil an dem Nutzen des Assiento-Traktats betreffend, erregte neuen Unwillen. Wohl gab sie die Versicherung, dass sie auf den Rat des Hauses jederzeit grossen Wert lege, aber dann erklärte sie doch in einem Atem, im vorliegenden Falle dasjenige thun zu wollen, was sie selbst für das Beste halte. Das Haus hatte sie aber ersucht, den ihr zustehenden Anteil dem öffentlichen Wohle zukommen zu lassen. Kaum war also am 9. Juli a. St. die Antwort der Königin verlesen, so erhoben sich nach einander eine Reihe von Lords, Devonshire, Nottingham, Anglesea, Wharton, Cowper, und beklagten sich über die Sprache dieses königlichen Bescheides. Der zweite Teil desselben stehe mit dem ersten in Widerspruch, er sei unvereinbar mit der Würde des Thrones, verletzend für das Haus. Noch niemals sei auf eine Adresse des Oberhauses eine ähnliche Antwort erfolgt. Man wollte dieselbe nicht, wie üblich, drucken lassen, sondern sie soviel wie möglich mit Stillschweigen übergehen. Andere erklärten gar, man müsse erfahren, wer diejenigen seien, welche der Königin zu einer solchen Antwort geraten hätten. Es schien wirklich, als ob jetzt der entscheidende Vorstoss gegen die Stellung Bolingbrokes erfolgen sollte.

In diesem Augenblicke aber erschien die Königin, um der Session des Parlaments ein Ende zu machen. Von zwei Begleitern gestützt, war sie instande, den Weg bis zum Throne zu Fusse zurückzulegen. Das Unterhaus wurde vor die Schranken der Lords zitiert und der Sprecher hielt eine wohlgesetzte Anrede an die Königin. Sie werde

hoffentlich mit dem, was das Haus in dieser Session gethan, gnädigst zufrieden sein, und dabei brachte er die wichtigsten Beschlüsse in Erinnerung. Nunmehr erteilte die Königin zu einer Reihe von Gesetzen ihre Zustimmung, dann las sie mit vernehmlicher Stimme ihre Thronrede ab. In kurzen Worten sprach sie von ihrem Bestreben, dem Lande seine Religion, seine Freiheit und den Frieden für gegenwärtige und künftige Zeiten zu sichern. Dann folgten bittere Bemerkungen über die grundlosen Eifersüchteleien, welche beseitigt werden müssten, und über die Rücksichten, welche das Parlament ihr, der Königin, schuldig sei. Jene wünschenswerten Ziele würden niemals erreicht werden, sagte sie zu Lords und Gemeinen, „wofern Sie nicht dieselbe Rücksicht für meine gerechte Prärogative und für die Ehre meiner Regierung bekunden, die ich den Rechten meines Volkes jederzeit erwiesen habe.“ Damit wurde das Parlament bis zum 10. August vertagt.

Bolingbroke, den man als den Verfasser der Thronrede bezeichnete, wollte durch die tadelnden Worte die Whigs mit ihren lästigen Deklamationen über die protestantische Succession zum Schweigen bringen. Dass diese selbst in der Thronrede gar nicht berührt worden war, erschien natürlich höchst auffällig und wurde als ein neuer Beweis betrachtet, dass die Königin und ihr Minister die gesetzliche Thronfolge umstossen wollten. In den Schlussworten der Thronrede erblickten Bothmer und seine Freunde eine Anspielung auf die Versuche, einen Prinzen des kurfürstlichen Hauses zu Lebzeiten der Königin nach London zu bringen.¹⁾

Durch die Vertagung des Parlaments hatte Bolingbroke den drohenden Sturm einstweilen abgewendet. Aber er wusste auch, wenn dieses Parlament im Herbst wieder zusammentreten würde, dass er sich alsdann seinen Angriffen gegenüber kaum in seinem Amte würde behaupten können. Alle Welt wusste dieses, und darum fürchtete man auch, dass Bolingbroke jetzt zum äussersten schreiten und vor dem Wiederbeginn der Session den Prätendenten in's Land bringen werde, um an ihm eine Stütze zu haben und durch seine Erhebung den Gipfel des Ruhmes zu erklimmen. So war die Stimmung der Whigs und aller Anhänger der protestantischen Succession nach der Vertagung des Parlaments eine sehr düstere, sie fürchteten das Schlimmste von der nächsten Zukunft.²⁾

Der hannövrise Gesandte Bothmer hatte jetzt eine äusserst schwierige und undankbare Aufgabe. Mit den Anhängern des Kur-

fürsten vermochte er ebenso schwer in's Reine zu kommen, wie mit den Ministern. Kürzlich waren die Briefe, welche die Königin am 19./30. Mai an die Kurfürstin Sophie und an den Kurprinzen geschrieben, auch Oxfords Brief an die Kurfürstin, in London im Druck erschienen. Alle Welt las dieselben und stellte Betrachtungen an über den unfreundlichen Ton derselben. Dem englischen Hofe war die Sache höchst peinlich; denn bis dahin hatte man doch vor dem Volke den Schein eines guten Einverständnisses mit dem Kurhause gewahrt. Kein Zweifel, so hiess es, dass nur von Hannover aus die Briefe bekannt geworden sein konnten. Der Staatssekretär Bromley beklagte sich bei Bothmer über die begangene Indiskretion; Bothmer aber durfte mit gutem Gewissen seine Unschuld beteuern. Er hat in der That mit dem Druck der Briefe nichts zu thun gehabt. Wie hätte er auch eine für den kurfürstlichen Hof so wenig schmeichelhafte Korrespondenz an die Öffentlichkeit bringen sollen? Er würde, erklärte er, den, der es gethan, nicht für seinen Freund halten können.¹⁾

Es hat gleichwohl den Anschein, als ob die Sache in der That von Hannover ausgegangen sei, zwar nicht von Georg Ludwig selbst, doch von seiner Mutter, der greisen Kurfürstin. Wir wissen schon, dass sie die Absicht bekundet hatte, die Briefe aller Welt bekannt zu machen. Sie hatte sie auch schon einem dem Herzoge von Marlborough nahestehenden Manne mitgeteilt, als der Tod den ehrgeizigen Wünschen der Greisin ein Ziel setzte. Als Bothmer wenige Wochen darauf nach London kam, fand er zu seinem Erstaunen viele Personen im Besitze von Abschriften der Briefe, welche die Königin der Kurfürstin und dem Kurprinzen geschrieben, und bald wurden sie durch den Druck jedermann zugänglich. Es liegt also nahe anzunehmen, zumal da der an Georg Ludwig gerichtete Brief nicht dabei war, dass noch nach jenem Auftrage, den Sophie selbst gegeben hatte, die Veröffentlichung erfolgt sei, vielleicht mit Wissen und Willen Marlboroughs.²⁾ Bothmer wird freilich mit den Versicherungen seiner Unschuld nicht viel Glauben gefunden haben und die ganze Angelegenheit musste sein Verhältnis zu den Ministern nur noch unerquicklicher machen.

Immerhin liess sich dies allenfalls noch verschmerzen, da von der gegenwärtigen Regierung auch schon vordem nicht viel für die Ansprüche des Hauses Hannover zu hoffen gewesen war. Weit bedenklicher war es, wenn jetzt auch die Anhänger der hannövrisehen

¹⁾ Bothmer an Robethon 13./24. Juli 1714. B. M. Macph. Pap. II, 636. —
²⁾ Vergl. Lockhart Pap. I, 479.

¹⁾ Bothmer an Georg Ludwig 6./17. Juli 1714, H. A. — ²⁾ Vergl. Klopp XIV, 622—23.

Thronfolge wankend wurden. Wie oft hatten sie dem Kurfürsten vorstellen lassen, dass er selber für die Sicherung seiner Thronfolge etwas thun müsse. Er war gleichwohl aus seiner vollkommenen Zurückhaltung, die freilich wohl angebracht war, nicht herausgetreten; nicht einmal zur Zahlung mässiger Geldsummen, um neue Freunde zu gewinnen, hatte er sich bereit gefunden. Jetzt wünschten sie volle Klarheit darüber zu haben, wessen sie sich vom Kurfürsten im Falle der Gefahr zu versehen haben würden. Eine Gefahr drohte nach ihrer Meinung der protestantischen Thronfolge nur dann, wenn der Prätendent noch zu Lebzeiten der Königin nach England kommen sollte. Würde er ihren Tod abwarten, so war nicht viel zu fürchten. Dann musste nach dem Gesetze der Kurfürst zum Könige ausgerufen werden und die bis zu seiner Ankunft an der Spitze des Staates stehende Regentschaft würde schon Mittel zur Abwehr des Prätendenten finden. Anders, wenn dieser den Tod der Königin nicht abwartete. Man dachte mit Schrecken daran, wie sich alsdann die gegenwärtige Regierung für ihn erklären würde, wie niemand zu den Waffen greifen könnte, weil dies nur auf Befehl der Königin geschehen dürfte. Und hätte dann der Sohn Jacobs II. erst einmal vom Throne Besitz ergriffen, so würde es heissen, er ist König de facto, und alle Welt würde ihm huldigen. Dahin also darf man es nicht kommen lassen: und nun schlugen sie dem Kurfürsten vor, sich mit dem Kaiser und den Generalstaaten, wenn möglich auch mit dem Könige von Dänemark in's Einvernehmen zu setzen, mit einer Flotte von Holland aus die Überfahrt des Prätendenten zu verhindern oder sich im Augenblicke der Gefahr der Hauptstadt London zu bemächtigen oder auch eine Macht in Schottland aufzustellen und mit derselben in England einzufallen. Zur Vorbereitung dieser Anschläge gehört vor allem Geld, und so soll der Kurfürst vorläufig die Summe von 100 000 £ flüssig machen und seinen englischen Freunden zur Verfügung stellen. Endlich dürfte es auch nützlich sein, dem englischen Hofe wieder einmal mit der Ankunft des Kurprinzen zu drohen: vielleicht liesse sich dadurch eine Sicherstellung der hannövrischen Succession erzwingen, wie etwa in der Form einer weiteren Entfernung des Prätendenten.

Aber wozu immer der Kurfürst sich entschliesse, so stellte Bothmer ihm vor, irgend etwas müsste geschehen. Die Freunde in England seien unzufrieden und niedergeschlagen und die eben neugewonnenen würden schon wieder abtrünnig. Manche baten auch geradezu, man möge ihnen einen Wink geben, wenn der Kurfürst für seine Sache in England nichts thun wolle. Sie wären ja bereit,

Gut und Blut für ihn einzusetzen, aber sie wollten auch nicht sich und die Ihrigen nutzlos in's Verderben stürzen. Sie deuteten an, dass sie in diesem Falle der königlichen Familie von Preussen ihre englische Krone zuzuwenden dächten, eine Aussicht, welche dem Kurfürsten gewiss höchst widerwärtig war.¹⁾ Aber ehe noch eine Antwort aus Hannover auf diese Vorschläge eintreffen konnte, war in London die grosse Entscheidung gefallen.

Unterdessen war es Bolingbroke gelungen, seinen Nebenbuhler Graf Oxford aus dem Amte zu entfernen. Das Zerwürfnis der beiden leitenden Männer in der Regierung hatte längst einen solchen Umfang angenommen, dass es nur mit dem Ausscheiden des einen enden konnte. Noch ehe die Proklamation gegen den Prätendenten erlassen wurde, hatte Bolingbroke die Schisma-Akte durchgebracht, ein Gesetz, welches sich gegen die Dissenter richtete und leicht für die Stellung des Grossschatzmeisters verhängnisvoll werden konnte. Oxford hatte sich gehalten. Seitdem aber die Versuche gegen Bolingbroke gescheitert waren, seit den Verhandlungen des Oberhauses über den spanischen Handelsvertrag war es sicher, dass Oxford fallen würde. Der unergründliche Heuchler, der sich mit allen Parteien verhalten, alle benutzen zu können meinte, hatte es schliesslich mit allen verdorben. Er hatte sich die Tories entfremdet und die Whigs nicht gewonnen; die Gunst der Königin hatte er verscherzt, aber das Vertrauen des Kurfürsten war ihm nicht zu teil geworden. Die Jacobiten wendeten sich von ihm ab und selbst der Hof von St. Germain soll seine Beseitigung gewünscht haben. Als sein Sturz beschlossen war, hiess es anfangs, er solle in ehrenvoller Form entlassen, zum Herzoge von Newcastle erhoben werden und eine Pension von 5000 £ erhalten.²⁾ Später ist davon nicht mehr die Rede gewesen. Dass auch Lady Masham beim Sturze Oxfords die Hand im Spiele hatte, versteht sich fast von selbst. Bolingbroke kannte die Wichtigkeit des weiblichen Einflusses auf Annas Gemüt und hatte sich darum bei Zeiten mit der Lady in's Einvernehmen gesetzt. Die Entlassung des Grossschatzmeisters ist in ziemlich brüsker Weise geschehen. Die Königin erklärte vor den übrigen Mitgliedern des Kabinetts ihre Unzufriedenheit mit Oxford, er sei unzuverlässig und unpünktlich in den Geschäften; ihr, seiner Herrin, gegenüber lasse er es an der gebührenden Ehrfurcht fehlen. Am 26. Juli a. St. sollen die beiden rivalisierenden

¹⁾ Bothmer an Georg Ludwig 20./31. Juli 1714. H. A. — ²⁾ Bothmer an Robethon 27. Juli/7. Aug. 1714. H. A. und sonst überliefert.

Minister eine heftige Auseinandersetzung in Gegenwart der Königin gehabt haben, in der es sich um beider Beziehungen zu Hannover und zum Prätendenten gehandelt habe. Wir mögen es bedauern, dass wir über dieses Gespräch keine genaue und zuverlässige Überlieferung besitzen. Am Abend des 27. Juli legte Graf Oxford in die Hand der Königin den weissen Stab und damit sein Amt nieder, nicht ohne sie vor den unmöglichen Plänen seiner Nachfolger zu warnen, die ihr eigener Ruin sein würden; sie werde nicht allein mit ihren Bundesgenossen, sondern mit den eigenen Unterthanen zerfallen.¹⁾ Die Königin hörte ihn nicht mehr. Vor seiner Entlassung soll Oxford noch gegen 60 ledige Stellen, die vom Grossschatzmeisteramte zu besetzen waren, mit seinen Anhängern ausgefüllt haben. Er meinte noch keineswegs seine politische Rolle ausgespielt zu haben. Zunächst beteuerte er dem Baron Bothmer seine unerschütterliche Anhänglichkeit an die Sache des Kurfürsten und der protestantischen Succession.²⁾ Im Publikum aber liess er verbreiten, er sei um dieser Gesinnung willen gestürzt worden, denn Bolingbroke wolle den Prätendenten zum Könige machen.

So hatte nun Bolingbroke vollkommen freie Hand für seine Pläne. Aber die Krankheitsanfalle der Königin mussten auch ihn gemahnen, für den Fall ihres baldigen Todes Vorsorge zu treffen. Am Tage von Oxfords Entlassung bewirtete er die hervorragendsten Führer der Whigpartei, darunter den General Stanhope. Auch Walpole hatte eine Einladung erhalten, verweilte aber eben nicht in London.³⁾ Das Vertrauen der Whigs zu gewinnen, ist Bolingbroke gleichwohl nicht mehr gelungen. Als die Geister vom Weine erhitzt waren, da hörte die Zurückhaltung auf, und Wirt und Gäste fingen an, sich über die brennende Tagesfrage zu unterhalten.⁴⁾ Bolingbroke begann damit, seinem Eifer für die protestantische Succession in beredter Weise Ausdruck zu geben. Die Whigs forderten nun auch in dürren Worten die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen. Bolingbroke erwiderte, für diese würde die Zustimmung der Königin nicht zu haben sein. General Stanhope aber erklärte rund heraus, dass auf die schönen Reden nichts zu geben sei; auf die Thaten komme es an. Er würde dem Minister die Beteuerungen seiner guten Gesinnung erst dann glauben, wenn der Herzog von

¹⁾ A secret history of the white staff. 1714. — ²⁾ Bothm. an Robethon 27. Juli/7. Aug. H. A. — ³⁾ Mahon I 91, nennt irrtümlich auch Walpole unter den Gästen Bolingbrokes. — ⁴⁾ Bothmer an Georg Ludwig 30. Juli/10. Aug. 1714. H. A. Vergl. auch Mahon I, 91.

Marlborough wieder den Oberbefehl über die Truppen, Graf Orford die Admiralität erhalte und zuverlässige Offiziere in der Armee angestellt würden. Die einträglichen Posten möge dann Bolingbroke für sich und seine Freunde behalten, deren er übrigens wenige habe, welche in den höchsten Ämtern zu dienen geschickt seien. Immer redseliger wurde Stanhope. Für Bolingbroke, so platzte er endlich mit brutaler Offenheit heraus, gebe es überhaupt nur zwei Wege, um am Galgen vorüber zu kommen. Entweder müsse er sich zu der Partei bekennen, welche es mit dem Vaterlande und der protestantischen Succession redlich meine: in diesem Falle versicherte er ihn des Beistandes dieser Partei, und Ehren und Reichthum würden sein Teil sein. Oder er müsse bei der Krone Frankreich und beim Prätendenten sein Heil suchen. Entscheide er sich nicht offen für einen dieser Wege, so müsse man doch glauben, dass er den letzteren einschlagen wolle. Stanhope fügte noch hinzu, dies sei nicht bloss seine eigene Meinung; seine Freunde dächten ebenso. Der Minister war sehr betreten und wusste im Augenblick nicht viel zu erwidern, worauf Stanhope wieder meinte, er brauche sich ja nicht sofort zu erklären und könne später seine Meinung kund geben. Bolingbroke aber musste erkennen, dass durch leere Versprechungen die Freundschaft der Whigs nicht zu erkaufen war.

Wohin nun seine Absichten zielten, lässt sich heute kaum noch erraten, geschweige denn mit Sicherheit behaupten; denn die neu-gewonnene Machtstellung des kühnen Mannes war nur von kurzer Dauer. Den Prätendenten liess er nach Oxfords Entlassung versichern, er sei noch desselben Sinnes gegen ihn, wenn er nur nach dem Wunsche der redlichen Leute im Lande handeln wolle.¹⁾ Bolingbroke war sicherlich bereit, die Sache des Prinzen zu seiner eigenen zu machen, sobald der gewünschte Glaubenswechsel erfolgte. Aber inzwischen konnte er doch nicht offen gegen die protestantische Succession auftreten.

Die politischen Korrespondenzen der Zeit wissen aus dem Jahre 1714 viel von den Massregeln zu erzählen, deren Zweck nur die Einführung des Prätendenten gewesen sein könne, von der Entlassung des Admirals Byng, der 1708 den stuartisch-französischen Angriff auf Schottland verhindert hatte, von der Abdankung hannövrish gesinnter Truppen in Irland und der geplanten Umformung der irischen Armee²⁾, von der Bezahlung stuartisch gesinnter Haupt-

¹⁾ *Pourvu qu'il prit les mesures qui conviendraient aux honnêtes gens du pays.* Mahon I, 91. — ²⁾ In einer nach dem Tode der Königin erschienenen Flugschrift (An inquiry into the miscarriages of the four last years' reign.

linge der Hochschotten durch die Regierung, von der Besetzung zahlreicher Offiziersstellen mit Jacobiten. Alle diese Dinge hatten schon zu Oxfords Zeit den schwersten Argwohn erregt. Die Freunde Hannovers waren immer mit der ungünstigsten Auslegung bei der Hand. Durch die äusserlich loyale Haltung der Regierung liessen sie sich nicht beirren. Die Stimme ist Jakobs Stimme, schrieb Leibniz, aber die Hände sind Esaus Hände.

Nun, da Bolingbroke allein das Heft in der Hand hatte, musste er, der von den Whigs und von Hannover nichts zu hoffen hatte, vor allem die Herrschaft seiner Partei und seines Systems noch mehr als bisher zu befestigen suchen. Wir werden sehen, wie sich nach seinem Rücktritte der Inhalt seiner auswärtigen Politik offenbarte, einer Politik, wie sie unter einem hannövrischen Könige nie und nimmer fortgesetzt werden konnte. Es erscheint fast, als ob die Erhebung des Prätendenten notwendiger Weise zuletzt die Krönung des Gebäudes abgeben musste. Gewiss ist nur, dass der im Augenblick allmächtige Mann an einem aus seinen Anhängern gebildeten Ministerium eine sichere Stütze zu gewinnen suchte. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wollte er sich selber vorbehalten. Es machte tiefen Eindruck, als die Namen der Männer verlauteten, welche neben Bolingbroke zu künftigen Ministern ersehen waren, Namen von rein jacobitischem Klange wie Bromley und Mar, Atterbury, Ormond und Wyndham. Selbst als der Herzog von Marlborough, der eben nach England zurückkehrte, als Mitglied des neuen Kabinetts genannt wurde, hatte dies bei den Whigs keine andere Wirkung, als sie in dem Glauben zu befestigen, dass der Herzog, dessen gelegentliche Beziehungen zum Prätendenten notorisch waren, nun vollständig zum Jacobiten geworden sei.

So hatte der kühn zugreifende Minister das Steuer des Staatsschiffes in seine feste Hand genommen. Nicht zum Besten des Kurfürsten würde er es lenken. Der Verwirklichung seiner verwegenen Pläne schien nichts mehr im Wege zu stehen. Man weiss heute, dass Frankreich mit seinen eigenen Truppen die britische Regierung unterstützt hätte, wenn sie es versuchte, dem Willen des Volks Gewalt anzuthun.¹⁾ Die Gegner Bolingbrokes trauten ihm

London 1714) heisst es darüber: *9 of the bataillons were to be entirely laid aside there and 72 officers who were thought improper instruments for the design in hand. In the room of those 9 bataillons 50 new ones were to be raised, that should be sure to obey all commands . . .* Man wird an die Furcht der Engländer vor irischen Truppen zur Zeit Karls I. erinnert.

¹⁾ Salomon a. a. O. 306.

wohl den Entschluss zu, selbst gegen den Wunsch seiner Herrin den Prätendenten nach England zu bringen, wenn sie es zu ihren eigenen Lebzeiten nicht zulassen wollte.¹⁾ Man mag sich vorstellen, dass die Arbeit einiger Monate genügt hätte, um dem Prätendenten die Wege zu ebnen. Als Minister des stuartischen Königs, im Einverständnis mit Frankreich, wäre Bolingbroke nächst Ludwig XIV. die mächtigste Person in Europa gewesen. Denkt man an den Charakter, an die Anschauungen Bolingbrokes, so scheint er wohl der Mann gewesen zu sein, der nicht davor zurückschreckte, die politische und religiöse Freiheit der Nation seiner persönlichen Grösse zum Opfer zu bringen. Aber ehe es dahin kommen konnte, trat ein Ereignis ein, das alle seine Pläne durchkreuzte.

¹⁾ Bothmer an Georg Ludwig 30. Juli/10. Aug. 1714. Han. Arch.

Sechstes Kapitel.

Der Thronwechsel.

Zuweilen scheint ein höherer Wille sichtbarlich einzugreifen in die Geschieke der Einzelnen wie der Völker. Dann werden wohl die feinen Berechnungen der Staatsmänner zu nichte. Die grossen Fragen, welche lange Jahre hindurch die Gemüter in ihrer Tiefe bewegten, haben in einem Augenblicke ihre Lösung gefunden. Schnell und unvermittelt folgen einander die entscheidenden Ereignisse; und vor den Augen der erschütterten Menschen, ihrer Hoffnungen und Befürchtungen gleichsam spottend, vollzieht sich die historische Notwendigkeit.

Als sich Bolingbroke eben anschickte, die Früchte seines jüngsten Erfolges zu sammeln, da starb, zu früh für seine Pläne, die Königin Anna.

Den Aufregungen, welche der Zwist der Minister und endlich der Sturz Oxfords mit sich gebracht hatte, war der gebrechliche Körper der Königin nicht mehr gewachsen. Auf das Gemüt Schwerkranker pflegt nichts so beängstigend zu wirken, wie wenn andere vor ihnen den Fall ihres Todes erörtern. Der erbitterte Redekampf, welchen die beiden feindlichen Minister in Gegenwart der Königin um die Nachfolge auf dem Throne führten, muss ihre Seele furchtbar erschüttert haben. Mehrere Nächte verbrachte sie schlaflos; den Geistlichen und Ärzten, die sie umgaben, erklärte sie, dies werde ihr den Tod geben. Bedenkliche Anzeichen machten sich bemerkbar; während einer Audienz entfiel die Feder ihren Händen. Als man am 28. Juli a. St. im Ministerrate beobachtete, dass die Königin im Laufe einer Viertelstunde dreimal dieselbe Frage mit denselben Worten wiederholte, da liess man Ärzte kommen. Diese fanden den Pulsschlag unregelmässig, verordneten Ruhe und untersagten den Genuss von Fleisch und geistigen Getränken, welche die Königin in zu starkem Masse zu sich zu nehmen pflegte. Am nächsten Tage mehrten sich die schlimmen Symptome; am Nach-

mittage fiel sie in einen todähnlichen Schlaf, die Ärzte griffen zu dem in alten Zeiten gewöhnlichen Mittel der Blutentziehungen, worauf sie wieder zu sich kam. Am Abend konnte ihr Magen ein Glas Wein nicht mehr aufnehmen. Aber durch das Erbrechen fühlte sie sich erleichtert und verbrachte die Nacht in ruhigem Schlafe. Am folgenden Morgen gegen 10 Uhr verfiel sie in heftige Krämpfe, wobei ihr die Sinne vergingen. Infolge eines Aderlasses kam sie zwar wieder zu sich, aber der Anfall wiederholte sich und währte dieses Mal zwei Stunden. Dann kehrte das Bewusstsein zurück. Die Nacht verbrachte sie in Fieberphantasien, bis ein tiefer Schlaf sie überfiel. Am nächsten Tage begann die Atmung schwierig zu werden, der Puls war schwach und die Schlafsucht nahm in dem Masse zu, wie die Kräfte schwanden. Gegen elf Uhr abends erklärten die Ärzte, dass die Kranke nur noch zwei Stunden zu leben habe. Am Sonntag den 1. August a. St. um 7¹/₄ Uhr morgens hatte die Königin Anna aufgehört zu atmen.¹⁾

Mit unbeschreiblicher Aufregung hatte das Volk die Nachricht von der tödlichen Erkrankung der Königin aufgenommen. Die Anhänger des Kurfürsten sahen sich am Ziel ihrer Wünsche; die Jacobiten waren gänzlich fassungslos. In einem Augenblicke war es jedermann klar geworden, dass es nun mit der Herrschaft Bolingbrokes und der Tories zu Ende gehe; die Whigs säumten nicht die Vorbereitungen zu treffen, damit der Thronwechsel ohne Störung vor sich gehe. Am Morgen des 30. versammelte sich der Geheime Rat²⁾ — darunter die Minister — zu Kensington. Zwei der vornehmsten Whiglords, die Herzoge von Somerset und Argyle, welche Mitglieder desselben waren, aber längst nicht mehr an den Sitzungen teilgenommen hatten, fuhren ebenfalls hinaus, um der Versammlung beizuwohnen. Vorher hatten sie eine Unterredung mit Bothmer, dem sie versprachen, ihn vom Tode der Königin sofort in Kenntnis zu setzen, sowie für die schleunige Proklamation des Kurfürsten und gehörige Eröffnung der Regentschafts-Urkunden Sorge zu tragen.³⁾ Die Mitglieder des Geheimen Rates waren durch die unerwartete Ankunft der beiden Whigs überrascht, aber niemand vermochte ihnen das Recht zu bestreiten, an der Beratung teilzunehmen. Da

¹⁾ Über die letzte Krankheit der Königin die Berichte von Bonet, Bothmer, Hoffmann und eine Beilage zu Bonets Bericht vom 3./14. Aug. mit der Überschrift: Histoire de la maladie et de la mort de Anne Reine de la Grande Bretagne décedée au Palais de Kensington le dimanche 1./12. aoust 1714. — ²⁾ Nicht um eine Kabinettsitzung handelt es sich, wie Klopp XIV, 632 meint. — ³⁾ Bothmers Diarium. H. A.

sie beim Eintritte ihre guten Dienste angeboten hatten, so erhob sich zuerst der Herzog von Shrewsbury, der Inhaber zweier hoher Ämter, aber ein eifriger Anhänger der protestantischen Succession, um ihnen Dank zu sagen, dass sie in diesem kritischen Zeitpunkte der Versammlung ihren Beistand leihen wollten. Diese drei scheinen die weiteren Beschlüsse der Versammlung bestimmt zu haben.¹⁾

Nachdem man zuerst die Ärzte der Königin vernommen hatte, wurde beschlossen, die Miliz und die Garde in der nächsten Nacht unter Waffen zu halten.

Demnächst erschien die Besetzung des Grossschatzmeisteramtes als die wichtigste Angelegenheit. Nach Oxfords Entlassung war freilich beabsichtigt worden, für dasselbe eine Kommission zu ernennen; dies war aber bisher noch nicht geschehen. Da in der Thronfolgeakte angeordnet war, dass die höchsten Würdenträger des Staates — und darunter auch der Schatzmeister — zusammen mit einer Anzahl von dem Thronfolger zu ernennender Personen die Regentschaft bis zur Ankunft des neuen Souveräns ausüben sollten, so schmeichelte sich Graf Oxford mit der Hoffnung, dass er unter die Zahl der Regenten doch noch aufgenommen würde. Er liess sich durch Rechtsgelehrte bestätigen, dass dieser Anspruch unanfechtbar sei, wenn im Augenblicke, da die Königin stürbe, das von ihm innegehabte Amt noch nicht wieder besetzt wäre.²⁾ Oxford mochte hoffen, auf diese Weise noch einmal die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in die Hand zu bekommen, zuerst als Mitglied der Regentschaft, später als Minister Georgs I. Das eben wollten die Whigs verhindern. Sie hassten Oxford kaum weniger als Bolingbroke und wollten keinen von beiden Männern wieder zur Macht emporsteigen lassen. Bolingbroke war nicht mehr zu fürchten, da er als Staatssekretär keinen Anteil an der Regentschaft erhielt; um Oxford nicht wieder aufkommen zu lassen, musste sein Amt schleunig mit einem wohlgesinnten Manne besetzt werden. In dieser Sitzung des Geheimen Rates wurde also Shrewsbury als Nachfolger Oxfords vorgeschlagen. Bolingbroke fühlte wohl, dass es mit seinem Ansehen vorüber sei und erhob keinen Widerspruch. Da die Ärzte erklärten, dass die Königin im Augenblicke ihrer Sinne völlig

¹⁾ Vergl. über den Verlauf dieser Sitzung die Anmerkung bei Lecky I, 164. Zu den dort genannten Quellen kommen noch die Berichte von Hoffmann (W. A.) u. Bothmer in seinem Diarium (H. A.), welche die gewöhnlich gegebene Version zugleich bestätigen und ergänzen. — ²⁾ Bothmers Diarium 30. Juli/10. Aug. 1714. (H. A.)

mächtig sei — sie war eben nach dem furchtbaren Krampfanfall, der sie am Morgen heimgesucht hatte, wieder zu sich gekommen — so begab sich eine Deputation mit dem Herzog von Shrewsbury an das Krankenlager der Königin. Man teilte ihr den Wunsch des Geheimen Rates mit, die Königin war sogleich einverstanden und gab Shrewsbury das Abzeichen des Amtes, welches er übernehmen sollte, den weissen Stab, mit den Worten: „Gebrauchen Sie ihn zum Wohle des Volkes!“ Sie wollte auch nicht gestatten, dass er seinen Stab als Lord Kämmerer in ihre Hände zurücklege. Also trat der seltene Fall ein, dass ein einziger Mann gleichzeitig drei der höchsten Ämter innehatte, das des Grossschatzmeisters, des Kämmerers und des Statthalters von Irland.¹⁾

Seit der Erhebung Shrewsburys zum ersten Minister, war es völlig sicher, dass, wenn jetzt die Königin sterbe, die gesetzliche Thronfolge in Kraft treten werde. Somerset und Argyle bewirkten auch, dass an diesem Tage alle Mitglieder des Geheimen Rates aufgefordert wurden, zu erscheinen. Dadurch erhielten die Whigs wieder einen Anteil an der Macht. Viele kamen herbei; unter ihnen der ruhmreiche alte Lord Somers und manche andere Freunde des Hauses Hannover.²⁾ Sie wussten, was sie zu thun hatten. Vom Geheimen Rate wurden alle noch notwendig erscheinenden Massregeln getroffen. Neben den bewaffneten Mannschaften, die man in London selbst hatte, liess man Kavallerie bei der Hauptstadt zusammenziehen, nach Schottland und Irland wurden die nötigen Befehle geschickt; die in Flandern stehenden Truppen erhielten die Weisung, teils sofort nach England sich einzuschiffen, teils sich zur Überfahrt bereit zu halten. Kein Schiff sollte den Londoner Hafen verlassen, ausser wenn Bothmer einen Kurier an den Kurfürsten abfertigen wollte.³⁾

Solange der Todeskampf der Königin noch währte, stand also jetzt der Geheime Rat, das Privy Council, an der Spitze der Nation; das Ministerium trat in seiner Bedeutung zurück. Denn hier, im Kabinette der Herrscherin, war kein Raum für die Gesinnungen, welche die Mehrheit des Volkes in diesem Augenblicke erfüllten. Und nun zeigte sich die Macht, welche in den verfassungsrechtlichen Formen liegt. Die englischen Gesetze wussten damals wie heute nichts von dem Kabinettsrate; als vornehmste beratende

¹⁾ Bothmers Diarium 30. Juli/10. Aug. H. A.

²⁾ Parl. Hist.

³⁾ Bothmers Diarium 31. Juli/11. Aug. H. A.

Körperschaft stand vielmehr seit Jahrhunderten der Geheime Rat dem Souverän zur Seite. In kritischen Zeiten konnte also diese ehrwürdige Behörde immer noch die höchste Leitung einem missliebigen Kabinette entreissen. Der Geheime Rat hatte der Nation gegenüber eine begründete Stellung, und hier konnten die volkstümlichen Elemente sich Geltung verschaffen. Das Kabinett war einer ungünstig gesinnten Bevölkerung gegenüber machtlos, sobald es nicht mehr durch die Gunst des Monarchen gehalten wurde.

In dem Masse, wie der nahe Tod der Königin zur Gewissheit wurde, trat jetzt der Anspruch des Kurfürsten und mit ihm auch die Person des hannövrishen Gesandten Bothmer mehr und mehr in den Vordergrund. Nach der entscheidenden Sitzung des Geheimen Rates am 30. Juli a. St. scheuten sich Somerset und Argyll noch, Bothmer am selben Tage ein zweites Mal aufzusuchen, weil sie nicht Aufsehen erregen wollten; sie liessen ihm den Verlauf der Sitzung durch einen andern mitteilen. Am nächsten Tage aber setzte ihn der Staatssekretär Bromley selbst von dem Befinden der Königin in Kenntnis und beteuerte zugleich, dass alles geschehe, um die Thronfolge des Kurhauses zu sichern.¹⁾ Dann erschien bei dem Baron Bothmer der Herzog von Buckingham, der Vorsitzende des Geheimen Rates, um ihn von allen geschehenen Massregeln zu unterrichten. Bothmer wurde gebeten, in Person im Geheimen Rate zu erscheinen. Dort eröffnete man ihm, dass man sofort seinem Herrn schreiben werde, um ihm von dem gefährlichen Zustand der Königin Mitteilung zu machen, mit der Bitte, er möge schleunigst nach England aufbrechen. Eine Flotte sollte nach Holland geschickt werden, um Georg Ludwig über das Meer zu führen, und man bat Bothmer um seine Meinung, welcher holländische Hafen zur Einschiffung des Kurfürsten am geeignetsten erscheine. Zugleich erhielt Bothmer vom Geheimen Rate die Mitteilung, dass man auch Lord Strafford im Haag beauftrage, die Generalstaaten an ihre Garantie der protestantischen Succession zu erinnern, damit sie Anstalten trafen, dieselbe nötigen Falles durchsetzen zu helfen. Und was immer sonst Bothmer für den Dienst seines Herrn anzugeben wisse, wollte der Geheime Rat bereitwilligst ausführen.²⁾

Mit dem Schreiben des Geheimen Rats und den Berichten Bothmers begab sich — wenige Stunden vor dem Hinscheiden Annas — der jüngere Craggs nach Hannover. Der Kurfürst billigte alle

¹⁾ Bromley an Bothmer 30. Juli. H. A. — ²⁾ Bothmer an Georg Ludwig 31. Juli/11. Aug. H. A. und Bothmers Diarium vom 30. u. 31. Juli a. St. H. A.

Schritte des Geheimen Rates und versprach sofort aufzubrechen, sobald die Nachricht vom erfolgten Tode der Königin ihm zugehen werde.¹⁾ Als dieser Bescheid in London eintraf, war das entscheidende Ereignis längst geschehen. Durch den Geheimen Rat war alles so wohl angeordnet worden, dass der Thronwechsel sich ohne Störung vollziehen konnte. Am 31. Juli a. St., als die Ärzte erklärten, dass die Königin nur noch eine kurze Weile leben könne, wurde schon den Herolden Befehl geschickt, sich bereit zu halten, um den neuen König zu proklamieren.

Am nächsten Morgen verschied die Königin. Sofort versammelte sich der Geheime Rat in Kensington, begab sich aber bald nach St. James's. Bothmer und Kreienberg wurden herbeigerufen, und da die Proklamierung noch einige Vorbereitungen erheischte, so begann man damit, die drei Regentschafts-Urkunden des Kurfürsten zu öffnen, welche bisher im Gewahrsam des Grosskanzlers, des Erzbischofs von Canterbury und des hannövrishen Residenten Kreienberg gewesen waren. Sie wurden gleichlautend befunden, und nunmehr begann die Regentschaft ihre Thätigkeit, welche bis zur Ankunft des Souveräns währen sollte. Den Regenten erwiesen die Geheimen Räte dieselbe Ehre wie dem Könige: sie erhoben sich in ihrer Gegenwart, um ihre Stimmen abzugeben.²⁾

Nachdem die Mitglieder des Geheimen Rates, die Regenten und andere hohe Würdenträger dem Könige den Eid geleistet hatten, begaben sich³⁾ alle anwesenden Lords, Regenten und Geheimen Räte hinunter bis vor das Thor des Palastes von St. James, und hier fand die erste Proklamierung des neuen Königs statt. Stehend und unbedeckten Hauptes horchten die Grossen des Reiches, wie der Wappenherold unter Pauken- und Trompetenschall der jubelnden Volksmasse verkündete, „dass der hohe und mächtige Fürst Georg, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, durch den Hintritt unserer entschlafenen Königin seligen Angedenkens unser gesetzlicher und rechtmässiger Lehnsherr, von Gottes Gnaden König von Grossbritannien, Frankreich und Irland, Defensor Fidei“ geworden sei.⁴⁾ Gleichzeitig erfuhr die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt durch Böllerschüsse, dass in diesem Augenblicke ein neuer König den Thron bestiegen habe. Noch an vier anderen Stellen musste, dem Herkommen gemäss, die Proklamierung erfolgen, und so setzte sich

¹⁾ Georg Ludwig an Bothmer 12./23. Aug. H. A. — ²⁾ Bonet 3./14. Aug. G. St. A. — ³⁾ Für das Folgende namentlich die Berichte Bothmers, Kreienbergs, Bonets, Hoffmanns. — ⁴⁾ Der Wortlaut der Proklamation in frz. Übersetzung ist gedruckt bei Lamberty VIII, 660.

von St. James's aus der Zug in Bewegung. Voran ritten die Herolde; die Lords folgten in ihren Karossen. Auf den Wagen des Lord Kanzlers folgte derjenige des Herzogs von Buckingham, des Präsidenten des Geheimen Rates; mit ihm fuhr der Gesandte Baron von Bothmer. Ihnen schlossen die übrigen Lords in ihren Wagen sich an. Bei Charing Cross geschah die zweite Proklamierung, und nun ging der Zug über den Strand der City zu. Bei dem Thorweg von Temple Bar, wo das Reich des Lord Mayor beginnt, ward Kurfürst Georg zum drittenmal zum Könige ausgerufen. Beim Eintritt in die City setzte sich dann der Lord Mayor mit seinem Wagen an die Spitze des Zuges gleich hinter den Herolden. Die Aldermen versuchten ihre Wagen hinter denjenigen des Lord Kanzlers einzureihen: Das wollten aber Buckingham und die zunächst fahrenden Lords nicht dulden; und erst weiter rückwärts konnten sie sich also dem Zuge anschliessen. Die vierte Proklamierung geschah vor der ehrwürdigen Bow Church, deren Glockengeläute jedem echten Londoner vertraut ist, wie kein anderer Klang. Und weiter fuhr man Cheapside hinunter; wo das Geschäftsleben der City am stärksten pulsiert, auf dem freien Platze vor der Börse, wurde Georg I. zum fünften Male proklamiert. „Das Volk,“ schreibt der kaiserliche Resident, „hat ein grosses Frohlocken von sich verspüren lassen.“ Eine unzählbare Menschenmenge erfüllte die Strassen, und endloser Jubel erscholl jedesmal, wenn der Herold den Namen des neuen Königs ausrief. Der Anblick¹⁾ Oxfords und Bolingbrokes, die sich ebenfalls im Zuge befanden, war dem Volke so verhasst, dass die vor wenigen Tagen noch so mächtigen Minister offen beschimpft wurden und sich gezwungen sahen, durch Seitenstrassen nach Hause zu fahren. Überall gab das Volk seiner treuen Gesinnung gegen den neuen König lauten Ausdruck. Ein französischer Papist, welcher den Degen zog und unvorsichtiger Weise erklärte, er würde lieber der Proklamierung des stuartischen Prinzen zuschauen, konnte nur mit Mühe vor der Wut des Pöbels gerettet werden. Ja, der Gesandte des Königs von Frankreich fürchtete schon, dass er in seinem Hause nicht sicher sei vor dem Hasse der hauptstädtischen Bevölkerung und bat um militärische Bedeckung zum Schutze seiner Person und seines Eigentums.²⁾

In Erinnerung an die Ungewissheit und Aufregung der letzten Monate begrüßte man mit doppelter Freude die Aussicht auf ruhigere

¹⁾ Über die Absicht Atterburys, den Prätendenten zu proklamieren, vergl. Lecky I, 166. — ²⁾ Relation Kreienbergs und d'Ibervilles Brief abschriftlich im H. A.

Zeiten. Schon auf die erste Nachricht von der Gefahr, in der das Leben der Königin schwebte, waren die Kurse der Staatspapiere gestiegen. Sie fielen wieder, als es einmal hiess, dass die Königin genese. Auf die Kunde von ihrem Tode stiegen sie gleich am ersten Tage wieder um drei Prozent.¹⁾

Nun wurde den Gesetzen und dem Herkommen gemäss alles zur Bildung der neuen Regierung angeordnet. Das Kirchengebet wurde auf die Namen des Königs und seiner Familie eingerichtet. Dabei erhoben sich freilich einige Zweifel. Sollte man auch für Sophie Dorothea, die verstossene Gemahlin Georgs, als Königin beten lassen? Bothmer kannte die Gesinnung seines Herrn und bat, der geschiedenen Fürstin vorläufig nicht zu erwähnen.²⁾ Natürlich geschah es auch später nicht. Eine grössere Schwierigkeit entstand, als die Meinungen auseinander gingen in der Frage, ob der Thronfolger auch ohne besondere Ernennung als Prinz von Wales zu bezeichnen sei. Man war von jeher gewohnt, den ältesten Sohn des Königs mit diesem Namen nennen zu hören und liess sich auch dadurch irre führen, dass Jacob II. seiner Zeit die Geburt eines Sohnes mit der Erklärung hatte bekannt machen lassen, dass ihm ein Prinz von Wales geboren sei. Selbst der rechtskundige Lord Nottingham teilte anfangs den Irrtum. Vorläufig wurde gleichwohl der Titel des Prinzen offen gelassen. Als man aus den Akten ersah, dass der Sohn des Königs seiner Geburt nach bloss auf den Titel eines Herzogs von Cornwallis Anspruch habe, teilte Nottingham dies Bothmer mit und erklärte, dass die Erhebung zum Prinzen von Wales durch den König nach seiner Ankunft in London geschehen müsse.³⁾

Unterdessen hatten die Regenten, unter dem Titel von Lords Justices, die Stellvertretung des Königs in aller Form übernommen. Nach dem Gesetze von 1706 gehörten zu dieser Körperschaft zunächst die sieben höchsten Staatsbeamten, darunter der erprobte Herzog von Shrewsbury als Schatzmeister, aber auch Männer von so zweifelhafter Gesinnung, wie der Lord-Kanzler Harcourt. Als ein besonderes Glück wurde es betrachtet, dass weder Graf Oxford, der nicht mehr im Amte war, noch auch Bolingbroke, welcher als Staatssekretär nicht zu den höchsten Würdenträgern zählte, an der Regentschaft teilzunehmen vermochten.

Übrigens ergab es sich auch aus der Natur der Dinge, dass

¹⁾ Hoffmann 14. Aug. 1714. W. St. A. Vergl. Mahon I, 94. — ²⁾ Bonet 6./17. Aug. 1714. G. St. A. — ³⁾ Bothmer an Georg Ludwig 2./13. Aug. Diarium 3./14. Aug. H. A.

das meiste Gewicht innerhalb dieser höchsten Behörde nicht bei den sieben Staatsbeamten lag, sondern vielmehr bei achtzehn Mitgliedern, welche durch das Vertrauen des neuen Souveräns in ihr hohes Amt berufen waren. Nicht umsonst hatte man in Hannover so grossen Wert darauf gelegt, dass die drei Instrumente, in denen zuerst Sophie und nachmals Georg Ludwig eine Anzahl Regenten ernannten, sorgfältig verwahrt und unversehrt blieben. Das Gerücht, Graf Oxford habe die in seinen Händen befindliche Ausfertigung erbrochen, hatte in Hannover grosse Aufregung verursacht. Doch es bestätigte sich nicht. Als nach Bothmers Ankunft durch Kreienberg die Auswechslung dieser gegen drei neue vom Kurfürsten ausgestellte Instrumente erfolgte, war auch die vom Grossschatzmeister verwahrte Ausfertigung unbeschädigt und Oxford klagte lachend über die Bosheit der Menschen.

Es versteht sich, dass der Kurfürst nur solche Männer gewählt hatte, an deren Ergebenheit nicht zu zweifeln war. Der Herzog von Shrewsbury, der schon als Schatzmeister zur Regentschaft gehörte, stand auch auf der Liste Georg Ludwigs; neben ihm noch siebzehn englische und schottische Pairs. Zum grössten Teil waren es Mitglieder der Whigpartei, aber auch die Gruppe der Hannover-Tories war vertreten; Graf Anglesea gehörte ihr an. Mehrfach finden wir die Namen derer wieder, deren Umgang schon den in London beglaubigten Gesandten Hannovers empfohlen gewesen. Also Lord Halifax, der seinen Eifer für die protestantische Succession so oft bewährt hatte und auch dem neuen Könige wohlbekannt war, seitdem er im Jahre 1706 die Regentschaftsakte nach Hannover gebracht hatte, ein Mann von hervorragenden Geistesgaben, aber auch seinen Wert kennend. Nicht minder waren die Lords Cowper und Townshend, Somerset und Orford, Bolton, Devonshire und einige andere seit langem dem kurfürstlichen Hofe befreundet. Auch Graf Nottingham, dessen Übergang von den Tories zu den Whigs wir berichtet haben, befand sich unter der Zahl der Regenten; ebenso sein Schwiegersohn, der schottische Graf Roxburghe, der seit Jahren mit dem Hause Hannover in Verbindung gestanden und ihm wohl manchen guten Dienst geleistet hatte.¹⁾

Man sieht, wie richtig jene Politiker gerechnet hatten, die beizzeiten ein gutes Verhältnis zur Familie des Thronfolgers gesucht hatten. Sie standen jetzt im Vordergrund und sind auch wieder

¹⁾ Vergl. Bodemann, der Briefwechsel des G. W. Leibniz I, 789. R. Pauli, Aufsätze z. engl. Gesch. N. F. S. 358—59.

in erster Linie bedacht worden, als es wenig später an die Verteilung der Ämter ging.

Doch hat es auch an Enttäuschungen nicht gefehlt. Als die Liste der Mitglieder bekannt wurde, fiel es sogleich auf, dass die berühmtesten Namen der Whigs fehlten. Vor allem war der Herzog von Marlborough nicht unter den Lords Justices, und die Aulassung ist gewiss nicht hinreichend erklärt durch eine persönliche Verstimmung, welche Georg Ludwig seit dem Feldzuge von 1708 gegen den grossen Feldherrn gehegt haben soll. Auch Marlboroughs Schwiegersohn, der stürmische Sunderland, mit dessen Erhebung zum Staatssekretär 1706 die Herrschaft der Whigs begonnen hatte, war jetzt nicht unter den Regenten. Ebenso fehlte Whartons Name; Graf Carlisle erklärte Bothmer offen, ihm wäre es lieber gewesen, wenn statt seiner Graf Wharton ernannt wäre, der soviel geeigneter sei.¹⁾ Selbst Lord Somers, der geistige Urheber der *Act of Settlement* stand nicht auf der Liste der Lords Justices. Die Betroffenen waren sicherlich schmerzlich berührt. Marlborough war erst kürzlich aus freiwilliger Verbannung in sein Vaterland zurückgekehrt. Am Todestage der Königin landete er in Dover, von der Menge freudig begrüsst. Der Jubel pflanzte sich fort und erreichte seinen Höhepunkt, als der Feldherr am 4. August a. St. die Hauptstadt betrat. Als ob er soeben erst die Schlacht bei Höchstädt gewonnen hätte, ward er mit kriegerischen Ehren empfangen. „Hoch König Georg“ und „Hoch der Herzog von Marlborough“ erscholl es abwechselnd aus der Menge.²⁾

Auf der Reise schon hatte ihn die Kunde erreicht, dass er und sein Schwiegersohn nicht zu Regenten ernannt worden seien. Er verbarg seine Enttäuschung nicht. Der König werde ja seine Gründe dazu gehabt haben, erklärte er dem Baron von Bothmer, aber es sei doch geeignet, sie in der Meinung der Leute herabzusetzen. Was die Gründe des Königs betrifft, so ist wohl zutreffend bemerkt worden, dass eine Eifersucht, sagen wir eine gewisse Scheu vor den grossen Parteihäuptern dabei im Spiele war³⁾; man wollte die Whigs, auf die man sich übrigens stützen musste, doch zu gleicher Zeit nicht gerade allmächtig werden lassen. Dass der König die eigentliche Entscheidung selbst in der Hand zu behalten wünschte,

¹⁾ Bothmers Diarium 11./22. Aug. 1714. Han. Arch. — ²⁾ Coxe, Marlborough III, 592 u. die Berichte der Gesandten. — ³⁾ Mahon I, 100. Es ist vielleicht etwas zu stark ausgedrückt, wenn Gardiner (in dem Artikel „George I“ in d. Encycl. Brit.) sagt, der König habe nur den „Staatsmännern zweiten Ranges“ sein Vertrauen geschenkt.

drückt sich am klarsten in der Stellung aus, die nunmehr und bis zur Ankunft des Souveräns der Gesandte von Bothmer in London einnahm. Er erschien für kurze Zeit wie der wahre Herrscher des Landes. Die für die Regenten bestimmten Reskripte schickte der König zunächst an Bothmer; er durfte dieselben überliefern oder auch zurückbehalten, wie er es für gut fand. In Übereinstimmung mit Bothmers Ratschlägen traf der König von Hannover aus seine Verfügungen, mochte es sich um die Einrichtung seiner Reise nach England oder um die Besetzung wichtiger Ämter handeln. In London aber wandte sich alles, was auf die Gunst des neuen Herrschers hoffte, an seinen Gesandten, von allen Seiten ward er förmlich belagert durch Leute, die ein Amt oder eine Gnade zu erhaschen wünschten.¹⁾ Bothmer brauchte nur die Hand zu öffnen, um Ehren und Vorteile auszuteilen.

Bothmer schickte an dem Tage, da die Königin starb, einen Kurier nach Hannover. Er konnte seinem Herrn gute Nachricht senden. Alles war nach Wunsch gegangen. Nirgends regte sich ein Widerstand gegen die neue Regierung. Der König brauchte nur herüberzukommen und durfte sicher sein, von einem treuen Volke mit offenen Armen empfangen zu werden. Bothmer vereinigte seine Bitten mit denen der englischen Grossen, dass der König seine Reise möglichst beschleunigen möge. Georg sagte dies zu, forderte die Regenten auch auf, die Ausrüstung des Geschwaders, das ihn von Holland nach England führen sollte, möglichst zu beeilen²⁾; aber doch ist er erst am 11. September n. St., einen Monat nach dem Tode der Königin von Hannover aufgebrochen.

Unterdessen fuhr man in London mit den Anstalten fort, um die Herrschaft des hannövrishen Königs vorzubereiten.³⁾ Graf Berkeley wurde mit dem Befehl der Flotte von 40 Kriegsschiffen betraut, welche den König an der holländischen Küste erwarten sollte. In London versammelte sich zwei bis dreimal täglich die Regentschaft; sie ernannte den bekannten Schriftsteller Addison zu ihrem Sekretär; zuweilen nahm der ganze Geheime Rat an ihren Versammlungen teil. Alle Beamten und Offiziere wurden dem neuen Könige vereidigt. Auch ging in allen englischen Ortschaften die Proklamierung ohne Störung vor sich. Nur in Exeter kamen unter

¹⁾ Vergl. den Brief von Acherley an Leibniz vom 3. Aug. 1714, bei Kemble State Papers 579, auch Ztschr. d. hist. Vereins f. Niedersachsen 1853. S. 133. — ²⁾ Georg Ludwig an Bothmer 12./23 Aug. 1714. König Georg an die Lords des Privy Council 16. Aug. an die Lords Justices 17. Aug. 1714. H. A. — ³⁾ Berichte von Bothmer, Bonet, Hoffmann. Parl. Hist.

dem niederen Volk einige Ausschreitungen vor, die aber leicht unterdrückt wurden. In der Stadt York, deren Bevölkerung zum Teil katholisch war, wurden, wie die harten Gesetze gegen die Katholiken dies zuließen, Waffen und Pferde mit Beschlag belegt und dann nach den Anordnungen des Erzbischofs und des Lord Mayor die Proklamierung in vollkommener Ordnung vollzogen. Hier und dort ward wohl ein Abbild des Prätendenten durch die Strassen geschleppt und feierlich verbrannt.¹⁾ Als unbegründet erwiesen sich auch die Befürchtungen, welche man in der Universitätsstadt Oxford gehegt hatte. Dort war dem Bürgermeister eine Aufforderung zugegangen, den Prätendenten statt des Kurfürsten zu proklamieren; aber niemand widersetzte sich, als doch das letztere geschah. Der plötzliche Tod der Königin hatte die Feinde der protestantischen Succession so vollständig überrascht, dass sie jetzt nichts gegen dieselbe zu unternehmen wagten. Sie mussten die auf den Hochverrat gesetzte Strafe fürchten.

Auch in Schottland vollzog sich der Thronwechsel ohne gefährliche Störungen. Hier in dem Heimatlande der Stuarts, waren freilich die Sympathien für das verbannte Königsgeschlecht noch lebendiger und verbreiteter als in England. Aber es fehlte an entschlossenen Führern einer jacobitischen Erhebung ebenso wie an ausländischen Bundesgenossen. Frankreich, der alte Verbündete der Schotten in ihren Kriegen gegen die Engländer, verhielt sich ruhig und abwartend. So hatte es denn bei einigen harmlosen Ausschreitungen sein Bewenden.²⁾ Hier und dort ward der Prätendent als Jacob VIII. zum Könige ausgerufen, lärmende Rotten zogen durch die Strassen und tranken auf seine Gesundheit. Als in Aberdeen die Proklamierung Georgs abends durch Illumination gefeiert wurde, warfen die Jacobiten den Anhängern des Königs die Fenster ein. Im westlichen Hochland zogen sogar ein paar schottische Adlige mit bewaffnetem Gefolge aus, um für Jacob VIII. das Schwert zu ziehen; der alte Lord Breadalbane begab sich auf sein Schloss Kailhom, das inmitten von Stümpfen auf einem hochragenden Felsen lag. Dort, hinter den Kanonen von Kailhom, sollte sein angestammter König eine sichere Zuflucht finden, wenn er nach Schottland kommen würde. Aber alle diese Versuche schlugen fehl. Die Mannschaften liefen beim ersten Anblick regulärer Truppen auseinander.

¹⁾ Letters and works of Lady Mary Wortley Montagu. 1887, I, p. 86. — ²⁾ Vergl. Historie od. Nachricht von dem Betrieb der letzten Ministres u. Uter-Hauses von Gross-Britannien etc. Aus d. Engl. 1715. Siehe auch Hoffmann's Berichte vom 21. u. 25. Sept. 1714. W. St. A.

Mancher Edelmann aus dem Niederlande, der auf die Kunde vom Tode der Königin mit seinen Söhnen und Knechten zu Pferde gestiegen und in's Hochland geritten war, kehrte enttäuscht zurück, als dort von einer Bewegung für den Prätendenten nichts zu merken war.

Nicht minder hatte sich in Irland die Wandlung in aller Ruhe vollzogen. Kurze Zeit darauf aber sahen sich die Regenten veranlasst, in der Zusammensetzung der höchsten Behörden Irlands eine Änderung vorzunehmen, weil ihren Befehlen nicht gehorsamt worden war. Es machte nicht geringen Eindruck und zeugte für die Entschlossenheit der neuen Machthaber, als der jacobitische Lord-Kanzler von Irland, Phipps, kurzer Hand abgesetzt wurde.¹⁾

So war die neue Herrschaft gesichert. Zitternd dachten viele zurück an die Gefahren, die der protestantischen Succession bei längerer Lebensdauer der Königin gedroht hatten. Als Anna im Sterben lag, hatte General Stanhope seinem Freunde Karl VI. geschrieben, nun scheine alles gewonnen; ziehe sich aber die Krankheit noch einige Wochen hin, so könnte man noch in arge Verlegenheit geraten.²⁾ Ähnliche Betrachtungen, wie sie nach Annas Tode vielen im Sinne lagen, waren es auch, die damals in einigen französischen Versen graziös zum Ausdrucke gebracht waren. Sie geben die folgende Grabschrift³⁾ der Königin:

*Cy git la Reine Anne Stuart
Morte trop tôt, morte trop tard.
Trop tôt pour l'ancien Ministère
Trop tard pour le party contraire
Tout calculé, tout rabattu
Voici ce que j'en ay conclu:
Trois ans plus tôt le Roy de France
N'ouvroit pas vu tourner la chance,
Six Mois plus tard les Protestants
Auroyent fort mal passé leur temps.
Qu'on La loue, qu'on La condamne,
Graces a Dieu cy git la Reine Anne.*

Ein so ruhiger Umschwung, wie man ihn jetzt erlebt hatte, kam doch den meisten unerwartet. Wie waren die Geister seit Jahren aufgereggt worden durch die Leidenschaft, mit der alles für oder wider die gesetzliche Thronfolge Partei nahm. Jedermann hielt sie

¹⁾ Bothmer an den König 7./18. Sept. H. A. Diarium 2./13. 4./15. 5./16. 15./26. Sept. H. Arch. Kreienberg an Robethon. 3./14. Sept. 1714. B. M. — ²⁾ Klopp, Leibniz' Werke, IX, 504. — ³⁾ Abschriftlich bei Bonets Berichten vom Jahre 1715. Geh. St. A.

für schwer gefährdet durch das Treiben der Minister, die ja die Sache des Prätendenten offen zu begünstigen schienen. Hatte man nicht beobachtet, dass zur Strafe gezogene Whigs mit Härte, Jacobiten dagegen voller Nachsicht behandelt wurden? Hatten diese nicht alle Ursache gehabt, sicher aufzutreten? Dem Jacobiten Lockhart hatte Bolingbroke eines Tages angedeutet, was nach Oxfords Sturze geschehen solle. Kein Zweifel, so hatte der Minister gesagt, dass viele zu uns übertreten werden, wenn sie sehen, dass die Sache gethan und das Spiel gewonnen ist.¹⁾ In und um London hatte die stuartische Partei ihre Versammlungen gehabt²⁾, Reden gehalten und des Chevaliers Gesundheit getrunken. In Scharen hatte man katholische Priester, Jesuiten und Anhänger des Prätendenten aus Frankreich kommen sehen, in der Hoffnung auf einen nahen Umschwung. Jetzt kehrten sie enttäuscht dahin zurück, woher sie gekommen waren.³⁾

Vollends in Schottland schien die Gefahr dringend zu sein. Der uralte Hass gegen England hatte im Volke und namentlich beim Adel neue Nahrung erhalten durch die Union, welche so viele durch Jahrhunderte besessene Rechte verkürzt oder vernichtet hatte. Hier hoffte man von dem stuartischen Könige die Aufhebung der Verbindung mit dem Nachbarreiche. Die Namen Tories und Whigs waren jenseits des Tweed schlechtthin gleichbedeutend mit Freunden und Gegnern des Prätendenten.⁴⁾

Am schwersten wog die Wirkung, welche in ganz Grossbritannien auf die Massen des Volks nun schon seit Jahren geübt worden war. Eine mächtige Bewegung war im Gange gewesen gegen die Thronfolge des Hauses Hannover. In zahlreichen Flugschriften las man von dem natürlichen Rechte der Fürsten, welches geheiligt sei und dessen sie niemand, auch nicht um der Religion willen, berauben dürfe. Selbst die unteren Schichten, die sonst an dem Getriebe der grossen Politik wenig thätigen Anteil nahmen, lebten jetzt in den grossen Gegensätzen der Zeit. Bei jedem Auflaufe hörte man in den Strassen die Schlagworte der Parteien zu Gunsten der protestantischen Succession oder des Prätendenten. „Fürwahr“, so schildert der geistreiche Defoe das aufgeregte Treiben⁵⁾, „das Gezänke

¹⁾ Lockhart Papers I, 477. — ²⁾ Historie od. Nachricht von dem Betrieb der letzten Ministres etc. A. d. Engl. 1715. — ³⁾ *The speedy change His Majesty has made in the Government sends them away in despair.* An inquiry into the miscarriages of the four last years' reign. London 1714. — ⁴⁾ *Observations sur l'état de la nation britannique.* Par un Pair du Royaume. Traduit de l'Anglais. Londres 1713. Aus der Vorrede des Übersetzers geht hervor, dass die Schrift von Lord Nottingham verfasst ist. — ⁵⁾ *Reasons against the succession of the House of Hannover.* London 1713. Die ganze Beweis-

ist bis in eure Küchen, eure Wohnzimmer, eure Läden und Geschäftshäuser, ja bis in eure Betten gedrungen. Ihr Herren und Damen, horcht doch einmal auf das Treiben eurer Mägde und Bedienten in der Küche: Ihr werdet sie schelten und fluchen hören und raufen und balgen. Und glaubt ihr, der Lärm sei um Rindfleisch und Pudding, Spülwasser oder Bratenfett — weit gefehlt; die Fehde ist entbrannt um die gewichtigeren Fragen der Regierung und wer für die protestantische Thronfolge ist, wer für den Prätendenten. Da üben sich die armen niedrigen Scheuerweiber in dem Rufe: Es lebe die Hochkirche! Keine holländischen Könige! Nieder mit Hannover! um demnächst ihre Rolle im Pöbelhaufen gut spielen zu können. Dort suchen ihre Widersacher an der Bratpfanne sich das Geschrei der Gegenpartei einzuprägen: Kein Friede mit Frankreich! Nieder mit dem Prätendenten! Nieder mit dem Papismus!“

Und nun war all der Lärm auf einmal verstummt. Man kannte die Strassen von London kaum wieder in dem Bilde der Ruhe, das sie seit dem Thronwechsel darboten.¹⁾ Die furchtbare Spannung, unter der die Geister gelebt hatten, hatte sich gelöst und war einem Gefühle der Sicherheit gewichen, wie man es in England in den letzten Jahren nicht mehr gekannt hatte. Man dachte nicht mehr an die Gefahr, die aus dem Aufenthalte des Prätendenten in Lothringen erwachse, brauchte nicht mehr sorgenvoll zu erwägen, dass von Bar le Duc der englische Boden so viel schneller erreicht werden konnte, als von Hannover. In der That, wer nur um wenige Wochen zurückdachte, dem mochte dieser Umschwung schier unbegreiflich erscheinen. Und doch braucht man nicht nach wunderbaren Einflüssen zu forschen, die solches zuwege gebracht hatten. Was in dem Augenblicke, als die Königin Anna aus dem Leben schied, jeden Widerstand gegen die Thronbesteigung Georgs I. unmöglich machte, war lediglich die Macht der historischen Verhältnisse. Das parlamentarische Recht trug gegen ein behauptetes Erbrecht ganz ebenso den Sieg davon, wie einst in dem Kampfe der katholischen Maria gegen Johanna Grey.

In den ersten Tagen nach der Thronbesteigung Georgs I. strömte die vornehme Welt von London bei dem Baron von Bothmer

führung ist ebenso wie in der bekannten Schrift „The shortest way with the Dissenters“ ironisch gemeint.

¹⁾ Kreienberg an Robethon 20./31. Aug. 1714. B. M. *Depuis que je suis en Angleterre, je n'ai jamais vu une si profonde tranquillité.* Strafford an Robethon Haag, 4. Sept. 1714. B. M. . . *nothing can go quieter than things do in Great Britain and we have prospect of the gloriousest reign we ever had.*

zusammen, um ihm zu dem Erfolge seines Herrn Glück zu wünschen. Unter den fremden Diplomaten spielte dabei der Franzose Iberville die kläglichste Rolle. Als er am 2./13. August bei Bothmer erschien, konnte er noch nicht wissen, wie König Ludwig XIV. sich zu der neuen Regierung in England stellen werde. Immerhin durfte er, da doch Frankreich durch den Utrechter Frieden die protestantische Succession anerkannt hatte, auch für seine Person mit der Anerkennung der neuen Dynastie nicht zurückhalten. Aber er wollte sich wohl auch nicht zu weit verbinden, für den Fall, dass sein König eine andere Haltung wähle, als die durch den Utrechter Vertrag vorgezeichnete. Iberville erschien also in Begleitung von Gautier bei Bothmer und wünschte ihm Glück, ohne aber recht erkennen zu lassen, wozu. Er vermied es gänzlich, den Namen des Königs Georg zu nennen, und erklärte alles das für unwahr, was man ihm an feindseligen Äusserungen in den Mund legte. Man habe in Frankreich zwar Mitleid mit dem kläglichen Gesckicke des Prätendenten, aber daraus folge nicht, dass man ihm beistehen wolle. Gautier blieb während der ganzen Zeit völlig stumm.¹⁾ Als Bothmer zwei Tage später Ibervilles Besuch erwiderte, hatte dieser vernommen, dass die eigentümliche Art der Beglückwünschung aufgefallen war. Jetzt wollte er den üblen Eindruck verwischen, sprach auffallend oft von „Seiner Britannischen Majestät“ oder bezeichnete in der beliebten diplomatischen Umschreibung den König Georg als „le roi votre maître.“²⁾

Bothmer bemühte sich, alle Angelegenheiten, deren Regelung dem Könige bei seiner Anwesenheit in London peinlich hätte fallen können, vor seiner Ankunft zu Ende zu bringen. Welche Rolle hätte Georg bei dem Leichenbegängnis seiner Vorgängerin gespielt! Bothmer wusste ihm dies zu ersparen. In den Schlössern von Kensington und St. James wurde also in Gegenwart von Bothmer und Kreienberg Nachsichtung gehalten unter den Papieren der Königin, ob sie besondere Wünsche in Bezug auf ihre Bestattung dort niedergelegt habe. In Kensington fand man auch eine solche Aufzeichnung, die freilich weder Siegel noch Unterschrift trug, aus der man aber doch den Wunsch der Königin entnehmen konnte, dass sie an der Seite ihres Gemahls in der Kapelle Heinrichs VII. in der Westminster-Abtei, auch wie dieser ohne besondere Förmlichkeiten, beigesetzt werde.³⁾ Im Volke vernahm man nur die un-

¹⁾ Bothmers Diarium 2./13. Aug. 1714. H. A. Hoffmanns Bericht vom 14. Aug. W. St. A. — ²⁾ Bothmers Diarium 4./15. Aug. H. A. — ³⁾ Bothmers Diarium 2./13. Aug.

bestimmte Kunde, dass der Entwurf eines Testaments gefunden sei. Da der Inhalt nicht in weiteren Kreisen bekannt wurde, so konnten die Whigs mit ihren geheimnisvollen Andeutungen über die verhänglichen Absichten der verstorbenen Königin offen hervortreten.¹⁾

In der Nacht auf den 23. Aug. a. St. wurde die Leiche der Königin in aller Stille von Kensington nach Westminster gebracht und am folgenden Tage in der Kapelle Heinrichs VII. an der Seite des Prinzen von Dänemark beigesetzt. Der Befehl der Verstorbenen, man sollte sie ohne Gepränge zur letzten Ruhe bestatten, wurde fast allzu peinlich befolgt. Nur eine kleine Schar folgte dem Sarge der mächtigen Herrscherin in die Kirche der Westminster-Abtei, nicht einmal ihr siegreicher Feldherr, den man geladen hatte, befand sich unter den Leidtragenden. Ich könnte, schreibt der gewissenhafte Berichterstatter des Königs von Preussen, über das Leichenbegängnis der Königin keine Relation verfassen.²⁾

Bei der Durchsuchung des Kabinetts der Königin in St. James hatte man zwar nicht die gewünschte endgültige Ausfertigung eines Testamentes der verbliebenen Fürstin gefunden, wohl aber ein versiegeltes Päckchen, auf dessen Umschlag die Königin mit eigener Hand und durch ihre Unterschrift beglaubigt den Befehl geschrieben hatte, dasselbe nach ihrem Tode sogleich zu verbrennen. Die Regenten, welche sämtlich der Meinung waren, dass man diese Anordnung befolgen solle, wünschten doch zuerst Bothmers Ansicht darüber zu hören. Der Gesandte erklärte, der König werde gewiss damit zufrieden sein, wenn die Briefe, nachdem man sie gefunden, dem Wunsche der Verstorbenen gemäss, sofort und noch vor seiner Ankunft in London verbrannt worden seien. Bothmer vermutete, dass das Paket Briefe vom Prätendenten enthalten möge; nun aber, wo die Thronfolge seines Herrn glücklich durchgesetzt sei, brauchte derselbe nicht weiter darnach zu forschen, welches denn eigentlich die letzten Absichten seiner Vorgängerin gewesen seien. Unterdessen war im Kamin des Nebenzimmers ein Feuer angezündet worden. Dahin begaben sich nun einige Lords mit Bothmer und Kreienberg, und der Herzog von Somerset warf vor den Augen der übrigen das uneröffnete Paket in die Flammen. Sie blieben um den Kamin herum stehen, bis jedes Blättchen der geheimnisvollen Briefe zu Asche verbrannt war. Als das Feuer nur erst den Umschlag verzehrt

¹⁾ So in der Schrift: An enquiry into the miscarriages of the four last year's reign. London 1714, p. 28. — ²⁾ Bothmers Diarium 12./23. August 23. Aug./3. Sept., 24. Aug./4. Sept. 1714. H. A. Bonet 27. Aug./7. Sept. 1714. Geh. Staats-Arch.

hatte und die losen Briefe auseinander fielen, da glaubte Bothmer seine Vermutung bestätigt zu finden, dass dieselben von dem Prätendenten herrühren möchten. Sie schienen fast alle von Einer Hand zu sein, in grossen, aber zierlichen Buchstaben, wie von einem Franzosen geschrieben.¹⁾ Gewiss ist es, dass die Meinung damals allgemein verbreitet war, es seien die Briefe gewesen, welche die Königin von ihrem vertriebenen Vater und ihrem Bruder erhalten habe.²⁾ Die pietätvolle Ausführung des Wunsches der Königin macht es den Nachlebenden unmöglich, die Frage zu entscheiden.

Die Regenten hatten es sich anfangs zum Grundsatz gemacht, die wichtigen inneren Angelegenheiten selbst zur Erledigung zu bringen, die auswärtigen aber der Entscheidung des Königs zu überlassen. Doch die Ankunft Georgs verzögerte sich und unterdessen meldeten sich dringende Geschäfte, die einen Aufschub nicht duldeten. So kam es, dass die Lords Justices sich gezwungen sahen, dem hannövrishen Königtume auch in seiner auswärtigen Politik schon vorzugreifen. Sie thaten es unter völliger Abkehr von dem zuletzt befolgten System. Es verstand sich fast von selbst, dass man wieder in die Bahnen whiggistischer Politik einlenkte, dass an die Stelle der engen Freundschaft mit Frankreich, der Brüskierung des Hauses Österreich nummehr beinahe das Gegenteil trat. Denn der Streit dieser Mächte erfüllte noch den Weltteil und selbst als im September dieses Jahres der Badener Friedensschluss dem Kriegszustande ein Ende machte, blieb der Gegensatz bestehen. Wir werden im Zusammenhange der europäischen Politik Georgs I. noch manchmal auf jene Anfänge zurückzugreifen haben, welche die Regentschaft machte. Doch auch an dieser Stelle müssen die wichtigsten Punkte schon zur Sprache kommen.

Während das gesamte Europa beschaulich zusah, wie in England eine fremde Dynastie den Thron bestieg und mit ihr neue Männer und neue Meinungen zur Herrschaft gelangten, war das Verhalten zweier Mächte von unmittelbarer praktischer Bedeutung. Die Generalstaaten hatten im Vorjahre die protestantische Succession garantiert. Es kam viel darauf an, ob sie im Falle einer Gefahr ihre Verpflichtung ehrlich zu erfüllen gesonnen waren. Auf der anderen Seite war man des ruhigen Thronwechsels erst gewiss, wenn Ludwig XIV., seit einem Vierteljahrhundert der Gönner der vertriebenen Stuarts, sich jetzt nicht etwa der Sache des Prätendenten annahm.

¹⁾ Bothmers Diarium 4./15. Aug. H. A. Bothmer an König Georg 6./17. Aug. H. A. F. Salomon (319 No. 2) scheint diese Stücke übersehen zu haben. — ²⁾ Hoffmanns Bericht vom 17. Aug. 1714. W. St. A.

Als die Königin Anna im Sterben lag und das Privy Council in der geschilderten Weise die Macht des Kabinetts an sich gerissen hatte, liess es schon die Generalstaaten an ihre Pflicht erinnern, für die hannövrise Thronfolge einzutreten.¹⁾ Die Holländer liessen es nicht an sich fehlen. Ihre Freude über den ruhigen Thronwechsel war gross. Sie waren zur Erfüllung aller Wünsche bereit, die von London oder Hannover aus an sie gerichtet wurden. Mit doppelter Bereitwilligkeit mögen sie mit Hand angelegt haben, als es sich um die Überführung britischer Truppen handelte, die noch in Flandern standen. Den beiden hannövrise Diplomaten, die im Haag weilten und nun plötzlich wichtige Personen geworden waren, sprach man den Wunsch aus, der König möge bald aufbrechen, er möge seinen Weg über Holland nehmen und dort verweilen. Die Generalstaaten waren auch bereit, holländische Schiffe auszurüsten, falls englische nicht in genügender Anzahl zur Hand wären. Allerdings wünschte der Pensionär dabei ohne viel Geräusch zu Werke zu gehen.²⁾

Holland zeigte sich also voller Eifer für das Thronrecht Hanovers. Und von der Seite Frankreichs drohte wenigstens keine nahe Gefahr. Ludwig XIV. war keineswegs gesonnen, sich um des Prätendenten willen in einen grossen Krieg zu stürzen. Er säumte nicht, Georg I. als König anzuerkennen und zugleich zu erklären, dass er sich getreulich an die Utrechter Verträge halten wolle.³⁾ Jacob Eduard hatte sich, als er erfuhr, dass seine Schwester gestorben sei, in aller Heimlichkeit von Bar le Duc aufgemacht und den Weg nach Paris eingeschlagen. Aber König Ludwig liess ihn durch den Minister Torcy davon zurückhalten, die Hauptstadt zu betreten und warnte ihn eindringlich vor jedem Unternehmen gegen England; freilich nicht ohne ihm einige Schiffe zur Verfügung zu stellen, wenn er es dennoch wagen sollte.⁴⁾ Der Chevalier kehrte enttäuscht in das gastlichere Lothringen zurück und nährte die Hoffnung auf bessere Tage. Der französische Monarch aber liess den ganzen Vorfall, der doch nicht geheim bleiben konnte, dem englischen Hofe in einer Form melden, welche die Loyalität Frankreichs in hellstem Lichte erscheinen liess.⁵⁾

¹⁾ Bromley an Strafford 31. Juli, 3. Aug. 1714. Rec. Off. — ²⁾ Nach den Briefen von Klinggräff u. Schrader an Robethon. Brit. Mus. — ³⁾ *Je ne veux en aucune Manière altérer les conditions de la paix.* Eigene Worte Ludwig XIV., an den englischen Gesandten Prior gerichtet (Prior an Bolingbroke 12./23. Aug. 1714. Rec. Off.). — ⁴⁾ Vergl. Salomon 317. — ⁵⁾ Prior an Bolingbroke 12./23. Aug. An König Georg vom selben Datum. Rec. Off. Bothmers Diarium 16./27. Aug. H. A. Bonet 17./28. Aug. 1714. G. St. A.

Eine mit Frankreich schwebende Verhandlung gab den Regenten zuerst die Gelegenheit, sich für ein gewisses System in der auswärtigen Politik zu entscheiden. Es stellte sich heraus, dass Bolingbroke eben im Begriffe gewesen war, ein Verteidigungsbündnis mit Frankreich, Spanien und Sicilien zu schliessen. Die Sache war von dem Könige Victor Amadeus ausgegangen, dem es um den Schutz seiner neugewonnenen Gebiete, namentlich Siciliens, gegen die Eroberungsabsichten des Hauses Österreich zu thun war. Bolingbroke war bereitwillig darauf eingegangen. Mit Ludwig XIV. wurde die Verhandlung vornehmlich geführt; Spanien ward gewonnen, für spätere Zeiten noch die Heranziehung anderer italienischer Staaten in Aussicht genommen. Die Sache war soweit gediehen, dass in Paris ein Entwurf des Vertrages aufgestellt, dass selbst die Vollmacht zur Unterzeichnung für den englischen Gesandten Prior bereits ausgefertigt war.¹⁾

Dann starb die Königin. Bolingbroke beeilte sich, Prior anzuweisen, die Verhandlung nicht fortzusetzen, bis man die Absichten des neuen Monarchen kenne. Nun erfuhren auch die Regenten davon. Sie mussten nach Hannover berichten und wohl auch sogleich eine eigene Meinung äussern. Der Fall war höchst verfänglicher Natur. Dass dieses Bündnis nicht zustande kommen dürfe, war wohl allen klar. Aber einige der Lords wollten doch ihrem Herrn nicht vorgehen. Sie entwarfen eine Relation, deren Inhalt auf eine Billigung oder wenigstens eine Rechtfertigung der Verhandlung hinauslief. Aber die anderen Mitglieder der Regentschaft, und unter diesen Lord Halifax, erhoben Widerspruch; ein neuer Bericht wurde abgefasst, der es offen aussprach, dass der Plan den Interessen des Königs zuwiderlaufe.²⁾

Das Schicksal des Bündnisses war damit in der That entschieden. Die Antwort Georgs I. stimmte in der Missbilligung des Projekts mit den Regenten überein. Unterdessen war die Sache auch in's Publikum gedrungen und machte bedeutendes Aufsehen, obwohl man nichts Genaueres erfuhr.³⁾ Einer der Regenten bemerkte dem

¹⁾ Mr. Prior's Commission for concluding a defensive alliance 21. Juli 1714. Rec. Off. Darin heisst es: *Cumque dictus Siciliae rex sese plurimum vereri declaraverit, ne controversiae quaedam de iis rebus, praesertim vero de Siciliae regno, exoriantur . . .* Über den Plan des Bündnisses vergl. F. Salomon 267 ff, 311—12. Berichte von Hoffmann, Bonet, Bothmer. — ²⁾ Bothmer an Robethon 10./21. Aug. Halifax an Robethon 24. Aug. 1714. B. M. — ³⁾ Political State July 1714 (p. 78) erwähnt eine Schrift „the project of a new offensive and defensive league between the Crowns of Great Britain,

kaiserlichen Residenten Hoffmann, sie hätten ihren Bericht an den König in der Voraussetzung abgefasst, dass er die Freundschaft Karls VI. pflegen und darum sich in einen Vertrag nicht einlassen werde, dem eine feindliche Absicht gegen den Kaiser zu Grunde liege.¹⁾

Niemals ist der enge Zusammenhang zwischen auswärtiger und innerer Politik deutlicher zu Tage getreten. Die Whigs waren darauf bedacht, möglichst schnell auch nach aussen hin ihre Grundsätze wieder in's Leben zu rufen. Bolingbroke war wieder in die längstverlassenen Bahnen der stuartischen Politik eingelenkt, hatte sich wieder an das Frankreich Ludwigs XIV. angeschlossen, gegen welches Wilhelm III. und die Erben seiner Staatskunst in langen Kriegen angekämpft hatten. Wer an Bolingbrokes Absicht glaubt, den Prätendenten zum Könige zu erheben, der muss wohl in der Verhandlung jenes Bündnisses den ersten Schritt dazu erblicken. Denn nur im Einverständnisse mit Frankreich konnte das stuartische Königtum aufgerichtet werden.

Mit der Thronbesteigung Georgs I. war alles vorüber. Die Whigs brachten in den auswärtigen wie inneren Angelegenheiten ihr Programm zur Geltung. Jenes Projekt war in letzter Linie gegen Österreich gerichtet gewesen. Die Regentschaft begann schon mit der Annäherung an Österreich, mit der Lossagung von Ludwig XIV., ja mit der Gegnerschaft gegen Frankreich. Von dieser folgenschweren Entscheidung hing auch die künftige Stellung des Königreichs Sicilien ab. Die Tory Minister waren auf seine Förderung eifrig bedacht gewesen. Die Regierung Georgs I. stand Victor Amadeus schon aus dem Grunde mit geringem Wohlwollen gegenüber, weil er nach Jacob Eduard der nächste katholische Anwärter an die englische Krone war. Wenn anders es sich nun für ihn bei jenem Bündnisse vornehmlich um die Behauptung Siciliens gehandelt hätte, und zwar um die Behauptung gegen österreichische Angriffe, so hatte er dabei fortan auf englische Hilfe nicht mehr zu hoffen.

Aber gerade darauf kam für ihn alles an. Er hatte auf die britische Flotte gerechnet. In der That scheint ein im Mittelmeer befindliches Geschwader bestimmt gewesen zu sein, den Zweck des Bündnisses in wirksamster Form zu fördern. So dürfen wir wohl mit dem Abbruche jener Pariser Verhandlungen eine andere An-

ordnung der Regenten in Verbindung bringen. Die Mittelmeerflotte stand unter dem Befehle des Admirals Wishart, eines Mannes, der dem bisherigen Ministerium völlig ergeben war und dem man wohl auch jacobitische Neigungen zuschreiben durfte. Drei Schiffe seiner Flotte hatten in jüngster Zeit zum Schutze der spanischen Flotte gedient; fünf andere waren dem Könige von Sicilien zur Verfügung gestellt worden, um ihm die Verbindung der Insel mit seinen festländischen Besitzungen zu erleichtern. Wishart erhielt von den Regenten Befehl, alle ihm unterstellten Schiffe an sich zu ziehen und mit der ganzen Flotte bei Port Mahon die Weisungen des Königs zu erwarten. Vergeblich bemühte sich der sicilianische Gesandte in London, diesen Befehl rückgängig zu machen. Er richtete bei den Regenten so wenig aus wie bei Bothmer, der ihn einfach auf die baldige Ankunft des Königs verwies.¹⁾ König Georg aber nahm Sicilien gegenüber eine ziemlich feindselige Haltung an. Man darf wohl sagen, dass für Victor Amadeus, seitdem die Regenten jenen Befehl an Wishart erlassen hatten, Sicilien unhaltbar geworden war. Durch die Hilfe der britischen Seemacht hatte er es gewonnen: es war verloren, wenn England seine Hand von ihm abzog.

Nachdem man im Publikum vornommen hatte, dass der Plan eines Bundes mit Frankreich, Spanien und Sicilien durch König Georg und seine Regenten vereitelt sei, begann man auch mit Gleichmut dem Ausgange anderer gegenwärtiger und künftiger Verwicklungen entgegenzusehen. Kein Zweifel, dass diese Regierung es verstehen würde, den Prätendenten aus Lothringen fortzubringen. Und wenn Frankreich seiner Verpflichtung, Dünkirchen zu schleifen, nicht nachgekommen war, wenn es gar im Begriffe stand, neue für England gefährliche Hafenanlagen bei dem benachbarten Mardyck zu bauen, so getröstete man sich in England, dass der neue Monarch dieser Gefahr schon zu begegnen wissen werde. Die neugewonnene europäische Stellung besang ein ungenannter Autor in einem heroischen Gedichte, das „Britanniens Wiedergeburt“ betitelt war.²⁾ Der grosse Ludwig, jüngst noch Europens Geissel, blickt, wie vom Donner gerührt, auf diesen Wechsel der Dinge, er verstösst den Chevalier, begrüsst den echten Monarchen durch Botschaften, er fürchtet seinen Zorn. Und auf die jüngsten Ereignisse der Politik anspielend, heisst es:

France, Spain, Sweden and Sicily“, deren Titel schon erkennen lässt, dass die Sache vom Gerücht noch übertrieben wurde.

¹⁾ Hoffmann 21. Aug. 1714. W. St. A.

¹⁾ Bothmer an König Georg 10./21. Aug., 24. Aug./4. Sept., 31. Aug./11. Sept. König Georg an Bothmer 17. Sept. 1714. H. A. — ²⁾ Britannia rediviva, or Britains Recovery. An heroic poem. London 1714.

*No insults now we dread from France, Lorrain;
No sep'rate leagues with Sicily or Spain.
Not Dunkirk undemolished, nor Mardike
Can England now with the least terror strike.*

Trotz der günstigen Lage unterliessen die Regenten doch nicht die ferner noch notwendig erscheinenden Vorsichtsmassregeln. Bedenklich war der Zustand der Flotte. Orford erklärte Bothmer, solange er denken könne, sei es nicht so schlecht darum bestellt gewesen. Doch daran liess sich im Augenblick nichts ändern. Um so aufmerksamer musste man sein. Über Portsmouth war die Nachricht gekommen, dass auf Havre de Grace und andere französische Häfen ein Embargo gelegt sei, um unter der Hand 6000 Mann gegen England einschiffen zu können. Die Sache schien wenig glaubhaft. Immerhin liess man eine Flotille von fünf Kriegsschiffen unter Admiral Baker vor Havre kreuzen und auch die übrigen nordfranzösischen Hafenplätze beobachten. Dem Gouverneur des wichtigen Hafens von Portsmouth Lord North and Grey schrieb man jacobitische Neigungen zu. Man setzte ihn zwar nicht ab, überzeugte sich aber doch, dass er nicht in der Lage war, Schaden zu stiften.¹⁾

Die Verhandlungen mit Frankreich hatten dahin geführt, dass die Regenten ebenso gegen Prior wie gegen Bolingbroke Verdacht schöpften. Die Korrespondenz beider war ihnen längst unheimlich vorgekommen. Entweder sandte Prior keine regelmässigen Berichte oder seine Briefe wurden aufgefangen. Er nahm wohl auf frühere Schreiben Bezug, die Bolingbroke gar nicht empfangen haben wollte. Von der Chiffre, die man in jener Zeit noch nicht viel verwendete, machte Prior Gebrauch, wo es sich um unwichtige Mitteilungen handelte. Um Klarheit zu gewinnen, liessen die Regenten Prior durch einen Kurier den Befehl zugehen, seine sämtlichen in den letzten Wochen abgefertigten Berichte ihnen in Abschriften noch einmal zugehen zu lassen. Zugleich musste Prior seine Depeschen fortan nicht mehr an den Staatssekretär Bolingbroke richten, sondern an die Lords Justices selbst.²⁾

Und nun schritt man bald zu einer weiteren Veränderung, die vor der Ankunft des Königs in's Werk zu setzen man für dienlich hielt, zur Entfernung desjenigen Mannes, in dem sich das bisher herrschende, nun aber beseitigte System zu verkörpern schien. Lord

¹⁾ Bothmers Diarium 8./19. Aug. Bothmer an den König 10./21. Aug. 1714. H. A. — ²⁾ Bothmer an den König 13./24. 17./28. Aug. 1714. Diarium 11./22. 14./25. Aug. 1714. Han. Arch. Priors Berichte seit dem 18./29. Aug. 1714 im Rec. Off. Hoffmann 21. Aug. 1714. W. St. A.

Bolingbroke kann im Ernste nicht erwartet haben, dass er unter Georg I. dieselbe Rolle spielen werde, wie unter der Königin Anna, aber auf einen so jähen Sturz, wie er ihm bereitet wurde, war er doch nicht gefasst. Vom Könige traf, vielleicht auf Bothmers oder der Regenten Anregung¹⁾, eine Weisung an die letzteren ein, welche ihnen vorschrieb, dem Staatssekretär das Siegel abzunehmen. Die Regenten hielten eine Beratung ab, an der sie auch Bothmer teilzunehmen nötigten. Sie beschlossen, den Staatssekretär Bromley zu beauftragen, neben seinen eigenen auch noch die Geschäfte Bolingbrokes zu besorgen. Aber dieser Beschluss ward bald wieder umgestossen — auch gegen Bromley waltete ein starkes Misstrauen — und die Regenten übernahmen vielmehr selber die Funktionen des Staatssekretärs für das südliche Departement. Alle an Bolingbroke und seine Untergebenen einlaufenden Briefe mussten von der Post direkt der Regentschaft eingeliefert werden, die es auf sich nahm, das Weitere zu verfügen.

Indem sie den vor kurzem noch allmächtigen Minister aus seinem Amte entfernten, hegten die jetzt an der Spitze des Staates stehenden Männer zugleich den lebhaften Wunsch, klare Einsicht in die Politik der abgetretenen Regierung zu gewinnen. Ja, es ist wohl denkbar, dass eben darauf die Absicht der Regenten bei der schleunigen Entsetzung Bolingbrokes vornehmlich gerichtet war, denn der jetzt noch für kurze Zeit im Amte befindliche Bolingbroke hätte nicht mehr viel Schaden stiften können. Aber für die Zukunft wollte man ihn und seine Anhänger unschädlich machen: man dachte schon daran, sie vor Gericht zu stellen. Zu diesem Ende wollte man in den Besitz der Papiere Bolingbrokes gelangen, denn diese mussten in dem anzustrengendem Prozesse das belastende Material abgeben. Um die Sache jedoch nicht zu auffällig zu machen, wurde bloss erklärt, man müsse dem seit einiger Zeit eingerissenen Missbrauche entgegenzutreten, dass die aus dem Amte tretenden Staatssekretäre einen Teil der amtlichen Korrespondenz in ihrem persönlichen Besitze zu behalten pflegten.

Drei Mitglieder der Regentschaft erhielten den Auftrag,

¹⁾ Von wem die Sache ursprünglich ausgegangen ist, kann ich nach den von mir benutzten Quellen mit Sicherheit nicht angeben. Wenn Klopp (XIV, 657) behauptet, die Regenten hätten „durch Bothmer an den König“ das Ersuchen um Entlassung Bolingbrokes gestellt, so scheint er mehr zu sagen, als er weiss. Wenigstens steht in den von ihm genannten Quellen nichts davon. Am wahrscheinlichsten ist es, dass die Regenten und Bothmer sich über die Sache verständigten und nunmehr die ersteren dem Könige darüber berichteten. In den vorhergehenden Briefen Bothmers an den König und an Robethon ist von einer Entlassung Bolingbrokes nicht die Rede.

Bolingbroke seine Entlassung anzuzeigen, ihm die königlichen Siegel abzufordern und sein Office zu versiegeln. Der stolze Mann war völlig gebrochen, als ihm im Vorzimmer der Regentschaft sein Schicksal angekündigt wurde. Man musste sich, meinte später einer der Regenten, seine frühere Hoffahrt in Erinnerung halten, um in diesem Augenblick nicht Mitleid mit ihm zu empfinden. Natürlich blieb ihm nichts übrig, als sich zu unterwerfen. Die drei Regenten fuhren mit ihm sofort nach Cockpit und versiegelten die Thüren seines Amtlokals — nur um jedem Missbrauch zu steuern, wie sie ihm voller Schonung eröffneten, nicht als ob irgend jemand einen Argwohn gegen seine Person hege. Bolingbroke durchschaute gleichwohl die wahre Absicht und empfand das gegen ihn geübte Verfahren wie eine unerhörte Beschimpfung. Aber auch schon in jenen Tagen verbreitete sich die Überzeugung, dass er die letzten Wochen dazu benutzt habe, alle bedenklichen Schriftstücke auf die Seite zu bringen.¹⁾

Bolingbroke spielte fortan mit einigem Geschick die beleidigte Unschuld. In einer Unterredung, die er am Tage nach seiner Entlassung mit Bothmer hatte, erklärte er diesem, er habe bei der ersten Audienz dem Könige seinen Rücktritt anbieten wollen; aber diese ungerechte Behandlung könne nur darin ihren Grund haben, dass er beim Könige verleumdet worden sei. Nie habe er an eine Begünstigung des Prätendenten gedacht; die Akten würden es beweisen. Und wenn man ihn wegen des Friedenswerkes angreifen wollte, so werde sich bei der Untersuchung herausstellen, dass er darin nur die Befehle anderer befolgt habe.

Was die Verleumdung beim Könige betrifft, so hatte Bolingbroke damit seinen ehemaligen von ihm gestürzten Amtsgenossen den Grafen Oxford im Sinne, und dieser that das Seinige, um eine solche Auffassung zu unterstützen. Seit seiner Entlassung hatte Oxford sich als die stärkste Stütze der protestantischen Succession hinzustellen gesucht. Jetzt sprach er beständig von der hohen Gunst, in der er beim Könige stehe und von seinem entscheidenden Einflusse bei der Besetzung der Ämter. Wer dabei bedacht sein wolle, müsse sich beizeiten an ihn wenden. Selbst einige der Regenten suchte er auf diese Weise an sich zu ziehen. Dem Herzoge von Devonshire redete er zu, sich um die Stelle des Präsidenten

¹⁾ Bothmer an den König 31. Aug./11. Sept. Diarium 31. Aug./11. Sept. Han. Arch. Pauli a. a. O. S. 61—63. Hoffmanns Berichte 11. 14. Sept. W. St. Arch. Bonets Berichte 11. 14. Sept. Geh. St. A.

des Geheimen Rates zu bemühen, oder, so drohte Oxford, er werde sich gezwungen sehen, einen andern, den Lord Powlet, dazu zu erheben. In Wahrheit war es schon so gut wie entschieden, dass keiner von beiden, sondern Graf Nottingham das Amt erhalten werde.¹⁾ Oxford mit seiner würdevollen Undurchdringlichkeit erschien in dem aufgeregten Treiben jener Tage wie eine komische Figur. Niemand hörte auf seine geheimisvollen Andeutungen, weder Whig noch Tory schenkte ihm Vertrauen, niemand ausser ihm selbst glaubte an seine Macht. Als der König nach London kam, sah sich Oxford ebenso vollkommen von aller Herrschaft ausgeschlossen wie sein verhasster Nebenbuhler Lord Bolingbroke.

Der Thronfolgeakte gemäss versammelte sich das Parlament noch am Todestage der Königin. Da aber der Sprecher des Unterhauses, Sir Thomas Hanmer, auf dem Lande weilte, so vergingen noch einige Tage, bis die eigentlichen Verhandlungen beginnen konnten. Am 5. August a. St. fand eine Art von Eröffnung des Parlaments durch die Regentschaft statt, welche in ihrer Gesamtheit als Vertreter der Krone vor die beiden versammelten Häuser trat.²⁾ Unterhalb des Thrones, auf dem der Souverän Platz zu nehmen pflegte, war in der ganzen Breite des Saales eine Bank errichtet, zu welcher drei Stufen emporführten. Auf derselben hatten die vornehmsten unter den Regenten Platz genommen, die übrigen sich bei ihnen aufgestellt, als die Commoners aufgefordert wurden, im Hause der Lords zu erscheinen. Nachdem sie sich mit dem Sprecher an ihrer Spitze eingefunden hatten, verlas der Grosskanzler Harcourt eine Ansprache der Regenten an das Parlament. Seitdem es Gott gefallen, die Königin zu sich zu nehmen, sei alles geschehen, um diesen Reichen die Sicherheit zu erhalten. Es wurde berichtet, wie nach den Bestimmungen der Thronfolgeakte die drei Regenschaftsurkunden in der Versammlung des Geheimen Rats eröffnet worden, wie die Regentschaft ihr Amt angetreten und die Proklamierung des rechtmässigen Königs Georg in aller Form geschehen sei. Dem Unterhause wurde die Erwartung ausgesprochen, dass es ohne Säumen die Bewilligungen thun werde, welche für die Ehre und Würde der Krone notwendig erschienen. Und endlich wurden die Mitglieder beider Häuser ermahnt, fest zusammenzustehen für das Interesse der neuen Regierung.³⁾

Nach der Verlesung dieser Ansprache gingen die Lords aus-

¹⁾ Bothmer an Robethon 3./14. Sept. 1714. B. M. An den König vom selben Datum. Pauli a. a. O. 65. — ²⁾ Bothmers Diarium 5./16. Aug. H. A. — ³⁾ Parl. Hist. VII, 4.

einander. Die Mitglieder des Unterhauses kehrten in ihr Sitzungszimmer zurück und hier trat man sofort in die Beratung ein, zum Zwecke einer Adresse an den König. Der Staatssekretär Bromley schlug vor, dass man in derselben betonen solle, welch' schweren Verlust die Nation durch den Tod der Königin erlitten habe. Aber mehr Anklang fand die Meinung eines andern, dass in der Adresse mehr der Glückwunsch zur Thronbesteigung als das Beileid zum Ausdruck kommen sollte. Das Unterhaus müsse auch dem neuen Könige versichern, dass es einstehe wolle für seinen unbestreitbaren Anspruch auf die Krone und für den öffentlichen Kredit. Auch der praktische Walpole sprach sich dafür aus, dass die Adresse etwas Greifbares an Versprechungen enthalten müsse in Bezug auf die finanzielle Unterstützung der neuen Regierung durch das Parlament.

In diesem Sinne war die Adresse abgefasst, welche am nächsten Tage vom Unterhause einstimmig angenommen wurde. Von der Beileidsbezeugung ging man bald zum Glückwunsch über. Die fürstlichen Tugenden des Königs, hiess es, „geben uns die gewisse Aussicht auf künftiges Glück bei der Sicherheit unserer Religion, unserer Gesetze und Freiheiten, und legen uns die Verpflichtung auf, Ew. Majestät zu versichern, dass wir mit unserem ganzen Vermögen Ihr unzweifelhaftes Recht auf die kaiserliche Krone dieses Reiches gegen den Prätendenten und jeden andern zu unterstützen willens sind.“ Die Bezeichnung der englischen Krone als einer kaiserlichen findet sich schon in der Successionsakte und sollte jetzt wieder die volle Unabhängigkeit dieser Krone recht zum Ausdruck bringen. Die Adresse sprach weiter den Wunsch der Gemeinen aus, den König bald in England zu sehen und gab die Versicherung, dass sie es behufs der finanziellen Unterstützung seiner Regierung nicht an sich fehlen lassen würden.

Auch das Oberhaus beschloss eine nicht minder loyale Glückwunschadresse an den König. Dieser drückte in seinen Antworten beiden Häusern seinen Dank aus und fügte hinzu, er eile in ihre Mitte zu kommen.¹⁾

Wenn das Unterhaus mit seiner Tory-Mehrheit dem neuen Könige so viel Ergebenheit erwies, so geschah es doch nicht ohne die Absicht, dass auch der neue Herrscher sich in seinen Regierungshandlungen nach dem Willen des Parlaments richten werde. Die Thronfolgeakte selber war ja ein mächtiger Schritt gewesen auf dem

Wege zur Aufrichtung eines parlamentarischen Systems in dem späteren Sinne. Nun wollte man dem neuen Könige gegenüber Ernst damit machen; im besonderen die Torys, welche von ihm nicht viel zu erwarten hatten, suchten vermöge ihrer Mehrheit im Unterhause an den parlamentarischen Institutionen einen Rückhalt zu gewinnen. In dieser Absicht regten einige Commoners den Gedanken an, das Unterhaus, vielleicht auch die Lords, möchten eine Deputation zum Könige senden, gleichwie solches ehemals vor der Ankunft Karls II. geschehen sei. Bothmer erkannte sofort, welchem Zwecke diese Deputation des Parlaments dienen sollte. Treffend vergleicht er sie mit den Felddeputierten, welche die Generalstaaten ihrem Heerführer an die Seite zu stellen pflegten, um ihn unter fortwährender Bevormundung halten und in jedem Augenblicke den Zwecken der Regierung gemäss beeinflussen und lenken zu können. Der König sollte jeden seiner Schritte mit dieser parlamentarischen Deputation vereinbaren. Es hätte sich um eine höchst lästige Beaufsichtigung gehandelt, welche nicht nur ihm, sondern selbst den Regenten in London die Freiheit der Bewegung geraubt hätte. König Georg wollte aber nicht durch Engländer, sondern nur durch seinen getreuen Bothmer, der Hannover und England gleich gut kannte und dazu in die Wünsche seines Herrn völlig eingeweiht war, bei der ersten Einrichtung seiner englischen Regierung beraten sein. Bothmer war der Zustimmung des Königs gewiss, wenn er der Absendung dieser parlamentarischen Deputation entgegenarbeitete. Er sehe nicht, erklärte er, wozu sie dienen könne. Der König beschleunigte seine Reise; in Hannover brauche er seine Zeit, um die Regierung daselbst für seine Abwesenheit zu organisieren. England aber werde unterdessen von den Lords der Regentschaft verwaltet. So gelang es diese Deputation zu vereiteln. Als am 12. Aug. a. St. der Vorschlag im Unterhause wirklich von zwei Mitgliedern gemacht wurde, wusste ihn der Sprecher zu Falle zu bringen.¹⁾

Eines der ersten Geschäfte, mit denen das Unterhaus sich zu befassen hatte, betraf die Civilliste des neuen Herrschers. Eine Kommission wurde zu diesem Zwecke ernannt, an deren Spitze durch die Bemühungen des Sprechers und Robert Walpoles nicht, wie einige vorgeschlagen, der Jacobit Sir William Wyndham, sondern der wohlgesinnte Conyers gestellt wurde. Der verstorbenen Königin war die Civilliste für ihre ganze Lebenszeit im Betrage von 700,000 £

¹⁾ Parl. Hist. XII, p. 3—6.

¹⁾ Bothmer an den König 6./17. Aug. H. A. Bothmer an Robethon 6./17. Aug. B. M. Bothmers Diar. 12./23. Aug. H. A.

im Jahr bewilligt worden. Jetzt aber fehlte es bei der Tendenz, den König in möglichster Abhängigkeit vom Parlament zu erhalten, nicht an Stimmen, welche sich für eine alljährlich zu wiederholende Bewilligung der Civilliste aussprachen. Endlich siegte doch die Überzeugung, dass man den König nicht schlechter stellen dürfe als seine Vorgängerin. Von seiten der Torys, die sich wohl dem Könige damit angenehm machen wollten, wurde sogar eine Erhöhung des Betrages auf eine Million Pfund Sterling beantragt, aber die Whigs unterstützten diesen Antrag nicht, der nun fallen gelassen wurde. Man hat vermutet, dass die Tories dem Könige bei der Nation schaden wollten und ihm, wenn ihr Antrag durchgegangen wäre, später den Vorwurf gemacht hätten, dass er durch den Bezug seines hohen Einkommens seine Unterthanen härter drücke als seine Vorgängerin. Die Whigs wurden darum wegen ihrer weisen Zurückhaltung gelobt, wenn sie den torystischen Antrag nicht unterstützten. Ob aber auch dem Könige selber damit gedient war, ist doch zweifelhaft. Bothmer war froh, wenigstens melden zu können, es sei Hoffnung vorhanden, dass ein künftiges Parlament die Civilliste erhöhen werde im Hinblick auf die Nachkommenschaft, mit welcher Gott den König gesegnet habe.¹⁾

Auf die Festlegung der Civilliste folgte im Unterhause der Beschluss, die immer noch rückständigen 65 000 £ für die Dienste hannövrischer Truppen im niederländischen Feldzuge von 1712 zu bezahlen. Wie hatten die kurfürstlichen Gesandten sich in den letzten Jahren bemüht, diese schuldige Zahlung für ihren Herrn zu erreichen; jetzt beeilte sich das Parlament, dieselbe dem König-Kurfürsten zu Füßen zu legen. Bald konnte Bothmer melden²⁾, die Sache sei so weit gediehen, dass er dem Könige bei seiner Ankunft die Summe in barem Gelde werde übergeben können. Auch die früher schon der Königin Anna zur Verfügung gestellte Summe von 100,000 £ wurde wiederum als Belohnung für denjenigen ausgesetzt, welcher den Prätendenten ergreifen würde, falls derselbe eine Landung versuchen sollte.³⁾ Bei diesen Beschlüssen war freilich die Haltung der Parteien nicht mehr ganz so günstig wie bisher. Ein Teil jener Tories, welche eben noch völlig auf seiten der neuen Regierung gestanden hatten, schien sich wieder mit den entfernter stehenden Mitgliedern ihrer Partei vereinigen und dem hannövrischen Könige Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Eingeweihte

¹⁾ Parl. Hist. Coxe Walpole. Bothmer an den König 6./17., 10./21. Aug. Diarium 7./18., 11./22. Aug. 1714. H. A. — ²⁾ Bothmer an den König 10./21. Aug. 1714. H. A. — ³⁾ Parl. Hist. VII, 7—8.

schrieben dies dem geheimen Einflusse Bolingbrokes zu; er wolle meinen sie, dem Könige seine Macht zeigen, damit dieser sich nochmals besinne, ehe er einen so mächtigen Mann aus seinem Rate verbanne.¹⁾

Schon in dieser Wendung lag eine Mahnung für den König, seine Reise nun nicht länger hinauszögern. Auch waren alle wichtigen Entscheidungen, soweit es anging, bis zu seiner Ankunft in England verschoben worden. Selbst mit der Ausführung manches königlichen Befehls wartete Bothmer, bis sein Herr selbst zur Stelle wäre. So verständigte er sich auch mit dem Herzoge von Marlborough darüber, dass dieser seine Bestallung zum Befehlshaber aller englischen Truppen zunächst noch geheim halte.²⁾ Aber dann durfte Georg auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

In Hannover weilte seit kurzem Lord Clarendon, der Gesandte der Königin Anna. Grosses Gewicht scheint man am Kurhofe dieser in der That wenig bedeutungsvollen Sendung³⁾ nicht beigelegt zu haben. Man glaubte längst zu wissen, wie man mit der englischen Regierung daran sei. Für das hannövrische Interesse zu wirken, war der kluge Bothmer nach London geschickt worden. Es kam nicht viel darauf an, was nun Graf Clarendon brachte, dem der Ruf eines Anhängers Bolingbrokes und eines nicht eben gescheuten Mannes voranging. Georg Ludwig beeilte sich nicht, ihn zu empfangen. Am 31. Juli kam Clarendon nach Hannover. Da eben der König von Preussen ihn in Herrenhausen besuchte, so erhielt der englische Gesandte erst am 4. August seine erste Audienz beim Kurfürsten.⁴⁾ Clarendon sprach von dem, was die Königin für die protestantische Succession gethan habe, und was man etwa weiter von ihr wünsche. Georg Ludwig bemerkte natürlich, dass diese Wünsche schon in der Harley gegebenen Denkschrift genannt seien. Clarendon wies auf die eben überreichte Antwort hin, in welcher der Kurfürst den Bescheid finden werde. Als auf Schütz die Rede kam, beteuerte Georg Ludwig noch einmal seine Unschuld und selbst diejenige seiner Mutter, welche sich nur nach dem Writ

¹⁾ Bothmer an Robethon 17./28. Aug. 1714. B. M., an den König vom selben Datum. H. A. In dem Satze „welches man denen heimlichen Bemühungen des 1052 zuschreibet“ vertritt die nicht aufgelöste Chiffre offenbar den Namen Bolingbroke, wie ein Vergleich mit dem im Brit. Museum befindlichen Briefe Bothmers an Robethon vom gleichen Datum lehrt. — ²⁾ Bothmer an den König 24. Aug./4. Sept. 1714. H. A. — ³⁾ Thornton (The Brunswick Accession c. 10) misst der Mission Clarendons wohl eine zu hohe Bedeutung bei. — ⁴⁾ Coxe Walpole II. 41.

erkundigen lassen wollte. So oft der Gesandte den Kurfürsten noch sprach, versicherte ihn derselbe seiner Absicht, gute Beziehungen mit der Königin zu unterhalten, sich nur auf sie zu verlassen. Auch die übrigen Mitglieder des Kurhauses, von denen Clarendon empfangen wurde, ergingen sich in ähnlichen treuerherzigen Versicherungen. An der Tafel des Kurfürsten machte der Gesandte die Entdeckung, dass der Erbe des englischen Thrones sehr wenig von der englischen Verfassung wusste.

Clarendon weilte noch in Hannover, als die Königin Anna starb. Die Überlieferung will, dass der Gesandte mit dieser Nachricht in später Nachtstunde hinausgeeilt sei nach Herrenhausen, sich noch Zutritt bei Georg Ludwig verschafft und ihm als seinem neuen Herrn zuerst gehuldigt habe.¹⁾ Bald trafen die Boten und Berichte aus London ein, welche die Kunde brachten, wie ruhig sich der Thronwechsel in den drei Königreichen vollzogen habe. Georg Ludwig konnte gemächlich die Vorbereitungen zu seiner Übersiedelung treffen.

Noch einmal füllte sich der Hof von Hannover, der bald verwaist sein sollte, mit festlichem Treiben. So glänzend und zahlreich hatte man ihn nicht mehr gesehen, seitdem vor 22 Jahren der Landesfürst zu dem höchsten Range im Reiche, zur kurfürstlichen Würde aufgestiegen war.²⁾ Jetzt scharte sich der hannövrise Adel um einen König.

Es verstrichen doch noch einige Wochen, ehe der König Georg Ludwig — so nannte er sich noch, während er in der Heimat weilte — die Reise nach England antrat. Man hat wohl gemeint³⁾, durch die Verzögerung habe er Zeit gewinnen wollen, um weitere Nachrichten aus England abwarten und darnach die neue Verwaltung daselbst einrichten zu können. Aber das ist gewiss nicht richtig. Denn nicht allein das englische Volk und Parlament, sondern auch seine Vertreter in England drängten den König zur schleunigen Überfahrt; und wenn er versprach, sobald wie möglich zu kommen, so war dies in der That seine Absicht. Nur konnte er sein Stamm-land nicht verlassen, ohne für eine geordnete Regierung auch während seiner Abwesenheit Sorge zu tragen. Die dahin zielenden Anordnungen haben ihm noch einige Zeit in Hannover festgehalten.

¹⁾ Vergl. Klopp XIV, 646, No. 3. Doch ist dagegen zu bemerken, dass der Brief Clarendons (Macpherson II, 646) gar nicht über die Vorgänge in Hannover berichtet, also auch aus seinem Schweigen über den fraglichen Punkt nichts zu schliessen ist. — ²⁾ Brief aus Hannover vom 23. Aug. 1714, unter Bonets Berichten. G. St. A. — ³⁾ Coxe, Walpole I, 60. Vergl. Mahon I, p. 106.

Es galt eine Form zu finden, bei welcher der Hoheit des im Auslande weilenden Landesherrn nichts vergeben, und doch zugleich die Schlagfertigkeit der Regierung in Hannover keine Einbusse erleiden würde.

Für die Verwaltung des Kurfürstentums blieben im allgemeinen die bestehenden Einrichtungen, wie sie durch das Reglement Ernst Augusts im Jahre 1680¹⁾ festgelegt worden waren, in voller Kraft. Ausdrücklich auf diese berief sich die Verfügung, welche Georg Ludwig am 29. August 1714 für die Regierung seiner deutschen Gebiete erliess.²⁾ Nur wurde das Geheimeratskollegium, welches schon die erste Behörde des Landes gebildet hatte, mit noch umfassenderen Vollmachten ausgestattet. Viele Entscheidungen blieben fortan ihm überlassen, welche bisher der Kurfürst selber getroffen hatte; in solchen Fällen hatten die sämtlichen Geheimen Räte ihre Unterschriften unter das Original der Urkunde zu setzen. In dringenden Fällen, wenn es nicht mehr anging, den Bescheid aus London zu erwarten, sollte die heimische Regierung auch in ernstesten politischen Fragen selbständig zu handeln befugt sein. Wenn fremde Kriegsvölker in das Land eindringen oder den Durchmarsch fordern würden, so sollen die Geheimen Räte mit dem vom Könige ernannten höchsten Leiter aller militärischen Angelegenheiten sich beraten, ob Truppenmacht aufzubieten, ob es thunlich sei, die Forderung zu verweigern oder mit welcher Massgabe derselben Raum zu geben sei. Die Regierung in Hannover soll dabei in möglichster Übereinstimmung mit derjenigen in Wolfenbüttel und anderen Nachbarstaaten vorgehen. Zunächst dachte man bei den noch währenden Kämpfen der nordischen Fürsten an den Fall, dass schwedische Truppen den Durchmarsch heischen möchten. Dabei könne es aber, erklärt das Reglement Georgs I., nur auf Feindseligkeiten abgesehen sein: der Durchzug ist auf alle Weise zu verhindern, wenn man selbst Gewalt durch Gewalt vertreiben müsste.

Die wichtigsten Entscheidungen blieben gleichwohl auch für die Zukunft dem Könige vorbehalten, wie ja seine ersten hannövrisehen Minister in London beständig um ihn waren. Die bei fremden Fürsten beglaubigten kurfürstlichen Gesandten hatten ihre Berichte doppelt zu schreiben; die eine Ausfertigung war für den König und seine deutschen Minister in London, die andere für das Geheimeratskollegium in Hannover bestimmt. Am Hofe von St. James wurde also fortan über die Interessen des Kurstaates die Entscheidung gefällt und schon

¹⁾ Gedruckt bei Spittler S. W. Bd. 7, S. 426 ff. — ²⁾ Ebd. S. 438 ff.

durch dieses örtliche Beieinander wurde eine gewisse Verquickung der Angelegenheiten von England und Hannover fast unvermeidlich. Wir werden viele Fälle eines Eingreifens der hannövrischen Minister in rein englische Angelegenheiten kennen lernen. Und noch weniger ist es zu verwundern, dass die Regierung Hannovers oft nach britischen Gesichtspunkten geleitet wurde. Die Mitglieder der höchsten Landesbehörde waren nicht wenig stolz darauf, dass sie fortan Königlich Grossbritannische Geheime Räte waren und die Hannoveraner glaubten als halbe Engländer etwas weit Besseres zu sein als alle übrigen Deutschen.

Nachdem Georg I. die Geschäfte erledigt hatte, die ihn noch in der Heimat festgehalten, brach er am 11. September mit grossem Gefolge von Hannover auf. Die treue Bevölkerung sah mit Betrübnis den angestammten Herrn scheiden; an der Hofstatt, wird erzählt¹⁾, gab es mehr Thränen als Glückwünsche. In der Begleitung des Königs befand sich sein Sohn, der Kurprinz, der erst in England die Bestallung zum Prinzen von Wales erhalten konnte. Seine Gemahlin mit ihren Töchtern sollte bald folgen. Der Enkel des Königs, Prinz Friedrich, blieb in Hannover zurück. Die Minister von Bernstorff und Goertz, Graf Platen und der Baron von Kielmansegge und andere hannövrische Grosse reisten mit dem Könige. Dieser wollte die gewohnte Umgebung auch in seinem neuen Reiche nicht entbehren; sie alle aber hofften, in England Ehren und Reichtümer in Menge zu gewinnen. Hofbediente, Kanzlei, Küche und Keller, im ganzen mehr als hundert Personen, befanden sich bei der Hofgesellschaft.²⁾

Der König reiste auf dem gewöhnlichen Wege über Holland nach England. An der holländischen Grenze ward er von einer Deputation der Generalstaaten feierlich begrüsst und zu seiner Thronbesteigung beglückwünscht.³⁾ In etlichen Städten der Vereinigten Niederlande wurde er durch Böllerschüsse und Musketensalven bei seiner Durchfahrt geehrt. Eine hochklingende Ansprache des Bürgermeisters von Amersfoort ist erhalten, durch dessen Mund die redlichen Bürger dieser Stadt

¹⁾ Europäische Fama 1714. — ²⁾ Die Reisegesellschaft ist aufgezählt bei Malortie, Beiträge zur Gesch. des Braunschw.-Lüneb. Hauses u. Hofes I, S. 58—60. — ³⁾ Theatrum Europaeum 1714, p. 270. Über die Reise Georgs I. und seinen Einzug in London vergl. im allgemeinen: Umständliche Relation der Reise Sr. Königl. Maj. von Gross-Britannien Georg des I. u. s. w. Hamburg 1714; Reisejournal S. Königl. M. von England, wie dieselben von Hannover aufgebrochen und durch Holland sich nach London begeben (Ztschr. d. hist. Vereins f. Niedersachsen, Jahrg. 1883, p. 69 ff.); die Darstellungen bei Tindal, Lamberty; Bothmers Diarium (H. A.); Hoffmanns Berichte (W. A.) u. a.

dem Wunsche Ausdruck gaben, der König möge ein Beschützer des protestantischen Bekenntnisses sein und das Verhältnis zwischen England und Holland wieder so innig werden, wie zu Zeiten Wilhelms III. Als Georg auf dem Wege von Utrecht nach dem Haag die Stadt Leyden passierte, wurden daselbst in sinniger Anpassung an die Zahl seiner Jahre 54 Kanonenschüsse abgefeuert. Am 16. September hielt er seinen Einzug im Haag.

Hier bot sich dem Könige und seinen deutschen Ratgebern zum erstenmal die Gelegenheit, mit ihren Bemühungen für ein neues System der auswärtigen Politik des englischen Staates einen praktischen Anfang zu machen. Da infolge der ungünstigen Witterung die Abreise von Holland erst nach elf Tagen erfolgen konnte, so hatte man hinlänglich Zeit, in etlichen Konferenzen mit dem Ratspensionarius und anderen bedeutenden Personen die politische Lage zu erörtern. Holland war unter den auswärtigen Mächten der aufrichtigste, ja vielleicht der einzige aufrichtige Anhänger der protestantischen Thronfolge; in derselben erblickte man die Gewähr der beiderseitigen Sicherheit. Nun schien es aber auch erforderlich, zu dem bewährten System des grossen Oraniers, dem Bündnisse der Seemächte mit dem Hause Österreich zurückzukehren. Die Schwierigkeiten, die dabei im Wege standen, waren freilich nicht gering und traten sofort hervor. Der Kaiser hatte es den Engländern nicht vergessen, dass sie ihn bei der Friedensverhandlung allein zurückgelassen hatten. Auch wollte er bei der noch unsicher erscheinenden Thronfolge sich nicht zu weit mit dem vorläufig zur Herrschaft gelangten Könige Georg einlassen. Der kaiserliche Gesandte im Haag, Freiherr von Heems, erhielt also Befehl, Georg I. und seinen Ministern gegenüber die äusserste Zurückhaltung zu beobachten. Da konnten die vom Könige und seinen Räten mit Heems gehaltenen Gespräche nicht weit führen. Er nahm mit kühler Ruhe und mit keiner andern Erwiderung, als dass er seinem Herrn berichten werde, alles das entgegen, was sie ihm von ihrem Verlangen nach einem guten Einvernehmen mit dem Kaiser zu sagen wussten, und von der Notwendigkeit eines engen Freundschaftsbündnisses beider Seemächte mit dem Hause Österreich. Sie konnten sich dabei nicht verhehlen, dass an ein holländisch-österreichisches Bündnis nicht zu denken war, solange nicht der Barrierevertrag geschlossen, der Kaiser in den Besitz seiner Niederlande eingetreten war. Vorläufig standen sich die Ansprüche beider Teile noch schroff gegenüber. Dieses war also die dringendste Angelegenheit, welche Erledigung heischte. Dass der zu schliessende Barrierevertrag durch

Englands Vermittelung zustande kommen müsse, erschien dabei auf englischer Seite wie eine selbstverständliche Voraussetzung, so wenig auch der Kaiser schon dazu entschlossen war. Bernstorff erkundigte sich gleich in der ersten Unterredung mit Heems nach dem Stande der Sache. Später bat er, der Kaiser möge, um des heilsamen Zweckes willen, den Holländern gegenüber das Vergangene vergessen und die alte Freundschaft erneuern. Es hätten auch wohl nur einige Übelgesinnte die Haltung der Generalstaaten bestimmt; jetzt aber komme die gute Partei wieder empor. Allein könne aber auch der Kaiser die Niederlande nicht hinreichend gegen Frankreich sicher stellen; die holländischen Garnisonen sind nicht ganz zu entbehren. Der König wolle aber, erklärt Bernstorff, die Forderungen der Generalstaaten möglichst herabzudrücken suchen, um auch den Kaiser zufrieden zu stellen. Auf all dieses antwortet Heems nur mit allgemeinen Wendungen und will darüber berichten.¹⁾

Die künftige Richtung der englischen Politik ist in diesen Erörterungen schon zu erkennen. Der Abschluss des Barrierevertrages soll den Kaiser und die Generalstaaten mit einander versöhnen und den Weg eröffnen zu einem Bündnisse der Seemächte unter einander und mit Österreich. Damit wäre die Gruppierung wieder hergestellt worden, wie sie zu den Zeiten der grossen Kriege gegen Ludwig XIV. bestanden hatte. Galt es denn nun auch einen neuen Krieg gegen Frankreich vorzubereiten? Wir wissen nicht, ob etwa schon im Haag, in den Unterredungen Bernstorffs mit Männern wie Heinsius und Fagel, dieser Gedanke erwogen worden ist. Unmöglich ist es keineswegs; wir werden sehen, wie die englische Politik wenige Monate später in der That auf einen Krieg gegen Frankreich lossteuerte. Und wenn Georg I. jetzt im Begriffe stand, ein whiggistisches Regiment in England zu errichten, so schien es durch die Logik der Thatsachen fast unvermeidlich, dass die Whigs, welche sich gegen den Abschluss des Friedens so heftig gesträubt hatten, und noch jetzt bei jeder Gelegenheit ihrem Unwillen über denselben Luft zu machen pflegten, dass diese Partei, wenn sie an's Ruder kam, den grossen Kampf wieder begann, um ihn erst mit einem nach ihrem Sinne ehrenvollen Frieden endigen zu lassen.

Bei diesen Haager Konferenzen zeigte es sich auch zum erstenmal, welcher Einfluss auf die englische Politik in Zukunft den deutschen Ratgebern des Königs zufallen sollte. König Georg ver-

¹⁾ Weisungen an Heems vom 25. Aug. u. 1. Sept. 1714. Heems' Berichte vom 14. bis 28. Sept. 1714. W. St. A.

pflanzte seinen deutschen Hof nach London; der hannövrische Minister Graf Bernstorff meinte daselbst die gleiche Herrschaft ausüben zu können, nur in einem unendlich viel weiteren Wirkungskreise als in Hannover. Manches Mal werden wir noch von diesem Übergreifen des deutschen Elementes am englischen Hofe zu reden haben, wir werden zeigen, wie die Geschäfte Englands vom hannövrischen Gesichtspunkte aus betrachtet und behandelt wurden, oft zum Nachtheile des mächtigen Reiches. Bernstorff wurde die Seele dieses Treibens; schon auf der Reise, im Haag, im Verkehr mit den niederländischen Staatsmännern und dem fremden Gesandten nahm er die Haltung eines englischen Ministers an. Man erstaunt, wenn man den kurbraunschweigischen Geheimen Rat sieht, wie er mit keckem Selbstvertrauen die ihm gänzlich fremden Angelegenheiten des britischen Reiches in seine Hände nimmt.

Unterdessen waren die fremden Diplomaten im Haag vom Könige und vom Prinzen in Audienz empfangen worden und alle statteten ihre Glückwünsche ab; der Franzose Chateaufort nicht weniger als Baron Heems und die portugiesischen und moscovitischen Gesandten. Am 22. fand beim englischen Botschafter Grafen Strafford, welcher, vordem als Jacobit bekannt, jetzt in seiner Ergebenheit für Georg I. nichts zu wünschen liess, ein glänzendes Fest statt.¹⁾

Politische Beratungen, Festlichkeiten und schlechtes Wetter hatten den König solange in Holland festgehalten. Am 27. September konnte er endlich mit günstigem Winde die Fahrt in sein Königreich antreten; am Abende des nächsten Tages war die Flotte vor der Themsemündung angelangt. Den ganzen Tag über war man im Angesichte der englischen Küste gefahren, hier und dort waren am Lande Salven abgegeben worden, als in Begleitung der englischen und holländischen Kriegsschiffe die königlichen Yachten vorübersegelten. Am Abend fuhren sie in die Themse und trennten sich von den begleitenden Kriegsschiffen, die ihnen noch einen dreimaligen donnernden Abschiedsgruss nachsandten.

Für die Landung des Königs und seinen Einzug in London war nach Bothmers Ratschlägen²⁾ ein Programm entworfen worden, welches dem des Jahres 1697 entsprach. Damals war Wilhelm III. nach glücklicher Beendigung des Krieges mit Frankreich vom Kontinente zurückgekehrt. In Greenwich hatte er die erste Nacht auf englischem Boden zugebracht und in aller Herzen lebte noch die

¹⁾ Theatrum Europaeum. — ²⁾ Bothmer an Robethon 3./14., 7./18. Sept. B.M.

Erinnerung an den grenzenlosen Jubel, welcher seinen prächtigen Einzug in die Hauptstadt begleitet hatte. Jetzt freute sich das Volk von London schon auf die Wiederholung dieses glänzenden Schauspiels und die Regenten gerieten in grosse Aufregung, als Bothmer ihnen nur von der Möglichkeit sprach, dass der König in Harwich statt in Greenwich an's Land steigen könnte. Sie gaben dem Könige ihre Meinung darüber in so scharfen Ausdrücken zu erkennen, dass Bothmer bat¹⁾, Robethon, der Sekretär, möge dieselben etwas abschwächen, wenn er dem Könige das Schreiben der Regenten übersetze.¹⁾ Georg I. erhielt einen Vorgeschmack davon, wie es mit der Freiheit der Entschliessungen eines Königs von England beschaffen sei.

Die Nacht auf den 29. September verbrachte er noch auf dem Wasser. Am folgenden Morgen lag dichter Nebel auf dem Flusse und den Ufern. Nach einigen Stunden klärte sich das Wetter freilich auf, der Nebel fiel. Da aber der Wind wenig günstig war, so bestieg der König eine Barke, der Prinz eine andere, und so liessen sie sich in geringer Begleitung die Themse hinauf rudern. Bald war auf die Kunde davon der Fluss gänzlich mit Bötten bedeckt, deren Insassen den König sehen wollten. Nur langsam vermochte dieser vorwärts zu kommen; die Dunkelheit war bereits eingetreten, als man bei Greenwich landete. Der Zufall wollte, dass der Prinz zuerst an's Land stieg. Viele glaubten, es sei der König. Die Garde, welche zu seinem Empfange am Ufer aufgestellt war, wähnte, er sei schon vorüber und wollte abziehen, als sie gewahr wurde, dass er in der That erst jetzt das Land betrat. Fast der gesamte Adel Grossbritanniens hatte sich eingefunden, um dem neuen Souverän zu huldigen. Am Ufer empfing ihn Glück wünschend der Erzbischof von Canterbury, auf dem Quai der Lord-Kanzler an der Spitze der Regentschaft. Vom Adel geleitet legte der König seinen Weg nach dem Schlosse durch die Kopf an Kopf stehende Menge zurück. Kaum vermochte er den Eingang zu gewinnen. Als bald verkündeten auch aufsteigende Raketen und die Kanonen des Tower, dass der neue König den Boden seines Reiches betreten habe „und in Greenwich sah man nichts als Feuerwerk und Illumination“. Im Palaste angekommen, liess der König noch am Abend einige der vornehmsten Würdenträger vor sich bescheiden. Zur Tafel wurde niemand gezogen, weil man niemanden bevorzugen wollte und für den gesamten anwesenden Adel der Raum nicht ausgereicht

¹⁾ Macpherson Orig. Pap. II, 653.

hätte. Um sich der Menschenmenge zu entziehen, speisten der König und der Kronprinz jeder in seinem Zimmer allein. Am folgenden Tage, einem Sonntage, den sie noch in Greenwich verbrachten, speisten sie öffentlich, aber wieder ohne jemand zur Tafel zu ziehen. Viele vornehme Engländer, welche am ersten Abend vergeblich versucht hatten, an die Person des Königs zu gelangen, wurden an diesem Tage zum Handkusse zugelassen. Wiederholt zeigte sich Georg auch dem Volke; mehr als 50,000 Menschen waren von London herbeigekommen, ihn zu sehen. Mit dem Herzoge von Marlborough hatte der König eine einstündige geheime Unterredung und vollzog dabei in eigener Person die Ernennung desselben zum Befehlshaber aller englischen Truppen. Dem Herzoge von Ormond wurde durch Lord Townshend am selben Tage seine Abdankung als Generalkapitän mitgeteilt. Eben war er im Begriffe gewesen, sich dem Monarchen vorstellen zu lassen. In seinem Grolle kehrte er unverzüglich nach London zurück, ohne sich vor dem Könige blicken zu lassen, obwohl ihn dieser doch seiner Gnade hatte versichern lassen. Auch von den Einzugsfeierlichkeiten hielt er sich fern.¹⁾ Unter den Edelleuten, welche die Hand des Königs küssen durften, befand sich auch Graf Oxford, der vor kurzem noch so mächtige Mann, jetzt von niemandem beachtet. Zuletzt hatte er andere, vielleicht auch sich selbst glauben machen wollen, dass er unter dem hannövrischen Herrscher wieder zu Rang und Ansehen kommen werde. Das erste Zusammentreffen belehrte ihn, wie wenig er von der Gunst dieses Königs in Wahrheit zu hoffen habe. Der vorstellende Kammerherr Graf Dorset sagte: Hier ist Graf Oxford, von dem Ew. Majestät gehört haben wird. Der König gestattete ihm wie jedem andern den Handkuss, warf ihm einen verachtenden Blick zu und kehrte ihm wortlos den Rücken.²⁾

Am nächsten Tage, Montag, den 1. Oktober — in England schrieb man noch nach altem Stil den 20. September — hielt König Georg seinen feierlichen Einzug in London. Die berittene Leibgarde eröffnete den Zug; in einer glänzenden Reihe von mehr als 200 sechsspännigen Kutschen fuhr der Adel von Grossbritannien und Irland dem Souverän voran. Als man bei St. Margarets Hill in Southwark einfuhr, erwarteten den König der Lord Mayor, die Aldermen und Beamte der City. Einer von diesen hält eine Anrede

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. Oct. 1714. W. St. A. Bothmers Diarium 19./30. Sept. 1714. H. A. — ²⁾ Hoffmanns Bericht vom 5. Oct. 1714. W. St. A.

an den König, der Mayor überreicht ihm sein Schwert, dass er sogleich zurückerhält und nun entblößten Hauptes vor dem königlichen Wagen einherträgt. Die Strassen, durch welche der Zug sich bewegte, waren reich geschmückt, an vielen Stellen Tribünen errichtet und aus der ganzen Umgegend war die Bevölkerung zusammengeströmt — man schätzte die Menge auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Köpfe — um die Pracht der bunten Uniformen und der Staatskarossen zu bewundern. Das treue Volk jubelte, so oft das ausdruckslose Gesicht Georgs I. am Fenster seines Wagens erschien, und unaufhörlich erschollen Hochrufe auf den König und den Prinzen. Am hellen Mittage eines für die vorgerückte Jahreszeit ungewöhnlich freundlichen Tages, hatte sich der Zug in Greenwich in Bewegung gesetzt; erst lange nach Dunkelwerden kam der König im Palaste von St. James an. Wo die Tudors und die Stuarts residiert hatten, hielt jetzt ein Fremder seinen Einzug, ein König, der unbekannt war mit der Sprache, der Sitte und dem Gesetze des Landes, das er beherrschen sollte. Und doch besass Georg I. das stärkste Recht auf den Thron, das nach englischer Anschauung ein König besitzen kann: es beruhte auf der Berufung durch das Volk.

Drittes Buch.

Befestigung der europäischen Stellung Georgs I.

Erstes Kapitel.

Hof und Regierung Georgs I.

„Der glückliche Tag ist da: Seine Kurfürstliche Hoheit ist in Seinem Königreiche angekommen,“ so schrieb ein ergebener Diener des Hauses Hannover nach der Landung Georgs I. Nicht nur die Vereinigung eines Königs mit seinem Volke schien seine Ankunft zu bedeuten. Man wollte sie dem Triumphzuge eines Befreiers vergleichen. Und eine in England geschlagene Denkmünze stellte Georg als Beherrscher der Meere dar, wie er in der Gestalt des Neptun die Wogen durchschneidet.¹⁾

Alles war eitel Glückseligkeit. Kaum dass sich irgendwo ein Misston in den allgemeinen Jubel mischte. Und es war doch weit mehr als der gewöhnliche Freudenrausch, der das Erscheinen jedes neuen Herrschers zu begleiten pflegt. Man war von der schweren Beängstigung befreit und lebte auf in der frohen Hoffnung, dass man einer friedlichen Entwicklung von langer Dauer entgegengehe. Der Hof gewann ein neues Antlitz; er wurde so belebt, wie er in den letzten Zeiten verödet gewesen war. Die vornehme Welt eilte nach St. James's, um den König zu sehen. Allem Anscheine nach, so schrieb in diesen Tagen ein aufmerksamer Beobachter²⁾, wird jetzt die Krone ihren alten Glanz zurückgewinnen.

Dabei ist es wunderbar und lehrreich zugleich, welch' eine geringe Rolle eigentlich die persönlichen Eigenschaften des Herrschers spielten. Nicht ihnen galt der Jubel. Die Nation kannte den König nicht. Ihr genügte es, dass es nur der protestantische Thronfolger war, den man also leicht und glücklich hereingebracht hatte. Die Grundsätze der glorreichen Revolution waren gerettet.

¹⁾ Ztschr. d. hist. V. f. Niedersachsen. 1853, S. 133. — Bonet, 21. September/2. October 1714. G. St.-A. — The metallick history of the reigns of King Will. III. and Queen Mary, Queen Anne and King George I. Lond. 1747.

— ²⁾ Bonet.

Der neue König Georg I. war ein Mann von 54 Jahren, als er den englischen Thron bestieg. Als junger Prinz war er in das Getriebe der grossen Politik eingeweiht worden. In den Kriegen, welche der Kaiser gegen die Übermacht Frankreichs, wie gegen die Osmanen geführt hatte, war das braunschweigische Haus sein treuer Bundesgenosse gewesen. Georg Ludwig hatte 1683 in der grossen Schlacht vor den Thoren von Wien wacker mitgefochten, auch in den folgenden Kämpfen in Ungarn wurde sein Name genannt. Bei Neerwinden, wo der französische Marschall Luxembourg seinem Könige den Sieg gewann, geriet der tapfer kämpfende Kurprinz von Braunschweig in persönliche Gefahr; ohne die Aufopferung seines Adjutanten wäre er in die Hände der Feinde gefallen. 1698 folgte er seinem Vater Ernst August in der Regierung des Kurfürstentums. Nach dem Tode seines Oheims Georg Wilhelm vermochte er als dessen Erbe auch die seither dauernde Vereinigung aller Lande der jüngeren Linie des Welfenhauses zu vollziehen. Ihm war es auch vergönnt, den langen Streit mit dem Vetter in Wolfenbüttel um die Anerkennung der kurfürstlichen Würde beendet zu sehen. Im Jahre 1692 hatte Ernst August den Kurhut gewonnen; 1708 erfolgte die förmliche Einführung Hannovers in das Kurfürstenkollegium am Reichstage.

So stand Georg Ludwig längst als einer der vornehmsten deutschen Fürsten da. Durch die Aussicht auf die britische Thronfolge ward seine Stellung noch ansehnlicher. Im spanischen Erbfolgekriege führte er eine Zeitlang als Reichsfeldherr die deutschen Truppen gegen die Franzosen und wenn der Erfolg den Erwartungen nicht entsprach, so lag der Fehler doch wesentlich nur in der traurigen Kriegsverfassung des offiziellen Deutschlands. Auch in der politischen Welt war der neue König von England bereits wohlbekannt. Seine entschiedene kaiserliche Haltung war es ja vornehmlich gewesen, die den Gegensatz zwischen ihm und dem Tory-Ministerium von 1710 erzeugt hatte. Nunmehr richtete sich aber auch auf die häuslichen Verhältnisse und den persönlichen Charakter des neuen Souveräns das Interesse des englischen Publikums.

Einen dunklen Schatten auf das Leben Georg Ludwigs wirft die Geschichte seiner Vermählung und seiner Ehe mit der verwandten Prinzessin Sophie Dorothea von Celle. Ehrgeiz und Habsucht haben zu dieser Verbindung geführt, aus Stolz und Härte ist sie gelöst, ist ein unglückliches, fehlendes Weib von einem fühllosen Gatten verstossen worden.

Sophie Dorothea war die Tochter des Herzogs Georg Wilhelm

von Celle, der ehemals mit der Prinzessin Sophie verlobt gewesen, dann aber seine Rechte auf Sophiens Hand seinem jüngsten Bruder Ernst August überlassen hatte. Den Kindern dieses Paares sollte sein Erbe dereinst zufallen, er selbst wollte unvermählt bleiben. Mit ängstlicher Sorge wachten seitdem Ernst August und seine Gemahlin über den Rechten ihrer Kinder. Sophie liess selbst ihre Hand dazu, dass Georg Wilhelm eine dauernde Lebensgemeinschaft mit der schönen Eleonore d'Olbreuze¹⁾ einging, in der Meinung, darin die sicherste Gewähr zu schaffen, dass der Herzog niemals zu einer rechtmässigen Ehe schreiten werde. Wie hat es sie dann mit Schmerz und Entrüstung erfüllt, als dennoch die Französin nach Jahren zur Gemahlin Georg Wilhelms erhoben wurde. Aus Sophiens Memoiren und Briefen kennt man den leidenschaftlichen Hass, die tiefe Verachtung, welche die stolze Fürstin jener emporgekommenen Frau entgegenbrachte, welche die Stelle einnahm, von der sie einst verstossen war und deren Nachkommenschaft ihren eigenen Kindern in den Weg treten konnte. Der Stolz der Königstochter verband sich mit der Sorge der Mutter. Den Hass gegen Eleonore übertrug sie auch auf Sophie Dorothea, das einzige Kind Georg Wilhelms. Die Rechte Ernst Augusts und seiner Erben wurden zwar wiederholt bestätigt; aber als Sophie Dorothea heranwuchs und sich Bewerber um ihre Hand meldeten, da schienen die älteren Garantien dem Hause Ernst Augusts nicht mehr ausreichend. Wohl war anfangs Sophien und ihrem Sohne Georg Ludwig, der die Olbreuzes nicht minder als seine Mutter verachtete, der Gedanke zuwider, dass er die aus der Mesalliance entsprossene Base von Celle ehelichen solle. Aber die Gesichtspunkte der Familienpolitik und endlich die reiche Mitgift des einzigen Kindes Georg Wilhelms besiegten den Widerwillen. Die sechzehnjährige Sophie Dorothea wurde die Gemahlin Georg Ludwigs.²⁾

Niemals ist eine Ehe geschlossen worden, die weniger als diese ein Bund der Herzen war. Wie Hohn klang es, was ein serviler Autor „aus unterthänigster Schuldigkeit“ zu berichten wusste von der wunderwürdigen Liebesneigung zwischen dem fürstlichen Paare und dazu seine sinnigen Erörterungen über den Ursprung der Liebe

¹⁾ Vergl. Köcher, die letzte Herzogin von Celle (Preuss. Jahrb. 64, S. 430) und Denkwürdigkeiten der cellischen Herzogin Eleonore geb. d'Olbreuze (Ztschr. des hist. V. f. Niedersachsen. 1878, S. 25). — ²⁾ Für das Folgende vergl. Schaumann, Sophie Dorothea, Prinzessin von Ahlden, u. Kurfürstin Sophie von Hannover. Hannover 1879. Köcher, die Prinzessin von Ahlden H. Z. 48, S. 1—44, 193—235.

im allgemeinen.¹⁾ Das tragische Schicksal Sophie Dorotheens, welches unserm grössten Dramatiker einmal den Gedanken eingegeben hat, sie zur Heldin eines Trauerspiels zu machen²⁾, lag in der Natur dieser Ehe begründet. Die Prinzessin war ein junges, lebenslustiges Weib, schön wie ihre französische Mutter, von der sie auch das heisse Blut und die lockeren Sitten, oder doch die Geringschätzung der höfischen Etikette überkommen hatte. Und neben ihr das frostige Wesen, die steife Förmlichkeit eines Gatten, der sie aus Staatsklugheit geheiratet hatte, der sie nicht liebte, sondern im Grunde seines Herzens verachtete und sich wohl nicht allzu ängstlich bemühte, ihr diese Verachtung zu verbergen.

In der Zeit, da das Hofleben Ludwigs XIV. in ganz Europa Nachahmung fand, da in Herrenhausen ein kleines Versailles entstand, hatte auch die Maitressenwirtschaft des bourbonischen Hofes bei den welfischen Fürsten Nachahmung gefunden. Das Beispiel des erhabenen französischen Monarchen vor Augen, fand man nichts Arges darin. Schon die Herzogin Sophie hatte das Glück ihrer jungen Ehe bald durch die Untreue ihres Gemahls erschüttert gesehen. Auch Georg Ludwig hat seiner jungen Frau die Treue nicht gehalten; seine Maitressen galten am Hofe zu Hannover mehr als seine rechtmässige Gemahlin. Furchtbar muss Sophie Dorothea gelitten haben unter der verächtlichen Behandlung, die sie erfuhr, am meisten wohl von ihrer Schwiegermutter, der stolzen Sophie, die doch selbst so viel dazu gethan hatte, diese Ehe zu stiften, und nun gleichwohl die arme Sophie Dorothea als eine Geringere und einen unbescheidenen Eindringling in ihr Haus zu unterdrücken suchte.

Die leichte Art der jungen Prinzessin muss manches Mal Anstoss erregt haben. Georg Ludwig schreibt in einem Briefe an seine Mutter von der weitgehenden Vertraulichkeit, die seine Gemahlin in Florenz 1686 dem Grossherzoge gestattet habe. Auf dieser italienischen Reise war sie in Rom auch mit einem galanten Franzosen zusammengetroffen, der nach langen Jahrzehnten eine Anzahl von Liebesbriefen drucken liess, die er damals an die Prinzessin gerichtet haben will.³⁾ Gewiss ist es, dass ein vertrautes Verhältnis sich entspann. Was man sich damals über den Lebenswandel der

¹⁾ Wunderw. Sympathie der Hochfürstlichen Ehlichen Liebs-Neigung zw. . . . Georg Ludwigen Herzog zu Braunschweig-Lüneburg u. Sophien Dorotheen von Joh. Just. Winkelmann. Bremen 1682. — ²⁾ Vergl. G. Ketter, Schillers Prinzessin von Celle. (Preuss. Jahrb. 72, S. 84 ff.) — ³⁾ Bodemann, Neue Beiträge zur Gesch. der hann. Prinzessin Soph. Dor. (Prinzessin v. Ahlden) in d. Ztschr. d. h. V. f. Nieders. 1890, S. 111 ff.

Prinzessin erzählte, muss schlimm genug gewesen sein. Als später ihre Katastrophe erfolgte, sprach Elisabeth Charlotte von Orleans ihre Verwunderung aus, dass man Sophie Dorothea nicht schon nach ihrer Rückkehr aus Italien eingesperrt habe. „Den sie hatt es ja damahlen schon genug verdint, so ein doll leben geführt zu haben, aber ich will nicht mehr von ihr reden.“¹⁾ Gleichwohl kann von einem wirklichen Vergehen, das Sophie Dorothea sich hätte zu schulden kommen lassen, schwerlich die Rede sein. Ja, selbst die Beziehungen zum Grafen Königsmarck, die ihr so verderblich wurden, haben diesen Charakter gewiss nicht gehabt. Sie liess sich, als durch den Hass der Kurfürstin ihre Stellung in Hannover unerträglich, ja unmöglich geworden war, mit dem übel berufenen schwedischen Abenteurer ein. Er soll ihr helfen, eine Intrigue in's Werk zu setzen, die auf ihre eigene Flucht abgesehen ist. Der Plan wird entdeckt, Königsmarck verschwindet auf rätselhafte Weise, die Prinzessin wird verhaftet. Ein Prozess wird geführt, der mit der Trennung der Ehe endet. Dem Kurprinzen wird die Wiedervermählung ausdrücklich gestattet, der geschiedenen Gemahlin, als dem schuldigen Teil, wird sie verboten.

Der Hof von Hannover war eifrigst bemüht, den wahren Zusammenhang der Dinge geheim zu halten. Selbst in dem Material der amtlichen Akten ist gefessentlich alles beseitigt worden, was früher oder später zur Aufklärung führen konnte. Da ist es denn bei dem neugierigen Interesse, welches die Welt an dunklen Vorgängen in fürstlichen Häusern zu nehmen pflegt, nicht wunderbar, dass die Gestalt und die Geschichte der Prinzessin nach der Art eines Romans umgebildet, ja dass den späteren Erzählungen ein wirklich geschriebener Roman die „Römische Octavia“ des Herzogs Anton Ulrich von Wolfenbüttel zu grunde gelegt worden ist. Erst die Forschung unserer Tage hat den Schleier zerrissen und das Geschichtliche von dem Erfundenen zu sondern gewusst. Und wenn es nun nach der weitgehenden Vernichtung urkundlicher Zeugnisse heute auch nicht mehr gelingen kann, die volle Wahrheit über jene Katastrophe von 1694 zu ermitteln, so weiss man doch so viel, dass man nicht in ihrer letzten Verschuldung die eigentliche Ursache des Unglücks der Kurprinzessin zu erblicken hat. Dasselbe entsprang vielmehr aus der Unhaltbarkeit ihrer ganzen Stellung. Georg Ludwig hatte zu Sophie Dorothea schon vorher einmal von einer Scheidung gesprochen. Nach ihrer Intrigue mit Königsmarck schien es an der

¹⁾ Köcher, Auslassungen der Herzogin Elis. Charl. v. Orl. üb. d. Prinzessin von Ahlden. (Ztschr. d. h. V. f. Nieders. 1882, S. 221.)

Zeit, diese Absicht auszuführen. Es ist wenig anziehend zu beobachten, wie die Handlungsweise des hannövrer Hofes dabei durch dieselbe kalte Berechnung geleitet wurde, welche vordem zum Abschlusse dieses unseligen Ehebundes geführt hatte. Zwei Kinder waren demselben entsprossen — der spätere Georg II. und Sophie Dorothea, nachmals die Gemahlin Friedrich Wilhelms I. von Preussen — der äussere Zweck der Ehe war erfüllt. Aber indem sie nun aufgelöst wurde, wollte man doch auch die Vorteile, welche sie gebracht hatte, nicht wieder in Gefahr bringen. Die von Ernst August vorbereitete Vereinigung aller lüneburgischen Lande unter Aufrichtung der Primogeniturordnung konnte durch eine Wiedervermählung der Prinzessin in Gefahr geraten. So ward ihr eine zweite Heirat verboten. Der Vater Georg Wilhelm war den Verwandten in Hannover völlig zu Willen. Er schloss seine Tochter in das einsame Amtshaus von Ahlden zu lebenslänglicher Haft ein. Die Besuche ihrer Mutter, die ihr Geschick nicht wenden konnte, waren der einzige Trost der Verbannten. Der hartherzige Gemahl hielt sie fern von allen den Ehren, die ihm seit 1698 als Kurfürst, seit 1714 durch die Krone Grossbritanniens zu teil wurden. Aus dem Kirchengebet in hannövrer Landen blieb ihr Name gestrichen, in das englische ward er nicht aufgenommen. So kam es, dass das Inselreich nach dem Tode der letzten Stuart wohl wieder einen König, aber nicht eine Königin erhielt.

Man lernt aus seinem Verhältnisse zu der unglücklichen Sophie Dorothea schon einige Seiten, und gewiss nicht die angenehmsten, von dem Wesen Georgs I. kennen. Treten wir nun der Person dieses Königs, der als ein Fremder den englischen Thron bestieg, etwas näher¹⁾. Es ist ein wenig anziehendes Gemälde, das wir zu zeichnen haben, das Bild eines Königs ohne königliche Haltung und Würde, von seinem Rechte durchdrungen, aber ohne ernstes Pflicht-

¹⁾ Über die Personen u. das Leben am Hofe Georgs I. finden sich viele wertvolle Angaben in den Berichten Bonets u. Hoffmanns. Unter den gedruckten Quellen kommen in erster Linie in Betracht: *Diary of Lady Cowper*, London 1865; *Horace Walpoles Reminiscences (Letters ed. Cunningham I. p. LXXXVII ff.)*; *Mary Wortley Montagu, Account of the Court of George the First (Letters and works, 1887. I, p. 1 ff.)*; *Wortley Montagu, State of affairs when the King entered (ib. p. 15 ff.)*. Von neueren Darstellungen ist zu nennen: *Jesse, Memoirs of the Court of England from the Revolution in 1688 to the death of George II. London 1843. vol. I*; *Doran, London in the Jacobite times. London 1877. vol. I*; *Vehse, Geschichte der Höfe des Hauses Braunschweig in Deutschland u. England. Erster Teil. Hamburg 1853.*

gefühl, nach keiner Richtung den seiner harrenden Aufgaben gewachsen, und ohne die Spannkraft des Geistes, um in seinen vorgerückten Jahren die ihm fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten noch zu erwerben.

König Georg I. war ein Mann von mittlerer Grösse ohne jede Majestät der Erscheinung. In dem vollen und breiten Antlitz, wie seine Bildnisse es uns zeigen, sehen wir ein Paar grosse, in's Leere blickende Augen. Auch sonst war kein Zug vorhanden, der dem Gesichte Leben und Ausdruck verliehen hätte. Eine grosse und breite Nase, ein hässlicher Mund, selbst ohne den Anflug von Schnurrbart, wie die Sitte der Zeit ihn wohl noch gestattete. Das Ganze, umrahmt von der dunklen Perücke könnte fast ebenso gut das Antlitz eines Weibes sein, wenn nicht jene abstossende Härte und Strenge der Züge wäre, die den herzlosen und selbststüchtigen Mann verraten.

Die Geistesgaben des Königs waren nicht bedeutend, aber auch nicht ganz verächtlich. Von dem Wesen seiner geistvollen Mutter war nichts auf ihn übergegangen. Doch besass er einen einfachen Verstand, der ein gewisses Mass von Ideen zu fassen vermochte, nach denen er in allen Fragen sein Urteil bildete. Er dachte und handelte langsam, aber so war er auch vor übereilten Entschlüssen sicher. Es ist merkwürdig und doch vollkommen in seinem Wesen wie in den Verhältnissen begründet, dass in der Politik der König so gänzlich hinter seinen Ministern verschwand. Er wusste sich in den Grundsätzen mit ihnen eins, darum liess er sie im einzelnen schalten, wie sie es verstanden. Man kann wahrlich nicht sagen, dass er eifersüchtig gewacht habe über dem Besitze und der Ausübung der Macht. Er selbst fühlte deutlich die Grenzen seines Könnens. Wo es anging, vermied er es, öffentlich zu reden, selbst wenn es in französischer Sprache, die er hinlänglich beherrschte, hätte geschehen können. Denn im Augenblick das richtige Wort zu finden, war ihm nicht gegeben. Nur in vertrautem Kreise, wo er auch nach seiner Art lustig und aufgeräumt sein konnte, gelang ihm wohl einmal eine scharfe und treffende Bemerkung. Den Gesandten fremder Mächte an seinem Hofe versagte er niemals eine Audienz. Aber ebenso wenig kam es vor, dass sie aus seinem Munde ein entscheidendes Wort vernahmen.

Es war auch gewiss nicht gerade ein lebendiger Geist, der 13 Jahre lang die sichere Erwartung hatte, dereinst König von England zu werden, und gleichwohl nicht dazu gelangte, sich mit der Landessprache auch nur notdürftig bekannt zu machen.

Langsam und schwerfällig bewegten die Gedanken des Königs sich vorwärts; lässig, fast träge war auch sein Handeln. An strenge Arbeit hatte er sich in der Heimat nicht gewöhnt. In England kam vieles, wovon wir gleich sprechen werden, hinzu, um ihn den Geschäften zu entfremden. Wenn er die Morgenstunden allein verbracht hatte, so pflegten die Minister ihm bis zum Mittagessen, das er um 2 Uhr allein einnahm, Vortrag zu halten. Nur in seltenen Fällen geschah es, dass sie ihm noch am Nachmittage mit Geschäften kommen durften.

Das Gemütsleben des Königs war so arm wie sein geistiges Vermögen. Seine Mutter Sophie hatte manches Mal über die Lieblosigkeit ihres Sohnes zu klagen gehabt. Mit seinem eigenen Sohne hat er niemals im Frieden gelebt. Als derselbe ihm Trotz bot, hat er ihn und seine Familie mit grausamer Härte gestraft. Und welches bitteres Leid hatte er über seine unglückliche Gemahlin gebracht. Mit ihm umzugehen war wohl niemals leicht; aber wenn er übler Laune war, durfte man nicht wagen, ihn anzusprechen. Die Kälte seines Wesens konnte, wie Elisabeth Charlotte sagt, seine ganze Umgebung in Eis verwandeln.

Immerhin hat es ihm doch auch an achtungswerten Eigenschaften nicht gänzlich gefehlt. Sein Sinn für Recht und Billigkeit wird gerühmt. Jedermann kannte seine Ordnung und Sparsamkeit. Eine gewisse bequeme Gutmütigkeit war ihm eigen. Denen, die ihm nahe getreten waren, vermochte er selbst ein Freund zu sein; er empfand tiefen Schmerz, wenn der Tod sie ihm entriss. Und endlich ist es doch nicht der schlechteste Zug in dem Wesen dieses Königs, dass er mit allen Fasern seines Herzens an der Heimat hing, als Herrscher des Inselreiches niemals vergessen konnte, dass er ein Deutscher war. Nur dass er so weit ging, in die Regierung Englands hannövrische Gesichtspunkte zu tragen, ist freilich ein Vorwurf, der ihm mit Recht allezeit gemacht worden ist. „Sein Gesichtskreis,“ schrieb höhrend der geistreiche Lord Chesterfield, „seine Neigungen waren einzig beschränkt auf den engen Umfang seines Kurfürstentums. England war für ihn zu gross.“

Georg I. hat seinen hannövrischen Hof mit allen seinen guten und hässlichen Eigentümlichkeiten nach England verpflanzt. Seine deutschen Ratgeber brachen mit ihm von Hannover auf, seine Maitressen folgten ihm nach. Das englische Volk hatte sich längst daran gewöhnt, die Verletzung der Gattenpflicht auf dem Throne verzeihlich zu finden. Unter Karl II. hatte die Maitressenwirtschaft sogar eine höhere politische Bedeutung gehabt als jetzt unter dem

welfischen Könige. Aber sonst hatte sich das Laster in gerälliger Gestalt gezeigt. Mit wie viel Geist und Anmut hatte man sich an dem fröhlichen Hofe Karls II. unterhalten. Selbst die galanten Fürsten anderer Länder zur Zeit Georgs I., August der Starke, Friedrich IV. von Dänemark, haben doch Geschmack und selbst künstlerische Neigungen besessen. Die Gesellschaft Georgs I. war geistlos und langweilig, das Laster entbehrte jeder Grazie, trat in den Schulenburg und Kielmannsegge mit plumper Hässlichkeit auf.

Fräulein von Schulenburg, ehemals eine Ehrendame der Kurfürstin Sophie, hatte die ältesten Rechte an den König, dessen Gunst sie seit langen Jahren genossen hatte. Man wollte behaupten, gewiss nicht mit Recht, er habe sie sich linker Hand antrauen lassen. Die jüngere der beiden Mädchen, die sie als ihre Nichten mit sich nach England brachte, galt allgemein als die Tochter Georgs I. Ihre Erhebung zur Gräfin Walsingham, vor allem die auffallende Ähnlichkeit mit dem Könige, schienen zu bestätigen, was der Volksmund sagte. Fräulein von Schulenburg, ehemals um ihrer Magerkeit willen der Spott der alten Kurfürstin, kam schon als eine Matrone nach England. Anfangs hatte sie zurückbleiben wollen, wie man sich erzählte, aus Furcht, die Engländer würden nach ihrer Gewohnheit dem neuen Könige in den ersten 14 Tagen den Kopf abhacken; und dieses Schicksal wollte sie nicht teilen. Dann ging sie dennoch, als sie hörte, ihre gefährlichste Nebenbuhlerin wolle ihr zuvorkommen. Nach ein paar Jahren wurde die Naturalisierung der Schulenburg vorgenommen. Es erregte peinliches Aufsehen, als der deutschen Maitresse des Königs der irische Adelstitel einer Herzogin von Munster verliehen wurde, freilich ohne dass irgend welche Rechte oder Einkünfte damit verbunden sein sollten. Im Jahre 1719 ward sie als Herzogin von Kendal sogar in den britischen Adelsstand erhoben.

In Hannover hatte sie sich in die Politik niemals gemischt; sie war in der That viel zu beschränkt, um auf diesem Felde eine Rolle spielen zu können. In England trat die Versuchung stärker an sie heran, und wenn sie auch aller eigenen Gedanken bar war, so war es ihr doch möglich, ihren Einfluss beim Könige im Dienste anderer in die Wagschale zu werfen. Auch für klingende Belohnung geleisteter Dienste war sie keineswegs unempfänglich. Die Minister hielten es nicht für überflüssig, sich ihrer zu versichern. Allmählich gewannen sie an ihr eine brauchbare Stütze gegen den deutschen Einfluss bei Hofe. Walpole erklärte im Jahre 1720, die Kendal sei Königin von England, wie es nur je eine gewesen sei, und er erreiche alles durch sie.

In allen Stücken verschieden war die andere der beiden Frauen, welche bei Georg I. die Stelle der schönen und unglücklichen Sophie Dorothea einnahmen. Der Knabe Horace Walpole fürchtete sich, als er die ungeheure Gestalt der Madame Kielmannsegge sah. Wer die schwarzen rollenden Augen, die rot übergossenen Wangen, die schweren Massen des Körpers erblickte, der durfte sich nicht wundern, dass der Londoner Pöbel an dieser sonderbaren Schönheit gern seinen Spott ausliess und sie wie die Schulenburg mit allerlei kräftigen Beiworten zu benennen liebte. Freilich mag es wohl sein, dass die Erscheinung der Kielmannsegge zur Zeit der Thronbesteigung Georgs I. noch mehr von den Reizen bewahrt hatte, die ihn zuerst gefesselt. Sie war die Tochter jener Gräfin Platen, welche selbst die Geliebte des Kurfürsten Ernst August gewesen war und von Anfang an ihrer Tochter eine ähnliche Rolle bei dem Sohne zugedacht hatte. Und wenn auch diese Absicht durch eine notwendig gewordene Heirat mit dem Kaufmannssohne Kielmannsegge aus Hamburg zunächst vereitelt wurde: nachträglich ward sie dennoch erreicht. Von dem Anerbieten der Kielmannsegge, mit ihm nach England zu gehen, machte Georg gern Gebrauch, obwohl er nicht die Gefälligkeit besass, vorher die beträchtlichen Schulden der Dame zu bezahlen, welche durch leichtsinnige Wirtschaft ein bedeutendes Vermögen verthan hatte. Verkleidet musste sie aus Hannover entweichen; in Holland gelang es ihr noch, ihren Freund rechtzeitig zu treffen, um mit ihm die Fahrt nach seinem Königreiche anzutreten.

Die Schulenburg und die Kielmannsegge suchten einander natürlich ihre Stellung und ihren Einfluss am englischen Hofe streitig zu machen. Seitdem die eine in den englischen Adelsstand erhoben war, liess es auch der andern keine Ruhe, bis sie das gleiche Ziel erreicht hatte. So wurde denn Frau Kielmannsegge nach dem Tode ihres Gemahls 1721 zunächst zur Gräfin von Leinster, ein Jahr später zur Gräfin Darlington erhoben. Den König wusste sie stets zu fesseln und auch in ihrer Stellung am Hofe sich durch alle Mittel zu behaupten. Als einmal der Prinz von Wales eine anzügliche Bemerkung über ihren schlechten Ruf fallen liess, war sie geschmackvoll genug, sich von ihrem Gemahl eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, dass er sie immer als eine treue Gattin befunden habe. Frau Kielmannsegge war übrigens ihrer Nebenbuhlerin an Geist und Kenntniss weit überlegen. Sie war lebhaft und unterhaltend und hatte viel gelesen. In der höfischen Intrigue war sie zu Hause. Man spendete ihr das bedenkliche Lob, dass sie keine Nadel ohne Absicht in ihr Kleid stecke. Mit Verständnis Politik

zu treiben, war aber auch sie ebenso wenig imstande wie Fräulein Schulenburg. Es hat wohl nicht viel damit auf sich gehabt, wenn es anfangs 1715 hiess, die Kielmannsegge suche den König zu Gunsten der Tories zu beeinflussen, so dass die Minister zur Schulenburg ihre Zuflucht nehmen müssten, um den Monarchen bei der guten Sache festzuhalten. Die Kielmannsegge betrachtete ihre Macht bei Hofe wesentlich aus einem höchst praktischen Gesichtspunkte. Sie liess sich für jede Gefälligkeit, für jedes Amt, das sie jemandem verschafft hatte, in klingender Münze bezahlen. Von einem Manne, dem sie ein einträgliches Amt verschafft hatte, erhielt sie ausser einer einmaligen Zahlung von 500 Guineen noch eine Jahresrente von 200 £ ausgesetzt, solange er im Besitze des Amtes sein würde. Auch ein paar kostbare Ohrringe, die man früher nicht an ihr gesehen hatte, galten als ein Geschenk des dankbaren Freundes. Im ganzen wollte man herausrechnen, dass sie für solche Liebesdienste 20 bis 25 000 £ erhalten haben müsse.

So waren die Frauen geartet, in deren Gesellschaft Georg I. seine Erholungsstunden zu verbringen pflegte. Welch' ein Abstand, wenn man an die Zeiten Karls II. zurückdachte, wenn man die Schulenburg und Kielmannsegge mit der lebenswürdigen Lady Castlemaine oder der schönen Louise von Querouaille verglich. Dass diese königlichen Maitressen Fremde waren, machte sie beim Volke noch verhasster. Der König war freilich neben seinen begünstigten Geliebten für die Vorzüge anderer Damen seines Hofes keineswegs unempfänglich.¹⁾ Bald nach seiner Ankunft in London fiel es auf, wie sehr sich die Herzogin von Shrewsbury um seine Gunst bemühte. Sie war eine kluge Italienerin, die einmal schön gewesen war, jetzt aber nur noch durch zu freies Benehmen auf die Männerwelt Eindruck zu machen verstand. Gewandt und lebhaft in der Unterhaltung, mehrerer Sprachen mächtig, bildete sie nun eine der auffallendsten Figuren am Hofe. Dem Könige gegenüber zeigte sie eine Vertraulichkeit, die bei der Welt Anstoss erregte und von Georg doch wenigstens ruhig hingenommen wurde. Er war es auch, der die Prinzessin von Wales bewog, die Herzogin unter die Zahl ihrer Hofdamen aufzunehmen, als eine persönliche Gefälligkeit, die sie ihm erweise.

Gelegentlich vermochten auch andere Damen den König zu fesseln. Man sagte es von der Herzogin von Bolton. Vielbewun-

¹⁾ *La médisance va jusqu'à préférer les moeurs de Charles II à celles de George.* Bonet 7./18. Jan. 1715. G. St.-A.

dert war auch die schöne Lady Cowper, die aber, anmutig und klug zugleich, ihren guten Ruf inmitten einer leichtfertigen Hofgesellschaft zu wahren wusste. Von den Intriguen der übrigen Hofdamen — auch sie gehörte zur Umgebung der Prinzessin von Wales — hielt sie sich charaktervoll fern. Fein und verständlich blickte sie mit klaren Augen auf das Treiben der vornehmen Welt; in ihrem Tagebuche hat sie uns eine anschauliche Schilderung des Hoflebens in den ersten Jahren der hannövrischen Dynastie hinterlassen. Ihre sinnigen Bemerkungen hatten den Beifall Georgs I., der aber ihrer Tugend gegenüber machtlos war. Die Versuchung trat auch an sie heran, als ihr eines Tages der König auffallend tief in's Auge blickte und die Prinzessin der Lady alsbald bedeutete, es komme nur auf sie selber an, dass sie die mächtigste Person bei Hofe werde. Sie wies die Zumutung entrüstet zurück.

Auch die schöne und geistreiche Lady Mary Wortley Montagu, die allen unlauteren Wünschen sicherlich ebenso unzugänglich war wie Lady Cowper, genoss die aufrichtige Verehrung des Königs. Ihr Gemahl war einer der Lords des Schatzes. Als sie eines Abends die Gesellschaft früher verlassen wollte, als der König sie entbehren mochte, meinte ein dienstfertiger Höfling dem Könige zu gefallen, wenn er jene in seinen Armen die Treppe wieder hinauftrug und sie im Vorzimmer des Monarchen zur Erde setzte. Georg belohnte die That mit der scherzenden Frage, ob es hier zu Lande Sitte sei, schöne Damen wie Weizensäcke herumzutragen. Die an Langeweile gewöhnte Gesellschaft aber hatte einmal Stoff zum Lachen. Als im Jahre 1716 bei der Anwesenheit Georgs I. in seinem Kurstaate Lady Mary, deren Gemahl zum Gesandten in Konstantinopel ernannt war, kurze Zeit in Hannover weilte, hatte der König nur Augen für sie. Selbst Madame Kielmannsegge ward sichtlich vernachlässigt.¹⁾

Georg I. war ein bequemer alter Herr. Niemand durfte es ihm verargen, dass er auch als König von England in der Weise fortzuleben wünschte, wie er es als Kurfürst gewohnt gewesen. Bothmer hatte in dieser Beziehung gut vorgesorgt. Namentlich dem lästigen Zwange des Lever, welches am englischen wie am französischen Hofe hergebracht war, wollte Georg sich nicht unterwerfen. Niemandem würde die Audienz beim Könige versagt werden, aber in die Geheimnisse des königlichen Schlafzimmers sollte kein Unberufener eindringen dürfen. So blieb denn auf Bothmers Rat das

Amt des *Groom of the stool* einstweilen unbesetzt. Im Schlosse von St. James aber wurden zwei Zimmer als Schlaf- und Ankleidekabinett für den König eingerichtet, und völlig angekleidet konnte er dann, wenn es sein musste, in der eigentlich sogenannten *Bedchamber* das unvermeidliche Lever abhalten.¹⁾

In der That hielt der König sich in beständiger Zurückgezogenheit in dem gar nicht sehr angenehmen Palaste von St. James. Weder in Kensington, noch in Hamptoncourt, wo ihn die Umgebung vielleicht am meisten an sein heimatliches Herrenhausen gemahnt haben würde, noch auch in Windsor nahm er in den ersten Jahren für längere Zeit seine Residenz. Ja selbst in St. James's bewohnte er nicht jene drei, sondern eigentlich nur zwei Zimmer, das eine, in dem er schlief und ass, das andere, in dem er Audienzen erteilte. Sonst pflegten den *Gentlemen of the Bedchamber* und den *Gentlemen of the Table* die persönlichen Dienstleistungen beim Könige obzuliegen. Die Ämter waren auch jetzt vergeben worden, aber Georg I. liess die *Gentlemen* gewöhnlich nicht an sich herankommen. Er nahm die Verrichtungen für seine Person nur von seinen deutschen und zwei türkischen Dienern, Mohamed und Mustapha, die er einst aus dem Türkenkriege mitgebracht hatte, entgegen. Der Anblick der beiden letzteren erregte beim Volke um so viel mehr Missfallen, als man sich schauernd erzählte, dass sie zur Stunde noch Muselmänner seien. Und von solchen liess der protestantische König sich täglich an- und auskleiden.

Seine Abende verbrachte Georg mit der Schulenburg, der Kielmannsegge oder im Kreise der Prinzessin von Wales. Oft besuchte er auch die Oper, aber bei seiner Scheu vor der Öffentlichkeit liess er sich nicht in der Staatsloge blicken. Gewöhnlich sass er wie ein guter Hausvater in einer gewöhnlichen Loge hinter der Schulenburg und seiner Tochter Lady Walsingham. Da der König die englische Sprache gar nicht, das prinzliche Paar dieselbe nur unvollkommen verstand, so wurden im Theater jetzt die Spektakelstücke mit Verwandlungen, Tänzen, Pantominen bevorzugt, überhaupt alles, was mehr auf die Sinne als den Verstand wirkte.

Im Hause des Königs fehlte die würdige Hausfrau. Es wäre mit der Geselligkeit bei Hofe schwach bestellt gewesen, wenn nicht der Prinz und die Prinzessin von Wales es verstanden hätten, den fehlenden Mittelpunkt zu schaffen.

¹⁾ Extract of a letter from J. Clavering, Esq., to Lady Cowper. Dec. 15. 1716. Diary. Appendix E. p. 195.

¹⁾ Georg Ludwig Rex an Bothmer 20. Aug. 1714. Bothmer an den König. 17./28. Aug. 1714. P. S. 2. Hann. Arch.

Was vom Könige galt, traf auch auf den Prinzen zu. Das Volk liebte ihn und freute sich seiner, weil er ein Prinz von Wales war, der als Sohn dem Vater einmal auf dem Throne folgen musste und in seiner eigenen Nachkommenschaft schon eine fernere Bürgerschaft bot für das Fortblühen der Dynastie. Seit Menschengedenken hatte man ja keinen anerkannten Prinzen von Wales mehr gehabt; Karl II. war vor dem Jahre 1649 der letzte gewesen. Denn als Jacob II. der Welt die Geburt eines männlichen Thronerben ankündigte, da hatte sein Volk ihm nicht geglaubt und den König samt seinem Thronerben aus dem Lande gejagt.

Georg August, der Prinz von Wales, war selbst schon ein geiferter Mann, als sein Vater König wurde. Er hatte im spanischen Erbfolgekriege wacker mitgekämpft, sich aber sonst noch durch wenig anderes hervorgethan als durch seinen Eifer für die britischen Ansprüche seines Hauses. In England war gelegentlich des Writ-Handels des Kurprinzen Name viel genannt worden. Auch einige Verse waren in vieler Munde, in denen der Dichter Congreve die Tapferkeit Jung-Hannovers in der Schlacht bei Oudenaarde besungen hatte, der auf dem blutigen Felde es nicht achtete, wie sein Pferd ihm erschossen ward, und zu Fusse noch wie eine Furie weiter focht. Die Bildnisse des Prinzen zeigen ein Antlitz, welches ausdrucksvoller ist als das seines Vaters. Die hohe Stirn, die lebhaften blauen Augen, die grosse, aber wohlgeformte Nase scheinen einem Manne von nicht gewöhnlichen Geistesgaben anzugehören. Aber die kleine bewegliche Gestalt hatte doch eine gewisse Würdelosigkeit an sich, die bei den ruhigen Engländern, welche das laute Wesen des gestikulierenden Ausländers verachten, nur einen ungünstigen Eindruck erwecken konnte.

An Begabung überragte der Prinz seinen Vater mit nichten. Überhaupt war die Verschiedenheit zwischen den beiden ersten Georgen geringer als man zu Lebzeiten Georgs I. glauben mochte, als die Feindschaft zwischen Vater und Sohn den Gedanken an einen tiefen Gegensatz der Naturen nahe legen musste. Mit englischer Verfassung und Sprache war der Prinz von Wales ebenso unbekannt wie der König, obwohl er sich wenigstens in der letzteren allmählich eine mittelmässige Kenntnis anzueignen wusste. Den höheren Interessen von Wissenschaft und Kunst standen Vater und Sohn gleich fremd und verständnislos gegenüber. Der Prinz von Wales war vielleicht eigensinniger, aber wohl nicht so arm an Gemüt wie Georg I. Es heisst, dass er nach dem Tode seines Vaters die unglückliche Sophie Dorothea als Königin Witwe nach England

bringen wollte. Aber ihr vorzeitiger Tod vereitelte die Absicht. Ihr Bildnis wagte er erst aufzuhängen, als sein königlicher Vater gestorben war. Mit der ehelichen Treue nahm der zweite Georg es nicht genauer als der erste. Aber dabei hat er gleichwohl seiner Gemahlin stets nur Liebe und Zärtlichkeit bewiesen, und ihr einen Einfluss auf seine Handlungen eingeräumt, der ihm nachmals als König den Spott seiner Gegner eintrug.

Diese Gemahlin war Karoline, eine geborene Prinzessin von Ansbach-Baireuth.¹⁾ Sie war schön und geistvoll, gewiss bedeutender als ihr Gemahl. Neben der Kurfürstin Sophie und der Königin Sophie Charlotte von Preussen war Karoline die dritte der fürstlichen Frauen im Welfenhause, die durch längere Zeit mit Leibniz im Briefwechsel standen. In seinem philosophischen Streite mit dem Engländer Clarke bildete sie den eigentlichen Mittelpunkt. Vom Volke ward ihre streng protestantische Haltung ihr zu hohem Verdienste angerechnet. Sie selbst that sich etwas darauf zu gute, dass sie einst, um nicht katholisch werden zu müssen, eine Kaiserkrone ausgeschlagen habe. Nicht mit vollem Recht. Denn als ihr die Hand des Erzherzogs Karl angetragen wurde, hatte noch niemand wissen können, dass er einmal römischer Kaiser werden würde.

Eine merkwürdige, mehr als liebevolle Schilderung ihrer Persönlichkeit ist aus der Feder eines holländischen Diplomaten erhalten²⁾, der sie im Oktober 1714 im Haag sah, als sie ihrem Schwiegervater und ihrem Gemahl nach England folgte. Er nennt sie anspruchslos und bescheiden bei aller Hoheit, sanft, freundlich und wohlthätig, jedermann entzückend durch ihren natürlichen Anstand, durch ihre leichte und anmutige Unterhaltung. „Über die bedeutendsten Fragen spricht sie mit genauer Kenntnis, mit einer weisen Bedachtsamkeit, wie man sie sonst bei Frauen nicht findet.“ — Er sieht sie ausgestattet mit allen Vorzügen des Geistes und des Körpers, wie er sie in dem Jahrhundert nicht mehr anzutreffen glaubte. Das Herz ist ihm voller Bewunderung, voll ehrfürchtiger Zärtlichkeit beim Anblick von so viel Tugend. Der begeisterte Erguss war gerichtet an den Privatsekretär des Königs und man wird manches darin jener Überschwenglichkeit zuzuschreiben haben, welche die Menschen des achtzehnten Jahrhunderts bei der Beschreibung fürstlicher Personen für geboten erachteten. Immerhin ist es gewiss, dass die Prinzessin Karoline die anziehendste Gestalt

¹⁾ Vergl. auch Doran, *Lives of the Queens of England of the House of Hanover*. Vol. I. — ²⁾ Duvenvoirde an Robethon. Haag, 23. Oct. 1714. Brit. Mus.

des neuen Hofes gewesen ist. Sie bewegte sich voller Anmut, leicht und ungezwungen. Selbst den König mit seiner würdevollen Gespreiztheit fürchtete sie nicht. Nach ein paar Jahren, als Georg I die Leitung der Geschäfte ganz seinen Ministern überlassen hatte, schalt sie ihn eines Tages, er sei träge geworden. Er lachte und sagte, er arbeite vom Morgen bis zum Abend. „Majestät“, erwiderte sie, „ich sage Ihnen, man behauptet, die Minister thun alles und Sie gar nichts.“ Nach solchen Gesprächen war es wohl, dass der König, der sich ihr gegenüber etwas hilflos fühlte, sie vor seinen Vertrauten als die Hexe von einer Prinzessin bezeichnete.

Im Abendzirkel der Prinzessin vereinigte sich die vornehme Welt. Der König hielt auch darauf, dass sie nicht nur die Damen des Adels empfang, sondern auch die Frauen der Unterhausmitglieder, um diese nicht zu beleidigen. Bei diesen abendlichen Vereinigungen wurde viel L'hombre und Piquet gespielt und nicht zu ganz niedrigen Sätzen. Auch an grösseren Festlichkeiten fehlte es nicht. Im ersten Jahre gab das prinzliche Paar in der Fastnachtszeit allwöchentlich einen Ball in Somerset-House. Schon sagte man, der Hof gewinne ein so glänzendes Ansehen, wie er es seit Karl II. nicht mehr gehabt habe.

Die Hofgesellschaft bestand aus Engländern und Deutschen. Man mag sich leicht vorstellen, welche Eifersucht zwischen den Angehörigen der beiden Nationen herrschte. Die Vorzüge der einen und der anderen waren einer der beliebtesten Gegenstände des Gesprächs. Da die königliche Familie deutsch war, so hatten die Engländer Mühe sich zu behaupten und durften in ihren Äusserungen niemals so scharf werden, wie ihre Gegner es sich ihnen gegenüber ruhig gestatteten. Baron Schütz war einmal unhöflich genug, vor einem Kranze englischer Damen, unter denen sich auch die reizende Lady Cowper befand, zu behaupten, es gebe in ganz England nicht eine einzige schöne Frau. Der Prinz dagegen gefiel sich zuweilen im Lobe der Briten, die er für das beste, schönste, gutmütigste und herzlichste Volk auf Gottes Erdboden erklärte. Wer sich ihm artig bezeigen wolle, der müsse sagen, er gleiche einem Engländer. Im Ernste hätte das freilich niemand wagen dürfen. Georg II. blieb sein Leben lang ebenso sehr ein Deutscher wie sein Vater. Erst in der vierten Generation sind die Welfen in England wirklich heimisch geworden.

Von den Kindern des prinzlichen Paares hatte der König die drei Töchter mit der Mutter nach England kommen lassen. Die älteste, die kaum fünf Jahre alte Prinzessin Anna, schien ein wahres

Wunder von Begabung zu sein, sprach und schrieb mit gleicher Fertigkeit deutsch und französisch, hatte schon allerlei Kenntnisse in der Geschichte und Geographie, verstand schon mehr Englisch als ihr Grossvater und machte dem Tanzmeister alle Ehre. Der Erstgeborene, Prinz Friedrich, der nach menschlicher Berechnung einmal König von England werden musste, dann aber vor seinem Vater gestorben ist, war auf Georgs I. Befehl in Hannover zurückgeblieben, um dort erzogen zu werden.¹⁾ Es war, als ob man ihn von England so lange fernhalten wollte, bis er ebensowenig mehr imstande war, eine rechte Vertrautheit mit dem englischen Leben zu gewinnen, wie sein Vater und Grossvater. Erst im Jahre 1716 als der Prinz, ein frischer, aufgeweckter Knabe, neun Jahre alt war, ward ein Lehrer hinübersandt, um ihn im Englischen zu unterrichten. Wir werden immer, sagten viele Engländer missmutig, von Fremden beherrscht werden, die unsere Sprache nicht sprechen und unsere Verfassung nicht kennen.

Im Staate waren die Rechte des Königs beschränkt, in seiner Familie herrschte er absolut. Der Prinz ward von allen Staatsgeschäften grundsätzlich ferngehalten, etwa mit Ausnahme solcher, die sich auf das Fürstentum Wales bezogen. Bei der Parlamentseröffnung 1715 ward er unter Leistung der pflichtigen Eide, darunter des Abschwörungseides gegen den Prätendenten, feierlich in das Oberhaus eingeführt; doch eine bemerkenswerte Rolle hat er auch dort nicht gespielt. Es fiel auch auf, dass er weder in der Armee noch in der Flotte ein hohes Amt erhielt.

Schon in Hannover war es nicht anders gewesen. Ob der Prinz wünschte, an die Spitze eines Regiments gestellt oder in den Geheimenrat aufgenommen zu werden, sein Vater hatte es verweigert. Diese Härte hatte auch nicht allein in den Regierungsgrundsätzen Georg Ludwigs, sondern noch mehr in der zwischen Vater und Sohn herrschenden Feindseligkeit ihren Grund.²⁾ Und diese wurde nun auch eine der unliebsamsten Erscheinungen im Hofleben von St. James's. Man sah die beiden ersten Männer des Reiches fast niemals zusammen. Wo der Prinz erschien, blieb der König fern. Im Laufe

¹⁾ Über den Prinzen Friedrich vergl. den Brief von Lady Mary Wortley Montagu aus Hannover vom 25. Nov. 1716 (Letters and works. 1887. I. 135). — Bonets Bericht vom 17./28. Juli 1716. G. St.-A. — Whitworth (engl. Gesandter in Berlin) an Townshend. Hannover 28. Sept./9. Oct. 1716. Rec. Off. — ²⁾ *J'avoue que le père traite son fils avec trop de rigueur, ne voulant le satisfaire dans la moindre chose qu'il luy demande . . . Mais d'un autre côté le fils se conduit et se prend d'une manière que le père a raison de s'en plaindre.* Schulenburg an Leibniz 1./12. Juli 1714. Klopp, Leibniz' Werke IX, 415.

der Jahre nahm die Missgunst des Vaters und die Eifersucht des Sohnes beständig zu, bis endlich der Hader zu einem völligen Zerwürfnis führte und vor aller Welt offenkundig wurde.

Für einen deutschen König¹⁾ mit deutscher Umgebung war es nicht leicht, in England populär zu sein; und sie thaten wenig, um es zu werden. Man fand, dass dem Hofe die rechte Würde fehle. König Wilhelm, der doch auch ein Fremder war, habe es besser als Georg I. verstanden, Ehrfucht zu erwecken. Wie war die majestätische Art der Königin Anna noch in aller Erinnerung. Durch ein Wort von ihr hatten sich die Damen mehr geehrt gefühlt, als durch alle leutseligen Reden, mit denen sie jetzt von der Prinzessin von Wales bedacht wurden.

Der König verstand sich herzlich schlecht auf seine neuen Unterthanen. Viele Verstöße, die ihm schwer angerechnet wurden, hat er aus blosser Unwissenheit gemacht. Dem Volke zeigte er sich selten und dann war sein steifes, zurückhaltendes Wesen wenig dazu angethan, Liebe zu erwecken. Der Sprache nicht kundig, war ihm dem gemeinen Manne gegenüber der Mund verschlossen. Erst im Juni 1715 und wohl auf den Rat seiner Minister geschah, dass er bei den Truppenbesichtigungen im Hyde-Park zu Pferde erschien und jeden aus dem Volke zum Handkusse zuließ. Jetzt aber wurde es ihm von den Gegnern des Hofes schon als ein Zeichen von Schwäche und Furcht ausgelegt. In den Provinzen liess der König sich überhaupt nicht blicken. Aus falscher Sparsamkeit brachte er nicht genug Geld unter die Massen und unterliess es, durch prächtige Bauten die Bewunderung des Volks zu erregen. Als im Januar 1715 eine ungeheure Feuersbrunst in London ausbrach, wie man sie seit dem schrecklichen Brande von 1666 nicht mehr erlebt hatte, ward es Georg I. sehr verübelt, dass er nicht, wie ehemals Karl II. und der Herzog von York, selbst an die Unglücksstätte eilte und auch weder seinen Sohn sandte, noch die Mannschaften der Garde an den Löscharbeiten teilnehmen liess.

So war vom Beginne an das Gebahren des neuen Hofes in vielen Stücken geeignet, Unzufriedenheit zu erregen. Am Ende hatte Bolingbroke nicht so Unrecht gehabt, wenn er meinte, dass nach einem Jahre das hannövrise Königthum wieder zusammenbrechen werde, infolge der Fehler, in die es unvermeidlich verfallen müsse. Wir haben es in der That schon mit den Verhältnissen zu thun, die zur Geschichte der jacobitischen Rebellion von 1715 hinüberführen.

¹⁾ Das Folgende besonders nach den Berichten von Bonet u. Hoffmann.

Am schwersten wurde es dem neuen Fürstenhause, es mit seiner kirchlichen Haltung dem Volke recht zu machen.¹⁾ Um seines Protestantismus willen war Georg I. auf den Thron gerufen worden. Nun achtete man sorgfältig darauf, ob er und seine Familie es mit ihren religiösen Pflichten auch ernst nahmen. Nach dem Gesetze musste der König der anglikanischen Kirche angehören. So blieb denn Georg, der als Lutheraner erzogen war und dazu kein Wort Englisch verstand, nichts übrig, als am anglikanischen Gottesdienste teilzunehmen. Der in der Kirchenpolitik der Regierung so einflussreiche Lord Nottingham machte den vernünftigen Vorschlag, der König solle zwar seinen Gottesdienst nach dem Ritus der englischen Kirche abhalten lassen, aber sich dabei wenigstens deutscher oder französischer Geistlichen bedienen, die übrigens durch englische Bischöfe ordiniert sein müssten. Doch der Vorschlag schien nicht genehm. So blieb nichts übrig, als dass Georg I. wenigstens an jedem Sonntag Morgen in die königliche Kapelle zu St. James ging, wo er freilich von der Liturgie wenig und von der Predigt noch weniger verstand. Der Prinz von Wales machte es ebenso. Der Prinzessin Karoline aber ward es zum hohen Verdienste angerechnet, dass sie, die übrigens auch die Sprache besser beherrschte, sich täglich zur Stunde des Gebetes in der Kapelle einfand.

Nicht nur der seltene Kirchenbesuch, auch sein Verhalten während des Gottesdienstes ward Georg zum Vorwurf gemacht. Aus Unbedacht und aus mangelnder Gewohnheit unterliess er manches, was die formenstrengen Engländer an ihrem Könige nicht gern vermissen wollten. Es wurde getadelt, dass er beim Eintritt in die Kirche nicht zuerst ein stilles Gebet sprach, dass er nicht mit der Gemeinde niederkniete, dass er nicht sein Common-prayerbook in der Hand hielt, um genau folgen und die gemeinsam zu sprechenden Worte sogleich finden zu können. Das prinzliche Paar war in diesen Kleinigkeiten etwas aufmerksamer als der König, der sich nicht gern einen Zwang auflegen mochte. Aber es waren Dinge, auf welche man in England gleichwohl hohen Wert legte. Vollends erregte es Anstoss, als der König und sein Sohn gerade am Weihnachtsfeste 1714 nicht in der Kapelle erschienen, um das Abendmahl zu empfangen. Schon vernahm man wieder das früher so oft gehörte Schlagwort „*Church in danger*“, bis sie am Ostersonntage 1715 das Versäumte nachholten.

¹⁾ Das Folgende vorzüglich nach Bonets Berichten im G. St.-A. Daneben auch zu vergleichen: Pauli, Konfessionelle Bedenken etc. (Aufsätze z. engl. Gesch. N. F., S. 379 ff.)

Es gab eine Frage bei der Thronbesteigung des Hauses Hannover, welche auf die inneren Verhältnisse Englands von höherem Einflusse war als irgend eine andere. Wie würde sich der welfische König zu den beiden grossen politischen Parteien stellen? In welcher Weise würden sie in der neu zu bildenden Regierung vertreten sein, wie weit würde die eine oder die andere ein Übergewicht darin erlangen?¹⁾

Aus den Grundlagen des neuen Königtums ergab sich die Entscheidung mit nichten. Die Tories konnten mit demselben Rechte wie die Whigs von sich sagen, dass sie für die protestantische Thronfolge eingetreten waren; die grosse Masse ihrer Parteigenossen stand doch dem Treiben der Jacobiten fern. Wohl durften sie eine Berücksichtigung bei der Verteilung der Ämter fordern. Man hätte glauben können, Georg I. werde, wie einst Wilhelm III., mit einer aus beiden Parteien gebildeten Regierung den Anfang machen. Manche Politiker haben gar die Erwartung ausgesprochen, dass es nun mit dem Parteiwesen zu Ende sein werde. „Ich hoffe,“ schrieb der Dichter und Diplomat Matthew Prior aus Paris, „ich hoffe, Whig und Tory werden auf ewig mit einander begraben sein, und wir werden in Zukunft keinen andern Ehrgeiz besitzen, als wer an der Person des Souveräns, an dem Rechte und der Freiheit seines Landes mit der grössten Liebe hängt.“²⁾

Solche Hoffnungen wurden schnell genug vernichtet. Das volle Gegenteil trat ein. Die neue Regierung erhielt einen rein whiggistischen Charakter. Nicht als ob Georg I. grundsätzlich alle Tories zurückgestossen hätte. Es bestand vielmehr anfangs die Absicht, auch eine Anzahl von ihnen mit Ämtern zu bedenken. Aber das Übergewicht der Whigs wäre auch dann noch so stark geblieben, dass nun die Tories in ihrer Gesamtheit sich schmolldend zurückhielten und ihren Gegnern das Feld überliessen.

Stellen wir uns die Rolle vor, welche Georg I. spielte, als es

¹⁾ Neben den überall genannten Quellen konnten auch für diesen Abschnitt zahlreiche Angaben aus den Akten entnommen werden. Am reichhaltigsten sind wieder die Berichte Bonets. Nur seine eigenen Urteile sind vorsichtig aufzunehmen. Wie verkehrt wäre es, um nur eines zu erwähnen, wenn man mit Bonet von der Weisheit Georgs I. sprechen wollte, die sich bei der Besetzung der Ämter gezeigt habe. Unsere Darstellung muss erkennen lassen, wie gering der persönliche Anteil des Königs dabei war. — ²⁾ Prior an Dorset 9./20. August 1714. Rec. Off. Ähnlich Prior an Stanhope 1./11., 12./23. Oct. 1714. Stanhope an Prior 7./18. Oct. 1714. Rec. Off. Whitworth an Robethon. Frankfurt 18. Aug. 1714. Strafford an Robethon. Haag 27. Aug. 1714. B. M.

galt, eine Regierung zu bilden. Fremd in's Reich kommend, fehlte es ihm gänzlich an der Fühlung mit breiten Schichten des Volks. Seine Beziehungen beschränkten sich auf eine Anzahl Personen, welche in den letzten Jahren ihm oder vielmehr meistens nur seinen Gesandten in London, den Grote, Schütz, Bothmer nahegetreten waren. Nach dem Thronwechsel und selbst noch in London hatte er zunächst niemanden, der ihm so, wie er es brauchte, die Kenntnis von Personen und Dingen zu vermitteln imstande war, mit Ausnahme des Freiherrn von Bothmer. Er allein kannte zugleich den König-Kurfürsten und seine Absichten, wie auch England und die gegenwärtige Lage. Dabei darf man nicht vergessen, dass Bothmer auch unparteiisch sein konnte, weil er für seine Person als Fremder nach dem Gesetze nichts zu erwarten hatte, weder Amt noch Einkünfte aus britischer Quelle. Alle anderen, die an den König herantreten, wollten selbst bedacht sein, sie und ihre Verwandten, ihre Freunde und ihre Parteigenossen. Bei Bothmer handelte es sich nur um den thatsächlichen, nicht durch eine englische Würde zu begründenden Einfluss auf seinen Herrn, den er schon besass und bei seiner Unentbehrlichkeit auch nicht so bald verlieren konnte. Darin lag eben der Grund jener ungeheuren Macht, welche dieser Mann besass, solange im Namen des Königs die Regentschaft an der Spitze des Landes stand. Die Lords Justices folgten seinen Winken.

Bothmer aber war längst so eng mit den Whigs verbündet, dass er nun seinen ganzen Einfluss zu ihren Gunsten verwendete. Alle die Männer, die sich mit ihm im verborgenen Einverständnis über seine, ihre eigenen und des Kurfürsten Schritte befunden hatten: sie traten nun plötzlich in den Vordergrund und wollten für ihre Anhänglichkeit an das Haus Hannover mit dem Besitze der Ämter belohnt sein. Sobald die Königin tot war, so heisst es in einer zeitgenössischen Schilderung¹⁾, füllte sich der Palast von St. James mit Whigs, welche ungeduldig die Namen der Regenten zu erfahren suchten. Im Laufe der nächsten Wochen standen sie in fortwährender Verbindung mit Bothmer und setzten ihm ihre Wünsche hinsichtlich der neuen Regierung auseinander. Bothmer hörte jeden und sandte dann dem Könige seine Vorschläge. Seine Briefe an Georg und den Secretär Robethon sind in Hannover und London²⁾ erhalten. Für jeden wichtigen Posten hat Bothmer einen Kandidaten bereit. Da riet er Schatzamt und Admiralität nicht einzelnen Männern,

¹⁾ „On the state of affairs when the king entered“ von Wortley Montagu. Letters and works of Lady Mary Wortley Montagu I, 15. (1887.) — ²⁾ Aus dem August u. September 1714. Hann. Arch. u. Brit. Mus.

sondern zweien Kommissionen zu übertragen; Halifax eigne sich zum ersten Lord des Schatzes, Orford zum ersten Kommissar des Flottenamtes. Hoffentlich, so schreibt er an Robethon, sagen Sie mir bald etwas Tröstliches für Marlborough — wir kennen schon die Enttäuschung des Feldherrn, dessen Name in der Liste der Regenten fehlte. Später riet Bothmer dringend, der König möge doch ja dem Herzoge von Marlborough an Ormonds Stelle den Oberbefehl über die Armee verleihen. Für die Herren Stanhope und Cadogan, heisst es in einem andern Briefe, wird etwas geschehen müssen. Auch an Somers wird man denken können, der keineswegs so häufig ist, wie er geschildert wird. Acht Tage später hat Bothmer durch Cadogan gehört, dass Sunderland, den er schon früher empfohlen hat, Staatssekretär zu werden wünscht. Selbst solche Ämter, die von der Politik nicht berührt wurden, schienen wohl geeignet, die Anhänger der guten Sache zu belohnen. Wir haben noch, schreibt Bothmer einmal, ein vakantes Bistum, das man diesem oder jenem geben könnte. Die meisten dieser Ratschläge sollten erst nach dem Eintreffen des Königs in London zur Ausführung kommen und sind dann auch gewissenhaft befolgt worden. Aber unterdessen mochte ja Robethon, wie Bothmer es auch andeutete, auf einer Liste alle ihm genannten Personen gleichsam vormerken, um sie bedenken zu können, wenn es denn an die Verteilung der Ämter gehe.

Wir erkennen deutlich, wie durch Bothmers persönliche Beziehungen, durch die Art, wie er zu Gunsten der ihm befreundeten Parteihäupter seinen Einfluss beim Könige verwendete, der Charakter der neuen Regierung bestimmt wurde. Und er beschränkte sich auch nicht auf Ratschläge zur Besetzung der einzelnen Stellen, sondern er legte — und zwar mit ebenso vollständigem Erfolge — dem Könige ein förmliches Programm für das künftige Regierungssystem vor. Ein Gutachten, „wie Seine Kgl. Maj. Georg bei Dero Ankunft in Engelland Dero Hofstaat und Ministerium würden einrichten können“ ist uns von Bothmers Hand erhalten.¹⁾ Auf die Besetzung der hohen Ämter im Hofe und im Staate, so wird darin ausgeführt, komme zunächst alles an. Denn aus ihnen werde der Kabinettsrat gebildet, der den Charakter der Regierung bestimme, „denn wie Sie gleich im Anfang einmal sich setzen, so werden Sie lange bestehen“. Auf das Beispiel Wilhelms III. wird verwiesen,

¹⁾ Gedruckt bei Pauli, Aktenstücke u. s. w. (Ztschr. d. hist. V. f. Niedersachsen 1883. S. 84 ff.) Im Archiv zu Hannover sind ausser der Ausfertigung noch Bothmers eigenhändige Entwürfe vorhanden, wo sich noch ein paar wichtige Absätze finden, die in jener fehlen.

der das erste Mal in der Wahl seiner Minister fehlgegriffen und seitdem sich mit keiner der beiden Parteien mehr recht habe stellen können. Dadurch belehrt, solle man denn nach festen Grundsätzen verfahren. Die Verteilung der Ämter muss nur nach Verdienst und mit Rücksicht auf die Tüchtigkeit des Einzelnen erfolgen, aber „ohne darauf zu sehen, ob er Whig oder Tory sei“. Die Unparteilichkeit, die in diesen Worten zu liegen scheint, wird nun freilich sogleich in's rechte Licht gerückt, wenn es weiter heisst, dass kein treuer Diener des Königs daran denken könne, die Beibehaltung derer zu empfehlen, welche unter der vorigen Regierung gedient haben. Sie, die sich beim Volke verhasst gemacht, die „das unterste oben gesetzt haben“ und zwar vor allem, um dem Rechte des gegenwärtigen Königs zu schaden — sie mögen vielmehr sehen, wie sie sich demnächst vor dem Volke zu rechtfertigen vermögen. Man sieht schon, wo die Whigs, die sich bereits als Herren der Lage fühlen, hinaus wollen. Ihren eifervollen Reden gegen das Tory-Ministerium und den Utrechter Frieden wollen sie die That folgen lassen, die Anklage der Minister. Dem Könige stehe es wohl an, sagt Bothmer, das empfangene Unrecht zu verzeihen, aber darum dürfe er es doch geschehen lassen, dass das Volk für die ihm widerfahrene Beleidigung und Schädigung Rechenschaft fordere.

Wenn man den Tory-Ministern eine solche Behandlung zudachte, so ist es auch klar, dass eine irgendwie bedeutende Vertretung der Partei in der zu bildenden Regierung nicht beabsichtigt sein konnte.

Es mag vorläufig dahingestellt bleiben, ob es richtig war, eine grosse und eben noch herrschende Partei von der Regierung einfach auszuschliessen. Wir werden noch darauf zurückzukommen haben, inwiefern die Einseitigkeit des whiggistischen Regiments mit zu den Ursachen der Rebellion von 1715 zu zählen sei. Hier handelt es sich zunächst um die Grundsätze, nach denen im Jahre 1714 verfahren worden ist. Neben den eigentlichen Whigs übte auf Bothmer auch Graf Nottingham starken Einfluss aus. Es musste wohl tiefen Eindruck machen, wenn der einstige Tory dem Könige Ratschläge zukommen liess, die dem Interesse seiner früheren Parteigenossen stracks zuwiderliefen. In der Zeit, als sich alles, was auf ein Amt hoffte, an Bothmer herandrängte, erschien eines Tages Nottingham bei ihm und setzte ihm seine Gedanken über die neue Regierung auseinander.¹⁾ Der König, meinte er, müsse zwar unparteiisch

¹⁾ Bothmer an den König 10./21. Sept. 1714. Pauli a. a. O. S. 66.

scheinen, aber — er sage es, obwohl er ja selbst Tory sei — es dürfe doch jetzt nur ein whiggistisches Ministerium gebildet werden, was ja nicht hindere, dass gleichwohl ein oder der andere wohlgesinnte Tory hinzugezogen werden könnte. Er sprach auch von der Notwendigkeit einer Untersuchung, welche das Verfahren der Minister unter Königin Anna und die Berechtigung der ihnen gemachten Vorwürfe an den Tag bringe. Am wichtigsten war, was Nottingham über die künftige innere Politik sagte. Wir erinnern uns¹⁾, dass sein Bündnis mit den Whigs darauf begründet gewesen war, dass er in den auswärtigen Dingen sich ihnen angeschlossen, während sie ihrerseits von den hergebrachten kirchlichen Grundsätzen gelassen hatten. Auch jetzt noch hatte der Name Sacheverells seinen Zauber für das Volk nicht völlig verloren. Wenn die Whigs zur Herrschaft kamen, so schien es doch geraten, auf die Verwirklichung ihrer freisinnigen kirchlichen Anschauungen vorläufig zu verzichten. Dahin zielte Nottinghams Ratschlag. König Georg stimmte eifrig zu. Die Kirche solle unter seiner Regierung nichts zu fürchten haben.²⁾ Und so ist es geschehen. Die Kirchenpolitik Georgs I. wurde torystisch bei einer sonst whiggistischen Regierung. Die strengen Gesetze gegen die Dissenter wurden nicht aufgehoben, die Testakte wie die Bill über die gelegentliche Konformität blieben bestehen.

So stand es, noch ehe der König den Boden Englands betreten hatte, bereits fest, welches Verhalten die neue Regierung den Parteien gegenüber einschlagen werde. Wenige Tage nach seiner Ankunft wurde das neue Ministerium gebildet.

Es war eine Reihe von tüchtigen und erfahrenen Männern und die berühmtesten Namen des Landes, die nun wiederum in den Vordergrund traten. Aber zu der Whigjunta von ehemals, zu den Marlborough, Sunderland, Somers und Wharton, Cowper und Halifax kamen nun einige neue Staatsmänner hinzu, Nottingham, Stanhope, Townshend und, anfangs im Hintergrunde stehend, auch Robert Walpole. Bald zeigte es sich, dass diese die eigentlich ausschlaggebenden Personen innerhalb der neuen Regierung wurden.

In wessen Händen sich die höchste Macht unter dem Könige befinde, war im damaligen England eine um so schwerer zu beantwortende Frage, da weder durch seinen Rang noch durch die Gewohnheit ein einzelner Minister regelmässig ein solches Übergewicht über seine Kollegen besass, dass man von einem Premierminister

sprechen könnte. An höchster Stelle war auch gerade der Wunsch vorhanden, es dazu nicht kommen zu lassen. Bothmer hatte in jenem Gutachten, von dem wir gesprochen haben, dem Könige ausdrücklich geraten¹⁾, für die Führung des Schatzamts eine Kommission, nicht aber einen Grossschatzmeister zu ernennen, da ein solcher — und er dachte dabei wohl zunächst an das jüngste Beispiel des Grafen Oxford — durch seine Macht leicht „dem Könige selbst beschwerlich werden kann“. Wenn man dies verhindern wollte, so konnte es freilich in Wahrheit nur geschehen, indem der Souverän energisch und kenntnisreich genug war, um die oft auseinander gehenden Meinungen und Wünsche seiner Minister in einen Brennpunkt zu vereinigen und in der eigenen Person die sonst fehlende Einheit der Regierung zu schaffen. Zu solcher Stellung des Herrschers bot auch nach der Revolution die englische Verfassung immer noch Raum genug. Unter Wilhelm III. war es in der That so gewesen, und auch Königin Anna, so stark auch zu Zeiten der Einfluss von Marlborough und Godolphin oder von Oxford und Bolingbroke war, hat darauf gehalten, dass ihrer Stellung durch die Macht eines Unterthans nichts vergeben werde. Unter Georg I., der in allen englischen Dingen fremd war, musste es anders werden. Nur auf einem alle Zweige der öffentlichen Geschäfte überschauenden Minister konnte fortan die Einheit der Regierung beruhen. Aber nur allmählich ist es dahin gekommen. Einige Jahre hindurch blieb die Staatsleitung voll von Unklarheiten und Widersprüchen.

Unter den grossen Staatsämtern nahm seit alten Zeiten dasjenige des Lord Kanzlers den vornehmsten Rang ein, obwohl sein Inhaber längst nicht mehr der erste an thatsüchlicher Macht war. Immerhin nahm er als Vorsitzender des Oberhauses, als höchster Richter im Lande, als Träger des grossen Siegels und mit zahlreichen anderen Befugnissen, vor allem mit der Verfügungsgewalt über eine grosse Zahl von einträglichen Ämtern, ausgestattet, eine bedeutende Stellung im Rate der Krone ein. Der letzte Kanzler war Lord Harcourt gewesen, den wir aus der Geschichte des Writs für den Kurprinzen schon kennen. Er galt für einen eifrigen Jacobiten. Der König hatte es zwar abgelehnt, noch vor seiner Ankunft in London, wie die Regenten es wünschten, Harcourt das grosse Siegel abfordern zu lassen.²⁾ Doch verschob er wenigstens die Unterzeichnung des Patents des Prinzen von Wales, bis Harcourts

¹⁾ Die Stelle findet sich freilich nur in den Entwürfen in Bothmers Handschrift. — ²⁾ Bothmer an den König 10./21. Sept. 1714. Pauli a. a. O. S. 66. Weisung an Bothmer, Haag, 25. Sept. 1714. H. A.

¹⁾ Vergl. oben S. 258. 261. — ²⁾ Weisung an Bothmer 25. Sept. 1714. H. A.

Nachfolger ernannt war. Denn die mit der Anheftung des grossen Siegels in diesem Falle verbundene Einnahme von 5000 £ wollte man erst dem Nachfolger zuwenden.¹⁾ Es war Graf William Cowper, den jedermann als den geeignetsten Lord Kanzler bezeichnete. Unter der Königin Anna war er vom einfachen Advokaten zum Kanzler und Pair des Reiches erhoben worden. Drei Jahre lang war er im Besitze des Amtes gewesen; bei dem Ministerwechsel von 1710 legte er es freiwillig nieder. Lord Cowper war nicht nur einer der besten Kenner der Gesetze Englands, sondern auch einer der rechtschaffensten Männer des Landes²⁾; eine wohlthuernde Erscheinung in einer Zeit, die reich an politischen Talenten, aber arm an grossen Charakteren war. Als Redner scharf und von unerbittlicher Logik³⁾, als Mensch freundlich, mild und gerecht, schien er seinen Vorgänger nach jeder Richtung zu übertreffen. Am Hofe verstand er es, in schwieriger Lage den feinen Takt zu bewahren. Er war einer der Wenigen, die bei dem späteren Konflikte zwischen dem Könige und dem Prinzen mit beiden ein gutes Verhältnis zu wahren wussten und von beiden gelobt wurden. Cowper und Devonshire, sagte Georg I. nach ein paar Jahren, seien diejenigen beiden Männer, die er allein als rechtschaffen und uneigennützig befunden habe. Cowper sei der einzige, der ihm stets artig begegnet sei.⁴⁾ Am meisten ward allgemein des Kanzlers Uneigennützigkeit gerühmt. Alle seine Vorgänger hatten sich gar gern in den Brauch gefügt, dass die mit ihnen geschäftlich verkehrenden Anwälte als Neujahrsgabe Summen bis zum Betrage von 3000 £ brachten. Manche wussten sich noch zu erinnern, wie der Kanzler Graf Nottingham zur Zeit Karls II., wenn er das Geld einstrich, stets die Worte lispelte: *Oh, tyrant cuthiom!* O Tyrann Gewohnheit! Lord Cowper, der keineswegs ein reicher Mann war, schaffte den Missbrauch ab, um selbst den Schein der Bestechlichkeit zu vermeiden.⁵⁾ Als Georg I. sich 1716 zur Reise nach Hannover anschickte, erteilte er an einem Tage noch 50 Leuten Audienz. Alle kamen mit einer Bitte, nur Lord Cowper nicht.⁶⁾

Der Kanzler führte eine einflussreiche, aber selten eine entscheidende Stimme im Kabinet. Eine solche hatte bisher am meisten dem Grossschatzmeister geeignet. Jetzt aber wurde sein Amt, wie

¹⁾ Hoffmanns Bericht 2. Oct. 1714. W. St.-A. — ²⁾ *Cowper ... non seulement l'efface dans les affaires de judicature, mais il est de plus d'une probité, d'une douceur, d'un désintéressement et d'une capacité pour les affaires politiques qu'on n'a pas reconnus dans l'autre.* Bonet. — ³⁾ Swift, *Four last years.* Works V, 177 (1814). — ⁴⁾ *Diary of Lady Cowper* 115. 138. — ⁵⁾ *Ebd.* 63. — ⁶⁾ *Ebd.* 111.

erwähnt, einer Kommission von 5 Lords des Schatzes übertragen, was schon im 17. Jahrhundert oft geübt war¹⁾ und nunmehr, seit der Thronbesteigung Georgs I., zum regelmässigen Brauche geworden ist. Aber nun gewann allmählich auch der erste Lord des Schatzes ein solches Übergewicht nicht nur über seine Kollegen im Schatzamte, sondern auch über die anderen Mitglieder des Kabinetts, in dem er einen Platz hatte, dass aus seinem Amte in der That der Premierminister, wenn auch nicht dem Namen nach, hervorgegangen ist.

Freilich hat Graf Halifax, der 1714 erster Lord des Schatzes wurde, noch keineswegs eine solche führende Stellung im Kabinettsrate besessen. Er selbst meinte wohl, durch seine Vergangenheit und seine hohe Begabung ein Recht darauf zu haben. Halifax war einer der ersten Finanzmänner seiner Zeit. Unter Wilhelm III. schon hatte er jene Künste ausgebildet, durch deren Anwendung nach ihm Godolphin es so meisterlich verstand, das flüssige Kapital der Nation in den Dienst des Staates zu ziehen, und so die Mittel fand, um sowohl die Grösse Englands auf den Schlachtfeldern des Auslandes zu begründen, wie auch den Vorteil aller jener Gruppen zu befördern, die in der Lage waren, sich an den gewinnreichen Geldgeschäften mit dem Staate zu beteiligen. Halifax war ein Mann von mannigfacher Begabung und vielseitigen Interessen²⁾; als Staatsmann von weitem Blicke, als Redner schlagfertig und scharf. Er war ein eifriger Freund und Beförderer aller schönen Bestrebungen, der Künste und Wissenschaften. Bei seinem Tode hinterliess er sein Haus voll von seltenen Schätzen der Kunst. Der Historiker dankt seiner Anregung die wertvolle Sammlung von Staatsverträgen, welche unter dem Namen *Rymers Foedera* ein halbes Jahrtausend englischer Geschichte umfasst. Dem neuen Könige war Lord Halifax längst als ein treuer Anhänger bekannt, zumal seitdem er 1706 die Regentschaftsakte und für den Kurprinzen den Hosenbandorden nach Hannover gebracht hatte. Als Georg Ludwig seinen Baron Schütz 1713 nach London sandte, empfahl er ihm vor anderen den Mylord Halifax, „welchem die Interessen unseres Hauses stets am Herzen gelegen haben, und der ein Mann von hervorragender Begabung ist, dabei klug und gemässigt“. Von seiner eigenen Bedeutung hatte Halifax freilich auch eine gewaltige Vorstellung. Er meinte, als der neue König in's Land

¹⁾ Vergl. Gneist, *Englische Verfassungsgeschichte* 592a. — ²⁾ Bonet u. Hoffmann 31. Mai 1715.

kam, dass es ihm nun an der Gewinnung einer leitenden Stellung im Staate nicht fehlen könne. Er erwartete, von dem Monarchen sofort nach der Landung in Greenwich zum Grossschatzmeister erhoben zu werden. Da war es für ihn denn freilich eine wirkliche Enttäuschung, als er sich mit dem schönen Posten eines ersten Lords des Schatzes zufrieden geben musste. Seinem Ehrgeize genügte es auch nicht, dass Georg I. ihm die Earlswürde und den Hosenbandorden verlieh. Er gab die Hoffnung nicht auf, seine Stellung in jene angestrebte grössere zu verwandeln. Unterdessen versuchte er es freilich, auch als erster Lord des Schatzes, den König wie seine Kollegen im Ministerium in die Bahnen seiner Politik zu zwingen. Da ihm aber niemand eine solche Macht zugestehen wollte, so fehlte es von Anfang an nicht an Reibungen. Seine Kollegen verletzte er durch seinen Stolz.¹⁾ Man gab ihm heimliche Umtriebe mit den Tories schuld, namentlich stempelte man es zu einem schweren Verbrechen, dass er Beziehungen zu dem gestürzten Grafen Oxford zu unterhalten schien. Es hiess, er wolle eine dritte Partei bilden, um das Ministerium zu stürzen und selbst der erste Mann im Staate zu werden.²⁾ Dem Könige war die Kontrolle, welche Halifax über ihn ausübte, umso verhasster, als sich dieselbe auch auf seine intimsten Verhältnisse erstreckt haben soll.³⁾ So schien ein Konflikt innerhalb des Kabinetts unvermeidlich, als im Mai 1715 ein unerwarteter Tod allen ehrgeizigen Entwürfen des Grafen Halifax ein jähes Ende bereitete.

Nur der erste unter den Kommissaren des Schatzamts war Mitglied des Kabinetts. Die vier andern standen an Rang weit hinter jenem zurück. Unter ihnen befand sich auch Halifax' Verwandter Wortley Montagu, der, wie uns seine Gemahlin erzählt⁴⁾, es anfangs unter seiner Würde erachtet hatte, einen andern Posten als den eines Staatssekretärs anzunehmen.

Das immer noch vornehme Amt eines Präsidenten des Geheimen Rats erhielt Graf Nottingham, der Tory. Sachliche und persönliche Gründe, seine Missbilligung der Friedenspolitik der Tories

¹⁾ Bernstorff came and made complaints of my Lord Halifax's insupportable pride to his fellow-Ministers. Diary of Lady Cowper Dec. 8. 1714. — ²⁾ Montagu State of affairs. Harmloser erscheint die Sache in Lady Cowper's Diary p. 29. Hoffmann 31. Mai 1715. W. St.-A. Coxe, Walpole II, 47 ff. — ³⁾ Ich weiss freilich nicht, worauf es sich bezieht, wenn Bonet in einem Privatbriefe (?) vom 20./31. Mai schreibt: „Aussi S. M. est consolée de la perte d'un ministre, habile à la verité, mais qui le controlait en tout, et qui l'exposait ouvertement en Parlement pour favoriser ses propres amourettes. Cette historiette est tenue fort secrète. — ⁴⁾ Letters and works I, 3.

und sein Hass gegen den Grossschatzmeister hatten ihn zum Abfall von seiner Partei und zu scharfer Opposition gegen das Ministerium Oxford-Bolingbroke veranlasst. Es war die Haltung eines Mannes, der seiner selbst gewiss war und darum den Verwünschungen und dem Spotte derjenigen, deren Gemeinschaft er verlassen hatte, ruhig Trotz bieten konnte. Aber kein anderer von der Partei ist seinem Beispiele gefolgt.¹⁾ Ein Glück war es für Georg I., dass in den ersten Zeiten dieser Mann ihm mit seinem Rate zur Seite stand. Wenn man denn eine Parteiregierung aufrichtete, wie wertvoll musste es sein, wenn doch einer der Minister, staatsklug und erfahren wie Nottingham, aus der Reihe der Gegner stammte und aus eigener Kenntnis für die notwendige Beachtung ihrer Ideen eintrat. Es war dabei ganz zutreffend, wenn Lady Cowper meinte, Nottingham sei im Herzen niemals auf der Seite der Whigs gewesen. Als er nach zwei Jahren in einen Widerspruch mit seinen Kollegen im Kabinette geriet, legte er sein Amt nieder.

Wenn jetzt die berühmten Männer aus der grossen Zeit der Königin Anna wieder zu Amt und Würden gelangten, so verstand es sich fast von selbst, dass auch der Sieger von Höchstädt seinen alten Rang zurückerhielt. Marlboroughs politischer Charakter war niemals untadelig gewesen. Er war 1688 von seinem Könige abgefallen und unter Wilhelm III. wieder in heimliche Verbindung mit dem Stuarthofe getreten. Auch seine Haltung in der Thronfolgefrage war nicht vorwurfsfrei. Ein gern und oft gesehener Gast in Hannover liess er doch zugleich auch den Prätendenten hoffen, dass er unter Umständen für seine Sache eintreten könnte. Es mag wohl sein, dass er auch deshalb, weil der Kurfürst ihn nicht für zuverlässig hielt, in die Liste der Regenten nicht aufgenommen wurde. Tief gekränkt hatte er sich in jenen Tagen von seiner stolzen Gattin das Versprechen abringen lassen, nie wieder ein Amt zu übernehmen.²⁾ Aber dann hat er der Lockung und der Überredungskunst seiner Freunde doch nicht widerstehen können. Wenn die neue Regierung in allen Stücken geflissentlich an das im Jahre 1710 unterbrochene Werk der Whigs anzuknüpfen strebte, so musste auch Marlborough wieder auf den Schauplatz treten. Seine Bestallung zum Befehlshaber aller englischen Truppen lief noch vor der Ankunft Georgs I. in London ein. Aber Bothmer verständigte sich mit dem Feldherrn darüber, dass sie zunächst noch geheim gehalten werde.³⁾ Dann hat

¹⁾ Vergl. Swift, Four last years. Works V, 179 (1814). — ²⁾ Coxe, Marlborough III, 593. — ³⁾ Bothmer an König Georg 24. Aug./4. Sept. 1714. H. A.

der König ihn in Greenwich selbst zum Generalkapitän ernannt. Dazu erhielt er die Ernennung zum Generalfeldzeugmeister und zum Obersten des ersten Garderegiments zu Fuss. Überhaupt gelangte er wieder in den Besitz aller seiner früheren Ämter, die ihm insgesamt eine Summe von 16 bis 17000 £ im Jahr eintrugen. Es konnte nicht deutlicher gesagt werden, welchen Charakter die neue Regierung an sich tragen werde. Dass der Herzog von Ormond, der seit 1712 an Marlboroughs Platz gestanden hatte, sich noch grösserer Volkstümlichkeit rühmen konnte, war bei seiner streng torystischen, vielleicht gar jacobitischen, Gesinnung allein schon ein hinreichender Grund zu seinem Sturze.

Auf seinem wiedergewonnenen Posten hat der Sieger von Höchstädt keinen neuen Ruhm geerntet. Einen Krieg gab es nicht mehr zu führen; selbst an der Bekämpfung der Rebellion von 1715 hat er keinen Anteil gehabt. Bei seinem Regimente machte er sich durch seinen Geiz verhasst. Nach wenigen Jahren wurde er durch die Schwäche des Alters übermannt und siechte dem Tode langsam entgegen. Immerhin hat er in den ersten Zeiten Georgs I. eine wichtige Rolle gespielt und gehörte zu jenem kleinsten Ministerrate, in dem, wie wir bald erfahren werden, die bedeutendsten politischen Fragen in vertraulicher Form erledigt wurden.¹⁾

Marlborough ging wieder zu St. James's ein und aus, immer noch der Mann mit dem gewinnenden Wesen, lächelnd und sich verneigend, wie als junger Höfling.²⁾ Seine Gemahlin Lady Sarah hingegen erschien nicht mehr oft bei Hofe. Der Ehrgeiz ihrer Jugend lag weit hinter ihr. „Ich glaube,“ schrieb sie 1716 weltmüde der jüngeren Lady Cowper, „wer vernünftig und rechtschaffen ist, muss des ganzen Treibens bei Hofe sehr überdrüssig werden.“

Marlborough hatte es immer verstanden, für seine Familie zu sorgen. Auch jetzt wurden nahe und entfernte Mitglieder derselben fast allzu reichlich bedacht. Seine vier Schwiegersöhne trugen sämtlich einträgliche Ämter davon. Der berühmteste unter ihnen, Graf Sunderland, wurde Vizekönig von Irland. Er und Marlborough waren wenig zufrieden damit. Denn wenn auch Sunderland mit zum Kabinettsrate gehören sollte, so war er doch auf seinem irischen Posten vom Mittelpunkte des öffentlichen Lebens weit entfernt; eine Art von ehrenvoller Verbannung, wie manche meinten. Der Partei hätte der schneidige Sunderland wohl gute Dienste leisten können.

¹⁾ So kann, was Mahon I, 109 von der Machtlosigkeit Marlboroughs berichtet, wenigstens auf die ersten Zeiten keine Anwendung finden. — ²⁾ Lady Montagu, Account. Works I, 5.

Georg I. aber scheint mehr an die etwas rohe Art des Ministers gegenüber der Königin Anna gedacht zu haben. Möglich auch, dass der Monarch eine gewisse Scheu vor Sunderland hatte, der ehemals jener republikanischen Richtung der Whigs nahegestanden hatte, die am liebsten Königtum und Adel gänzlich abgethan hätte. Er hoffe, so erklärte er seinen Freunden, den Tag noch zu erleben, wo es keinen Peer mehr in England geben würde.¹⁾ Wie Georg als Kurfürst seine Gesandten mehr vor Sunderlands heftiger Sinnesart gewarnt als sie an seinen Rat gewiesen hatte, so vermied er es zunächst auch als König, den um die hannövrise Thronfolge wohlverdienten Mann in seine Nähe zu ziehen, seinen Rat täglich hören zu müssen.

So hatte Sunderland ein Amt erhalten, das ihm zwar einen Sitz im Kabinette des Königs gab, aber doch die Möglichkeit nahm, auf die Entscheidungen in London einen regelmässigen Einfluss zu üben. Den berühmtesten unter den Whiglords, Somers, hatte man trotz der Schwäche seines Alters vom Kabinette nicht wohl ausschliessen können. Er war ein Mann von einfach bürgerlicher Herkunft, ein nur in kleinem Kreise bekannter Anwalt, bis im Jahre 1688 seine kurzen Worte zu gunsten der angeklagten Bischöfe ihn als einen der besten Redner und der ersten Gesetzeskundigen Englands aller Welt offenbart hatten. Seitdem war sein Ansehen schnell gestiegen und bald blickten die Whigs zu ihm als dem Haupte und Orakel ihrer Partei empor. Die Missachtung seines Rates schien ihr Unglück unausbleiblich im Gefolge zu haben. Umsonst hatte Lord Somers sie vor den verderblichen Folgen gewarnt, die die Anklage Sacheverells der eigenen Partei auf's Haupt ziehen werde. Die ganze historische Grösse der Whigs seit der Revolution schien in dem merkwürdigen Manne verkörpert zu sein, der seinem ewig kränkelnden Körper niemals die Herrschaft über den Geist einräumte und ebenso die Wallungen des leidenschaftlichen Gemütes unter einer stets sich gleich bleibenden Gelassenheit wunderbar zu verbergen wusste. Jetzt war er alt und schwach und vermochte die Bürde eines der grossen Staatsämter nicht mehr zu tragen. Aber dennoch durfte Lord Somers, der geistige Urheber der *Act of Settlement*, im Kabinette des ersten hannövriseh Königs nicht fehlen. Tiefen Einfluss auf die Regierung hat er nicht mehr ausgeübt. Nur wenig ist von seinem ferneren Wirken als Politiker überliefert. Zwei Jahre nach der Thronbesteigung Georgs I. ist Somers gestorben.

Mit dem Ruhme der Somers und Marlborough konnten sich die beiden Männer nicht messen, welche im Kabinette Georgs I. die

¹⁾ Swift, Four last years 176.

auswärtige Politik zu vertreten hatten, die Staatssekretäre Townshend und Stanhope. Noch von Holland aus hatte der König das Bolingbroke abgenommene Amt, auf welches Graf Sunderland sich vergeblich Hoffnung gemacht hatte, dem Viscount Townshend übertragen. Er wartete die Ankunft in England nicht ab, damit Townshend daselbst sogleich seine ersten Verordnungen gegenzeichnen könne. Denn dem andern Staatssekretär Bromley wollte man diese Ehre ebensowenig wie dem eben beseitigten Bolingbroke gönnen. Bromleys Absetzung sollte nur erst nach der Landung des Königs erfolgen.

Unter allen Mitgliedern des Kabinetts besass anfangs keines höhere Macht als Lord Townshend. Und doch verdankte er sein Amt und seinen Einfluss weder dem Ruhme seines Namens noch der Bedeutung seiner Persönlichkeit. Er entstammte einer vornehmen Familie in Norfolk, sein Vater war wegen seiner Verdienste um die Restauration Karls II. zur Peerswürde und sogar zum Viscount erhoben worden. Der Sohn Karl, der zweite Viscount Townshend, hatte sich, von anderem abgesehen, in der Diplomatie bekannt gemacht durch seine Teilnahme an den Gertruydenberger Verhandlungen, noch mehr durch den Abschluss des Barriere-Vertrages von 1709. Immerhin hätte ihm dieses keinen Titel auf hohe Würden im Staate verliehen. Die Konferenzen von Gertruydenberg waren gescheitert und der durch Townshend geschlossene Barriere-Vertrag war von dem Tory-Ministerium verworfen und durch einen andern ersetzt worden; selbst die Whigs von 1714 waren sich wohl bewusst, dass sie nicht auf ihn zurückkommen konnten. Was Townshend jetzt emporbrachte, waren seine persönlichen Beziehungen zu den Räten des Königs-Kurfürsten. Er war dem einflussreichen Sekretär Georgs I., Robethon, in Holland nahegetreten, hatte ihn durch seine Liebenswürdigkeit für sich eingenommen¹⁾ und galt seitdem als einer der besten Anwälte der hannövrischen Thronfolge. Mit den Gesandten des Kurfürsten in London hatte er sich in vertrautem Einverständnisse befunden. Als es sich nach dem Thronwechsel darum handelte, die geeigneten Minister zu finden, konnte es ihm natürlich nicht fehlen. Durch Robethon war er dem hannövrischen Minister Bernstorff und dem Könige empfohlen. Auch Bothmer verwandte sich für ihn.²⁾ Kein anderer Fall lehrt so deutlich, wer eigentlich in jenen Tagen über die britischen Staatsämter verfügte. Marlborough, Halifax und Townshend waren die Männer, denen man

¹⁾ Lady Montagu, Account. Works I, 4. — ²⁾ Bothmer an Robethon.

damals das Streben nach einer führenden Stellung nachsagte¹⁾: Townshend hat sie wirklich gewonnen.

Dabei war er ein Mann von tüchtigen und ehrenwerten, doch keineswegs grossen Eigenschaften. Er war ein emsiger Arbeiter und ein pflichtvoller Staatsdiener. In seinem Privatleben makellos, als Politiker von untadeliger, ja vornehmer Gesinnung. Durch Fleiss und Erfahrung vermögen in ruhigen Zeiten auch mittelmässige Köpfe dem Staate als Minister nützliche Dienste zu leisten; stehen sie an höchster Stelle, so werden sie selbst zum Werkzeuge anderer werden. Townshend folgte in der auswärtigen Politik den Eingebungen seines Kollegen Stanhope, in der inneren übte sein Schwager Robert Walpole einen beherrschenden Einfluss auf ihn aus. Oft brachte ihn auch die eigene Leidenschaftlichkeit um die Fähigkeit der ruhigen Überlegung. Er wusste es und fürchtete sich vor übereilten Entschlüssen, die er nachher bereuen müsste.²⁾ Im Parlamente sprach er schlicht und trocken und stets zur Sache, aber ohne Geist und Wärme. Den fremden Diplomaten gegenüber vertrat er, so gut er konnte, die englische Politik; in schwierigen Lagen trat er hinter den übrigen Ministern, vor allem hinter Stanhope, zurück. Einfach und klar ist der Stil seiner diplomatischen Depeschen. Sein Auftreten gegen andere, namentlich unter ihm stehende Personen war oft barsch, hochfahrend, unduldsam; man darf sich nicht wundern, dass die Zeitgenossen ein unfreundliches Bild von ihm entworfen haben.

Durch die Verkettung der Umstände konnte es geschehen, dass, ein im Grunde unselbständiger Geist die Macht eines ersten Ministers erhielt; denn als solcher wurde Townshend betrachtet. In der Führung der auswärtigen Geschäfte stand ihm James Stanhope zur Seite. Die Zweiteilung des Staatssekretariats war seit dem 17. Jahrhundert üblich geworden und bot die Möglichkeit, dass die auswärtige Politik durch einen Peer und einen Commoner, also in beiden Häusern des Parlaments durch einen Minister, vertreten war.³⁾

Die beiden Staatssekretäre pflegten auch eine geographische Scheidung ihrer Geschäftskreise vorzunehmen, so zwar, dass der eine — es war in diesem Falle Lord Townshend — das nördliche, der andere, Stanhope, das südliche Departement erhielt. Der erstere

31. Aug./11. Sept. 1714. B. M. Sunderland, schreibt er, begehre, an Bolingbrokes Stelle gesetzt zu werden. *Je souhaite par beaucoup de raison qu'on pût le contenter d'une autre manière, pour faire Mylord Townshend Secrétaire d'État.*

¹⁾ Wortley Montagu, State of affairs. Lady Montagu, Works I, 15. — ²⁾ Vergl. Coxe Walpole I, 338. — ³⁾ Hoffmann 28. Sept. „Damit dem Gebrauch nach der Hof in jedem Hause einen Ministrium haben möge.“ W. St.-A.

hatte die Beziehungen zu Holland, den deutschen Staaten und dem Norden zu pflegen, der letztere mit Frankreich, Spanien und Portugal, Italien und der Türkei. In Wahrheit erfordert aber kein anderes Gebiet der staatlichen Bethätigung in höherem Masse die Einheitlichkeit als die auswärtige Politik. Es konnte nicht ausbleiben, dass trotz der doppelten Vertretung im Parlamente und der Trennung der Geschäfte nach den Ländern gleichwohl der eine der zwei Staatssekretäre ein Übergewicht über den andern gewann. Stanhopes Persönlichkeit war dazu angethan, der Politik, die er gemeinsam mit einem andern zu leiten hatte, allein den Stempel seines Geistes aufzudrücken.

James Stanhope gehörte zu den hervorragendsten und vielseitigsten Menschen seiner Zeit. Ein tapferer Feldherr und ein weitblickender Staatsmann, ein begabter und schneidiger Redner und ein gewandter Diplomat, dabei ein Schöngest, der sich den Sinn und die Liebe zu den Wissenschaften seit seiner Jugendzeit bewahrt hatte. Dieser General, so schrieb der preussische Resident Bonet über Stanhope¹⁾, ist der einzige Engländer, den ich kenne, welcher einen universalen Geist besitzt.

Als er 1714 Minister wurde, hatte er eine wesentlich militärische Laufbahn schon hinter sich. Auf der pyrenäischen Halbinsel hatte er an der Spitze der britischen Truppen für die Sache Karls III. gefochten, mit wechselndem Glücke, aber stets als braver Soldat und tüchtiger Führer. Nicht ihm fiel es zur Last, dass der habsburgische Thron in Madrid nicht aufgerichtet werden konnte.

Unsere Erzählung aber hat es nicht mehr mit dem General Stanhope, nur mit dem Staatsmanne zu thun. Auch an der Politik daheim hatte er schon thätigen Anteil genommen. Seine schroffe Haltung gegenüber den Tory-Ministern zog ihm eine Untersuchung zu, bei der man ihm wie dem grossen Marlborough unredliches Schalten mit Staatsgeldern nachweisen zu können hoffte. Dass Stanhope aus dieser Untersuchung nicht nur völlig gerechtfertigt, sondern noch als der Gläubiger der Regierung hervorging, musste sein Ansehen bei den Whigs mächtig fördern. Er war schon einer der bestbekanntesten Führer der Partei, einer ihrer schneidigsten Redner im Unterhause, als ihn Georg I. zu einem der wichtigsten Staatsämter berief.

Es ist nicht daran zu denken, wie Horace Walpole will, dass Stanhope dadurch überrascht oder gar anfangs nicht willens gewesen sei, es anzunehmen. Auch er gehörte ja längst zu jenem Kreise

¹⁾ 24. Sept./5. Oct. 1714. G. St.-A.

von Männern, die in Hannover als die wärmsten Fürsprecher der Rechte des Kurhauses angesehen wurden und an deren Rat Georg Ludwig seine Gesandten in London verwies. Es geschah auch sicherlich nicht ohne sein Wissen, dass Bothmer ihn seinem Herrn für ein hohes Staatsamt empfahl.¹⁾ Fortan wurde er eine der stärksten Stützen des neuen Thrones. Keinen andern der Minister hassten die Jacobiten so grimmig wie ihn.

Stanhope ergriff mit der ganzen Lebhaftigkeit seiner Natur die Aufgaben, welche sein hohes Amt ihm stellte. Er ist es gewesen, der dem von Georg I. regierten England von neuem einen vornehmen Rang unter den europäischen Mächten angewiesen hat. Aus seinem Kopfe stammte das grosse politische System, durch welches Grossbritannien eine zeitlang an die Spitze des Weltteils trat, jenes System, das in der Quadrupelallianz von 1718 seinen vollkommenen Ausdruck und Abschluss gefunden hat. Gross und kühn ist Stanhope in seinen Ideen, unermüdlich in ihrer Ausführung. Neidlos treten die andern Minister, seine Helfer — und unter ihnen selbst der stolze Sunderland — zurück und überlassen ihm den Ruhm seines Werkes. Mit grossem Geschick weiss er seine Pläne nach den wechselnden Verhältnissen zu gestalten und zu verändern. Die Verhandlungen mit dem Auslande führt er am liebsten in eigener Person oder seine Gesandten an den fremden Höfen müssen sich völlig seinem Gebote fügen. Er ist kein bequemer Unterhändler. Saint Simon hat offenbar nur den Weltmann in ihm kennen gelernt, wenn er sagt, Stanhope habe niemals seine Kaltblütigkeit verleugnet, selten seine höflichen Formen. Oft genug ward er heftig und aufbrausend. Die fremden Diplomaten fürchteten den schrillen Ton seiner Stimme, wenn er ihre unbilligen Forderungen mit verletzender Härte zurückwies. Aber doch offenbarte er dann unter allen gewöhnlich noch die meiste praktische Einsicht. Hat man stundenlang um Kleinigkeiten gestritten, dann ist es Stanhope, der sich zuerst wieder auf die allgemeinen Absichten besinnt und einen Ausweg zu finden weiss. Er nimmt die Feder und die Entwürfe, über deren Abweichungen man streitet, zur Hand und streicht und bessert, bis endlich ein Wortlaut herausgebracht ist, mit dem sich alle zufrieden geben. Schwebt in einer wichtigen Verhandlung die Entscheidung an einem

¹⁾ Bothmer an Robethon 6./17. Aug. 1714, als er über die Verleihung der hohen Posten spricht, *il sera nécessaire de faire aussi quelque chose pour Mess. Stanhope et Cadogan*. B. M. Die angeführten Umstände mögen als weitere Beweise gegen die schon von Mahon (I, 116—17) verworfene Darstellung Horace Walpoles gelten.

fremden Hofe und scheint das Ende nicht abzusehen, so macht Stanhope selbst sich auf, um an Ort und Stelle durch die Macht der eigenen Persönlichkeit zu wirken und den Abschluss zu beschleunigen. Es gelingt ihm nicht immer, aber wenigstens gewinnt er Klarheit über die Grenzen des Erreichbaren. In Wien, in Paris, in Madrid sehen wir ihn also, einen reisenden Staatsmann, für seine ganz Europa umfassenden Ideen wirken.

Als ein echter Whig war Stanhope ernstlich darauf bedacht, die alte Kriegspolitik wieder zu erneuern. Feindschaft gegen Frankreich und ein Bündnis mit dem Hause Habsburg, das waren die grossen Gedanken, mit denen er in die Leitung der auswärtigen Politik eintrat. Durch persönliche Verbindungen wurde er noch darin bestärkt. Als Waffengefährte in Spanien war er dem Habsburger, der jetzt als Kaiser Karl VI. in Wien thronte, nahegetreten. Die Beziehungen wurden auch nachher nicht abgebrochen. Wir kennen schon jenen Brief¹⁾, den der General in den letzten Tagen der Königin Anna dem Kaiser geschrieben hatte. Er spricht von der Entrüstung aller ehrlichen Leute in England über die dem Kaiser von seiten des Tory-Ministeriums widerfahrene Behandlung, von ihrer Absicht, das geschehene Unrecht wieder gut zu machen. Stanhope scheint seine Partei, vielleicht seine eigene Person dem Kaiser nochmals und gerade in diesem wichtigen Zeitpunkte empfehlen zu wollen. Es ist auch nicht undenkbar, dass gerade diese Beziehungen zu Karl VI. bei der Wahl Stanhopes zum Staatssekretär eine Rolle gespielt haben, wenn wir auch eine direkte Einwirkung des Kaisers zu seinen Gunsten nicht nachzuweisen vermögen. Gewiss ist nur, dass Stanhope in der Folge der Österreicher freundlichste unter den englischen Ministern blieb. Es konnte wohl vorkommen, dass er den andern in dieser Hinsicht etwas zu weit ging und sie sich an seine Zusagen nicht gebunden erachten wollten, da, wie der kaiserliche Resident Hoffmann einmal schreibt²⁾, „sein grosser Eifer vor Ew. Kais. Maj. Dienst ihn zuzeiten weiter als er nicht selbst wahrnimmt, schreiten macht.“

Überblickt man die Reihe dieser neuen Minister, so muss man gestehen, dass sie an Geschick, an Kenntnis, an Erfahrung das Tory-Kabinetts der Königin Anna weit hinter sich liessen. Die genannten acht Würdenträger bildeten nun das Kabinetts des Königs. Wir erinnern uns, wie die *Act of Settlement* diese Behörde unter dem hannövrischen Königtum im voraus abgeschafft hatte, wie aber

¹⁾ Vergl. oben S. 374. — ²⁾ Hoffmann 5. Juli 1715. W. St.-A.

der dahin zielende Artikel nachträglich wieder beseitigt worden war. In der That hat das Kabinetts seit der Thronbesteigung Georgs I. neue und erhöhte Bedeutung gewonnen. Nicht ohne Willkür und nicht ausschliesslich mit Rücksicht auf die Ämter, sondern daneben auch auf die Personen, die sie innehatten, war es zusammengesetzt worden. Somers trat, wie wir heute sagen, als Minister ohne Portefeuille in das Kabinetts ein. Und persönliche Gründe scheinen es auch gewesen zu sein, um derer willen die Grafen Wharton und Orford, beide Inhaber hoher Staatsämter und beide ehemals zur Junta gehörig, keinen Zutritt erhielten. Das Zufällige in der Zusammensetzung ist der Körperschaft seither immer geblieben, niemals ist ihr Bestand, geschweige denn die Anzahl der Mitglieder, durch ein Gesetz festgelegt worden.

Nur die Mitglieder des Kabinetts wurden in das Geheimnis der inneren und auswärtigen Staatsgeschäfte eingeweiht. Und jetzt veränderte sich wesentlich der Charakter der Behörde. Bisher war es ausschliesslich als die Versammlung der vertrauten Räte des Souveräns erschienen, der an ihren Sitzungen auch selbst teilnahm. Nur wenn er anwesend war, sprach man von einer Sitzung des Kabinetts. Nun hatten sich freilich die Mitglieder desselben auch schon unter der vorhergehenden Regierung häufiger in der Abwesenheit der Königin versammelt, um als Ausschuss, wie sie sich alsdann nannten, die Geschäfte durchzuberaten und der Königin später im Kabinette nur das Ergebnis mitzuteilen und ihre Entscheidung zu erbitten. So ergibt sich der Unterschied zwischen dem *Cabinet Council* und dem *Committee of the Cabinet Council*, je nachdem bei den Verhandlungen die Königin anwesend war oder nicht. Auch unter Georg I. ist nicht, wie man bisher wohl gedacht hat, sogleich und grundsätzlich eine Änderung in dem Verhältnisse zwischen König und Kabinetts getroffen worden. „Heute haben Ihre Majestät zum ersten Male Kabinetts-Rat gehalten,“ so vermerkt es Bothmer unter dem 8. Oktober in seinem Tagebuche. Und sicherlich hat man sich dabei den König anwesend zu denken. Der deutsche Fürst wird freilich schnell genug der traurigen Rolle gewahr geworden sein, die er inmitten eines Rates von englischen Ministern spielte, deren Sprache er nicht verstand. Es ist durchaus natürlich, dass er bald die Minister lieber in seiner Abwesenheit unter einander Rat pflegen liess und sich persönlich nur mit dem einen oder andern in's Vernehmen setzte. Sein Erscheinen im Kabinette wurde seltener¹⁾;

¹⁾ Hoffmann berichtet noch unter dem 3. März 1716, der König habe einen „Kabinettsrat gehalten, — — — um der Minister Gutachten zu vernehmen.“

es geschah zuletzt gar nicht mehr. So ward aus dem Kabinettsausschusse, der ohne den Souverän tagte, das Kabinett in dem späteren Sinne des Wortes. Der König kam nur noch in das *Privy Council*, wo in gewissen Fällen sein Erscheinen durch die Verfassung geboten war. Von der Versammlung seiner Minister im Kabinette hielt er sich fern.¹⁾

Allmählich musste dieses neue Verhältnis auch wichtige Änderungen im Verfassungsrechte mit sich führen. Wir finden hier einen weiteren Grund dafür, dass ein Premierminister aufkommen musste. Derjenige unter den Ministern musste es werden, der im Kabinette nun, wo der König nicht mehr erschien, den Vorsitz führte. Das allein beratende Kabinett ward dem Monarchen gegenüber auch selbständiger als vorher. Aber dann konnte es auch nicht fehlen, dass die verfassungsrechtlich nicht anerkannte Behörde die von der einen Seite gewonnene Macht nach der andern wieder abgeben musste. Wo der Souverän an Einfluss verlor, gewann das Parlament. Solchergestalt ist im Laufe des 18. Jahrhunderts das Kabinett in völlige Abhängigkeit vom Parlamente geraten.

Mit der Bedeutung des Kabinetts konnte sich der seit alter Zeit bestehende Geheime Rat, das *Privy Council*, nicht messen. Es war die gesetzlich bestehende Behörde, welche alles zu erledigen hatte, was vom Rate des Monarchen ausgehend, für die Öffentlichkeit bestimmt war. In das Geheimnis der Geschäfte wurde sie nicht mehr eingeführt; es verbot sich schon durch die grosse Anzahl der Mitglieder.²⁾ Das *Privy Council*, scherzte Peterborough einmal, ist

¹⁾ So liegen die Anfänge des ohne den Souverän tagenden Kabinetts also schon in der Zeit Annas. Das *Committee of the Cabinet Council*, von den Zeitgenossen gewöhnlich kurz *Committee of Council* genannt, ist nicht, wie Morley, Walpole 145 meint, eine besondere Behörde neben Kabinett u. *Privy Council* (vergl. auch Salomon, Gesch. des letzten Ministeriums Königin Annas, 356 N.). Recht deutlich erscheint das Verhältnis in einer Darlegung Bonets (Bericht vom 24. Dec. 1714/4. Jan. 1715. G. St.-A.), die wir deshalb hier mitteilen dürfen: *Cette ignorance de la langue et des affaires . . . n'a pas permis au Roi d'abolir un Conseil que l'ignorance des affaires dans le chef a introduit sous le règne précédent. Je veux parler du Comité du Conseil du Cabinet, composé des principaux officiers, qui s'assemblent en l'absence du Roi, et qui minutent toutes choses, pour rendre compte ensuite du resultat à S. M. en Conseil. Cette nécessité où S. M. est de continuer ce Conseil le prive d'une infinité de lumières, ne lui fait voir que l'écorce de plusieurs affaires et confère un grand pouvoir à ses ministres.* Bemerkt sei noch, dass auch dieser Darlegung zufolge Georg I. doch anfangs gelegentlich noch selbst den Kabinettsrat abhielt.

²⁾ Das *Great Council*, in dem Morley 144 ebenfalls eine besondere Behörde erblickt, ist sicherlich nichts anderes als das *Privy Council*, das im Gegensatze zum Kabinette treffend so bezeichnet wird. Von den drei beratenden Be-

die Versammlung derer, welche alles wissen sollen, aber gar nichts wissen.¹⁾ Die Zahl der *Privy Counsellors* war unter der Königin Anna auf 80 angewachsen. Jetzt wurde die ganze Versammlung kassiert und ein neuer Geheimer Rat gebildet. Hier kam wieder die Parteileidenschaft der Whigs recht zum Ausdruck. Trotz der völligen Ungefährlichkeit des *Privy Council* blieben auch hier die Tories ausgeschlossen. Kein Mitglied der letzten Regierung erhielt einen Platz. Nur einige der sogenannten Hannover-Tories, Männer wie die Grafen Anglesea, Pembroke, Scarborough, welche im Vorjahre mit den Whigs votiert hatten, dass die protestantische Succession in Gefahr sei, wurden jetzt zu Geheimen Räten ernannt.²⁾

Nachdem nun in der beschriebenen Weise die hohen Regierungsämter fast sämtlich mit Whigs besetzt waren, blieb auch für die übrigen kaum ein anderes Verfahren übrig. Allerdings wurde wohl erklärt, man wolle auch Tories bedenken, damit nicht der König als Vater nur der Hälfte seiner Unterthanen erscheine. Aber nun lehnten alle angesehenen Tories die ihnen zugedachten Posten ab, um den Interessen ihrer Partei rückhaltlos dienen zu können. Dem bisherigen Sprecher des Unterhauses, Sir Thomas Hanmer, wurde die Stelle des zweiten Kommissars des Schatzamts und Kanzlers der Schatzkammer angeboten, Bromley sollte einer der Zahlmeister der Schatzkammer werden. Beide lehnten ab, um ihrer Parteihre nichts zu vergeben. Lord Nottingham blieb also der einzige Tory, welcher ein hohes Amt übernahm. Und der wurde von seinen ehemaligen Parteigenossen längst nicht mehr zu den Ihren gezählt.

So behielten die Whigs allein das Feld. In hohe wie niedere Ämter wurden Freunde und Anhänger der vornehmen Parteiführer eingeschoben. An diese drängte sich alles heran. Wer irgend mit dem vorigen Ministerium sich nicht recht zu stellen gewusst hatte, wollte jetzt für seine Anhänglichkeit an das Haus Hannover mit einem einträglichen Posten belohnt sein.³⁾ Die persönliche Tüchtigkeit des Bewerbers war keineswegs entscheidend. Eine Cliquenwirtschaft kam auf, wie sie kaum ärger sein konnte. Wer so glücklich war, mit einem der Machthaber auch nur entfernt verwandt oder verschwägert zu sein, meinte einen unabweisbaren Anspruch auf eine gewinnreiche Stelle bei Hofe oder im Staate zu besitzen. Und meistens täuschte er sich auch nicht. Lord Halifax kam schon

hörden, welche Morley ausser dem *Privy Council* annimmt, hat also in Wahrheit nur eine einzige existiert, das Kabinett.

¹⁾ Citirt bei Morley 144. — ²⁾ Bonet 5./16. Oct. 1714. — ³⁾ Lady Montagu, Account p. 3.

dadurch in den Ruf, noch mit dem Grafen Oxford in genaueren Beziehungen zu stehen, weil er in ein von ihm zu besetzendes Amt den Schwiegersohn des Grafen Nottingham nicht schneller einrücken lassen wollte, als die geschäftliche Ordnung der Angelegenheit es zuliess. Was hatte die lebenswürdige Lady Cowper auszustehen von der Unbescheidenheit und dem Undanke ihrer Verwandten, die alle reichlich bedacht sein wollten.¹⁾ Eine bedeutende Anzahl von Ämtern wurde dem schottischen Herzog von Argyle und seiner Sippe verliehen. Am meisten wusste Marlborough die Gunst der Umstände zum Besten seiner Verwandtschaft auszunutzen, so dass man schliesslich doch um Ämter für noch so manchen Wohlgesinnten in Verlegenheit geriet. Der König selbst nahm Anstoss an des Herzogs Unbescheidenheit. „Hat denn“, so fragte er Marlborough eines Tages, „der Erzbischof von Canterbury gar keine Verwandten?“ „Ja doch“, antwortete der General. „Merkwürdig“, fuhr Georg fort, „zwei Stunden war er bei mir und hat doch für keinen ein Gesuch vorgebracht“²⁾.

Unter jenen, welche also gleichsam im Gefolge der Mächtigsten zu Amt und Würden gelangten, war natürlich noch mancher namhafte Politiker. Robert Walpole, schon als glänzender Redner im Unterhause bekannt, trat dieses Mal noch nicht in's Kabinett ein. Er musste sich mit der bescheideneren, aber reichdotierten Stellung eines Zahlmeisters aller englischen Truppen begnügen. Dabei ist es freilich gewiss, dass er schon jetzt einen sehr bemerkbaren Einfluss auf die Handlungen der Regierung ausübte. Er war Townshends Schwager und zugleich derjenige, welcher ihm namentlich in Finanzfragen mit seiner Erfahrung und seinem scharfen Urteil zur Seite stand. Ohne Walpoles Rat hätte Townshend im Kabinette schwerlich dem Einflusse des ersten Schatzlords Halifax die Wage zu halten vermocht.³⁾

Erster Kommissar des Flottenamts wurde der bewährte Graf Orford, der Sieger von La Hogue, der es ablehnte, einen höheren Gehalt als die übrigen Kommissare zu beziehen, aber ihre Ernennung sich selbst vorbehielt.⁴⁾ Denn nur so glaubte er die nach seiner Meinung von der Tory-Regierung arg vernachlässigte Flotte wieder in einen guten Stand setzen zu können. Jüngst waren zu Kommissaren des Flottenamts Leute gemacht worden, welche die

¹⁾ Diary of Lady Cowper 24—30. — ²⁾ Bonet 5./16. Oct. 26. Oct./6. Nov. 1714. 24. Dec. 1714/4. Jan. 1715. — ³⁾ Montagu, State of affairs, wo freilich Walpoles Macht in den ersten Zeiten Georgs I. sicherlich überschätzt wird. — ⁴⁾ Hoffmann 12. Okt. 1714.

See niemals gesehen hatten. Jetzt wurden tüchtige Männer berufen, unter ihnen Sir George Byng, der verdiente Admiral. Der erste Kommissar pflegte sonst dem Kabinette anzugehören, wie es der Wichtigkeit des Amtes in der That entsprach. In diesem Falle werden es wohl persönliche Gründe gewesen sein, wenn man eine Ausnahme machte.¹⁾ Vermutlich wollte Georg I. den unberechenbaren Orford nicht im Kabinette haben, den alten Seebären, der sich ehemals von Wilhelm III. nicht nach Gebühr belohnt geglaubt, der die Königin Anna schwer gekränkt und mit grimmigen Worten auf die Unfähigkeit ihres Gatten, des Prinzen Grossadmirals, gescholten hatte.

Ähnliche Gründe mögen es gewesen sein, um deren willen auch der Marquis Wharton als Geheimsiegelbewahrer ausserhalb des Kabinetts bleiben musste. Auch er war einer der berühmten Whiglords der Junta, ein Mann von hervorragender natürlicher Begabung, ein feuriger Redner im Parlamente, „die Stütze der Whigs, der Schrecken der Tories“.²⁾ Nur wenige Monate diente Wharton dem neuen Könige; im April 1715 ist er gestorben. Das nicht sehr einflussreiche Amt des Kriegesekretärs erhielt Mr. Pulteney. Dem Herzoge von Shrewsbury, den der Tod der Königin Anna im Besitze von drei hohen Ämtern gefunden hatte, wird es kein Opfer gewesen sein, einen Teil seiner Macht an andere abzugeben. Sein Leben lang war Shrewsbury amtsmüde gewesen; sein schwacher Körper schien den Anstrengungen einer grossen Stellung im öffentlichen Leben nicht gewachsen. Als Oberstkämmerer hat er unter Georg I. keine bedeutende Rolle gespielt. Mehr als er trat am Hofe seine Gemahlin hervor, jene listige Italienerin, welche, wie wir schon wissen, den König selbst zu fesseln wusste. Ihre Hand hatte Shrewsbury einst derjenigen einer der reichsten Erbsinnen von England vorgezogen. Er sei, so lautete ein boshafes Wort jener Tage, um die beste Partie in der Christenheit betrogen worden, um die allerschlechteste zu wählen.³⁾ Im Kabinette des Königs war für Shrewsbury kein Platz. Der streng whiggistischen Richtung, die jetzt herrschend war, muss der Mann, der einer katholischen Familie entstammte, der Sacheverell verteidigt, dem Tory-Ministerium sich angeschlossen, an den Friedensverhandlungen teilgehabt hatte, wenig genehm gewesen sein. Und daran konnten selbst seine Anhänglichkeit an die protestantische Succession und

¹⁾ Hier trifft also das von Morley, Walpole 148 Bemerkte nicht zu.

²⁾ Bonet 12./23. April 1715. — ³⁾ Diary of Lady Cowper 8.

die guten Dienste, die er derselben in entscheidender Stunde geleistet hatte, nichts ändern.

Als Staatssekretär für Schottland musste Graf Mar, von dem wir noch ein Mehreres hören werden, dem treu hannövrish befundenen Herzoge von Montrose weichen, welcher jüngst die Proklamierung Georgs I. in Edinburg geleitet hatte. Er, wie der Herzog von Roxburghe, Nottinghams Schwiegersohn, welcher jetzt Grosiegelbewahrer von Schottland, später der Nachfolger Montroses wurde¹⁾, hatte auch der Regentschaft vor der Ankunft des Königs angehört. Überhaupt wurden die hohen Ämter in Schottland wie in Irland nur zuverlässigen Leuten anvertraut; mit allen Personen von verdächtiger Gesinnung verfuhr man wie mit jenem Sir Constantine Phipps, dem irischen Lord-Kanzler, welcher schon von den Regenten einfach abgesetzt worden war.

So hatte das hannövrish Königtum Fuss gefasst und eine Regierung gebildet, wie sie den Verhältnissen entsprach. Niemals sind die Gegensätze der Parteien in England schroffer gewesen als um die Zeit des Utrechter Friedens. So kam es, dass die eine der beiden allein in den Besitz der Herrschaft eintrat, die andere vollständig in die Opposition gedrängt wurde. Aber indem wir von der Bildung der neuen Regierung, der Zusammensetzung des Kabinetts berichtet haben, bleibt noch ein Wort von jenen fremdartigen Elementen zu sagen, welche, von der Menge kaum beachtet, auf die Regierung Englands gleichwohl von oben her einen starken Einfluss ausübten. Wichtige, oft die wichtigsten Entscheidungen sind damals überhaupt nicht im Kabinette gefasst worden, sondern durch noch enger zusammengefasste Gruppen von hohen Würdenträgern. Das Merkwürdigste dabei war, dass diese gar nicht sämtlich dem Kabinette, ja nicht einmal dem britischen Staatsdienste angehörten. Es ist hier der Ort, von den deutschen Ministern Georgs I. und ihrem Eingreifen in die englische Politik zu sprechen.

Bei der Übersiedelung von Hannover nach London hatte der Fürst auch seinen ganzen hannövrishen Hof nach England verpflanzt. Wir wissen schon, welche wichtige Rolle die deutschen Herren und Damen fortan in St. James's spielten. Viele waren aus Ehrgeiz und Habsucht gekommen und mögen wohl durch die englischen Verhältnisse enttäuscht worden sein. Die *Act of Settlement* verbot die Anstellung aller Fremden im Hof- und Staatsdienst; so musste es schon auf heimlichen Wegen geschehen, wenn sie dennoch ihre Rechnung finden wollten. Der Ruf der Bestechlichkeit ist der

¹⁾ Vergl. Diary of Lady Cowper 120.

deutschen Gesellschaft Georgs I. oft angehängt worden. Sie müssen nicht glauben, sagte man dem Schotten Ker von Kersland, dass die hannövrishen Minister nur, um Ihre Sprache zu lernen, nach England gekommen sind. Wenn Sie Ihre Börse nicht angreifen wollen, dürfen Sie nicht erwarten, bei dieser Regierung etwas durchzusetzen, wie gerecht und wohlbegründet Ihre Ansprüche auch sein mögen. Doch das verdiente Mass wurde in diesem allgemein erhobenen Vorwurf der Käuflichkeit gewiss überschritten. Der König selbst hat seine Hände meistens rein gehalten. Sein deutscher Hof wurde mit deutschem, nicht mit englischem Gelde bezahlt.¹⁾ In dieser Beziehung ist Georg wohl Bothmers Rat gefolgt, der davor gewarnt hatte, für solche Zwecke die Civilliste in Anspruch zu nehmen.²⁾ Nur Engländer wurden zu Kammerherren ernannt, so wenig Georg auch die Dienste dieser *Lords of the Bedchamber* in Anspruch nahm. Der einzige Deutsche, welcher ein englisches Hofamt erhielt, war Baron Schütz. Der aber konnte, weil auf englischem Boden geboren, als britischer Unterthan gelten.

Wenn also die Deutschen von dem Besitze der Ämter ausgeschlossen blieben, so war darum ihre Macht nicht geringer. Bei der Einrichtung seiner Regierung war Bothmers Wort entscheidend gewesen. Auch fortan hörte Georg, der sich hier sonst unter lauter Fremden sah, am liebsten den Rat seiner deutschen Minister. Der leitende hannövrish Minister Bernstorff und der mit den englischen Verhältnissen nun schon so wohlvertraute Baron Bothmer waren in den ersten Jahren fast die wichtigsten Figuren am Hofe Georgs I.

Der Staatsminister Andreas Gottlieb von Bernstorff war dem Greisenalter nicht mehr fern, als er Georg I. nach England begleitete. Er hatte schon mehrerer Herren Gunst genossen³⁾, war aus mecklenburgischen Diensten in die des Herzogs Georg Wilhelm von Celle übergegangen und als dieser 1705 starb, in Hannover Minister geworden. So hatte er Gelegenheit genug gehabt, reiche Erfahrungen zu sammeln, mit allen politischen Fragen Europas bekannt zu werden. Die neue Stellung seines Herrn, und damit auch seine eigene, fasste er in grösstem Sinne auf. Er vermochte nicht einzusehen, warum er nicht ebenso frei dem Könige von England seinen Rat erteilen sollte, wie bisher dem Kurfürsten von Hannover.

¹⁾ Bonet 24. Dec. 1714/4. Jan. 1715. G. St.-A. — ²⁾ Bothmer an Görz 27. Aug./7. Sept. 1714. B. M. — ³⁾ Bernstorffs Selbstbiographie (her. v. Köcher, Programm des Kaiser-Wilhelms-Gymnasiums zu Hannover 1877) giebt nur eine Reihe von dürren Notizen. Vergl. auch die vom Herausgeber S. 3, Anm. genannten Nachweise. Bodemann, Ilten S. 158.

Graf Halifax wusste wohl, mit wem man sich jetzt zu verhalten habe, als er wenige Wochen nach dem Thronwechsel nach Hannover schrieb¹⁾: „Sein (Bernstorffs) Ansehen beim Könige, seine Klugheit, seine hohe Begabung werden für die Nation von unschätzbarem Nutzen sein.“ Schon im Haag hat Bernstorff, wie wir wissen, sich eifrig in Erörterungen über die verwickelte Barriere-Angelegenheit eingelassen und sogar Zusagen erteilt, deren Tragweite er selbst noch gar nicht ermessen konnte. In London trat er in nahe Beziehungen zu Townshend, der sich zuzeiten gänzlich seiner Leitung hinzugeben schien. Über hannövrische wie über englische Dinge, über auswärtige und innere Fragen urteilte er und gab nicht selten den Ausschlag. Seine grosse Macht beruhte namentlich auf seinem persönlichen Ansehen bei der Hofgesellschaft. Da gefiel er sich in der Rolle des weisen Mannes, der von einem zum andern ging, hier einen Rat, dort eine Belehrung erteilte, der alle Fragen wie seine eigenen Angelegenheiten behandelte, namentlich die Besetzungen oder Verschiebungen der Ämter, bei denen er selbst als Ausländer ja niemals in Betracht kommen konnte. Alles schien er zu wissen oder, wo es nicht der Fall war, sich auch nicht darum bemüht zu haben. Bei vielen Engländern galt er als ein Mentor an Weisheit und politischem Verstand.²⁾ In einem aber sah er sich doch zuletzt getäuscht, in der Person seines Herrn. Zum ersten Male verlor Bernstorff die ruhige Fassung, er war wie gebrochen, als König Georg ihm seine jahrelangen, treuen Dienste mit schnöder Ungnade vergalt.

Hinter dem Staatsminister von Bernstorff stand ein anderer Mann, der in bescheidenerer Stellung, aber darum keineswegs ganz unbemerkt, einen bedeutenden Einfluss auf die öffentlichen Geschäfte ausübte, Jean Robethon.³⁾ Als französischer Protestant hatte er ehemals nach der Aufhebung des Edikts von Nantes sein Vaterland verlassen und sich nach Holland gewandt. Dort war er Wilhelm III. nahegetreten. Als sein Privatsekretär war er dem Könige und Statthalter in seinen beiden Reichen von ungeheurem Nutzen. Für sich selbst empfing er im Dienste des grossen Staatsmannes eine Schulung, die ihn fähig machte, die schwierigsten diplomatischen Geschäfte ab-

¹⁾ Halifax an Robethon 24. Aug. 1714. B. M. — ²⁾ Bonet 8./19. Febr. 1715. *Le Ministre d'Etat de Bernstorff continue à être à la tête de la confiance comme des affaires du Roi, et il passe parmi les Anglais pour un Mentor en sagesse et en politique.* — ³⁾ Die Nachrichten über Robethon sind von R. Pauli gesammelt. Vergl. Aufsätze zur engl. Geschichte S. 349 u. Anm. u. S. 381. Nachrichten von der K. Gesellschaft der Wissenschaften. Göttingen 1881. S. 265 ff. u. 409—37. Vergl. ferner Klopp, Leibniz' Werke S. LVI—LVII u. 496.

zuwickeln. Und Robethon brachte dazu eine natürliche Begabung, schnelle Auffassung, unermüdliche Arbeitskraft mit, eine wunderbare Beweglichkeit des Geistes und, was ihn besonders brauchbar machte, die Fähigkeit sich mit der gleichen Gewandtheit im französischen und englischen Stil auszudrücken. Nach dem Tode seines Gönners verliess er England. Man findet ihn nun am Hofe des Herzogs Georg Wilhelm von Celle und in Verbindung mit dem Minister von Bernstorff. Wie dieser ist er 1705 in den Dienst des Kurfürsten Georg Ludwig eingetreten; als sein Privatsekretär kam er 1714 nach England.

Man ist nach dieser wechselvollen Laufbahn des Mannes versucht, ihn zu jenen im 17. Jahrhundert so häufig, aber auch im 18. nicht selten begegnenden Männern zu zählen, die, mehr gewandt als charaktvoll, heute diesem, morgen jenem Fürsten mit Kopf und Hand dienen. Es kostet sie nichts, den Herrn oder die Sache, für die sie wirken, zu vertauschen oder Bestrebungen zu unterstützen, die gegen ihr eigenes Vaterland oder gegen ihren Glauben gerichtet sind. Nur in einem Punkte bleiben sie sich treu, in der Sucht nach persönlichen Ehren und Vorteilen. Gleichwohl würde man Robethon Unrecht thun, wollte man ihn schlechtweg diesen abenteuernden Politikern gleichstellen. Im Dienste des Welfenhauses hat er mit völliger Hingebung für ein grosses Ziel gewirkt, für die Durchführung der protestantisch-hannövrischen Thronfolge in England. Der Kurfürst war, wie wir wissen, nichts weniger als eifrig in der Bemühung für seinen britischen Anspruch. Er würde froh sein, so ward noch 1714 über ihn geurteilt¹⁾, wenn er nur in Ehren davon loskommen könnte. Robethon hat gleichwohl mit unendlicher Rührigkeit dafür gearbeitet, Verbindungen unterhalten und Korrespondenzen geführt mit gleichgesinnten Politikern an vielen Orten, insbesondere auch mit Parteimännern in England. Ohne ihn, so hat ein Kenner erklärt²⁾, wäre Kurfürst Georg Ludwig nie König Georg geworden. Und man muss nicht vergessen, wie teuer dem um seines Glaubens willen vertriebenen Hugenotten die Sache des Protestantismus war, für die er also eintrat.

Mit seinen Kenntnissen und seiner Geschicklichkeit musste Robethon auch am englischen Hofe wieder eine bedeutende Rolle spielen. Schon in Hannover hatte man von ihm gesagt³⁾, dass er Bernstorff regiere. In England müssen solche Behauptungen noch mehr Grund gehabt haben, wo Robethons Kenntnisse und Geschick-

¹⁾ Klopp. Leibniz' Werke IX, 469. — ²⁾ Spittler in Meiners u. Spittler. Gött. hist. Magaz. I, 546, citiert bei Pauli a. a. O. S. 266. — ³⁾ Coxe, Walpole II, 44.

lichkeit ihn dem Minister vollends unentbehrlich machten. Dass er zugleich seinen Einfluss beim Könige zum eigenen Vorteil zu verwerthen wusste, ist gewiss.¹⁾ Die meisten kannten nur die abstossenden Züge in seinem Wesen. Daher die harten Urtheile, die man über ihn liest; selbst die Prinzessin erklärte eines Tages, er sei ein Bube. Uns ziemt es mehr, von den Fähigkeiten und Kenntnissen des Mannes zu sprechen, die ihn in den Stand setzten, dem Könige und seinem deutschen Minister in allen wichtigen Fragen mit sicheren Ratschlägen an die Hand zu gehen.

Bernstorff nahm unter den Deutschen den ersten, Baron Bothmer den zweiten Platz ein. Bisher der Gesandte des Kurfürsten in London, blieb er nunmehr als hannövrischer Minister am Hofe seines königlichen Herrn. Jetzt, da es englische und deutsche Interessen nebeneinander zu vertreten galt, war Bothmer völlig an seinem Platz. Und wenn nun er, der Deutsche, zur Entscheidung in Fragen der britischen Politik mit herangezogen ward, so wurde seine Stellung dadurch doch kaum widerspruchsvoller als sie es schon am Hofe der Königin Anna gewesen war. Auch ihm ist von verschiedenen Seiten der Vorwurf der Habgier, der Bestechlichkeit gemacht worden²⁾; ich wage nicht zu behaupten, dass er ungerecht gewesen sei.

Neben Bernstorff und Bothmer war Baron Görtz der dritte der hannövrischen Minister, die nun in England eine Rolle zu spielen begannen. Ein Mann von vornehmen und verbindlichen Formen, seit vielen Jahren als Geheimer Rat und Kammer-Präsident an der Spitze der Finanzen des Kurstaats, die er mit Umsicht verwaltet hatte.³⁾ Für die in England zu verfolgende Politik hatte er seine eigenen Ideen. Seine persönlichen Beziehungen hatten ihn den Tories näher gebracht als den Whigs. Er vertrat den Gedanken, wenn nicht eines torystischen Regiments, so doch einer wenigstens aus beiden Parteien gemischten Regierung. Durch die Ereignisse und Bothmers Einfluss waren aber solche Pläne beseitigt worden. Da Görtz seine Verbindungen mit den Tories auch dann noch nicht aufgab, so ward er 1715 unter einem schicklichen Vorwande aus England entfernt.⁴⁾

¹⁾ Vergl. z. B. Lady Cowpers Diary 42, Mémoires de Ker de Kersland. Traduits de l'anglais. Rotterdam 1726. p. 172. Ker erzählt, man habe ihm gesagt, wenn er mit einem gewissen Anliegen bei der Regierung durchdringen wolle, so müsse er Robethon 500 Guineen geben, denn nur durch ihn sei Bernstorff zu gewinnen. — ²⁾ *Baron B(othmer) is said to take what money he can.* Montagu, State of affairs p. 19. — ³⁾ Vergl. das Urtheil von Itten bei Bodemann S. 158. — ⁴⁾ Bonet 8./19. Febr. 1715. G. St.-A.

Bernstorff und Bothmer aber drängten sich immer tiefer in die englische Politik hinein. Man kann sich vorstellen, wie sie dem langsam begreifenden Könige noch lange Zeit die verständlichsten unter seinen Beratern blieben. So trat denn Englisches und Hannövrisches, Inneres und Äusseres zuerst an diese beiden heran. „Noch ist es ein Geheimnis,“ schreibt der preussische Resident Bonet im Januar 1715, „dass von allen Geschäften die Staatsminister von Bernstorff und von Bothmer zuerst erfahren.“ Mit einzelnen der englischen Minister thaten sie sich dann zusammen und fassten entscheidende Beschlüsse. Es war, als ob das Kabinett gesprengt oder doch beiseite geschoben wurde durch eine kleinere Gruppe von deutschen und englischen Würdenträgern, unter denen die deutschen noch das grössere Gewicht besaßen. Ohne Scheu begaben sich, nur unter dem Schutze der Nacht, der Herzog von Marlborough, Mylord Townshend und Baron Bernstorff alle Abend in Bothmers Haus und dieses Quadrumvirat, wie Bonet es nennt, entschied alles.¹⁾ Bald trat Stanhope als fünfter in diese Gruppe ein. In der inneren Politik konnte diese Regierungsweise wohl nichts Schlimmeres als Beschränktheit und Einseitigkeit zu Tage fördern, denn hier gab es doch nur ein Interesse, das englische. Anders in der auswärtigen Politik, wo von jetzt an die hannövrischen Gesichtspunkte eine merkwürdige Rolle zu spielen begannen, oft genug zum Schaden Grossbritanniens. Die fremden Gesandten zu St. James's wandten sich ebenso oft und vielleicht lieber an Bernstorff und Bothmer als an Townshend und Stanhope. Kamen dann gar aufgeregte Zeiten wie beim Ausbruch der Rebellion von 1715, wo die schwierige Lage im Innern die ganze Aufmerksamkeit der einheimischen Minister in Anspruch nahm, so blieb das Auswärtige vollends den deutschen überlassen. Der kaiserliche Resident Hoffmann berichtet im September 1715, er habe sich zum Zwecke der ihm aufgetragenen Verhandlungen an die hannövrischen Minister halten müssen, weil Townshend durch die inneren Fragen so ganz erfüllt sei, dass er, wie auch Stanhope, „keine sonderliche Attention auf die auswärtigen machet.“²⁾

Wie eine Fremdherrschaft mutet es an, wenn man diesen deutschen Fürsten auf dem Throne von England sieht, umgeben von Räten, die dem Wohle der Nation innerlich ebenso fremd gegenüberstehen wie er selbst. Kein Wunder, wenn jetzt wenigstens die

¹⁾ Ähnlich in Hoffmanns Bericht vom 22. Febr. 1715. — ²⁾ Ähnlich Bonet 24. Juni/5. Juli 1715, die englischen Minister haben ihm gestanden, dass sie, bis die inneren Angelegenheiten sich mehr geklärt haben — es war die Zeit der Ministeranklagen — von nichts anderem hören oder sehen könnten.

auswärtige Politik oft nach hannövrischen Gesichtspunkten geführt wurde, wenn es manchmal den Anschein gewann, als sei Kurfürst Georg Ludwig nur darum König geworden, um eine so viel grössere Macht für die Interessen seines Stammlandes in die Wagschale werfen zu können. Fassen wir nur die ersten Jahre dieser Regierung in's Auge, bis dieselben nach innen und aussen fest begründet war, so finden wir ausser der glücklichen Sicherheit, mit der die Whigs ihre Herrschaft zu befestigen verstanden, zwar auch eine weitgreifende auswärtige Politik, deren Seele Stanhope ist und welche Grossbritannien an die Spitze der europäischen Mächte erhebt; daneben aber in andern Regionen des Weltteils ebenfalls eine mächtige britische Politik, schwierige und kostspielige Unternehmungen, unter englischem Namen ausgeführt, die aber mit England eigentlich nichts zu thun haben und vorzugsweise, wenn nicht ausschliesslich, dem Interesse des deutschen Stammlandes Georgs I. dienen. Bei der uns bekannten Beschaffenheit der Regierung Englands werden wir uns nicht darüber wundern. Es ist bei diesen Unternehmungen — ich denke an die nordischen Verwickelungen, von denen noch zu berichten sein wird — selbst zu einer, wenigstens für uns Nachlebende, offenkundigen Verletzung der *Act of Settlement*, d. h. zum Verfassungsbruche, gekommen. Und was konnte auch anderes daraus erwachsen, wenn ausländische Räte vor anderen das Ohr des Königs besaßen, und dieser König selbst an England erst in zweiter, an Hannover stets in erster Linie dachte? Es wäre zu viel gesagt, dass jeder Ratschlag, den Georg I. von Bernstorff oder Bothmer in englischen Dingen entgegennahm, verfassungswidrig gewesen sei. Gegen den Buchstaben des Gesetzes hütete man sich wohl zu verstossen. Dass aber dieser, um einen modernen Namen zu wählen, unkonstitutionelle Einfluss auf die Krone wenigstens dem Geiste der englischen Verfassung zuwider war, kann einem Zweifel nicht unterliegen.

Wir kehren noch einmal zur Person Georgs I. zurück. Vieles von dem Gesagten hat seinen Grund in der Unzulänglichkeit des Königs. Man möchte ihn, der zu gewaltiger Machtstellung berufen ist und dabei so hülflos erscheint, dem Piloten vergleichen, dem die Führung eines stolzen Schiffes anvertraut ist, ohne dass er die Griffe kennt, mit denen er das mächtige Steuerrad, an dem er steht, regieren sollte. Am schwersten fiel immer die Unkenntnis der Sprache in's Gewicht. Der König konnte mit seinem Volke nicht reden; die Gesetze des Landes vermochte er in der Sprache, in der sie geschrieben waren, nicht zu lesen. Im Kabinettsrate konnte er nicht mehr den Vorsitz führen. Seine Thronreden sprach er nicht

selbst; er stand stumm neben dem Lord Kanzler, der es in seinem Namen that. Und wenn er doch einmal öffentlich einige englische Worte zu sagen hatte, so mögen sie ungeschickt genug in seinem Munde geklungen haben.

Der König versammelte sich nicht mehr regelmässig mit seinen Ministern. Er empfing bald diesen, bald jenen, wie die Geschäfte es erforderten. Überhaupt vermochte er sich ja nur mit denjenigen zu verständigen, welche französisch sprachen, was nicht bei allen der Fall war. Das Deutsche verstand gewiss kein einziger. Die Staatssekretäre freilich mussten stets, um nur mit den fremden Diplomaten verkehren zu können, des Französischen mächtig sein. Mit ihnen konnte der König also regelmässig, d. h. wer immer die Träger des Amtes waren, sich beraten, ein Umstand, der zusammen mit dem natürlichen Bedürfnisse des Königs, welcher für die auswärtigen Fragen weit mehr Interesse und Verständnis besass als für die inneren. Dagegen waren es manchmal die tüchtigsten unter den übrigen Ministern, welche das Unglück hatten, nicht französisch zu sprechen, also mit Georg I. in Person nicht reden konnten. Zu diesen gehörte selbst der ruhmreiche Lord Somers und der Kanzler Cowper. Als Robert Walpole nachmals zum leitenden Staatsmanne emporstieg und dieselbe Schwierigkeit entstand, verfiel er auf den Ausweg, eine Verständigung mit seinem Herrn in lateinischer Sprache, die übrigens beide gleich stümperhaft handhabten, zu suchen.¹⁾ Man stelle sich diesen König und seinen ersten Minister vor, die gezwungen sind, über die lebendigen Interessen einer mächtigen Nation in der Sprache längstvergangener Jahrhunderte miteinander Rat zu pflegen. Selbst diejenigen unter den Ministern, welche französisch sprachen, hatten noch genug Schwierigkeiten, wenn es galt, dem mit der Sache wie mit der Sprache gleich unbekanntem Monarchen die technischen Einzelheiten der Staatsgeschäfte verständlich zu machen, wo es doch in so vielen Fällen an einem Seitenstücke in den festländischen Verhältnissen und also auch an einem den Begriff treffend bezeichnenden französischen Ausdrucke völlig fehlte. Welche Mühe machte es dem sonst so gewandten Grafen Nottingham²⁾, wenn er seinem Könige über die Verhandlungen im *Privy Council* mündlich berichten sollte. Wie manches Mal gab Georg seine Zustimmung, setzte er unter

¹⁾ Horace Walpole, *Reminiscences*. — ²⁾ Selbst der recht gehässig urteilende Swift gesteht Nottingham „a facility of utterance“ zu (*Four last years*. Works V, 179).

ein Dokument in schwerfälliger Schrift sein *George R.*, ohne recht zu wissen, um was es sich eigentlich handelte.¹⁾

So verfuhr der König in den inneren Angelegenheiten mit einer gewissen Oberflächlichkeit. Anders war es in der auswärtigen Politik, an welcher Georg I. sehr regen Anteil nahm. Hier wurden ihm alle wichtigeren Schriftstücke in französischer Übersetzung vorgelegt. Im allgemeinen wurden diese Übersetzungen in London angefertigt; gelegentlich fügten die Gesandten im Auslande sie auch schon ihren Berichten hinzu, oder schrieben dieselben gleich in französischer Sprache. Ein fester Brauch kam erst im Anfange des Jahres 1717 auf, als der König von seiner Reise nach Hannover zurückgekehrt war. Um diese Zeit wurden die englischen Diplomaten an fremden Höfen angewiesen, ihre für das auswärtige Amt bestimmten Originalberichte in englischer Sprache zu verfassen, denselben aber regelmässig französische Übersetzungen für den König hinzuzufügen.²⁾ Um ihnen die Mühe etwas zu erleichtern, wurde wohl die Bemerkung hinzugesetzt, dass sie in diesem Falle nicht gerade das beste Französisch zu schreiben brauchten.³⁾ —

Nachdem also in den ersten Wochen und Monaten nach der Landung Georgs I. die neue Regierung sich völlig eingerichtet hatte, erhielt alles erst die rechte Weihe am Tage der Krönung Georgs I. Am 20. Oktober a. St. fand die prunkvolle Feier statt.⁴⁾ Man hatte dieselbe so lange hinausgeschoben, um vorher die Ankunft der Prinzessin von Wales abwarten zu können, obwohl dieselbe dem feierlichen Akte mit ihren Töchtern nur zuzuschauen hatte. Denn da die Königin fehlte, so blieben auch alle übrigen

¹⁾ *Cela fait, que S. M. donne souvent son consentement à des choses qu'il n'entend pas bien et dont il ne comprend pas toutes les raisons.* Bonet 24. Dez. 1714/4. Jan. 1715. G. St.-A.

²⁾ So z. B. in dem Briefe Stanhopes an Stanyan in Wien vom 25. Jan. (a. St.) 1717. R. O. Vergl. die Anmerkung bei Wiesener, *Le Regent, l'abbé Dubois et les Anglais* p. 9, die aber einer Ergänzung im Sinne unserer Darstellung bedarf.

³⁾ Rescript an Crawford in Paris vom 7. März 1717. R. O.

⁴⁾ Für die Einzelheiten der Krönung sind ausser den Gesandtschaftsberichten und dem *Theatrum Europaeum* namentlich noch benutzt: „Umständliche Relation der Reise Sr. Königl. Maj. Georg des I. . . . nebst allen Ceremonien der Einholung und Krönung. Hamburg 1714.“ und „Ausführliche Nachricht von den Engländischen Krönungen wie es mit selbigen so wohl zu Zeiten der vorigen Könige und Königinnen gehalten, als auch, wie sie am 31./20. October dieses Jahres von Sr. jetzigen Königlichen Majestät von Gross-Britannien gefeyret worden ist Hamburg 1714.“ Die letztgenannte Schrift findet sich fast vollständig abgedruckt bei Lünig, *Theatrum ceremoniale* p. 1336 bis

Damen von dem Krönungszuge ausgeschlossen, wodurch derselbe etwas weniger glänzend ausfiel als bei den drei letzten Krönungen, die wohl mancher der Zuschauer noch gesehen hatte.

Ein sechsspänniger, über und über vergoldeter Galawagen, der heute die Bewunderung aller Besucher von Herrenhausen erregt, führte am Morgen um 8 Uhr den König nebst dem Prinzen und der Prinzessin von St. James's nach Westminster. Der König legte das prächtige Krönungsgewand an, das von rotem Sammet und mit Gold eingefasst war, darüber den mit Hermelin gefütterten Talar, und eine mit Juwelen besetzte Kopfbedeckung. Um ihn sammelten sich die Lords und Bischöfe und in Westminster-Hall trat man in die vorgeschriebene Ordnung zum Krönungszuge. Unterdessen waren die Reichs-Insignien unter starker Bedeckung auf der Themse vom Tower nach Westminster gebracht worden und denjenigen Personen übergeben, die sie im Zuge tragen sollten. Nunmehr setzte dieser sich in Bewegung und nahm seinen Weg über ein Gerüst, das zwischen Westminster-Hall und der Abteikirche errichtet war. Zu beiden Seiten desselben war Mann bei Mann die Garde zu Fuss aufgestellt, hinter derselben die berittene Garde. In langem Zuge schritten über dieses Gerüst der Kirche zu Musikanten und Schreiber, die Aldermen von London und die Hofbeamten des Königs, die höchsten Richter des Landes, die Chorknaben der St. Peterskirche und der Dekan von Westminster, Franz Atterbury, Bischof von Rochester. Dieser war ein bekannter Jacobit, durfte aber um seines Amtes willen nicht fehlen. In kostbaren Gewändern schritten die Geheimen Räte dahin, zunächst nur diejenigen, welche nicht zugleich Pairs waren. Ihnen folgten in Gruppen, dem Range nach ansteigend, die Mitglieder des Oberhauses, zuerst die Barone, dann die Bischöfe, ihre viereckigen Mützen in den Händen tragend, weiter die Viscounts, die Earls, die Herzoge, jeder mit seinem Krönlein in der Hand. Heute zum ersten Male nahmen auch die schottischen Pairs an der Feier teil. Auf die Lords vom Oberhause folgte bald Graf Wharton als Geheimsiegel-Bewahrer, Graf Nottingham

1359 und p. 1378—1384, jedoch ohne Angabe der Quelle. Für die allgem. Darstellung der Krönungsceremonien englischer Könige ist in dieser Schrift namentlich Sandford, *History of the Coronation of King James II.* London 1687 zu Grunde gelegt. Die specielle Darstellung der Krönung Georgs I. verweist oft auf jene allgemeinen Normen, die sich aber doch eigentlich nur auf Jacob II. beziehen und von denen es manchmal zweifelhaft erscheint, ob sie in allen Einzelheiten wirklich auch bei der Krönung Georgs I. wieder zur Anwendung kamen.

als Präsident des Geheimen Rats, der Erzbischof von York und William Cowper, der Lord-Kanzler. Der Ordnung nach hätte nunmehr der Erzbischof von Canterbury folgen sollen — es war Dr. Tenison, der am Totenbette Marias und Wilhelms III. gestanden hatte —; seines hohen Alters wegen war es ihm erlaubt, den König erst an der Pforte der Kirche zu erwarten. Man wurde an längstvergangene Zeiten der englischen Geschichte gemahnt, wenn man jetzt im Zuge jene zwei Personen in roten hermelinumsäumten Mänteln erblickte, von denen die eine den Herzog von Aquitanien, die andere den der Normandie vorstellen sollte. Hinter diesen schritten Edelleute, welche einige der Reichsinsignien¹⁾ trugen, den goldenen Stab St. Eduards, das mit Juwelen reich besetzte königliche Scepter, die goldenen Sporen und die drei Schwerter, welche die richtende Gewalt des Königs versinnbildlichten: das geistliche Schwert, das Schwert ohne Spitze, Curtana genannt, welches die Güte des Herrschers vorstellen sollte und das weltliche Schwert mit der Spitze. Auf diese folgte der Lord Mayer von London, angethan mit einem Gewande von rotem Sammet und den Juwelen der Stadt, den goldenen Stab, das Abzeichen seiner Macht in der Hand. Noch einige Würdenträger und es folgte der Prinz von Wales in prächtiger Kleidung von Karmoisin-Sammet mit Hermelin gefüttert. Er allein durfte mit Erlaubnis des Königs bedeckten Hauptes im Zuge schreiten. Ehe der Herrscher selber nahte, wurden vor ihm die übrigen Insignien von einigen Grossen getragen, das Scepter mit der Taube, die sogenannte St. Eduards-Krone, die aber in Wahrheit für die Krönung Karls II. neu verfertigt war, und der Reichsapfel. Der ehrwürdige Bischof Burnet von Salisbury, der Berater Wilhelms III., trug die Bibel, ein anderer den Kelch dem Könige voran. Und nun kam endlich dieser selbst in seinem prächtigen Krönungsgewande bedeckten Hauptes unter einem goldenen Himmel, welchen die Barone der fünf Häfen trugen; auf jeder Seite ging ein Bischof. Die Schleppe des königlichen Mantels wurde von vier jungen Lords, den Söhnen englischer Pairs, getragen. Soldaten beschloss den Zug. Ungeheuer war die Menge Volkes, welche der Prozession zuschaute, als sie in die Kirche wandelte.

Daselbst war ein ärgerlicher Rangstreit zwischen den Botschaftern von Sicilien und Venedig entstanden, aber bald beigelegt worden. Nachdem der König in die Kirche eingetreten, begann

¹⁾ Eine Beschreibung der Reichsinsignien findet sich bei Lünig, *Theatrum ceremoniale I*, 1337 ff., ebenfalls entnommen aus „Ausführliche Nachricht etc.“ p. 12 ff.

die feierliche Handlung mit den gewöhnlichen Gesängen. Alsdann erhob sich der König und der Erzbischof von Canterbury richtete an die versammelte Menge nach den vier Himmelsrichtungen hin viermal die Frage, ob sie den neuen König willig als solchen annehmen wollten; die Versammlung rief jedesmal „Gott erhalte den König“. Frage und Antwort deuten auf die altenglische Anschauung, dass niemand König sei, den nicht das Volk gewählt hat. So durften ja auch die Frankfurter Bürger ihre Einwilligung durch Zurufe kundgeben, so oft ein römischer Kaiser oder König gewählt war; dies allein hatte sich in Deutschland die langen Jahrhunderte hindurch erhalten von dem uralten Rechte der freien Volksgenossen, den König zu küren.

In der üblichen Form nahm nun der Gottesdienst seinen Fortgang, der König brachte ein golddurchwirktes Tuch und einen Beutel Goldes kniend zum Opfer dar, dann hielt der Bischof von Oxford die Predigt über die Worte des 118. Psalms: „Dies ist der Tag, den der Herr macht; lasst uns freuen und fröhlich drinnen sein.“ Und er deutete diesen Psalm als ein Gedicht Davids, als er zum Könige über Israel gesalbt worden sei. Da lag auch der weitere Vergleich mit den gegenwärtigen Umständen nicht fern. Erst als Isboseth ermordet worden, konnte die Erhebung Davids in Israel erfolgen. So drohte auch in England die Herrschaft eines Isboseth: Ein Jeder verstand, dass der Prätendent gemeint war. Gott aber habe es gnädig gefügt, dass König Georg auf friedlichem Wege zum Throne gelangt sei. Und völlig rückhaltlos auf die politische Lage übergehend, führte der Bischof aus, wie man dem Höchsten Dank schulde, dass er die Königin Anna zu einer Zeit habe sterben lassen, wo die auswärtigen Freunde des Prätendenten noch nicht imstande gewesen seien, durch seine Anhänger im Lande selbst einen Aufstand zu erregen. So sei England gnädigst bewahrt worden vor einem Könige, der, nach den Gebräuchen der französischen Tyrannei und den Grundsätzen des papistischen Aberglaubens erzogen, das Land nach seiner Willkür beherrscht haben würde. Schon habe man zwei papistische Regierungen kennen gelernt, aber wenn jene Könige das Volk mit Peitschen gezüchtigt hätten, so würde dieser es mit Skorpionen züchtigen. Nicht die Grundsätze des Papismus allein, sondern auch den Geist der Rache würde ein solcher König in's Land getragen haben. Das Volk wäre durch schwere Auflagen bedrückt worden und am Ende wäre wohl ganz England zu einer Provinz Ludwigs XIV. geworden. Nicht minder beredt wusste der Bischof die Segnungen zu preisen, welche

dieses neue Königshaus über Grossbritannien bringen werde. Die Enkelkinder des Königs seien wie Unterpfänder für die dauernde Glückseligkeit der englischen Nation.

Nach der Predigt erfolgte die Eidesleistung durch den König. Er musste schwören, das Volk von England bei seinen Gebräuchen, Freiheiten und Gesetzen zu lassen, die Rechte und Freiheiten der Gemeinen zu verteidigen und ein Beschützer der protestantischen Religion, der Geistlichkeit und aller Privilegien der Kirche sein zu wollen. Auch die schottische Kirche ward dabei, zum Unterschiede von allen früheren, vor der Union geschehenen Krönungen, zum ersten Male ausdrücklich genannt. Der König gelobte alles, indem er kniend die Hand auf das Evangelium legte. Dann wurde er gesalbt, mit den Krönungsgewändern und den Regalien angethan und unter dem jubelnden Zuruf der Menge setzte endlich der Primas die Krone Eduards des Bekenners auf das Haupt des neuen Königs. Auch dem Prinzen von Wales ward eine Krone aufgesetzt und zugleich bedeckten sich die anwesenden Pairs¹⁾ mit ihren Kronen, die Bischöfe mit ihren Mützen. Auf dem Dache der Kirche ward eine Fahne aufgesteckt und alsbald trugen die Feuerschlünde des Towers und die von Hyde-Park weithin die Kunde, dass der neue König gekrönt sei.

In der Kirche nahm die Handlung ihren Fortgang. Das Te Deum ward gesungen, die Huldigung erfolgte, der erste, der dem Könige Treue gelobte, war der Prinz von Wales; alle Grossen des Reiches traten nach ihm an den Thron heran, berührten die königliche Krone und küssten die linke Wange des Monarchen. Unterdessen wurden Denkmünzen unter die Menge gestreut. Auf denselben erblickte man die Britannia, wie sie Georg eine Krone auf's Haupt setzt.

Nachdem der König das Abendmahl empfangen hatte und der Gottesdienst beendet war, kehrte der Krönungszug in der früheren Ordnung wieder nach Westminster-Hall zurück. Auf dem Haupte des Königs prangte eine neu angefertigte Staatskrone; den Wert der darauf befindlichen Steine schätzte man auf 200,000 £. Scepter und Reichsapfel trug er in den Händen. Der Prinz von Wales und die Pairs, alle trugen jetzt ihre Kronen auf dem Kopfe. In der altherwürdigen Westminster-Hall, wo seit den normännischen Zeiten die englischen Herrscher am Tage ihrer Krönung zu tafeln pflegten,

¹⁾ Nicht auch die Peeressen wie Klopp XIV, 668 erzählt; auch aus dem von ihm benutzten Berichte Hoffmanns vom 2. Nov. hätte er ersehen können, dass, wie erwähnt, keine Damen an der Feier handelnd teilnahmen.

liess der eben gekrönte König sich mit dem Prinzen von Wales zum Festmahl nieder. Auf einer erhöhten Bühne war ihnen die Tafel gedeckt; an etlichen andern Tischen nahmen die Edelleute und die Grossen des Hofes Platz. Die Beschreibungen der Krönungsfeste wissen viel von den Hunderten und Tausenden warmer und kalter Schüsseln zu berichten, die hier aufgetragen und endlich, wenn die Festversammlung den Saal verlassen hatte, der zuschauenden Menge preisgegeben wurden; die Prinzessin von Wales beobachtete von ihrer Loge aus mit Ergötzen das Schauspiel, wie in einem Augenblicke alles verschwunden war. Während der König tafelte, fehlte nach alter Weise auch nicht das anmutige Schauspiel des königlichen Fechters, welcher für das Recht des Neugekrönten gegen jedermann zu streiten sich erbot. Trompeter und Herolde gingen ihm voran; er selber, zwischen zwei berittenen Begleitern, naht sich auf weissem Rosse, vom Wirbel bis zur Zehe in dräuender Kriegerüstung. Seinen eisernen Handschuh wirft er auf den Boden, um jeden zum Kampfe auszufordern, der leugnen oder selbst nur bezweifeln wolle, dass König Georg nicht rechtmässiger Erbe des Reiches sei, dessen Krone er empfangen habe. Den will er Lügen strafen und nennt ihn einen Verräter. Lächelnd trinkt der König seinem getreuen Kämpen zu und schenkt ihm den goldenen Becher, daraus er getrunken.

Mit aller herkömmlichen Pracht war also die Krönung des neuen Königs begangen worden. Manche wollten ein Zeichen der göttlichen Gnade darin erblicken, dass an diesem Tage die helle Sonne schien, während vorher und nachher das in England um diese Jahreszeit gewöhnliche trübe Regenwetter herrschte. Der Adel war in grosser Zahl in der Hauptstadt erschienen. Selbst Oxford und Bolingbroke, so wenig sie von der Gnade Georgs noch zu hoffen hatten, nahmen an der Prozession teil und küssten huldigend die Wange des Königs. Dem Herkommen gemäss wurden anlässlich der Krönung auch etliche Standeserhöhungen vorgenommen. Die Schaffung von acht neuen Pairs diente zugleich dazu, den Einfluss der Krone im Oberhause zu verstärken und die seit dem Pairsschub von 1712 überwiegende Torypartei wieder in den Hintergrund zu drängen. Fast war man in Verlegenheit, für alle die neuen Pairswürden auch neue Titel zu finden. Oft war die Örtlichkeit, von welcher der Adelstitel genommen wurde, recht weit von dem Wohnsitze des Erhöhten entfernt. Darauf aber war man allerdings bedacht, die Pairie nur solchen zu verleihen, welche im Besitze eines standesgemässen Vermögens waren. Es war herkömm-

lich geworden, dass die Krone verarmten Pairs eine Pension von 500 £ zahlte¹⁾, und man wollte diese Last nicht noch vergrössern. Einzelne Männer lehnten die ihnen zugeordneten Würden ab, so der Staatssekretär Viscount Townshend die Erhebung zum Earl.²⁾ Der erste Flottenkommissar Graf Orford schlug den Hosenbandorden aus, weil der König so viele andere Grosse sich verpflichten müsse. Er war es ja auch, der kürzlich den höheren Gehalt von 3000 £ zurückgewiesen, und sich wie die übrigen Flottenkommissare mit 1000 £ zufrieden erklärt hatte.³⁾

Der Jubel des Krönungstages pflanzte sich fort von der Hauptstadt durch das Land und fand in allen Teilen des Reiches begeisterten Widerhall. Daneben wollte es nicht viel bedeuten, wenn in Bristol und einigen andern Städten die Jacobiten sich bemerkbar machten.⁴⁾ Hie und da kam es selbst zu Blutvergiessen, aber die Ordnung ward bald wieder hergestellt. Auch in Schottland und Irland verlief die Feier des Krönungstages ohne erhebliche Störung. In Edinburg wusste man sich nicht genug zu thun in Beweisen der Anhänglichkeit an das neue Königshaus.

So war der fremde Fürst, welchen das Gesetz auf den britischen Thron gerufen hatte, mit der Krone Eadwards des Bekenners geschmückt worden. Fremd, wie er gekommen war, ist er in England gleichwohl geblieben. Kein Zweifel, dass das hannövrise Königtum manchen Widerspruch in sich barg, dass die Verbindung des Inselstaates mit einem festländischen Gemeinwesen früher oder später einmal zu ernstern Übelständen führen musste. Die Haltung des ersten Königs aus der neuen Dynastie war eher dazu angethan, die Schwierigkeiten zu verschärfen, als sie zu vermindern.

Aber dennoch, wie verschwinden am Ende diese nachteiligen Folgen vor den Segnungen der protestantischen Thronfolge. Für alles, was England seither gross gemacht hat, ist durch sie erst Raum und Bewegung geschaffen worden. Die Ideen von 1688 hatten gesiegt. Und ihre Stärke trat jetzt noch weit klarer hervor als damals bei der Berufung des Oraniers. Wilhelm war doch der mächtige Geist, welcher den Widerstand gegen das französische System in Europa erweckt hatte; und eben diesem Widerstande

wollte die englische Nation sich anschliessen. Wilhelms Gemahlin war die nächste zum englischen Throne, wenn wirklich Jacob II. der Krone entsagt hatte und einen echten männlichen Erben nicht besass. Georg I. hingegen war eben nur als Protestant, nicht um seiner Person und auch nicht um seiner Politik willen berufen worden; die Begründung seines verwandtschaftlichen Anspruchs erschien vollends wie ein Hohn auf alles Erbrecht.

Damit waren denn Königtum und Verfassung in England auf alle Zeiten an die Voraussetzungen der glorreichen Revolution gebunden. Wie ungereimt erscheint doch der Einwand der Gegner Hannovers, dass diese Könige eines Tages auf den Gedanken kommen könnten, in England so absolut regieren zu wollen, wie sie es in Deutschland gewohnt seien. Eben das volkstümliche Element in der Verfassung war ja 1714 zum Siege gelangt. Und nun erhielt erst unter der Herrschaft der George der englische Parlamentarismus seine klassische Gestalt. Grossbritannien wurde mächtig auch auf dem Festlande. Es gewann die Herrschaft über die Meere. In den fremden Welten gelangte es zu einer solchen Fülle von Besitz und Einfluss, dass es die Mitbewerber unter den europäischen Nationen weit aus dem Felde schlug. So bestanden nebeneinander Freiheit im Innern und Machtentfaltung nach aussen. Die Schwächen des hannövrise Königtums vermochten den Aufschwung einer starken Nation nicht zu hemmen. Die protestantische Thronfolge selbst ist also ein Grundstein der Grösse Englands geworden.

¹⁾ Beilage zu Bonets Bericht vom 19./30. Oct. 1714. G. St.-A. — ²⁾ Bothmers Diarium 15./26. Oct. 1714. H. A. — ³⁾ Hoffmann 30. Oct. 1714. W. St.-A. — ⁴⁾ Vergl. Theatrum Europaeum 1714, 281. Geringere Ausschreitungen kamen vor namentlich in Norwich, Worcester, Bridgewater, Reading, Chippenham, Taunton. Historie od. Nachricht von dem Betrieb der letzten Ministres u. Unter-Hauses von Gross-Britannien 1715, p. 35.

Zweites Kapitel.

Die Ministeranklagen.

Jede grosse Wandlung, jeder Fortschritt im historischen Leben muss nicht nur erstritten, sondern auch mit harter Anstrengung verteidigt und behauptet werden. Erst wenn das Neue im Kampfe gegen die Mächte des Rückschritts seine Lebenskraft erprobt hat, kann es Geltung gewinnen und dauernd werden. Mit der leichten Durchführung der protestantischen Succession in England war das letzte Wort doch noch nicht gesprochen. Die anfangs überraschten Gegner besannen sich auf ihre alten Ziele, auf die Kräfte, die ihnen zur Erreichung derselben noch geblieben waren oder vielleicht auch neu hinzukommen mochten. Wenn sich die neue Regierung starke Blößen gab, so war ein Angriff sicher.

Er ist nicht ausgeblieben. Ein Jahr nach dem Thronwechsel begann für die Herrschaft Georgs I. die schwerste Krisis, ein harter Kampf um die Existenz. Noch waren es nicht eigentlich die aus dem Wesen des Fremden, des hannövrischen Königtums entspringenden Missstände, welche dies zur Folge hatten. Berauscht durch ihr anfängliches Gelingen, liessen sich vielmehr die siegreichen Whigs zu einer Übertreibung ihrer Prinzipien fortreissen. Indem sie die Politik ihrer Gegner als verbrecherisch zu behandeln und zu ahnden sich anschickten, haben sie für sich selbst eine wirkliche, ernste Gefahr heraufbeschworen. Einen Augenblick schien sich dem stuartischen Prinzen die Aussicht aufzuthun, den Thron seiner Väter besteigen zu dürfen. In Wahrheit konnte sie sich nicht erfüllen. Der Angriff wurde abgeschlagen und die neue Ordnung gewann im Innern und nach aussen die Festigkeit, welcher sie vorher entbehrt hatte.

Noch haben wir zu erzählen, wie die herrschenden Whigs auch im Parlamente die Oberhand gewannen. Vom ersten Tage an war darauf die vornehmste Sorge der Regierung gerichtet. Denn ganz Partei wie sie war, hätte sie sich einer feindlichen Mehrheit im

Unterhause gegenüber nicht zu behaupten vermocht. Das hatte die Geschichte der Königin Anna zur Genüge gelehrt. Georg I., in seinem heimatlichen Staate ein absoluter Herr, bekam in England schnell genug zu fühlen, wie er hier nach allen Seiten abhängig war. „Der König,“ so schrieb der kaiserliche Resident Hoffmann im Oktober 1714, „hat zwar seine Regierung ohne die geringste Schwierigkeit und Hindernis angetreten, dürfte aber dem Ansehen nach bei einer so dividierten Nation, die unmöglich zu vereinigen und zu vergnügen ist, seine besten und ruhigsten Tage jenseits des Meeres gelassen und zugebracht haben.“

Das noch zu Lebzeiten der Königin Anna berufene und bisher nicht aufgelöste Parlament durfte nach der Regentschaftsakte von 1706 noch sechs Monate lang unter dem neuen Herrscher versammelt bleiben, wenn er es nicht vorher auflösen würde.¹⁾ So war die Frist begrenzt, welche die Regierung benutzen mochte, um die Wahlen nach ihren Wünschen zu lenken. Das alte Parlament trat nach der Ankunft des Königs nicht mehr zusammen. Im Januar 1715 ward es aufgelöst und im selben Monate noch die Wahlen für das neue ausgeschrieben. Die zu diesem Zwecke erlassene Proklamation²⁾ enthielt heftige Anklagen gegen die abgetretene Regierung. Handel und Schiffahrt habe der König in schwerer Bedrängnis gefunden; die Staatsschulden aber seien seit dem Friedensschlusse noch weiter angewachsen. Wendungen, die schon deutlich genug erkennen liessen, dass es auf eine Ministeranklage im künftigen Parlamente abgesehen war. Am verhänglichsten war der Schluss. Der König, welcher übrigens die Freiheit der Wahlen beschützen will, spricht im selben Atem die Erwartung aus, dass die Wähler die geeignetsten Personen in's Unterhaus senden würden, im besonderen aber solche, die treu zur protestantischen Succession gehalten hätten, als dieselbe in Gefahr gewesen. Deutlicher hätte es kaum gesagt werden können, dass der Monarch whiggistische Wahlen wünsche; jedermann fasste seine Worte so auf.³⁾ Mit dem Scheine der Unparteilichkeit umgab er sich schon nicht mehr.

¹⁾ . . . *such Parliament . . . to proceed to act notwithstanding such Death or Demise for and during the Term of Six Months and no longer unless the same be sooner prorogued or dissolved by such Person to whom the Crown of this Realm of Great Britain shall come.* Statutes VII, 738. Über den ungerechten Vorwurf Berwicks vergl. Mahon I, 122 N. — ²⁾ Parl. Hist. VII, 24. — ³⁾ Hoffmann 29. Jan. 1715. Montagu, State of affairs, behauptet, dass die Worte auf Walpoles Veranlassung in die Proklamation gekommen seien.

Vor kurzer Zeit, im November 1714, war in England ein Schriftstück verbreitet worden, dessen Inhalt wohl geeignet war, eine der neuen Regierung günstige Stimmung zu erwecken. Es war eine Proklamation des Prätendenten¹⁾, in welcher der Chevalier — er nennt sich König Jacob III. — mit unvorsichtiger Deutlichkeit auf die Pläne des nunmehr zurückgetretenen Tory-Ministeriums anspielte. Die guten Absichten seiner Schwester seien ihm wohl bekannt gewesen. Nur durch ihren Tod sei die Erfüllung derselben vereitelt worden. Er erzählt, wie er sich aufgemacht habe, um sich irgendwo in seinen Reichen an die Spitze der ihm treuen Unterthanen zu stellen. Aber Frankreich hat ihm nicht nur jede Unterstützung, sondern selbst die Durchreise verwehrt. Zum Schlusse protestiert er feierlich gegen die ihm widerfahrne Ungerechtigkeit und erklärt, dass seine Rechte und Ansprüche voll in Kraft bleiben. Er meint auch unschuldig zu sein vor Gott und Menschen an allen den üblen Folgen, welche die geschehene Usurpation seiner Kronen nach sich ziehen könne.

Die Erklärung war an alle Könige, Fürsten und Potentaten sowie an die Unterthanen Jacobs III. gerichtet. In England erhielten sie die Minister und andere vornehme Personen zugesandt. Erstaunt las man, wie sich der Stuart offen der Freundschaft seiner Schwester rühmte. In der That hatte der Prätendent einen schweren Fehler begangen, indem er Oxford und Bolingbroke und mit ihnen die ganze Tory-Partei also blossstellte. Viele wollten anfangs an die Echtheit des Schriftstückes nicht glauben²⁾ und die Tories selbst hielten es unter dem ersten peinlichen Eindrucke für geraten, den Whigs die Fälschung zuzuschreiben. Erst als Mr. Prior, der englische Gesandte in Paris, die Echtheit bestätigte, fielen alle Zweifel. Die Stellung des Hofes zu den Tories ward seitdem noch feindseliger als zuvor. Ihren Versicherungen passiven Gehorsams schenkte er keinen Glauben mehr. Noch ungünstiger war für die Partei die Wirkung, welche die Proklamation auf das Volk ausübte. Denn sie befestigte die Ansicht, dass alle Tories Jacobiten seien. Bei den folgenden Wahlen hat ihnen die Sache schweren Schaden gethan.

Die Wahlbewegung³⁾ war schon vor dem Ausschreiben vom Januar in vollem Gange. Jeder wusste, wie viel davon abhing. Frankreich und Spanien zögerten in den eben schwebenden Verhandlungen die Entscheidung hin, um vorher zu erfahren, ob die

¹⁾ In französischer Übersetzung bei Lamberty VIII, 675 ff. — ²⁾ Diary of Lady Cowper p. 20. — ³⁾ Das folgende vorzüglich nach den Berichten von Bonet und Hoffmann.

Regierung von England die Probe der Wahlen zu bestehen vermöge. Die Tories begannen die Agitation, ehe noch der König im Lande war. Für eine kurze Frist kam ihnen noch der Einfluss zu statten, den der Besitz der Ämter gab. Und auch als es damit vorüber war, blieb ihre Stellung im Lande als Partei der Kirche noch stark. Auch das Geld wurde nicht gespart. England soll vom Parlamente regiert werden, so sagten sie. Wir aber, die im Lande den grössten Grundbesitz haben, müssen im Parlamente am stärksten vertreten sein. Lasst uns denn die äussersten Anstrengungen machen, um im Parlamente das uns auferlegte Joch abzuschütteln. Die alten Nebenbuhler Oxford und Bolingbroke, hiess es, hätten sich versöhnt, um einander bei den Wahlen in die Hände arbeiten zu können. In den Provinzen zog wieder Dr. Sacheverell umher und predigte von der Gefahr, die der anglikanischen Kirche vom Luthertum drohe. Noch wirksamer pflegte es zu sein, wenn man dem friedliebenden Volke vorstellte, die Whigs gingen damit um, den Krieg zu erneuern.

Die Regierung hielt sich anfangs sehr zurück. Es hiess, der König wolle kein Geld für die Wahlen ausgeben, damit man nicht sagen könne, er habe seine Herrschaft mit Bestechungen begonnen. Die Absicht war löblich, liess sich aber in der That nicht ausführen, ohne den Hauptzweck, die Erzielung einer whiggistischen Mehrheit, ernstlich zu gefährden. Denn ein Teil der Wähler wollte immer bezahlt sein. So kam man denn auch am Hofe zu der Einsicht dass man „es sich doch etwas kosten lassen müsse“. Dem Treiben der Agitatoren aber suchte man, so gut es ging, zu steuern. Eine königliche Proklamation schärfte die Gesetze gegen die Katholiken und Nonjurors von neuem ein, und an die Geistlichkeit erging eine Verordnung, sie solle nicht politische und Parteifragen in ihre Predigten ziehen, sondern nur die Einigkeit empfehlen.

Mit voller Heftigkeit entbrannte der Wahlkampf, als im Januar 1715 die neuen Ausschreibungen erfolgt waren. Die Aufregung war fast noch grösser als bei dem Wahlgange von 1710. Jedermann sagte den Sieg der Whigs voraus. Um so grösser waren die Anstrengungen der Tories, um so ärger die Tumulte, die unter Rufen wie „Church“ und „No Roundhead“ von ihren Pöbelhaufen verübt wurden.¹⁾ Durch Wort und Schrift suchten sie zu wirken. Sacheverell predigte über den Text Matth. c. 23, v. 34—36, indem er in verwegener Weise auf die gegenwärtigen Verhältnisse des

¹⁾ Vergl. Wright, Caricature history of the Georges p. 16.

Hofes und Ministeriums anspielte. Aber die Regierung hatte die Vorgänge von 1710 in noch zu frischer Erinnerung, um jetzt wiederum gegen den Mann vorzugehen, den das Volk wie einen Heiligen verehrte. Am deutlichsten spiegelt sich die Parteileidenschaft in den hüben und drüben verbreiteten Flugschriften wieder. Auf torystischer Seite erschien „*English advice to the Freeholders of England*“, worin die Whigs schlechtweg als Partei des Umsturzes, die Tories als Erhalter der Ordnung in Staat und Kirche hingestellt wurden. Eine Gegenüberstellung der beiderseitigen Ziele sollte dem Kurzsichtigsten zeigen, wo das Heil der Nation zu suchen sei. Vermehrung des Heeres und der Steuern, Aufhebung der Beschränkungen der Krone, Erneuerung des Krieges, das seien die Dinge, welche von der jetzigen Regierung zu erwarten seien. Es versteht sich, dass auch das Luthertum des Königs angegriffen wurde. Und hinsichtlich seiner Politik ward auf Polen verwiesen, das ebenfalls einen Kurfürsten auf seinen Thron erhoben und dann durch ihn seine Freiheit verloren habe.

Am Hofe herrschte grosse Aufregung über die giftige Schmäh-schrift. Auf die Ermittlung des Verfassers und des Druckers wurden hohe Preise gesetzt, freilich, wie es scheint, ohne Erfolg. Eine bessere Abwehr des Angriffes war es, wenn auch die whig-gistischen Federn in Bewegung gesetzt wurden.¹⁾ Da kam es vorzüglich auf den Beweis an, dass die Regierung der Tory-Minister eine einzige Reihe von Missgriffen gewesen sei. Noch 1714 war unter dem Titel: „*An enquiry into the miscarriages of the four last years' reign*“ eine Schrift veröffentlicht worden, welche die grösste Verbreitung fand und in einem langen Register von 65 Artikeln alles aufzählte, was die Tories an der Nation gesündigt hätten, von dem Auftreten Sacheverells an bis zu den letzten Umtrieben der Minister zur Einführung des Prätendenten. Auf der andern Seite entwirft der Verfasser ein glänzendes Bild von der neuen Regierung, die der Krone Ehre, dem Volke Freiheit und Überfluss bringen werde. „Des Pächters Wolle wird einen sicheren Markt finden, die Webstühle werden Arbeit erhalten, die Nachfrage nach Tuchen wird sich mehren, der Kaufmann erhält vom Auslande seine Aufträge, die Armen finden Arbeit, der Handelsmann, der Handwerker geht seinem Geschäfte nach, und Geld läuft um in jeder Grafschaft, jedem Orte, jeder Stadt. So werden die Folgen eines guten Parlaments sein.“

¹⁾ Vergl. R. Pauli, Konfessionelle Bedenken etc. Aufsätze N. F. S. 387 ff.

Die Wahlen fielen für die Regierung über alles Erwarten günstig aus. Die Whigs konnten mit einer sicheren Mehrheit im Unterhause von 150 Stimmen in die Session eintreten. Mit einem Male schien die Stellung Georgs I. befestigt. Triumphierend schrieb Stanhope dem Gesandten Lord Stair in Paris¹⁾, die Aussprengung der Gerüchte von Englands kriegerischen Absichten — die Franzosen hatten viel Teil daran gehabt — sei umsonst gewesen. So viele Whigs wie diesesmal hatte man noch niemals seit der Revolution im Parlamente gehabt.²⁾ Die fremden Mächte, welche bisher noch fast im Zweifel gewesen waren, ob sie das Königtum Georgs I. schon als eine feststehende Thatsache hinzunehmen hätten, konnten sich der Sachlage nicht mehr verschliessen. Die alten Verbündeten, Holland und Oesterreich, zeigten sich jetzt erst wahrhaft eifrig zur Erneuerung der Allianzen. Im März hatten zwei neuernannte Botschafter der Generalstaaten, die Herren von Duvenvoirde und van Borsselen ihre Antrittsaudienzen zu St. James. Die dabei gehaltene Ansprache wurde durch den Druck veröffentlicht³⁾ und alle Welt erfuhr von der Absicht der Hochmögenden, das seit Menschen-gedenken bestehende, unter Elisabeth und Wilhelm III. befestigte Bündnis zwischen beiden Mächten nunmehr unter der gegenwärtigen Regierung vollends unauflöslich werden zu lassen. Und in Oesterreich wollte man bald in dem ungeduldigen Wunsche, zum Abschlusse zu kommen, nicht mehr auf den Barriere-Vertrag warten, von dem eben noch alles abhing, und bat die Engländer um ungesäumten Vollzug der längst geplanten Allianz.⁴⁾

Am 28. März trat das Parlament zusammen. Der König, welcher im Oberhause feierlich Platz genommen hatte, liess an diesem Tage den vor ihn entbotenen Gemeinen durch den Mund des Lord-Kanzlers nur die Weisung zugehen, unverzüglich zur Wahl eines Sprechers zu schreiten. Dieselbe nahm im Unterhause den gewohnten Verlauf.⁵⁾ Ein zuverlässiger Whig, Spencer Compton, der Schatzmeister des Prinzen von Wales, war vom Hofe selbst dazu ausersehen.⁶⁾ Ein vornehmes Mitglied beantragt Comptons Wahl, ein anderes unterstützt sie, der Vorgeschlagene erklärt in beredten

¹⁾ Stanhope an Stair 17. (28.) Febr. 1715. R. O. Genau genommen weilte Graf Stair damals noch ohne offizielle Eigenschaft in Paris. (Wiesener, le regent l'abbé Dubois et les Anglais p. 9 ist also nicht ganz zutreffend.) — ²⁾ Stanhope an Stair 2. (13.) Febr. 1715. R. O. — ³⁾ Lambert IX, 161. — ⁴⁾ Cobham an Townshend. Wien 1. Mai 1715. R. O. — ⁵⁾ Parl. Hist. VII, p. 39 ff. Vergl. den Hergang der beiden letzten Sprecherwahlen. Parl. Hist. VI, p. 1253, 924. — ⁶⁾ Hoffmann 19. März 1715. Bonet 18./29. März 1715.

Worten seine Unzulänglichkeit, das Haus wählt ihn durch Zuruf und die beiden Antragsteller führen ihn zum Präsidentenstuhle. Auf den Stufen wendet er sich noch einmal an das Haus, um die Wahl von sich abzulenken, damit nicht seine Fehler für das ganze Königreich verhängnisvoll würden. Aber die Mitglieder rufen *no, no*. Da lässt sich Compton auf dem Sitze nieder, das Scepter wird vor ihm auf den Tisch gelegt. Als er sich abermals erhebt, um zu erklären, er müsse denn auf die Vermittelung Sr. Majestät hoffen, erschallen aus dem Hause dieselben Rufe wie vordem. Vier Tage später wird, wiederum im Oberhause, der gewählte Mr. Speaker dem Könige vorgestellt, der Comptons Einreden nicht gelten lässt, sondern die Wahl huldvoll bestätigt. Der neue Sprecher bringt darauf dem Könige die Privilegien der Mitglieder in Erinnerung, die Unantastbarkeit ihrer Personen und ihrer Habe, die Freiheit der Rede, den freien Zutritt zur Person des Monarchen. Georg lässt die gewöhnliche Zusage erteilen.

Nach diesen Förmlichkeiten erfolgte die eigentliche Eröffnung des Parlaments durch den König. Für Georg I. war der schlimme Augenblick gekommen, wo er selbst einige englische Worte öffentlich zu sprechen hatte, zwar nicht die Thronrede, aber wenigstens die Mitteilung, dass der Kanzler Befehl habe, dieselbe in seinem Namen zu verlesen.

Wenn der König in der Thronrede von der Gnade Gottes sprach, die ihn den Thron seiner Ahnen habe besteigen lassen, so war damit offenbar eine Hervorhebung seines Erbanspruchs beabsichtigt, gegenüber der parlamentarischen Ordnung, auf welche ja die Whigs das grössere Gewicht legten. Er spricht vom Utrechter Frieden und deutet an, dass er hinter den Erwartungen zurückbleibe. Und nun fehle es selbst noch an der vollen Ausführung des wirklich Erreichten, was auch kaum zu hoffen sei, bevor man defensive Allianzen zur Sicherung der Verträge geschlossen habe. Indem also die auswärtige Politik berührt ist, geschieht auch des Prätendenten Erwähnung, der sich noch in Lothringen aufhalte und sich der Hilfe rühme, die er in England zu erwarten habe. Der König spricht weiter von der schwierigen Lage des Handels, von der drückenden Staatsschuld, die selbst seit dem Waffenstillstande noch gestiegen sei, von dem, was die Commons zu bewilligen haben werden, im besonderen von der Unzulänglichkeit der Zivilliste, zumal wo es sich um die Erhaltung eines Prinzen von Wales handle. Eine längst nicht mehr gewohnte Ausgabe, über die aber gewiss niemand murren werde.

„Die Blicke von ganz Europa“, so hiess es am Schlusse in

einer im Parlamente oft gehörten Wendung, „sind auf den Verlauf dieser ersten Session gerichtet. Mögen denn nicht unselige Parteien Sie von der Verfolgung des gemeinsamen Interesses Ihres Vaterlandes zurückhalten. Mögen nicht böse Einflüsterungen die Gemüter Meiner Unterthanen beunruhigen. Die bestehende Verfassung in Kirche und Staat soll den Massstab Meiner Regierung bilden; das Glück, die Ruhe, das Gedeihen Meines Volkes die erste Sorge Meines Lebens. Die Mich in diesem Bestreben unterstützen, werde Ich stets für meine besten Freunde erachten; und Ich zweifle nicht, dass ich mit Ihrer Hilfe im stande sein werde, die Pläne derjenigen scheitern zu machen, die Mich jener Segnung berauben möchten, welche Mir am teuersten ist, der Liebe Meines Volkes.“

Die Thronrede war das Werk Nottinghams. Ein früherer Entwurf derselben, von der endgültigen Form mehrfach abweichend, ist erhalten.¹⁾ Nicht ohne Interesse bemerken wir die Änderungen, die man also mit dem Texte vorgenommen hat. In den einleitenden Worten war in der ersten Fassung nur von dem „Throne dieses Königreichs“ gesprochen, nicht von dem Throne „Meiner Ahnen“. Schon hieraus würde folgen, dass man einen wichtigen Sinn mit dieser Stelle verband.

Noch merkwürdiger sind einige Sätze, die sich überhaupt nur in dem Entwurfe finden, nicht mehr in der Thronrede selbst. In weiten Kreisen der Nation konnte man es sich nicht anders denken, als dass der König, von der Heimat her an absolutes Regieren gewöhnt, notwendigerweise gegen die in England seiner Stellung anhaftenden Beschränkungen eine starke Abneigung empfinden müsse, wenn er nicht gar den Wunsch hege, sich ihrer zu entledigen. Und daneben pflegte man dem Könige seine Unkenntnis englischer Verhältnisse vorzuwerfen. Über diese Punkte nun wollte Nottingham ihm freimütige Äusserungen in den Mund legen, damit das Volk zu seinem Könige Vertrauen gewinnen könne. So soll Georg erklären, er habe sich überzeugt „von der Weisheit und dem Heile unserer Verfassung, welche den Souverän nicht weniger gross und rühmreich werden lässt als das Volk glücklich und frei.“ Wohl mag ein solches Geständnis dem Stolze Georgs I. zuwider gewesen sein. Und wieviel mehr gar die folgend treuherzige Erklärung: „Zwar ist es Mir nicht bestimmt gewesen, unter Ihnen zu leben, aber umso grösser wird Mein Bemühen sein, Mich von Grund aus

¹⁾ Projet de harangue fait par Mylord Nottingham. Stowe Coll. 388. VII, Fol. 25. Brit. Mus.

über alle Ihre Interessen zu unterrichten, denn Ich kann und will keine anderen haben als die auch die Ihrigen sind.“ Ein Glück war es für das Andenken Georgs I., dass er in jener feierlichen Stunde nicht diese Worte an die Nation richtete. Seine Thaten hätten ihn Lügen gestraft.

Die Adressdebatten, welche in den nächsten Tagen nach der Eröffnung in beiden Häusern geführt wurden, liessen schon deutlich erkennen, was die Session bringen werde. Im Oberhause wurde eine Adresse beantragt, in der wie gewöhnlich mit Ausdrücken der Dankbarkeit der Inhalt der Thronrede wiederholt wurde, nur dass einige neue und scharfe Wendungen gegen die jüngste Tory-Regierung hinzukamen. Dem Könige werde es sicherlich gelingen, „das verlorene Ansehen dieses Königreichs im Auslande wieder herzustellen. Wir aber hoffen die Welt durch unsere Thaten zu überzeugen, dass jener Verlust keineswegs der ganzen Nation zur Last fällt.“ Nicht ohne Grund machten mehrere Lords dagegen geltend, dass diese Worte eine Beleidigung für das Andenken der Königin seien und dazu im Widerspruche mit jenem Teile der Thronrede, wo vor den unseligen Parteiungen gewarnt war. Bolingbroke sprach an diesem Tage zum letzten Male unter den Peers. Als Staatssekretär der Königin Anna musste er sich persönlich getroffen fühlen. Ungerecht sei es, getadelt und verurteilt zu werden, ohne gehört zu sein. Und mit aller Loyalität fügte er hinzu, dass auch der König in seinem weisen und gerechten Sinne es nicht gutheissen könne. Graf Strafford, einer der Unterzeichner des Utrechter Friedens, behauptete trotzig, England habe nie ein grösseres Ansehen besessen als zur Zeit, da die Königin starb.¹⁾ Und selbst ein Mitglied der Regierung, der vorsichtige und sanfte Herzog von Shrewsbury erklärte sich gegen jene Wendung. Das Haus der Peers, meinte er, sollte stets sorglich auf die Ehre und Würde der Krone bedacht sein, denn auf ihr beruhe seine eigene Ehre und sein Ruhm. Aber von den Mitgliedern des Kabinetts traten Cowper und Nottingham für den unveränderten Adressentwurf ein. Vor dem Andenken der Königin bezeugten sie alle Achtung; aber man müsse auch zwischen ihr und ihren Ministern zu unterscheiden wissen. Die Abstimmung ergab eine Zweidrittelmehrheit für den Entwurf. „Ich sah mehrere Peers,“ schrieb Bolingbroke später²⁾, „durch ein allgemeines Urteil dasjenige verdammen, wozu sie im

¹⁾ Hoffmann 5. Apr. 1715.

²⁾ Letter to Sir W. Wyndham.

letzten Parlamente durch einzelne Beschlussfassungen selbst ihre Zustimmung gegeben hatten.“

Was die Adresse der Lords nur andeutete, das sagte die der Commoners mit furchtbarer Deutlichkeit offen heraus. Robert Walpole legte dem Hause den Entwurf vor. Es war darin gesprochen von den offenen und geheimen Umtrieben zum Sturze der protestantischen Succession, die nun glücklich vereitelt seien, von der Schande des Friedensschlusses, die aber hoffentlich durch den König und die treuen Bemühungen seiner Commons wieder gut gemacht werde. Sie versprechen die Unterstützung seiner auswärtigen Politik. Sie geben nicht nur, wie die Lords es gethan, ihrem Unwillen Ausdruck, dass der Prätendent sich in Lothringen aufhalte, dass er auf Hilfe in England selbst reche. „Es wird unsere Aufgabe sein,“ so erklären sie drohend, „jenen Umtrieben nachzuforschen, auf die er seine Hoffnungen gesetzt hat, und die Urheber der verdienten Strafe zu überliefern.“

Derselbe Einwand, der tags zuvor im Oberhause gehört worden, dass man die verstorbene Königin ehren müsse, ward auch hier vernommen und wie dort von den Mitgliedern und Freunden der Regierung zurückgewiesen. Gerade um ihr Gedächtnis mache man sich verdient, wenn man ihre schlechten Ratgeber, die sie zu verderblichen Schritten verleitet hätten, zur Rechenschaft ziehe. So ward nun die beabsichtigte Ministeranklage schon offen verhandelt. Trotz der Beseitigung wichtiger Papiere, so polterte Stanhope heraus, habe die Regierung noch hinreichende Zeugnisse in der Hand, um zu beweisen, dass das letzte Ministerium das schlechteste war, das jemals im Amte sass und von einem gewissen General — jedermann muss gewusst haben, dass Ormond gemeint sei — sei es sicher, dass er in Übereinstimmung, wenn nicht gar nach den Befehlen des Marschalls Villars gehandelt habe. Stanhope liess sich ausführlich über die auswärtige Politik vernehmen.¹⁾ Der Friede habe, während Frankreich Bündnisse schloss, England seiner Freunde beraubt; die Isolierung würde jetzt noch stärker hervorgetreten sein ohne das Vertrauen, welches die Mächte zur Person des Königs hegten. Als geschickter Parlamentsredner wusste er eine eben schwebende Verhandlung in diesem Sinne zu verwerten. Er konnte erzählen, dass der Kaiser Englands Vermittelung angenommen habe zur Erzielung einer Kapitulation zwischen dem Könige von Spanien und der Insel Majorca, welche sich noch dem Bourbonen nicht unter-

¹⁾ Hoffmann 5. Apr. 1715.

worfen hatte. In Wahrheit war die Sache, wie wir noch sehen werden, sogar vom Kaiser ausgegangen, aber Stanhope musste sich an die offizielle Version halten, welche England als den Urheber ausgab.

Auch im Unterhause ward der Adressentwurf mit grosser Mehrheit angenommen. Damit war es nun auch entschieden, dass alsbald eine Ministeranklage erfolgen werde. Wir wissen schon, wie lange die Absicht dazu bereits bestanden hatte. Graf Nottingham hatte zu Bothmer von dieser Notwendigkeit schon gesprochen, ehe noch der König im Lande war. Und wenn auch die Ausführung so lange zweifelhaft blieb, bis die Regierung einer grossen Mehrheit im Parlamente sicher war, so hatte man doch unterdessen das nötige Beweismaterial schon zu beschaffen gesucht. Bolingbrokes Papiere, soweit er sie nicht schon vernichtet oder in Sicherheit gebracht hatte¹⁾, waren mit Beschlagnahme belegt. Und dasselbe Verfahren hatte man noch vor der Parlamentsöffnung gegenüber zwei Männern gewählt, die an den Friedensverhandlungen in erster Linie beteiligt gewesen waren und in deren Besitz man daher wichtige und belastende Akten vermuten durfte. Es waren die britischen Gesandten in Paris und im Haag, Matthew Prior und Graf Strafford.

Prior abzuberufen war längst beschlossene Sache gewesen. Dem Grafen Stair, der als sein Nachfolger, zunächst noch ohne offizielle Eigenschaft, im Januar 1715 nach Paris kam, sandte Stanhope den Befehl, sich von Prior alle Papiere aushändigen zu lassen, welche sich auf sämtliche durch ihn seit dem Jahre 1711 geführten Unterhandlungen bezögen. Man muss sich in Erinnerung halten, dass zu jener Zeit ein Gesandter, der seinen Posten verliess, über die während seiner Amtsführung aufgelaufenen Akten gern wie über sein Eigentum verfügte und dass auch kaum jemand Anstoss daran nahm. Heute gilt es als selbstverständlich, dass dieses Verfügungsrecht mit der Niederlegung des Amtes erlischt. Damals war es ein Zeichen des schwersten Misstrauens, wenn in einem einzelnen Falle solches befohlen wurde. Prior unterwarf sich ohne Widerrede und sein Nachfolger fand, dass die beschlagnahmten Papiere in ziemlich guter Ordnung waren.²⁾ In den Kreisen aber, wo die Sache bekannt wurde, gab man ihr auch schon die richtige Aus-

¹⁾ Man wird nicht daran zu zweifeln haben, dass Bolingbroke viele Akten beseitigt hat. So habe ich seine eigenen Weisungen an Prior (oder die im Staatssecretariate zurückbehaltenen Abschriften derselben) aus den entscheidenden Monaten vergeblich im Record Office gesucht. — ²⁾ Vergl. die Korrespondenz zwischen Stair und Stanhope im Record Office.

legung. Die Beschlagnahme, schreibt der Resident Hoffmann¹⁾, sei „ein weiteres Zeichen, dass man nichts unterlässt, um in des vorigen Ministerii Thun und Lassen zu inquiren und etwas zu finden, um ihnen beikommen zu können.“

In denselben Tagen, als die gegen Prior gerichteten Weisungen nach Paris gesandt wurden, verfuhr man in London ähnlich mit dem Grafen Strafford. Ehedem Gesandter in Hannover und Berlin, war er der Kurfürstin Sophie nahegetreten und hatte fleissig mit ihr korrespondiert, auch noch in der Zeit, als er an den Friedensverhandlungen beteiligt war.²⁾ Durch diese war er in Holland höchst verhasst geworden. In Amsterdam durfte er sich nicht auf der Strasse zeigen, ohne Furcht, vom Pöbel beschimpft zu werden.³⁾ Seine enge Verbindung mit dem Ministerium Oxford-Bolingbroke musste ihn Georg I. verdächtig machen. Im Dezember 1714, als General Cadogan zur Verhandlung des Barriere-Vertrages nach Antwerpen ging — wovon wir noch zu handeln haben — war Strafford abberufen worden. Seit dem Januar weilte er wieder in England und meinte, dass es ihm wenigstens an der Berufung in das *Privy Council* nicht fehlen könne. Aber wie erstaunte er, als am 21. Januar Townshend bei ihm erschien, um ihm im Auftrage des Königs seine Papiere abzufordern. Die Erzählung, dass man unter Bolingbrokes Korrespondenzen Briefe von Strafford gefunden habe, in denen er sich missliebig über den König geäussert habe, mag nicht ohne Begründung sein. Denn Georg I. schien einen persönlichen Groll gegen den Grafen zu haben. Die sofortige Auslieferung seiner Papiere verweigerte Strafford. Am nächsten Tage hielt der König in Person eine Sitzung des *Privy Council* ab. Strafford ward vorgeladen; er meinte, jetzt sollte die Vereidigung als Mitglied erfolgen. Statt dessen erklärte ihm der Präsident Graf Nottingham, er solle alle zu seinen Verhandlungen in Holland gehörigen Schriften ausliefern. Strafford wollte Einwendungen erheben, er sei nur der zweite Bevollmächtigte zur Friedensverhandlung gewesen, sein Gepäck sei noch nicht angekommen, es sei doch auch nicht Sitte, derartiges von einem Gesandten zu verlangen, ein solches Misstrauen habe er nicht verdient, oder man möge doch einen neuen Brauch nicht bei ihm beginnen lassen. Das alles erklärte er mit einer Heftigkeit, die in Gegenwart des Monarchen

¹⁾ Hoffmann 29. Jan. 1715. W. St.-A. — ²⁾ Publ. a. preuss. Staatsarch. 37, S. 336. — ³⁾ Brief Duvenvoirdes an Robethon, Haag 28. Dec. 1714. . . *la canaille ne le laisserait pas passer sans l'insulter, tant on l'abhorre dans cette ville parmi le peuple.* B. M.

doppelt anstössig erschien. Georg nahm es auch sehr übel auf, als Strafford entlassen war und nun Lord Shrewsbury für ihn eintrat, um wenigstens eine Frist auszuwirken. Der König selbst erhob sich und forderte, dass man dem Gesandten die Papiere abnehme. So ward beschlossen, Strafford solle sie den beiden Staatssekretären ausliefern und diese sie dem Privy Council zustellen.¹⁾

Also glaubte man denn bei der Eröffnung des Parlaments hinlängliches Material in Händen zu haben, um eine Anklage der letzten Regierung damit zu begründen. Ehe es aber dazu kam, bot sich den Whigs schon eine Gelegenheit, ihre Stärke im Parlamente zu erproben. Halb durch Zufall kam am 16. April im Unterhause die Sprache auf die Proklamation, durch welche der König im Januar die Neuwahlen angeordnet und zugleich recht unverhüllt den Wunsch geäußert hatte, diese Wahlen zu gunsten der Whigs ausfallen zu sehen. Der alte Sir William Whitelock nannte die Proklamation unverantwortlich; doch zog er den Ausdruck zurück, als er sah, dass Anstoss daran genommen wurde. Das Haus gab sich zufrieden; denn es schien allzu hart, wie die heftigsten Whigs anfangs gefordert hatten, einen Mann von 80 Jahren, der so allgemein geschätzt war wie Sir William, in den Tower zu senden. Aber die Sache war damit nicht zu Ende. Durch Anspielungen von whiggistischer Seite gereizt, erklärte der junge Sir William Wyndham in herausfordernder Weise, er habe die Proklamation schon bei einer früheren Gelegenheit als gefährlich bezeichnet und er scheue sich nicht, dieses Wort auch jetzt zu wiederholen. Doch verband er damit den schon vorher gehörten Antrag, dass ein Tag bestimmt werde, um die Proklamation in Erwägung zu ziehen. Der Antrag war vollkommen konstitutionell; denn die Proklamation war von Townshend gegenzeichnet, der dadurch unzweifelhaft die Verantwortung übernommen hatte. Dass freilich eine solche Erörterung dem Könige peinlich sein musste, ist ebenso gewiss; man würde ihm damit einen Schimpf anthun, erklärten die Whigs. Ein Mitglied hatte die Proklamation zur Hand, sie ward verlesen und Wyndham aufgefordert, seinen Vorwurf sofort zu begründen oder zu erwarten, was das Haus über ihn beschliessen werde. Aus einem Kläger war Wyndham also zum Beklagten geworden, der sich auf der Stelle verantworten sollte. Er war darauf nicht vorbereitet und weigerte sich, er berief sich auf das Privilegium des Hauses, dass kein Mitglied zum Reden angehalten werden könne, und erneuerte seinen Antrag zur Festsetzung eines Termins.

¹⁾ Bonet 14./25. Jan. 1715. Hoffmann 18. 25. Jan. 1715.

Stundenlang stritt man hin und her. Ausstossung aus dem Parlamente, der Tower und andere Strafen wurden dem trotzigen Redner angedroht. Robert Walpole erklärte sich gegen eine Einschliessung in den Tower, durch welche man dem jungen Hitzkopfe zu viel Ehre erweisen würde. Der Kriegssekretär Pulteney beantragte Vertagung, um also der Sache ein Ende zu machen. Aber Wyndham selbst erklärte sich dagegen und der Antrag wurde abgelehnt. Da Wyndham übrigens sein Wort weder zurücknehmen noch sofort begründen wollte, so ward endlich mit grosser Majorität beschlossen, dass er sich zurückziehen solle. Er that es, aber mit ihm auch alle jene Abgeordneten — es waren 129 an der Zahl —, welche soeben in der Minderheit geblieben waren. „Die Freiheiten von England gehen mit ihnen“, so soll nach einer torystischen Schilderung ein angesehenes und seine Worte wohl abwägendes Mitglied gesagt haben. Die Zurückbleibenden, nunmehr völlig Herren der Situation, waren doch betroffen, dass auch die Tories so entschlossen auftraten. Wohl unter diesem Eindrucke beschlossen sie über Sir William Wyndham nichts anderes, als dass ihm vor versammeltem Hause durch den Sprecher eine Rüge erteilt werde. Es geschah in aller Form am nächsten Morgen. Wyndham dankte dem Sprecher für die höfliche Art, in der er sich seines Auftrages entledigt habe und verwahrte sich gegen die Rüge, welche ihn unverdient treffe.

Der ganze Vorgang, an sich gar nicht sehr wichtig, gewann doch damals Bedeutung als ein Zeichen, mit welcher Bitterkeit die Parteien einander gegenüberstanden. Die Welt konnte auch erkennen, wie rücksichtslos die Whigs ihre Macht zu gebrauchen gesonnen waren, wenn sie also jede freie Untersuchung ihres Thuns mit Gewalt unterdrücken wollten. Denn dass sie eine förmliche Verhandlung über die Proklamation nicht zulassen wollten¹⁾, wirft ein helles Licht auf ihre Parteitaktik. Eine königliche Proklamation, das bedeutete unter diesen Umständen ein whiggistisches Schriftstück,

¹⁾ Dass dies das eigentlich Bedeutsame bei dem ganzen Vorgange war, weit mehr als die zuletzt über Wyndham verhängte Rüge, ergibt sich aus einer sehr ausführlichen Schilderung, die wir in einer zeitgenössischen Flugschrift finden. Die gewöhnliche und viel kürzere Version, wie sie in der Parl. Hist. und den Gesandtschaftsberichten auftritt, lässt die Hauptsache gar nicht erkennen. Die Flugschrift ist ohne Autor, Jahreszahl und Druckort erschienen, doch stammt sie unzweifelhaft aus dem torystischen Lager und muss bald nach dem Ereignis geschrieben sein. Der Titel lautet: The Honour and Impartiality of the House of Commons set forth in the case of Sir William Wyndham.

sollte nicht angefochten werden. Was sie thun, sagt unsere toryistische Quelle, und nicht unzutreffend, soll wie Medizin hinuntergeschluckt werden, blindlings und ohne Zucken.

Von einer Partei, welche ihre Gegner so zu tyrannisieren vermochte, war nun auch bei den bevorstehenden Ministeranklagen nicht viel Milde zu erwarten. Es hiess, dass es namentlich auf Oxford, Bolingbroke und den früheren Lord-Kanzler Harcourt abgesehen sei. Daneben mochten auch Strafford, Prior und gewiss der General Ormond zur Rechenschaft gezogen werden. Am angreifbarsten erschien Bolingbroke. Er hatte vier Jahre lang die auswärtige Politik geführt. Wie leicht musste es sein, aus den Hunderten von Depeschen von seiner Hand, die nun, zumal nach der Beschlagnahme von Priors und Straffords Papieren, der Regierung zur Verfügung standen, einen Schuldbeweis zusammenzustellen, um so leichter, da ja schon die Grundsätze des Friedensschlusses als verwerflich angesehen wurden. Bolingbroke besass nicht den Mut, der Gefahr zu trotzen. Einige Tage liess er sich im Oberhause blicken, aber man wollte eine starke Verwirrung an ihm bemerkt haben. Am 6. April erschien er abends in der Oper, entfernte sich aber während der Vorstellung aus dem Theater und aus der Stadt. In der Nacht fuhr er noch verkleidet nach Dover, am nächsten Abend landete er in Calais. Der Kapitän, der ihn gefahren, ward verhaftet und von einem Ausschuss des Privy Council vernommen.¹⁾ Aber der Hauptschuldige war entflohen.

Im Grunde war es weder dem Könige noch den Ministern unerwünscht. Denn darin liegt der Humor dieser politischen Verfolgung, dass noch ehe dieselbe begann, der Regierung schon vor ihrem eigenen Erfolge bange wurde. Sie meinte, dass die Sache doch wohl nicht anders als mit ein paar Hinrichtungen enden könne, und namentlich dem Könige war der Gedanke peinlich, seine Regierung also beginnen zu sollen.²⁾ Wenn doch nur Oxford das Beispiel Bolingbrokes befolgte!

Aber Oxford blieb im Lande und nach dem schliesslichen Ausgang der Angelegenheit mag selbst Bolingbrokes Flucht übereilt erscheinen. Als er fort war, wurde ein Brief bekannt, den er offenbar zum Zwecke der Veröffentlichung geschrieben hatte. Man habe ihn auf das Schafott schleppen wollen; mit seinem Blute sollte eine neue Allianz besiegelt werden. Dies traf in der That nicht zu, denn

¹⁾ Das Protokoll darüber bei Bonets Berichten. G. St.-A. — Tindal. —
²⁾ Hoffmann 16. April 1715.

das Ausland verlangte ein solches Opfer mit nichten. Nur die Parteileidenschaft der Whigs forderte es. Sie hatten die Urheber des Friedensschlusses so arg geschmäht, dass sie nun als herrschende Partei den Worten die That folgen lassen und die Anklage wirklich erheben mussten.

Am 20. April legte Stanhope dem Unterhause die Vollmachten, Instruktionen, Denkschriften und andere Akten vor, die sich auf die Friedensverhandlungen bezogen, und beantragte die Wahl einer Kommission, die sie prüfen sollte. Ein anderes Mitglied fügte zum Überflusse hinzu, dass ja zwar der König kein Unrecht begehen könne, die Minister aber seien für ihre schlechte Verwaltung verantwortlich. Dann erhob sich Edward Harley, der Bruder des Grafen Oxford, und erklärte, sein Bruder werde weder fliehen noch sich verbergen, sondern jederzeit für seine Handlungen eintreten. Er hoffe seine Unschuld vor aller Welt darzuthun. Aber sollte man ihn der ihm vorgeworfenen Verbrechen schuldig finden, so erachte er selbst all sein Blut zu wenig, um dafür zu büssen. Der Einsetzung einer Kommission widersetzte sich niemand. Die Wahl fiel auf lauter Whigs, darunter waren Walpole, Stanhope und der Kriegssekretär Pulteney. Den Tories gelang es nicht, auch nur ein einziges Mitglied ihrer Partei hineinzubringen. Es war schon, ehe sie an ihre Arbeit gingen, klar, zu welchem Ergebnis die 21 Männer kommen würden. Sie erhielten das Recht, Personen zu vernehmen und Papiere einzufordern. Ihre Verhandlungen sollten geheim bleiben. Walpole erhielt den Vorsitz.

Fast zwei Monate vergingen, ohne dass von der Arbeit der geheimen Kommission etwas verlautete. Kurze Zeit war Walpole krank und Stanhope führte an seiner Stelle den Vorsitz. Im Mai wurde die Erhöhung der Zivilliste im Unterhause vorgebracht und dem Hofe war daran gelegen, diese Angelegenheit vor der Ministeranklage erledigt zu sehen. Es geschah nicht ohne lange und heftige Debatte, die für das Ansehen der Person des Königs keineswegs förderlich war. Die verlangten 700,000 £ wurden zuletzt, da die Whigs eben alles durchzusetzen vermochten, doch bewilligt. Der Vorschlag der Tories, eine besondere Summe für den Haushalt des Prinzen auszusetzen, ward verworfen, denn offenbar war die Absicht damit verbunden, dem letzteren grössere Unabhängigkeit zu verleihen und dadurch den Gegensatz zwischen Vater und Sohn zu verschärfen. Es blieb also in der Folge dabei, dass der Thronfolger 100,000 £ aus der Zivilliste des Königs, aber durch dessen freien Willen, erhielt. Auch nach der Beendigung dieses Geschäfts

erfolgte noch nicht sogleich der Bericht der geheimen Kommission. Ein Mitglied derselben hat später erklärt¹⁾, dass Walpole recht gut in der ersten Woche der Session eine Anklage hätte begründen können. Er habe es verzögert, damit sein Bericht so viel „schöner“ werde. War aber der Beginn des ganzen Unternehmens schon ein schwerer Fehler, so war die lange Verzögerung der zweite. Die eigenen Freunde wurden ungeduldig, den Gegnern wuchs der Mut. Es fehlte nicht viel, dass man zu glauben begann, die ganze Sache werde im Sande verlaufen. Mr. Shippen, der keckste unter den Jacobiten im Unterhause, gab am 12. Juni höhnisch seinen Zweifeln Ausdruck. Aber sogleich ward ihm in scharfen Worten erwidert, man habe aus den Akten die Kunde von den schwärzesten Verbrechen erhalten. Wer heute die Sache in's Lächerliche zu ziehen suche, werde sich bald vor Scham nicht mehr zeigen dürfen. Walpole sprach von der unsagbaren Niedertracht des jüngsten französisch gewordenen Ministeriums.²⁾

Am nächsten Tage teilte er dem Hause mit, dass die Kommission mit ihrer Arbeit zu Ende sei und um die Festsetzung eines Termins bitte, an dem das Haus ihren Bericht entgegennehmen wolle. Am 20. Juni las Walpole fünf Stunden lang dem Unterhause den Bericht vor.

In politischen Prozessen wird die klare Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht leicht zur Unmöglichkeit durch das Hineintragen der politischen Gegensätze. Eine Partei, welche die Macht hat, wird selten über ihre Gegner umbefangen zu Gericht sitzen können. Sie wird manche Handlungen zu Rechtsverletzungen stempeln wollen, die eigentlich nur den abweichenden Grundsätzen der anderen entsprungen sind. Walpoles Bericht brachte eine Geschichte des Utrechter Friedens, wie sie sich aus einer Reihe von Dokumenten, die im Wortlaut hinzugefügt waren, ergeben sollte. Aber es war eine Geschichte, höchst einseitig vom Standpunkte der Partei aus geschrieben, in Vorurteilen befangen und endlich lückenhaft, wie es bei der Mangelhaftigkeit des Materials unvermeidlich war. Die historische Forschung hat seither doch ein viel vollkommeneres Bild des grossen Vorganges gewonnen, als es die Whigs von 1715 vermochten.

Wunderbar, aber doch nach dem, was wir schon wissen, vollkommen erklärlich, dass ihnen derjenige Umstand dunkel geblieben ist, dessen Kenntnis ihnen die schärfste Waffe gegen die Tory-Minister in die Hand gegeben hätte. Das erste Aktenstück, das

¹⁾ Montagu, State of affairs. — ²⁾ Hoffmann 14. Juni 1715. — Parl. Hist.

in der Reihe der begleitenden Urkunden erscheint, ist jene Zusammenstellung der Erbietungen, welche von Frankreich an England unter dem 22. April 1711 gemacht worden waren. An wen diese Vorschläge gerichtet, welche Schritte von der Seite Frankreichs vorangegangen seien, oder welcherlei Ermutigung von englischer Seite gegeben worden, das — so sagt der Bericht — sei nicht mehr zu ermitteln. Wie würde Walpole es ausgebeutet haben, wenn er eine Ahnung von dem gehabt hätte, was wir heute wissen, dass nämlich diese Vorschläge in der That überhaupt nicht in Frankreich, sondern in England zuerst entworfen waren.¹⁾ Wie wohl angebracht war doch die Vorsicht der torystischen Staatsmänner gewesen.

Aber auch in den Akten, die ihr vorlagen, fand die Kommission noch Anhaltspunkte genug, um von dem Vertragsbruche des Tory-Ministeriums zu sprechen, von „dem geringen Interesse, welches es daran hatte, die im Namen der Königin den Verbündeten wiederholt gemachten Zusagen zu erfüllen“, von „der offenkundigen Verletzung des Haager Allianzvertrages“, der jede Sonderverhandlung mit dem Feinde ausschloss. In ungünstigster Weise werden die weiteren Verhandlungen dargestellt und beleuchtet, bis auf den Utrechter Frieden und selbst noch darüber hinaus. Die Minister haben die grössten Vorteile hingegeben, ohne etwas anderes dafür einzutauschen, als das vage Versprechen der immerwährenden Trennung der Kronen von Frankreich und Spanien. Das Interesse Britanniens war es nicht, was ihre Schritte lenkte. Besonders angreifbar erscheinen die Instruktionen für die englischen Gesandten in Utrecht, die in der That mit den Präliminarien im vollsten Widerspruche standen. Des Längeren verweilt die Schrift bei dem durch den General Ormond verkündigten Waffenstillstand. Derselbe sei nur für Frankreich nützlich gewesen. Die Minister meinten sich vor dem Volke rechtfertigen zu können mit der Trennung der zwei Kronen, wie sie es die Königin in ihrer Thronrede proklamieren liessen, und mit der Schleifung Dünkirkens. In Wahrheit mussten sie wohl wissen, wie ungenügend die Sicherheiten für das eine wie das andere waren. Die Folge der Trennung der Armeen war die unglückliche Schlacht von Denain, die freilich wie eine Freudenbotschaft von Torcy an Bolingbroke gemeldet wurde. Der Ton wird im Verlaufe des Berichts noch schärfer. „Es ist fast ungläub-

¹⁾ Es ist das Verdienst Webers (der Friede von Utrecht 1891), diesen Zusammenhang völlig klargestellt zu haben. Die Bemerkung bei F. Salomon a. a. O. S. 57, No. 2, wäre wohl besser als eine Ergänzung zu Webers Darstellung denn als Einwand gegen dieselbe gefasst worden.

lich“, so heisst es einmal¹⁾, „dass das englische Ministerium, so sehr es auch entschlossen war, die Ehre der Königin und das Interesse ihres Vaterlandes zu opfern, indem es den Geboten Frankreichs folgte, dies so offen zu thun wagte.“

Es wäre von geringem Werte, im einzelnen alle Entstellungen und Übertreibungen des Walpoleschen Berichts nachzuweisen. Wollte man ihm glauben, so wären die Minister der Königin Anna, ihr General bei der Armee, ihre bevollmächtigten Gesandten auf dem Kongresse ebenso viele abgefäimte Schurken gewesen, welche Ehre und Vorteil der Nation um ein Nichts verrieten. Das Urteil der Geschichte wird milder lauten, trotz der Vorwürfe, die man immer mit Recht gegen das Friedenswerk von 1713 erheben muss. Aber bei allem persönlichen Ehrgeize — wer ist ganz frei davon, der sich in hoher Stellung befindet? — seine Urheber waren doch ernste Politiker und in ihrer Art auch keine schlechteren Patrioten als ihre verfolgungssüchtigen Gegner. Und dazu, man vergesse es nicht, hatten sie eine friedensbedürftige Nation hinter sich gehabt, die ihnen Beifall zollte. Nun waren die Whigs wieder emporgekommen, hatten den König und die Mehrheit des Parlaments auf ihrer Seite. Kam es ihnen darum zu, ihre Gegner als Verräter zu brandmarken? Unmöglich konnte das englische Volk ihnen zustimmen. In der Übertreibung lag ihre Schwäche.

Die Nachricht von den bevorstehenden Ministeranklagen hatte in der Hauptstadt wie im Lande grosse Aufregung verursacht. Die Regierung hielt es für notwendig, etliche Regimenter in die Nähe von London zu ziehen, um die möglicherweise ausbrechenden Unruhen zu unterdrücken. Der Bischof von London musste einen Hirtenbrief an die Geistlichkeit seiner Diözese richten, damit sie für den öffentlichen Frieden wirkte.²⁾ Mit gehässiger Eilfertigkeit stürmten die Whigs vorwärts. Am 21. Juni wurde die zweite Lesung des Berichts beendet. Noch hatte das Haus nicht Zeit und Gelegenheit gehabt, in die Prüfung desselben einzutreten. Aber die von den Tories beantragte Vertagung der Debatte ward mit starker Mehrheit verworfen. Sofort sollte die Beratung beginnen. Robert Walpole erhob sich, um gegen Lord Bolingbroke die Anklage des Hochverrats zu beantragen. In langer, eindrucksvoller Rede begründete er seinen Antrag.³⁾ In der That schien ja die schwere

Schuld, welche man den Tory-Ministern zuschrieb, auf niemandem schwerer zu lasten als auf dem Manne, welcher der Vollstrecker von allem war. Die Gedanken des Berichts kehrten in Walpoles Rede noch einmal wieder und alles erhielt hier eine Spitze gegen Bolingbroke. Wie er ohne Auftrag der Königin die Präliminarien unterzeichnet, wie er die im vollsten Widerspruche dazu stehenden Instruktionen Straffords ausgefertigt und am nächsten Tage einen verfänglichen Brief an Torcy geschrieben habe, aus dem hervorgehe, dass er die Absichten der Königin verraten, dem Feinde in seinen Unterhandlungen geholfen habe¹⁾; wie er den Herzog von Ormond angewiesen habe, sein Verhalten im Felde nach den Winken einzurichten, die ihm vom Marschall Villars zukommen würden; dies alles führte Walpole aus und versäumte auch nicht, als einmal auf Ormond die Rede gekommen war, schon darauf hinzuweisen, wie viel Schuld auch ihn treffe, der den geheimen Weisungen Bolingbrokes und nicht seinen Instruktionen gefolgt sei. Ormond sollte vor dem seiner harrenden Schicksal erschrecken und, indem er die Flucht ergriff, der Regierung die unangenehme Aufgabe ersparen, einen durch seine Popularität gefährlichen General am Leben zu strafen. Am schwächsten war, was Walpole gegen Bolingbroke hinsichtlich seiner Beziehungen zum Prätendenten vorzubringen wusste, weil er, dank der Vorsicht des Ministers, über diesen Punkt sich wirklich ganz im Unklaren befand.

Mit tiefem Schweigen ward Walpoles Rede entgegengenommen. Wenig wurde dagegen vorgebracht; Stanhope unterstützte den Antrag der Anklage auf Hochverrat, welcher in der That angenommen wurde. Es wurde erklärt, Bolingbroke habe gegen das Gesetz aus dem 25. Regierungsjahre Eduards III. gefehlt, nach welchem es verboten sei, dem Feinde zu helfen, ihm Nachrichten zukommen zu lassen oder mit ihm zu korrespondieren.

Man kann sich nicht wundern, dass die whiggistische Mehrheit des Unterhauses, voller Entrüstung über die schlechten Praktiken des gestürzten Ministers, zur schwersten Anklage zu schreiten bereit war. Um gerechter zu urteilen, muss man die diplomatischen Gepflogenheiten, überhaupt den niedrigen Stand der öffentlichen Moral des Jahrhunderts berücksichtigen. Kein Zweifel, dass die Kläger um nichts besser waren, als die Beklagten. Unsere Erzählung wird uns noch darauf führen, wie um dieselbe Zeit, als man dem Herzoge von Ormond vorwarf, nach geheimen Weisungen

¹⁾ Parl. Hist. VII, App. p. XLVI. — ²⁾ Bonet 10./21. Juni 1715. — ³⁾ Bonets Bericht vom 14./25. Juni 1715 giebt hier eine wertvolle Ergänzung der Parl. Hist.

¹⁾ Vergl. Report p. XI.

des Ministers statt nach seinen Instruktionen gehandelt zu haben, wie es eben damals wieder geheime Weisungen, vom Könige selbst ausgehend, waren, durch welche ein britischer Flottenführer zu einer seinen Instruktionen widersprechenden Handlungsweise bestimmt wurde.

Auf die Anklage Bolingbrokes folgte diejenige des Grafen Oxford. Ein Verfahren gegen ihn war schon weit bedenklicher. Der Schuldbeweis konnte nicht leicht sein, da der Grossschatzmeister nicht der unmittelbare Leiter der auswärtigen Politik war, und um diese handelte es sich ja allein. Auch schien man hier in die Lage kommen zu sollen, die verhängte Strafe wirklich zu vollziehen. Denn Oxford hatte der Regierung nicht wie Bolingbroke den Gefallen gethan, die Flucht zu ergreifen. Im Oberhause, wo er regelmässig erschien, versicherte er seinen Freunden, er könne eher sterben als fliehen. Lord Coningsby beantragte die Anklage mit der in dieser ernsten Stunde fast scherzhaft klingenden Wendung, Walpole habe gegen die Hand geklagt, er klage gegen das Haupt, oder jener habe den Schreiber angeklagt, er den Richter, jener den Schüler, er den Meister. Edward Harley sprach zu gunsten seines Bruders, doch ohne rechte Wirkung, und schloss mit der schwächlichen Erklärung, dass man gegen Oxford nach dem Inhalte des Berichts höchstens auf schwere Vergehen (*high crimes and misdemeanours*) klagen könne, nicht aber auf Hochverrat. Mehr Eindruck machte es, als selbst ein Mitglied der Kommission erklärte, es werde schwer halten, gegen Oxford den Beweis des Hochverrats zu führen. Aber die Heisssporne auf der Regierungsseite drangen durch. Stanhope eiferte gegen die Behauptung, dass der Friede notwendig gewesen sei. In drei Jahren des Friedens habe das letzte Ministerium sich mehr Subsidien vom Parlamente bewilligen lassen als die Whigs in drei glorreichen Kriegsjahren. Als ein Tory wieder von dem Andenken der Königin zu reden begann, fiel ihm schon der Sprecher in's Wort mit der Bemerkung, er möge sich doch anderer Argumente bedienen. So ward denn nach langer Debatte auch gegen Oxford die Anklage auf Hochverrat beschlossen. Beide Minister sollten daneben auch schwerer Vergehen gegen den Staat angeklagt werden, um nach den Umständen ein härteres oder milderer Verfahren wählen zu können. Der Kommission ward der Auftrag erteilt, die Ministeranklagen zu formulieren. Unterdessen suchte die Regierung auf das Volk zu wirken, dessen Zustimmung doch schwerer zu haben war, als diejenige des Parlaments, zog noch fernere Verstärkungen gegen die Hauptstadt und liess endlich

den beiden noch zurückgebliebenen Hauptschuldigen Oxford und Ormond Zeit zur Flucht.

Die Anklage gegen den Herzog von Ormond stand noch aus und erwies sich als die schwierigste von allen. Denn er hatte einen mächtigen Verbündeten, das Volk. Die Regierung war nicht ohne Furcht vor den Pöbelmassen, von denen man sagte, dass sie gegen die Verhaftung ihres Lieblings Widerstand leisten würden. Bei jedem Tumult, in dem irgendwo die feindselige Stimmung gegen den Hof ihren Ausdruck fand, war Ormonds Name die Losung.¹⁾ Seine hochkirchliche Gesinnung gewann ihm vollends die ganze Partei der Tories. Sehr zur Unzeit hatte eben Marlborough, der Vorgänger und nun wieder der Nachfolger Ormonds im Oberbefehl, durch falsche Sparsamkeit bei der Montierung seines Regiments den Unwillen der Soldaten erregt. Stücke von Röcken und Hemden wurden in die Provinzen versandt und höhnisch als hannövrishes Tuch und Leinen ausgegeben. Hunderte von Soldaten verbrannten vor Whitehall ihre neuen Hemden und riefen „Es lebe der Herzog von Ormond“. Noch mehr ward der Pöbel durch die Nachricht erbittert, dass Mörder gegen den Herzog gedungen seien. Ormond selbst, stolz auf seine vornehme Herkunft und seine Leistungen im Felde, brüstete sich noch mit seiner Popularität. In einer selbstverfassten Schrift, die grosse Verbreitung fand, verteidigte er seine Kriegführung von 1712. Sein fürstliches Auftreten hatte etwas Herausforderndes gegen den Hof von St. James. Er blieb und bot der Gefahr die Stirne.

Die Regierung hatte in der That versucht, den stolzen und gefährlichen Mann durch Güte zur Unterwerfung zu bringen. Die gerichtliche Verfolgung sollte ihm erspart bleiben, wenn er nur dem Könige einen unterwürfigen Brief schreiben wollte, in dem er erklärte, dass er nichts gemein habe mit den Pöbelhaufen, die hier und dort in seinem Namen Gewaltthätigkeiten verübten. Ormond schien anfangs nicht abgeneigt, also seinen Frieden mit dem Könige zu machen. Selbst von einer Audienz, zu der ihn Georg I. empfangen wollte, wird berichtet. Dann aber that der Herzog doch keinen Schritt zur Versöhnung. So ging man denn auch gegen ihn zur Anklage über. Sorgfältig wurde sie vorbereitet. General Cadogan wurde zur Unterstützung derselben aus den Niederlanden herbeigerufen²⁾, wo er für den Barriere-Vertrag thätig gewesen war. Der Staatssekretär Stanhope als derjenige im Unterhause, der zugleich

¹⁾ Tindal. Berichte von Bonet und Hoffmann. — ²⁾ Hoffman 2. Juli 1715.
Michael, Engl. Geschichte.

Mitglied der Regierung und ein hoher Militär war, stellte am 2. Juli den Antrag.

Eine lange und heftige Debatte¹⁾ entspann sich, deren Ausgang um so ungewisser war, als auch einige Whigs und darunter selbst ein Mitglied der geheimen Kommission, für Ormond eintraten oder doch wenigstens forderten, dass man ihn nur der schweren Vergehen (*high crimes and misdemeanours*), nicht aber des Hochverrats beschuldige. Die weiteren Erörterungen waren von hoher grundsätzlicher Bedeutung. Ein Tory, Archibald Hutcheson, legte den Nachdruck darauf, dass Ormond nur den Befehl der Königin befolgt habe. Den Tod würde er gerade dann verdient haben, wenn er ihr nicht gehorcht hätte. Es kam also auf die Entscheidung der Frage an, wie weit der Befehl des Souveräns zur Rechtfertigung einer verbrecherischen Handlung dienen könne. Und auch mit der Ministerverantwortlichkeit brachte man dies in Verbindung. Walpole erklärte, der Befehl des Souveräns könne doch für den Hochverrat keine Rechtfertigung abgeben. Mr. Aislaby fügte hinzu, das Gesetz, nicht der Wille des Fürsten müsse seinen Ministern zur Richtschnur dienen. Es fehle in der Geschichte nicht an Beispielen solcher, die verfolgt wurden, weil sie anders gehandelt hätten. Dem Redner und seinen Hörern wird das Beispiel Straffords vor Augen geschwebt haben. Wir dürfen auch die Thatsache nicht gering achten, dass es hier, unter dem hannövrischen Königtume, gerade die Diener der Krone waren, welche den konstitutionellen Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit so stark betonten. Wie weit lagen doch die Zeiten zurück, da Hobbes geschrieben hatte, den Befehlen des Monarchen müsse gehorcht werden, selbst wenn diese Befehle lauteten, dass das Volk Gott fluchen oder sterben solle.

Die Klage gegen Ormond wurde noch mit einer Mehrheit von annähernd 50 Stimmen beschlossen. Der nächste Tag brachte nach langer Debatte noch den Beschluss, auch Strafford anzuklagen, zwar nicht des Hochverrats, sondern nur der schweren Vergehen. In der Reihenfolge, wie die Klagen beschlossen waren, wurden dann im Juli und August auch die Anklageartikel gegen die drei des Hochverrats Beschuldigten zusammengestellt. Am 20. Juli erschien, von etwa 100 anderen Commoners gefolgt, Lord Coningsby vor den

¹⁾ Bonet giebt in diesem Falle nicht einen vollen Bericht, wie er es sonst zu thun pflegt, doch aber wertvolle Einzelheiten, die er von einigen Mitgliedern erfahren hat. *De sorte que je me trouve réduit à quelques observations dont ils m'ont fait part, et qui ne sont qu'un échantillon de ce qui s'est passé dans ces deux grandes journées.*

Schranken des Oberhauses, um im Namen der Commons Robert, den Grafen von Oxford und Mortimer, des Hochverrats und der schweren Vergehen anzuklagen. Unter den gegen ihn vorgebrachten Artikeln war auch einer, der sich auf den Pairsschub bezog. Der Antrag einer Vertagung der Beratung wurde nun ebenso verworfen wie der andere, dass man zuvor die Richter hören solle, ob denn die in den Artikeln aufgezählten Vergehen wirklich auf Hochverrat hinausliefen. Der Lord-Kanzler Cowper führte selbst den Beweis und forderte alle Juristen von England heraus, wenn sie ihn widerlegen könnten. Man trat also in die Beratung ein und der Antrag wurde gestellt, den Grafen in den Tower zu schicken. Da erhob sich der Beklagte und hielt eine kurze und würdige Rede, welche auf alle Eindrücke machte, aber an der Entscheidung nichts ändern konnte. Er behauptete die Notwendigkeit des Friedens und dass Frankreich den ersten Schritt dazu gethan habe. Wenn Staatsminister dafür verantwortlich gemacht würden, wenn sie die Befehle ihres Souveräns befolgen, so könne jeder andere in dieselbe Lage kommen. Vor dem eigenen Gewissen sei er frei von Schuld, und an dem Leben eines unbedeutenden alten Mannes sei nicht viel gelegen, wohl aber an der besten aller Königinnen, die ihn mit Wohlthaten überhäuft habe und deren Gedächtnis er bis zum letzten Atemzuge verteidigen müsse. Dem Urteil seiner Pairs wolle er sich dennoch zufrieden unterwerfen. „Und, meine Lords, Gottes Wille geschehe.“

Als Oxford sich zurückgezogen hatte, ward seine Verhaftung erörtert und beschlossen. Unter denen, die gegen ihn votierten, befand sich der Prinz von Wales, der als Peer seine Stimme abgab. Zunächst ward es dem Grafen, der leidend war, gestattet, in seinem eigenen Hause zu bleiben. Nach drei Tagen erschien er vor den Schranken des Oberhauses, nahm die Anklageartikel entgegen und erhielt eine neue Frist bis zur Einschliessung im Tower. Wie er so dastand vor den Lords, in demütiger Haltung, durch Leiden gebeugt, aber gleichwohl es verschmähend, der Gefahr, die über seinem Leben schwebte, aus dem Wege zu gehen, so konnte man ihm doch die Teilnahme nicht versagen. Selbst in dem harten Grafen Sunderland regte sich ein Gefühl des Mitleids. Am 27. Juli fuhr Oxford, von seiner Familie geleitet, in seinem eigenen Wagen zum Tower. Statt von seiner bei St. James's gelegenen Wohnung den nächsten Weg über den Strand zu wählen, nahm er, um Aufsehen zu vermeiden, den Umweg durch Picadilly und Holborn. Und doch ward er durch grosse und beständig wachsende Menschenmassen

begleitet. Wohl hörte man auch die Rufe: „Nieder mit dem Präntendenten“, „nieder mit den Verrätern“; aber die meisten riefen: „Es lebe die Hochkirche“, „Ormond und Oxford für immer.“ Man konnte sich in die Zeiten des Sacheverell-Prozesses zurückversetzt glauben.

Fast sind wir mit der Geschichte der Ministerverfolgung zu Ende. Denn es bleibt nicht mehr viel davon zu berichten. Bald trat eine schwerere Frage mit furchtbarer Dringlichkeit an die Regierung heran. So fassen wir uns kurz. Wie gegen Oxford, so wurden auch gegen Bolingbroke und Ormond die Anklageartikel formuliert und dem Oberhause vorgelegt. Bolingbroke befand sich, wie wir wissen, längst ausser Landes. Und nun war im Anfange des August auch der Herzog von Ormond plötzlich verschwunden. Nicht feige war er vor der Gefahr gewichen. Er war geblieben, weil er als Führer eines Aufstandes, wenn die Zeit gekommen wäre, das hannövrische Königtum zu stürzen hoffte. Er floh, als er die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung geschwunden sah. Aber auch so noch lebte er der Hoffnung, nunmehr die neue Regierung offen bekämpfen, für den Stuart sein Schwert ziehen zu können. An der Spitze einer feindlichen Schar meinte er bald nach England zurückzukehren. Unterdessen konnte gegen die beiden Flüchtlinge nicht wie gegen Oxford der Prozess vor dem Oberhause geführt werden. So wählte man den oft beschrittenen Weg und erklärte sie durch *Act of Attainder* des Hochverrats für schuldig, nicht ohne dass einige Lords in der gewohnten, bedeutungslosen Form ihren Protest anmeldeten. Auch gegen Strafford, der ‚schwerer Vergehen‘ beschuldigt war, wurden die Artikel zusammengestellt. Er beklagte sich, als dieselben im Oberhause verlesen waren, über die Härte, mit der man ihm seine Papiere abgenommen hatte. Strafford blieb auf freiem Fusse. Sein Prozess ward jetzt ebenso wenig wie derjenige Oxfords zu Ende gebracht. Der letztere hatte die Anklageartikel in einer umständlichen Schrift beantwortet, die Commons schon eine Erwiderung darauf verfasst, als unter dem allgemeinen Gefühle, dass man einer ernsten Zeit entgegengehe, das schon ungewöhnlich lange beisammen gehaltene Parlament vom Könige vertagt wurde. Oxford blieb im Tower, und niemand dachte vorläufig an die Verfolgung der Tory Minister, die mit so leidenschaftlichem Eifer vor wenigen Monaten begonnen war.

Drittes Kapitel.

Der Aufstand der Jakobiten.

Es war am 23. Juli 1715, während das Oberhaus über die Frage beriet, ob Graf Oxford in den Tower gesandt werden solle, als Lord Anglesea, von der Gruppe der hannövrischen Tories, erklärte, man müsse fürchten, ein so gewaltsames Vorgehen werde das Scepter in des Königs Hand wanken machen. Die Versammlung war entrüstet über die Kühnheit des Redners, er ward zu einer Art von Widerruf gezwungen¹⁾, aber das Wort war einmal gefallen.

Es lag etwas Wahres darin, und eben weil dies jeder fühlte, war man so peinlich davon berührt. Denn schon hatte eine unruhige Bewegung das ganze Land ergriffen. Die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Regierung des neuen Königs machte sich bei jeder Gelegenheit Luft. Täglich wuchs die Erregung der Massen, mehrten sich die Aufläufe in den Strassen von London, wurden die Nachrichten aus den Provinzen drohender. Hier feierte man den sonst so verhassten Oxford wie den in der Gunst des Volkes unerschütterlichen Ormond, dort trank man auf des Präntendentens Gesundheit; hier stürmte der Pöbel die Kirchen der Dissenter, dort rief er Jakob III. zum Könige aus. Wer im Juli 1715 durch die Grafschaft Lancaster reiste, wurde von jakobitischen Haufen angehalten und musste in den alten, noch aus Cromwells Zeit stammenden Ruf „Nieder mit dem Rumpf“ einstimmen, um vor Misshandlungen sicher zu sein.²⁾ Am Tage der Restauration Karls II. zog ein Pöbelhaufen vor die Statue der Königin Anna vor St. Paul's und rief dort „Nieder mit dem Hause Hannover“ und „Gott segne König Jakob III.“ So meinte man die kommende Thronbesteigung

¹⁾ Etwas anders, aber gewiss nicht zuverlässiger, berichtet Hoffmann den Vorgang unter dem 26. Juli 1715. W. St. A.

²⁾ Nach einem Briefe aus Preston vom 3./14. Juli 1715, abgedruckt im „Daily Courant“ einer in London erscheinenden Zeitung.

des Prätendenten zu feiern. Es mochte wohl seine Richtigkeit haben, wenn der preussische Resident Bonet im Juni 1715 schrieb, die Sache der Jakobiten habe in den acht Monaten der Herrschaft Georgs I. mehr Fortschritte gemacht als in den ganzen vier Jahren des torystischen Ministeriums.

Die Bewegung wurde durch die ganze Partei der Tories unterstützt. Mit schwerer Bitterkeit hatte es sie erfüllt, dass Georg I. sich so gänzlich den verhassten Whigs in die Arme geworfen hatte. Wie hatte jene Gruppe der hannövrischen Tories auf die Erkenntlichkeit des Monarchen gerechnet, nachdem sie in schwieriger Lage so viel Eifer für die protestantische Succession bewiesen hatte. Aber auch sie sahen sich nun von dem Besitze der Macht völlig ausgeschlossen. Kein Wunder, dass sie zu ihren alten Parteigenossen wieder zurückkehrten. Als geschlossene Gruppe standen alle Tories der Regierung in Opposition gegenüber.¹⁾

Doch nicht allein die einseitige Parteistellung des neuen Königtums erfüllte weite Kreise mit Unwillen. Man empfand auch schon den unenglischen Charakter der Regierung, die Herrschaft der Fremden bei Hofe. In einigen schmähenden Versen, die im Januar 1715 eifrig in London herumgetragen wurden, machte sich die unzufriedene Stimmung Luft. Bothmer, hiess es darin, stehe da wie ein verkappter Petrus. Irländer und Schotten — damit war die Sippe Argyles gemeint — sind jetzt unsere Räte. Endlich wird dem Könige offen mit dem Schicksal Jakobs II. gedroht:

Beware o George! for lately such a dance
Sent a far better King to France.

Alle bitteren Gefühle waren nun aber neuerdings noch unendlich verschärft worden durch die unselige Verfolgung der gestürzten Minister. Wollte man ein einziges Ereignis als die Ursache der folgenden Rebellion hinstellen, so wäre es unstreitig die Ministeranklage. Die Tories erkannten seitdem, dass sie von dem Fanatismus ihrer Gegner alles zu fürchten hatten und beschlossen, das Äusserste aufzubieten, um nicht für immer unterdrückt zu werden.

Der Zeitpunkt schien für einen Angriff gegen die Whigs nicht ungünstig gewählt, denn eben hatten sie einige ihrer berühmtesten Führer durch den Tod verloren. Kürzlich war der Marquis Wharton gestorben, einer der Lords der Wigh-Junta, zuletzt Geheimsiegel-

¹⁾ Vergl. Bolingbroke, Letter to Sir W. Windham.

bewahrer Georgs I., bald darauf Graf Halifax, der freilich als erster Lord des Schatzes der Regierung nicht immer die besten Dienste geleistet hatte, aber doch noch aus früherer Zeit als schneidiger Bekämpfer der Tories galt. Auch Bischof Burnet von Salisbury war unlängst gestorben, nicht ein politischer Führer ersten Ranges, aber doch für die Whigs von unendlichem Nutzen als die wandelnde Bibliothek der Partei, als der Mann, der jederzeit mit einer historischen oder politischen Abhandlung bei der Hand war, um seinen Pairs im Oberhause die schwierigsten Fragen aufzuhellen. Auch der scharfsinnige Lord Somers war nicht mehr zu fürchten. Wohl weilte er noch unter den Lebenden, aber hinfällig an Geist und Körper, schien er kein gefährlicher Gegner mehr. Die neuen Grössen der Whigs aber, die Townshend und Stanhope, und selbst der beredte Robert Walpole, der eben bei der Ministerklage die Hauptfigur abgab, konnten doch als ebenbürtige Nachfolger von Männern wie Somers, Wharton und Halifax noch nicht gelten.

Der stärkste Verbündete der Tories in ihrem Kampfe gegen die Regierung war wie immer die Geistlichkeit. Zum Schutze der anglikanischen Kirche war doch der protestantische König auf den Thron gerufen: jetzt wendete sich gegen ihn selbst das Misstrauen der hochkirchlichen Partei. In Schriften und Predigten ward das Luthertum des Fürstenhauses als ebenso gefährlich hingestellt wie nur der Katholizismus Jakobs II. Dass Georg I. durch seine blossen Thronbesteigung in die anglikanische Kirche eingetreten war, dass er ihren Gottesdienst besuchte und sich, freilich ohne viel Geschick, bemühte, als ihr treuer Sohn zu erscheinen, half ihm wenig. Der den Whigs immer unheimliche Ruf „Church in danger“ ward wieder gehört und übte die alte Wirkung auf die Massen.

Ganz von ihrem Parteieifer erfüllt, hatten die Tories anfangs wenig darauf geachtet, wie weit die Bewegung in ihren Zielen noch gehen werde. Man hat sich aber die Frage vorzulegen, was sie denn selbst mit ihrem Wühlen bezweckten. Und da gilt es, sie von vornherein gegen den Vorwurf zu verteidigen, als sei es auf den Sturz Georgs I. abgesehen gewesen. Durch ihr weiteres Verhalten wird es hinlänglich bewiesen, dass es ihnen eigentlich nur darum zu thun war, den König zu einer Änderung seines Systems zu zwingen, ihn von den Whigs abzuziehen, damit die eigene Partei wieder denjenigen Anteil an der Regierung gewinne, der ihr zukomme. In dieser Beziehung konnten sie sich nicht allein darauf berufen, dass sie die Partei des ländlichen Besitzes, wie wir sagen, die eigentlich konservative Partei waren, sondern auch dass sie der

Zahl nach weit mehr Anhänger als die Whigs hatten. Im Hochsommer 1715 wollte man berechnen¹⁾, dass zwei Drittel der Nation der königlichen Familie feindlich gesinnt seien.

Wenn man sich nun auch — und anders wäre der Verlauf der Rebellion gar nicht zu verstehen — in Erinnerung halten muss, dass die Tories keineswegs auf die Beseitigung des hannövrischen Königtums hinarbeiteten, so ist es gleichwohl begreiflich, dass die Massen, welche ihnen folgten, den feinen Unterschied nicht machten. Bei ihnen mögen auch noch besondere Gründe der Unzufriedenheit hinzugekommen sein. In den letzten Monaten des Jahres 1714 herrschte in der Umgegend von London eine schwere Viehseuche, die viel Schaden anrichtete.²⁾ Anfangs wurde den Eigentümern getöteter Tiere eine Entschädigung aus der Civilliste des Königs gezahlt. Aber bei dem Umfange, den die Sache annahm, war dies zuletzt nicht mehr möglich.³⁾ Nicht unwahrscheinlich ist es also, dass zu der üblen Stimmung der Landbevölkerung im Jahre 1715 auch der der Landwirtschaft erwachsene Schaden das Seinige beigetragen hat. Genug, der Unwille gegen die Regierenden war weit verbreitet, das Volk schalt auf den König, auf Marlborough und seine Sippe, auf die Dissenter, auf die ganze Partei der Whigs. Und nun trat erst allgemein der Gedanke an den Prätendenten hinzu. Ende Juli 1715 schrieb der preussische Resident Bonet, dass jetzt die Unzufriedenen überall als Jakobiten aufträten. Die Bewegung, welcher anfangs eine feindliche Richtung gegen die Dynastie, wenigstens im eigentlichen England, nicht inne gewohnt hatte, endete also in einem Angriffe auf den Thron Georgs I.

Blieb sie ohne auswärtige Unterstützung, so war ein Erfolg von Anfang an ausgeschlossen. Denn die Whigs mit ihrer Geldmacht und, wenn es wirklich zum Kampfe für den Thron kam, auch der grössere Teil der Tories standen auf der Seite des Königs. Vor allem fiel es in's Gewicht, dass das Parlament der Regierung ergeben und dass es eben versammelt war, um sie in jeder Richtung kräftig zu unterstützen. Da „noch kein König von England“, so schrieb ein fremder Diplomat, „der das Parlament für sich gehabt, unterdrückt worden ist, und zwar während der Versammlung eines solchen Parlaments, so dürfte der Chevalier, wenn er sich anders

¹⁾ Hoffmann 2. August 1715.

²⁾ Bonet berichtet unter dem 14./25. September 1714 von Massregeln der Regenten zur Bekämpfung des Übels.

³⁾ Vergl. Calendar of Treasury Papers 1714—1719, London 1883. p. 33.

hierher waget, es anders finden, als man ihm weisgemacht, vornehmlich wenn er ohne Mannschaft kommt.“¹⁾

Indem die Bewegung sich verbreitete, hatte die Regierung es übrigens von Anfang an nicht ganz an Massregeln zur Beschwichtigung der Gemüter oder zur Abwehr der Angriffe fehlen lassen. Der König gab — zum Leidwesen der Tories — seine Absicht kund, eine grössere Anzahl von Kirchenbauten zu befördern.²⁾ Nicht nur, dass einzelne Personen, die ihre jakobitische Gesinnung in vorlauter Weise offenbarten, mit körperlicher Züchtigung gestraft wurden. Wo grössere Unruhen entstanden, liess man auch Militär einschreiten. In London liess der Lord Mayor am Geburtstage des Prätendenten die Milizen gegen die Unruhstifter ausrücken. Einige derselben wurden getötet, viele verhaftet. Im Laufe des Juli kam es in Manchester und anderen Plätzen zu ähnlichen Zusammenstössen. Von früher her waren viele der Friedensrichter in den Provinzen noch Tories. Von der Krone abhängig, hatte man sie bisher im Amte gelassen, um den kleinen Adel auf dem Lande nicht gegen die Regierung aufzubringen. Jetzt hatte es sich gezeigt, dass die Friedensrichter vielfach mit den aufrührerischen Elementen eines Sinnes waren oder sie doch mit tadelnswerter Nachsicht behandelten. Da wurde vom Unterhause eine Adresse an den Monarchen beschlossen, er möge eine Liste derjenigen Friedensrichter aufstellen lassen, welche bei den Tumulten ihre Pflicht versäumt hätten, damit sie aus dem Amte entfernt würden. Und aller angerichtete Schaden sollte den Betroffenen vergütet werden. Der König erklärte sich mit allem einverstanden.³⁾

Kein Zweifel, dass die Regierung einer Bewegung im Lande selbst wohl Herr zu werden vermochte. Eine ernste Gefahr konnte also nur von aussen kommen. So hing eben alles davon ab, ob eine der Mächte die Sache des Prätendenten zu der ihrigen machen würde, und auch ob der Stuart-Prinz selber den Zeitpunkt für günstig erachtete, um wieder einmal den Versuch zu machen, die seinem Hause entrissenen britischen Reiche zurückzugewinnen.

Jakob Eduard hatte seit dem Tode seiner Schwester seine Sache nicht sehr geschickt geführt. Die allzu deutliche Sprache der Proklamation hatte ihm in England entschieden geschadet. Während die englische Regierung sich bisher nicht viel um ihn

¹⁾ Hoffmann 2. Aug. 1715. Ähnlich Bonet.

²⁾ Bonet 28. Juni/9. Juli 1715.

³⁾ Parl. Hist. VII p. 108—111.

gekümmert hatte, überzeugte sie sich jetzt von der Notwendigkeit, seinen Aufenthalt in Lothringen nicht mehr zu dulden und nicht zu ruhen, bis Hunderte von Meilen zwischen dem Boden Albions und dem letzten Stuart lagen. Als im November 1714, nachdem kürzlich die Proklamation des Prätendenten bekannt geworden war, der Gesandte des Herzogs Leopold von Lothringen in London um eine Audienz bei Georg I. nachsuchte, ward ihm dieselbe mit dem Bemerkten verweigert, dass der König ihn nicht empfangen werde, solange der Prätendent sich in Lothringen aufhalte.¹⁾ Herzog Leopold schrieb darauf einen Brief an seinen Gesandten, den dieser in London vorweisen sollte. Man kenne doch die Lage seines Staates, der auf allen Seiten von Frankreich eingeschlossen sei. Den Chevalier von St. George habe er nicht eingeladen und könne ihn auch nicht fortsenden. Derselbe komme und gehe wie ein Reisender in einem offenen Lande.²⁾ Die Berufung auf Frankreich nützte nun dem Herzoge freilich nicht viel. Denn schon war Prior in Paris der Auftrag zugegangen³⁾, den französischen Hof in einer Note zu ersuchen, dass man von Paris aus den Herzog von Lothringen zur Ausweisung des Prätendenten vermöge. Prior erhielt von Torcy, dem Minister des Auswärtigen, nur die mündliche Antwort, der König von Frankreich habe mit dem Chevalier von St. George nichts zu thun. Der im Utrechter Frieden übernommenen Verpflichtung habe er genügt, indem er jenen, als er nach dem Tode der Königin Anna in sein Land kam, zur Umkehr zwang. Eine Aufforderung an den Herzog von Lothringen zu richten, ward also abgelehnt.⁴⁾ So fiel das Gehässige der Sache auf diesen zurück, und der Marquis Lamberti musste sich schon zur Abreise von London entschliessen, als ihm Townshend diese französische Antwort mitteilte. Dass freilich Lothringen nur von einer grösseren Macht angestiftet sein könne, den Prätendenten zu hegen, war dennoch jedermann klar. Der uns schon bekannte Marquis d'Eberville versäumte nicht, die Schuld jetzt auf Karl VI. zu schieben, was natürlich von dem kaiserlichen Residenten Hoffmann mit Entrüstung zurückgewiesen wurde.⁵⁾ Genug, Jakob Eduard blieb, wo er war.

¹⁾ Marquis Lamberti (an Townshend?) 16. (27.) Nov. 1714. R. O.

²⁾ Herzog Leopold an den Marquis Lamberti 6. Dez. 1714. R. O. Der Druck bei Lamberty VIII 689 ist eine Rückübertragung der in England verbreiteten Übersetzung, nicht der ursprüngliche Wortlaut. Ders. an dens. 29. Dez. 1714. R. O.

³⁾ Townshend an Prior 15. (26.) Nov. 1714. R. O.

⁴⁾ Prior an Townshend 7. Dez. 1714. R. O.

⁵⁾ Berichte Bonets und Hoffmanns vom 10./21. 14./25. Dez. 1714.

Seine Geschichte lässt den Prätendenten als einen Mann von mittelmässigen Fähigkeiten und geringer Urteilskraft erscheinen. Seine Gestalt war nicht unansehnlich, hoch und schlank, in seinem Antlitze fand man eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Oheim Karl II., aber auch mit der italienischen Mutter Maria von Modena¹⁾, die jetzt, von dem Sohne getrennt, in St. Germain Hof hielt. Der Prinz war noch völlig derselbe wie damals, als er die Zumutung, Protestant zu werden, entrüstet zurückwies. Durchdrungen von der Überzeugung seines von Gott stammenden Rechts, hegte er die Hoffnung auf die Verwirklichung desselben so lebhaft, als ob stündlich der Ruf an ihn ergehen könnte, den Thron Grossbritanniens zu besteigen. Allen für seine Sache günstigen Nachrichten gegenüber bewies er eine Leichtgläubigkeit, wie man sie fast nur bei verbannten Prinzen findet.

Wie gegründet waren doch die Befürchtungen, die man in England an eine mögliche Erhebung des Prätendenten knüpfte. Ich glaube gewiss, dass er als König in den Bahnen seines Vaters gewandelt wäre. Denn sein Glaube war ihm alles. Für ihn zu leiden ist sein Trost. Um seinetwillen sollen alle katholischen Fürsten, vor allem der Kaiser für ihn eintreten, soll die Kirche ihre Schätze hergeben, denn zu welchem Zwecke kann sie dieselben besitzen, wenn nicht um den verfolgten Gläubigen zu helfen? Dem Papste stellt er vor, dass es sich um das Wohl der Kirche handle. „Es ist nicht so sehr ein ergebener Sohn, jetzt niedergedrückt durch die Ungerechtigkeit seiner Feinde, als eine verfolgte Kirche, die vor dem Untergange stehend, den Schutz und die Hilfe ihres würdigen Priesters anruft.“²⁾

Eine wirksame Hilfe hätte nun freilich der heilige Vater in Rom dem Prätendenten kaum zu leisten vermocht. Nur Frankreich konnte sie ihm bieten, wenn es nämlich wieder wie im Jahre 1707 mit Schiffen und Truppen, sei es offen oder im geheimen, die stuartische Sache unterstützte. Ohne Frankreich war ein Gelingen nicht möglich. Unter diesem Gesichtspunkte gewannen also die englisch-französischen Beziehungen im Jahre 1715 für den Frieden des Weltteils eine entscheidende Bedeutung.

Noch herrschte im französischen Staate wie seit einem halben Jahrhundert der Wille des gewaltigen Monarchen, unter dem die

¹⁾ Vergl. den Brief in der Engl. Hist. Rev. I p. 776 und dazu Thornton The Brunswick Accession p. 217.

²⁾ Der Chevalier von St. George an Papst Clemens XI., 14. März 1715. Gualterio Papers. B. M.

Nation die höchste Staffel des Ruhmes erstiegen, aber doch auch schwere Niederlagen erlitten hatte. Zuletzt hatte er sie durch die Friedensschlüsse doch wieder zu einem vornehmen Range unter den Völkern erhoben. Noch blickte die Welt mit Scheu auf den Träger der Krone Frankreichs. Die Person Ludwigs XIV. allein war schon eine Macht in der europäischen Politik.

Das Verhältnis zwischen England und Frankreich war in den ersten Monaten Georgs I. nicht unfreundlicher gewesen als es in der Natur der Dinge lag. Beide Teile wussten, dass sie wenig Gutes von einander zu erwarten hatten. Ludwig XIV. hatte mit der Anerkennung Georgs I. keinen Augenblick gezögert, nachdem einmal der Thronwechsel so glatt verlaufen war. Aber wenn eben noch jenes Bündnis beider Mächte unter einander und mit dem Könige von Sicilien verhandelt worden war, so hat Ludwig gewiss sofort erkannt, dass es nun damit zu Ende sei. An eine Allianz war nicht mehr zu denken; aber wenigstens liess der König von Frankreich in Wort und That gefissentlich seine friedlichen Absichten erkennen. Und wie sollte er auch nicht? Prior erklärte — und es war auch jedermanns Überzeugung — dass Frankreich überhaupt noch nicht wieder imstande sei, einen Krieg zu führen, es sei zu Lande wie zu Wasser gleich wenig vorbereitet. Und doch — hatte man nicht dasselbe nach dem Ryswyker Frieden gesagt?

Werfen wir nun einen Blick auf die Beziehungen der beiden grossen Mächte im ersten Regierungsjahre Georgs I., um demnächst zu erfahren, dass das Verhältnis Englands zu Frankreich seit dem Sommer 1715 mit der Geschichte der jakobitischen Rebellion unzertrennlich verknüpft ist.

Anfangs blieb noch Matthew Prior der Gesandte Georgs I. am Hofe von Versailles. Zu Lebzeiten der Königin Anna war er der ergebenste Diener Bolingbrokes gewesen. „Wenn Sie,“ schrieb er ihm, als die Königin starb, „wie bisher die Sicherheit und Ehre des Vaterlandes vertreten, werde ich Ihnen anhängen bis zum letzten Atemzuge.“ Georg hatte es noch vor seiner Ankunft in England den Regenten freigestellt, wenn sie es nötig finden sollten, Prior abzurufen. Doch sie begnügten sich damit, seine Korrespondenz genau zu überwachen. Auch unter der neuen Regierung blieb Prior noch bis zum Ende des Jahres 1714 englischer Gesandter in Paris.

Unter den Gegenständen seiner Verhandlungen gewann keiner in der Folge höhere Bedeutung als die französischen Hafenanlagen von Mardyck unweit Dünkirchen. Es war ein für England höchst wichtiger Artikel des Utrechter Friedens, in dem Ludwig XIV. sich

verpflichtete, die Befestigungen von Dünkirchen schleifen, den Hafen verschütten, die Schleusen zerstören zu lassen, und zwar sollten Befestigungen, Hafen und Schleusen niemals wieder hergestellt werden dürfen. Dünkirchen hatte sich in den beiden letzten Kriegen als eine furchtbare Gefahr für den englischen Handel erwiesen. Jederzeit hatten hier die unter französischer Flagge segelnden Kaper, ja ganze Flotten Zuflucht gefunden, die sich leicht auf die britischen Kauffahrer stürzen konnten. Derselbe Ostwind, welcher die von London kommenden Handelsschiffe in den Kanal führte, begünstigte auch die von Dünkirchen auslaufenden Kaper, wenn sie jene abfangen wollten. So hatten die Franzosen im Kriege zahllose reiche Prisen gemacht; Dünkirchen hatte sich als der Ruin des Londoner und damit des grössten Teils des englischen Handels erwiesen. Darum hatten denn die Tory-Minister der Nation wohl einen Frieden bieten dürfen, der Spanien dem Hause Bourbon überliess, aber die Schleifung Dünkirchens durfte darin nicht fehlen. So schien nun der britische Handel auch hinreichend gesichert. Man berechnete sich, dass die Gefahr jetzt um ebensoviele geringer geworden sei wie Brest, der zweite Kriegshafen in Nordfrankreich, den englischen Küsten ferner liege als Dünkirchen.¹⁾

Wie waren nun im September 1714 die Regenten in London bestürzt, als sie erfuhren, dass Ludwig XIV. zwar nicht den Buchstaben, aber den Inhalt jenes Artikels in schnöder Weise verletzt hatte. Der Hafen von Dünkirchen war noch nicht verschüttet, und schon wurde bei dem benachbarten Mardyck emsig an einer neuen Hafenanlage gearbeitet, die noch gefährlicher für England werden konnte als selbst Dünkirchen jemals gewesen war. Lieutenant Armstrong, einer der britischen Kommissäre, welche die Zerstörungsarbeiten bei Dünkirchen zu überwachen hatten, erstattete den Regenten mündlich seinen Bericht. Als die Kommissäre Piloten ausgesandt hatten, um die Tiefe des neuen Kanals zu sondieren, liess der Gouverneur der Festung diese Piloten in's Gefängnis werfen; da die Kommissäre sich beschwerten, verwies er sie an den Gouverneur des Hafens. Und es änderte auch nichts an der Sachlage, dass die Kommissäre sich verwundert stellten, dass es noch einen Hafen-Gouverneur in Dünkirchen gebe, wo ein Hafen von rechtswegen nicht mehr existieren dürfte.²⁾ Sie mussten sich bald von der noch viel ernsteren Thatsache überzeugen, dass in der

¹⁾ Vergl. u. a. Bonets Berichte, G. St. A.

²⁾ Bothmers Diarium 13./24. Sept. 1714. H. A.

neuen Hafenanlage mehr und grössere Schiffe Platz finden würden als in der alten.

Die Regenten konnten nicht viel dagegen thun. Und auch nach der Ankunft Georgs I. in London kam man keinen Schritt vorwärts.¹⁾ Prior musste dem französischen Hofe Noten überreichen, um von dem Hafenaufbau abzumachen, den man nur als offene Verletzung des Utrechter Friedens betrachten könne. Die Franzosen erklärten dagegen hartnäckig, der neue Kanal sei lediglich dazu bestimmt, dem Wasser einen Abfluss zu verschaffen und das Land vor Überschwemmungen zu bewahren. Natürlich glaubte niemand an diese Ausflucht, schon weil es schlechterdings nicht einzusehen war, warum denn dieser angeblich so unschuldige Kanal so gross und tief sein musste, dass eine ganze Flotte darin Platz hatte. Auch zwischen Iberville und den Ministern in London fanden die gleichen fruchtlosen Erörterungen statt. Der König selbst nahm das grösste Interesse an der Sache. Lieutenant Armstrong musste ihm persönlich Vortrag halten.

Wenn Dünkirchen, so stellte der Kommissär es dar, ein Piraten-nest gewesen sei, so werde nun Mardyck einer Kriegsflotte Schutz bieten. Eines Tages war bei Hofe von der peinlichen Angelegenheit die Rede. Der König äusserte seine Meinung, ohne den hinter ihm stehenden Iberville gewahr zu werden. Als man ihn aufmerksam machte, wandte sich Georg direkt an den Franzosen, der auch sogleich sein Sprüchlein hersagte, von dem Abfluss des Wassers und dem Schutze des Landes, bis der Admiral Berkeley ihn widerlegte. Es war eben, so beschloss der Monarch endlich das Gespräch, vordem ein runder, jetzt ist es ein langer Hafen.

Die englische Regierung befand sich in peinlicher Lage. Es war ganz klar, dass Ludwig XIV. sie für so schwach hielt, um sich eine Verletzung des Friedens erlauben zu dürfen, durch welche die französischen Kampfmittel gestärkt wurden. Zwei Wege standen den Engländern offen, um es zu verhindern. Sie konnten Krieg führen und Frankreich zur Beobachtung der Verträge zu zwingen suchen. Oder sie mochten sich um Frankreichs Freundschaft bemühen, um durch gütliche Verständigung zum Ziele zu kommen. Vorläufig war für solche Bemühungen freilich wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden. So lange Ludwig XIV. lebte, konnte der Staat Georgs I. zu einem freundlichen Verhältnisse mit dem Nachbar jenseits des Kanals nicht gelangen. An den Krieg hingegen ist wirk-

¹⁾ Nach den Akten im Rec. Off. und den Berichten Bonets und Hoffmanns.

lich gedacht worden. Wir werden an anderer Stelle, wo wir Englands Beziehungen zu seinen alten Verbündeten kennen lernen, auch von jenen kriegerischen Absichten reden, deren Träger vornehmlich Stanhope war. Zunächst wurde doch ihre Verwirklichung hinausgeschoben bis zum Ableben Ludwigs XIV., das man nicht fern glaubte. Mittlerweile durften die Franzosen also die Hafenaufbauten von Mardyck ungestört fortsetzen. Etwas anderes als drohende Worte hatten sie von englischer Seite nicht zu befahren.

So war die Lage, als im Januar 1715 der Graf Stair im Auftrage Georgs I. am Pariser Hofe erschien, zunächst neben dem Gesandten Prior und ohne offiziellen Charakter, in der That aber zu keinem anderen Zwecke, als um den als Teilnehmer an der Friedensverhandlung, als Tory und Freund Bolingbrokes den Whigs verhassten Prior auf seinem Platze abzulösen. Es versteht sich, dass in Stairs Instruktionen¹⁾ das Thema von der Entfernung des Prätexten aus Lothringen so wenig fehlte wie dasjenige von der Verschüttung des Dünkircher Hafens und von dem Kanalbau bei Mardyck. Eine fertige Denkschrift über die letztere Angelegenheit ward ihm mit auf den Weg gegeben, damit er sie bei erster Gelegenheit am französischen Hofe überreiche.

John Dalrymple, Graf Stair, aus schottischem Geschlecht, hatte unter Marlborough gedient und war nach dem Thronwechsel 1714 General der königlichen Truppen in Schottland geworden. Sein Wesen war sicherlich mehr dasjenige eines Militärs als eines Diplomaten. Als Gesandter hat er am Hofe Ludwigs XIV. durch sein schroffes Auftreten anfangs vielen Anstoss erregt. Torcy, der Minister des Auswärtigen, erklärte wohl, er wolle nicht mehr mit ihm verhandeln und selbst dem Könige widerstrebte es, ihn ferner zu empfangen.²⁾ Wenn anders die englische Regierung in diesen Monaten die Möglichkeit eines neuen Krieges in's Auge fasste, so war Stairs Benehmen wohl geeignet, den künftigen Konflikt vorzubereiten. Soweit ist es freilich nicht gekommen, aber doch bilden die fünf Jahre von Stairs Aufenthalt am französischen Hofe einen der wichtigsten Abschnitte in den Beziehungen der beiden grossen Mächte.

Lord Stair fand eine ziemlich kühle, fast unfreundliche Auf-

¹⁾ Dieselben sind vom 22. und 24. Nov. 1714. R. O. Auf das bei Wiesener (Le Régent l'abbé Dubois et les Anglais I p. 9—10) Mitgeteilte kommen wir noch zurück.

²⁾ Mémoires de Saint Simon (Paris 1843) XXII, 208.

nahme.¹⁾ Vom Könige bekam er wohl die gewöhnlichen Artigkeiten zu hören, dass er alles thun wolle, um gute Freundschaft mit England zu halten und dies sich gewiss auch erreichen lasse, da beide Teile den Frieden gleich nötig brauchten. Aber die Unterredungen mit dem Minister Torcy nahmen schnell einen recht gereizten Charakter an. Gegenseitig warf man sich kriegerische Absichten vor. Auf französischer Seite wurde die Behauptung, England wolle den Krieg, offenbar in der Absicht verbreitet, dadurch der Regierung Georgs I. bei den eben sich vollziehenden Parlamentswahlen nach Kräften zu schaden. Stair hatte seine den Hafen von Mardyck betreffende Note alsbald überreicht. Torcy erklärte kalt, es stehe nichts Neues darin; man sei aber bereit, auch in der Antwort das schon Gesagte zu wiederholen. Auf diese Antwort liess man den englischen Gesandten übrigens Monate lang warten, und als sie endlich erfolgte, war darin in der That nur wieder die Behauptung zu lesen, Ludwig XIV. habe den auf Dünkirchen bezüglichen Artikel des Utrechter Friedens gewissenhaft beobachtet; der neue Kanal von Mardyck aber habe nur den Zweck, das Land vor Überschwemmung zu bewahren.²⁾

Die unfreundliche Behandlung, welche Stair widerfuhr, hatte ihren Grund darin gehabt, dass man in Frankreich sich nicht überzeugen konnte oder wollte, dass das Königtum Georgs I. von Dauer sein werde. Gewiss würden schon die Wahlen zum Parlamente die ganze Schwäche seiner Regierung offenbaren. Nun erfolgten diese Wahlen und brachten das entgegengesetzte Ergebnis, eine whiggistische Mehrheit im Unterhause. Sofort verwandelte sich auch die Haltung des Pariser Hofes. Torcy hörte jetzt geduldig zu, wenn der Gesandte ihm von den Schleusen bei Dünkirchen und dem Kanal von Mardyck sprach.³⁾ Man begann an die Lebensfähigkeit des hannövrishen Königtums zu glauben.

Unterdessen hatte Lord Stair sich nicht auf den Verkehr mit dem Hofe beschränkt.⁴⁾ Er hielt es von Anfang an für seine Aufgabe, die Verhältnisse des Landes, vor allem seine Hilfskräfte zu studieren, die Stimmung des Volkes zu erforschen, überhaupt sich selbst und dem Hofe von St. James eine deutliche Vorstellung

¹⁾ Vergl. für das Folgende auch Wiesener, a. a. O., der aus den Stair Papers in Oxenford Castle manche wertvolle Ergänzung zu den im Record Office nur lückenhaft erhaltenen Korrespondenzen Stairs zu bieten imstande ist.

²⁾ Lamberty IX 143—151.

³⁾ Stair an Stanhope. 8. März 1715. R. O.

⁴⁾ Vergl. auch Wiesener a. a. O. p. 15 ff.

zu verschaffen von den Gefahren, die immer und besonders in schwierigen Zeiten der Regierung Georgs I. von der Seite Frankreichs drohten. Stair hielt ein offenes Haus, er teilte die Vergnügungen der vornehmen Welt, selbst mit der bürgerlichen Gesellschaft trat er in Berührung. Er horcht sie alle aus über die innere Lage Frankreichs, von allen erfährt er, was er zu wissen wünscht. Seine Schilderung französischer Zustände beschliesst er wohl mit dem Hinweise: „So denken einige der vornehmsten Leute von Paris, mit denen ich geredet habe.“¹⁾

Es war ein düsteres Bild, das Stair aus solchen Mitteilungen gewann.²⁾ Die Provinzen sind erschöpft, das Volk unzufrieden, die Finanzen in trostloser Zerrüttung. Mit einem Einkommen von hundert Millionen hat der König den Krieg begonnen. Jetzt ist fast die gleiche Summe erforderlich, um nur die ungeheure Staatsschuld mit vier Prozent zu verzinsen. Der Kurs der Papiere sinkt fortwährend und am meisten fällt dies der französischen Regierung selbst zur Last, welche fortwährend von Englands kriegerischen Absichten spricht. Lord Stair, sage man, sei in keiner andern Absicht gekommen, als um einen Streitfall herbeizuführen. Und wenn dann er selbst Zurückhaltung beobachtet, wenig unter Leute geht, mit Vorsicht redet, so heisse es wieder, er thue absichtlich geheimnissvoll und werde Paris bald verlassen, natürlich weil alsdann der offene Bruch erfolgen solle. Jedermann fürchtet sich davor, weil Frankreich gar nicht im stande ist, einen Krieg zu führen. Ja, man findet in Paris selbst den Utrechter Frieden für Frankreich ungünstig, nicht weil die Vorteile desselben ungenügend seien, sondern gerade wegen der grossen Macht, mit welcher es also noch aus dem Kriege hervorgegangen sei. Denn so erregt es fortgesetzt die Eifersucht der anderen Staaten, es muss eine grosse Armee unterhalten und geht dadurch der Möglichkeit verlustig, seine schwer lastenden Schulden zu bezahlen. An der Spitze des Ganzen endlich ein altersschwacher König. Die Minister fürchten seinen Tod und suchen alles fernzuhalten, was ihm Kummer verursachen und sein Leben verkürzen könnte. Dies ist die grösste Sorge der Madame de Maintenon, welche mehr zu sagen hat als der ganze Conseil.

Dass das Hinscheiden Ludwigs XIV. in der That einen gewaltigen Umschwung herbeiführen werde, musste jedem einleuchten. Frankreich würde alsdann ein anderes sein. Nur die Eitelkeit eines

¹⁾ Stair an Stanhope. 9. Febr. 1715. R. O.

²⁾ Stairs Berichte aus dem Febr. und März 1715. R. O.

alten Mannes, schrieb Stair einmal, verhindert es, dass wir Genugthuung erlangen.

Zwar nicht ausgesprochen, liegt doch diesen Schilderungen, der Art wie sie vorgetragen werden, wohl der Gedanke zu grunde, dass sich England zum Kriege entschliessen möge. Die eigene Lage war ja damals, in den ersten Monaten des Jahres 1715, nicht so gefahrvoll, dass man darum so ängstlich über den Kanal zu schauen brauchte. Wohl aber mochte in der Verwüstung Frankreichs, in der Unordnung seiner Finanzen, in der Vernichtung seiner Seemacht ein Anreiz für die in England herrschenden Whigs liegen, jetzt den Kampf, dessen Abschluss sie so heftig verurteilt hatten, von neuem zu beginnen. Es ist schwer einzusehen, zu welchem andern Ende, als solche Betrachtungen hervorzurufen, Lord Stair alle jene Dinge nach London berichtete. Die Wirkung war denn auch keine andere, als dass Stanhope in der Stille den festen Entschluss fasste, sobald Ludwig XIV. die Augen schloss, im Bunde mit dem Kaiser einen neuen Weltbrand zu entfachen.

So standen denn England und Frankreich einander feindselig und misstrauisch gegenüber. Und auch eine durch Lord Stair in Paris geführte Verhandlung, zum Zwecke einer Vermittlung zwischen Karl VI. und Philipp V. in der Sache Majorkas, konnte bei dem Ausgange, den sie nahm, nicht zur Besserung des Verhältnisses beitragen. In anderm Zusammenhange werden wir auf diese Verhandlung noch zurückkommen. Hier sei nur soviel bemerkt, dass das Vermittlungswerk ein jähes Ende fand durch einen Gewaltstreich, mit dem der König von Spanien sich die Insel Majorka unterwarf, nicht ohne der stillen Zustimmung seines Grossvaters auf dem Throne von Frankreich gewiss zu sein. Zwischen dem Marquis Torcy und dem Grafen Stair spielte sich damals ein heftiger Auftritt ab, aus dem sich, wenn England es jetzt darauf angelegt hätte, ziemlich leicht ein ernster Streitfall hätte entwickeln können. Stair hatte sich darüber beklagt, dass man es auf der andern Seite, womit zunächst Spanien gemeint sein sollte, an politischem Anstand habe fehlen lassen. Als Torcy, in dessen Hause die Unterredung stattfand, dies leugnete, erklärte Stair, dann verstehen Sie etwas anderes darunter als wir. Da brauste der Franzose auf, er brauche sich hier nicht beleidigen zu lassen und wies dem englischen Gesandten die Thüre. Zwar ward die Unterredung doch nicht sofort abgebrochen, Torcy gab zu, dass er sich unnötig ereifert habe. Aber die beiden Diplomaten schieden endlich mit grosser Erbitterung voneinander. Der Marquis werde es noch bereuen, drohte Stair, wenn

er den König von Frankreich mit seinen mächtigen Nachbarn, England und dem Kaiser, welche beide Frieden und Freundschaft zu halten wünschten, entzweie.¹⁾

Die Unterredung spielte sich am 11. Juli ab, also zu einer Zeit, wo die englische Regierung bereits mit der jakobitischen Gefahr zu rechnen begann. So hütete sie sich wohl, den völligen Bruch mit Frankreich hervorzurufen. Stair blieb in Paris, so peinlich seine Stellung daselbst auch wurde, denn der Hof hatte jedermann verboten, mit ihm zu verkehren. Aber die Anerkennung, die er von London aus erhielt, mochte ihn dafür entschädigen.²⁾ Der König lobte seine Mässigung und wünschte auch ferner jede Herausforderung vermieden zu sehen. Stair hatte bei seinem Hofe angefragt, ob er in Paris eine auf den Prätendenten bezügliche Note überreichen solle. Stanhope erwiderte, man halte dies nicht für angezeigt. Was immer der französische Hof thue, um die im Werke befindlichen jakobitischen Anschläge zu unterstützen, die beste Abwehr werde sein, sich daheim entschlossen und stark zu zeigen.³⁾ Und wenn es also dem Gesandten nicht mehr möglich war, freundliche Beziehungen mit dem französischen Hofe zu unterhalten, so vermochte er gleichwohl seiner Regierung unendlich zu nützen. Stair war es, der sich über jede Bewegung des Prätendenten und seiner Anhänger auf dem Festlande, über alles, was zu seinen Gunsten in Frankreich geschah, genaue Nachrichten zu verschaffen wusste. Die aus Paris einlaufenden Meldungen, die Ratschläge Stairs waren es, welche für einige Zeit die Entscheidungen in London vorzüglich bestimmten.

Diese Bedeutung hatten — wir müssen noch einmal zurückgreifen — seine Berichte eigentlich schon seit dem Tage gewonnen, da Lord Bolingbroke England verlassen hatte und nach Frankreich gegangen war. Als politischer Flüchtling kam er über das Meer. Die englische Regierung war froh, an seine Person nicht Hand legen zu müssen; aber seinen ferneren Weg verfolgte sie doch mit ernster Sorge. Stair erhielt den Auftrag, ihn im Auge zu behalten und achtzugeben, welche Aufnahme er in Paris finden werde.⁴⁾ Denn dahin begab sich Bolingbroke. Da die Anklage gegen ihn noch nicht erhoben war, so konnte man auch dem Hofe Ludwigs XIV.,

¹⁾ Stairs eigener Bericht in den Miscellaneous State Papers (Hardwicke) II. 530—32. Vergl. Wiesener I. p. 25 ff.

²⁾ Vergl. Wiesener a. a. O.

³⁾ Stanhope an Stair 20 Juli (a. St.) 1715. R. O.

⁴⁾ Stanhope an Stair 31. März (a. St.) 1715. R. O.

dem der ehemalige englische Minister wohlbekannt war, aus dem Verkehr mit ihm kaum einen ernsten Vorwurf machen. Stair wusste freilich zu melden, dass der Minister Torcy ein auffallendes Verlangen gezeigt habe, mit Bolingbroke bald zusammenzutreffen, ja, wenn dieser es wünschen sollte, selbst zu einer heimlichen Besprechung. Zwischen den beiden Männern mögen schon die Umstände erörtert worden sein, welche bei einer Unternehmung zu Gunsten des Prätendenten in Betracht kamen. Denselben Charakter hatte natürlich eine Zusammenkunft mit dem Halbbruder Jakob Eduards, dem Marschall Berwick, der uns die Kunde davon selbst überliefert hat. Stair glaubte sich bei Hofe über die Verbindung mit Bolingbroke beklagen zu sollen, deren üble Wirkung er schon in Torcys gesteigertem Stolze und Kaltsinn zu verspüren meinte.¹⁾

Gleichwohl war Bolingbroke zur Zeit noch bestrebt, als der loyale Unterthan Georgs I. zu erscheinen, dem jede Beziehung zum Prätendenten und seinen Anhängern gleich fern liege. Es gelang ihm, in persönliche Berührung mit dem Grafen Stair zu kommen, dem er die treuherzigsten Versicherungen gab, und dieselben finden sich auch wieder in einem Briefe, den er durch Stairs Vermittlung an Stanhope gelangen liess.²⁾ In Wahrheit war er schon entschlossen, sein Heil in der Förderung der stuartischen Sache zu suchen. In Paris weilte er nur wenige Tage. Er begab sich in die Dauphiné und wartete dort die weitere Entwicklung der Dinge ab. Da er³⁾ sich von den Spähern des Grafen Stair beständig beobachtet wusste, vermied er freilich zunächst jeden Schritt, der sein Einverständnis mit dem Prätendenten verraten konnte. Jakob Eduard hatte ihn in seiner Ungeduld um eine Zusammenkunft gebeten; Bolingbroke lehnte sie vorläufig ab. Aber die Umstände drängten ihn vorwärts.

Den Prinzen hatte es mit hoher Genugthuung erfüllt, als der kühne Lord Bolingbroke, vor der Verfolgung daheim fliehend, den Boden Frankreichs betrat. Denn was blieb dem gestürzten Minister, der nach neuer Macht strebte, nun wohl übrig, als sein thätiger Bundesgenosse zu werden? An seiner guten Gesinnung wollte er

¹⁾ Stair an Stanhope 17. April 1715. R. O.

²⁾ Letter to Sir Will. Wyndham. Vergl. die Schriftstücke bei Macknight, Bolingbroke, 451—52.

³⁾ Das folgende vorzüglich nach den neuen Mitteilungen aus den Stuart Papers bei Thorton, Stuart Dynasty p. 215—282, dazu die vorlängst durch Mahon I. 383 ff. veröffentlichten Korrespondenzen und Bolingbrokes Brief an Sir William Wyndham.

um so weniger zweifeln, als er dieselbe schon zu Annas Lebzeiten bewiesen habe. Seinem Rate, schrieb er Bolingbroke, werde er in allen Stücken folgen. Am meisten versprach er sich von dem Einflusse, den Bolingbroke auf den französischen Hof ausüben werde. Dort sollte er im Einverständnisse mit dem Herzoge von Berwick vorgehen, der als einer der besten Generale Ludwigs XIV. hohes Ansehen genoss und zu einem der militärischen Führer des ganzen Unternehmens ausersehen war. Bolingbroke war nun freilich nicht in Paris geblieben und trat überhaupt anfangs viel zu vorsichtig auf, um auf die Absichten des Prätendenten recht einzugehen. In seinem südfranzösischen Aufenthalte kamen ihm aber Nachrichten zu von einer angeblich überaus günstigen Lage der Dinge. Alle Tories, so gab man ihm zu wissen, sind jetzt offene Jakobiten, die Häupter stehen mit dem Herzoge von Ormond in Verbindung, alle übrigen sind bereit sich anzuschliessen, sobald der erste Schuss gefallen ist. Das Volk von England ist erbittert gegen die Regierung, Schottland harrt voller Ungeduld auf den Augenblick zum Losschlagen. Dazu empfing er einen Brief vom Prätendenten, der ihn beschwor, unverzüglich zu ihm zu eilen. „Meine Ungeduld, Sie zu sehen, mit Ihnen zu reden, ist ebenso gross wie meine Hochachtung, mein Vertrauen zu Ihnen und wie die Dringlichkeit der gegenwärtigen Umstände, in denen ich ungerne handeln oder einen entscheidenden Entschluss fassen würde, ohne Ihren Rat vorher gehört zu haben.“

Bolingbroke stand an einem Wendepunkte seiner Laufbahn. Der Ehrgeizige gab sich wirklich der Täuschung hin, er werde im Dienste des Prätendenten noch einmal sein Glück machen. Wenn er nach England blickte, so sah er seine unversöhnlichen Feinde, die Whigs, am Werke, ihn als Verräter auf immer zu brandmarken und von aller Macht auszuschliessen. Unter Georg I. waren für einen Bolingbroke keine Ehren mehr zu gewinnen. Wozu also noch die übergrosse Heimlichkeit, wenn er doch einmal von dieser Regierung nichts zu hoffen hatte? In solcher Lage, und nicht erst, als nach seiner eigenen Erzählung¹⁾ der Schmerz über die „Act of Attainder“ ihm stechend durch alle Adern lief, entschloss er sich zur Reise nach Lothringen. Im Juli 1715 erschien Bolingbroke in Commercy vor seinem Könige Jakob III.

„Ich denke, wir werden miteinander zufrieden sein“, hatte der Prätendent vor zwei Monaten in Bezug auf ein Zusammentreffen mit

¹⁾ Letter to Sir Will. Wyndham.

dem Viscount geäußert.¹⁾ Auf der Seite Bolingbrokes war jetzt dieses Gefühl keineswegs vorhanden. Fast bereute er, sein Schicksal an dasjenige Jakob Eduards gekettet zu haben, als dieser ihm voller Zuversicht entgegentrat, in dem frohen Glauben, dass es in England nur an seiner persönlichen Anwesenheit fehle, damit alles zum schönen Ende geführt werde.²⁾ Dabei vermochte er gleichwohl seinem neuen Berater nichts mitzuteilen, was als ein hinreichender Grund für so freudige Erwartungen gelten konnte. Meist waren es allgemeine Versicherungen der englischen Freunde, welche an den Erfolg glaubten, weil sie ihn wünschten. Mit dem leeren Titel eines Staatssekretärs verliess Bolingbroke den lothringischen Aufenthalt seines neuen Herrn.

In Paris, wohin er sich begab, fiel ihm die Aufgabe zu, den französischen Hof zu Gunsten des Prätendenten zu beeinflussen. Jakob Eduard konnte den Augenblick nicht erwarten, da es ihm vergönnt sein würde, sich nach England einzuschiffen. Er war sicher, daselbst von einem treuen Volke auf den Thron seiner Ahnen erhoben zu werden, den ein Unwürdiger an seiner Stelle usurpiert hatte. In Havre wurden einige Schiffe ausgerüstet, welche den letzten Stuart und sein Glück über das Meer tragen sollten, und welche zugleich alles an Waffen und Kriegsvorräten enthielten, was man aufzubringen vermochte. Viel war es nicht, kaum ausreichend für die Bedürfnisse eines schottischen Aufstandes, und doch war der ganze in St. Germain angesammelte Schatz darauf verwendet worden. Diese Vorbereitungen wurden aber, ebenso wie die von der andern Seite des Kanals kommenden Botschaften, keineswegs mit jener Heimlichkeit behandelt, wie die Gelegenheit sie erforderte. Es war wie eine Verschwörung am hellen Tage. Wie erschrak Bolingbroke, als er in Paris die Damen beim Thee von Schiffen und Waffen reden hörte, die für den kommenden Aufstand bereit gehalten würden. Es bedurfte wahrlich nicht des Scharfsinnes Lord Stairs und seiner Späher, dass die englische Regierung die genaueste Kenntnis von den Anschlägen der Jakobiten im Auslande erhielt.

Mit aller Umsicht wurden in England die Massregeln getroffen, um der Gefahr einer Invasion entgegenzutreten. Zuerst kam es darauf an, die französischen Häfen zu beobachten und weiter jede feindliche Landung an den britischen Küsten zu verhindern. Der Gefahr im

¹⁾ An Berwick 3 Mai 1715, bei Thornton p. 226.

²⁾ Vergl. seinen Brief an Berwick vom 9. Juli 1715 bei Thornton p. 229.

Innern Herr zu werden, durfte man sich wohl getrauen, wenn es nur gelang, den Angriff von aussen fernzuhalten. Schon am 1. Juli 1715 erging vom Flottenamte der Befehl, dass ein englisches Geschwader an der französischen Küste zwischen Calais und Cherbourg kreuzen solle. Der Kapitän musste sich mit seinen Schiffen auf der Höhe von Boulogne, Dieppe, Havre und Cherbourg zeigen und über alles, was er von einer Ausrüstung von Kriegs- oder Transportschiffen daselbst zu entdecken vermochte, genau Bericht erstatten.¹⁾ Dann erhielt nach einigen Wochen Sir George Byng, der erfahrene Admiral, welcher schon einmal vor sieben Jahren die Landung des Prätendenten in Schottland vereitelt hatte, abermals den Befehl, alle Schiffe, die ihm mit Mannschaften oder Truppen an Bord begegnen würden, aufzubringen, in den Grund zu bohren oder zu vernichten.²⁾ Mehrmals kreuzte er mit einer Flotte an der Küste Nordfrankreichs. Auf der Höhe von Havre, wo ja in der That gerüstet wurde, musste er sich zeigen und die Absichten der Franzosen zu erspähen suchen. Sorgfältig wurden auch die eigenen Küsten, namentlich diejenigen von Schottland und Irland bewacht, damit nicht irgendwo unbemerkt Mannschaften, Offiziere oder Kriegsmaterial für den Dienst des Prätendenten ans Land geschafft werden möchten.³⁾ Sogar noch weiter wurden schon im Juli und August, ehe noch von einer eigentlichen Erhebung in den britischen Reichen die Rede sein konnte, die Vorsichtsmassregeln ausgedehnt. Man wollte in Erfahrung gebracht haben, dass auf der Elbe und Weser Mannschaften und Munition für den stuartischen Aufstand nach Schottland verschifft werden sollten. Da musste der Geheime Rat in Hannover an die Magistrate der befreundeten Städte Hamburg und Bremen, ebenso wie an die Regierungen in Glückstadt und Oldenburg im Namen Georgs I. die Bitte richten, alle passierenden Schiffe durchsuchen zu lassen und bei den leer fahrenden sich zu vergewissern, dass sie nicht bestimmt seien, dem Prätendenten Mannschaften zuzuführen.⁴⁾ Admiral Baker endlich, der Kommandant des britischen Mittelmeergeschwaders, das eben bei Port Mahon vor Anker lag, erhielt Befehl, die Bewegungen der französischen

¹⁾ Weisung der Lords der Admiralität an Capt. Dore-Windsor, 1. Juli (a. St.) 1715. Admiralty Records. R. O.

²⁾ Townshend an die Lords der Admiralität, 25. Juli (a. St.) 1715. Diese an Sir George Byng, 25., 29. Juli, 10., 22. Aug. (a. St.) 1715. R. O.

³⁾ Nach den Admiralty Records im R. O.

⁴⁾ Weisung Georgs I. an den Geheimen Rat zu Hannover, 2./13. August 1715. Han. Archiv.

und spanischen Geschwader genau zu beobachten, ob sie vielleicht ihren Kurs aus jenen südlichen Meeren fort und gegen die Nordsee richteten. Wäre das der Fall, so soll auch er mit seiner Flotte eilig die Heimfahrt antreten, um jenen zuvorzukommen und zur Stelle zu sein, wenn es die Verteidigung der heimischen Gewässer und Küsten gelte.¹⁾

Wie weit blieb doch die Wahrheit hinter diesen Befürchtungen zurück. Im Mittelmeer blieb alles ruhig; und selbst Jakob Eduard musste seiner Ungeduld vorläufig noch Zügel anlegen. Er hatte sich nach den ihm aus England zugehenden Nachrichten die Ansicht gebildet, dass er nicht länger zögern dürfe. Zwischen dem 28. und 30. Juli wollte er sich in Dieppe einschiffen und Bolingbroke sollte ihn begleiten. Der Minister aber wusste ihn davon zurückzuhalten. In England, stellte Bolingbroke dem Prätendenten vor, sind die Dinge nicht reif oder wenigstens fehlt es Ihnen an der Gewissheit, dass sie es sind; das Geheimnis wird nicht gewahrt; und noch hat Frankreich seine Hilfe, gegenwärtige wie künftige, nicht mit voller Gewissheit versprochen. Jakob Eduard konnte sich trotz seiner Ungeduld diesen Gründen nicht verschliessen. Doch länger als einen Monat, meinte Bolingbroke selbst, würde auch er ihn nicht von der Überfahrt zurückhalten können. Und im Grunde werde dann, wenn einmal die ganze englische Nation Feuer und Flamme sei, die Person des Stuart-Prinzen allein wertvoller sein als eine ganze Armee, mit welcher er erst nach einigen Monaten zu kommen vermöchte.

Unterdessen war von der andern Seite des Kanals eine Denkschrift zuerst in des Chevaliers, dann in Bolingbrokes Hände gelangt, in welcher ein förmliches Programm für die Rebellion in England niedergelegt war, insbesondere für die Rolle, welche Jakob Eduard dabei zu spielen haben würde. Es enthielt die übereinstimmende Ansicht aller vornehmen Jakobiten Englands und rührte unmittelbar von Ormond, ihrem angesehensten Führer, her. Nur dann, so führte die Denkschrift aus, sei auf ein Gelingen zu hoffen, wenn bei der Ankunft des Prinzen in England eine allgemeine Erhebung erfolge. Wenn möglich, solle er mit einer regulären Streitmacht kommen. Wenn das geschehe und dennoch das Werk misslinge, so sei eben alle Hoffnung für die Sache des Chevaliers, für seine Freunde, für die Freiheit Englands auf ewig dahin. Wolle

¹⁾ Townshend an die Lords der Admiralität 26. Juli (a. St.) 1715, diese an Baker vom selben Datum. R. O.

er es übrigens wagen, auch ohne Truppen zu kommen, so möge seine Landung nicht vor Ende September erfolgen. Und auch dann fordert man von ihm, dass er Waffen für 20 000 Mann, einen Wagenzug Artillerie, 500 Offiziere und eine beträchtliche Summe Geldes liefere.

Woher sollte aber dies alles genommen werden? Des Prätendenten eigene Mittel reichten nicht so weit. Auf sich selbst angewiesen und ohne die Pensionen des Königs von Frankreich hätte die Königin Maria in St. Germain, hätte Jakob Eduard in Bar le Duc ein standesgemässes Leben nicht zu führen vermocht. Eben dadurch wird die Figur, welche der enterbte Prinz im Auslande spielte, noch so viel mitleiderregender. Sicherlich war es die Schuld Jakobs II., der auch in der Sorge um die Seinen aus der Geschichte seines Hauses keine Lehre zu ziehen wusste. So hatte er es versäumt, ein Vermögen zu sammeln, welches in ausländischen Werten bestand und der Familie auch in der Verbannung nicht verloren gehen konnte. Die Stuarts waren arm, als sie aus England weichen mussten.

Darin waren denn Jakob Eduard und Bolingbroke auch einig, dass ohne die ausgiebige Unterstützung des Königs von Frankreich, das grosse Unternehmen nicht gelingen konnte. Umso mehr kam nun darauf an, dem französischen Hofe die Dringlichkeit der Umstände in schärfster Beleuchtung vorzuführen. Bolingbroke that dies in mündlichem Austausch mit Torcy, wie auch in einem Briefe, den er ihm auf seine eigene Bitte schrieb, damit der Minister wohl vorbereitet sei, um seinem Herrn gegenüber die Sache Jakob Eduards wirksam vertreten zu können. Scheiterte das Unternehmen, schrieb Bolingbroke, so sei auch der Untergang aller Freunde, welche Frankreich jenseits des Kanals besitze, unausbleiblich. König Ludwig habe den Erfolg in seiner Hand. Ihm werde es leichter sein, jetzo den Sohn wieder zu erheben als es einst den Generalstaaten gewesen sei, den Vater zu entthronen. Noch niemals sei die Gelegenheit gleich günstig gewesen. Zugleich liess sich aber auch die Bedürftigkeit des Prätendenten nicht verschweigen. Ohne französisches Geld vermochte er nicht einmal die täglichen Ausgaben für die in Havre liegenden Schiffe zu bestreiten. Und diese zu behalten, schien schon deshalb notwendig, um dadurch die Aufmerksamkeit der Engländer von einem andern Hafenplatze abzulenken, an dem unterdessen die wirkliche Einschiffung des Prätendenten erfolgen sollte.

Ludwig XIV. hätte die stuartische Restauration ohne allen

Zweifel mit Freuden begrüsst. Aber rückhaltlos für dieselbe einzutreten, waren er und sein Hof doch weit entfernt. Gewiss waren die französischen Staatsmänner bereit, einen glücklich verlaufenden Aufstand in England kräftig zu fördern, aber zuerst sollten diese Tories einmal bewiesen haben, dass sie es mit der Regierung Georgs wirklich aufnehmen konnten. Man möchte England den Puls fühlen, schrieb Bolingbroke dem Chevalier, und sein eigenes Verhalten darnach einrichten, ob er stärker oder schwächer schlägt. Grosse Leistungen an Truppen oder Geld waren also von Frankreich vorläufig nicht zu erwarten; jene Forderungen der Denkschrift fanden nicht viel Gehör am Pariser Hofe. Auf einen Krieg mit England wollte Ludwig XIV. es eben doch nicht ankommen lassen. Aber indem er auf der andern Seite den Prätendenten doch auch nicht ganz fallen liess, ihm die Mittel zur Fahrt an die Küste und weiter über das Meer zur Verfügung stellte, so konnten immerhin ernste Verwickelungen zwischen den beiden Mächten leicht daraus folgen. Die Jakobiten bauten ihre besten Hoffnungen darauf. „Wir würden,“ erzählt Bolingbroke, „die Franzosen völlig an uns zu fesseln bemüht gewesen sein; und mit einem Worte, wenn nur der König noch sechs Monate gelebt hätte, so glaube ich sicher, dass ein neuer Krieg zwischen England und Frankreich entbrannt wäre. Und jetzt war nach meiner Meinung auch der einzige Zeitpunkt, wo für unsere Sache eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Gelingens vorhanden war. Alles vorher Unternommene war gewagt und unsicher; alles Folgende wahnwitzig und verzweifelt.“

Unterdessen hatte aber auch die englische Regierung sich nicht mehr mit den stillen Vorbereitungen zur Abwehr eines Angriffes begnügt. Am 31. Juli gelangte in die Hände der englischen Minister ein Bericht des Grafen Stair vom 28., aus dem man gefährliche Dinge erfuhr. Der Prätendent sollte sich heimlich nach Paris begeben und dort mit seinen Freunden unter Zuziehung Bolingbrokes Rat gepflogen haben. Man sei zu dem Entschlusse gekommen, Offiziere in kleinen Abteilungen über den Kanal zu senden, der Herzog von Berwick soll nach England gehen und den Aufstand organisieren und endlich würde Jakob Eduard selbst mit Truppenmacht an der britischen Küste erscheinen.¹⁾

¹⁾ Nach den ziemlich übereinstimmenden Angaben von Bonet und Hoffmann unter dem 2. August 1715. Stairs Bericht vom 28. Juli ist im Record Office nicht vorhanden. In seinem Tagebuche ([Hardwicke] Miscellaneous State Papers II. 534) bemerkt der Gesandte unter dem Datum des 28. Juli,

Dem Grafen Stair waren freilich dieses Mal von seinen über-eifrigen Spionen Neuigkeiten zugetragen worden, welche in Wahrheit gar nicht existierten. Wir können mit einiger Sicherheit behaupten, dass der Prätendent im Monat Juli 1715 nicht wohl in Paris gewesen sein kann, denn seine Korrespondenz mit Bolingbroke und Berwick zeigt ihn uns fortgesetzt in Lothringen. Und auch die übrigen Einzelheiten in Stairs Bericht waren mindestens stark übertrieben. In London aber, wo man Stair zu glauben gewohnt war, machten sie gleichwohl tiefen Eindruck. Und im Grunde war ja die allgemeine Lage nicht gar so verschieden von demjenigen, was in jenen Meldungen enthalten war. Kein Zweifel, der Stuart plante die Invasion und Frankreichs Hilfe war nicht fern.

In der Frühe des 31. Juli war Stairs Depesche in London angelangt. Sofort versammelten sich die Minister im Kabinettsrate, um sich über die dringendsten Massregeln zu verständigen. Sie beschlossen, dass sich der König noch am selben Tage in's Parlament begeben und von der Gefahr einer Invasion Mitteilung machen möge. Seine Thronrede, ebenso wie die Adressen der beiden Häuser wurden sogleich aufgesetzt. Um drei Uhr nachmittags erschien Georg I. im Oberhause, die Kommoners wurden hereingerufen, der König sprach zu der jüngst durch die beiden Häuser gegangenen und jetzt besonders wichtig erscheinenden Meuterei-Akte, sowie zu einigen anderen Gesetzen seine Zustimmung aus; dann verlas der Kanzler in seinem Namen die Thronrede. Sie knüpfte an die vor wenigen Tagen beschlossene Adresse des Kommons gegen die Tumulte an. Der Geist der Rebellion, der im Lande herrschte, lasse keinem Zweifel Raum, dass die Anstifter der Unruhen auf auswärtige Hilfe rechnen. Der Monarch sprach von den Angriffen, welche sicheren Nachrichten zufolge der Prätendent gegen die Verfassung und den Glauben Englands plane. Er wandte sich an die Kommons, die die Nation nicht wehrlos lassen würden gegenüber einer schon vorhandenen Rebellion im eigenen Lande und einer von aussen her drohenden Invasion. Er sehe den Vorkehrungen entgegen, die sie für die Sicherheit des Volkes treffen würden.

Die beiden Häuser¹⁾ liessen es in diesem kritischen Zeitpunkte

er habe aus Gründen von seinem Berichte keine Abschrift zurückbehalten. Eine gewisse Bestätigung dieser Notiz finden wir in dem Umstande, dass sich auch unter den Stair Papers in Oxenfoord Castle der Bericht offenbar nicht findet, da ihn Wiesener sicherlich in seiner Darstellung verwendet haben würde.

¹⁾ Das Folgende vornehmlich nach den Berichten Bonets und Hoffmanns und der Parl. Hist.

nicht an sich fehlen. Bei den Lords gab sich sogleich die heftigste Entrüstung über die Absichten des Prätendenten kund. Die Tories zeigten keinen geringeren Eifer für das Haus Hannover als die Whigs. Ja, es schien ihnen Bedürfnis zu sein, es vor aller Welt auszusprechen, dass sie wohl der Regierung Opposition machen, aber mit den Bestrebungen zum Sturze der Dynastie nichts gemein haben wollten. Graf Anglesea, von dem man noch kürzlich das vertäugliche Wort vernommen hatte, das Scepter werde in des Königs Händen wanken, erklärte jetzt, er wäre der erste, der den Degen gegen den Prätendenten zücken würde. Mit ähnlicher Entschiedenheit äusserte sich der Herzog von Shrewsbury, welcher gleichwohl wegen seines Anteils an der Friedensverhandlung jüngst sein Amt als Oberstkämmerer hatte aufgeben müssen und nur so der strafrechtlichen Verfolgung entgangen war. Der wirklich unter Anklage stehende Graf Strafford wie auch Lord Peterborough, den die Regierung bisher geflissentlich unbeachtet gelassen hatte, ja selbst erklärte Anhänger Oxfords, wie der Erzbischof von York und der Bischof von Bristol liessen an ihrer loyalen Gesinnung keinen Zweifel aufkommen. Ohne Schwierigkeiten gelangte die dem Oberhause vorgelegte Adresse zur Annahme, in der die Lords Gut und Blut einzusetzen versprachen für die Person und das Recht ihres Königs.

Im Unterhause entsprach die That dem Worte. Noch am selben Tage, da man die Thronrede gehört hatte, begaben sich alle Mitglieder des Hauses, der Sprecher an der Spitze, nach St. James', um dem Könige die soeben einstimmig beschlossene Adresse zu überreichen, in der es hiess, er möge nur die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande so weit vermehren, wie es ihm notwendig erscheine. Das Haus werde mit den erforderlichen Bewilligungen nicht zurückbleiben. Selten hatte ein Unterhaus der Krone ein solches Vertrauen entgegengebracht.

Schon von diesem Tage an war die grösste Gefahr beseitigt. Seitdem die Regierung der Welt hatte zeigen können, dass sie das Parlament so völlig in ihrer Hand habe, brauchte sie die Rebellen nicht mehr zu fürchten. Noch am Abend des 31. Juli wurden in einer Sitzung des Privy Council, welcher auch der Lord Mayor von London und die Friedensrichter von Westminster beiwohnten, die dringendsten Vorsichtsmassregeln beschlossen. In der Nacht wurden alle im Besitze von Papisten und Nonjurors befindlichen Waffen und Pferde in der Hauptstadt ergriffen; das Gleiche ward den Magistraten anderer Städte befohlen. Die nächsten Tage brachten weitere Be-

schlüsse zur Sicherung des Staats. In London und ganz England wurden die Milizen aufgeboten. Das Heer von 8000 Mann, welches man besass, schien jetzt ungenügend. Man traf Anstalten, um noch zehn Dragonerregimenter, insgesamt zu 3000 Mann und 4000 Mann zu Fuss in acht Regimentern aufzustellen. Einige Generale von zweifelhafter Gesinnung wurden entfernt. Dagegen hielt man es für geraten, die seit dem Kriege entlassenen und auf halben Sold gesetzten Offiziere wieder anzustellen. Gern ging das Unterhaus auf eine von der Regierung kommende Anregung ein und beschloss eine Adresse, in welcher es dem Könige die Kosten der Wiederanstellung zu ersetzen sich anheischig machte. Es handelte sich um nicht weniger als 1800 Offiziere. 500 derselben fanden in den neugebildeten Regimentern die natürlichste Verwendung; aber auch die übrigen 1300 sollten nun in den Dienst der Regierung gestellt werden, denn man fürchtete, dass sie sonst das Panier des Prätendenten ergreifen würden. So wurden sie nun verwendet, um die Landmilizen zu befehligen und den Regierungsbehörden in den Provinzen an die Hand zu gehen. Da aus Schottland bedenkliche Nachrichten von einer bevorstehenden Erhebung der Hochschotten einliefen, so wurden drei Regimenter aus Irland dorthin gesandt. Man erwog selbst die Abberufung der noch in Flandern stehenden britischen Truppen. Ein Zug starker Entschlossenheit ging durch alle Handlungen der Regierung. Das Gesetz bestand noch zu Recht, welches demjenigen 100 000 £ verhiess, der den Prätendenten, falls er landen würde, lebend oder tot einlieferte. Und täglich erschienen neue Manifeste des Königs, welche energische Massregeln der Abwehr ankündigten oder die Behörden anspornten, in ernster Stunde ihre Pflicht zu thun.

Nun gingen der Regierung auch von allen Seiten Beweise treuer Gesinnung zu. Die eben in London versammelte anglikanische Geistlichkeit überreichte am 2. August dem Könige eine Ergebenheitsadresse. Am 9. folgte die Stadt London, und ihr Beispiel fand überall Nachahmung. Aus vielen Teilen von England und Irland liefen Adressen von Grafschaften und Städten ein, die alle ihrem Abscheu über die vom Prätendenten drohende Invasion Ausdruck geben wollten.¹⁾ Im nördlichen Irland verlasen alle presbyterianischen Geistlichen in ihren Kirchen eine Ermahnung an das Volk, treu zum Könige zu halten. Das Unterhaus konnte

¹⁾ Eine Aufzählung derselben findet sich in der „London Gazette“ vom 27. Aug. (a. St.) 1715.

seinem Vertrauen zur Regierung Georgs I. wahrlich keinen stärkeren Ausdruck verleihen, als indem es die Habeascorpusakte, einen der Pfeiler aller englischen Freiheit, zeitweilig aufhob, um das Vorgehen gegen die verdächtigen Elemente zu erleichtern. Auch an thatkräftiger Unterstützung fehlte es der Regierung nicht bei ihrem Werke der nationalen Verteidigung. Zu den unbeschränkten Bewilligungen des Unterhauses kam die finanzielle Hilfe, zu der die Hauptstadt und die Bank von London sich sogleich bereit erklärten, als die drohenden Nachrichten bekannt wurden.

Das energische und erfolgreiche Handeln der Regierung Georgs I. rief überall, daheim wie im Auslande die günstigste Wirkung hervor. Die Stellung des Königs und diejenige seiner Minister schien mehr als je befestigt. Man begann sich wieder sicher zu fühlen und sah ruhig der Landung des Prätendenten entgegen, wenn er es denn wagen sollte, zu kommen. Da zunächst noch nichts weiter erfolgte, so konnten die Feinde der Regierung selbst die hämische Rede verbreiten, aller Lärm sei umsonst gewesen und die Erzählung von einer drohenden Invasion nur erfunden, um einen Vorwand zu gewinnen zur Verstärkung der Armee und zur Unterdrückung der Freiheit. Selbst dem kaiserlichen Residenten Hoffmann stiegen Zweifel auf und er fragte Bothmer, ob man eigentlich wirklich an eine Landung des Prätendenten glaube, oder die Rüstungen wohl nur aus Politik veranstalte, um angesichts der neuerlichen Unruhen im Lande mehr Streitkräfte an der Hand zu haben. Aber der Minister belehrte ihn eines Besseren; man wisse sogar, wo Jakob Eduard landen werde. Die Haltung der Massen liess, seitdem die Regierung ihre Stärke zeigte, auch wenig mehr zu wünschen übrig. Als man am 12. August zum ersten male den Jahrestag von Georgs I. Thronbesteigung festlich mit Kanonendonner und Illumination beging, verübte der hauptstädtische Pöbel keinerlei Ausschreitung, wie man wohl gefürchtet hatte. Das oft gesehene Schauspiel der öffentlichen Verbrennung einer Puppe, welche den stuartischen Prinzen vorstellen sollte, ward auch jetzt, da es die Bedeutung einer Demonstration gewann, von niemandem gestört.

Mit Genugthuung durfte Stanhope schon am 8. August dem Grafen Stair schreiben, dass durch die kräftigen Beschlüsse des Parlaments die inneren Unruhen zum grossen Teile erstickt seien. Bald werde man gegen jeden Anschlag von aussen gewappnet sein.¹⁾ An den fremden Höfen liess man die Thronrede und die Adressen

¹⁾ Stanhope an Stair 28. Juli (a. St.) 1715. R. O.

des Parlaments mitteilen und durfte sich überzeugen, wie sehr dies dem Ansehen Englands zu statten kam. Dem britischen Geschäftsträger in Wien wusste Prinz Eugen in aller Heimlichkeit mitzutheilen, dass auch er aus Paris die Nachricht von der beabsichtigten Landung des Prätendenten erhalten habe, Berwick solle ihn begleiten, Ormond den Oberbefehl über seine Armee führen. Indem man so die Umstände erörterte, liess der Feldherr, wohl im Hinblick auf die in England vollführte Truppenvermehrung, sogar das Wort fallen, dass doch eigentlich dem Könige gar nichts Günstigeres hätte geschehen können als diese jakobitischen Anschläge.¹⁾

Den englischen Ministern schien es auch geraten, sich schon beizeiten für den Notfall nach fremder Hilfe umzusehen. Die Generalstaaten hatten die protestantische Succession garantiert. Sie liessen jetzt, nachdem der König ihre Botschafter in Audienz an die vertragsmässige Hilfsleistung gemahnt hatte²⁾, auch keinen Zweifel darüber entstehen, dass sie ihrer Verpflichtung getreulich nachkommen würden. Und auch dem Kaiser hatte England sich nun schon wieder so weit genähert, dass es ihn wohl um seinen Beistand in schwerer Lage angehen durfte. Georg I. sprach dem kaiserlichen Residenten persönlich die Hoffnung aus, dass ihm die Freundschaft Karls VI. im Notfalle „nicht aus Händen stehen würde“.

So hatte denn seit den ersten Augusttagen 1715 das hannövrise Königtum eine Widerstandskraft gewonnen, mit welcher es die Welt in Erstaunen setzte und keine Anfechtung mehr zu fürchten brauchte. Es war, als ob die Nation, welche eben noch über dem Streite und Ärger des Tages sich selbst vergessen zu haben schien, nun wieder auf ihre wahren und grössten Interessen sich besonnen habe. Auch die Tories mussten jetzt wohl zum protestantischen Könige stehen, wenn nicht jener Spötter recht behalten sollte, welcher sagte, ein richtiger Tory erachte die Kirche von England so lange in Gefahr, bis sie sich unter dem Schutze eines papistischen Königs befinde. Der Hader der Parteien, der Lärm gegen die Regierung Georgs I. verstummte vor der Gefahr einer stuartischen Restauration. Tories und Whigs standen so einträchtig nebeneinander wie im Jahre 1688. Denn wieder wie damals galt es auch jetzt, einzutreten für die politische und religiöse Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes.

An diesem Aufschwunge des nationalen Empfindens musste

¹⁾ Schaub an Townshend 21. Aug. 1715. R. O.

²⁾ Hoffmann 6. Aug. 1715. W. St.-A.

jeder Angriff zu Schanden werden. Das Urteil Bolingbrokes, der die Vorgänge in England eben nur aus der Ferne beobachtete, wird kaum zutreffend gewesen sein, dass nämlich damals nur durch zwei äussere Umstände das Scheitern der jakobitischen Pläne verursacht worden sei. Immerhin handelte es sich um Vorgänge, die in der That wie ein schweres Missgeschick für die Sache des Prätendenten erschienen.

Der Aufstand im eigentlichen England wurde fast unmöglich, als sich plötzlich derjenige Mann seinen jakobitischen Freunden daheim entzog, in dem jeder ihren ersten und natürlichsten Führer erblickte, der Herzog von Ormond. Wie viel hängt doch bei jeglichem Unternehmen, das erst durch die Teilnahme vieler gelingen kann, von dem Klange der Namen ab, welche an der Spitze erscheinen. Der Herzog von Ormond besass alles, was die Jakobiten an ihrem Vorkämpfer sich wünschen mochten. Er war ein tapferer Soldat, ein kriegserfahrener General, der doch die Heere Englands selbst im Kampfe gegen Ludwig XIV. befehligt hatte. Bei der Armee wie beim Volke war er durch sein leutseliges Wesen unendlich beliebt, seine Freigebigkeit stach vorteilhaft ab von dem hässlichen Geize des Herzogs von Marlborough. Als der Träger eines altberühmten Namens mochte Ormond endlich auch recht würdig erscheinen, ein enterbtes Königsgeschlecht wieder auf den angestammten Thron zu erheben. Von dem hannövrisehen Könige, der ihn eben des Hochverrats hatte anklagen lassen, war für ihn niemals etwas zu hoffen. Er hasste Georg I., seitdem ihn dieser bei seiner Ankunft so jäh entsetzt und ihm seinen Todfeind Marlborough zum Nachfolger gegeben hatte.

Lange genug hatte Ormond der drohenden Gefahr getrotzt. Von Richmond bei London aus, wo er vornehm Hof hielt, unterhielt er Verbindungen mit den Jakobiten des Westens und des Nordens, ebenso wie mit den Freunden in der französischen Hauptstadt. Er war es, der dem Chevalier den Gedanken eingegeben hatte, frühzeitig, im Juli 1715, herüberzukommen und die englische Nation für sich aufzurufen. Gewiss wäre dem Stuart damals viel Volk zugehauert. Aber die Sache war im übrigen nach keiner Seite hin recht vorbereitet. Nicht einmal den Ort der Landung hatte Ormond angegeben.¹⁾ So liess sich denn Jakob Eduard durch die Gründe Bolingbrokes zu längerem Harren bewegen. Ormond selbst wollte in Richmond bleiben, so lange es mit seiner Sicherheit ver-

¹⁾ Mémoires de Berwick (Petitot et Monmerqué, tome LXVI) p. 232.

einbar wäre, dann im Westen und Norden den Aufruhr entfachen. In Bristol, Plymouth und Exeter unterhielt er Verbindungen, durch die er in den Besitz dieser Plätze gelangen zu können meinte. Da aber zerstörten die Vorgänge im Parlamente am 31. Juli seine Hoffnungen. In Richmond war seines Bleibens nicht mehr. In den ersten Augusttagen war er plötzlich verschwunden. Die Regierung fürchtete schon, er habe sich nach Portsmouth begeben, um sich des wichtigen Hafens zu bemächtigen. Aber dann atmete sie doch erleichtert auf, als es hiess, er sei zu Schiff nach Frankreich gefahren.¹⁾ An der Möglichkeit einer Erhebung in England hatte Ormond offenbar verzweifelt. Nicht einmal seine Freunde, die hier und dort auf ihn gerechnet hatten, verständigte er von seinem Thun. Als er Gefahr für Freiheit und Leben im Anzuge sah, meinte er nur noch jenseits des Kanals für die Sache wirken zu können, der er sich gewidmet hatte. Kein Zweifel, durch ihr kräftiges Zusammenwirken mit dem Parlamente hatte die Regierung ihren ärgsten Feind aus dem Lande gescheucht.

Bolingbroke schildert uns den peinlichen Eindruck, den die Ankunft Ormonds in Paris gemacht habe. Bis dahin hatte der französische Hof, indem er sich selbst ein kräftiges Eintreten für Jakob Eduard vorbehielt, die Meinung gehegt, dass vorläufig in England das Unternehmen auf's beste vorbereitet werde. Man stellte sich Ormond schon an der Spitze einer nationalen Erhebung vor, einen Teil der regulären Truppen auf seine Seite ziehend: da kam er als Flüchtling und allein. Die französischen Minister empfanden nur noch Mitleid für die Jakobiten;²⁾ ihre Sache im Ernste zu verfechten, dachten sie schon nicht mehr. Und nun kam für Frankreich ein neuer und stärkerer Grund zur Zurückhaltung hinzu. Das grosse Leben Ludwigs XIV. ging zur Rüste.

Wie wenige mochten noch auf der Erde weilen, welche die Anfänge dieses Königs gesehen hatten. 72 Jahre lang hatte er den Thron von Frankreich inne gehabt, die Geschichte bot kein zweites Beispiel einer gleich langen Regierung; manche wollten auf den fabelhaften König Erichthonius verweisen, der volle 75 Jahre

¹⁾ Mémoires de Berwick 233. Hoffmanns Berichte vom 2. und 6. Aug. 1715. W. St. A.

²⁾ Stair vermerkt unter dem 10. August in seinem Tagebuche (Misc. State Papers II, 538): *I wrote by the post to give Mr. Secretary an account of the Duke of Ormond's arrival and his behaviour here, and that the spirits of the Jacobites seemed to be quite down.*

das Volk der Troer beherrscht haben sollte.¹⁾ Frankreich hatte unter Ludwig XIV. eine führende Stellung im Weltteil gewonnen, grosse Siege erfochten, doch auch schwere Niederlagen erlitten. Auch ernste innere Konflikte hatte die Nation unter der Leitung ihres Königs überwunden. In ihm und seinem Hofe hatte das politische, das materielle, das geistige Leben der Franzosen einen Mittelpunkt, ja fast seinen vornehmsten Zweck erhalten. Das System der absoluten Monarchie fand in dem Könige von Frankreich seinen grössten grundsätzlichen Vertreter wie auch die mächtigste Verkörperung in der Wirklichkeit. Im Ernste wollte man damals ja behaupten, dass etwas von der göttlichen Einsicht dem Träger der Krone innewohne. Das Beispiel Ludwigs XIV., seine Auffassung des königlichen Amtes, seine Regierungsweise, das Leben an seinem Hofe fanden bewundernde Nachahmung in ganz Europa. Nur in England ward eben im Zeitalter der absoluten Monarchie das parlamentarische Königtum begründet.

Ludwig XIV. hat ein schweres Mass von Schuld auf sein Haupt geladen, Schuld gegen die Völker Europas, wohl noch schwerere Schuld gegen seine eigenen Unterthanen. Aber seine königliche Haltung hat er niemals, in den Tagen des Glückes wie des Unglücks, verleugnet. Auch im Tode hat er sie bewahrt. So kannte ihn die Welt, als den königlichen Mann, dessen Wort allein über das Schicksal von Millionen entschied, dessen starker Wille mehr als ein halbes Jahrhundert lang eine Macht in der europäischen Politik gewesen war. Was dieses Frankreich ohne ihn sein würde, musste sich erst zeigen. Die einen sahen mit Schrecken, die anderen voller Hoffnungen dem Augenblicke seines Todes entgegen. Aber alle fühlten, dass gewaltige Veränderungen bevorstanden.

Die Bedeutung seines Hinscheidens musste noch erhöht werden durch die allgemeine Weltlage wie durch die besonderen Verhältnisse der königlichen Familie von Frankreich. Der hochbetagte Monarch hatte das furchtbare Schicksal gehabt, seine nächsten Nachkommen vor sich sterben zu sehen. Unheimlich schnell, im Laufe eines einzigen Jahres, wurden drei französische Thronfolger vom Tode ereilt. Auf Ludwig XIV., wenn er nun starb, folgte ein Kind von fünf Jahren auf dem Throne. Die Rechte des kleinen Urenkels waren nicht zweifelhaft. Aber statt seiner musste doch noch viele Jahre ein anderer die Herrschaft führen. Wer sollte

¹⁾ Bonet 3. Sept. 1715. G. St. A.

dies sein? Dem Blute nach war Philipp V. von Spanien, der jüngere Enkel Ludwigs XIV., der nächste dazu; doch der hatte auf alle Thronrechte in Frankreich Verzicht geleistet. Ein Neffe des Königs aber war vorhanden, Herzog Philipp von Orleans, ein Mann von Geist und Talent, und sicherlich auch von lebhaftem Ehrgeize besetzt. Nur misstraute der königliche Oheim seinem Charakter und wollte ungern das Schicksal Frankreichs und des Königskindes den Händen dieses Neffen anvertrauen. Und vollends wie unklar würde die Zukunft des Staates sein, wenn der kleine Ludwig XV., ein Knabe von zarter Gesundheit, vor der Zeit sterben sollte und der Thron von Frankreich abermals vakant würde. Dann standen die Ansprüche Philipps V. und des Herzogs von Orleans einander gegenüber; mit den Aussichten des ersteren würde auch die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien verknüpft sein, die zu vereiteln, ein zehnjähriger europäischer Krieg geführt worden war. Wer alle diese Umstände in's Auge fasste, der musste wohl den gewaltigen Unterschied erkennen zwischen dem Frankreich Ludwigs XIV. und der Stellung, welche dem Staate nach dem Hintritte des mächtigen Monarchen noch verbleiben würde.

Der englischen Regierung, welche eben einem Angriffe des stuartischen Prinzen entgegensah, konnte der Thronwechsel in Frankreich nur erwünscht sein. Nicht ohne Genugthuung empfing man in London die Nachrichten von der zunehmenden Schwäche Ludwigs XIV. „Mit einem Worte“, so schrieb am 15. August Lord Stair in einem vertraulichen Briefe aus Paris,¹⁾ „hier geht alles nach Wunsch; der alte Monarch schwindet dahin und sogar sehr schnell.“

Ludwig sah seinem Ende gefasst entgegen, er nahm Abschied von seiner Umgebung, segnete seinen Urenkel und starb. Mit dem Tode erlosch seine Allmacht. Der Herzog von Orleans übernahm, als könnte es nicht anders sein, die Regentschaft mit der vollen Unumschränktheit des Königtums. Dem Willen des verstorbenen Monarchen, der ihm eine solche Stellung nicht zugedacht hatte, ward offen zuwidergehandelt. In jener berühmten Sitzung des Pariser Parlaments vom 2. September, einen Tag nach dem Tode Ludwigs XIV., ward sein Testament förmlich umgestossen. Durch entschlossenes Handeln hatte Philipp von Orleans ebenso die Anschläge seiner Gegner im Lande wie die ehrgeizigen Wünsche seines königlichen Veters in Madrid zunichte gemacht.

In der Geschichte der jakobitischen Rebellion von 1715 ist

¹⁾ An Robethon. B. M.

das Emporkommen des Regenten ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung. Unter Ludwig XIV., so urteilte Bolingbroke, hätte Frankreich endlich doch den Aufstand unterstützen, einen Krieg gegen Georg I. beginnen müssen. Unter dem Herzoge von Orleans war es damit vorüber. Die auswärtige Politik Frankreichs wurde jetzt bestimmt durch die persönliche Stellung des Regenten. Keinen Augenblick durfte er vergessen, dass Philipp V. ihm seine Stellung missgönnte. Die sogenannte spanische Partei am Pariser Hofe war auf den Sturz des Regenten bedacht. Spanien und Frankreich, die unter Ludwig XIV. und Philipp V. wie eine geschlossene Machtgruppe dagestanden hatten, waren nunmehr getrennt durch die Eifersucht der beiden bourbonischen Prinzen, die sich an ihrer Spitze befanden. Jahrelang bildete diese Eifersucht eine wichtige Erscheinung in der Geschichte Europas.

An sich war also die Stellung des Herzogs von Orleans nicht fest genug, dass er sobald an einen grossen Krieg hätte denken können. Er war zufrieden, wenn er im Besitze der Herrschaft nicht gestört wurde und wenn der Friede erhalten blieb. Vor kurzem, als Regierung und Parlament in England sich zur Abwehr eines jakobitischen Angriffs gerüstet hatten, glaubte in Frankreich alle Welt, dass es in Wahrheit nur auf einen neuen Krieg abgesehen sei.¹⁾ Und dass ursprünglich die Minister Georgs I. wirklich die Absicht gehegt hatten, beim Tode Ludwigs XIV. den grossen Weltbrand von neuem zu entfachen, werden wir in anderem Zusammenhange noch erfahren. Zur Ausführung konnte dies schon aus dem Grunde nicht kommen, weil jetzt die jakobitische Gefahr in der That vorhanden war. Der Wunsch, den Frieden in Europa erhalten zu sehen, war darum auf beiden Seiten des Kanals gleich stark.

Es lag unter diesen Umständen nahe, dass die beiden Mächte gute Beziehungen miteinander suchten. Den Herzog von Orleans an der Regentschaft zu erhalten, war auch deshalb englisches Interesse, weil so die Trennung der beiden bourbonischen Kronen am leichtesten erreicht wurde. Dazu kamen verwandtschaftliche Beziehungen. Des Regenten Mutter war die aus ihren mannigfachen Korrespondenzen bekannte Elisabeth Charlotte von der Pfalz, die

¹⁾ Brief aus Paris vom 17. August 1715. *Presque tout le monde croit ici à présent que les Anglais ont dessein de recommencer la guerre contre la France et que tout ce qui se fait n'est que pour y porter la nation.* Stowe 388, IV. B. M.

vortreffliche Frau, welche auch als Schwägerin Ludwigs XIV. nicht vergass, dass sie eine deutsche Fürstentochter war, welche ‚heulte,‘ als sie im Oktober 1681 mit dem französischen Hofe in das neu-gewonnene Strassburg einzog. Als Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz war die „Liselotte“ die Nichte der Kurfürstin Sophie, die Base Georgs I. Das so begründete Verwandtschaftsverhältnis zwischen ihrem Sohne, dem Regenten von Frankreich und ihrem Vetter dem Könige von England hat nun auch in der europäischen Politik eine gewisse Rolle gespielt. Seitdem Georg I. den englischen Thron bestiegen hatte, war von London aus die Freundschaft des Herzogs von Orleans gesucht worden. Und an Entgegenkommen hatte es nicht gefehlt.¹⁾ In einem artigen Schreiben hatte Orleans den Vetter zu seiner Erhöhung beglückwünscht. Dem nach Paris gehenden Grafen Stair war der Auftrag gegeben worden, ein intimes Einvernehmen mit dem Herzoge zu suchen. Er möge ihm die Versicherung geben, dass England seinen Anspruch auf den Thron, wenn der Fall eintrete, mit allen Mitteln unterstützen wolle. Gelegentlich ward Stair sogar angewiesen, nicht den geringsten Schritt ohne einen besonderen Auftrag Orleans' zu thun. König Georg, so muss Stair wiederholt erklären, werde auch das Seinige thun, um dem Herzoge beim Ableben Ludwigs XIV. die Regentschaft zu verschaffen. Orleans solle nur angeben, in welcher Form ihm England dabei an die Hand gehen könne. Aber ohne Gegendienst war diese Hilfe natürlich nicht gedacht. Man suchte von dem Herzoge bestimmte Mitteilungen hinsichtlich des Prätendenten zu erhalten, was freilich nicht völlig gelang. Stair beklagte sich wohl, dass er von dieser Seite nichts über die Pläne des Prätendenten erfahren habe; und der Herzog hielt es für nötig, seine Entschuldigung anzubringen. Auf Stairs Ersuchen gab er auch mehrfach die bündigsten Versicherungen, dass er in Bezug auf Mardyc, sobald die Macht sein wäre, den englischen Hof befriedigen werde. Der Gesandte musste ihm wiederholen, auf welche Punkte es den Engländern dabei vorzüglich ankomme. Und Stair durfte auf diese Versprechungen wohl etwas geben, da sie auch in den letzten Augusttagen 1715 noch gemacht wurden, als Ludwig XIV. auf dem Totenbette lag und Orleans schon gewiss war, dass im Testamente des Königs von Philipp V. nichts gesagt war. Mit den Beschränkungen, die ihm in seiner Stellung als Regent durch das Testament auferlegt wurden — auch von diesen wusste er schon — meinte er leicht

¹⁾ Vgl. Wiesener, le Regent, l'abbé Dubois et les Anglais I, Chap. I.

fertig werden zu können, da er sich des Parlaments und der Truppen sicher fühlte.¹⁾

Das alles erzählte er dem englischen Gesandten, und dieser bot ihm dann im Namen Georgs I. alle mögliche Hilfe an, um in Bezug auf die Regentschaft zu seinem vollen Rechte zu gelangen. Er fügte am 27. August auch noch die Bemerkung hinzu, das beste Mittel, um ein völliges Einvernehmen zwischen den beiden Völkern herzustellen, wäre, den Prätendenten aus Lothringen zu entfernen und seine Anhänger, besonders Ormond und Bolingbroke, aus Frankreich. Der Herzog nahm dies nicht ungünstig auf.

Nach alle dem wäre es von hohem Interesse zu erfahren, ob und in welcher Weise Lord Stair in entscheidender Stunde dem Herzoge von Orleans wirklich behilflich gewesen ist, die Regentschaft zu erlangen. Leider lassen uns hier unsere Quellen im Stich.²⁾ Gerade aus den Tagen, da der alte König starb und das System des Regenten sich befestigte, fehlen uns die Berichte des englischen Gesandten. Das Testament Ludwigs XIV., über welches so viel vermutet und gemunkelt worden war, spielt auch in den vorhergehenden Korrespondenzen Stairs eine gewisse Rolle. Man möchte glauben, dass der Gesandte an der Beseitigung desselben einen Anteil gehabt habe. Was wir wissen, ist aber nichts anderes, als dass er auf einer Tribüne der denkwürdigen Sitzung des Pariser Parlaments beiwohnte; es muss dahingestellt bleiben, ob er durch seine Gegenwart die Sache Orleans', unterstützen wollte, ja selbst ob er an seinem Platze von der Versammlung überhaupt bemerkt werden konnte. Es war in jedem Falle eine wunderbare Verkettung von Umständen, durch welche in dem mächtigsten Staate Europas die Haltung eines fremden Diplomaten von so hoher Bedeutung für die Entscheidung einer inneren Angelegenheit werden konnte.

Für Jakob Eduard und die Jakobiten war der Tod Ludwigs XIV. ein schwerer Schlag. Als im August die englische Regierung ihre Massregeln zur Abwehr traf, erkannte Bolingbroke wohl, dass es sich jetzt entscheiden müsse, ob trotzdem sich dem Chevalier noch eine Aussicht auf den Erfolg biete oder nicht. „Es ist dahin gekommen“, schrieb er ihm, „dass entweder Sie, Sire, an der Spitze der Tories Kirche und Verfassung von England retten müssen, oder beide werden auf ewig verloren sein.“³⁾ Aber noch ist er voller Hoffnung. „Ihre Angelegenheiten“, so heisst es in einem Briefe

¹⁾ (Hardwicke) *Miscellaneous State Papers*, II, 541. 544. 546.

²⁾ Vgl. Wiesener I p. 46–49. — ³⁾ Mahon I, 400.

vom 20. August, „drängen zu einer Krisis. Ich hoffe, dass mit Klugheit und Kraft, denn beides muss man besitzen, die Thronerhebung Eurer Majestät bald vollführt sein wird.“ Und wenn Bolingbroke in jenen Tagen die Männer nannte, welche in England als mächtige Helfer auf der Seite des Prätendenten stehen dürften, so war neben den Namen von Shrewsbury und Peterborough auch derjenige Marlboroughs darunter. Wir dürfen gewiss nicht sagen, dass er für die jakobitische Sache völlig gewonnen war. Schwerlich würde er früher für sie eingetreten sein als bis er ihren Sieg für gewiss halten konnte. Aber mit der ihm eigenen Doppelzüngigkeit gab er Versprechungen, weckte er Hoffnungen, sandte er selbst Geldmittel zur Unterstützung der Invasion.¹⁾ Jakob Eduard gab sich der glücklichen Erwartung hin, dass, während er selbst in Schottland landete, der grösste britische Feldherr sich wohl bereit finden werde, sei es ihn dort zu unterstützen, sei es sich in England offen für ihn zu erklären. Dass demnächst alles auf dem Spiele stehe, erkannte auch der Stuart. Mehr als je gelte nun der Satz: Jetzt oder niemals.²⁾

Als nun der Tod des alten Königs in nahe Aussicht kam, trat an den Kreis des Prätendenten die Frage heran, wie man sich mit der folgenden Regierung von Frankreich werde stellen können und was von ihr zu erwarten sei. Dass der Prätendent Beziehungen zum Herzoge von Orleans suchen müsse, war klar. Bolingbroke teilte ihm einmal den Gedanken mit, dass Jakob Eduard sich mit einer von Orleans' Töchtern vermählen könnte. Und die Sache war umso bedeutungsvoller, als der Herzog selbst ihr angeblich nicht ganz fern stand.³⁾ Eine Folge hatte sie gleichwohl nicht. Am 26. August schrieb Bolingbroke nach Bar le Duc, dass der Tod Ludwigs XIV. unmittelbar bevorstehe. Alles, so fügte er hinzu, falle dem Herzoge von Orleans zu. „Lassen Sie mich doch um Gottes Willen wissen, ob nicht ich oder Ormond ihn aufsuchen und in Ihrem Namen zu ihm sprechen sollten; er wird Regent.“ Jakob Eduard hatte schon am vorhergehenden Tage geschrieben, man dürfe nichts unterlassen, um sich dem Neffen des Königs angenehm zu erweisen. Und jetzt meinte er auch, man könne ihm gar nicht genug Entgegenkommen beweisen.

Wir sehen, wie zwei einander bekämpfende Systeme an den neuen Machthaber von Frankreich herantreten. Die Regierung Georgs I. sucht ihn ebenso für sich zu gewinnen wie das Haus

¹⁾ Thornton 237. — ²⁾ Mahon I, 401. — ³⁾ Mahon I, 399.

Stuart. Stair und Bolingbroke arbeiten gleichsam um die Wette, um den Regenten auf ihre Seite zu ziehen. Stair erblickt seinen ärgsten Gegner in dem Minister Torcy; Bolingbroke schätzt denselben als seinen Vertrauten und Ratgeber. Bolingbroke weiss wohl, dass die Stärke der anderen auf der Unterstützung beruht, die sie nötigen Falles dem Herzoge leihen können. Sein eigener Herr, der Stuart, hat nichts zu bieten, er selbst muss die Hilfe Frankreichs in Anspruch nehmen. Und wunderbar, die Diener des Prätendenten werden mit derselben Genugthuung erfüllt wie diejenigen Georgs I., als in den letzten Tagen Ludwigs XIV. die Herrschaft Orleans' bereits gesichert erscheint. Denn nun braucht er ja auch die Hilfe nicht, welche ihm der englische Gesandte zu leisten sich erbietet. Und er kann sich frei über seine künftige Haltung entscheiden.¹⁾ In der That hat der Regent in den ersten Monaten seiner Herrschaft, als jenseits des Kanals um die Krone gekämpft wurde, sich die Freiheit der eigenen Bewegung nicht völlig nehmen lassen. Um seiner persönlichen Stellung willen konnte er nicht, wie Ludwig XIV. es vielleicht gethan hätte, zu einem offenen Gegner Georgs I. werden. Aber der Vorteil Frankreichs brachte ihn dazu, sich doch auch nicht jeder Begünstigung der Jakobiten zu enthalten. Immerhin fand die Partei des Prätendenten an der französischen Regierung nicht den Rückhalt, auf den sie gehofft hatte und unter König Ludwig wohl hatte hoffen dürfen. Der Kampf blieb auf Grossbritannien beschränkt. Dort aber waren die Kräfte so ungleich, dass der Ausgang von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte.

Unterdessen war, noch ehe Ludwig XIV. starb, während also die französische Hilfe noch nicht gesichert und selbst mit den Ratgebern Jakob Eduards eine feste Verabredung nicht getroffen war, in Schottland, dem angestammten Königreiche der Stuarts, der Brand der Empörung schon fast zur hellen Flamme emporgelodert. An der Spitze stand ein Mann, der zwar unter den Schotten wohlbekannt und mit den Verhältnissen des Landes hinlänglich vertraut war, aber vom Kriegshandwerk nur wenig verstand. Es war John Erskine, Graf Mar,²⁾ aus einem vornehmen, schottischen Geschlechte

¹⁾ Bolingbroke an den Chevalier de St. George, Paris, 30. Aug. 1715. *The great danger I was apprehensive of is over; all will certainly submit without the least struggle to Overbury (Duke of Orleans), and he will by consequence be under no want of assistance from his neighbours, but remain at liberty to pursue the general interest of his own and his neighbours estate.* Thornton p. 238.

²⁾ Für den schottischen Aufstand ist besonders wertvoll und für unsere folgende Erzählung viel benutzt worden, die Darstellung von Chambers, *History of the Rebellions in Scotland in 1689 and 1715.* Edinb. 1829.

entstammt, welches in der Revolutionszeit eine wichtige Rolle gespielt hatte. Er selbst, der elfte Graf Mar, ein Mann von bedeutender diplomatischer Gewandtheit, aber wenig Charakter, hatte sich je nach den Umständen bald zu den Whigs, bald zu den Tories geschlagen. Seine schwankende Haltung hatte ihm bei seinen Landsleuten den Spottnamen *Bobbing John*, Pendel-Hans, eingetragen. Unter der Königin Anna war er in den Staatsdienst eingetreten. Als 1710 die Tories an's Ruder kamen, fühlte auch Mar, der als Whig an dem Werke der englisch-schottischen Union kräftig mitgeholfen hatte, sich plötzlich als Tory und erhielt das Staatssekretariat für Schottland. Er wäre auch 1714 wieder bereit gewesen, unter dem hannövrischen Könige zu dienen. Am Todestage der Königin gab er seiner Genugthuung Ausdruck über die Einmütigkeit und Ruhe, mit welcher die Thronbesteigung in's Werk gesetzt werde. Schottland werde das Beispiel Englands befolgen.¹⁾ Er warb um die Gunst Georgs I. und hoffte sein Staatssekretariat behalten zu dürfen. Aber die Whigs wollten ihn nicht, der König zeigte ihm seine Ungnade. So ward denn Mar zum eifrigen Jakobiten, und als 1715 die Hochschotten zu Gunsten des Prätendenten sich zu regen begannen, war er bald aus England verschwunden und wurde der Führer des Aufstandes im Norden.

Lord Mar soll sich noch am 1. August beim Lever Georgs I. eingefunden haben. Am 2. schiffte er sich in Verkleidung mit dem Generalmajor Hamilton, dem Obersten Hay und ein paar Dienern in Gravesend ein. Er landete in der schottischen Grafschaft Fife und begab sich in das Hochland, um von hier aus seine Landsleute zur allgemeinen Erhebung für ihren angestammten König aufzurufen. Durch Sendschreiben lud er alle jene Grossen des Landes, deren jakobitische Gesinnung er kannte, zu einem Jagdvergnügen auf seinen Landsitz Kildrummy in Aberdeenshire. So meinte er am unverfänglichsten das grosse Unternehmen einleiten zu können. Unter gleich harmlosem Vorwande hatten sich auch im vorigen Jahre die schottischen Edelleute zusammengefunden²⁾ und in patriotischer Erregung den Chevalier zum Könige ausgerufen. Dieses Mal wussten alle — denn die Fäden der Verschwörung waren schon angespannen — zu welchem Werke sie gerufen wurden. Eine Reihe von schottischen Grossen erschienen. Die Herzöge von Gordon

¹⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. III. App. p. 379.

²⁾ Über andere Versammlungen, nach dem Tode der Königin Anna, welche eine Thronerhebung des Prätendenten bezweckten, vgl. Hist. Ms. Comm. Rep. III, App. p. 375.

und Athol waren durch ihre Söhne vertreten; auch der alte Graf Breadalbane kam nicht in eigener Person. Aber die Grafen von Nithisdale, Marischal, Traquair, Errol, Southesk, Carnwath, Seaforth, Linlithgow und andere Edelleute, waren dem Rufe Mars gefolgt.

Dieser legte den Versammelten in wohlgesetzter Rede die Erwägungen dar, welche zur Erhebung der Schotten führen müssten. Er eiferte gegen die englisch-schottische Union und beklagte den Anteil, den er selbst daran gehabt hatte. Er sprach von dem Unheil, welches durch den Kurfürsten von Hannover über das Land gebracht sei. Denn seit seinem Thronraube habe er sichtlich den Plan verfolgt, die Nation ihrer Freiheiten zu entkleiden. So waren die Beseitigung der Union und der Sturz Georgs I. als die Ziele bezeichnet, welche man verfolgen wollte. Und nun stellte Mar sich selbst der Versammlung als den Mann vor, den der echte König Jakob VIII. zum obersten Anführer aller seiner Streitkräfte in Schottland erkoren habe. Er zeigte ihnen den Auftrag, welchen sein Monarch ihm erteilt habe, alle Freunde seiner Sache zu den Waffen zu rufen. König Jakob, so versicherte Graf Mar, sei der Hilfe Frankreichs gewiss, er wolle auch selbst, wenn erst die Bewegung im Gange sei, herüberkommen und sein Leben der Tapferkeit seiner treuen Schotten anvertrauen. Und wie Mar erklärte, er wolle seine Lehnsleute und Freunde bewaffnen, so übernahmen nun auch alle Anwesenden durch feierlichen Eid die Verpflichtung, am Kampfe teilzunehmen. Jeder wollte mit seinen Vassallen und Anhängern zur Stelle sein. Als sie auseinandergingen — jeder in seine Landschaft, um bald mit Kriegsvolk zurückzukehren — da nahmen sie noch in vielen Abdrucken ein Manifest des Prätendenten mit sich und gaben ihm Verbreitung durch das ganze Land.

So hatte der ehrgeizige Graf Mar den Aufstand in Schottland entfacht. Eine kleine Schar von Landbesitzern konnte sich anheischig machen, ein Heer von Bewaffneten zusammenzubringen, durch welche sie die Regierung stürzen zu können meinten. Denn noch bestand in Schottland das Clan-System,¹⁾ nach welchem der Landlord seinen Pächtern nicht nur wie ein Familienhaupt gegenüberstand, sondern auch wie der Kriegsherr, dem sie Folge leisten mussten. Eher durften sie sich dem Könige versagen als ihrem Lehnsheerrn. Ein Brief des Grafen Mar ist erhalten,²⁾ in dem er droht, er wolle die Güter derjenigen seiner Pächter, die nicht in

voller Bewaffnung zur Stelle sein würden, mit Brand und Verwüstung heimsuchen.

Erst allmählich sammelten sich die Kämpfer für die stuartische Sache. Nicht mehr als 60 Mann musterte der Anführer, als er am 6. September bei dem Dorfe Kirkmichael in den Braes of Mar sein Banner entfaltete. Und die abergläubischen Hochländer wollten ein böses Vorzeichen darin erblicken, als in dem Augenblicke, da man es aufrichtete, die vergoldete Kugel von der Spitze herabfiel. So hatte man auch einst den unglücklichen Ausgang voraussehen können, als das Banner Karls I. in Nottingham vom Sturmwinde umgestürzt wurde. Zum Unglück traf während der Vorbereitungen zum Aufstande noch die Botschaft vom Tode Ludwigs XIV. ein, durch welchen die Aussicht auf auswärtige Hilfe zunächst geschwunden schien. Der Eindruck war ein höchst peinlicher. Schon wollten die jakobitischen Häuptlinge dem Grafen Mar raten, für dieses Mal von dem Unternehmen noch zurückzutreten. Der Anführer suchte ihre Furcht zu zerstreuen. Nach kurzer Zeit erklärte er, Nachrichten zu besitzen, dass der Herzog von Orleans mehr Hilfe zugesagt habe, als sie von Ludwig XIV. jemals zu erwarten gewesen.¹⁾ Mar bedurfte doch aller Überredungskunst, um sie zu bewegen, den geschworenen Eiden treu zu bleiben.²⁾

Im Grunde konnten sie schon nicht mehr zurück. Die Regierung hatte ihre Anhänger von ihren Gegnern schon zu unterscheiden gelernt und wusste diese zu treffen. In England waren nach der Aufhebung der Habeascorpusakte die Gefängnisse bald überfüllt. In Bezug auf Schottland aber war ein Gesetz gemacht worden, welches dem Könige das Recht gab, eine Anzahl verdächtiger Personen nach Edinburg fordern zu lassen, damit sie dort Sicherheit für ihr Wohlverhalten geben möchten. Die Wirkung der Massregel war freilich für die Regierung keine günstige. Denn der Ladung leisteten nur solche Personen Folge, deren Treue dem Könige ohnedies nicht gefehlt hätte. Die zweifelhaften Elemente aber sahen sich nun aus Furcht vor der Regierung zum offenen Anschlusse an die Aufständischen gezwungen. Günstiger wirkte in der Folge ein anderes Gesetz, welches denjenigen abhängigen Leuten in Schottland, welche ihren an der Rebellion teilhabenden Herren den Gehorsam verweigern würden, das Land, welches sie von jenen

¹⁾ Vgl. seinen bei Thornton p. 243 gedruckten Brief vom 11. Sept. 1715. Das Datum ist jedenfalls alten Stils, die Einreihung dieses und einiger anderer Stücke daher wohl nicht richtig.

²⁾ Chambers p. 185—86.

¹⁾ Vgl. Lecky II, 70. — ²⁾ Chambers a. a. O. p. 188.

zu Lehen hatten, zu vollem und ewigem Eigentum verlieh. So mancher Pächter, und darunter selbst der eine oder andere von den Gütern des Grafen Mar,¹⁾ durch dieses Angebot gelockt, erschien in Edinburg, um der Regierung seine Treue zu beweisen und freier Eigentümer seines Grundes zu werden.

Immerhin ward auch dadurch der Fortgang der Rebellion nicht gehemmt. Die Regierung hatte nach dem Tode Ludwigs XIV., in dem Glauben, dass die grösste Gefahr nunmehr vorüber sei, den Marsch einiger nach Schottland in Bewegung gesetzter Regimenter schon einstellen lassen. Bald erkannte sie, dass dieselben an ihrem Bestimmungsorte gleichwohl unentbehrlich sein würden, und liess sie den begonnenen Marsch fortsetzen.²⁾

Wir wollen gleich an dieser Stelle bemerken, dass der Aufstand in Schottland doch sehr zur Unzeit durch den Grafen Mar in Scene gesetzt worden ist. Es fehlte ebenso sehr an der Gewissheit der auswärtigen Hilfe — denn zu ausgiebigen Leistungen hatte sich ja auch Ludwig XIV. keineswegs bereit erklärt — wie auch an dem Einverständnisse und Zusammenwirken mit den Jakobiten von England. Der Aufstand als solcher blieb wesentlich auf Schottland beschränkt und darum war auch der Misserfolg unausbleiblich. Man hat sich nun die Frage vorzulegen, wie weit denn Graf Mar aus eigenem Entschlusse, wie weit er im Einverständnisse mit dem Prätendenten gehandelt habe. Marschall Berwick erzählt,³⁾ dass Mar im September 1715 einen geheimen Befehl vom Chevalier erhalten habe, er solle sich sofort nach Schottland begeben und die Waffen ergreifen. Berwick fügt hinzu, dass dieser Befehl ohne sein und Bolingbrokes Wissen gegeben worden sei. Da nun Mar, wie wir berichtet haben, sich schon im Anfange des August nach Schottland begab, so kann er nicht durch einen im September gegebenen Befehl des Prätendenten in seinem Handeln bestimmt worden sein. Man hat die Richtigkeit von Berwicks Meldung überhaupt anzweifeln wollen,⁴⁾ weil sie im Widerspruche mit demjenigen steht, was der Prätendent einige Zeit nachher an Bolingbroke schrieb. Aber, so dürfen wir einwenden, würde er diesem die Wahrheit gestanden, würde er ihm seine heimlichen Abreden mit den schottischen Jakobiten offenbart haben?

Wir kennen doch schon die Ungeduld des Prinzen, welche Bolingbroke alle Mühe hatte, im Zaume zu halten. Jakob Eduard

schoß die schon frühe beabsichtigte Überfahrt hinaus. Aber auf der andern Seite mag er wohl das Seinige gethan haben, den Aufstand, wo es am leichtesten geschehen konnte, also zunächst in Schottland, hervorzurufen. Dann würde ja auch England nicht zurückbleiben. Wir glauben, dass Berwicks Erzählung wohl ihre Richtigkeit habe. Nur wird der geheime Befehl an Mar nicht erst im September, sondern wahrscheinlich schon im Juli 1715 ergangen sein. Im andern Falle müsste man ja auch glauben, dass Mar, als er die Aufträge Jakobs VIII. vorwies, die schottischen Edelleute gröblich betrogen habe; und was mehr sagen will, dass diese sich hätten betrügen lassen. Eher sollte man wohl glauben, dass sie von der Echtheit überzeugt sein konnten.

Dem Prätendenten war solch' heimliches Thun wohl zuzutrauen. Im Jahre 1715 erhielt die englische Regierung auch Kenntniss von einem Mordplane gegen den König und den Prinzen von Wales. Der Brief eines der Mordgesellen ist erhalten, in dem von den Belohnungen gesprochen wird, die ihnen Seine Majestät (der Prätendent), als sie in Lothringen waren, zugesagt habe, für den Fall, dass sie ihr Versprechen halten und „die beiden George expedieren“ würden. Unzweifelhaft war die der königlichen Familie also drohende Gefahr mit der Entdeckung des Anschlages vorüber. An dem Prätendenten aber bleibt doch der Makel haften, derartige mehr als bedenkliche Beziehungen unterhalten zu haben; denn es ist nicht recht zu glauben, dass er sich über den Charakter und die Ziele dieser Menschen getäuscht haben sollte.¹⁾ Offenbar wussten aber Boling-

¹⁾ Ich kenne die Sache nur aus dem erwähnten Briefe, der allerdings sehr deutlich ist. Da er sich zwischen anderen gleichzeitigen Akten im Record Office (State Papers, Domestic, George I, Bundle 3, No. 62) findet, so ist er wahrscheinlich gar nicht an den Adressaten gelangt, sondern der Regierung in die Hände gefallen, die nunmehr mit Leichtigkeit den Plan vereiteln konnte. Der Brief ist französisch geschrieben und gerichtet an *Sieur Daillé à Londres*, datiert aus Lime (vielleicht Lyme Regis in Dorset?) den 13. Juni 1715. Der Schreiber nennt sich Jacques Jones. In dem Briefe heisst es: *J'ai reçu votre lettre par votre messenger, et je suis bien aise d'apprendre que vous avez eu une lettre de notre roi, et que S. M. nous dit qu'on est convenu de toutes choses, si vous et moi voulons tenir notre parole d'expedier les deux Georges, comme nous promîmes à S. M., lorsque nous étions en Lorraine, et que S. M. nous donnera présentement 20,000 £ entre nous, si nous les dépêchons dans deux mois de temps, et 500 £ en main avant que nous le fassions, outre qu'on nous donnera de bons emplois s'il est couronné roi d'Angleterre.* Es wird ferner gesagt, dass auf die beiden George aus einem Fenster geschossen werden soll. Und dann wird auf die namentlich in Schottland vorhandenen Vorbereitungen zum Aufstande hingedeutet. — Der Zeit nach dürfte dieser

¹⁾ Bonet 13./24. Sept. 1715. G. St. A. — ²⁾ Hoffmann 17. Sept. 1715. W. St. A. — ³⁾ Memoires II, 246. — ⁴⁾ Mahon I, 149.

broke und Berwick nichts von diesen Dingen. Da scheint es denn ebenso glaublich, dass er auch in Schottland eigene Verbindungen unterhalten habe, von denen seine Ratgeber keine Kenntnis besaßen.

Den Verschworenen von Kirkmichael konnte es nicht genügen, wenn jeder von ihnen die Seinigen zum Kampfe heranzuführte; das ganze Volk, vor allem auch die Bewohner des Niederlandes, sollten sich ihnen anschließen. Ein Manifest der schottischen Häuptlinge ward im Lande verbreitet, das die Auflösung der Union, die Aufrichtung des stuartischen Thrones als die wichtigsten Ziele nannte. Man habe einem fremden Fürsten die Gewalt gegeben, in den drei Königreichen die absolute Herrschaft zu gewinnen, indem er nicht nur im Lande nach Belieben Truppen erheben, sondern auch von auswärts solche hereinbringen könne, um seinen undurchschaubaren Plänen nachzugehen. Schottland soll unter der Regierung Jakobs VIII. seine eigene Verwaltung, seine Armee, die Anerkennung seiner alten Gesetze und Freiheiten erhalten. Auch die heikle Frage des Glaubens konnte an dieser Stelle nicht umgangen werden. Der Protestantismus, so versichern die schottischen Adligen, soll volle Sicherheit gegen die Angriffe des Papismus wie gegen alle übrigen Widersacher erhalten. Hier war nun der natürliche Einwand zu erwarten, dass doch Jakob Eduard selbst ein Katholik, also ein Feind des protestantischen Bekenntnisses sei. Aber dagegen bringt der Aufruf die wunderbare Erwiderung, es sei doch von Gott, von der Wahrheit der protestantischen Religion, von der eigenen Urteilskraft Seiner Majestät wohl zu erwarten, dass gutes Beispiel und der Verkehr mit der Geistlichkeit des Landes ihn veranlassen werden, jene Vorurteile fahren zu lassen, welche seine Erziehung in einem katholischen Lande doch nicht hat feste Wurzeln schlagen lassen. Mit anderen Worten, man hofft ihn zu bekehren. Wir werden kaum darauf hinzuweisen haben, wie eitel in Wahrheit diese Hoffnung war.

Allmählich wuchs die Zahl der Rebellen. Im Hochlande schritten sie von Erfolg zu Erfolg. Der Clan von Macintosh erhob sich und marschierte in der Stärke von 500 Mann auf Inverness, das keine Besatzung hatte und ohne Schwertstreich genommen

Mordplan wohl die einzige thatsächliche Grundlage gebildet haben für das bei Rapi-Tindal (Haag 1749) XIII p. 68 erwähnte Gerücht von einer ungeheuren Verschwörung zur Ausrottung der gesamten königlichen Familie. Auf einen weiter angelegten Mordplan, dessen Einzelheiten schwerlich noch zu ermitteln sind, deutet sonst auch ein Brief vom 29. Sept. 1715, gedruckt: Hist. Ms. Comm. Rep. XIII. App. 3, p. 52.

werden konnte. Ein Platz nach dem andern fiel in ihre Hände. In dem festen Gordon Castle wurde durch den Marquis von Huntly der Prätendent proklamiert. Auch im Osten, wo sich zwischen dem Grampian Gebirge und dem Meere ein schmales Niederland erstreckt, setzten sich die Aufständischen mit leichter Mühe fest. In Aberdeen und Dundee riefen sie Jakob VIII. zum Könige aus.

So war binnen kurzem das gesamte mittlere Schottland in den Händen der für den Stuart kämpfenden Häuptlinge. Im Grunde wollte aber dieser Erfolg doch noch nicht sehr viel bedeuten. Das Land war von Soldaten fast entblösst, mit königlichen Truppen hatten sich die Rebellen noch kaum zu messen gehabt, oder sie waren in der That zurückgeschlagen worden. Vor dem Fort William, nahe der Mündung des Lochflusses, wohin die Regierung rechtzeitig Verstärkungen geschickt hatte,¹⁾ waren sie fast machtlos, da es ihnen an Belagerungsgeschütz gänzlich fehlte. Nur ein paar Aussenwerke wurden erobert; in den Besitz der Festung gelangten sie nicht. Damit war es zugleich entschieden, dass sie die Verbindung mit dem westlichen Hochlande nicht herzustellen vermochten, denn das Fort William beherrschte diese Verbindung. Und wenn also, abgesehen von den westlichen Grafschaften, auch das ganze Land zwischen Tay und Moray Firth von der stuartischen Partei gewonnen und ihr wohl ohne ernstest Kampf nicht wieder zu entreissen war: Herrin von Schottland war sie mit nichts, so lange noch im Niederlande das hannövrise Königtum sich behauptete. Und so weit auszugreifen, fehlte es der Rebellion doch auch an Mitteln. Es mag lange dauern, so schrieb im Oktober der preussische Resident in London, bis diese Rebellion niedergeschlagen sein wird, „aber ich denke nicht, dass viel zu fürchten ist von Leuten, welche stark sind in ihren Bergen, aber schwach in der Ebene, welche keine Reiterei haben und sich gewaltig davor fürchten, Leute ohne Geld und ohne Magazine, ohne Geschütze, ohne Munition und ohne Generale, ohne Schiffe und ohne Seehäfen, zumal wenn sie sich regulären Truppen gegenüber befinden und da sie darauf rechnen müssen, an den Galgen zu kommen, wenn man sie fasst.“

Unterdessen war aber von den Jakobiten schon ein Versuch gemacht, den wichtigsten Platz im Niederlande, die Hauptstadt Edinburgh, durch einen Handstreich auf das Kastell in ihre Gewalt zu bringen. Es ist leicht einzusehen, wie verhängnisvoll für die Re-

¹⁾ Bonet 13./24. Sept. 1715. Eine Reihe von Nachrichten aus Fort William sind mitgeteilt im Rep. III, App. p. 380 der Hist. Ms. Comm.

gierung ein solcher Erfolg ihrer Feinde hätte werden können. Auf der Burg lag neben Waffenvorräten für 10000 Mann, mit welchen die für den Thron Georgs I. kämpfenden Soldaten ausgerüstet werden sollten, auch eine Geldsumme von mehr als 100000 £, die Vergütung, welche Schottland erhalten hatte, als es durch die Union seinen Teil an der englischen Staatsschuld übernahm. Das alles wäre den Jakobiten in die Hände gefallen. Doch zum Glück für die Regierung Georgs I. waren Vorbereitung und Ausführung des Unternehmens gleich mangelhaft. Achtzig stuartisch Gesinnte in Edinburg unter der Führung des katholischen Lord Drummond wollten unter dem Schutze der Nacht auf Leitern das als uneinnehmbar geltende Kastell ersteigen. Vier Schildwachen waren bestochen, sollten die Leitern hinaufziehen und oben an einem Pfahl befestigen. Wenn das Kastell genommen war, so sollten 500 Mann, deren die Verschworenen sicher waren, von der Stadt Besitz ergreifen und den Prätendenten proklamieren.¹⁾ Aber durch ein Weib wird der Plan verraten, der Gouverneur wird in Kenntnis gesetzt. Er scheint die Sache nicht allzu ernst zu nehmen und schärft seinen Leuten nur erhöhte Wachsamkeit ein. Die Verschworenen versäumen beim Gelage den rechten Zeitpunkt. Als sie endlich zur Ausführung schreiten, ist fast schon die Zeit herangekommen, wo die ihnen befreundeten Schildwachen auf der Burg durch andere abgelöst werden müssen. Jetzt beginnen die Angreifer die Höhe emporzuklimmen: einige Minuten so voller Spannung, und die wichtige Entscheidung in sich bergend, wie einst im alten Rom, da die Gallier des Brennus das Capitol zu ersteigen versuchen. Die Rolle des tapferen Manlius Capitolinus, der gleichwohl den besten Teil seines Ruhmes den schnatternden Tieren der Juno überlassen muss, spielt hier ein Lieutenant Lindsay, der mit der Ablösung in dem Augenblicke herankommt, als eben die Leitern emporgezogen werden. Der Überfall ist vereitelt, die Schildwachen lassen die Seile mit den daran hängenden Leitern fahren, die Verschworenen suchen sich durch schleunige Flucht zu retten, einige haben beim Fall, den Abhang herunter, Verletzungen davongetragen. Die Mannschaften der Stadtwache setzen den Fliehenden nach, aber nur vier derselben fallen ihren Verfolgern in die Hände.

Mit dem Scheitern des Anschlags auf das Edinburger Kastell fielen auch alle damit zusammenhängenden Pläne. Von den Kanonen der Burg, so hatte Mar es mit den Verschworenen verabredet, sollte

¹⁾ Brief Lindsays vom 15. Sept. 1715. Hist. Ms. Comm. Rep. III, App. p. 378.

über den Forth hinüber nach Fife die Kunde von dem gelungenen Überfalle getragen werden. In kürzester Zeit wäre dann durch Feuerzeichen auf den Bergen die Nachricht in's Hochland gebracht worden, Graf Mar konnte mit seinen Scharen auf Edinburg marschieren, um von hier aus ganz Schottland dem Scepter Jakobs VIII. zu unterwerfen.

Statt dessen blieb die Lage im Lande nunmehr ziemlich unverändert. Nur dass die Regierung jetzt eine Anzahl verdächtiger Edelleute in Verhaft nehmen liess. Die Rebellion blieb zunächst auf die Hochlande beschränkt; die Regierung schien ihr gegenüber auch vorläufig kein anderes Ziel zu verfolgen, als ihr ein Vordringen nach Süden über den Forth zu verwehren. Die Garnison der Festung Stirling war verstärkt und dazu die in Schottland verfügbaren Truppen, allerdings nicht mehr als 1300 Mann, zu einem festen Lager bei Stirling unter General Whitham versammelt worden, um den Übergang über den Forth nötigenfalls gegen Lord Mar zu verteidigen. Daneben hatte man noch die Hoffnung, die nördlichsten Hochlande, jenseits der tiefen Erdsenke Glenmore, vom Aufstande frei zu halten. Der wohlgesinnte Earl Sutherland schiffte sich im Auftrage der Regierung nach jenem äussersten Norden ein, um als der mächtigste Adlige in jenen rauhen Landstrichen die Sache Georgs I. zu vertreten, seine Vasallen und die anderen günstig gesinnten Clans gegen die Rebellen zu den Waffen zu rufen.

Im ganzen geschah von seiten der Regierung, wenn sie auch die Gefahr in Schottland hoch genug anschlug, eigentlich nur wenig zur Bekämpfung des Aufstandes. Sie machte sich auf die Möglichkeit gefasst, dass Mar aus den Hochlanden eine Armee von 15 bis 20000 Mann ziehen würde, obwohl er zunächst nicht mehr als den fünften Teil musterte. Aber auf der andern Seite glaubte sie, die in England befindlichen, ohnehin nicht sehr ansehnlichen Streitkräfte hier nicht entbehren zu können. Sie nach Schottland zu senden, scheute sie sich, aus Furcht, dass unterdessen in England selbst und namentlich in den westlichen und südwestlichen Grafschaften der Brand ausbrechen möchte, den zu löschen sie alsdann weit mehr Schwierigkeit finden würde. Solange England ruhig blieb, durfte man ja mit einiger Beschaulichkeit jenen Bewegungen im Norden zusehen. Auch Irland wurde nicht vergessen. Ehe im Oktober das irische Parlament zusammentrat, ernannte der König aus den Reihen der Whigs fünf neue irische Pairs, wodurch man in der That eine günstige Mehrheit im dortigen Oberhause erzielte.¹⁾

¹⁾ Bonet 30. Sept./11. Okt. 1715.

Wenige Tage, nachdem der Anschlag auf Edinburg misslungen war, gewann Mar einen Erfolg, der wenigstens seine Stellung im mittleren Schottland völlig befestigte. Er erfuhr von dem Anmarsche des Grafen von Rothes mit einer Abteilung von 500 Mann abhängiger und befreundeter Leute, welche die Stadt Perth zu besetzen vorhatten. Ehe es geschehen konnte, hatte er selbst durch eine geringere Abteilung die Besetzung vollführen lassen und Rothes musste sich zurückziehen.¹⁾ Die strategische Lage war seit diesem Tage, dem 25. September, soweit geklärt, dass man wohl voraussehen konnte, wo nun der entscheidende Kampf erfolgen müsse. Die Rebellen konnten den Übergang über den Forth nicht gewinnen ohne die Regierungstruppen aus ihrer Position bei Stirling zu vertreiben. Und diesen wiederum war die Einnahme von Perth die notwendige Voraussetzung für die Unterwerfung des Hochlandes. So musste in dem wenige Meilen sich hinstreckenden Terrain zwischen Stirling und Perth die Entscheidung über den Ausgang der Rebellion fallen.

Für den Grafen Mar war es nun unumgänglich, sein Hauptquartier nach Perth zu verlegen. Zwar wagte er dies noch nicht unmittelbar nach der Einnahme zu thun. Denn noch stand er mit geringer Streitmacht — zum grösseren Teile aus seinen eigenen Vassallen bestehend — in Aberdeenshire. Und langsam nur sammelten sich die Clans unter ihren Häuptlingen. Als einer der ersten erschien im Lager Lord Mars der feurige Greis, Graf Breadalbane. Der hätte am liebsten schon im vorigen Jahre, nach Annas Tode, das Banner Jakobs VIII. entfaltet. Jetzt ward er nach Edinburg geladen, um Beweise für sein Wohlverhalten zu geben. Höhnend schrieb er, die Gebrechen des Alters lasteten so schwer auf dem Achtzigjährigen, dass er ohne Lebensgefahr nicht reisen dürfe. Am nächsten Tage stiess er zu dem Heere der Rebellen. Ungeduldig blickte Mar nach weiterem Zuzug aus. Es war beschlossen, dass eine grössere Streitmacht sich im Hochlande versammle, bevor man in die Ebene hinabsteige, damit nicht die kleineren Abteilungen der Gefahr ausgesetzt wären, vereinzelt angegriffen und aufgerieben zu werden.²⁾ Noch zählte Mars Schar kaum 1000 Mann. In London, wo man nicht ohne Sorge ja noch kürzlich berechnet hatte, dass die Rebellen es wohl auf 15 bis 20000 Mann bringen dürften, begann man schon wieder die Gefahr geringer anzuschlagen. Die Absicht,

¹⁾ Hoffmann, Bonet 1. Okt. 1715. Vgl. Chambers p. 203.

²⁾ Mars Brief bei Thornton p. 244.

Holland um eine Hilfe von 6000 Mann anzugehen, war fast wieder aufgegeben.¹⁾ Mar sah sich in der That in seinen Erwartungen etwas getäuscht. Doch verlor er nicht den Mut und hoffte bald eine Armee unter seinem Befehle vereinigt zu sehen, welche allen Streitkräften, die der Gegner in's Feld schicken könnte, weit überlegen wäre.

Am 9. Oktober hielt Graf Mar seinen Einzug in Perth. Seine Streitmacht, mehr als 3000, nach den höchsten Angaben gegen 5000 Mann, war der vor Stirling lagernden feindlichen Armee zweifellos überlegen. An der Spitze der letzteren stand seit kurzem der Herzog von Argyle, in dessen Hände General Whitham den Oberbefehl niedergelegt hatte. Ihm fiel die Aufgabe zu, den schottischen Aufstand niederzuschlagen. Man mag sich billig verwundern, dass Georg I. statt Argyles nicht Englands grössten Feldherrn nach Schottland entsandte. Es scheint doch nicht, als ob durch Marlboroughs sinkenden Einfluss bei Hofe diese Vernachlässigung hinreichend erklärt ist. Es galt ja voraussichtlich eine schwere Übermacht zu bekämpfen. Wie hätte die Regierung da nicht ihren besten General, der dazu höchster Befehlshaber aller britischen Truppen war, mit der Aufgabe betrauen sollen? Als Grund für Marlboroughs Zurücksetzung darf man, neben der Schwäche seines Alters, vielleicht auf der Seite der Regierung ein gewisses Misstrauen gegen seine Zuverlässigkeit vermuten. Wenigstens war ja die recht zweifelhafte Gesinnungstüchtigkeit des Herzogs aus seiner früheren Geschichte bekannt genug. Und wie furchtbar konnte die Lage werden, wenn er es etwa für vorteilhaft hielt, in Schottland die Partei des Prätendenten zu ergreifen. Dass dieser geradezu auf Marlboroughs Hilfe hoffte²⁾, mag dem Hofe von St. James immerhin verborgen geblieben sein.

Genug, der Sieger von Höchstädt erhielt keine Gelegenheit noch einmal der Welt sein kriegerisches Genie darzuthun. Der, Herzog von Argyle, der statt seiner nach Schottland ging, war zugleich Marlboroughs heftigster Gegner am Hofe. Es war eine alte Feindschaft zwischen beiden Männern, noch aus der Zeit des Krieges stammend. Marlborough, so sagten die einen, habe Argyle, den er hasste, in der Schlacht einmal an einen Ort gestellt, wo der Tod ihm sicher schien. Die anderen wollten dagegen behaupten, dass Argyle den ihm zugewiesenen Posten schmählich verlassen habe. Als Oberkammerherr (*Groom of the stool*) des Prinzen von Wales hatte Argyle mit diesem Freundschaft geschlossen und sich damit

¹⁾ Hoffmann 4. Okt. 1715. W. St. A. — ²⁾ Vgl. Mahon I, 401.

zugleich alle diejenigen Personen am Hofe zu Feinden gemacht, welche bei den ewigen Eifersticheleien zwischen König und Prinz auf der Seite des Vaters gegen den Sohn zu stehen pflegten. Diese Leute mögen sich wohl getröstet haben, dass Argyle, den sie fürchteten, in Schottland mit einer Handvoll Soldaten gewiss keine grossen Triumphe feiern werde. In diesem Sinne mag er wohl auch selbst nicht sehr willig dem an ihn ergangenen Rufe gefolgt sein.¹⁾ Seine Freunde schrieben es auch geheimen Weisungen des Herzogs von Marlborough zu, wenn selbst die wenigen Truppen, die zu Argyles Verstärkung nach Schottland bestimmt waren, so spät dasselbst eintrafen, dass inzwischen die günstigste Zeit für den Angriff verstrichen war.²⁾

Ganz unbegründet waren solche Erzählungen wohl nicht immer. Doch dürfte man darum doch nicht glauben, dass durch Hofintriguen der Thron Georgs I. in Gefahr gebracht worden sei. Die Wahl Argyles zum Befehlshaber in Schottland schien recht glücklich zu sein. Die Argyles waren alte Feinde des stuartischen Hauses. Ein Argyle hatte gegen Karl I. sein Schwert geschwungen, sein Sohn den Monmouthschen Aufstand durch eine Landung in Schottland zu unterstützen gesucht; beide hatten den Kampf gegen die Stuarts mit dem Tode gebüsst. Es musste Eindruck auf die schottische Nation machen, wenn das Haupt des berühmten Geschlechts jetzt wieder an der Spitze eines Heeres erschien, das den Angriff des letzten Stuart abwehren sollte. Der Herzog war kriegserfahren und mit dem Volke wohlvertraut. Die Regierung hoffte auch, dass er vermöge seines grossen Einflusses im Lande einen Teil der Hochschotten auf ihre Seite ziehen werde.

Diese Erwartungen erfüllten sich nun eigentlich nicht. Argyle kam am 29. September im Lager vor Stirling an. Er fand zu seiner Verfügung nicht mehr als 1300 Mann, eine ganz unzureichende Streitmacht, da es einen Aufstand von gewaltigem Umfange niederzuwerfen galt.³⁾ Seine Lage war wenig günstig. Es fehlte zwar auch am Hofe zu St. James's nicht an Stimmen, welche einer wirklichen Verstärkung von Argyles Truppenmacht das Wort redeten. Der geringste Unfall in Schottland, so stellte Lord Kanzler Cowper

¹⁾ *it having been much against the inclination and endeavours of the Duke of Argyle.* Hist. Ms. Comm. Rep. VII, App. p. 239.

²⁾ Lady Cowper, welche zum Hofe des Prinzen gehörte, nimmt in ihrem Tagebuche offenbar eine Argyle günstige Stellung ein. Man hat deshalb ihre Mitteilungen an dieser Stelle (p. 58—59) mit Vorsicht aufzunehmen.

³⁾ Argyle an Townshend. Sterling 4. Nov. (a. St.) 1715. R. O.

dem Könige vor¹⁾), werde auch England in Aufruhr und Bürgerkrieg stürzen. Aber gleichwohl musste noch einige Zeit vergehen, ehe die Verstärkungen, welche Argyle aus Schottland, aus dem nördlichen England, aus Irland erwartete, zur Stelle sein konnten. Und unterdessen mochten die Gegner grosse Vorteile davongetragen haben. Argyles eigener Clan wagte nicht auszurücken, um sein Land nicht den benachbarten, feindlichen Stämmen preiszugeben. Graf Mar stand Argyle gegenüber mit der doppelten Streitmacht und beherrschte das Hochland. Selbst die nahen Städte Glasgow und Dumfries waren vor den Rebellen nicht sicher, welche fast freien Spielraum zu haben schienen, während Argyle sich aus der Schussweite der Kanonen von Stirling kaum hervorwagen durfte.

Um so auffälliger war es, dass Mar gleichwohl nichts gegen den Feind unternahm. Jüngst hatte er, im Hochlande stehend, geklagt, dass man noch nicht in der Lage sei, die kümmerliche Streitmacht im Lager von Stirling anzugreifen.²⁾ Nun befand er sich ihr mit überlegenen Kräften gegenüber, aber den Angriff vollführte er auch jetzt nicht. Es fehlte dem Grafen an der rücksichtslosen Entschlossenheit, welche für den Führer eines Aufstandes unentbehrlich ist. Wer eine gesetzlich bestehende Regierung umstürzen will, muss auch alles einzusetzen bereit sein. Ein Erfolg, eine gewonnene Schlacht hätte Mar ganz Schottland zu Füssen gelegt. Seine Hochländer dürsteten nach dem Kampfe, aber lange im Felde zu bleiben, besaßen sie geringe Neigung. Mar wollte auf weiteren Zuzug der Clans warten, um alsdann seinen Gegner mit noch grösserer Übermacht und von mehreren Seiten zugleich anzugreifen. Aber die Frist kam weit mehr der Armee Argyles zu statten als ihm selbst, und schon schlich sich mancher von seinen Leuten heimlich davon.³⁾

So verging eine geraume Zeit, ohne dass in Schottland eine Entscheidung erfolgte. Aber von Woche zu Woche verschlechterten sich die Aussichten der Rebellion. Und nun konnte auch die Rückwirkung auf England nicht ausbleiben. Es war wohl etwas daran, wenn die Regierung meinte, dass die Erhebung in Schottland nur das Vorspiel für einen stuartischen Aufstand in England bilden sollte. Die englischen Jakobiten blickten erwartungsvoll nach Schottland: da aber geschah nichts, was ihnen Mut machen konnte, die Waffen zu ergreifen. Und trefflich bewährte sich unterdessen die

¹⁾ Seinen Brief an den König siehe Diary of Lady Cowper, App. C.

²⁾ Sein Brief vom 9. Sept. (a. St.) 1715 bei Thornton p. 243.

³⁾ Hoffmann 8. Okt. Bonet 11./12. Okt. 1715.

weise Vorsicht der Regierung, welche ihre geringe Truppenmacht zurückbehält, um nicht England zu verlieren, indem sie Schottland zurückeroberte.

Die Minister waren in dieser Zeit unermüdlich in der Sorge für die Sicherung des hannövrischen Thrones. Die fremden Diplomaten konnten schwer zu Worte kommen. „Bei dieser innerlichen Unruhe,“ schreibt der kaiserliche Resident, „wird der auswärtigen Geschäfte nicht so viel als gedacht.“ Am rührigsten war Stanhope. Er hatte die unter den augenblicklichen Umständen unendlich wichtigen Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten. In seiner Hand mehr als in derjenigen Marlboroughs lag selbst die Entscheidung über die militärischen Massnahmen. Um diese Zeit trat als erster Schatzlord auch derjenige Mann in das Kabinett ein, der nachmals von dieser Stelle aus zwei Jahrzehnte lang England regiert hat: Robert Walpole. Auf den im Frühjahr verstorbenen Halifax war zuerst Graf Carlisle gefolgt, der jetzt dem weitaus bedeutenderen Staatsmanne den Platz räumte. Walpole hatte sich in dem nun verflossenen ersten Regierungsjahre des Königs als eine der besten Stützen des Thrones bewiesen. Seine Kenntnisse, besonders in Finanzfragen, seine Gewandtheit, seine schlagfertige Beredsamkeit wurden allerseits gewürdigt. Seinem Schwager Townshend hatte er schon vorher als Berater zur Seite gestanden. Jetzt ward er sein Kollege im Kabinett, ungleich geistvoller und praktischer als Townshend, der freilich nach aussen noch mehr hervortrat. Nach einem Jahr schieden sie gemeinschaftlich aus der Regierung aus, um nach einigen weiteren Jahren zusammen in dieselbe zurückzukehren.

Walpole war der rechte Mann, und sein Amt bot die Gelegenheit zur Begründung der Stellung eines Premierministers.

Der weisse Stab des Grossschatzmeisters, den Godolphin und zuletzt Graf Oxford in Händen gehalten hatte, ward freilich weder ihm noch irgend einem Minister nach ihm verliehen, aber auch das Ansehen des ersten Schatzlords war gross genug, um die führende Rolle im Kabinette darauf zu begründen. „Grosse Männer sind gewöhnlich im Schatzamt gewesen,“ schrieb ein Politiker in den ersten Jahren Georgs I.¹⁾ und wenn ein Kommissar des Schatzamts sich nur der gleichen Gunst (beim Monarchen) erfreut, wie einer der anderen Minister, so wird er erster Minister sein.“ Lange trat Walpole scheinbar hinter Townshend zurück. Zuletzt aber

¹⁾ Wortley Montagu, State of affairs at the accession of George I. Letters and works of Lady Mary Wortley Montagu I, 20. Mr. Montagu war zuerst selbst einer der *junior Lords* im Schatzamt.

kehrte sich das Verhältnis um. Die Firma des Hauses war, wie Walpole selbst nachher zugab, nicht mehr Townshend und Walpole, sondern Walpole und Townshend.¹⁾ Robert Walpole war der erste, der den Begriff des *Prime Minister* im englischen Verfassungsleben heimisch gemacht hat.

Bei der Bekämpfung der Rebellion standen freilich die Staatssekretäre Stanhope und Townshend in erster Reihe unter den Ministern. Sie arbeiteten Tag und Nacht. Ihr Augenmerk war immer noch mehr auf England als auf Schottland gerichtet. Durch Stair erhielten sie aus Paris die Nachricht von einer im westlichen England geplanten Erhebung, angeblich für die Kirche gegen die Whigs und ein stehendes Heer, in Wahrheit zu Gunsten Jakob Eduards.²⁾ Und die Verschwörung kam vollends mit allen Einzelheiten an den Tag, als einer der Beteiligten, Maclean mit Namen, an seinen Genossen zum Verräter ward. Die Regierung schickte sich an, die Führer verhaften und die am meisten gefährdeten Plätze militärisch besetzen zu lassen. Unter den ersteren befanden sich auch drei Pairs und sechs Mitglieder des Unterhauses, welche der König selbst nach den jüngsten weitgehenden Vollmachten nicht ohne Erlaubnis der beiden Häuser ihrer Freiheit berauben durfte. Gleichwohl wurden in der Nacht auf den 2. Oktober Leute ausgesandt, um sich ihrer zu bemächtigen. Am nächsten Tage erschien Lord Townshend im Oberhause, Stanhope bei den Commons, und es gelang ihnen ohne Schwierigkeit, die nachträgliche Zustimmung zur Verhaftung jener Verdächtigen zu gewinnen.³⁾

Der gefährlichste unter diesen, seit Ormonds Abgang recht eigentlich das Haupt der englischen Jakobiten, war Sir William Wyndham. Er befand sich eben auf seinem Landsitze in Somersetshire. Als die Häscher bei ihm erschienen, wusste er sie geschickt zu täuschen und seine Flucht aus einem Zimmer auszuführen,

¹⁾ Coxe, Walpole I, 339.

²⁾ Stair an Montrose 2. Okt. 1715. Hist. Ms. Comm. Rep. III, App. p. 384. Stanhope an Stair 5. Okt. (a. St.) 1715. R. O. In einem Briefe Stairs an Robethon vom 2. Okt. 1715 (B. M.) heisst es: *J'ai raison de croire que leur première tentative sera sur Bristol, il serait bon de les prévenir là, car ils y trouvaient des armes, des munitions de guerre et beaucoup d'autres choses dont ils auront besoin. Ils se proposent dans les différents pays de se saisir des armes de la milice et se flattent que tant des troupes auront marché de côté de l'Ecosse, que l'Angleterre sera dépourvue; et que le Parlement n'étant pas assemblé, il y aura moins d'autorité pour s'opposer à leur rébellion.*

³⁾ Vgl. den Brief vom 27. Sept. 1715, Historical Manuscript Commission, Report XIII, App. III p. 52.

das sie umstellt hatten. Ein Preis von 1000 £ ward auf seinen Kopf gesetzt. Sir William erkannte bald, dass ein Entkommen nicht möglich war, und zog es vor, sich freiwillig der Regierung zu stellen. In der Hoffnung, dass die Verwendung seines Schwiegervaters, des gut whiggistischen Herzogs von Somerset, ihm nützen werde, sah er sich freilich getäuscht. Derselbe wollte in der Versammlung des Geheimen Rates, während der König anwesend war, gegen die Verhaftung Wyndhams ein Wort einlegen. Aber Townshend erhob sich und erklärte, man dürfe Rang und Verbindungen nicht achten, wenn es sich darum handle, einen solchen Missethäter dingfest zu machen. Townshends Antrag wurde zum Beschlusse erhoben. Der König, wird erzählt, ergriff nach der Sitzung seine Hand und sagte: „Sie haben mir heute einen grossen Dienst geleistet.“¹⁾ Gegen Somerset aber, der längst mit Townshend verfeindet war, wurde sein Eintreten für Wyndham zum Vorwand genommen, um ihn aus seinem Amte bei Hofe zu entfernen.²⁾

Wyndham behauptete standhaft seine völlige Unschuld. Ein Geständnis ihm zu erpressen, war nicht möglich, da die Folter schon damals, wie der preussische Resident schrieb, in England so unbekannt war wie in der alten Republik der Juden. In Wyndhams Besitze waren einige verräterische Briefe des gleichfalls soeben verhafteten Lord Landsdown gefunden worden: Wyndham erklärte trotzig, er könne niemanden daran hindern, ihm zu schreiben. Im Grunde war es der Regierung bei seiner Verhaftung weniger darum zu thun, ihn für Geschehenes zur Rechenschaft zu ziehen, als ihm die Möglichkeit zu nehmen, dass er demnächst Schaden stifte. Und nun schritt man zu militärischen Massnahmen im Westen. Bristol wurde besetzt und gegen jeden Überfall gesichert. Die Besatzungen der normännischen und der Scilly Inseln wurden nach Southampton und Plymouth verschifft.³⁾ Auch in der Universitätsstadt Oxford war die Zahl der Jakobiten gross, die Stimmung in den Kollegien völlig für den Chevalier. Da trafen in aller Frühe des 17. Oktober

zwei Dragonerregimenter in der Stadt ein, geführt von General Pepper, dem Waffengefährten Stanhopes in Spanien. Die Spitzen der Stadt wie der Hochschule waren vom Schrecken wie gelähmt und wagten keinen Widerspruch zu erheben, als einige der kecksten Wortführer der jakobitischen Bewegung verhaftet wurden. Dann räumten die Soldaten die Stadt wieder.

Diese und ähnliche Massregeln waren schon ausreichend, um im eigentlichen England die Ruhe zu erhalten. Mit Wyndham und Landsdown waren diejenigen beiden Männer unschädlich gemacht, welche nach Bolingbrokes Meinung¹⁾ allein fähig waren, die Führung eines Aufstandes in den westlichen Grafschaften zu übernehmen. Wenn jetzt selbst ein so volkstümlicher Mann wie der Herzog von Ormond noch den Versuch wagte, eine jakobitische Erhebung im westlichen England in's Leben zu rufen, so konnte ihm doch nichts als die ärgste Enttäuschung zu teil werden. Es wäre gar nicht ungünstig, schrieb Stanhope im November an Stair²⁾, wenn jetzt Ormond und sein neuer Herr wirklich noch eine Landung in England versuchen wollten.

Bei allem, was von der andern Seite des Kanals unternommen wurde, hing das Gelingen in erster Linie von der offenen oder geheimen Unterstützung des französischen Hofes ab. Es war kaum einzusehen, wie der Prätendent nur dazu gelangen konnte, sich einzuschiffen, wenn die Pariser Regierung es im Ernste zu hintertreiben suchte. Denn wo anders als in einem französischen Hafen hätte es geschehen sollen? So war die Haltung Frankreichs unter dem Herzoge von Orleans kaum von geringerer Bedeutung für die Geschichte der Rebellion als unter Ludwig XIV. Wir müssen uns die Beziehungen des Regenten zu Georg I. wie zu seinem stuartischen Gegner im Zusammenhange vor Augen halten.

Der englische Gesandte Graf Stair hatte es freudig begrüsst, vielleicht gar selbst seine Hand im Spiele gehabt, als der Herzog von Orleans sich der höchsten Gewalt in Frankreich bemächtigte. Er rechnete darauf, dass der Regent des Haltes nicht ganz entbehren könne, welchen England ihm bieten würde. Stair ging so weit, dem Herzoge seine Hilfe anzubieten in einem Falle, wo sie denselben leicht in arge Verlegenheit hätte bringen können. Man schrieb dem Prinzen Cellamare, dem spanischen Gesandten, die Absicht zu, in dem „lit de justice“, wo die Entscheidung des

¹⁾ Die Geschichte ist bei Coxe (I, 71) mitgeteilt, der sie noch von dem Enkel Lord Townshends gehört hat. Eine ganz genaue Überlieferung ist es jedenfalls nicht. Coxe spricht von einer Kabinettsitzung, während es in Wahrheit eine solche schon deshalb nicht gewesen sein kann, weil Somerset als *Master of the Horse* nicht im Kabinette sass. Sonst hätten wir einen der wenigen uns bekannten und verfassungsgeschichtlich merkwürdigen Fälle vor uns, dass Georg I. im Kabinette erschien. Vgl. oben S. 439—40.

²⁾ Vgl. *Diary of Lady Cowper* 50—51, 54—55. Coxe, *Marlborough III*, 605.

³⁾ Nach den *Admiralty Records* im *Rec. Off.*

¹⁾ Bolingbroke an den Chevalier, 24. Okt. 1715, bei Mahon I, 415.

²⁾ Stanhope an Stair 31. Okt. (a. St.) 1715. R. O.

zweiten September ihre Bestätigung durch den kleinen König erhalten sollte, mit einer Protesterklärung im Namen Philipps V. aufzutreten. In diesem Falle wollte Stair, wie er selbst dem Regenten mitteilte, seinerseits mit einer Erklärung antworten, durch welche jener Protest als Verletzung des Utrechter Friedens bezeichnet wurde.¹⁾ Spanien und England im Pariser Parlamente das Recht auf die Regentschaft von Frankreich erörternd: in der That ein demütigender Anblick für den französischen Stolz.

Dahin ist es nun freilich nicht gekommen, denn Prinz Cellamare führte jene Absicht doch nicht aus. Aber auf die englische Bundesgenossenschaft schien Orleans wirklich grossen Wert zu legen. Er gab Stair am 4. September die stärksten Versicherungen, dass er den Utrechter Frieden beobachten und hinsichtlich Mardycks die Engländer befriedigen wolle. Und wenn er auch in Bezug auf den Prätendenten, auf Bolingbroke und Ormond nicht sogleich bestimmte Zusagen gab, so suchte der Lord ihn auf den rechten Weg zu führen, indem er ihm bewies, wie sehr das Interesse des Regenten mit demjenigen Georgs I. zusammenfalle.²⁾ Bei den persönlichen Beziehungen zwischen Georg I. und Orleans, so führte Stair in einer Denkschrift aus, die er Mitte September dem Regenten überreichte³⁾, bei der Verwandtschaft und Freundschaft, welche beide Fürsten verbinde, sei es nicht möglich, dass der Prätendent und seine Anhänger durch Frankreich unterstützt oder ermutigt würden. Das einfachste wäre, ihn über die Alpen zu schicken. Dadurch würde Grossbritannien Ruhe und Sicherheit erhalten, Frankreich der lästigen Zahlung einer Pension ledig, welche nur dazu dienen könne, in England zu verstimmen. Da der Regent einer Verbindung mit England sehr geneigt schien, so ward wohl auch von seiner Seite der Gedanke angeregt, man könnte einen gegenseitigen Garantievertrag schliessen, indem Georg I. die durch den Utrechter Frieden für Frankreich festgesetzte Thronfolge, der Regent dafür die hannövrise Succession in England garantierte. Man dachte in London an einen ähnlichen Vertrag wie man ihn 1713 mit den Generalstaaten geschlossen hatte, wobei auf der einen Seite die protestantische Succession auf der andern die Barriere den gewährleisteten Gegenstand gebildet hatte.

In diesem Falle war es den Engländern offenbar allein darum

¹⁾ Vgl. Wiesener I p. 106—7.

²⁾ (Hardwicke) Miscellaneous State Papers II, 547.

³⁾ Vom 14. Sept. 1715. R. O.

zu thun, den Regenten zu einer vertragsmässigen Verpflichtung gegen den Prätendenten zu bringen. Orleans dagegen wollte überhaupt seine ganze Stellung durch die Anlehnung an England verbessern. So wünschte er zugleich auch wichtige Vorteile für den französischen Staat zu erlangen. Er wäre wohl bereit gewesen, bindende Zusagen für die Zerstörung des Hafens von Mardyck zu geben, wenn er dafür einen Handelsvertrag mit England erhalten hätte. Davon wollten aber die Minister in London nichts wissen. Selbst zu Zeiten Karls II. und Jakobs II., die mit Frankreich so eng befreundet gewesen, habe man doch keinen Handelsvertrag gehabt. Um den Regenten davon abzubringen, erklärte Stanhope, dass eben nichts als die gegenseitige Garantie in dem Vertrage enthalten sein solle, und dafür werde auch König Georg auf die Erwähnung Mardycks verzichten. Vollends wollte man in England nichts davon hören, als der Regent den Wunsch zu erkennen gab, aus dem Verträge ein Defensiv-Bündnis zu machen. Wie völlig hätte es dem whiggistischen System der auswärtigen Politik widersprochen, mit einem Bündnisse mit Frankreich den Anfang zu machen, und wenn es selbst das Frankreich des Regenten war. Im allgemeinen schienen die Verhandlungen einen guten Ausgang zu versprechen. Stair nahm im Oktober den Charakter eines ausserordentlichen Botschafters an und gleichzeitig erhielt er den förmlichen Auftrag zum Abschlusse des Vertrages.¹⁾

So hatte man in England anfangs alle Ursache mit der neuen Regierung in Frankreich zufrieden zu sein. „Sie will uns wohl,“ schrieb Stair,²⁾ „und ihr neues System braucht uns.“ Der Herzog von Orleans befand sich in der That im bewussten Gegensatze zur Politik Ludwigs XIV. „Das gleicht zu sehr dem alten System,“ so lautete die Wendung, mit der man alle unliebsamen Vorschläge am Hofe des Regenten von vornherein abzuweisen pflegte.³⁾

Der Prätendent und seine nächsten Freunde wurden durch die Wändlung der Dinge in Frankreich mit tiefer Niedergeschlagenheit erfüllt. Wie bedauerte jetzt Bolingbroke, dass sein Herr nicht schon vor zwei Monaten die Fahrt nach seinem Reiche unternommen hatte. Sollte sie jetzt noch gelingen, so musste sich Jakob Eduard, statt auf einem französischen Schiffe fahren zu können, wie Ludwig XIV. es ihm versprochen, unerkannt durch das französische

¹⁾ Stanhope an Stair 19./21. Sept., 5./20. Okt. (a. St.) 1715. R. O. Die Vollmacht ist vom 24. Sept. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Stair an Robethon 21. Sept. 1715. B. M.

³⁾ Letter to Sir Will. Wyndham.

Land hindurchstehlen. Die Küste von Jütland bis nach Spanien ist gegen uns, schrieb Bolingbroke, auf die von Schweden erhoffte Truppenhilfe sei so wenig mehr zu rechnen wie auf das von Spanien zugesagte Geld. Jakob Eduard selbst, so wenig er die Absicht aufgab, sein Glück jenseits des Kanals zu versuchen, war doch in trüber Stimmung. „Im ganzen,“ so schrieb er seinem Staatssekretär, „muss ich gestehen, dass meine Angelegenheiten ein recht melancholisches Ansehen haben; jede Post bringt irgend eine böse Neuigkeit; alle Hoffnung auf die geringste auswärtige Hilfe ist verschwunden; all unser Mühen ist am Ende doch nur ein Schwimmen gegen den Strom.“¹⁾

Der Regent schien sich einstweilen den Jakobiten gegenüber völlig ablehnend zu verhalten. Er weigerte sich, Bolingbroke oder Ormond zu empfangen. Der Marschall Berwick, Jakob Eduards Stiefbruder, wurde aus Rücksicht für Georg I. nicht in den Regentschaftsrat aufgenommen. Und als noch im September Admiral Byng vor Havre erschien und mit Hilfe von Lord Stairs Kundschaftern gar in der Lage war, die Schiffe namhaft zu machen, welche die Kriegsvorräte des Prätendenten enthielten, da lieferte der Herzog von Orleans dieselben zwar den Engländern nicht aus, doch liess er die Ladungen in die königlichen Magazine schaffen. Es war ein Verlust, den Jakob Eduard schlechterdings nicht verschmerzen konnte. Denn fast nichts als sich selbst hatte er jetzt noch seinen Freunden in Grossbritannien zu bieten.²⁾

So hochofrenut man in London über die Neuigkeit aus Havre war, die Minister waren, schon durch Stair gewarnt, weit entfernt davon, zu fest auf die freundliche Gesinnung des Regenten zu bauen. Seine Haltung berechtige ja zu allerlei guten Hoffnungen, erklärte Stanhope am 26. September dem kaiserlichen Residenten,³⁾ aber Frankreich ist Frankreich, es wird von den hergebrachten Grundsätzen seiner Politik nicht so leicht abgehen und gewiss wieder mit „mehr Listigkeit als Sincerität“ verfahren. Um diese Zeit meinte Bolingbroke schon die Wahrnehmung machen zu können, dass der Hof des Regenten der jakobitischen Sache günstiger gesinnt scheine als bisher. „Ich glaube entschieden,“ schrieb er Jakob Eduard⁴⁾, „dass sie auf ihrem whiggistischen Boden zu ‚wanken beginnen‘“. Der Herzog von Orleans hatte überhaupt den Jakobiten,

¹⁾ James an Lord Bolingbroke 23. Sept. 1715. Mahon I, 409.

²⁾ Vgl. auch Mémoires de Berwick 245.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 27. Sept. 1715. W. St. A.

⁴⁾ Bolingbroke an James 25. Sept. 1715. Mahon I, 412.

seitdem er zur Herrschaft gelangt war, keineswegs eine förmliche Absage erteilt. Er liess den Prätendenten sogar anfangs seiner freundschaftlichen und wohlwollenden Gesinnung versichern, so wenig er gewiss vorläufig für ihn zu thun vermochte.¹⁾ Denn die guten Beziehungen zu Georg I. waren zunächst so viel wichtiger; der hannövrise Thron schien unerschütterlich. Jetzt aber kamen die Nachrichten aus Schottland von einem siegreich vordringenden stuartischen Aufstand. Aus der Ferne betrachtet, hatte die Sache gewiss ein noch viel gewaltigeres Ansehen. Dass der Hof von St. James seine Kräfte absichtlich zurückhielt, dass er nur deshalb den schottischen Aufstand, wie er wohl gekonnt hätte, nicht sogleich gründlich niederschlug, um nicht auch in England eine ernste, jakobitische Gefahr heraufzubeschwören: das hat man jenseits des Kanals nicht richtig erkannt. Selbst der scharf urteilende Bolingbroke hielt die Lage der britischen Regierung für viel kritischer, als sie war, und meinte, dass nichts als die Anwesenheit Jakob Eduards in Grossbritannien erforderlich sei, um alles zu seinen Gunsten zu entscheiden. Auch der Regent begann an den Sturz Georgs I. zu glauben und sich dem Prätendenten zu nähern. Nun trat auch der früher schon erörterte Gedanke einer Vermählung desselben mit einer Tochter des Herzogs von Orleans von neuem hervor.²⁾ Dieser zeigte Lord Stair gegenüber eine auffallend kühle Haltung.³⁾ Die Verhandlung über den gegenseitigen Garantievertrag geriet vollkommen in's Stocken.

Und nun rückte die Zeit heran, wo die Pläne der englischen Jakobiten zur Ausführung gelangen sollten. Wir wissen schon, dass es auf eine Erhebung im westlichen England abgesehen war. Ormond sollte, wenn alles vorbereitet war, im Lande erscheinen, später Jakob Eduard selbst. Ein reger Austausch von Nachrichten erfolgt. Jedes Paketboot bringt den Jakobiten in Frankreich Mitteilungen über den Stand der Dinge in England. Täglich eilen

¹⁾ Bolingbroke an den Chevalier 3. Sept. 1715. Thornton, Stuart Dynasty p. 240.

²⁾ Es ist wohl nicht so aufzufassen, wie Wiesener p. 112 will, als ob der Wunsch, diese Verbindung geschlossen zu sehen, in dem Regenten die jakobitischen Neigungen hervorgerufen habe. Wir meinen umgekehrt, dass ihm der Gedanke an die Heirat erst wieder gekommen sei, als er aus anderen Gründen, nämlich infolge der Nachrichten aus Schottland, sich dem Prätendenten zu nähern begann.

³⁾ Stair in seinem Tagebuche unter dem 3. Oktober. (Hardwicke) State Papers II, 549.

die Kuriere zwischen Paris und Bar le Duc hin und wieder.¹⁾ Aber auch die Spione des Grafen Stair sind auf allen Wegen.²⁾ Den Absichten der Gegner nachzuspüren, ist ohnehin das wichtigste, bald fast das einzige Geschäft, das ihm obliegt. Zuletzt stellt ihm Stanhope selbst anheim, sich am Hofe des Regenten nicht häufiger sehen zu lassen als es durchaus notwendig sei.³⁾ In Havre muss er auf Befehl seiner Regierung beständig eine zuverlässige Person in seinem Dienste halten, die ihn von allem Verdächtigen, was sich in dem Hafenplatze zeigt, zu unterrichten hat. Wie manche wichtige Nachricht vermag er in der That nach London zu senden.⁴⁾ Durch Stair wird die englische Regierung auf die geplante Erhebung im Westen hingewiesen. Er kennt die Hoffnungen des Prätendenten wie die Absichten der französischen Regierung; wo der Aufstand in England zuerst ausbrechen wird, ist ihm nicht minder bekannt als was Bolingbroke prahlender Weise beim Weine ausgeplaudert hat. Stair weiss, dass man ihn zu täuschen, irrezuführen sucht, und manches Mal gelingt die Täuschung wirklich. Er glaubt selbst das Märchen, dass es Bolingbroke gelungen sei, den Prätendenten zum Anglikanismus zu bekehren. Gegenüber der unsicheren Haltung Frankreichs kam doppelt viel darauf an, dass Stair gut unterrichtet war. Wo er dem Regenten mit einer Thatsache gegenübertrat, konnte sich dieser seinen billigen Forderungen nicht versagen, ohne den völligen Bruch heraufzubeschwören. Im allgemeinen bewahrte sich der Gesandte trotz aller drohenden Gerüchte und Anstalten doch sein ruhiges und unbefangenes Urtheil über das wirkliche Mass der vorhandenen Gefahr. Er wollte das Unternehmen der Gegner nicht aus dem Grunde für aussichtsvoller halten, weil Ormond an der Spitze erscheine; denn er kannte ihn als einen Mann, dem es im Grunde an der Initiative fehlte. Und recht gering dachte er auch von der Kampfesfreudigkeit der englischen Jakobiten. „Es sind wenige unter ihnen,“ schrieb er Robethon⁵⁾, „deren Liebe zum Prätendenten so weit geht, dass sie um seinetwillen sich wohl ent-

schliessen könnten, auch nur drei Nächte im Monat November unter freiem Himmel zu schlafen.“

Ehe Ormond die französische Hauptstadt verliess, gelang es ihm, in geheimer Audienz vom Regenten empfangen zu werden. Derselbe entschuldigte sich, dass es aus Rücksicht auf England nicht früher habe geschehen können. Er versprach Waffen und Kriegsvorräte und wollte selbst behilflich sein, die Einschiffung des Prätendenten in Dünkirchen zu ermöglichen. Aber indem Orleans diese Zusagen erteilte, fürchtete er schon wieder, dass die Sache für ihn unangenehme Folgen haben dürfte. Ormond musste versprechen, selbst Bolingbroke nicht in das Geheimnis zu ziehen.¹⁾ Wahrscheinlich besorgte er durch diesen zu einem offenen Bruche mit England getrieben zu werden, und in der That erblickte Bolingbroke in einem englisch-französischen Kriege die einzige Möglichkeit des Gelingens. Jakob Eduard und Ormond aber durchschauten den Regenten nicht und liessen sich wohl zu einer Geheimthuerie bewegen, wie sie überhaupt unter der Gruppe des Prätendenten und seiner nächsten Ratgeber zu ihrem eigenen Schaden so viel geübt worden ist. Statt einträchtig und besonnen vorzugehen, handelten diese Männer nicht nur unklug, sondern selbst unehrlich gegen einander. Wie konnte Bolingbroke die Sache seines Herrn erfolgreich führen, wenn er nicht wissen sollte, was von Frankreich zu erwarten war? Ormond hinwider durfte von der geschehenen Anknüpfung mit Marlborough nichts erfahren, weil dieser sein Todfeind war. Und sie alle waren von Jakob Eduard selbst am meisten getäuscht worden, indem er ohne ihr Wissen sich mit dem Grafen Mar über die in Schottland zu beginnende Empörung verständigte.

Dem Chevalier geschah, was er verdiente. Er sah sich am Ende von den Männern betrogen, welche seine Schlachten gegen Georg I. schlagen sollten. Die Hoffnungen, welche er auf den Herzog von Marlborough gesetzt hatte, erfüllten sich nicht, derselbe war auch kaum in der Lage, etwas für ihn zu thun. Und auch sein Halbbruder Marschall Berwick, einer der ersten Feldherren seiner Zeit, versagte seine Mitwirkung. Man war in England nicht ohne Furcht vor diesem Manne. Als die Beziehungen zum Regenten noch leidlich gute waren, liess Stanhope ihm in aller Vertraulichkeit die Erwartung aussprechen²⁾, dass er den Herzog von Berwick, welcher Marschall von Frankreich sei, doch nicht an einem Unter-

¹⁾ Stair an Robethon 2. Okt. 1715. B. M.

²⁾ Bolingbroke an James 20. Okt. 1715. Thornton p. 253.

³⁾ Stanhope an Stair 26. Nov. (a. St.) 1715. R. O.

⁴⁾ Seine Briefe an Robethon vom September bis November 1715 (im Brit. Mus.) enthalten in dieser Beziehung viel Wichtiges.

⁵⁾ Stair an Robethon 30. Okt. 1715. B. M. Ähnlich schreibt er in einem Briefe an Montrose vom 2. Okt. 1715: *By the time they have layn a week under a hedge in the end of October or the beginning of November, it will be easie dealing with them.* Hist. Ms. Comm. Rep. III. App. p. 384.

¹⁾ Ormond an den Chevalier 21. Okt. 1715. Thornton p. 254.

²⁾ Stanhope an Stair 21. Sept. (a. St.) 1715. R. O.

nehmen werde teilnehmen lassen, welches sich gegen einen befreundeten König richte. Der Zweck wurde erreicht; der Regent versagte seinem Marschall die Erlaubnis, mit dem Prätendenten zu ziehen.¹⁾ Und Berwick selbst scheint das stuartische Unternehmen doch nicht für aussichtsreich genug gehalten zu haben, um deshalb auf seine vornehme Stellung im französischen Staate und Heere Verzicht zu leisten. Er wollte lieber dem Schattenkönige von England als dem mächtigen Regenten von Frankreich den Gehorsam versagen. Es ist ihm kaum Ernst damit gewesen, wenn er versicherte, dass er alles versuchen wolle, was Gewissen und Ehre zuließen, um seiner Neigung, seinem Ehrgeize, seinem Ruhme entsprechend dem Gebote Jakob Eduards und dem Rufe Schottlands zu folgen. Aber, so entschuldigte er seinen Ungehorsam, er sei nicht sein eigener Herr. Der Prätendent war ebenso bestürzt wie erbittert. Er wollte es sich nicht ausreden lassen, dass Berwick trotz jenem Verbote des Regenten wohl gehen könne, wenn er selbst es nur wollte. Undankbar wie Jakob Eduard war, erklärte er jetzt, der Marschall habe ihm niemals am französischen Hofe genützt; jetzt wollte er ihm auch die Macht nehmen, ihm in Zukunft zu schaden. Dem Grafen Mar aber liess er sagen, er bedauere Berwicks Weigerung nicht. Denn nun erhalte Mar Gelegenheit, allein das Werk zu Ende zu bringen, welches er so verheissungsvoll begonnen habe.

Während Ormond sich zur Fahrt nach dem westlichen England anschickte, das er bereits im offenen Aufstande begriffen wähnte, war Bolingbroke darauf bedacht, dem künftigen Rebellenführer die Waffen in die Hand zu geben, mit denen er die Massen des Volks zum Kampfe aufzureizen vermöchte. Manifeste, Flugschriften, Sendschreiben in grosser Menge wurden gedruckt. An die Armee und die Flotte, an die Universitäten und die Stadt London sollten Aufrufe, vom Chevalier selbst unterzeichnet, gerichtet werden. Mit solchen Kampfsmitteln hatten zuerst die Whigs ihre Siege erfochten; aber längst hatten die Tories das Beispiel befolgt; 1710 hatten sie die Gegner mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Und ein Gleiches hoffte Bolingbroke auch jetzt wieder zu erreichen.

Auch das Manifest wurde schon vorbereitet, mit welchem, wenn alles gelang, die Restauration Jakobs III. eröffnet werden, der künftige Herrscher zum ersten Male seine Unterthanen anreden

¹⁾ Das Folgende namentlich nach den bei Thornton veröffentlichten Korrespondenzen.

sollte. Merkwürdig wie sich dabei schon der Zwiespalt zeigte, der auch seine Regierung unfehlbar beherrscht haben würde. Der Prätendent wollte in dem Manifeste keinerlei Versprechen in Bezug auf die Kirche von Irland geben und selbst die Erwähnung der Kirche von England in so zweideutigen Ausdrücken halten, dass man vorhersagen konnte, die strenggläubigen Engländer würden Anstoss daran nehmen. Bolingbroke weigerte sich geradezu, das Schriftstück gegenzuzeichnen¹⁾; und deutlich tritt schon bei dieser rein theoretischen Erörterung, welche praktische Folgen nach keiner Richtung gehabt hat, der Gegensatz zu Tage zwischen dem katholischen Hause Stuart und dem protestantischen Volke von England.

Auf mancherlei Wegen haben die zur Agitation für die Sache Jakobs III. bestimmten Schriften in Grossbritannien wirklich Eingang und Verbreitung gefunden. Ormonds Unternehmen jedoch misslang. In der zweiten Hälfte des Oktober begab er sich an die Küste der Normandie, um sich nach England einzuschiffen. Noch in Frankreich empfing er die Hiobspost von dem Verrate Macleans, von der Verhaftung Wyndhams und der anderen Freunde, von den militärischen Massnahmen der englischen Regierung. Die Fahrt über den Kanal gab Ormond darum nicht auf. Zwei Edelleute waren mit einem Schiffe vorausgeschickt worden, um die Bewohner von Devonshire und Somerset, denen sie wohlbekannt waren und welche Ormond schon im offenen Aufstande begriffen wähnte, auf seine Ankunft vorzubereiten und die zur Verständigung dienenden Signale zu verabreden. Dann ging Ormond selbst unter Segel, mit ihm Offiziere und Mannschaften eines französischen Regiments, das in jener Gegend der Küste stationiert war, im ganzen an 50 Mann. Das Schiff zeigte sich auf der Höhe von Teignmouth²⁾, unweit Exeter, dann legte es sich in der Bucht Torbay, wo einst Wilhelm von Oranien gelandet war, vor Anker und feuerte drei Kanonenschüsse ab, offenbar um den Bewohnern der Küste ein Zeichen zu geben, dass der Führer des Aufstandes da sei. Aber die Antwort blieb aus. Statt dessen erschienen einige Zollbeamte an Bord. Man weigerte ihnen den Eintritt in die Kajüte und die Besichtigung des

¹⁾ Bolingbroke an den Chevalier, 2. Nov. 1715. Mahon I, 416.

²⁾ Neben den gedruckten Quellen (besonders Berwicks Memoiren und Bolingbrokes Letter to Sir Will. Wyndham) und den Berichten von Bonet und Hoffmann sind über Ormonds Erscheinen an der Küste von Devonshire wichtige Einzelheiten enthalten in dem Briefe eines gewissen Sir J. Elwill an Lord Sunderland, datiert „Bedford House in Exon Okt. 22. 1715.“ (Admiralty Entry Books 4. R. O.)

Schiffsraums. Das verdächtige Verhalten des Schiffes spornte die Behörden der Gegend zu erhöhter Wachsamkeit an. Und da die Signale keine Erwiderung fanden, auch an der Küste sich nichts regte, so musste Ormond erkennen, dass seine Hoffnungen auf eine thätige Mitwirkung der zumeist katholischen Landedelleute der Gegend eitel waren. Eine Landung wurde gar nicht versucht, nicht einmal Ormond selbst scheint den Boden Englands betreten zu haben¹⁾. Vermutlich auf seinem eigenen Schiffe traf er mit einem jener vorausgesandten Edelleute zusammen, der ihm die ganze Hoffnungslosigkeit der Lage offenbarte. Was blieb Ormond übrig, als die Rückfahrt anzutreten? Man hatte ihm, wie Bolingbroke sagt, das Obdach versagt in einem Lande, das ihm geschildert war, als sei es bereit, den Chevalier selbst zu empfangen und wo er gehofft hatte, dass sich alles ihm anschliessen werde. Enttäuscht wandte er sich wieder der französischen Küste zu. In St. Malo, wo er an's Land stieg, traf er den Prätendenten, der nur die Nachricht von Ormonds Erfolg hatte abwarten wollen, um sich selbst nach England einzuschiffen. Jakob Eduard war schnell mit dem härtesten Urteil über Ormond fertig. Er versprach sich auch wenig davon, als derselbe am 26. November wiederum auslief, um in Cornwall noch einmal zu versuchen, was in Devonshire missglückt war²⁾. Dieses Mal war es die Wut der Elemente, gegen welche Ormond vergeblich ankämpfte. Mit Mühe entging er dem Schiffbruch; der Sturm warf ihn an die französische Küste zurück. Der Prätendent aber setzte seine Hoffnung auf den Grafen Mar und die treuen Hochländer.

In Schottland³⁾ standen die feindlichen Heere unter Mar und Argyle einander immer noch in ihren Stellungen bei Perth und Stirling gegenüber. Aber schon war der Aufstand nicht mehr ganz auf Schottland allein beschränkt geblieben. Was in den westlichen Grafschaften von England durch die Thatkraft der Regierung glücklich verhindert war, geschah gleichwohl im Norden. In der Grafschaft Northumberland, deren Bewohner zum guten Teile Katholiken waren,

¹⁾ Die Notiz in einem Briefe Berkeleys vom 3. (14.) Nov. 1715 (Hist. Ms. Comm. Rep. VII. App. p. 240), dass Ormond bei einem gewissen Cory in Devonshire übernachtet habe, scheint irrig zu sein. Elwills Brief spricht von einem Manne, Namens Core, der mit einigen anderen zu Schiffe nach Frankreich gegangen sei.

²⁾ Vgl. die Stücke bei Thornton p. 262.

³⁾ Für das Folgende ist wieder vorzüglich Chambers, History of the Rebellions in Scotland in 1689 and 1715 zu vergleichen.

hatten sich im Oktober einige Adlige¹⁾ mit ihrem reisigen Gefolge zusammen gefunden und die Sache Jakobs III. ergriffen. An der Spitze stand das Unterhausmitglied Thomas Forster, der von seiner beabsichtigten Verhaftung eben noch rechtzeitig Kenntnis erhalten hatte, um durch die offene Gewaltthat seine Freiheit behaupten zu können. Die Lords Derwentwater und Widdrington erschienen als die namhaftesten Urheber der Bewegung neben Forster. Dieser sah sich bald an der Spitze einer Reiterschar, die nach Hunderten zählte. Forster war ihr Haupt, nicht weil seine Tüchtigkeit oder Erfahrung ihn dazu geschickt machte, — er hatte, wie Lady Cowper sagte, niemals eine Armee gesehen — sondern weil er unter den Führern der einzige Protestant war, und es den weiteren Kreisen des Volks gegenüber nicht rätlich schien, einen Katholiken an die Spitze zu stellen. Merkwürdig und für den Prätendenten verhängnisvoll, dass die für ihn streitenden Scharen nicht von erfahrenen Feldherren wie Marlborough, Berwick, Ormond geführt wurden, sondern von Mar und Forster, zwei Männern, welche in der Politik bewandert, im Kriegshandwerk aber Neulinge waren.

In der Hoffnung, sich der wichtigen und damals befestigten Stadt Newcastle bemächtigen zu können, sahen sich diese Rebellen freilich getäuscht. In der Stadt waren, namentlich unter den Kohlenarbeitern viele Jakobiten, auf deren Hilfe sie rechneten. War Newcastle gewonnen, so besaßen sie einen starken Stützpunkt für den Aufstand in Nordengland, sie waren dazu in der Lage, der Hauptstadt London die Kohlenzufuhr abzuschneiden. Aber die Anhänger der Regierung brachten gemeinsam mit den Dissentern eine Schaar von 700 Freiwilligen zusammen und als am 20. Oktober auch noch reguläre Truppen in Newcastle einrückten, war der Anschlag gründlich vereitelt. Graf Scarborough, der Anführer der Truppen, verstärkte die Befestigungen, bewaffnete die Milizen und liess die eifrigsten Jakobiten ergreifen²⁾.

Sollte dieser northumbrische Aufstand nicht kläglich scheitern, so kam es darauf an, mit den schottischen Rebellen in Verbindung zu treten. Forster sandte einen Boten zu Mar und ersuchte ihn namentlich um Verstärkung durch Fussvolk, an dem es ihm gänzlich gebrach. Es war nicht leicht, der Bitte zu entsprechen, solange Argyle sich in seinem Lager vor Stirling behauptete. Aber eben bereitete Mar selbst mit mehr als genügender Vorsicht den um-

¹⁾ Vgl. die Briefe im Appendix C zu Lady Cowpers Diary.

²⁾ Bonet 14./25. Okt. Vgl. Chambers a. a. O. p. 214—15.

fassenden Angriff auf Argyles Stellung vor. Eine starke Abteilung sandte er in das westliche Hochland, um von hier aus gegen Stirling vorzurücken. Kürzlich hatten sich auch im schottischen Niederlande die Jakobiten bewaffnet unter der Führung der Lords Kenmure, Carnwath und Wintoun. Diese sollten vom Süden her den Angriff unterstützen. Nicht genug damit, wollte Mar noch eine starke Abteilung den Firth of Forth überschreiten lassen, um auch im Osten gegen Argyle operieren zu können. Leicht war ein solcher Übergang nicht zu vollführen, denn einige Kriegsschiffe lagen im Forth bereit, jedes verdächtige Boot anzuhalten oder zu vernichten. Aber der Brigadier Macintosh, der das Unternehmen leitete, war ein erfahrener und gewandter Offizier. Der alte Borlum, wie ihn seine Clansleute nannten, war es gewesen, der mit der Besatzung von Inverness den ersten, wenn auch recht wohlfeilen Triumph der Rebellion in Schottland errungen hatte. Ihn sandte nun Mar mit 2500 Mann aus, darunter befand sich als die Kerntuppe der eigene Clan von Macintosh. Es gelang Borlum, die Kriegsschiffe zu täuschen, indem er durch 500 Mann die Überfahrt bei Burntisland mit grossem Geräusche vorzubereiten schien. Unterdessen schifften sich in einer dunklen Nacht die übrigen weiter abwärts wirklich ein. Am Morgen hatten sie in ihren kleinen Bötchen den breiten Meeresarm freilich erst zur Hälfte durchkreuzt; die Kriegsschiffe kamen schleunigst heran; aber Wind und Strömung waren ihnen ungünstig. Mit ihren eigenen Bötchen, die sie nun flott machten, gelang es den englischen Seeleuten immerhin, 40 Mann gefangen zu nehmen; auch mussten, aus ihrem Kurse getrieben, mehrere Bötchen der Rebellen nach der vor dem Firth liegenden Insel May ihre Zuflucht nehmen. Die Hauptmasse aber, 1600 Mann, erreichte mit dem Anführer glücklich das andere Ufer.

Was die Regierung nicht für möglich gehalten hatte, die Überschreitung des Firth of Forth durch die Rebellen, war also gelungen. Wohl wurden jetzt noch eine Anzahl Schiffe in die Gewässer vor Edinburg gesandt, um sich aller grösseren und kleineren Fahrzeuge zu bemächtigen, welche sonst den Zwecken der Rebellen dienen könnten und auch, um auf andere Weise im Einverständnis mit Argyle und den Behörden am Lande die Empörung bekämpfen zu helfen¹⁾. Aber die augenblickliche Gefahr war damit nicht beseitigt. Eine ansehnliche Streitmacht stand plötzlich in bedrohlicher Nähe bei Edinburg. Ungeheure Bestürzung bemächtigte sich der Ein-

¹⁾ Nach den Admiralty Records im Rec. Off.

wohner, alles griff zu den Waffen. Erst durch den Schrecken, welchen seine Nähe hervorrief, ward Macintosh eigentlich auf den Gedanken gebracht, seinen ersten Angriff gegen Edinburg zu richten. In einer von Cromwell herrührenden, halb verfallenen Citadelle bei Leith befestigte er seine Stellung so weit, dass er hier selbst einen Angriff wohl auszuhalten vermochte. Jetzt wurden die Mannschaften in der Stadt durch Argyle verstärkt, der mit 600 Mann¹⁾ seines Heeres zum Entsätze von Edinburg herbei kam. Den Rest seiner Truppen hatte er unter der Hut des Generals Whitham im Lager vor Stirling zurückgelassen. Wohl ward die Aufforderung zur Übergabe von den Leuten Borlums mit trotzigem Hohne zurückgewiesen. Aber da er wohl einsah, dass seine Stärke zur Bezwingung der Hauptstadt doch nicht ausreichte, so verliess er unter dem Schutze der Nacht das Kastell und nahm weiter östlich von neuem eine befestigte Stellung ein. Argyle wollte ihn auch hier angreifen, da aber ereilte ihn die Nachricht, dass unterdessen Graf Mar sich gegen Stirling in Bewegung gesetzt habe. Mit 4000 Mann stand er schon in Dunblane, die gleiche Anzahl rückte ihm in einiger Entfernung nach. Auf Whithams Bitten eilte Argyle zurück. Und nun glaubte auch Mar nichts Besseres thun zu können, als ebenfalls in seine alte Stellung bei Perth zurückzukehren.

Macintosh aber marschierte die Küste entlang der englischen Grenze zu und vereinigte sich am 2. November in Kelso mit den südschottischen wie mit den northumbrischen Rebellen. Am 3., einem Sonntage, wurde für alle, ob Katholiken oder Protestanten, ein gemeinsamer Gottesdienst gehalten. Die Predigt sprach der Kaplan Forsters über den Text: der Erstgeburt Recht ist sein. Am nächsten Tage ward in feierlichster Form der Prätendent zum Könige proklamiert. Nun trat an die Führer die Frage heran, wohin sie sich jetzt wenden sollten. Sie musterten insgesamt 1400 Streiter zu Fuss, 600 zu Pferde. In England rückte der General Carpenter mit einer Abteilung regulärer Truppen von 900 Mann heran. Es waren ungetübte Mannschaften und die Rebellen hätten sich in ihrer Überzahl wohl getrauen dürfen, es mit ihnen aufzunehmen. Aber diese Meinung drang doch ebensowenig durch wie der Rat der Schotten, man solle gegen Stirling marschieren, um im Verein mit Mar den Herzog von Argyle zum Aufgeben seiner Stellung zu

¹⁾ Die Zahl wohl am genauesten in dem Briefe Stanhopes an Stair vom 20. Okt. 1715. R. O. Vgl. auch die Darstellung Hist. Ms. Comm. Rep. III, App. p. 374.

zwingen. Die Rebellen zogen nach Südwesten, die englische Grenze entlang, beständig untereinander uneins über Richtung und Ziele des Marsches. Bald hatte Carpenter die Grenze überschritten und folgte ihren Spuren. Einmal bot sich den Rebellen die Gelegenheit, ihn mit Vorteil anzugreifen. Aber sie setzten statt dessen ihren Marsch fort. Als sie auf Dumfries vorrückten, welches sie erobern wollten, hörten sie, dass die Stadt von so vielen Freiwilligen verteidigt wurde, dass ein Angriff aussichtslos erschien. Unter diesen Umständen ward der Beschluss gefasst, einen Einfall in das westliche England zu unternehmen. Am 12. November überschritten sie die englische Grenze. Nur 500 Schotten weigerten sich, an dem Marsche nach England teilzunehmen. Sie dachten, meint man, an das furchtbare Schicksal des schottischen Heeres nach der Schlacht bei Worcester.

Die Engländer in diesem Rebellenheere hatten schon seit der Vereinigung mit den Schotten einem Vordringen im westlichen England das Wort geredet. Sie hatten die Hoffnung, dass bei ihrem Erscheinen die Bevölkerung in diesen Landesteilen, in Westmoreland, Cumberland, vor allem in der vorwiegend katholischen Grafschaft Lancaster, sich für den Stuart erheben werde. Wohin sie kamen, wurde er als König proklamiert und die öffentlichen Gelder mit Beschlagnahme belegt. Ein Geistlicher, der mit ihnen zog, liess es sich nicht nehmen, in jeder Kirche den Namen Georgs I. in der Agende auszulöschen und den des Prätendenten mit feiner Schrift, als wäre er gedruckt, an seine Stelle zu setzen. In der Grafschaft Lancaster erhielten die Rebellen doch einigen Zuzug. Über Kendal und Lancaster zogen sie nach Preston. Schon in der Erwartung ihrer Ankunft ward in Manchester durch den Pöbel der Prätendent proklamiert. Die Bürger von Liverpool aber bereiteten sich ernstlich auf die Verteidigung ihrer Stadt vor.

Dazu sollte es aber gar nicht kommen. Denn schon vorher fiel die Entscheidung. Den General Carpenter freilich, der die Rebellen durch Schottland verfolgt hatte, wussten sie sich durch eine wohlgelungene Täuschung kurze Zeit vom Halse zu halten. Sie liessen einen Brief in seine Hände fallen, nach welchem er glauben musste, dass es ihnen um einen Anschlag auf Newcastle zu thun sei¹⁾. Carpenter selbst wandte sich also in eiligen Märschen nach Newcastle, um die Stadt gegen den vermeintlichen Angriff zu decken. Und unterdessen rückten die Rebellen in der Grafschaft

Lancaster vor. Aber schon wurde noch eine andere kleine Armee gegen sie in's Feld geschickt. Es lag zur Zeit in den Städten der benachbarten Landschaften verhältnismässig viel Militär, denn die Regierung wusste, dass hier die Stimmung am unsichersten war. Ein tüchtiger Offizier, General Wills, der sich in Spanien hervorgethan, erhielt jetzt den Auftrag, aus diesen Besatzungen eine Armee zu bilden und gegen die Rebellen zu ziehen.¹⁾ Er that es und liess nur in Manchester ein Regiment zurück, um dort die gefährlichen Elemente in Schach zu halten. Mit sechs Reiterregimentern und einem Regimente Fussvolk brach Wills am 23. November von Wigan auf, um vor Preston mit Carpenter zusammenzutreffen. Der Weg nach Preston führte eine Viertelstunde vor der Stadt über den Fluss Ribble; Wills musste erwarten, die Brücke über den Ribble stark besetzt zu finden, den Übergang durch einen harten Kampf erzwingen zu müssen. In der That fand er jedoch nur eine Schar von 2 bis 300 Mann an der Brücke, und diese zogen sich bei seinem Herannahen mit grosser Eile zurück. Der General glaubte auch jetzt noch, dass er sich nicht ohne Kampf der Stadt nähern könne. Denn nun gab es einen Hohlweg zu passieren, dessen mit Hecken besetzte Böschungen eine vorzügliche Deckung boten, wenn es galt, hindurchziehende Truppen auf ihrem Marsche zu belästigen. Hier, erzählte man sich, habe auch Cromwell im Jahre 1648 mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, denn die Feinde warfen grosse Steine auf ihn und seine Leute herunter. General Wills fand die Böschungen unbesetzt. Er glaubte, dass also die Rebellen auch Preston schon gänzlich geräumt haben würden und sich auf dem Rückwege nach Schottland befänden. Aber bald erkannte er, dass sie den Platz noch besetzt hielten und hier den Angriff erwarteten.

Preston war eine offene Stadt und konnte nur durch eilig getroffene Vorkehrungen in Verteidigungszustand gesetzt werden. Forster besetzte mit den Seinigen den inneren Stadtteil, denn nur das Herz der Stadt, erklärte er, könne seinem Heere Sicherheit bieten. In den Strassen, welche dahin führten, wurden Barrikaden erbaut, auf diese und in die Häuser die Mannschaften verteilt. Wills liess seine Dragoner absitzen und zu Fusse zum Angriffe vorrücken, zunächst auf zwei starke Befestigungen der Rebellen. Die Truppen

¹⁾ Für das Folgende ist auch die Darstellung eines offiziellen Berichts wichtig, der den fremden Diplomaten in London wie den englischen im Auslande zugestellt wurde. Er bildet z. B. die Beilage zu Townshends Brief an H. Walpole im Haag vom 16. (27.) Nov. 1715. R. O.

¹⁾ Hoffmann 19. Nov. 1715.

gingen mutig in den Kampf, sie richteten ihre Musketen auf jeden Punkt, wo ein Feind sich blicken liess. Aber die Verteidiger waren ihnen in ihren Stellungen überlegen, von den Barrikaden herab und aus den Fenstern der Häuser eröffneten sie ein mörderisches Feuer auf die königlichen Truppen. Die Stärke der Hochschotten wie aller streitbaren Bergvölker lag in dem sicheren Gebrauche der Schusswaffe; selten fehlten sie ihren Mann.¹⁾ Die Angreifer erlitten schwere Verluste und mussten sich auf beiden Stellungen endlich zurückziehen, ohne einen Vorteil gewonnen zu haben. Wills begnügte sich damit, die Stadt umschlossen und die Zugänge besetzt zu halten.

Am nächsten Morgen, es war der 24. November, traf General Carpenter mit seinem Heere vor Preston ein. Das Erscheinen des neuen Feindes machte auf den Rebellenführer Forster einen tiefen Eindruck. Nach den Erfahrungen des vergangenen Tages meinte er der verstärkten Streitmacht der königlichen Truppen nicht mehr gewachsen zu sein. Er schickte einen Unterhändler in das Lager seiner Feinde und liess ihnen eine Kapitulation anbieten. General Wills erwiderte stolz, er werde mit Rebellen nicht verhandeln, sie hätten viele Unterthanen Seiner Majestät getötet und müssten jetzt das gleiche Schicksal erwarten. Auf langes Zureden erklärte er endlich nur, wenn jene die Waffen niederlegen und sich auf Gnade und Ungnade ergeben wollten, so würde er sie bis zum Eintreffen weiterer Befehle vor der Wut seiner Soldaten schützen. Unter den Schotten rief Forsters kleinmütiger Entschluss furchtbare Erbitterung hervor. Die Hochländer erregten einen förmlichen Aufstand im eigenen Lager; Forster durfte sich nicht blicken lassen. Aber auch den schottischen Anführern war der Mut gesunken. Sie sahen keinen Ausweg mehr und Wills drohte, wenn man sich ihm noch widersetze, so wolle er die Stadt angreifen und nicht einen Mann darin verschonen. So geschah denn das Merkwürdige: Engländer und Schotten, Edelleute und Bauern, das gesamte Heer der Rebellen ergab sich den Truppen Georgs I. auf Gnade und Ungnade.

Etwas Rätselhaftes wird diesem Ereignisse vielleicht immer anhaften. Dem General Wills, als er sich Preston näherte, war die Zahl der Rebellen auf 4 bis 5000 angegeben worden. Die Stärke seiner eigenen Truppen soll hingegen nach Berwicks Angabe, höchstens 1000 Mann betragen haben. Wir müssen annehmen, dass diese Zahl zu tief gegriffen ist und jedenfalls nicht auf die ver-

¹⁾ Bonet 18./29. Nov. 1715.

einigten Truppen von Wills und Carpenter bezogen werden darf. Wills hatte sechs Reiterregimenter und ein Regiment zu Fuss unter sich. Die Stärke der einzelnen anzugeben, ist nicht möglich, zumal fünf von den sechs Reiterregimentern erst kürzlich neugebildet waren. Immerhin glauben wir, dass allein die Truppen des General Wills viel mehr als 1000 Mann betragen haben werden. Carpenter sind wir früher an der Spitze von 900 Mann begegnet. Wir wissen nicht, ob er alle diese auch nach Preston geführt habe; der uns vorliegende offizielle Bericht sagt nur, dass er mit drei Dragonerregimentern (Cobham, Churchill, Molesworth) zu dem Heere Wills' gestossen sei. Wir brauchen uns um so weniger zu scheuen, Berwicks Zahl 1000 zu verwerfen, als er sich über den ganzen Vorgang keineswegs wohlunterrichtet zeigt¹⁾; das entscheidende Ereignis, Carpenters Eintreffen, bleibt bei ihm völlig unerwähnt. Sollten wir eine annähernde Schätzung der vereinigten Streitkräfte von Wills und Carpenter versuchen, so meinen wir, dass dieselben eher mehr denn weniger als 2000 Mann betragen haben mögen.²⁾

Die Stärke des Rebellenheeres anzugeben, ist nicht leichter. Es muss eine grosse Menge Volks dabei gewesen sein, das schlecht oder gar nicht bewaffnet war und bei einem ernsten Kampfe kaum in Betracht kam. So geschah es, als die Ergebung erfolgte, dass die Zahl der Gefangenen sich weit geringer erwies, als man erwartet hatte. Es waren über 200 englische und schottische Edelleute, an Gemeinen aber nicht mehr als 1400 Mann. Man hat vermutet, und gewiss mit Recht, dass doch etliche entkommen sein werden, andere, und besonders wohl das herzugelaufene Volk der benachbarten Grafschaften, es leicht hatten, nicht zum Rebellenheere gehörig zu erscheinen und also von der Gefangennahme befreit zu bleiben. Hält man diese Umstände mit den vorhergenannten zusammen, so ergibt sich, dass wohl die grössere Zahl bei den Rebellen gewesen sein mag, von einem Übergewichte der militärischen Kräfte auf ihrer Seite aber nicht mehr die Rede sein kann. Unser offizieller Bericht weiss nichts von einem solchen Übergewicht, würde es aber, wenn vorhanden, wohl nicht unerwähnt gelassen haben, um dadurch

¹⁾ Wir stimmen hier also nicht mit Mahon I, 179 überein.

²⁾ Ein annähernder Massstab für die Stärke der Regimenter kann aus einem Berichte Argyles vom 4. (15.) Nov. 1715 (R. O.) gewonnen werden, aus dem wir die folgenden Stellen mitteilen: *when I arrived here . . . I found an army of about 1300 men . . . I have been reinforced by three regiments of dragoons that did not make 500 and four regiments of foot under 1200 . . . These troops, My Lord, with the recruits that have been raised since my arrival who are not yet clothed amount altogether to about the number of 3300 men.*

die Leistungen der Regierungstruppen in noch glänzenderem Lichte erscheinen zu lassen.

Wir glauben endlich sagen zu dürfen, dass also nicht wie durch ein Wunder die Rebellion in England einen plötzlichen Abschluss fand. Die Kräfte der Regierung waren vollkommen ausreichend, um ihrer Gegner Herr zu werden. Und es ist noch einmal daran zu erinnern, dass sich die Volksmassen, selbst in den unsichersten Teilen von England zu einem allgemeinen Aufstande, der das hannövrise Königthum gefährden konnte, doch eben nicht fortreissen liessen.

Der Erfolg des Tages von Preston war so vollkommen wie möglich; in ganz England regte sich kein Widerstand mehr. Alle Gefangenen zur Strafe zu ziehen, ging ihrer grossen Zahl wegen nicht wohl an.¹⁾ Vielen unter den gemeinen Leuten gab man die Freiheit zurück, als sie nicht mehr gefährlich werden konnten. Aber eine grosse Zahl ward auch nach Westindien deportiert. Die Edelleute und überhaupt alle Offiziere durften so leichten Kaufes nicht davonkommen. General Wills lehnte es zwar ab²⁾, wie ihm von London aus geheissen wurde, diejenigen seiner Gefangenen, welche ehemalige und zuletzt auf halben Sold gesetzte Offiziere des königlichen Heeres waren, samt und sonders erschiessen zu lassen. Nur eine kleine Anzahl derselben wurde in Preston selbst gerichtet³⁾. Die meisten wurden nach London überführt. Welch' ein Spektakel war es für den hauptstädtischen Pöbel, als am 20. Dezember gegen 150 vornehme Gefangene nebst 70 ihrer Diener durch die Strassen geführt wurden. Alle sassen zu Pferde, aber mit gebundenen Händen wie gemeine Verbrecher, die Pferde wurden von Soldaten am Zügel geführt. Auch die vornehme Welt ging, um das Schauspiel zu sehen, nur diejenigen blieben fern, welche, wie Lady Cowper, selbst Verwandte oder Freunde unter den Gefangenen besassen. Der Pöbel beschimpfte und verhöhnnte die Rebellen in gröblichster Weise; vor ihnen her ward eine Wärmflasche getragen, um an die alte Mär zu erinnern, das untergeschobene Kind Jakobs II. sei in einer Wärmflasche nach St. James's gebracht worden. Mancher unter den Gefangenen wusste auf den Spott auch wohl mit einem treffenden Worte zu antworten. Zehn der Edelsten wurden in den Tower geschafft, alle übrigen in den gewöhnlichen Gefängnissen untergebracht, unter ihnen selbst Forster und der alte Borlum, obwohl der erstere

¹⁾ Die sonderbare Nachricht in einem Briefe aus Edinburg vom 17. März 1716 (Hist. Ms. Comm. Rep. III. App. p. 375) ist jedenfalls stark übertrieben.

²⁾ Hoffmanns Berichte aus dem Dezember 1715.

³⁾ Vgl. Hist. Ms. Comm. Rep. X, App. 4. p. 352.

Mitglied des Unterhauses war. Die Minister liessen verlauten, dass man vorhabe, ein schweres Exempel zu statuieren.

Unterdessen war auch in Schottland der lange erwartete Zusammenstoss der königlichen Truppen mit den Rebellen erfolgt. Graf Mar hatte viel kostbare Zeit verloren, indem er sich trotz seiner Übermacht nicht zum Angriffe entschliessen konnte. Er war einer jener Heerführer, welchen die Gelegenheit zum Schlagen niemals günstig genug erscheint und die so lange zu warten pflegen, bis sie sich zuletzt unter ungünstigeren Umständen, als sie sich ihnen schon boten, dennoch zur Schlacht gezwungen sehen. Mar hoffte auf England, er wartete, dass von Frankreich etwas geschehen würde, er rechnete auf den Erfolg von Ormonds Landung. Er selbst wollte jene Verstärkungen noch heranziehen, welche die entlegensten Teile der Hochlande, der Norden und der Westen, ihm zu bieten vermöchten. Aber dort, in den weiten Grafschaften Ross und Sutherland, stand dem Einflusse des Grafen Seaforth, der sich für den Prätendenten erhob, derjenige des Grafen Sutherland entgegen. Im Westen war es den Untergebenen und Anhängern Argyles bisher gelungen, die Jakobiten von einer selbständigen Teilnahme an der Rebellion zurückzuhalten. Solange Inverary, das feste Schloss des Herzogs von Argyle, und Fort William in den Händen der königlichen Truppen waren, durften die Rebellen auf einen Zuzug aus dem westlichen Hochlande schwerlich rechnen. Einmal machte Mar sogar den Versuch einer Unterhandlung mit Argyle. Der aber lehnte sie stolz ab und liess den Boten gefangen setzen.¹⁾

Übrigens war auch die Lage des von Argyle befehligten Heeres nichts weniger als günstig. Die geringe Streitmacht von 1300 Mann, welche er bei seiner Ankunft vor Stirling gefunden hatte, war freilich inzwischen durch drei Dragoner- und vier Infanterieregimenter sowie durch eine geringe Zahl von Rekruten verstärkt worden. Aber auch so gebot Argyle um die Mitte des November über nicht mehr als 3300 Mann. In London erwartete und verlangte man nun, er solle mit einem Schlage die schottische Rebellion niederwerfen. Mit seinen regulären Truppen müsse er doch einer viel grösseren Zahl undisciplinierter Mannschaften reichlich gewachsen sein. Seine Feinde bei Hofe thaten das Ihrige, seine Kriegführung in Verruf zu bringen. Argyle blieb die Antwort nicht schuldig. Er behauptete, man habe ihn nach Schottland geschickt, um ihn blosszustellen. Seine Briefe enthielten scharfe Wendungen gegen

¹⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. II, App. p. 26.

Marlborough, gegen die Minister; selbst der König tühlte sich durch seine Ausdrücke beleidigt.¹⁾ Dadurch setzte er freilich nur sich selbst in's Unrecht.²⁾ Er musste förmlich Abbitte leisten. Daneben legte er aber dem Ministerium die Schwierigkeiten seiner militärischen Stellung ausführlich dar.³⁾ Er habe sich in Bezug auf seine Kriegführung nichts vorzuwerfen und habe bisher bei allen Schritten, die er gethan, die Zustimmung seiner Generale gefunden. Auf ebenem Grunde, sagt er, wo Reiterei sich entwickeln kann, dürften wir die Rebellen wohl angreifen. Aber zwischen Stirling und Perth ist wenig so günstiges Terrain, dieses auch von Hügeln durchschnitten. Und der Feind kann nicht gezwungen werden, hier zu kämpfen. Er steht in seinem Lager bei Perth, gedeckt durch den Fluss Earn. Zwei Brücken und drei Furten bieten Gelegenheit zum Übergange, aber die ersteren können leicht abgebrochen werden, die Furten sind in dieser regnerischen Jahreszeit selten benutzbar. Ein Angriff auf die gegenwärtige Stellung der Rebellen scheint Argyle also nicht ausführbar. Und auch sein Lager näher nach Perth hin vorzuschieben, erklärt er für unmöglich. Die Feinde könnten ihn durch gewisse Bewegungen zur Umkehr zwingen. Und daneben wäre es schwer, die Soldaten zur Winterszeit in Zelten, statt wie vor Stirling in Baracken oder gar in der Stadt selbst, unterzubringen. Ebenso grosse Schwierigkeiten böte, sobald man über Dunblane — vier (englische) Meilen von Stirling — hinaus wäre, die Verpflegung der Soldaten, welche sich nicht mit dem Wenigen begnügen, womit die Hochschotten schon zufrieden sind. Argyles Hoffnung war, dass entweder die Feinde ihre Stellung in Perth aufgeben und damit eine Gelegenheit zum Angriffe bieten möchten, oder, wenn sie sich nicht vom Flecke rühren wollten, dass die gemeinen Leute der Sache überdrüssig würden und nach Hause gingen.

Wer weiss, wie lange die beiden Heere sich noch unthätig in ihren Stellungen behauptet hätten, wenn nicht Mar in seinem Kriegsrath am 20. November den Entschluss gefasst hätte, ein Ende zu machen. Zwei Gründe waren es, die den ewig zögernden Feldherrn bestimmten, endlich doch den Kampf zu suchen. Mar hatte nun alle jene Streitkräfte an sich herangezogen, auf die er vorläufig überhaupt rechnen konnte. Selbst aus dem Norden war Lord Seaforth

¹⁾ Stanhope und Townshend an Argyle 2. (13.) Nov. 1715 mit Bezugnahme auf Argyles Briefe vom 18. und 19. Okt. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Das gesteht selbst die ihm durchaus günstig gesinnte Lady Cowper zu. Diary p. 59.

³⁾ Argyle an Townshend. Stirling 4. (15.) Nov. 1715. R. O.

mit mehreren Tausenden nach Perth gekommen. Und durch General Gordons Geschicklichkeit vermochten auch einige Abteilungen der westlichen Clans an den Bollwerken Inverary und Fort William vorüber zu kommen. Der Gouverneur des letzteren sah voller Ingrimm zwei Rebellenhaufen von je 500 Mann „vor seiner Nase“ vorbeiziehen, ohne ihnen etwas anhaben zu können.¹⁾ In den nächsten Tagen konnten sie ihre Vereinigung mit Mars Truppen vollziehen. Den Plan, Argyle von verschiedenen Seiten zu fassen, hatte Mar aufgegeben. Dafür wollte er jetzt mit seiner gesamten Streitmacht allein den Vorstoss unternehmen.

Mar konnte nächstens mehr als 10000 Mann mustern und glaubte, dem Feinde weit überlegen zu sein. Aber er wusste auch — und dieser zweite Grund bestimmte ebenfalls seinen Entschluss — dass das Verhältniss sich bald ändern werde. Eine holländische Armee musste demnächst in Schottland eintreffen, um der Regierung Georgs I. bei der Niederwerfung der Rebellion behilflich zu sein. Im gegenseitigen Garantievertrage vom 30. Januar 1713²⁾ hatten die Generalstaaten sich verpflichtet, England nötigenfalls mit einem Heere von 6000 Mann zu Fuss gegen jeden äusseren oder inneren Feind zu unterstützen, welcher sich der Durchführung der protestantischen Succession widersetzen würde. Gleich beim Beginne der Rebellion hatte man in London daran gedacht, die vertragsmässige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dann aber hatte man geglaubt sie entbehren zu können³⁾ und hätte um so lieber davon abgesehen, als Georg I. schon nicht mehr in der Lage war, den Generalstaaten seinerseits die Barriere in dem Umfange zu verschaffen, wie jener Vertrag sie in Aussicht stellte. England führte damals, wie wir noch erfahren werden, die Vermittelung zwischen Karl VI. und den Generalstaaten bei der Verhandlung des Barrierevertrages. Im Oktober 1715 entschloss sich die britische Regierung dennoch, die holländische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Horace Walpole wurde nach dem Haag gesandt. Doch hatte er nur die Stellung von 6000 Mann, nicht auch ihre Besoldung zu verlangen. Diese wollte England selbst übernehmen, um also den Holländern zu keiner Gegenleistung verpflichtet zu sein.⁴⁾ Es geschah aus Rücksicht auf Karl VI. Denn kaum war von Walpoles Auftrag etwas bekannt geworden, als schon der kaiserliche Resident Hoff-

¹⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. III. App. p. 380.

²⁾ Dumont, Corps diplomatique VIII, 322.

³⁾ Vgl. oben S. 511.

⁴⁾ Vgl. Bonet 25. Okt./5. Nov. 1715. G. St. A.

mann voller Misstrauen die Minister darüber zur Rede stellte. Sie beeilten sich, ihn zu versichern, dass die niederländische Truppenhilfe auf die Verhandlung über die Barriere keinen Einfluss üben werde. In der That liessen sich aber die beiden Fragen doch nicht völlig trennen. Die deutschen Minister scheuten sich nicht, selbst Hoffmann gegenüber diesen Zusammenhang zuzugestehen. In Bezug auf die noch streitigen Punkte der Barriere trat England auf die Seite der Generalstaaten und suchte den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Bothmer erklärte Hoffmann unumwunden, dass die zeitige Sendung der 6000 Mann „meistens von dem Schlusse des Barriere-Traktats dependiere“¹⁾.

Genug, Mar wusste, dass die holländischen Hilfsvölker demnächst über den Kanal kommen würden, und dass sie zur Verstärkung der königlichen Truppen in Schottland bestimmt waren. Gelang es ihm vorher, vermöge seiner Überzahl Argyle im Felde zu besiegen, so lag ihm ganz Schottland zu Füssen und er brauchte auch vor dem heranrückenden neuen Feinde nicht zu zittern. So blieb ihm schlechthin nur eine einzige Möglichkeit des Gelingens: eine gewonnene Schlacht.

Mit seiner Armee verliess er Perth am 21. November, überschritt den Earn und kam bis Auchterarder, wo eine grosse Heerschau abgehalten wurde. Hier stiess General Gordon mit den westlichen Clans zu ihm. Mar unterliess es, schon an diesem Tage, wie es ursprünglich beabsichtigt war, das strategisch wichtige Dunblane zu besetzen. Erst am 23. rückte er weiter vor bis zu dem alten römischen Lager bei Ardoch. Von hier schickte er einige Abteilungen unter Gordon aus, um Dunblane zu besetzen. Die Hauptmasse des Heeres sollte ihnen in der Richtung auf Dunblane folgen. Aber bald trafen von jenen beunruhigende Nachrichten ein, der Feind sei in der Nähe, er habe Dunblane besetzt. Mar vermochte anfangs nicht zu glauben, dass die gesamte königliche Armee zur Stelle sei. Er liess Posten ausstellen und die Truppen lagern, doch so, dass sie zu jeder Zeit bei Tage oder Nacht auf das Zeichen von drei Kanonenschüssen zum Aufbruche bereit wären. Kurz darauf aber kam eine neue Meldung vom General Gordon, Argyle sei in der That mit seinem ganzen Heere in Dunblane. Nun gab Mar den vorausgesandten Truppen den Befehl zu halten. Die Hauptarmee musste sich auf das verabredete Zeichen in Marschordnung setzen und bald war die Vereinigung des ganzen Insurgentenheeres

¹⁾ Hoffmann 25. 29. Okt. 1715. W. St. A.

wiederum erfolgt. Vier Meilen vor Dunblane liess Mar Halt machen. Ohne dass Zelte aufgeschlagen wurden, auf dem nackten Erdboden und mit ihren Waffen, mussten die Schotten sich an diesem Abende niederlegen. So erwarteten sie den kommenden Tag und die Schlacht.

Unter den königlichen Truppen war die Nachricht vom Aufbruche der Rebellen aus Perth mit Freuden begrüsst worden. Längst hatte man den Kampf herbeigesehnt. Wir jungen Soldaten, schrieb am 12. November ein adliger Mitstreiter¹⁾ aus dem Lager von Stirling, glauben, wenn die Rebellen selbst wagen sollten, sich mit unseren an Zahl so geringen regulären Truppen zu messen, dass sie ihnen doch nicht standhalten werden. Und der Brief eines andern vom 22. November ist erhalten²⁾, als man in Stirling schon wusste, dass die Rebellen im Anmarsche waren. Unsere Truppen, sagt er, wünschen nichts so sehr wie einen ehrlichen Kampf mit den Rebellen. Graf Mar wird schwerlich eine Armee von Hochländern den Winter über zusammenhalten können. Sollte er noch einmal die Aktion verschieben und nach Perth zurückkehren wollen, so werden seine Leute scharenweise desertieren. Ich hoffe, ihr werdet bald gute Nachricht von uns erhalten.

Der Herzog von Argyle berief, als er am 22. von dem Aufbruche der Feinde erfuhr, sogleich einen Kriegsrat. Doch es war von vornherein nicht zweifelhaft, welcher Entschluss zu fassen war. Die Feinde zu erwarten, ihnen den Übergang über den Forth zu verwehren, war kaum möglich, denn der Fluss begann zuzufrieren und mochte bald für den Marsch nach Süden kein Hindernis mehr bieten. So blieb nichts übrig, als sich den Feinden in den Weg zu stellen. Sobald man diese Klarheit hatte, musste man nur eine für die königlichen Truppen günstige Wahlstatt zu gewinnen trachten, eine Ebene, in welcher die Reiterei sich zu entfalten vermochte. Argyle fasste sogleich den Plan, in der Ebene von Sheriffmuir, jenseits Dunblanes, die Schlacht zu liefern. Demgemäss ward beschlossen, auf Dunblane zu marschieren und, wenn möglich, auf dem Sheriffmoor die Feinde zum Kampfe zu stellen. Am sichersten war dies zu erreichen, wenn man sofort oder doch noch am selben Tage aufbrach. Argyle hielt es aber für notwendig, vorher alle verfügbaren Streitkräfte heranzuziehen. In den benachbarten Städten, in Glasgow, Kilsyth, Falkirk, Linlithgow lagen, wahrscheinlich um diese gegen Überfälle zu schützen, kleinere Abteilungen des königlichen

¹⁾ Lord Rothes. Stirling 1. (12.) Nov. 1715. R. O.

²⁾ J. Cockburn. Stirling 11. (22.) Nov. 1715. R. O.

Heeres. Diese alle liess Argyle schleunigst nach Stirling entbieten; aber doch erst am Abend waren alle beisammen. Am nächsten Morgen brach der Herzog mit seinem Heere von 3300 Mann und noch 150 Freiwilligen von Stirling auf. Dunblane fand er noch unbesetzt. Aber sein Augenmerk war vorzüglich darauf gerichtet, das Terrain jenseits der Stadt in Besitz zu nehmen, auf welchem er mit Vorteil schlagen konnte. Er ordnete seine Truppen wie zum Kampfe, dann liess er sie, als die Nacht herankam, sich lagern, wo eben ein jeder stand, ohne Schutz gegen die Unbilden der kalten Novembarnacht, jeden Augenblick zum Kampfe bereit. In der geringen Entfernung von zwei (englischen) Meilen nächtigten also die beiden Heeresmassen, welche am kommenden Tage den Streit um die Krone Grossbritanniens ausfechten sollten.

Von Dunblane aus erstreckt sich in nordöstlicher Richtung das Sheriff-Moor, ein welliges Gelände, dessen Erhebungen nicht zu bedeutend waren, um nicht die Entfaltung grösserer Truppenmassen und selbst die vorteilhafte Verwendung von Kavallerie zu gestatten. Eben deshalb hatte der Herzog von Argyle hierher die Schlacht verlegen wollen. Denn nur durch ein wuchtiges Eingreifen seiner Reiterei konnte er hoffen, den ihm an Zahl dreifach überlegenen Feind zu schlagen. Im Osten ist das Terrain durch die höher ansteigenden Ochill Hills, im Westen durch den Fluss Allan begrenzt. Das eigentliche Moor ist eine sumpfige Niederung im Osten, aus welcher Torf gewonnen wurde und die wahrscheinlich für Truppen jeder Gattung, ganz gewiss aber für Reiterei unzugänglich war. Nur eben an diesem Schlachttage war der Boden so hart gefroren, dass er Mann und Ross zu tragen vermochte. Man kann endlich den Gang des Gefechts auch nicht völlig verstehen, wenn man sich nicht in Erinnerung hält, dass von den Erhebungen am Sheriff-Moor keine bedeutend genug war, um einen freien Überblick über das ganze Gelände zu ermöglichen.

Früh am Morgen des 24. November ward es in beiden Heerlagern lebendig.¹⁾ Graf Mar stellte seine Truppen in zwei Treffen

¹⁾ Für die Schlacht auf dem Sheriff-Moor und die Bewegungen der Heere an den vorhergehenden und folgenden Tagen sind eine Anzahl von bisher unbenutzten Berichten herangezogen. Ausser den Darstellungen in den Gesandtschaftsberichten sind es besonders folgende: 1. Hist. Ms. Comm. Rep. III. App. p. 384. (Auch p. 377 mag verglichen werden.) Bericht eines der Freiwilligen, welche auf dem rechten Flügel der Königlichen kämpften. Aus einem weiteren Briefe (p. 385) geht hervor, dass Montrose von dem Berichte einen wichtigen Gebrauch machte. 2. Ebd. p. 385. Ein Bericht, dessen Bedeutung darin liegt, dass es der einzige ist, welcher von einem auf dem linken Flügel der

auf, in der Mitte das Fussvolk, an den Seiten die Reiterei. Die tapferen Hochländer der Clans, der eigentliche Kern des Rebellenheeres, bildeten, in zehn Bataillone formiert, das Centrum des ersten Treffens. Auf dem rechten Flügel standen drei Reiterschwadronen, darunter die nur aus Edelleuten gebildeten Schwadron Stirling, welche das königliche Banner Jakobs VIII. zu schützen hatte. Die linke Flanke des ersten Treffens deckten die beiden Schwadronen Perthshire und Fifeshire. In der Mitte des zweiten Treffens befanden sich, wiederum in zehn Bataillonen, die Mannschaften einer Anzahl von schottischen Grossen, der Lords Seaforth und Huntly, Panmure, Tullibardine, Drummond und einiger anderer; auf dem rechten Flügel zwei Schwadronen unter dem Grafen Marischal; die Schwadron Angus auf dem linken.

Während diese Schlachtordnung aufgestellt wurde, bemerkte man eine kleine feindliche Abteilung, welche die Rebellen von einer Anhöhe aus, die sich westlich an das Moor anschloss, zu beobachten schien. Sogleich berief Mar die Edelleute, die Generale und die Clanhauptlinge zu einem grossen Kriegsrate. Noch einmal ward, angesichts des Gegners, von dem man annahm, dass er die Schlacht wolle, die Frage erörtert, ob man jetzt wirklich die Entscheidung durch die Waffen suchen solle. Und es fehlte auch jetzt noch nicht ganz an Stimmen, welche es für ratsamer erklärten, nach Perth zurückzukehren und das Frühjahr abzuwarten. Aber dieses Mal

Königlichen Kämpfenden herrührt. 3. Hist. Ms. Comm. Rep. VI. App. p. 618. Eine kurze Darstellung. Ferner aus dem Record Office: 4. Mar's Letter to the Governor of Perth. Barock Sunday 13th Nov. 1715. Über den Verbleib des Originals vgl. Hist. Ms. Comm. Rep. II App. p. 204. 5. An Account of the engagement on the Sheriff Mair near Dumblaine the 13th Nov. 1715 betwixt the King's army commanded by the Earl of Mar and the Duke of Brunswicks commanded by Argyle. Eine aus dem Lager der Rebellen stammende Druckschrift (Perth 1715), die aber als solche kaum noch vorhanden zu sein scheint (weder im R. O. noch im Brit. Mus.). Im R. O. ist eine Abschrift, im Staatsarchiv zu Hannover eine französische Übersetzung. 6. An Account of the battle of Dunblain in a letter from a gentleman at Stirling to his friend at Edinburgh. Eine Druckschrift. 7. An Account of the engagement near Dunblain yesterday the 13th inst. betwixt the King's army under the command of H. Gr. the Duke of Argyll and the Rebels commanded by Mar. Eine Druckschrift. 8. Argyles Bericht an Townshend, Stirling 14. (25.) Nov. 1715. — Ferner Argyles weitere Berichte. 9. Bericht des Earl Rothes, Stirling 15. (26.) Nov. 1715. — Ferner aus dem Staatsarchiv zu Hannover. 10. Copy of a letter from Paris, 12. Jan. 1716. 11. Eine längere Schilderung in französischer Sprache, beginnend: *Vous avez vu, sans doute, mon cher Monsieur . . .* Nach dem Zusammenhange kann sie nur vom Earl Rothes verfasst sein.

bestimmte wohl der Anführer selbst den mutigeren Entschluss. Die Bedenklichen wurden schnell zum Schweigen gebracht. In wilder Begeisterung rief zuletzt alles¹⁾ „zum Kampfe, zum Kampfe!“ und jeder eilte davon, um seine Leute in die Schlacht zu führen.

Unter der kleinen Schar, deren Anblick auf jenem Hügel die Rebellen zu so hoher Kampfesfreude entflammt hatte, war der Herzog von Argyle selbst. Seine Armee befand sich noch in den Stellungen, die er ihr am Vorabend angewiesen hatte, zur Linken Dunblane, zur Rechten die morastige Niederung des östlichen Sheriff-Moors. Während die Truppen sich zum Kampfe bereiteten, war die Nachricht eingelaufen, die Rebellen seien im Begriffe, sich längs des Flusses Allan zu formieren, mit einer Frontrichtung, als ob sie das königliche Heer auf der rechten Flanke angreifen wollten. Sogleich machte Argyle mit seinen Generalen sich auf, um von der Erhöhung aus, welche vor dem rechten Flügel der Armee sich weit hinstreckte, die Feinde mit eigenen Augen zu beobachten. Es war noch früh am Tage. Im Scheine der aufgehenden Sonne konnten die Offiziere trotz der Entfernung von zwei englischen Meilen deutlich die einzelnen Trupps des feindlichen Heeres unterscheiden, wie sie sich rechts und links zum Kampfe aufstellten. Und sie mussten sich gestehen, dass diese Rebellen ihre Schlachtordnung so gut wie nur irrigend eine reguläre Armee zu treffen verstanden.

Graf Mar hatte, als er der Feinde auf dem Hügel ansichtig wurde, den Entschluss gefasst, eben dorthin seinen Angriff zu richten. Es mag wohl weiter seine Absicht gewesen sein, dass seine Hochschotten sich mit ihrem ganzen Ungestüm von oben herab auf Argyles rechten Flügel werfen sollten. Zu anderen Zeiten hätte das Sumpfmoor genügenden Schutz gegen einen solchen Angriff geboten, aber heute war es hart gefroren und bildete kein Hindernis. Argyle erkannte von seinem Beobachtungsposten aus die drohende Gefahr. Er sah die schweren Truppenmassen auf seine Stellung anrücken. Und da eben eine Bodenwelle den rechten Flügel der Rebellen seinen Augen entzog, so gab er sich der Täuschung hin, dass er in denen, die er sah, die Hauptmasse der Clans vor sich habe. Kein Zweifel also, dass der beabsichtigte Flankenangriff den Tag entscheiden sollte. Indem der Feldherr mit seinen Generalen zum Kriegsrat zusammentrat, wies er sie auf die Bewegung des Feindes hin und legte ihnen die Frage vor, ob es jetzt nicht besser

¹⁾ *Where it was voted to fight the enemy nemine contradicente*, so sagt der bei Freebairn in Perth 1715 gedruckte Bericht. (Handschriftlich im R. O.)

sei, auch das eigene Heer auf die Erhebung hinaufzuführen und sich hier oben, Front gegen Front, dem Rebellenheere entgegenzustellen. Man stimmte ihm zwar zu, doch meinte die Mehrzahl des Kriegsrats, dass die Zeit zu kurz sei, um die Truppen alsdann noch angesichts des Feindes von neuem zur Schlacht zu ordnen. Aber Argyle wollte den Einwand nicht gelten lassen. In fliegender Hast sprengte er in's Lager zurück und liess die Trommeln zum Generalmarsche rühren. Dann wurden in aller Eile die Truppen aufgestellt, um den Vormarsch zu beginnen.

Auch das königliche Heer bestand aus zwei Treffen. In der Mitte des ersten befanden sich sechs Bataillone Infanterie, altgediente Soldaten, unter dem Befehle des Generals Wightman; auf beiden Flügeln je drei Schwadronen, rechts unter dem persönlichen Kommando des Herzogs von Argyle, links unter General Whitham. Hinter den drei Schwadronen der Rechten stand ein Trupp Freiwilliger unter dem Earl Rothes. In seinem zweiten Treffen hatte Argyle an Fussvolk nicht mehr als zwei Bataillone, welche auf den beiden Seiten zweier Dragoner-Schwadronen standen, die das Centrum bildeten. Dazu kamen noch zwei weitere Schwadronen, die auf beiden Flügeln hinter der Reiterei des ersten Treffens aufgestellt waren.

Eine volle Stunde war seit der Rückkehr des Herzogs in's Lager verflossen, es war zwölf Uhr geworden, ehe seine Truppen, in Marschordnung übergehend, sich in Bewegung zu setzen vermochten. Jetzt führte er selbst den ganzen rechten Flügel seines Heeres die Anhöhe hinauf, dem Feinde entgegen. Oben angekommen, war die Zeit noch ausreichend, dass die Rechte sich wiederum in Schlachtordnung formieren konnte. Centrum und Linke hielten nicht vollkommen Schritt, sie hatten noch nicht den ihnen zugewiesenen Standort erreicht, als die Rechte sich schon zum Kampfe bereitete.

Inzwischen hatten auch die Rebellen, in vier Kolonnen emporsteigend, die Anhöhe erreicht. Von einem vorausgeschickten Detachement hatte Mar die Meldung erhalten, dass der Feind herannahe. Sofort mussten nun auch die Seinigen ihren Marsch beschleunigen. Aber dabei geschah es, während Mar an der Spitze des rechten Flügels marschierte, dass auf dem linken arge Verwirrung einriss, die Mannschaften vom ersten und zweiten Treffen waren unter einander geraten, ein Teil der Reiterei stand im Centrum statt auf der Linken. Es wäre einige Zeit erforderlich gewesen, um die alte Ordnung herzustellen.

Bei dem Aufmarsch beider Heere trat also dieselbe Ungleichheit zu Tage. Der rechte Flügel, die besten Truppen enthaltend, hat unter den Augen des Feldherrn den Vormarsch korrekt ausgeführt und steht bald wieder kampfbereit da. Der linke ist in Unordnung geraten und braucht einige Zeit, um sich zu sammeln. Und um das Übergewicht jedes rechten Flügels über den ihm gegenüber befindlichen linken des Feindes noch zu erhöhen, kommt ein weiterer Umstand hinzu. Indem die Heere von Norden und Süden her, ohne einander zu sehen, die Anhöhe erstiegen haben, ist es geschehen, dass sie sich nun nicht genau gegenüberstehen, sondern auf der rechten Seite einander überflügeln. Argyle hatte den grauen Dragonern auf seiner Rechten ausdrücklich befohlen, sich, soweit sie könnten, nach rechts hin auszudehnen. In der That, wenn man sich diese Lage vergegenwärtigt, meint man die Entwicklung der nun beginnenden Schlacht fast vorhersagen zu können.

Die Rebellen hatten die Anhöhe früher erreicht als die Königlichen. Sie liessen es, sagt ein Augenzeuge, ruhig geschehen, dass einzelne Abteilungen von Argyles Armee in so geringer Entfernung vor ihrer Front entlang marschierten, wie man Rebhühner mit der Flinte zu erlegen pflegt. Argyles Kavallerie benutzte unterdessen die Zeit, um sich in voller Schlachtordnung aufzustellen. Im übrigen war man noch in keinem der beiden Heere mit der Neuformierung fertig, als vom Centrum der Rebellen aus der Angriff mit einer wohlgezielten Musketensalve eröffnet wurde. Auf den beiden Flügeln ward das Beispiel nachgeahmt. Die zweite Salve war noch wirksamer als die erste. Alte Offiziere gaben zu, etwas Besseres auch von regulären Truppen niemals gesehen zu haben. Und als nun auf dem linken Flügel die Schotten mit dem blossen Schwerte auf ihre Gegner eindrangen, da trat schon hier, wo gleichwohl die vorzüglichsten Truppen Argyles standen und der Herzog selbst kommandierte, ein kritischer Augenblick ein. Vor dem Ungestüm des Angriffs geriet selbst die tapfere Schwadron Evans in's Wanken. Die Pferde, durch das anfängliche Feuer erschreckt, bäumten sich, machten Kehrt und trugen die Verwirrung selbst unter das eigene Fussvolk. Aber schon hatte Argyle die Gelegenheit erspäht, um einen entscheidenden Schlag zu führen. Eine Abteilung seiner Dragoner liess er über ein gefrorenes Moor zu seiner Rechten hinweg einen bogenförmigen Ritt ausführen und also den Feinden in die Flanke fallen. Zugleich stürmten jetzt auch gegen die Front des linken Flügels der Rebellen Argyles Schwadronen heran. Kein Schuss ward abgefeuert. Mit der blanken Waffe hieben die Dra-

goner auf Reiterei und Fussvolk ein. Die Evans'sche Truppe war wieder in's Treffen eingerückt und hielt sich wacker. Die gefürchtete Schwadron der grauen Dragoner vollführte Wunder der Tapferkeit. Aber auch die Schotten liessen es an Mut wie Ausdauer nicht fehlen. Die Kavaliere von Perthshire und Angus kämpften ritterlich; das Feuer der Bataillone, aus der Nähe abgegeben, wirkte verderblich genug unter Argyles Mannschaften. Aber endlich, nach halb-stündigem Kampfe war die Widerstandskraft der Schotten gebrochen. Dem wuchtigen Anprall der schweren englischen Rosse vermochten die schottischen Kavaliere auf ihren leichten Landpferden nicht mehr stand zu halten. Die feindlichen Schwadronen brachen in ihre Reihen ein, die Infanterie drängte nach, der ganze linke Flügel des Insurgentenheeres ward geworfen. Anfangs wichen die Rebellen nur Schritt für Schritt nach hartnäckigem Kampfe zurück. Aber bald wurde der Rückzug zur Flucht. Viele warfen die Waffen weg, wie eine Schafherde liefen die Haufen der Schotten vor ihren Verfolgern davon. Major Hay von den grauen Dragonern nahm die Geschütze der Rebellen. Eine Standarte und etliche ihrer Fahnen wurden erobert. Hier und dort ward wohl noch tapfer Widerstand geleistet, kam der Todesmut des Hochschotten zu schönem Ausdruck. Um eine Fahne scharten sich 40 Mann aus dem Hochlande. Mit Übermacht angegriffen, weigerten sie sich hartnäckig, den gebotenen Pardon anzunehmen. Die Fahne wurde nicht erobert, bis der letzte ihrer Verteidiger niedergehauen war. Als der Kampf gegen drei Stunden gewährt hatte, waren an 5000 Schotten von Argyle geschlagen. Drei englische Meilen weit, bis über den Fluss Allan wurde die Verfolgung fortgesetzt; mancher, dem Schwerte der Engländer Entronnene, fand noch den ruhmlosen Tod in den Wellen. Argyle aber, in dem frohen Glauben, einen vollkommenen Sieg errungen zu haben, war gemeint, den Feind zu verfolgen, solange der kurze Novembertag noch dauere.

Ein kluger Feldherr wird während des Kampfes stets die Bewegungen aller Heeresteile, der eigenen wie der feindlichen im Auge behalten, er wird über dem gelegentlichen Erfolge oder Misserfolge einzelner Truppen den Grundgedanken der Schlacht nicht vergessen. Argyle aber sorgte sich um den Gang der Schlacht nur, soweit er sie sah. Wie ein kühner Reiteroberst hatte er sich gehalten, nicht wie ein Feldherr. Als er sich mit seinen Schwadronen angegriffen, bedrängt sah, als es ihm gelang, aus der Verteidigung heraus selbst einen siegreichen Vorstoss gegen den Feind zu führen, da ward er hingerissen von dem feurigen Kampfesmuth des Schotten und

vermochte nicht nachzulassen, solange er noch einen Feind vor sich sah.

Es hatte an warnenden Stimmen gleichwohl nicht gefehlt. Unter den Freiwilligen, welche, auf dem rechten Flügel stehend, dem Zuge der Dragoner gefolgt waren, fragte man besorgt nach dem Schicksal des linken Flügels, das niemand kannte. Der Wunsch ward laut, der Herzog möge mit dem Fussvolk und einem Teil der Reiterei umkehren, für die Verfolgung des in völliger Verwirrung fliehenden Feindes genüge ein Bruchteil der Kavallerie. General Wightman, der Anführer jener fünf Bataillone, welche Argyle in geringer Entfernung folgten, meldete ihm wiederholt, der linke Flügel sei in Gefahr; von anderer Seite kamen ähnliche Nachrichten. Aber Argyle wollte lange nicht von dem Gedanken lassen, dass er die ganze Armee der Rebellen geschlagen vor sich habe. Endlich musste er doch den Mahnern Gehör schenken. Mit den Freiwilligen und einer Abteilung der grauen Dragoner jagte er im Galopp eine Strecke Weges zurück, bis ein Hügel erreicht war, welche einen Blick auf das Schlachtfeld gestattete. Da bemerkten sie auf jener Anhöhe, an der Stelle, wo vordem der linke Flügel des königlichen Heeres gestanden hatte, einen feindlichen Truppenkörper, der sich daselbst in Schlachtordnung aufstellte; von den Mannschaften des eigenen linken Flügels sahen sie nichts. Sogleich rief jetzt Argyle alle seine Truppen, Reiterei und Fussvolk, von der Verfolgung des Feindes ab und marschierte mit ihnen zurück auf das Schlachtfeld. Er stand an der Spitze von fünf Bataillonen und fünf Schwadronen; wir möchten annehmen, dass seine ganze Streitmacht sich auf etwas mehr als 1500 Mann belaufen haben werde. Die Stärke der Rebellen ward von Argyle selbst auf 4000 Mann geschätzt. Der Anführer des Freiwilligenkorps unter Argyle meinte, er hätte einen Angriff auf die Rebellen unternehmen sollen, deren Streitmacht hier zum grösseren Teile aus Reiterei, ihrer schwächeren Waffe, bestand. Wir müssen es dahinstellen, ob der Angriff geraten war. Immerhin ist zu bedenken, dass Argyles Truppen erschöpft waren, der Feind ihnen um mehr als das doppelte überlegen und in der günstigeren Stellung. Genug, der Angriff unterblieb, und Argyle hat in dem Berichte an die Regierung wenigstens diese Zurückhaltung wohl zu begründen vermocht. Sein Augenmerk war nun darauf gerichtet, dass der Feind ihn von Dunblane nicht abzuschneiden vermöge, denn dahin allein konnte der linke Flügel sich zurückgezogen haben. So rückte er langsam, den Feind zur Linken lassend, gegen Dunblane vor. Noch hoffte er, mit seiner Linken wieder vereinigt, den Sieg

noch an diesem Tage vollkommen machen zu können, aber keine Nachricht traf ein, die Rebellen blieben unbeweglich in ihrer Stellung und Argyle nahm endlich selbst jenen Standort wieder ein, den er am Morgen innegehabt hatte. So kam die Nacht heran, die Schlacht hatte eine Entscheidung nicht gebracht.

Wie aber war nun das Schicksal des linken Flügels der Königlichen gewesen? Hier hatte man kaum die angewiesenen Stellen eingenommen, die Ordnung zur Schlacht sollte erst beginnen, als Graf Mar an der Spitze der Clans den Angriff eröffnete. Nach rechts und links sendete er seine Boten, auf der ganzen Linie sollte seine Armee zu gleicher Zeit vorrücken. Dann schwenkte er mit lautem Hurra die Mütze über seinem Haupte und liess seine Leute gegen die feindlichen Bataillone marschieren. Wie die Rebellen von dem rechten Flügel und der Hauptmasse des Centrums der Königlichen empfangen wurden, wissen wir. Die Linke jedoch, noch mit der Aufstellung beschäftigt, ward durch den Anprall der schweren Massen der Clans sogleich in's Wanken gebracht. Nur vorübergehend war die Wirkung, welche eine mörderische Salve der Königlichen unter Mars Leuten anrichtete. Die Rebellen wurden nur zu noch wilderem Angriffe angespornt, als sie den tapferen Häuptling von Clanranald fallen sahen. Mit Ingrimm stürzten sie sich auf die drei Regimenter Morison, Orrery und Clayton. Dieselben vermochten den Stoss nicht auszuhalten. Umsonst, dass Oberst Ker und andere Offiziere die Mannschaften zum Stehen zu bringen suchten. Es war nicht einmal zu verhindern, dass die Reiterei, auf welche die Infanterie sich zurückzog, mit in die allgemeine Verwirrung hineingerissen wurde. Nach sieben oder acht Minuten, so heisst es prahlend in einem vom Grafen Mar ausgehenden Schlachtberichte, konnten wir Schwadronen oder Bataillone des Feindes vor uns nicht mehr unterscheiden. In Wahrheit gelang es der tapfer kämpfenden Kavallerie unter General Whitham, den Rückzug zu decken, der nun in leidlich guter Ordnung, selbst unter Mitnahme der Artillerie, ausgeführt wurde. Nur für die Mannschaften der geschlagenen Regimenter gab es kein Halten mehr. Viele warfen die Waffen, ja selbst die Kleider fort, um auf der Flucht nicht behindert zu sein. Unterwegs kamen irrige Nachrichten, dass die von Argyle geführten Truppen des rechten Flügels und Centrums gänzlich vernichtet seien, nicht eine Seele sei davon gekommen. Als die Geschlagenen Dunblane erreicht hatten, befahl Whitham, sogleich nach Stirling weiter zu marschieren. Oberst Ker meinte, dass man vielmehr hier bei Dunblane eine Brücke ver-

teidigen sollte, welche den Weg nach Stirling eröffnete. Aber Whitham erwiderte, es sei ja doch alles verloren, man könne nichts thun als den Befehlen gemäss die alte Stellung bei Stirling wieder einnehmen und behaupten. So befand sich der linke Flügel, obwohl nicht mehr verfolgt, schon auf dem Wege nach Stirling, als er von einem der Adjutanten Argyles überholt wurde, der den Abziehenden befahl, sofort zum Herzoge nach Dunblane zurückzukehren. Die Nachricht wurde mit dreifachem Hurra aufgenommen, aber eigentlich wollte niemand daran glauben. Erst als eine halbe Stunde später ein zweiter Bote den Befehl wiederholte, wurde er befolgt. Die Wiedervereinigung aller königlichen Truppen geschah wirklich noch am selben Abende um sieben Uhr, aber die Dunkelheit war schon hereingebrochen und machte einen neuen Angriff unmöglich.

Der Verlust an Toten und Verwundeten war auf beiden Seiten bedeutend, doch ist es kaum möglich, genaue Zahlen darüber anzugeben. Nach dem Gange der Schlacht ist es sehr glaublich, dass die Rebellen mehr als doppelt so viele ihrer Leute verloren als die Königlichen. Argyle schätzte die Zahl der Erschlagenen bei den Rebellen wohl zu gering auf 500. Ihr Gesamtverlust soll 1200 Mann betragen haben. Die Liste der Toten wäre wohl noch grösser gewesen, wenn nicht Argyle überall Pardon gewähren liess, wo man ihn anrief, ja sogar oft, wo es nicht geschah. Das Herz blutete ihm, wenn er sah, wie seine fliehenden Landsleute von den verfolgenden Engländern niedergemacht wurden. Er selbst parierte dreimal den Streich, welchen ein Dragoner gegen einen schottischen Edelmann führte, der um Gnade bat. Unter den Rebellen waltete nicht die gleiche Menschlichkeit. Manche Truppe hieb erbarmungslos alles nieder, auch wo der Feind sich ergeben wollte. Graf Forfar, der, schon verwundet, in die Gewalt der Schotten fiel, erhielt als hilfloser Gefangener noch 18 Wunden.¹⁾ Sterbend ward er in das Lager Argyles zurückgesandt.

Auf der Ebene zwischen Dunblane und dem Schlachtfelde liess Argyle seine Truppen noch einmal unter freiem Himmel übernachten. Der kommende Tag mochte das Werk vollenden, das heute nur halb gethan war. Aber noch am Abend erfuhr Argyle, dass der Feind sich von der Anhöhe entfernte, am folgenden Morgen war er vollständig verschwunden. Unter dem Schutze der Nacht hatte Mar seine Truppen in der Richtung nach Perth fortgeführt. Argyle

¹⁾ Etwas anders wird es berichtet in einem Briefe vom 15. (26.) Nov. aus Stirling. Hist. Ms. Comm. Rep. II, App. p. 26.

nahm zunächst von dem Schlachtfelde Besitz. Dann zog er noch am selben Tage nach Stirling. Die Lage auf dem Kriegsschauplatze schien wiederum dieselbe zu sein, wie sie etliche Wochen hindurch gewesen war.

Beide Teile schrieben sich den Sieg zu und gestanden höchstens, dass derselbe nicht vollkommen gewesen sei. „Hätte sich,“ so schrieb Mar noch am Abend des 24. November, „unsere Linke und das zweite Treffen ebenso gehalten wie die Rechte und die übrigen vom ersten Treffen, so wäre unser Sieg vollkommen gewesen.“ Und ganz ähnlich heisst es in Argyles amtlichem Berichte über die Stellungen beim Ende des Kampfes: „Wären nur die fünf Schwadronen und drei Bataillone unserer Linken nahe genug gewesen, um sich mit mir zu vereinigen, der Sieg wäre so vollkommen, wie nur jemals einer erfochten worden ist.“ Ohne Zweifel hatte Argyle mehr Grund von einem Siege zu sprechen als Mar. Der strategische Erfolg war auf der Seite der Königlichen. Die Rebellen waren gescheitert an dem Versuche, nach dem Süden durchzubrechen. Darüber konnten alle prahlerischen Siegesberichte nicht hinwegtäuschen. Das Volk von Schottland verkannte die Lage nicht. Es liess sich nicht weismachen, dass die Aufständischen ihr Ziel erreicht, einen grossen Erfolg davongetragen hätten. Jeder Teil, so spottet ein jakobitisches Lied jener Tage, schreibt sich den Sieg zu; aber gewiss ist doch nur das Eine, dass eine Schlacht auf dem Sheriff-Moor geschlagen wurde, und auf beiden Seiten die Streiter davonliefen.

*And we ran, and they ran,
And they ran, and we ran,
And we ran, and they ran awa, man.*

Und doch, unentschieden wie die Schlacht auf dem Sheriff-Moor war, die Sache des Prätendenten hatte einen schweren Schlag erlitten. Ein halber Erfolg war für die Rebellen nicht viel besser als eine völlige Niederlage.

Nach der Schlacht auf dem Sheriff-Moor war an ein Gelingen der Rebellion nicht mehr zu denken. Der Chevalier von St. George, meinte Stair¹⁾, sinkt wieder zum blossen Prätendenten herab. Denn nun stand in naher Zeit die Verstärkung der Königlichen durch jene 6000 Mann holländischer Truppen zu erwarten, welchen die Unterdrückung jedes Widerstandes ein Leichtes sein musste. Immerhin liess sich bis zu ihrem Eintreffen für die Sache Georgs I. nicht viel thun. Argyle drängte die Regierung zu schleuniger Herbei-

¹⁾ Stair an Robethon 30. Nov. 1715. B. M.

schaffung der Hilfskräfte. Er musste froh sein, wenn er bis dahin von einer Wiederholung des Angriffs durch die Rebellen verschont blieb. Seinen Sieg über den dreifach überlegenen Feind schrieb er der Vorsehung zu, aber man dürfe nicht erwarten, dass sie noch einmal ein solches Wunder wirken werde.¹⁾

Ehe nun durch die Ankunft der neuen Truppen die Lage auf dem Kriegsschauplatze verwandelt wurde, erschien im Anfange des Jahres 1716 Prinz Jakob Eduard selbst unter seinen treuen Hochschotten. Einige Monate früher würde seine blossе Anwesenheit eine gewaltige Wirkung auf seine Anhänger geübt haben; jetzt vermochte sie das Missgeschick nicht mehr abzuwenden. Jakob Eduard kam nur, um bald genug zu sehen, dass für ihn alles verloren war.

Er hatte es wahrlich nicht leicht, durch alle Hindernisse und Schwierigkeiten hindurch sich die Gelegenheit zur Überfahrt zu verschaffen. Ende Oktober 1715 war er aus seinem lothringischen Aufenthalte verschwunden. Sein Weg führte ihn durch Frankreich, denn nur von einem französischen Hafen aus konnte er vielleicht die See gewinnen. Ohne die stille Hilfe des Herzogs von Orleans hätte er also seine Absicht nicht ausführen können. Sein erstes Ziel war St. Malo, wo er zunächst vernehmen wollte, wie Ormonds Fahrt abgelaufen sei. Wäre sie gelungen, so wollte er selbst sich alsbald nach dem westlichen England einschiffen. Als Lord Stair hört, dass Jakob Eduard von Lothringen abgereist sei, übergibt er dem französischen Hofe eine Note²⁾, um an jene Bestimmung des vierten Artikels im Utrechter Vertrage zu mahnen, nach welcher der Prätendent unter keinerlei Vorwand wieder den Boden Frankreichs sollte betreten dürfen. Doch mit so allgemeinen Anregungen war bei dem Regenten nichts auszurichten. Derselbe erklärte sich zwar grundsätzlich bereit, den Prätendenten, sobald er seinen Aufenthaltsort kenne, nach Lothringen zurückbringen zu lassen, doch auf den Prinzen förmlich Jagd zu machen, wie Stair es wünschte, sollte man ihm nicht zumuten. Unter der Hand hatte man Jakob Eduard schon wissen lassen, dass er zwar von der Normandie oder der Picardie aus nicht in See gehen könne, aber im übrigen sei die Küste frei. Nur solle er trachten, davonzukommen, ehe Stair ihn aufgespürt habe. Und Marschall Huxelles beriet sich mit Boling-

¹⁾ Argyle an Townshend 14. 15. Nov. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Vergl. Wiesener I, 124. Interessant ist es übrigens, dass Stair am 5. Nov. (dem Datum seiner Note) an Robethon schrieb (B. M.), dass er an die Abreise Jakob Eduards gar nicht glaube.

broke, wie man wohl Stair am besten ein Schnippchen schlagen könne.¹⁾

Einmal meinte der Gesandte den Tag angeben zu können, wann der Prätendent in Chateau-Thierry eintreffen werde. Der Regent schickte auf Stairs Verlangen einen zuverlässigen Offizier, Contades, ab, um den Reisenden anzuhalten und nach Lothringen zurückzuführen. Als Contades, wie man sagt²⁾, auf Umwegen, in dem bezeichneten Orte eintraf, war der Prätendent nicht mehr dort. In England zog man daraus wiederum den Schluss, dass Orleans ihn im geheimen begünstige.³⁾ In Nonancourt, einem kleinen Orte westlich von Paris, wurden ein paar Individuen verhaftet, welche es auf den reisenden Prinzen abgesehen zu haben schienen. Es waren Leute des Grafen Stair in Paris; selbst am Hofe des Regenten ward offen behauptet, der Botschafter Grossbritanniens habe den Prätendenten ermorden lassen wollen. Weder dem Grafen Stair selbst, noch Georg I. war aber in Wahrheit ein solches Bubenstück zuzutrauen. „Ich diene demjenigen Fürsten,“ schrieb Stair⁴⁾, „der von allen in Europa am wenigsten fähig ist, einen solchen Befehl zu geben.“ Auch der Brief eines jener Männer, des schottischen Obersten Douglas, an den Staatssekretär Stanhope ist erhalten⁵⁾, in dem er die Anschuldigungen entrüstet zurückweist. Stair meinte, diese Verdächtigungen hätten nur den Zweck, den gegen ihn geübten Gewaltmassregeln einen Schein von Berechtigung zu verleihen. Denn wie hätte man es sonst begründen sollen, dass seine Diener verhaftet, seine Briefe ohne jede Scheu geöffnet wurden?⁶⁾

Stair liess im Sinne seiner Instruktionen dies alles hingehen, ohne Klage zu führen. Gegenüber Frankreich befolgte jetzt die englische Regierung eine Politik der äussersten Zurückhaltung. Sie wollte dem Regenten wenigstens keine Handhabe bieten, um einen völligen Bruch herbeizuführen, der gar nicht in sehr weiter Ferne erschien. Es war ein glücklicher Gedanke, die feindselige Gesinnung Frankreichs allein dadurch bekämpfen zu wollen, dass man den schottischen Aufstand in kürzester Zeit niederschlug. Dann würde der Regent vermutlich bald von selbst andere Saiten aufziehen. Unterdessen sollte Lord Stair den Hof zwar nicht grundsätzlich

¹⁾ Bolingbroke an den Chevalier 8. Nov. 1715. Thornton p. 260.

²⁾ Mémoires de Berwick 251.

³⁾ Bonet und Hoffmann 8./19. Nov. 1715.

⁴⁾ An Robethon 28. Nov. 1715. B. M.

⁵⁾ Vom 14. Dez. 1715. R. O.

⁶⁾ Stair an Robethon 28. 30. Nov. 1715. B. M.

meiden, aber doch nur selten besuchen, und überhaupt in allen Stücken recht zurückhaltend sein, auch wenn die Franzosen etwa wieder Annäherungsversuche machen sollten.¹⁾ Um die Jahreswende wurde Stair geradezu der Eintritt in das Louvre verwehrt, aber auch jetzt führte er noch keine Klage.²⁾ Von irgend welchen Verhandlungen war natürlich nicht die Rede. Der Streit um den Mardyker Hafen war auf unbestimmte Zeit vertagt. Der englische Kommissar, der die Sache geführt hatte, ward aus Frankreich abgerufen.³⁾

Unterdessen hatte der stuartische Prinz allen Fährlichkeiten zum Trotz sein Ziel, St. Malo, wirklich erreicht. Anfangs war es noch ungewiss, wohin er sich nun wenden solle. Und wie diese Frage eben nur nach den jeweiligen Verhältnissen auf der britischen Insel entschieden werden konnte, so wechselten auch die Meinungen der Ratgeber Jakob Eduards. Unmittelbar nach dem Tode Ludwigs XIV. war Bolingbroke der Meinung gewesen⁴⁾, dass die Landung seines Herrn wohl in Schottland erfolgen müsste. Er versprach sich etwas davon, wenn nur erst einmal ein Anfang gemacht war, und wo konnte es leichter geschehen als im Stammlande der Stuarts? Alle anderen Aussichten lagen fern. König Ludwig tot, spanisches Geld und schwedische Truppen zunächst gleich unerreichbar, die englischen Jakobiten eingeschüchtert: Schottland allein zum Aufstande bereit. So war die Lage.

Aber wie Bolingbroke hier nur unter dem Einflusse der Schotten gestanden hatte, welche die Ankunft Jakob Eduards sehulichst herbeiwünschten, so begann er die Sache von einer andern Seite anzusehen, als Ormond sich zur Fahrt nach England rüstete. Bolingbroke kannte die Verhältnisse zu gut, um nicht zu wissen, dass auf England alles ankomme. Er meinte jetzt⁵⁾, wenn es Ormond nur überhaupt gelinge, eine Schar von Anhängern um sich zu sammeln, so sollte auch der Chevalier an der englischen Küste landen. Im schlimmsten Falle sei ja von dort selbst die Rückkehr nicht sehr schwierig. Und auch das Eine durfte er kühnlich behaupten: Wofern sich England nicht einmal dann erhebt, wenn der Stuart im

¹⁾ Stanhope an Stair 26. Nov. (a. St.) 15. Dez. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Stanhope an Stair. Undatiert, etwa vom 26. Dez. 1715/6. Jan. 1716. R. O.

³⁾ Stanhope an Sir J. Abercrombie 19. Jan. 1716 (a. St.). R. O.

⁴⁾ Memorandum sent to England by Lord Bolingbroke. 3. Sept. 1715. Thornton 241.

⁵⁾ Bolingbroke an den Chevalier 8. Nov. 1715. Mahon I, 417.

eigenen Lande erscheint, wie würde die Nachricht, dass er in Schottland sei, eine günstigere Wirkung zu üben vermögen.

So zutreffend diese Erwägungen waren, sie wurden doch gegenstandslos, sobald das klägliche Scheitern des Herzogs von Ormond bekannt geworden war. An eine Landung in England durfte der Chevalier jetzt nicht mehr denken. Er wäre in den ersten Stunden seines Aufenthaltes ergriffen und vor die königlichen Behörden Georgs I. geschleppt worden. So blieb ihm nichts anderes übrig, als nun dennoch die Fahrt nach Schottland zu wagen, wenn auch ein mehr als vorübergehender Erfolg gar nicht zu erwarten war. Bolingbroke hat später gestanden¹⁾, das Unternehmen sei von Anfang an hoffnungslos gewesen. Aber für den guten Ruf des Prinzen war es gleichwohl nicht zu entbehren.

Auf Stairs Rat liess die englische Regierung²⁾ durch den ganzen Kanal entlang der Nordküste Frankreichs Schiffe kreuzen, um auf jedes verdächtige Fahrzeug, das aus einem französischen Hafen auslaufen wollte, zu fahnden. Als Ormond nach seiner zweiten Fahrt an die französische Küste geworfen worden war, meldete Stair nach London, der Herzog werde wahrscheinlich von Morlaix aus nächstens wieder in See gehen, vielleicht auch den Prätendenten mit sich führen. Sogleich wurden ein paar Schiffe abgesandt, um auf der Höhe von Morlaix zu kreuzen. Der Kapitän soll die verdächtigen Schiffe, wenn sie auf's Meer kommen, verfolgen und abfangen, um sie in den Grund zu bohren und zu vernichten, falls sie Widerstand leisten, oder auch, wenn es möglich ist, sie zu ergreifen und mit den verdächtigen Personen an Bord nach England zu führen. Auch weiter östlich, zwischen Cherbourg und Havre, zwischen Dieppe und Calais kreuzten beständig die britischen Fahrzeuge. Wie wäre es da dem Prätendenten möglich gewesen, von St. Malo aus sicher durch den Kanal zu gelangen, und weiter das östliche Schottland zu erreichen? Noch einmal musste er das französische Land durchqueren. Wieder gelang es ihm, durch seine Verkleidung die Aufpasser des Grafen Stair zu täuschen. Von Dünkirchen aus gewann er endlich die hohe See.

Merkwürdig, dass ebensowohl die Engländer wie die Franzosen nicht ungern erfuhren, dass der Prätendent sich auf dem Meere befinde. Die beste Neuigkeit, die ich Ihnen von hier melden könnte, schrieb Stair schon am 28. November, ist die, dass Sie bei

¹⁾ Letter to Sir Will. Wyndham.

²⁾ Nach den Admiralty Records (Orders and Instructions vol. 47). R. O.

dem jetzt herrschenden Winde den Prätendenten in wenigen Tagen in Schottland haben werden. Damals war die Nachricht verfrüht, aber die Auffassung blieb bestehen, auch als Jakob Eduard wirklich nach dem Stammlande seines Hauses unterwegs war. Am französischen Hofe war man froh, den Prinzen nicht mehr durch das Land irren zu sehen und den lästigen Klagen Stairs nicht mehr ausgesetzt zu sein. Die Menge zweifelte auch nicht daran, dass das blosse Erscheinen des Prätendenten jenseits des Kanals schon Wunder wirken werde. Denn unter hundert Franzosen, sagte Bolingbroke¹⁾, findet man kaum einen, der über die inneren Verhältnisse unserer Insel mehr weiss als über diejenigen Japans. Die französische Regierung teilte zwar diese überschwenglichen Hoffnungen nicht; aber auch sie war wenigstens der Meinung, dass es für Frankreich eigentlich nur günstig sein könne, wenn der Bürgerkrieg in England nicht so bald sein Ende erreiche.

Wie anders fuhr Jakob Eduard dieses Mal auf das Meer hinaus als im Jahre 1707. Da war ihm die Hilfe des mächtigen Frankreich zu teil geworden, eine französische Flotte trug ihn nach seinem schottischen Königreiche. Jetzt hatte er durch tausend Listen seine Verfolger täuschen müssen. Er kam nach Schottland mit einem einzigen Schiffe, mit wenigen Begleitern.

Aber eben darin lag auch die bessere Gewähr, unbemerkt die Küste zu erreichen. Immerhin waren auch auf der Nordsee die Gefahren noch gross genug. Nachdem das offene Meer einmal gewonnen war, kam die Hauptschwierigkeit erst wieder in den schottischen Gewässern. Hier galt es, die Aufmerksamkeit der englischen Kreuzer, welche an der ganzen Küste hin und wieder fuhren, zu täuschen, um eine Landung zu bewerkstelligen. Doch es gelang. Auf der Höhe von Montrose wurden die ersten Signale mit den Freunden am Lande gewechstelt. Aber die Nähe eines englischen Kriegsschiffes machte gleichwohl die Landung für dieses Mal noch unmöglich. Weiter nördlich, bei dem kleinen Hafen Peterhead betrat Jakob Eduard am 2. Januar 1716 den Boden von Schottland.

Einen seiner Begleiter schickte er sogleich mit dem Schiffe, auf dem er gekommen, nach Frankreich zurück. Guten Mutes meldete er Bolingbroke und durch ihn selbst dem Regenten seine glückliche Ankunft. „Gott sei gedankt, ich bin endlich in meinem eigenen alten Königreiche. — Ich finde die Lage günstig. Alles,

¹⁾ Letter to Sir Will. Wyndham.

hoffe ich, wird gut gehen, wenn die Freunde bei Ihnen das Ihre thun, so wie ich das Meinige gethan habe.“¹⁾ Am nächsten Tage machte er sich auf, um sich zur Armee nach Perth zu begeben. Seine Verkleidung behielt er, bis Graf Mar, der ihm entgegengeeilt war, an der Spitze einer kleinen Schar seinem Könige huldigte. Überall mit Jubel empfangen, setzte er seinen Weg fort. Eine vom 25. Oktober aus Commercy datierte Proklamation ward verbreitet, in welcher Jakob III., von Gottes Gnaden König von Schottland, England, Frankreich und Irland, zu seinen treuen Schotten sprach. Er habe, heisst es darin, eine fremde Familie auf den Thron steigen sehen. In der Zeit des Friedens hat Grossbritannien noch die Lasten des Krieges zu tragen. Holländische Truppen werden über das Meer gebracht. Ja, durch die Besitznahme des Herzogtums Bremen ist der Usurpator in der Lage, das Land vollends mit fremden Kriegsvölkern zu überschwemmen und es zur Provinz eines unbedeutenden Reichsfürstentums herabzudrücken. Nun aber ist der wahre König gekommen, um dies alles zu verhindern, um die unselige Union aufzuheben und Schottland in seiner alten Freiheit wiederherzustellen.

Am 17. Januar hielt der Stuart seinen feierlichen Einzug in Dundee; Graf Mar ritt zu seiner Rechten. Neugierig drängte sich das Volk in den Strassen, um seinen König zu sehen. Er war höflich und grüsste jedermann. Aber man fühlte auch schon, dass es ihm nicht, wie sonst den Stuarts, gegeben war, ohne Mühe, durch ein freundliches Wort, durch ein Lächeln die Herzen zu gewinnen. Das Unglück hatte ihn ernst gemacht. Besonders die schottischen Frauen waren enttäuscht.²⁾ Sie hatten ihn sich lebhaft und feurig vorgestellt. Sie fanden einen bleichen, hageren Mann, still und in seinem Benehmen abgemessen. Niemand konnte sich zu diesem Könige hingezogen fühlen. Durch seine Gegenwart hatte seine Sache am Ende doch nicht viel gewonnen.

Man wollte den Prätendenten mit seinem Vater vergleichen. Aber Jakob II. war bei allem religiösen Fanatismus immerhin noch ein weit besserer Politiker als sein Sohn. Jakob Eduard vermochte aus der Befangenheit seines engen Ideenkreises gar nicht herauszukommen. Den Zusammenhang seines Thronrechts mit den allgemeinen katholischen Interessen wollte er keinen Augenblick vergessen. Er begann seine kurze Königsherrlichkeit mit einer auffallenden Begünstigung der Katholiken. Ihnen übertrug er Ämter

²⁾ Mahon I, 419. — ³⁾ Bonet 17./28. Jan. 1716.

und Würden. Am protestantischen Gottesdienste nahm er nicht teil. Selbst als Streiter für seine Sache schien er die eifrigen Protestanten nicht gern zu sehen. Die ganze Strenge seiner Anschauungen spricht sich aus einem Briefe, den er eine Woche nach seiner Ankunft in Schottland dem Papste schrieb.¹⁾ Er fleht den heiligen Vater an, einem ergebenen und gehorsamen Sohne seine Hilfe zu leihen und „eine leidende Kirche zu erretten, deren Heil von dem meinigen unzertrennlich, und deren Verderben fast unausbleiblich ist, wenn ich bei diesem Unternehmen scheitere“.

Wenig verheissungsvoll war die militärische Lage, wie der Prätendent sie in Schottland vorfand. Am 19. Januar 1716 kam er nach Scone, der alten Krönungsstadt der schottischen Könige. Auch er selbst wollte sich dort die Krone Schottlands auf's Haupt setzen lassen, am 3. Februar sollte die Feier stattfinden. Es lag doch eine kolossale Anmassung darin, dass er also die unter der Regierung seiner Schwester gesetzlich aufgerichtete Union einfach als nicht vorhanden betrachtete. Inzwischen wollte er hier, in dem zwei englische Meilen von Perth entfernten Scone, residieren. Der Anblick seines Heeres bereitete ihm die schwerste Enttäuschung. Nicht mehr als 4000 Mann waren dem Grafen Mar geblieben.²⁾ Ein neuer Zusammenstoss mit den königlichen Truppen konnte nur eine völlige Niederlage des stuartischen Heeres bringen. Auch die Hochländer waren von ihrem Könige enttäuscht. Mit welchem Jubel hatten sie seine Ankunft begrüßt. Jetzt war doch seine Persönlichkeit wenig dazu angethan, die Begeisterung rege zu erhalten. Die tapferen Streiter konnten sich kein Herz fassen zu dem ernstesten, verschlossenen Wesen dieses Prinzen, den man niemals lächeln sah. Es war nicht seine Sache, mit dem gemeinen Manne zu reden, ihn im Lager bei seinen Waffenübungen aufzusuchen. Ob denn der König nicht sprechen könne, fragten einige. Wir würden anderes geleistet haben, erklärte einer der Edelleute im Rebellenheere, hätte er uns nur 5000 Mann tüchtiger Truppen gesandt, wenn er selbst dann auch niemals unter uns erschienen wäre.³⁾

An eine Besserung der Lage war vorläufig nicht zu denken. Die Proklamationen des Prätendenten übten im Lande geringe Wirkung, seine Verfügungen reichten nicht weit. Der Befehl, dass alle Männer vom sechzehnten bis zum sechzigsten Lebensjahre sich

¹⁾ Vom 31. Dez. 1715 (a. St.). B. M.

²⁾ Vgl. den Brief des Prätendenten bei Mahon I, 419 ff.

³⁾ Chambers a. a. O. p. 297.

zu seiner Fahne begeben sollten, blieb erfolglos gegenüber dem Zwange der Clanverfassung. Und doch täuschte sich Jakob Eduard nicht darüber, dass alles verloren wäre, wenn man sich nicht wenigstens in Perth den Winter über zu behaupten vermöchte. Aber wie sollte das ohne neuen Zuzug gelingen? Frankreich versagte ihm die thätige Unterstützung und auch die schwedische Hilfe, auf die er sich Hoffnung gemacht hatte, traf nicht ein. Um die Zeit der Schlacht am Sheriff-Moor war das feste Inverness in die Hände der Königlichen gefallen. Da hatten die Lords Seaforth und Huntly das Rebellenheer verlassen, um ihre Gebiete gegen Sutherland zu verteidigen, der im nördlichsten Hochlande die Sache Georgs I. führte. Sie erklärten, auch jetzt noch nicht zurückkehren zu können; in Wahrheit standen sie schon im Begriffe, ihren Frieden mit der Regierung zu machen. Andere schützten vor, dass der starke Schneefall die Wege ungangbar gemacht habe. In der ersten Begeisterung hatten, bald nach der Landung des Prätendenten, einige vornehme schottische Damen ihre Geschmeide hergegeben, um für Jakob VIII. eine Krone daraus verfertigen zu lassen. Bald war von seiner Krönung nicht mehr die Rede.¹⁾

Es war vollends gewiss, dass, selbst mit Jakob Stuart an der Spitze, die Rebellion in Schottland sich nicht mehr lange halten konnte, seitdem Argyles Heer durch die 6000 Mann aus Holland — auch eine Abteilung Schweizer Truppen befand sich darunter — verstärkt war. General Cadogan, der Schützling Marlboroughs, der zuletzt die Verhandlung des Barriere-Vertrages geführt, hatte den Auftrag erhalten, die Truppen nach England zu verschiffen. Die dabei benutzten Fahrzeuge waren so schlecht, dass die Mannschaften sich förmlich weigerten, auch die Reise nach Schottland zu Wasser zurückzulegen. Einige Abteilungen, die in Yarmouth gelandet worden waren, wurden gleichwohl wiederum, aber auf besseren Fahrzeugen eingeschifft. Die übrigen, welche von Harwich aus den langen Weg nach Schottland zu Fuss zurücklegen mussten, waren keineswegs besser daran. Denn die Dauer des Marsches bis Edinburgh wurde auf 26 Tage veranschlagt, und man befand sich eben in jener Jahreszeit, wo das Klima des britischen Eilands, mit seinem Nebel- und Regenwetter, dem Ausländer am unliebsamsten erscheint.²⁾

¹⁾ Vgl. Bonet 31. Jan./11. Febr. 1716. Ranke (S. W. XXI, 65) ist doch wohl im Irrtum, wenn er erzählt, dass die Krönung am 27. Januar wirklich stattgefunden habe.

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 3. und 6. Dez. 1715. W. St. A.

Den Befehl über die holländischen Truppen, als sie endlich in Schottland anlangten, führte Cadogan. Doch musste er Argyle den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte überlassen. Es war für die Kriegführung sicherlich kein Gewinn, als nun die Eifersüchteleien der hohen militärischen und Hofkreise auch in's Feldlager übertragen wurden. Unaufhörlich gab es Reibungen zwischen den beiden Heerführern. Der Erfolg des Feldzuges war glücklicherweise nicht mehr zu gefährden. Nur der ungewöhnlich strenge Winter, nicht das Rebellenheer, bereitete dem Vordringen der königlichen Truppen Schwierigkeiten. 2000 Mann mussten den Weg von Stirling nach Perth vom Schnee befreien.

Noch waren nicht einmal alle Kampfmittel zur Stelle. Die Schiffe, welche dem königlichen Heere das grobe Geschütz zuführen sollten, konnten des Eises wegen lange nicht aus der Themse herauskommen. Gleichwohl meinte Cadogan, den zögernden Argyle mit sich forttreissend, den Angriff nicht länger verschieben zu dürfen. Denn er überschaute als Diplomat die Gefahren der allgemeinen politischen Lage. Aus Frankreich kamen Nachrichten von drohenden Vorbereitungen zur Unterstützung des schottischen Aufstandes. Es hiess, wenn der Prätendent sich nur bis zum Frühjahr in Schottland zu halten vermöge, so wolle der Regent ihn mit Waffen und Mannschaften offen unterstützen. Der Regent, meinte man, rechnet weiter darauf, dass Karl VI. demnächst in einen Türkenkrieg verwickelt werde. Und dann, so schrieb Hoffmann aus London voller Sorge seinem kaiserlichen Herrn, werde Frankreich in der Lage sein, „den Meister in Europa zu spielen“.

So war keine Zeit zu verlieren. Am 9. Februar 1716 brachen Argyle und Cadogan auf. Unter den Truppen des Prätendenten erhob sich heller Jubel, als sie, des langen Wartens müde, endlich die Stunde des Kampfes herankommen sahen. Aber die Führer dachten anders. Auf offenem Felde den Feinden entgegenzutreten, waren die Rebellen nicht stark genug. Und die Belagerung in Perth hätte ihnen, bei der Übermacht der Königlichen, zuletzt wohl nichts anderes gebracht als das Schicksal der Genossen in Preston. Darum ward der Rückzug in's Hochland beschlossen. Die Mannschaften wurden mit furchtbarer Bitterkeit erfüllt, als sie diese Entscheidung vernahmen. Man schrieb nach altem Stil den 30. Januar, das Datum der Hinrichtung Karls I. Für alle Zeiten schien jetzt dieser Tag eine doppelt traurige Bedeutung in der Geschichte des Hauses Stuart zu gewinnen. In der Frühe des nächsten Tages verliessen die Rebellen Perth.

In der geringen Entfernung einiger Meilen zogen die beiden Heere hinter einander her. Unter den Königlichen machte sich die Zwietracht der beiden Heerführer schwer genug geltend. Argyle hatte vorher den Entschluss ausgesprochen, den Oberbefehl niederzulegen; jetzt machte er Miene zu bleiben, um nicht dem Geschöpfe Marlboroughs den Ruhm zu lassen, den Feldzug beendet zu haben. Cadogan beklagte sich bei Marlborough — in französisch geschriebenen Briefen, damit der König sie lesen könne¹⁾ — über seinen Vorgesetzten; ein längeres Zusammenwirken mit Argyle sei unmöglich. Jetzt, wo es nur noch darauf ankam, die Rebellion zu ersticken, erschienen die Männer aus Argyleshire. Sie hatten sich, solange das umliegende Land am Aufstande teilnahm, nicht herauswagen dürfen. Dass sie jetzt kamen, erfüllte Cadogan mit um so mehr Bitterkeit, als Argyle ihnen gestattete, vor der Masse des Heeres herziehend, die von den Feinden verlassenen Gebiete zu brandschatzen, während den Soldaten das Plündern bei Todesstrafe untersagt war. Die Gehässigkeiten zwischen den beiden Führern währten fort, bis Argyle endlich von London aus abgerufen ward und Cadogan allein an der Spitze des Heeres blieb, welches die Herrschaft Georgs I. in Schottland wieder aufrichten sollte.

Unterdessen hatte die Königsherrschaft Jakob Stuarts bereits ihr Ende erreicht. Den Mannschaften des Rebellenheeres war gesagt worden, dass er mit ihnen nach Aberdeen ziehen und von da sich in's Hochland begeben wolle. Sollte der Feind ihnen auch in's Gebirge folgen, so würden sie ihn hier, wo seine Reiterei nutzlos sei, sicher besiegen. Aber die Leute begannen bald Verdacht zu schöpfen. Man führte sie statt am Gebirge, an der Küste entlang. Und als sie dann in Montrose eintrafen und ein paar französische Schiffe in geringer Entfernung von der Küste vor Anker liegen sahen, fürchteten sie sogleich, Jakob Eduard wolle sich hier einschiffen und sie ihrem Schicksal überlassen. Mit grosser Aufregung erklärten sie, dass er, für den sie sich geschlagen hätten, nun auch sein Geschick von dem ihrigen nicht trennen dürfe. Aber im Rate des Prätendenten war es anders beschlossen. Die Furcht der Truppen war wohl begründet. Um ihren Argwohn zu zerstreuen, ward das Gepäck des Prinzen mit der Hauptmasse des Heeres vorausgesandt; seine Leibwache mit den Reitpferden musste sich vor seinem Hause bereit halten, als ob auch er sofort aufbrechen wollte. Doch statt

¹⁾ Vgl. die Darstellung bei Coxe (Marlborough III, 611—13), der aber einseitig für Cadogan eintritt.

dessen entwich er durch eine Hinterthür und begab sich in das am Meere gelegene Haus des Grafen Mar. In einem kleinen Boote fuhren beide auf eines der französischen Schiffe zu; eine Stunde lang warteten sie vergeblich auf zwei andere von den Führern des Heeres; als dieselben nicht kamen, wurden die Anker gelichtet.¹⁾

Wohl mag dem Prinzen das Herz wehe gethan haben, als er so heimlich davongehen musste. Doch hatte man ihm gesagt und er selbst es geglaubt, dass seine Anwesenheit ihm selbst nicht mehr nützen, für die Armee aber nur von Nachteil sein könne. Mit dem Oberbefehl hatte er durch eine zurückgelassene Weisung den General Gordon betraut. Und unter den Truppen ward ein Schreiben ihres entwichenen Königs verbreitet, in welchem er die Gründe seines Handelns darlegte.²⁾ „Eure Sicherheit“, so schrieb der Prätendent, „und euer Wohl, ich darf es wahrhaft behaupten, sind meine einzige Sorge gewesen. Ich will nicht, dass euer Mut und Eifer, ohne mir oder euch zu nützen, zuletzt euren eigenen Untergang herbeiführe. In der Überzeugung, dass ihr mich nie verlassen würdet, und da also mein längeres Verweilen nur dazu dienen könnte, euch in ärgere Bedrängnisse zu führen, habe ich den Entschluss gefasst, mich wiederum auf die See zu begeben.“

Ein trauriger Anblick, wie dieser Stuart die treuen Hochländer, welche Leben und Gut für ihn eingesetzt haben, im Stiche lässt, um sich wie ein Dieb heimlich davonzustehlen. Und doch hat er nicht feige seinen Posten verlassen. Es war in der That sein Verhängnis, dass seine Gegenwart in Schottland, früher als eine sichere Gewähr für den Erfolg betrachtet, jetzt seinen Anhängern nur Verderben bringen konnte. Nun, da er fort war, dachten sie vollends an nichts anderes mehr als an ihre Rettung. Es war nur noch ein kleines Häuflein, dem Cadogan mit dem königlichen Heere nachsetzte. Man dachte nur noch an die rücksichtslose Unterdrückung des Aufstandes. Von Verhandlungen mit den Rebellen, wie der mitfühlende Argyle sie nach der Schlacht am Sheriff-Moor eingeleitet hatte, war nicht weiter die Rede. Die Häupter suchten sich zu Schiffe ausser Landes zu retten, die Mannschaften zerstreuten sich allmählich. Mit einigen Tausend Mann drang Cadogan selbst in's Hochland vor, doch zu einem grösseren Treffen ist es nicht mehr gekommen. Eine Anzahl Edelleute retten sich noch auf die Hebrideninseln Skye und Uist³⁾, aber auch hier werden sie sich

¹⁾ Vgl. Mars Brief bei Thornton p. 267.

²⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. X, App. 1, p. 157—58.

³⁾ Vgl. Hist. Ms. Comm. Rep. III, App. p. 380.

nicht lange gehalten haben. Auch im Norden war nach der Einnahme von Inverness der Aufstand erloschen. Im April 1716 gehorchte Schottland wiederum dem Gebote Georgs I.

So war der Ausgang des Bürgerkrieges im nördlichen Britannien. Der Versuch, von hier aus das Haus Stuart wieder emporzubringen, war gescheitert. Schon einmal war, bald nach der Erhebung Wilhelms III., der gleiche Versuch gemacht worden. Er war misslungen und die darüber entbrannten Kämpfe hatten endlich in der heimtückischen Ermordung des Clans der Macdonalds von Glencoe jenen furchtbar blutigen Abschluss gefunden, der das Andenken Wilhelms befleckt. Damals hatte der König den harten Befehl gegeben, weil man anders als durch ein blutiges Exempel die Ruhe in Schottland nicht herstellen zu können meinte. Die Schwierigkeit, den schottischen Verhältnissen beizukommen, lag in dem Clan-System des Hochlandes. Auch bei dem jüngsten Aufstande hatte dasselbe wieder eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Fünf oder sechs der mächtigen Häuptlinge waren in der Lage, durch ihr persönliches Einvernehmen Armeen, aus starken, entschlossenen Männern bestehend, in's Feld zu schicken, die wohl geübt und im Schiessen Meister, es wenigstens in ihren Bergen mit jedem regulären Heere aufnehmen konnten.¹⁾

Wie nahe lag also der Gedanke, dieses Mal die Axt an die Wurzel des Übels zu legen. Es genügte nicht, wie man auch vorhatte, neue Befestigungen in Schottland anzulegen. Herrin des Landes konnte die Regierung erst werden, wenn jene alten Vassallenschaften beseitigt wurden. Dann erst wurde es möglich, dass die Organe der Regierung mit den unteren Volkskreisen im Hochlande wirkliche Fühlung gewannen. Und um so schwerer wog dieser Umstand, seitdem Schottland nicht mehr von Edinburg aus und für sich allein regiert wurde, sondern in Gemeinschaft mit dem mächtigeren Nachbarreiche und von dem entfernten London aus. In der That, man darf wohl von der Aufhebung der Clanverfassung als der notwendigen Ergänzung des Unionswerkes sprechen.

Die Absicht ist wirklich vorhanden gewesen²⁾, aber zur Ausführung ist es nicht gekommen. Die Schwierigkeiten, welche sich der Änderung entgegenstellten, waren noch grösser als der Nutzen, den man sich davon für die Zukunft versprach. Die Männer der Clans kannten kein anderes Gesetz als das Gebot ihrer Häuptlinge.

¹⁾ Vgl. Bonet 20./31. März 1716.

²⁾ Bonet 20./31. März 1716.

Ihnen gehorchten sie blindlings und erblickten ihre eigene Ehre darin. Wie schwer musste es fallen, bei diesen Söhnen der Natur an die Stelle der Vassallentreue das Gefühl der Pflicht gegen die Gesamtheit, den modernen Staatsgedanken, treten zu lassen. Man hatte es ja erst kürzlich erfahren. Als im Vorjahre eine Parlamentsakte allen abhängigen Leuten, welche sich auf die Seite des Königs gegen ihre rebellischen Stammeshäupter stellen würden, die Freiheit des Besitzes garantierte, da war diese Massregel doch im ganzen wirkungslos geblieben. Die Abschaffung der Clanverfassung hätte auch eine völlige Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Hochlandes mit sich gebracht.¹⁾ Hier war alles Gebundenheit. Die abhängigen Leute verliessen die Scholle nicht, sie bebauten den Boden nach der einfachen Art der Väter und zahlten ihrem Stammeshaupten, dem Laird, die altgewohnte Rente. Von lebhaftem Betriebe, von einer rationellen Landwirtschaft waren sie weit entfernt. Das Hochland blieb arm. In allen diesen Verhältnissen wäre Wandlung, in den meisten auch Besserung geschaffen worden durch die Beseitigung der Vassallenschaft. Eine spätere Zeit hat es erfahren. Für dieses Mal konnte die Regierung sich noch nicht entschliessen, mit der Massregel Ernst zu machen. Wir kennen ihre Gründe nicht genau. Vermutlich fürchtete sie den Unwillen der Clanhäuptlinge. Daneben scheinen auch in den Hofkreisen selbst manche widerstrebt zu haben. Der Herzog von Argyle, der doch immer noch viel Einfluss besass, war sicherlich dagegen. Und auch der in der ganzen Geschichte der Rebellion so stark hervortretende Graf Stair hatte nicht verlernt, sich als Schotten zu fühlen. „Es kommt viel darauf an,“ schrieb er im Dezember 1715, „dass wir (die schottische Nation) zu dem Glauben gelangen können, dass die Herren Engländer uns nicht wie eine Eroberung behandeln wollen; darum ist es nötig, die Härten der Union zu mildern.“ Kein Zweifel also, dass Stair auch der Abschaffung der Clanverfassung widerstrebt hätte. So blieb dieselbe noch ein Menschenalter hindurch in Kraft. Erst als wieder einmal ein Stuart in Schottland erschienen war, um den Thron der George zu stürzen, entschloss man sich, mit den feudalen Einrichtungen im Hochlande ein Ende zu machen.

Jakob Eduard hatte die Fahrt von Schottland nach Frankreich glücklich zurückgelegt. Eine Anzahl englischer Schiffe waren ausgesandt worden, sobald die Regierung glaubte, dass der Prätendent

¹⁾ Vgl. Lecky II, 69 ff.

sich wieder über die See zu retten versuchen werde.¹⁾ Aber sein Schiff segelte schnell und vermochte sich der Verfolgung durch eines der gegen ihn kreuzenden Fahrzeuge, auf dem man Verdacht schöpfte, leicht durch die Flucht zu entziehen.²⁾ Am 21. Februar stieg der unglückliche Prinz in der Nähe von Gravelines wiederum an's Land.³⁾ Er besass in der That keinen anderen Trost, als den ihm Bolingbroke spendete, sobald er von seiner Landung erfuhr. Der schrieb ihm: „Sie leben und Ihre Sache kann nicht untergehen, sondern wird wieder aufleben, wann es Gott gefällt.“

Bolingbroke hatte sich, während der Prätendent in Schottland war, redliche Mühe gegeben, den französischen Hof zu einer ausgiebigen Hilfeleistung zu bewegen. Nur so hätte, mit dem Stuart an der Spitze, die schottische Erhebung vielleicht noch eine günstigere Wendung nehmen können. „Der Regent allein,“ schrieb der Prinz aus Schottland⁴⁾, „aber der auch mit Leichtigkeit, kann das Schwergewicht auf unsere Seite ziehen und unser Spiel sicher machen.“ Aber alle Mühen Bolingbrokes waren verloren, alle seine Listen und Intriguen umsonst versucht; bei dem Herzoge von Orleans überwog jetzt die Rücksicht auf Georg I. Marschall d'Huxelles wusste dem Minister des Prätendenten zuletzt nichts Besseres zu raten, als dass er seinem Herrn und seinen nächsten Freunden Schiffe sende, damit sie Schottland wieder verlassen könnten. Als ihm Bolingbroke bald darauf mitteilte, der Chevalier sei wieder in Frankreich gelandet, bemerkte Huxelles, dann solle er auch nur

¹⁾ Vgl. die Admiralty Records im R. O.

²⁾ Hoffmann 25. Febr. 1716.

³⁾ Das Datum der Landung des Prätendenten ergibt sich mit Sicherheit aus dem Briefe Mars bei Thornton p. 268. Was den Ort der Landung betrifft, so hat man damals in England nicht anders gewusst, als dass dieselbe unweit Gravelines erfolgt sei. So steht es in der Thronrede vom 17. (28.) Februar und so ist es auch in die gesamte Geschichtsschreibung übergegangen. Vgl. Mémoires du règne de George I, Haag 1729 II, 206. Unzweifelhaft geht es zurück auf Stairs Berichterstattung, die in diesem Falle nur leider nicht erhalten ist. Eine Bestätigung fand dann diese Version viel später noch durch Bolingbrokes Brief an Wyndham, in dem ebenfalls Gravelines als Ort der Landung genannt wird. Wir möchten darum nach dem von Thornton p. 272 (vgl. p. 208, 267) mitgeteilten Briefe noch keineswegs, wie er es that, behaupten, dass der Chevalier in Boulogne gelandet sei. Es scheint dabei irgend ein Missverständnis im Spiele zu sein. Wenn der Brief überhaupt von Jakob Eduard herrührt (was nach dem Inhalt zweifelhaft erscheinen mag), so könnte er etwa auf der Durchreise von Calais nach Abbeville (auf dem Wege nach Paris) in Boulogne geschrieben sein.

⁴⁾ Mahon I, 420.

schleunigst wieder nach Lothringen gehen, ehe der Herzog Zeit habe, ihm sein altes Asyl zu verbieten. Bolingbroke war derselben Ansicht. blieb dem Prätendenten Lothringen verschlossen, so gab es diesseits der Alpen kaum einen anderen Ort, wohin er sich begeben konnte, als das päpstliche Avignon. Aber welchen Eindruck würde es auf die protestantischen Engländer gemacht haben, wenn der Stuart, der ihr König sein wollte, sich gerades Weges, ohne einen andern Ausweg zu suchen, in den Schutz des Papstes begab?

Bolingbroke trug diese Erwägungen seinem Herrn vor, als derselbe nach seiner Ankunft in Frankreich sich zuerst heimlich nach St. Germain begeben hatte. Seine fromme Mutter mag ihm wohl gesagt haben, dass er vor dem Aufenthalte auf päpstlichem Gebiete sich nicht so sehr scheuen möge. Wenigstens zeigte Jakob Eduard seinem Minister gegenüber geringe Neigung, St. Germain sogleich wieder zu verlassen. Er wünschte eine Unterredung mit dem Regenten, der aber das Verlangen zornig zurückwies. Endlich meinte Bolingbroke den Chevalier so weit gebracht zu haben, dass er sofort nach Lothringen aufbrechen wollte; er selbst musste erklären, wann er ihm dahin folgen könnte. In Wahrheit hatte Jakob Eduard seinen Minister nur hintergangen. Statt nach Lothringen begab er sich in ein Haus im Bois de Boulogne, wo die weiblichen Berater des Hauses Stuart wohnten, Persönlichkeiten, denen Bolingbroke selbst nahegetreten war und die dann von ihm vernachlässigt worden waren. Der Prätendent hielt hier heimliche Zusammenkünfte mit den Gesandten von Schweden und Spanien ab. Einige Tage später erschien der Herzog von Ormond ganz unvermutet bei Bolingbroke. Er zeigte ihm zwei Schriftstücke von der Hand ihres gemeinsamen Herrn. Durch das eine ward Bolingbroke aus dem Dienste Jakob Eduards entlassen; das andere befahl ihm, seine amtlichen Papiere auszuliefern. Der ehemalige Minister der Königin Anna musste lächeln, als er sah, wie der Schattenkönig die Sprache der Mächtigen nachzuahmen wusste und die Phrase las, er bedürfe seiner Dienste nicht weiter.¹⁾

Bolingbrokes Lage war derjenigen nicht ganz unähnlich, in der er sich bald nach der Thronbesteigung Georgs I. befunden hatte; er war entlassen, mit allen Zeichen des Misstrauens. Für immer war es mit seinem Plane vorüber, durch ein stuartisches Königtum die alte Macht zurückzugewinnen, welche die Herrschaft Hannovers ihm versagte.

¹⁾ Letter to Sir William Wyndham.

Warum war aber Bolingbroke gefallen? Schwere Anklagen wurden wider ihn erhoben; er sollte ein Verräter an der stuartischen Sache gewesen sein. Wir brauchen es nicht zu entscheiden, ob Jakob Eduard wirklich durch einige beleidigende Ausdrücke, die Bolingbroke in der Weinlaune über ihn fallen gelassen hätte, so aufgebracht war, wie erzählt wird.¹⁾ Viel ernster schien der Vorwurf, dass er alle Pläne der Jakobiten dem Grafen Stair mitgeteilt habe. Aber Stair selbst hatte seinen Spott mit dieser Anschuldigung.²⁾ Kurze Zeit nach Bolingbrokes Sturze wurden förmlich einige Artikel zusammengestellt³⁾, um seinen Verrat zu beweisen. Als sein König ihm von Schottland aus dringend genug geschrieben hatte, dass er Waffen und Vorräte brauche, habe er kein Pfund Pulver gesandt, obwohl er es konnte. Den Boten seines Königs habe er hingehalten, ohne ihm dem französischen Hofe vorzustellen. Die früher in Havre beschlagnahmten Kriegsvorräte seien ihm wieder zur Verfügung gestellt worden, er aber habe sie dem schottischen Unternehmen mit nichten zugeführt. Sogar die private Unterstützung des Aufstandes sei durch ihn verhindert worden. Überhaupt hätten die Freunde Jakob Eduards am französischen Hofe längst keine gute Meinung mehr von des Lords Lauterkeit gehabt, und eine sehr schlechte von seiner Verschwiegenheit. Mit anderen Worten, Bolingbroke habe verräterischerweise seinen König im Stiche gelassen, als dieser auf seine Hilfe rechnete.⁴⁾ Er sei der eigentliche Schuldige an dem Unglücke in Schottland.

Wir können diese Anschuldigungen nicht für begründet erachten. Bolingbroke selbst fiel es nicht schwer, sie zu widerlegen.⁵⁾ Er hatte in der That sein Äusserstes gethan, um den Aufstand zu unterstützen, und auch einiges erreicht. Eine bedeutende Sendung von Waffen und Pulver hätte den Prinzen selbst in Schottland noch erreicht, wenn er nur wenige Tage länger dort verweilt hätte. Gegen den Vorwurf, den Krieg in Schottland „ausgehungert“ zu haben, wusste er sich ebenso gut zu verteidigen wie gegen die

¹⁾ Vgl. Coxe, Walpole I, 200.

²⁾ Coxe, Walpole II, 607—8. Stair an Robethon 14. März 1716. *Ils disent ouvertement que Bolingbroke les a trahis et qu'il n'a donné avis de tous leurs projets et entre autre du dernier, dont ils sont très fâchés. Ils ne veulent pas croire tout ce que je peux dire pour justifier Bolingbroke, ils prennent tout cela pour raillerie, je ne saurais que faire.* Brit. Mus.

³⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. X, App. 1, p. 181—82.

⁴⁾ Vgl. auch Hist. Ms. Comm. Rep. IV, App. p. 526.

⁵⁾ Seine Briefe Hist. Ms. Comm. Rep. X, App. 1, p. 182—83.

übrigen Anklagen. Ein Jahr später schrieb er den berühmten Brief an Sir William Wyndham, um zunächst vor den Tories, später einmal vor den Augen der Welt, sein Verhalten zu rechtfertigen. Mit Recht durfte der in Ungnade Gefallene behaupten, dass man es ihn jetzt wolle büßen lassen, wenn der Chevalier und Mar so bald aus Schottland hätten fliehen müssen. Und wir brauchen hier keineswegs Bolingbroke allein Glauben zu schenken. Marschall Berwick, der dem Hofe des Regenten nahe genug stand, um diese Dinge zu kennen, hat in seinen Memoiren Zeugnis abgelegt, dass Bolingbroke alles in Bewegung gesetzt habe, um Hilfe für seinen König zu erlangen. Wir wissen ferner, welche Rolle die Eifersucht der übrigen Ratgeber des Prätendenten, vor allem Mars und Ormonds gespielt hat. Bolingbroke ist, wenn man hier so sagen darf, unschuldig gefallen.

Eigentlich lagen auch die Gründe seines Sturzes noch tiefer. Jene Beschuldigungen gingen vornehmlich aus dem Kreise von St. Germain hervor, dessen Vertrauen Bolingbroke niemals ganz besessen hatte. Er wusste wohl, dass seine Gegner längst am Werke waren, ihn zu beseitigen. Er kannte diese Gegner, die nächste Umgebung der Königin Maria, einen Schwarm von Jesuiten, dazu einige ränkevolle Frauen, die es ihm nicht verzeihen konnten, dass er sich nicht mehr wie anfangs mit ihnen befasste. Seine eigenen Anschauungen standen mit den in dieser Gruppe vertretenen im schroffsten Gegensatze. Für diese Menschen war die Sache des stuartischen Prätendenten auch die Sache der katholischen Kirche. Bolingbroke hätte diesen Standpunkt — wir wissen es schon — niemals geteilt. Von Anfang an war er, nach seinen eigenen Worten, entschlossen gewesen, auch im Dienste des Prätendenten niemals von dem Boden des Protestantismus und der englischen Nationalität zu weichen.¹⁾ Wohl war er ein Gegner des Hauses Hannover: zu einem Feinde der englischen Nation ist er nie geworden. Gegenüber der katholisierenden Richtung der Stuarts erscheint Bolingbroke, ihr Helfer, doch wie ein Vertreter des englischen Volksgestes. Wir können ihm bei seinem Sturze unsere Teilnahme nicht völlig versagen. Es hat doch etwas Versöhnendes, diesen Mann mit seinem grenzenlosen Ehrgeize in dem einen Punkte, wo es sich um die Grundanschauungen jedes Engländers handelt, fest zu sehen.

¹⁾ . . . *being from the first resolved to serve upon a Protestant and English bottom or not to serve at all.* Rep. X, App. I, p. 183. Vgl. auch die letzten Abschnitte des Briefes an Sir Will. Wyndham.

Er unterliegt, er verschwindet aus der Geschichte Europas, er wird ein einfacher politischer Flüchtling. Und doch steht er in diesem Augenblicke unendlich viel grösser da als seine Gegner, die ihn stürzen. Vieles aus seiner Vergangenheit ist abgeblüht durch seinen Fall.

Jakob Eduard kostete es nichts, seinen besten Ratgeber schnöde von sich zu stossen. Dankbarkeit gehörte nicht zu seinen Tugenden. Empfangene Dienste vergass er schnell. Und sein Verhalten wird um nichts besser, wenn man sieht, wie leicht er sich, wo es vorteilhaft erschien, bereit fand, eben diejenigen wieder an sich heranzuziehen, die er eben noch verleugnet hatte. Wie hatte er auf Berwick geschmäht: in Schottland wünschte er ihn herbei, weil die Hochländer nur von seiner Führung den Sieg erhofften. Über Ormond war er nach seiner verunglückten Fahrt voller Geringachtung: jetzt stand er wiederum hoch in seiner Gunst.

Die jähe Entlassung Bolingbrokes war freilich nicht nur unedel, sondern auch unklug. Jakob Eduard schickte ihn fort in dem Augenblicke, wo er seines Rates am meisten bedurft hätte. Graf Mar, der nun Staatssekretär wurde, konnte ihn wahrlich nicht ersetzen. Selbst des Prätendenten Mutter, die Königin Maria, beklagte Bolingbrokes Fall. „Man müsste den Verstand verloren haben,“ sagt Berwick, „wenn man nicht den groben Fehler erkennen würde, den König Jakob beging, indem er aus seinem Dienste den einzigen Engländer entliess, der seine Geschäfte zu führen fähig war. Denn was auch immer einige mit mehr Leidenschaft als Verstand urteilen, ganz England giebt zu, dass Bolingbroke zu den grössten Staatsmännern gehört, die jemals gewesen sind.“

In dem Masse, wie die Sache des Prätendenten immer hoffnungsloser wurde, besserten sich allmählich auch die Beziehungen zwischen England und Frankreich, die Stellung Lord Stairs am Hofe des Regenten.¹⁾ Allerdings übte dieses auf die Haltung der französischen Behörden zunächst geringen Einfluss aus. Nach wie vor verschlossen sie die Augen gegenüber dem, was in Frankreich zu Gunsten des Prätendenten geschah. Niemand hinderte die Einschiffung von Waffen, Vorräten, selbst Mannschaften für den Dienst Jakob Eduards. Nur für seine Person schien Orleans von diesen Dingen nichts mehr wissen zu wollen. Schon am 7. Januar 1716 wusste Stair zu berichten, dass der Regent den Prätendenten einen Dummkopf und die Jakobiten insgesamt wahnsinnig gescholten habe. Vierzehn Tage

¹⁾ Für das Folgende Stairs Briefe an Robethon aus dem Januar 1716. B. M.

später sagte der Herzog, er werde sich ganz und gar nicht in die Sache mischen, und sprach freimütiger als seit langer Zeit mit dem britischen Diplomaten. Aber er verhehlte ihm auch nicht, dass die Sympathien des französischen Volkes auf der Seite des Prätendenten stünden.¹⁾ Lediglich um England zu gefallen, liess er auch alle auf den Galeeren arbeitenden Protestanten befreien und kam damit einem Versprechen nach, welches schon Ludwig XIV. der Königin Anna gegeben hatte, ohne dass doch die Erfüllung bisher zu erreichen gewesen war. Es sei ein Punkt, hatte Torcy ehemals zu Stair gesagt²⁾, in dem König Ludwig äusserst delikats sei. Das Verhältnis der beiden Mächte begann eben jetzt günstiger zu werden als es überhaupt seit dem Kriege jemals gewesen war. „Ich versichere Sie,“ schrieb Stair an Robethon, „hier ist eine grosse Veränderung vor sich gegangen.“

So war denn Aussicht vorhanden, dass die beharrlich vortragenen Klagen Stairs endlich Beachtung fanden. Unter dem 31. Januar 1716 überreichte er eine Note, um sich darüber zu beschweren, dass allen Versprechungen zum Trotz täglich Kriegsvorräte und Mannschaften für den Dienst des Prätendenten in französischen Häfen eingeschifft würden, ja dass Ormond und Jakob Eduard selbst von Frankreich unbehindert hätten ausfahren dürfen. Eine schriftliche Antwort scheint auf Stairs Memorial nicht erfolgt zu sein, und dieser meinte auch, dass man den Dingen in Frankreich noch keineswegs trauen dürfe. Wohl sei der Regent in Verzweiflung über seine Verkehrtheiten, aber nun sei die Umkehr nicht leicht, und er müsste noch das Letzte thun, sobald sich für die Sache des Prätendenten auch nur die kleinste Möglichkeit des Gelingens biete. Stair riet in diesem Sinne die Rebellion mit aller Energie niederzuschlagen.³⁾

In London war man mit dem Herzoge von Orleans gar nicht zufrieden. Stanhope beauftragte Stair, eine neue Note zu überreichen — es geschah unter dem 9. März — um noch einmal an die Verpflichtungen des Utrechter Friedens zu erinnern. Der Aufenthalt des Prätendenten in Frankreich sei nicht mehr zu dulden und ebenso wenig dürfe man dem Herzoge von Lothringen die Möglichkeit bieten, sich wie bisher mit der Nachbarschaft Frankreichs zu entschuldigen, wenn er dem Stuart abermals eine Zuflucht in seinem

Lande biete. Der Regent gab Stair bei der Verlesung seiner Note alle Versicherungen ab, die von ihm gewünscht wurden.⁴⁾ Die schriftliche Erwiderung, welche dieses Mal ausdrücklich nachgesucht worden war, enthielt die gleichen Beteuerungen eines freundschaftlichen Verhaltens gegen England. Nur solle man nicht ein Einschreiten gegen Lothringen von Frankreich fordern, zu dem es keine Befugnis besitze. Der Bescheid war immerhin von der Art, dass die Regierung von St. James's sich wohl daran genügen lassen konnte. Das einzige, was auffiel, war der Umstand, dass die französische Antwort nicht, wie der diplomatische Brauch es erforderte, dem Grafen Stair in Paris, sondern durch Iberville in London überreicht wurde. Es geschah offenbar, um Stair zu kränken, vielleicht seine Abberufung zu bewirken. Aber Stanhope erklärte ihm, er solle es sich nicht anfechten lassen, die Regierung sei in allen Stücken mit ihm zufrieden. Und da auch der Regent dem Grafen Stair bei einer Unterredung alle Versicherungen seines persönlichen Wohlwollens gab²⁾, so ward an der Stellung des Gesandten nichts geändert.

Auch auf den Herzog von Lothringen übte die mächtige Stellung Georgs I. ihre Wirkung. Des Rückhalts an Frankreich beraubt, wagte er jetzt nicht länger, sich den englischen Forderungen zu versagen. Als der Prätendent, nachdem er einige Zeit in St. Germain verzögert hatte, endlich doch wieder nach Lothringen ging, erschien der Herzog in eigener Person bei ihm in Commercy und legte ihm die Gründe dar, warum er ihn in seinem Lande nicht mehr beherbergen könne. Georg I. dankte dem Herzoge mit artigen Worten für die Gewährung seiner Bitte.³⁾ Dem unglücklichen Stuart-Prinzen blieb nun in der That keine andere Möglichkeit als sich nach Avignon zu wenden. „Allein in den Staaten Eurer Heiligkeit,“ schrieb er dem Papste⁴⁾, „kann ich noch eine ruhige und sichere Zuflucht finden.“ Seine ausdrückliche Erlaubnis konnte er nicht mehr abwarten; am 4. April schrieb er ihm zuerst aus Avignon und bat um den päpstlichen Segen. Der heilige Vater stellte ihm frei, wo immer in seinen Staaten es ihm beliebe, seinen Aufenthalt zu wählen. Jakob Eduard blieb in Avignon.

Lange duldeten die Eifersucht Englands ihn auch hier nicht

¹⁾ (Hardwicke) Miscellaneous State Papers II, 552.

²⁾ Wiesener a. a. O. I, p. 181—184.

³⁾ Georg I. an Herzog Leopold 19. (30.) März 1716. R. O.

⁴⁾ Des Chevaliers Briefe an den Papst unter den Gualterio Papers im Brit. Mus.

¹⁾ Stanhope an Stair 23. Jan. (a. St.) 1716. R. O.

²⁾ Stair an Stanhope 2. März 1715. R. O.

³⁾ Stair an Robethon 10. Febr. 1716. B. M.

mehr. Als bald setzten neue Bemühungen ein, um ihn in noch grössere Fernen zu treiben. Lord Stair übergab dem französischen Hofe eine Denkschrift, welche mit der Bemerkung schloss, England könne sich nicht beruhigen, solange der Prätendent in Avignon oder irgend einen andern Lande diessseits der Alpen weile. Indem man nun über diesen Punkt zu verhandeln begann, ward ein anderer damit in Verbindung gebracht, welcher eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen Europas zur Folge haben sollte. Am 25. März berichtete Stair in einem Privatbriefe an Robethon schon von dem Verlangen der Franzosen nach einem Bündnisse mit England. Die grossen Mächte zu beiden Seiten des Kanals schickten sich an, die alte Feindschaft zu begraben, um Freunde und Verbündete zu werden. An anderer Stelle werden wir zu erzählen haben, wie diese Pläne Farbe und Gestalt gewannen und welche Persönlichkeiten bald am Werke waren, um auf solcher Grundlage ein neues System der europäischen Politik zu errichten.

Hier haben wir noch einmal von dem Verhalten der Regierung und Bevölkerung Englands im Verlauf des schottischen Aufstandes zu sprechen. Die Regierung war ihrerseits eifrig beflissen, die Zuversicht der Nation zu stärken. Als durch Englands Vermittlung im November 1715 der Barriere-Vertrag zwischen dem Kaiser und den Generalstaaten geschlossen war, liess sie es gern geschehen, dass man im Publikum verbreitete, die beiden Mächte hätten sich zur Behauptung der protestantischen Succession verbunden.¹⁾ Vom Kriegsschauplatze gingen die neuesten Nachrichten stets nur dem Hofe zu; in's Volk drang nur soviel davon, als die Minister für geeignet hielten. Die Ankunft des Prätendenten in Schottland erfuhr die Londoner Bevölkerung erst dann, als die Regierung seit acht Tagen davon unterrichtet war und ihre Massregeln getroffen hatte.²⁾

Mit der Haltung des Volks durfte der König vollkommen zufrieden sein. Die wilden Tumulte vom vorigen Sommer wiederholten sich nicht mehr. Überall in England wurden im November 1715 Genossenschaften gebildet, die sich verpflichteten, im Notfalle für Georg die Waffen zu ergreifen. Die Gutgesinnten drängten sich zur Unterschrift; und auch mancher, der im Herzen für den Prätendenten war, sah sich gezwungen, öffentlich auf die Seite der Regierung zu treten.³⁾ Die Londoner Bevölkerung gab bei jeder

¹⁾ Hoffmann 26. Nov. 1715.

²⁾ Bonet 10./21. Jan. 1716.

³⁾ Hoffmann 26. Nov. 1715.

Gelegenheit Beweise ihrer Königstreue. Als die Nachricht eintraf, dass der Prätendent und die Rebellen Perth aufgegeben, die Königlichen daselbst ihren Einzug gehalten hätten, fand die Freude darüber selbst im Theater ihren Ausdruck. Das Publikum beklatschte in einem ganz unpolitischen Stücke alle solchen Stellen, welche nur die Andeutung einer loyalen Gesinnung enthielten.¹⁾

Wir wissen, welch starken Anteil die Kirche an der Erregung der Tumulte im letzten Sommer gehabt hatte. Mit dem Rufe „*Church in danger*“ hatte sie die Massen in Bewegung gebracht, mit dem Hinweise auf das Luthertum der königlichen Familie gegen diese selbst gehetzt. Dazu kam der alte Hass gegen die Dissenter, als deren natürlicher Beschützer Georg I. angesehen wurde, obwohl er noch gar nichts für sie gethan hatte. An vielen Orten, wie in Oxford, fiel der Pöbel über ihre Gotteshäuser her und verwüstete, wo nicht Einhalt gethan ward. So wurden, um ihrer eigenen Sicherheit willen, die Dissenter zu thätigen Verteidigern des hannövrischen Thrones. Hier und dort nahmen sie selbst die Waffen in die Hand. In Lancashire trat ein sektiererischer Seelsorger in eigener Person an die Spitze einer bewaffneten Schar von Dissentern und nahm wacker teil am Kampfe zu Preston.²⁾ Gleichwohl ward auch nach der Unterdrückung der Rebellion an der Stellung der Sekten in England zunächst noch nichts geändert. Testakte, Gelegentliche-Konformitäts-Akte und Schisma-Akte blieben — die letztere freilich nur noch wenige Jahre — bestehen. Erst das neunzehnte Jahrhundert hat die Sektierer in England in ihren politischen Rechten mit den Anhängern der Hochkirche auf eine Stufe gestellt.

Noch wichtiger als die Unterstützung durch die Dissenter war es aber für die Regierung, dass seit dem wirklichen Ausbruche der Rebellion auch die Anhänger der Staatskirche sich treu zu ihr hielten. Wohl von oben her dazu veranlasst, veröffentlichten im November 1715 der Erzbischof von Canterbury und 13 Bischöfe eine Erklärung³⁾, um ihrem Abscheu gegen die Rebellion Ausdruck zu verleihen und die Geistlichkeit wie das Volk in ihren Diöcesen zu ermahnen, eifrig zu sein in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen Seine Majestät König Georg. Der Bischof von Bristol, der die

¹⁾ Diary of Lady Cowper 69.

²⁾ Vgl. Skeats-Miall, History of the Free Churches of England 1688 bis 1891, p. 232.

³⁾ A declaration of the Archbishop of Canterbury and the Bishops in and near London. testifying their abhorrence of the present Rebellion.

Unterschrift weigerte, wurde seiner Stelle sogleich entsetzt.¹⁾ Deutlich und kraftvoll war die Sprache dieser Erklärung. Man kann es begreifen, hiess es darin, wenn Papisten einen Mann auf den Thron zu erheben suchen, der ihre Religion zur Herrschaft bringen, die unsere zu Grunde richten will. Dass aber Mitglieder der Kirche von England sich jenen anschliessen, muss Gott und Menschen ein gleiches Ärgernis sein. „Oder ist der Papismus in jüngster Zeit so harmlos geworden, dass es gleichgültig wäre, ob ein papistischer oder ein protestantischer Fürst auf dem Throne sitzt?“ So mögen alle, und jeder an seiner Stelle, kräftig eintreten für König Georg: der Soldat, indem er sein Schwert tapfer für ihn schwingt; die Obrigkeit, indem sie ihre Macht für ihn verwendet; der Geistliche durch sein Gebet, seine Predigt, durch die Ermahnung aller, deren Seelen ihm anvertraut sind.

Ebenso fest wie auf England durfte die Regierung auch auf Irland bauen. Das neu berufene Parlament schien an Eifer und guter Gesinnung das englische noch übertreffen zu wollen. Sobald einmal das Gerücht auftauchte, der Prätendent wolle nach Irland kommen, ward ein Preis von 50 000 £ demjenigen zugesagt, der ihn bei seiner Landung ergreifen würde. Dem Könige stellte das irische Parlament, gerade so wie das englische es gethan hatte, vollkommen frei, so viele Truppen aufzustellen, wie er für notwendig halte. So war denn von dieser Seite für das hannövrische Königtum nichts zu befürchten. Eben in so kritischen Zeitläuften konnte man am deutlichsten erkennen, dass Irland seit der Schlacht am Boynefusse ein anderes geworden war. Das nationale Element war zurückgedrängt, die Protestanten herrschten im Parlamente wie im Lande. Ein Aufruf der Opposition²⁾, welcher alle Irländer bewegen sollte, gegen den atheistischen und tyrannischen Usurpator aus Deutschland einzutreten für das Recht des natürlichen und echten Souveräns, blieb ohne allen Erfolg. Jakob Eduard hätte sich auf der grünen Insel ebensowenig blicken lassen dürfen wie in England.

Wie sicher die Stellung der Regierung in England war, zeigten recht deutlich die Vorgänge bei der Wiedereröffnung des Parlaments von Westminster am 20. Januar 1716, der König wies in seiner Thronrede darauf hin, dass die Vorsehung ihm im Kampfe gegen die Rebellion den Erfolg verschafft habe, aber auch dass die Empörer,

¹⁾ Hoffmann 26. Nov. 1715.

²⁾ To all the Nobility, Clergy, Gentry and Commonality of Ireland.

jetzt mit dem Prätendenten an der Spitze, an ihrer verzweifelten Sache noch festhielten. Sie seien ermuntert durch geheime Hoffnungen auf Beistand, so lautete ein Zusatz, der nach der Lage der Umstände nur auf Frankreich bezogen werden konnte. Deutlicher wollte die Regierung nicht werden, denn man sollte im Auslande nicht sagen dürfen, dass sie auf einen Krieg mit Frankreich lossteuere. Wenn es dahin kommen würde, so sollte auch der Regent allein die Verantwortung tragen. Auch der auswärtigen Beziehungen ward gedacht und mit einem damals noch nicht völlig berechtigten Stolze von der Wiederherstellung des britischen Ansehens im Auslande gesprochen. Gern hätten die Minister dem Lande jetzt von bedeutenden Erfolgen berichtet; nur deshalb war die Eröffnung so lange verzögert worden, weil man hoffte, in der Thronrede schon den Abschluss eines Dreibundes mit Österreich und Holland verkünden zu können. Aber statt von der vollzogenen Tripel-Allianz konnte Georg nur von der bevorstehenden Erneuerung der älteren Bündnisse mit den Generalstaaten sprechen. Und der einzige Erfolg, dessen er sich für jetzt rühmen durfte, war neben dem Abschluss des Barriere-Traktats derjenige eines Handelsvertrages mit Spanien, dessen Bedeutung nun über Gebühr erhoben wurde.

Ohne Mühe gelang es dem Hofe, die nach seinem Wunsche abgefassten Adressen zur Beantwortung der Thronrede in beiden Häusern zur Annahme zu bringen. Das Unterhaus erklärte sich wieder wie im vorigen Sommer zu allen Bewilligungen bereit, ehe sie noch gefordert waren, damit der König dieser unnatürlichen Rebellion ein Ende machen könne.

Die Regierung suchte und fand ihre beste Stütze am Parlamente. Als nach kurzer Zeit drohende Nachrichten aus Frankreich einliefen von schottischen und irischen Offizieren und anderen Feinden Englands, welche nur auf eine Gelegenheit warteten, um sich zur Unterstützung des Aufstandes nach Schottland einzuschiffen, da trat König Georg mit einer neuen Thronrede vor das Parlament. Er sprach in erster Linie von der nun unzweifelhaften Anwesenheit des Prätendenten in Schottland; Frankreich ward nicht namentlich erwähnt, aber der Sinn war darum nicht weniger verständlich, wenn es hiess, dass die Rebellen voller Vertrauen von der Hilfe sprächen, die ihnen von auswärts kommen werde.¹⁾ Auch in den Adressen beider

¹⁾ . . . though it may be easy to collect from his (the king's) speech, who is meant, yet it is worded so, as not to give any just handle for provocation, or to engage H. M. in anything directly against France. Townshend an H. Walpole 24. Jan. (a. St.) 1716. R. O.

Häuser war jeder Ausdruck vermieden, welcher den Regenten verletzt haben würde. Die Gemeinen konnten ihre früheren Zusagen gar nicht mehr steigern. Sie erklärten, dass sie keine Ausgabe scheuen würden, und baten Georg geradezu, mit der Vermehrung der Truppen noch fortzufahren. Ihre Bewilligungen, sagten sie, sollten ausreichen, nicht nur zur Unterdrückung des Aufstandes, sondern auch, den König stark zu machen, dass er jeder auswärtigen Macht seinen Unwillen zeigen könne, welche dem Prätendenten oder seinen Anhängern Vorschub zu thun wagte.

In der Debatte, welche dem Beschlusse dieser Adresse vorausging, begnügten die Redner sich mit so allgemeinen Andeutungen nicht. Den Ministern war es peinlich genug, als einige sich zu heftigen Ausfällen gegen Frankreich hinreissen liessen und dafür noch den stürmischen Beifall des Hauses erteten. Die Stimmung war derartig erregt, dass die Minister alle Mühe hatten, die Leidenschaften zu dämpfen. Denn wenn sie die Geister noch weiter hätten erhitzen wollen, so konnte leicht die Folge sein, dass man sich auf dem Flecke für den Krieg gegen Frankreich erklärte.¹⁾ Nun entschloss sich die Regierung in der That, noch weitere 10 000 Mann in England und 6000 in Irland aufzustellen, eine Massregel, die kaum einen anderen Sinn als den einer Rüstung gegen Frankreich haben konnte. Denn der Aufstand in Schottland erforderte solche Anstrengungen schon nicht mehr.

Am bedeutendsten war die moralische Wirkung, welche diese Massregeln in Frankreich übten. Wahrscheinlich ist ja der Regent für seine Person einem Kriege gegen England niemals geneigt gewesen; vor dem Bilde der Einigkeit, welches König und Parlament boten, gewannen die friedlichen Tendenzen in Frankreich allmählich die Oberhand. Stair selbst theilte dem Herzoge mit der Note vom 9. März ein paar weitere Adressen mit, in welchen das Parlament den König noch einmal aufgefordert hatte, jedem fremden Fürsten, welcher den Prätendenten beschützte, seine Entrüstung auszudrücken. Nun änderte sich die Haltung Frankreichs; die Kriegsergütliche verstummten. Die Stärke, welche die Regierung Georgs I. zu zeigen vermochte, verschaffte ihr die Achtung von ganz Europa. Am Ende

¹⁾ ... *it was the business of the King's servants, rather to moderate than to raise the passions of the House upon this occasion, for had they encouraged the temper which appeared, I do verily believe, a war would have been voted before the rising of the House.* Stanhope an Stair 23. Jan. (a. St.) 1716. R. O. Der Brief giebt eine wichtige Ergänzung zur Parl. Hist.

hatte sie durch den schottischen Aufstand nur gewonnen, Prinz Eugen hatte wohl recht gehabt, dass ihr etwas Günstigeres gar nicht hätte begegnen können.

Unterdessen war schon ein schweres Strafverfahren gegen die Rebellen und Auführer in England, soweit man ihrer habhaft war, eingeleitet worden. Hinrichtungen und Vermögensentziehungen erfolgten in nicht geringem Umfange. Hunderte von den in Preston Ergriffenen wurden zur Strafarbeit in die amerikanischen Kolonien geschickt. Ein hartes und schimpfliches Los schien des Hauptschuldigen, Thomas Forsters, zu harren. Als Mitglied des Unterhauses hätte er erwarten dürfen, in den Tower gebracht zu werden; statt dessen ward er in das gemeine Gefängnis von Newgate gesperrt. Aus der Liste der Commons wurde er gestrichen, vor einem gewöhnlichen Gerichtshofe sollte ihm der Hochverratsprozess gemacht werden. Da gelang es ihm, wenige Tage vorher, mit Wissen des Gefängnisdirektors zu entfliehen. Dieser wurde sogleich selbst verhaftet, die Minister waren gewaltig erbost, dass der schlimmste unter allen Rebellen der verdienten Strafe entgangen war, ein Preis von 1000 £ wurde auf Forsters Kopf gesetzt, doch gelang es nicht, ihn abermals zu fassen. Auch der alte Macintosh entging der strafenden Gerechtigkeit. Nebst einigen Genossen gelang es ihm aus dem Gefängnisse auszubrechen. Die gelösten Ketten in der einen Hand, in der anderen ein Messer schwingend, soll er die Wächter zurückgeseucht, den Weg zur Freiheit sich gebahnt haben.¹⁾

Aber auch gegen die adligen Führer des nordenglischen Aufstandes wollte man die Strenge des Gesetzes walten lassen. Sieben Lords waren bei Preston ergriffen worden; die Minister hielten es für unumgänglich notwendig, an diesen ein Strafgericht zu vollziehen. Der Hof meinte das Gehässige der Sache von sich abwälzen zu können, indem das Unterhaus bewegt wurde, vor den Lords die Anklage zu erheben. Bei dem Einflusse, den die Regierung beim Parlamente besass, würde sie darum die Entscheidung nicht weniger in ihrer Hand halten. Zugleich schien bei diesem Verfahren auch der König nicht in die Lage kommen zu können, die Verurteilten begnadigen zu sollen, oder ein Beispiel grosser Härte zu geben. Denn nun konnte eine Begnadigung nur durch eine förmliche Parlamentsakte unter Zustimmung des Souveräns erfolgen. Am selben Tage, da das Parlament wieder zusammentrat, am 20. Januar 1716, stellte Mr. Lechmere im Unterhause den ersten

¹⁾ Hoffmann 19. Mai 1716.

Antrag zur Anklage eines der sieben Lords. Eine ausführliche Aufzeichnung der Rede ist erhalten, welche Lechmere bei dieser Gelegenheit gehalten haben soll. Er wusste die Segnungen der Regierung Georgs I. zu preisen, der während seiner kurzen Herrschaft für die Ehre der Kirche und das Wohl des Reiches schon mehr gethan habe als irgend einer seiner Vorgänger in der dreifachen Zeit. Der Redner folgerte daraus die Verwerflichkeit der Rebellion. Er suchte zu beweisen, dass es dem Unterhause als eine Pflicht ebensowohl dem Könige wie dem Volke gegenüber zustehe, die Erhebung der Anklagen in seine eigene Hand zu nehmen und sie keinem andern zu überlassen. Die weiteren Ausführungen mögen der Regierung nicht eben angenehm gewesen sein, denn ihre eigene Politik schimmerte gar so deutlich durch, wenn Lechmere zur Begründung seines Antrages noch erklärte, dass nach seiner Meinung kein Gnadenakt des Königs ein durch die Anklage der Commons bewirktes Urteil aufheben könne. Er meinte endlich seinen Antrag nicht wirkungsvoller begründen zu können als durch den Hinweis auf die eben bekannt gewordene Proklamation des Prätendenten, in welcher auch dieses Parlament mit groben Schmähungen überhäuft worden war. Auf Lechmeres Antrag folgten sechs andere, alle wurden angenommen und demgemäß die Hochverratsklage vor dem Oberhause gegen alle sieben Lords beschlossen.

Ein Ausschuss des Unterhauses unter dem Vorsitze Lechmeres entwarf die Anklage-Artikel. So wurden denn am nächsten Tage die Grafen Derwentwater, Nithisdale, Wintoun und Carnwath, Viscount Kenmure und die Lords Widdrington und Nairn vor das Oberhaus beschieden, sie mussten niederknien, bis der Lord Kanzler ihnen gestattete, sich zu erheben. Als die Anklage verlesen war und sie gefragt wurden, was sie darauf zu erwidern hätten, bat Derwentwater — und die übrigen Angeklagten schlossen sich ihm an — um einige Tage Frist, damit sie sich auf ihre Verteidigung vorbereiten könnten. Die Bitte konnte nicht abgeschlagen werden und auch ihrem Ersuchen um einen Rechtsbeistand ward Gewährung zu teil. Am 30. Januar erschienen sie wieder vor dem Oberhause, einzeln wurden sie vorgeführt. Zuerst trat Lord Derwentwater auf, seine niedergeschriebene Antwort ward verlesen. Die in den Anklage-Artikeln enthaltenen Vorwürfe, da sie sich meist auf That-sachen gründeten, waren freilich nicht zu widerlegen. Nur etwa, dass der Graf sich dagegen verwehren durfte, als habe er es jemals auf das Leben des Königs Georg abgesehen gehabt. Im allgemeinen enthielt Derwentwaters Antwort weniger eine Rechtfertigung als

Milderungsgründe. Er sei jung und unerfahren, er habe nach den Kämpfen bei Preston weiteres Blutvergiessen zu verhindern gesucht, habe alles gethan, um die Kapitulation in's Reine zu bringen. Aber man habe ihn und seine Genossen auch glauben lassen, dass sie sich der Gnade des Königs zu erfreuen haben würden. So gebe er sich denn der Hoffnung hin, dass Lords und Commons sich in's Mittel legen würden, um Gnade für ihn zu erwirken. Das ganze Schriftstück hatte den Sinn einer demütigen Unterwerfung des Angeklagten unter den Willen seiner Richter. Der Lord Kanzler fragte ihn, ob er sich also schuldig bekenne; er bejahte es. Einer nach dem andern ward vorgeführt und erklärte mit dem Bekenntnisse seiner Schuld, dass er auf die Gnade des Königs und die Vermittelung des Parlaments hoffe. Nur Wintoun bat um neuen Aufschub, der ihm gewährt wurde. Bald sah man sich, da ein Zugeständnis der Schuld von ihm nicht zu erhalten war, gezwungen, seine Sache von derjenigen seiner sechs Genossen zu trennen.

In der alten Westminster Hall, in der schon so manches in der Geschichte Englands denkwürdige Urteil gesprochen war, sollte am 20. Februar auch über die sechs Lords der Richterspruch des Oberhauses gefällt werden. Mit feierlichem Gepränge begaben sich die Pairs des Reiches zu der ernstesten Handlung. Den Vorsitz führte herkömmlicher Weise ein vom Könige für diese Gelegenheit ernannter *Lord High Steward*. Dieses Mal ward das Amt dem Lord Kanzler Cowper übertragen, sehr gegen seinen eigenen Wunsch¹⁾, denn es war ihm schmerzlich, das Urteil über Lord Widdrington sprechen zu müssen, welcher ein Verwandter seiner Gemahlin war. Gern hätte er Nottingham an seiner Stelle gesehen, aber diesem wäre, nach seinem ferneren Verhalten zu urteilen, die Sache gewiss noch peinlicher gewesen. Dem königlichen Auftrage aber durfte und wollte Cowper in seinem rechtschaffenen Sinne sich nicht entziehen. So ward ihm die traurige Pflicht, das Bluturteil zu verkünden. An jeden einzelnen der Angeklagten richtete Cowper zuerst die Frage²⁾, ob er noch etwas zu bemerken habe, wodurch nach dem Eingeständnis seiner Schuld das Urteil aufgehoben werden könne. Sie mussten zuletzt sämtlich die Frage verneinen, aber jeder ergriff doch noch einmal das Wort, um die wichtigsten Umstände zu wiederholen, welche ihn der Gnade des Königs und der Ver-

¹⁾ Diary of Lady Cowper 72.

²⁾ Für das Folgende vgl. „der ganze Prozess... gegen Jakob Grafen von Derwentwater, Wilhelm Lord Widdrington etc. . . .“ Aus dem Engl. 1716.

mittelung der beiden Häuser zu diesem Zwecke würdig machen dürften. Dass man ihre Familien des Ernährers nicht berauben möge — Lord Nairn war Vater von zwölf Kindern —, dass sie gegen die Person des Königs niemals etwas im Schilde geführt, dass der Rest ihres Lebens Zeugnis ablegen werde, wie tief ihre Reue und Dankbarkeit sei. Was am stärksten zu ihren Gunsten sprach, war die ehrliche Behauptung jedes einzelnen, dass ihm der König als ein gütiger Herr geschildert worden sei und er sich freiwillig ergeben habe in der Hoffnung auf die Gnade, welche er finden werde.

Als sie geendet hatten, verkündete Lord Cowper das Urteil. Er wies darauf hin, dass das gesamte Haus der Gemeinen, „der ganze politische Leib dieses freien Königreiches“ zu seiner eigenen Verteidigung aufgestanden sei, um die geschehene Missethat zu ahnden. Der *Lord High Steward* widerlegte in strafender Rede, was die Angeklagten zur milderen Beurteilung ihres Thuns vorgebracht hatten. Wenn sie wirklich mit Kriegsvolk, Pferden und Waffen zum Kampfe nicht bereit gewesen seien, im Herzen waren sie es um so mehr. Sie wollten, um der Verhaftung zu entgehen, zur Rebellion gezwungen worden sein: wem ein Glück für jeden von ihnen wäre es gewesen, wenn sie, statt Rebellen zu werden, der milden Haft teilhaftig geworden wären. Für die Katholiken unter ihnen, so räumte Cowper ein, sei in der That die Versuchung gross gewesen, diese günstige, und vermutlich die letzte, Gelegenheit zur Herstellung einer katholischen Herrschaft in England zu ergreifen. Um so grösser die Schuld der Protestanten, welche nicht einmal eine Gewähr für Schutz oder Duldung ihres Glaubens vom Prätendenten erlangt haben. Zum Schlusse erfolgte die Verkündung des schrecklichen Richterspruches, der ein grausames Verfahren vorschrieb, nach welchem die Schuldigen sämtlich dem Tode überliefert werden sollten.

Nicht nur viele aus der vornehmen Welt, auch Georg I. und sein Sohn hatten der Verhandlung selbst beigewohnt. Die Minister hatten dem Könige vorgestellt, dass er an diesen Rebellen, welche gegen seinen Thron und sein Leben konspiriert hatten, keine Gnade walten lassen dürfe. Was die Minister am meisten gegen die Verurteilten erbitterte, war der Umstand, dass sie alle Aussagen verweigerten, durch welche man einen tieferen Einblick in die Ursachen der Rebellion gewonnen hätte. Am 28. Februar bestätigte der König das Urteil über die sechs Lords, am Freitag den 6. März sollte die Hinrichtung sein.

Das Schicksal der vornehmen Verurteilten erregte allgemeines Mitleid. Im Publikum wollte man auch an den Ernst der Sache nicht recht glauben. Und nun ward die Frist bis zur Hinrichtung eifrig benutzt, um noch eine Begnadigung auszuwirken. Die Gemahlinnen, die Verwandten, die Freunde der sechs Lords liessen nichts unversucht. Aber alle Bemühungen beim Könige und seinen Ministern, bei allen einflussreichen Personen beiderlei Geschlechts schienen gleich aussichtslos. Robert Walpole teilte später dem Unterhause mit, dass ihm allein für das Leben des Grafen Derwentwater 60 000 £ geboten worden seien. Und es war wohl Fräulein von Schulenburg — eine ausländische Dame, sagt unser Berichterstatter¹⁾ —, welcher zu ähnlichem Zwecke ein Geschenk von 150 000 £ in Aussicht gestellt wurde. Am ersten März machte die junge Gemahlin des Grafen Derwentwater noch einen Versuch für ihren unglücklichen Gatten die Gnade des Königs zu erringen. Sie warf sich ihm zu Füssen, als er aus der Kapelle kam. Georg I., welcher solche Scenen hasste und sich ihnen, wo er konnte, zu entziehen suchte, war auf's peinlichste berührt und wusste im Augenblicke nichts anderes zu sagen, als: „Es thut mir herzlich leid, Madame, Sie in dieser traurigen Lage zu erblicken.“ Am Abende berief er jedoch noch einen Kabinettsrat. Ausser Nottingham erklärten sich alle Mitglieder desselben für die Hinrichtung, welche schon deshalb erfolgen müsse, weil die Verurteilten die Aussagen, welche man von ihnen wünsche, verweigerten.²⁾

Doch ehe der Tag der Hinrichtung herankam, wurde die Rettung der Verurteilten noch auf einem andern Wege versucht, welcher eher zum Ziele zu führen schien, als die persönliche Verwendung beim Könige. Man bemühte sich, die Entscheidung in's Parlament zu verlegen. Dem gegenüber musste sich die Regierung wenigstens über ihre eigene Stellung vollkommen klar sein. Es galt, noch einmal die Gründe gegeneinander abzuwägen, welche für oder gegen die Begnadigung sprachen.

Auf der einen Seite schien es nicht grossmütig gehandelt, wenn man an den Männern blutige Rache nehmen wollte, welche in der Hoffnung, Gnade zu finden, die Waffen niedergelegt hatten, während sie im andern Falle sich vielleicht hätten durchschlagen oder doch einen ehrenvollen Tod finden können. Und schon nach den bisher erfolgten Strafen und Hinrichtungen war Georg I. in den Ruf eines

¹⁾ Bonet 10./21. Febr. 1716.

²⁾ Hoffmann 3. März 1716.

grausamen Fürsten gekommen. Auf der andern Seite sprachen noch stärkere Gründe gegen die Begnadigung. Von den geringeren Leuten, die zu Preston gefangen worden, hatte man schon 30 bis 40 am Leben gestraft. Wenn man so mit den armen Bethörten verfuhr, durfte man gegen die Anstifter und Führer der Rebellion Schonung walten lassen? Und war es nicht geboten, jetzt allen Anhängern des Prätendenten durch die Hinrichtung der Hauptschuldigen einen heilsamen Schrecken einzujagen?

Indem nun die beiden Häuser des Parlaments sich mit dem Schicksal der sechs Lords befassen sollten, war auch die praktische Frage noch zu entscheiden, wer denn eigentlich in diesem Falle begnadigen könne. Mit dem einfachen Hinweise auf die *Act of Settlement* war es nicht gethan. Da hiess es freilich in bündigen Worten, „dass kein Gnadenakt unter dem grossen Siegel von England gestattet sei gegenüber einer durch die Communen im Parlamente erhobenen Anklage.“¹⁾ Mit andern Worten: das Begnadigungsrecht der Krone ruht, wo das Unterhaus als Kläger auftritt. Wenn darnach in solchem Falle die Begnadigung nur wieder vom Parlamente ausgehen konnte, indem dasselbe durch einen neuen Beschluss beider Häuser das frühere Urteil des Oberhauses gleichsam wieder aufhob oder doch seine Vollstreckung verhinderte, so wurde gleichwohl dieses Mal ein Einwand dagegen erhoben. Jener Gesetzesparagraph, sagten einige, nach welchem der König nicht wie sonst begnadigen darf, ist für den Fall erdacht worden, dass es sich um die Anklage eines verantwortlichen Ministers handelt, der also nicht durch den Souverän der verdienten Strafe entzogen werden soll. Die Bemerkung war vollkommen zutreffend; aber wie das Gesetz in seiner knappen Fassung nun einmal lautete, so konnte niemand bestreiten, dass es auch ebensogut in jedem andern Falle einer Anklage durch die Commons anwendbar sei. Und seltsamerweise waren ja dieses Mal gerade durch die Beschränkung des Begnadigungsrechtes der Krone die Wünsche der Regierung am bequemsten zu erfüllen. Weil der König nicht in die Lage kommen wollte, begnadigen zu können, so hatte man die Anklage durch das Unterhaus erheben lassen.

Jetzt aber wurde der Versuch gemacht, eben mit Hilfe jenes Paragraphen die Absichten der Minister dennoch zu durchkreuzen. Die Freunde der sechs Lords wollten den König nunmehr in die

¹⁾ *That no Pardon under the Great Seal of England be pleadable to an Impeachment by the Commons in Parliament.*

Lage bringen, begnadigen zu müssen. Das Parlament wurde mit Petitionen bestürmt; wenn es nun, diesen entsprechend, sich für die Begnadigung erklärte, so musste die Krone sich wohl anschliessen. Eine starke Neigung dazu war in beiden Häusern vorhanden. Denn den meisten Mitgliedern widerstrebte in der That der Gedanke, dass man dem Lande das furchtbare Schauspiel der Hinrichtung von sechs vornehmen Lords geben sollte. Der unselige Paragraph der *Act of Settlement* hatte übrigens die öffentliche Meinung vollkommen verwirrt. Im Volke hatte man eben nur noch die Empfindung, dass die Begnadigung Sache des Königs sei. Die beabsichtigte Verhandlung im Parlamente stellte sich also wie ein Versuch dar, dem Könige nur um so eindringlicher in's Gewissen zu reden. Auf die moralische Wirkung, welche man durch die blosser Verhandlung bei der Regierung zu erzielen hoffte, kam eigentlich mehr an, als auf die Rechtskraft der Beschlüsse, zu denen man möglicherweise gelangen würde.

In diesem Sinne war es nun der Regierung auch vornehmlich darum zu thun, die Sache im Parlamente gar nicht zur Sprache kommen zu lassen. Am 3. März gelang es wirklich, eine derartige Verhandlung zu unterdrücken. Doch am nächsten Tage begaben sich die Frauen der Verurtheilten in grosser Begleitung nach Westminster, um ihre Petitionen den beiden Häusern zur Berücksichtigung zu empfehlen. Und jetzt hatte die Regierung einen schweren Stand. Sie suchte alles Weitere abschneiden, indem sie in beiden Häusern den Antrag einer Vertagung bis zum 12. März, wenn also die Hinrichtung vorüber wäre, stellen liess. Gleichwohl war die Erörterung der Petitionen nicht zu verhindern. Im Unterhause, wo man doch kürzlich die Anklage beschlossen hatte, schien jetzt die Mehrheit für die Begnadigung zu sein. Auf die freiwillige Übergabe zu Preston ward verwiesen, die doch in der Hoffnung auf die Gnade des Königs erfolgt sei. Ob man denn mit Galgen und Schaffot Gnade erweise, fragte höhrend ein Abgeordneter.¹⁾ Zuletzt ward freilich die Vertagung bis zum 12. März beschlossen, aber nur mit einer Mehrheit von sieben Stimmen. Noch nie war die Stellung der Regierung in diesem Unterhause so schwach gewesen.

Bei den Lords erlitt sie sogar eine völlige Niederlage. Heftige Debatten entspannen sich darüber, ob die Petitionen in Erwägung zu ziehen seien, ob der Souverän in diesem Falle begnadigen könne, ob man eine Adresse an ihn richten solle. Die der Krone nahe-

¹⁾ Nach Bonet.

stehenden Pairs, vor allem Lord Townshend, wandten alles auf, um derartige Anträge zu Falle zu bringen. Sie hätten wohl auch wie im Unterhause eine schwache Mehrheit zusammengebracht, wenn nicht ein Mitglied der Regierung selbst, Lord Nottingham, auch hier, wie schon zwei Tage vorher im Kabinette, seine gewichtige Stimme zu gunsten der Verurteilten erhoben hätte. Er hoffe, sagte Nottingham, dass der König Gnade üben werde, wenn die Gefangenen Aussagen machten, ja sogar auch, wenn sie keine Aussagen machten.¹⁾ Der Antrag auf Vertagung ward verworfen, eine Adresse an den König beschlossen. Umsonst, dass die Getreuen der Regierung sich gegen den abtrünnigen Nottingham erhoben. Alles was sie zu erreichen vermochten, war, dass in der Adresse Georg I. nicht um Begnadigung, sondern nur um eine Frist gebeten wurde, und auch dieses nicht für alle sechs Lords, sondern nur für diejenigen unter ihnen, welche solcher Gunst würdig seien.

Ein wunderbares Schauspiel war es doch, wie also die beiden Körperschaften, welche soeben als Kläger und Richter aufgetreten waren, nun so grosse Neigung zur Milde bewiesen; die Krone hingegen, welche nicht einmal die Anklage selbst hatte führen wollen, jetzt ein strenges Gericht heischte. Das Parlament war der Ansicht, dass mit der Verkündigung des Todesurteils der Gerechtigkeit genug gethan sei; die Vollstreckung wäre unnötige Härte, wie sie der Krone nicht würdig sei. Diese aber sah sich schwer getäuscht. Sie hatte die Schuldigen vernichten wollen, ohne selbst Hand anzulegen. Jetzt fand sie sich in der Lage, sogar mehr Hass auf sich zu laden, wenn sie nun nicht begnadigte, als wenn sie gleich anfangs offen als Kläger hervorgetreten wäre. Manche wollten gar behaupten, Lechmere habe mit dem Klageantrag im Unterhause schon die Absicht verbunden, dass dadurch das Parlament die Möglichkeit erhalten solle, dem Könige den Wunsch einer Begnadigung mit grösserem Nachdrucke aussprechen zu können.

Wie dem auch sei, nach der Adresse des Oberhauses war es nicht mehr möglich, die Hinrichtung aller Verurteilten am vorbestimmten Tage zu vollstrecken. Der König erteilte den Lords zwar nur die kühl abweisende Antwort, er werde bei dieser wie jeder andern Gelegenheit dasjenige thun, was er der Würde der Krone und der Sicherheit der Nation am angemessensten finde. Am 6. März wurden jedoch nur zwei von den sechs Lords auf das Schaffot geführt. Die Hinrichtung der übrigen vier war auf unbe-

¹⁾ Diary of Lady Cowper.

stimmte Zeit verschoben. Der schuldigste Engländer und der schuldigste Schotte, Derwentwater und Kenmure, wurden ausersehen, ihre Empörung mit dem Tode zu büssen. Im Publikum wurde am meisten das Schicksal des noch jugendlichen Grafen Derwentwater bedauert. Er war der Sohn einer natürlichen Tochter Karls II., einer der reichsten Edelleute in England, um seines katholischen Glaubens willen auch von Rom und Frankreich hochgeschätzt. Bei der Untersuchung hatte er, wo man ihm seine Verbindung mit dem Prätendenten beweisen konnte, durch thörichtes Leugnen seine Sache erheblich verschlechtert. Lord Kenmure war Inhaber eines vom Grafen Mar erteilten Generalspatentes. Die beiden Delinquenten wussten ihre Fassung bis zum Tode zu bewahren. Derwentwater verlas auf dem Schaffotte eine Schrift, in der er sein Bedauern aussprach, dass er sich schuldig bekannt habe. Denn nie könne er einen andern König für rechtmässig halten als Jakob III. Möge jetzt sein Tod der Sache seines Königs zum Segen gereichen. Dann wolle er mit Freuden sein Leben hingeben. Auch Kenmure bekannte sich im Tode noch einmal zum Prätendenten. Dann fiel auch sein Haupt unter dem Streiche des Henkers.

Von den vier übrigen gefangenen Lords wollten die Minister keinen mehr hinrichten lassen. Ihnen haben die Standesgenossen im Oberhause das Leben gerettet. Graf Nithisdale freilich war der Gewalt der Regierung schon entzogen. Seine Gattin, welche alles versucht hatte, um für ihn die Gnade des Königs zu erlangen und welche nun nicht anders wusste, als dass ihr Mann am 6. März sterben solle, entschloss sich zu einer hochherzigen That, um sein Leben zu retten. Sie fand sich am Abende vor dem verhängnisvollen Tage im Tower ein, wie um ihren Gemahl zum letzten Male zu sehen. Dann aber blieb sie in seiner Zelle zurück; der Graf entfloh in den Kleidern seiner Frau. Durch die Hilfe eines Offiziers, den sie bestochen hatte, gelang es auch, den Betrug so lange zu verheimlichen, bis Nithisdale in Sicherheit war. So gross der Zorn der Regierung über die Flucht des Schuldigen war, sie verschmähte es doch, an der mutigen Frau, welche von ganz England bewundert wurde, Rache zu nehmen. Man gab ihr die Freiheit.¹⁾

Da auch die übrigen drei Gefangenen nicht am Leben gestraft

¹⁾ Rapin-Tindal (Haag 1749) XIII 120—21. Hoffmann 6. März 1716. Über die auch durch Bonet vertretene Version, es sei die Schwester, nicht die Gattin Nithisdales gewesen, vergl. den Appendix zum zweiten Bande von Mahons History.

wurden und nachdem Lord Wintoun zwar zum Tode verurteilt worden, aber aus dem Tower entkommen war, so blieben Derwentwater und Kenmure die einzigen Edelleute, welche ihre Rebellion auf dem Schaffotte büßen mussten. Man thut unrecht, dieses Strafgericht grausam und allzu blutig zu schelten. Es war gewiss unvermeidlich, um eine Wiederholung des Aufstandes zu verhindern. Eine traurige Notwendigkeit, so nannte es die mitfühlende Lady Cowper. Georg I. freilich, der vor sentimentalien Anwendlungen jederzeit sicher war, hätte am liebsten alle sechs Lords hinrichten lassen. Er war gewaltig erbost über Nottinghams Verhalten im Oberhause. Ein volles Einvernehmen hatte zwischen Nottingham und den übrigen Ministern wohl niemals bestanden.¹⁾ Von den Tories hatte er sich getrennt, aber sein Herz war nicht bei den Whigs. Anfangs war er mächtig durch seinen persönlichen Einfluss bei Georg I., mit dem er sich in französischer Sprache, wenn auch nicht immer ganz leicht, verständigen konnte. Seine Gegner wussten zu erzählen, wie er täglich anderthalb Stunden dem Könige Vortrag hielt und mit der treuherzigen Versicherung zu schliessen pflegte, er habe nach Pflicht und Gewissen Seiner Majestät die Wahrheit berichtet. Wollte der König seinem Rate nicht folgen, so unterwerfe er sich seinem besseren Urtheil. Die Kollegen im Kabinette arbeiteten diesem Einflusse fortwährend entgegen. Die deutschen Minister, noch whiggistischer als die Whigs, standen ihnen dabei treu zur Seite. Bernstorff erklärte schon im November 1714, mit Nottinghams Herrschaft werde es bald zu Ende sein. Die übrigen Minister wurden in ihrer Abneigung nur noch weiter bestärkt, als er sich wieder den Tories zu nähern begann. Beim Könige und dem Prinzen hatte er fortan nicht mehr viel Glück; dafür versuchte er mit Erfolg, der Prinzessin seine torystischen Grundsätze einzuprägen. Sie könne nicht einsehen, erklärte sie eines Tages ihrer Hofdame, warum ein Whig mehr des Königs Prärogative im Auge haben sollte als ein Tory. Jetzt, nach den Vorgängen im Oberhause, war Nottinghams Verbleiben im Kabinette nicht mehr möglich. Alle Schwierigkeiten, welche die Regierung während des Prozesses gefunden hatte, sagte Townshend, seien von Nottingham ausgegangen.²⁾ Der milde Lord Cowper meinte freilich, man solle es noch einmal mit ihm versuchen, doch Bernstorff erklärte, diese Gelegenheit dürfe keinesfalls unbenutzt bleiben. So erhielt denn

¹⁾ Das Folgende nach etlichen Angaben in Lady Cowper's Diary.

²⁾ Coxe, Walpole II 51.

Nottingham nebst seinem Bruder seine Entlassung, mit ihm gingen auch seine Söhne, welche gleichfalls Staatsämter bekleidet hatten.

Ihre neugewonnene Macht suchte die whiggistische Regierung nach Möglichkeit zu befestigen. Mit grösserer Schärfe verfuhr man gegen Nonjurors und Katholiken. Gegen die letzteren ward auch gesetzgeberisch vorgegangen. Durch eine eigene Akte ward die Vollziehung älterer Katholikengesetze beschlossen. Der kaiserliche Resident Hoffmann, voller Teilnahme für seine Glaubensgenossen, bemühte sich vergeblich, das Zustandekommen des Gesetzes noch zu verhindern, als es im Unterhause schon angenommen war. Zuletzt suchte er sich damit zu trösten, dass die Bill durch die Lords so viele Änderungen erfuhr, „dass die allzu grosse Schärfe und Hartigkeit davon ziemlichermassen benommen worden ist.“¹⁾

Von noch viel grösserer Wichtigkeit war ein anderes Gesetz, welches die Regierung Georgs I. im Jahre 1716 durchbrachte: die berühmte *Septennial Act*. Man darf sicherlich behaupten, dass die damit im englischen Verfassungsrechte getroffene Änderung überhaupt die bedeutendste Folge des jakobitischen Aufstandes gewesen ist.

Es handelte sich bei dem neuen Gesetze um eine Ausdehnung der Dauer eines jeden Parlaments, wir würden heute sagen, um eine Verlängerung der Legislaturperiode, von drei auf sieben Jahre. Ehedem hatte eine gesetzliche Schranke für die Dauer der Parlamente nicht bestanden, mit Ausnahme derjenigen, welche jedesmal durch den Tod des Souveräns gegeben war.²⁾ So hatte es denn, ohne dass ein Gesetz verletzt wurde, geschehen können, dass Karl II. ein ihm genehmes Parlament volle siebzehn Jahre hindurch nicht aufgelöst hatte. Die Erinnerung an diesen Missbrauch führte dazu, dass einige Jahre nach der glorreichen Revolution ein Gesetz, von den Lords ausgehend, in beiden Häusern zur Annahme gelangte, durch welches die Dauer aller Parlamente auf drei Jahre beschränkt wurde. Wilhelm III. sah aber darin einen Eingriff in seine Prärogative und versagte die Zustimmung. Doch die Bill ward noch zweimal eingebracht, 1694 stimmte der König zu. Fortan durfte kein Parlament länger als drei Jahre bestehen. Parlamente, hatte ein Redner gesagt, gleichen der Manna, welche Gott dem ausgewählten Volke gab. Sie war köstlich, während sie frisch war:

¹⁾ Hoffmann 10. Juli 1716.

²⁾ Die *Triennial Act* aus der Zeit Karls I. besagte nur, dass wenigstens alle drei Jahre ein Parlament zusammentreten müsse.

aber zu lange bewahrt, wurde sie stinkend und ekle Würmer entstanden durch die Fäulnis. Als die Triennial-Bill Gesetz wurde, erblickte man ihren Wert in der Sicherung der kürzeren Parlamentsdauer, der häufigeren Neuwahlen. Für die Verfassungsgeschichte erhält sie eine höhere Bedeutung durch den Umstand, dass jetzt überhaupt eine Zeitgrenze gegeben war, über welche hinaus die Dauer der Parlamente nicht mehr im Belieben der Krone lag: ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum parlamentarisch regierten Staate. Demgegenüber war die Frage, wie lange denn die Legislaturperioden sein sollten, fast von untergeordneter Bedeutung. Nur diese Frage ward 1716 von neuem zur Erörterung gestellt.

Von vornherein sei hier betont, dass die Septennial-Akte nicht durch die allgemeinen Gründe, welche dafür sprachen, ursprünglich veranlasst worden ist, sondern lediglich durch ein Bedürfnis der praktischen Politik. Die Whigs hatten den sehr natürlichen Wunsch, ihre Herrschaft auf lange hinaus zu sichern. Ohne die Mehrheit im Unterhause war dieselbe nicht zu behaupten. Nach der Triennial-Akte von 1694 musste aber schon nach zwei Jahren eine Neuwahl erfolgen. Es war keineswegs gewiss, dass dieselbe alsdann nach den Wünschen der Regierung ausfallen werde. Die Liebe des Volkes zu gewinnen hatte Georg I. bisher nicht verstanden. Die Ministeranklagen, die Truppenvermehrung, die mit mancherlei Härten verbundenen Massregeln zur Unterdrückung der Rebellion, das alles hatte, obwohl nichts ohne die Zustimmung des Parlaments unternommen war, gegen die herrschende Partei viel Unzufriedenheit erregt. Wenn auch die Mehrheit der Engländer von der Notwendigkeit, Georg I. auf dem Throne zu erhalten, überzeugt war, so konnten also die nächsten Wahlen doch leicht einen schweren Sturm gegen die eben an der Macht befindliche Partei entfesseln. Kein Zweifel, die Whigs würden in zwei Jahren mit den gewaltigsten Anstrengungen um die Behauptung ihrer Stellung zu ringen haben. Um dem aus dem Wege zu gehen, um die Neuwahlen noch um einige Jahre hinauszuschieben, verfielen sie auf die Septennial-Akte. Gründe genug für dieselbe waren vorhanden. Sie mussten nun das Rüstzeug abgeben in den Debatten der beiden Häuser. Und so sachlich dieselben auch geführt wurden, es war doch den Whigs vornehmlich darum zu thun, noch einige Jahre im ungestörten Besitze ihrer Macht zu bleiben, den Tories, gegen ihre Gegner bald den Angriff eröffnen zu können. Im Jahre 1713 war schon von den damals herrschenden Tories der Gedanke an die Aufhebung der Triennial-Akte erwogen

worden.¹⁾ Hätten sie Ernst damit gemacht, man würde aus ihrem Munde dieselben Argumente zur Anpreisung längerer Legislaturperioden vernommen haben, welche sie so eifrig bekämpften, als sie von ihren Gegnern, den Whigs, im Jahre 1716 vorgebracht wurden.

Aus alledem ergibt sich schon, was doch auch hervorgehoben werden muss, dass das neue Gesetz sogleich auf das eben vorhandene Parlament Anwendung finden sollte. Im Jahre 1715 berufen, sollte es, abgesehen von dem Falle einer früheren Auflösung durch die Krone, erst nach sieben Jahren, 1722, wieder auseinander gehen. Man darf billig die Frage aufwerfen, ob nicht darin eine Rechtsverletzung gelegen habe. Durfte ein auf drei Jahre gewähltes Parlament, ohne die Wähler zu fragen, seine Befugnisse auf sieben Jahre ausdehnen? Nach unseren heutigen Anschauungen wohl nicht. Wir haben im neuen Deutschland wie in Preussen eine Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre erlebt, aber jedesmal sollte die Änderung erst für den nächsten zu berufenden Reichstag oder Landtag Kraft gewinnen. Sicherlich würde man bei uns ein anderes Verfahren wie eine Rechtsverletzung, mindestens aber als groben Vertrauensbruch und einen Verstoss gegen den politischen Anstand empfunden haben. Und ebenso lagen die Dinge in England zu der Zeit, von der wir handeln.²⁾ Dass auch die Triennial-Akte noch nicht ein Menschenalter bestand, kann an der Frage nichts ändern. Denn sie war doch nun einmal vorhanden und mit ihr die Voraussetzung, dass jedes Unterhaus auf drei Jahre gewählt sei. Wurde das Gesetz geändert, so konnte doch jene Voraussetzung natürlich erst für das nächste zu berufende Parlament wegfallen.³⁾ Wohl ist dieses von den Gegnern des Gesetzes auch schon

¹⁾ Vgl. Thornton, Brunswick Accession p. 174, 177.

²⁾ Zu der Schärfe, mit welcher Mahon (I, 211) diesen Gedanken zurückweist, ist kein Grund vorhanden. Ich glaube überdies nicht, dass er ein Recht hat, Hallams Autorität für seine Auffassung in's Feld zu führen. Hallam spricht von dem Irrtum unwissender Leute, welche den Beschluss der Septennial-Akte als einen Verfassungsbruch bezeichneten. Doch soll sich dies nicht, wie Mahon meint, auf die Anwendung auf das eben vorhandene Parlament beziehen, sondern allgemein auf die Aufhebung der Triennial-Akte. Wir stimmen vollkommen mit Hallam darin überein, dass die 1694 beschlossene Triennial-Akte ebensogut wie jedes andere Gesetz von einem späteren Parlament aufgehoben oder abgeändert werden konnte. Und anders ist, nach dem Zusammenhange von Hallams Darstellung, die von Mahon angezogene Stelle gar nicht gemeint.

³⁾ Die Beweisführung von Blackstone, Commentaires (1809) I, 189 (66) scheint mir unhaltbar.

empfunden worden. Wenn dieses Unterhaus, sagte ein Redner 1716, sich selbst über die Zeit hinaus verlängert, für die es gewählt ist, so ist es alsdann keine Volksvertretung mehr, sondern eine durch sich selbst geschaffene Versammlung.¹⁾

Wenn man nun aber von dieser lediglich praktischen Frage absah, so mussten bei der Beratung der Vorlage alle die allgemeinen Erwägungen zur Sprache kommen, welche sich stets zu gunsten einer kürzeren oder längeren Dauer der Parlamente anführen lassen.

Bis auf die Unterschiede, welche durch Zeit und Ort gegeben werden, müssen doch, wo immer Parlamente vorhanden sind, die diesen Namen verdienen, auch die Grundideen die gleichen sein, welche für die Normen des parlamentarischen Lebens zur Voraussetzung dienen. Denn die menschliche Natur bleibt stets dieselbe. Da im Parlamente die Meinungen der Nation ihren Ausdruck finden sollen, liegt die Betrachtung am nächsten, dass die Körperschaft in kurzen Zwischenräumen zu wählen sei, damit auch unter wechselnden Umständen doch stets der Volkswille in den Beschlüssen der Versammlung sich wiederfinde. Auch scheint so die Gefahr am fernsten gerückt zu sein, dass die Mitglieder vergessen könnten, dass sie Abgeordnete der Nation sind. Und wenn bei längeren Legislaturperioden es der Regierung ja auch freisteht, das Ende derselben in wichtigen Fällen nicht abzuwarten, sondern schon früher die Entscheidung des Volks in einer neuen Wahl anzurufen, so steht es doch eben allein bei der Regierung, von diesem Rechte Gebrauch zu machen oder nicht. Sie hat natürlich auf der andern Seite auch die Freiheit, ein ihr günstiges Parlament bis zum Ablauf der Legislaturperiode beisammen zu lassen und die grössten möglichen Vorteile davon zu ziehen, selbst in dem Falle, wo die Nation in der Zusammensetzung der sie vertretenden Körperschaft nicht mehr den richtigen Ausdruck ihrer eigenen Meinungen zu erblicken vermöchte.

Es sind dem gegenüber vornehmlich Gesichtspunkte des praktischen Interesses, welche mit nicht geringerem Gewicht für eine längere Dauer der Parlamente aufgestellt werden. Die Wahlen erfordern jedesmal, selbst wenn der Wahlkampf in vernünftigen Grenzen gehalten wird, eine erhebliche Summe an Zeit und Geld. Um so besser wird es sein, je seltener der Nation dieser Aufwand

¹⁾ Parl. Hist. VII, 298. *That if this House of Commons continued themselves beyond the time for which they were chosen, they were no more the representatives of the people, but a House of their own making.*

zugemutet wird. Zugleich lässt der Wahlkampf — und dies ist das stärkste Argument zu Gunsten der längeren Perioden — die Gegensätze der Parteien am schärfsten hervortreten. Hier tummeln sich die politischen Leidenschaften am heftigsten. Jede Partei sucht die Massen auf ihre Seite zu ziehen und findet die Mittel dazu nicht nur in der Anpreisung des eigenen Programms, sondern oft ebensowohl in Angriffen auf die anderen. Die Absichten der Gegner werden entstellt, die Gehässigkeit wendet sich von der Sache zu den Personen. Beide werden mit einander verdächtigt und verleumdet. Und noch lange nach dem Wahlgange zittert in den an der Urne streitenden Bevölkerungsklassen die Erregung nach, erscheinen die immer vorhandenen Gegensätze so viel schroffer und unversöhnlicher. Mit einem Worte: der Wahlkampf ist ein Übel, das mit der Berufung gewählter Volksvertretungen untrennbar verbunden ist. Soll man dieses Übel gar so oft über ein Volk bringen, soll man nicht lieber die Wahl nur so selten erfolgen lassen, wie das Interesse der Nation es eben erträgt? Und ferner: die neuhinzukommenden Abgeordneten pflegen einer gewissen Schulung in den Gewohnheiten und der Arbeitsweise des Parlaments zu bedürfen, um ihr Urteil, ihre Kraft, ihren Fleiss zu voller, fruchtbarer Anwendung bringen zu können. Wie kann dies, sagt man, in kurzlebigen Parlamenten recht geschehen, wo man, wenn kaum die Gewöhnung an die regelmässige Arbeit erreicht ist, schon wieder an den nahenden Wahlgang zu denken hat?

Zu diesen Erwägungen allgemeiner Natur, welche wohl überall zur Sprache kommen müssen, wo es sich um die Frage der kürzeren oder längeren Legislaturperioden handelt, kamen nun in England noch besondere Gesichtspunkte hinzu, die sich aus den Verhältnissen der Zeit ergaben.

Um im Falle einer Niederlage, welche der Regierung höchst peinlich gewesen wäre, die Sache wenigstens kurz zu machen, beschloss sie, zuerst die Lords, dann erst die Commons damit zu befassen. Vom Oberhause waren mehr Schwierigkeiten zu erwarten; man musste also bald Klarheit über das Schicksal der Vorlage gewinnen. Im Unterhause wurde später allerdings der Vorwurf laut, die Lords hätten mit Unrecht die Initiative ergriffen in einer Sache, welche allein die Gemeinen angehe als Hüter der Rechte und Freiheiten des Volks. Aber die so sprachen, wurden schnell widerlegt durch die Bemerkung, dass auch die Triennial-Akte seiner Zeit vom Oberhause ausgegangen sei.

Der Herzog von Devonshire brachte am 21. April 1716 die
Michael, Engl. Geschichte.

Septennial-Bill vor das Oberhaus und teilte sogleich die wichtigsten Gründe mit, welche sich für dieselbe anführen liessen, die Aufregungen, die grossen Kosten häufiger Wahlen, selbst den Nutzen der Anwendbarkeit auf das gegenwärtige Parlament, da der Geist der Rebellion kaum gedämpft sei. Die Hauptdebatte entspann sich unter den Lords bei der zweiten Lesung am 25. April. Die Tories brachten alles vor, was einen vernünftigen Einwand abgeben konnte. Lange Parlamente, sagten sie, verstossen gegen den Geist der englischen Gesetze. Graf Nottingham, seit seiner Entlassung wieder ganz Tory, erklärte, die Verfassung verlange häufig wechselnde und fleissig tagende Parlamente. Ein anderer brachte jenen Einwand wieder vor, mit dem einst Swift den König Wilhelm für die Triennial-Bill zu gewinnen suchte.¹⁾ Das berühmte lange Parlament der Revolutionsgeschichte habe dem König nur Verderben gebracht. Viel war auch von dem siebzehnjährigen Parlamente Karls II. die Rede; die Tories behaupteten, er habe sich durch die Vernachlässigung des Volkes unbeliebt gemacht; nicht anders werde es Georg I. ergehen, wenn diese Bill Gesetz werde. Sie wird, sagte Graf Aylesford, Nottinghams Bruder, Zwietracht säen zwischen König und Volk. Die von dem Geiste der Rebellion noch drohenden Gefahren wollten die Tories nicht anerkennen. Und sollte selbst, meinte einer ihrer Redner, aus den Schlupfwinkeln der Rebellen ein Flüstern von Unzufriedenheit und Verrat hervordringen: es ist doch nicht in ihre Macht gegeben, Unheil zu stiften. Wenn endlich die Vorlage den Nutzen siebenjähriger Parlamente für die auswärtige Politik hervorhob, so wendete Nottingham sich mit bitterem Hohne auch gegen diese Behauptung. Wie werden denn, fragte er, fremde Fürsten mit uns Bündnisse schliessen wollen, wenn ihnen doch in der Einleitung der Bill gesagt wird, dass von der Partei der Papisten bei uns für Frieden und Sicherheit schwere Gefahren drohen?

Die Whigs vermochten ihren Gegnern gut Bescheid zu thun. Graf Isla wusste das Übel der häufigen Wahlen in lebhaften Farben zu schildern. Er brachte die im Parlamente schon stark auftretende Korruption mit den vielen Wahlkämpfen in Verbindung. Denn wenn ein Mann dabei sein Vermögen geopfert hat, wie es leicht schehen kann, so muss er eben sehen, wie er wieder zu seinem Gelde kommt. Häufige Wahlen befördern Laster und Ausschweifung, sie stiften unversöhnlichen Hass im Schosse der Familien, sie bringen

¹⁾ Vgl. Macaulay, History VII (Tauchnitz) 183.

die Regierung in Abhängigkeit von den Launen der Menge. Der Herzog von Argyle trat auf, um die Behauptung zu widerlegen, dass die Rebellion zu Ende sei. Die Empörer hätten nur ihr Hauptquartier von Perth nach Paris oder St. Germain verlegt.

Fünf Stunden hatte die Debatte gewährt. Endlich ward der Antrag, die Bill an eine Kommission zu verweisen, mit 96 gegen 61 Stimmen angenommen. Damit war die Annahme des Gesetzes im Oberhause schon entschieden. Sie geschah am 29. April mit 69 gegen 36 Stimmen. 24 Lords meldeten ihren Protest an.

Im Unterhause war die Regierung von Anfang an einer Mehrheit sicher. Der erste Redner für die Vorlage erklärte hoffnungsvoll, dass dieselbe geeignet sei, die politischen Parteien gänzlich aus der Welt zu schaffen. Und Sir Richard Steele führte denselben Gedanken weiter aus. Ähnlich wie wir auch in unserer Zeit gegen die kurzen Parlamente haben argumentieren hören, so erklärte er, bei dreijährigen Perioden gehe das erste Jahr hin über rachgierigen Beschlüssen und hitzigen Erörterungen der jüngsten Wahlen, das zweite ist der Arbeit gewidmet, aber mit einer starken Neigung, sich über das von früheren Parlamenten Geschaffene hinwegzusetzen, im dritten Jahre stehen die Mitglieder schon wieder unter dem Eindrucke der nahenden Wahlen. Von dem Nutzen der Vorlage für die auswärtige Politik gebrauchte er das Wort des älteren Sunderland, die Dreijährigkeits-Akte habe einen dreijährigen König, ein dreijähriges Ministerium, eine dreijährige Allianz geschaffen.

Die Gegner der Vorlage hatten keine Hoffnung zu siegen, aber ihre Einwände brachten sie doch mit grosser Eindringlichkeit vor. Ja auf ihrer Seite scheint, da Robert Walpole in der Sitzung fehlte, die grössere Beredsamkeit entwickelt worden zu sein. Shippen, ein charaktervoller Tory, der seine Meinung rückhaltlos, zuweilen allzu offen, herauszusagen liebte, bemerkte, dass die Bill über die schwierigste Stelle — er meinte das Oberhaus — schon hinweg sei. Aber dennoch müsse jetzt wenigstens die Freiheit der Rede walten. „Ist es doch vielleicht unser letzter Kampf für die Freiheiten derer, die wir hier vertreten.“ Die Vorlage, sagte Shippen, nennt die Gefahren, welche der Regierung von inneren und äusseren Feinden drohen. Aber wenn sich dies auf die Minister bezieht, was geht es uns an, ob sie sich beim Volke verhasst gemacht haben oder nicht? Sind sie für uns doch eher ein Gegenstand der Eifersucht als der Fürsorge. Soll es sich aber auf den König beziehen — und nur so kann es wirklich als ein Argument für die Vorlage gelten —, welcher ein beleidigender Gedanke, dass er die Liebe, mit

welcher ihm das Volk anfangs entgegenkam, so schnell verscherzt haben sollte. Und auch wie unwahr, denn die leichte und schnelle Unterdrückung der Rebellion lehrt deutlich, wie absolut Seine Majestät noch herrscht in den Herzen seiner Unterthanen. So suchte er eines der Argumente für die Bill nach dem andern zu widerlegen, um seinerseits eine Reihe von Gründen dagegen vorzubringen. Er verstieg sich in frühere Jahrhunderte englischer Geschichte, in die Regierungen Eduards I. und Richards II., nicht ohne in den gewöhnlichen Fehler zu verfallen, indem er die Voraussetzungen des parlamentarischen Lebens, wie er sie kannte, auch den alten Zeiten der Plantagenets unterschob. Wenn wir anders, meinte Shippen, aus Vergangenen auf Künftiges schliessen dürfen, so werden lange Parlamente notwendigerweise stets gefährlich oder verächtlich sein.

Ein anderer Redner gegen die Bill führte einige Sätze aus Lockes Abhandlungen über die Regierung an, wo es heisst, dass, wenn für die Dauer der gesetzgebenden Versammlung eine Grenze gesetzt sei, das Recht der Versammlung, wenn der Zeitpunkt da sei, an das Volk zurückfalle, welches es nun wieder in andere Hände legen könne. Auch Bromley, der Staatssekretär der Königin Anna, bekämpfte die Vorlage. Ein anderer Tory, Archibald Hutcheson, erinnerte daran, welche Aufregung es verursacht habe, als unter dem letzten Parlamente einmal das Gerücht auftauchte, die Triennial-Akte solle aufgehoben werden. „Ist es nicht ein schwerer Widerspruch, dieselben Männer, welche damals die heftigsten Gegner eines solchen Versuches waren, jetzt so eifrig für denselben eintreten zu sehen?“

Aber wie hätte alle Rednerkunst der Tories an der Haltung der Mehrheit etwas ändern sollen? Die Stellung der Parteien, das Ergebnis der Abstimmungen ist im parlamentarischen Leben oft schon entschieden, ehe noch die Debatten begonnen haben. Genug, wenn es den Tories gelang, ihre Anschauungen in's Publikum zu bringen. Und das wenigstens scheinen sie, nach der ausführlichen Überlieferung ihrer Reden zu schliessen, wohl verstanden zu haben. Eine Vorlage, welche wie diese im Parteiinteresse der Whigs lag, war einer starken Mehrheit sicher. Elf Stunden lang hatte die Debatte, welcher der Prinz von Wales und viele Lords als Zuhörer beiwohnten, gewährt. Nahezu 40 Abgeordnete¹⁾

¹⁾ Hoffmann sagt, es seien mehr als 40 gewesen. Die Aufzählung in der Parl. Hist. VII 310–11 giebt die Namen von 38 Rednern. Vgl. über diese Debatte auch den kurzen Bericht bei Coxe, Walpole II 62–64.

hatten sich an der Redeschlacht beteiligt. Endlich erfolgte dem Antrage des ersten Redners gemäss die Verweisung an eine Kommission des ganzen Hauses. In der Kommission wusste Stanhope einem Versuche, die Vorlage noch zu Falle zu bringen, geschickt zu begegnen. Die Annahme in dritter Lesung geschah bei den Commons am 7. Mai. Nur 121 Stimmen wurden dagegen abgegeben.

So wurde die Septennial-Akte Gesetz, welche bis auf den heutigen Tag in Geltung ist und die Dauer der Parlamente bestimmt. Höchst bedenklich war die erste Anwendung des Gesetzes, aber umso segensvoller seine Wirkungen in der Geschichte. Auch unter den Whigs waren viele gewesen, welche bei den Vorberatungen sich kein Herz fassen konnten zu dieser Vorlage, welche mit ihren freiheitlichen Grundsätzen im Widerspruche zu stehen schien. Aber der praktische Nutzen war so gross, dass die Bedenken im eigenen Lager zum Schweigen gebracht wurden. Für schwache Gemüter mag es ein tröstlicher Gedanke gewesen sein, dass der grosse Somers noch kurz vor seinem Hinscheiden — er starb im Mai 1716 — sich Townshend gegenüber mit aller Wärme für die Septennial-Bill aussprach.¹⁾ Und wie sollte er auch nicht? Das System, das durch die glorreiche Revolution begründet, mit der Durchsetzung der protestantischen Thronfolge zum vollen Siege gelangt war, hat in der Septennial-Akte eine neue Stütze erhalten. Wie die Whigs bei dieser Entwicklung im Vordergrunde gestanden hatten, so kam die Frucht derselben auch ihnen vorzüglich zu gute. Wir dürfen wohl hier schon erklären, dass ohne die Septennial-Akte von 1716 die lange Whigherrschaft der folgenden Jahrzehnte schwer zu denken wäre.

Im englischen Verfassungsleben war die wichtigste Folge des Gesetzes nicht so sehr eine Erhöhung der königlichen Macht wie eine Stärkung des Unterhauses. Von hier an, so erklärte ein sachkundiger Urteiler²⁾, datierte die Emanzipierung der Commons von der Krone und dem Oberhause. Über das letztere haben wir nichts hinzuzufügen. Was die Stellung zur Krone betrifft, so wuchs nun das Unterhaus immer mehr in jene uns Modernen wohlbekannte Rolle hinein, in welcher es durch den Charakter seiner Mehrheit den bestimmenden Einfluss auf die Bildung des Kabinetts behauptet.

¹⁾ Coxe, Walpole I 75–76.

²⁾ Onslow bei Coxe, Walpole I 75.

Versuche zur Beseitigung der Septennial-Akte sind in späterer Zeit wohl gemacht, aber vereitelt worden. Die Siebenjährigkeit der Parlamente blieb bestehen.

Man darf bei der Vorbildlichkeit der englischen Einrichtungen für die festländischen auch allgemein den Beschluss der Septennial-Akte mit den 1716 angestellten Erörterungen und mit den immer nachwirkenden Folgen als ein höchst wichtiges Ereignis in der modernen Verfassungsgeschichte bezeichnen.

Die Regierung Georgs I. spürte sofort die günstigen Wirkungen. Ihr Ansehen war mit einem Schläge unendlich gewachsen. Das neugewonnene Vertrauen des Volkes fand einen beredten Ausdruck in dem plötzlichen Steigen der Kurse aller Staatspapiere.¹⁾ In den Kreisen der Regierung meinte man den Wert des Gesetzes gar nicht hoch genug anschlagen zu können. Selbst eine Verbesserung der Sitten versprach man sich davon.²⁾ Stolz und zuversichtlich trat man auch dem Auslande gegenüber. Die Lage Seiner Majestät, schrieb Stanhope nach Spanien³⁾, ist Gott sei Dank, gegenwärtig sicherer und glücklicher als die hoffnungsvollsten seiner Diener jemals erwarteten.

Jetzt brauchte Georg I. sich auch die Erfüllung eines Wunsches nicht mehr zu versagen, den er lange gehegt hatte: die Reise in die Heimat.

Seit jenem thränenreichen Abschied aus Hannover im September 1714 hatte er sein Stammland nicht wieder gesehen. Unter den Kämpfen der englischen Parteien, bei den Gefahren der Rebellion mag er sich oft genug zurückgesehnt haben in die Ruhe seines Kurfürstentums, wo es kein Parlament und keine Tories gab, die ihm das Leben und Regieren sauer machten. Für den Sommer 1715 hatte Georg mit Bestimmtheit die Reise nach Hannover in Aussicht genommen⁴⁾: da kam der jakobitische Aufstand und heischte seine Anwesenheit im Königreiche. Nun, da die Ruhe hergestellt war, vermochte ihn nichts mehr in England festzuhalten. Er befahl seinen Ministern, die Form einer Regentschaft während seiner Abwesenheit in Erwägung zu ziehen. Sie legten ihm statt dessen noch einmal die Gründe dar, welche sich gegen die Reise geltend machen liessen.⁵⁾ Dass der Geist der Rebellion nicht ausgerottet sei, dass

¹⁾ Hoffmann 8. Mai 1716. W. St. A.

²⁾ Bonet 27. Apr./8. Mai 1716. G. St. A.

³⁾ Stanhope an Bubb. 17. Mai (a. St.) 1716. R. O.

⁴⁾ Bonet 5./16. April 1715.

⁵⁾ Vgl. den Brief von Townshend an Bernstorff bei Coxe, Walpole II, 51 ff.

dies nur geschehen könne, durch das stille Wirken der königlichen Organe in allen Zweigen der Verwaltung. Dazu aber sei der stärkende Einfluss der Gegenwart des Königs unentbehrlich. Auf Georg I. übte freilich dieser Einwand keine grosse Wirkung aus. Und was die Minister daneben bemerkten von den ungünstigen Folgen für die auswärtige Politik, war nicht einmal völlig zutreffend. Das Bündnis mit dem Kaiser, auf welches so hoher Wert gelegt wurde, kam, wie wir bald erfahren werden, eben in diesen Wochen, als der König noch in London war, zum Abschluss. Im Auslande aber brachte die Reise Georgs I. eher eine günstige Vorstellung von seiner Macht hervor. Wie stark musste sein Thron befestigt sein, wenn er es wagen durfte, auf Monate sein Königreich zu verlassen.

Georg war entschlossen, sich durch nichts zurückhalten zu lassen. Immerhin waren einige Schwierigkeiten zu überwinden. Zunächst stand jener Paragraph der *Act of Settlement* im Wege welcher dem Könige die peinliche Verpflichtung auflegte, zu jeder Reise, die er in's Ausland unternehmen wollte, vorher die Zustimmung des Parlaments zu erbitten. Jetzt, wo der Fall zum ersten Male eintrat, fühlte jedermann sogleich, dass man eine solche Demütigung dem Souverän nicht zumuten dürfe. Statt den König als einen Bittenden dem Parlamente nahen zu sehen, schien es angemessener, die unangenehme Klausel gänzlich zu streichen. Es geschah durch einstimmigen Beschluss, ohne dass der geringste Widerspruch laut wurde. Die Tories, welche ja die Hoffnung nicht aufgegeben hatten, auch unter dem Hause Hannover noch einmal die Regierungspartei zu werden, hüteten sich wohl, dem Monarchen in dieser seiner persönlichsten Angelegenheit zuwider zu sein.¹⁾

Eine grössere Schwierigkeit²⁾ entsprang aus der Eifersucht zwischen Georg I. und seinem Sohne. Wenn der König auf Monate das Reich verlassen wollte, so war es unumgänglich, unterdessen für eine genügende Stellvertretung zu sorgen. Dennoch widerstrebte es dem Monarchen auf's äusserste, dem Prinzen von Wales eine förmliche Regentschaft mit allen Rechten der Souveränität zu übertragen. Die Minister belehrten ihn freilich, dass es gegen alles Herkommen sein würde, dem Prinzen andere Personen an die Seite

¹⁾ Mahons Erklärung I 220 scheint mir nicht zutreffend.

²⁾ Das Folgende vornehmlich nach den Berichten Bonets und Hoffmanns und dem Diary of Lady Cowper.

zu stellen, mit denen er seine Macht zu teilen haben würde. Aber wenigstens gab der König ihm nun keinen andern als den recht altertümlich klingenden Titel eines Reichsvormundes und Statthalters (*Guardian of the Realm and Lieutenant*), den seit dem schwarzen Prinzen kein anderer mehr geführt hatte.¹⁾ Als dies festgesetzt war, erhob sich neuer Streit über die Form und die Rechte der Stellvertretung. Der Prinz weigerte sich hartnäckig, sich irgend welchen Beschränkungen zu unterwerfen. Schon war die Thronrede entworfen, mit welcher der König die Session des Parlaments demnächst schliessen wollte. Er sprach darin von seiner bevorstehenden Reise nach Deutschland und von der Statthalterschaft des Prinzen. Aber als die Stunde herankam, wo dies öffentlich verkündet werden sollte, war der Streit zwischen Vater und Sohn noch nicht geschlichtet. Man wollte die Verlesung der Thronrede verschieben; Graf Sunderland forderte, dass die auf den Prinzen bezügliche Stelle gestrichen werde; der König sprach davon, seine Reise ganz aufgeben zu wollen. Die Verhandlungen gingen hin und her, Bernstorff führte sie im Namen des Königs, Cowper handelte als Vertrauensmann des Prinzen. Eine halbe Stunde vor der Sitzung des Parlaments gab der Prinz nach; die Thronrede ward in der Form des Entwurfs verlesen.

Aber der Hader währte gleichwohl fort. Der König wollte seinen Sohn noch ferner demütigen, auch Hofintriguen und Feindseligkeiten unter den Grossen erschwerten die Lösung. Georg August stand in naher Freundschaft mit dem Herzoge von Argyle, dessen Kriegführung in Schottland so geringen Beifall bei Hofe gefunden hatte. Die Minister wollten ihn um jeden Preis aus der Umgebung des Prinzen Statthalters entfernen. Innerhalb der whiggistischen Regierung sollte die Feindschaft der beiden Cliques Marlboroughs und Argyles jetzt zum Austrage kommen. Marlborough selbst war jüngst von einem Schlaganfall heimgesucht worden, dessen Folgen er noch nicht überwunden hatte. Aber andere führten den Kampf für ihn. Sein getreuer Cadogan that das seinige, um jetzt Argyles Stellung in St. James's, wie kürzlich im Felde, zu erschüttern. Sogar von einer Herausforderung, die Argyle dem verhassten Gegner gesandt haben sollte, wusste die Hofgesellschaft sich zu erzählen. Um Argyles Einfluss zu beseitigen, genügte es aber nicht, ihm seine politischen Ämter zu nehmen — er war noch höchster Befehlshaber der königlichen Truppen in

¹⁾ Vgl. Coxe, Walpole I 79.

Schottland — man musste auch den Prinzen bewegen, ihn als Kammerherrn aus seinem persönlichen Dienste zu entlassen. Solange das nicht geschah, glaubte man, dass unter des Prinzen Statthalterschaft der Herzog von Argyle mächtiger sein werde als die Minister. Der König selbst legte der Sache die höchste Bedeutung bei. Er forderte gebieterisch, dass sein Sohn sich von Argyle trenne. Er drohte, sonst seinen Bruder Ernst August aus Hannover kommen zu lassen und ihn zum Statthalter und Herzog von York zu machen.¹⁾ Dem Prinzen blieb nichts übrig als nachzugeben. Argyle und sein Bruder wurden ihrer Ämter entsetzt; Georg August liess sich von seinem Freunde den goldenen Kammerherrn-Schlüssel zurückgeben.

Nachdem man dieses erreicht hatte, war die Stellung des Prinzen Statthalters in der That so weit eingeengt, dass der König nunmehr sicher sein durfte, dass auch in seiner Abwesenheit die Regierung in seinem und seiner whiggistischen Minister Sinne weitergeführt würde. Die Beschränkungen, welche der Macht des Statthalters aufgelegt wurden, erhielten noch eine grundsätzliche Bedeutung, indem Georg I. erklärte, es solle der Massstab damit gegeben sein für die gewiss oft wiederkehrenden Fälle, „wo die Fürsten aus unserer Familie ihre deutschen Staaten besuchen werden.“ Er habe also, fügte der König mehr freundlich als aufrichtig hinzu, aus Rücksicht auf die Nachkommen und die der Krone möglicherweise drohenden Gefahren, seinem Sohne nicht so grosse Vollmachten erteilen können, wie es seinem Vertrauen zu ihm entsprochen haben würde.

Die Beschränkungen²⁾ bezogen sich zunächst auf die auswärtige Politik, in welcher der Prinz keine Entscheidung ohne den König treffen sollte. In diesem Punkte hatte Georg August übrigens eine selbständigere Stellung gar nicht beansprucht.³⁾ Was ihn aber vor allem kränkte, war das Verbot, kein wichtigeres Amt aus eigener Machtvollkommenheit besetzen zu sollen, keine Stelle im Kabinett oder im Geheimen Rate, im königlichen Hause, im Schatzamt oder in der Admiralität. Er darf keinen Gouverneur, keinen Offizier

¹⁾ Vgl. auch den Brief Georgs I. an seinen Sohn: *Diary of Lady Cowper*. App. D.

²⁾ Eine Abschrift befindet sich unter den Coxe Papers (Vol. 56) im Brit. Mus. mit der Bezeichnung: *Restrictions for the Prince of Wales as Guardian of the Realm*. St. James's 5th July 1716. Übrigens ist das Schriftstück in französischer Sprache abgefasst.

³⁾ Hoffmann 10. Juli 1716.

vom Obersten aufwärts, für die Garde nicht einmal einen Lieutenant, ernennen. Von Interesse ist es auch, dass der Prinz angewiesen wurde, wenn das Parlament wieder zusammenträte, die Zustimmung zu jeder Bill, soweit es angängig sei, dem Könige vorzubehalten. Man weiss, dass unter dem Hause Hannover die Zustimmung des Souveräns zu den im Parlamente angenommenen Gesetzen nie mehr versagt worden ist. Hier sehen wir, dass sich die Krone dieser Notwendigkeit, wenn wir es so nennen dürfen, doch noch keineswegs bewusst war. Denn der König wollte die Entscheidung in jedem einzelnen Falle vor sich bringen lassen. Und ob er wirklich in der Lage sei, sie noch nach eigenem Ermessen auszuüben, darüber mögen ihm wohl gar keine Zweifel aufgestiegen sein.

Einige wichtige Ernennungen wurden noch vor der Abreise durch den König selbst vollzogen. An die Stelle des jüngst entlassenen Nottingham trat als Präsident des Geheimen Rates der Herzog von Devonshire, einer der wenigen Männer, die der König stets redlich befunden zu haben meinte. Kürzlich hatte er sich ein Verdienst um die Krone erworben, indem er den Antrag der siebenjährigen Parlamente vor das Oberhaus brachte. Als höchster Befehlshaber aller schottischen Truppen wurde General Carpenter der Nachfolger Argyles. Stanhope sollte als einziger unter den englischen Ministern den König nach Hannover begleiten. Zum Zwecke der Stellvertretung ward Paul Methuen, der im vorigen Jahre von seiner Gesandtschaft aus Spanien zurückgekehrt war, zum Staatssekretär neben Townshend ernannt. Dass diesem nicht einfach die Geschäfte Stanhopes neben den seinigen übertragen wurden, schien auf eine lange Abwesenheit des Königs schliessen zu lassen. Townshend und Methuen sollten regelmässig amtliche Depeschen nach Hannover senden, so etwa wie die an fremden Höfen beglaubigten Gesandten an ihre Regierung schreiben. Durch Stanhope würden dann die Entscheidungen des Königs nach London gelangen. Daneben wurde aber noch eine andere Korrespondenz eingerichtet, die fast noch wichtiger schien. Im Auftrage der beiden Londoner Staatssekretäre musste ihr Vertrauensmann Stephan Poyntz geheime Berichte an Stanhopes Adresse schreiben, die lediglich für diesen und den König selbst bestimmt waren.¹⁾ Durch Kuriere wurden sie gesandt, kein fremdes Auge durfte einen Blick hinein-

¹⁾ Vgl. Coxe, Walpole II 55.

werfen. Der Inhalt der vorliegenden Berichte lässt erkennen, dass sie auch vor dem Prinzen geheim gehalten wurden, ja dass gerade auch die Absicht damit verbunden war, dem Könige sichere Nachrichten über das Wohlverhalten seines Sohnes zukommen zu lassen. So war für die ordentliche Erledigung der Geschäfte für die Zeit von sechs Monaten, die Georg etwa auf dem Festlande zu bleiben gedachte, hinlänglich Sorge getragen. Die Minister hatten nur die Furcht, dass der König nicht rechtzeitig zurückkehren werde. „Ich hoffe,“ schrieb Sunderland, „wir werden ihn mit dem Beginn des Winters wieder hier sehen, denn sonst giebt es nichts als Unheil und Verwirrung.“

Endlich war alles soweit geordnet, dass der Reise des Königs nichts mehr im Wege stand. Er war in glücklichster Stimmung, als der Tag des Abschieds herannahte. Lady Cowper wünschte ihm beim Empfange am 16. Juli eine gute Reise und baldige Rückkehr. Georg machte ein Gesicht, als ob er den letzten Teil ihrer Rede überflüssig finde. Am nächsten Tage erhielten alle fremden Gesandten Abschiedsaudienzen; nur die von Dänemark und Polen sollten dem Könige nach Hannover folgen.¹⁾ Den Abend vor der Abreise verbrachte Georg zum Zeichen der Versöhnung in den Gemächern der Prinzessin²⁾ und traf selbst mit seinem Sohne daselbst zusammen, was er ja bisher stets so ängstlich vermieden hatte. Am Morgen des 18. Juli verliess der König St. James's. Vor dem Palaste umarmte er vor aller Augen den Prinzen von Wales; die Welt sollte erkennen, dass die beiden ersten Männer des Reiches im Frieden von einander gingen. Der Prinz fuhr an der Seite des Vaters zum Tower und bestieg auch mit ihm ein Boot, das beide nach Gravesend brachte. Auf der Yacht, welche den König über das Meer führen sollte, küsste der Prinz kniend seine Hand und zeigte dabei, wie unser Berichterstatter sich ausdrückt, „die Augen voller Zähren.“

Solange der König auf dem Meere war, galt die Fiktion, dass er sich noch im Königreiche befinde; so buchstäblich ward das *Dominium maris* verstanden, welches der britischen Nation zustehe. Erst als die Nachricht eintraf, der Monarch sei in Holland gelandet, trat der Prinz förmlich die Stellvertretung an.

Georg I. legte die Reise glücklich zurück. Am 26. Juli kam er in Hannover an. Wie gern hatte er den Staub seines Insel-

¹⁾ Hoffmann 17. Juli 1716.

²⁾ Bonet 10. 21. Juli 1716.

reiches von den Füßen geschüttelt. Hier, in seinem Kurfürstentume war er eines Stammes mit seinen Unterthanen, hier war er altvertraut mit der Sitte und der Sprache des Landes, hier war er freier Herr, dem in seinem fürstlichen Walten niemand in den Weg treten durfte. Der König, schrieb Lord Stair¹⁾ aus Paris, wird froh sein, wieder die deutsche Luft zu atmen nach all den Aufregungen, welche unsere Insel über ihn gebracht hat.

England aber erfuhr jetzt noch in ganz anderem Sinne als unter dem Oranier, was es heisse, einen auswärtigen Fürsten zum Könige haben, dessen Herz nach wie vor seiner alten Heimat gehörte. Georg I. hatte sich seinem Königreiche entzogen, während dasselbe noch mancherlei Gefahren ausgesetzt war. Es war die erste in jener langen Reihe von Königsreisen nach dem Festlande, welche unter den beiden ersten Georgen eine so eigentümliche Rolle in der Geschichte Englands spielen. Lange Monate bleibt wohl der Monarch seinem Reiche fern. Er erscheint und verweilt in Hannover, meist nur von dem einen oder andern seiner britischen Minister begleitet. England scheint er völlig den Engländern überlassen zu haben. In der That trifft es aber nur für die innere Politik zu. Denn in der auswärtigen zeigt sich nun hier vorzüglich die wunderliche Vermengung englischer und hannövrischer Interessen, wie sie den persönlichen Neigungen dieser Fürsten entsprang. Sie denken als Kurfürsten und handeln doch als Könige. Mit Vorliebe ziehen sie hier, fern vom Parlamente und auch ziemlich frei von den bedenklichen Einreden der englischen Minister, die Fragen der grossen Politik vor ihr Forum. Sie verfügen über die Hilfskräfte Englands, sie schliessen manchmal Verträge, gehen Verbindlichkeiten ein, denen sich auch das Ministerium in London nachträglich kaum entziehen kann. So geht es unter den Regierungen Georgs I. und II. Einige der wichtigsten politischen Kombinationen dieser Jahrzehnte sind in Hannover entstanden. Erst unter dem dritten hannövrischen Könige wurde es anders. Georg III. war seit der Königin Anna der erste wahrhaft englische Souverän. Er vermochte, was seine beiden Vorgänger auf dem britischen Throne niemals verstanden hatten: das Kleinere dem Grösseren unterzuordnen. Kein sprechenderer Beweis dafür als die sonderbare Thatsache, dass er sein deutsches Kurfürstentum niemals betreten hat.

Georg I. aber meinte, als er zuerst wieder in Hannover weilte, nun dürfe er endlich frei die Hände regen. Durch ihn und Stan-

hope wurden wichtige Verhandlungen eröffnet, welche zwar die Beziehungen Englands zu den Mächten zum Gegenstande hatten, aber auch das Interesse des Kurstaats nicht vergassen. Doch ehe wir diesen Dingen näher treten, müssen wir sehen, zu welchen ansehnlichen Erfolgen die auswärtige Politik des Inselreiches es unter dem welfischen Könige bis dahin schon gebracht hatte. Durch den Sieg über die Rebellion und durch die Siebenjährigkeitsakte waren im eigenen Lande feste Stützen für den Thron Georgs I. geschaffen. Und unterdessen waren auch wertvolle Bündnisse mit dem Auslande geschlossen worden. Es versteht sich, dass beides im engsten Zusammenhange stand. Eine Regierung, welche stark ist in sich selbst, wird stets auch ein geschätzter Verbündeter für andere sein.

¹⁾ Stair an Robethon 27. Juli 1716. B. M.

Viertes Kapitel.

Der Barrière-Vertrag und das „alte System“.

Die wahrhaft schöpferischen Gedanken grosser Staatsmänner können der Nachwelt nicht verloren gehen. Mag man sich zeitweilig von ihnen entfernen: sie werden wieder aufleben und fortwirken, solange die Verhältnisse bestehen bleiben, für welche sie ersonnen waren.

Wilhelm III. hatte das Mittel gefunden, um die Staaten Europas gegen die Gewalt des übermächtigen Frankreich zu schützen. Das Bündnis der beiden Seemächte mit dem Hause Österreich war die Grundlage seines Systems gewesen. Dasselbe hatte zu den Siegen des spanischen Erbfolgekrieges geführt; fortan blieb es Jahrzehnte hindurch, bis zum Beginne des Siebenjährigen Krieges, die Richtschnur für die Politik der dem Hause Bourbon entgegenstehenden Mächte. Man nannte es bald schlechtweg das „alte System“.

Das im Jahre 1714 abgetretene Tory-Ministerium hatte sich freilich von der Politik des Oraniers abgewendet, hatte sich Frankreich genähert; die Entfremdung Österreichs war die Folge gewesen. Das hannövrise Regiment aber kehrte sogleich in die alten Bahnen zurück. Auch nach aussen wird das whiggistische Programm wieder verfolgt: Gegen Frankreich herrscht Misstrauen; Holland und Österreich sucht man dauernd an England zu fesseln. Da war es nun vor allem erforderlich, diese beiden Mächte unter einander zu versöhnen, die schwebende Streitfrage zu lösen: es galt, einen beiden Teilen genügenden Barrière-Vertrag zuwege zu bringen.

Noch aus der Zeit der spanischen Herrschaft in den belgischen Provinzen stammte jenes Recht der protestantischen Niederlande, eine Reihe von Festungen an der französischen Grenze mit ihren Truppen besetzt zu halten. Was die schwache Grossmacht Spanien nicht zu leisten vermochte, dem Eindringen französischer Heere in

die Niederlande vorzubeugen, das sollten jene holländischen Garnisonen bezwecken. In Nieuport und Mons, in Namur und Luxemburg wehte die Flagge der Generalstaaten. Wie ein Damm oder eine Barrière sollte dieser von den Holländern besetzte Festungsgürtel die Franzosen in Schranken halten und also gleichermassen den spanischen wie den freien protestantischen Niederlanden zum Schutze gereichen. Dieser Zweck war freilich vereitelt worden, als im Februar 1701 im vollen Frieden eine französische Armee unerwartet im Lande erschien und die holländischen Garnisonen überrumpelte. In denselben Festungen, deren Schutz ihnen anvertraut war, wurden sie nun durch französische Truppen gefangen gehalten. Nur durch die geforderte Anerkennung Philipps V. von Spanien vermochten die Generalstaaten ihre Soldaten aus der Gefangenschaft und aus dem Lande zu ziehen.

Dasselbe Jahr sah die Bildung der grossen Allianz gegen Frankreich. Die Haager Verbündeten verpflichteten sich in einem Artikel des Vertrages, alle Kräfte zur Eroberung der spanischen Niederlande anzustrengen, damit dieselben als ein Damm und ein Siegel oder, nach der gewöhnlichen Bezeichnung, als Barrière¹⁾ dienen möchten, durch welche Frankreich von den Vereinigten Niederlanden entfernt und getrennt gehalten werde. Obwohl hier geflissentlich die hergebrachte Ausdrucksweise beibehalten war, so ist es doch gewiss, dass die Generalstaaten etwas anderes dabei im Sinne hatten als die bloss Besetzung einiger Festungen, wie sie sich soeben als ein unzulänglicher Schutz herausgestellt hatte. Ihnen kam es auf den thatsächlichen Besitz eines guten Theiles der spanischen Niederlande an; für das Haus Österreich, welchem nach dem Vertrage die Herrschaft des Landes zufallen sollte, wäre nicht viel mehr übrig geblieben als die Pflichten der Landeshoheit. So lag schon in der Haager Allianz der Keim des künftigen Konfliktes.

Marlboroughs strahlender Sieg bei Ramillies brachte im Jahre 1706 den grössten Teil der belgischen Provinzen in die Hände der Verbündeten. Jetzt stand man vor der schwierigen Frage, was mit dem eroberten Lande zunächst zu beginnen sei. Dass man dasselbe auf die Dauer dem Hause Habsburg nicht werde vorenthalten können, war auch den seemächtlichen Politikern nicht zweifelhaft. Der Erzherzog Karl wurde also in den Niederlanden wie vordem in Spanien als Karl III. zum Könige ausgerufen. Doch wollten die Holländer und Engländer, welche mit ihren Waffen die Niederlande

¹⁾ *ut sint obex et repagulum, vulgo Barrière.*

erobert hatten, von einer habsburgischen Verwaltung vorläufig nichts hören. Der kaiserliche Gesandte bemühte sich vergeblich durchzudringen und ebensowenig Erfolg hatte die im Namen Karls VI. vorgenommene Ernennung Marlboroughs zum Statthalter der Niederlande. Der Herzog lehnte ab; die Holländer schrien über habsburgischen Verrat. Anfangs waren beide Seemächte gemeinschaftlich als Pfandinhaber des später den Österreichern einzuräumenden Gebietes aufgetreten. Dann hatten die Holländer die gesamte Verwaltung allein an sich gerissen. Von England forderten sie die Gewährleistung alles dessen, was sie als ihr Barrièrerecht in den belgischen Provinzen in Anspruch nehmen würden. Darüber war es zu Misshelligkeiten zwischen den beiden Pfandinhabern gekommen; die Frage der holländischen Barrière blieb jahrelang ungelöst. Auch ward die Lösung von keiner Seite übermäßig beschleunigt. Die Holländer konnten warten, denn inzwischen besaßen sie das ganze Land und verstanden es auszubeuten. England aber erblickte in der Vertagung der Sache ein sicheres Mittel, die Generalstaaten von einem Separatfrieden zurückzuhalten. Diese durften es jetzt auf einen Bruch mit ihrem Verbündeten jenseits des Kanals um so weniger ankommen lassen, als nur England ihnen diejenige Barrière geben konnte, welche sie beehrten und welche sie allen habsburgischen Ansprüchen zum Trotz zu erlangen hofften.

So zog sich die Entscheidung bis zum Jahre 1709 hin. Die Generalstaaten sahen sich endlich in der günstigen Lage von zwei Seiten umworben zu sein. Ludwig XIV. bot ihnen eine vorteilhafte Barrière, um sie zum Frieden zu bewegen; England suchte ihm darin zuvorzukommen, um sie bei dem Kriegsbündnisse festzuhalten. Lord Townshend wurde also bevollmächtigt, den Barrière-Vertrag zum Abschluss zu bringen. Die Holländer brachten darauf zunächst in das mit Frankreich geschlossene Mai-Präliminar eine Anerkennung ihres Anspruches. Fünf Monate später ward zwischen England und Holland der Barrière-Traktat vereinbart.¹⁾ Es war ein wechselseitiger Garantievertrag, denn jeder von beiden Teilen machte sich lediglich anheischig, dem andern mit aller Kraft zur Erlangung gewisser Vorteile behilflich zu sein, über die ihm doch selber eine Verfügung nicht zustand. Die englischen Whigs wollten für alle Zukunft dem Könige von Frankreich die Möglichkeit nehmen, das Haus Stuart emporzubringen. Darum mussten die Generalstaaten

¹⁾ Vgl. auch v. Noorden I 3 S. 598 ff. Gachard, Histoire de la Belgique au commencement du XVIII^e siècle (Bruxelles 1880) p. 210 ff.

sich zur Garantierung der protestantischen Thronfolge im Hause Hannover verstehen. Seinerseits verpflichtete England sich dafür, den Holländern alle diejenigen Plätze und Gebiete zu verschaffen, welche sie als die zu ihrer Sicherheit notwendige Barrière forderten und namhaft machten. Was unter diesem Namen der Herrschaft der Vereinigten Niederlande unterworfen werden sollte, übertraf nun aber alles, was frühere oder spätere Verträge den Holländern einräumten. Diese forderten und erhielten ausser demjenigen, was England ihnen entgegnetrug, auch noch die Vorteile, welche der Abschluss mit Frankreich ihnen gebracht haben würde. Eine Reihe von Festungen entlang der französischen Grenze, im Innern des Landes — sogar den Besitz von Dendermonde gestand ihnen Townshend, seine Instruktion überschreitend, zu — ja selbst an der Küste und im Norden, wurden den Generalstaaten überantwortet. Für die Unterhaltung der Garnisonen ward ihnen aus den Einkünften des Landes eine sichere Rente von einer Million Livres zugesagt. Wenn ferner der Verschluss der Schelde und anderer Wasserstrassen, wie der westfälische Friede ihn geschaffen hatte, fortbestehen sollte und dazu alle die flandrischen Häfen passierenden Waren holländischen Tarifen unterworfen wurden, so war dann auch die handelspolitische Unterwerfung der südlichen Niederlande unter die nördlichen ausgesprochen. Ja selbst der englische Handel ward davon betroffen. Am bedeutendsten war doch die militärische Stärkung der Holländer. Sie wurden, wenn dieser Vertrag Kraft gewann, die wahren Herren in den belgischen Provinzen. Ausser den Barrière-Festungen wurden ihnen nicht nur alle Plätze zugesprochen, welche eine auch ferner siegreiche Kriegführung den Franzosen noch entreissen würde: in besonderen Artikeln ward noch das Oberquartier von Geldern hinzugelegt und endlich den Generalstaaten das Recht erteilt, in die Citadelle von Lüttich, sowie in die kurkölnischen Festungen Huy und Bonn — natürlich ohne das Reich zu fragen — holländische Besatzungen zu legen.

Man brauchte nicht den Standpunkt der Österreicher zu teilen, welchen jede Bemessung der Barrière zu hoch erschien, um die Bedingungen dieses Vertrages ungeheuerlich zu finden. Prinz Eugen meinte schon im Frühjahr 1709 im Hinblick auf das englische Projekt für die Barrière, es sei für das Erzhaus ratsamer, die Herrschaft in den spanischen Niederlanden unter solchen Umständen gar nicht anzutreten. Vollends nach dem Abschlusse erfolgten laute Proteste der kaiserlichen Diplomaten. Die Holländer aber wiesen achselzuckend und mit versteckter Drohung auf die Möglich-

keit einer Verständigung mit Frankreich hin. Aber selbst in England war der Eindruck kein anderer, als dass man in der Nachgiebigkeit gegen die Republik zu weit gegangen sei. Townshend hatte in mehreren wichtigen Punkten seine Instruktion überschritten, und so zögerte das Ministerium in der That einige Zeit mit der Ratifizierung. Da aber Holland nichts aufgeben wollte und alsbald auch wieder Frankreichs Bemühungen um einen Sonderfrieden einsetzten, so musste man sich endlich doch zur Bestätigung des Vertrages entschliessen. Ihren wesentlichen Zweck hatte die herrschende Kriegspartei ja ohnehin erreicht: der Kampf musste mit Nachdruck fortgesetzt werden und gerade das in seinen militärischen Leistungen sonst so unzuverlässige Holland, für das ein Teil seines Gewinnes erst erstritten werden sollte, hatte von jetzt an das nächste Interesse daran. Immerhin hat der kluge Herzog von Marlborough, welcher die Macht der öffentlichen Meinung in England kannte, mit dem Barrière-Vertrage nichts gemein haben wollen. Als grossbritannischer Botschafter bei der Republik der Vereinigten Niederlande hätte er seine Unterschrift unter die Urkunde setzen müssen. Er hat es weder bei der förmlichen Unterzeichnung noch auch nachträglich gethan, dem Freiherrn von Heems erklärte er¹⁾, der Abschluss sei ohne sein Wissen erfolgt. Von der Notwendigkeit der Sache überzeugt, wollte er doch der Nation gegenüber die Verantwortung nicht übernehmen; er suchte sie auf fremde Schultern abzuwälzen.

Beim Abschlusse des Barrière-Vertrages von 1709 war die allgemeine Lage den Holländern günstig gewesen, und sie hatten Nutzen daraus zu ziehen gewusst. Es war aber natürlich, dass die gewonnenen Vorteile wieder in Frage gestellt wurden, sobald die politische Lage sich veränderte. Bei der endgültigen Abrechnung mochten dann die Generalstaaten sich etwas in ihren Hoffnungen getäuscht finden, wie es nachmals auch wirklich geschehen ist. Aber Eines blieb gleichwohl bestehen: die enge Verbindung der englischen Politik mit der Barrière-Frage. Der 1709 übernommenen Verpflichtung konnte fortan keine Regierung in England sich entziehen, gleichviel ob sie von Whigs oder Tories geleitet war. Stets konnten die Hochmögenden sich darauf berufen, dass England ihre Ansprüche dem Erzhause gegenüber vertreten müsse. In letzter Linie standen selbst die Grundrechte Grossbritanniens auf dem Spiele. An die belgische Barrière knüpfte der Vertrag die Gewährleistung der protestantischen Thronfolge.

¹⁾ Klopp XIII p. 351.

Der denkwürdige Ministerwechsel des Jahres 1710 veränderte die Haltung der Engländer in der Barrièrefrage sehr zu Ungunsten Hollands. Der Vertrag vom Oktober 1709 erschien den neuen Machthabern als einer der angreifbarsten Punkte in der Amtsführung ihrer whiggistischen Vorgänger. St. John legte ihn dem Unterhause vor, um sich in seinem weiteren Vorgehen auf eine Erklärung desselben stützen zu können; er liess sich auch durch die Einrede Bothmers nicht beirren, der für die protestantische Succession fürchtete, welche ja die Holländer in demselben Vertrage garantiert hatten. Das Unterhaus blickte namentlich auf die Schädigung des britischen Handels, und sein Beschluss lautete so scharf wie möglich. Townshend und alle, die an dem Vertrage teilhatten, seien Feinde der Königin und des Reiches. In den mannigfachen Verhandlungen, welche endlich in dem Utrechter Frieden ihren Abschluss fanden, bildete nun die Barrière einen der wesentlichsten Streitpunkte. Schon aus dem Grunde mussten die Holländer ihre Forderungen beträchtlich einschränken, weil man jetzt dem Könige von Frankreich nicht zu schwere Opfer zumuten wollte. War der Vertrag von 1709 die Folge der den Generalstaaten günstigen Lage gewesen, so waren es jetzt die veränderten Weltverhältnisse, welche den Charakter des neuen Barrière-Vertrages bestimmten. Eine Anzahl wichtiger Plätze, welche im Jahre 1709 zur Barriere geschlagen worden waren, wurden jetzt gestrichen, teils solche, welche man Frankreich nicht mehr nehmen konnte und wollte, teils auch solche, auf welchen die Stärke der holländischen Stellung in Belgien beruhte. Es konnte nicht mehr davon die Rede sein, dass König Ludwig Festungen wie Lille, Condé und Valenciennes den Generalstaaten hätte überlassen sollen. Aber auch auf Nieupoort leisteten sie Verzicht, und das schien ein Zugeständnis an die Handelsinteressen Englands. Den Besitz von Dendermonde und anderen Plätzen im Innern mussten sie aufgeben und verloren damit an Stärke gegenüber der künftigen österreichischen Verwaltung. Immerhin gab ihnen auch der in Utrecht geschlossene Barrière-Vertrag noch ein Erkleckliches an wirklichem Besitz und an Rechten in den belgischen Provinzen. Eine stattliche Reihe von ansehnlichen Festungen wie Furnes, Ypres, Menin, Mons, Charleroi, Namur und die Citadelle von Gent kamen in ihre Hände, selbst Tournai, um das lange gestritten worden. Auch die schon 1709 getroffene Bestimmung wurde wiederholt, dass in denjenigen Gebietsteilen, welche beim Tode Karls II. nicht zu den Niederlanden gehört, vielmehr erst durch den Krieg den Franzosen entrissen seien, die öffentlichen

Einkünfte in allen zur Barrière geschlagenen Plätzen von den Holländern erhoben werden sollten. Nur die Kosten der den Österreichern zustehenden Civilverwaltung wurden dieses Mal ausdrücklich davon ausgenommen. Auch die handelspolitische Stellung der Holländer blieb in den belgischen Provinzen noch stark genug. Der Scheldeverschluss war freilich in dem Vertrage nicht wieder genannt, aber durch die Forts la Perle, Damme und St. Donas, durch Schloss Gent und die Befestigungen von St. Philippe und Knocke beherrschten sie die wichtigsten Handelsstrassen.

Auf der andern Seite ward den Unterthanen der Königin von England auch für die Zukunft der Genuss aller der Rechte, Begünstigungen und Freiheiten zugesichert, die sie für ihren Handel in den spanischen Niederlanden, bei Einfuhr und Ausfuhr, früher besessen hatten. Sie sollten im besonderen dieselbe Stellung in den belgischen Provinzen haben wie die handeltreibenden Unterthanen der hochmögenden Herren. Auch die protestantische Succession ward wiederum durch die Generalstaaten garantiert. Der Barrière-Traktat von 1713 hatte ebenso wie der 1709 geschlossene den Charakter eines gegenseitigen Garantie-Vertrages.

In solcher Gestalt also verbanden sich die beiden Seemächte zur Gewährleistung ihrer wichtigsten Interessen; beide legten sich Verpflichtungen für ihr künftiges Handeln auf. Die Zusage der Generalstaaten wurde erst wirksam, wenn sich ein innerer oder äusserer Feind gegen die protestantische Thronfolge in Grossbritannien erhob; und auch alle jene für die Holländer so vorteilhaften Bestimmungen traten erst in Kraft, wenn der künftige Besitzer des Landes, Kaiser Karl VI. sie anerkannte. Diese Anerkennung herbeizuschaffen, machte England sich im elften Artikel des Vertrages ausdrücklich anheischig; ja eben darin bestand die wesentliche Verpflichtung, welche es durch den Barrière-Traktat auf sich nahm: der Kaiser soll zum Abschlusse eines mit diesem übereinstimmenden Vertrages mit den Generalstaaten bewogen werden und England wird ihn — nämlich den künftigen und endgültigen Barrière-Vertrag — garantieren.

Welche Schwierigkeiten waren aber zu überwinden, ehe man an dieses Ziel gelangen konnte! Warum denn sollte der Kaiser — er nahm ja nicht einmal an dem allgemeinen Friedensschlusse teil — den Holländern eine so mächtige Stellung in seinen Niederlanden einräumen? Im 17. Jahrhundert, als die wenigen spanischen Truppen in der That keinen genügenden Schutz gegen das mächtige Frankreich boten, da hatte die Barrière noch einen guten Sinn ge-

habt. Das kriegstüchtige Österreich aber bedurfte der holländischen Hilfe nicht. Auch hatte die Barrière, wie die Generalstaaten sie jetzt forderten, nicht mehr die Bedeutung von ehemals. Die altüberlieferte Politik der Union war es gewesen, ihr Gebiet mit einer Kette starker Aussenposten zu umgeben, um jeden Angreifer in sicherer Entfernung halten zu können. Dieses Mal aber verband sich mit diesem Bestreben die gemeine Eroberungslust; ein kleines Königreich, wie Marlborough es genannt hatte, wollten die Holländer als ihren Anteil aus den in Zukunft österreichischen Niederlanden herauschneiden.

Solange der Kaiser nicht seinen Frieden mit Frankreich gemacht hatte, war natürlicherweise an eine Regelung der Barrière nicht zu denken. Aber selbst als dieses Hindernis im Jahre 1714 beseitigt war, wollten die Holländer nicht in der durch den Vertrag von 1713 vorgezeichneten Weise verfahren. Damals waren die Beziehungen der Generalstaaten zu England so unfreundlicher Natur, dass sie selbst in direkter Verhandlung mit dem Kaiser weiter zu kommen meinten als mit der englischen Vermittelung. In London ward es allerdings sehr übel vermerkt, als man sich übergangen sah. Der englische Gesandte im Haag, Lord Strafford, musste im Juli 1714 die Hochmögenden auf das Unpassende ihres Vorgehens aufmerksam machen.¹⁾ Wenn die Königin einmal durch den Vertrag verpflichtet sei, ihnen eine Barrière zu verschaffen und hinterher den ruhigen Genuss derselben zu sichern, so könne sie auch verlangen über die zu diesem Zwecke ergriffenen Massregeln unterrichtet zu werden. Und es sei ein bedenklicher Irrtum auf seiten der Holländer, zu glauben, England werde blindlings die Garantie für einen Akt übernehmen, an dem es keinen Teil gehabt habe. Dagegen würden sie erfahren, dass die Königin für die Handelsinteressen ihrer eigenen Unterthanen sehr wohl zu sorgen wissen werde. Solche Mahnungen verfehlten ihren Eindruck nicht, und bereits eine Woche später war man in London mit der Haltung der Generalstaaten vollkommen zufrieden.²⁾

Nachdem abermals eine Woche verflossen war, lag die Königin Anna auf dem Totenbette. Wir wissen bereits, dass seit dieser Zeit eine neue Annäherung zwischen den beiden Seemächten sich vollzog. Die Generalstaaten zeigten ehrliche Bereitwilligkeit, ihren Verpflichtungen zum Schutze der protestantischen Thronfolge gerecht

¹⁾ Bromley an Strafford 16. Juli 1714. R. O.

²⁾ Bromley an Strafford 23. Juli 1714. R. O.

zu werden, und die Regierung Georgs I. that das Ihrige, um das ehemalige Freundschaftsverhältnis nach jeder Richtung wiederherzustellen. Sogleich trat auch die Barrière in den Vordergrund. Sie schien die notwendige Vorbedingung für das neue politische System, das es zu errichten galt, für das gemeinschaftliche Bündnis der beiden Seemächte mit dem Kaiser. Der neue König begann mit seinen Bemühungen schon auf der Reise in sein Königreich, noch ehe er den Boden desselben betreten hatte. Bei seinem Aufenthalte im Haag sahen wir seinen Minister Bernstorff bestrebt, nicht nur die Holländer sondern auch den kaiserlichen Gesandten in diesem Sinne zu bearbeiten. Er erkundigt sich nach dem Stande der Sache, verspricht beiden Teilen, ihr Interesse wahrzunehmen, stellt ihnen vor, wie notwendig ein Barrière-Vertrag sei und wie derselbe nur durch englische Vermittelung geschlossen werden könne.¹⁾

Der Kaiser hatte anfangs von der Mitwirkung Englands nichts wissen wollen, obwohl dieselbe kaum zu umgehen war. Die Absendung eines österreichischen Bevollmächtigten, des Grafen Königsegg, zur Verhandlung mit den Generalstaaten, war noch zu Lebzeiten der Königin Anna beschlossen worden. Aber gleichzeitig wurde Hoffmann in London benachrichtigt²⁾, dass man England zur Teilnahme an dieser Verhandlung nicht zulassen werde. Der Resident sollte vielmehr dem Grafen Königsegg mit gutem Rate in dieser schwierigen Lage an die Hand gehen, da die Königin „vermutlich sich nicht so gar aus dieser Handlung wird halten lassen wollen“ und für einzelne Punkte ihre guten Dienste auch nützlich werden könnten. Die Haltung der Österreicher änderte sich jedoch, als ohne irgend eine Anfechtung vor den Augen des erstaunten Europa die Thronbesteigung Georgs I. sich vollzogen hatte und als nun die neue englische Regierung von Freundschaftsversicherungen überströmte. Das klang wieder wie in den Jahren vor 1710, solchen Tönen konnte der in der letzten Zeit so vereinsamte Wiener Hof sein Ohr nicht verschliessen. Von einer Ablehnung der englischen Vermittelung war denn auch bald nicht mehr die Rede. Vielmehr bemühte sich nun der Kaiser ebensowohl wie die Generalstaaten, den Vermittler für sein Interesse zu gewinnen. Hoffmann muss in London erklären, Karl VI. setze seine Hoffnung auf England, der Gesandte muss dem englischen Hofe begreiflich machen, wie viel für das allgemeine Wohl darauf ankomme, dass der Kaiser bald in

¹⁾ Vgl. oben S. 395—96.

²⁾ Weisung an Hoffmann 6. Aug. 1714. W. St. A.

den Besitz seiner Niederlande eintreten könne. Mit einflussreichen Männern wie Marlborough und Townshend hat Hoffmann Unterredungen. Er weist den Urheber des Barrière-Vortrages von 1709 auf den Wechsel der Zeiten hin. Damals habe man noch auf die Eroberung der ganzen spanischen Monarchie hoffen dürfen und in solchem Falle brauchte der Kaiser es freilich in Flandern nicht allzu genau zu nehmen. Jetzt aber, bemerkt er mit bedeutungsvollem Lächeln, werde Townshend selbst wohl seinen Barrière-Traktat nicht mehr aufrecht erhalten wollen. Der Lord erwiderte, die Vermittelung werde vollkommen unparteiisch verfahren.¹⁾ In der That nahm England die Stellung eines Schiedsrichters zwischen den streitenden Interessen ein.

Die Holländer glaubten jetzt, fordern zu dürfen, was ihnen beliebte. Sie fühlten sich als die stärkste Stütze des Thrones Georgs I. und gedachten sich durch einen möglichst vorteilhaften Barrière-Vertrag dafür bezahlt zu machen. Früher hatten sie einen dem Freiherrn von Heems überreichten Entwurf bereitwillig zurückgezogen, als derselbe von österreichischer Seite als unannehmbar bezeichnet worden war. Jetzt aber traten sie mit neuen Forderungen hervor, die den Inhalt jenes Entwurfes noch weit überstiegen. Da wurde die Besetzung von Dendermonde verlangt, die Duldung des protestantischen Glaubensbekenntnisses, die Abtretung fast des ganzen Oberquartiers von Geldern an die Generalstaaten, die Erweiterung ihrer Grenze gegen Flandern, die Übernahme schwerer finanzieller Verpflichtungen durch den Kaiser. Solche Bedingungen wurden in Wien als schimpflich und platterdings unmöglich angesehen.²⁾ Dies sei, so sollte Königsegg dem englischen Bevollmächtigten erklären, wahrlich nicht der Weg zu einer dauernden Freundschaft zwischen den beiden Mächten. Unter dem Vorwande, Sicherheit gegen Frankreich zu erhalten, wolle die Republik in des Kaisers Landen gegen den Kaiser und gegen das Reich eine Barrière anlegen, und Wir, so schreibt Karl VI., sollen „dieses gegen Uns hegende Misstrauen aus Unserem Säckel ernähren, fristen und unterhalten.“ Noch schärfer drückt sich die Erbitterung des Wiener Hofes gegen Holland in einem Schreiben an Heems aus. „Und in der That,“ so heisst es dort, „was für Vertrauen können Wir immer zu einer Republik hegen, welche Uns im Krieg, wider die so heiligen Bündnisse, verlässt und zur Friedenszeit unter dem Scheine der Freund-

¹⁾ Hoffmann 19. Okt. 1714. W. St. A.

²⁾ Weisung an Königsegg 31. Okt. 1714. W. St. A.

schaft und blossen Vorwand ihrer Sicherheit noch jenes hinwegreisst, was Uns der Feind überlassen? die in Zufällen, wo sie Unserer bedarf, nichts als liebkosende Wörter und Versprechen im Munde führt: bei erst erscheinender günstiger Gelegenheit aber, und da sie sich durch anderweitige Allianz sicher zu stehen glaubt, gleich auf Uns zufährt und Uns als schimpflich und verächtlich zu traktieren nicht das geringste Bedenken macht?"

So standen in Antwerpen, wo die Verhandlung geführt wurde, die Gegensätze unversöhnt einander gegenüber, als die englische Vermittlung in Gestalt des Bevollmächtigten William Cadogan auf dem Plane erschien. Es ist derselbe, den wir schon in seiner späteren Rolle als königlichen Heerführer gegen die Rebellion in Schottland kennen gelernt haben. Wie Stanhope war auch Cadogan durch seine im spanischen Erbfolgekriege bewiesene Tüchtigkeit emporgekommen: wie Stanhope war er zugleich General und Staatsmann. Bei Höchstädt und Malplaquet hatte er unter Marlborough gefochten; aus dem Kriege stammten auch seine persönlichen Beziehungen zum Prinzen Eugen, welche ihn für die Verhandlung in Antwerpen besonders geeignet erscheinen liessen. Noch von Holland aus¹⁾ hatte der König den General Cadogan zum Bevollmächtigten für die Vermittlung des Barrière-Vertrages ernannt. Diese Ernennung musste zugleich den Vorwand abgeben, um sich des Grafen Strafford zu entledigen, der bei seiner bekannten Gesinnung auf dem einflussreichen Gesandtenposten im Haag in der Lage zu sein schien, leicht Unheil stiften zu können. Man hielt ihn wohl für gefährlicher, als er wirklich war. Cadogan wurde zugleich bei den Generalstaaten beglaubigt und sollte, zwischen Antwerpen und dem Haag hin- und herreisend, die diplomatischen Geschäfte an beiden Orten besorgen. Strafford erhielt Mitteilung, dass seine Thätigkeit dadurch entbehrlich werde und er sich zur Abreise vorbereiten möge.²⁾ Und als er gleichwohl sechs Wochen später noch im Haag weilte, liess ihm der König sein Erstaunen ausdrücken, dass er seine Abberufungsschreiben nicht längst übergeben und sich bei den Staaten verabschiedet habe.³⁾

Die Instruktion, welche Cadogan für seine Sendung erhielt⁴⁾, lässt erkennen, dass es sich neben den Zwecken der grossen Politik,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 28. Sept. 1714. W. St. A.

²⁾ Townshend an Strafford 9. Nov. (a. St.) 1714. R. O. Vgl. Hoffmanns Bericht vom 5. Okt. 1714. W. St. A.

³⁾ Townshend an Strafford 14. Dez. (a. St.) 1714. R. O.

⁴⁾ Sie ist vom 11. Okt. (a. St.) 1714 datiert. R. O.

die bei der Vermittlung natürlich im Vordergrunde standen, doch auch um rein englische Interessen handelte, welche zu vertreten waren. An einer starken Verteidigung der Niederlande war auch den Engländern viel gelegen. Cadogan soll einen Zustand herbeizuführen suchen, bei dem möglichst viele Truppen in den Niederlanden unterhalten werden. Der schnelle Abschluss des Vertrages erscheint besonders wünschenswert, damit die in Bayern und im Kölnischen noch befindlichen kaiserlichen Truppen, welche jetzt, nachdem auch der Kaiser seinen Frieden mit Frankreich gemacht hat, diese Gebiete räumen müssen, sogleich in die Niederlande einrücken können. Wir werden bald erfahren, wie schon damals die englischen Staatsmänner auf die Erneuerung des Krieges gegen Frankreich hinarbeiteten. Mit diesem Plane scheint die gewünschte starke Verteidigung der belgischen Provinzen zusammenzuhängen. Es war zu erwarten, dass Frankreichs Macht im nächsten Kriege wieder auf dieses Land fallen werde. So wünschen die Engländer hier in der That ein starkes Bollwerk zu schaffen, stärker als die holländische Barrière und weit mehr als diese von europäischer Bedeutung.

Auch die Sorge für die Handelsinteressen britischer Unterthanen ward Cadogan an das Herz gelegt. Er empfing den Entwurf eines Handelsvertrages, der, wenn möglich, zugleich mit dem Barrière-Traktat Kraft gewinnen sollte.

Die Hauptsache blieb für England bei dem ganzen Barrièregeschäft aber doch die Herstellung des Einvernehmens zwischen seinen alten Verbündeten Österreich und Holland. Werfen wir in diesem Zusammenhange noch einmal einen Blick auf die Rolle, welche in den Anfängen Georgs I. sein britisches Reich in der Welt spielte.

Für die auswärtige Politik der neuen Regierung gab es keine dringendere Aufgabe, als die Erneuerung der alten Beziehungen auf dem Kontinente, der Bündnisse mit Holland und Österreich. Je weiter man sich von diesem Ziele noch entfernt sah, um so ausschweifender waren die Kombinationen, die man damit in Verbindung brachte. Umsturz des Utrechter Friedens, Krieg gegen Frankreich, das ganze whiggistische Programm von ehemals lebte wieder auf. Nun waren freilich die Generalstaaten und das Volk der protestantischen Niederlande dem Könige Georg mit einer gewissen treuherzigen Freude entgegengelaufen; die Haltung der Österreicher aber liess noch alles zu wünschen. Sie misstrauten den neuen Machthabern in England und hofften wenig Gutes von ihnen.

In der Barrière-Verhandlung hatte die Thronbesteigung Hannovers einstweilen nur die Folge gehabt, dass die Generalstaaten ihre Ansprüche erhöhten. Man zweifelte in Wien auch an der inneren Festigkeit des Thrones Gebrgs I.; und so wenig man auch wohl daran dachte, etwas für den Prätendenten zu thun, so zauderte man doch, sich mit der protestantischen Regierung von England näher einzulassen, ehe dieselbe ihre Daseinsfähigkeit erwiesen haben würde. Noch stand der Kaiser auf dem Standpunkte, denjenigen „für einen König in Engelland achten und erkennen“ zu wollen, welchen die Nation dafür achten und erkennen werde, d. h. aus der Rolle des unthätigen Zuschauers vorläufig nicht herauszutreten.

Den Kaiser zu gewinnen, griff nun der englische Hof zu einem ungewöhnlichen Mittel. Der Staatssekretär General Stanhope beschloss, in eigener Person nach Wien zu reisen, um Karl VI., seinen Waffengefährten aus den Kämpfen in Spanien, in seine politischen Pläne einzuweihen. Gerade war man im Begriffe, die lange unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit dem Kaiserhofe wieder anzuknüpfen. Sir Richard Temple ward zum Lord Cobham erhoben und sollte den König von England dauernd in Wien vertreten. Ihm schloss Stanhope sich an. Seine Reise konnte nicht verfehlen, in ganz Europa gewaltiges Aufsehen zu erregen, und er selbst schien fast bemüht, diese Wirkung noch zu verstärken. Wer wollte noch glauben, dass es lediglich um eine Beschleunigung der Barrière-Verhandlung und die Vorbereitung eines defensiven Bündnisses zu thun sei, wenn Stanhope Reden führte, die weit mehr zu bedeuten schienen? Es war die Zeit, wo die Arbeiten am Kanal von Mardyck in England viel Geräusch verursachten. Da drohte Stanhope — sechs Tage vor seiner Abreise nach Wien — dem französischen Gesandten d'Iberville, wenn der Bau des Kanals nicht eingestellt werde, so wird England einen Bund zusammenbringen, der 100 000 Mann aufstellen wird, um ihn zu verschütten.¹⁾ Der Franzose beeilte sich, des Ministers Worte nach Paris zu melden, wo sie begreifliches Aufsehen machten.²⁾ Noch bedenklicher war die Wirkung im Haag, wo der französische Gesandte Chateauneuf sie geflissentlich herumtrug. England, erklärte er, habe den ersten Pistolenschuss abgefeuert. Die holländische Friedenspartei geriet schon in grosse Bestürzung. Kein Zweifel, dass die Engländer den Krieg wollen.

Holland aber soll sich nicht an demselben beteiligen, wenigstens nicht um eines solchen Vorwandes willen. Dem Ratspensionär und anderen Männern, die für kriegslustig gelten, giebt man solches deutlich zu verstehen.¹⁾ Aber auch in England selbst glaubte das Volk nicht anders, als dass ein neuer Krieg bevorstehe, und die Kurse fielen.²⁾ Die Minister beeilten sich freilich, die Friedensliebe Englands überall zu beteuern³⁾; es wurde auch behauptet, d'Iberville habe Stanhope missverstanden; eine neue, harmlosere, aber wie sich denken lässt, ziemlich unwahrscheinliche Version von Stanhopes Äusserung ward in Umlauf gesetzt⁴⁾; aber die Thatsache seiner Reise blieb bestehen und damit auch die allgemeine Beunruhigung.

Dieselbe war auch in der That nicht grundlos. Ein festes Ziel konnte Stanhope sich freilich nicht stecken. Er hatte wohl mehr den allgemeinen Gedanken, die österreichischen Staatsmänner, soweit er konnte, mit sich fortzureissen und je nach dem Erfolge sich einzurichten. Vor allem wünschte er volle Klarheit über die Gesinnungen und Absichten des Kaiserhofes. So wollte er die äussersten Zugeständnisse kennen lernen, welche hinsichtlich der Barrière dem Kaiser abzurufen seien, und wünschte die Erledigung dieser Sache zu beschleunigen. Letzthin hatte man sich in England viel von der Absicht der Österreicher zu erzählen gewusst, den Besitz der Niederlande gar nicht anzutreten, sie vielmehr dem bayrischen Kurfürsten zu überlassen und dafür Bayern mit Österreich zu vereinigen. Einen solchen Ländertausch gedachte England um keinen Preis zuzugeben. Stanhope will in Erfahrung bringen, wie viel Wahres an diesen Gerüchten sei. Ferner möchte er sich vergewissern, wie man in Wien über die Erneuerung der früheren Bündnisse denkt und endlich, ob ein neues Bundesverhältnis zu einem Kriege gegen Frankreich führen könne. Offen ausgesprochene und bloss gedachte Pläne und Wünsche waren es, welche Stanhope hegte; nur einiges davon findet man in den schriftlichen Instruktionen wieder, welche er und Cobham mit auf den Weg nahmen.⁵⁾ Aber die meisten jener Vermutungen, welche von den Zeitgenossen an die Reise Stanhopes geknüpft wurden, enthielten die Wahrheit oder trugen doch wenigstens einen richtigen

¹⁾ Strafford an Georg I. 23. Okt. 1714. R. O.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. Okt. 1714. W. St. A.

³⁾ Z. B. Townshend an Strafford 22. Okt. (a. St.) 1714. R. O.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. Okt. 1714. W. St. A. Bericht Meinertzhagens (des preussischen Gesandten im Haag) vom 6. Nov. 1714. Geh. St. A.

⁵⁾ R. O. Sie sind vom 18. Okt. 1714 datiert.

¹⁾ d'Iberville an Chateauneuf 16. Okt. 1714, in einem Briefe Duvenvoirdes an Robethon. Haag 23. Okt. 1714. B. Mus.

²⁾ Bericht aus Paris (an Robethon) ohne Unterschrift. 14. Nov. 1714. B. Mus.

Kern in sich. Wir werden endlich auch glauben dürfen, dass eben in dem Aufsehen, welches erregt wurde, Stanhopes eigene Absicht in Erfüllung ging. Es galt, der Welt zu zeigen, dass die neue Regierung in England auch eine neue Politik verfolgte und wenn sie herausgefordert werde, selbst vor dem Kriege nicht zurückschreke.

Wenige Tage vor seiner Abreise hatte Stanhope eine Unterredung mit dem kaiserlichen Residenten Hoffmann, dem er heimlich erklärte, sein Auftrag werde dem Kaiser nicht unangenehm sein. Er sprach auch von dem Gerede, das zweifellos durch seine Reise verursacht werde, als ob es auf einen neuen Krieg abgesehen sei. Weder England noch der Kaiser könnten aber im Augenblick einen solchen führen, doch sei es notwendig, sich beizeiten ins Einvernehmen zu setzen.¹⁾ Am 20. Oktober a. St. fand die Krönung Georgs I. statt; am 21. brach Stanhope von London auf. Auf der Durchreise verweilte er kurze Zeit im Haag. In persönlichem Austausch mit den niederländischen Staatsmännern suchte er dort den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den seine zu d'Iberville gesprochenen Worte hervorgerufen hatten. Er bemühte sich, die Holländer von Englands Friedensliebe zu überzeugen, zeigte ihnen wohl auch seine in der That ganz unverfänglichen Instruktionen²⁾ und erklärte, dass der wichtigste, ja eigentlich der einzige Zweck seiner Sendung darin bestehe, den Kaiser zum Abschlusse eines den Generalstaaten genügenden Barrière-Vertrages zu bewegen, damit alsdann beide Mächte ihr Bündnis mit Grossbritannien eingehen könnten. Die holländischen Herren gaben zu, dass ein defensiver Bund der drei Staaten das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens sei. Sie selbst wollten aber keinen Schritt den Österreichern entgegen thun und zunächst war ihr ganzes Trachten lediglich auf die Barrière gerichtet, den für die Generalstaaten greifbarsten Gewinn aus dem letzten Kriege. Darüber hinauszuschauen vermochten sie nicht. „Wenn wir nicht für sie handeln,“ schrieb Stanhope, „so geschieht nichts. Unter ihnen ist niemand, der irgend eine Verantwortung zu übernehmen wagt.“³⁾

In Wien bereitete ihm der Kaiser einen herzlichen Empfang.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 26. Okt. 1714. W. St. A. „Dann er in seinen Discours einfließen lassen, dass es zweifelsohne wunderliche Speculationes verursachen werde, als wenn es einen neuen Krieg bedeutete, den aber weder E. K. M., noch England zu führen dazu in stande, wohl aber nötig, dass man sich wohl zusammen setze.“

²⁾ Duvenvoerde an Robethon. 6. Nov. 1714. Br. Mus.

³⁾ Stanhope an Townshend. Haag 6. Nov. 1714. Mahon II p. 340—42.

Die freundlichen Beziehungen der beiden Männer hatten nicht aufgehört, seitdem der General einer der tüchtigsten Streiter für die Sache Karls III. in Spanien gewesen war. Auch seinerseits hatte kürzlich Karl den Wunsch ausgesprochen, Stanhope in Wien begrüßen zu können¹⁾ und dieser setzte seine beste Hoffnung für das Gelingen seiner Mission auf das persönliche Wohlwollen des Kaisers.

In den politischen Fragen war freilich die Verständigung nicht leicht zu erreichen. Stanhope erkannte bald, dass er ein tiefgewurztes Misstrauen auf der anderen Seite zu überwinden habe. Der Kaiser nahm alles kühl entgegen, was ihm Stanhope zu sagen hatte von dem Wunsche Georgs I., in enge Beziehungen mit dem Kaiserhofs zu treten und von der Notwendigkeit, dass in der Barrière-Verhandlung ein Abschluss erreicht werde. Auch eine erste Konferenz mit dem Prinzen Eugen hatte noch kein glückliches Ergebnis.²⁾ Ihm enthüllte Stanhope seine geheimen Pläne und liess sich offenbar viel weiter aus³⁾ als seine Instruktionen ihn anwiesen und als selbst seine Berichterstattung nach London es erkennen lässt. Er stellte dem Prinzen die Notwendigkeit vor, den früheren Dreibund zwischen dem Hause Österreich und den Seemächten zu erneuern. Der König von England bietet dem Kaiser eine Defensiv-Allianz an, der dann auch die Generalstaaten beitreten sollten. Dieselbe sollte zunächst zur Behauptung des allseitigen Besitzstandes geschlossen werden, würde aber in Zukunft in eine Offensiv-Allianz zu verwandeln sein. Natürlich muss diese Absicht vollkommen geheim gehalten werden. Es ist gewissermassen das Letzte, das Äusserste, was der englische Minister zu sagen, was er dem Kaiser zu bieten hat. Ein ganzes Programm grosser Unternehmungen, kriegerischer Thaten ist darin enthalten. Alles weitere, was Stanhope vorbringt, erscheint daneben geringfügig und nebensächlich und nur für die Erreichung des einen grossen Zieles bestimmt. In diesem Sinne empfahl Stanhope den möglichst baldigen Abschluss des Barrière-Traktats, damit der Aussöhnung Österreichs und Hollands nichts mehr im Wege stehe. Auf die Einzelheiten eingehend meinte er, dass die Generalstaaten, wie sie in anderen Punkten nachgegeben, so auch auf der Besetzung von Dendermonde — um diese ward in Antwerpen gerade heftig gestritten — wohl

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. Okt. 1714. W. St. A.

²⁾ Stanhope an Townshend. Wien 13./24. Nov. 1714. Mahon II 332 ff.

³⁾ Konferenz-Referat vom 29. Nov. 1714 über die Sitzung vom 27. Nov. W. St. A. Vgl. Weber, die Quadrupel-Allianz vom Jahre 1718. S. 3.

nicht beharren würden. Stanhope bat, ihm die äussersten Zugeständnisse mitzuteilen, zu welchen der Kaiser sich den Holländern gegenüber allenfalls bereit finden würde. Und endlich forderte er, dass in den Barrière-Vertrag eine Garantie des Utrechter Friedens aufgenommen werde. Er wusste noch nicht, welchen Widerwillen der Wiener Hof dieser Forderung — der Anerkennung Philipps V. — entgegenbrachte.

Prinz Eugen klärte ihn sogleich darüber auf. Wie könne man dem Kaiser einen Verzicht auf jene Rechte zumuten, für die er so standhaft, und zuletzt, als seine Verbündeten ihn verlassen hatten, noch allein mit dem Reiche das Schwert geschwungen habe.

Zur Entscheidung über Stanhopes Vortrag trat die geheime Konferenz zusammen, Sie beschloss dem Engländer zu erklären; der Kaiser sei geneigt, ein defensives Bündnis zu schliessen, „denn obschon Sie (Se. Kaiserl. Majestät) letzthin von England sehr übel wäre gehalten worden, so hätten Sie doch die Achtung für die Nation beständig beibehalten, wüssten auch zwischen der vorigen und jetzigen Regierung und Ministerio gar wohl zu unterscheiden.“ Ehe man aber ein Bündnis schliessen könne, müsse der Kaiser im Besitze seiner Niederlande sein. Mit anderen Worten, solange der Barrière-Traktat nicht geschlossen ist, kann von weiteren Verträgen und Bündnissen nicht die Rede sein.

Schon aus diesem Beschlusse der geheimen Konferenz ergab es sich, dass die ferneren Erörterungen zwischen Stanhope und den österreichischen Staatsmännern vorwiegend die Barrière zum Gegenstande hatten. Man suchte sich gegenseitig über die letzten Absichten in dieser Angelegenheit auszuhorchen. Stanhope beschloss bei sich, vor seiner Abreise von Wien sich noch Gewissheit zu verschaffen, wie weit wohl der Kaiser zurückweichen werde, und auf der Rückreise im Haag dasselbe von den Holländern herauszubringen. Und in dem Referate über die Konferenzsitzung heisst es in ähnlichem Sinne, man müsse versuchen, aus Stanhope „des englischen Hofes und des Staats¹⁾“ eigentliche Intention über das Ultimatum geschicklich herauszulocken.“

Der Wiener Hof schwankte in seiner Stellung zur Barrière-Frage zwischen zwei Extremen. Die einen wollten den Abschluss des Vertrages nicht abwarten, sondern noch vorher die österreichischen Truppen in die Niederlande einrücken lassen; es wäre vielleicht dahin gekommen, wenn nicht Cadogan in Antwerpen dem

¹⁾ Damit sind die Generalstaaten gemeint.

Grafen Königsegg eine geharnischte Erklärung abgegeben hätte, dass nicht nur Holland sondern auch England in solchem Vorgehen einen offenen Bruch erblicken würde. Die anderen — und an ihrer Spitze stand Prinz Eugen — meinten, der Besitz der Niederlande verlohne sich überhaupt nicht mehr, nachdem die besten Festungen den Holländern preisgegeben wären. Der Prinz erklärte in seiner ersten Unterredung mit Stanhope unumwunden, dass er den Austausch Belgiens gegen Bayern für weit vorteilhafter halten würde. Stanhopes Bemühen war seitdem darauf gerichtet, beides zu verhindern, die vorzeitige Besetzung ebensowohl wie die Veräusserung der Niederlande von seiten des Kaisers.

Unterdessen war Stanhope in einigen weiteren Konferenzen mit den österreichischen Staatsmännern keinen Schritt vorwärts gekommen. Am 28. November war er mit Lord Cobham zum Gastmahl beim Prinzen Eugen geladen. Der Prinz zog mildere Saiten auf, zeigte Neigung zu einem Bündnisse mit England, aber ebensoviel Widerstreben gegen den Barrière-Vertrag. Stanhope suchte die günstige Stimmung zu benutzen und meinte mit unschuldiger Miene, wenn man einig sei, ein Bündnis der drei Mächte zu schliessen und in demselben die Erwerbungen der Friedenschlüsse von Utrecht und Baden zu gewährleisten, so könnte solches wohl am besten und am unverfänglichsten in der Weise geschehen, dass man einen oder mehrere dahin zielende Artikel in den zu schliessenden Barrière-Vertrag einreihe. Auch die Versicherung, dass das Haus Österreich sich der spanischen Niederlande niemals entäussern werde, hätte er gern in einen Artikel des Barrière-Vertrages gebracht. Die persönliche Art des Prinzen sagte den beiden Engländern wenig zu; seine feierliche Würde empfanden sie als verletzenden Stolz. Angenehmer war ihnen das Wesen des Grafen Sinzendorff. Am besten vermochte Stanhope mit Karl VI. selbst auszukommen, der sich unter allen massgebenden Persönlichkeiten der Hofburg als den besten Freund Englands gab.¹⁾ Der Engländer meinte auch sicher sein zu dürfen, dass wenigstens der Kaiser persönlich von dem Austausch der Niederlande gegen Bayern nichts wissen wolle.²⁾

Als Stanhope zwei Wochen in Wien war und die Barrierefrage noch ganz so weit von ihrer Lösung entfernt wie am ersten Tage der Antwerpener Konferenzen, da erbat er sich eine Audienz beim

¹⁾ Stanhopes Briefe an Townshend vom 17./28. Nov. 15. Dez. a. St. 1714. R. O.

²⁾ Stanhope an Townshend 8. Dez. 1714, bei Mahon II, App. p. 346.

Kaiser und erklärte demselben, dass er seine Sendung erfüllt habe und also nur nochmals dem Wunsche seines Königs Ausdruck geben könne, in eine nahe Verbindung mit dem Kaiser zu treten. Karl erklärte, dass auch er das Bündnis für notwendig halte und zum Abschlusse desselben eine Vertrauensperson nach England schicken wolle. Das war alles, was Stanhope in diesem Punkte erreichte: in Wahrheit verfloss noch fast ein Jahr, ehe der kaiserliche Gesandte Graf Volkra in London erschien; das Bündnis der beiden Mächte ward aber erst im Juni 1716 unterzeichnet.

Stanhopes Abreise von Wien verzögerte sich noch um einige Wochen. Um ihn nicht völlig mit leeren Händen ziehen zu lassen, wurde der Entwurf eines Barrière-Vertrages ausgearbeitet, der die äussersten Zugeständnisse enthalten sollte, zu denen der Kaiser sich herbeilassen könne. Unterdessen wurden auch andere politische Fragen zwischen Stanhope und den österreichischen Ministern erörtert. Am wichtigsten waren die Verwickelungen im Norden Europas; eben war Karl XII. aus der Türkei zurückgekehrt. Die Österreicher schienen diesen Dingen kühl gegenüberzustehen. Der Kaiser gab Stanhope das Versprechen, nur in Übereinstimmung mit Georg I. seine Entschlüsse zu fassen.

Kurz vor Weihnachten erhielt der englische Minister endlich das lange versprochene Projekt eines Barrière-Vertrages, das er selbst den Holländern unterbreiten wollte. Dazu hatten Eugen und Sinzendorff Randbemerkungen zu jedem einzelnen Artikel verfasst, die ebenfalls Stanhope eingehändigt wurden. Dann nahm er seine Abschiedsaudienz beim Kaiser, welcher nochmals den festen Entschluss aussprach, ewig mit dem Könige von England vereint zu bleiben. Der englische Freund wurde voller Huld entlassen und erhielt das mit Brillanten geschmückte Bildnis Karls VI. zum Geschenk.¹⁾

Im Haag hielt Stanhope sich nicht lange auf. Nachdem Graf Königsegg in England und Holland die Hoffnung erweckt hatte, dass das Ultimatum des österreichischen Hofes allgemein befriedigen werde, folgte nun herbe Enttäuschung, als Stanhope die ihm in Wien übergebene „dernière resolution“ den Generalstaaten unterbreitete und diese sie sofort als unannehmbar bezeichneten.²⁾ Danach schien die Einigung nun erst recht in weite Ferne gerückt. Wenn sie nicht zustande kommen sollte, so erklärten einige hollän-

¹⁾ Stanhope an Townshend, Wien, 5., 8., 12., 19., 22. Dez. (a. St.) 1714. R. O.

²⁾ Cobham an Townshend. 2. Febr. 1715. R. O.

dische Staatsmänner dem englischen Minister, so wollten sie König Georg um eine Garantierung der Barrière ersuchen. Weigere er sich, so würden sie doch wissen, an wen sie sich zu wenden hätten.¹⁾ Es war eine offene Drohung, sich Frankreich in die Arme zu werfen.

Am 12. Januar a. St. kam Stanhope wieder in London an. Voll stolzer Hoffnungen, wenn auch nicht mit einem festen politischen Programm, hatte er vor zwei Monaten den englischen Hof verlassen: nichts als Enttäuschungen brachte er seinem Könige heim. Die besonderen wie die allgemeinen Pläne, die er verfolgt hatte, waren gleichermassen gescheitert. Seine Bemühungen zum Zwecke des Ausgleichs zwischen Holland und Österreich hatten wenig Erfolg gehabt, und ebenso schwach war die Aussicht auf die Wiederherstellung der alten Allianzen mit ihrem kriegerischen Hintergrunde. Es kam doch dem wahren Sachverhalte ziemlich nahe, wenn d'Iberville in London behauptete²⁾, Stanhope habe versucht, den Kaiser für einen neuen Krieg zu gewinnen, und dieser Versuch sei misslungen.

Der Fortgang der Verhandlungen in Antwerpen war durch Stanhopes Wiener Reise eher gehemmt als gefördert worden. Eine Zeitlang wartete man voller Spannung auf Nachrichten aus Wien. Dann brachte Stanhope jenen Entwurf, der, wenn er wirklich das letzte Wort des Kaisers sein sollte, eine Verständigung auszuschliessen schien. Nun, wo die Österreicher sahen, dass England sich um sie bemühe, wollten auch sie für den Barrière-Vertrag Nutzen davon ziehen. Hoffmann erklärte in London, über das Ultimatum werde der Kaiser in seinen Zugeständnissen nicht hinausgehen, Stanhope behauptete ihm ins Gesicht mit Bestimmtheit das Gegenteil.³⁾ Aber nicht minder schwierig waren die Generalstaaten. Die beharrten noch auf der Auslieferung von Dendermonde und Schloss Gent, und sie mussten von englischer Seite daran erinnert werden, dass man sich nicht mehr in den Zeiten des ersten Barrière-Vertrages von 1709 befinde.⁴⁾

Die englische Vermittelung erkannte jetzt ihre Aufgabe darin, die Ansprüche beider Teile zu beschneiden und sie zur Genehmigung eines in der Mitte liegenden Vorschlages zu drängen. In Bezug auf den Wiener Hof stellte man drei Punkte auf, zu welchen er noch seine Zustimmung geben müsse, damit alsdann das Weitere nur

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 18. Jan. 1715. W. St. A.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 15. Jan. 1715. W. St. A.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 15. Jan. 1715. W. St. A.

⁴⁾ Townshend an H. Walpole (engl. Gesandten im Haag) 18. Jan. 1715. R. O.

mehr von den Generalstaaten abhängen. Um schneller zum Ziele zu kommen, verlegte man die Verhandlung von Antwerpen nach Wien. Dort hatte sich nach Stanhopes Abreise Lord Cobham vergeblich bemüht, den österreichischen Staatsmännern Zugeständnisse abzurufen.¹⁾ Nun sollte Cadogan selbst nach Wien reisen, nicht weil man Cobhams Verdienste unterschätzte, wie ihm ausdrücklich versichert wurde, sondern eher, weil Cadogan mit dem Gegenstande, um den es sich handelte, genau vertraut war. In dieser Beziehung war die Sendung Cadogans unzweifelhaft auch weit glücklicher als diejenige Stanhopes, der bei den Gesichtspunkten der grossen Politik stehen blieb und die Einzelheiten mit einer gewissen genialen Oberflächlichkeit behandelte. Auch Cadogans freundschaftliche Beziehungen zum Prinzen Eugen konnten bei dem grossen Einflusse, den dieser besass, wohl nützlich werden. Im besonderen wurde er auch beauftragt, zu ergründen, was es mit gewissen Behauptungen auf sich habe, die damals in ganz Europa umhergetragen wurden. Die Verzögerung des Abschlusses, so erzählte man sich, habe gar nicht ihren Grund darin, dass der Kaiser mit dem Gebotenen nicht zufrieden sei, sondern in geheimen Verhandlungen, die er mit Frankreich und dem Kurfürsten von Bayern führe. Über halb Europa wäre dabei verfügt worden. Grosse Gebiete in Italien sollen an Österreich kommen und ebenso nicht nur Bayern, sondern auch schwäbische und fränkische Lande. Frankreich wird einen Teil der belgischen Provinzen erhalten, das übrige der Kurfürst von Bayern. Gegen England soll natürlich der Prätendent ausgespielt werden. Als Gemahl einer österreichischen Erzherzogin wird er zugleich dauernd an das Haus Habsburg gefesselt. Endlich soll auch dem Schwedenkönige Karl XII. das französisch-österreichische Einverständnis zu gute kommen. Ihm wird Rettung aus den Händen seiner zahlreichen Widersacher zu teil. Alles Weitere ergibt sich von selbst. Frankreich wird so mächtig wie nie zuvor. Die Fürsten im Reiche werden sich ihm beugen; auch die Generalstaaten müssen sich seinem Willen unterwerfen. Georg I. wird sich wohl eine Zeitlang halten können — die Parlamentswahlen haben soeben für den König entschieden — aber endlich wird doch auch er der Übermacht erliegen müssen.²⁾

Wie viel Wahres diesen abenteuerlichen Gerüchten zu Grunde

¹⁾ Cobhams Berichte aus dem Jan. u. Febr. 1715. R. O.

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 22. Febr., 5. März 1715. W. St. A. und andere Korrespondenzen aus derselben Zeit.

lag, ob überhaupt derartige Verhandlungen zwischen Österreich und Frankreich stattgefunden haben, diese Fragen haben wir hier nicht zu entscheiden.¹⁾ Uns muss es genügen, den Einfluss darzulegen, welchen jene Gerüchte thatsächlich auf die englische Politik geübt haben. In offiziellen Kreisen fanden sie viel Glauben, und damit schien noch einmal alles in Frage gestellt. Vergeblich bemühte sich der Resident Hoffmann, ihre Haltlosigkeit darzuthun. Warum denn, hielt man ihm entgegen, zögert der Kaiser den Abschluss des Barrière-Vertrages immer noch hinaus? Sollte er es wirklich nur nicht über sich gewinnen können, auf den kleinen Rest von Obergeldern zu verzichten, der doch nach den an Preussen zu Utrecht gemachten Abtretungen ohne Bedeutung ist? Wenig fehle, so berichtet Hoffmann trübselig²⁾, dass er wieder ebenso übel in London angesehen sei wie in den letzten vier Jahren der Königin Anna.

Die Sendung Cadogans sollte also zur Klarheit über die Absichten des Wiener Hofes führen; mit um so grösserer Ungeduld erwartete man in London die ersten Nachrichten über den Erfolg seiner Bemühungen. Es ist sogar daran gedacht worden, falls Cadogan nichts auszurichten vermöchte, noch einen anderen und zwar keinen geringeren Boten als den Herzog von Marlborough zu senden, ob es seinem Ansehen gelinge, den Barrière-Vertrag zu Wege zu bringen. Später ward zwar diese Absicht geleugnet — manche hatten in derselben schon wieder einen Beweis von Englands kriegerischen Plänen erblicken wollen³⁾ — Hoffmann aber hatte die Nachricht aus dem Munde einer der Minister selbst vernommen und schleunigst nach Wien gemeldet.⁴⁾

Unterdessen hatte Cadogan einen besseren Erfolg in der Hofburg gehabt als er selbst und die englische Regierung erwartet hatte.⁵⁾ Am 22. Februar war er in Wien angekommen und hatte eine freundliche Aufnahme gefunden. Mit Eugen und Sinzendorf setzte er sich in mehreren Konferenzen auseinander, hob die Dringlichkeit der Sache hervor und erklärte schliesslich, die Holländer würden den durch Stanhope ihnen mitgeteilten Entwurf annehmen,

¹⁾ Immerhin mag an dieser Stelle auf die Mission des Grafen du Luc an den Wiener Hof verwiesen werden. Seine Instruktion vom 3. Jan. 1715 ist gedruckt: *Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France. Autriche*, p. 154—183.

²⁾ 5. März 1715. W. St. A.

³⁾ Bonets Bericht vom 4./15. März 1715. G. St. A.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 8. März 1715. W. St. A.

⁵⁾ Cadogan an Townshend, 2., 10., 20. März 1715. R. O.

wenn nur der Kaiser jene drei Punkte in ihrem Sinne erledige: eine Grenzverschiebung in Flandern, die Bezahlung der holländischen Garnisonen und den Besitz der Gebiete um Venlo und Stevensweert. Cadogan bot alles auf, den Wiener Hof zur Nachgiebigkeit zu bewegen, er sprach auch von der üblen Deutung, welche andere schon der bisher beobachteten Zurückhaltung Österreichs gäben; und siehe da: sein Bemühen gelang. Am 8. März ward ihm eine Note übergeben¹⁾, in welcher der Kaiser sich den Forderungen Cadogans im wesentlichen fügte; nur in der Geldfrage gab es noch einen Anstand. Aber auch dieser ward beseitigt und am 20. März konnte Cadogan hocheifrig seiner Regierung melden, dass es ihm gelungen sei, die drei Punkte den Wünschen des Königs gemäss zu regeln. Es wäre freilich ein Irrtum zu glauben, dass dem Kaiser an jenen Punkten, um welche gestritten wurde, im Grunde wenig gelegen war. Dem Grafen Königsegg schrieb er²⁾, in seinen Zugeständnissen sei er so weit gegangen, dass er sich in seinem Gewissen bedrängt fühle; er fürchte das Urteil der Nachwelt. Die unerwartete Nachgiebigkeit entsprang vermutlich dem Wunsche, den Verdacht eines geheimen Einverständnisses mit Frankreich von sich abzuwälzen. Die kaiserlichen Minister leugneten dieses entschieden und versicherten Cadogan der festen Absicht des Wiener Hofes, ein dauerndes Bündnis mit den Seemächten in's Leben zu rufen.³⁾ Nun müsse aber auch England das Seinige thun und den Generalstaaten energisch entgegenzutreten, falls dieselben noch irgend welche Schwierigkeiten erheben sollten.

Zu diesem Zwecke reiste denn Cadogan wieder in die Niederlande. Inzwischen hatte der jüngere Walpole die Geschäfte des englischen Gesandten bei den Generalstaaten versehen; jetzt kehrte er nach England zurück und Cadogan setzte die mühevollen Arbeit des Vermittlers fort. Bald in Antwerpen, bald im Haag oder in Brüssel sehen wir ihn bemüht, die streitenden Interessen zu versöhnen.

Am englischen Hofe herrschte lebhaftere Freude über Cadogans überraschenden Erfolg in Wien, der die Erwartungen weit übertraf.⁴⁾ Infolgedessen stellte England sich jetzt auf den Standpunkt des Kaisers und suchte die Generalstaaten zu bewegen, demselben zuzustimmen. Diese aber traten wieder mit alten Forderungen her-

¹⁾ Beilage zur Weisung an Hoffmann vom 19. März 1715. W. St. A.

²⁾ Weisung vom 9. März 1715. W. St. A.

³⁾ Cadogan an Townshend, 20. März 1715. R. O.

⁴⁾ Townshends Briefe an Walpole aus d. März 1715. R. O.

vor, von denen sie nicht abzubringen waren; auf Dendermonde und Huy wollten sie nicht verzichten. Die englischen Staatsmänner gerieten in eine peinliche Lage, da sie ja bisher in Wien hatten erklären lassen, die Zustimmung Hollands zu allem beibringen zu können, falls der Kaiser nur erst einmal in jenen drei Punkten nachgegeben haben werde. Jetzt konnten sie ihre Zusage nicht einlösen. Und doch erschien es wie eine Ehrenpflicht jetzt zum Kaiser zu stehen. So wollte man in London die Einwände der Holländer nicht gelten lassen. Der König teilte dies Hoffmann selbst mit. Als dieser ihn fragte, ob der König ihnen nicht doch in etwas nachgegeben habe, erwiderte er voller Eifer: „*en rien, en rien, il faut qu'ils s'en contentent*“;¹⁾ — die beiden Deutschen unterhandelten als tüchtige Diplomaten natürlich in französischer Sprache miteinander.

Aber schon hatten die Holländer in Antwerpen und London ihre Forderungen angemeldet, für welche nun doch auch die Engländer eintraten. Namentlich suchten sie dem Kaiser die Überlassung der Festung Huy mundgerecht zu machen. Er möge doch diese als eine „weitere *donneur*“ den durch ihre Schuldenlast schwer bedrängten Generalstaaten noch zulegen. Man meinte, dass an den letzten kleinen Fragen, die es noch zu erledigen galt, der baldige Abschluss nicht scheitern werde. Als im Juni 1715 die Instruktion des zum britischen Gesandten in Wien ausersehenen General Carpenter zu St. James's entworfen wurde, ward der Barrière nur noch als einer Sache Erwähnung gethan, welche aller Voraussicht nach vor Carpenters Ankunft am Kaiserhofe ihre Erledigung gefunden haben werde.

Und doch vergingen noch lange Monate, ehe der Abschluss erfolgte. Zuerst beklagte sich der Kaiser, dass England nicht Wort gehalten habe, dass Cadogan über das kaiserliche Ultimatum hinaus der Republik Zugeständnisse gemacht habe. Ein holländischer Minister, meinte Hoffmann²⁾, könne nicht heftiger gegen das Interesse des Kaisers auftreten, als Cadogan es thue. Königsegg wurde in besonderem Auftrage nach London geschickt³⁾ und da eben auch Cadogan dort weilte, so lag einige Zeit der Schwerpunkt der Verhandlungen in der britischen Hauptstadt. Auf englischer Seite entschuldigte man sich, Cadogan habe auf besonderen Befehl des Königs gehandelt, man könne nicht mehr zurück, ohne den

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. April 1715. W. St. A.

²⁾ Bericht vom 28. Juni 1715. W. St. A.

³⁾ Weisung an Hoffmann, 12. Juni 1715. W. St. A.

König selbst blozustellen.¹⁾ Der Kaiser liess den englischen Hof auffordern, falls die Generalstaaten das Ultimatum nicht annehmen wollten, seine Vermittlung aufzugeben, die englischen Truppen aus den Niederlanden abzurufen und den österreichischen den Einmarsch zu gestatten. Der Minister Bernstorff antwortete ausweichend, es sei Hoffnung auf einen baldigen Abschluss vorhanden.

Am 16. August trat in Wien die geheime Konferenz zusammen, fasste einen neuen Beschluss, von dem man nun gewiss nicht mehr abweichen wollte. Man glaubt auch, oder giebt vor zu glauben, dass dieses Mal auch die Staaten mit dem Angebot zufrieden sein werden. Am 20. geht ein Kourier nach Antwerpen ab. Königsegg bringt das neue Ultimatum vor und erklärt, dasselbe müsse binnen sechs Wochen angenommen werden. Dagegen beschwerten sich die holländischen Gesandten in London in zwei diplomatischen Noten und der englische Geschäftsträger in Wien, Lukas Schaub, muss zum mindesten eine Verlängerung dieser Frist auszuwirken suchen.²⁾ Darob gewaltige Entrüstung der österreichischen Staatsmänner, welche ohnedies in ihrer Langmut und Nachgiebigkeit schon viel zu weit gegangen zu sein glauben. Der Kaiser hat nicht übel Lust, alles weitere Verhandeln beiseite zu lassen und mit Truppenmacht in die Niederlande einzurücken; aber die Mehrzahl der Minister ist dagegen. So verharret der Kaiser zwar bei seinem Ultimatum, giebt aber eine „Erläuterung“ desselben, welche wie ein Zugeständnis erscheint. Und immer noch ist man weit von der Verständigung entfernt. Der wesentliche Streitpunkt betrifft dieses Mal die Religion in denjenigen Gebieten von Flandern und Geldern, welche den Generalstaaten abgetreten werden. In den Unterredungen Schaub's mit den kaiserlichen Ministern fielen harte Worte gegen die Republik, ihre Hartnäckigkeit und ihre Verblendung. Prinz Eugen erklärte, zu lange hätten die Holländer in kaiserlichen Landen die Herren gespielt, nur um ihre Herrschaft noch fortsetzen zu können, zögen sie die Verhandlung in die Länge. Und Sinzendorff meinte, man habe zu grosse Milde walten lassen. Er kenne diese Holländer; nur wer ihnen stolz entgegentrete, könne etwas bei ihnen erreichen.³⁾

Eigentlich hing die Entscheidung über die einzelnen Streit-

punkte auf's engste mit der allgemeinen Weltlage zusammen. Wenn die englische Vermittlung im Frühjahr 1715 mehr den Wünschen des Kaisers als denen der Generalstaaten ihr Ohr geöffnet hatte, so lag der Grund vornehmlich in der nordischen Politik des Königs Kurfürsten, für welche derselbe die Zustimmung des Reichsoberhauptes zu haben wünschte. Inzwischen war aber für die englischen Politiker eine andere Frage in den Vordergrund getreten. In Schottland hatte die Rebellion ihr Haupt erhoben, der gefährliche Aufstand des Jahres 1715, dessen Geschichte wir kennen, war ausgebrochen, der Thron Georgs I. geriet in's Wanken. Jetzt traten hinter der grossen Gefahr des Augenblicks alle anderen Fragen und Interessen zurück. Noch hatte man freilich nicht viel von den Anhängern des Prätendenten zu fürchten, aber niemand konnte sagen, welche Ausdehnung die Bewegung noch annehmen würde. Die Generalstaaten hatten die protestantische Thronfolge garantiert, sie waren zur Hilfeleistung verpflichtet. England wandte sich an die Republik um eine Unterstützung von 6000 Mann, und dieselbe wurde bereitwillig zugesagt.

Aber wer wollte es nun den Holländern verübeln, wenn sie dafür noch zum Schlusse in der Barrièrefrage anspruchsvoller auftraten? England konnte ihre militärische Hilfe nicht entbehren und stellte sich darum auf ihre Seite. Der Resident Hoffmann in London, in dessen Händen damals wesentlich die Verhandlung ruhte, ward von allen Seiten angegangen, den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu stimmen. König Georg sprach ihm dies als seinen persönlichen Wunsch aus. Bernstorff und Bothmar hoben hervor, dass die für England so notwendige Absendung der holländischen Soldaten nur noch von der Erledigung der Barrière abhängen. Selbst der besonnene Graf Nottingham wandte alle seine Beredtsamkeit auf, um auf Hoffmann Eindruck zu machen. Der Kaiser schein tiefen Hass gegen die Holländer zu hegen, weil dieselben bei der Friedensverhandlung übel mit ihm verfahren seien. Aber daran war ja doch nur das derzeitige englische Ministerium schuld, mit dessen Bestrafung man eben beschäftigt sei. Auch dem Kaiser muss daran liegen, die Wiederkehr einer Regierung in England zu verhindern, welche unter französischem Einfluss sich befände und von der er in Zeiten der Not niemals Hilfe zu gewärtigen hätte. So möge er denn jetzt um Englands willen den Holländern nachgeben. Es war eine an und für sich richtige Logik; nur traf die Voraussetzung nicht zu. Der gegenwärtige Groll des Kaisers hatte mit dem letzten Frieden nichts mehr zu thun; er entsprang lediglich

¹⁾ Weisung an Hoffmann 26. Juni 1715. Hoffmanns Bericht vom 19. Juli 1715. W. St. A.

²⁾ Tilson an Schaub 23. Sept. (a. St.) 1715. R. O. Townshend an Schaub 30. Sept. (a. St.) 1715. R. O.

³⁾ Schaub an Townshend 19. 23. Okt. 1715. R. O.

der Haltung der Generalstaaten in der Barriere-Verhandlung und Hoffmann erklärte ausdrücklich, dass er nicht länger dauern werde als diese seine Ursache.¹⁾

Unterdessen war die Verständigung in Antwerpen doch so weit gefördert worden, dass im November 1715 alle wesentlichen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt waren. Am 7. meldete Cadogan, dass alles im reinen sei, am 15. erfolgte endlich die förmliche Unterzeichnung des Barrière-Traktats. Einundeinhalb Jahre hatten die Verhandlungen gewährt, 48 Konferenzen hatte der Antwerpener Kongress abgehalten²⁾, die entscheidenden Abmachungen waren gleichwohl, wie es oft zu gehen pflegt, ausserhalb des Kongressortes, in London, Wien und im Haag erfolgt.

Vergleicht man diesen endgültig im Jahre 1715 geschlossenen Vertrag mit den früher zwischen England und den Generalstaaten einseitig getroffenen Vereinbarungen, so zeigt sich ein gewaltiger Abstand. Nicht nur die veränderte Weltlage, sondern auch die verschiedene Art des Zustandekommens der Verträge spiegelt sich darin wieder. 1709 hatte die Republik sich von mehreren Seiten umworben gesehen, die Engländer mussten schlechterdings auf alle ihre Forderungen eingehen. Auch im Jahre 1713 war die Lage der Generalstaaten noch vorteilhaft genug gewesen. Wir wissen, welch ansehnliche Vorteile ihnen England in den belgischen Provinzen zu verschaffen sich anheischig machte. Anders jetzt. Nicht England, dass im Grunde nur ein mittelbares Interesse an der Sache hatte, und leichten Herzens fremde Rechte verschenken konnte, stand dieses Mal den Generalstaaten gegenüber, sondern Österreich selbst, der künftige Besitzer der katholischen Niederlande. England stand nur als Vermittler zwischen ihnen und hatte ausser der Wahrung seiner Handelsinteressen lediglich den einen Wunsch, dass der Vortrag überhaupt nur zustande komme, weil sein Abschluss die Voraussetzung für alle ferneren Pläne der auswärtigen Politik war. Je nach den Umständen neigte sich der Vermittler bald mehr auf die eine, bald auf die andere Seite; dass jeder von beiden Teilen ihm gelegentlich eine Bevorzugung des andern vorwarf, beweist am besten, dass die Vermittelung im ganzen unparteiisch geführt wurde. Es war kaum mehr davon die Rede, dass England eigentlich verpflichtet war, den Generalstaaten einen ganz bestimmten Barrière-Traktat auszuwirken, dessen Inhalt bereits vollkommen feststand

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 29. Okt. 1715. W. St. A.

²⁾ Theatrum Europaeum.

und nicht erst gefunden zu werden brauchte. Die Verträge von 1709 und 1713 schienen vergessen.

So darf man sich auch nicht wundern, wenn in der Einleitung zum Barrière-Traktat nur auf die Haager Allianz von 1701 Bezug genommen wird und der so viel näher liegende Hinweis auf den elften Artikel des Garantievertrages von 1713 und die von England darin übernommene Verpflichtung vollständig fehlt. Ja man ging in der Verdunkelung der Vorgeschichte des Barrière-Traktats so weit, dass man selbst den Inhalt des Haager Vertrages in willkürlich entstellter Form wiedergab. Die verbündeten Mächte, hiess es in der Einleitung des Barrière-Traktats, hätten 1701 eine künftige Verständigung darüber in Aussicht genommen, wie die (bisher spanischen) Niederlande in Sicherheit zu setzen seien, „damit sie für Grossbritannien und die Vereinigten Provinzen als Barrière dienen.“ In Wahrheit ist in dem Instrumente der Haager Allianz von der Barrière stets nur als eines Schutzes für die Vereinigten Provinzen die Rede; dass dieselbe auch für Grossbritannien diese Bedeutung hätte, ist nirgends gesagt. Indem man aber 1715 die wahren Beziehungen Englands zur Barrière unerwähnt liess, setzte man diese erfundenen an ihre Stelle, um also Englands Vermittelung und Teilnahme an dem Vertrage natürlich erscheinen zu lassen.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Inhalt dieses durch englische Vermittelung geschlossenen Vertrages.

Der Kaiser erhielt endlich den ihm nach den Friedensschlüssen zustehenden Besitz der belgischen Provinzen. Ausdrücklich wurde dabei bemerkt, dass dieselben niemals von den übrigen Ländern des Hauses Österreich getrennt werden dürften; damit war dem vorübergehend in Aussicht genommenen bayrisch-österreichischen Ländertausch vorgebeugt worden — freilich ist der Gedanke dem Wiener Hofe nicht verloren gegangen und hat zwei Menschenalter später noch einmal Europa in Aufregung versetzt.

Die Holländer, welche so lange die Herren in den katholischen Niederlanden gespielt hatten, mussten sie jetzt freilich räumen, aber die militärische Verteidigung sollte nach dem Barrière-Vertrage zum Teil ihnen noch obliegen. Drei Fünftel der im Lande befindlichen Truppen sollten fortan vom Kaiser gestellt werden, zwei Fünftel von den Generalstaaten. Der neue Herrscher räumte ferner den holländischen Garnisonen eine Reihe von Festungen längs der französischen Grenze ein; nicht so viele freilich, wie ihnen 1713 zugesprochen worden waren, Mons und Charleroi befanden sich

nicht wieder darunter; und noch weniger konnte die ihnen hier zugestandene Stellung mit derjenigen verglichen werden, welche ihnen der erste, der whiggistische Barrière-Traktat gegeben haben würde. Die Festungen Furnes, Knoeke, Ypres, Warneton, Menin, Tournai und Namur wurden mit holländischen Truppen belegt und der Kaiser zahlte für die Unterhaltung derselben jährlich die Summe von 500 000 Thalern. Für den Fall des Krieges wurden den Generalstaaten noch besondere Befugnisse zum Zwecke wirksamer Verteidigung zugesprochen; im Frieden durften sie jederlei Bedarf für ihre Truppen zollfrei in's Land hereinbringen, eine Freiheit, die zur Gewinnung unerlaubter Handelsvorteile leicht missbraucht werden konnte. Mit ihrer starken Stellung gegen Frankreich nicht zufrieden, hatten die Generalstaaten mit grosser Hartnäckigkeit lange Zeit auf der Einräumung von Dendermonde bestanden. Österreich wollte und konnte dies nicht bewilligen, denn Dendermonde wurde als der Schlüssel von ganz Brabant angesehen.¹⁾ Schliesslich einigte man sich auf eine gemeinschaftliche Besetzung der Festung mit gleicher Truppenzahl von beiden Teilen; der vom Kaiser zu ernennende Gouverneur muss auch den Generalstaaten den Eid leisten.

In den Barrière-Festungen standen den Holländern lediglich solche Befugnisse zu, welche aus der militärischen Besetzung mit Notwendigkeit folgten. Die bürgerlichen und kirchlichen Rechte blieben dem Herrn des Landes. Anders in einigen Gebieten, welche den Generalstaaten zu voller Souveränität abgetreten wurden; es waren Teile von Flandern und Obergeldern. Auch gegen diese Abtretungen hatte sich der Wiener Hof heftig gesträubt; und in der That konnten sie zur Barrière, wie man sie bisher verstanden hatte, durchaus nicht gerechnet werden. Cadogans diplomatischer Geschicklichkeit war es gleichwohl gelungen, den Widerspruch der österreichischen Staatsmänner zu überwinden. So wurden einige flandrische Landstriche, zwischen dem Meere und der Schelde gelegen, mit allen darauf befindlichen Plätzen der Union völlig überlassen, angeblich zur wirksameren Durchführung ihres Überschwemmungssystems im Kriege und also zur Verteidigung des eigenen Gebietes. In Wahrheit kam es wohl ebenso sehr auf die gründliche Absperrung der Schelde hinaus, welche die Holländer sich auch für die Zukunft stillschweigend vorbehielten. Der Kaiser hatte seinen Widerstand aufgegeben, als Cadogan erklärte, dass es sich nur um ein paar Dörfer handele. Königsegg wurde beauftragt festzustellen,

¹⁾ Swift, Some Remarks on the Barrier Treaty p. 124.

ob wirklich nicht Wichtigeres in Frage komme. Aber in handelspolitischen Dingen waren die Holländer den Österreichern unzweifelhaft überlegen.

Ein anderer wichtiger Erfolg, welchen ebenso die Überredungskunst Cadogans dem Wiener Hofe abgerungen hatte, betraf die Abtretung einiger an der Maas gelegenen Gebiete des Oberquartiers von Geldern. Der Verlust derselben war für den Kaiser weniger schmerzlich als ihre Gewinnung vorteilhaft für die Generalstaaten, namentlich in strategischer Hinsicht. Für sie handelte es sich um die Beherrschung des gesamten unteren Laufes der Maas. Namur war eine der Barrière-Festungen, Maastricht besaßen sie seit langer Zeit, das dazwischen liegende Huy hatten ihnen die Österreicher freilich nicht überlassen wollen, aber der Vertrag verfügte statt dessen die Schleifung dieser Festung wie der Citadelle von Lüttich. Weiter abwärts erhielten sie nun Stevensweert und Venlo mit dem gegenüberliegenden Fort St. Michel. So beherrschten sie fortan die Maaslinie.

In den Besitz von Obergeldern teilten sich jetzt drei grosse Mächte, Österreich, die Vereinigten Provinzen und Preussen. Überhaupt war dies der Punkt, an dem auch der preussische Staat sich an den zu Antwerpen geführten Verhandlungen interessiert fand, weil er seine durch die Friedensschlüsse gewonnenen Rechte in Obergeldern nicht verkümmern lassen wollte. In dieser Hinsicht that schon der Resident Bonet in London das Seinige. Aber König Friedrich Wilhelm I. verlangte auch die Zulassung eines eigenen preussischen Bevollmächtigten in Antwerpen. England und der Kaiser hatten bereits eingewilligt, als die Generalstaaten sie noch standhaft verweigerten; auch sie gaben endlich nach. Der preussische Vertreter wusste es denn auch durchzusetzen, dass in demselben achtzehnten Artikel, welcher die Abtretungen in Obergeldern verfügte, auch Preussens Rechte daselbst, wie sie 1713 geschaffen worden, ausdrücklich anerkannt und bestätigt wurden.¹⁾

England selbst, der Vermittler, hatte namentlich in Bezug auf seinen Handel ein eigenes Interesse an dem Barrière-Geschäft. Ein besonderer Handelsvertrag wurde nämlich zunächst nicht geschlossen, aber Artikel 36 des Barrière-Traktats besagte, dass der englische und holländische Handel in den Niederlanden vorläufig, wie in den letztverflossenen Jahren der englisch-holländischen Verwaltung, seinen

¹⁾ Vgl. Bonets Berichte aus dem Jahre 1715 und etliche auf diese Angelegenheit bezügliche Beilagen. Vgl. auch Gachard p. 245 ff.

Fortgang nehmen, keinen anderen Ein- und Ausfuhrzöllen als den letzthin erhobenen unterworfen sein sollte.

Die hohe Rolle, welche der König von Grossbritannien bei den Verhandlungen gespielt hatte, fand sonst ihren Ausdruck darin, dass er die Garantie des ganzen Vertrages übernahm.

In dieser Gestalt sollte nun der Barrière-Traktat in's Leben treten und den Massstab abgeben für die Rechte der Holländer in den österreichischen Niederlanden. Mit seiner Unterzeichnung hatte der Streit um die Barrière jedoch mit nichten sein Ende erreicht. Artikel 29 besagte, dass die Ratifikationen innerhalb sechs Wochen ausgetauscht werden sollten. Aber die Frist verstrich, ohne dass die Ratifikation der Generalstaaten in Antwerpen zur Stelle war. Denn auch die englische fehlte noch und auf ihr Eintreffen wollten die Holländer warten. Eine neue Meinungsverschiedenheit war entstanden über den Zoll, welchen die in die Niederlande eingeführten groben englischen Tuche zu erlegen hatten. In Fragen des Handels pflegten die Engländer ihren Vorteil hartnäckig zu verteidigen. Sie wollten jetzt die Ratifikation des Barrière-Vertrages zurückhalten, bis ihr Interesse gewahrt sei. General Cadogan hatte inzwischen die Niederlande verlassen und war nach Schottland gegangen. Soeben noch ein Vermittler der friedlichen Verständigung, lieh er jetzt der Niederwerfung der Rebellion seinen Arm. Angesichts der neuen Schwierigkeit in den Niederlanden wandte sich die Regierung abermals an ihn; aus dem Lager vor Stirling sandte er seine Ratschläge nach London.¹⁾

Bald musste man aber erfahren, dass die neue Verzögerung auch neue Gefahren mit sich brachte.

Frankreich benutzte die Frist, um der im Werden begriffenen Verbindung zwischen den beiden Seemächten und dem Hause Habsburg entgegenzuarbeiten. Den Generalstaaten wurde der Vorschlag gemacht, den Barrière-Vertrag gänzlich fallen zu lassen, auch die belgischen Provinzen dem Kaiser nicht auszuliefern, sondern dieselben in einen neutralen Staat zu verwandeln. Die Hochmögenden erklärten aber, einen solchen Vorschlag dem Könige Georg und dem Kaiser erst mitteilen zu müssen, was einer einfachen Ablehnung gleichkam. Auch in England wollte man nichts damit zu thun haben. Man erinnerte die Generalstaaten an die Haltung Frankreichs nach dem Ryswicker Frieden, wo es England und Holland zu der Politik der Teilungsverträge bewog, die für ein Wunder-

mittel zur Verhütung des Krieges gehalten wurden und ihn doch am Ende selbst herbeiführten.¹⁾ Noch heftigeren Unwillen erregte die Nachricht von dem französischen Vorschlage begreiflicherweise in Wien. Der Kaiser wollte wissen, es komme den Franzosen nur darauf an, die Holländer zu „lieblosen“, um sie alsdann von der geplanten Tripelallianz abwendig zu machen. England ward aufgefordert, die Republik in ihrem Widerstande gegen das französische Ansinnen zu „steifen“.²⁾

Und immer noch waren die Ratifikationen des Barrière-Vertrages nicht ausgewechselt. Da riss den Österreichern die Geduld. Königsegg schrieb unter dem 16. Januar 1716 den staatlichen Deputierten in heftigen Worten einen Brief, der eher dem jähren Zorne des Freiherrn von Heems als seiner eigenen milden Sinnesart entfloßen zu sein schien. Wenn nicht binnen drei Tagen die Auswechslung in Antwerpen vollzogen ist, so erhalten die österreichischen Truppen Befehl, in die Niederlande einzurücken, wie wenn der Vertrag bereits rechtskräftig wäre.³⁾ Zu diesem äussersten Schritte kam es freilich nicht. Schon zwei Tage vorher, am 14. Januar, war ein Kourier von London nach Brüssel aufgebrochen, der die Ratifikation des Königs überbrachte.⁴⁾ Das Interesse der britischen Wollmanufaktur schien doch nicht wichtig genug, um deshalb das ganze Barrière-Werk und alle daran geknüpften Hoffnungen auf's Spiel zu setzen und Frankreichs Intriguen in Holland Thür und Thor zu öffnen. So erfolgte denn die Auswechslung der Ratifikationen, ehe der letzte von Königsegg gesetzte Termin abgelaufen war. Der Vertrag, welcher die Grundlage für ein neues System der europäischen Politik werden sollte, war glücklich unter Dach und Fach gebracht.

Im Grunde wird man des Barrière-Traktats schwerlich anders denken können, denn als einer Demütigung, welcher der Kaiser sich angesichts der Weltlage unterwerfen musste. Mochten die englischen Diplomaten den Österreichern noch so oft versichern, dass die holländischen Garnisonen für die Verteidigung der Niederlande unentbehrlich seien, es entsprach doch nicht der Wahrheit. Allerdings, solange Spanien die belgischen Provinzen beherrschte und nur eine schwache Truppenzahl im Lande unterhalten konnte, hatte

¹⁾ Townshend an Walpole, 27. Dez. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Weisung an Volkra 11. Jan. 1716. W. St. A.

³⁾ Walpole an Townshend 21. Jan. 1716 mit Königseggs Brief als Beilage. Townshend an Walpole, 17. Jan. (a. St.) 1716. R. O.

⁴⁾ Berichte von Hoffmann und Volkra aus London. W. St. A.

¹⁾ Cadogan an Townshend. Stirling, 31. Dez. 1715. R. O.

die Sache noch einen guten Sinn gehabt. Die Republik schützte sich in der hergebrachten Weise und erleichterte zugleich der schwachen spanischen Regierung die für sie allzu schwere Last der Verteidigung ihres Gebietes gegen einen französischen Angriff. Jetzt aber trat Österreich, die starke Militärmacht in den Besitz des Landes ein und die Fortsetzung des früheren Verhältnisses ward unnatürlich. Der neue Herr war stark genug, um selbst die Festungen zu bemannen und in stand zu halten; er bedurfte der Holländer nicht. Dazu die Abtretungen in Flandern und Obergeldern. Das Ganze war schier lediglich die Zuteilung des holländischen Anteils an der Beute des spanischen Erbfolgekrieges.

Höchst widerwillig hat Österreich die Herrschaft in den belgischen Provinzen angetreten. Der Gedanke, dieses Land gegen ein bequemer gelegenes, gegen Bayern, auszutauschen, kehrte immer wieder. Weitab gelegen von den Kernlanden der Monarchie, schwer zu verwalten und schwer zu verteidigen, mit fremden Truppen im Lande, bedeutete der Besitz der Niederlande mehr eine Last als einen Machtzuwachs für den Staat der Habsburger.¹⁾ Karl VI. übernahm den Besitz eines Landes, dessen feste Plätze in den Händen einer fremden Macht waren, die er selbst dafür bezahlen musste. Die beste Handelsstrasse wurde von eben dieser Macht verschlossen gehalten; im Jahre 1731 wurde die Sperrung der Schelde ausdrücklich erneuert.

Mehr als zwei Menschenalter hat der Barrière-Vertrag bestanden, aber seinem angeblichen Zweck hat er höchst unvollkommen gedient.

Als im österreichischen Erbfolgekriege ein französischer Angriff auf die Niederlande erfolgte, da lösten die holländischen Besatzungen ihre Aufgabe schlecht; fast ohne Kampf überliessen sie die ihnen anvertrauten Festungen dem Feinde. In späterer Zeit haben sie dieselben gänzlich vernachlässigt. Die Barrière schien vollends aber auch entbehrlich zu sein, seitdem Frankreich 1756 der treue Bundesgenosse Österreichs geworden war. Am Wiener Hofe war die sehr begreifliche Neigung sich von dem Barrière-Traktat zu befreien schon längst vorhanden, als endlich Josef II. denselben, bald nach dem Beginn seiner Alleinherrschaft, einseitig aufhob. Es wäre zu wenig gesagt, wenn man nur behaupten

¹⁾ Über die um diese Zeit allgemein aufkommende Neigung der Regierungen, ihr Staatsgebiet möglichst abzurunden und zusammenzuschliessen, vgl. Koser, die Rheinlande und die preuss. Politik (Westdeutsche Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. Jahrg. XI) p., 190.

würde, dass die Barrière sich damals bereits überlebt hatte. Im Grunde war sie schon überlebt, als im Jahre 1715 der definitive Barrière-Traktat geschlossen wurde.

Doch kehren wir zur Geschichte des Jahres 1715 zurück. Für die Politik Georgs I. war mit dem Abschlusse des Barrière-Traktats ein wichtiger Schritt gethan. Die Grundlage für das geplante neue System von Allianzen war gewonnen. Angesichts der schweren Stürme, welche Grossbritannien eben durchbrausten, war es von unendlichem Werte, nach aussen hin einen festen Halt zu gewinnen. Dazu machte die ungewisse, halb feindliche Haltung Frankreichs in den ersten Zeiten der Rebellion eine feste Verbindung mit Holland und Österreich nur noch wünschenswerter.

In Österreich trug man fast noch grösseres Verlangen nach diesem Ziele als in England selbst. Schon 1714 hatten die Äusserungen Stanhopes über ein englisch-österreichisches Bündnis in Wien einen tiefen Eindruck und mannigfaltige Hoffnungen erweckt. Es war freilich, wie wir wissen, alles der Zukunft überlassen worden, aber die von Stanhope gegebene Anregung wollte man doch nicht wieder fallen lassen. Der vollständige Entwurf eines Bündnisses zwischen dem Kaiser und den Seemächten wurde ausgearbeitet und dem Minister mitgegeben, damit er ihn bei seinem Hofe zur Annahme bringe. Stanhope reiste ab und von dem Entwurfe war vorläufig nicht weiter die Rede. Einige Monate später, im April und Mai 1715, als die Verhandlungen über die Barrière gar nicht recht von der Stelle rücken wollten, verfiel man in Wien auf den Gedanken, ob denn das Bündnis nicht eigentlich schon vor der Beendigung der Barrière-Sache recht wohl geschlossen werden könne. Graf Sinzendorff stellte dies dem Lord Cobham vor, er sprach dabei von der Herstellung des Friedens im Norden, aber der Gesandte bedachte wohl, dass nach dem Abschlusse eines englischen Bündnisses die Österreicher in der Verhandlung mit Holland wieder schärfer auftreten würden und ein Ende alsdann nicht mehr abzusehen sei. So lehnte Cobham das Anerbieten höflich aber entschieden ab. Der König harre nur des Abschlusses in Antwerpen, um auf die Allianz zu kommen. In London fand diese Antwort volle Billigung. Erst die Barrière, dann das Bündnis.¹⁾

Dass eben jetzt der Wiener Hof das englische Bündnis ge-

¹⁾ Cobham an Townshend 1. Mai 1715. Townshend an Cobham 10. Mai (a. St.) 1715. R. O.

geschlossen zu sehen wünschte, hatte noch einen besonderen Grund. Der Kaiser hatte die Hoffnung nicht aufgegeben, früher oder später in den Besitz der Insel Sicilien zu gelangen, welche durch den Utrechter Frieden an Savoyen gekommen war. Das Bestreben war natürlich, weil ohne Sicilien auch Neapel nicht sicher erschien. Auf der Insel herrschte viel Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung. Aber was noch mehr zur Eroberung einzuladen schien, war die Unterstützung, welche der Papst dem Kaiser für ein Unternehmen auf Sicilien zusagte, mit dessen zeitigem Inhaber er zerfallen war. Jetzt, hiess es, sei der richtige Zeitpunkt gekommen. Immerhin konnte die Eroberung nur vermittelt einer Flotte ausgeführt werden, mit anderen Worten, sie war ohne englische Hilfe nicht möglich. So erhielt denn der kaiserliche Resident Hoffmann im April 1715 den Auftrag, die englischen Minister anzugehen, damit das britische Mittelmeergeschwader für den gedachten Zweck zur Verfügung gestellt werde.¹⁾ Hoffmann sprach mit Bernstorff, Bothmer und Stanhope. Der letztere erklärte die Sache für nicht unmöglich, doch gegenwärtig sei nicht der rechte Augenblick, weil England zur Zeit nur vier Schiffe im Mittelmeere habe.²⁾ Bei diesem Bescheid hatte es vorläufig sein Bewenden.

Nach einigen Wochen aber erinnerte man sich in Wien des Bündnisentwurfs, welcher Stanhope im vorigen Jahre übergeben worden war. Dieser Entwurf besagte nämlich³⁾ in dem zweiten seiner geheimen Artikel, dass England und Holland sich verpflichten sollten, dem Kaiser nicht nur nicht entgegen zu sein, wenn er die verlorenen Teile der spanischen Monarchie zu gewinnen suche, sondern ihm nach Kräften seine Rechte zu erhalten. Im besonderen sollte dies in Bezug auf die Insel Sicilien gesagt sein. Schon dieser höchst verfängliche Artikel mochte wohl Stanhope bewegen, den Entwurf vorläufig gänzlich zu unterdrücken. Als nun im Mai 1715 von englischer Seite ein Hinweis auf das längst geplante Bündnis zwischen den Seemächten und dem Kaiser ausgesprochen wurde — es war bei der Erörterung der nordischen Frage, von der wir noch berichten werden — da ward dies von österreichischer Seite dazu benutzt, um sich nach dem Schicksal jenes Entwurfes aus dem Dezember 1714 zu erkundigen. Hoffmann erklärte also den Ministern

¹⁾ Weisung an Hoffmann vom 17. April 1715. W. St. A.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. Mai 1715. W. St. A.

³⁾ Der Entwurf ist erhalten als Beilage zur Weisung an Hoffmann vom 26. Juni 1715. W. St. A.

Bernstorff und Bothmer, der Kaiser habe ja seine Wünsche in Bezug auf ein Bündnis in jenem Entwurfe längst zum Ausdruck gebracht. Darauf ungeheures Erstaunen der beiden Deutsch-Engländer; von einem solchen Entwurfe haben sie nie etwas gehört. Auf ihre Bitte giebt ihnen Hoffmann eine Abschrift. Natürlich stellt er nun bei erster Gelegenheit Stanhope selber zur Rede, warum er den Entwurf nicht seiner Regierung unterbreitet habe. Da antwortet der Staatssekretär mit einer geheimnisvollen Wendung: Hoffmann möge nichts von der Sache erwähnen, „weil es noch nicht *de tempore* sei davon zu sprechen.“

Wir müssen versuchen, in diese Worte Klarheit zu bringen. Obwohl der österreichische Entwurf nur von einem Defensiv-Bunde sprach, so lässt doch schon der erwähnte geheime Artikel keinen Zweifel, dass es dem Wiener Hofe gleichwohl um ein neues Kriegsbündnis zu thun war. Stanhope selbst hatte ja diese Aussicht eröffnet; die österreichischen Staatsmänner waren mit ihrem Entwurfe nur auf die gegebene Anregung eingegangen. Wir wissen nun aber bereits, wie gefissentlich die englische Regierung in den nächsten Zeiten alle kriegerischen Absichten noch leugnete. Aufgegeben waren sie deshalb nicht, Stanhope blieb ihr vornehmster Träger am Hofe Georgs I. Und trotz aller Zurückhaltung kam doch einmal die Gelegenheit, sich über dieselben zu äussern. Dem Kaiser machte im Jahre 1715 der Papst Innocenz XII. das Anerbieten, zwischen ihm und Philipp V. von Spanien einen Frieden zu vermitteln. Der Resident Hoffmann teilte die Sache dem englischen Hofe mit, weil Karl VI. darin nichts ohne Genehmigung seines künftigen Bundesgenossen Georgs I. thun wollte.¹⁾ Die englischen Minister rieten aber bedeutungsvoll, in Bezug auf den Frieden mit Spanien andere Zeiten abzuwarten. Bernstorff erklärte, wie Hoffmann berichtet, „dass der König in Frankreich sterben und eine grosse Revolution sich hervor thun könnte.“ Und noch deutlicher liess Stanhope sich aus, von dem es in Hoffmanns Bericht heisst: „Er sagte anbei, dass der König von Frankreich täglich mehr abnehme und dass innerhalb sechs Monaten die Sachen allhier dahin geändert sein, dass diese Nation mehr für den Krieg als für den Frieden sein würde.“²⁾ Über den Sinn dieser Worte kann kein

¹⁾ Weisung an Hoffmann vom 29. Mai 1715. W. St. A.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 25. Juni 1715. W. St. A. Welche Wichtigkeit Hoffmann selbst diesen Äusserungen beilegt, geht schon daraus hervor, dass er sich hier der Chiffre bedient, in deren Gebrauch er sonst sehr sparsam

Zweifel herrschen; ein ganzes Programm ist darin enthalten. Wir dürfen es in der folgenden Weise umschreiben: Die leitenden Personen in England beabsichtigen eine Erneuerung des Krieges gegen Frankreich. Sie wollen jedoch zunächst den Hintritt Ludwigs XIV. abwarten. Bei der nach seinem Tode voraussichtlich entstehenden Verwirrung werden die Aussichten eines Kampfes günstige sein. Vermutlich wird es dann in England auch an der rechten kriegerischen Stimmung nicht fehlen. Inzwischen wird man sich abwartend zu verhalten haben. Im besonderen muss man es vermeiden, dem zwischen Karl VI. und Philipp V. noch andauernden Kriegszustand ein Ende zu machen — offenbar, weil aus diesem in bequemer Weise der allgemeine Krieg sich wiederum entwickeln kann.

Die mitgeteilten Auslassungen der englischen Minister fanden im Juni 1715 statt. Einige Wochen später war es, dass Hoffmann den Staatssekretär Stanhope nach dem Schicksal jenes österreichischen Bündnisentwurfes fragte und der Engländer ihm mit der Bemerkung den Mund verschloss, es sei noch nicht an der Zeit, darüber zu reden. Der Sinn dieser Bemerkung ist uns jetzt klar. Dieser österreichische Entwurf mit seiner unverhüllten Richtung auf den Krieg kann nicht in Erörterung gezogen werden, ohne dass die englische Regierung für oder wider einen neuen Krieg feste Stellung nimmt. Sie wünscht den Krieg in der That, aber sie darf es doch nicht aussprechen, weil die öffentliche Meinung ihn noch verabscheut. Solange die Volksstimmung sich nicht ändert — und auch solange Ludwig XIV. lebt — wird man also den Abschluss des Bündnisses am besten hinausschieben.

Solcherart waren die Absichten der englischen Staatsmänner bis tief in den Sommer 1715 hinein. Es war die völlige Wiederaufnahme des alten whiggistischen Programms. Nach dem glänzenden Ausfall der Parlamentswahlen schien das Regiment der Whigs stärker zu sein als in den Tagen, da die Junta an der Spitze der

ist. — Noch ein paar weitere, wenn auch nicht ganz so deutliche, Äusserungen Stanhopes mögen hier Erwähnung finden. Unter dem 2. Juli berichtet Hoffmann, der Staatssekretär habe gesagt, seiner Zeit werde man zeigen, dass England auf die bourbonischen Höfe ebensowenig Rücksicht nehmen wolle wie auf Savoyen und dann werde es (Karl VI. hatte eine Hilfeleistung zur Wiedereroberung Siciliens begehrt) dem Kaiser in allem gefällig sein. — Und unter dem 16. Juli, Stanhope habe erklärt, die Dinge dürften sich vielleicht eher, als man glaube, ändern und „in Stand geraten, dass sich der König keine Indignität ungerochen anthun lassen werde.“ — Endlich dürfen wir an dieser Stelle auch noch auf unsere eigenen Bemerkungen über Lord Stairs Berichterstattung aus Frankreich verweisen (oben S. 498).

englischen Verwaltung gestanden hatte. Das Weitere war unschwer voraussehen. Der Krieg wird erneuert. Die Menge der Kapitalisten in den Reihen der Whigs kann dem weiteren Anwachsen der ungeheuren Staatsschuld gemächlich zuschauen; die hohen Auflagen, welche das Volk bedrücken, werden sie wenig kümmern. Wird die grundbesitzende Klasse dadurch an den Rand des Unterganges geführt, um so viel besser. Denn also werden die Tories ihr Haupt nicht so bald wieder erheben können. Und dazu träumt man wohl schon von neuen Triumphen über das gedemütigte Frankreich. Nie mehr wird es Dünkirchen oder Mardyck befestigen dürfen und den Prätendenten beschützen.

In den letzten Monaten der Königin Anna waren, wie wir uns erinnern, die englischen Minister am Werke gewesen, mit Frankreich und anderen Staaten einen grossen Bund zu bilden, dessen Spitze sich gegen das Haus Österreich richtete. Man kann den Umschwung, der sich durch die Thronbesteigung Georgs I. in England vollzogen hatte, nicht besser zur Anschauung bringen, als indem man jenem Plane Bolingbrokes die Absichten Stanhopes gegenüberstellt, welche darauf gerichtet waren, nur den Tod Ludwigs XIV. abzuwarten, um abermals die Waffen von halb Europa gegen das Haus Bourbon in den Kampf zu führen.

Zur Ausführung dieses Planes sollte es freilich nicht kommen. Wenige Wochen, nachdem Stanhope jene vielsagenden Worte zu Hoffmann gesprochen, begann im Innern Grossbritanniens der Aufstand sich zu regen. Als am 1. September 1715 der gefürchtete Ludwig XIV. wirklich starb, da erweckte die Nachricht am englischen Hofe zwar, wie Hoffmann erzählt¹⁾, so grosse Freude, „dass sie einander öffentlich und ohne Scheu dazu congratuliert haben.“ Aber es war das freudige Gefühl der Befreiung aus eigener schwerer Gefahr, nicht froher Kampfesmut, was die englischen Herzen höher schlagen machte. Die Regierung stand vor der Bekämpfung des Aufstandes, aber mehr noch als die Jakobiten in Schottland und England fürchtete sie die Unterstützung, welche der greise König von Frankreich dem Prätendenten leisten werde. Nun war Ludwig gestorben, ein Kind sein Nachfolger auf dem Throne, das Recht der Regentschaft umstritten: eine Gefahr von dieser Seite schien nicht mehr zu befürchten. Aber ebensowenig hätte in diesem Augenblicke ein englischer Minister daran denken können, gegen Frankreich feindlich aufzutreten oder überhaupt eine grössere auswärtige

¹⁾ Bericht vom 3. Sept. 1715. W. St. A.

Unternehmung zu beginnen. Alle Aufmerksamkeit und Thatkraft war der Beseitigung der inneren Wirren zugewendet. Ja selbst den laufenden auswärtigen Geschäften konnten die beiden Staatssekretäre nicht die nötige Zeit widmen und noch mehr als sonst geriet jetzt die Führung der auswärtigen Politik in die Hände der hannövrischen Minister.¹⁾

So waren Stanhopes offensive Pläne in nichts zerflossen. Der Augenblick, der ihre Verwirklichung hätte bringen sollen, fand England selbst in einer schweren Krisis. Und noch stand Grossbritannien allein unter den europäischen Mächten. Um so notwendiger war es, wenigstens zum Zwecke der Verteidigung jetzt die lange erstrebten Bündnisse mit Holland und Österreich zu schliessen. Vor allem musste aber der Barrière-Traktat in's Reine gebracht werden, welcher den weiteren Verträgen zur Voraussetzung zu dienen hatte. Wir wissen bereits, dass er am 15. November endlich unterzeichnet wurde. Schon vorher war von österreichischer Seite ein Schritt des Entgegenkommens geschehen, indem ein kaiserlicher Botschafter an den Hof des Königs von England geschickt wurde. Seitdem der Prinz Eugen nach seiner vergeblichen Mission im Jahre 1712 London verlassen hatte, war kein österreichischer Minister wieder beim Hofe von St. James beglaubigt gewesen; lediglich durch den Residenten Johann Philipp Hoffmann waren die Interessen des Kaisers daselbst vertreten worden. Die ihm obliegenden diplomatischen Geschäfte hatte dieser, wenn auch ohne grosse staatsmännische Begabung, so doch mit besonnenem Ernst und gründlicher Kenntnis der Verhältnisse geführt. Die leitenden Richtungen und Personen am englischen Hofe waren ihm aus langer Erfahrung ebenso vertraut wie die Wünsche und Bedürfnisse seines kaiserlichen Herrn.

Einen vollkommenen Gegensatz zu Hoffmanns bescheidener Haltung bildete das anspruchsvolle Auftreten des neuen kaiserlichen Botschafters Grafen Volkra.²⁾ In demselben Masse begegnete er den englischen Ministern stolz und anmassend, wie er in der That unerfahren war in diplomatischen Dingen. Die Engländer klagten wiederholt über diesen Unterhändler, der Schwierigkeiten machte, wo gar keine vorhanden waren, der bei alten Forderungen noch

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 20. Sept. 1715. W. St. A. Vgl. oben S. 449.

²⁾ Persönliches über Volkra geben namentlich die folgenden Korrespondenzen: Schaub an Townshend 18. März, 1. Apr., 22. Apr. 1716. Townshend an Schaub 17. Febr., 20. März (a. St.) 1716. R. O. Weisung an Volkra 12. Febr. 1716. W. St. A.

beharrte, wenn der Kaiser selbst schon nachzugeben bereit war. Hätte man uns doch, schrieb Townshend nach Wien, einen Mann wie Königsegg geschickt. Mit dem liess sich in einem Monat weiter kommen als mit Volkra in einem Jahr. Auf solche Vorkhaltungen gab Prinz Eugen wohl zu, dass man sich in dem Manne getäuscht habe. Volkra soll in geheimer Korrespondenz mit den Spaniern am Wiener Hofe und durch sie mit dem Kaiser gestanden haben. Auf diesem Wege sollen ihm auch eigene Instruktionen ohne Wissen und mit Übergang der Konferenz zugegangen sein. Die deutschen Minister Karls VI. arbeiteten denn auch seit dem Tage von Volkras Ernennung auf seine Abberufung hin; ja zwischen den beiden österreichischen Diplomaten in London, zwischen Hoffmann und Volkra bildete sich ein gewisser Gegensatz aus, der sogar in manchen ihrer nebeneinander herlaufenden Berichte recht wohl zu erkennen ist. Dieser Gegensatz ist zugleich ein getreues Abbild der Widersprüche innerhalb der österreichischen Regierung selbst, welche auf der einen Seite im Begriffe stand, mit den Mächten des Utrechter Friedens in ein Einvernehmen zu kommen, auf der andern doch die alten Ansprüche auf die gesamte spanische Monarchie nicht fallen lassen wollte. Galt Volkra in London als der hartnäckigste Verteidiger der Interessen des Kaisers, so konnte es ihm bei seiner Unerfahrenheit gleichwohl begegnen, dass er gelegentlich in politischen Fragen sich auch der englischen Auffassung zu stark näherte. Das trug ihm dann von seiten des Kaisers herben Tadel ein. Er sollte nicht allem, was ihm in London vorgestellt werde, „so leichter Dinge beifallen.“ Man wollte ihm einmal durch Reskript des Kaisers in mahnende Erinnerung bringen, „dass du Unsere und nicht des Englischen Hofes Geschäfte alldort zu verrichten habest.“ Aber diese letzten Worte wurden schliesslich doch ausgelassen, wohl um den Grafen nicht allzu sehr zu kränken.

Das war der kaiserliche Vertrauensmann, der die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen wiederherzustellen und ein enges Bündnis zu schliessen nach London gesandt wurde. In diesem Sinne war seine Instruktion abgefasst; besonders wurde ihm eingeschärft, sich vor einer Anerkennung des Utrechter Friedens zu hüten, der „zu Abbruch“ den Interessen des Reiches und des Erzhauses geschlossen sei. Der Kaiser, soll Volkra erklären, halte sich lediglich an den Badener Frieden. Von dem zu Utrecht geschlossenen könne und wolle er als einer *res inter alios acta* nichts wissen.

Um die Zeit, als der Barrière-Vertrag zum Abschluss kam, traf

Volkra in London ein; es war zugleich der Augenblick grösster Gefahr für den Thron Georgs I.; noch war die Schlacht bei Sheriffmuir nicht geschlagen. In seiner ersten Audienz stattete Graf Volkra dem Könige im Namen des Kaisers einen Glückwunsch zur Thronbesteigung ab.¹⁾ Dann kam die Rede auf den eben unterzeichneten Barrière-Traktat. Man sprach davon, dass nun doch nicht, wie es gelegentlich in Aussicht genommen worden, die gegenseitige Gewährleistung des Besitzes in den Vertrag Aufnahme gefunden hatte. König Georg erklärte, dass er es für besser halte, wenn man zu diesem Zwecke einen besonderen Vertrag schliesse. Damit hatte es freilich seine Schwierigkeiten. Eine Tripelallianz sollte es sein, aber vor der Hand waren die Generalstaaten noch nicht dafür zu gewinnen. Anfangs erklärten die englischen Minister ausweichend, man erwarte die Eröffnungen des Kaisers. Dann hiess es, dass zunächst die Holländer „besser herbeizubringen seien.“²⁾ Wir wissen bereits, dass sich sofort nach der Unterzeichnung des Barrière-Traktats gleichwohl neue Misshelligkeiten erhoben. Cadogan hatte die Niederlande verlassen, jetzt ging wieder der junge Walpole nach dem Haag, um die Erledigung der streitigen oder unklaren Punkte zu erreichen. Inzwischen suchte man alles vorzubereiten, um nach Beseitigung der Hindernisse den Abschluss des Bündnisses auch ungesäumt vollziehen zu können. Die englische Regierung wäre gern mit der vollzogenen Tripelallianz vor das demnächst zu eröffnende Parlament getreten. Der Zeitpunkt der Eröffnung wurde in dieser Absicht bis zum 9. Januar a. St. 1716 verschoben. Als aber der 9. Januar herankam, war man gleichwohl noch weit vom Ziele entfernt. In der Thronrede konnte denn der König nur des Barrière-Traktats und des mit Spanien kürzlich geschlossenen Handelsvertrages mit Genugthuung erwähnen, nicht aber der Tripelallianz. Nur ein Hinweis auf die baldige Erneuerung aller früheren Bündnisse mit den Generalstaaten ward noch hinzugefügt.

Denn unterdessen hatte England sich entschlossen, vorläufig mit den Holländern allein sich zu verbinden. Das ohnehin unfreundliche Verhältnis zwischen dem Kaiser und der Republik war durch einen äusseren Anlass kürzlich noch schlechter geworden. Seit dem Kriege hielten die Generalstaaten die kurkölnische Festung Bonn besetzt. Das Recht dazu leiteten sie aus dem Utrechter Frieden her. Da aber Kaiser und Reich diesen nicht anerkannten

¹⁾ Volkras Bericht vom 15./26. Nov. 1715. W. St. A.

²⁾ Volkras Berichte vom 29. Nov./10. Dez., 6./17. Dez. 1715. W. St. A.

und der Badische Schluss die Sache unerwähnt liess, so wollte der Erzbischof Kurfürst die holländischen Truppen in seiner Hauptstadt nicht länger dulden. Im November 1715 rückten kölnische Truppen in die Stadt ein, am 11. Dezember mussten die Holländer weichen. Kurfürst Josef Clemens hielt unter dem Jubel der Bevölkerung am selben Tage seinen Einzug. Der Streich erregte viel Aufsehen, die Generalstaaten klagten über Vergewaltigung, überreichten in London eine Note und erklärten überall, dass der Kurfürst nur unter Zustimmung des Kaisers gehandelt haben könne. In Wien wurde dies allerdings mit Entschiedenheit gelegnet; der Kaiser wollte ebenso überrascht gewesen sein wie jedermann. Aber es fehlte auch dort nicht an Stimmen, die sich für den Kölner Kurfürsten aussprachen. Graf Stahremberg erklärte in seiner tiefen Abneigung gegen die Holländer, man müsse dieselben eben zu jeder Sache an den Haaren heranziehen.

Kurz, die Verstimmung, welche zwischen den Generalstaaten und der kaiserlichen Regierung schon bestand, wuchs durch diesen Zwischenfall noch mehr. Und auch als es um dieselbe Zeit bekannt wurde, dass der Kaiser das Herzogtum Limburg — dem Barrière-Vertrage zuwider — dem Kurfürsten von der Pfalz überlassen wolle, konnte dies die Holländer nur noch mehr verstimmen. Unter diesen Umständen war natürlicherweise an die Tripelallianz, in der sich Österreich und Holland unter Englands Führung zusammenfinden sollten, vorläufig nicht zu denken. Länger zu warten, schien aber den Engländern nicht geraten. Denn abermals setzten die Bemühungen Frankreichs ein, um die Holländer für sich zu gewinnen, deren Unterstützung England gerade im gegenwärtigen Augenblicke nicht entbehren konnte. Da entschloss man sich, zunächst ein englisch-holländisches Bündnis zu schliessen, um auf dieser Grundlage weiter für die Tripelallianz zu arbeiten; die englischen Minister suchten selbst den österreichischen Diplomaten diese Notwendigkeit begreiflich zu machen. Mit dem holländischen Bündnisse hatte man auch nicht viel Arbeit, da es sich nur um Erneuerung der älteren Verbindungen der beiden Seemächte handeln sollte. Im Januar verständigten sich die englischen Minister mit den Gesandten der Generalstaaten über den Inhalt des Vertrages. Derselbe wurde nach dem Haag geschickt, kam alsbald mit den nötigen Vollmachten von dort zurück und am 6. Februar (a. St.) 1716 erfolgte die förmliche Unterzeichnung. Es war das erste in jener Reihe von Bündnissen, durch welche die Regierung Georgs I. die grossen Mächte Europas an sich kettete, der erste Schritt zu

dem System der Quadrupelallianz von 1718, welche für einige Zeit der Geschichte der europäischen Staatenwelt ihren Stempel aufdrückte.

Der Inhalt des Bündnisses vom 6. Februar 1716 war höchst einfacher Natur. Alle Verträge, welche die beiden Mächte im Laufe eines halben Jahrhunderts miteinander geschlossen hatten, wurden bestätigt, so zwar, dass die Bestimmungen der früheren Verträge Geltung behalten sollten, insoweit sie nicht mit späteren in Widerspruch ständen. Der Friede von Breda aus dem Jahre 1669 eröffnete, der Barrière-Traktat von 1715 beschloss die Reihe. Im besonderen wurde das Bündnis vom 3. März 1678 zu Grunde gelegt hinsichtlich der gemeinschaftlichen Verteidigung gegen einen Angriff auf eine der vertragschliessenden Mächte. Ja, ein geheimer Artikel enthielt die merkwürdige Bestimmung, dass dieser Fall als eingetreten zu betrachten sei, nicht nur, wenn ein anderer Staat einen wirklichen Angriff eröffne, sondern schon, wenn er kriegerische Rüstungen gegen eine der Vertragsmächte vornehme, ja selbst nur damit drohe. Die Sache wird eigentlich erst verständlich, wenn man die derzeitige Lage in's Auge fasst. Jeden Tag waren offene oder geheime Feindseligkeiten des Herzogs von Orleans gegen England zu erwarten. Der geheime Artikel sollte offenbar die Holländer zu kriegerischer Leistung verpflichten, sobald der Regent entschieden für den Prätendenten Partei nahm.

Österreich hatte unterdessen unzufrieden beiseite gestanden und grollte den Engländern wegen ihres einseitigen Vorgehens. Auch hatte man es in Wien sehr übel vermerkt, als im Dezember 1715 ein spanisch-englischer Handelsvertrag, von dem wir noch reden werden, geschlossen worden war.¹⁾ Die englische Regierung hatte dabei wirklich nur den britischen Handel im Auge gehabt. Karl VI. aber meinte, dass er gegen seinen Todfeind Philipp von Anjou jetzt nie mehr auf englische Hilfe zu rechnen haben werde. Und für ihn waren ja die im Hintergrunde stehenden offensiven Pläne doch das Beste an den zu schliessenden Allianzen. Der englische Geschäftsträger in Wien, Lukas Schaub, bekam böse Worte zu hören. Nach den Erfahrungen des Barrière-Vertrages, erklärte Prinz Eugen, und nachdem jetzt ein gutes Einvernehmen zwischen England und Anjou hergestellt ist, was wolle man da noch von einer Dankesschuld reden, die der Kaiser dem Könige Georg zu entrichten hätte. In dieser Stimmung vernahm man den Abschluss

¹⁾ Townshend an Schaub 20. Dez. (a. St.) 1715. Schaub an Townshend 29. Jan./5. Febr. 1716. R. O.

des englisch-holländischen Bündnisses und was weiter zu geschehen habe. In Formfragen pflegten die Engländer es nicht allzu genau zu nehmen. Es kam ihnen nicht viel darauf an, in welcher Weise nun der Kaiser zu der bereits bestehenden Verbindung der beiden Seemächte hinzugewonnen werde. Artikel 4 des Vertrages sprach von dem Beitritt anderer Staaten, die entweder selbst darum nachsuchen oder dazu aufgefordert werden würden. So gab man den Österreichern anheim, dem Vertrage vom 6. Februar einfach beizutreten. Freilich hatte man auch nichts dawider, dass sonst ein ähnliches neues Bündnis zu dreien geschlossen werde. Aber auch schon der blosser Vorschlag des einfachen Beitritts verletzte am Kaiserhofe und ein ungeschickter Bericht des Grafen Volkra steigerte die Erregung. So macht man es wohl, sagte Eugen, mit einem kleinen Fürsten, aber doch nicht mit dem Kaiser.¹⁾ Den englischen Ministern fiel es nicht schwer, sich zu rechtfertigen. In einem langen Schreiben an Schaub setzte Townshend auseinander²⁾, dass England im Einverständnisse mit Volkra das holländische Bündnis geschlossen habe. Der König glaubt sich damit zugleich ein Verdienst um den Kaiser erworben zu haben, indem er den Weg zu dem geplanten Dreibunde ebnete. Er hat natürlich auch nicht daran gedacht, dem Kaiser den Modus vorschreiben zu wollen, wie sein Anschluss zu erfolgen habe. Gegen einen neuen Vertrag hat England nichts. Der Kaiser möge doch aber auch nicht allen denen sofort Glauben schenken — und dies war ein Seitenhieb auf Graf Volkra —, die ihren Scharfsinn darauf verwenden, um für alle Handlungen der englischen Regierung die ungünstigste Auslegung zu finden.

Von dem einfachen Beitritt des Kaisers zur Allianz vom 6. Februar konnte also nach diesen gereizten Auseinandersetzungen nicht mehr die Rede sein. Dem Grafen Volkra schrieb Karl VI.³⁾, er habe erwartet, dass man ihn vielmehr einlade, als *Pars contractans principalis* in den neu zu schliessenden defensiven Dreibund einzutreten. Demgemäss ward nun in den nächsten Monaten in London und Wien die Bildung einer neuen Allianz vorbereitet. Die Verhandlung führte in Wien mit dem Kaiserhofe der erwähnte Lukas Schaub, ein kluger und geschickter Diplomat, der es auch verstand, die schwerfälligen Formen, in denen die Österreicher auswärtige

¹⁾ Schaub an Townshend 8. Febr. 1716. R. O.

²⁾ Townshend an Schaub 17. Febr. (a. St.) 1716. R. O.

³⁾ Weisung vom 12. Febr. 1716. W. St. A.

Politik machten, zu durchdringen und ihre eigentlichen Absichten zu ergründen, ein Mann, der auch in erregten Augenblicken schnell den Boden zu finden wusste, auf dem die entgegengesetzten Wünsche der beiden Mächte zusammentreffen vermochten. In London mühten sich die englischen Minister mit dem Grafen Volkra ab, der mit vieler Anmassung und Umständlichkeit, doch mit wenig politischem Sinne, die Geschäfte führte. Die Urteile über sein Verhalten waren in den ihm zugehenden kaiserlichen Reskripten fast ebenso herbe wie in den unwilligen Ergüssen der Briefe des englischen Staatssekretärs Townshend an Schaub. Eine gewisse Abwechslung ward noch in diese Verhandlungen gebracht durch die bald nach der einen, bald nach der andern Seite sich neigende Entscheidung der Frage, ob man mit, ob ohne Holland abschliessen werde.

Anfangs dachte man ja nicht anders, als zu dreien den Vertrag zu machen. An einem von Volkra überreichten Entwurf nahmen die englischen Minister einige Änderungen vor, um ihn also auch in Holland zur Annahme zu bringen. Zudem meinte Townshend¹⁾, dass es nicht schaden könne, wenn der Kaiser den Herren Staaten einen verbindlichen Brief schreiben würde. Einige Freundschaftsversicherungen und eine kleine Gefälligkeit würden die Wohlgesinnten im Haag so sehr ermutigen, dass sie die Einfüsterungen Frankreichs und seiner Parteigänger erfolgreich zurückweisen würden. Bleiben die kaiserlichen Minister aber kalt und verschlossen wie bisher, so ist von der Republik nicht viel zu hoffen. In Wien meinte man gleichwohl²⁾, dass der Kaiser einen solchen Brief nicht schreiben dürfe; aber den Marquis Prié, der nächstens als Gouverneur nach den Niederlanden ging, wollte man beauftragen, den Holländern mündlich einige Artigkeiten zu sagen. Bald darauf teilte wieder Horace Walpole aus dem Haag³⁾ die Klage des Ratspensionarius über die schroffe und hochmütige Sprache der Österreicher mit. Im besonderen erregte es Anstoss, als Königsegg beim Austausch der Ratifikationen des Barrière-Traktats erklärte⁴⁾, der Kaiser könne den Generalstaaten das Prädikat „Hochmögende“ nicht mehr zugehen, so lange ihnen dasselbe von Frankreich versagt werde. Und

¹⁾ Townshend an Schaub 31. Jan. (a. St.) 1716. R. O.

²⁾ Schaub an Townshend 5. März 1716. R. O.

³⁾ Walpole an Townshend 18. Febr. 1716. R. O.

⁴⁾ Walpole an Townshend 28. Febr. Townshend an Schaub 14. Febr. a. St.) 1716. R. O.

während also alle Handlungen der österreichischen Diplomaten darauf berechnet schienen, die Holländer zurückzustossen, mühte sich der Franzose Chateaufort auf's äusserste, sie für ein französisches Bündnis zu gewinnen und damit die Tripelallianz zu zersprengen, ehe sie noch geschlossen war.

Dahin aber wollte man es in England nicht kommen lassen. Die ungünstigen Nachrichten aus Holland reiften dort den Entschluss, wie vorher mit den Generalstaaten, also jetzt mit dem Kaiser allein das Bündnis zu unterzeichnen, die Holländer erst nachträglich zum Beitritt aufzufordern. Erst seit wenigen Tagen konnte eine Weisung an Volkra¹⁾ in London angelangt sein, mit welcher der Kaiser ihm drei verschiedene Entwürfe zur Tripelallianz sandte, als man daselbst von dieser schon nichts mehr wissen wollte. Am 24. Februar a. St. legte der Staatssekretär Lord Townshend im Beisein der beiden deutschen Minister dem Grafen Volkra die neueste Wendung der englischen Politik dar.²⁾ Der Kaiser, sagte Townshend, möge mit Georg I. allein sich verbinden und in einem besonderen Artikel solle man die Generalstaaten ausdrücklich zum Beitritt einladen. Dabei erwarte der König auch, dass der Kaiser für die hannövrise Thronfolge eine Garantie übernehme. Man werde ihm ja nicht zumuten, ausdrücklich die protestantische Succession zu garantieren, sondern nur etwa die Thronfolge, wie sie durch die Gesetze Englands festgelegt sei. Im übrigen werde man sich gegenseitig seinen Besitz gewährleisten. Hier mischten sich Bernstorff und Bothmer in das Gespräch, um zu erklären, dass diese Garantie sich auch auf die deutschen Lande des Königs beziehen müsse, ebenso wie etwa umgekehrt der König sich auch verpflichte, den Kaiser in seinen italienischen Besitzungen zu verteidigen. Und damit nicht genug, der Kaiser soll seine Garantie auch auf Bremen und Verden, die kürzlich den Schweden abgenommenen Gebiete, ausdehnen. Könne er dies als Kaiser nach der Reichsverfassung nicht thun, so genüge schon die Zusage, dass er dem König Kurfürsten in dieser Frage günstig gesinnt sei. Unzweifelhaft handelte es sich hier um eine Angelegenheit, welche eben jetzt den englisch-hannövrise Staatsmännern sehr am Herzen lag. Wir werden die nordische Politik Hannovers und ihren Einfluss auf Englands Haltung noch im Zusammenhange zur Darstellung bringen. Hier mag der

¹⁾ Sie ist datiert vom 12. Febr. 1716. W. St. A.

²⁾ Volkras Bericht vom 24. Febr./6. März 1716. W. St. A. Vgl. auch Townshend an Schaub 24. Febr. (a. St.) 1716, an Walpole vom selben Datum. R. O.

Hinweis genügen, dass schon um Hannovers willen König Georg das Bündnis mit dem Kaiser schnell abgeschlossen zu sehen wünschte. Auf österreichischer Seite wusste man dies recht gut, wunderte sich auch nicht eben darüber, weil man ohnehin auf dem Festlande den König vom Kurfürsten nicht zu unterscheiden pflegte.

Volkra machte nun freilich bei jenen Eröffnungen einige Schwierigkeiten. Derartiges müsse Gegenstand eines besonderen Vertrages sein, in dem dann auch der Kaiser sich seine Vorteile — um Italien werde es sich wohl handeln — ausbedingen werde. Aber es kam doch weniger auf dasjenige an, was Volkra sagte, als was man in Wien dachte. Am gleichen Tage schrieb also Townshend in demselben Sinne, wie er zu Volkra gesprochen, an Schaub.¹⁾ Der meldete eben um diese Zeit von einer am Wiener Hofe Platz greifenden freundlicheren Stimmung gegen England. Sie wuchs in demselben Masse wie die Unzufriedenheit mit dem Grafen Volkra, von dem ausser den Spaniern niemand mehr etwas wissen wollte. Eugen erklärte, wenn das Bündnis in London zum Abschlusse komme, so solle Volkra es lediglich unterzeichnen, nicht verhandeln, damit er nicht etwas „vom Seinigen“ hineintrage.²⁾

Als jetzt das Anerbieten eintraf, mit England allein ein Bündnis zu schliessen, war man in Wien äusserst bereit darauf einzugehen. Seit kurzem trafen Nachrichten ein, die auf feindliche Absichten Philipps V. gegen Italien zu deuten schienen. Für einen solchen Fall war die Unterstützung des Kaisers durch eine englische Flotte höchst wünschenswert, ja fast unentbehrlich; um so mehr als es bereits sicher war, dass Österreich demnächst wieder gegen die Türken das Schwert ziehen müsse. Die geheime Konferenz trat zusammen und auf Grund ihres Beschlusses ward eine gemeinschaftliche Weisung für Volkra und Hoffmann am 4. April ausgefertigt, in der sie ermächtigt wurden, das Bündnis sofort zu unterzeichnen. Von allen vordem hin- und hergesandten Entwürfen sah man ab und sandte ihnen jetzt einen neuen Wortlaut, den sie in London zur Annahme bringen sollten. Das Misstrauen gegen Volkra fand einen Ausdruck darin, dass ihm und Hoffmann ausdrücklich verboten wurde, an diesem Wortlaut auch nur einen Buchstaben zu ändern.

Der von Wien gesandte Bündnisentwurf³⁾ besagte eigentlich

¹⁾ Townshend an Schaub 24. Febr. (a. St.) 1716. R. O.

²⁾ Schaub an Townshend 18. März 1716. R. O.

³⁾ Beilage zur Weisung an Volkra u. Hoffmann vom 4. April 1716. W. St. A.

nichts anderes, als dass die beiden Mächte sich gegenseitig im Falle eines feindlichen Angriffs Hilfe leisten sollten. Auffallend ist es, dass es sich dabei nicht nur um die Verteidigung der von ihnen besessenen Länder und Rechte handeln sollte, sondern auch um ‚Ehren und Würden‘ der vertragschliessenden Fürsten. Diese Worte *Honor* und *Dignitas* waren mancherlei Auslegung fähig. Der Kaiser mochte dabei an sein Anrecht auf Spanien denken, an das „ideale Spanien“, wie man es in dieser Zeit wohl auch auszudrücken liebte. Aber gerade die Möglichkeit einer solchen Auslegung musste in England Bedenken erregen. Der Entwurf besagt ferner, dass der Kaiser den König von England, falls derselbe angegriffen werde, mit 12000 Mann zu unterstützen habe. Das meergewaltige Grossbritannien aber soll im umgekehrten Falle ausser 10000 Mann Truppen noch 20 Kriegsschiffe zweiter und dritter Ordnung dem Kaiser zu Hilfe senden. England hätte also eine schwerere Last auf sich zu nehmen als der Kaiser. Es erübrigt nur noch zu bemerken, dass in dem Entwurf die Generalstaaten ausdrücklich zum Beitritt eingeladen werden.

Damit ist der Inhalt des österreichischen Projektes erschöpft. Aber es lohnt auch, sich vor Augen zu halten, was in diesem Projekte nicht steht. Die den beiden Fürsten eignenden Besitzungen, deren Verteidigung es gilt, sind weder im allgemeinen noch auch einzeln genannt. Von den österreichischen Landen in Italien, für welche der Kaiser den Schutz der englischen Flotte sucht, ist ebensowenig die Rede wie von den kurbraunschweigischen Gebieten Georgs I. und seinen neugewonnenen Herzogtümern Bremen und Verden, welche er durch den Kaiser garantiert zu sehen wünschte. Dieser Garantie wollte sich Karl durch die einfache Nichterwähnung entziehen, aber ebenso gewiss wollte er doch bei einem Angriff auf Italien der Unterstützung der englischen Flotte sicher sein dürfen. Gleich bemerkenswert ist es auch, dass die gewünschte Garantie der hannövrischen Thronfolge in dem Entwurfe keinen Platz gefunden hat. Gerade den beiden Forderungen, auf welche die Engländer so grosses Gewicht legten, hatte sich der Kaiser versagt. Und doch wurde sein Entwurf die Grundlage des Vertrages.

Bei der Verhandlung über jene zwei Punkte erlaubten sich die österreichischen Minister mit dem Geschäftsträger Schaub ein nicht ganz ehrliches Spiel. Nachdem sie auf Grund einer am Wiener Hofe ungewöhnlich schnellen Beschlussfassung Volkra instruiert hatten, hielten sie Schaub noch längere Zeit mit unbestimmten Reden hin und erklärten nur, sie könnten über die beiden Fragen

der Succession und der bremischen Lande noch nichts sagen. Unterdessen wollten sie den Erfolg von Volkras Verhandlung, oder richtiger der ihm und Hoffmann gesandten bestimmten Befehle abwarten. Liess sich damit nicht zum Ziele kommen, so konnte man Schaub gegenüber immer noch Zugeständnisse machen, ohne sich etwas zu vergeben. Dass dieser aber selbst das Spiel durchschaute¹⁾, ahnten sie freilich nicht.

Unterdessen hatte die englische Regierung ihre Absicht wiederum geändert; sie bevorzugte abermals das Bündnis zu dreien. Horace Walpole berichtete aus dem Haag freilich nach wie vor von Chateaufs Bemühungen um die Freundschaft der Generalstaaten. Auch an England trat das französische Werben heran und selbst die englischen Staatsmänner begannen sich mit dem Gedanken einer Allianz mit Frankreich zu befreunden. Aber eben darum meinten sie jetzt wohl, dass zunächst die drei alten Verbündeten sich wieder eng zusammenschliessen sollten. Walpole erhielt am 30. März a. St. die Vollmacht zur Unterzeichnung der Tripelallianz zugesandt. Sobald diese geschlossen sein würde, wollte man sich die Annäherung Frankreichs gefallen lassen. Ein neues System der britischen Politik bereitete sich vor.

Jetzt wurden die Holländer, das französische Bündnis vor Augen, wieder schwierig. Volkra drängte darum die englischen Minister, auf der Stelle und nur mit dem Kaiser zu schliessen. Stanhope und Bernstorff neigten ebenfalls zu dieser Lösung; aber Townshend und Bothmer wollten noch nichts davon wissen.²⁾ Da meldete der junge Walpole am 5. Mai aus dem Haag, dass die Staaten von Holland — die Stadt Amsterdam hatte dabei den Ausschlag gegeben — den Beschluss gefasst hätten, nur nach zwei Seiten zu gleicher Zeit Unterhandlungen führen zu lassen und zwei defensive Tripelallianzen zu schliessen, die eine mit Georg I. und dem Kaiser, die andere mit England und Frankreich. Kurze Zeit nachher war es ausser Zweifel, dass sich die Generalstaaten an dieses Programm binden würden. Chateaufühlte sich seiner Sache bereits sicher und erklärte, er werde nächstens das Projekt einer Allianz vorlegen können, gegen das selbst die Engländer nichts mehr einwenden würden. Als diese Nachricht nach London kam, zögerten die Minister nun nicht länger, zum Abschlusse mit Volkra zu schreiten. Je schneller derselbe sich erreichen liess, um so lieber

¹⁾ Schaub an Townshend 18. April 1716. R. O.

²⁾ Volkras Bericht vom 20. April/1. Mai 1716. W. St. A.

war es ihnen. Der König wünschte in diesem Sommer sein Stamm-land Hannover zu besuchen; doch ehe nicht das österreichische Bündnis geschlossen sei, wollten seine Minister ihn nicht reisen lassen. Auch trugen sie schon eifriges Verlangen, mit Frankreich in Verbindung zu treten; aber dabei sollte England als ein Staat erscheinen, welcher bereits eine mächtige Stellung in Europa besitze und dieselbe nicht erst durch Frankreich zu gewinnen brauche.

Unter diesen Umständen trachteten sie also die Welt und zunächst die Holländer mit der Kunde von einem englisch-österreichischen Bündnisse zu überraschen. So suchten sie nun Volkra und Hoffmann mit sich fortzureissen.¹⁾ Als Townshend die beiden Österreicher am Sonnabend 19. Mai (a. St.) bei Hofe traf, setzte er ihnen die Umstände auseinander und erklärte, das Beste wäre, wenn bis zum Abgang der nächsten Dienstagspost das Bündnis geschlossen sein würde. Am Montag kam er also zu Volkra und wiederholte seine Erklärung. Die beiden österreichischen Diplomaten antworteten sehr korrekt, sie seien vollkommen bereit, den vom Kaiser jüngst gesandten und dem englischen Hofe schon mitgeteilten Entwurf ungesäumt zu unterzeichnen. Freilich fügten sie hinzu, dürften sie auch nicht die kleinste Änderung in demselben vornehmen. Wenn dem also ist; entgegnete Townshend, so wäre es blosse Zeitverschwendung, weiter über die Sache zu reden. Denn in keinem Falle dürften die Worte *Honor* und *Dignitas* in dem Verträge zugelassen werden; auch müssten die von beiden Seiten ausbedungenen Leistungen vollkommen gleich sein. Er führte aus, wie noch jetzt die ungleiche Verteilung der Lasten im letzten Kriege zu heftigen Anklagen gegen das vorige Ministerium zu führen pflege, so oft im Parlamente die Rede auf die so schwer lastende Staatsschuld komme. In Wien glaube man wohl, Kriegsschiffe auf die See zu schicken, sei gar nichts, wenn man sie doch einmal besitze. In Wahrheit komme die Ausrüstung und Bemannung von 20 Schiffen, wie der Kaiser sie verlange, einer Truppenleistung von 16000 Mann gleich. Dazu soll nun England noch 10000 stellen, während der Kaiser im ganzen nur 12000 Mann biete. Über ein solches Verlangen könne man alle weiteren Worte sparen. Damit stand Townshend missvergütigt auf und schien sich entfernen zu wollen.

Es war das in der alten Diplomatie so häufig getriebene Ver-

¹⁾ Das Folgende nach dem Hauptbericht Volkras und Hoffmanns über den Abschluss des Bündnisses vom 25. Mai/5. Juni 1716. W. St. A.

steckenspiel. In dem letzten kaiserlichen Reskript war Volkra und Hoffmann anbefohlen worden, das Bündnis sobald als möglich zustande zu bringen, jedoch „ohne grosses Verlangen oder Ängstlichkeit dabei zu zeigen.“ In Gemässheit dieser Weisung waren sie nun dem Engländer mit einer gewissen Festigkeit gegenüber getreten. Aber Townshend liess sich dadurch nicht beirren und begegnete ihnen mit noch grösserer Festigkeit. Er wusste ja, dass Volkra nicht weniger begierig war, das Bündnis zu schliessen als er selbst. Und als jetzt Townshend gehen wollte, ersuchte ihn Volkra wirklich, doch immerhin noch eine Konferenz mit den übrigen Ministern zu veranstalten. Townshend sah seine Sache gewonnen. Er erwiderte aber, er sehe nicht, wozu dies dienen könne. Doch wolle er sich nicht gegen eine weitere Beratung der Sache erklären und werde sich also mit den anderen Ministern um 6 Uhr abends beim Grafen Bothmer einfinden.

Als die beiden Österreicher sich allein sahen, machte der gewissenhafte Hoffmann dem Grafen Volkra ernste Vorhaltungen. Lieber die Sache für jetzt liegen lassen als sich gegen die strikte Instruktion auf Änderungen des Entwurfs einlassen. So wichtig sei für den Kaiser dieser Vertrag nicht, dass sie nicht erst weitere Befehle aus Wien erwarten könnten. Hoffmann meinte, dass die englischen Minister die von den französischen Einflüssen in Holland drohenden Gefahren wohl übertrieben, und wer konnte sagen, welche Nebenabsichten die Engländer im Sinne hatten. Diese Einwände waren wohlbegründet. Aber wie es bei Neulingen in der Diplomatie nicht selten ist, so brannte Volkra darauf, den wichtigen Abschluss zu vollführen. Er erklärte dem Residenten, er würde es nicht verantworten können, wenn er nicht die französischen und „anjouinischen“ Intriguen durchkreuze und das Bündnis um einiger Einzelheiten willen scheitern lasse, wo man doch in der Hauptsache übereinstimme. Lieber wolle er für ein eigenmächtiges Vorgehen allein die Verantwortung tragen, ja sich selbst opfern, ehe er dem Kaiser einen so schlechten Dienst erweise.

Also begaben sich Volkra und Hoffmann am Nachmittage desselben Tages zur verabredeten Konferenz. Bei Bothmer hatten sich ausser den Staatssekretären Townshend und Stanhope noch der Herzog von Marlborough und der unvermeidliche Graf Bernstorff eingefunden. Zwei Stunden lang stritt man mit Heftigkeit um die Worte *Honor* et *Dignitas*. Townshend erklärte in der Erregung, nicht nur diese, sondern auch das Wort *Jura* müsse gestrichen werden. Denn die angeblichen Rechte und Ansprüche des

Kaisers nähmen kein Ende; weder England noch Holland könne dieselben garantieren, ohne sich in einen ewigen Krieg zu verwickeln. Man müsse aber gerade alles vermeiden, was auf die Absicht eines Krieges gedeutet werden könne. Doch Volkra und Hoffmann gaben in diesem Punkte nicht nach. Um 8 Uhr wurde die Verhandlung unterbrochen; nach einer Stunde nahm man sie wieder auf. Nach vielen Reden nahm endlich Stanhope die Feder zur Hand und brachte den vielumstrittenen zweiten Artikel in eine neue Form, mit der sich schliesslich alle einverstanden erklärten. Die Worte *Honor*, *Dignitas* und *Jura* waren wirklich beibehalten, aber die Schärfe derselben dadurch gemildert, dass im Eingange des Artikels das zu schliessende Bündnis ausdrücklich als ein defensives bezeichnet wurde.¹⁾ Auch in Bezug auf die Leistungen im Kriegsfall ward eine Einigung erzielt. Die eigentliche Schwierigkeit ward dabei freilich mehr umgangen als gelöst. Beide Teile wurden gleichmässig zur Aufstellung von 12000 Mann Truppen verpflichtet und nur ein Zusatz besagte, dass, wenn die Art des Krieges es erfordern sollte, England statt der sämtlichen oder eines Teiles der Landtruppen so viele Kriegsschiffe stellen solle, dass die Unterhaltungskosten derselben dem Aufwande für die in Wegfall kommenden Truppen gleich sei. Wie aber dieses Verhältnis eigentlich zu schätzen sei, darüber schwieg der Vertrag.

In allen übrigen Punkten blieb es bei dem aus Wien stammenden Entwurf. Nur ward noch ein neuer Artikel hinzugefügt, durch welchen die Generalstaaten ausdrücklich zum Beitritt eingeladen wurden, wogegen die beiden Österreicher nichts einwenden konnten. Und ebensowenig durften sie einem Separat-Artikel ihre Billigung vorenthalten, welcher besagte, dass England nicht zur Bundeshilfe verpflichtet sein solle, falls der Kaiser, wie damals schon voraussehen, in einen Krieg mit der Pforte verwickelt werden sollte. So selbstverständlich dies schien, so wollte man es doch ausdrücklich der Welt verkündigen, damit nicht etwa bei dem nahen Ausbruche des Türkenkrieges der englische Handel in Gefahr gerate.

¹⁾ Verfehlt ist die Bemerkung Wieseners (Le Regent, l'abbé Dubois et les Anglais, p. 210 Note 1), dass einige Worte dieses Artikels wohl auf geplante Eroberungen in Italien zielten. Der ihm vorliegende französische Wortlaut ist eine oberflächliche Übersetzung des lateinischen Textes; ein durch das französische *et* wiedergegebenes *aut* hat Wieseners Irrtum veranlasst. Gerade den defensiven Charakter des Bündnisses hervortreten zu lassen, war das Bemühen der englischen Minister, und eben deshalb hatten sie ja die zweifelhafte Ausdrucksweise des Entwurfs nicht durchlassen wollen.

In dieser Form ward der Bündnisvertrag in's Reine gebracht. Wir dürfen noch darauf hinweisen, dass weder die Garantie der protestantischen Thronfolge noch die der bremischen Herzogtümer in denselben aufgenommen wurde. Die englischen Minister beschränkten sich auf dasjenige, was im Augenblick zu haben war. Jene Garantien dem Kaiser aufzuerlegen, hätten sie selbst den Grafen Volkra nicht vermocht. Oder er hätte um neue Instruktionen nachgesucht, es wäre ein wochenlanger Aufschub entstanden, und eben das wollten sie vermeiden. Übrigens waren die Engländer mit dem Erreichten vollauf zufrieden. Siegesfroh schrieb Townshend an Horace Walpole¹⁾, der König habe ihn und Stanhope beauftragt zu versuchen, wie weit sie mit dem Grafen Volkra kommen könnten und nun hätten sie wirklich das Glück gehabt, „ihn zur Vernunft zu bringen.“

Spät in der Nacht war man auseinander gegangen. Am folgenden Morgen traf man wieder bei Bothmer zusammen, um über die Form der Unterzeichnung zu beraten. Volkra schlug vor, dass er und Hoffmann ohne Vorweisung ihrer Vollmacht unterschrieben, in der Hoffnung der Genehmigung durch den Kaiser. Die Engländer gingen darauf ein, weil sie etwas anderes den Österreichern nicht zumuten durften, die ja ohnehin ihre strikte Instruktion schon überschritten hatten. Ein richtiger Vertrag war es also nicht, was man schloss. Auch musste die Unterzeichnung noch um einige Tage verschoben werden, da der Lord Kanzler, der das grosse Siegel der Vollmacht der englischen Minister anheften musste, zur Zeit nicht in London war. Nichtsdestoweniger ward doch schon mit der Dienstagspost des 22. Mai (a. St.), wie man es sich vorgesetzt hatte, nach Holland gemeldet, dass der Abschluss erfolgt sei. Erst am 25. Mai geschah zu Westminster die förmliche Unterzeichnung. Dass in der Eile dieses Datum alten Stils und nicht dasjenige des 5. Juni unter die Urkunde gesetzt wurde, war einer der Punkte, für welche Volkra und Hoffmann den Tadel ihres kaiserlichen Herrn ernteten.²⁾

Immerhin herrschte am Wiener Hofe hohe Befriedigung, als die Nachricht von der Unterzeichnung des Bündnisses eintraf. Graf Sinzendorff beeilte sich, die Neuigkeit dem Geschäftsträger Schaub voller Freude mitzuteilen. An mehreren Artikeln seien ja freilich starke Änderungen vorgenommen worden und auch die Hilfeleistung,

¹⁾ 22. Mai (a. St.) 1716. R. N.

²⁾ Weisung an Volkra 30. Juni 1716. W. St. A.

zu welcher England sich verpflichtet habe, sei recht mittelmässig, aber der freudige Eindruck werde doch dadurch nicht vermindert. Sinzendorff fand auch in der That den richtigen Ausdruck für die Bedeutung des geschlossenen Bündnisses, wenn er meinte, in demselben sei ein fester Grund gelegt für alle weiteren Abmachungen, welche die beiden Mächte im Laufe der Zeit zu beiderseitiger Sicherheit zu treffen Veranlassung haben dürften.¹⁾

Graf Volkra erhielt freilich auf seine Mitteilung von dem vollzogenen Abschlusse einen etwas ungnädigen Bescheid.²⁾ Der Kaiser findet an dem Vertrage, wie er geschlossen ist, so vieles auszusetzen, dass der beabsichtigte Vorteil wohl kaum daraus zu ziehen sei. Von der Garantie der protestantischen Thronfolge und der bremischen Lande sei ja allerdings abgesehen worden. Aber was die letzteren betrifft, so fürchtet der Kaiser, dass die ihm auferlegte Garantie der dem Könige gehörigen Länder in ihrem gegenwärtigen Bestande (*eo quo sunt statu*) eines Tages auch auf diese neuen Erwerbungen bezogen werden könnte. In Wahrheit war diese Befürchtung grundlos. Man übersah merkwürdigerweise, dass Georg I. den Vertrag lediglich als König von England, nicht auch als Kurfürst von Hannover geschlossen hatte. Ein Zweifel kann über dieses Verhältnis nicht aufkommen, wenn man beachtet, dass nur die englischen Minister zur Unterzeichnung bevollmächtigt wurden und nur sie ihre Namen unter die Urkunde setzten. Die hannövrischen Minister, welche freilich nach dem derzeitigen Brauche des britischen Hofes an der Verhandlung eifrig genug Anteil genommen hatten, haben doch das Bündnis nicht auch unterschrieben.³⁾

Auf der andern Seite stellte der Kaiser sich enttäuscht, dass durch dieselbe Klausel England ihm seine Rechte und Besitzungen eben nur in ihrem gegenwärtigen Bestande garantierte. Wir erhalten dabei einen Einblick in die letzten Hoffnungen des Wiener Hofes, die doch immer noch auf die Rückeroberung Spaniens gerichtet waren. Sie seien, gesteht der Kaiser zu, durch die Erklärungen Stanhopes sowohl wie Cadogans genährt worden. Und da erfolgt nun eine deutliche Absage, denn nach jener Klausel bleibt dem Kaiser nichts als der Titel von Spanien, und diesen zu verteidigen, bedarf es keiner grossen Streitmächte. Auch mit der Be-

¹⁾ Schaub an Townshend 17. Juni 1716. R. O.

²⁾ Weisung vom 30. Juni 1716. W. St. A.

³⁾ Vgl. auch den Bericht von Volkra u. Hoffmann vom 17./28. Juli 1716. W. St. A.

messung der kriegerischen Leistungen auf englischer Seite war Karl VI. nicht zufrieden; er fand es nicht genügend, dass England, wie man das Verhältnis in Wien etwas oberflächlich auffasste, nur entweder „Volk ohne Schiff, oder Schiff ohne Volk“ zu stellen habe.

Aber trotz aller dieser Bedenken, die dem voreiligen Diener freilich noch schwerer dargestellt werden als der Kaiser selbst sie empfindet, hütete er sich doch, den einmal geschlossenen Vertrag zu verwerfen und dadurch unangenehme Verwickelungen herbeizuführen. Er sandte vielmehr ohne sehr langes Zögern die Ratifikation nach London. Bei der Auswechslung sollten Volkra und Hoffmann nur die Erwartung aussprechen, dass nunmehr England sich von dem Bündnisse mit Frankreich fernhalten oder doch dasselbe ohne Schaden für Österreichs Interesse schliessen werde. Im besonderen darf des Kaisers Stellung in seinen Niederlanden nicht in die Verhandlung gezogen werden. Mit dieser Massgabe erteilte nun der Kaiser dem Bündnisse mit England seine Zustimmung. Die anbefohlenen Erklärungen wurden bei der Auswechslung der Ratifikationen abgegeben. Volkra wiederholte sie sogar dem Prinzen von Wales¹⁾ — der König war schon in Deutschland — und dieser beteuerte, dass der englische Hof niemals etwas, das zum Schaden des Kaisers gereichen könnte, unternehmen werde. Es kostete ihm auch nichts, hinzuzufügen, dass man die französische Allianz, wenn möglich, ganz vermeiden werde. In Wahrheit waren die Vorbereitungen zu derselben schon im vollen Gange.

In Holland hatte der Abschluss des englisch-österreichischen Bündnisses einen sehr üblen Eindruck gemacht, so dass die englischen Minister die rasche Entscheidung einen Augenblick beinahe bereuten. Aber die Generalstaaten scheinen schnell ihren Groll vergessen zu haben, als sie bemerkten, dass England darum nicht weniger als vorher dem von ihnen so sehr begehrten Bündnisse mit Frankreich geneigt war. So haben sie denn auch den an sie ergangenen Aufforderungen, dem Vertrage vom 25. Mai beizutreten, wenig Beachtung geschenkt, vollends als England nicht mehr darauf bestand, dass dieser Beitritt vor dem Abschlusse mit Frankreich erfolgt sein müsse.²⁾ In der That sind die Generalstaaten diesem Bündnisse überhaupt niemals beigetreten.

¹⁾ Bericht von Volkra und Hoffmann vom 17./28. Juli 1716. W. St. A.

²⁾ Townshend an Walpole 5. Juni (a. St.) 1716. R. O.

Auch den Franzosen bereitete der Abschluss vom 25. Mai eine peinliche Überraschung. War doch England gerade mit ihnen selbst in Verhandlungen eingetreten, die ein Bündnis zum Zwecke hatten, und nun verband es sich mit Karl VI., der dem Hause Bourbon in Spanien und Frankreich gleich feindselig gegenüberstand. D'Herbville sprach offen sein Erstaunen aus, aber Stanhope belehrte ihn, man habe doch nicht erwarten können, dass England sich von seinem alten Verbündeten, dem Kaiser trennen und nicht wenigstens ein Verteidigungsbündnis mit ihm schliessen werde.¹⁾ Auch Lord Stair in Paris ward beauftragt²⁾, den defensiven Charakter des Vertrages zu betonen. So haben die Franzosen sich in der That schnell darüber beruhigt und die im Gange befindliche Verhandlung ward kaum gestört.

Für England selbst war aber der Bund mit dem Hause Österreich von höchster Bedeutung. Jetzt erst hatte es eine selbstständige Stellung unter den Mächten Europas zurückgewonnen. Im Innern war das neue Regiment so stark geworden, dass in absehbarer Zeit von den heimlichen Umtrieben der stuartischen Partei nichts mehr zu fürchten war. Der bewaffnete Aufstand war zu Boden geschlagen, ein ergebenes Parlament stand dem Könige zur Seite und bis zum Jahre 1722 brauchte man sich um den Ausfall neuer Wahlen nicht zu sorgen. Der Thron Georgs I. war befestigt; beruhigt konnte er nach so viel Stürmen den englischen Boden verlassen und sein geliebtes Heimatland aufsuchen. Und jetzt war auch nach aussen ein fester Halt gewonnen. England und seine alten Alliierten hatten sich wiedergefunden. Drohte ein Angriff, so waren Holland und Österreich zur Bundeshilfe verpflichtet. Dass diese beiden Mächte gleichwohl untereinander den alten Hader noch fortsetzten, machte die Stellung Grossbritanniens, des Vermittlers zwischen ihnen, fast noch mächtiger. Dazu vollzog sich nun eine Annäherung an Frankreich. Frei trat England ihm entgegen, konnte sein Bündnis nach Belieben annehmen oder ablehnen. England durfte fordern und Frankreich musste gewähren. Wenn Georg I. es verlangte, so musste der Herzog von Orleans die Hafengebauten zu Mardyck schleifen lassen und den Prätendenten über die Alpen verbannen. Innere und äussere Politik üben fortwährend einen wechselseitigen Einfluss. Die Besiegung der Rebellion und die Septennial-Akte machten Georg I. im Auslande geachtet und ge-

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 12. Juni 1716. W. St. A.

²⁾ Stanhope an Stair 27. Mai (a. St.) 1716. R. O.

fürchtet; die auswärtigen Bündnisse erwarben ihm das Vertrauen der Nation. Auch an der günstigen Wirkung auf die deutschen Verhältnisse Georgs I. konnte es nicht fehlen. Dem mächtigen Könige von England konnten jetzt seine neu erworbenen bremischen Lande nicht mehr genommen werden. So stark war in weniger als zwei Jahren jenes hannövrische Königtum emporgekommen, dem aller Orten viele gewiegte Politiker nur eine kurze Lebensdauer vorausgesagt hatten. Die Grundlage für ein neues System war geschaffen, durch welches England bald die gesamte europäische Politik sich unterthan machte.

Fünftes Kapitel.

Spanien und die Handelsverträge.

Selten hat sich die eigenartige Macht der historischen Überlieferung stärker gezeigt als in den Anfängen des hannövrischen Regiments in England. Die ungewisse Haltung der Mächte und die Unsicherheit im eigenen Lande bot den neuen Staatslenkern wenige feste Anhaltspunkte. Je weniger sie daher imstande waren, aus eigener Anschauung des Notwendigen heraus sofort ein klares Programm für innere und äussere Politik aufzustellen, um so fester klammerten sie sich an die bewährten Grundsätze ihrer Partei an, suchten das alte Schema neu zu beleben. Die von den Whigs in den letzten Zeiten ihrer Herrschaft verfolgte auswärtige Politik, wie sie von der Gegenpartei über Bord geworfen worden war, wurde wieder zur Richtschnur genommen. Sie hatte die Bundesgenossenschaft Österreichs und Hollands zur Voraussetzung gehabt. Die Bekämpfung und Niederwerfung Frankreichs, so dass diese Macht in Zukunft nie mehr gefährlich werden könnte, was das Ziel gewesen. Die neuen auswärtigen Minister Stanhope und Townshend kehrten zu diesem System zurück. Die Herstellung der alten Bündnisse war der erste, Erneuerung des Krieges der zweite Gedanke ihrer Staatskunst.

Aber allmählich klärte sich die Lage. Ein neuer Krieg durfte der englischen Nation nicht wieder zugemutet werden. Als die Sicherheit der hannövrischen Herrschaft im Innern hergestellt war und auch die alten Bundesgenossen sich wieder einfanden, da zeigte sich ganz unerwartet die Aussicht, auch mit Frankreich in ein gutes Verhältnis treten zu können. Sein neuer Machthaber, der Herzog von Orleans, trat England näher, um an ihm eine Stütze zu haben für seine persönliche Stellung gegen die Ansprüche Philipps V. von

Spanien, die Politik Frankreichs geriet dadurch in Abhängigkeit von der englischen.

Hier hat man sich zwei Jahre nach der Thronbesteigung Georgs I. mit erheblichen Vorteilen von dem überlieferten Programm der Partei losgesagt. In einem andern Falle, dem bourbonischen Nebenstaate Spanien gegenüber, sah man sich durch das Programm völlig im Stiche gelassen. Die Whigs als Kriegspartei hatten Spanien nicht anders als unter der Herrschaft des Österreichers sehen wollen. Anjou wollten sie bis aufs äusserste bekämpfen; kein Fussbreit auf der Halbinsel sollte ihm gehören. An ihrem starren Programm war die Partei gescheitert. Die Tories hatten Frieden geschlossen und Philipp V. anerkannt. Der Regierung Georgs I. lag es jetzt ob, mit diesem Könige, der nun doch nicht mehr zu beseitigen war, sich auseinanderzusetzen.

Kaum konnte sie hoffen, das in mannigfacher Beziehung für England so günstige Verhältnis wieder herzustellen, wie es vor dem Kriege unter der elenden und machtlosen Regierung Karls II. bestanden hatte. Denn inzwischen hatte sich ein mächtiger Umschwung vollzogen. Spanien war unter Philipp V. doch ein anderes, als unter den Habsburgern. Ein hohes Glück war es für dieses Land, dass der Bourbon sich auf seinem Throne zu behaupten vermochte. Nur von aussen her konnte dem mit seiner Dynastie heruntergekommenen Staatswesen frisches Leben zugeführt werden. Die Grundsätze des modernen monarchischen Staates, wie sie in Frankreich durch Richelieu verwirklicht worden waren — der Enkel Ludwigs XIV. trug sie in die Regierung Spaniens hinein. Mit Philipp V. und seinen französischen und italienischen Ratgebern kam ein neuer Geist in die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Eine selbstbewusste Regierung erhob sich, welche die Einheit im gesamten Königreiche erst in Wahrheit herzustellen suchte. Alle Provinzen sollten gleichgestellt und der Krone unmittelbar unterworfen sein. Von den alten Fueros der Catalanen wollte sie ebensowenig hören wie von den ungeheuren Vorteilen, welche fremde Mächte im Handelsverkehr mit den Ländern des katholischen Königs zu gewinnen pflegten.

Also trat das neue Spanien unter Philipp V. mit gesteigerten Ansprüchen den Fremden gegenüber. Mit der Königin Anna und ihren Tory-Ministern hatte es gut zu leben vermocht. Jetzt aber war diejenige Partei in England wieder an's Ruder gekommen, welche ehemals den Erbfolgekrieg nicht anders als mit der gänzlichen Vertreibung des bourbonischen Königs aus Spanien geendet

sehen wollte. Es versteht sich fast von selbst, dass die Spanier von dem neuen Whigregiment nicht viel Gutes erwarteten.

In den ersten Zeiten der Regierung Georgs I. blieben die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in der That ziemlich unfreundlich. Der vollständige Umschwung der englischen Politik, wie der Thronwechsel ihn mit sich brachte, musste in Spanien hart empfunden werden. Die verstorbene Königin hatte noch zuletzt ein Bündnis mit dem bourbonischen Mächten einleiten lassen, welches gerade für Spanien hohe Vorteile gebracht haben würde. Nun musste Bolingbroke selbst auf Befehl der Regentschaft dieser Verhandlung ein Ende machen und König Georg vollzog eine Annäherung an Karl VI., den Todfeind Philipps V. Noch hatten diese beiden Fürsten nicht Frieden geschlossen und jeder von ihnen hegte die Hoffnung im Herzen, eines Tages wieder in den Besitz aller Länder einzutreten, die einst Karl II. von Spanien gehört hatten. Diese Gegnerschaft sollte noch jahrelang einer der Angelpunkte der europäischen Lage bleiben. Unter diesen Umständen hatte ein mit Österreich befreundetes England in Spanien nicht viel Liebe zu erwarten. Ja man darf sich nicht wundern, wenn man in Madrid noch lange an der Hoffnung festhielt, dass der Thron des hannövrishen Königs zusammen stürzen und der Stuart an seine Stelle treten werde.

Gleich nach dem Tode der Königin Anna erhielt Philipp V. Gelegenheit, die Gesinnungen der neuen Machthaber in England kennen zu lernen. Die Regenten versuchten, sich für die tapferen Catalanen in's Mittel zu legen. Seitdem im Jahre 1705 der geniale Streich Peterboroughs die Stadt Barcelona in den Besitz des habsburgischen Königs gebracht hatte, hielt Catalonien mit ausdauernder Treue an Karl III. fest, selbst noch als dieser längst das Land verlassen hatte und die Verwirklichung seiner Rechte auf Spanien immer unwahrscheinlicher wurde. Karl bewahrte ihnen seine Sympathien. Die Spanier in seiner Umgebung sorgten dafür, dass die Catalanen nicht vergessen wurden. Im Jahre 1714 wurde der Tag der Eroberung Barcelonas mit gleicher Feierlichkeit in Wien begangen, wie man sonst nur die Befreiung dieser Stadt aus der Türkennot zu feiern pflegte. Gleichwohl war der Kaiser nicht in der Lage, für seine getreuen Catalanen viel thun zu können. Zuletzt hatte er sie auf den nahen Thronwechsel in England vertröstet.¹⁾

¹⁾ Vgl. Courcy, La coalition de 1701 contre la France II 413—14. An Courcys Darstellung der Unterwerfung von Barcelona und Majorika schliesst

In der That war es eine der ersten Massregeln der englischen Regenten, durch den Gesandten Matthew Prior in Paris bei Ludwig XIV. Vorstellungen zu machen. Man solle die Waffen ruhen lassen und auf dem Wege friedlicher Verständigung eine Bevölkerung zu retten suchen, welche sonst entschlossen sei, durch die Waffen zu Grunde zu gehen.¹⁾ Ludwig erwiderte, dass er es an Versuchen bei seinem Enkel nicht habe fehlen lassen, um den Catalanen ihre alten Privilegien zu erhalten, aber umsonst. Im übrigen wollte er sich das Recht nicht nehmen lassen, zur Eroberung Barcelonas selbst seine Truppen beitragen zu lassen. Die französische Antwort wurde durch Iberville in London überreicht. Auch Hoffmann teilte er sie mit und verfehlte nicht, ihm auseinanderzusetzen, dass König Ludwig sich niemals verpflichtet habe, die Catalanen nicht ‚reduzieren‘ zu helfen. Der Österreicher wusste zuletzt nichts anderes zu erwidern, als dass für Frankreich „die Vertilgung dieser armen Leute“ wohl nicht der Weg zur Freundschaft Englands sei.²⁾

Prior setzte seine Bemühungen fort, aber Frankreich bewahrte seine kühle, ablehnende Haltung. Zuletzt liess Ludwig die Engländer sogar mahnen, dass nicht ein zu heftiges Drängen zu Gunsten Cataloniens seinen Enkel bewegen möchte, seine Verzichtleistung auf den Thron von Frankreich zurückzuziehen.³⁾ Während der diplomatische Streit noch fort dauerte, traf die Kunde ein, dass Barcelona gefallen sei. Mit trotzigem Mute hatten die Catalanen den Kampf von neuem aufgenommen; sie selbst hatten gewissermassen dem Herzoge von Anjou, — einen andern Titel gönnten sie Philipp V. natürlich nicht — und dem Könige von Frankreich den Krieg erklärt. Der ruhmreiche Marschall Berwick führte die Belagerung; er selbst hat der Nachwelt in seinen Memoiren Kunde gegeben von dem tapferen Widerstande des freien Handelsvolkes. Wiederholte Angriffe wurden heldenmütig zurückgewiesen. Die Belagerten selbst vollführten siegreiche Ausfälle. Ganz Europa blickte mit Teilnahme auf ihre Bedrängnis, aber wirksame Unterstützung erhielten sie von niemandem. Sie wandten sich direkt an den Londoner Hof und auch an den englischen Admiral, welcher

sich diejenige Baudrillarts (Philipp V. et la Cour de France) meistens vollkommen an, oft mit wörtlicher Übereinstimmung.

¹⁾ Memoire von Prior im Namen der Regenten überreicht. Paris, 26. Aug. 1714. R. O.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 7. Sept. 1714. W. St. A.

³⁾ Courcy, la coalition de 1701 contre la France II 437.

die Mittelmeerflotte befehligte.¹⁾ Noch im September bemühte sich Hoffmann vergeblich, für den Admiral Wishart einen Befehl auszuwirken, der bedrängten Stadt Erleichterung zu bringen.²⁾ Am 12. September liess Berwick einen allgemeinen Angriff unternehmen. Ein furchtbarer Kampf entspinnt sich um die einzelnen Stellungen; eine Bastei wird elfmal erobert und zurückgewonnen. Endlich muss sich die Stadt dem Marschall auf Gnade und Ungnade übergeben. 6000 Kämpfer der Catalanen sind gefallen oder verwundet, die Angreifer haben 10000 verloren. Wie durch ein Wunder gelang es, die siegreichen Truppen vor allen Ausschreitungen zurückzuhalten; Berwick selbst nennt es eine Fügung Gottes.

So erfuhr die Stadt zwar eine glimpfliche Behandlung, aber mit ihren alten Rechten und Freiheiten war es zu Ende.

Die versuchte Vermittelung Englands zu Gunsten Barcelonas hatte also keine andere Wirkung geübt, als dass die Belagerung mit möglichster Schnelligkeit zum Ziel geführt wurde. Nur auf das Schicksal der eroberten Stadt mag der gute Wille der Engländer von günstigem Einflusse gewesen sein. Man darf glauben, dass durch die Rücksicht auf England Ludwig XIV. bestimmt worden sei, seinen königlichen Enkel zur Milde gegen die Besiegten zu ermahnen.³⁾ Während der Belagerung hatten König Philipp und seine Minister oft erklärt, dass die Rebellen sämtlich über die Klinge springen müssten. Dieser schreckliche Vorsatz wurde jetzt nicht zur Ausführung gebracht. So war das Bemühen der Regenten Georgs I. doch nicht ganz ohne segensreiche Folgen geblieben.

Die Beziehungen zwischen England und Spanien aber blieben höchst feindseliger Natur. Der spanische Hof bewies den Whigs das stärkste Misstrauen. Es versteht sich, dass namentlich die Reise des Ministers Stanhope nach Wien in Madrid ernste Sorgen erweckte. Als Stanhope dann aber ohne sichtlichen Erfolg wieder in London angekommen war, da erklärte König Philipp mit unverhohlener Schadenfreude, der englische Minister habe den Kaiser zu einem Bündnisse verleiten wollen, um den Frieden zu brechen und einen neuen Krieg zu beginnen, aber es sei ihm nicht gelungen.⁴⁾

¹⁾ Das Schreiben der Behörden Barcelonas an den Admiral Wishart ist veröffentlicht bei Courcy II 612.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 4. Sept. 1714. W. St. A.

³⁾ Vgl. Baudrillart I 651—53 und die dort mitgetheilten Briefe Ludwigs XIV. an Philipp V.

⁴⁾ Burch (englischer Geschäftsträger in Madrid) an Stanhope in einem chiffrierten Briefe vom 11. Febr. 1715. R. O.

Das unfreundliche Verhältnis der beiden Staaten hatte übrigens für die Engländer schwerere Nachteile im Gefolge als für die Spanier. Der Handel mit Spanien und seinen Kolonien war einer der wichtigsten Zweige des gesamten englischen Handelsbetriebes. Holland und England hatten zu Zeiten Karls II. den Handel Spaniens wesentlich in Händen gehabt. Die Erzeugnisse ihrer eigenen Industrien setzten sie vorteilhaft in Spanien ab; mit andern Ländern vermittelten sie einen einträglichen Zwischenhandel; unter dem Namen spanischer Firmen führten sie die Erzeugnisse europäischen Gewerbflusses in die überseeischen Besitzungen der spanischen Krone. Dazu die mancherlei erlaubten und unerlaubten Vergünstigungen britischer und niederländischer Kaufleute, der umfangreiche Schmuggelhandel, der von den westindischen Inseln nach dem Festlande getrieben wurde, die Hilflosigkeit der spanisch-habsburgischen Regierung gegenüber den wirtschaftlich und handelspolitisch so viel stärkeren Mächten: alles dieses begründete einen Zustand, bei dem der britische und niederländische Kaufmannsstand die wahren Nutzniesser des überseeischen Reichtums von Spanien waren; der Krone blieb fast nur die Mühe der Verwaltung. In die Hände der fremden Kaufleute flossen die Massen von Edelmetall, welche die Silberflotten aus den spanischen Kolonien alljährlich dem Mutterlande zuführten.

Seit jener Zeit hatte sich freilich vieles geändert, aber immer noch standen bei der Regelung der Beziehungen zum spanischen Reiche den englischen Staatsmännern die Interessen des britischen Handels in erster Linie. Die Wahrung derselben war für England einer der wichtigsten Gründe zum Kriege gewesen. Kaum hatte also der österreichische Erzherzog als Karl III. in Spanien Fuß gefasst, als die Verhandlungen zu einem englisch-spanischen Handelsvertrage begannen, welchem Karl sich endlich anbequemen musste. In Spanien und in den Kolonien wurden die britischen Kaufleute günstiger gestellt als diejenigen aller andern Nationen. Nur eines verweigerte Karl III. standhaft: den unmittelbaren Handelsverkehr zwischen England und den westindischen Besitzungen der spanischen Krone. Aber in allen übrigen Stücken fügte er sich den englischen Wünschen. Der Vertrag vom 10. Juli 1707 sicherte den Engländern nicht nur die bis zum Tode Karls II. genossenen Vorteile, sondern machte es auch andern Nationen, insbesondere den Holländern unmöglich, mit ihnen im spanischen Handelsverkehr Schritt zu halten.

Das Unglück wollte aber, dass Karl seine Herrschaft nicht

über Spanien auszudehnen vermochte. Nach den vielerlei Wechselfällen des Krieges auf der Pyrenäen-Halbinsel behauptete sich endlich Philipp von Anjou als König. Die Engländer fanden sich in der Lage, mit dem bourbonischen statt mit dem habsburgischen Könige eine Verständigung über ihren Handel mit Spanien und seinen Kolonien suchen zu müssen. Das geschah durch den Schiffsahrts- und Handelsvertrag vom 28. November 1713. Zwar wurden durch diesen frühere Abmachungen, im besonderen ein englisch-spanischer Handelsvertrag vom Jahre 1667 erneuert; im allgemeinen sollte der Handel wie zu Zeiten Karls II. betrieben werden. Aber trotz dieser von beiden Seiten anerkannten Grundlage waren Neuerungen geschaffen worden, die damit im Widerspruche standen. Namentlich wurden in die Ratifikation der Königin drei erläuternde Artikel aufgenommen, welche neue Formen und Bestimmungen angaben, nach welchen in Zukunft die Zölle von den in Spanien durch englische Kaufleute eingeführten Waren erhoben werden sollten. Recht nachteilig für den englischen Handel scheinen aber diese Normen erst durch die Art der Handhabung geworden zu sein, besonders seitdem nach dem Tode der Königin eine England feindliche Stimmung in Spanien Platz griff. Allmählich wurden die Belästigungen immer unerträglicher und so entschloss sich die englische Regierung schon bald nach der Thronbesteigung Georgs I. zur Entsendung eines ausserordentlichen Botschafters an den spanischen Hof, um Abhilfe zu schaffen.

Der erste englische Gesandte, der nun nach Madrid geschickt wurde, verfehlte seinen Zweck vollkommen. Es war Paul Methuen, der Sohn jenes englischen Diplomaten, der dem Methuenvertrage mit Portugal seinen Namen gegeben hatte und selbst zu einer Berühmtheit in der britischen Handelsgeschichte gelangt war. Die dem jüngeren Methuen erteilten Instruktionen¹⁾ lehren zur Genüge, worin der eigentliche Zweck seiner Sendung bestand. Sie reden fast nur von den Interessen des Handels. Die Erhaltung derselben, heisst es, war für die beiden Vorgänger Georgs I. einer der wesentlichen Gründe zum Kriege, sie war die Hoffnung des englischen Volkes, als es nach einer ununterbrochenen Reihe ruhmvoller Siege den Frieden schloss. Nun aber ist durch den Handelsvertrag vom 28. November 1713 und besonders durch die drei erläuternden Artikel der alte Brauch der Bemessung und Bezahlung der Zölle für die von England in Spanien eingeführten Waren nebst den her-

¹⁾ Sie sind vom 15. Jan. und 1. Febr. (a. St.) 1716 datiert. R. O.

gebrachten Vergünstigungen und Rabatten aufgehoben und ein neuer Modus für die Entrichtung der Zölle eingeführt, bei welchem, wenn Ernst damit gemacht wird, ein Handel zwischen England und Spanien überhaupt unmöglich würde. Da soll nun Methuen Abhilfe schaffen. Auf die alten Privilegien und Vergünstigungen, auf die Schedulas, wie frühere Könige von Spanien sie zu Gunsten der Unterthanen Grossbritanniens erlassen haben, soll er sich berufen, im besonderen auf den Handelsvertrag von 1667, der ja auch die Grundlage des 1713 geschlossenen sein sollte. Wie bei so vielen Gelegenheiten die neue englische Regierung durch ihre Handlungsweise der abgetretenen in's Gesicht schlug, so auch hier. Sie appellierte von einem später geschlossenen, völkerrechtlich unanfechtbaren Verträge an ältere Abmachungen. Von den drei Artikeln wurde gesagt, sie seien in unregelmässiger Form zur Annahme gelangt und der Gesandte müsse ihre vollständige Beseitigung erwirken. Die einzelnen Zweige des britisch-spanischen Handels werden ihm an's Herz gelegt. Im allgemeinen soll er sich darauf beschränken den Zustand aus der Zeit Karls II. zurückzuführen, gelegentlich will man sich aber selbst damit nicht einmal begnügen.

Ausser den Fragen des Handels soll Methuen sich noch um den Frieden zwischen Spanien und Portugal bemühen und ferner um eine friedliche Verständigung zwischen der Krone Spanien und der Insel Majorca, welche sich noch dem bourbonischen Könige nicht unterworfen hatte. Dass er endlich den Absichten des spanischen Hofes nachforschen musste, soweit sie sich auf die Thronfolge in Frankreich bezogen, auf den Fall, dass der kleine Dauphin sterben sollte oder auch dass für ihn nach dem Tode Ludwigs XIV. eine Vormundschaftsregierung eingesetzt werde — diese Vorsicht spiegelte nur die Zweifel wieder, welche überall in Europa gehegt wurden, ob es Spanien Ernst damit sei, die Trennung der beiden Kronen wirklich aufrecht zu erhalten. Wir werden noch erfahren, wie gegründet diese Zweifel gewesen sind.

Methuen fand bei seiner Ankunft in Spanien nichts als Schwierigkeiten. Der Madrider Hof stand vollständig unter dem Einflusse Frankreichs. Selbst äusserlich fand dies einen Ausdruck darin, dass der französische Botschafter höhere Rechte genoss als diejenigen anderer Staaten. Methuen hielt es deshalb für angezeigt und selbst der leitende Minister Kardinal del Giudice riet ihm dazu, von seinem Charakter als ausserordentlicher Botschafter vorläufig keinen Gebrauch zu machen, sondern nur als bevollmächtigte Minister aufzutreten, bis der Streit über das Ceremoniell zur allgemeinen Befriedigung

geschlichtet sei.¹⁾ Von allen Seiten gingen ihm unterdessen Klagen und Beschwerden englischer Kaufleute zu.²⁾ Dass dabei vieles übertrieben wurde, war menschlich. Vor allen Dingen konnte Methuen die täglichen Klagen der Engländer nicht damit vereinen, dass in der That ein umfangreicher Handel doch noch betrieben wurde. Wenigstens waren alle spanischen Märkte mit englischen Waren überschwemmt, so schwer dieselben auch zu verkaufen sein mochten. Dabei wurden aber die Bedrückungen der Engländer durch die spanischen Beamten immer härter. Die hohen Zölle waren nicht mehr das Schlimmste. Wiederholt wurden ohne Grund englische Schiffe nebst den Waren, die sie trugen, weggenommen, die Schiffe zwangsweise zur spanischen Flotte gezogen, ohne dass die Eigentümer eine Bezahlung erhielten, auch wohl die Warenhäuser britischer Handelsherren erbrochen und ohne Entschädigung ausgeplündert.³⁾ Französischer Einfluss spielte dabei eine mächtige Rolle. Als Methuen sich die Dinge einige Wochen hindurch angesehen hatte, schrieb er Stanhope im Vertrauen, er sehe kein anderes Hilfsmittel als den Krieg. Ob dieser Ausweg ergriffen werden könne, darüber werde man in London zu beschliessen haben.⁴⁾

Wir finden hier eine neue Bestätigung dafür, dass die Möglichkeit eines neuen Krieges im ersten Regierungsjahre Georgs I. von den britischen Staatsmännern ernstlich erwogen worden ist. Die englischen Gesandten im Auslande werden mit diesen kriegerischen Neigungen ihrer Regierung wohlvertraut gewesen sein. Wir kennen bereits Lord Stairs Berichterstattung aus Paris, welche im Frühjahr 1715 recht darauf angelegt schien, England zum Kriege zu bewegen⁵⁾, weil Frankreich gänzlich zerrüttet sei. Und einen ähnlichen Zweck könnte auch Methuen mit seinen Mitteilungen von der trostlosen Lage des britischen Handels in Spanien wohl gehabt haben. Die im geheimen wirkenden Einflüsse kennen wir nicht mehr oder können sie nur erraten. Doch will es uns dünken, als ob ein Einverständnis zwischen diesen Gesandten und dem Staatssekretär Stanhope bestanden haben müsse, damit jene ihre Berichte darnach einrichteten, dass er sich auf ihr Zeugnis berufen könnte, wenn

¹⁾ Methuen an Stanhope. Portsmouth 14. Febr. 1715. Cadix 26. Febr., Madrid 8. Apr. 1715. Stanhope an Methuen 17. Febr. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Methuen an Stanhope 20. Mai 1715. R. O.

³⁾ Methuen an die englischen Konsuln in Spanien. Beilage zu seinem Briefe an Stanhope vom 3. Juni 1715. R. O.

⁴⁾ Methuen an Stanhope 20. Mai 1715. R. O.

⁵⁾ Vgl. oben S. 497—98.

es gelte, den Kampf zu erwählen und der Nation die Notwendigkeit desselben darzuthun.

Am Hofe zu Madrid bereitete sich eben ein Umschwung vor. Eine junge, ehrgeizige Königin, Elisabeth Farnese von Parma, war in's Land gekommen und beherrschte fortan ihren Gemahl Philipp V. Sie selbst aber stand unter dem Einflusse eines Mannes, den wir bald an der Spitze der spanischen Politik sehen werden: Giulio Alberonis, des Gesandten von Parma. Aus seinen Briefen weiss man heute, dass Alberoni auch der alleinige Urheber des Sturzes der bis dahin so mächtigen Prinzessin Orsini war. Kniend und die Augen voller Thränen stellte er der jugendlichen Königin ihre eigene Lage dar, gab er ihr das einzige Mittel an, durch welches sie sich vor der Hölle erretten könne, welche ihr entgegengähne. Sie folgte seinem Rate. Als bei dem ersten Zusammentreffen die Orsini ihr stolz entgegentrat, schien die Königin von weiblichem Zorne hingerissen und befahl die augenblickliche Verbannung der Verhassten aus dem Königreiche.¹⁾ So setzte die erste That der jungen Königin auf spanischem Boden ganz Europa in Erstaunen. Alberoni aber ward bald der einflussreichste Mann bei Hofe. Seitdem Elisabeth einmal erklärt hatte, sie werde Sorge tragen, dass er am Hofe zu Madrid verbleibe, auch wenn er nicht mehr Gesandter des Herzogs von Parma wäre²⁾, war seine Macht fest begründet. Anfangs blieb er freilich im Hintergrunde, dann trat er offen vor und führte als erster Minister in Spanien eine grossartige Politik im Innern und nach aussen, bis er zuletzt an dem Widerstande Europas scheiterte.

Jetzt griff er in die auswärtige Politik noch nicht ein. Noch ward dieselbe durch französische Gesichtspunkte beherrscht. Und namentlich das Verhältnis zu England ward dadurch bestimmt. An einen Krieg konnte der katholische König vorläufig wohl nicht denken. Das herausfordernde Auftreten der Spanier lässt kaum eine andere Erklärung zu, als dass sie fest an den bevorstehenden Sturz Georgs I. glaubten. Spanien war einer der Hauptherde

¹⁾ Der Hergang wird ähnlich wie bei St. Simon und anderen Zeitgenossen auch von Prior (Bericht aus Paris vom 11. Jan. 1715. R. O.) beschrieben, wird aber in den Einzelheiten wohl niemals völlig aufgeklärt werden. Man mag es verschmerzen, da man nun über den Ursprung des Ereignisses so genau unterrichtet ist. Die darüber handelnden Briefe Alberonis sind von E. Armstrong in der Engl. Hist. Rev. 1890, p. 760 ff. veröffentlicht. Vgl. auch Armstrong, Elisabeth Farnese (Lond. 1892), p. 25 ff.

²⁾ Baudrillart, Philipp V. et la cour de France, I, 632.

jakobitischer Umtriebe in Europa. Franzosen und Jakobiten redeten den Spaniern um die Wette vor, dass der stuartische König ihnen sofort Port Mahon und Gibraltar ausliefern werde.

Auch mit den englischen Jakobiten hatten die Spanier beständig Fühlung und wurden über ihre Aussichten in Kenntnis gehalten. Man tadelte in Madrid den König von England, weil er die Tories zurückstosse, man billigte und lobte die Flucht Bolingbrokes, von dem man nun Grosses erwartete. Die Spanier und die spanische Politik waren vollständig befangen in dem allgemeinen Wahn der Jakobiten, dass demnächst die neue Epoche des stuartischen Königtums anbrechen werde.¹⁾

So war die Gesinnung des Hofes, mit dem Methuen zu thun hatte. Er erlebte nichts als Enttäuschungen; die Beziehungen der beiden Staaten waren und blieben herzlich schlecht. Da wird man sich nicht wundern, dass es zu einer eigentlichen Verhandlung gar nicht gekommen ist. Bald fühlte der Gesandte, dass er diesen Schwierigkeiten nicht mehr gewachsen war. Auch seine Gesundheit war schwer erschüttert. Die Tücken des südlichen Klimas und die angestrengte Arbeit vieler Tage und Nächte hatten ihn auf das Krankenlager geworfen. Sechs Wochen nach seiner Ankunft in Madrid bat er bereits um seine Abberufung.²⁾ Sie ward ihm gewährt. Er selbst empfahl noch den Nachfolger George Bubb und riet, dass er eine mit der seinigen übereinstimmende Instruktion³⁾ erhalte. An der politischen Lage hatte Methuen nichts zu ändern vermocht. Seinem Nachfolger fielen noch einmal dieselben Aufgaben zu, um deren Lösung Methuen sich vergeblich abgemüht hatte.

Nur zwei Punkte, welche in der Instruktion Methuens sich befunden hatten, brauchten jetzt nicht wiederholt zu werden, da sie inzwischen, freilich ohne Zuthun des englischen Gesandten, aus der Welt geschafft worden waren. Der erste betraf den Frieden auf der Pyrenäenhalbinsel. England hatte sich längst bemüht⁴⁾, seinen Verbündeten Portugal mit Philipp V. zu versöhnen, aber immer noch hatten die in Utrecht zu diesem Zwecke geführten Verhandlungen nicht ihr Ziel erreicht. Dem nach Spanien reisenden Methuen hatte seine Instruktion noch einmal den spanisch-portugiesischen Frieden

¹⁾ Methuen an Stanhope, 20. Mai, 19. Aug. 1715. R. O.

²⁾ Methuen an Stanhope, 20. Mai 1715 (Privatbrief). R. O. Bonets Bericht vom 31. Mai/11. Juni 1715. G. St. A.

³⁾ Sie ist vom 31. Mai (a. St.) 1715. Datiert. R. O.

⁴⁾ Vgl. z. B. Townshend an Prior, 29. Nov. (a. St.) und Priors Antwort vom 18. Dez. 1714. R. O.

ans Herz gelegt. Als er bei Cadix den spanischen Boden betrat, war der Friede bereits geschlossen. Unter dem Einflusse Ludwigs XIV. war er am 6. Februar zu Utrecht unterzeichnet worden.¹⁾

Der alte König hatte damit einen weiteren Schritt zur Herstellung des allgemeinen Friedensstandes in Europa gethan. Nur Karl VI. und Philipp V., die beiden Todfeinde, waren weiter als je von einer Versöhnung entfernt; beide brannten auf die Wiedereröffnung des Kampfes und die Verwirklichung ihrer wahren oder vermeintlichen Ansprüche.

Methuen war ferner mit dem Auftrage nach Spanien gereist, sich um eine friedliche Verständigung zwischen der Regierung Philipps V. und der Insel Majorka zu bemühen. Barcelona war gefallen, aber die Inseln Majorka und Iviza, welche der Utrechter Friede den Spaniern zusprach — Minorka hatte England behauptet — trotzten noch der Unterwerfung. Sie hofften auf österreichische, vielleicht auch englische Hilfe. An dem guten Willen des Kaisers fehlte es in der That nicht, aber England mit sich fortzureissen, gelang ihm nicht. Die Mannschaften der Insulaner sollen durch Karl VI. bezahlt worden sein.²⁾ Auch hatte er gleich nach der Einnahme Barcelonas die Hilfe der englischen Flotte für Majorka zu gewinnen gesucht.³⁾ Dazu ward die falsche⁴⁾ Nachricht verbreitet, Admiral Wishart, der Befehlshaber der britischen Mittelmeerflotte, habe dem Marschall Berwick, dem Eroberer Barcelonas, erklären lassen, er werde jeden Angriff auf die Inseln wie eine Feindseligkeit gegen England zurückweisen. Unter Mitwirkung der englischen Flotte wollte Karl VI. tausend Mann mit Geschützen und Munition aus seinem Königreich Neapel nach Majorka hinübersenden. Zwar bezog sich der zu Utrecht am 14. März 1713 geschlossene Vertrag zur Räumung Kataloniens auch auf die Inseln, aber damit wusste man sich in Wien leicht abzufinden. Da Majorka sich dem Herzoge von Anjou nicht ergeben wolle, so hiess es in einer Weisung an Hoffmann, so sei es des Beistandes würdig.⁵⁾ Und ein anderes Mal ward der Resident geheissen, wenn man in London auf den katalanischen Evakuationsvertrag hinweise, so solle er entgegen, dass der Kaiser sich in demselben zwar zur Räumung

¹⁾ Courcy, la coalition de 1701, II. 408.

²⁾ Courcy II, 444 ff u. wieder im engsten Anschlusse an ihn Baudrillart I, 653 ff.

³⁾ Weisungen an Hoffmann vom 27. Okt. u. 14. Nov. 1714. W. St. A.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 4. Dez. 1714. W. St. A.

⁵⁾ Weisung an Hoffmann vom 27. Okt. 1714. W. St. A.

Kataloniens und der Inseln Majorka und Iviza verpflichtet habe, nicht aber „solche künftig nicht wieder zu erobern oder ihnen auch nach der Evakuierung (nicht) frische Hilfe zu schicken.“¹⁾ Zu solchen Sophistereien liess man sich in Wien durch den Hass gegen Philipp V. verleiten.

Die englischen Minister aber hüteten sich, auf die österreichischen Zumutungen einzugehen. Sie scheuten wohl nicht so sehr den wirklichen Krieg wie den Verdacht kriegerischer Absichten, der ihnen im Vaterlande unendlichen Schaden gethan haben würde. So erklärten sie, von der strengsten Neutralität nicht lassen zu wollen. Sie seien ebenso sehr durch den Evakuations-Traktat gebunden wie Karl VI. selbst.²⁾ Der Kaiser aber drängte vorwärts. Er selbst liess wirklich aus Neapel tausend Mann nach Majorca hinüberschaffen. Und nun musste Hoffmann noch einen letzten Versuch machen, auch England zur bewaffneten Unterstützung der bedrängten Insulaner zu bewegen. Würde dies nicht möglich sein, so solle es wenigstens eine Kapitulation vermitteln, bei der nicht nur den deutschen Truppen freier Abzug und den unter den Waffen befindlichen Spaniern volle Amnestie gewährt, sondern auch den Inseln die Erhaltung ihrer alten Rechte und Freiheiten zugesichert werde. Zur Erzielung einer solchen Kapitulation würde es, erklärt der Kaiser, wohl dienlich sein, wenn auch England vorher einige Truppen auf Majorka lande.³⁾

Als sich Hoffmann dem Staatssekretär Stanhope gegenüber seines Auftrages entledigte, erklärte dieser begreiflicherweise eine militärische Aktion zu Gunsten der Majorkaner schlechtweg für unmöglich. Aber um so eifriger ging er auf die Anregung der Kapitulation ein; er konnte ja auch hinzufügen, dass schon Methuen einen ähnlichen Auftrag mit nach Spanien genommen habe. Am nächsten Tage ward ein Kabinettsrat abgehalten und der Beschluss gefasst, sofort einen Kurier an den Grafen Stair zu entsenden, damit dieser dem Könige von Frankreich die englische Vermittlung anbiete. Stair erhielt den Befehl, die Sache so darzustellen, als ob sie von England ausgegangen sei. Der Kaiser nehme die ihm gebotene Vermittlung an. Stair soll dann mit dem französischen

¹⁾ Weisung an Hoffmann, 14. Nov. 1714. W. St. A.

²⁾ Townshend an Hoffmann, 26. Nov./7. Dez. 1714. Beilage zu Hoffmanns Bericht vom 11. Dez. 1714. Ferner Hoffmanns Bericht vom 18. Jan. 1715. W. St. A.

³⁾ Weisung an Hoffmann, 16. Febr. 1715. W. St. A.

Minister verhandeln; England und Frankreich werden die vertragsschliessenden Teile sein.¹⁾

Der Gesandte führte seinen Auftrag bei dem Minister Torcy und bei Ludwig XIV. selbst aus. Die Erklärung, Georg wolle mit der beabsichtigten Vermittlung einen neuen Beweis seiner Friedensliebe geben, nahm der König höflich entgegen, obwohl dieselbe, wie wir schon wissen, in Frankreich eben damals stark angezweifelt wurde. Ludwig sagte, er wolle seinen Enkel davon benachrichtigen. Er that nicht nur dieses, sondern befragte ihn auch, welche Zugeständnisse er den Insulanern zu machen gesonnen sei. Philipp antwortete, er könne die Bewohner Majorikas nicht besser stellen als seine übrigen Unterthanen. Ihre Gemeindefreiheiten sollten sie behalten, aber seine eigenen Rechte in Politik und Kriegswesen, seine Finanz- und Gerichtshoheit müsse er unbedingt wahren; die absolute Königsgewalt darf in keinem Punkte geschmälert werden. Bei dieser schroffen Stellung der spanischen Regierung war ein befriedigendes Ergebnis der Vermittlung kaum zu erwarten. In der That suchte König Philipp dieselbe zu vereiteln; er war entschlossen, die Frage Majorikas auf demselben Wege zu lösen, wie es mit Barcelona geschehen war. Sein Grossvater schien ihn darin zu bestärken. Möge der König von Spanien, so schrieb er nach Madrid, als in Paris die Verhandlung bereits eingeleitet war, in dieser Lage seine Streitkräfte befragen, um seinen Entschluss darnach fassen zu können.²⁾

So bot die Verhandlung wenig Aussicht auf Erfolg. Dazu waren eben die Beziehungen zwischen England und Frankreich recht unfreundlicher Natur. Die Auseinandersetzungen über den Kanal von Mardyck nahmen einen so gereizten Charakter an, dass wiederholt von der Abreise Stairs aus Paris die Rede war.³⁾ Immerhin ward, nachdem auch der König von Spanien sich der Form nach zur Annahme der Vermittlung bereit erklärt hatte, die Verhandlung in Paris in der That eröffnet. Graf Stair erhielt eine Vollmacht⁴⁾ vom Kaiser und auch eine in Wien verfasste Instruktion, an die er sich halten sollte. Es versteht sich, dass in diesen Schriftstücken

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 15. März 1715. W. St. A. Weisungen an Stair vom 4. u. 21. März 1715. R. O. Vgl. auch oben S. 498.

²⁾ Courcy II, 448.

³⁾ Hoffmanns Berichte vom 29. März und 30. April 1715. W. St. A. Stanhope an Stair, 30. April (a. St.) 1715. R. O.

⁴⁾ Die Vollmacht ist vom 6. April. Beilage zur Weisung an Hoffmann vom 6. April 1715. W. St. A.

von einem Könige von Spanien gar nicht gesprochen war, denn nur sich selbst hätte der Kaiser einen solchen Titel beigelegt. Die Person Philipps V. ward nur entfernt angedeutet in Wendungen wie „der König von Frankreich und seine Verbündeten“. Da entstand nun für Lord Stair von vornherein eine kleine Schwierigkeit. England hatte Philipp V. anerkannt; für Karl VI. war er lediglich der Herzog von Anjou. Welcher Form sollte sich ein englischer Diplomat bedienen, der auf Grund kaiserlicher Vollmacht und Instruktion verhandelte? Die Lösung ward gefunden, indem Stair noch eine besondere Vollmacht von seiten Georgs I. erhielt.¹⁾ Mit dieser in der Hand durfte er auch den König von Spanien anerkennen, ohne dem Kaiser zu nahe zu treten.

Auch in anderer Hinsicht enthielten die dem Grafen Stair von London aus zugehenden Befehle eine gewisse Berichtigung der Wiener Schriftstücke. Die kaiserliche Instruktion²⁾ für Stair stellte Forderungen auf, als ob die freiwillige Übergabe der Inseln der einzige Weg gewesen wäre, wie Philipp V. in den Besitz derselben gelangen konnte. Volle Amnestie, Belassung aller Personen in ihren Ämtern und Würden, freier Abzug nicht nur der österreichischen Truppen, sondern auch der unter Waffen stehenden Spanier, Erhaltung aller Rechte und Freiheiten auf den Inseln, dies alles sollte Philipp zugestehen. Aber als ob er noch ein Übriges thun müsse, um die Übergabe zu erkaufen, so muss Stair dieselben Forderungen auch zu Gunsten der Bewohner von Barcelona und ganz Katalonien stellen. Ihre Fueros, ihre alten Rechte und Privilegien, sollen die Katalanen zurückerkennen. Ja, in einer Nebeninstruktion erhielt Stair sogar den Auftrag, wenn es möglich sei, noch besondere Vorteile für treue Spanier und Katalanen auszuwirken. Der Kaiser schien vollständig vergessen zu haben, dass Barcelona sich bereits dem Beherrscher Spaniens auf Gnade und Ungnade übergeben hatte. In London ward natürlich sogleich erklärt, dass ein Teil dieser Forderungen unerreichbar sei, besonders die auf Katalonien bezüglichen.³⁾ Und nun empfing Stair mit seiner Vollmacht von London aus besondere Befehle, welche wie eine den Verhältnissen entsprechende Einschränkung der kaiserlichen Wünsche erscheinen. Schon früher hatte er in Paris erklärt, wenn die Majorikaner nicht alle ihre Privilegien erhalten könnten, würden sie sich ohne Zweifel auch mit einigen derselben

¹⁾ St. James's 30. April (a. St.) 1715. R. O. Vgl. Hoffmanns Berichte vom 7. u. 14. Mai 1715. W. St. A.

²⁾ Wien, 15. April 1715. W. St. A.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. Mai 1715. W. St. A.

begnügen.¹⁾ In diesem Sinne ward er jetzt auch durch seine Regierung instruiert. So viel wie möglich soll er von den Privilegien der Insulaner zu retten suchen, aber auf unmöglichen Forderungen braucht er nicht zu bestehen. England hatte auch eigene Wünsche in dieser Sache; die kleinere der balearischen Inseln war seit 1708 in englischem Besitz. Ein besonderer Artikel des zu schliessenden Vertrages soll den Bewohnern Minorkas den Zugang und freien Handel nach Majorka und Iviza sichern, gleichwie sie ihn vor dem Kriege, zu Zeiten Karls II., besessen.

Während also, den Wünschen Philipps V. sehr zuwider, das Vermittlungsgeschäft in Paris geführt wurde, beschloss der junge König, dem Werke der Diplomatie durch eine schnelle That zuvorzukommen.

Im Mai 1715 ward eine militärische Ausrüstung veranstaltet; eine starke Flotte, gegen welche die wenigen im Mittelmeer befindlichen englischen Schiffe nichts ausrichten konnten, stach in See. Die spanischen und französischen Truppen, die sie trug, waren der Besatzung Majorkas, die Österreicher eingeschlossen, weit überlegen. „Der Erzherzog und der König von England, „so schrieb Philipp seinem königlichen Grossvater,“ täuschen sich sehr, wenn sie mich nicht imstande glauben, mir selbst Genugthuung zu verschaffen.“ Die Flotte fuhr gegen Majorka. Von englischen Schiffen, die sie gehindert hätten, war nichts zu sehen. Ohne Widerstand ward die Landung vollführt, die Truppen marschierten gegen die Hauptstadt Palma. Drinnen war alles augenblicklich zur Übergabe entschlossen. Nur der Gouverneur Marchese Rubi wollte die Festung auf's äusserste verteidigen. Doch die Einwohner zwangen ihn, zu kapitulieren. Fast alle auf der Insel befindlichen Truppen wurden kriegsgefangen.²⁾

Wiederum war Philipp V. durch einen entschlossenen Streich der langsam arbeitenden Diplomatie zuvorgekommen. In Wien und London war der Eindruck, den das kriegerische Vorgehen Spaniens machte, ein höchst peinlicher. Und doch konnte im Ernste niemand bestreiten, dass Philipp ein Recht zu dem hatte, was er that; die Inseln waren durch die Friedensschlüsse ihm zugesprochen worden. Nur dass er selbst das Vermittlungsgeschäft durchkreuzte, nachdem er anfangs die Hand dazu geboten, verstieß gegen die internationale Sitte. Am Kaiserhofe aber wollte man nicht glauben, dass

¹⁾ Courcy, La coalition de 1701, II, 447.

²⁾ Vgl. Courcy, La coalition de 1701 II, 452. Theatrum Europaeum.

Spanien eine so mächtige Ausrüstung nur um des Besitzes von Majorka und Iviza willen vorgenommen haben sollte. Man meinte, dass auf nichts anderes die Absicht des Anjouinischen Hofes „heiter abziele“, als auf die baldige Wiedervereinigung aller ehemals spanischen Besitzungen mit dem Mutterlande. Hoffmann musste zur Sicherung der kaiserlich italienischen Lande den Schutz der englischen Flotte nachsuchen.¹⁾ Und die Engländer selbst liessen die Bewegungen der Spanier genau beobachten, ob nicht auch noch ein Streich auf Minorka dahinter stecke.²⁾ Mit solcher Sicherheit ging die militärische Unternehmung Philipps V. zu Werke, dass niemand glauben wollte, sie habe mit der Unterwerfung jener beiden Inseln bereits ihr Ziel erreicht.

Und doch gingen für dieses Mal die Absichten des spanischen Königs nicht weiter. Er hatte sich nur für den Fall gerüstet, dass England oder Österreich den Insulanern kräftige Hilfe leisten würden. Doch diese Sorge war unnötig. Die von Anfang an aussichtslose diplomatische Vermittlung war alles, was von englischer Seite geschah. Und welche klägliche Rolle hatte nun diese Vermittlung gespielt. Das neue bourbonische Königtum in Spanien besass den Willen und die Kraft, sich allgemein Geltung zu verschaffen. Zögernd standen ihm die Grossmächte Europas gegenüber. Während sie, um für Katalonien und Majorka etwas zu thun, den langsamen Weg diplomatischer Verhandlung beschritten, überraschte Philipp V. sie mit der vollendeten Thatsache des militärischen Erfolges. Beide Male traten die Mächte zurück. England im besonderen hatte im Jahre 1715 noch nicht die mächtige Stellung in Europa, vermöge deren es wenige Jahre später dem Weltteil seine Politik aufzunütigen vermochte. Die leichten Erfolge von 1714 und 1715, die dabei hervortretende Schwäche Europas mögen nicht am wenigsten dazu beigetragen haben, dass ein kühner spanischer Staatslenker im Ernste den Gedanken fassen konnte, auch die verlorenen Stücke vom Erbe Karls II. wieder herbeizubringen.

In demselben Masse, wie nun durch diese Vorgänge das trotzigste Selbstgefühl Philipps V. und seiner Umgebung gesteigert worden, hatten sich die Beziehungen zwischen Spanien und Grossbritannien noch verschlechtert. Die englischen Kaufleute hatten darunter zu leiden. George Bubb, der Nachfolger Methuens, erklärte, der gegenwärtige Zustand sei unerträglich, es könne so nicht bleiben, lieber

¹⁾ Weisung an Hoffmann, 31. Juli 1715. W. St. A.

²⁾ Stanhope an Stair, 3. Juli (a. St.) 1715. R. O.

solle man den Handel mit Spanien ganz aufgeben.¹⁾ Da eben die jakobitische Bewegung in England einen ernsteren Charakter annahm, so durfte die Regierung Georgs I., indem sie besorgt auf die Haltung Frankreichs blickte, auch Spanien nicht aus den Augen lassen. Wenn Frankreich den Prätendenten unterstützen werde, meinte Bubb, so ist auch ein Bruch mit Philipp V. unvermeidlich, und dann werden die Spanier trotz aller Verträge, die solches untersagen, sich zuerst an den auf spanischem Boden befindlichen Effekten britischer Kaufleute vergreifen.²⁾

So feindseliger Handlungen war England von seiten der spanischen Regierung gewärtig, als ein Ereignis eintrat, welches von höchster Bedeutung für die bourbonische Herrschaft auf der Pyrenäenhalbinsel war. Am 1. September 1715 starb Ludwig XIV. Jetzt musste es sich zeigen, welche Kraft jenen Erklärungen und Verträgen innewohnte, welche die ewige Trennung der beiden Länder Frankreich und Spanien aussprachen. Philipp V. war entschlossen, sich nicht daran zu halten; der Tod seines Grossvaters sollte ihm, wenn nicht die Krone, so doch die Regentschaft von Frankreich einbringen. Im Mai des Jahres hatte er den Prinzen Cellamare nach Paris gesandt und ihm eingeschärft³⁾, für ihn, Philipp V., zu wirken, ihm in der Hauptstadt und in den Provinzen eine zuverlässige Partei zu verschaffen. Gegen ein den Rechten Philipps ungünstiges Testament des Königs von Frankreich soll Cellamare feierlich Einsprache erheben. Der Gesandte ist mit den Bemühungen für seinen Herrn nicht weit gekommen. Als das Ende Ludwigs herannahte, dachte man in Madrid einen Augenblick daran, dass Philipp seiner Gemahlin die Regentschaft übertrage und an die französische Grenze reise, um zur Hand zu sein, wenn das grosse Ereignis eintreten sollte. Es scheint, dass noch der todkranke Ludwig XIV. selbst seinen Enkel von diesem Entschlusse abgebracht hat.⁴⁾

In Spanien aber glaubte man nicht anders, als dass Philipp beim Tode seines Grossvaters sofort nach Paris gehen werde, um seine Rechte dort wahrzunehmen. Der englische Gesandte nahm sich vor, sich in diesem Falle zu erbieten, dem Könige nach Frankreich zu folgen. Das würde abgelehnt werden. Das spanische Volk

wird den König an der Reise nicht hindern. Bubb aber will eine Note einreichen und sich in derselben auf die feierlich vor ganz Europa gegebenen Verzichtleistungen berufen.¹⁾

Wir mögen nicht entscheiden, was erfolgt wäre, wenn Philipp V. wirklich nach Frankreich gegangen und in den Besitz der Herrschaft daselbst gelangt wäre. Georg I. war in diesem Augenblicke nicht fähig, es zu hindern; die Rebellion im eigenen Lande nahm alle seine Kräfte in Anspruch. Und ob der Kaiser allein den Kampf gegen Frankreich und Spanien gewagt hätte, ist zum mindesten zweifelhaft. Wer weiss, ob Europa nicht jetzt vielleicht die Vereinigung der beiden Reiche hätte geschehen lassen, die zu trennen es einen zehnjährigen blutigen Krieg geführt hatte?

Aber dieses Mal lag das Hindernis für die Wünsche Philipps V.²⁾ in Frankreich selbst. Für den kleinen Ludwig XV. ergriff der Herzog von Orleans die Zügel der Regierung mit umfassender Gewalt als der verstorbene König sie ihm zugehört hatte. Ganz Frankreich stand auf seiner Seite. Philipp V. hätte schon einen schweren Bürgerkrieg entzünden müssen, wenn er an dieser Tatsache etwas ändern wollte. Nicht ohne bittere Enttäuschung vernahm der spanische Hof die Kunde von den Pariser Vorgängen.³⁾ Seinen Absichten auf die Herrschaft in Frankreich musste der König zunächst entsagen.⁴⁾ Freilich ist der Gedanke, es bei günstiger Gelegenheit doch noch einmal mit dem französischen Königtume zu versuchen, in der Umgebung Philipps V. noch lange festgehalten worden. Eben diese Rivalität der beiden französischen Prinzen war ja der wesentliche Grund des Zerwürfnisses, das sich zwischen Frankreich und Spanien bald aufzuthun begann. Die Anhänger Philipps V. bezeichnete man fortan in Frankreich als die spanische Partei; Orleans erblickte in ihnen seine gefährlichsten Gegner. Als zwei Jahre später der König von Spanien sich in ein kriegerisches Unternehmen gegen den Kaiser eingelassen hatte, da hörte man aus Alberoni's Munde häufig die Äusserung, wenn selbst sein König in diesem Kampfe unglücklich sein und aus Spanien vertrieben werden sollte, so bleibe ihm doch noch Frankreich. Dahin könne er sich zurückziehen und werde in den Aussichten, die sich ihm als ersten

¹⁾ Bubb an Stanhope, 6. Sept. 1715. R. O.

²⁾ Über die Absichten Philipps und seiner Gemahlin vgl. Armstrong, Elisabeth Farnese p. 58/59.

³⁾ Methuen an Stanhope. Lissabon, 27. Sept. 1715. R. O.

⁴⁾ Bubb an Stanhope, 16. Sept. 1715. P. S. *J am persuaded, that the King will not leave Madrid.* R. O.

¹⁾ Bubb an Stanhope, 23. Sept. 1715. R. O.

²⁾ Bubb an Stanhope, 26. Aug. 1715. R. O.

³⁾ Vgl. Baudrillart I, 670 ff.

⁴⁾ Ebd. 680.

Prinzen von Geblüt mit seinen vier Söhnen in Frankreich eröffneten, Entschädigung finden für das, was er in Spanien verliere. Solche Worte konnten nur dazu beitragen, den Regenten in einen immer schärferen Gegensatz zu seinem spanischen Vetter hineinzutreiben.

Als einst Philipp von Anjou als König nach Spanien ging, ward das stolze Wort gesprochen: „Es giebt keine Pyrenäen mehr.“ Der Tod Ludwigs XIV. trug mehr als irgend ein anderes Ereignis dazu bei, der Pyrenäengrenze ihre alte Bedeutung zurückzugeben.

Also war durch die Eifersucht zwischen Orleans und Anjou die Trennung der beiden Kronen besser gesichert als durch alle Verträge. Die Politik Spaniens stand jetzt derjenigen von Frankreich so fern, als ob niemals ein Bourbon unter dem Jubel des Volkes seinen Einzug in Madrid gehalten hätte. Indem nun aber Philipp V. den Halt verlor, den er zu Lebzeiten seines Grossvaters an Frankreich gehabt, empfand er auch das Bedürfnis sich mit anderen Staaten in ein gutes Verhältnis zu setzen: vor allem mit den Seemächten.

Der Tod des französischen Königs, das Scheitern der Hoffnungen, die man am spanischen Hofe an dieses Ereignis geknüpft hatte, wurden zur Veranlassung, dass jetzt von spanischer Seite eine Annäherung an die Regierung Georgs I. versucht wurde. Eben schwang sich an dem intriguenreichen Hofe von Madrid eine neue Persönlichkeit zur höchsten Machtstellung empor. Es kann als ein Beweis für das scharfe politische Urteil Alberoni's gelten, dass er sich zum Träger jener Bestrebungen machte.

In allergrösster Heimlichkeit ward die Sache ins Werk gesetzt. Vor aller Welt suchte man die begonnene Verhandlung so lange wie möglich zu verbergen. Dass in derselben der britische Handel nach Spanien die Hauptsache bildete, versteht sich fast von selbst. Spät abends am 30. September 1715 setzte Bubb sich nieder, um einen Bericht darüber an seine Regierung abzufassen.¹⁾ Der holländische Gesandte war bei ihm gewesen, hatte erzählt, er sei an diesem Nachmittage an den Hof gerufen worden, wo eine Person im Auftrage des Königs mit ihm zu sprechen wünschte. Er war gegangen, ein Mann von vornehmem Charakter hatte ihm eine Vollmacht gezeigt, welche ihn im Namen des Königs zu sprechen ermächtigte. Eine Weile unterhielt man sich von Fragen, die zwischen den Generalstaaten und der spanischen Regierung

¹⁾ Bubb an Stanhope, 30. Sept. 1715. 10 o'clock at night. R. O. Für die folgenden Abschnitte ist auch die Darstellung von Armstrong (Elisabeth Farnese p. 71 ff.) zu vergleichen.

schwebten; den Holländern ward in allen Stücken volle Zufriedenstellung versprochen. Dann bat der Hofmann den Holländer, er möge sich noch am selben Abend zum englischen Gesandten begeben und ihm den Entschluss des Königs von Spanien mitteilen, in Zukunft in bestem Einvernehmen mit Georg I. zu leben und alle denkbaren Beweise dieser Gesinnung zu geben. Er sei bereit in die Aufhebung der drei erläuternden Artikel und in alles andere zu willigen, was sonst irgend dem guten Einvernehmen dienen könne. Bubb möge dies noch am selben Abend seinem Könige berichten. Das that er nun; und erst in der chiffrierten Nachschrift teilte er mit, wer denn jener Mann war, der plötzlich eine so mächtige Rolle am spanischen Hofe spielte: natürlich kein anderer als Alberoni, der Gesandte von Parma, der die Königin und durch sie den König vollkommen beherrschte. Es war echt spanisch, dass von der ganzen Sache der leitende Minister Del Giudice noch nicht das Geringste wusste.

Mit derselben Heimlichkeit wurde die Verhandlung noch einige Zeit fortgesetzt. Del Giudice und auch Monteleone, der spanische Gesandte in London, sollten vorläufig nichts davon erfahren. In Madrid macht der Holländer weiter den Mittelsmann zwischen Bubb und Alberoni. Bubb scheut sich noch den Namen des Mächtigen zu nennen. Er heisst schlechtweg „*this Gentleman*“, aber Stanhope, an den Bubb sich in seinen Berichten wendet, wisse ja recht wohl, wer gemeint sei. Am 11. Oktober schiekt Bubb eine kurze Zusammenstellung von Bestimmungen, welche der Handelsvertrag enthalten solle, den Alberoni den Engländern verschaffen will. Darin ist alles so günstig für die britischen Interessen, dass man in London wenig hinzuzufügen hat.¹⁾ Diese von Bubb eingesandten „*Heads*“ sind in der That die Grundlage für den Vertrag geworden. Allmählich erfuhren doch mehr Personen, was im Gange war. Del Giudice, der sich in seiner Stellung durch Alberoni bedroht sah, suchte nun den Fortgang der Verhandlung nach Kräften zu vereiteln oder wenigstens zu erschweren. Was Bubb des Morgens beim Könige durchgesetzt hatte, das suchte am Abend der Kardinal wieder rückgängig zu machen.²⁾ Auch falsche Nachrichten über die Bekämpfung des jakobitischen Aufstandes und über die schweren Gefahren, welche dem Throne Georgs I. drohen sollten, wurden geflissentlich in Spanien umhergetragen und verfehlten ihren ungünstigen Eindruck nicht. Doch der Wille Alberonis war schon so mächtig, dass er

¹⁾ Stanhope an Bubb, 19. Okt. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Bubb an Stanhope, 14. Dez. 1715. R. O.

alle Schwierigkeiten zu überwinden vermochte. Mit der sprachlichen Ausarbeitung des Vertrages hielt man sich nicht allzu lange auf. Eine lateinische Übersetzung, welche Bubb eingehändigt wurde, erklärte dieser für das barbarischste Latein, das man in modernen Zeiten zu Gesicht bekommen habe. Auch alle Schuld an dem schlechten Französisch des Originaltextes wälzte er allein auf die Spanier.¹⁾ Am 14. Dezember 1715 wurde der Vertrag unterzeichnet, der in England hellen Jubel hervorrief. Wie eine Theater-Intrigue war das Werk begonnen worden und ebenso ward es auch zu Ende geführt. Auf spanischer Seite hatte man Mühe, eine geeignete Persönlichkeit zu finden, welche sich zur Unterzeichnung bereit erklärte. An Alberoni konnte man dabei nicht denken, denn dieser hatte immer noch kein anderes Amt am spanischen Hofe als dasjenige des Gesandten von Parma. Endlich ward der Marquis von Bedmar, ein vornehmer und ausgezeichnete Mann, aber gegenwärtig ohne politischen Einfluss, mit der nötigen Vollmacht versehen. Er lag zur Zeit krank darnieder; an seinem Bette fand die Unterzeichnung statt.

Der Vertrag führte für den britisch-spanischen Handel im allgemeinen dieselben Normen wieder ein, wie sie vor dem Kriege unter Karl II. in Geltung gewesen waren. Der erste Artikel besagte, dass die mit Spanien Handel treibenden britischen Unterthanen beim Import und Export nicht mehr und keine höheren Zölle zu zahlen haben sollten als sie es zur Zeit Karls II. gethan hatten. Im dritten Artikel ward ihnen das ebenfalls früher schon besessene Recht wieder eingeräumt, auf der Insel Tortuga²⁾ Salz einzuheimsen. Bubb hatte diese wenig bedeutende Forderung so schwer durchzusetzen vermocht, als ob er eine spanische Provinz verlangt hätte.³⁾ Der vierte Artikel stellte die englischen Kaufleute hinsichtlich der Zollpflichtigkeit in Gebieten des Königs von Spanien den eigenen Unterthanen desselben vollkommen gleich. Während der Verhandlung hatte Spanien das Gleiche von England als Gegenleistung gefordert. Bubb hatte aber erwidert, dass daran nicht zu denken sei, da in England den Angehörigen fremder Nationen niemals gleiche Rechte wie den Unterthanen Seiner Majestät eingeräumt zu werden pflegten. Es war der Unterschied zwischen dem Handelsstaate

¹⁾ Bubb an Stanhope, 9. 15. Dez. 1715. R. O.

²⁾ Der Vertrag und die Akten sprechen von „Tortudos“. Der Name scheint sich in dieser Form heute nicht erhalten zu haben. Es handelt sich wohl um Tortuga im Karaibischen Meer (nicht bei Hayti).

³⁾ Bubb an Stanhope, 15. Dez. 1715. R. O.

England und dem in commerciellen Dingen vom Auslande abhängigen Spanien.

Von hoher praktischer Bedeutung war ferner der fünfte Artikel des Vertrages, in dem beide Teile einander gegenseitig als meistbegünstigte Nation zu behandeln versprochen. Für Spanien mit seinem schwachen Handel war dies von geringem Nutzen, für England aber von ungeheuerem Vorteil. Es wurde noch besonders hinzugefügt, dass auch die durch andere Nationen zu Lande eingeführten Waren nicht weniger Zoll zahlen sollten als die von englischen Kaufleuten in den Häfen Spaniens gelandeten. Dadurch wurde die französische Konkurrenz unmittelbar getroffen; denn für diese waren die bisher üblichen Zollbegünstigungen eine wichtige Bedingung. Die Einfuhr französischer Wollwaren war vielleicht nur dadurch neben den englischen möglich gewesen. Mit diesem fünften Artikel hoffte Bubb die französische Wollmanufaktur aus dem Felde geschlagen zu haben.¹⁾

Hinsichtlich des sechsten Artikels, welcher die Abschaffung aller aufgebrauchten Neuerungen vorschrieb, hing alles von der ehrlichen Ausführung des Vertrages auf spanischer Seite ab. Während der Verhandlung äusserte König Philipp einmal den Wunsch, man möge ihm darlegen, worin denn diese Neuerungen beständen. Bubb lehnte dies jedoch mit der unhöflichen Bemerkung ab, er würde genötigt sein, um alle jene Neuerungen aufzuzählen, dem Könige einmal sechs Monate lang täglich zwei bis drei Stunden darüber Vortrag zu halten.

Der siebente und letzte Artikel hob endlich die in England so verhassten drei erläuternden Artikel von 1713 ausdrücklich auf.

So enthielt dieser Vertrag alles, was die Engländer für ihren spanischen Handel sich wünschen konnten. Was der Utrechter Friede nicht bewirkt hatte, das schien nunmehr erreicht; Englands Handel mit Spanien mochte wieder dieselbe Blüte gewinnen wie in habsburgischen Zeiten. Kein Wunder, dass Bubb während des günstigen Fortganges der Verhandlung nichts als Ermutigung und Belobung von seiner Regierung empfing. Er hatte berichtet²⁾, dass es Alberoni bei seiner Einnischung in die Politik nur darauf anzukommen scheine, sich zu bereichern. Er werde einen guten Handelsvertrag schaffen, wenn man ihm 4000 Pistolen am Tage

¹⁾ „it must be a stroke to the French trade here and particularly their wool-trade.“

²⁾ Bubb an Stanhope, 11. Okt. 1715. R. O.

der Unterzeichnung und 10000 bei der Ratifizierung gebe. Stanhope schrieb zurück,¹⁾ Bubb solle 10000 bei der Unterzeichnung, 6000 bei der Ratifizierung zusagen, und wenn mehr erforderlich sei, komme es auch auf weitere 4000 Pistolen nicht an. Und wie gross war erst die Genugthuung am englischen Hofe, als die Unterzeichnung erfolgt war. Sogleich ward die Ratifikation nach Madrid geschickt, am 17. Februar ward sie gegen die Philipps V. ausgewechselt und dabei auch wohl das für Alberoni bestimmte Geld abgeliefert. „Wir gaben ihnen“, schreibt Bubb vergnügt²⁾, „eine silberne Büchse für ein schmutziges Stück Papier, aber doch, hoffe ich, werden wir den Tausch nicht zu bereuen haben.“ In der allgemeinen Freude, die in England über diesen Handelsvertrag empfunden wurde, verfehlten die Minister nicht, alles Verdienst an demselben sich und ihrer Standhaftigkeit zuzuschreiben.³⁾ Kaum bemerkte jemand die starke Übertreibung, welche darin lag, als in der Thronrede vom 9. Januar 1716 der König sich rühmte, dass nach diesem Verträge der Handel mit Spanien in Zukunft vorteilhafter und sicherer betrieben werden könne als in den glänzendsten Tagen irgend eines seiner Vorgänger.⁴⁾

Im übrigen Europa erregte dieser Handelsvertrag zugleich Erstaunen und Eifersucht. Manche Politiker hatten glauben wollen, dass der Thron Georgs I. auf schwankem Grunde ruhe, und die noch nicht völlig unterdrückte jakobitische Erhebung schien einen solchen Glauben zu unterstützen. Und nun hatte einer der mächtigsten Fürsten Europas dem englischen Könige einen Handelsvertrag mit so erheblichen Vorteilen bewilligt. Das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten schien so manche Gefahren in sich zu bergen und auch mit anderen politischen Kombinationen, die man bereits als natürlich betrachtete, nicht recht vereinbar zu sein. Zum Grafen Stair sprach der Regent von Frankreich ärgerlich: „Sie sind also jetzt gut Freund mit Spanien. Ich aber kann Ihnen sagen, dass Spanien Dinge zu Gunsten des Prätendenten gethan hat, wie ich sie nicht thun würde. Dafür könnte ich Ihnen Beweise liefern.“ Der Gesandte antwortete geschickt: „Ich bestreite dies durchaus nicht, aber nichtsdestoweniger dürfen wir uns nunmehr für versichert halten, dass der spanische Hof jetzt sehr fern davon ist, noch das Geringste für den Prätendenten zu thun.“ Dieser Wortwechsel

¹⁾ Stanhope an Bubb, 19. Okt. (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Bubb an Stanhope, 19. Febr. 1716. R. O.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 3. Jan. 1716. W. St. A.

⁴⁾ Parl. Hist. VII. 224. Vgl. auch oben S. 593, 662.

wurde durch Stanhope nicht nur dem Marquis Monteleone, dem Gesandten Philipps V. in London, sondern auch dem spanischen Hofe mitgeteilt¹⁾, angeblich um den Spaniern zu zeigen, wie man ihnen vertraue, im Grunde doch viel mehr, um sie wissen zu lassen, was man von ihnen gehört habe und dass sie sich Englands Vertrauen jetzt erst verdienen müssten.

Den peinlichsten Eindruck machte der spanische Handelsvertrag in Österreich. Der Wiener Hof erblickte schon eine Art von Zurücksetzung darin, dass er bei seinen guten Beziehungen zu England doch erst von der vollendeten Thatsache in Kenntnis gesetzt wurde. Da der Kaiser in Spanien diplomatisch nicht vertreten war, so hatte er wohl in der That als letzter davon erfahren. Er wurde aber nun auch fast irre an der englischen Politik. Man hatte in Wien geglaubt, vor dem nahen Abschlusse eines Bündnisses mit England zu stehen, das ja soeben den Barrièrevertrag vermittelt hatte: Statt dessen trat jetzt Georg I. mit dem Todfeinde Karls VI. in Verbindung. Und dass es nicht bei dem Handelsvertrage sein Bewenden haben werde, davon waren die Politiker der Hofburg fest überzeugt. Was ihnen Hoffmann, der in diesem Falle ziemlich schlecht unterrichtet war, aus London schrieb²⁾, klang höchst bedenklich. Die Flotten Spaniens werden bei bevorstehenden Unternehmungen durch englische Kriegsschiffe begleitet werden. Und sicherlich wird sich England in einem Bündnisse mit dem Kaiser auf keinerlei Bedingungen einlassen, die für Spanien ungünstig sein würden. Man glaubte dies alles in Wien und liess sich auch nicht überzeugen, als von englischer Seite versichert wurde³⁾, dass der Vertrag lediglich die Handelsbeziehungen betreffe und darum keinen Anlass zum Misstrauen geben könne. Graf Sinzendorff blieb dabei, dass nun doch die Engländer gute Freunde des Herzogs von Anjou geworden seien, und auch Prinz Eugen sprach zu Schaub in bitteren Worten über den Handelsvertrag.⁴⁾ Erst als wieder und wieder die Unverfänglichkeit desselben von englischer Seite betont wurde⁵⁾ und auch nichts weiter erfolgte, was die Befürchtungen der Österreicher unterstützt hätte, legte sich allmählich die tiefe Verstimmung des Kaiserhofes.

¹⁾ Stanhope an Bubb, 6. Febr. (a. St.) 1716. R. O.

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 31. Dez. 1715, 3. Jan. 1716. W. St. A.

³⁾ Townshend an Schaub, 20. Dez. (a. St.) 1715. R. O.

⁴⁾ Schaub an Townshend, 29. Jan. 1. 5. Febr. 1716. R. O.

⁵⁾ Townshend an Schaub, 14. Febr. (a. St.) 1716. R. O. Volkra's Bericht vom 21. Febr./3. März 1716. W. St. A.

In der That haben die englischen Staatsmänner keinen Augenblick daran gedacht, den Handelsvertrag mit Philipp V. zum Ausgangspunkt eines neuen politischen Systems werden zu lassen. Denn was hätte das Bündnis Spaniens ihnen nützen können zu einer Zeit, wo dieser Staat nicht nur dem Kaiser feindlich gegenüber stand, sondern selbst mit der bourbonischen Hauptmacht, dem vom Herzoge von Orleans regierten Frankreich, zerfallen war? So war denn Bubb, berauscht durch den erzielten Erfolg, wohl der einzige englische Diplomat, der nun auch einem politischen Zusammengehen mit Spanien das Wort redete. In einem merkwürdigen Briefe an Stanhope legte er seine Gedanken, etwa in der folgenden Weise, dar.¹⁾ Wenn der Kaiser, wie man damals erwartete, seine Macht in Italien auszudehnen versuche, so werde ihm Spanien dort mit bewaffneter Hand entgegentreten. Man mag dies geschehen lassen, denn ist es nicht auch in Englands Interesse, Karl VI. nicht noch mächtiger werden zu lassen? Im übrigen habe König Georg es jetzt in der Hand, die spanische Politik ganz von sich abhängig zu machen, so dass er selbst wie ein Protektor Spaniens erschiene. Durch die Gemahlin Philipps V. könnte man dahin gelangen. Sie zu gewinnen, giebt Bubb ein Mittel an, welches später wirklich durch England ergriffen worden ist, wenn auch im Rahmen eines anderen politischen Systems als dasjenige war, welches Bubb seinem Hofe empfahl. Immerhin scheint er der erste gewesen zu sein, der die englische Regierung mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, die Königin Elisabeth Farnese zu gewinnen, indem man ihren Leibeserben die Nachfolge im Grossherzogtum Toskana verschaffte. Dafür sagt Bubb, müsste Spanien die hannövrise Thronfolge in Grossbritannien gewährleisten. Auf solcher Grundlage würde ein Bündnis zu haben sein, der Handel mit Spanien werde emporblühen wie nie zuvor, eine wertvolle Garantie für die protestantische Succession wäre gewonnen und die Trennung der beiden bourbonischen Monarchien wäre besser gesichert als der lange Krieg dies zu thun vermochte. „Seine Majestät,“ ruft Bubb begeistert aus, „würde seinem Volke in Rücksicht auf Spanien mehr Gutes in einem Jahre thun, als uns die elende Verwaltung der letzten vier Jahre hierselbst hat schaden können.“ Er schliesst mit einer Verbeugung vor Stanhope, dem ehemaligen Befehlshaber in Spanien. Nicht mehr als billig wäre es doch, wenn er, der zweimal den König von Spanien, als er der Feind Englands war, aus seiner Hauptstadt vertrieb, jetzt wo dieser

¹⁾ Bubb an Stanhope, 19. Febr. 1716. R. O.

König ein Freund werden wollte, den Ruhm gewinne, seinen Thron sicherer als jemals zu befestigen.

Stanhope war jedoch nicht gesonnen, die ihm zuge dachte Rolle zu übernehmen. Es stand bereits fest, dass England demnächst die alten Bündnisse mit Holland und Österreich erneuern würde; für Spanien war in diesem System kein Raum. Jener Plan Bubbs hätte vermutlich zu einem baldigen Zusammenstoss der beiden Gegner, Karls VI. und Philipps V., geführt, aus dem Kampfe in Italien hätte leicht ein allgemeiner Krieg von neuem sich entwickeln können. England wollte einen solchen vermeiden, in Italien die im Jahre 1713 angelobte Neutralität nicht verletzen. Von einem Bündnisse mit Spanien konnte also unter diesen Umständen nicht wohl die Rede sein. Im Gegenteil, England schloss nun seine Allianz mit dem Kaiser und Bubb erhielt Gelegenheit, dem spanischen Hofe die Unverfänglichkeit, d. h. den lediglich defensiven Charakter derselben begreiflich zu machen, da sie in Spanien schwere Sorgen erweckte. Vor wenigen Monaten, schrieb Stanhope¹⁾, hatten wir kaum einen auswärtigen Bundesgenossen und daheim einen gefährlichen Aufstand. Damals hat uns der Kaiser hochherzig seine Hilfe angeboten. Der König hat sie abgelehnt, um völlig Herr seiner Entschlüsse zu bleiben. Wenn er in seiner Bedrängnis also gehandelt hat, würde er nun in so viel günstigerer Lage sich auf Kombinationen eingelassen haben, die ihn zum Gegner Spaniens machen würden, dessen Freundschaft und Handelsverkehr ihm so wertvoll sind? So suchte England mit Spanien ein leidlich gutes Verhältnis zu bewahren und liess sich in seiner auswärtigen Politik nicht beirren.

Die Verfolgung handelspolitischer Interessen war demnach vorläufig noch der vornehmste Gesichtspunkt, ja fast der einzige Zweck und Gegenstand des diplomatischen Verkehrs der Engländer mit der Regierung Philipps V. Einen glänzenden Handelsvertrag hatten sie erreicht, aber noch harrte eine wichtige kommerzielle Frage ihrer Erledigung. Der sogenannte Assiento bedurfte einer gründlichen Revision. Das vordem Niederländern und Genuesen, zuletzt der französischen Guinea-Compagnie zugebilligte Recht des Transportes von Negersklaven aus Afrika nach Westindien war im Jahre 1713 durch einen besonderen Vertrag einer englischen Handelsgesellschaft verliehen worden. Dreissig Jahre lang sollte dieselbe jährlich 4800 afrikanische Neger von jedem Alter und Geschlecht über den Atlantischen Ocean führen und in den spanischen Häfen Amerikas

¹⁾ Stanhope an Bubb, 17. Mai (a. St.) 1716. R. O.

zu festgesetztem Preise zum Verkauf bringen dürfen. Dasselbe England, welches im 19. Jahrhundert so eifervoll gegen die Sklaverei auftrat, bereicherte sich noch im 18. Jahrhundert am Sklavenhandel, in dem damals niemand etwas Arges fand. So wechselnd sind die Begriffe der öffentlichen Moral. Der Assiento betraf auch andere Verhältnisse des britischen Handels nach den transatlantischen Kolonien Spaniens. Aber eben hier war der Vertrag unklar und für die Gewinnsucht der englischen Kaufleute ebenso ungenügend wie der mit Spanien im Jahre 1713 geschlossene Handelsvertrag. Nachdem nun dieser durch einen besseren ersetzt worden war, regte sich auch der Wunsch nach einer neuen Regelung des Assiento. Kaum war der Handelsvertrag in's Reine gebracht, als der englische Hof die günstige Lage in Madrid zu benutzen beschloss, um auch für den Handel nach dem spanischen Amerika neue Vorteile herauszuschlagen. Am 29. Dezember (a. St.) 1715 schickte Stanhope die Ratifikation des Handelsvertrages nach Madrid und gleichzeitig schrieb er Bubb, zur vollkommenen Freundschaft der beiden Monarchen und ihrer Unterthanen fehle jetzt nur noch die billige Erledigung der Assiento-Angelegenheit. In aller Heimlichkeit schrieb Stanhope am nächsten Tage, Bubb dürfe, wenn sich dieses erreichen lasse, noch einmal die gleiche Summe wie für den Handelsvertrag an Alberoni zahlen. Nun nahm die Verhandlung eine ähnliche Entwicklung wie vor einem halben Jahre. Am 26. Mai 1716 unterzeichnete Bubb, wieder mit dem Marquis Bedmar, das neue Abkommen über den Assiento. Alle Wünsche der englischen Compagnie wurden von Spanien bewilligt, und Bubb erhielt das höchste Lob für die glückliche Erledigung der schwierigen Angelegenheit.¹⁾ Mit den besten Hoffnungen für den englischen Handel mit Spanien blickte man in die Zukunft. Durch die beiden Verträge schien alles auf's beste geordnet, in Spanien ebensowohl wie in den Kolonien. Vor allem der Handelsvertrag schien eine sichere Gewähr dafür zu bieten, dass man wieder so reiche Gewinne auf spanischem Boden werde einheimsen können wie unter den Habsburgern in der Zeit vor dem grossen Kriege.

Das Merkwürdige an diesem englisch-spanischen Handelsvertrage war nun aber, dass die Politiker von St. James's sich selber über die Wirkung desselben vollständig täuschten; die an ihn geknüpften Erwartungen blieben nach jeder Richtung hin unerfüllt. Die erhofften Segnungen trafen nicht ein; der Handel mit Spanien

¹⁾ Methuen an Bubb, 14. Aug. (a. St.) 1716. R. O.

blieb so elend wie zuvor. Bis im Jahre 1718 der vollständige Bruch erfolgte, sind die Klagen der englischen Kaufleute über die fortwährenden Schädigungen, welche ihre Handelsinteressen in Spanien erfuhren, nie mehr verstummt. Bei der Durchlesung der diplomatischen Akten der folgenden Jahre hat sich mir die Überzeugung aufgedrängt, dass England durch den spanischen Hof hintergangen worden sei. Der Handelsvertrag wurde geschlossen, ohne dass Philipp V., oder sagen wir lieber Alberoni, wirklich die ernste Absicht hatte, ihn in allen seinen Bestimmungen zur Durchführung zu bringen. Im Jahre 1715 kannte noch niemand den verwegenen Ehrgeiz, die ungeheuren Pläne dieses Mannes, und namentlich in England hat man sich über seine wahren Absichten fast bis zum letzten Augenblicke in völligem Irrtum befunden. Welch' verhängnisvolle Täuschung, wenn man sich einbildete, dass er seine Macht nur zur persönlichen Bereicherung benutzen wollte. Nachmals hat es sich ziemlich klar herausgestellt¹⁾, dass Alberoni das englische Geld gar nicht erhalten hat und Bubb bei dem Handel von einem anderen betrogen war. Und doch war die Erfahrung, einige tausend Pfund Sterling unnütz vergeudet zu haben, noch die gelindeste Enttäuschung, welche den Engländern nach dem Abschlusse des Handelsvertrages bevorstand. Unendlich viel schwerer wog die dauernde Bedrängung des Handels, die Wegnahme englischer Schiffe durch Spanier, die Erhebung von Abgaben, zu denen britische Unterthanen nicht verpflichtet waren, alles gegen den Handelsvertrag und ohne dass die spanische Regierung ernste Schritte dagegen gethan hätte. Es blieb völlig wirkungslos, wenn Bubb sie drängte, dass doch endlich einmal die Unterthanen des Königs von England die Vorteile eines günstigen Vertrages sollten geniessen dürfen, den sie bisher nur auf dem Papiere gesehen hätten.

Irren wir nicht, so hatte Alberoni mit dem Handelsvertrage nur das Absehen gehabt, den englischen Politikern den Glauben beizubringen, dass mit ihm ein Mann an die Spitze des Staates komme, der die spanische Politik in einer für England günstigen Weise leiten werde. Sie sollten es im eigenen Interesse finden, sein Emporkommen zu begünstigen und seine Macht zu befestigen. Und wenn dann die Zeit für die Verwirklichung seiner kühnen Pläne herannahte, hoffte er die Gegnerschaft Englands nicht fürchten zu müssen. Nur zu gut wusste er, dass er niemals Italien würde erobern

¹⁾ Aus den Akten des Jahres 1718 (z. B. in dem Bande Spain 162) scheint dies hervorzugehen.

können, wenn er die britische Flotte auf seinem Wege fände. Darum also sucht er als Freund Englands zu erscheinen, setzt beim König Philipp den Handelsvertrag durch, geht in seinen Zugeständnissen so weit, wie die Engländer es nur wünschen können. Doch dabei steht er den eigenen Interessen Spaniens viel zu neu und fremd gegenüber, um ein Urteil darüber zu haben, wie viele von jenen Artikeln sich in dem damaligen Spanien wirklich durchführen liessen. Die Einzelfragen sind ihm nichts, seine grossen Ziele alles. Dass bei seinem Verfahren zuletzt nur eine um so stärkere Entfremdung Grossbritanniens erfolgen muss, ist ihm nicht in den Sinn gekommen. Er meinte seinen Zweck erreicht zu haben, wenn er nur vorläufig die Engländer für sich gewinne. Und das ist ihm gelungen. Stanhope selbst, der kluge Leiter der auswärtigen Politik, hielt ihn bis in das Jahr 1718 hinein für einen wahren Freund Englands. Man wünschte, dass er den Kardinalshut empfangen und zum Minister erklärt werde. Nur so hoffte man doch endlich zur Durchführung des 1715 geschlossenen Handelsvertrages zu gelangen¹⁾. Also kam Alberoni unter den guten Wünschen der Engländer zur höchsten Macht empor. Wir werden noch zu erzählen haben, wie er diese verwendete. Zuletzt hat er sich in seinen englischen Freunden dennoch getäuscht. Durch die britische Flotte ist in der That die Eroberung Italiens vereitelt worden, und England stand an der Spitze der mächtigen Staatenverbindung, welche Philipp V. ihrem Willen unterworfen und Alberoni in das Nichts zurückgeschleudert hat, aus dem er emporgestiegen war.

¹⁾ Methuen an Bubb, 28. März (a. St.) 1717. R. O.

Sechstes Kapitel.

Nordische Politik Georgs I.

Friedrich der Grosse warf einmal die unwillige Frage auf, ob man den König von England als eine oder zwei Personen zu betrachten habe. Es war um die Zeit des Dresdner Friedens von 1745, da Georg II. sich bemühte, die Politik seiner englischen Minister heimlich zu durchkreuzen. Während diese das britische Interesse im Auge hatten, sah der König die Dinge allein als hannövrisher Kurfürst.

Das Verhältnis zwischen England und Hannover war gerade in diesen Jahren zum Gegenstande öffentlicher Erörterung gemacht worden. In lärmenden Unterhausdebatten und in vielgelesenen Flugschriften erklärten die Gegner der Regierung, dass seit der Thronbesteigung des welfischen Hauses das Interesse und der Ruhm Grossbritanniens im Auslande fortgesetzt aufgeopfert worden seien zu Gunsten der Besitzungen des Königs auf dem Festlande. Und als sich dagegen nun auch die im Dienste des Hofes schreibenden Federn in Bewegung setzten, gelang es ihnen doch keineswegs, die Argumente der Gegner völlig zu widerlegen.

So viel ist gewiss, dass unter dieser Dynastie zwei Länder mit einander in Verbindung getreten waren, deren Interessen und Bedürfnisse fast in allen Stücken verschieden waren. Auf der einen Seite die britische Grossmacht mit ihren Kolonien und ihrem Handel in zwei Hemisphären, auf der andern der deutsche Mittelstaat, der an keiner Stelle die Meeresküste erreichte und dessen Politik über den Bereich des niedersächsischen Kreises hinaus nicht leicht von erheblicher Bedeutung werden konnte.

Überhaupt hatten beide nichts anderes mit einander gemein, als die Person des Herrschers. Diese bedeutete freilich in dem kleineren Staate alles; und auch in dem mächtigen Reiche war bei

aller Beschränkung der königlichen Prerogative doch der Einfluss, welchen der Monarch auf den Gang der Staatsgeschäfte noch zu üben vermochte, keineswegs gering. Er war naturgemäss am stärksten auf demjenigen Gebiete, welches der Kontrolle durch die Öffentlichkeit am schwersten zugänglich war, nämlich in der auswärtigen Politik. Für Georg I., der sich in den inneren Staatsfragen Englands, wie wir wissen, nicht eben leicht zurechtzufinden vermochte, mussten die auswärtigen Angelegenheiten auch viel verständlicher sein als jene. Und endlich konnten sich ihm auch nur hier die Berührungspunkte zwischen England und Hannover bieten, die ihm bei seinen persönlichen Neigungen ein Eingreifen nahelegen mochten.

Die britische Nation hatte von vornherein die Gefahr wohl erkannt, welche aus dem persönlichen Wirken des hannövrishen Königs entstehen mochte. Wie leicht konnte er die englische Politik nach dem Vorteil Hannovers lenken wollen. Aus solcher Furcht war jene misstrauische Klausel der Thronfolgeakte erwachsen, welche wenigstens dem Ärgsten vorzubeugen schien. Sie besagte, wie wir uns erinnern¹⁾, „dass, im Falle die Krone und Herrscherwürde dieses Reiches später an eine Person kommen sollte, die nicht in diesem Königreiche England gebürtig wäre, alsdann diese Nation nicht verpflichtet sein solle, ohne Zustimmung des Parlaments in einen Krieg einzutreten zur Verteidigung irgend welcher Herrschaften oder Gebiete, die nicht zur Krone Englands gehörten.“ Einen offenen Krieg zum Wohle Hannovers durfte also der König von England nicht führen. Aber wieviel Freiheit blieb ihm doch auch so noch, wenn er unter der Hand den Vorteil seines Kurstaates mit den Mitteln des Königreiches zu fördern wünschte. Wer wollte es ihm beweisen, dass er hin und wieder hannövrishche Politik getrieben habe? Genug, wenn er die *Act of Settlement* nicht verletzte. So hing es denn von der Ehrlichkeit des Königs ab, ob er zwischen England und Hannover richtig zu unterscheiden wissen werde. Die beiden ersten George sind nun aber in diesem Punkte nicht allzu gewissenhaft gewesen. Und wenn wir im Folgenden der nordischen Politik des ersten hannövrishen Königs eine etwas ausführlichere Betrachtung widmen, als die Bedeutung der Sache es sonst mit sich zu bringen scheint, so geschieht es, weil wir hier den ersten stark in die Augen springenden Fall erblicken, in dem die Machtmittel des britischen Reiches in den Dienst des Kurstaates gestellt worden sind.

Wir befinden uns noch in der Zeit des grossen nordischen Krieges.

¹⁾ Vgl. oben S. 288.

Als der Thronwechsel in England erfolgte, weilte der Schwedenkönig Karl XII. noch in der Türkei. Hier hatte er nach allem Glück und Unglück seiner wunderbaren Laufbahn fünf kostbare Jahre in einer freiwilligen Verbannung verbracht, während seine Feinde unterdessen emsig bemüht waren, die schwedischen Aussenlande Stück für Stück seiner Krone zu entreissen. Als alle Pläne gescheitert waren, mit denen er von dem fernen Winkel des Erdteils aus seine Sache wieder emporzubringen versucht hatte, entschloss er sich zur Heimkehr. Ungewöhnlich wie alles, was Karl XII. that, war auch diese Reise. Zu Pferde durcheilte er Mittel-Europa, in 14 Tagen legte er eine Strecke von mehr als 200 deutschen Meilen zurück. Am 22. November 1714 erschien er plötzlich unter der erstaunten Bevölkerung seiner Festung Stralsund. Seine Beine waren so stark angeschwollen, dass man ihm die Stiefel herunterschneiden musste. Die alte Wunde am linken Fusse war wieder aufgebrochen. Aber seine gute Natur liess ihn alle Folgen des furchtbaren Rittes leicht überwinden.¹⁾

Sofort nahm Karl die Leitung der militärischen und diplomatischen Geschäfte wieder selbst in die Hand. Er sah sich einer Welt von Feinden gegenüber. Der grösste Teil seiner deutschen Staaten war verloren; mit Russland, Dänemark und Polen lag er in offenem Kriege. Der junge König Friedrich Wilhelm I. von Preussen war durch Verträge den Gegnern Schwedens nahegetreten; durch die Besetzung Stettins hatte er eine Verwicklung geschaffen, für welche eine andere Lösung als die mit dem Schwerte kaum möglich schien. Und eben gesellte sich noch ein anderer norddeutscher Fürst, nicht minder gefährlich als Brandenburg-Preussen, den nordischen Verbündeten hinzu: Der hannövrishche Kurfürst und englische König Georg I.

Das welfische Haus hatte seit langer Zeit ein Auge auf die schwedischen Herzogtümer Bremen und Verden geworfen. Dänemark hatte sie im Jahre 1712 erobert. Aber Hannover forderte, dass sie ihm überlassen würden. Der dänische König zeigte anfangs wenig Neigung dazu, ging aber doch darauf ein, als Karl XII. wieder auf den Schauplatz trat und die Haltung Georgs I. für die nordischen Verbündeten von grosser Bedeutung wurde.²⁾ Karl XII. konnte ja den Kurfürsten durch das Angebot der Herzogtümer Bremen und Verden, die für Schweden nun doch nicht mehr zu halten waren,

¹⁾ Bericht des englischen Gesandten Jefferyes aus Stralsund, 4. Dez. 1714 (a. St.). B. M.

²⁾ Vgl. Havemann, III, 491.

für sich zu gewinnen trachten. Lieber wollte darum Dänemark selbst die eben in seinem Besitze befindlichen Landschaften dem braunschweigischen Nachbarn überlassen und dafür seine Bundesgenossenschaft gegen Schweden gewinnen. Denn so war ja die Lage, dass alle im Norden angesessenen Fürsten von dem Missgeschicke, das Schweden betroffen, Vorteile gewinnen konnten. Und endlich verband sich mit den territorialen Interessen der deutschen Souveräne doch auch schon der patriotische Gedanke, dass jetzt die Zeit gekommen sei, um den Schweden vom deutschen Boden völlig zu vertreiben.

Georg I. schloss als Kurfürst im November 1714 einen Vertrag mit Preussen, welches ihm die Lande Bremen und Verden zusicherte.¹⁾ Durch ein mit Dänemark im Mai 1715 geschlossenes Bündnis trat Hannover vollends in die Reihe der Feinde Schwedens ein, wenn auch die förmliche Kriegserklärung erst im Oktober erfolgte. Von Dänemark sollte Hannover gegen eine Geldzahlung die bremischen Lande erhalten, seinerseits verbürgte es dafür den Dänen den Besitz des Herzogtums Schleswig. Fortan nahm Hannover am Kriege gegen Karl XII. unmittelbaren Anteil. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Gang des Feldzuges von 1715 im einzelnen hier zu erzählen. Was unser Interesse erregt, ist der Umstand, dass Georg I. den Kampf nicht ausschliesslich mit den Machtmitteln Hannovers führte, sondern auch sein britisches Reich in Mitleidenschaft zog. Wie dieses geschah und wie weit der König-Kurfürst dabei gehen durfte, soll die folgende Betrachtung uns lehren.

England lag mit Schweden nicht im Kriege. Es hatte zwar die nordischen Wirren niemals aus dem Auge gelassen, aber während des spanischen Erbfolgekrieges doch wesentlich nur das Bestreben gehabt, den Kampf der nordischen Mächte zu lokalisieren; um sich die Waffenhilfe seiner Verbündeten gegen Ludwig XIV. nicht schmälern zu lassen. Erst in den letzten Zeiten der Königin Anna war die englische Regierung dem Kampfe Karls XII. und seiner Gegner etwas näher getreten. Höchst merkwürdig ist es, zu sehen, in welchem Sinne es geschah.

Es ist nicht unbekannt, dass im Frühjahr 1714 an den König Friedrich Wilhelm I. von französischer Seite die Aufforderung gerichtet wurde, ein Bündnis mit Karl XII. zu schliessen.²⁾ Es komme darauf an, ward ihm vorgestellt, Schweden gegen die Übermacht Russ-

lands, die auch für Preussen gefährlich werde, zu schützen. Dafür würde Karl XII. wohl zu bewegen sein, Stettin und einiges Gebiet Preussen zu überlassen. Man kann sich nicht wundern, Frankreich für seinen alten Verbündeten Schweden bemüht zu sehen. Zugleich wurde aber auch die Zustimmung oder Hilfe anderer Mächte in Aussicht gestellt, unter diesen ward England genannt. Es war die Zeit, als unter dem Ministerium Oxford-Bolingbroke die auswärtige Politik des Inselreiches sich eng an die französische anschloss, die Zeit des Bündnisentwurfes zwischen England, Frankreich, Spanien und Sizilien. Da wurde denn England um Frankreichs willen auch ein Gönner Schwedens, mit dem es sonst in den letzten Jahren gar nicht sehr freundliche Beziehungen unterhalten hatte. Im Hintergrunde aber steht der Gedanke an die britische Thronfolge: Schweden kann wohl von Nutzen sein, wenn es sich darum handeln sollte, den hannövrerischen Kurfürsten vom Throne auszuschliessen.

Das englische Ministerium begann im Sinne seines Freundes Ludwigs XIV. auch eine eigene Unterhandlung mit Preussen. Die Königin, so musste der britische Gesandte in Berlin vorstellen¹⁾, könne dem Untergange Schwedens nicht ruhig zusehen. Und wenn sie ihm auch nicht, wie sie wünschte, ihren unmittelbaren Beistand leihen kann, so will sie doch in anderer Richtung das Ihrige thun. So möge denn Preussen die Dänen mit einem Einfall in Holstein bedrohen, falls diese einen Angriff auf Schonen unternehmen wollten. Sollte der Zar darüber zu Feindseligkeiten gegen Preussen schreiten, so werde es diesem an der Hilfe Englands nicht fehlen.²⁾

Friedrich Wilhelm I. folgte freilich diesen Lockungen nicht. Er befand sich in der günstigen Lage, von zwei Seiten dasselbe Angebot zu erhalten, er hatte die Wahl, ob er Stettin aus der Hand Schwedens oder Russlands entgegennehmen wollte. Der Zar Peter trug ihm einen gegenseitigen Garantievertrag an: Friedrich Wilhelm ging darauf ein. Ruhig sah er einem Kampfe mit Schweden entgegen. „Es mag mir übel gehen,“ erklärte er, „ich frage nichts darnach; die Schweden müssen vom deutschen Boden herunter.“

Mit dieser Entscheidung fiel auch das Eingreifen Englands in den nordischen Krieg fort. Zwei Monate später starb Königin Anna. Und nun erfolgte sofort ein gründlicher Umschwung in der nordischen Politik des Inselreiches. Georg I. stand als Kurfürst vor einem Kriege mit Schweden. Es verstand sich von selbst, dass

¹⁾ Droysen IV, 2, 101—102.

²⁾ Droysen IV, 2, 87 ff.

¹⁾ Bromley an Breton, 4. Mai (a. St.) 1714. R. O.

²⁾ Vgl. ferner Droysen IV, 2, 93.

er als König nicht das Gegenteil thun, nicht nach Annas Vorbilde Schweden begünstigen konnte. Einer gewissen Rücksichtnahme auf Hannover durften sich doch auch die vollkommen national gesinnten englischen Politiker nicht ent schlagen. Aber weiter brauchten, ja durften sie nach dem Sinne der *Act of Settlement* auch nicht gehen.

Georg I. und das Ausland sahen die Sache anders an. Kein Zweifel, dass Preussen und Dänemark auch deshalb auf den Beitritt Hannovers so hohen Wert legten, weil sie nun auch englische Hilfsmittel für den Kampf gegen Schweden zu erhalten hofften. Die wirksamste Unterstützung, welche England ihnen zukommen lassen konnte, war aber die Entsendung einer britischen Flotte in die Ostsee.

Für das Jahr 1715 hatten die nordischen Verbündeten grosse Absichten. Sie wollten Stralsund und Rügen erobern. Dann waren dem Schwedenkönige alle Stützen seiner Herrschaft auf deutschem Boden mit Ausnahme von Wismar entrissen. Für den also bevorstehenden Kampf galt es, starke Streitkräfte zu Lande wie zur See aufzubringen. Der schwedischen Flotte konnten die Kriegsschiffe Russlands und Dänemarks entgegengestellt werden. Aber ob diese ausreichten, um das Übergewicht auf der Ostsee zu erlangen, war wohl zweifelhaft. Von der dänischen Flotte sprach der Zar Peter mit grosser Geringschätzung.¹⁾ So war es von hohem Werte, wenn das seegewaltige England sich zur Entsendung einer Flotte in die Ostsee entschloss. Ihre blosse Anwesenheit konnte, wenn sie sich selbst am Kampfe gar nicht beteiligte, schon von grossem Nutzen sein. Am meisten wünschte es Friedrich Wilhelm I., vielleicht auch aus dem Grunde, weil eine englische Flotte zugleich ein gewisses Gegengewicht gegen die etwas bedrohliche Macht des verbündeten Russland abzugeben geeignet war. Da Hannover am Kampfe teilnahm und da ihm ein Erfolg der Schweden den Erwerb der bremischen Herzogtümer gefährden konnte, so entsprach die Entsendung einer englischen Flotte in die Ostsee auch den eigensten Wünschen Georgs I. So ward denn wenige Monate nach der Ankunft des welfischen Herrschers zu St. James's die Entsendung einer Flotte in die baltischen Gewässer für das nächste Jahr beschlossen. Sie wird doch wohl, schrieb der preussische Resident²⁾, dazu dienen können, die Unternehmungen gegen Stralsund und die Insel Rügen zu er-

¹⁾ Vgl. Droysen IV, 2, 111. Anm. 2.

²⁾ Bonet 17./28. Dez. 1714. G. St. A.

leichtern oder die Schweden zu belästigen. Die englischen Minister hatten ursprünglich nichts mit der Sache zu thun. Kein anderer als Bernstorff war der Vater des Gedankens.

Denn keineswegs durfte man ja in England den eigentlichen Zweck der Flottensendung auch nur verlauten lassen. Wohl mag es sein, dass die Einverleibung von Bremen und Verden in das Kurfürstentum auch in England populär war. Für den wichtigen Handel mit Hamburg war es sicherlich von Vorteil, dass das Land am linken Ufer der Unterelbe aus der Hand Schwedens in diejenige Hannovers, nicht Dänemarks überging.¹⁾ Aber natürlich war mit dieser Erwägung die kostspielige Flottenexpedition in die Ostsee nicht zu rechtfertigen. Man brauchte dem Parlamente und dem Publikum gegenüber andere Gründe, welche sich lediglich aus den Verhältnissen Englands ergaben. Sie liessen sich in der That wohl finden.

Die Minister halfen sich mit der Erklärung, dass der britische Handel in der Ostsee eines Schutzes bedürfe. Derselbe war im Laufe des nordischen Krieges schweren Bedrängnissen ausgesetzt gewesen. Zahlreiche englische Kauffahrer waren durch schwedische Kaper aufgebracht worden. Über die Berechtigung des Verfahrens wurde gestritten. Mit dem Umstande, dass die Schiffe nach solchen Häfen bestimmt waren, die sich in russischen Händen befanden, konnten die Schweden ihre Gewaltthätigkeiten in Wahrheit nicht rechtfertigen. Denn sicherlich galt doch auch damals schon der Satz, dass der direkte Handel der Neutralen mit Unterthanen der Kriegführenden zu gestatten sei, wofern es sich nur nicht um Kriegskontrebande handle. Mit besserem Rechte durften die Schweden sich darauf berufen, dass sie über alle jene Häfen die Blockade verhängt hätten. Dem konnten die Engländer allerdings entgegenhalten, dass in solchem Umfange von dem Vorhandensein einer Blockade nicht wohl die Rede sein konnte. Doch war der im heutigen Völkerrechte stets gemachte Unterschied zwischen der effektiven Blockade und dem blossen *blocus sur papier*, bei dem eine wirksame Absperrung in Wahrheit gar nicht stattfindet, damals noch nicht überall anerkannt.

Kurz, die Ansichten gingen auseinander. Wo die Engländer über schwere Gewaltthat klagten, da erklärten die Schweden, nur von ihrem guten Rechte Gebrauch gemacht zu haben. Im Jahre 1711 musste der bei Karl XII. in London beglaubigte englische

¹⁾ Vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte Bd. II, 338—39.

Gesandte Jefferyes für die britischen Kaufleute Freiheit des Handels nach allen baltischen Häfen fordern. Aber er erhielt auf seine diplomatischen Noten mündlich wie schriftlich einen rundweg abschlägigen Bescheid.¹⁾ So blieb denn mit der fortgesetzten Belästigung des britischen Handels in der Ostsee auch ein Streitpunkt zwischen England und Schweden bestehen. Immerhin fühlte sich die englische Regierung zu schwereren Massregeln als gelegentlichen Klagen nicht veranlasst. Und es mag noch einmal daran erinnert sein, dass im Jahre 1714, als sich doch an jenen Verhältnissen in der Ostsee nichts geändert hatte, England im Verein mit Frankreich dem arg bedrängten Schweden sogar neue Stützen für seine politische Macht zu verschaffen suchte.

Wer diese Umstände in Erwägung zieht, wird schon den Eindruck erhalten, dass auch im Jahre 1715 die Rücksicht auf den baltischen Handel nicht zu dem schweren Aufwand einer Flottenexpedition in die Ostsee geführt haben würde. Das eben ist es, was wir zu beweisen haben. Daneben wissen wir auch genug von der Vorgeschichte der Flottenexpedition von 1715, um uns ein Urteil über die wahren Ursachen derselben bilden zu können.

„Der erste Schritt,“ so berichtet der mit diesen Verhältnissen wohlvertraute Resident Bonet²⁾, „der erste Schritt bestand darin, dass man die Kaufleute nötigte, um Schutz für ihren Handel zu bitten.“ Es lässt sich denken, dass die Aufgeforderten, denen die Sache nur vorteilhaft sein konnte, gern alles thaten, was man von ihnen verlangte.

Schon im Januar 1715, ehe noch das Parlament etwas bewilligt hatte, ja noch vor den Wahlen, war es also beschlossene Sache, eine Flotte in die Ostsee zu schicken. Die Holländer wurden aufgefordert, das Gleiche zu thun, natürlich nur zum Schutze des Handels. An Bonet aber richtete Bernstorff die ebenso naive wie selbstgefällige Frage, ob der König nicht viel thue, dass er nicht nur zu Lande die Unternehmung gegen Stralsund unterstütze, sondern auch noch eine Flotte sende, um Stralsund und Rügen erobern zu helfen, ganz abgesehen von den Summen, welche Se. Britannische Majestät Dänemark biete³⁾, damit es erfolgreich Krieg

führen könne. Es war, als ob der Kurfürst von Hannover mit seiner Thronbesteigung in England auch das Recht erhalten hätte, über die Hilfskräfte Grossbritanniens zu Gunsten des deutschen Stammlandes frei zu verfügen.

Einige Monate vergingen noch, ehe die Flotte segelfertig war. Es war in Aussicht genommen, dass sie im Mai auf der Höhe von Stralsund erscheinen sollte, um die Operationen der Verbündeten zu erleichtern, vielleicht auch zu unterstützen. Obwohl es sich um eine Sache handelt, welche nur England angeht, so erscheinen doch die hannövrischen Staatsmänner als die treibende Kraft. Bonet spricht über das baltische Geschwader nur mit Bernstorff. Immer wieder lässt er sich von diesem versichern, dass England den doppelten Zweck damit verfolge, den Handel zu schützen und die kriegerischen Unternehmungen gegen Rügen und Stralsund zu fördern. Weist Bonet auf die ziemlich geringen Leistungen hin, mit welchen sich Kurhannover am Landkriege in Pommern beteiligt, so erhält er regelmässig die Antwort, dass durch die Flottenausrüstung das Fehlende mehr als ersetzt werde.¹⁾ Von Hannover aus wurde ein Specialbevollmächtigter, Baron Eltz, nach Berlin geschickt. Er und der hannövrische Gesandte Heusch mussten daselbst ausdrücklich versichern, dass die Flotte auch an den Kriegsoperationen gegen Schweden teilzunehmen bestimmt sei.²⁾ Dem Könige Friedrich Wilhelm genügte aber die mündliche Versicherung nicht. Er forderte eine schriftliche Übereinkunft darüber, wie weit er auf die Hilfe der Flotte rechnen könne. Aber natürlich durfte man sich offiziell zu den wahren Absichten nicht bekennen. Die Flotte gehörte ja England, und England lag mit Schweden nicht im Kriege. Der Wunsch Friedrich Wilhelms musste unerfüllt bleiben. Dafür hatte Heusch aber im Namen Georgs I. in Berlin die klassische Erklärung abzugeben³⁾: „Wir versprechen des Königs von Preussen Majestät auf königliche Treu und Glauben, dass besagte Escadre auf alle Weise zur Sekundierung der Operationen in Pommern gegen Schweden agieren sollte, und wollten hoffen, Se. Königl. Majestät würden unserem Wort darunter glauben, inmassen der Effekt zeigen würde, dass an dessen Erfüllung kein Mangel erscheinen sollte. Ein schriftliches Engagement aber könnten wir dieses Punkts halber mit des

¹⁾ Nach einem im Rec. Off. (Foreign State Papers, Sweden vol. 26) befindlichen Rückblick auf die englisch-schwedischen Beziehungen in den Jahren 1711 bis 1719.

²⁾ Bonet 18./29. Jan. 1715. G. St. A. Vgl. auch Hoffmann, 17. Mai 1715. W. St. A.

³⁾ Damit ist wohl die Kaufsumme für Bremen und Verden gemeint.

¹⁾ Bonets Berichte, 11./22. Febr., 8./19. März., 29. März/9. April 1715. G. St. A. Vgl. auch Droysen IV, 2, 126.

²⁾ Weisung an Eltz u. Heusch vom 21. März/1. April 1715. Hann. Arch.

³⁾ P. S. einer Weisung an Heusch vom 5./16. April 1715. Hann. Arch.

Königs in Preussen Majestät nicht eingehen, weil das *praestare* der mehrbesagten *Esquadre* uns als König angehe, und wenn darüber etwas Schriftliches sollte abgefasst werden, würden wir unser Teutsches Ministerium dazu nicht gebrauchen können, sondern es durch die Hände unserer *Ministrorum* von der Grossbritannischen Nation gehen lassen müssen.“

Das Mitgeteilte genügt vollauf, um einen Einblick in die Politik Georgs I. zu gewähren. Die Zeitgenossen konnten über den Zweck dieser Flottensendung wohl getäuscht werden, denn man ging mit äusserster Vorsicht zu Werke. In der Geschichte des Völkerrechts wird der Fall von 1715 nur herangezogen, um zu zeigen, wie die neutrale Macht Grossbritannien im nordischen Kriege ihre Handelsschiffe in der Ostsee durch eine Kriegsflotte geleiten und vor den schwedischen Kapern schützen liess.¹⁾ In Wahrheit liegt vielmehr der völkerrechtlich noch weit merkwürdigere Fall vor, dass ein neutraler Staat einer kriegführenden Partei seine wirksame Unterstützung lieh, ohne doch aus seiner Neutralität förmlich herauszutreten, zugleich auch ohne sich von seiten der Partei, gegen die er also feindlich auftrat, eine Kriegserklärung zuzuziehen.

Die englischen Minister befanden sich bei dieser Angelegenheit fortgesetzt in einer peinlichen Lage. Auf der einen Seite standen die persönlichen Wünsche des Königs, auf der andern ihre Verantwortlichkeit von der Nation. Es war keineswegs leicht, den *modus agendi*, wie Bernstorff sagte, zu finden, d. h. die Form, wie die Flotte dem Kriege gegen Schweden zu gute kommen konnte, ohne dass England etwas anderes zu thun schien als seinen Handel zu schützen und Repressalien für den erlittenen Schaden zu üben. Friedrich Wilhelm I., der für den feinen Unterschied wenig Sinn hatte, stellte in einem an Georg I. persönlich gerichteten Briefe²⁾ die Forderung, die Flottensendung möge beschleunigt, dem Admiral sodann befohlen werden, sich genau nach den Wünschen des Königs von Preussen zu richten. In dieser Form konnte die Bitte natürlich nicht erfüllt werden. Bernstorff nahm Rücksprache mit den englischen Ministern und stellte dann Bonet vor³⁾, Preussen möge bedenken, dass doch nicht der König von England, sondern der Kurfürst von Braun-

¹⁾ Vgl. Heffter das Europäische Völkerrecht. 7. Aufl. bearbeitet von H. Geffken 1882. S. 374.

²⁾ Unter dem 1. Mai 1715. G. St. A.

³⁾ Bonet 6./17. Mai 1715.

schweig Krieg führe. Immerhin würden die englischen Schiffe zum Zwecke der Repressalien jedes schwedische, ob Kriegs- oder Handelsschiff, das ihnen begegne, angreifen. Indem sie ferner hinter der Insel Rügen vor Anker gehen sollten, so werde doch dieses englische Geschwader in der That dieselben Dienste thun, wie wenn Grossbritannien selbst den Krieg erklärt hätte. In demselben Sinne mussten die hannövrischen Residenten in Berlin und Kopenhagen sprechen.¹⁾ „Gleichwie wir aber als König Schweden den Krieg nicht declariert hätten,“ so werde man auch „überflüssige und unnötige *demonstrationes* von Feindseligkeit gegen Schweden durch den Admiral Norris thun zu lassen, uns hoffentlich nicht anmuten, weil uns solches hier nur *embarras* machen, dort aber zu nichts helfen würde“.

Der eben genannte Admiral, Sir John Norris, wurde mit der Führung der Flotte betraut. Als man daran ging, seine Instruktionen zu entwerfen, ergaben sich natürlich Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und englischen Ministern des Königs. Die englischen dachten daran, dass sie vielleicht eines Tages dem Parlamente Rede stehen mussten; dann sollten ihnen diese Instruktionen nicht schaden können.²⁾ Dieselben wurden also so unverfänglich wie möglich gehalten.³⁾ Norris wird darin angewiesen, die seiner Hut anvertrauten Handelsschiffe sicher in die Ostseehäfen, nach denen sie bestimmt sind, zu geleiten und ihnen allen Schutz, dessen sie bedürfen, angedeihen zu lassen. Jene mögen, so schnell es angeht, löschen und laden. Unterdessen sollen die Kriegsschiffe etwa vor Reval oder an einem andern passenden Orte vor Anker liegen. Wenn dann die nach Petersburg bestimmten Schiffe fertig sind, so wird die Rückfahrt angetreten. Die einzelnen Häfen anlaufend, soll Norris die Handelsschiffe alle einholen und sie wieder sicher nach England geleiten. Daneben trug eine andere Instruktion ihm auf, bei seiner Ankunft in der Ostsee, sogleich ein Schiff und einen Boten an den Schwedenkönig in Stralsund zu schicken und ihn zur Vergütung des dem englischen Handel zugefügten Schadens aufzufordern, sowie zur Aufhebung eines die Kaperei begünstigenden Edikts, welches Karl XII. unter dem 19. Februar 1715 erlassen hatte. Er

¹⁾ Weisung an Heusch (u. mutatis mutandis an den hannövrischen Residenten in Kopenhagen). London, 10./21. Mai 1715. Hann. Arch.

²⁾ Bonet, 13./24. Mai 1715. *Les instructions de cet amiral ont souffert plus d'une difficulté de la part des ministres anglais, qui auront un jour à en répondre au parlement.*

³⁾ Sie sind vom 6. u. 10. Mai (a. St.) datiert.

soll ihm auch mitteilen, dass er Befehl habe, unterdessen alle schwedischen Schiffe, welche ihm begegnen, aufzugreifen und sie so lange als gute Preisen zu behandeln, bis die Forderungen Englands erfüllt sind.

Lediglich auf diese Punkte beschränken sich die Instruktionen für Sir John Norris. Kein Zweifel, dass auf diese das Parlament niemals eine Anklage gegen die Minister hätte begründen können. Aber es war auch klar, dass die Hoffnungen, welche Preussen und Dänemark auf das Eingreifen der englischen Flotte setzten, sich nur sehr unvollkommen erfüllen würden, wenn Norris sich wirklich streng an diese Instruktionen hielt. König Friedrich Wilhelm, der nicht anders wusste, als dass ein Admiral nach seinen Instruktionen handeln müsse, beauftragte Bonet, um Einsicht in dieselben zu bitten. Der englische Hof zögerte einige Zeit; zuletzt lehnte er die Erfüllung der Bitte einfach ab. Dafür machte Bernstorff mündlich die gewünschten Mitteilungen. Und er war auch in der Lage, dem preussischen Diplomaten, den der Inhalt jener schriftlichen Instruktionen wenig befriedigen konnte, noch eine andere tröstlichere Neuigkeit zu melden. Er habe, erzählte Bernstorff, den Admiral zu sich kommen lassen und ihm auseinandergesetzt, was er für die Interessen des Königs zu thun habe. Norris musste sich vor Bernstorffs Augen die Hauptsachen, worauf Se. Majestät vorzüglich Wert lege, kurz notieren¹⁾.

Wir sehen, so entstand eine kleine, allergeheimste Nebeninstruktion, welche allerdings für die Bewegungen der Flotte wichtiger werden konnte als diejenigen, welche unter dem Namen und dem grossen Siegel Georgs I. ausgefertigt waren. Wie die wahre Veranlassung der Flottenexpedition verhüllt wurde durch die Behauptung, dass der Ostseehandel eines besonderen Schutzes bedürfe, so mussten auch die wichtigsten Aufträge in jene kleinen Notizen versteckt werden, welche der hannövrise Minister dem englischen Admiral in die Feder diktierte. Das Parlament hat nie etwas davon erfahren. Wir aber erkennen in der Ausrüstung dieser Flotte, welche also zum Kampfe gegen Schweden auf das Meer hinausgesandt wurde, eine Überschreitung des Thronfollegesetzes. Denn jetzt wurde es doch zur Wirklichkeit, was dort verboten war, dass nämlich die Nation in einen Krieg hineingezogen wurde „zur Verteidigung irgend welcher Herrschaften oder Gebiete, die nicht zur Krone Englands gehörten.“

¹⁾ Bonet, 17./28. Mai 1715.

Georg I. hat es mit seiner Pflicht den britischen Unterthanen gegenüber nicht eben streng genommen. Die englischen Minister aber gingen in ihrer Rücksicht auf des Königs Wünsche so weit, dass sie ihn halb unterstützten, halb gewähren liessen. Sie waren am Ende zufrieden, wenn nur eine Form gefunden wurde, für die sie die Verantwortung vor dem Parlamente noch übernehmen konnten. Bedenklich genug erscheint ihr Verhalten immerhin. Und nur die eine Erwägung mag dem Gesagten noch hinzugefügt werden: Um dieselbe Zeit, als Bolingbroke unter Anklage gestellt wurde, weil er dem General der Armee geheime Weisungen erteilt habe, wie er seinen Instruktionen zum Trotze handeln solle, um dieselbe Zeit liess König Georg dem die baltische Expedition führenden Admiral jene heimlichen Winke zukommen, dass er die Kriegführung gegen Schweden unterstütze, statt sich auf die Ausführung seiner Instruktionen zu beschränken.

Zur eigenen Sicherheit hatten die Minister also nur dafür Sorge zu tragen, dass über der Rolle, welche England mit seiner Flotte hier spielte, das Geheimnis gewahrt bleibe.¹⁾ Unter dieser Voraussetzung würde man selbst mit jenen scheinbar ungenügenden Instruktionen den gewünschten Zweck doch erreichen können. Norris hatte nur den Auftrag erhalten, die ihm begegnenden schwedischen Schiffe zum Zwecke der Repressalien anzugreifen. Nun wohl, sagte Bernstorff zu Bonet²⁾, da wird man eben gut thun, wo man die Mitwirkung der englischen Flotte wünscht, dem Admiral nicht zu sagen: „Helfen Sie uns bei dieser oder jener Operation“, sondern einfach: „Wir wissen, dass die Schweden hier Schiffe haben, kommen Sie, greifen Sie dieselben an!“

Am 29. Mai³⁾ segelte Sir John Norris mit der ihm anvertrauten Flotte auf die hohe See hinaus. Die Abfahrt hatte sich um einige Wochen verzögert, da die zu geleitenden Kauffahrteischiffe nicht alle rechtzeitig bereit waren. Es waren 10 Handelsschiffe, die nun unter dem Schutze von 20 Kriegsschiffen die Reise in die Ostsee antraten. Auf hoher See vereinigte sich Norris mit dem holländischen Geschwader, welches wie das seinige eine grössere Anzahl von Handelsschiffen zu geleiten hatte. In dem andern Punkte hingegen, die Feindseligkeiten gegen Schweden betreffend,

¹⁾ Bonet, 11./22. Febr. 1715. *Je fus confirmé que cet armement est très-réel, mais il (Bernstorff) souhaite qu'on le ménage avec tout le secret possible.*

²⁾ Bonet, 17./28. Mai 1715.

³⁾ Das Folgende nach der Korrespondenz zwischen Townshend und Norris im R. O. Aus des letzteren Berichten sind erhebliche Bruchstücke nach den Townshend Ms. gedruckt: Hist. Ms. Comm. Rep. XI. App. Part IV. p. 89 ff.

hatten die Generalstaaten ihrem Admiral keinen Auftrag gegeben. Für sie war ja die Beschützung des Handels in der That der einzige Zweck der Expedition. Norris gab sich aber alle Mühe, die Mitwirkung der Holländer auch für den wichtigeren Zweck seiner Sendung zu gewinnen.

Auf der Höhe von Helsingör hielten die beiden Admirale einen Kriegsrat ab.¹⁾ Sie beschlossen, in die Kjöge Bucht, südlich von Kopenhagen zu fahren und daselbst je nach den einlaufenden Nachrichten, das Weitere zu bestimmen. Zugleich sandte Norris ein Schiff nach Stralsund, um durch den britischen Gesandten daselbst dem Schwedenkönig anzuzeigen, dass die englische Flotte in den baltischen Gewässern angekommen sei und alle schwedischen Schiffe, die sie träfe, aufgreifen werde, solange Karl XII. den dem englischen Handel zugefügten Schaden nicht ersetzt und das Edict vom 19. Februar nicht aufgehoben habe. An den Erfolg dieser Drohung glaubte freilich niemand. Karl XII. war in der That so weit entfernt davon, die britischen Forderungen zu erfüllen, dass er vielmehr seiner eigenen Flotte befahl, die englischen Schiffe, wo es möglich wäre, anzugreifen.²⁾ Die von Norris nach Stralsund gesandte Botschaft war nur leere Form. Vier Tage später wurde in einem neuen Kriegsrat der Admirale beschlossen, zunächst die Handelsschiffe sicher in ihre Häfen zu geleiten. Demgemäss durchsegelten die beiden Flotten die Ostsee. Am 12. Juni ankerten sie in der Danziger Bucht und entliessen die nach Danzig und Königsberg bestimmten Kauffahrer aus ihrer Hut. Eine Woche später lagen sie vor Reval. Vier englische Kriegsschiffe geleiteten die nach Petersburg fahrenden Handelsschiffe durch den Finnischen Meerbusen. Als die Flotte wieder beisammen war, fuhr sie mit der holländischen in südlicher Richtung zurück, der Rigaer Handel wurde besorgt, am 10. Juli ankerten die beiden Geschwader wieder vor Danzig, um vom Lande her Nachrichten und Weisungen zu empfangen. Am 20. fuhren sie nach dem Beschlusse eines neuen Kriegsrates zurück nach Reval, sandten abermals vier Schiffe in den Finnischen Meerbusen. So wollten sie die Kauffahrer wieder von den verschiedenen Häfen, wo sie inzwischen gelöscht und geladen hatten, einholen, um sie endlich sicher in die Heimat zurückzuführen.

¹⁾ Nach dem Protokoll am Bord des englischen Admiralschiffes „Cumberland“ auf der Höhe von Elsinör (Helsingör), 31. Mai 1715. R. O.

²⁾ Norris an Townshend, 2. Juni 1715. *I hear from all hands in these parts, that the King of Sweden has directed his naval force to attack us.* Ähnlich Townshend an Norris, 14. Juni (a. St.) 1715. R. O.

Unterdessen hatte Norris aber auch den Nebenzweck — oder sollen wir sagen: die Hauptabsicht? — seiner Sendung keineswegs aus dem Auge verloren. Nur hatte er nicht damit beginnen dürfen, die Schweden mit seiner Flotte zu bekämpfen. Vorher musste doch der Handel besorgt sein. Schutz und Geleit für die Kauffahrer, schärfte Townshend ihm noch einmal ein¹⁾, müsse sein erster und wichtigster Gesichtspunkt sein. Sind aber die Handelsschiffe glücklich in ihre Häfen eingelaufen, so wolle Se. Majestät, dass er mit aller Eile und Energie jenen Teil seiner Instruktionen ausführe, der die Repressalien gegen Schweden betrifft. Ohnehin hatte, als die englische Flotte in die Ostsee einfuhr, auch der Feldzug zu Lande noch gar nicht begonnen. Preussen hatte zwar schon am 1. Mai den Krieg erklärt, aber durch die Zögerungen der Dänen vereinigten sich erst am 13. Juli die verbündeten Armeen vor Stralsund. Hier sollte nun die Entscheidung fallen. Der tapfere Schwedenkönig führte in eigener Person die Verteidigung der Festung. Vor derselben aber lagen an 50 000 Mann, die Preussen von ihrem Könige Friedrich Wilhelm geführt.

Hier war nun die Gelegenheit, wo die englische Flotte mit Nutzen zur Verwendung kommen konnte. Für den Admiral Norris entstand die Aufgabe, während die seiner Hut übergebenen Handelsschiffe in den Ostseehäfen lagen, mit seinen Kriegsschiffen die Operationen gegen Stralsund und Rügen zu unterstützen. Die Dänen und Preussen rechneten darauf. Friedrich Wilhelm schrieb aus dem Feldlager vor Stralsund an Georg I.²⁾, dass es gut wäre, wenn die englische Flotte sich „den hiesigen Küsten“ etwas mehr nähern würde, um Stralsund also von der Seeseite desto genauer mit einschliessen zu helfen. In zwei Briefen forderte der König von Preussen auch Norris selbst auf, sich mit der dänischen Flotte zu verbinden, da diese allein den Schweden nicht gewachsen sei.³⁾ Norris hatte in der That den besten Willen, alles zu thun, was in seinen Kräften stand; an dem Beifalle seines Königs brauchte er ja auch nicht zu zweifeln. Aber dann überschlich ihn die Furcht vor dem Parla- mente. Er suchte seine Rechtfertigung in der Mitwirkung der Holländer. Was diese thaten, konnten auch die Engländer thun; niemand durfte, solange Norris in Gemeinschaft mit dem holländischen Admiral handelte, behaupten, dass die britische Flotte im Dienste

¹⁾ Townshend an Norris, 14. Juni (a. St.) 1715. R. O.

²⁾ Unter dem 15. Juli 1715. Hann. Arch.

³⁾ Norris an Townshend, 8. Juli 1715. R. O.

Hannovers verwendet werde.¹⁾ Um so notwendiger also seine Mitwirkung. Aber darin lag eben die Schwierigkeit. In den Krieg einzugreifen, wie England es durch seine Flotte zu thun im Begriffe war, lag nicht in der Absicht der Generalstaaten. Norris schrieb freilich am 24. Juni hocheifrig, er habe den holländischen Admiral dafür gewonnen, mit ihm in solcher Weise in der Ostsee zu kreuzen, dass nicht nur der Handel sicher sei, sondern auch die übrigen Absichten Sr. Majestät, soweit die Zeit es zulasse, erfüllt werden könnten. Die beiden niederländischen Gesandten in London teilten dem Könige Georg auch mit, dass die Generalstaaten entschlossen seien, ihre Flotte in der Ostsee in vollkommener Übereinstimmung mit der englischen agieren zu lassen.²⁾ Sofort suchte Norris, mit dieser Nachricht in der Hand, seinem holländischen Kollegen die Zusage abzunötigen, dass er gegebenen Falles gemeinsam mit den Engländern die Schweden angreifen werde. Aber der war inzwischen bedenklich geworden und erklärte nun geradezu, dass er ohne den ausdrücklichen Befehl seiner Regierung nichts unternehmen dürfe.³⁾ Als er vor Danzig vollends die Nachricht empfing, dass die Generalstaaten strenge Neutralität zwischen den kriegführenden Teilen zu halten wünschten, da war es mit der Aussicht auf die Mitwirkung der Holländer gänzlich vorüber.⁴⁾

Eben jetzt wäre auf die Hilfe der englischen Flotte viel angekommen⁵⁾, denn die Schweden erschienen stark zur See, die dänische Flotte war ihnen nicht gewachsen. Der dänische Admiral Rabe wagte mit 16 Linienschiffen nicht, der von Karlskrona herausgehenden schwedischen Macht von 22 Linienschiffen in den Weg zu treten und zog sich nach Møen zurück. Unterdessen war noch ein kleineres dänisches Geschwader zwischen der Peenemünder Schanze und der kleinen Insel Ruden angesichts der anrückenden schwedischen Flotte in eine höchst gefährliche Lage geraten. Norris aber lag mit seinem Geschwader vor Danzig und vollzog weder die Verbindung mit den Dänen, auf welche Rabe gehofft hatte, noch war er mit den 14 Kriegsschiffen, die er eben bei sich hatte, stark genug, um ohne die Holländer einen Angriff auf die schwedische Flotte wagen zu dürfen, wenn er es selbst gewollt hätte. Unthätig wartete er die weiteren Befehle seiner Regierung ab. Dänemark und Preussen waren durch

¹⁾ Bonet, 2./13. Aug. G. St. A.

²⁾ Townshend an Norris, 5. Juli (a. St.) 1715. R. O.

³⁾ Norris an Townshend, 8. Juli 1715. R. O.

⁴⁾ Norris an Townshend, 13. Juli 1715. Hist. Ms. Comm. Rep. XI.

App. IV. p. 92.

⁵⁾ Vgl. Droysen IV, 2, 132 ff.

seine Haltung schwer enttäuscht. Der König von Preussen bat in einem neuen Briefe aus dem Feldlager vor Stralsund¹⁾ seinen Schwiegervater Georg I., er möge die englische Flotte nicht aus der Ostsee fortfahren lassen, solange die preussischen Kriegsoperationen noch durch die Seemacht der Schweden bedroht würden. Es dürfen doch, fügte Friedrich Wilhelm in aller Unschuld hinzu, nicht diejenigen Recht behalten, welche behaupteten, es sei den Engländern mit ihrer Flottenexpedition nur um den Schutz des Handels zu thun gewesen.

Ehe die Antwort auf diese preussischen Klagen aus England eintreffen konnte, war die Lage in der Ostsee schon wieder eine andere. Norris suchte nach dem Eintreffen neuer Weisungen aus London noch einmal den holländischen Admiral zu bewegen, mit ihm die Schweden anzugreifen. Aber eben erhielt nun dieser den ausdrücklichen Befehl der Generalstaaten, in keiner Form offensiv vorzugehen, auch nicht zu Repressalien zu schreiten.²⁾ Da wagte denn auch Norris nichts anderes zu thun, als nunmehr wieder nach Reval zu fahren, um die Handelsschiffe aus den Häfen abzuholen, wo sie inzwischen gelöscht und geladen hatten. Am 20. Juni lichteten die beiden vor Danzig liegenden Flotten die Anker und nahmen ihren Kurs nach Osten. Am 23. kamen sie nach Reval.

Daselbst erschien am nächsten Tage auch die russische Flotte, aus 19 Kriegsschiffen bestehend. Der Zar Peter selbst befand sich an Bord des Admiralschiffes. Die Beziehungen zwischen England und Russland, welche in den letzten Jahren der Königin Anna, ihren schwedischen Sympathien entsprechend, höchst unfreundlicher Natur gewesen waren³⁾, hatten sich mit der Thronbesteigung Georgs I. sofort gebessert. Dieser war als Kurfürst im Jahre 1710 der Verbündete Russlands geworden, jetzt war er der Kampfgenosse des Zaren Peter, im Oktober 1715 ward ein neues Bündnis zwischen Russland und Hannover geschlossen. So stark in England die Eifersucht auf die aufstrebende russische Macht, auf die Konkurrenz des russischen Handels in der Ostsee war, bei Georg I. überwog die Rücksicht auf Hannover, und er hielt jetzt auch als englischer König Freundschaft mit Russland. Als Norris sich der russischen Flotte gegenüber befand, bat er um die Erlaubnis, dem Zaren seine Auf-

¹⁾ Vom 27. Juli 1715. Hann. Arch.

²⁾ Zwei Schreiben von Norris an Townshend, vor Reval, 30. Juli 1715. R. O.

³⁾ Vgl. Martens, Recueil des traités et conventions, conclus par la Russie avec les puissances étrangères. Tome IX. Traités avec l'Angleterre p. 23 ff.

wartung machen zu dürfen. Peter lud ihn auf sein Schiff und erwiderte den Besuch auf dem englischen Admiralschiffe. Er wurde mit Salutschüssen empfangen, wie es sich für einen Fürsten gebührte. Norris staunte ebenso sehr über die Wissbegierde des Zaren, wie über die Fortschritte, welche die Russen selbst in der Schiffsbaukunst gemacht hatten. Er sah bei ihnen drei Sechzigkanonenschiffe, wie sie auch in der englischen Flotte nicht besser zu finden waren.

Unterdessen waren wieder die Kauffahrer von Petersburg eingeholt worden. Dann wurden die übrigen Häfen, wo die Handelsschiffe lagen, angelaufen und mit den Schutzbefohlenen die Heimfahrt angetreten. Ohne an dem Kampfe bei Rügen und Stralsund teilzunehmen, durchsegelten die Flotten der Seemächte also die Ostsee. Am 25. August hatten sie Danzig verlassen. Bei Bornholm lagen sie vom 27. August bis zum 1. September vor Anker. Der Wind sei ungünstig gewesen, heisst es in Norris' Bericht. Doch ist es auch denkbar, dass der englische Admiral hier Halt machte, damit vielleicht die Nähe seiner Flotte den Verbündeten dennoch nützlich werden könnte. Denn so viel wissen wir, dass Georg I. in einem Briefe an Friedrich Wilhelm am 2. August¹⁾ die Erwartung aussprach, Norris werde sich um diese Zeit „bei Bornholm gesetzt haben, wodurch dann die *operationes* gegen Rügen und Stralsund gedeckelt sein werden“. Man muss wohl annehmen, dass dies dem Admiral durch jene geheimen Unterweisungen, die Bernstorff ihm gegeben, nahegelegt war. Wie dem auch sei, nach 5 Tagen setzte Norris seine Fahrt fort, am 2. September war er wieder in der Kjöge Bucht. Da traf er die dänische Flotte und der Admiral stellte ihm ein Schreiben Townshends zu, welches wichtige Befehle für das Verhalten der Flotte enthielt.²⁾

Die Klagen Friedrich Wilhelms I. über die mangelhafte Unterstützung der englischen Flotte hatten ihren Eindruck in London nicht verfehlt. Hätten Georg I. und seine deutschen Minister nach ihrem Herzen handeln dürfen, so würden sie gern die englische Flotte in der Ostsee gelassen haben, bis den Schweden die letzte Scholle deutschen Bodens entrissen wäre. Das war die Forderung, welche durch Dänemark aufgestellt wurde, und auch die versprochene Auslieferung von Bremen und Verden schien an diese Bedingung geknüpft werden zu sollen.³⁾ Aber es ist auch begreiflich, dass hier

¹⁾ Hann. Arch.

²⁾ Hrst. Ms. Comm. Rep. XI. App. IV. p. 93.

³⁾ Hoffmann, 19. Juli 1715. W. St. A.

wiederum der Gegensatz zwischen den deutschen und englischen Ministern des Londoner Hofes von neuem hervortrat. Die letzteren fanden den Zweck der Flottenexpedition mit der sicheren Geleitung des baltischen Handels und allenfalls der Anwendung von Reprisalien erreicht; sie sahen wenigstens nicht, wie eine weitere Verwendung der Flotte in der Ostsee sich dereinst vor dem Parlament würde rechtfertigen lassen. Schon so, meinte der Resident Hoffmann, würden die Tories ohne Zweifel sagen, der König sei kaum zur Regierung gelangt, so habe er sich schon „der hiesigen Seemacht auf der Nation Kosten zu seinem privat-kurbraunschweigischen Nutzen und Vorteil bedient“.

Um Bernstorff und Bothmer ihre Aufgabe zu erleichtern, machte Bonet — vielleicht in guter Absicht, nur mündlich — Vorstellungen darüber, dass die englische Flotte bisher nichts zur Unterstützung der Kriegführung gethan habe. Und sein Herr, der König von Preussen, habe sich doch darauf verlassen. Bonet wies in glücklichem Vergleiche auf das Beispiel Wilhelms III. hin, der im Jahre 1700 mit den Flotten der Seemächte, ohne selbst Krieg zu führen, eine so wichtige Rolle im nordischen Kriege gespielt und eigentlich Dänemark zum Frieden von Travendal gezwungen habe. Mit wieviel mehr Grund dürfe jetzt Georg I. ohne vorhergehende Kriegserklärung die schwedischen Schiffe angreifen, wo er Genugthuung zu fordern habe für die Verletzung des Völkerrechts, welcher Schweden sich durch die Wegnahme englischer Schiffe schuldig gemacht habe.¹⁾

Den deutschen Ministern kam diese Anregung sehr gelegen. Sie traten jetzt mit einer gewissen Energie auf und forderten, dass Norris nicht zurückkehre, ohne die Schweden angegriffen zu haben. Die englischen Minister stellten jenen im Gefühl ihrer Verantwortlichkeit eine ebenso entschiedene Weigerung entgegen. In diesem Konflikte zwischen britischem und hannövrischem Interesse gab Georg I. in Person die Entscheidung ab.²⁾ Er beschied beide Teile vor sich und erklärte seinen britischen wie deutschen Ministern, man dürfe die Wegnahme so vieler Kauffahrteischiffe nicht ungeahndet lassen. Wenn auch nicht die ganze Flotte, so sollte doch wenigstens ein Teil derselben mit den Dänen gegen die Schweden kämpfen. Dem Machtspruche ihres Königs unterwarfen sich die englischen Minister. Das hannövrische Interesse hatte gesiegt.

¹⁾ Bonet 2./13. Aug. 1715. G. St. A.

²⁾ Hoffmann, 20. Aug. 1715. W. St. A.

So erging nun eine neue Weisung an Sir John Norris.¹⁾ Was er bisher gethan, auch dass er ohne die Holländer keinen Angriff unternommen hatte, ward gebilligt. Nun sollte er mit den ihm anvertrauten Kauffahrern zurückkehren. Und es komme viel darauf an, dass die Handelsflotte sicher in die Heimat gelange, weil ohne die darauf befindlichen Vorräte der König vielleicht nicht in der Lage wäre, im nächsten Jahre wiederum eine Flotte auszusenden. — Die Absicht, dies zu thun, wird also offen verkündet. — Immerhin bleibe aber ein wichtiger Teil seiner Aufträge noch unausgeführt. Karl XII. habe auf die ihm gemachten Vorstellungen nicht geantwortet, habe niemandem Entschädigung gegeben, das berühmte Edikt nicht widerrufen. Wenn Norris mit der ganzen Flotte jetzt zurückkehrte, so würden die Schweden Herren in jenen Meeren werden, der britische Handel aber denselben Vergewaltigungen ausgesetzt sein wie seit zwei Jahren. Um das zu verhindern, soll Norris, wenn es irgend möglich ist, acht Kriegsschiffe unter dem Befehle eines verschwiegenen Offiziers in der Ostsee zurücklassen, welche mit der dänischen Seemacht vereint operieren sollen.

Norris empfing diese Weisung, wie wir sahen, als er am 2. September in die Kjöge Bucht gelangte. Sofort suchte er die acht besten seiner Schiffe aus und befahl ihnen die Vereinigung mit der dänischen Flotte.²⁾ Den ältesten der Kapitäne, Eduard Hopson, ernannte er zum Befehlshaber, Kapitän Strickland zu seinem Berater. Und auch die übrigen 6 Kapitäne meinte Norris, würden ihrer Pflicht gegen die Person und Regierung des Königs getreulich nachkommen, da sie alle erst seit der Thronbesteigung Georgs I. durch die neuen Flottenkommissare in ihre Posten eingesetzt seien. Norris entwarf eine Instruktion³⁾ für Kapitän Hopson, in der er ihm lediglich auftrag, sich mit der dänischen Flotte zu verbinden, um die Schweden zu zwingen, Schadenersatz zu leisten und das ungerechte Edikt aufzuheben. Von anderen Absichten war in dem Schriftstücke wohlweislich nicht die Rede. Denn es konnte leicht einmal der Fall eintreten, dass man eine solche Instruktion dem Parlamente vorlegen musste; also war Vorsicht geboten. Weit deutlicher wurde Norris in einem Briefe an Townshend. Die acht Schiffe, sagte er, sollen bis zum 21. Oktober in der Ostsee verweilen. „Bis dahin wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Kampf um Rügen be-

endet sein, und alsdann sehe ich nicht, wie unser Geschwader für Dänemark in diesem Jahre noch weiter von Nutzen sein könnte.“⁴⁾

Zum Kampfe mit der schwedischen Flotte wurden die acht englischen Schiffe freilich nicht geführt, aber auch so vermochten sie zum Gelingen des Feldzuges wesentlich mitzuwirken. Irren wir nicht, so war die Folge ihrer Verbindung mit den Dänen, dass die Verbündeten nunmehr zur See ein entscheidendes Übergewicht über die schwedische Flotte erlangten, also dass diese für die Operationen gegen Rügen und Stralsund nicht mehr gefährlich werden konnte. Nach einem Kampfe⁵⁾ zwischen der dänischen und schwedischen Flotte am 8. August bei Jasmund hatte die letztere sich nach Karlskrona zurückgezogen, ohne eigentlich geschlagen zu sein. Wäre die dänische Flotte nicht durch die acht englischen Schiffe verstärkt worden, so hätte sie vermutlich noch einen Kampf mit der schwedischen zu bestehen gehabt. Denn diese musste ja, so lange es möglich war, eine Landung auf Rügen zu verhindern suchen. Nun segelte die dänisch-englische Flotte mehrfach zwischen Seeland und Rügen hin und wieder.³⁾ Mitte Oktober hiess es, die Schweden seien in See gegangen. Sogleich fuhren auch die Dänen und Engländer auf Rügen zu. Als man von der schwedischen Flotte nichts mehr hörte, segelten auch jene wieder in die Kjöge Bucht zurück. Beständig sich bei Rügen zu halten, machte der schadhafte Zustand der dänischen Schiffe unmöglich.⁴⁾ Aber auch so ward der Zweck vollkommen erreicht. Die schwedische Flotte war gezwungen, in Karlskrona zu bleiben. Von dieser Seite hatten die Verbündeten nichts mehr zu fürchten. Am 15. November eroberten sie die Insel Rügen. Auch Stralsund, das Karl XII. heldenhaft verteidigte, konnte sich jetzt auf die Dauer nicht halten. Am 22. Dezember 1715 erfolgte die Übergabe. Der Feldzugsplan war verwirklicht. Die Londoner Staatsmänner aber thaten sich etwas darauf zu gute, dass ohne die acht englischen Schiffe weder Rügen erobert worden, noch Stralsund gefallen wäre.⁵⁾

¹⁾ . . . before which time in all probability the affair of Rügen will be over and after that I don't see that the squadron can be of more service to Denmark for this year. R. O.

²⁾ Vgl. Droysen IV, 2. 134ff.

³⁾ Nach Hopsons Berichten im R. O.

⁴⁾ Conclusion prise dans le conseil de guerre tenu à bord de l'Elephant le 12 ceme de Nov. 1715. R. O.

⁵⁾ Bonet, 14./25. Febr. 1716. P. S. 3.

¹⁾ Townshend an Norris, 2. Aug. (a. St.) 1715. R. O. Im Auszug Hist. Ms. Comm. Rep. XI. App. IV. p. 93.

²⁾ Norris an Townshend, 3. 5. Sept. 1715. R. O.

³⁾ Sie ist datiert vom 3. Sept. 1715. R. O.

Auf der anderen Seite war doch die Verfassung nicht offen verletzt worden. Die Instruktionen der Flottenführer wussten von einem Kampfe gegen Rügen und Stralsund nichts. Norris hatte den Handel zu geleiten, Hopson Repressalien zu üben.

So fühlte die englische Regierung sich nun auch vor jedem Vorwurfe sicher. Der schwedische Gesandte in London, Graf Gyllenborg, übergab im Oktober 1715 eine Note, in der er sich über die Hilfe beklagte, welche England den Feinden Schwedens leiste. Ja, er sagte den Engländern in's Gesicht, dass sie die *Act of Settlement* verletzt hätten. Er erfuhr eine scharfe Zurückweisung. Der König von England, hiess es, müsse seinen Handel schützen und Schadenersatz haben; was aber die *Act of Settlement* anging, so dankte man dem schwedischen Gesandten höhnisch für seine Belehrung über den Inhalt parlamentarischer Statuten.¹⁾

Ein Erfolg der englischen Flottensendung war es auch, dass Hannover den ersehnten Kampfpfeis nach langen Verhandlungen endlich im Oktober 1715 von Dänemark ausgeliefert erhielt. Dieses hatte auch nach dem Abschlusse des Mai-Vertrages noch mit der Übergabe gezögert. Es lenkte ein, sobald die englische Flotte unter Norris in der Ostsee erschien, vollends als Hopson mit acht Schiffen daselbst zurückblieb. Rechtlich unanfechtbar konnte der neue Besitz des Kurfürsten erst durch die kaiserliche Belehung werden. Georg I. ist nicht mehr dazu gelangt. Erst 1733 ist sein Sohn Georg II. durch Karl VI. mit den Herzogtümern förmlich belehnt worden.

Der Anfall der Lande Bremen und Verden war für das Kurfürstentum von unschätzbarem Vorteil. Was 1648 vergeblich erstrebt worden war, das war nun erreicht: die See war gewonnen; damit zugleich aber auch ein paar reiche Landschaften. Diese selbst hatten volle Ursache, mit dem Wechsel der Landeshoheit zufrieden zu sein.²⁾ Von der schwedischen Regierung waren sie seit der Unterwerfung im Jahre 1648 wie Gebiete behandelt worden, die sie doch schwerlich auf die Dauer werde behaupten können und die sie nur nach Kräften auszubeuten, solange sie sie besitze, trachten müsse. Zwei Menschenalter hindurch hatten die Herzogtümer furchtbare Summen für die Kriegspolitik der schwedischen Könige aufbringen müssen. In der Zeit des nordischen Krieges von 1700 bis 1712 waren dem unglücklichen Lande 76 Tonnen Goldes oder

¹⁾ Bonet, 14./25. Okt. 1715.

²⁾ Vgl. Havemann 3, 495. Jobelmann und Wittpenning, Gesch. der Stadt Stade (Archiv des Vereins für Gesch. und Altertümer der Herzogtümer Bremen und Verden und des Landes Hadeln 3. Stade 1869.)

7,600,000 Thaler durch die Schweden abgepresst worden. Nachdem im September 1712 die schwedische Besatzung in Stade nach wackerer Verteidigung vor den Dänen kapituliert hatte, ward das Land durch Friedrich IV. von Dänemark in Besitz genommen. Seine Lage ward dadurch nicht besser als zuvor. Die zugesagte „sanfte und gnädige“ Regierung des dänischen Königs begann damit, dass Stade allein 4000, die übrigen Gemeinden 20,000 Thaler als Domgratuit, wie man es klangvoll betitelte, dem neuen Herrn zahlen mussten. Im ganzen haben die Dänen in den drei Jahren von 1712—1715 nicht weniger als anderthalb Millionen Thaler von dem unglücklichen Lande erpresst.

So ward nun die hannövrise Herrschaft mit Freuden begrüsst. Die Herzogtümer kamen in die natürliche Verbindung mit den benachbarten deutschen Landen. Sie erhielten eine Regierung, die ernstlich bestrebt war, ihnen die verlorene Wohlfahrt zurückzugeben. Unter dem Schutze des Friedens, den das Land ein Vierteljahrhundert hindurch genoss, vermochte es sich von aller ausgestandenen Not zu erholen.

In England blickte das Volk mit mehr Misstrauen als Freude auf die Vergrösserung des festländischen Besitzes Georgs I. Viele naive Gemüter konnten sich ja von dem Gedanken nicht losmachen, dass der König strebe, in England so absolut zu herrschen wie in Hannover. Würde er nicht vielleicht in dieser Absicht eines Tages hannövrise Truppen nach England bringen? Kein Zweifel, dass ihm dies um so viel leichter geworden, seitdem Hannover die Küste erreicht hatte. Es lag auch eben jetzt während des Aufstandes in Schottland nahe genug, statt der vielen Aushebungen in England und statt der holländischen Mannschaften, Truppen aus Hannover kommen zu lassen. Selbst Graf Stair machte einmal diesen Vorschlag.¹⁾ In Wahrheit hätte die Regierung dies nicht thun können, ohne sogleich den Verdacht absolutistischer Gelüste auf sich zu lenken. Dem kaiserlichen Residenten, der den Gedanken einmal bei Stanhope anregte, erwiderte dieser stolz abweisend, noch sei man in England imstande „auf seinem eigenen Boden zu stehen.“²⁾

Bremen und Verden waren gewonnen, aber der Krieg war nicht zu Ende, Schweden entfernt nicht bereit, jene grossen Gebiete aufzugeben, deren Verlust ihm zugemutet wurde. So ist es gekommen, dass noch dreimal, solange Karl XII. lebte, englische

¹⁾ Stair an Robethon, 10. Febr. 1716. B. M.

²⁾ Hoffmann, 4. Febr. 1716.

Kriegsflotten in die Ostsee fahren, um bei dem Kampfe gegen Schweden mitzuwirken. Das Wesen dieser Unternehmungen haben wir nun genugsam kennen gelernt. Über die ferneren Einzelheiten dürfen wir uns kurz fassen.

Der König von Dänemark hatte im Herbst 1715 in London den Wunsch aussprechen lassen, dass die acht englischen Schiffe gemeinsam mit der dänischen Flotte in der Ostsee überwintern möchten. Der preussische Resident schloss sich der Bitte sofort an. Aber das war mehr, als England gewähren konnte. Georg I. und seine deutschen Minister waren allerdings nicht abgeneigt, aber die englischen fürchteten das Parlament. So lautete denn die Antwort, dass die acht Schiffe nur bis zur Eroberung Rügens in der Ostsee bleiben sollten, sie daselbst überwintern zu lassen, sei unmöglich. Dagegen wolle England im nächsten Jahre abermals eine Flotte ausenden, um sich wieder mit den Dänen zu verbinden.¹⁾

Kapitän Hopson kehrte also wirklich nach der Eroberung Rügens und noch vor der Einnahme Stralsunds mit seinen acht Schiffen nach England zurück, aber schon war eine neue Flottenausrüstung für das nächste Jahr in Aussicht genommen. Von preussischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, die englische Flotte möge dieses Mal, in offenem Angriffe gegen die Schweden vorgehen. Der Londoner Hof antwortete, so weit könne er nur dann gehen, wenn Preussen dafür auch Pflichten gegen England übernehme. In diesem Sinne ward über einen Vertrag unterhandelt, durch welchen Preussen in die Garantie der britischen Thronfolge eintreten, gegen alle offenen und geheimen Förderer des Prätendenten seine Hilfe zusagen sollte.²⁾ Bonet³⁾ selbst übergab auf Bernstorffs Wunsch dem englischen Hofe eine Note, in der er einen solchen Vertrag in Aussicht stellte. Der Eindruck war ungeheuer; die englischen Staatsmänner schienen jetzt alle Bedenklichkeiten vom vorigen Jahre plötzlich vergessen zu haben. Der rechtliche Townshend drückte dem preussischen Residenten seine helle Freude aus, dass er ihm ein Mittel in die Hand gegeben habe, die Wünsche Sr. Majestät mit dem Interesse des Vaterlandes zu vereinigen. Graf Orford, der erste Kommissar des Flottenamts, der sich 1715 lange geweigert, ja mit Abdankung gedroht hatte, ehe er sich bewegen liess, die Instruktionen für Admiral Norris zu unterschreiben, be-

¹⁾ Bonet, 14./25. Okt., 2./13. Dez. 1715. Weisung an Heusch, London, 4./15. Okt. 1715. Hann. Arch.

²⁾ Vgl. auch Droysen IV. 2, 147.

³⁾ Das Folgende nach Bonets Berichten im Febr. u. März 1716.

fürwortete jetzt eine stärkere Ausrüstung der Ostseeflotte als im vorigen Jahre. Am frohesten waren die deutschen Minister Georgs I. Jetzt konnten sie hoffen, England selbst in den Krieg gegen Schweden hineinzuziehen. Die Stärke der Flotte, sagte Bernstorff im März zu Bonet, könne er noch nicht angeben, aber er wolle das Seinige thun, dass sie so bald wie möglich abfahre. Auch würden dieses Mal die Instruktionen des Admirals nichts zu wünschen übrig lassen.

Auf diese freudige Stimmung folgte freilich bald allgemeine Enttäuschung, als Friedrich Wilhelm I. von dem Garantievertrage nichts wissen wollte. Und als er endlich doch darauf einging, hatte dies auf den weiteren Verlauf der Dinge keinen Einfluss mehr. Die Flotte war ausgerüstet, die Instruktion im Reinen, am 25. Mai fuhr Norris mit 21 Kriegsschiffen, darunter dieses Mal 17 von der Linie, von England ab. Er selbst hatte um eine stärkere Ausrüstung gebeten.¹⁾ Die britische Seemacht war seit dem letzten Thronwechsel im Aufsteigen begriffen. Im Mai 1715 hatte das Unterhaus erhebliche Bewilligungen zum Bau neuer Kriegsschiffe gemacht. Und als im selben Jahre die Bekämpfung der Rebellion viele Schiffe zur Beobachtung der britischen und französischen Küsten erforderte hatte, da brauchte deshalb gleichwohl die in der Ostsee befindliche Flotte nicht zurückgerufen zu werden. Um so ruhiger konnte man also 1716, da für England nichts mehr zu fürchten war, ein stärkeres Geschwader entsenden.

Die Instruktion für den Admiral Norris war wie im vorigen Jahre der Streitpunkt zwischen den englischen und deutschen Ministern. Orford drohte wieder mit Abdankung und unterzeichnete schliesslich dennoch. Um eine Mitteilung des Wortlautes bat Bonet wieder vergebens. Ihm, wie den Gesandten der übrigen beteiligten Staaten wurde nur der Inhalt mündlich mitgeteilt. Geleitung des britisch-baltischen Handels, Wiederholung der Forderungen an Karl XII., nötigenfalls Feindseligkeiten gegen Schweden, das waren die wichtigsten Punkte aus der Instruktion. Unter den Forderungen befand sich dieses Mal auch ein Punkt, der sich auf den Thron Georgs I. selbst bezog. Nach den Erfahrungen, die man im Verlaufe der Rebellion gemacht hatte, sollte jetzt der Schwedenkönig jeglicher Unterstützung des Prätendenten förmlich entsagen. England verlangte auch, dass Karl XII. sich bereit erkläre, Frieden zu schliessen. Wenn er zu

¹⁾ Hist. Ms. Comm. Rep. XI. App. IV. p. 96 ff. Vgl. daselbst auch für das Folgende die weiteren Aktenstücke zur Geschichte der Expedition von 1716.

diesem Zwecke einen Gesandten auf den seit langer Zeit, aber mit geringer Aussicht auf Erfolg tagenden Kongress zu Braunschweig schicken würde, so wollte England die Rolle des Friedensvermittlers spielen.

Dass die englischen Forderungen bewilligt würden, hat wohl niemand geglaubt. Karl XII. schickte den Brief, welchen Norris ihm anbefohlenerweise schrieb, uneröffnet zurück. Ebenso verbot er dem Senate in Stockholm eine von dem englischen Gesandten Jackson überreichte Denkschrift zu beantworten. So musste Norris also neben der Beschützung des Handels auf die Ausführung der Gewaltmassregeln gegen Schweden bedacht sein. Auf dem Kriegsschauplatze sah es völlig anders aus als im vorigen Jahre. Selbst Wismar, der letzte Posten, welcher den Schweden 1715 auf deutschem Boden noch geblieben war, wurde ihnen entrissen, noch ehe die englische Flotte im Sunde erschien. Karl XII. hatte in diesem Jahre seinen Sinn auf die Eroberung Norwegens, das unter dänischer Herrschaft stand, gerichtet. Die Unternehmung misslang, und Schweden selbst hatte sich auf einen Angriff gegen Schonen gefasst zu machen, an der auch eine starke russische Truppenmacht teilnehmen sollte. Nun aber gab das Hervortreten Russlands den nordischen Verwicklungen eine neue Wendung. Die Alliierten des Zaren begannen Misstrauen gegen seine ehrgeizigen Absichten zu fassen. Schon fürchteten sie, dass er ein gefährlicheres Übergewicht an der Ostsee erlangen könnte, als Schweden es je besessen hatte. Bonet verglich den Zaren Peter mit Philipp von Macedonien und meinte, man müsse wohl zufrieden sein, wenn nicht ein Alexander sein Nachfolger werde. Man darf vielleicht behaupten, dass die Eifersucht unter den Verbündeten für Schweden zur Rettung vor dem gänzlichen Untergange wurde. Die Landung in Schonen ward aufgegeben, ehe sie begonnen war.

Unter diesen Umständen hatte die englische Flotte keine grossen Aufgaben zu erfüllen. Immerhin ist es für uns von Interesse zu bemerken, wie sie sich in diesem Jahre noch freier als im vorigen in den Dienst des Krieges stellte, den doch nur Hannover, nicht England führte. Townshend meinte, Norris werde sich am besten in der Nähe von Bornholm und nicht weit von Karlskrona halten, wo er die schwedische Flotte genau im Auge behalten könnte. Unter dessen möge das holländische Geschwader — auch ein solches war wieder in der Ostsee — den Handel sicher weiter geleiten. Kein Wunder, dass die Kaufleute in London sich geradezu beim Ministerium beklagten, dass Norris ihnen nicht den gehörigen Schutz angedeihen

lasse.¹⁾ Der Landung auf Schonen sollte Norris kein Hindernis in den Weg legen. Es war wahrlich nicht seine Schuld, dass es nicht dazu kam. Er würde wenigstens auch die schwedische Flotte ferngehalten haben, wenn sie die Landung zu verhindern gesucht hätte. Norris kehrte im Dezember 1716 nach England zurück; wie im vorigen Jahre liess er wieder ein kleineres Geschwader von sechs Schiffen in der Ostsee zurück, das den Dänen, wo es nötig wäre, an die Hand gehen sollte.

So war während zweier Feldzüge England als mitkämpfender Teil aufgetreten, ohne dem Namen nach überhaupt im Kriege begriffen zu sein. Das offizielle Grossbritannien wusste von diesem Kriege nichts. Wie von einer weltenfernen Angelegenheit wurde davon in den Instruktionen gesprochen, welche 1715 und dann wieder 1716 für einen an den preussischen Hof bestimmten Gesandten ausgestellt wurden.²⁾ Die Verbündeten rechneten dagegen um so sicherer auf Englands Hilfe. Sie meinten schon, es könne nicht anders sein, als dass sie durch die britische Flotte in der Ostsee unterstützt würden. Ja, sie klagten wohl, dass die also geleistete Unterstützung nicht wirksam genug gewesen sei. Preussen werde es nicht an sich fehlen lassen, so etwa hiess es in einem Reskript an Bonet, „wenn nur der Hannoversche Hof sich auch recht angreifen und Unserem Exempel besser als bisher folgen wollte, denn die nun zwei Jahre nach einander nach der Ostsee geschickten Escadres haben zwar einen grossen Namen und viel Parade gemachet, in der That aber ist dem Könige in Schweden nicht der geringste Abbruch damit geschehen.“

Als etwas so Natürliches wollte freilich Georg I. seine baltischen Expeditionen nicht hingestellt wissen. Es herrschte auch eine gewisse Verstimmung zwischen den Höfen von Hannover — wo Georg sich eben befand — und Berlin wegen der Annäherung, welche sich zwischen Friedrich Wilhelm und dem Zaren Peter kürzlich vollzogen hatte. Als nun der König von Preussen in einem Briefe an seinen Schwiegervater gar so zuversichtlich von einer britischen Ostseeflotte im nächsten Jahre sprach, da hielt Georg I. es für notwendig, ihm einmal deutlich die Meinung zu sagen. Er machte ihn darauf aufmerksam, dass er als König mit Schweden nicht Krieg führe

¹⁾ Bonet 17./18. Aug. 1716.

²⁾ Für den Earl of Forfar vom 3. Juli (a. St.) 1715, für Lord Polwarth vom 14. Mai (a. St.) 1716, für Charles Whitworth vom 6. Juli (a. St.) 1716. R. O.

und darum zur Abschickung einer Flotte „nicht gehalten“ sei. „Sondern wie ich solches bisher ausser aller Schuldigkeit gethan, um meinen nordischen Mitallierten ein gutes Exempel zu geben, ebenfalls gleichsam *supererogatorie* zur Beförderung eines Friedens im Norden sich anzugreifen; also wird von meinem freien Willen und hinfüro dependieren, ob und wieviel Kriegsschiffe ich in die Ostsee schicken wolle oder nicht, und werde ich hoffentlich nicht zu verdenken sein, wenn ich, bevor ich eine schliessliche Resolution hierunter fasse, erst absehe und mich darnach richte, was meine Mitallierte, sonderlich aber Ew. Majestät, Dero Gott vor anderen dazu Kräfte und Vermögen gegeben, zu denen Operationen gegen Schweden beizutragen im Willen haben.“¹⁾

Im Grunde sollten übrigens diese stolzen Worte nichts anderes sein als eine grundsätzliche Erklärung. Es fehlte keineswegs an der Absicht der englischen Regierung, auch im kommenden Jahre 1717 wieder eine Flotte in die Ostsee zu schicken. Der wertvolle baltische Handel schien gegenüber der wachsenden Dreistigkeit der schwedischen Kaper eines Schutzes dringend zu bedürfen. Die Kaufleute selbst baten wiederholt darum. Und eine noch bessere Rechtfertigung meinte die Regierung aus dem Umstande herleiten zu können, dass ja auch die Generalstaaten, denen es doch nicht um Bremen und Verden zu thun war, Jahr für Jahr ihre Flotten sandten. In Wahrheit beteiligten sich die Holländer wohl nur aus dem Grunde, weil sie, wenn die Sache einmal gemacht wurde, nun auch die Vorteile des Handels nicht den Engländern allein überlassen wollten.

Genug, die Absicht, ein neues Geschwader im Jahre 1717 in die Ostsee zu senden, war unzweifelhaft vorhanden. Wir finden sie in etlichen Schriftstücken ausgesprochen; gelegentlich sogar noch mehr, nämlich die Erwartung, England selbst in den Krieg hinein-zuziehen.²⁾ Eben das letztere gewann nun plötzlich eine starke Wahrscheinlichkeit, als im Anfange des Jahres 1717 der gross angelegte Plan einiger schwedischer Diplomaten an's Licht gebracht wurde, der darauf hinauslief, Georg I. vom Throne zu stürzen und den Prätendenten an seine Stelle zu setzen.

¹⁾ Friedrich Wilhelm I. an Georg I. Berlin, 5. Dez. 1716. — Georg I. an Friedrich Wilhelm I. Hannover, 29. Nov./10. Dez. 1716. G. St. A.

²⁾ „Man hat deshalb den König in England requiriret, welcher sich auch erklärt, dass er nicht allein deshalb sein Bestes thun, sondern auch selbst sich bemühen wollte, die englische Nation gar mit in den Krieg wider Schweden zu ziehen und dass er zu solchem Ende seine Rückreise nach England beschleunigen wolle.“ Weisung an Bonet vom 29. Nov. 1716. G. St. A.

Wir werden, um diese Dinge in ihrem natürlichen Zusammenhange hier erzählen zu können, an einer andern Stelle noch nachzutragen haben, wie der König im Januar 1717 nach London zurückkehrte und wie um dieselbe Zeit eine hochwichtige Veränderung in der Regierung wie im Parlamente sich durchsetzte. Hier wenden wir uns sofort zu den Umtrieben Schwedens gegen den hannövrischen Thron.

Seit dem Beginne der schottischen Rebellion hatte Schweden mit den Jakobiten in Verbindung gestanden. Es war die natürliche Rückwirkung der Politik Georgs I. Dieser wollte als Kurfürst die Herzogtümer Bremen und Verden von Schweden gewinnen. Die schneidigste Waffe für den Kampf, die englische Flotte, lieferte ihm jedoch sein britisches Königtum. Wie hätte also Schweden nicht jene Bestrebungen unterstützen sollen, welche darauf hinausliefen seinem Feinde, dem Kurfürsten, die Königskrone zu entreissen und welche ihm also gleichzeitig die Möglichkeit geraubt hätten, die britische Flotte im Dienste Hannovers zu verwenden? Im Jahre 1715 ward schon die Überführung einer starken schwedischen Truppenmacht von Gothenburg nach Schottland geplant. Karl XII, in Stralsund bedrängt, konnte jedoch so weit nicht ausgreifen. Auch im nächsten Jahre ist es zur Ausführung des Planes nicht mehr gekommen.¹⁾ Aber der Gedanke, auf diesem Wege dem König Kurfürsten beizukommen, ist in Schweden nicht vergessen worden. Jede daraus sich erhebende Gefahr und Beunruhigung England, war also die Folge der hannövrischen Politik seines Königs.

Schwedischer Gesandter in London war Graf Gyllenborg. Seine Beziehungen zum englischen Hofe waren so unfreundlicher Natur, wie sie wohl sein mussten zu einer Zeit, da die beiden Nationen sich in einem zwar nicht erklärten, doch thatsächlichen Kriegszustande befanden. Gyllenborg war und handelte wie der natürliche Freund aller derer, welche der Regierung Georgs I. Schwierigkeiten zu bereiten suchten. Jedermann riet auf den schwedischen Gesandten als den geistigen Urheber einer Flugschrift, welche im Herbst 1716 erschien und die nordische Politik Georgs I., die Verwendung der britischen Flotten in der Ostsee, vor allem die Belassung jener acht Schiffe daselbst im Jahre 1715, mit bitteren Worten bekämpfte. Bald erfuhr die Welt, dass er selbst der Verfasser des Libells war und dasselbe in drei Sprachen im Haag hatte drucken lassen.²⁾

¹⁾ Nach Berwicks Memoiren und Bolingbrokes Brief an Wyndham.

²⁾ Es ist betitelt: An English merchants remarks upon a scandalous Michael, Engl. Geschichte.

An den Höfen des 18. Jahrhunderts fand man es nicht verwerflich, die Korrespondenzen der fremden Gesandten, wenn man wichtige Nachrichten darin vermutete, auf dem Postamte öffnen und durchlesen zu lassen. Jedermann wusste es, die Diplomaten suchten sich in allen wichtigeren Fällen durch Chiffrierung ihrer Briefe gegen diese Verletzung des Geheimnisses zu schützen. Völlig gesichert waren sie aber doch nur so lange, als nicht die Chiffre selbst verraten wurde. Und auch das geschah nicht selten. So ward denn im Spätjahr 1716 auch Gyllenborgs Korrespondenz auf dem Londoner Postamte geöffnet und dechiffriert, soweit es ging. Man fand höchst verfängliche Dinge. Dass Gyllenborg in der letzten Zeit jakobitischen Umgang gepflogen, war der Regierung schon vorher nicht unbekannt. Hier stellte es sich nun heraus, dass der schwedische Gesandte mit einigen stuartisch Gesinnten Verhandlungen geführt, Pläne geschmiedet hatte, um einen neuen Aufstand zu entfachen und ihm dieses Mal durch einen gleichzeitigen Einfall schwedischer Truppen das Gelingen zu sichern. König Georg und mit ihm Stanhope, weilte zur Zeit noch in Hannover, Townshend sandte ihnen die wichtige Neuigkeit. Bald folgten weitere Nachrichten, welche an dem Bestehen des grossen Planes keinen Zweifel mehr liessen.¹⁾ Der Prinz von Wales, als Statthalter, hielt mit den Staatssekretären und einigen anderen hohen Beamten eine Beratung ab. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass man in Hannover, wie in England energische Massregeln ergreifen müsse, um den Anschlag zu vereiteln. Sie wussten, dass der Zar sich für das kommende Frühjahr zu einem Einfall in Schweden von Finnland aus bereit erklärt hatte, dass auch wieder eine Landung in Schonen versucht werden sollte. Beide Unternehmungen zusammen mochten Karl XII. wohl so viel zu schaffen machen, dass er an eine Invasion Englands nicht mehr denken konnte. Auf alle Fälle schien es aber auch angezeigt, dass König Georg seinerseits wieder die Entsendung einer starken Ostseeflotte zusagte, um den Angriff auf Schweden zu decken. Soweit war also England in die nordischen Wirren schon verwickelt, dass selbst der gewissenhafte Townshend jetzt das unmittelbare Eingreifen in den Kampf für unumgänglich hielt.

Aber auch im eigenen Lande mussten sofort Schritte geschehen,

Jacobite paper published in the Post-Boy, under the name of „A Memorial presented to the Chancery of Sweden by the resident of Great-Britain.“ Vgl. die Briefe Parl. Hist. VII, 398. Bonet, 14./25., 18./29. Sept. 1716. G. St. A.

¹⁾ Bose, Walpole II, 113 ff. 120 ff.

um der furchtbaren Gefahr ruhig ins Auge schauen zu können. Die Regierung hatte Sorge zu tragen, an Truppen und Geldmitteln so viel wie möglich bereit zu halten. Die beste Abwehr schien in der völligen Aufdeckung der Verschwörung zu bestehen; alle folgenden Schritte würden alsdann mit der Zustimmung und Hilfe des Parlaments geschehen. Auf dasjenige, was man aus heimlich geöffneten Briefschaften wusste, konnte man sich nicht gut berufen. Es schien erforderlich, unzweideutige Beweise, die man jedem zeigen konnte, zu erhalten. So entschloss die Regierung sich zu einer Gewaltthat, welche nur als ein schwerer Bruch des Völkerrechts aufgefasst werden kann.

Das Haus Gyllenborgs wurde nächtlicher Weile umstellt. Zwei Offiziere begehrten und erlangten Einlass bei dem Gesandten, welcher noch aufsass und einige Depeschen fertig machte. Einer der Offiziere erklärte sogleich, er habe Befehl, sich der Person und der Papiere Gyllenborgs zu versichern. Dieser fuhr heftig auf und berief sich auf das Völkerrecht. Aber der Gewalt musste er sich doch unterwerfen. Er blieb als Gefangener in seinem Hause, vom Verkehr mit der Aussenwelt abgeschlossen. Und nicht nur die eben unter seinen Händen befindlichen Papiere wurden ihm genommen, auch die verschlossen gehaltenen, so ängstlich er auch ihren Aufbewahrungsort zu verbergen suchte, an's Licht gebracht und mit Beschlag belegt.

Man erkennt deutlich, dass es der englischen Regierung wesentlich darum zu thun war, sich Gyllenborgs verräterischer Korrespondenz zu bemächtigen. Nur weil man nicht anders an diese gelangen konnte, ward auch seine Person ergriffen. Über die Berechtigung zu solchem gewaltsamen Verfahren können die Meinungen auseinandergehen, weil die Regeln des Völkerrechts doch nicht so feststehen, dass nicht die Entscheidung, besonders in aussergewöhnlichen Fällen, schwanken müsste. Damals ist über den Fall, der natürlich ungeheures Aufsehen machte, heftig gestritten worden. Die berühmtesten Darstellungen des Völker- und Gesandtenrechts, die von Grotius und Wicquefort, wurden herangezogen, von den Freunden der Regierung, um die Berechtigung des geübten Verfahrens darzuthun,¹⁾ von den Gegnern, um dasselbe als schwere Verletzung des Völkerrechts erscheinen zu lassen. Ein Gesandter, erklärten die Einen,

¹⁾ So in der Schrift: Das in allen Rechten fest gegründete Verfahren mit den kgl. schwed. Gesandten in England und Holland . . . übersetzt durch Mattheson. 1717.

welcher seinerseits die Pflichten seiner Stellung verletzt, geht damit auch der ihm sonst zustehenden Rechte verlustig. „Bereitet der Gesandte“, sagt Grotius,¹⁾ „ein gewaltsames, durch Waffengebrauch zu vollziehendes Unternehmen vor, so kann er selbst getötet werden; nicht als Strafe, aber im Wege der Notwehr.“ Im vorliegenden Falle ist nun aber zu bemerken, dass die blosser Notwehr ein so scharfes Verfahren, wie es gegen Gyllenborg geübt wurde, keineswegs erforderte. Um der wirklichen Gefahr zu begegnen, genügte es vollkommen, ihn aus dem Lande zu weisen. Sich aber an seiner Person und seinen Papieren zu vergreifen, hatte England kein Recht. Fast wurde damit das erlittene Unrecht durch ein nunmehr selbstbegangenes ausgeglichen. Denn die Gesandteneigenschaft und ihre Vorrechte konnte man Gyllenborg nicht rauben.²⁾

Es braucht freilich kaum hinzugefügt werden, dass Schweden in der Folge das Völkerrecht formell noch stärker verletzte, wenn es nun seinerseits auch den englischen Residenten in Stockholm in Verhaft nahm. Der Begriff der Vergeltung kann hier keine Anwendung finden.

Die Nachricht von Gyllenborgs Verhaftung erregte natürlich bei aller Welt ungeheures Aufsehen, bei den in London beglaubigten Diplomaten schwere Bestürzung. Wurde nicht ihre eigene Stellung dadurch berührt? Die meisten beschlossen, den Hof so lange zu meiden, bis man ihnen eine Rechtfertigung des Geschehenen gegeben hätte.³⁾ Selbst Hoffmann und Volkra meinten das Gleiche thun zu müssen, obwohl sie durch Bernstorff schon über die Gründe aufgeklärt waren. Stanhope richtete nun an alle ein Schreiben, um das Verfahren zu rechtfertigen. Im allgemeinen erklärten sich die fremden Gesandten dadurch auch befriedigt. Der Preusse Bonet antwortete zurückhaltend; der spanische Gesandte aber betonte ausdrücklich, dass er in der Ergreifung der Person und der Papiere Gyllenborgs eine starke Verletzung des Völkerrechts erblicken müsse.

Kurze Zeit nach der Verhaftung Gyllenborgs wurde auf Betreiben Englands auch derjenige Mann ergriffen, der neben jenem als der eigentliche Urheber der Verschwörung erschien. Es war Baron Görtz, der Vertraute Karls XII., einer der grössten Ränkeschmiede seiner Zeit, findig und verschlagen, in der Geschichte be-

kannt durch seine bedenklichen Finanzoperationen in Schweden, wie durch sein tragisches Ende. Jetzt reiste er als rühriger Gegner Georgs I. in Westeuropa umher. Als der Gyllenborgsche Plan ans Licht kam, bewog die englische Regierung die Generalstaaten, auch Görtz und ein paar andere verhaften zu lassen. Görtz war im Begriff gewesen, sich nach England einzuschiffen; jetzt wurde förmlich Jagd auf ihn gemacht. In Arnheim ward er endlich festgenommen, ein Teil seiner Papiere war schon während der Verfolgung beschlagnahmt worden. Seine Verhaftung, obwohl sie nicht einmal im eigenen Interesse Hollands geschah, war doch unverfänglicher als diejenigen Gyllenborgs, weil Görtz bei den Generalstaaten nicht beglaubigt war, also die Vorrechte des Gesandten für sich nicht in Anspruch nehmen konnte.¹⁾

In England hörte man einige Wochen lang nichts weiter von den Gyllenborgschen Umtrieben. Die Tories behaupteten schon wieder, das Ganze sei vom Hofe nur erfunden, um die Reduktion der Armee zu verhindern. Die Regierung traf indessen in der Stille ihre Massregeln, um einem schwedischen Einfalle, wenn er auch nach der Entdeckung des Anschlages noch versucht werden sollte, begegnen zu können. Die Entsendung einer starken Ostseeflotte wurde vorbereitet und aus dem inneren England Truppen an die meist gefährdeten Punkte der Küste verlegt. Von einer nahen Gefahr war freilich vorläufig nichts zu bemerken. Ein Kauffahrer wollte wohl einmal 30 schwedische Schiffe auf der Höhe von Yarmouth gesehen haben. Aber dann stellte es sich heraus, dass er in der Angst harmlose holländische Handelsschiffe für die Kriegsflotte Karls XII. gehalten hatte, welche bereit sei, in die Themse einzulaufen.²⁾

Wie gross die Gefahr immerhin gewesen war, wurde aller Welt kund, als nach der Parlamentseröffnung am 31. Februar 1717 der Staatssekretär Stanhope dem Unterhause die Briefe vorlegte, welche zwischen dem Grafen Gyllenborg, Baron Görtz und einigen anderen, darunter dem Bruder Gyllenborgs, der jetzt gleichfalls in Holland verhaftet war, gewechselt worden. Die Briefe wurden durch den Druck verbreitet³⁾, die fremden Diplomaten in London erhielten

¹⁾ Vgl. Holtzendorff a. a. O.

²⁾ Hoffmann, 26. Febr., 2. März 1717.

³⁾ Zum grössten Teile ist der Druck wiederholt in der Parl. Hist. VII, 397—421. Die Briefe erschienen vollständig auch in französischer und deutscher Übersetzung. (Vgl. Droysen IV, 4. S. 5) die letztere unter dem Titel: Briefe so zwischen dem Graf Gyllenborg und dem Freiherrn von Görtz, Sparre und anderen gewechselt worden . . . deutsch von Matheson. Hamburg 1717.

¹⁾ De jure belli ac pacis II, 18, IV, 7.

²⁾ Vgl. über unsern Fall auch Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechts III, 650—51.

³⁾ Hoffmann, 12. Febr. 1717.

je zwei Exemplare, eines für sie selbst, eines für ihre Regierungen. Alles staunte über den Umfang und die Verwegenheit des Planes. Es ergab sich, dass Gyllenborg seit längerer Zeit mit einigen Jakobiten Verbindungen unterhalten hatte, um Georg I. vom Throne zu stürzen. Mit 10,000 Mann schwedischer Soldaten, schrieb er übermütig, lässt sich die Sache machen. Die Unzufriedenen in England warten nur auf einige reguläre Truppen, um sich ihnen anzuschliessen. Ihr Erscheinen wird eine allgemeine Erhebung zur Folge haben. Die Jakobiten, welche auch ihr Geld hergeben sollten, zögerten allerdings einige Zeit, sie wünschten eine Zeile von Karls XII. Hand zu sehen, sie wollten Schwedens, ehe sie Opfer brachten, auch völlig sicher sein. Görtz beteuerte, dass sie an der Absicht Schwedens, ihnen zu helfen, nicht zweifeln dürften. „Truppen haben wir in Schweden“, schrieb er, „mehr als genug für diesen Zweck.“ Schwierigkeiten mache nur der Transport, die Verpflegung und die nötigen Pferde, um die Kavallerie beritten zu machen. Endlich war alles soweit im Reinen, dass Görtz — am 8. Januar 1717 — aus Paris schrieb, man wolle 12000 Mann nach England werfen, 8000 zu Fuss und 4000 zu Pferde. „Jetzt oder niemals,“ heisst es nun für unsre Freunde wie für unsre Feinde. Gyllenborg sollte, wenn in England alles vorbereitet sei, nach Holland gehen, dort mit Görtz zusammentreffen. Auch Russlands Mitwirkung schien in Aussicht zu stehen. Der Prätendent wusste von allem, hatte die besten Hoffnungen für das Gelingen und war bereit, so viele Mittel zuzuschiesen, als er aufzubringen vermochte. Die Verschwörer stellten schon die Erwägung an, dass die Unterstützung durch das protestantische Schweden dem katholischen Erben der Stuarts wohl neue Sympathien in England zuzuführen geeignet sei. Jakob Eduard, dem eben der fernere Aufenthalt in Avignon unmöglich gemacht wurde, hatte nicht übel Lust, sich nun gerades Weges nach Stockholm zu begeben. Davon aber hielt man ihn zurück mit dem Bemerkung, dass dies einer mit Trompetenschall verkündeten Kriegserklärung denn doch allzu ähnlich sein würde.

So meinten nun diese Diplomaten mit einer geringen schwedischen Streitmacht das hannövrise Königtum in England über den Haufen werfen zu können. Beide Häuser des Parlaments gaben in ihren Adressen ihrer Entrüstung Ausdruck. Umso heftiger musste der britische Volksgeist empört sein, als das ganze Unternehmen in eine Form gekleidet werden sollte, als handle es sich um eine Verteidigung der englischen Freiheiten gegen die Übergriffe der Krone. Dazu brauchen wir den König von Schweden nicht, erklärte ein

Unterhausmitglied. Und in einer Flugschrift¹⁾ ward darauf hingewiesen, dass schwedische Soldaten, welche in ihrer eigenen Heimat Sklaven seien, wohl schlechte Werkzeuge sein würden, wenn es gelte, anderswo die Freiheit aufzurichten.

Ein Zwiespalt im englischen Ministerium, von dem wir an anderer Stelle noch reden werden, hatte zwar die Folge, dass England weder selbst in den Krieg eintrat noch auch die Ostseeflotte des Jahres 1717 so stark ausrüstete, wie es den Wünschen des Königs entsprochen hätte. In der That war aber die Gefahr der Invasion mit der Entdeckung des Planes beseitigt. Im Zusammenhange unserer Betrachtungen gewinnt die Sache noch eine eigene Bedeutung. Es darf wohl noch einmal darauf hingewiesen werden, dass hier für England eine Gefahr auftauchte, dass es Anstrengungen und Kosten auf sich nehmen musste allein deshalb, weil der König seine deutschen Besitzungen auf Kosten Schwedens vergrössern wollte. Schon die baltischen Expeditionen der beiden letzten Jahre, deren eigentlichen Zweck wir kennen, hatten England jedesmal über 200000 £ gekostet. Und nun schien es vor einem offenen Kriege mit Schweden, jedenfalls vor abermaligen kostspieligen Ausrüstungen zu stehen. In der That, England hat Bremen und Verden teuer genug bezahlen müssen. Der schwedische Anschlag galt im Grunde mehr dem Kurfürsten als dem Könige. Dem Kurfürsten wollte man seine schneidigste Waffe entwinden, indem man ihn seines britischen Königtums beraubte. Wäre es gelungen, den Prätendenten auf den Thron zu erheben, so hatte Hannover nicht länger die englische Flotte zu seiner Verfügung. „Ich bitte Sie“, schrieb Görtz an Gyllenborg²⁾, „was kann der König von Schweden Besseres thun zur Rückeroberung und Behauptung seines besagten Herzogtums (Bremen), als wenn er den König Georg wieder zu einem einfachen Kurfürsten des Reiches herabdrückt?“

An die Spitze der Flottenexpedition trat im Jahre 1717 nicht wieder Admiral Norris, obwohl er sicherlich der geeignetste Mann dazu war. Graf Orford hatte für den Oberbefehl Sir Georg Byng erkoren³⁾, einen Admiral von grossen Verdiensten, der aber für die Rolle, wie England sie seit zwei Jahren als Hilfsmacht Hannovers

¹⁾ Anmerkungen über die aufgefangenen Briefe des Grafen von Gyllenborg und der Freiherren von Görtz und Sparr. Aus dem Engl. übersetzt. Gedruckt im Martio 1717.

²⁾ Parl. Hist. VII, 410.

³⁾ Bonet, 29. März/9. April 1717. Hoffmann, 6. April 1717.

in der Ostsee spielte, wenig geschickt erschien. Der König hatte der Ernennung zugestimmt, ohne ein Arg dabei zu haben. Die Instruktion Byngs klang kriegerisch genug; er sollte die Schweden schlagen, wo er sie finde. Aber die Ausführung war weit schwächer. Am 13. April lief die englische Flotte aus: Die Wegnahme eines schwedischen Schiffes im Juli war die erste Aktion, welche zwischen der britischen und schwedischen Seemacht vorfiel. Im November kehrte Byng mit der Flotte zurück, nachdem er nur wieder, nach dem Muster der beiden Vorjahre, sechs Schiffe zur Verstärkung der dänischen Flotte in der Ostsee zurückgelassen hatte.

Auch über die baltische Expedition von 1718 können wir uns kurz fassen. Dieses Mal stand wieder Sir John Norris an der Spitze. Dennoch war das Unternehmen von geringerer praktischer Bedeutung als die früheren. Zur selben Zeit wie in die Ostsee wurde nämlich auch in's Mittelmeer ein Geschwader entsandt, das für die europäische Stellung Grossbritanniens weit wichtiger war als jenes. Kaum ein Dutzend Schiffe konnten dieses Mal für die Ostseefahrt erübrigt werden. Und noch ein anderer Grund kam hinzu, um es auch in diesem Jahre zu einem ernsten Kampfe nicht kommen zu lassen. Eine geheime Unterhandlung war zwischen Georg I. und Karl XII. zum Zwecke eines Sonderfriedens angeknüpft worden. Der schwedische General Dücker kam im März 1718 nach London, der hannövrise Sekretär Schrader ging mit ihm nach Schweden; beides um in der Stille den Frieden vorzubereiten. Immerhin liess sich die Sache nicht so heimlich betreiben, dass nicht die Verbündeten etwas davon erfuhren. Russland, das schon weit gefährlicher schien als Schweden, stand selbst mit Karl XII. in Unterhandlungen. Unter diesen Umständen hatte die englische Flotte ebenso sehr gegen Russland wie gegen Schweden zu kreuzen. Norris erhielt im August 1718 eine neue Instruktion, des Inhalts, er solle eine Verbindung der russischen mit der schwedischen Flotte verhindern. Im November kehrte er nach England zurück, ohne einen entscheidenden Schlag geführt zu haben.

Aber auch der Friede war nicht geschlossen. Da trat ein unerwartetes Ereignis ein. Karl XII. ward vor der norwegischen Festung Friedrichshall erschossen. Die Lage war plötzlich verändert. Nicht lange, und es bot sich gegründete Aussicht, mit der neuen Regierung Schwedens einen günstigen Frieden schliessen zu können. Die englische Nation war ohnehin dieses

Krieges im Frieden längst gründlich satt. Der nicht erklärte, aber thatsächliche Kriegszustand hatte von England ungeheure Opfer erfordert und am Ende doch nur dem Besten Hannovers gedient.

An einer andern Stelle wird zu erzählen sein, wie der Friede — zwischen Hannover und Schweden — im Jahre 1719 geschlossen wurde. Hier sollte vor allem gezeigt werden, wie die nordische Politik Englands in den Jahren 1714 bis 1718 sich gänzlich in den Dienst des hannövrischen Interesses stellte, wie Grossbritannien seine Flotten entsandte, um für das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg den Besitz von Bremen und Verden zu erwerben und zu sichern; dann auch, wie von schwedischer Seite ein Rückschlag erfolgte und nun England um Hannovers willen in ernste Gefahr geriet.

Über eines mag man sich wundern. Ein systematischer Angriff auf die Regierung und ihre hannoverisierende Politik — der Ausdruck selbst entstammt erst einer späteren Zeit — geschah vorläufig noch nicht. Dazu war die Sache eben zu geschickt eingeleitet. Wer wollte jetzt beweisen, dass der Schutz des Handels und der berechtigte Wunsch, Repressalien für die schwedischen Piraterien zu üben, nicht die einzigen Gründe für die baltischen Expeditionen gewesen seien? Wohl wurde von den Tories gelegentlich ein solcher Angriff auf die Regierung in Erwägung gezogen. Im Spätjahr 1716 war von dänischer Seite ein Schriftstück veröffentlicht worden, durch welches die englischen Minister arg blosgestellt wurden. Die Welt erfuhr daraus, dass England sich eifrig bemüht hatte, für die beabsichtigte Landung in Schonen die Mitwirkung russischer Truppen zu erlangen. Die Regierung meinte nun nicht anders, als dass die Tories dies aufgreifen und sie darüber zur Rede stellen würden.¹⁾ Doch es geschah nicht. Nur in boshaften Bemerkungen kam es manchmal zum Ausdruck, dass die Gegner wohl wussten, in welchem Punkte die Minister am angreifbarsten waren: Shippen, der Jakobit, liess am 15. Dezember 1717 im Unterhause die in jenem Falle nicht einmal treffende Äusserung vernehmen, einige Sätze der kürzlich

¹⁾ Bonet, 23. Okt. 3. Nov. 1716. — Hoffmann, 6. Nov. 1716. „Da hingegen durch obgesagte dänische Erklärung kund gemacht wird, dass dieser Hof auf die Invasion von Schonen getrieben, folglich sich ein erklärter Feind von Schweden zeigt und solches aus keiner andern Ursache als um sich in der Besetzung von den Herzogtümern Bremen und Verden zu maintainieren.“ — Whitworth an Townshend, Berlin, 9./20. Okt. 1716. *The passage where 'tis mentioned, how earnestly the British minister and Sir John Norris pressed to have the descent made in Schonen, might very well have been omitted in such a sort of manifest, since the Crown has yet no declared war with Sweden.* R. O.

gehörten Thronrede schienen eher für den Meridian von Deutschland als für den Grossbritanniens berechnet. „Es ist überhaupt“, fuhr er fort, „das einzige Unglück der Regierung Sr. Majestät, dass er mit unserer Sprache und Verfassung unbekannt ist; doch soll er nicht glauben, dass er uns wie seine Deutschen regieren kann.“¹⁾ Im Hause entstand eine grosse Aufregung. Mehrere Mitglieder erklärten, der König sei beleidigt. Und da Shippen es verschmähte, seine Worte zurückzunehmen oder durch eine nachträgliche Erklärung abzuschwächen, so beschloss die Versammlung mit grosser Mehrheit, ihn in den Tower zu senden. Das geschah zu einer Zeit, wo sogar ein Teil der Whigs sich zur Opposition geschlagen hatte.

¹⁾ Den letzten Satz, der in der Parl. Hist. fehlt, entnehme ich einem Berichte Pandtenriedters aus London vom 17. Dez. 1717. W. St. A.

Siebentes Kapitel.

Die Quadrupel-Allianz.

Wenn es eines Beweises bedürfte, wie stark auch noch unter dem ersten hannövrishen Könige die Macht des Souveräns in England war, so könnte man die nordische Politik Georgs I. dafür gelten lassen. Er durfte es wagen, in fortwährendem Gegensatz zu Nation und zu den Ministern auf seinen persönlichen Wünschen zu beharren, dem britischen Staatswesen schwere Opfer zuzumuten und ihm eine kriegerische Haltung aufzuzwingen, wo es sich doch eigentlich um den Schutz eines fremden Interesses handelte.

Und auch die Wendung, welche seit der Mitte des Jahres 1716 in dem Verhältnisse Grossbritanniens zu Frankreich eintrat, gehört in das Kapitel der Kabinettpolitik — denn so wird man jene Geringschätzung der volkstümlichen Ideen von seiten der Krone wohl bezeichnen dürfen. Der grosse Haufen in England wusste nicht anders, als dass Frankreich ein Feind sei, wenigstens eine Macht, welche man stets mit Misstrauen zu beobachten habe. Jetzt wich die Regierung von der alten Überlieferung ab. Obwohl jenseits des Kanals das Widerstreben des Volkes noch grösser war, begannen die beiden Staatsoberhäupter eine Annäherung zu vollziehen, aus der bald ein förmliches Bündnis werden sollte.

Von vornherein war es aber klar, dass damit doch nicht die Zeiten des Vertrages von Dover wiederkehren würden. Anders als damals würde jetzt England das führende Glied der Allianz werden.

Noch kürzlich hätte niemand an die Möglichkeit einer solchen Allianz geglaubt. Der Regent hatte die schottischen Rebellen zwar nicht offen unterstützt, aber Frankreichs Wünsche standen auf der Seite des Prätendenten. Die englische Regierung machte sich vollkommen auf einen französischen Angriff gefasst und vermehrte ihre

Truppen in einem Umfange, wie es durch den fast niedergeworfenen Aufstand in Schottland kaum erklärt schien.¹⁾ Das offizielle England enthielt sich gleichwohl jeder Herausforderung Frankreichs. Die im Vorjahre gehegten Kriegspläne waren aufgegeben.

Nur ein einziger britischer Staatsmann²⁾, der ärgste Feind Frankreichs fasste in den ersten Monaten 1716 noch einmal den Plan eines Krieges. Aus den Berichten des kaiserlichen Gesandten Pendtenriedter in Paris weiss man, dass er am 6. Februar 1716 eine Unterredung mit dem Grafen Stair hatte, in der dieser ihm das Projekt der Aufteilung französischer Gebiete entwickelte. Etwas verlegen kam Stair mit der Sache heraus. Er erzählte eine abenteuerliche Geschichte, wie der vom Turiner Hofe herrührende Plan ihm unter die Augen gebracht worden sei und er endlich mit dem Gesandten des Königs von Sicilien die Einzelheiten vereinbart habe. Viktor Amadeus sollte die Insel Sicilien und alle übrigen Erwerbungen aus dem letzten Kriege dem Kaiser überlassen, dafür aber die Provence und Dauphiné von Frankreich erhalten. Marseille und Toulon würden aufhören, französische Städte zu sein, der levantische Handel in die Hände Savoyens gelangen. Ebenso soll Frankreich eine Reihe wichtiger Plätze und Gebiete im Norden und Osten an die Generalstaaten und den Kaiser verlieren.

Pendentriedter fand wenig Geschmack an dem Plane und weigerte sich, ihn amtlich nach Wien zu melden. Nur als Stair ihn fortgesetzt bearbeitete, gab er endlich zu, dass wenigstens der Zeitpunkt, wenn man schon Frankreich bekämpfen wollte, nicht günstiger gewählt werden konnte. Aber Karl VI. wollte nichts davon wissen. Oesterreich war eben im Begriffe, in einen Türkenkrieg einzutreten, der viel vorteilhafter schien als ein Kampf im Westen. War Frankreich schwach, umso viel besser. Umso unbedenklicher durfte man den Kampf im Westen aufnehmen. Stairs Plan fiel in nichts zusammen. Nicht einmal so viel ist gewiss, ob er jemals die ernste Beachtung, geschweige denn die volle Billigung der englischen Regierung gefunden hat.³⁾

¹⁾ Vgl. oben S. 593—94.

²⁾ Für das Folgende: G. Syveton, Un projet de démembrément de la France en 1716. (Revue d'histoire diplomatique 6, 497 ff).

³⁾ Syveton nimmt freilich an, dass die Regierung in London dem Plane günstig gesinnt war und Stair mindestens gewähren liess. Mir scheint dies aber wenig glaubhaft. In den erhaltenen englischen Akten habe ich die Sache überhaupt nicht erwähnt gefunden. Auch scheint sie ja Stair von sich aus fallen gelassen zu haben (Syveton p. 513). Vielleicht hat er sie

Man sieht, wie die Lage im Frühjahr 1716 war. Frankreich unter dem Regenten wird keinen Krieg beginnen. England ist friedlich und würde einen Kampf gegen Frankreich schon deshalb nicht wünschen, weil der Kaiser, durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen, kein wertvoller Bundesgenosse sein könnte. Und Georg I. hat für seine Person jetzt keinen grösseren Wunsch, als England demnächst den Rücken zu kehren und nach Hannover zu gehen. So scheinen alle Teile die Erhaltung des Friedens im Westen gleichmässig zu wünschen. Da musste denn wohl auch der Gedanke an ein Bündnis zwischen England und Frankreich einen fruchtbaren Boden finden.

Allerdings war es von der whiggistischen Regierung in England nicht zu erwarten, dass sie ein französisches Bündnis zur Grundlage ihres politischen Systems machen sollte. So sehr konnte sie die Traditionen der Partei nicht missachten. Auch war der natürliche Gegensatz der beiden Nationen doch viel zu stark. Das nächste Ziel der Staatsmänner von St. James's war deshalb gewesen, die Fühlung mit den alten Verbündeten aus der grossen Zeit des Erbfolgekrieges wiederherzustellen. Durch die Allianzen mit Holland und Oesterreich war, wie wir wissen, dieses Ziel erreicht worden.

Bis dahin, d. h. bis zum 5. Juni 1716, war England dann auch für die von anderer Seite kommenden Anträge völlig unzugänglich. Schon hatte, seit dem März dieses Jahres, Frankreich Versuche gemacht, eine Tripelallianz mit England und Holland anzubahnen. Der Regent brauchte ausserhalb Frankreichs eine Stütze gegen die Ansprüche Philipps V, gegen die Intriguen der spanischen Partei in Frankreich. Er meinte, am leichtesten bei den Generalstaaten seinen Zweck erreichen zu können. In Holland war seit der Barrière-Verhandlung die Verstimmung gegen Oesterreich noch nicht überwunden; manche Politiker gaben nicht ungerne dem Gedanken Raum, dass man, wenn Frankreich sich anbiete, die alte Feindschaft vergessen und die Hand zum Bunde reichen sollte. Der Holländer Buys war das Haupt dieser Richtung, der französische Gesandte Chateauneuf suchte die günstige Stimmung zu benutzen. Erst durch die Vermittlung Hollands trat dann die Sache auch an England heran. Während Stair aus Paris die Botschaft verkündete, dass Frankreich ein Bündnis mit England zu schliessen begehre,¹⁾ machten die holländischen Diplomaten im Haag, bald auch in gar nicht nach London berichtet, da er bei Pendentriedter so wenig Entgegenkommen fand.

¹⁾ Vgl. oben S. 590.

London schon den Versuch, die Engländer auf diese Bahn zu führen. Sie verfehlten vollkommen ihr Ziel. Als dem britischen Gesandten im Haag, Horace Walpole, der Plan vorgelegt wurde, brauchte er, um die Unmöglichkeit zu beweisen, eigentlich nur daran zu erinnern, wie sich seit dem Tode Ludwigs XIV. die Beziehungen der beiden Länder entwickelt hatten. Wie war das Vertrauen, mit dem Georg I. dem Regenten anfangs entgegengekommen war, getäuscht worden. Musste man diesem jetzt nicht, mit starkem Misstrauen begegnen? Will er nicht vielleicht durch sein Anerbieten nur das Bündnis mit dem Kaiser vereiteln? Walpoles Darlegungen liefen darauf hinaus, dass man sich zuerst einmal mit dem Kaiser verständigt haben müsse, bevor von einem Bündnisse mit Frankreich die Rede sein könne.¹⁾

Die eigene Regierung pflichtete ihm vollkommen bei.²⁾ Und ähnlich war auch der Bescheid den der Holländer Duvenvoird in London erhielt. Frankreich wolle durch Kunstgriffe England und Holland nur in Sicherheit lullen. Vom Bündnisse mit dem Kaiser dürften sie sich darum nicht abhalten lassen. Übrigens werde man auch zu einer Verbindung mit dem Regenten nachher vollkommen bereit sein, wenn dieser nur einmal sichere Beweise seiner guten Absichten gegeben habe. Was er in dieser Beziehung thun solle, wurde jetzt und in der nächsten Zeit stets in drei Punkte zusammengefasst. Der erste betraf die Hafengebäude von Mardyck; der zweite enthielt die Forderung, dass der Prätendent nach Italien geschickt werde; denn, sagte man, die Franzosen, welche ihn nach Avignon gebracht haben, müssen auch Mittel finden, ihn von dort wieder zu entfernen. Die dritte Forderung endlich ging dahin, dass die französische Regierung den notorischen Verrätern und Rebellen gegen König Georg, wie Mar, Ormond, Bolingbroke, den Aufenthalt in ihrem Lande nicht mehr gestatten möge. Auf Grund dieser drei Punkte sollte auch Stair mit dem Pariser Hofe, falls die Gelegenheit sich ergab, die Verhandlung führen.³⁾

Die Holländer hörten aus diesen Bescheiden nur das Eine heraus, dass England dem französischen Bündnisse nicht grundsätzlich abgeneigt sei. Und nun meinten sie es auch erreichen zu können, dass die beiden von Seiten der Seemächte zu schliessenden

¹⁾ H. Walpole an Townshend, 31. März 1716. R. O.

²⁾ Townshend an H. Walpole, 27. März (a. St.) 1716. R. O.

³⁾ Stanhope an Stair, 28. März (a. St.) 1716. Graham, Annals of Stair I, 394. Ders. an dens. 16. Apr., 21., 27., 31. Mai (a. St.) 1716. R. O.

Verträge, der eine mit dem Kaiser, der andere mit Frankreich, gleichzeitig und neben einander verhandelt würden. Walpole teilte unter dem 5. Mai diesen Beschluss der Staaten von Holland mit. Über die Frage „Nach einander oder gleichzeitig“ entstand nun eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und den Generalstaaten. Die Engländer drohten, wenn Holland nicht bald nachgebe, so würden sie allein mit dem Kaiser das Bündnis abschliessen. Als die Holländer bei ihrem Willen beharrten, führte England seine Drohung aus. Am 25. Mai a. St. ward, wie wir wissen,¹⁾ in London das englisch-österreichische Bündnis unterzeichnet, den Generalstaaten der Beitritt offen gehalten.

Nach den vorher abgegebenen Erklärungen war man damit nun aber auch der Allianz mit Frankreich einen Schritt näher gerückt. Und diese Allianz sollte nun auch geschlossen werden, gleichviel ob Holland vorher dem Vertrage vom 25. Mai beigetreten wäre oder nicht. Auch dass dem soeben wiedergewonnenen alten Bundesgenossen, dem Kaiser, die englisch-französische Allianz ein Dorn im Auge sein musste, hielt die Engländer keineswegs davon zurück. Es war eitel Heuchelei, wenn die englischen Minister dem Grafen Volkra versicherten, „dass man durch Protraktion dieses *negotii* verhoffet, den ganzen Traktat zu vernichten und dadurch Ew. Kais. Majestät des Königs und hiesigen Ministerii wahrhafte Zuneigung für Dero allerdurchlauchtigstes Erzhaus zu kontestieren.“ Auch als der Prinz von Wales nach der Abreise des Königs den kaiserlichen Gesandten in Audienz empfing, suchte er ihn noch glauben zu machen, dass England, wenn möglich die französische Allianz ganz zu vermeiden suchen werde.¹⁾ Der kaiserliche Resident Hoffmann freilich durchschaute die englischen Politiker. Jetzt verstehe er, sagte er zu einem der Minister, warum sie es mit dem Vertrage mit dem Kaiser so eilig hatten. Sie wollten sofort auch mit Frankreich in Verhandlung treten, dem Kaiser aber nur die Ehre des Vortritts lassen.²⁾

So ganz unrichtig war diese Auffassung nicht. Denn nun wurden in der nächsten Zeit die Vorbereitungen von englischer Seite getroffen, um mit Frankreich schnell in's Reine zu kommen. Anfangs wollte man die Verhandlung in Paris durch Lord Stair führen lassen.³⁾ Der französische Hof aber gab deutlich genug zu

¹⁾ Volkra und Hoffmann, 17./28. Juli 1716. W. St. A.

²⁾ Hoffmann, 19. Juni 1716. W. St. A.

³⁾ Stanhope an Stair, 31. Mai (a. St.) 1716. R. O.

erkennen, dass er diese Sache nicht mit Stair zu verhandeln wünsche und England bestand nicht darauf. Auch London, wo schon Erörterungen zwischen Stanhope und Iberville stattgefunden hatten, schien nicht recht geeignet. So ward die Verhandlung nach Holland verlegt. Die Generalstaaten waren es, welche auf das französische Bündnis gedrängt hatten. Nun schien auch ihre unmittelbare Mitwirkung für eine Verständigung wünschenswert zu sein. Am 16. Juni schickte Townshend den Entwurf eines Defensiv-Bündnisses an Horace Walpole nach dem Haag, mit dem Bemerkten, dass er die Vollmacht zur Unterzeichnung erhalten werde, sobald der Prätendent sich jenseits der Alpen befinde. Denn daran, dass dies vorher geschehe, wollte Georg I. unter allen Umständen festhalten.¹⁾

Die Forderung war ohne Zweifel für den Regenten, wenn auch nicht gefahrlos, so doch demütigend. Als ob er ein begangenes Unrecht wieder gut machen müsse, ehe England mit ihm in Verbindung treten könne, so sollte er noch vor dem Abschlusse den Chevalier über die Alpen schicken. Es war recht ein Ausdruck der in England herrschenden Anschauung, dass der Regent zur Festigung seiner Stellung das Bündnis nicht entbehren könne, wenigstens desselben weit mehr bedürfe als Georg I. Orleans dachte anders. Im Mai 1716 weilte Lord Peterborough in Paris und wusste, obwohl er keine Beziehungen zur englischen Regierung hatte, viel davon zu erzählen, wie wichtig für England das französische Bündnis sei. Die Folge war, dass der Regent es nun für eine unnötige Gefälligkeit hielt, wenn er vor der Unterzeichnung den Prätendenten nach Italien senden wollte.²⁾ Das wäre unehrenhaft, sagte er zu Lord Stair, er werde es nicht thun, dies sei sein letztes Wort. Und er fügte gar noch eine stolze Bemerkung hinzu, von der Möglichkeit eines Krieges, den er nicht zu fürchten brauche.³⁾

Unter diesen Umständen konnte die Unterhandlung in Holland nicht in Gang kommen. Chateaufort lehnte die Forderung Walpoles ab, weil der Regent die Vertreibung des Stuart-Prinzen nicht werde verantworten können, wenn etwa der Vertrag alsdann nicht zustande käme. Walpole

¹⁾ Townshend an Walpole, 5. Juni (a. St.) 1716. R. O. Dasselbst liegt auch der von Wiesener unter den Stair Papers in Oxenford vermisste Entwurf noch vor. Er stimmt im wesentlichen schon mit dem späteren Verträge vom 4. Jan. 1717 überein.

²⁾ Stair an Robethon, 26. Mai 1716. B. M.

³⁾ Vgl. Wiesener I p. 226—27.

wollte ebensowenig von dem französischen Erbietern hören, demgemäss die Vertreibung zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung erfolgen sollte.¹⁾ Vielleicht wäre das Werk am Ende noch gescheitert, vielleicht gar um den Aufenthalt des Prätendenten und um den Hafen von Mardyck eine kriegerische Verwickelung entstanden, wenn nicht zur rechten Zeit ein anderer Weg der Verständigung gefunden worden wäre.

Dem diplomatischen Geschäftsgange haftete im 18. Jahrhundert sicherlich noch mehr als heute eine gewisse Schwerfälligkeit an. Die Langsamkeit des brieflichen Verkehrs, der Zwang der Instruktion, die Schwierigkeit der Geheimhaltung, das Zögern der Diplomaten, bis sie mit dem Ausersten herausrücken, das sie zugestehen dürfen, überhaupt die innere Unwahrheit der Formen, in denen sie miteinander verkehren: das alles waren Umstände und Gepflogenheiten, welche einer schnellen Verständigung gewöhnlich im Wege standen. Einem Staatsmanne wie Stanhope, der seine eigene Politik machte, konnte wohl über dem langsamen Vorrücken der Geschäfte manchmal die Geduld reissen. Dann machte er sich lieber auf, um sich in eigener Person mit den massgebenden Männern an den fremden Höfen auseinanderzusetzen. Dieses Mal, da die Verhandlung in Holland in's Stocken geraten war, war es der Regent, der sich entschloss, das alte Ziel auf einem neuen Wege weiter zu verfolgen.

Dies ist der Zeitpunkt, wo der Abbé Dubois auf den Schauplatz tritt. Ein Mann von geringer Herkunft, aber von vielseitiger Bildung und einem unendlich beweglichen Geiste, war er durch gutes Glück zum Erzieher des Herzogs von Orleans geworden. Zwischen dem Erzieher und dem Zögling entstand eine Freundschaft für das Leben. Es war nur natürlich, als der Herzog Regent von Frankreich wurde, dass auch der talentvollste Mann seiner Umgebung nun eine Rolle in der Welt spielen würde. Ihr Zusammenwirken beruhte auf einer starken, geistigen Verwandtschaft, wie sie zwischen Lehrer und Schüler ja nicht wunderbar ist. Man ist von jeher gewöhnt gewesen, diese beiden als die rechte Verkörperung genialer Lasterhaftigkeit, ihre Politik als die Herrschaft des persönlichsten Interesses zu betrachten. Es wäre in der That ein eitles Bemühen, Dubois' moralischen Charakter von den Flecken reinigen zu wollen, welche die Überlieferung ihm anheftet. Es ist ja auch nicht allein der ihm in der Politik ganz entgegengesetzte Herzog von Saint

¹⁾ Wiesener I, 235. Ein anderer Grund der Verzögerung ergibt sich aus einem Schreiben Townshends an H. Walpole vom 13. Juli 1716. R. O.

Simon, der ihn so schildert; die übrigen Zeitgenossen urteilten kaum anders. Sein geistlicher Stand liess den unsittlichen Wandel noch verwerflicher erscheinen. Elisabeth Charlotte, Orleans' Mutter, erklärte, Dubois sei der grösste Schurke und Betrüger von Paris.¹⁾ Immerhin wird man gut thun, die Person des Mannes von seiner Politik zu trennen. Die letztere entsprach durchaus der Stellung seines Herrn. Nicht erst durch englische Jahrgelder, wie Saint Simon will²⁾, brauchte Dubois zum Anwalt der Allianz mit England zu werden; das Interesse des Regenten drängte darauf hin.³⁾ In diesem Sinne wird man Dubois auch schwerlich als den Erfinder der englischen Allianz bezeichnen dürfen. Aber ihr thätigster Förderer ist er nun allerdings geworden.

Dubois ward vom Regenten dazu ausersehen, als sein Vertrauensmann die stockende Unterhandlung mit England auf bessere Wege zu leiten. Er hatte ältere Beziehungen zu Stanhope, die ihm dabei wohl zu statten kommen konnten. Im Frühjahr 1716 hatte er ein paar Briefe geschrieben⁴⁾, um sich bei dem englischen Minister in Erinnerung zu bringen. Stanhope hatte seine Verbindlichkeiten kühl, zuletzt gar nicht mehr beantwortet. Immerhin schien diese neuerliche Anknüpfung hinreichend, um die gewünschten Auseinandersetzungen herbeizuführen. Der Minister begleitete seinen Herrn nach Hannover. Unterwegs, im Haag, wollte ihm Dubois gegenüber treten.

Der kluge Franzose, der hier zum ersten Male den Diplomaten machen sollte, glaubte, dass das Wesen der Diplomatie in der Heimlichkeit bestehe. Mit grossem Scharfsinne weiss er die Welt über die Rolle zu täuschen, die er spielen will.⁵⁾ Nur als Bücherliebhaber und Kunstkenner scheint er nach dem Haag gekommen zu sein; mit viel Geschick weiss er sich dem Gesandten Chateauneuf zu erkennen zu geben, ohne dass das Personal der Gesandtschaft etwas davon erfährt. Er wendet unsägliche Mühe auf, um die Ankunft des englischen Königs und seines Staatssekretärs zu erfahren,

¹⁾ In einem Briefe an die Kurfürstin Sophie vom 19. Nov. 1718. Ranke, S. W. 6, 306.

²⁾ Ausgabe von 1844, Bd. XXXI, 146.

³⁾ Vgl. Wiesener I, 260.

⁴⁾ Für das Folgende vgl. das auf Dubois' handschriftlichem Material beruhende Werk: de Sevelinges, Mémoires secrets et correspondance inédite du Cardinal Dubois (Paris 1815).

⁵⁾ Die Darstellung von Sevelinges (I, 186 ff) wird hier ergänzt durch Aubertin, l'esprit public au XVIII^e siècle, p. 68 ff.

die in der That gar nicht geheim bleiben konnte. Und als ihm Stanhope endlich die gewünschte Unterredung im Haag bewilligt, meint er selbst diesem gegenüber, der den Zweck seiner holländischen Reise sofort durchschaut hat, sein Versteckenspiel anfangs noch fortsetzen zu müssen.

Die beiden Staatsmänner — wenn wir anders Dubois in diesem Augenblicke schon so nennen dürfen — hatten im Haag mehrere Unterredungen, die sich ebensowohl um Kunst und Wissenschaft, wie um die grossen europäischen Fragen und die innere Politik der Staaten drehten. Dubois schien anfangs ganz erfüllt zu sein von der Freude darüber, dass es ihm soeben gelungen war, die berühmten „sieben Sakramente“ von Poussin einigen holländischen Händlern, welche sie in Paris erworben hatten, wieder abzugeben. Dann wendet sich das Gespräch zu den Finanzen der Staaten. Stanhope legt den Wert des öffentlichen Kredits dar. Die englische Staatsschuld erklärt er, dürfte und wird einmal noch viel grösser sein als gegenwärtig, ohne der Regierung mehr Verlegenheiten zu bereiten als heute. Und doch, erwidert Dubois, ist unser König reicher als der Ihrige, denn er kann sich mit vollem Rechte als der Eigentümer des gesamten Grund und Bodens in seinem Reiche betrachten.¹⁾ Aber Abbé, scherzte Stanhope, Sie haben Ihren Kursus im öffentlichen Recht wohl in der Türkei durchgemacht!

Stanhope war an Kenntnissen und Urteilkraft Dubois wohl gewachsen. Und wenn der Franzose sich einbildete, durch seine gewandte Unterhaltung den englischen Minister auch zur freieren Ausserung über die grosse Frage der englisch-französischen Allianz gebracht zu haben, so war dies nichts als eine naive Täuschung. Stanhope handelte mit voller Überlegung.²⁾ Er beriet sich mit Bernstorff, welches Verhalten er dem Abbé gegenüber wählen sollte. Zum Teil liess er sich auch durch die Rücksicht auf Holland leiten. Auf Heinsius' Wunsch liess er der ersten Unterredung mit Dubois noch eine zweite folgen; der zweiten folgte eine dritte. In den politischen Gesprächen betonte Stanhope, dass der König in dem Vertrauen, das er dem Regenten anfangs entgegengebracht habe, getäuscht worden sei durch die Haltung, welche Frankreich während des schottischen Aufstandes beobachtet hatte. Der andere suchte dies mit der notwendigen Rücksicht auf das französische Publikum

¹⁾ Vgl. übrigens über diese Anschauung: R. Koser, Die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte. H. Z. 61, 270.

²⁾ Einiges Neue ergibt sich aus den von Wiesener (I, p. 472 ff) mitgeteilten Briefen.

zu rechtfertigen. Als Dubois von der Schwierigkeit sprach, welche die Verhandlung zum Stocken gebracht hatte, kam Stanhope mit der überraschenden Bemerkung heraus, dass er für seine Person die Entfernung des Prätendenten für eine höchst gleichgültige Sache halte. „Ich würde ihn gerade so gern in Avignon, wie in Rom oder Bologna wissen. Und wenn Frankreich jemals einen Anschlag gegen England versuchen sollte, so möchte ich, damit er scheitere, nur wünschen, dass der Prätendent an der Spitze der Expedition stehe.“ Immerhin konnte der Minister eine solche Erklärung nur für seine Person abgeben, denn es war gewiss, dass Georg I. noch daran festhielt, den Vertrag nicht unterzeichnen zu lassen, solange Jakob Eduard sich nicht jenseits der Alpen befand. Stanhope meinte die Hauptschwierigkeit darin zu erblicken, dass Frankreich den Utrechter Frieden zu Grunde legen wolle, England aber aus Rücksicht auf den Kaiser dies niemals thun könne.

Zu einem förmlichen Abschlusse konnten diese halb im Plauderton gehaltenen Gespräche natürlich nicht führen. Immerhin waren sie doch wichtig und folgenreich genug. Die Hauptsache war, dass die auf beiden Seiten massgebenden Persönlichkeiten jetzt unmittelbar in Berührung getreten waren. Zwischen ihnen konnte nun auch das Geschäft der Unterhandlung leichter abgewickelt werden als durch die langsam arbeitende zünftige Diplomatie. Dubois traf mit Stanhope beim Abschiede die Verabredung, dass er ihm aus Paris über einen noch etwas dunklen Punkt, die Frage des Mardycker Hafens, klaren Bescheid nach Hannover senden wolle. Würde Stanhope diesen genügend finden, so sollte Dubois wieder in eigener Person, mit vollständigen Instruktionen versehen, nach dem Haag, oder, wenn Stanhope es wünschte, selbst nach Hannover kommen. Unterdessen erhielten die Gesandten in Holland Auftrag, die Unterhandlung zwar nicht vollständig abzubrechen, aber es zu einem Ergebnis doch thatsächlich nicht kommen zu lassen.¹⁾

König Georg setzte mit Stanhope seine Reise nach Hannover fort. Fast ein halbes Jahr weilte er nun wieder in dem Stammlande seines Hauses.²⁾ In der verwaisten Residenz erwachte neues Leben. Der Hof entfaltete einen Glanz, wie man ihn in den alten, kurfürstlichen Zeiten nicht gekannt hatte. Eine zahlreiche englische

Gesellschaft war nach Hannover gekommen und bildete, wie die Engländer es im Auslande zu thun pflegen, eine abgeschlossene Gruppe. Oft erschien Stanhope als der vornehmste in ihrer Mitte. Unter der Hofgesellschaft sah man manche der bekannten Gestalten von St. James's. Bothmer freilich war in England zurückgeblieben, um eine Art von Oberaufsicht über die gesamte Staatsleitung im Sinne des Königs auszuüben und diesem über alles, was geschah, zu berichten.¹⁾ Bernstorff aber hatte, da der Schwerpunkt der englisch-hannövrischen Politik jetzt von London nach Hannover verlegt war, wie Stanhope, seinen Herrn nach Deutschland begleitet. In Hannover weilten auch die begünstigten Damen Georgs I. Madame Kielmannsegge war nicht wenig erbost, dass ihre soeben zur Herzogin von Münster erhobene Nebenbuhlerin, Fräulein von Schulenburg nunmehr im Range so viel höher stand als sie, und nahm sich schon vor, bei Zeiten das Parlament ebenfalls um Naturalisierung zu ersuchen, um dann auch einen Adelstitel, wie jene, erlangen zu können. Noch schärfer trat hier in Hannover wieder der Gegensatz zwischen der Schulenburg und der schönen Gräfin Platen hervor, welche schon ehemals die Gunst Georgs I. besessen hatte, dem Monarchen aber nicht nach England gefolgt war.²⁾ Die Eifersucht der beiden Frauen und ihrer Anhänger spielte in der Hofgesellschaft eine wichtige Rolle. Wir haben hier, so spottete ein in Hannover weilender Engländer, zwei Parteien, die einander feindlicher gegenüberstehen als Whigs und Tories in England, nämlich die Faktion Schulenburg und die Faktion Platen. Seit Georg von einem kurzen Aufenthalt im nachbarlichen Pymont zurück war, fand allabendlich Empfang in Herrenhausen statt. An den langen Winterabenden unterhielt man sich bei der französischen Komödie, welche der König in Hannover spielen liess. Der Monarch selbst fühlte sich unendlich wohl in der vertrauten heimatlichen Umgebung, er speiste öffentlich, war stets aufgeräumt und leutselig, und schien glücklich, dass er den Staub Englands von seinen Füßen geschüttelt hatte. Ich glaube, sagte Lord Peterborough, der in Hannover von Georg I. empfangen wurde, er hat das ihm und seiner Familie am 1. August 1714 widerfahrne Unglück ganz vergessen.

¹⁾ *Till we see what is the issue of that which is in hand with the Abbé du Bois.* Townshend an H. Walpole, 13. Juli (a. St.) 1716. R. O.

²⁾ Für das Folgende vgl. besonders die Briefe aus Hannover von J. Clavering (im App. E. zum Diary of Lady Cowper) und von Lady Mary Wortley Montagu (I, 135 ff.)

¹⁾ Diary of Lady Cowper 121. Bothmers Briefe an Robethon, der beim Könige in Hannover weilte, sind im Brit. Ms. (Stowe 388, VIII) erhalten. Sie geben wichtige Nachrichten über die englischen Verhältnisse in der Abwesenheit Georgs I.

²⁾ Mary Wortley Montagu, Account p. 8—9.

Doch wäre es ein Irrtum zu glauben, dass Georg I. nunmehr sein britisches Königreich aus den Augen gelassen habe. Dem leidigen Hader der Parteien freilich war er hier entrückt. Um so eifriger beschäftigte ihn die Stellung Englands unter den Mächten. Und hier war auch der Punkt, wo sich die Interessen Englands und Hannovers berührten. Der Monarch war hier in der angenehmen Lage, die Politik der beiden Länder, ohne viel Widerspruch zu finden, mit einander verbinden zu können. Die englischen Minister waren bis auf einen nicht zur Stelle. Und dieser, Stanhope, war zu viel Weltmann, um jemals dem Könige gegenüber schroff den englischen Standpunkt zu betonen und nicht seinen persönlichen Wünschen, wo es eben anging, nachzugeben.

So geschah es, dass bei der Verhandlung des englisch französischen Bündnisses, welches ja eben die europäische Politik vornehmlich beschäftigte, König Georg selbst einen so wichtigen Anteil hatte. Überhaupt wurde nun seit den einleitenden Besprechungen im Haag zwischen Stanhope und Dubois die Verhandlung mehr wie eine persönliche Angelegenheit der beiden Staatsoberhäupter geführt als wie eine Sache, welche das Wohl der Nationen betraf. Die Entscheidung war den im Haag eben noch damit beschäftigten Diplomaten aus der Hand genommen, um von den Männern des fürstlichen Vertrauens vorbereitet zu werden. Dubois war nach Paris kaum zurückgekehrt, als der Herzog von Orleans sich alsbald entschloss, ihn das glücklich eingeleitete Geschäft auch weiter fortführen zu lassen. Im August 1716, kurze Zeit später als Georg I. und Stanhope, traf Dubois in Hannover ein, wo ihn Stanhope beschieden hatte. Dieses Mal hatte der Abbé eine Vollmacht des Regenten zur Unterzeichnung des Vertrages mitgebracht. Aber bis alles im Reinen war, sollte gleichwohl die Verhandlung, sogar des Franzosen Anwesenheit in Hannover völlig geheim bleiben. Wie es in solchen Fällen oft zu gehen pflegt, geschah auch hier das Gegenteil. Schnell genug erfuhr die diplomatische Welt, dass der Abbé Dubois mit wichtigen Aufträgen versehen an der deutschen Hofstatt Georgs I. verweilte.¹⁾

Sofort begannen nun die Verhandlungen. Die grösste Schwierigkeit lag da, wo die Minister in England sie ohnehin vermutet hatten, in der Frage des Mardycker Hafens. Zwar hatte Stanhope nach den Haager Gesprächen hoffnungsvoll nach London geschrieben:

¹⁾ Stanhope an Townshend, 18. Aug. 1716, bei Wiesener I. p. 477. Bothmer an Robethon. 4./15. Sept. 1716. B. M.

„Soviel ich urteilen kann, werden sie Mardyck anbieten.“¹⁾ Die beiden Staatssekretäre in London aber, Townshend und Methuen, wollten nicht daran glauben, dass der Regent die Demolierung in dem von England geforderten Umfange zugeben könne.²⁾ Nun kam Dubois mit Vorschlägen, welche in der That ganz ungenügend erschienen. Die Franzosen erboten sich, die Hafenanlagen unbrauchbar zu machen, aber in einer Form, dass dieselben nach Stanhopes Meinung im Verlauf weniger Tage wieder in den alten Zustand gebracht werden konnten. Der englische Minister lehnte jede Verhandlung auf Grund dieses Vorschlages ab. Und Dubois konnte seinerseits nichts anderes zusagen, als dass ein französischer Abgesandter, ausgerüstet mit allem technischen Material diesen Punkt mit den Staatsmännern in London verhandeln sollte. Stanhope erklärte im Namen des Königs, dem stehe zwar nichts im Wege, aber in seinen Forderungen werde England nicht nachgeben. Unter dieser Voraussetzung lies er sich aber doch herbei — wie ein Zugeständnis sollte es dem Franzosen erscheinen — über die anderen Punkte des künftigen Vertrages schon in eine Unterhandlung einzutreten. Und so ward auch eine vorläufige Verständigung erreicht. Die von Dubois geforderte Garantie des Utrechter Friedens musste Stanhope zwar schlechthin verweigern, denn diese Rücksicht sei Georg I. dem Kaiser schuldig. Nun hatte man aber aus Wien gehört, dass bei allen Befürchtungen, welche der Kaiserhof an die werdende englisch-französische Allianz knüpfte, derselbe doch keinen Anstoss daran nehmen werde, wenn England und Frankreich einander wechselseitig ihre Thronfolgeordnungen garantierten. So setzte denn Stanhope einen Artikel auf, durch welchen England, Frankreich und Holland alle diejenigen Artikel des Utrechter Friedens garantieren sollten, welche die Interessen einer der drei Mächte angingen, und zugleich auch die Erbfolge in England und Frankreich. Erst nach dreitägigem Zureden gelang es, die Zustimmung des Abbés zu diesem Artikel zu erlangen.

Leichter verständigte man sich über die Entfernung des Prätendenten. Frankreich bot drei Lösungen der Frage, unter denen die Engländer wählen mochten; Georg I. liess erklären, dass er sich mit einer derselben zufrieden geben werde.

Damit waren die Hauptpunkte, welche der Vertrag enthalten sollte, festgelegt. Auch über die Gestalt des Bündnisses ward eine

¹⁾ Wiesener I, 474.

²⁾ Coxe Walpole II, 57, 72.

Verabredung getroffen. Die gegenseitige Garantierung des Besitzstandes war in eine Form gebracht, dass Frankreich dadurch auch die neuen Erwerbungen Georgs I. in Deutschland gewährleistete. Mündlich kam dies freilich nicht zur Sprache. Aber schon deshalb, damit Frankreich sich dem hier vereinbarten nicht noch nachträglich entziehen könne, hielt Stanhope es für erforderlich, dass das Ergebnis dieser Verhandlungen vorläufig in einem Schriftstück niedergelegt und von den Beteiligten unterzeichnet würde. So geschah es; und damit blieb der Abschluss des Werkes nur noch von der in London zu treffenden Abmachung über Mardyck abhängig.¹⁾

Auf diese wurden von englischer Seite allerdings nur geringe Hoffnungen gesetzt.²⁾ Die Minister in London meinten, dass gerade diese Behandlung der Mardycker Angelegenheit auf die Falschheit des Regenten schliessen lasse. Ja man tröstete sich schon, dass es wohl am besten sei, wenn dadurch der Vertrag zu Falle komme, weil Georg I. so auch nicht in die Lage komme, manchen ihm unbequemen Artikel zugestehen zu müssen. Nun begann die Verhandlung in London zwischen Iberville und den beiden Staatssekretären und schien wirklich ganz den ungünstigen Verlauf nehmen zu wollen, der erwartet wurde. Stanhope fragte Dubois, als die Nachricht nach Hannover gelangte, ob er nicht vielleicht selbst nach Paris oder London gehen wolle. Er würde gern noch viel weiter reisen, antwortete der Abbé, wenn er etwas damit nützen könnte. Doch ehe er einen solchen Entschluss zu fassen brauchte, kam aus London die überraschende Nachricht, dass Iberville ein Anerbieten gemacht habe, mit dem England sich vollkommen zufrieden geben könne. Von den zwei Schleusen, welche in den Hafen führten, sollte die grössere völlig zerstört, die kleinere auf 16 Fuss verengert werden, die Tiefe des Kanals aber dieselbe bleiben wie bisher. Die Staatssekretäre fragten die mit der Sache vertrauten Ingenieure, sowie mehrere Admirale um ihre Meinung, alle stimmten darin überein, dass diese Verschmälerung des Eingangs ausreiche, um denselben schon für Schiffe von mittlerer Grösse unzugänglich zu machen, sogar mit grösserer Sicherheit als es selbst durch die bisher von England geforderte Aufschüttung des Kanals geschehen könnte.

So war denn die letzte Schwierigkeit überwunden. Nicht ohne Stolz rühmten sich die Londoner Staatsmänner ihres Erfolges. Frank-

reich habe sich verpflichtet, schrieb Townshend, ein Werk zu zerstören, welches nach der Absicht Ludwigs XIV. bestimmt war, für kommende Zeiten unsere Insel stets in Schach zu halten und ein dauerndes Denkmal seiner überlegenen Staatskunst und Ruhmesgrösse zu sein. In Hannover erregte die Nachricht grosse Freude. Natürlich war der König mit allem einverstanden. Die Minister sollten sich nur eilen, das ganze Werk nunmehr zum förmlichen Abschlusse zu bringen. Der Abbé Dubois aber, der bisher nur im geheimen eine Unterredung mit König Georg gehabt hatte, ward jetzt feierlich bei Hofe eingeführt.

Eben jetzt war für Georg I. ein neuer Grund entstanden, das französische Bündnis zu suchen. Bisher hatten die Engländer, bei aller Geneigtheit, die Anträge Frankreichs doch mit einer gewissen Beschaulichkeit an sich herankommen lassen, oder gar eine Haltung angenommen, als ob sie das Vertragswerk am liebsten scheitern sehen würden. Der Grund, warum nun der König plötzlich den Abschluss eifrig begehrte, entsprang aus den uns teilweise schon bekannten Verhältnissen des Nordens. Im September 1716 stellte es sich heraus, dass die Landung in Schonen in diesem Jahre nicht mehr statthaben werde.¹⁾ Zwischen den verbündeten Staaten Dänemark und Russland herrschte heftige Eifersucht. Des letzteren Macht schien überhaupt für den ganzen Norden bedrohlich zu werden. Der Zar Peter machte Anstalten, seine Truppenmacht von 40 000 Mann in Dänemark, Holstein und Mecklenburg überwintern zu lassen. Darin lag unzweifelhaft eine Gefahr für die benachbarten deutschen Staaten; in Hannover empfand man eine schwere Beunruhigung. Der König von Dänemark bat, ihm wenigstens die englische Flotte unter Norris zur Seite zu lassen. Bernstorff gab gar den brutalen Rat, die russischen Schiffe mitsamt dem Zaren wegzunehmen und ihn erst freizulassen, wenn seine Mannschaften Dänemark und Deutschland geräumt hätten. Wenn ein neuer Streit im Norden ausbrach, so würde Frankreich, meinte Stanhope, wahrscheinlich den Brand noch schüren. Darum schien es für Georg I. denn höchst wertvoll, ehe im Norden eine Entscheidung fiel, das Bündnis mit Frankreich geschlossen zu haben. Nachher konnte es leicht zu spät sein.

Von hier an wurden also die nordischen Verwicklungen von eigener Bedeutung für die Bündnisverhandlung zwischen den West-

¹⁾ Stanhope an Methuen, 24. Aug. 1716. Coxe Walpole II, p. 67—72.

²⁾ Das Folgende nach den Korrespondenzen bei Coxe Walpole II und Wiesener, App. B.

¹⁾ Vgl. Stanhopes Briefe vom 25. September 1716 bei Coxe II, 84 und Wiesener I, 491.

mächten. Damit begann, wie wir im Sinne früherer Darlegungen wieder betonen dürfen, das Interesse Hannovers in eine Frage der englischen Politik hineinzuspielen. Freilich waren in diesem Zeitpunkt, wie wir gesehen haben, die entscheidenden Verabredungen schon getroffen.¹⁾ Man kann nicht sagen, dass um Hannovers willen England sich mit Frankreich verbündet habe. Nur dass von jetzt an der König, der Gefahren für sein Kurfürstentum eingedenk, so viel ungeduldiger die Verzögerungen hinnahm, welche der endgültige Abschluss noch erlitt.

Als die Nachricht in Hannover eintraf, dass der Mardycker Hafen keine Schwierigkeiten mehr bereite, wurde alsbald von Stanhope und Dubois eine Konvention unterzeichnet, welche besagte, dass der förmliche Abschluss des Bündnisses erfolgen solle, sobald der Abbé zu diesem Zwecke im Haag angelangt wäre. Und wenn die Generalstaaten nicht schon zum Abschlusse bereit wären, so mochte inzwischen die Allianz zu zweien unterzeichnet werden. Der König willigte bei dieser Gelegenheit auch darein, dass der Prätendent erst nach der Unterzeichnung des Vertrages aus Avignon entfernt werde. Stanhope schrieb nach London, dass sofort die nötigen Vollmachten den englischen Gesandten in Holland, Cadogan und Horace Walpole geschickt würden. Keine Stunde wollte Georg I. verlieren, um das so weit gelungene Werk nun völlig unter Dach und Fach zu bringen.

Der Abbé reiste am 11. Oktober von Hannover ab, ganz erfüllt von der Güte des Königs Georg und der unendlichen Liebenswürdigkeit seines Ministers. Am 16. kam er im Haag an und meinte nicht anders, als dass nun die endgültige Unterzeichnung hier erfolgen werde. In Wahrheit vergingen bis dahin noch fast drei Monate. Die Verzögerung entsprang aus persönlichen und allgemeinen Ursachen. Horace Walpole erklärte Dubois, dass noch die genügenden Vollmachten aus London nicht zur Stelle seien. Doch auch als diese ankamen, war man noch weit vom Abschlusse entfernt. Walpole sträubte sich auf's äusserste dagegen²⁾, ohne die Generalstaaten abschliessen zu sollen, nachdem er im Haag beständig versichert hatte, dass die Unterzeichnung nicht anders als durch die drei Mächte gleichzeitig erfolgen solle. Eben dadurch hatte er

¹⁾ In dieser Beziehung ist die Darstellung bei Wiesener missverständlich. Die entscheidenden Konferenzen in Hannover im August 1716 wurden in ihrem Verlaufe noch nicht, wie es bei Wiesener p. 305 erscheint, durch die nordischen Verwicklungen beeinflusst.

²⁾ Vgl. Walpoles Briefe bei Coxe.

die Holländer bewogen, dass sie die Verhandlung in Hannover, von der ja jeder wusste, nicht störten. Was soll ich den Leuten antworten, fragte ihn jetzt der Ratspensionarius, wenn sie mir sagen, dass wir bei der ganzen Sache die Genarrten seien? Walpole schrieb dringende Briefe nach London und Hannover; man möge ihn nicht zwingen, sein Wort zu brechen; es wäre das Gleiche, wie wenn er sich selbst für einen Schurken erklärte; lieber wolle er sein Leben lassen als gegen Ehre und Gewissen handeln. Neben diesen privaten Schreiben bat er offiziell um die Erlaubnis, aus Gesundheitsrücksichten nach England zurückkehren zu dürfen.

Das konnte ihm freilich nicht gestattet werden. Die offiziellen Befehle aus London und Hannover lauteten bestimmt genug, dass Walpole und Cadogan, wenn ihre Vollmachten zur Stelle seien, sofort mit Dubois unterzeichnen sollten. Gleichwohl war Walpole wenigstens der stillen Zustimmung seines Schwagers Townshend gewiss. Derselbe liess ihn wissen, er selbst würde in gleicher Lage wahrscheinlich dieselben Bedenken haben. Gegen des Königs Befehl könne Walpole freilich nicht handeln, doch finde er vielleicht einen Grund, wenn er selbst in Holland bleibe, um seine Unterschrift nicht mit unter den Vertrag setzen zu müssen.¹⁾

Townshend hatte daneben auch die Hoffnung nicht aufgegeben, dass bis zum Eintreffen der Vollmachten die Generalstaaten doch vielleicht zur Unterzeichnung ebenfalls bereit wären. Sie dürften doch um so eher, meinte der Minister, ihre leidigen Formalitäten beiseite lassen, als ja das Drängen des Königs zum Abschlusse nicht in einer Geringschätzung der Staaten, sondern lediglich in den nordischen Verwicklungen seinen Grund habe. Es war ohnehin nicht nach dem Sinne von Townshend und Walpole, dass man durch diese Dinge, welche nur Hannover betrafen, sich in der englischen Politik beeinflussen lasse. Wir wissen, wie schwer Townshend für die baltischen Expeditionen der Jahre 1715 und 1716 zu haben gewesen war. Keineswegs freundlicher dachte er jetzt über die ihm jüngst mitgeteilten Pläne von einem starken Eingreifen Englands in die nordischen Wirren. Sein Rat war, der König sollte mit Schweden Frieden schliessen, und wenn er ihn selbst durch ein Opfer erkaufen müsse. Er warnte vor einem Bruche mit Russland, er wollte nichts davon hören, dass die Flotte des Admirals Norris in der Ostsee überwintere, noch weniger von jenen Gewaltmassregeln, welche Bernstorff gegen den Zaren Peter vorgeschlagen

¹⁾ Poyntz an H. Walpole, 9./20. Okt. 1716. Coxe II, 112.

hatte. Die Sache Dänemarks würde es sein, derartiges zur Ausführung zu bringen. Noch schärfer urteilte Horace Walpole, der sich selbst gewissermassen als ein Opfer dieses Hinüberspielens hannövrischer Interessen in die britische Politik betrachtete. Am 21. Oktober erhielt er abermals den Befehl aus Hannover, sobald wie möglich zu unterzeichnen, und es war dabei der Gefahr gedacht, welche für Mecklenburg aus der Einlagerung der russischen Truppen erwachse. „Ich kann für mein Leben,“ schrieb Horace Walpole an Townshend, „nicht einsehen, was denn eigentlich diese Sache mit unserer sofortigen Unterzeichnung zu thun hat, oder warum das ganze System der europäischen Politik, und besonders wo es sich um England handelt, völlig über den Haufen geworfen werden muss um Mecklenburgs willen. Gott weiss, was aus solcher Politik entstehen wird.“

Ein gewisser Gegensatz, begründet durch die abweichende Haltung in den nordischen Verwicklungen, stellt sich also heraus zwischen Stanhope und Bernstorff auf der einen, Townshend und Horace Walpole auf der andern Seite. Bald werden wir mehr davon zu berichten haben.

Als die ausreichenden Vollmachten im Haag ankamen, war es nunmehr Dubois, der um Aufschub bat. Die Nachricht war eingetroffen, dass der Prätendent in Avignon erkrankt sei und sofort eine Operation an sich vornehmen lassen müsse. Da der Verdacht nahe lag, dass es sich um eine erheuchelte Krankheit handle, so schickte der Regent sofort einen namhaften Pariser Chirurgen nach Avignon. Auch Georg I. könne ja, schrieb Dubois nach Hannover, einen eigenen Arzt entsenden, um unter der Hand zu erfahren, ob es sich um eine ehrliche Krankheit handle.¹⁾ Das ist nun wohl nicht geschehen, und in Paris wenigstens erfuhr man zuverlässig, dass wirklich die Operation notwendig und der Chevalier zur Zeit nicht imstande sei, zu reisen. Es versteht sich, dass bei vielen Engländern der Verdacht damit nicht beseitigt war. Auch Lord Stair in Paris gab sich dem Regenten gegenüber den Anschein²⁾, als ob er glauben müsse, dass man nur einen Vorwand haben wollte, um dem Prätendenten während des Winters den Aufenthalt in Avignon noch zu ermöglichen. Und das war in diesem Augenblicke um so bedenklicher, da von allen Seiten Nachrichten einliefen über die grossen Absichten der Jakobiten und ihre Hoff-

nungen auf die Hilfe Schwedens. Sie behaupteten auch zuversichtlich, der auf Jakob Eduard bezügliche Artikel der Allianz werde nicht zur Ausführung kommen. Der Papst werde vom Vatikan her donnern, wenn der Regent gegen das Territorium Seiner Heiligkeit Gewalt anwenden wollte.¹⁾ Orleans leugnete die Wahrheit dieser Gerüchte und erklärte Stair, der Prätendent werde in sechs Wochen Avignon verlassen haben. Mit der Krankheit aber scheint es doch Ernst gewesen zu sein. Zeitweilig soll das Leben des Prinzen in hoher Gefahr geschwebt haben.²⁾ Die Diener Georgs I. erörterten schon sehr kühl die Vorteile, welche der Tod des letzten Stuart bieten würde. Dann besserte sich sein Befinden. Und zugleich erfuhr man, dass er sich der ihm auferlegten Verbannung über die Alpen willig unterwerfen werde. Der Regent hatte, selbst ohne Gewalt anzuwenden, ein Mittel in der Hand, um den Chevalier zur Unterwerfung zu zwingen. Solange dieser Miene machte, nur der Gewalt zu weichen, wurde die Pension der Witwe Jakobs II. vom französischen Hofe zurückgehalten. Sie wurde erst wieder ausgezahlt, als Jakob Eduard nachgab.³⁾

Die Verzögerung, welche durch die Krankheit des Prätendenten in dem Abschlusse des Bündnisses entstand, benutzte Horace Walpole dazu, um sich in der Stille aus Holland fortzubeben. Die Regierung duldete es, weil es die einzige Form war, in der Walpole sich aus der peinlichen Lage befreien konnte, ohne die Minister oder sich selbst blosszustellen. Und im übrigen blieb der später eingetroffene und durch keinerlei Zusagen gebundene Cadogan im Haag zurück, dem es nun oblag, nötigenfalls mit Dubois allein den Vertrag zu unterzeichnen.

Aber die Schwierigkeiten waren noch nicht zu Ende. Stanhope hatte Dubois geschrieben, dass er noch einmal acht bis zehn Tage warten möge, ob innerhalb dieser Zeit die Generalstaaten vielleicht zur Teilnahme bereit wären. Dazu aber war keine Aussicht vorhanden, vollends seitdem der Gouverneur der österreichischen Niederlande, Marquis Prié, im Haag weilte und von Thür zu Thür gehend, alles aufwandte, um die Holländer von der Allianz mit Frankreich zurückzuhalten.⁴⁾ Aber selbst dem Abschlusse des Bündnisses zu

¹⁾ Stair an Methuen, 7. Nov. 1716. R. O.

²⁾ Stair an Robethon, 19. Okt. 1716. B. M., an Methuen, 25. Nov. 1716. R. O. Im Januar 1717 schrieb der Chevalier noch dem Papste, er werde reisen, *dès que la saison et ma santé me le permettront.* Gualterio Pap. B. M.

³⁾ Stair an Methuen, 7. Dez. 1716. R. O.

⁴⁾ Vgl. Sevelinges I, p. 223.

¹⁾ Bei Wiesener I, App. p. 502 ff.

²⁾ Stair an Methuen, 28. Okt. 1716. R. O.

zweien stellte sich noch ein unerwartetes Hindernis entgegen. Als Dubois sich nach den ihm zugegangenen Weisungen zur Unterzeichnung bereit erklärte und ihm nun Cadogan seine Vollmacht übergab, fand der Abbé dieselbe bei eingehender Prüfung ganz ungenügend. Es war eine allgemeine Vollmacht, welche auf den vorliegenden Fall gar nicht Bezug nahm. Dubois erklärte, auf Grund dieser Vollmacht könne er Cadogans Unterschrift nicht gelten lassen. Dieser glaubte schon, der Abbé wolle eine absichtliche Verzögerung herbeiführen, und forderte ihn auf, die ihm entsprechend erscheinende Form der Vollmacht selbst zu entwerfen. Dubois that es und erklärte feierlich, dass er beim Eintreffen einer solchen Vollmacht sofort unterzeichnen wolle.¹⁾

Georg I. und Stanhope hatten in Hannover ungeduldig das Eintreffen der Nachricht erwartet, dass der Vertrag unterzeichnet sei. Als sie statt dessen von der neuen Verzögerung Kunde erhielten, gerieten sie in grosse Bestürzung. Dubois, gestanden sie sich, habe in der That nicht anders handeln können. Aber warum hatte das Londoner Kabinett, warum Townshend sich diesen verhängnisvollen Formfehler zu schulden kommen lassen? In der Verurteilung desselben wurde der König ausser durch Stanhope auch durch den eben in Hannover weilenden Grafen Sunderland bestärkt. Wir erinnern uns, wie geringe Befriedigung dem Ehrgeize Sunderlands der vornehme Posten des Vicekönigs von Irland geboten hatte, der ihm nach dem Thronwechsel von 1714 zufiel. Er blieb übrigens in England, aber im Kabinette trat er hinter Townshend und Stanhope zurück. Gern hatte er nach dem Tode Lord Whartons 1715 sein Amt mit dem des Geheimsiegelbewahrsers vertauscht. Auch als solcher erhielt er einen Sitz im Kabinette. Auf die Macht Townshends, der ja als Premierminister galt, war Sunderland allezeit eifersüchtig. Um so mehr war er nun bereit, wo die Gelegenheit sich bot, jene Machtstellung zu untergraben.

Georg I. hatte nur ungern eingewilligt, als Sunderland um die Erlaubnis gebeten hatte, nach Hannover zu kommen.²⁾ Hier trat dieser aber dem Monarchen näher als bisher; an Stanhope schloss er sich vollständig an. Jetzt suchte er die Aufregung, welche die Nachricht von der neuerlichen Verzögerung in Hannover hervorgebracht hatte, für seine Zwecke zu benutzen. Dass Townshend den Abschluss

¹⁾ Vgl. Wiesener I, p. 389.

²⁾ Stanhope an Poyntz (nicht umgekehrt, wie irrtümlich in der Überschrift), 8. Sept. 1716. Coxe II, 79.

zu zweien verurteilte, wusste man zur Genüge. Kein Zweifel, dass er ihn durch diese kleinen Mittel jetzt ganz zu hintertreiben suchte. Stanhope selbst erhielt den Eindruck, dass seine Politik von London aus durchkreuzt werde, und bot korrekterweise dem Könige seine Entlassung an. Sie wurde natürlich nicht angenommen. Vielmehr stellte sich Georg unbedingt auf die Seite von Stanhope und Sunderland. Alle drei hatten sich in eine heftige Entrüstung gegen Townshend hineingeredet. Der König selbst drückte ihm in einem Briefe, der nicht erhalten ist, seine Unzufriedenheit aus. Stanhope und Sunderland schrieben ihm¹⁾ in anklagendem Tone und forderten Erklärungen. Nach allem Vorangegangenen müsse man glauben, dass die neue Form für Cadogans Vollmacht nicht ohne Absicht gewählt sei. Frankreich könne sich jetzt leicht der Unterzeichnung ganz entziehen und obendrein behaupten, dass die Schuld nicht an ihm liege.

Sunderland brachte in seinem Briefe an Townshend auch dessen Urteil über die nordischen Verwicklungen zu tadelnder Erwähnung. Townshend hatte bei der Erwähnung der Gyllenborgschen Verschwörung kürzlich geschrieben, dass für einen starken militärischen und finanziellen Aufwand die Stimmung in England nicht günstig sei. Für eine weitausgreifende nordische Politik würde das Parlament nicht zu haben sein. Und er selbst schien sich dem Könige gegenüber auf einen ähnlichen Standpunkt zu stellen.²⁾ Irren wir nicht, so war es damals dieser: England mag, ja es muss 1717 wieder eine Flotte in die Ostsee senden; aber einen Krieg um der nordischen Frage willen zu führen, etwa gegen Schweden und Russland zugleich, hiesse das britische Interesse völlig missverstehen.

Das war nun eine Auffassung, welche bei Georg I., wie wir ihn kennen, viel Missvergnügen hervorrufen musste. Wenn das Parlament, erklärte er, sich um die nordischen Streitigkeiten gar nicht kümmern wolle, so würde man ihn, nämlich als Kurfürsten, schwerer Unbill, ja dem völligen Verderben preisgeben. Und in der That, belehrte Sunderland seinen Kollegen, es ist lediglich die alte torystische, seit der Revolution aber gründlich überwundene Anschauung, als ob England für sich bestehen könne, was immer aus dem übrigen Europa auch werden möge.³⁾

Der Vorwurf ging zu weit, Townshend vertrat in diesem Falle nicht den toristischen, sondern lediglich den englischen Standpunkt

¹⁾ Coxe II, 126, 127.

²⁾ Townshend an Stanhope, 10./17. Okt. 1716. Coxe Walpole II, 115ff.

³⁾ Coxe, Walpole II, 128.

gegenüber einer übertriebenen Berücksichtigung des hannövrischen Interesses. Und auch jener andere Vorwurf, als ob er das Bündnis mit Frankreich habe vereiteln wollen, war schwerlich begründet. Wir glauben nicht einmal, dass er auch nur die Unterzeichnung zu zweien, d. h. ohne die Generalstaaten verhindern wollte. Es ist ihm bei seinem rechtlichen Charakter wohl nicht zuzutrauen, dass er hinterrücks einen solchen Streich gegen den König und Stanhope geführt haben sollte. Dagegen scheint es wohl sein Bestreben gewesen zu sein, sich von jeder Verantwortung für das, was geschehen sollte, freizuhalten. Stanhope, von dem es ausging, mochte es auch vertreten. Darum unterliess Townshend es geflissentlich, des zwischen Stanhope und Dubois unterzeichneten Abkommens in seinen Briefen zu erwähnen; darum also auch jene unbestimmte Fassung der Vollmacht für Cadogan, welche für jeden oder für keinen Vertrag ausreichend war und dem Londoner Kabinette jedenfalls nicht zum Vorwurfe gemacht werden konnte.

Townshend war durch die Briefe aus Hannover auf's tiefste gekränkt. Sunderland würdigte er keiner Antwort. Dem Kollegen Stanhope drückte er in wenigen Worten seinen Schmerz aus über diese Behandlung von ihm, dem er stets ein treuer Freund gewesen sei.¹⁾ Dem Könige legte er in einem französisch geschriebenen Briefe²⁾ ausführlich die Umstände dar, unter denen er gehandelt hatte; er konnte in der That den Vorwurf, als ob er den Abschluss absichtlich verzögert habe, unschwer wiederlegen. Im besonderen vermochte er frühere Fälle anzuführen, wo auf Grund einer ebenso allgemein gehaltenen Vollmacht, wie er sie hatte ausstellen lassen, Verträge unterzeichnet worden waren. Townshends eigener Kollege im Staatssekretariat hatte ehemals, mit einer solchen Vollmacht ausgerüstet, den nach ihm benannten Methuen-Vertrag mit Portugal rechtsgültig unterzeichnet.

Der Abschluss im Haag konnte, wenn anders alles übrige klar war, durch diese Formstreitigkeiten nicht lange aufgehalten werden. Townshend hatte die von Dubois selbst entworfene Fassung der Vollmacht für Cadogan ohne Zögern ausstellen lassen und selbst, wie es üblich war, den zu diesem Zwecke ausgefertigten Befehl des Prinzen Statthalters gegengezeichnet. Gemäss diesem Befehl hatte der Lord Kanzler der Vollmacht das grosse Siegel angeheftet. In dieser zweifellos rechtskräftigen Form ging die neue Vollmacht

¹⁾ Coxe, Walpole II, 128.

²⁾ Ebd. 129.

nach Holland. Jetzt aber erklärte der einmal misstrauisch gewordene Abbé, er vermisse auf derselben die Unterschrift des Prinzen und die Gegenzeichnung Townshends. Er gab sich erst zufrieden, als aus London eine schriftliche Erklärung Townshends eintraf, dass gleichwohl alles seine Ordnung habe und auch die grossen Verträge von Utrecht, Ryswick, Nymwegen auf Grund solcher Vollmachten unterzeichnet worden seien. So stand dem Abschlusse nichts mehr im Wege. Einen Augenblick hatte es gar den Anschein, als ob auch die Generalstaaten sofort beitreten würden.¹⁾ Aber die Hoffnung war vergeblich. So schlossen denn England und Frankreich am 28. November allein ihr Bündnis ab. Es war völlig in der Form jener Konvention gehalten, welche von Dubois und Stanhope in Hannover unterzeichnet worden war. Einem Vorschlage Stanhopes gemäss sollte der Vertrag vom 28. November einen Monat lang geheim gehalten werden, in der Hoffnung, dass er sich innerhalb dieser Frist durch den Beitritt der Generalstaaten zur Tripel-Allianz erweitern werde. Die Frist war in der That nicht einmal völlig ausreichend. Das umständliche Verfahren der Staaten und mancherlei Intriguen, nicht zum wenigsten auch österreichische Einflüsse, verzögerten den Abschluss. Es handelte sich im besonderen um die Frage, ob die Generalstaaten zuerst der Allianz vom 25. Mai a. St. oder derjenigen vom 28. November beitreten sollten. So natürlich das erstere schien, es geschah nicht. Ja die Österreicher selbst schienen zuletzt, als die Tripel-Allianz der Westmächte nicht mehr zu verhindern war, geringen Wert auf den Beitritt Hollands zu jenem älteren Bündnisse zu legen. Wir haben schon genug Verträge mit den Holländern, sagte Prinz Eugen zum englischen Gesandten.²⁾ Die Tripel-Allianz aber ward am 4. Januar 1717 endlich unterzeichnet. Die Provinz Zeeland allein fehlte noch³⁾; ihre Unterschrift ward am 12. Januar dem Instrumente noch hinzugefügt.

Wir haben die wesentlichen Punkte des Vertrages im Verlaufe unserer Erzählung schon genannt. England hatte sicherlich hohe Vorteile gewonnen. Frankreich garantierte die hannövrische Thronfolge. Der Prätendent musste aus Avignon weichen und nach Italien gehen zu einer Zeit, als eben seine Sache vermöge jener schwedischen Umtriebe so hoffnungsvoll erschien wie sie seit dem

¹⁾ Vgl. Wiesener I, p. 401.

²⁾ Stanyan an Townshend, 9. Jan. 1717. R. O.

³⁾ Cadogan an Methuen und Stanhope, 5. Jan. 1717. R. O.

Scheitern der Rebellion nicht mehr gewesen war. Und wenn der vierte Artikel mit jenem von Iberville unterzeichneten Abkommen inbezug auf den Kanal von Mardyck redlich zur Ausführung kam, so war die englische Nation von einer schweren Sorge befreit. Dem Könige Georg war endlich das Freundschafts- und Verteidigungsbündnis ein wertvolles Unterpfand, dass Frankreich in allgemeinen europäischen Fragen, zunächst einmal in den nordischen Verwickelungen, gegenüber England-Hannover eine günstige Haltung bewahren werde.

Für den Regenten von Frankreich war der Nutzen des Vertrages fast noch grösser. Er hatte die Stütze seiner persönlichen Stellung gefunden, nach der er so lange gesucht hatte. Dabei ward freilich das Interesse des französischen Staates demjenigen seines zeitweiligen Beherrschers untergeordnet. Frankreichs Ansehen war schwerlich gewachsen durch dieses Bündnis; die Führung der Tripel-Allianz lag in den Händen der britischen Staatsmänner. Der Herzog von Orleans aber war glücklich über den Abschluss. Er und seine Mutter, so wird erzählt, sollen die Urkunde des Vertrages in der Freude ihres Herzens geküsst haben.

Der Wert der Allianzen musste in England jedermann klar werden, als sich eben um die Zeit des zuletzt erzählten Abschlusses in der Regierung und den Parteiverhältnissen Umwälzungen vollzogen, welche noch vor einem Jahre eine schwere Gefahr für die innere Ruhe, vielleicht gar für den hannövrishen Thron mit sich gebracht hätten, jetzt aber die bestehende Ordnung nicht zu stören vermochten.¹⁾ Die Veränderungen ergaben sich aus persönlichen wie aus allgemeinen, politischen Gründen; eine gewisse Rolle spielte dabei auch die Eifersucht zwischen Georg I. und dem Prinzen von Wales, welche während der Abwesenheit des König neue Nahrung erhielt.

Das prinzliche Paar, mit geselligen Talenten reichlich ausgestattet, verstand es vortrefflich, der Hofgesellschaft den fehlenden König zu ersetzen. Von Anfang August bis Ende Oktober nahm der Thronfolger mit seiner Gemahlin seinen Aufenthalt in Hampton-court. Dort lebte man in angenehmer Abwechslung zwischen Geschäften und Vergnügen, Lord Townshend nahm ebenfalls daselbst seinen Wohnsitz, um dem Prinzen Statthalter mit seinem Rate stets

¹⁾ Für das Folgende sind hauptsächlich benutzt: Die Korrespondenzen bei Coxe, Walpole Bd. II; Dianys of Lady Comper; ferner die Berichte Hoffmanns (W. St. A.), Bonets (G. St. A.) und Bothmers Briefe an Robethon. (B. M.).

zur Hand zu sein. Der Staatssekretär Methuen erschien zweimal wöchentlich, die übrigen Minister seltener oder gar nicht. Der Prinz schien in seinem Auftreten recht das Gegenteil seines Vaters sein zu wollen. Er speiste mit seiner Gemahlin öffentlich, gab häufige Feste, empfing ohne Unterschied der Partei die vornehme Gesellschaft und verkehrte mit jedem in derselben verbindlichen Art. Um das Urteil der Welt oder seines Vaters schien er sich dabei wenig zu kümmern. Nach wie vor sah er den beim Könige in Ungnade gefallenen Herzog von Argyle in vertrautem Kreise bei sich. Diejenigen unter den Ministern, welche zu Argyles Beseitigung beigetragen hatten, behandelte der Prinz mit sichtlicher Kälte. Am meisten fiel es auf, dass er den Tories Gunst bewies und mehrere angesehene Männer der Partei, wie ihre Damen empfing. Es kann gewiss nicht die Rede davon sein, dass er torystische Neigungen besessen habe; er war so gut whiggistisch wie der König. Wahrscheinlich wollte er nur zeigen, dass er ein vorurteilsfreier Mann sei. Doch es war ein erstaunlich unkluges Benehmen. Nicht nur, dass es die Ansichten der Engländer über seine Person verwirrte; es musste auch bei seinem Vater den schwersten Verdacht erwecken.

Denn bei der Schärfe der politischen Gegensätze konnte eine solche Annäherung des Thronfolgers an die Opposition nicht erfolgen, ohne dass diese sich Hoffnungen machte, in ihm eine Waffe gegen die Politik des Königs zu gewinnen. In verschiedenen Grafschaften wurden Adressen an den Prinzen vorbereitet, die ihm Glück wünschen sollten, nicht nur zu seiner Regentschaft, sondern auch zu seinem Streben, der Vater seines ganzen Volkes zu sein, ohne Rücksicht auf die Ränke und Einflüsterungen derer, welche auf Krieg und Blutvergiessen bedacht seien. Allerdings liess der Prinz sich doch bestimmen, auf die erste ihm überreichte Adresse, deren Inhalt noch ziemlich unverfänglich war, die für die Tories völlig niederschlagende Antwort zu geben, dass es ihm lieber wäre, wenn man derartige Schriftstücke in Zukunft an den König selbst richten wollte.

Überhaupt wären diese Versuche an sich wohl wenig bedenklich gewesen, wenn sich nicht unter den Whigs selbst ein Zwiespalt aufgethan hätte, der für ihre Herrschaft verhängnisvoll werden konnte. Gegnerschaften unter den führenden Männern der Partei hatte es seit der Thronbesteigung Georgs I. immer gegeben, schon weil es immer solche gab, die sich, wie Graf Halifax, nicht nach Verdienst belohnt glaubten und nach höherem Range strebten. Jetzt aber war seit der Abreise des Königs eine Gruppe von Whigs

vorhanden, welche sich den Sturz des Ministeriums förmlich zum Ziel gesetzt hatte. Die Häupter waren Graf Sunderland, der es nicht ertragen konnte, an Macht hinter anderen zurückzustehen und General Cadogan, seit seinem Erfolge in Schottland zum Peer erhoben und zum Gesandten bei den Generalstaaten ernannt. Der Herzog von Marlborough stand im Hintergrunde dieser Intriguen. Er selbst freilich, schlagrührig und schwach, konnte nicht viel Anteil mehr daran nehmen. Aber umso rühriger war Lady Sarah, die sich auf höfische Machenschaften noch ebenso gut verstand, wie in den Tagen, da sie den Hof der Königin Anna beherrschte hatte. Jetzt spendete sie ihren Freunden mit vollen Händen aus den reichen Geldmitteln ihres Gatten, der selbst niemals so freigiebig gewesen war. Der Plan ging dahin, bei der Rückkehr des Königs aus Hannover die beiden mächtigen Verwandten Lord Townshend und Robert Walpole, vielleicht auch Stanhope, Cowper und andere in geringerer Stellung zu stürzen und sich selbst und ihre Freunde an ihre Stelle zu setzen. Die Bedrohten kannten die Gefahr sehr wohl und fürchteten nur der Stütze, die sie noch am Könige besaßen, beraubt zu werden. Auf die Gunst des Monarchen kam eigentlich alles an. Seine Entscheidung, welcher Seite sie auch zu gute kam, brauchte nur noch persönlichen Rücksichten zu erfolgen: von politischen Gegensätzen war hier nicht die Rede.

Auch die Deutschen am Hofe Georgs I. hatten ihren Anteil an diesen Umtrieben. Sie selbst waren durch das Gesetz von britischen Ämtern ausgeschlossen. Ihre Macht war darum nicht geringer; sie begünstigten natürlich diejenigen, durch die sie ihren Einfluss am sichersten zu wahren und zu erweitern, auch wohl ihren privaten Vorteil am besten verfolgen zu können glaubten. Robert Walpole erwartete von Bernstorff, der den König nach Hannover begleitet hatte, nicht viel Gutes. Über Bothmer fällt Townshend das harte Urteil, dass er täglich mit irgend einem ruchlosen Vorhaben beschäftigt sei, um Geld zu erhalten. Man kann sich daraus eine Vorstellung machen, wie schlecht das Verhältnis der beiden Männer war. Und nun blieb Bothmer in England zurück, in London wie in Hamptoncourt in der Nähe des Prinzen und Townshends; mit seinen Berichten an den König, seinen Briefen an Robethon war er wohl in der Lage, den englischen Ministern zu nützen oder zu schaden. Townshend hat später gemeint, dass Bothmer an allem schuld sei, was ihm vom Könige widerfuhr. Robethon endlich, der gewandte, verschlagene Mann, treu den Interessen des Königs, war von den Engländern gefürchtet, gehasst, wie er denn in der That

auch keinem ein Freund war oder doch nicht länger, als er seinen Vorteil dabei fand. „Robethons Frechheit,“ schrieb Walpole, ist so notorisch, dass wir uns darauf gefasst machen müssen, er wird so viel Unheil anrichten, wie in seinen Kräften steht.“ Und endlich kann man dieses Kreises nicht gedenken, ohne auch die Frauen zu nennen, denen Georg I. seine Gunst schenkte. Die neuernannte Herzogin von Munster war noch unzufrieden, dass sie nur eine irische, nicht eine englische Herzogin geworden war. Sie mass die Schuld daran Townshend zu und hasste ihn von dieser Stunde an.

Man sieht, die persönlichen Verhältnisse des englischen und des deutschen Hofes von St. James's waren derartig, dass die Stellung der Minister keineswegs gesichert erschien. Und nun kamen noch besondere Umstände hinzu, um Georg I. gegen sie, besonders gegen Townshend, einzunehmen. Wir haben erzählt, wie die Haltung der Londoner Minister in den nordischen Dingen und beim Abschlusse der Allianz mit Frankreich den König gegen Townshend aufbrachte. Stanhope selbst hatte seinen Kollegen verurteilt, nach jenem gereizten Briefwechsel war eine Herstellung der alten Einigkeit schwerlich noch möglich. Der von Sunderland und seinen Genossen längst geplante Sturm gegen das Ministerium war also wirklich losgebrochen. Für Townshend musste er wohl schon aus dem Grunde verhängnisvoll werden, weil jetzt auch Stanhope sich auf die Seite seiner Gegner gestellt hatte. Man sieht, wie hier in Hannover ein neues Ministerium sich vorbereitete: Stanhope und Sunderland als die massgebenden Männer darin. Im Augenblick handelte es sich für Georg I. darum, dass Townshend nicht zugeben wollte, dass der nordischen Wirren halber das französische Bündnis zu schliessen sei: eine Durchkreuzung des hannövrischen Interesses, welche der König nicht verzeihen konnte.

Dies führte freilich allein noch nicht die Entscheidung herbei. Man schien sogar Townshends Verteidigung in Hannover genügend zu finden. Dem vorübergehend daselbst weilenden Horace Walpole teilte Stanhope nicht nur dieses mit, sondern trug ihm geradezu auf, das Seinige zur Versöhnung beizutragen. Nach dem, was folgte, ist es aber schwer, an Stanhopes Aufrichtigkeit zu glauben. Oder er hätte sich durch Sunderland und den König gar bald wieder umstimmen lassen. Der Letztere war höchst unzufrieden mit dem Verlaufe der Dinge in England. Des Prinzen Verkehr mit Argyle und anderen missliebigen Personen, sein Haschen nach Popularität, sein sehnlicher Wunsch, mit voller Regierungsgewalt ausgestattet, die nächste Tagung des Parlaments zu eröffnen, alles das erfüllte

den König mit heftigem Unwillen. Missverständnisse mit Robert Walpole hinsichtlich finanzieller Fragen kamen hinzu. Die deutschen Einflüsse, Bothmers Berichte werden ihn in der Meinung bestärkt haben, dass Lord Townshend, der leitende Minister, in letzter Linie an allem schuld sei. Die Männer, die ihm hier, von den Deutschen abgesehen, zur Seite standen, Stanhope und Sunderland schienen ihm in seinen eigenen Wünschen in bezug auf Hannover wie auf England weit freundlicher als jener entgegenzukommen. Halb selbstständig, halb unter der Einwirkung anderer, fasste also Georg I. den Entschluss, seinen ersten Minister zu entlassen.

Nicht unzutreffend bezeichnete ein Zeitgenosse diese Ministerkrisis als eine Kraftprobe zwischen den englischen und deutschen Räten.¹⁾ Das hannövrische Interesse hatte über das rein englische einen Sieg davongetragen, das eigentümliche System der beiden George sich mit dieser Veränderung in England durchgesetzt.

Unter dem 15. Dezember 1716 ward Lord Townshend seine Entlassung als Staatssekretär mitgeteilt. Dem Könige, der vor seiner Rückkehr nach England stand, lag daran, diese Angelegenheit noch von Hannover aus zu erledigen, ähnlich wie er ehemals, bevor er sein Königreich betrat, Lord Bolingbrokes Entlassung verfügt hatte. Townshend wurde freilich vom Könige in Gnaden zum Lord Statthalter von Irland ernannt und sollte, wie Stanhope erklärte, auch als solcher seinen Sitz im Kabinette behalten. Aber die Massregel erregte ungeheure Bestürzung in England. Georg blieb fest; eher würde er, schrieb Stanhope, seine Krone niederlegen als Townshend wieder im Staatssekretariate dulden. Dieser aber lehnte unter einem Vorwande das irische Amt ab, gegen den Rat und trotz des Drängens selbst derer, die es gut mit ihm meinten. Die Welt, sagte er, möchte in der Annahme ein stillschweigendes Bekenntnis seiner Schuld erblicken.

Immerhin war das letzte Wort damit nicht gesprochen. Die endgültige Lösung des Ministerkrisis wurde bis nach der Rückkehr des Königs verschoben. Seine lange Abwesenheit war den Engländern ein Dorn im Auge, sie meinten es geschehe lediglich, wie Hoffmann schreibt, weil ihm „dieses Land nicht anstehe.“ Zur Eröffnung des Parlaments musste Georg, wenn er nicht die Vollmachten seines Sohnes erweitern wollte, unbedingt in England sein. Nur deshalb war der Beginn ungewöhnlich lange, bis nach Weihnachten hinausgeschoben worden. Ende Januar 1717 landete der

König wieder in England, von den Grossen feierlich empfangen, vom Prinzen mit denselben Ehren wie beim Abschiede begrüsst. Lord Townshend, von dem Monarchen huldvoll empfangen, beklagte sich über Sunderland, der nicht wie ein Ehrenmann gegen ihn gehandelt habe. Da es aber bedenklich war, wenn die Ministerkrisis bei der Eröffnung des Parlaments nicht gelöst wäre, so wurde jetzt alles aufgeboten, die Einigkeit im Kabinette noch einmal herzustellen. Townshend liess sich wirklich bereden, das irische Amt anzunehmen. Methuen blieb auch nach Stanhopes Rückkehr Staatssekretär.

Aber wahres Vertrauen, wo es einmal verloren ist, kann nicht leicht zurückkehren. Innerlich war das Ministerium geteilt. Zwischen Stanhope und Sunderland auf der einen, Townshend und Walpole auf der anderen Seite war ein gutes Verhältnis nicht mehr herzustellen. Von Dauer konnte dieser unsichere Zustand nicht sein. Man hatte die Entscheidung hinausgeschoben, um die Stellung der Regierung gegenüber dem Parlamente nicht zu schwächen, namentlich um die Unterstützung Walpoles im Unterhause nicht entbehren zu müssen. Als aber Walpole am 9. April eine Forderung der Regierung — es handelte sich um Massregeln gegen Schweden nach der Entdeckung der Gyllenborgschen Verschwörung — nur schwach unterstützte, als infolge dessen etliche Whigs mit den Tories stimmten und nun die Forderung mit einer Mehrheit von nur vier Stimmen zur Annahme gelangte, da zögerte der König nicht länger. Am selben Tage erhielt Townshend seine Entlassung als Vizekönig von Irland. Walpole erschien am nächsten Morgen beim Könige und bat um seine Entlassung. Georg stand vor einem schweren Entschlusse. Walpole mit seinem sicheren Urtheil in finanziellen Fragen, mit seiner schlagfertigen Beredsamkeit war schlechthin unersetzlich; und welcher Gegner würde er sein, wenn er sich zur Opposition schlug. Der König schien — das Gespräch wurde lateinisch geführt — alles aufwenden zu wollen, um Walpole zu halten. *Rogo te, rogo te*, klang es wiederholt aus seinem Munde.¹⁾ Wohl zehnmal legte er das Siegel des Schatzkanzleramtes in Walpoles Hut zurück. Aber Walpole blieb fest und erklärte, er könnte bei der besten Absicht nicht ehrlich zusammenarbeiten, mit jenen Ministern, denen Se. Majestät jüngst sein Vertrauen geschenkt habe. In grosser Erregung schieden die beiden Männer voneinander.²⁾

¹⁾ Hoffmann, 15. Juni 1717. W. St. A.

²⁾ Nach der Erzählung H. Walpoles bei Coxe II, 169—70.

¹⁾ Coxe Walpole II, 150.

Das Beispiel Walpoles wurde von anderen Ministern befolgt. Das Kabinet löste sich auf. Eine neue Regierung musste gebildet werden. Stanhope und Sunderland und mit ihnen Cadogan hielten kurze Zeit alle Entscheidungen in ihrer Hand. Dann übernahm Stanhope selbst das Amt des ersten Schatzlords, Sunderland und Addison wurden Staatssekretäre. Graf Berkeley ward erster Kommissar im Flottenamt an Orfords Stelle, Cowper blieb Lord Kanzler. In andere Ministerposten rückten neue Männer ein.

Die Regierung hatte eine empfindliche Schwächung erlitten. Ein Teil der Whigs hielt fortan, wie es schon in jener Abstimmung vom 9. April geschehen war, zur Opposition. Auch Townshend und Walpole fanden es mit ihrem Patriotismus nicht unvereinbar, dem Kabinette nach Kräften Schwierigkeiten zu bereiten. Sie wurden die Führer der Unzufriedenen unter den Whigs. Und doch, nichts zeigt so deutlich die Stärke des whiggistischen Regiments, als der Umstand, dass selbst der Abfall eines erheblichen Bruchteiles der Partei ihre Herrschaft nicht zu erschüttern vermochte.

Die Machtstellung Grossbritanniens wurde durch diese inneren Schwierigkeiten und Widersprüche — von deren fernerer Betrachtung wir vorläufig absehen — nicht berührt. Eben darin lag das Bedeutende in der englischen Geschichte dieser Jahre, dass die auswärtige Politik auf dem bereits eingeschlagenen Wege fortschritt und sogar bald Erfolge erreichte, welche zur Überraschung der Welt den Staat Georgs I. an der Spitze der europäischen Nationen erscheinen liessen.

Welch' eine vornehme Stellung nahm England schon nach dem Abschlusse jener Bündnisse ein, die wir kennen gelernt haben. Es stand gleichsam in der Mitte zwischen den grossen Mächten des Weltteils, mit jeder von ihnen im Bunde und sicherlich berufen, die seit dem grossen Kriege noch schwebenden Streitfragen zu lösen. Was Ludwig XIV. vergeblich erstrebt hatte, das unvollkommen gebliebene Friedenswerk von 1713 und 1714 zum Abschlusse zu bringen, das sollte nun dem Erben der Königin Anna wirklich gelingen.

Auf allen Seiten waren alte Vorurteile zu überwinden; am meisten wohl auf der Seite der habsburgischen Macht. Unendlich schwer hat Karl VI, sich an den Gedanken gewöhnt, dass er auf Spanien verzichten müsse. Und schon vorher war es für die englischen Staatsmänner nicht leicht, das Misstrauen der ihnen verbündeten Österreicher zu zerstreuen. Wir wissen schon¹⁾, mit welchem

¹⁾ Das Folgende nach den Berichten Hoffmanns aus London (W. St. A.) und des britischen Geschäftsträgers L. Schaub aus Wien (R. O.).

Schrecken man in Wien die Kunde von der bevorstehenden englisch-französischen Allianz aufnahm, wie der Marquis Prié sich redlich bemühte, wenigstens die Holländer vom Bündnisse mit Frankreich zurückzuhalten. Argwöhnisch blickten die Österreicher auf die in Hannover, in London, im Haag geführten Verhandlungen. Immer wieder kam der Resident Hoffmann mit der unbequemen Frage, wie denn England zugleich mit Österreich und Frankreich im Bunde sein könne, da doch die Interessen dieser beiden Mächte einander stracks zuwiderliefen. Und wenn ihm entgegnet wurde, dass Georg I. seinerseits nur die Thronfolgeordnung in Frankreich garantiere, d. h. also, den Ausschluss Philipps V. vom französischen Thron, so hatte Hoffmann wieder das Bedenken, dass dadurch ja das Recht des Herzogs von Anjou auf Spanien schweigend mitgarantiert werde. Der Minister Graf Sinzendorff teilte dem britischen Geschäftsträger Lukas Schaub seine Gedanken über das von England zu befolgende System mit, welches darin bestand, dass England wohl ein Bündnis mit Frankreich schliessen dürfte, aber nur zusammen mit dem Kaiser und nachdem es die Bedingungen mit ihm vorher verabredet hätte. Etwas geheimnisvoll fügte Sinzendorff noch hinzu, dass Österreich, wenn die Lage Europas ungünstig sei, sich aus dem Türkenkriege wohl sobald nicht herausziehen könne, das hiess, dass es für seine Verbündeten unterdessen nicht zu haben sei.

Diese spitzen Reden des kaiserlichen Ministers wurden aber von London aus scharf erwidert. „Es ist doch hart“, schrieb Townshend¹⁾, „dass wir nach allem Blutvergiessen und allen finanziellen Opfern, welche England sich die Unterstützung der Interessen des Kaisers hat kosten lassen, uns jetzt nicht einmal vor den von Frankreich drohenden Gefahren, vor dem Prätendenten und dem Mardycker Hafen schützen können, ohne dass in Wien soviel Geschrei darüber erhoben wird.“ Lieber sollten die Freunde Englands sich mit ihm über die Vorteile des Vertrages freuen, vor allem dass die Schleusen von Mardyck zerstört werden und „wir also diesen Pfahl aus unserem Fleische zu ziehen vermögen.“ Denn erst so könne England seinen Verbündeten von Nutzen sein.

Die Österreicher, für die ja in der That ein Grund zur Beruhigung nicht vorlag, lenkten nun ein. Sie fanden bald nur noch den Modus, wie das Bündnis der Westmächte zustande komme, zu tadeln; dann meinten sie, dass England den Inhalt wenigstens vorher in Wien mitteilen sollte; endlich beruhigten sie sich dabei,

¹⁾ Townshend an Schaub 5. Okt. (a. St.) 1716. R. O.

dass Georg I. dringende Gründe haben müsse, um den Vertrag ohne Zeitverlust zu schliessen. Der im November siegreich aus dem Türkenkriege heimkehrende Prinz Eugen liess sich durch Schaub gern über die Notwendigkeit des Bündnisses belehren und gab dieselbe auch ohne weiteres im Hinblick auf die Lage im Norden zu. Die letzten Bedenken mögen endlich gefallen sein, als unter dem 18. November auch Hoffmann aus London bestätigte, welche Rolle die nordischen Verwickelungen in der ganzen Sache spielten, dass sie, wie einer der englischen Minister ihm gesagt hatte, „der wahre und rechte Schlüssel zu dieser übereilten Negotiation“ gewesen seien.

Mit der östlichen, wie mit der westlichen der beiden grossen Militärmächte Europas im Bunde, schien England jetzt berufen, an die Lösung der grossen Streitfragen zu gehen. Das wichtigste Ziel musste die Versöhnung Karls VI. mit dem bourbonischen Könige von Spanien sein. Aber bevor daran zu denken war, schien wenigstens zwischen dem Kaiser und dem Könige Sicilien eine Verständigung möglich. Der Wiener Hof war, wie wir wissen¹⁾, entschlossen, auf die Insel Sicilien, die im Utrechter Frieden Victor Amadeus zugesprochen war, nicht zu verzichten. Dieser selbst hatte sich seit der Thronbesteigung Georgs I. überzeugen müssen, dass er auf die englische Flotte zum Schutze Siciliens nicht mehr rechnen könne.²⁾ Aber dann war er überhaupt nicht mehr imstande, die Insel zu behaupten. Der stets klug berechnende Fürst war nun darauf bedacht, sich für den unvermeidlichen Verlust wenigstens eine gewisse Entschädigung zu verschaffen. In dieser Absicht wandte er sich an England. Ein savoyischer Gesandter erschien in Hannover, während der Anwesenheit Georgs I. Stanhope hörte mit Vergnügen seinen Auftrag und schrieb Townshend: „wir dürfen dem Kaiser jetzt ruhig Sicilien anbieten.“³⁾ Diese Erörterungen in Hannover wurden der Ausgangspunkt für die alle Verhältnisse des Weltteils umfassenden Verhandlungen, die wir nunmehr in ihren Hauptumrissen zu schildern haben.⁴⁾

¹⁾ Vgl. oben S. 656.

²⁾ Vgl. oben S. 383.

³⁾ Coxe, Walpole II, 124.

⁴⁾ Zur Geschichte der Quadrupel-Allianz sind hauptsächlich zu vergleichen die Werke von Weber, Wiesener Band II und Baudrillart Band II. Auch eine zeitgenössische aktenmässige Darstellung, aus Bothmers Feder, ist erhalten. R. Doebner hat sie im 26. Bande der Forschungen zur deutschen Geschichte herausgegeben. Die Niederschrift im Staatsarchiv zu Hannover

Im November 1716 kam ein neuer britischer Gesandter, Abraham Stanyan, nach Wien. Lord Cobham, dessen wir erwähnt haben, war im April 1715 abberufen worden. Seitdem hatte der Sekretär Lukas Schaub die Vertretung Georgs I. am Wiener Hofe zu führen gehabt. Stanyan erhielt gemäss der in Hannover getroffenen Abrede den Auftrag, mit den österreichischen Ministern über die Versöhnung mit Viktor Amadeus zu sprechen. Von Sicilien war Anfangs nicht die Rede. Die Anregung fand keine ganz ungünstige Aufnahme. Prinz Eugen bemerkte zwar zuerst höhnisch, kein Wunder, dass ein Mann, der eines anderen Eigentum besitzt, mit diesem, nachher gern gut Freund sein möchte, ohne ihm etwas zurückzuerstatten. Aber gleichwohl liess der Kaiser durch den Mund des Prinzen erklären, dass er einer Verhandlung nicht abgeneigt sei. Zwei Punkte, fügte Eugen hinzu, würden zu erledigen sein: erstlich Sicilien, zweitens die Thronfolge in Spanien. Unter keinen Umständen wollte der Kaiser sich dabei beruhigen, dass durch den Utrechter Frieden das savoyische Haus nach Anjou an zweiter Stelle zur Nachfolge in Spanien berufen sei. Die Thronbesteigung Georgs I. meinte Eugen, sowie die Aussichten des Herzogs von Orleans auf den französischen Thron lehren ja am deutlichsten, dass man kluger Weise auch entferntere Ansprüche an eine Krone nicht vernachlässigen sollte.¹⁾

Unterdessen waren wichtigere Verhandlungen über die grossen europäischen Fragen schon in Hannover unter den Augen Georgs I. geführt worden. Kürzlich war der in hannövrischen Diensten stehende Diplomat St. Saphorin, ein Schweizer von Geburt, in Wien gewesen und hatte mit den Ministern die Möglichkeit einer Verständigung mit Spanien erörtert. Das Ergebnis bestand darin, dass von österreichischer Seite die Abschickung eines eigenen Gesandten nach Hannover beschlossen wurde, um daselbst namentlich mit Stanhope in Verbindung zu treten.²⁾ Der Reichshofrat von Pentenrieder, der uns aus den Verhandlungen mit Lord Stair bekannt ist, wurde mit der Mission betraut. Stair selbst schrieb nach Hannover, es sei ein Mann, der auf den ersten Blick gefalle und grosse Aufgaben mit Weisheit und Geschick anzugreifen verstehe.³⁾

ist zwar nicht von Bothmers Hand, doch glaube ich darin die Handschrift eines Schreibers wiederzufinden, die aus zahlreichen von Bothmer unterzeichneten Schriftstücken bekannt ist. An Bothmers Autorschaft braucht man also nicht zu zweifeln.

¹⁾ Stanyan an Townshend, 19. Dez. 1716, 9. Jan. 1717. R. O.

²⁾ Vgl. Weber, Quadrupel-Allianz S. 28—29.

³⁾ Stair an Robethon, 18. Dez. 1716. B. M.

Die ersten Erörterungen zwischen Stanhope und Pendtenrieder, der am 16. Dezember in Hannover anlangte, betrafen natürlich die eben zum Abschlusse gelangende englisch-französische Allianz. Der kaiserliche Diplomat war beauftragt¹⁾, über dieselbe zwar „einige Befremdung, jedoch in glimpflichen und mehr einer Freundschafts-Ereiferung als Vorwurf gleichenden *Terminis* zu bezeugen.“ So wurde denn das Gespräch erst erregter, als Pendtenrieder den alten Einwurf vorbrachte, das durch den Vertrag der Herzog von Anjou auf seinem Throne befestigt, der Kaiser auf immer von Spanien ausgeschlossen werde. Stanhope eiferte gegen die Pläne des Kaisers auf Spanien, das ihm nun einmal niemand gönne oder verschaffen werde. Ihm, dem englischen Minister, könne es den Kopf kosten, wollte er einen Krieg gegen Spanien entzünden, wohingegen er sich anheischig mache, in zweimal 24 Stunden die Zustimmung des Parlaments zu einem Kriege gegen Frankreich zu erhalten. Möge doch der Kaiser, schloss Stanhope, endlich lernen, wirklichen statt chimärischen Vorteilen nachzugehen. Es war die in England längst allgemeine Anschauung. Der kaiserliche Gesandte aber musste heftig widersprechen. Warum denn, fragte Pendtenrieder, sind so viele Millionen auf die Eroberung Spaniens verwandt, warum die Tory-Minister angeklagt worden? Was sich denn in den zwei Jahren geändert habe, seitdem Stanhope selbst, als er in Wien war, dem Kaiser das Gegenteil von dem, was er jetzt sage, erklärt habe. So lange sei Spanien doch im Besitze des Erzhauses gewesen. Fürchte man die Macht des Kaisers, so könne ja dem zu grossen Besitze leicht durch Teilung vorgebeugt werden.

Mit so hoher Erregung wurden die Ansichten über diesen Gegenstand ausgetauscht, weil beide Männer wussten, dass alles Weitere hiervon abhängt. In der That, der Verzicht des Kaisers auf Spanien bildete die notwendige Voraussetzung für die ferneren Gedanken Stanhopes, die er Pendtenrieder in den nächsten Tagen als ein fertiges System vortrug.

Allen Ländern, die sich im Besitze Philipps V. befanden, sollte Karl VI. auf immer entsagen. Der kaiserliche Gesandte empfand es wie eine Kränkung, wenn Stanhope dabei schlechthin vom Könige von Spanien sprach, denn für Pendtenrieder gab es keinen andern König von Spanien, als seinen Herrn, Kaiser Karl VI. Der ebenfalls anwesende Sunderland zeigte mehr Rücksicht, indem er jenen, wie man es in Wien that, nur den Herzog von Anjou nannte. Mit

¹⁾ Seine Instruktion ist datiert vom 25. Nov. 1716. W. St. A.

Philipp also sollte der Kaiser Frieden schliessen, mit Viktor Amadeus sich versöhnen, ferner dem Regenten von Frankreich sein Thronrecht, wie England es gethan, garantieren. Endlich werde er auch für die Königin von Spanien etwas thun müssen, die ihren Gemahl völlig beherrsche. Dafür würden dann Frankreich, sowohl wie Spanien, das letztere, indem es seinerseits allen Ansprüchen auf Gebiete des Kaisers entsagte, diesem seinem Besitzstand garantieren. Er würde ferner Sicilien erhalten. Und da in Toskana das Aussterben der Medicäer, in Parma und Piacenza das Erlöschen des Mannesstammes der herrschenden Linie zu erwarten und der Charakter dieser Länder als Reichslehen umstritten war, so sollte auch diese Frage zu Gunsten von Kaiser und Reich entschieden werden. Die Verfügung über Toskana sollte endlich wirklich dem Kaiser überlassen bleiben. Parma und Piacenza aber könnten einem der Söhne Elisabeth Farneses gegeben werden, denen doch in Spanien drei Söhne aus erster Ehe Philipps V. vorangingen. Ein schon früher aufgetauchter Gedanke gewann damit feste Gestalt. Die Tochter des Hauses Farnese, zur Zeit eine der mächtigsten Personen Europas, sollte ihren Sprossen zur Würde ihrer eigenen Vorfahren erhoben sehen.

Es liegt ein kühner Zug in diesem Plane des englischen Ministers. Gleichsam mit einem Federstriche sollten alle Widersprüche und Unklarheiten, die aus dem spanischen Erbfolgekriege zurückgeblieben waren, aus der Welt geschafft werden. Und es war kein leeres Phantasiegebilde, das er aufstellte. Die Anregungen waren ihm wohl sämtlich von aussen zugegangen. Aber Stanhope wusste als ein echter Staatsmann das Mögliche von dem Undurchführbaren zu unterscheiden. Und er wusste auch, dass die Stellung Englands so gross war, dass es wohl als die führende Macht in den Fragen des Weltteils auftreten durfte.

Pendtenrieder hatte manche ernstern Einwände zu erheben. Von dem Verlangen des Verzichts auf Spanien erklärte er anfangs dem Kaiser nicht einmal Mitteilung machen zu dürfen. Das Ergebnis war doch, dass der ganze Stanhopesche Plan in einem Entwurfe, von dem geschickten St. Saphorin verfasst, niedergelegt und von Pendtenrieder seinem Hofe zugesandt wurde.¹⁾

Der Kaiserhof stand vor einem grossen Entschlusse. Die geheime Konferenz, welche sogleich zusammentrat, war der Meinung²⁾,

¹⁾ Pendtenrieders Berichte vom 24. Dez. 1716. W. St. A.

²⁾ Referat über die Konferenz-Sitzung vom 5. Jan. 1717. Wien, 16. Jan. 1717. W. St. A.

dass die Verhandlung fortgesetzt werden solle, denn hier wurden dem Kaiser ja Vorteile angeboten, wie sie sonst ohne lange Kriege niemals zu erreichen waren. Zwar verhehlten die Minister ihrem Herrn nicht, wieviel günstiger es gewesen wäre, wenn er selbst die Initiative hätte ergreifen können, aber daran sei nun, da England mit Frankreich im Bunde und Hollands sicher war, nichts mehr zu ändern. Die Hauptforderung freilich, der Verzicht auf Spanien, sollte nicht zugestanden werden. Nur zur Anerkennung Philipps V. als Königs von Spanien riet die Konferenz dem Kaiser. Aber auch das war Karl VI zu viel. Man wird es auf seine persönliche Entscheidung zurückzuführen haben, wenn laut der neuen Instruktion für Pendtenriedter¹⁾ der Kaiser weder vom Verzicht noch von der Anerkennung etwas hören, sondern sich lediglich bereit erklären wollte, Philipp V. und seine ehelichen Nachkommen im ruhigen Besitze Spaniens nicht zu stören. In den anderen Punkten des Stanhopeschen Projektes zeigte der Kaiser viel Entgegenkommen. Selbst die Anwartschaft des spanischen Prinzen auf Parma und Piacenza wollte er zulassen. Pendtenriedter sollte seinerseits versuchen, Montferrat und die an Viktor Amadeus abgetretenen Teile des Herzogtums Mailand zurückzuerhalten, wenn der Kaiser jenem dafür Sardinien überlasse, dessen Besitz ihm zugleich nach dem Verluste Siciliens wieder einen neuen Königstitel zubringen würde. Es war das erste Mal, dass der Königskrone Sardiniens in diesen Verhandlungen Erwähnung geschah. Karl VI. fügte in einem eigenhändigen Zusatze zur Instruktion noch hinzu, dass Pendtenriedter sich über diesen Punkt mit dem in Hannover anwesenden savoyischen Gesandten direkt in's Vernehmen setzen solle.

Als die neue Instruktion in Hannover anlangte, waren Georg I. und seine Minister nicht mehr dort. Wegen der Schwierigkeiten in England, der Intriguen des Prinzen, der Ministerkrisis hatten sie die Abreise beschleunigt. Stanhope hatte Pendtenriedter gebeten, dem Könige nicht zu folgen, damit nicht der Kaiser die Fortsetzung der Verhandlung zu begehren scheine. Besser wäre es, wenn man später mit dem Plane vor Frankreich hinträte mit dem Bemerkten, dass es schwer halten werde, den Kaiser dafür zu gewinnen. Pendtenriedter konnte nichts anderes thun, als dem in Hannover noch verweilenden St. Saphorin den Inhalt seiner neuen Instruktion vorzutragen und Stanhope selbst die Entscheidung des

¹⁾ Ebenfalls vom 16. Jan. 1717. W. St. A.

Kaisers schriftlich mitzuteilen. Dann kehrte er in Begleitung St. Saphorins nach Wien zurück.¹⁾

Die Verhandlungen waren im Augenblicke abgebrochen und wurden auch nicht sogleich wieder aufgenommen. Aber die Grundlage war gefunden, welche nicht wieder verloren gehen konnte.

Der Wiener Hof hatte erwartet, dass die Engländer die Einzelheiten des Vertrages mit ihm in's Reine bringen, ehe sie der Sache eine weitere Ausdehnung geben, namentlich Frankreich hinzuziehen würden. Das aber war nicht Stanhopes Meinung. Auf der Rückreise nach England traf er im Haag mit dem Abbé Dubois zusammen und weihte ihn in den grossen Plan ein. Seitdem lag die Entscheidung über diesen mehr in den Verhandlungen mit Frankreich als in jenen mit dem Kaiser. Der Regent meinte, dass der Vertrag im Einverständnisse mit Spanien geschlossen werden solle; und auch Stanhope hoffte, dass es bei den guten Beziehungen, welche England seit dem Emporkommen Alberonis zum Madrider Hofe hatte, wohl gelingen werde, Spanien für seinen Plan zu gewinnen. Die grössere Hälfte des Jahres 1717 verfloss, ohne dass die Verhandlung eigentlich in Gang kam. Auch der von Frankreich angeregte Gedanke, Preussen in die Allianz zu ziehen, war bei dem Widerwillen, den er in Wien erregte, nur geeignet, neue Schwierigkeiten zu erregen. Da geschah jedoch im Sommer 1717 ein Ereignis, welches die Notwendigkeit des Vertrages aller Welt deutlich vor Augen führte. Philipp V. eröffnete von neuem den Krieg gegen den Kaiser.

Ein neuer Geist war mit Alberoni in die spanische Staatsleitung gekommen. Er hatte früh die Überzeugung gewonnen, dass Spanien eine grosse Rolle in der Welt zu spielen vermöge, wenn es nur in die Lage komme, seine Hilfsmittel nutzbar zu machen. Er fand eine elende Verwaltung vor. „Diese Regierung,“ sagte er, „ist ein Körper, der von einem Krebschaden völlig zerfressen ist, und wenn Heilung möglich ist, so kann sie nur durch Eisen und Feuer erfolgen.“²⁾ Alberoni griff in alle Teile der Verwaltung ein, überall Leben und Thätigkeit erweckend. Die Schätze Indiens sollten in Zukunft nicht mehr die fremden Nationen bereichern. Eine hei-

¹⁾ Pendtenriedters Berichte aus Hannover vom 9. bis zum 23. Jan. 1716. W. St. A.

²⁾ Lettres intimes de J. M. Alberoni adressées au comte J. Rocca, publiées par E. Bourgeois. Paris, 1892. p. 540.

mische Industrie, deren gänzlichliches Fehlen das Land zur Verarmung gebracht hatte, begann zu erstehen. Steuer- und Finanzwirtschaft des Staates wurden gründlich umgestaltet. Den reichsten Segen hätte dieses rührige Schaffen und Bessern dem Volke bringen müssen, wenn es sich allein auf die Werke des Friedens beschränkt hätte.

Aber nun verfiel Spanien unter der Leitung der beiden ehrgeizigen Personen, der Königin Elisabeth und des Ministers Alberoni, zurück in die schon verlassene Eroberungspolitik der habsburgischen Jahrhunderte. Jetzt wollte man die verlorenen italienischen Gebiete der Krone Spanien zurückgewinnen. Alberoni überzeugte das Königspaar, dass auf die Entwicklung der Flotte mehr ankomme als auf das Landheer.¹⁾ Der Ankauf fremder Schiffe ging Hand in Hand mit der rastlosen Arbeit auf den eigenen Werften. Nach zwei Jahren, im Sommer 1717, konnte eine ansehnliche spanische Kriegsflotte auf das Mittelmeer hinausfahren.

Wunderbar, wie Alberoni es bis dahin verstanden hatte, die Welt über seine eigentlichen Absichten zu täuschen. Den Papst hatte er denken lassen, dass es auf eine Unternehmung gegen die Ungläubigen abgesehen sei. Alberoni erwartete eben damals seine Ernennung zum Kardinal. Dieselbe sollte seinem Ansehen in Spanien und in der Welt zu gute kommen; sie erfolgte wirklich im Juli 1717. Mit grosser Spannung blickten die Politiker aller Länder nach dem Süden Europas, wo täglich der Kriegszustand von neuem beginnen konnte. Der englische Gesandte in Madrid, Georg Bubb, meinte noch am 9. August, als die Flotte Barcelona längst verlassen hatte, dass Italien das Ziel sei. In diesem Jahre werde wohl nicht mehr viel geschehen, allem Anscheine nach werde aber im nächsten Frühling Italien der Schauplatz eines Krieges werden, ganz so gewaltig und blutig wie der letzte gewesen.

Der Zeitpunkt war für einen Angriff auf kaiserliches Gebiet nicht ungünstig gewählt. Österreich war im Türkenkriege begriffen und darum kaum imstande, grössere Streitmassen auf die Verteidigung seiner italienischen Staaten zu verwenden. Im Augenblicke konnte Alberoni sich auch darauf berufen, dass der Kaiser selbst es sei, der kürzlich seine feindlichen Absichten gegen Spanien bewiesen habe. Der Grossinquisitor Molines war auf der Durchreise in Mailand verhaftet und gefangen gesetzt worden.

Die spanische Flotte, aus zwölf Kriegs- und hundert Transport-

¹⁾ Vgl. Armstrong Elisabeth Farnese p. 102.

schiffen bestehend, nahm ihren Kurs auf Sardinien. Das Festland von Italien anzugreifen, hielt Alberoni noch für gefährlich, da Karl VI. alsdann vielleicht schnell mit den Türken Frieden schliessen und seine Truppen aus Ungarn nach Italien werfen würde. Sardinien konnte sich gegen die Spanier nicht behaupten. Die Bevölkerung hing noch an ihren alten Herren und erleichterte die Eroberung. Immerhin vergingen einige Monate, bis die spanische Herrschaft auf der Insel wieder aufgerichtet war. In Madrid scheint man mit dem Erfolg der Expedition anfangs gar nicht recht zufrieden gewesen zu sein.¹⁾

In Wien erregten die Nachrichten von den Rüstungen Spaniens und von dem Angriffe auf Sardinien grosse Bestürzung. Nur die Spanier am Hofe waren wirklich erfreut, da sie nun den Krieg, auf den ihre Hoffnung gerichtet war, für unvermeidlich hielten.²⁾ Zunächst glaubten die österreichischen Minister freilich nicht, dass viel zu fürchten sei. Vom Festlande Italiens würde man die Spanier, falls sie landen sollten, zum Winter wieder verjagen, in Sardinien aber müsse das Klima den Truppen verhängnisvoll werden. Günstig war es auch, dass der Regent von Frankreich offenbar nichts mit der Sache gemein hatte. Man war in Wien mit seiner Haltung völlig zufrieden. Der englische Gesandte Stanyan verfehlte nicht, darauf hinzuweisen, dass dies vornehmlich dem englisch-französischen Bündnisse zu danken sei und Sinzendorff gab gern zu, dass die Hofburg ja von der Verurteilung desselben auch zurückgekommen sei.

Nach dem Vertrage vom 25. Mai (a. St.) 1716 war England unzweifelhaft verpflichtet, dem Kaiser gegen Spanien zu Hilfe zu kommen, wenigstens dann, wenn eine gütliche Ermahnung ohne Erfolg blieb. So wurden denn Volkra und Hoffmann beauftragt, den Londoner Hof mündlich und schriftlich darauf hinzuweisen, dass der Bündnisfall vorliege. Ihre Denkschrift sollte „weder Verachtung der Gefahr noch aber auch einige unanständige Furcht in sich halten.“³⁾ Die beiden kaiserlichen Gesandten befolgten pünktlich dem Befehl.⁴⁾ Übrigens hatten sie im Sinne desselben schon vor-

¹⁾ Bubb berichtet 11. Okt.: *I saw the Cardinal and he seemed to be in a very good humour, so that the little success of the enterprise against Sardinia has made no impression to his prejudice or else he knows very well how to dissemble it.* R. O.

²⁾ Stanyan an Sunderland, 28. Aug. 1717. R. O.

³⁾ Weisung an Volkra u. Hoffmann, 11. Aug. 1717. W. St. A.

⁴⁾ Ihr Memoire war vom 17./28. Aug. datiert. W. St. A.

her Schritte beim englischen Hofe gethan. Auf ihr Betreiben¹⁾ war am 10. August ein Kurier nach Madrid geschickt worden, mit der Weisung an Bubb, sich mit Beschwerden an Alberoni zu wenden. Da die englischen Minister Alberoni immer noch für einen eifrigen Freund Englands hielten, so sollte Bubb seine Vorstellungen in der freundschaftlichsten Form anbringen, auch eine allenfalls notwendige Denkschrift für König Philipp in den respektvollsten Ausdrücken halten. Hoffmann konnte gegenüber Sunderland und Addison, die ihm dies vorlasen, seine Meinung nicht verbergen, dass die Worte *amicable* und *respectful* „sehr schlechten Nachdruck in sich führten.“

Alberoni wollte die gute Meinung, welche man in England von ihm hatte, ungern verlieren. Er erklärte Bubb, dass er für seine Person bei dem ganzen Unternehmen nur das ausführende Werkzeug gewesen sei. Der König, behauptete er, war so bestimmt in seinem Entschlusse, dass er durch nichts, was er, der Minister ihm sagen konnte, davon abzubringen war.²⁾ Alberoni hat die Rolle des lediglich nach höherem Befehl Handelnden fortan mit grossem Geschick weitergespielt. Dass die Zeitgenossen ihm geglaubt haben, bis sie durch die Ereignisse selbst belehrt wurden kann nicht wunderbar erscheinen; viel mehr aber, dass in neuerer Zeit immer noch Versuche gemacht worden sind, Alberoni von der Schuld an jener verwegenen Politik Spaniens freizusprechen.

Die Antwort auf Bubbs Denkschrift³⁾ führte weitläufig aus, wie der Kaiser seit Jahren, allen Verträgen zuwider, den König von Spanien beleidigt und herausgefordert habe, von der widerrechtlichen Verteidigung Majorkas bis zur jüngsten Verhaftung des Grossinquisitors. Zum Schlusse kam das heuchlerische Versprechen, damit alle Welt erkenne, dass König Philipp nicht die Zeit benutzen wolle, während der „Erzherzog“ im Kampfe mit den Türken begriffen sei, so solle es nun bei der Einnahme Sardiniens sein Bewenden haben, die Entsendung neuer Streitkräfte nach Italien nicht mehr erfolgen.

So wenig diese Antwort befriedigen konnte, von einem Bruche mit Spanien war England noch weit entfernt. Die Staatssekretäre hatten den beiden österreichischen Diplomaten schon erklärt, dass derselbe nicht erfolgen könne, solange nicht Holland der Allianz

¹⁾ Addison an Bubb, 30. Juli (a. St.) 1717. R. O. Hoffmann, 13. Aug. 1717. W. St. A.

²⁾ Bubb an Addison, 30. Aug. 1717. R. O.

³⁾ Bubbs Memoire ist vom 26. Aug. 1717 datiert, die Antwort (in Gestalt eines Briefes des Marquis de Grimaldo an Bubb) vom 7. Sept. 1717. R. O.

mit dem Kaiser beigetreten sei. Denn sonst würden ja die Holländer alle Vorteile des Handels nach Spanien und Westindien allein geniessen und das könnten die Minister vor der Nation nicht verantworten.¹⁾ Immerhin wollte man unter der Hand allmählich eine hinreichende Anzahl von Kriegsschiffen in's Mittelmeer senden, um dort jederzeit energisch auftreten zu können. Dabei war übrigens die Hoffnung auf friedliche Beilegung des Streites noch keineswegs aufgegeben. Demnächst sollte der Oberst Wilhelm Stanhope, ein Vetter des Ministers, als Nachfolger Bubbs nach Spanien gehen. In seinen privaten Instruktionen ward er beauftragt, falls er Neigung zu einem Ausgleich entdeckte, den Spaniern jene Vorteile in Aussicht zu stellen, über welche Stanhope schon in Hannover mit Pendtenriedter verhandelt hatte, die Anwartschaft eines spanischen Prinzen auf die Gebiete des Hauses Parma, die Verfügung über Toscana durch Vertrag, die Erklärung beider Staatengruppen zu Reichslehen. Sollte, so besagte noch eine geheime Instruktion²⁾, sich ein Ausgleich auf dieser Grundlage vielleicht durch Alberoni erreichen lassen, so darf Oberst Stanhope ihm im Namen des Königs ein Geschenk von 40 000 Pistolen überreichen. So sehr verkannte man in London den wahren Charakter Alberonis.

Unter dem Eindrucke des spanischen Friedensbruches wurden im Spätjahr 1717 die Verhandlungen über den grossen Plan Stanhopes wieder aufgenommen. Der Kaiser bedurfte der anderen grossen Mächte unbedingt; diese ihrerseits waren eben damals zur Rücksicht auf die habsburgische Macht umso geneigter, als kürzlich Prinz Eugen seinen grossen Sieg bei Belgrad erfochten und der Welt die alte Tüchtigkeit der österreichischen Waffen von neuem vor Augen geführt hatte. So sollte nun der Vertrag in London zum Abschlusse kommen. Den Ministern Georgs I. fiel die Aufgabe zu, zwischen Österreich und Frankreich zu vermitteln. Der Regent sandte Dubois, der Kaiser wieder den Reichshofrat von Pendtenriedter.

Am 7. Oktober verliess Pendtenriedter Wien, kam am 20. nach Köln; er wollte weiter über Ostende nach England reisen, als er einen Brief des Freiherrn von Heems aus dem Haag erhielt, der ihn ersuchte, seinen Weg über Holland zu nehmen, damit nicht die Generalstaaten glauben möchten, er wolle die beabsichtigte Verhandlung vor ihnen geheim halten. Das Verhältnis zwischen

¹⁾ Volkra und Hoffmann 30. Aug./10. Sept. 1717. W. St. A.

²⁾ Alle Instruktionen für Will. Stanhope sind vom 17. Aug. (a. St.) 1717 datiert. R. O.

Österreich und Holland war noch immer nicht befriedigend, der Streit um die Ausführung des Barrière-Vertrages noch nicht zu Ende, der davon abhängig gemachte Beitritt der Generalstaaten zur englisch-österreichischen Allianz nicht erfolgt. An der Erreichung dieses Zieles war den Engländern vielleicht noch mehr gelegen als dem Kaiser. Cadogan war kürzlich, als die Fahrt der Spanier nach Sardinien in London bekannt geworden, als ausserordentlicher Gesandter nach dem Haag gegangen. Er sollte, wie er nun Pendtenriedter mitteilte¹⁾, jene Schwierigkeiten beseitigen und alsdann Sorge tragen, dass auch die Holländer, falls es zum Kriege mit Spanien kommen sollte, sich beteiligten und wenn sie auch nur wenige Schiffe in's Mittelmeer sandten.

Pendtenriedter gab den Holländern gute Worte und setzte seinen Weg fort. Am 1. November kam er in London an. Da Dubois, der schon seit einem Monat in England war, im Palaste von Hamptoncourt wohnte, so ward daselbst für Pendtenriedter, der übrigens in London blieb, ebenfalls ein Zimmer eingeräumt.²⁾ Die Instruktion für den österreichischen Diplomaten stimmte zum guten Teile mit derjenigen überein, die ihm unter dem 16. Januar 1717 nach Hannover gesandt worden war. In der Hauptsache hatte sich der Kaiserhof also die Gedanken des Stanhopeschen Projektes zu eigen gemacht. Dieses Mal lagen der Instruktion drei Vertragsentwürfe bei, die beiden ersten darnach eingerichtet, ob der Vertrag mit oder ohne Spanien geschlossen werde, der dritte den durch die Eroberung Sardiniens veränderten Umständen entsprechend. Die Aussicht auf die Erwerbung Siciliens hatte den Kaiser für den hannövrischen Plan gewonnen und blieb für ihn auch der Punkt, auf den alles ankam. Da „der uns durch diesen Traktat zukommende Nutzen“, sagt Karl VI., „vorderist in Erwerbung Siciliens besteht“ so will er, ehe er hierin nicht befriedigt ist, auch den übrigen Vertragsmächten zu nichts verpflichtet sein. Sie sollen von vornherein ihre Unterstützung zusagen, falls bei einem Widerstande des Herzogs von Savoyen die Insel mit Gewalt genommen werden müsste; „welches Er Unser Reichshofrat bei der Handlung deutlich zu erklären und darauf als den Hauptpunkten seiner Negotiation als *conditione sine qua non* beständig zu beharren hat.“ Auch die 1703 an Savoyen abgetretenen mailändischen Gebiete nebst Montferrat soll der Ge-

sandte „mit ernstlicher Anstellung“ dem Kaiser gegen Abtretung Sardiniens zu verschaffen suchen. Doch braucht er, da sich dies schwerlich erreichen lasse, nicht darauf zu bestehen.

Was dann die Zusagen Karls VI. betrifft, so wollte er die britische Thronfolge wohl garantieren, aber nicht ausdrücklich in der protestantischen Linie — der römische Kaiser durfte dies nicht zugestehen — sondern nur nach der alten Formel, nämlich diejenigen Nachfolger Georgs I. jederzeit anerkennen zu wollen, welche von den Gesetzen und dem Parlamente für Könige in Grossbritannien geehrt und gehalten würden. Inbezug auf Philipp V. wollte der Kaiser wieder keine andere Erklärung abgeben, als dass er den gegenwärtigen Besitzer Spaniens und seine ehelichen Nachkommen in ihrem Besitze nicht stören wolle. Womöglich sollte auch das Erbrecht des Hauses Österreich anerkannt werden, falls die Linie Anjou aussterben oder Spanien wieder verlassen würde. Eigenhändig fügte der Kaiser endlich der Instruktion noch die Bemerkung hinzu, dass jetzt, nach dem Friedensbruche, der Beitritt Spaniens zum Vertrage nicht anders als indem dasselbe Opfer bringe, gestattet werden dürfe. Es müsse ausser der Rückerstattung Sardiniens entweder ihm noch Majorka abtreten, oder wenigstens Porto Longone, d. h. jenen Landstrich auf Elba, der nach dem Utrechter Frieden noch in spanischem Besitze verblieben war.¹⁾

Die ersten Auseinandersetzungen, welche Pendtenriedter mit den englischen und hannövrischen Ministern und mit Dubois hatte, lehrten ihn, dass man noch unendlich weit vom Ziele entfernt war.²⁾ Schier unüberwindliche Schwierigkeiten erhoben sich auf allen Seiten. Wenn der kaiserliche Gesandte an die Pflichten erinnerte, welche England durch das Bündnis mit dem Kaiser im vorigen Jahre auf sich genommen habe, so ward ihm erwidert, dass es sich diesen Pflichten in der That keineswegs entziehen wolle. Aber einen Krieg mit Spanien ohne die Teilnahme der Generalstaaten, die dann den ganzen spanischen Handel an sich reissen würden, könne England nicht unternehmen. Und regelmässig folgte dann die im Munde der englischen Minister jener Tage allzu beliebte Phrase, dass sie einen solchen Rat nicht geben dürften, ohne ihren Kopf zu riskieren. Wozu aber, war darauf Pendtenriedters Einwand, ist der Vertrag denn überhaupt geschlossen worden? Stanhope antwortete, England sei ja auch bisher nicht unthätig gewesen; und

¹⁾ Pendtenriedters Bericht, Haag, 26. Okt. 1717. W. St. A. Cadogans Instruktion vom 21. Aug. (a. St.) 1717. R. O.

²⁾ Hoffmann, 2. Nov. 1717.

¹⁾ Die Instruktion Pendtenriedter vom 27. Sept. 1717. W. St. A.

²⁾ Nach Pendtenriedters Berichten im W. St. A.

er verwies auf die Verhandlungen Bubbs und des Obersten Stanhope in Madrid. Es könne den Österreichern doch gleich sein, ob sie durch die Waffen oder durch Güte ihren Zweck erreichten.

Für das letztere war freilich eben wenig Aussicht vorhanden. Alberoni war dem Obersten Stanhope voller Hochmut begegnet. Von den ihm mitgeteilten Bedingungen des Vertrages wollte er nichts hören. Ganz Italien würde bald eine österreichische Provinz sein; England und Frankreich sollten die von König Philipp geschaffene Gelegenheit benutzen, um eine richtigere Machtverteilung in Italien herzustellen. Alberoni schmeichelte sich damals mit der Hoffnung, im Gegensatz zu England, aber im Bunde mit Frankreich und Holland den Krieg gegen Karl VI. führen zu können.¹⁾ Die Engländer aber waren durch seine Haltung völlig überrascht, man sprach von ihm wie von einem Wahnwitzigen; das Schlimmste war der Verdacht, dass er von der englischen Opposition selbst ermutigt werde, die dem Ministerium Verlegenheiten bereiten wollte.²⁾

Aber auch von einer Verständigung mit Frankreich war man noch weit entfernt. Dubois erklärte Pendtenriedter, der Regent dürfe mit dem Kaiser keinen Vertrag schliessen, ohne eine Garantie für den Thron Philipps V. zu erhalten, d. h. ohne die kaiserliche Verzichtleistung auf Spanien. Auch könne der Herzog von Orleans Sicilien nicht dem Kaiser zusprechen, denn das hiesse den Utrechter Vertrag umstürzen, auf dem seine eigene Stellung beruhe. Im Grunde entsprang diese zweifelhafte Haltung des Regenten nur den Gefahren seiner Stellung. Die sogenannte spanische Partei bot alles auf, ihn von dem Vertrage zurückzuhalten. Dubois behauptete³⁾, dass unter 20 Franzosen nicht zwei seien, welche nicht den Krieg dem Vertrage vorziehen würden. 40 000 Soldaten, sagte man, zehren unnötigerweise an dem Wohlstand des platten Landes. Wäre es nicht weit besser, dieselben nach Italien zu schicken, um sie dort auf fremde Kosten zu ernähren? Selbst im Rate des Regenten war diese Ansicht vertreten.

Aber selbst die englischen Minister kamen mit Zumutungen auf, welche der Kaiser nach Pendtenriedters Meinung nicht eingehen konnte. Auch sie forderten die Verzichtleistung auf Spanien. Die englische Nation, erklärte Sunderland, werde dem Kaiser, der

¹⁾ Vgl. Weber S. 48.

²⁾ Pendtenriedter an den Marquis de Rialp. London 2. Nov. 1717. W. St. A.

³⁾ Pendtenriedter an Königsegg, 18. Nov. 1717. W. St. A.

ohnehin so mächtig sei — alle Welt stand noch unter dem Eindrucke des Sieges bei Belgrad — keine Vergrößerung seines Gebietes zugestehen, solange sie glauben müsste, dass er die geringste Absicht auf Spanien habe. Als am 23. November Stanhope und Sunderland bei Pendtenriedter erschienen und einen neuen Vertragsentwurf¹⁾ vorbrachten, nach welchem der Kaiser Philipp V. anerkennen, die protestantische Thronfolge Englands garantieren, Victor Amadeus mit Sardinien entschädigen sollte, fragte der kaiserliche Gesandte bei seinem Herrn an, ob wohl sein längeres Verweilen in London jetzt noch von Nutzen sein könne.

Eine Woche später verliess auch der Abbé Dubois die englische Hauptstadt. Er ging nach Paris, um sich in persönlicher Auseinandersetzung mit dem Regenten zu überzeugen, ob dieser den Vertrag überhaupt schliessen wolle. Jüngst schien er gänzlich dem Einflusse der spanischen Partei verfallen zu sein, die ihn geradezu in einen Krieg mit dem Kaiser hineinzutreiben, mindestens aber von der Teilnahme am Vertrage zurückzuhalten suchte. Schon ward von einem Einfall der Franzosen in die von Truppen entblössten österreichischen Niederlande gesprochen. Aber der Einfluss Dubois' genügte, um den Regenten wieder auf die alte Bahn zu leiten.²⁾ Er erklärte sich zum Vertrage bereit, wenn nur der Kaiser auch die nötige Rücksicht auf Spanien beweise. Karl VI. sollte erstlich den Verzicht aussprechen, zweitens neben Parma und Piacenza auch Toscana einem Sohne Philipps V. bestimmen. Von solchen Zugeständnissen war der Kaiser freilich noch weit entfernt; aber die Verhandlung konnte nun doch aufgenommen werden. Der Abbé kehrte wieder nach London zurück, wo er am 31. Dezember 1717 eintraf.

Er kam mit einer Vollmacht zur Unterzeichnung des Vertrages. Aber noch war Pendtenriedter ohne Antwort auf seinen Bericht vom 23. November, mit dem er, wie wir erzählt haben den neuen Vertragsentwurf Stanhopes eingesandt hatte. Erst am 1. Februar 1718 erhielt er die lange erwartete Weisung aus Wien. Dort war nach der Ankunft seines Berichts die Konferenz zusammengetreten und hatte sich mit Rücksicht auf die unsichere Weltlage für die Fortsetzung der Verhandlungen durch Pendtenriedter entschieden.³⁾ Er wurde dann beauftragt, zu versuchen, ob er England zu einer

¹⁾ Beilage zu Pendtenriedters Bericht vom 23. Nov. 1717. W. St. A.

²⁾ Wiesener II, p. 118—120.

³⁾ Vgl. Weber S. 55—56.

Offensiv-Allianz bewegen könne. Wenigstens müsse aber nun eine britische Flotte in's Mittelmeer gesandt werden. In einem wichtigen Punkte war Karl VI. jetzt auch zu einem Zugeständnis bereit. Wenn Dubois eine förmliche Verzichtleistung des Kaisers auf Spanien fordern sollte, so durfte Pendtenriedter in seinem Namen eine solche zu Gunsten Philipps V. und seiner Nachkommenschaft aussprechen. Eine andere allerdings nicht, diese müsse dem Regenten genügen, weil schon dadurch sein Recht auf die französische Krone gesichert sei. Denn durch keinen andern als Philipp V. werde ja dieses Recht angefochten. Zu einer allgemeinen, unbeschränkten Verzichtleistung auf Spanien konnte der Kaiser sich noch nicht entschliessen.¹⁾

Im Besitze dieser Weisung wollte Pendtenriedter die Verhandlung zunächst mit den englischen Ministern beginnen. Aber diese waren plötzlich nicht mehr zu haben. Stanhope, der auch als erster Lord des Schatzes noch der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik blieb, hatte sich entschlossen zur Erreichung des Zieles einen neuen Weg zu beschreiten. Ohne den Bescheid des Kaisers abzuwarten, wollte er sich zunächst des Regenten versichern. Nach Dubois' Abreise hatte der Einfluss der spanischen Partei sich von neuem geltend gemacht. Überhaupt war die Haltung Frankreichs ungewiss und schwankend, nach den Ereignissen wechselnd. Die kriegerischen Absichten der Spanier, die Haltung Alberonis, kürzlich eine schwere Krankheit, welche das Leben Philipps V. bedroht hatte, ferner die Erfolge der kaiserlichen Waffen gegen die Türken, alles übte auf den Regenten seinen Einfluss. So hielt denn Stanhope es für nützlich, zuerst mit ihm, dann erst mit dem Kaiser in's Reine zu kommen. Denn des letzteren Haltung war doch soweit konsequent dass er sich eben nur allmählich ein Zugeständnis nach dem andern entwinden liess. Lukas Schaub, den wir aus Wien kennen, war nach Stanyans Ankunft, nach London zurückgekehrt. Er war gerade der geschickte Unterhändler, den Stanhope brauchte. Ein dritter Entwurf ward aufgesetzt. Er war in der Form eines Bündnisses zwischen England, Frankreich, Holland und dem Kaiser abgefasst, wie es unter dem Namen der Quadrupel-Allianz alsdann wirklich — wenn auch zunächst ohne die Teilnahme Hollands — geschlossen worden ist. Schaub sollte mit diesem Entwurfe nach Paris gehen und wenn er sich mit dem Regenten verständigt hätte, nach Wien reisen und dasselbe bei Karl VI. versuchen. In dieser

¹⁾ Weisung an Pendtenriedter, 17. Jan. 1718. W. St. A.

Behandlung der Sache wollte Stanhope sich nun auch nicht stören lassen. Einen Tag vor Schaub's Abreise erhielt Pendtenriedter seine neue Weisung. Die englischen Minister liessen sich aber nicht sprechen, nur den deutschen konnte Pendtenriedter in Gegenwart Schaub's seinen Vortrag halten. Stanhope und Sunderland sah er erst, als Schaub London verlassen hatte.¹⁾

Der Herzog von Orleans zeigte grosse Bereitwilligkeit, den Vertrag in der Form, wie er ihm jetzt vorgelegt wurde, anzunehmen.²⁾ Schaub und der Gesandte Lord Stair gingen mit ihm in sechs Konferenzen alle Einzelheiten durch. Kein wichtiger Punkt ward geändert. Der Regent, den nahen Abschluss vor Augen, fühlte in sich Kraft genug, um sich durch den Widerstand seiner Ratgeber, vor allem des Marschalls d'Huxelles, nicht einschüchtern zu lassen. Die Angriffe, welche dieser gegen das ganze Werk, wie gegen die einzelnen Punkte richtete, wurden von Schaub und Stair mit Schärfe zurückgewiesen. Der Regent aber sprach ihnen später ausdrücklich seine Genugthuung darüber aus. Er erblickte, wie sich daraus ergibt, in dem Vertrage eine wichtige Grundlage seiner persönlichen Macht. In diesem Sinne trat er dafür ein. Ja, er stimmte lebhaft zu, als Schaub von der Notwendigkeit sprach, wenn das Werk vollendet sei, diejenigen Personen, welche ihm feindlich gewesen, aus der Regierung zu entfernen. König Georg selbst halte es für seine Pflicht, ihm diesen Wink zu erteilen. „Es ist,“ erwiderte Orleans dankbar, „nicht nur der Rate eines Freundes, sondern eines Vaters. Sie können den König versichern, dass ich darnach handeln werde, wenn erst der Vertrag geschlossen ist.“ In der That, der Regent hätte die Stütze, welche er an England gewonnen hatte, jetzt, da er sich der Politik Georgs I. anschloss, vollends nicht mehr entbehren können.

Am 8. Februar war Schaub in Paris angekommen; am 18. konnte er seine Reise nach Wien fortsetzen.

Er fand die Hofburg in ziemlich übler Stimmung. Dieselbe erblickte und nicht ganz ohne Grund, eine Kränkung darin, dass das englische Ministerium einen dritten Vertragsentwurf in die Welt gesetzt habe, ohne des Kaisers Entscheidung über den zweiten

¹⁾ Pendtenriedter, 8. Febr. 1718. W. St. A.

²⁾ Schaub giebt selbst einen Überblick über die Verhandlungen in Paris in einem Schriftstück: Relation de ce qui s'est passé dans les conférences que Mylord Stair jet moi avons eues avec le Régent de France etc. datiert aus Wien, 14. März 1718. R. O.

abzuwarten.¹⁾ Schaub begann nun in Gemeinschaft mit St. Saphorin, der jetzt britischer Gesandter in Wien war, die Verhandlungen mit den österreichischen Ministern. Den neuesten, vom Regenten genehmigten Entwurf überreichten sie zusammen mit einer Note²⁾, in der sie alle Vorteile des Vertrages noch einmal auseinandersetzen. „Sie haben nichts darin vergessen,“ sagte ihnen Prinz Eugen lächelnd und sie wussten nicht, ob diese Worte ein Lob oder ein Tadel sein sollten. Viel Hoffnung auf Erfolg hatten sie nicht. Zunächst machten sie sich darauf gefasst, dass bei dem umständlichen Verfahren des Wiener Hofes ein Monat verfließen würde, ehe eine Entscheidung erfolgte.³⁾ Diese Frist mochten sie also benutzen, um die einzelnen Minister günstig zu stimmen. Zwei Artikel waren es namentlich, welche eine harte Zumutung für den Wiener Hof bedeuteten. Der erste betraf die allgemeine Verzichtleistung auf Spanien, der zweite die Forderung Toskanas für den Sohn Philipps V. Und es war peinlich, dass der Regent noch eine von Stanhope angebrachte Klausel, nach welcher Pisa als Freistaat von Toskana losgetrennt werden sollte, wieder gestrichen hatte. Diese beiden Punkte bildeten eigentlich die einzige Schwierigkeit. Denn ein paar andere, an denen die Österreicher Anstoss nahmen, wurden leicht erledigt, indem der Regent auf eine Anfrage Schaub's ohne weiteres nachgab.⁴⁾ Auch das Bedenken, dass der Kaiser im Vertrage dem Herrscher Spaniens den Königstitel beilegen sollte, während er selbst von jenem noch als der „Erzherzog“ bezeichnet zu werden pflegte, konnte doch kein Hindernis bilden. Schaub und St. Saphorin boten alles auf, um den Anschluss Karls VI. zu gewinnen. St. Saphorin verstieg sich selbst zu der kecken Drohung, dass, wenn der Kaiser sich weigere, er auch auf Englands Unterstützung gegen Spanien — die ihm, wie wir wissen, vertragsmässig zugesichert war — nicht mehr rechnen dürfe.⁵⁾

Die beiden britischen Diplomaten wären ihres Erfolges sicherer gewesen, wenn nicht neben der ihrigen eine andere Verhandlung am Wiener Hofe geführt worden wäre. Karl VI. hatte Viktor Amadeus auf dem Wege über London die Kunde zugehen lassen⁶⁾,

dass er einer direkten Verständigung nicht abgeneigt und einen savoyischen Gesandten zu empfangen bereit sei. Natürlich ging Viktor Amadeus darauf ein. Sein Gesandter, hiess es, verhandle mit dem Prinzen Eugen, habe auch eine grosse Summe aufgenommen und einer der österreichischen Minister, meinte St. Saphorin, werde wohl die Güte gehabt haben, sie anzunehmen. Von einer Heirat des Prinzen von Piemont mit einer Erzherzogin ward gesprochen. Kein Zweifel, wenn Karl VI. auf diesem Wege Sicilien erhielt, so war er für die Quadrupel-Allianz nicht mehr zu haben. Schaub und St. Saphorin hielten es nicht für überflüssig, alle Mühe aufzuwenden, um den Inhalt dieser unheimlichen Verhandlungen zu erfahren¹⁾ und den Ministern gerade heraus zu erklären, dass König Georg bei der stuartischen Abstammung der Savoyer jene Heirat so ansehen würde, als solle eine Erzherzogin dem Prätendenten selber vermählt werden.²⁾

Da ward den beiden britischen Diplomaten eine höchst angenehme Überraschung bereitet, als ihnen Graf Sinzendorff am 4. April die Eröffnung machte, der Kaiser habe sich, obwohl die Bedingungen des ihm vorgelegten Vertrages teilweise hart seien, doch zur Annahme desselben entschlossen. Er sei also bereit — darauf kam es ja zunächst an — den beiden Forderungen hinsichtlich Toskanas und der Verzichtleistung zu genügen. Nur einige unbedeutende Änderungen in dem Plane anzubringen, könne er sich allerdings nicht nehmen lassen, werde aber darin hoffentlich nun auch auf die Gefälligkeit des Regenten und des Königs Georg rechnen dürfen. Pendtenriedter sollte den Beschluss des Kaisers dem englischen Hofe mitteilen und diesen zugleich ersuchen, nunmehr die versprochene Flotte unverzüglich in's Mittelmeer zu senden. Auch Schaub riet jetzt Stanhope dringend zur Entsendung der Flotte, damit er alsdann in der Quadrupel-Allianz ein Werk vollendet sehen könne, welches ihn unsterblich machen müsse.³⁾

In Paris und London nahm man mit gleicher Befriedigung von des Kaisers Entschluss Kenntnis. Hoffmann berichtet, welcher hohe Freude ihm und Pendtenriedter bei Hofe bezeugt wurde; „ein

¹⁾ Schaub an Stanhope, 19. März 1718. R. O.

²⁾ Datiert vom 14. März 1718. R. O.

³⁾ St. Saphorin und Schaub an Stair, 16. März 1718. R. O.

⁴⁾ Stair an St. Saphorin und Schaub, Paris 1. April 1718. R. O.

⁵⁾ St. Saphorin an Stanhope und Sunderland, 23. März 1718. R. O.

⁶⁾ Weisung an Pendtenriedter, 17. Jan. 1718. W. St. A.

¹⁾ Auszug aus einem Briefe des französischen Geschäftsträgers du Bourg an Huxelles. Wien, 26. März 1718. R. O.

²⁾ St. Saphorin an Robethon, 26. März 1718. R. O.

³⁾ St. Saphorin an Sunderland und Stanhope, 5. Apr. 1718. R. O. Weisung an Pendtenriedter, 6. Apr. 1718. W. St. A. Schaub an Stanhope, 5. Apr. 1718. R. O.

Zeichen," fügt er hinzu, „in was grossen Ängsten man allhier von einem neuen schweren Krieg gestanden ist, im Fall Ew. Kaiserliche Majestät sich zu diesem vorgeschlagenen Traktat nicht verstanden hätten. Dero Moderation und von der Beibehaltung des Ruhestandes in Europa hegendes Anliegen wird absonderlich hochgepriesen und den herrlichsten Siegen, so Ew. Kaiserliche Majestät über Dero Feinde gewinnen können, vorgezogen.“ Die Minister erklärten, dass die Flotte möglichst bald nach dem Mittelmeere abgehen sollte. Und Dubois schrieb einen Brief an St Saphorin voll der schmeichelhaftesten Wendungen.¹⁾

Immerhin blieben noch genug Schwierigkeiten zu überwinden. Jetzt folgten erst die Verhandlungen Schaub's und St. Saphorin's mit den österreichischen Ministern über die Änderungen, welche in dem Entwurfe noch anzubringen seien. In langen Konferenzen wurden alle Einzelheiten durchgesprochen; mit grosser Beharrlichkeit verfochten die Österreicher dabei das Interesse des Kaisers. Manches Mal kamen dann die beiden britischen Diplomaten mit dem Einwand, dass der Kaiser versprochen habe, alle wesentlichen Punkte unverändert zu lassen, während jetzt hier oder dort noch Änderungen verlangt würden, welche das Wesen der Sache betreffen, man nehme mit der einen Hand zurück, was man mit der andern gegeben habe. Sie blieben standhaft, als die Kaiserlichen jenen Artikel umstossen wollten, der das Erbrecht auf Spanien nächst der Linie Philipps V. dem Hause Savoyen verlieh. Sie gaben es ebensowenig zu, dass von der Garantie der Staaten Georgs I. durch die drei übrigen Mächte die deutschen Lande, oder auch nur Bremen und Verden, ausgenommen würden. In anderen Punkten setzten die Kaiserlichen ihren Willen durch. In der Einleitung des ganzen Vertrages war mit verfänglicher Offenheit verkündet worden, dass die grossen Mächte das Recht hätten, die zwischen anderen schwebenden Streitfragen aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden. Die ganze Einleitung musste auf Verlangen der Österreicher gestrichen werden.²⁾ Sie erreichten es auch, dass sich der Kaiser verpflichtete, nicht, wie es im Entwurfe hiess, die Zustimmung des Reiches zur Nachfolge des spanischen Infanten in Parma, Piacenza und Toskana zu verschaffen — er würde seine

¹⁾ Stair an Stanhope, 14. Apr. 1718. R. O., Hoffmann, 19. Apr., Pendtenriedter, 22. Apr. 1718. W. St. A. Dubois an St. Saphorin. London 12. Apr. 1718. R. O.

²⁾ Ich gedenke, diese interessante Frage an anderem Orte ausführlicher zu behandeln.

Rechte überschreiten, erklärten die Minister — sondern nur, sich um jene Zustimmung ernstlich zu bemühen. Ferner war nach Wien die Kunde gekommen¹⁾, dass der Regent den Spaniern das Anerbieten hatte machen lassen, falls sie den Vertrag annähmen, so dürften sie, noch ehe der Erbfall einträte, spanische Besetzungen in die wichtigsten Plätze der drei italienischen Staaten legen, in welchen später das Haus Bourbon herrschen sollte. Das wollten die kaiserlichen Minister nicht zugeben. Es nützte Schaub und St. Saphorin nichts, dass sie standhaft behaupteten, niemand hege diese Absicht. Sie mussten einen geheimen Artikel zulassen, der es ausdrücklich untersagte. Schon hatte Karl VI. nach London geschrieben, dass er von der Einrückung dieses Artikels unter keinen Umständen absehen werde.²⁾ Wir werden wohl die Hoffnung des Kaiserhofes darin zu erkennen haben, dass am Ende der ganze Vertrag noch scheitern möchte. In diesem Falle sollte aber das Haus Bourbon auch noch gar nicht in Italien Fuss gefasst haben.

Am 4. April war den beiden Vertretern Georgs I. jene Erklärung von der Zustimmung Karls VI. zum Vertrage gegeben worden. Erst am 22. Mai konnten sie seine letzten Entschliessungen nach London berichten.³⁾ Sie suchten alles so darzustellen, als ob die geforderten Änderungen, so sehr sie selbst sich ihnen widersetzt hätten, doch in der That unbedeutend seien und unbedingt von England nunmehr auch dem Regenten gegenüber vertreten werden müssten. Um so mehr, als seit dem 4. April die Lage Österreichs sich erheblich gebessert habe. Nur von dem Kaiser hing es ab, in einem Monate den Frieden mit den Türken zu schliessen und also noch in diesem Jahre erhebliche Truppenmassen in seine italienischen Gebiete zu werfen. Auch der Stand der nordischen Verwickelungen sei weniger gefahrvoll als bisher. Und zu alledem hatte der Kaiser es in der Gewalt, seine Verhandlungen mit Viktor Amadeus zum Abschlusse zu bringen. Er brauchte diesem nur die Hand einer Erzherzogin und die Anwartschaft auf Toskana für den Prinzen von Piemont zu versprechen und war sicher, Sicilien zu erhalten, ohne ein Opfer dafür bringen zu müssen. Wenn also, schrieb St.

¹⁾ Wahrscheinlich durch den savoyischen Gesandten. Sicherlich war es nicht eine blosser Ahnung, wie Weber S. 63 meint. Stair (an Stanhope 12. Juni 1718. R. O.) erklärt es für unzweifelhaft, dass der Kaiser von dem Vorschlage gehört habe.

²⁾ Weisung an Pendtenriedter, 30. Apr. 1718. W. St. A.

³⁾ Zwei Berichte St. Saphorin's an Stanhope vom 22. Mai 1718. Dazu eine „Relation des conférences“ und andere Akten im R. O.

Saphorin an Dubois, indem er desselben artiges Schreiben vom 12. April jetzt beantwortete, wenn also der Regent diesen Modifikationen nicht zustimmt, so kann noch einmal alles in Frage gestellt werden. „Ich selbst aber, wenn ich um Modalitäten willen noch einmal von vorne beginnen sollte, würde mich etwa in dem Falle jenes Königs von Ägypten¹⁾ befinden, welcher es ruhig ertrug, seine Söhne niedergemetzelt, seine Töchter geschändet zu sehen, und erst Thränen vergoss, als man seinen Lieblingssklaven zum Tode führte. Seine Kraft, sagte er, war erschöpft durch die Grösse des früheren Unglücks, so dass er jetzt auch das kleinste nicht mehr zu tragen vermochte.“

In London und Paris war man voller Ungeduld den langwierigen Verhandlungen am Kaiserhofe gefolgt. Zu Pendtenriedter sagte der König: „In Wien braucht man mehr Zeit dazu, einen einzigen Entschluss zu fassen, als in London, eine ganze Flotte auszurüsten. Pendtenriedter war um die Antwort nicht verlegen und erwiderte dreist, in London wisse man in einer Stunde mehr zu fordern, als man in Wien in einem Jahre bewilligen könne.“²⁾

Als endlich mit jener Sendung vom 22. Mai der Vertragsentwurf wieder in London anlangte und die Minister die von den Österreichern darin angebrachten Änderungen und Zusätze sahen, fanden sie diese im allgemeinen nicht unbillig. Nun wurden „Anmerkungen“ zu den Wiener Änderungen verfasst und dem Regenten zugesandt.³⁾ Im allgemeinen waren dieselben in Österreich freundlichem Sinne und Tone abgefasst. Die Auffassung von St. Saphorin und Schaub, dass die Änderungen im Grunde die Hauptabsichten des Vertrages wenig berührten, war offenbar auch in London durchgedrungen.

Auch in Frankreich hatte die lange Verzögerung schon Besorgnisse erweckt⁴⁾, die nun durch die Ereignisse zerstreut waren. Die Aussichten des Vertrages waren daselbst nicht ungünstig. Schaub war wieder nach Paris zurückgekehrt und kam am 11. Juni daselbst an. Am nächsten Tage hatte er nebst Stair eine dreistündige Konferenz mit dem Herzoge von Orleans, welcher viele der Wiener Änderungen sofort annahm, bei anderen sich durch Schaub und Stair

dazu überreden liess, einige aber auch mit Entschiedenheit ablehnte. Ausführlich wurde die Frage der Garnisonen erörtert. Der Regent war durch die Zusagen seines Gesandten in Madrid gebunden, musste also einen Standpunkt einnehmen, der demjenigen des Kaisers gerade entgegengesetzt war. Er erwähnte zuletzt den Ausweg, dass man neutrale Truppen statt der spanischen in jene italienischen Plätze legen könnte; ein Gedanke, welcher auch in England erwogen wurde, der nun aber dem Wiener Hofe, als vom Regenten ausgehend, vorgeschlagen werden sollte.¹⁾ Orleans sprach von schweizer Soldaten, während Stair für die Verwendung englischer Truppen eintrat.²⁾

Mit der günstigen Haltung des Regenten war es aber bald vorüber. Bei der zweiten Konferenz, welche Stair und Schaub mit ihm hatten, war Marschall d'Huxelles, der schlimmste Feind des Vertragswerkes, zugegen. Orleans behandelte sie seitdem mit sichtlicher Kälte. Gegen die englischen „Anmerkungen“ hatte man in Paris „Gegenbemerkungen“ aufgesetzt; während Stair und Schaub erwarteten, dass man nun über diese mit ihnen verhandeln werde, übergang man sie einfach und sandte das Schriftstück nach London. Kein Zweifel, dass ein Umschwung am französischen Hofe eingetreten war. Der Regent hatte die Verhandlung von Paris nach London verlegt. Damit war Schaub's Anwesenheit in Paris überflüssig geworden. Stair entschloss sich, ihn nach London zurückzusenden, damit er dort die Lage der Dinge erkläre.³⁾ Der Regent gewährte den beiden Diplomaten noch eine Unterredung. Nur durch ein Wunder, sagte Stair, könne der Vertrag jetzt noch zustande kommen. Doch König Georg und der Kaiser hätten sich nichts vorzuwerfen. „Ich auch nicht“, fiel der Regent ein. Aber Ihre Minister, erwiderte Stair, die Sie doch haben gewähren lassen.

In der englischen Hauptstadt täuschte man sich nicht darüber, dass der Regent im Augenblick unter dem Einflusse der spanischen Partei stand und für das Gelingen des Vertrages damit wenig Aussicht übrig blieb. Dubois fühlte den Boden unter seinen Füßen wanken. Da fasste Stanhope den Entschluss, in eigener Person nach Paris zu gehen⁴⁾, um den Regenten wieder auf den rechten Weg

¹⁾ Offenbar ist die Erzählung bei Herodot III, 14 gemeint, die Wiedergabe freilich nicht ganz richtig.

²⁾ Pendtenriedters Bericht vom 13. Juni 1718. W. St. A.

³⁾ Remarks on the alterations made in the treaty of the Imperial Court. R. O.

⁴⁾ Stair an Craggs, 25. Mai, Craggs an Stair, 22. Mai (a. St.) 1718. R. O.

¹⁾ Pendtenriedter, 14. Juni. W. St. A.

²⁾ Relation (von Schaub's Hand) Paris, 12. Juni 1718. Stair (an Stanhope?) 15. Juni 1718. R. O.

³⁾ Stair an Stanhope. 18. 20. Juni 1718. Schaub's Relation vom 15. Juli 1718. R. O.

⁴⁾ Wir stimmen mit Pendtenriedter überein, welcher schreibt, dass die

zu führen und ihm zugleich behülflich zu sein, die gegnerischen Einflüsse aus der Regierung zu verdrängen. Dubois bat ihn flehentlich darum; vor der Welt erschien er als derjenige, welcher Stanhopes Reise angeregt hätte. Auch Pendtenriedter, welcher sah, wieviel Stanhope sich von seiner Anwesenheit in Paris versprach, stimmte eifrig zu. Und indem der englische Minister es wieder einmal unternahm, im Auslande für seine Politik zu wirken, so fasste er nun sogleich auch die Fortsetzung seiner Reise bis Madrid in's Auge. Die Haltung Spaniens war — wir werden gleich davon zu reden haben — höchst bedrohlich. Wenn es überhaupt möglich war, dort etwas in Güte zu erreichen, so war nur Stanhope selbst imstande, dies zu vollbringen. Und es war, als ob er sich in die Höhle des Löwen begeben wollte.

Zunächst kam er nach Paris; Schaub kehrte mit ihm dahin zurück.¹⁾ Auf den Regenten hatte schon die Nachricht von der bevorstehenden Reise einen vorteilhaften Eindruck gemacht. Er stellte Stair, als sich dieser über den Mangel an Vertrauen beklagte, ein sehr ehrendes Zeugnis aus. Den englischen Minister empfing er mit aller Auszeichnung, die seinem Range gebührte. Auch dass kürzlich die englische, in's Mittelmeer bestimmte Flotte wirklich abgefahren war, sowie dass die unter Vermittelung der Seemächte geführten Friedensverhandlungen mit der Pforte einen baldigen Abschluss verhießen, wirkte günstig auf die Haltung des Regenten. Stanhope vermochte ihn ohne alle Schwierigkeiten zu bewegen, die in den „Gegenbemerkungen“ enthaltenen neuen Forderungen wieder aufzugeben. Das Weitere wollte Orleans nur mit Stanhope allein — d. h. mit Ausschluss Stairs — festsetzen. Nach anfänglicher Weigerung liess sich der englische Minister am 1. Juli in aller Heimlichkeit in das Kabinett des Regenten führen. Den Gegenstand der Beratung bildete eine von englischer Seite vorgeschlagene Konvention, ähnlich derjenigen, welche im Oktober 1716 durch Stanhope und Dubois in Hannover unterzeichnet worden war. Dieses Mal handelte es sich um ein Abkommen, welches, zwischen England und Frankreich geschlossen, den Regenten verpflichten sollte, die Quadrupel-Allianz zu unterzeichnen, sobald die Zustimmung des Kaisers zur Stelle wäre. Stanhope hatte sich durch seine Instruktion

Reise wohl Stanhopes eigener Gedanke war und er nur darum gebeten sein wollte.

¹⁾ Das Folgende nach den Akten im R. O., hauptsächlich: Stanhope und Stair an Craggs, 30. Juni, 1. 6. 12. 16. 18. 19. Juli 1718. Schaub's Relation an St. Saphorin, 15. Juli 1718. Stanhope an Craggs, 1. Juli 1718.

zum Abschlusse einer solchen Konvention beauftragen lassen. Der österreichische Gesandte Graf Königseck war ebenfalls der Meinung, man müsse Sicherheit haben, dass, sobald die Vollmacht für Pendtenriedter komme, der Regent den Vertrag auch so, wie er jetzt sei und ohne weitere Änderungen, durch Dubois unterzeichnen lassen werde. Der Regent war bereit; nur wollte er vor dem Beitritte des Kaisers nicht zu kriegerischer Leistung verpflichtet sein; Stanhope selbst fand dieses Verlangen berechtigt. Nach einer neuen Verständigung mit dem Londoner Kabinette ward die Konvention aufgesetzt. Der Regent beauftragte Huxelles, als den amtlichen Leiter der auswärtigen Geschäfte mit der Unterzeichnung. Am Morgen des 6. Juli begaben sich Stanhope und Stair zu Huxelles. Aber wie waren sie betroffen, als ihnen der französische Minister in dürren Worten auseinandersetzte, dass er die Konvention nicht unterzeichnen werde. Jene begaben sich gerades Weges in's Palais Royal zum Regenten, der ebenso überrascht war wie sie selbst. Was Huxelles that, entsprach übrigens völlig den Anschauungen seiner Partei. Besonders die Generale Ludwigs XIV. thaten das Ihrige, um die Quadrupel-Allianz zu vereiteln. Villeroy hatte Stair gegenüber offen seine Meinung gesagt; und der berühmte Villars suchte, als Stanhope und Stair bei ihm speisten, die ganze Verhandlung in's Lächerliche zu ziehen.

Der Regent war sehr aufgebracht über Huxelles Weigerung, er schalt in beleidigenden Worten auf ihn und erklärte, es werde sich schon ein anderer finden. Stanhope schrieb schon nach London, man möge Dubois sagen, dass er wohl demnächst an Huxelles Stelle die auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen haben werde. Orleans beauftragte jetzt den Marquis de Cheverny mit der Unterzeichnung. Der aber erklärte, er könne es wohl als Diener des Regenten thun, nicht aber als Minister. Einen Augenblick dachte nun der Regent daran, Dubois zu beauftragen; aber Stanhope und Stair meinten, dieser werde sich nicht getrauen, etwas in London zu thun, was man nicht einmal unter den Augen des Regenten wage. So schickte denn Orleans noch einmal zu Huxelles und liess ihm sagen, er solle unterzeichnen oder sein Amt niederlegen. Der Minister wählte das erstere. Am 14. Juli aber, als die Unterzeichnung in Gegenwart des Regenten geschehen sollte, kam Huxelles mit neuen Schwierigkeiten; die Handlung wurde wieder um einen Tag verschoben. Und wieder erklärte Huxelles am Morgen des 15., er werde die Konvention nicht unterschreiben.

Man hätte glauben können, dass die Quadrupel-Allianz ge-

scheitert sei. Denn was Huxelles that, war doch — wenn man absieht von seiner sicherlich starken Eifersucht auf Dubois — hervorgerufen durch den Einfluss der spanischen Partei und der öffentlichen Meinung. Eben deshalb vermochte auch der Herzog von Orleans sich so schwer darüber hinwegzusetzen. In dieser Krisis fand Stanhope das Mittel, dem Regenten wiederum die Kraft des Entschlusses zurückzugeben. Nach den Einwänden Huxelles meinte Orleans, die geheimen Artikel des Vertrages nicht mehr gutheissen zu können. Stanhope und Stair schlugen ihm einen Weg vor, um die Verantwortung dafür anderen Schultern aufzubürden. Er möge doch die ganze Quadrupel-Allianz mit den geheimen Artikeln dem gesamten Regentschaftsrat vorlegen und ihn entscheiden lassen. Der Regent war anfangs überrascht durch die Kühnheit des Gedankens, aber er liess sich bereden. Er ging im Geiste die Reihe der Regentschaftsräte durch und fand, dass seine Freunde, auf die er rechnen durfte, in der Überzahl waren. Damit er nicht mehr zurück könne, erklärten die beiden Briten ihm, dass Graf Königseck sofort einen Kurier mit dieser Zusage nach Wien schicken werde. Nach zwei Tagen, am 17. Juli, sollte die entscheidende Sitzung sein.

Sie verlief über Erwarten günstig. Zuerst sprach der Regent selbst, dann Huxelles für den Vertrag. Stanhope und Stair hatten des letzteren Rede im Entwurf gesehen und gestanden, dass sie selbst sie nicht besser machen könnten. Bei der Abstimmung wurde die Quadrupel-Allianz beinahe einstimmig angenommen. Selbst Villars unterwarf sich der Meinung des Regenten. Und Villeroy forderte nur noch Aufschub. Nur der Herzog von Maine, der alte Gegner Orleans' behauptete, der Vertrag sei ebenso verhängnisvoll für den Staat, wie für den Regenten. Am nächsten Morgen (18. Juli) erfolgte der Abschluss der Konvention. Huxelles und Cheverny unterzeichneten von französischer, Stair und Stanhope von englischer Seite. Das Abkommen besagte in vier Artikeln, dass die beiden Mächte dem Kaiser die Quadrupel-Allianz, welche im Wortlaut hinzugefügt war, als Ultimatum mitteilen, dass sie selbst dieselbe unterzeichnen lassen würden, sobald die entsprechende Vollmacht für den kaiserlichen Gesandten zur Stelle sei, dass sie sich inzwischen um den Beitritt Spaniens, Siziliens und anderer Mächte bemühen würden, dass die gegenwärtige Konvention innerhalb 15 Tagen ratifiziert werden solle. Ausserdem nahmen Stair und Stanhope eine von den beiden Franzosen unterzeichnete Erklärung ent-

¹⁾ Vgl. Lemontey I, p. 142.

gegen, dass der allerchristlichste König sich an diese Abkunft nicht mehr gebunden erachte, wenn der Kaiser nicht binnen 3 Monaten zur Unterzeichnung des Vertrages bereit sei.¹⁾

Nicht die Quadrupel-Allianz war unterzeichnet worden, aber ihr Abschluss war gesichert. Derselbe sollte nun in London erfolgen. Pendtenriedter meinte es sogar verantworten zu können, wenn er die neue Vollmacht des Kaisers nicht einmal abwartete.²⁾ Am 2. August 1718 setzten er und der Resident Hoffmann ihre Namen unter die denkwürdige Urkunde, Dubois unterschrieb im Namen Ludwigs XV., zehn englische Minister waren von Georg I. zur Unterzeichnung bevollmächtigt worden.

Der Inhalt der Quadrupel-Allianz ist uns im wesentlichen schon bekannt. Da sie bestimmt war, den allgemeinen Frieden in Europa herzustellen, so gab sie die Form an, in welcher der Kaiser mit dem Könige von Spanien und dem von Sizilien Frieden schliessen sollte. Karls VI. Verzicht auf Spanien war die notwendigste Voraussetzung für die Sicherheit Philipps V. zugleich auch für die dauernde Trennung der beiden grossen bourbonischen Reiche. Die Stellung des Hauses Habsburg in Italien wurde ansehnlich verstärkt durch den Gewinn Siziliens, aber auch wieder geschwächt durch die Zulassung der Bourbonen auf der Halbinsel. Der der Königskrone Siziliens beraubte Viktor Amadeus sollte durch Sardinien, das ihm einen neuen Königstitel zubrachte, entschädigt werden. Eine Reihe von geheimen Artikeln setzte die Art der Ausführung jener Bestimmungen fest.

Denn diese Lösung der grossen Streitfragen schien den Verbündeten der Quadrupel-Allianz nicht nur geeignet, alle Beteiligten zufrieden zu stellen, sondern nun sollten sie auch alle, sei es durch Güte oder Gewalt, zum Anschlusse genötigt werden.

Unter den vier Mächten, welche mit so stolzer Forderung vor

¹⁾ Nach dem Original im Record Office. Die Erklärung, ebenso wie eine andere, welche sich auf den Gebrauch der französischen Sprache bezieht, und ein von der Bezahlung der neutralen Garnisonen handelnder Separat-Artikel fehlt in dem Drucke der Konvention bei Martens, *Supplément au recueil des principaux traités etc.* I, 431—32. Was Wiesener II, 203—4 als den Inhalt der Konvention angiebt, entspricht nur dem ersten Entwurf derselben, wie er sich bei den Akten findet. Der vierte Artikel des Entwurfs welcher die gegenseitige Kriegshilfe im Falle eines Angriffs festsetzt, ist in der Konvention auf Wunsch der Franzosen fortgelassen worden. Webers Darstellung S. 75—77 ist missverständlich. Er lässt zuerst eine Konvention, dann die Quadrupel-Allianz selbst in Paris unterzeichnen.

²⁾ Pendtenriedter und Hoffmann, 2. Aug. 1718. W. St. A.

die Welt hintraten, hatte Grossbritannien die Führung. Aus Stanhopes hannövrischem Plane war die Quadrupel-Allianz hervorgegangen. Und wie ein mächtiger Vermittler hatte England im Laufe der Verhandlung zwischen Österreich und Frankreich gestanden. Am wunderbarsten war die Rolle, welche die Generalstaaten in dem Vierbunde spielten. Sie erschienen im Vertrage als paktierender Teil, während sie in Wahrheit vom Anschlusse noch weit entfernt waren. Der Widerspruch findet seine Erklärung darin, dass es den englischen Ministern in der That genügte, Holland nur als Glied des Bundes nennen zu können. Die politische Grösse der Generalstaaten war dahin. Auf ihre wirkliche Unterstützung kam nicht viel an. Als Handelsmacht dagegen waren sie noch bedeutend genug. Man durfte es also nicht darauf ankommen lassen, wenn im Falle einer kriegerischen Verwicklung der britische Handel mit Spanien stockte, dass dann die Holländer den Vorteil davon hätten. Das Parlament hätte solches den Ministern niemals verziehen. Darum also die „Quadrupel“-Allianz, die Teilnahme der Generalstaaten, wenn auch nur dem Namen nach. „Dieser Name aber,“ sagten die englischen Minister zu Pendentriedter¹⁾, „wäre zur Befriedigung der Nation wegen der Eifersucht eines einseitigen *Commerci* unentbehrlich.“ Cadogan, der im April 1718 als Gesandter nach Holland ging, musste sich um die Teilnahme der Generalstaaten an den britischen Flottensendungen wie in die Ostsee, so in das Mittelmeer, bemühen „und wenn selbst nur ein einziges den Generalstaaten gehöriges Kriegsschiff mit unserer Flotte in's Mittelmeer fahren sollte.“²⁾

Nach dem Abschlusse vom 2. August hing es nun wesentlich von der Haltung Spaniens ab, ob die in der Quadrupel-Allianz vorgesehenen Änderungen auf friedlichem Wege verwirklicht werden konnten, oder ob die zur Herstellung des allgemeinen Friedensstandes verbündeten Mächte ihre gemeinsame neue Politik mit einem Kriege beginnen mussten.

In Spanien herrschte Alberoni, halb Staatsmann, halb Abenteuerer; von scharfem Blicke für das Praktische, wusste er alle Hilfsmittel im Lande, alle Verhältnisse der europäischen Lage zu benutzen. Seine Pläne aber mussten scheitern, weil sie auf Trugschlüssen begründet, weil die Menschen und die Verhältnisse andere waren, als Alberoni sich einbildete. Spanien nahm unter ihm noch einmal einen gewaltigen Anlauf, um die verlorene Grösse wiederzu-

¹⁾ Bericht vom 22. Apr. 1718. W. St. A.

²⁾ Instruktionen für Cadogan vom 18. Apr. 1718. R. O.

gewinnen. Aber auch eine kraftvolle Persönlichkeit kann vergangenen Zeiten nicht neues Leben verleihen. Die innere Unwahrheit dieser Politik war um so verhängnisvoller, als jetzt bare Eroberungssucht an die Stelle jener idealen Motive getreten war, welche ehemals den Machtkämpfen Spaniens gleichsam eine höhere Weihe gegeben hatten.

In Spanien hatte die im November 1717 einlaufende Nachricht, dass England im nächsten Jahre eine Flotte in's Mittelmeer senden werde, begreifliche Unruhe hervorgerufen. Und dass es sich, wie von englischer Seite eine Zeitlang behauptet wurde, nur darum handeln sollte, für die auf päpstlichem Gebiete erfolgte Verhaftung Lord Peterboroughs Genugthuung zu fordern, wurde wenig geglaubt.¹⁾ Noch viel mehr beschäftigte man sich in Spanien mit der englischen Flotte, als dieselbe im nächsten Jahre wirklich ausgerüstet und auf die hohe See hinausgesandt wurde. Die Furcht vor der Flotte konnte wohl die Wirkung haben, Spanien dem Plane der Mächte zugänglich zu machen.

Denn nun wurde nach der Ankunft eines neuen französischen Gesandten im März 1718 dem spanischen Hofe der Inhalt der Quadrupel-Allianz förmlich mitgeteilt. Alberoni verhielt sich vollkommen ablehnend. Niemals, erklärte er, wird König Philipp Sardinien opfern. Gibt man dem Kaiser Sizilien, so wird er ganz Italien beherrschen. Nie hätte ich geglaubt, dass Lord Stanhope dies billige, und wenn St. Paul selbst vom Himmel herunter gekommen wäre, es mir zu erzählen. Der Bescheid, welchen er dem französischen Gesandten Nancré in die Feder diktierte, war höchst verfänglicher Natur.²⁾ Es müssen wohl, hiess es darin, geheime Verbindungen des Regenten mit dem Könige von England sein, die ihn bestimmen, sich so von den Engländern leiten zu lassen und so dem Interesse Frankreichs zuwiderzuhandeln. Aus Achtung vor seinem Grossvater und aus Friedensliebe hat der König von Spanien ehemals in Utrecht Frieden geschlossen, wo einige englische Privatleute Gesetze vorgeschrieben haben. Aber ein zweites Mal wird er es nicht thun, da Gott ihm Unabhängigkeit verliehen hat und Kräfte, um sich nicht zur Schande und Entrüstung seiner Unterthanen unter das Joch seiner Feinde beugen zu müssen. Alberonis Reden gegenüber dem englischen Gesandten wurden immer drohender und heftiger. Er machte Anspielungen auf eine mögliche Unterstützung

¹⁾ W. Stanhope an Addison, 29. Nov. 1717. R. O.

²⁾ Beilage zu W. Stanhopes Brief an Craggs vom 27. Apr. 1718. R. O.

des Prätendenten.¹⁾ Als Oberst Stanhope die Forderung Sardiniens ablehnte, fuhr Alberoni heraus: dann wird Se. Katholische Majestät den Kaiser mit aller Macht angreifen, wenn auch ganz Europa mit Krieg drohen sollte. Und wenn es selbst Ernst macht, so wird der König sich an seinen eigenen Herd zurückziehen und diesen noch verteidigen. Und dann suchte Alberoni dem Engländer eine hohe Vorstellung zu geben von den ungeheuren Machtmitteln Spaniens zu Wasser und zu Lande. Bald drohte er schon, dass die Effekten der englischen Kaufleute in Spanien beschlagnahmt würden, sobald die englische Flotte in Sicht käme. England oder Spanien muss zu Grunde gehen, wiederholte er mehrfach in wilder Erregung.²⁾

Die Abfahrt der englischen Flotte war lange genug hinausgezögert worden.³⁾ Nachdem es nicht zu erreichen gewesen, dass sie noch 1717 in See ging, bot Pendtenriedter alles auf, ihre zeitige Entsendung im nächsten Jahre durchzusetzen. Er wandte sich an die englischen wie an die deutschen Minister; den König selbst ermahnte er, diese Gelegenheit, „um sich in der Welt kennen zu machen“, nicht zu versäumen. Aber die Haltung der Minister wurde immer unsicherer. Sie fürchteten den Bruch mit Spanien. Schon waren in Erwartung desselben die Aktien der westindischen Compagnie um mehrere Procente gefallen. Auf Pendtenriedters Drängen entschloss die Regierung sich endlich, die Sache vor das Unterhaus zu bringen. In einer Botschaft sprach der Monarch die Erwartung aus, falls er die bewilligte Anzahl von Mannschaften zur See in diesem Jahre überschreiten sollte, dass das Haus nachträglich die Kosten noch bewilligen werde.⁴⁾ Eine zustimmende Adresse wurde beantragt. Robert Walpole sprach dagegen und meinte, dass dieselbe sehr nach einer Kriegserklärung gegen Spanien aussehe. Man müsse jetzt, sagte er mit einer boshaften Anspielung auf die nordische Politik des Königs, im Süden Krieg führen, um für den Norden Sicherheit zu schaffen.⁵⁾ Da aber Walpole als Redner der Opposition fast allein blieb, so ward die Adresse mit grosser Mehrheit angenommen.

Nun erst machte sich die Regierung ernstlich an die Aus-

¹⁾ Vgl. Graham, Annals of Stair II, p. 353—54.

²⁾ Nach den Berichten W. Stanhopes vom März bis Juni 1718. R. O.

³⁾ Das Folgende hauptsächlich nach den Berichten Pendtenriedters im W. St. A.

⁴⁾ Parl. Hist. VII, 555—56.

⁵⁾ Hoffmann, 29. März 1718. W. St. A.

rüstung der Flotte. Sie sollte aus 20 der grössten Kriegsschiffe bestehen, Sir George Byng den Oberbefehl übernehmen. Neue Verzögerung brachte wieder die Unsicherheit über die Haltung des Kaisers hinsichtlich der Quadrupel-Allianz. Als im April die Nachricht von seiner grundsätzlichen Zustimmung eintraf, wurde wieder möglichste Beschleunigung versprochen. Aber erst am 12. Juni erfolgte die Abfahrt.

Auch die Spanier hatten in diesem Jahre wieder eine Flotte ausgesandt. Wie im vorigen Jahre, wussten nur wenige Eingeweihte, wohin sie ihren Lauf richten werde. Jedermann war überrascht, als am 1. Juli 1718 eine Landung auf Sizilien, bald die Einnahme des grösseren Teils der Insel, erfolgte. Militärisch mag es richtig gewesen sein, zur Eroberung Italiens mit derjenigen Siziliens den Anfang zu machen. In unserem Jahrhundert hat man ja, bei der Gründung des Königreichs Italien, etwas Ähnliches noch einmal erlebt. Politisch war es 1718 sicherlich ein Missgriff, weil die Spanier dadurch Savoyen, dem die Insel noch gehörte, unfehlbar den Verbündeten der Quadrupel-Allianz in die Arme trieben.

Als Byng abfuhr, wusste man in England noch nicht, welches Ziel der spanischen Flotte gesteckt war. Über die Instruktionen für den englischen Admiral hatten ähnliche Erörterungen zwischen den Ministern und dem kaiserlichen Gesandten stattgefunden¹⁾, wie sie durch die Vertreter Preussens und Dänemarks am britischen Hofe geführt zu werden pflegten, wenn es sich um eine Expedition in die Ostsee handelte. Die von England gewährte Unterstützung zur See sollte so wirksam wie möglich gestaltet werden. Mit der Instruktion Byngs konnte aber Pendtenriedter wohl zufrieden sein, der König selbst hatte sich für seine Wünsche bei den Ministern verwendet. So günstig war alles abgefasst, dass Pendtenriedter, der eine Abschrift erhielt, den König misstrauisch fragte, ob das Original nicht etwa in geheimen Artikeln noch andere Befehle enthalte, was aber Georg mit Entschiedenheit verneinte. Der Admiral war beauftragt, seine Ankunft an der spanischen Küste durch den englischen Gesandten in Madrid dem Könige mitteilen zu lassen. Von Port Mahon aus, der Hauptstadt der britischen Insel Minorka, sollte er den Vizekönig von Neapel und den Gouverneur von Mailand verständigen, dass er zum Schutze der Neutralität Italiens gekommen sei. Die spanische Flotte soll er zum Aufgeben der Feindseligkeiten zu bringen suchen; besteht sie darauf, ihr mit Gewalt begegnen,

¹⁾ Nach Pendtenriedters Berichten im W. St. A.

um Italien zu schützen, oder, wenn ein Angriff schon erfolgt ist, es vor neuen Feindseligkeiten zu bewahren.¹⁾

Pendtenriedter vermisste in der Instruktion noch Eines, nämlich den Befehl, unter allen Umständen die spanische Flotte anzugreifen. Überhaupt geschah es nun, dass gerade für den vorliegenden Fall der Admiral keine genügenden Weisungen besass. Von Sizilien sprach seine Instruktion nicht, und eben dahin war der Angriff der spanischen Flotte gerichtet worden. Stanhope, der sich in Paris befand, war der Meinung, dass Byng sich nun so verhalten sollte, als ob Sizilien, ebenso wie Italien ausdrücklich genannt wäre, d. h. alle Feindseligkeiten daselbst mit Gewalt verhindern. Auf den Rat des Regenten schickte er aber seinen Brief an Byng zuerst nach London, wo er nicht nur gebilligt wurde, sondern sofort die Veranlassung zu einem Zusatz zur Instruktion abgab, welcher Byng unverzüglich nachgesandt wurde.²⁾

Auch Pendtenriedters Zweifel, ob die englische Flotte wirklich mit aller Kraft gegen die Spanier vorgehen werde, legten sich bald. Er hatte den Stolz der Engländer auf ihre maritime Grösse geflissentlich aufzustacheln gesucht, indem er daran erinnerte, wie Karl II. den Tadel der Nation geerntet habe, weil er die französische Seemacht so gross hatte werden lassen, statt sie in ihren Anfängen zu unterdrücken. Dass war allerdings britische Anschauung. Und jetzt, wo man Gelegenheit hatte, den Spaniern auf dem Meere zu begegnen, wurde in der That der feste Entschluss gefasst, diese plötzlich emporkommende Seemacht auf einmal gänzlich zu vernichten. In der etwas feierlichen Ausdrucksweise einer Instruktion konnte diese Absicht nicht wohl offen ausgesprochen werden. Aber die Minister versicherten den kaiserlichen Diplomaten, „dass der Admiral Byng ohnedem seiner Obliegenheit wohl nachkommen und es sonst mit seinem Kopf bezahlen würde, da man ihm nebst der Instruktion bei seiner Abreise mündlich schon genug bedeutet hätte, womit er ohne Sorge tapfer zu Werke gehen und zu viel zu thun

¹⁾ Die Instruktionen (vom 26. Mai/6. Juni 1718) für Sir George Byng und einige fernere Weisungen, aus denen der eigentliche Zweck der Expedition sich recht deutlich ergibt, finden wir (in französischer Übersetzung) als Beilagen zu Pendtenriedters Berichten im W. St. A.

²⁾ Stair und Stanhope an Byng, 20. Juli 1718, dieselben an Craggs, 21. Juli 1718. Stair an Craggs, 24. Juli 1718. Craggs an Stair, 17. Juli (a. St.) 1718. R. O. Zusatz zur Instruktion Byngs vom 26. Juli/6. Aug. 1718. W. St. A.

³⁾ Pendtenriedter, 24. Juni 1718. W. St. A.

nicht scheuen dürfte.“ Auch König Georg drückte Pendtenriedter die Hoffnung aus, dass Byng die spanische Flotte vernichten werde.

Und nun finden wir endlich dieselbe grimmige Absicht in aller Deutlichkeit auch in den Weisungen ausgesprochen, welche dem englischen Admiral aus London nachgesandt wurden. Der Staatssekretär Craggs verwies ihn auf die Befehle, welche Stanhope ihm von Frankreich oder Spanien aus zugehen lassen werde. „Falls Sie dann,“ fährt er fort, „den Auftrag erhalten, die spanische Flotte anzugreifen, so werden Sie sich nicht erst lange damit aufhalten, nur einzelne Schiffe wegzunehmen, sondern mit dem ersten Schlage, den Sie führen, werden sie versuchen, ihre ganze Flotte zu zerstören.“ Und in gleichem Sinne schreibt Craggs noch am 6. August, Byng solle nicht früher angreifen, als bis er die ganze feindliche Flotte beisammen finde, damit er sie auch mit einem Schlage vernichten könne.¹⁾

Weit mehr als das Gefühl der Pflicht gegen den Bundesgenossen spricht aus solchen Worten schon die Sorge um das eigene nationale Interesse. Es ist die jedem Engländer angeborene naive Anschauung, dass Britannien allein zur Herrschaft über die Meere berufen sei.

Der Zusammenstoss war, ehe noch eine Kriegserklärung erging, unvermeidlich geworden, ja man wünschte von englischer Seite nicht mehr, ihn zu vermeiden. Man könnte einen Widerspruch darin erblicken, dass sich trotzdem Stanhope noch zur Reise nach Spanien entschloss. Aber abgesehen davon, dass er wirklich begierig war, sein Werk, die Quadrupel-Allianz zur Annahme zu bringen, würde ja auch die englische Regierung dem Parlamente gegenüber, wenn es zum Kriege kam, einen leichteren Stand haben, nachdem alles zur gütlichen Verständigung geschehen wäre. Auch der Regent riet noch zur Reise nach Spanien. Am 21. Juli brach Stanhope also von Paris auf, der treue Schaub in seiner Begleitung.

Nicht ohne Sorge vernahm Georg I. und vernahm auch der Kaiser, dass der Leiter der gemeinsamen Politik sich in das gefährliche Land begab, in welchem der unberechenbare Wille Alberonis herrschte. Man wünschte in London aufrichtig, der Pass, welchen Oberst Stanhope für seinen Vetter erbitten musste, möchte ver-

¹⁾ Craggs an Byng 2./13., 14./25. Juli P. S. 17. (28.) Juli, 26. Juli/6. Aug. 1718. W. St. A.

um Italien zu schützen, oder, wenn ein Angriff schon erfolgt ist, es vor neuen Feindseligkeiten zu bewahren.¹⁾

Pendtenriedter vermisste in der Instruktion noch Eines, nämlich den Befehl, unter allen Umständen die spanische Flotte anzugreifen. Überhaupt geschah es nun, dass gerade für den vorliegenden Fall der Admiral keine genügenden Weisungen besass. Von Sizilien sprach seine Instruktion nicht, und eben dahin war der Angriff der spanischen Flotte gerichtet worden. Stanhope, der sich in Paris befand, war der Meinung, dass Byng sich nun so verhalten sollte, als ob Sizilien, ebenso wie Italien ausdrücklich genannt wäre, d. h. alle Feindseligkeiten daselbst mit Gewalt verhindern. Auf den Rat des Regenten schickte er aber seinen Brief an Byng zuerst nach London, wo er nicht nur gebilligt wurde, sondern sofort die Veranlassung zu einem Zusatz zur Instruktion abgab, welcher Byng unverzüglich nachgesandt wurde.²⁾

Auch Pendtenriedters Zweifel, ob die englische Flotte wirklich mit aller Kraft gegen die Spanier vorgehen werde, legten sich bald. Er hatte den Stolz der Engländer auf ihre maritime Grösse geflissentlich aufzustacheln gesucht, indem er daran erinnerte, wie Karl II. den Tadel der Nation geerntet habe, weil er die französische Seemacht so gross hatte werden lassen, statt sie in ihren Anfängen zu unterdrücken. Dass war allerdings britische Anschauung. Und jetzt, wo man Gelegenheit hatte, den Spaniern auf dem Meere zu begegnen, wurde in der That der feste Entschluss gefasst, diese plötzlich emporkommende Seemacht auf einmal gänzlich zu vernichten. In der etwas feierlichen Ausdrucksweise einer Instruktion konnte diese Absicht nicht wohl offen ausgesprochen werden. Aber die Minister versicherten den kaiserlichen Diplomaten, „dass der Admiral Byng ohnedem seiner Obliegenheit wohl nachkommen und es sonst mit seinem Kopf bezahlen würde, da man ihm nebst der Instruktion bei seiner Abreise mündlich schon genug bedeutet hätte, womit er ohne Sorge tapfer zu Werke gehen und zu viel zu thun

¹⁾ Die Instruktionen (vom 26. Mai/6. Juni 1718) für Sir George Byng und einige fernere Weisungen, aus denen der eigentliche Zweck der Expedition sich recht deutlich ergibt, finden wir (in französischer Übersetzung) als Beilagen zu Pendtenriedters Berichten im W. St. A.

²⁾ Stair und Stanhope an Byng, 20. Juli 1718, dieselben an Craggs, 21. Juli 1718. Stair an Craggs, 24. Juli 1718. Craggs an Stair, 17. Juli (a. St.) 1718. R. O. Zusatz zur Instruktion Byngs vom 26. Juli/6. Aug. 1718. W. St. A.

³⁾ Pendtenriedter, 24. Juni 1718. W. St. A.

nicht scheuen dürfte.“ Auch König Georg drückte Pendtenriedter die Hoffnung aus, dass Byng die spanische Flotte vernichten werde.

Und nun finden wir endlich dieselbe grimmige Absicht in aller Deutlichkeit auch in den Weisungen ausgesprochen, welche dem englischen Admiral aus London nachgesandt wurden. Der Staatssekretär Craggs verwies ihn auf die Befehle, welche Stanhope ihm von Frankreich oder Spanien aus zugehen lassen werde. „Falls Sie dann,“ fährt er fort, „den Auftrag erhalten, die spanische Flotte anzugreifen, so werden Sie sich nicht erst lange damit aufhalten, nur einzelne Schiffe wegzunehmen, sondern mit dem ersten Schlage, den Sie führen, werden sie versuchen, ihre ganze Flotte zu zerstören.“ Und in gleichem Sinne schreibt Craggs noch am 6. August, Byng solle nicht früher angreifen, als bis er die ganze feindliche Flotte beisammen finde, damit er sie auch mit einem Schlage vernichten könne.¹⁾

Weit mehr als das Gefühl der Pflicht gegen den Bundesgenossen spricht aus solchen Worten schon die Sorge um das eigene nationale Interesse. Es ist die jedem Engländer angeborene naive Anschauung, dass Britannien allein zur Herrschaft über die Meere berufen sei.

Der Zusammenstoss war, ehe noch eine Kriegserklärung erging, unvermeidlich geworden, ja man wünschte von englischer Seite nicht mehr, ihn zu vermeiden. Man könnte einen Widerspruch darin erblicken, dass sich trotzdem Stanhope noch zur Reise nach Spanien entschloss. Aber abgesehen davon, dass er wirklich begierig war, sein Werk, die Quadrupel-Allianz zur Annahme zu bringen, würde ja auch die englische Regierung dem Parlamente gegenüber, wenn es zum Kriege kam, einen leichteren Stand haben, nachdem alles zur gütlichen Verständigung geschehen wäre. Auch der Regent riet noch zur Reise nach Spanien. Am 21. Juli brach Stanhope also von Paris auf, der treue Schaub in seiner Begleitung.

Nicht ohne Sorge vernahm Georg I. und vernahm auch der Kaiser, dass der Leiter der gemeinsamen Politik sich in das gefährliche Land begab, in welchem der unberechenbare Wille Alberonis herrschte. Man wünschte in London aufrichtig, der Pass, welchen Oberst Stanhope für seinen Vetter erbitten musste, möchte ver-

¹⁾ Craggs an Byng 2./13., 14./25. Juli P. S. 17. (28.) Juli, 26. Juli/6. Aug. 1718. W. St. A.

weigert werden. Und in der That, Alberoni brauste auf, als er von dem Verlangen hörte. Stanhope wolle als Gesetzgeber kommen, wolle Spaniens Einwilligung zu seinem Plane erzwingen. Aber sein König könne den ersten Minister von England nicht in sein Land lassen, während die Völker im Kriegszustande seien. Wahrlich der Lord thue recht, dass er sich nicht ohne sicheres Geleit nach Spanien wage.¹⁾ Zuletzt konnte Alberoni den Pass doch nicht verweigern. Stanhope betrat den spanischen Boden.

Ein wirklicher Erfolg war von dieser Reise nicht zu erwarten. Alberoni zeigte zwar Stanhope gegenüber nicht die gewohnte Heftigkeit; ja er wusste dem englischen Minister fast glaubhaft darzuthun, dass er nur den Befehlen des Königspaares folge, und viel lieber von allen Eroberungen in Italien absehen würde. Aber wer auch den Ton angab, so viel war sicher, dass wenig Aussicht vorhanden war, Spanien zum Beitritt zur Quadrupel-Allianz zu bewegen. Der Vertrag und die geheimen Artikel wurden dem Hofe mitgeteilt. Stanhope und der französische Gesandte Nancreé stellten die Anfrage, da im Vertrage von einer dreimonatlichen Frist für Spanien gesprochen war, ob man für diese Zeit Waffenstillstand haben wolle. Mit der Ablehnung dieses Anerbietens konnte Stanhope seine Mission als gescheitert ansehen. Vom Königspaar ward er huldvoll entlassen; Alberoni vergoss Thränen und versprach, das Seinige zu einer friedlichen Lösung zu thun. Am 2. September war Stanhope wieder in Bayonne auf französischem Gebiet.²⁾

Unterdessen war auch zwischen den Kriegsflotten von Spanien und Grossbritannien die Entscheidung schon erfolgt. Sir George Byng hatte, getreu seinem Auftrage, dem spanischen Hofe seine Ankunft an der Küste durch den Oberst Stanhope melden und seine Dienste anbieten lassen zur Beilegung der Streitigkeiten mit dem Kaiser. Er hatte den trotzigen Bescheid erhalten, der Chevalier Byng möge die Befehle ausführen, die er von dem Könige, seinem Herrn, erhalten hat.³⁾ Der Admiral setzte also seine Fahrt fort.

Als er mit seiner Flotte vor Neapel erschien, hörte er, dass ein grosser Teil Siciliens von den Spaniern erobert worden, zugleich auch, dass infolge dessen Viktor Amadeus zum Anschlusse an die Quadrupel-Allianz bereit sei. Byng schickte, um nichts zu versäumen, einen

¹⁾ W. Stanhope an Craggs, 1. Aug., an Lord Stanhope, 1. Aug. 1718. R. O.

²⁾ Nach den Akten im R. O. Vgl. die drei Briefe Stanhopes bei Mahon II, 362—63.

³⁾ Byng an W. Stanhope, 20. Juni 1718. Alberoni an W. Stanhope. Escorial, 15. Juli 1718. W. Stanhope an Byng, 16. Juli 1718. R. O.

Boten an den Befehlshaber der spanischen Truppen auf Sizilien, Marquis de Lede, und bot ihm einen zweimonatlichen Waffenstillstand an. Die Antwort war eine Ablehnung. Da entschloss sich der englische Admiral zum Angriffe auf die spanische Flotte.¹⁾

Am Morgen des 10. August²⁾ sah er, auf Messina zufahrend, zwei spanische Schiffe, und da er benachrichtigt wurde, dass von den Anhöhen Kalabriens aus die Flotte der Spanier sichtbar sei, so beschloss er, jenen zwei Schiffen zu folgen. In der That sah er, als die Meerenge von Messina passiert war, um Mittag die ganze spanische Flotte vor sich liegen. Sie befand sich in Schlachtordnung, fuhr aber beim Anblick der Engländer sogleich davon, freilich ohne aus der Ordnung zu kommen. Admiral Byng beschloss, ihr zu folgen, die vier besten Segler wurden vorausgesandt, um die Spanier nicht aus dem Auge zu verlieren, die übrigen folgten. Die ganze Nacht hindurch wurde die Jagd fortgesetzt. Das vorderste der englischen Schiffe hatte eine Leuchte aufgesteckt, um der Flotte in der Dunkelheit den Weg zu weisen.

Als der Morgen anbrach, erkannten die Spanier die englischen Schiffe in solcher Nähe, dass sie dem Kampfe nicht mehr ausweichen konnten. Man befand sich auf der Höhe des Kap Passaro im Südosten Siziliens. Die nächtliche Fahrt hatte die beiden Flotten längs der Ostküste bis an diesen südlichsten Punkt gebracht. Die Spanier suchten nun wenigstens den schwächeren Teil ihrer Flotte aus dem Kampfe fernzuhalten. Die Galeeren und kleineren Fahrzeuge erhielten Befehl, sich von den grösseren Schiffen zu trennen und auf die Küste loszusteuern. Aber ehe dies geschehen konnte, hatte Byng ein Geschwader von acht Schiffen unter Kapitän Walton abgesandt, um jene zu verfolgen. Hier war es, wo von einem der spanischen Schiffe die erste Salve abgegeben und damit die Schlacht förmlich eröffnet wurde. Die Engländer haben auf Grund dessen nachher behauptet, dass der Kampf von den Spaniern begonnen worden sei. In Wahrheit waren es doch unzweifelhaft die Engländer, welche die Schlacht gesucht hatten, und es ist demgegenüber von geringer Bedeutung, auf welcher Seite der erste Schuss abgefeuert wurde. Von den acht englischen Kriegsschiffen wurden nun viele der

¹⁾ Byng an Craggs 12. 25. Juli (a. St.), 6. Aug. (a. St.) Byng an Lede 29. Juli (a. St.). Lede an Byng, 9. Aug. 1718. R. O.

²⁾ Für das Folgende ist hauptsächlich benutzt Byngs Bericht: A particular account of the Engagement between the Spanish and English fleets off Cape Passaro 31. Juli 1718. R. O. Ferner Byng an Stair, 15. Aug. 1718, bei Graham Annals of Stair II, 79—81.

spanischen Fahrzeuge genommen oder zerstört. Nur die Galeeren entkamen.

Erst allmählich entwickelte sich auch der Kampf zwischen dem grösseren Teile der englischen Flotte und den stärkeren Schiffen der Spanier, die eigentliche Seeschlacht. Man hat übrigens bestritten wollen¹⁾, dass von einer solchen gesprochen werden könne. Und wenigstens war von einer Schlachtordnung nichts zu bemerken. Die Spanier suchten immer noch, davon zu kommen, und wurden von den Engländern angefallen. Beide Flotten in voller Fahrt begriffen und bald untereinander vermenget, so kämpften sie miteinander. Byng hatte anfangs nur Sorge getragen, die entferntesten unter den spanischen Schiffen durch seine besten Segler zum Kampfe stellen zu lassen. Dann war er kaum mehr in der Lage, die Schlacht zu überwachen und Befehle auszuteilen. Das Gefecht löste sich in eine Reihe von Einzelkämpfen auf. Jeder Kapitän suchte das feindliche Schiff, welches ihm eben am nächsten war, unschädlich zu machen. Die Engländer hatten, stärker und geübter wie sie waren, einen leichten Sieg. Etliche Schiffe der Spanier wurden genommen, andere zerstört, nur die kleinere Hälfte vermochte sich zu retten. Der Admiral selbst geriet in Gefangenschaft. Die spanische Seemacht war vernichtet.

Durch die Seeschlacht am Kap Passaro war der spanischen Eroberungslust ein Ziel gesetzt; die Hoffnungen Alberonis waren zerschellt. Die englische Flotte blieb über Winter in den süditalienischen Gewässern und verhinderte jede kriegerische Unternehmung der Spanier. Ein Krieg Philipps V. gegen die Mächte der Quadrupel-Allianz war völlig aussichtslos. Wenn er ihn dennoch unternahm, so musste ihr Übergewicht nur noch stärker hervortreten; und endlich die Unterwerfung Spaniens unfehlbar erfolgen.

Um so gewisser war dieser Ausgang, da Alberoni eben auch in der Hoffnung getäuscht wurde, dass wenigstens die österreichische Kriegsmacht noch ferner durch den Kampf gegen die Türken festgehalten werde. Am 21. Juli war der Friede von Passarowitz unterzeichnet worden. Eine kurze Betrachtung wollen wir zum Schlusse auch diesem Ereignisse noch widmen, vornehmlich der Rolle, welche wieder England dabei gespielt hat.

¹⁾ A. T. Mahan, The influence of sea power upon history. 1660—1783. Boston 1894. p. 236.

Achtes Kapitel.

Englands Vermittlung im Türkenkriege.

Den grossen, verheerenden Kriegen pflegen Zeiten zu folgen, wo die Völker, ermattet vom Kampfe, durch die Zerrüttung ihres Wohlstandes schwer bedrängt, den Wert des neugewonnenen Friedens fast allzu hoch anschlagen. Sie sind bereit, manches Übel zu ertragen, manche teure Hoffnung im Herzen zu verschliessen, um nur nicht wieder die Gefahren und die Opfer eines neuen Krieges auf sich nehmen zu müssen. Für die Regierungen der Staaten giebt es dann kein volkstümlicheres Werk als die ehrliche Arbeit für den Frieden, die Beseitigung alles Zündstoffes, an dem die Flamme des Krieges sich von neuem entfachen könnte. Vor allem diejenigen Staaten, welche sich vorher im Kampfe stark und siegreich gezeigt haben, scheinen nunmehr berufen, ein neues System des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu begründen.

Nach der Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges war dem britischen Staate diese Aufgabe zugefallen; die Regierung Georgs I. hat sie in rechtschaffener Weise gelöst. Wohl hatte Stanhope, der geniale Leiter der auswärtigen Politik Englands, noch einige Zeit nach der Thronbesteigung des hannövrischen Königs an die Erneuerung des Kampfes gedacht. Aber die Rebellion im eigenen Lande, der Widerwille des Volkes gegen den Krieg brachten ihn davon zurück. Stanhope selbst ward der Schöpfer jenes Systems der Bündnisse hinüber und herüber, die alle schliesslich in der Quadrupel-Allianz von 1718 aufgingen. Mit kühner Hand griff er selbst in die inneren Angelegenheiten Frankreichs ein, um endlich alle die Mächte, welche den Frieden wollten, zu einem einzigen grossen Bunde zusammenzufügen, an dessen Macht der Trotz des Störenfriedes Spanien zerschellen musste.

Und noch auf einem anderen Felde trat England als Friedensstifter auf: in dem Kriege Österreichs mit der Pforte.

Der alte Kampf des Hauses Habsburg gegen den Halbmond hatte unter der Regierung Leopolds I. eine neue Gestalt angenommen. Seit der heldenmütigen Verteidigung Wiens und der Niederlage des türkischen Heeres durch den Polenkönig Johann Sobieski kehrte das alte Kriegsglück der Osmanen nicht wieder. Die grosse Aufgabe des österreichischen Staates, einen Damm zu bilden für alle Länder christlicher Gesittung gegen das Anfluten des Islam, war vollbracht. Sogleich steckte Österreich sich ein neues Ziel: Die Rückeroberung der an die Türken verlorenen, ehemals habsburgischen Provinzen, das Vordringen des kaiserlichen Doppelaars nach der Balkanhalbinsel. In der Ferne erschien gar die Möglichkeit, den Halbmond gänzlich aus Europa zu verdrängen. Das künftige Schicksal der von ihm unterjochten Provinzen ward von allgemeiner Bedeutung: die orientalische Frage sollte aus dem Leben der europäischen Völker nicht mehr verschwinden. —

Der wechselreiche sechzehnjährige Krieg, den Leopold gegen die Osmanen geführt, hatte im Jahre 1699 durch den Karlowitzer Vertrag sein Ende erreicht. Der Friede war durch die Vermittlung der Seemächte, vor allem Englands, zustande gekommen.¹⁾ Die Pforte liess sich zum erstenmal auf dem Kongresse zu Karlowitz die offizielle Vermittlung unbeteiligter Mächte gefallen. Was gewonnen war durch die wunderbaren Waffenthaten Ludwigs von Baden und zuletzt des Prinzen Eugen von Savoyen, des herrlichsten Feldherrn, der jemals die Truppen Österreichs zu Kampf und Sieg geführt hat, die Eroberung von Ungarn und Siebenbürgen, ward auf diesem Kongresse gesichert.

Es war doch nicht lediglich das ideale Interesse an der Herstellung des Friedens, was die Seemächte zur Intervention veranlasste. Und ebensowenig hatte man damals schon den später wirkenden Gedanken gefasst, dass man den Gegnern der Pforte bei Zeiten in den Arm fallen müsse, um den gänzlichen Untergang der türkischen Herrschaft in Europa zu verhindern. Was Wilhelm III. wünschen liess, im Osten Europas die Ruhe hergestellt zu sehen, waren vornehmlich Gesichtspunkte der eigenen Politik, die allgemeine Lage Europas, die Gefahren einer vielleicht nahen Zukunft.

¹⁾ Vgl. Hammer, Geschichte des osman. Reiches VI. Feldzüge des Prinzen Eugen her. Von der Abteilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archives. I. Serie Bd. 2.

Wenn einmal Karl II. von Spanien seine müden Augen für immer schloss, so musste um das Weltreich, das er als Erbe zurückliess, ein ungeheurer Kampf entbrennen. Da galt es, sich rechtzeitig nach Bundesgenossen umzusehen; Österreichs wollte man sicher sein. Aber es sollte auch seine ganze Kraft in den Kampf werfen können, und darum musste es vorher vom Türkenkriege befreit sein.

Ähnliche Gründe führten auch in dem neuen Türkenkriege, in den Karl VI. seit 1716 verwickelt war, zur Friedensvermittlung der Seemächte. Der Erfolg der Quadrupel-Allianz, die Vereitelung der spanischen Eroberungspläne hing auf's engste zusammen mit der Beendigung des Türkenkriegs. Alberoni setzte seine Hoffnung darauf, dass Österreich, durch den Kampf mit der Pforte in Anspruch genommen, nicht in der Lage sein werde, seine italienischen Gebiete zu verteidigen. Und dass er an den Ernst der feindseligen Massregeln von England und Frankreich lange Zeit nicht glaubte, wissen wir bereits. Aber in beiden Fällen sah er sich in seinen Erwartungen getäuscht.

Bei seiner jetzt so machtvollen Stellung in Europa fand England sich doppelt berufen, als Vermittler zwischen den kriegführenden Staaten aufzutreten. Seit kurzem waren auch gerade die Verhältnisse der Balkanhalbinsel seinem Interessenkreise so viel näher gerückt oder hatte vielmehr dieser eine so viel weitere Ausdehnung gewonnen. Durch den Utrechter Frieden waren Gibraltar und Minorca zu dauerndem Eigentume erworben worden. Für die Wirksamkeit der englischen Flotte im Mittelmeere waren damit feste Stützpunkte gewonnen und auch die Angelegenheiten des Osmanischen Reiches wurden für die englische Politik von hoher Bedeutung. Keine der grossen Entscheidungen in der orientalischen Frage ist seitdem ohne eine gewisse Mitwirkung von seiten der britischen Macht vollzogen worden.

Schon seit dem Dezember 1714 war die Republik Venedig im Kriege mit der Pforte begriffen. Was ehemals durch die glänzenden Thaten des Kriegshelden Morosini gewonnen war, ging im Verlaufe weniger Monate wieder verloren. In raschem Siegeslaufe eroberten die Türken Morea, wendeten sich nach Dalmatien gegen die Besitzungen der Venetianer und drohten, dem alternden Gemeinwesen der Lagunenstadt selber den Todesstoss zu versetzen. Der Karlowitzer Friede legte dem Kaiser die Pflicht auf, den Venetianern im Falle eines türkischen Angriffs Waffenhilfe zu leisten, aber auch die Sicherheit seiner eigenen Staaten verbot ihm, dem Untergange der alten Republik mit verschränkten Armen zuzuschauen. Prinz

Eugen wies auf die Gefahr hin, welche nach der Niederwerfung Venedigs zunächst dem Königreiche Ungarn, dann aber auch den deutschen Erblanden des Hauses Habsburg drohe. Nicht um der Venetianer, sondern um des eigenen Lebensinteresses des österreichischen Staates willen, müsse man der Pforte den Krieg erklären.¹⁾

Mancherlei Bedenken standen freilich dem Unternehmen eines neuen Krieges entgegen. Die europäische Lage barg noch ernste Gefahren für die kaiserlichen Lande. Noch war ein Friede mit Spanien nicht geschlossen, und mehr noch besorgte man zunächst, dass der unruhige Viktor Amadeus den Frieden Italiens stören werde. Der Abschluss des Barrière-Traktates wollte sich nicht nach dem Wunsche des Kaisers regeln lassen. Auch die nordischen Wirren liessen es wünschen, dass der Kaiser sich die Hände freihalten könne. So standen denn auch unter den Ministern Karls VI. zwei Richtungen (einander gegenüber, eine kriegerische und eine friedliche. Die erste hatte ihren mächtigsten Vertreter in dem Prinzen Eugen und es war auch wohl nicht ganz ohne Grund, wenn ihm die Gegner nachsagten, er wolle den Krieg, weil er selbst dann unentbehrlich sein würde, der siegesgewohnte Vorkämpfer gegen den Halbmond.²⁾ Für den Frieden waren vornehmlich die spanischen Minister Karls VI. Für sie gab es ja in der österreichischen Politik keinen andern Gesichtspunkt als die Wiedergewinnung Spaniens. Auch unter den deutschen Ministern teilten einige den Widerwillen gegen den Türkenkrieg. Italien, so war die Meinung des Grafen Sinzendorff, die er dem englischen Geschäftsträger Schaub anvertraute³⁾, sei viel wichtiger für den Kaiser, als alles, was der Krieg in Ungarn ihm bringen könne.

Der englischen Regierung war ein Krieg Österreichs mit der Pforte höchst unerwünscht. Als der kluge Schaub seiner Regierung über die Bestrebungen der spanischen Minister und ihrer Anhänger berichtete, fügte er sogleich hinzu⁴⁾, dass man sich dieser Leute vielleicht bedienen könnte, wenn der König von England den Türkenkrieg vermieden zu sehen wünsche. Wirklich erhielt Schaub den Auftrag, die Friedenspartei am Wiener Hofe zu ermutigen. Aber die Mühe war verloren. Unter den österreichischen Ministern,

¹⁾ Feldzüge des Prinzen Eugen II, 7, 25.

²⁾ Schaub an Townshend. Wien, 28. Sept., 9. Okt. 1715. R. O.

³⁾ Schaub an Townshend, 11. Dez. 1715. R. O.

⁴⁾ Schaub an Townshend, 14. Sept. 1715. R. O.

mit denen Schaub sprach, wünschten zwar mehrere aufrichtig die Erhaltung des Friedens; aber dennoch stimmten sie schliesslich alle darin überein, dass der Krieg bereits unvermeidlich sei. Gleichwohl liess England es noch nicht an Versuchen fehlen, den Frieden zu erhalten. Der englische Gesandte in Konstantinopel, Sir Robert Sutton, musste dort die Gefahren vorstellen, welche dem osmanischen Reiche von einem Kriege gegen die furchtbare Macht des Kaisers drohten.¹⁾ Dem Venetianer Grimani aber bedeutete Schaub, die Republik könne nichts Klügeres thun als sich mit den Türken zu vertragen. Alle Siege des Kaisers könnten ihr doch das verlorene Morea nicht zurückbringen²⁾, eine Prophezeiung, die nachmals wörtlich in Erfüllung gegangen ist.

Am österreichischen Hofe liess man diese gutgemeinten Bemühungen der Engländer ruhig geschehen. Die Friedenspartei wünschte ihnen aufrichtig Erfolg; auf der andern Seite wussten doch Prinz Eugen und Starhemberg, die schon auf den Krieg brannten, sehr wohl, dass man England, mit dem eben ein Bündnisvertrag in London verhandelt wurde, nicht zurückstossen dürfe. Und dass wirklich der Friede erhalten bleibe, brauchten sie nicht zu fürchten. Die Pforte traf mächtige Vorbereitungen zum Kampfe gegen Österreich und der Bruch musste unfehlbar erfolgen, als seit dem Mai 1716 der kaiserliche Minister-Resident Franz von Fleischmann gegen alles Völkerrecht von den Türken zum Gefangenen gemacht wurde.

Prinz Eugen erklärte zwar dem englischen Geschäftsträger, König Georg hätte sich dem Kaiser nicht mehr verbinden können als durch die Art, wie er ihm seinen Botschafter in Konstantinopel zur Verfügung gestellt habe. Es würde auf alle Fälle gut sein, wenn in der Form einer englischen Vermittlung eine Unterhandlung mit der Pforte im Gange sei.⁴⁾ Als nun aber diese Vermittlung in aller Form von Schaub angetragen wurde, da erklärte Prinz Eugen selbst sich in der Konferenz der Minister mit Entschiedenheit gegen die Annahme derselben. Man dürfe sich, heisst es in seinem Vortrage an den Kaiser⁵⁾, nicht mehr „mit derlei ungewissen und un-

¹⁾ Townshend an Schaub, 15. Nov. (a. St.) 1715. Schaub an Townshend, 14. 18. 21. 15. 28. Dez. 1715. R. O.

²⁾ Schaub an Townshend, 4. Jan. 1716. Townshend an Schaub, 20. Dez. (a. St.) 1715, 17. Jan. (a. St.) 1716. R. O.

³⁾ Schaub an Townshend, 6. Mai 1716. R. O.

⁴⁾ Schaub an Townshend, 10. Juni 1716. R. O.

⁵⁾ Feldzüge des Prinzen Eugen II 7, 37—38.

sicheren Friedenshandlungen amüsieren und aufhalten,“ denn jetzt müsse der Kaiser von seiner Macht Gebrauch machen. „Damit aber andererseits die Krone Englands in gutem Vertrauen erhalten und ihre Mediation etwa in künftigen Zeiten nützlicher gebraucht werden könne, so hat man erachtet, es wäre dem Könige für seine diessseits in dem türkischen Friedenswerke anerbotenen Officia zu danken und anbei zu bezeugen, dass solche Ew. Kaiserl. Majestät jedesmal sehr angenehm sein würden.“ In diesem Sinne war auch die Schaub zugestellte Antwort abgefasst. Der englische Botschafter bei der Hohen Pforte möge in die Lage versetzt werden, vorkommenden Falles die Vermittlung zu führen; im Augenblicke aber solle noch nichts geschehen.¹⁾

Sobald von einer englischen Vermittlung die Rede gewesen war, wollten auch die Generalstaaten nicht zurückstehen; wie bei Karlowitz sollten die Seemächte gemeinschaftlich als Vermittler auftreten. Der holländische Gesandte Hamel Bruyninx stellte dem Wiener Hofe vor, die Hochmögenden hofften nicht ausgeschlossen zu werden, wenn eine Vermittlung mit den Türken in Frage komme. Er erhielt die gewünschte Zusage, man werde die holländische Vermittlung neben der englischen anrufen „sobald die Veranlassung da sei“²⁾. In verbindlicher Form hatte die österreichische Regierung vorläufig die Einmischung beider Seemächte in ihren Streit mit der Pforte zurückgewiesen.

So nahm der Krieg nun seinen Anfang, und bald ward wieder der Heldenruhm des grossen Türkenbesiegers in allen Landen verkündet. Am 5. August 1716 schlug Eugen mit seinem tapferen Heere bei Peterwardein die an Zahl weit überlegene Armee der Osmanen und bereitete ihr gänzlichen Untergang. Der Grossvezier selber fiel in der Schlacht. Das gesamte Abendland jubelte über den „Sieg des glorreichen gottbegnadeten Christentums über die dunklen Zeichen des Halbmondes.“ Dem Tage von Peterwardein folgte die Eroberung von Temesvar, der einzigen Festung in Ungarn, die nach dem Karlowitzer Frieden noch im türkischen Besitze verblieben war. Aber den entscheidenden Schlag, brachte erst der Feldzug von 1717. Wie schon in den früheren Türkenkriegen der Schwerpunkt der Entscheidung bei Belgrad gelegen hatte, so war auch jetzt die Eroberung der starken Bergfestung an der Donau und Save das vornehmste Ziel der ganzen Kriegführung der Kaiserlichen.

Mit seinem Heere überschritt der Prinz die Donau und lagerte sich südlich vor der Stadt. Durch zwei Schiffbrücken über die Donau und Save wurde die Verbindung mit Ungarn festgehalten. Schon war die Belagerung des „heiligen Hauses des Krieges“, wie Belgrad von den Türken genannt wurde, in vollem Gange, die mutig ausharrende Besatzung schwer bedrängt, als ein mehr als 15000 Mann starkes Entsatzheer der Osmanen heranrückte. Eine Art von Belagerung gegen das vor der Festung liegende feindliche Belagerungsheer ward eröffnet. Nach 14 Tagen beschloss Eugen die Schlacht. Ein dichter Nebel begünstigte den Angriff der Kaiserlichen, in heissem Kampfe wurden die Feinde geworfen; in einem kritischen Augenblicke soll Eugen selbst einige Reiter-Regimenter zur Attacke gegen den Feind geführt haben. Der Sieg war entscheidend, in wilder Flucht löste das türkische Heer sich auf, Geschütz und Gepäck fielen in die Hände der Sieger. Am 18. August ergab sich die Festung Belgrad; der Besatzung wurde freier Abzug gewährt.

Als Karl VI. die Nachricht von dem glorreichen Siege seines Heeres vor den Wällen Belgrads erhielt, schrieb er dem Prinzen einen Brief¹⁾, überflüssend von Ausdrücken der Freude und Dankbarkeit. Aber zugleich sprach er auch den Wunsch aus, dass noch im selben Jahre der Friede zustande kommen möge. Die von Spanien drohende Gefahr — 10 Tage nach der Belgrader Schlacht erfolgte die Landung auf Sardinien — musste die Beendigung des Türkenkrieges um so wünschenswerter erscheinen lassen. Zugleich zeigen aber die Worte des Kaisers auch, einen wie üblen Eindruck die Vermittlung der Seemächte beim Karlowitzer Frieden und die neuerlichen Bemühungen Englands zu gleichem Zwecke am Wiener Hofe hinterlassen hatten. „Ich finde auch für heute nur in kurzem nötig,“ so schrieb der Kaiser seinem Feldherrn, „Eure Durchlaucht zu erinnern, dass Eure Durchlaucht keine Gelegenheit ausser acht lassen wollen, wo nur möglich noch im Felde allein einen Frieden zu schliessen, da Eure Durchlaucht am besten wissen, dass die Mediation nicht *convenable* und am besten *sub armis* zu traktieren.“ Das entsprach durchaus der Meinung des Prinzen, und einen Augenblick schien es in der That erreichbar.²⁾

Aber schon hatte England dem Sultan seine Vermittlung angeboten; im Vertrauen auf diese, war die türkische Regierung für

¹⁾ Schaub an Townshend, 27. Juni 1716. R. O.

²⁾ Schaub an Townshend, 8. Juli, 12. Aug. 1716. R. O.

¹⁾ Feldzüge des Prinzen Eugen II, 8, 412/3.

²⁾ Vgl. Feldzüge II, 8, 193—195.

einen schnellen Friedensschluss nicht mehr zu haben. Mit der mächtigen englischen Krone durfte der Kaiser es bei der derzeitigen Weltlage am wenigsten verderben; und als nun auch Holland zur Teilnahme an den Verhandlungen zugelassen zu werden verlangte, konnte man nach den früheren Erklärungen selbst diesen nicht minder unbequemen Vermittler doch nicht zurückweisen. Für das Jahr 1717 war nun der Friede nicht mehr zu erreichen; die Entscheidung wurde einem im nächsten Jahre zu berufenden Kongresse anheimgestellt.

Inzwischen wurden doch umfassende Vorbereitungen getroffen, um nötigen Falles auch den Krieg energisch fortsetzen zu können. Die Operationen des kommenden Feldzuges gedachte Prinz Eugen über Serbien hinaus gegen die Festungen Nisch und Widdin und auf der Seite Bosniens gegen das noch in türkischen Händen befindliche Bihatsch zu richten. Dabei wünschte er aber selbst aufrichtig, dass der Friede zustande kommen möge.

Zum Kongressorte¹⁾, dessen Wahl dem Prinzen Eugen überlassen worden war, bestimmte man das serbische Dorf Passarowitz (Požarevac), auf dem rechten Ufer der Morawa gelegen, unweit der Einmündung dieses Flusses in die Donau. Doch sollten nach dem Muster des Karlowitzer Kongresses die Verhandlungen nicht in der Ortschaft selbst stattfinden, sondern auf einer nahen Anhöhe. Von kaiserlicher Seite wurden Graf Virmond und der Hofkriegsrat von Talman bevollmächtigt, von denen der letztere schon an den Verhandlungen zu Karlowitz teilgenommen hatte.²⁾ Die Pforte sendete den Silihdar Ibrahim und den Aufseher der Artillerie Mehemed Effendi, denen der Fürst der Walachei, Johann Maurocordato als Dolmetscher beigegeben wurde. Derselbe hat in den Verhandlungen eine bedeutende Rolle gespielt, als es sich um die Abtretungen in der Walachei handelte. Auch die Republik Venedig wurde auf Antrag des Prinzen Eugen zum Kongresse hinzugezogen; ihr Bevollmächtigter Ruzzini hatte schon am Karlowitzer Friedensschluss teilgenommen, war also mit den türkischen Verhältnissen wohl vertraut.

Da der Kaiser sich die Vermittlung der Seemächte gefallen lassen musste, so wünschte er wenigstens ihm genehme Persönlichkeiten damit beauftragt zu sehen. Unter den englischen Diplomaten,

¹⁾ Über die dem Kongresse vorausgegangenen Verhandlungen und die Feststellung des *uti possidetis* als Grundlage, vgl. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches in Europa V, 563—65.

²⁾ Ihre Instruktion ist gedruckt, Feldzüge II, 8, 440 ff.

an die gedacht werden konnte, war in Wien kein anderer so missliebig, wie Wortley Montagu, dessen Abberufung von seinem Posten als englischer Gesandter in Konstantinopel der Wiener Hof Ende 1717 durchsetzte. Man konnte es ihm nicht vergessen, dass er nach den vergeblichen Versuchen Schaub's im Jahre 1716 mit unbequemer Dringlichkeit noch einmal den Frieden zu vermitteln gesucht hatte, als der Kaiser und der Prinz den Krieg noch fortzusetzen wünschten; dass er sich scheinbar ganz in den Dienst der türkischen Interessen gestellt und Eugen mitten in seinem Siegeslaufe aufzuhalten gesucht hatte. Als der Feldherr schon zum Angriff auf Belgrad schritt, hatte Wortley Montagu einen Frieden auf Grund der Rückgabe von Temesvar an die Türken vorgeschlagen.¹⁾ Jetzt schrieb er nach seiner Abberufung noch einen Brief an Eugen und bat um des Prinzen Verwendung, damit er in einer oder der anderen Form an der Vermittlung teilnehmen dürfe. Doch er erhielt die kühle Antwort, der Kaiser müsse es dem Könige von England selber überlassen, wie er seine Minister beschäftigen wolle.²⁾

Zu Wortleys Nachfolger in Konstantinopel wurde der bisherige englische Gesandte in Wien, der uns schon bekannte Stanyan ernannt. Er erhielt auch, seinem Wunsche gemäss³⁾, einen allgemeinen Auftrag zur Friedensvermittlung.⁴⁾ Der eigentliche Bevollmächtigte Englands für den Kongress aber wurde Sir Robert Sutton, der selbst einmal Gesandter in Konstantinopel gewesen war. Dieser hat hernach fast allein das Vermittlungsgeschäft geführt, denn Stanyan wurde durch allerlei Intriguen von Passarowitz ferngehalten und verblieb während der Verhandlungen in der Begleitung des Grossveziers.

Die Holländer endlich schickten ihren Gesandten in Konstantinopel, Graf Colyer, zum Kongresse, so wenig diese Wahl auch nach dem Geschmacke der österreichischen Regierung war.⁵⁾ Es war bekannt, dass er mit Russland Beziehungen unterhielt, ein Umstand, der ihn auch den Engländern höchst verdächtig erscheinen liess. Den englischen Gesandten Sutton und Stanyan wurde immer wieder an's Herz gelegt, dass sie ausser der Herstellung des Friedens ihre Bemühungen zugleich darauf richten sollten, womöglich einen Konflikt zwischen der Pforte und Russland herbeizuführen. Die russische

¹⁾ Vgl. Feldzüge II, 8, 4—5.

²⁾ Feldzüge II, 8, Suppl. No. 200.

³⁾ Stanyan an Sunderland, 21. Aug. 1717. Private, 3. Okt. 1717. R. O.

⁴⁾ Sunderland an Stanyan, 1. Okt., 15. Okt. (a. St.) 1717. R. O.

⁵⁾ Vgl. Feldzüge II, 8, 343.

Macht erschien damals, wie wir wissen, für die deutschen Besitzungen des Königs Georg hochgefährlich.

Natürlich sollte sich die Vermittlung auch auf den zwischen der Pforte und Venedig zu schliessenden Frieden erstrecken. Als Stanyan schon von seiner beabsichtigten Sendung nach der Türkei benachrichtigt war, kam ihm erst der Gedanke, ob denn den Venetianern die englische Vermittlung eigentlich schon angetragen sei. Er musste doch vor seiner Abreise von Wien mit Grimani, dem Gesandten der Republik, über die Sache sprechen und durfte sich auch keine Blöße geben. Vergeblich durchstöberte er die Gesandtschaftsakten in Wien. Auch St. Saphorin und Hamel Bruyninx, an die er sich wandte, konnten keine Auskunft erteilen. Schaub hätte es gewusst, aber der war zur Zeit in London. Erst ein Brief des Staatssekretärs Lord Sunderland half ihm aus der Verlegenheit. Er erfuhr, dass in der That schon 1716 die englische Vermittlung der Republik angeboten worden war, und konnte jetzt dem Herrn Grimani die wohlwollende Zusicherung geben, der König von England sei noch desselben Sinnes wie damals, er wolle für die Republik Venedig wie für den Kaiser den Frieden mit den Türken vermitteln.¹⁾

In der ersten Hälfte des Monats Mai 1718 trafen die Bevollmächtigten der verschiedenen Staaten mit zahlreichem Gefolge, Dienerschaft und bewaffneter Begleitung in der Gegend von Passarowitz zusammen. In dem Dorfe selbst wurden nur die kaiserlichen und der venetianische Gesandte einquartiert; für die türkischen und die „Mediations-Minister“ hatte man ausserhalb desselben passende Lagerplätze ausfindig gemacht. Die Türken waren anfänglich mit dem ihnen zugedachten nicht zufrieden, und so erhielt Sir Robert Sutton gleich im Anfang Gelegenheit, sein Vermittleramt auszuüben.

Vor der Eröffnung des Kongresses mussten die Vollmachten ausgewechselt werden. Dieselben waren beiderseits für eine Verhandlung auf Grund des Besitzstandes ausgestellt. Aber nun sah man, dass die Türken nicht eigentlich ermächtigt waren, auch mit den Venetianern Frieden zu schliessen, von denen dazu mit ungebührlichen Ausdrücken gesprochen war. Die kaiserlichen Gesandten erklärten, unter diesen Umständen in die Verhandlung nicht eintreten zu können.²⁾ Einige Wochen verflossen, während deren man

¹⁾ Stanyan an Sunderland, 3. Nov. Sunderland an Stanyan, 8./19. Nov. 1717. R. O.

²⁾ Sutton an St. Saphorin, 16. Mai. Hann. Arch. Vgl. Feldzüge II, 8, 349—51. Hammer VII, 230.

einander misstrauisch beobachtete und voller Sorge auf die Nachrichten horchte, die über die beiderseitigen Rüstungen und die Haltung Schwedens und Russlands, über die kriegerischen Unternehmungen des Königs von Spanien und den sich vollziehenden Abschluss der Quadrupel-Allianz, aus allen Teilen Europas in dem kleinen Serbendorfe einliefen.

Am 31. Mai war endlich die neue Vollmacht für die türkischen Gesandten eingetroffen, in der sie beauftragt wurden, auf Grund des *uti possidetis* mit den Abgesandten des Kaisers und der Republik Venedig zu verhandeln. Dieses Mal fand niemand mehr an der Form etwas auszusetzen. Jetzt betrieb man mit Eifer die Vorbereitungen für die feierliche Eröffnung des Kongresses. Die Österreicher wie die Osmanen wollten bei dieser Gelegenheit die hohe Würde ihrer Herren recht vor aller Welt zeigen; Sir Robert Sutton hatte alle Hände voll zu thun, es jedem recht zu machen. Während einiger Tage trabte er zu Rosse fast unaufhörlich von den Kaiserlichen zu den Türken und von den Türken zu den Kaiserlichen.¹⁾

Am Morgen des 5. Juni, es war der Pfingstsonntag, bewegten sich von den Dörfern Passarowitz und Costelliza zwei pomphafte Aufzüge zu den auf freiem Felde errichteten Konferenzzelten. Die Anzahl des Gefolges und der Ehrenwachen betrug in beiden Lagern 700 bis 800 Mann.²⁾ Erst auf die Aufforderung der Vermittler, Sutton und Colyer, erschienen die kaiserlichen und türkischen Bevollmächtigten im Konferenzzelt. Mit abgemessenen Schritten, Fuss vor Fuss, traten sie völlig gleichzeitig von entgegengesetzten Seiten in das Zelt. Alle schwiegen, bis Sir Robert Sutton im Namen der vermittelnden Mächte die Verhandlung eröffnete.³⁾

Obwohl die wichtigsten Vorfagen schon vor der Eröffnung des Kongresses durch Sutton geregelt waren, so war doch der Verlauf der Verhandlungen nicht so glatt und günstig, wie der Engländer es erwartet hatte. Die kaiserlichen Gesandten, welche sich ihm aus einem nicht zu besiegenden Misstrauen doch nicht völlig anvertraut hatten, stellten jetzt neue Forderungen auf, von denen vorher nicht die Rede gewesen war; durch ihr stolzes Auftreten liessen sie die Türken fühlen, dass sie die Vertreter der siegreichen Partei waren.

In der ersten Konferenz⁴⁾ handelte es sich zunächst um die

¹⁾ Sutton an St. Saphorin, 2. Juni 1718.

²⁾ *Theatrum Europaeum*; 1718.

³⁾ *Theatrum Europaeum*. Hammer, Geschichte des osmanischen Reiches.

⁴⁾ Sutton an St. Saphorin, 6. Juni, 10. Juni 1718. Hann. Arch. Feldzüge

Feststellung der Präliminarien. Als ersten Punkt derselben bestimmte man, entsprechend den beiderseitigen Vollmachten die Anerkennung des gegenwärtigen Besitzstandes, das *uti possidetis*. Nur hinsichtlich Venedigs wollten sich die Kaiserlichen damit nicht zufrieden geben, verlangten vielmehr eine billige Genugthuung für die Venetianer. Lange stritt man über den Ausdruck, endlich gaben die Türken nach. Jetzt stellten die Kaiserlichen zur Überraschung der Vermittler und der Türken die neue Forderung, der Sultan solle den grossen Rebellen Rakoczi und seine Anhänger an den Kaiser ausliefern. Die Türken gaben auch hierin nach, soweit es eben möglich war, ohne der Ehre ihres Herrn zu nahe zu treten.¹⁾ Als nun aber die Türken ihrerseits einen allgemeinen Waffenstillstand für die Dauer des Kongresses vorschlugen, lehnten die Kaiserlichen dies kurzer Hand ab; man sei ja ohnedies im Begriffe, einen wirklichen Frieden zu schliessen, wozu denn erst einen Waffenstillstand? Als die Türken die Forderung noch einmal wiederholten, erhoben sich die Kaiserlichen von ihren Plätzen und waren erst durch Zureden wieder zum Niedersitzen zu bewegen. Zu einem Waffenstillstand kam es also nicht; nur ein kleines Gebiet im Umkreis von Passarowitz — durch Grenzsteine, Erdhaufen und dergleichen hatte man es bezeichnet — blieb vor feindlichen Zusammenstössen gesichert.²⁾

Der Verlauf der zweiten Konferenz am 7 Juni zeigte, wie schwer es war, selbst auf der anscheinend so klaren Grundlage des *uti possidetis* zu einer wirklichen Verständigung zu gelangen. Da Prinz Eugen Belgrad erobert hatte, so forderten die Kaiserlichen die Abtretung aller Gebiete, die zum Machtbereich von Belgrad gehörten, und damit meinten sie den ganzen Umfang des ehemaligen Königreiches Serbien. Auch die noch in türkischen Händen befindlichen Festungen Nisch und Widdin rechneten sie dazu. In die Überlassung dieser Plätze wollten und konnten aber die Türken nicht willigen, schon weil es gegen die Gesetze ihrer Religion versties, befestigte Orte, in denen sich Moscheen befänden, freiwillig aufzugeben. Es stellte sich auch das Eigentümliche heraus, dass niemand, weder auf türkischer noch auf österreichischer Seite, den Umfang des alten Serbien recht anzugeben wusste. Dabei sollte es sich nicht um die Grenzen des gewaltigen Reiches des Stephan

Duschan handeln, sondern nur um die altserbischen Gebiete.¹⁾ Aber in wie frühe Jahrhunderte ging dies zurück. Wie viel natürlicher, wenn man statt dessen von der Verbreitung der serbischen Nationalität ausgegangen wäre, die seit alten Zeiten dieselbe geblieben ist. Aber wir befinden uns im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts.

So blieb die zweite Konferenz ohne Ergebnis. Den Vermittlern fiel jetzt die Aufgabe zu, das Scheitern des ganzen Friedenswerkes zu verhindern.²⁾ Als der Grossvezier von dem Stande der Verhandlung hörte, wollte er sich am nächsten Tage mit seiner Armee in Bewegung setzen. Wie könne der Kaiser kraft des Besitzrechts etwas fordern, das er nicht besitze? Lieber wollten die Türken sich zehn Jahre lang fortgesetzt schlagen lassen als eine Hand breit Landes abtreten, die ihre Feinde nicht schon besässen.³⁾

Sir Robert Sutton war einige Tage hindurch recht verzweifelt. Die Österreicher bestanden nicht nur auf ihrer Forderung, sondern fügten noch die Abtretung der Walachei hinzu, obwohl nur das Land westlich der Aluta in der Gewalt der Kaiserlichen war. Sutton schrieb an St. Saphorin, damit dieser den Wiener Hof zur Beschränkung seiner Ansprüche bewege; im gleichen Sinne an Prinz Eugen, der gerade in Belgrad eingetroffen war, um von hier aus den Gang der Verhandlungen wie des Krieges zu überwachen.

Die Worte Suttons verfehlten ihre Wirkung nicht. Die kaiserlichen Bevollmächtigten waren in ihrem Eifer in der That zu weit gegangen. Dem Kaiser war es in diesem Augenblicke weit mehr um den Frieden als um den Besitz zweier türkischer Festungen zu thun. Prinz Eugen brachte aber alles wieder in's rechte Geleise. In aller Heimlichkeit hatte er während einer Truppenschau am 15. Juni eine Unterredung mit den kaiserlichen Botschaftern und vereinbarte mit ihnen die Forderungen, welche sie an die Türken stellen sollten.⁴⁾ Nicht einmal Sutton erfuhr etwas von den Einzelheiten dieser Unterredung.⁵⁾

¹⁾ Vgl. die einleitenden Kapitel bei Ranke, Serbien und die Türkei.

²⁾ Sutton an St. Saphorin, 10. Juni 1718. Hann. Arch.

³⁾ Stanyan an St. Saphorin, an Eugen, Philippopol, 16. Juni 1718. Hann. Arch.

⁴⁾ Eugens Bericht darüber an den Kaiser, Belgrad, 20. Juni 1718. Feldzüge II, 8, Suppl. No. 209.

⁵⁾ In seinem Briefe an St. Saphorin vom 17. Juni 1718 (H. A.) berichtet er nur, dass die Unterredung stattgefunden. Seine Erzählung der Konferenz vom 17. lässt sodann erkennen, dass er auf die anfänglichen Erklärungen

des Prinzen Eugen II. Serie 8, 354—55. Hammer, Geschichte des osmanischen Reiches 7, 230—31.

¹⁾ Vgl. auch Feldzüge II, 8, 372.

²⁾ Vgl. Feldzüge II, 8, 348—49.

Die nächste Konferenz, welche von den Vermittlern auf den 17. Juni¹⁾ anberaumt worden war, begannen Virmond und Talman mit einer stolzen Erklärung im Namen des Prinzen, die kaiserliche Armee sei bereit, sich wieder in Bewegung zu setzen; sie wünschten Klarheit, ob Krieg oder Frieden sein werde. Die türkischen Gesandten möchten erklären, ob sie Vollmacht hätten, ohne erst neue Instruktionen einholen zu müssen, diejenigen Forderungen zuzugestehen, welche man auf Grund des *uti possidetis*, wie sie es verstanden, stellen könnte. Die stolze Rede sollte offenbar nur den Rückzug verdecken. Die Türken hatten ja das *uti possidetis*, wie sie es verstanden, längst eingeräumt, und erst als die Kaiserlichen ihre eigene willkürliche Auslegung vorbrachten, war die Missheiligkeitsentstehung entstanden. Die Türken merkten nicht sogleich die Absicht. Voller Argwohn ersuchten sie die Österreicher, zuerst ihrerseits klare Forderungen zu stellen. Diese säumten nicht, der Aufforderung nachzukommen. Sie verlangten zunächst ausser dem in den früheren Konferenzen Zugestandenen auch die bosnischen Festungen Novi und Bihatsch, die beide noch in türkischem Besitz waren, liessen aber die letzte Forderung bald fallen, als die Türken sie standhaft verweigerten. Jetzt traten die Kaiserlichen mit der ebensowenig ernst gemeinten Forderung auf, die ganze Walachei und die Moldau sollten dem Kaiser überlassen werden. Natürlich wollten die Türken davon nichts wissen; seit alten Zeiten habe die Pforte diese Länder besessen. Die Kaiserlichen gaben nach, um aber nun mit um so grösserer Festigkeit das Gebiet westlich von der Aluta, die sogenannte kleine Walachei zu verlangen. Obwohl dieses Land thatsächlich schon im Besitze des Kaisers war, auf Grund des *uti possidetis* also ihm zufallen musste, widersetzten sich doch die Türken eine Zeit lang und forderten schliesslich zwei Tage Bedenkzeit. In der Konferenz vom 19. Juni gaben sie nach. Damit war aber auch die Grenze dessen erreicht, was die Türken zuzugestehen bereit waren. Sir Robert Sutton, der sich in Bezug auf die letzte Forderung auf die Seite der Kaiserlichen gestellt hatte und seine liebe Noth hatte, noch so manche kleine Nebenfragen zu regeln, meinte, jetzt sei die schwerste Krisis gekommen. „Ich habe das Seil so fest angezogen“, sagt er²⁾, „dass ich sie fast erdrosselt habe, und meine Kräfte sind erschöpft.“

der Kaiserlichen ebensowenig vorbereitet gewesen war wie die Türken. Diese Erklärungen wurden aber auf Grund der mit dem Prinzen getroffenen Verabredung gethan. Vgl. Feldzüge II, 8, S. 364—65.

¹⁾ Sutton an St. Saphorin, 17. Juni 1718. Feldzüge S. 365.

²⁾ Sutton an St. Saphorin, 20. Juni 1718. H. A.

Jetzt hänge alles von der Entschliessung des Kaisers ab. Die Türken könnten nicht weiter gehen als sie es gethan hätten, „denn wir haben ihnen schon die Eingeweide und die Seele aus dem Leibe gezogen.“

Die Herren von Virmond und Talman durften sich nun aber auch ihrerseits mit den von türkischer Seite gemachten Zugeständnissen zufrieden geben, denn schon waren diejenigen Forderungen gewährt, welche vom Prinzen Eugen als notwendig bezeichnet worden waren. Was sein Schwert erstritten hatte, wurde zum dauernden Besitztum seines kaiserlichen Herrn: Temesvar und Belgrad, der Schlüssel des Orients, Serbien und die kleine Walachei und die Savegrenze. Der Gewinn, den Karl VI. aus seinem ersten Türkenkriege davontrug, konnte wohl mit dem gewaltigen Machtzuwachs verglichen werden, den der spanische Erbfolgekrieg ihm gebracht hatte.

Ernste Schwierigkeiten sind in den folgenden Konferenzen nicht mehr entstanden. Einmal noch suchten die Türken auf Grund neu erhaltener Instruktionen einen Teil ihrer Zugeständnisse betreffs Bosniens zu widerrufen. Da machte aber Prinz Eugen, der sich in der Nähe befand, seinen Einfluss geltend; auch die Vermittler traten dazwischen und bedeuteten jene, was einmal eingeräumt sei, könne nicht mehr zurückgenommen werden.³⁾ So stand dem von beiden Seiten so sehnüchtig erwarteten Abschlusse des Friedens nichts mehr im Wege.

Unterdessen war auch die Verhandlung zwischen der Republik Venedig und der Pforte eingeleitet und zu einem befriedigenden Abschlusse gebracht worden. Am 16. Juni hatte Sir Robert Sutton die erste Konferenz eröffnet⁴⁾ und er verstand es auch, die Verhandlung in einigen weiteren Beratungen zu einem Ergebnis zu führen, mit dem auch Venedig sich zufrieden geben konnte. Morea freilich verblieb der Pforte. Wenn aber der Grossvezier nichts von Entschädigungen für die verachteten Venetianer, nur von kleinen Gefälligkeiten hatte hören wollen⁵⁾, so waren sie jetzt doch noch glimpflich davongekommen.⁵⁾ Von seiten der Türken war es aber keine leere Prahlerei, wenn sie erklärten, dass nur die Rücksicht

¹⁾ Sutton an St. Saphorin, 24. Juni 1718. H. A.

²⁾ Hammer, Geschichte des osmanischen Reiches VII, 233. Feldzüge II, 8, 369. Sutton an St. Saphorin, 11. Juli 1718. H. A.

³⁾ Sutton an St. Saphorin, 17. Juni 1718.

⁴⁾ Stanyan an St. Saphorin, Sophia, 1. Juli 1718. H. A.

⁵⁾ Vgl. Feldzüge II, 8, 377/8.

auf den Kaiser sie zur Verhandlung mit den Venetianern bewogen habe. Lord Stanyan, der sich in der Begleitung des Grossveziers zu Sophia befand, scheute sich, die Ausdrücke zu wiederholen, die dieser von der alten Republik gebraucht habe. „Hände und Füsse sollten sie dem Kaiser küssen,“ diese Äusserung des Türken meinte Stanyan seinem Kollegen in Wien doch mitteilen zu dürfen¹⁾, „dass er sie an dem Friedensschlusse teilnehmen liess. Denn sonst hätte die Pforte sie vernichtet.“

Am 21. Juli 1718 erfolgte in feierlicher Form die Unterzeichnung der beiden Friedensschlüsse. Wieder wie bei der Eröffnung des Kongresses nahten sich die Bevollmächtigten in prunkendem Zuge und betraten wieder mit gleichmässigen Schritten das Konferenzzelt. Im Zuge der Kaiserlichen befand sich dieses Mal auch der venetianische Gesandte. Als alle unterzeichnet hatten, da „umfassten allerseits Herren Botschafter einander auf das zärtlichste und küssten sich mit dem Friedenskuss.“ Am Nachmittage ging es in Passarowitz froh her bei Bankett und Festreden. Auch das Volk liess man an der allgemeinen Festesfreude teilnehmen. Ein gebratener Ochse wurde von der Masse verspeist, und ein Springbrunnen spendete rofen und weissen Wein, „so man bis auf 25 Eimer geschätzt.“²⁾

Sechs Tage später wurde gleichfalls in der Nähe von Passarowitz ein österreichtürkischer „Kommercientraktat“ unterzeichnet, der erste Handelsvertrag, den beide Staaten miteinander schlossen. Die Verhandlung desselben war von derjenigen des Friedensvertrages nicht nur gänzlich getrennt, sondern auch die Vermittler grundsätzlich von derselben ausgeschlossen worden. Man hielt es, und gewiss mit vollem Recht, für eine ausgemachte Sache, dass die Seemächte dem Kaiser die Vorteile eines Handelsvertrages missgönnen würden, und wenigstens in diesem Falle wollte man darum selbstständig mit den Türken verhandeln.

Die englische Regierung konnte übrigens dieses Misstrauen um so leichter verschmerzen, als nun das Hauptwerk glücklich zum Abschlusse gebracht war. Der Friede war unterzeichnet; Sir Robert Sutton hatte seine Aufgabe zur allgemeinen Befriedigung gelöst. Der holländische Gesandte, der auch noch durch Krankheit einige Zeit von der Teilnahme an der Verhandlung zurückgehalten wurde, spielte auf dem Kongresse neben Sutton eine sehr unbedeutende

¹⁾ Stanyan an St. Saphorin, Sophia, 1. Juli 1718. H. A.

²⁾ Theatrum Europaeum.

³⁾ Feldzüge II, 8. 364. 381.

Rolle. Nächst dem Prinzen Eugen, der in allen Stücken das Verhalten der kaiserlichen Diplomaten am Kongresse bestimmte, gebührte dem englischen Vermittler das grösste Verdienst an dem Gelingen des Friedenswerkes. Dieses Verdienst ist nicht nur in London, sondern auch in Wien und gerade vom Prinzen Eugen gebührend anerkannt worden.¹⁾ Mit Umsicht und Energie hatte Sutton in grossen und kleinen Streitfragen die Parteien zuletzt stets zu einigen verstanden.

Ehrgeizig wie er war, hat Sir Robert freilich den Ruhm, den Frieden vermittelt zu haben, auch mit niemandem teilen wollen, selbst nicht mit Stanyan, der von seiner Regierung gleichfalls zur Vermittlung bevollmächtigt war. Aber dieser war in Wien wenig beliebt, war langsam und schwerfällig in den Geschäften; selbst in der Begleitung des Grossveziers hatte er wenig für den Frieden gethan, wie sehr er auch nachmals bemüht war, seine Verdienste in das hellste Licht zu rücken. Sutton that auch das Seinige, um ihn von Passarowitz fernzuhalten. Wiederholt beklagte sich Stanyan über ihn bei St. Saphorin, aber dieser fertigte ihn mit der kühlen Bemerkung ab: „Wer den Erfolg für sich hat, pflegt allemal Recht zu behalten.“ Zuletzt wurde ihm nicht einmal die unschuldige Genugthuung zu teil, in dem Friedensinstrumente als Vermittler neben Sutton und Colyer genannt zu werden. Aber am meisten schmerzte es ihn doch, als nach vollbrachtem Friedensschlusse Sir Robert, wie es üblich war, vom Sultan, vom Kaiser und von der Republik Venedig ansehnliche Geschenke in Geld und Kostbarkeiten erhielt, Stanyan aber leer ausging. Auch alle seine Bemühungen, eine Teilung der Geschenke zu bewirken, scheinen ganz ohne Erfolg gewesen zu sein. Sutton kehrte mit dem klingenden Lohn für seine diplomatische Gewandtheit vergnügt nach London heim.²⁾

Der Kaiser hatte allerdings keine Ursache, sich über die englische Vermittlung zu beklagen; sein ängstliches Misstrauen hatte sich nicht als gerechtfertigt erwiesen. Der neubegründete Zustand entsprach vollkommen den Ergebnissen der Kriegführung. Die Grenzen des habsburgischen Reiches waren jetzt bis auf die Balkanhalbinsel ausgedehnt worden. Wenn auch in künftigen Kriegen der Erfolg den österreichischen Waffen in gleichem Masse treu blieb, so durfte man glauben, dass in absehbarer Zeit Österreich allein

¹⁾ St. Saphorin an Sutton, 17. Aug. 1718. H. A.

²⁾ Vgl. Stanyan an St. Saphorin, 1. 31. Juli, 27. Sept., 30. Nov. 1718. Stanyan an Craggs, ohne Datum (etwa Anfang Sept.). St. Saphorin an Stanyan, 3. Aug., 3. Sept. 1718. H. A. Vgl. Feldzüge II, 8, 338—39.

einmal die orientalische Frage lösen werde, indem es die Türken gänzlich aus Europa vertrieb. Denn noch war Russlands Einfluss in diesen Dingen gering. Welch' eine Aufgabe schien dem Hause Habsburg gestellt! Die Befreiung der christlichen Völker der Balkanhalbinsel, die Verbreitung abendländischer Kultur, die Erweckung der wirtschaftlichen Kräfte dieser unter türkischer Misswirtschaft tief herabgekommenen Länder. Und welche Bedeutung hätte erst für die Geschieke Deutschlands ein solches Hinauswachsen Österreichs aus dem Herzen des Weltteils haben müssen! — Aber die grossen Erfolge seiner weiteren Orientpolitik sind ausgeblieben. Kein Eugen hat in den Folgezeiten die österreichischen Heere geführt und statt weiteren Vordringens hatte schon der Türkenkrieg der dreissiger Jahre den Verlust des 1717 Gewonnenen zur Folge. Nur 22 Jahre hat die österreichische Herrschaft über Serbien gewährt. Dann kehrte das rohe türkische Regiment zurück, und der harte Druck desselben ward nach der Unterbrechung nur um so fühlbarer. An die Zeit der deutschen Verwaltung des Landes erinnert heute wohl nur noch die „Lange Gasse“ in Belgrad mit dem halb verfallenen Palaste des Prinzen Eugen.

Der Kaiser wäre im Jahre 1718 dem Frieden mit den Türken vielleicht weniger geneigt gewesen, wenn nicht der Angriff Spaniens ihn gezwungen hätte, mit grösserer Stärke in Italien aufzutreten. Schon im Anfang des Jahres waren mehrere Regimente aus Ungarn abgerufen und nach Italien eingeschifft worden.¹⁾ Und als dann der Abschluss in Passarowitz erfolgt war, schrieb Karl VI. freudig an den Prinzen²⁾: „Gottlob, dass dieser Friede einmal beendet ist, mit welchem man die Hand nun frei hat und besser allen, die sich an uns werden reiben wollen, wird die Zähne zeigen können.“

Darin also stimmte er mit den Engländern überein. Diese wurden vornehmlich durch Gesichtspunkte der allgemeinen europäischen Politik geleitet. Wie fern lagen ihnen im Grunde die Streitfragen zwischen dem Kaiser und den Türken! Welches Interesse hatte England daran, ob die Festung Bihatsch fortan in der Gewalt Österreichs oder der Pforte sein würde? Es war den Engländern vornehmlich um die Zwecke der Quadrupel-Allianz zu thun. Die Pläne der spanischen Eroberungspolitik sollten durchkreuzt, die Hoffnungen Alberonis vereitelt werden. Fast in jedem Winkel des Erdteils hatten die Intriguen des schlaunen Italieners gespielt, über-

¹⁾ Feldzüge II, 8, 284.

²⁾ Feldzüge II, 8, 385.

all hatte England sich ihm in den Weg gestellt. Seine beste Hoffnung war gegründet auf die Fortdauer des Türkenkrieges. Der spanische Gesandte bei der Hohen Pforte hatte Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um den Frieden zu verhindern. Berge von Gold hatte er versprochen, ein enges Bündnis zwischen Spanien und der Pforte in Aussicht gestellt: nun war alles umsonst gewesen, der Friede war geschlossen, und England hatte ihn vermittelt. Nachdem alles versagt hatte, worauf Alberoni gebaut, hatte er jetzt die gesamte furchtbare Macht der Quadrupel-Allianz gegen sich.

Wir haben den Anteil kennen gelernt, welchen England an dieser Entwicklung gehabt hat. Im Laufe weniger Wochen hatte es auf dem Felde der europäischen Politik drei grosse Erfolge davongetragen: die Beendigung des Türkenkrieges, den Abschluss der Quadrupel-Allianz und den Seesieg von Passaro. Jetzt stand es da als führendes Glied des grossen Friedensbundes, als Vermittler zwischen den streitenden Interessen der Völker. Wir dürfen wohl sagen, dass der Höhepunkt der Macht Georgs I. in diesem Augenblicke erreicht war.

Register.

- Act of Settlement, die 286—292.
Addison, Joseph, Dichter u. Staatsmann 372. 776.
Adelfius, Bischof v. Lincoln 10.
Aelfred der Grosse, König 25—29. 33. 45. 53.
Aelfred, Sohn des Königs Aethelred 33.
Aella, Gründer von Sussex 16. 18.
Aethelbald, König v. Mercia 23.
Aethelbert, König v. Ostanglia 23.
Aethelred, König v. Kent 18.
Aethelred I., König v. Engl. 25.
Aethelred II., der Unberatene 30—31. 33. 34.
Aethelwulf, König v. Engl. 25.
Agricola, röm. Feldherr 8. 9. 241.
Aislaby, Mitglied d. Unterhauses 482.
St. Albans, Versammlung zu 59.
Alberoni, Giulio, Gesandter Parmas in Madrid, dann span. Minister. Sein Einfluss am span. Hofe 688; üb. Philipps V. Aussichten in Frankreich 697; knüpft mit Engl. eine Verhandlung an 698 ff.; seine wahre Absicht bei den Handelsverträgen mit Engl. 707—8; seine Reformen 783—84; bereitet eine kriegerische Unternehmung vor 784. 786; trotzige Haltung 1717. 790; lehnt die Quadrupel-Allianz ab 805; im Verkehr mit Stanhope 810; nach d. Schlacht am Kap Passaro 812; nach d. Frieden v. Passarowitz 830—31.
Alexander II. u. III., Könige v. Schottl. 82.
Altranstädt, Friede v. 240. Konvention v. 241.
Anglesea, Graf, üb. die Gefahr für d. protest. Succession 322; Mitglied der Regentschaft 370; im Privy Council 441; seine Worte am 23. Juli 1715. 485; spricht geg. die Rebellion 508.
Anna Boleyn, Gem. Heinrichs VIII. 138. 141.
Anna Mortimer, Gem. Richards von York 120.
Anna, Prinzessin, dann Königin v. Engl. 206; verlässt ihren Vater 212; ihre Thronbesteigung u. Persönlichkeit 227; zum Feldzuge in Süddeutschland bewogen 231; Stellung zu den Parteien 248—49; ihr Verhältnis zum Marlboroughschen Ehepaar 228. 251—52; bei d. Parl.-Eröffnung 1711, 261; gegenüber Prinz Eugen 267; ihre Thronrede 1712. 269; Geburt u. Tod ihres Sohnes 285—86. Stellung zur Thronfolgefrage 285. 351; schickt Rivers nach Hannover 1710. 300; empfängt Schütz 313; ihre Krankheit Dez. 1713, 314—15; bei d. Parl.-Eröffnung 1714, 317—19; gegenüber der Abordnung der Geistlichkeit 319; ihre Antwort auf die Adresse geg. den Prätendenten 323—24; geg. die Berufung des Kurprinzen 326; lässt Schütz den Hof verbieten 329—30; sendet Th. Harley nach Hannover 331; ihre 3 Briefe an die kurfürstl. Familie 332—33; empfängt Bothmer 344; ihre Proklamation geg. den Prät. 347; ihre Antworten im Parl. 349; bei d. Verhandlung üb. den spanischen Handelsvertrag 352—53; schliesst die Session 353—54; bei Oxfords Sturz 357—58; ihr Tod 362—63. 367; macht Shrewsbury zum Grossschatzmeister 365; ihre Bestattung 377. 378; Verbrennung ihrer Briefe 378—79; Stellung zu ihrem Hofe 420; innerhalb der Regierung 420; ihre nordische Politik 712—13.
Anna, Prinzessin, Enkelin Georgs I. 418—19.

- Anton Ulrich v. Wolfenbüttel, Verfasser der „Römischen Octavia“ 407.
 Antwerpen, Kongress zu 632 ff.
 Argentan, Versammlung zu 47.
 Argyle, Herzog v., üb. die Gefahr für die protest. Succ. 322; beim Thronwechsel 1714, 363. 365; versorgt seine Verwandten mit Ämtern 442; übernimmt den Oberbefehl in Schottl. 531—32. 533; zieht gegen Macintosh 549; üb. die Lage auf dem Kriegsschauplatz 555—56; sein Kriegsrat 559; Aufbruch seines Heeres 560; vor u. währ. der Schlacht auf d. Sheriffmoor 562—69; nach Cadogans Ankunft 578—79; seiner Ämter entsetzt 616—17; vom Prinzen noch empfangen 771.
 Armada, die spanische, 156—59. 218.
 Armstrong, brit. Kommissar in Dünkirchen 493. 494.
 Arnulf, deutscher König 27.
 Arthur, sagenhafter Britenkönig 16—17.
 Arthur, Neffe Johanns ohne Land 53.
 Arthur, Sohn Heinrichs VIII. 131. 132.
 Assiento-Vertrag 275. 705—6.
 Athol, Herzog v. 522.
 Atterbury, Franz, Bisch. v. Rochester 360. 453.
 Augustinus, bringt den Angelsachsen das Christentum 18. 19.
 Augustus, röm. Kaiser 6.
 August II., Kurfürst v. Sachsen, König von Polen, von Karl XII besiegt 240. Hofleben unter ihm 411.
 Aylesford, Graf 610.
 Azincourt, Schlacht bei 114—15.
 Baden, Friede zu 272. 379.
 Baker, Admiral 384. 503.
 Bannockburn, Schlacht bei 85. 86. 95.
 Barcelona, erobert 1705, 234; Englands Bemühungen für B., sein Fall 681—83.
 Beaton, Kardinal, in Schottland 142.
 Beaufort, Nebenlinie der Plantagenets 121. 129. Edmund B. Herzog v. Somerset 121.
 Beda, Geschichtschreiber der Angelsachsen 22.
 Bedford, Herzog v., Regent in Frankreich nach Heinrichs V. Tode 116. 117.
 Bedmar, Marquis v., span. Minister 700. 706.
 Belhaven, Lord, Gegner der engl.-schott. Union 243.
 Berkeley, Admiral 372. 494; wird erster Kommissar d. Flottenamts 776.
 Bernstorff, Andr. Gottl. v., hannövr. Minister Georgs I., Absicht seiner Sendung nach Engl. 335; reist mit dem Könige nach Engl. 394; Verhandlungen in Holland 395—97, 630; seine Stellung am Hofe Georgs I. 445—46. 449. 450. B. über Nottingham 604; bei d. Streit zw. König u. Prinzen 1716, 616; üb. die Garantie der deutsch. Besitzungen Georgs I. durch den Kaiser 667; Urheber der Flottensendung in die Ostsee 1715, 715—718; instruiert Norris mündlich 720; befürwortet e. Kampf geg. Schweden 727; üb. die baltische Expedition 1716, 732. 733; mit Georg I. in Hannover 757; rät Peter d. Gr. gefangen zu nehmen 761. 763; seine Intriguen geg. Townshend 772.
 Berwick als schott. Handelsstadt 82; von England erobert 83.
 Berwick, Herzog v., franz. Marschall, 234; im Verkehr mit Bolingbroke 500. 501; üb. Mar u. den Prät. 524—25; B. nicht im Regentenschaftsrate 540; verweigert d. Teilnahme am schott. Aufstande 543—44.
 Bill der Rechte, die 215.
 Blake, engl. Admiral 194. 211.
 Blanca v. Lancaster 109.
 Blindheim bei Höchstädt 232.
 Bolingbroke, Henry St. John, Viscount of, seine Entlassung 1708, 249; sein Emporkommen 1710, 254, Persönlichkeit 255—56; seine ausw. Politik 258 ff.; B. u. Prinz Eugen 267; reist nach Frankr. 270; über den Krieg 1713, 271; über den Utrechter Frieden 277; B. u. Schütz 313. 314; bei der Krankheit der Königin 314—15; bei der Sprechwahl 1714, 317; üb. die Verhandlungen mit Lothringen 321; üb. den Writ für d. Kurprinzen 329; seine Denkschrift für den hannövr. Hof 336; sein Konflikt mit Oxford 337, 343—44. 351; seine Schritte zu Gunsten des Prät. 339—43; bei d. Schritten geg. d. Prät. 346—49; bei d. Verhandlung üb. den span. Handelsvertrag 352; nach der Session 354; stürzt

- Oxford 357—58; B. u. die Whigs 358—59; letzte Pläne 360—61; durch d. Tod der Königin vereitelt 362—3; im Geheimen Rate 363—64; bei d. Proklamierung Georgs I. 368; von d. Regentschaft ausgeschlossen 369; seine Äusserung geg. Lockhart 375; sein Plan einer antiöster. Koalition 381—82; sein Sturz 384—86. 774; nach dem Thronwechsel 391; bei der Krönung Georgs I. 457; blossgestellt 462; angebliche Versöhnung mit Oxford 463; seine letzte Rede im Oberhause 468; Beseitigung seiner Papiere 470; seine Flucht 474; angeklagt 478—79; seine Verurteilung 484; in Paris 499—500; geht zum Prät. 501; wird sein Staatssekretär 502; bemüht sich im Dienste des Prät. um franz. Hilfe 504. 505. 506. 512. 518—19. 520; sein Verhältnis zum Prät. 524—26; üb. seine Aussichten 540—41; fördert Ormonds Unternehmen 544—45; üb. die Reise des Prät. 572; seine Bemühungen um franz. Hilfe 583; vom Prät. entlassen 584—87; B. u. der Barrière-Vertrag v. 1709, 627; Engl. fordert seine Ausweisung aus Frankr. 750.
 Bolton, Herzog v., Mitgl. der Regentschaft 1714, 370.
 — Herzogin v., 413.
 Bonet (Bonnet), Friedr., preuss. Resident in London, üb. Stanhope 436; üb. die deutschen Minister 449; üb. die Aussichten der Jakobiten, Juni 1715, 486; verhandelt üb. den Barrière-Vertrag 651; üb. die engl. Flottensendung in die Ostsee 1715, 716. 717. 720. 727; verhandelt üb. einen Garantievertrag 732; üb. Peter d. Gr. 734.
 Bonner, Bischof v. London 145.
 Bonifacius, der Apostel der Deutschen 21.
 Bosworth, Schlacht v., 127. 130.
 Bothmer, Hans Caspar, Baron v., hannövr. Minister Georgs I., geht 1711 nach London, Persönlichkeit 301; seine Bemühungen zu Gunsten Marlboroughs 302; im Nov. 1711 wieder nach London 303; seine Denkschrift 303—4; geht 1714 nach London 335—37; seine Instruktionen 337 ff. Audienz bei der Königin 344; B. im Verkehr mit den Ministern 345; nach der Session 354—56; währ. des Thronwechsels 366—69. 372. 377. 378—79; verhindert eine Deputation an den König 389; üb. die Civilliste 390; üb. die Reise u. Ankunft des Königs 391. 397—98; B. u. die Whigs, sein Einfluss auf die Amterverteilung 423—24; üb. Marlborough 431; empfiehlt Stanhope 437; seine Stellung am Hofe Georgs I. 445. 448—50; üb. die jacobitischen Pläne 1715, 510; B. u. der Barrière-Vertrag v. 1709, 627; üb. einen Kampf geg. Schweden 727; bleibt 1716 in Engl. 757; Intriguen geg. Townshend 772.
 Borsseles van, holl. Gesandter in London 465.
 Bothwell, Mörder Darnleys, mit Maria Stuart vermählt 153.
 Boudicca, Britenkönigin 8.
 Bouvines, Schlacht v., 57—58.
 Boynefluss, Schlacht am, 219.
 Breadalbane, Graf 373. 530.
 Bremen im Handel mit Engl. 74.
 Bremen u. Verden für Hannover erworben 730—31.
 Brétigny, Friede v., 96. 97. 113.
 Bromley, Staatssekretär unt. Königin Anna, im Verkehr mit Schütz 314; in der Writ-Affaire 329. 330; fernere Haltung 343. 349. 360; Misstrauen der Regenten gegen B. 385; bei d. Adressdebatte 388; seine Absetzung 434; lehnt ein Amt ab 441; üb. die Septennial-Bill 612.
 Bubb, George, engl. Gesandter in Spanien 689. 695. 696; in Unterhandlung mit Alberoni 698 ff.; schliesst den Handelsvertrag 700 ff.; sein Bündnisplan 704; üb. die span. Expedition 1717, 784; führt Beschwerde 786.
 Bückeberg, Gräfin 333—34.
 Buckingham, Herzog v., zur Zeit Richards III. 130.
 — Herzog v., Minister Karls I. 169. 170. 171.
 — Herzog v., Minister der Königin Anna 256. 350. 366. 368.
 Bruyninx, Hamel, holl. Gesandter in Wien, 818. 822.
 Burgund, Herzog v., 246.
 Burgund im 100jähr. Kriege 113. 115. 118.
 Burleigh, Lord, Minister unter Elisabeth 150.

Burnet, Bisch. v. Salisbury 264; Lehrer des Herzogs v. Gloucester 285; seine Denkschrift für die Kurfürstin Sophie 298—99; bei der Krönung Georgs I. 454; sein Tod 487.

Bury St. Edmunds, Versammlung zu, 60.

Buys, holl. Diplomat 749.

Byng, Sir George, Admiral 359. 442—43. 503; führt 1717 eine Flotte in die Ostsee 743—44; 1718 in's Mittelmeer 807—810; sein Seesieg am Kap Passaro 811—12.

Cabotto, Johann, Seefahrer 134.

Cade, Jack, Führer des Aufstandes 1450, 119. 121.

Cadogan, Will., General. C. u. Schütz 310; führt 6000 Mann holl. Truppen nach Schottl. 577; seine Kriegführung daselbst 578—80; stürzt Argyle 616; mit der Verhandlung des Barrière-Vertrages beauftragt 632 ff.; seine Sendung nach Wien 642—44. 650—51; üb. die Barrière-Verhandlung 652; zur Unterzeichnung der Tripel-Allianz bevollmächtigt 762. 763—65; seine Vollmacht durch Dubois beanstandet 766; neue Vollmacht u. Unterzeichnung 768—69; Intriguen gegen Townshend 772; als Gesandter nach dem Haag 1717, 788; desgl. 1718, 804.

Caedmon, Volkssänger 22.

Cäsar, Julius, seine Züge n. Brit. 5—7.

Calais von den Engländern erobert 95; besiedelt 114. 118; verloren 148.

Cardiff, angelegt 79.

Carlisle, Graf 371; erster Schatzlord 1715, 534.

Carnwath, Rebellenführer in Schottl. 522. 548; sein Prozess 596—602.

Carpenter, General 549. 553. 618. 645.

Cassivellaunus, Britenfürst 6.

Castlemaine, Lady 413.

Cellamare, Prinz, span. Gesandter in Paris 537—38. 696.

Cerdic, Gründer v. Wessex 16. 33.

Chateaufort, franz. Gesandter im Haag 397, 634. 670. 749. 752.

Chaucer, Gottfr., Dichter, 100. 101. 160.

Cheverny, Marquis v., franz. Minist. 801. 802.

Cholmondeley, Lord 264.

Churchill, Arabella 228.

Clanranald, Rebellenführer 567.

Clarence, Herz. v., Brud. Eduards IV. 124. 126.

Clarendon, Lord, engl. Gesandter in Hannover 336. 391—92.

—, Konstitutionen v. 49. 50. 51.

Clarke, engl. Philosoph 417.

Claudius, röm. Kaiser 7.

Clemens VII., Papst 138.

Clemens XI., Papst 238.

Cnut d. Gr., König v. Dän. u. Engl. 31 ff. 33. 36.

Cobham, Lord, engl. Gesandter in Wien 634. 655.

Columba, christlicher Apostel 19. 21. 81.

Colyer, Graf, holl. Ges. in Passarowitz 821. 823.

Compton, Spencer, Sprecher des Unterh. 465.

Coningsby, Lord, 480. 482—83.

Contades, franz. Offizier 571.

Conyers, Mitgl. des Unterh. 389.

Cornwath, Graf, bei Naseby 186.

Cotterell, Zeremonienmeister der Königin Anna 329. 330.

Cowper, Graf, engl. Staatsmann 249. 262. 310. 326. 348. 353; Mitglied der Regentschaft 370; wird Lord Kanzler Georgs I. 426. 428. Persönlichkeit 428. 451; bei der Krönung 453; bei d. Adressdebatte 1715, 468; üb. d. Anklage Oxfords 483; üb. d. Krieg in Schottl. 532—33; verkündet als *High Steward* das Urteil üb. die adligen Rebellen 597—98; bei d. Streite zw. König u. Prinzen 1716, 616; Bestrebungen zu seinem Sturze 772; bleibt 1717 im Amte 776.

— Lady, Hofdame der Prinzessin v. Wales 414. 441. 442.

Craggs, Staatssekretär 1718, 809.

Cranmer, Erzbisch. v. Canterbury 141. 145. 147. 150.

Crécy, Schlacht v., 94. 95.

Cromwell, Oliver bei Marston Moor 184; Persönlichkeit 184—85; C. u. das Heer 185—86; siegt bei Naseby 186; C. u. der König 187; seine polit. Ansichten 188; unterwirft Irland 192; Schottl. 192—93; Siege bei Dunbar u. Worcester 193; C. u. die Navigationsakte 194; seine Absichten auf die Krone 195; Sprengung des langen Parlaments

196; wird Protektor 197; seine Parlamente 197; C. als Redner 197—98; C. als Herrscher 198; C. u. die Königskrone 199; sein Tod 200; seine ausw. Politik 202; seine Massregeln geg. Karl II. 350.

Cromwell, Rich., Sohn u. Nachfolger Olivers als Protektor 200.

— Thomas, der „Hammer der Mönche“ 140.

Darlington, Gräfin, s. Kielmanns-egge.

Darnley, Gem. Maria Stuarts 153.

Dartmouth, Lord, Anführer der Flotte Jakobs II. 1688. 210. 211.

Daun, öster. General 238.

David, Bruder Llewellyns v. Wales 80.

— Bruce, König v. Schottl. 95.

Defoe, Daniel, üb. die Volksstim- mung 1713, 375.

Denain, Schlacht v. 270. 477.

Derwentwater, Graf, Führer der Rebellen in Northumberland 547; sein Prozess 596—602; seine Hin- richtung 603.

— Gräfin, bittet für ihren Gemahl 599.

Devonshire, Herzog v. 353; Mit- glied der Regentschaft 370; bean- trägt die Septennial-Bill 609—10; wird Präsident des Geh. Rats 618.

Diarmait, Fürst v. Leinster 47.

Dissenter, die, ihre politischen Rechte 201. 202.

Domesday Book, das, 42.

St. Domingo von Drake erobert 156.

Donald, Nameschottischer Könige 81.

Dorset, Graf, Kammerherr Georgs I. 399.

Douglas, Oberst 571.

Dover, Vertrag v. 218.

Drake, Franz, engl. Admiral 155. 160. 167; kämpft unter Howard geg. d. Armada 157—58.

Drummond, Lord, Rebellenführer 528. 561.

Drusus, röm. Feldherr 14.

Dubois, Abbé, franz. Staatsmann, seine Persönlichkeit 753—54; trifft mit Stanhope im Haag zus. 754—56; in Hannover 758 ff.; üb. Cadogans Vollmacht 766. 769; Unterzeichnung des Bündnisses mit Engl. 769; geht 1717 nach Engl. 787; üb. die Stellung des Regenten 790; Reise nach Paris 791; sein Brief an St. Saphorin 796; gilt als Urheber von Stanhopes Reise 800; unterzeichnet die Quadr. Allianz 803.

Dücker, schwed. General 744.

Dunbar, Schlacht v. 193. 200.

Duncan, König v. Schottl. 81.

Dunkirchen, Frage der Schleifung v., 276. 493—94.

Dunstan, Erzbisch. v. Canterbury 29—30. 36.

Duvenvoird, holl. Gesandter in London 465. 750.

Eadgar, König v. Engl. 29. 33. 36. 45. — Enkel des Eadmund Eisenseite 41.

Eadmund, König v. Ostanglia 25—26. — Eisenseite, König v. Engl. 31—32.

Eadward, König v. Engl. 29.

— der Bekenner, König v. Engl. 33. 34. 35. 38. 41. 45; seine Laga 58. 59. 64.

Eadwig, König v. Engl. 29.

Eborius, Bischof v. York 10.

Edinburg, Vertrag v. 153; Anschlag auf E. 527—29.

Edmund, Bruder Heinrichs III. 66. — Graf v. Lancaster 109. 110. — Tudor 129.

Eduard I., König v. Engl. kämpft als Thronfolger bei Lewes 70; geg. Simon v. Montfort 77. 78; Thron- besteigung u. Persönlichkeit 78—79; erobert Wales 80; beruft städtische Abgeordnete ins Unterhaus 78. 80. 81; mischt sich in die Verhältnisse Schottlands 82; sein Tod 84; die Berufung des Muster-Parlaments 1295. 86. 87. 88.

Eduard II., König v. Engl. verliert Schottl. 85; verm. mit Isabella v. Frankr. 92; sein Tod 89.

Eduard III., König v. Engl. Thron- besteigung 89; Teilung des Parl. in 2 Häuser 89; sein Anspruch auf d. franz. Krone 92. 113; beginnt den Krieg 93; seine Siege bei Sluys u. Crécy 94; nimmt Calais 95; besiegt die Schotten bei Nevills Cross 95; erneuert 1355 den franz. Krieg 95; schliesst den Frieden zu Brétigny 96; sein Alter u. Tod 98; verweigert der Kurie den Lehnzins 101; Ge- setze üb. d. jährl. Berufung des Parlaments 172.

Eduard IV., König v. Engl. 122—23.

- 124—126; E. u. das Parl. 129; E. u. die Hansa 134.
- Eduard V., König v. Engl. 126.
- Eduard VI., König v. Engl., Thronbesteig., Somersets Regierung 141; im Prozesse geg. Lord Seymour 143; Plan seiner Vermählung mit Maria Stuart 142. 144; lässt Somerset fallen 144; seine Thronfolgeordnung 146; Kirchenpolitik unter E. 149; Versuche zur Ausbreitung des Protestantismus nach Schottl. 151.
- Eduard, der schwarze Prinz, Sohn Eduards III. 94. 95; sein Sieg bei Maupertuis 96; seine Kämpfe in Spanien u. Frankr. 97; sein Tod 98.
- Edwin, König v. Northumberland 19. 22.
- Egbert v. Wessex, erster König v. Engl. 16. 18. 23. 24. 81.
- Eleonore v. Poitiers, Gem. Heinrichs II. 47.
- d'Olbreuze, Gem. Georg Wilhelms von Celle 405.
- Elisabeth, Königin v. Engl., Geburt u. Thronrecht 141; von Lord Seymour umworben 143; ihre Thronbesteigung 143; Einführung der Reformation 148—49; begründet die anglikanische Kirche 150; Persönlichkeit 150—51; ihre Stellung an d. Spitze der protest. Welt 151; ihr Verhältnis zu Maria Stuart 153; lässt sie gefangen nehmen 154; im päpstl. Bann 154; im Bunde mit den Niederlanden 155; lässt Maria Stuart hinrichten 155—56; Besiegung der Armada 156—59; Englands Weltstellung unter E. 160; ihre Sorge für Flotte, Handel, Industrie 160. 193; Blüte der Litteratur 160—62; Bedeutung ihrer Regierung 162; ihr Tod 162; ihre Stellung zur Thronfolge 163. 326; ihre Stellung zu Drake 167; ihre Arbeit für innere Wohlfahrt 168; Eroberung Irlands 192.
- Grey, Gem. Eduards IV. 124.
- Tochter Eduards IV., Gem. Heinrichs VII. 130.
- Tochter Jakobs I., Gem. Friedrichs V. v. d. Pfalz 165. 282. 283. 294.
- Farnese, Gem. Philipps V. v. Spanien, stürzt die Prinzessin Orsini 638; beginnt eine Eroberungspolitik 784.
- Elisabeth, Charlotte, Herzogin v. Orleans 516—17; ihr Urteil üb. Dubois 754.
- Eltz, Baron, hannövr. Diplomat 717.
- Emma, normännische Prinzessin, Gem. Aethelreds 31; heiratet Cnut 33.
- Englische Sprache, Bildung der, 45.
- Erichthonius, sagenhafter König v. Troja 513.
- Ernst August, erster Kurfürst v. Braunschweig—Lüneburg, Gem. Sophiens 283. 294. 404.
- Errol, Graf, im schott. Aufstande 522.
- Essex, Lord, Führer der Parlements-truppen im Bürgerkriege 185. 186.
- Eugen, Prinz v. Savoyen, österr. Feldherr u. Staatsmann 222. 229; in Italien 1701—1703 231; im Feldzug v. 1704 231; bei Höchstädt 232—33; in Italien 1706 236—38; vor Toulon 239; bei Oudenaarde u. Malplaquet 246; in London 266—67; seine Kriegführung 1712 270; im Kriege 1713 u. beim Frieden v. Rastatt 271; üb. die Jakobiten 1715 511; üb. den Barrière-Vertrag v. 1709 627; seine Unterredungen mit Stanhope 1714 637—38. 639; üb. Volkra 661. 668; über den englspan. Handelsvertrag 703; üb. ein Bündnis mit Holl. 1716 769; über das engl.-franz. Bündnis 778; üb. die Versöhnung mit Spanien 779; seine früheren Türkensiege 814; rät zum Türkenkriege 816. 817. Seine Siege 1716 u. 1717 818—19; währ. d. Friedensverhandlung v. Passarowitz 825. 827. 829.
- Evesham, Schlacht v. 77—79.
- Fagel, holl. Staatsmann 396.
- Fairfax, General der Parlements-truppen im Bürgerkriege 186. 192.
- Falkirk, Schlacht v. 84.
- Fawkes, Guy (Pulverschwörung) 165.
- Ferdinand II. als König v. Böhm. 166.
- La Feuillade, Herzog v., belagert Turin 237.
- Fitzwalter, Rob., Führer der Barone 121 561.
- Fleischmann, Franz v., kaiserl. Resident in Konstantinopel, seine Verhaftung 817.
- Forfar, Graf, in d. Schlacht am Sheriff Moor tödlich verwundet 568.

- Forster, Thomas, Führer der Rebellen in Northumberland 547. 549. 551; kapituliert in Preston 552; seine Flucht aus d. Gefängnis 595.
- Fostner, Baron, lothring. Gesandter in London 321.
- Franz I., König v. Frankr. 136.
- Franz II., König v. Frankr., Gem. Maria Stuarts 152.
- Fraustadt, Schlacht v., 240.
- Friedrich I., röm. Kaiser 48.
- Friedrich II., röm. Kaiser 56. 58. 69.
- Friedrich I., König v. Preussen 240.
- Friedrich, Prinz, Sohn des Prinzen Georg August v. Wales 326. 394. 419.
- Friedrich II., König v. Preussen 709.
- Friedrich IV., König v. Dän. 411. 731.
- Friedrich V., Pfalzgraf, Schwiegersohn Jakobs I. 165. 166. 282. 283.
- Friedrich Wilhelm, der grosse Kurfürst 210.
- Friedrich Wilhelm I., König von Preussen, von Wilhelm III. für die brit. Thronfolge in Aussicht genommen 287; sein Interesse am Barrière-Vertrage 651; seine Politik geg. Schweden 711. 713; wünscht die Entsendung einer engl. Flotte in die Ostsee 1715 714; über die Leistungen der Flotte 717; verlangt energische Mitwirkung derselben 718—19. 723. 725. 726; lehnt einen Garantievertrag mit Engl. ab 733; über die englischen Ostsee-Expeditionen 1715 u. 1716 735.
- Galfried v. Monmouth, seine Erzählung von Arthur 16—17.
- Gallas, Graf, kaiserl. Gesandter in London 265—66.
- Gardiner, Bischof v. Winchester 145.
- Gaultier, Abbé, führt die geheime Friedensverhandlung zwischen Engl. u. Frankr. 259; vermittelt die Verhandlungen zwischen Oxford u. dem Präidenten 340; sein Besuch bei Bothmer 1714, 377.
- Gemeinen, Die, ihre Berufung in's Parlament 88.
- Georg, Prinz v. Dän. Gemahl der Königin Anna 227. 443.
- Georg I., König v. Grossbrit. seit d. 12. Aug. 1714, vorher unter dem Namen Georg Ludwig Kurfürst v. Braunschweig—Lüneburg, 279. 282; G. u. die Mission Rivers' 300; seine scheinbare Gleichgültigkeit 303; G. u. die Präcedenzakte 304—5; bekämpft das torystische Friedenswerk 305; seine Zurückhaltung 307. 308. 325—27; seine Instruktion für Schütz 310—12; seine Haltung in der Frage des Writs für den Kurprinzen 331—32; wird durch den Tod seiner Mutter britischer Thronfolger 334; schickt Bothmer 1714 nach Engl. 335—36; wird von der tödlichen Erkrankung der Königin benachrichtigt 366; als König proklamiert 367—68; seine Bestallung der Regenten 370; folgt Bothmers Ratschlägen 372; der Grund seiner ruhigen Thronbesteigung 376; seine Abwesenheit bei d. Bestattung der Königin Anna 377; von Ludwig XIV. als König anerkannt 380; sein Urteil über Bolingbrokes Bündnisentwurf 381—82; seine Stellung zu Savoyen 382; die Frage einer parlamentarischen Deputation an G. 389; seine Civilliste 389—90; Notwendigkeit seiner baldigen Ankunft in Engl. 391; G. u. Lord Clarendon 391—92; Verzögerung seiner Abreise 392; seine Anordnungen für die Verwaltung Hannovers 393—94; seine Reise nach Engl. 394—400; Verhandlungen in Holland 395—96; Ankunft in Engl. 397—400; Freude des Volkes bei seiner Thronbesteigung 403; seine Vergangenheit 404; seine Ehe mit Sophie Dorothea 404—8; seine Persönlichkeit 408—10; sein Verhältnis zur Schulenburg 410—11; zur Kielmannsegge 412—13; zur Herzogin v. Shrewsbury 413; zu Lady Cowper 414; zu Lady Montagu 414; seine Lebensweise 414—15; sein Verhältnis zu seinem Sohne 416. 419—20; zur Prinzessin v. Wales 418; zu seinen Unterthanen 420; seine kirchliche Haltung 421; G. u. die Parteien 422 ff; seine Stellung innerhalb der Regierung 427; üb. Lord Cowper 428; sein Verhältnis zu Sunderland 433; seine Stellung zum Kabinette 439—40; üb. die Verteilung der Ämter 442; sein Verhältnis zu den deutschen Ministern 444 ff; zu Bernstorff 446; seine Regierung nach hannövr. Gesichtspunkten 450; Folgen seiner

Unkenntnis des Englischen 450—52; seine Krönung 452—58; Bedeutung seiner Thronbesteigung 459; ordnet Neuwahlen an 461; seine Stellung nach den Wahlen 1715, 465; G. bei der Parlaments-Eröffnung 466—68; sein Groll gegen Strafford 471; fordert die Auslieferung von Straffords Papieren 472; seine Unpopularität 486; seine kirchliche Haltung 487; seine Massregeln gegen die Jakobiten 489; sein Verhältnis zu Ludwig XIV. 492—94; üb. die Hafenanbauten von Mardyck 494; seine Thronrede üb. d. Rebellion 507; rechnet auf des Kaisers Hilfe 511; seine Stellung zum Regenten von Frankr. 516; Mordplan geg. G. 525; G. bei Wyndhams Verhaftung 536; seine Thronrede am 20. Jan. 1716, 592—93; neue Thronrede 593; G. beim Prozesse geg. die adligen Häupter des Aufstandes 598, 599, 602, 604; sein Verhältnis zu Nottingham 604; seine Unpopularität 606; G. zur Reise nach Hannover entschlossen 614—15; seine Abreise 619; Bedeutung seiner Reisen nach Hannover 620; übernimmt die Vermittlung des Barrière-Vertrages 630—31; G. in der Barrière-Verhandlung 645; seine Unterredung mit Volkra 662; G. üb. den engl.-span. Handelsvertrag 702; seine nordische Politik 710 ff.; beginnt Krieg gegen Schweden 712; verweigert eine schriftl. Erklärung üb. die Leistungen der Ostseeflotte 717; lässt Norris geheime Winke geben 721; sein Verhältnis zu Russland 725; befiehlt, dass einige Schiffe sich mit der dänischen Flotte vereinigen 727; erwirbt Bremen und Verden 731; G. über die Ostsee-Expeditionen 735—36; G. in Unterhandlung mit Karl XII. 744; G. in Hannover 756 ff.; sein persönl. Eingreifen in die Politik 758 ff.; wünscht wegen der nord. Verwicklungen d. Bündnis Frankreichs 761; sein Zorn gegen Townshend 766 ff.; G. nach d. Abschlusse der Tripel-Allianz 770; sein Verdacht geg. d. Prinzen 771, 773; entlässt Townshend 774; seine Rückkehr nach England 775, 782; entlässt Townshend u. Walpole

775; G. üb. die Zögerungen des Wiener Hofes 798; seine europäische Stellung 1718, 831.
 Georg (II.) als Kurprinz u. Prinz v. Wales Georg August, die Frage seiner Berufung und Reise nach Engl. 298, 311, 313, 325—27, 327—32; erhält 1706 den Hosenbandorden u. die Ernennung zum Herzog v. Cambridge 300; geht mit seinem Vater nach Engl. 394; seine Persönlichkeit 408, 416—17; seine Stellung im Staate 419; sein Verhältnis zum Vater 419—20; seine kirchliche Haltung 421; G. bei der Krönung Georgs I. 454, 456; als Statthalter währ. der Abwesenheit des Königs 615—16; Beschränkung seiner Rechte 616—18; Abschied v. Könige 619; beweist den Tories Gunst 771; (als König Georg II.) seine englisch-hannövr. Politik 709; mit Bremen u. Verden belehnt 730.
 Georg III. König v. Grossbrit., englischer Charakter seines Königtums 620.
 Georg Wilhelm, Herzog v. Calenberg-Göttingen, nachmals v. Celle, seine Verlobung mit Sophie, der Enkelin Jakobs I. 294; tritt die Braut dem Bruder ab 295; seine Verbindung mit Eleonore d'Olbreuze 405; sein Verfahren gegen seine Tochter Sophie Dorothea 408.
 Germanicus, römisch. Feldherr 14.
 Gertruydenberger Verhandlungen 258, 268.
 Gibraltar erobert u. von Engl. erworben 234—35, 238, 276, 278.
 Gilden, die, u. ihre Bedeutung für d. Entwicklung d. städtischen Verfassungen 76, 77.
 del Giudice, Kardinal, span. Minister 686, 698, 699.
 Glanville, Rechtsbuch des, 50.
 Glendower, Owen, Fürst v. Wales 111.
 Gloucester, Herzog v., 1) Oheim Richards II. 107, 108. 2) Protektor z. Zeit Heinrichs VI. 116—17, 143.
 3) Wilhelm, Sohn der Prinzessin Anna 285, 286, 297.
 Godolphin, Sydney, Graf, Minister unter Königinn Anna 248, 249, 250, 253.
 Godwin, Earl v. Wessex, 34, 35, 36, 43.
 Gordon, General, Rebellenführer 557, 558.

Görtz, Baron, 1) hannövrischer Minister 394, 448. 2) Diplomat in schwed. Diensten 741, 742—3.
 Gottfried v. Anjou 46.
 Gower, Johann, der Dichter 108.
 Gravelines, Seeschlacht v., 1588, 158—59.
 Gregor d. Gr. Papst, 18.
 Gregor VII., Papst, 44.
 Grey, Adelsgeschlecht 124. S. auch Johanna G.
 Grimani, venetianischer Gesandter in Wien 822.
 Grote v., hannövr. Gesandter in London 305—8.
 Gualterio, Kardinal 342.
 du Gueselin, franz. Feldherr 97.
 Gustav Adolf, König v. Schweden 240.
 Gyllenborg, Graf, schwedisch. Gesandter in London, 730, 737; seine Verschwörung gegen England und die gegen ihn ergriffenen Massregeln 738, 739 ff.
 Haager Allianz, die, von 1701, 225, 234, 241. Verhandlungen im H. 1709, 226, 268.
 Habeascorpus-Akte, die, 203.
 Hadrian IV., Papst, 47.
 Halifax, Graf, englisch. Staatsmann 249; als Gesandter in Hannover 1706, 300; über d. Sendung d. Kurprinzen 308; Baron Schütz an H. empfohlen 310; spricht für Nottinghams Adressantrag 347; seine Stellung zu Bolingbokes Antrag betr. den Prät. 348; zum spanisch. Handelsvertrage 352; wird Mitgl. der Regenschaft 370; über Bolingbokes Bündnisplan 1714, 381; wird 1714 erster Lord des Schatzes 426, 429; Persönlichkeit 429—30; sein Streben nach einer führenden Stellung 435; bei der Verteilung d. Amter 441; sein Verhältnis zu Townshend 442; H. üb. Bernstorff 445; sein Tod 487.
 Hamburg im Handel mit England 74, 75.
 Hamilton, Generalmajor, jakobit. Führer 521.
 Hampden, John, Staatsmann d. Revolutionszeit 173, 181, 184, 185.
 Hanmer, Sir Thomas, wird Sprecher des Unterhauses 317; über die

protest. Succ. 324; lehnt das ihm angebotene Amt ab 441.
 Hansa, die, im Handel m. Engl. 75.
 Harcourt, Sir Simon, Lord Kanzler unter Königin Anna 254—56; seine Stellung in der Writ-Angelegenheit 326, 329, 427; angeblicher Jakobit 348; in der Regenschaft 369, 387; Wahrscheinlichkeit s. Anklage 474.
 Harfleur, durch Heinrich V. belagert u. eingenommen 113, 114.
 Harley, Edw., Bruder des Grafen Oxford 475, 480.
 Harley, Rob., s. Oxford.
 Harley, Thomas, engl. Gesandter in Hannover 305, 331, 336.
 Harald Blatand, dänisch. König 31.
 Harold der Hasenfüssige, König v. England 33.
 Harold II., d. letzte angelsächsische König von England 35—43.
 Hastings, Schlacht v., 40, 41, 45.
 Hastings, Lord, unter Richard III. hingerichtet 126.
 Hay, Oberst, Jakobit, 521.
 Hay, Major im engl. Heere 565.
 Heems, Freiherr v., kaiserl. Gesandter in Haag 395—97.
 Heinrich I., König v. Engl., 46—50; seine Proklamation vom J. 1100, 59, 61, 64; sein Vordringen gegen Wales 79.
 Heinrich II., König v. England, 47; sein Unternehmen gegen Irland 47—48; sein Streit mit Erzbischof Thomas v. Canterbury 48—50, 56; H. als Herrscher 50; seine Kreuzzugspläne 52; H. u. die Barone 58; seine Gesetze 61; H. u. der engl. Handel 74; sein Verhältnis zu Schottland 82.
 Heinrich III., König v. England, 65; Persönlichkeit 66, 78—79; seine auswärtige Politik 66; H. im Streite mit den Baronen 67; bewilligt die Oxforder Provisionen 68; sein Verhältnis zu Simon v. Montfort 69; bei Lewes geschlagen 70; H. u. d. engl. Handel 74; sein Tod 78; H. als Stammvater des Hauses Lancaster 109, 110.
 Heinrich IV., König v. Engl., setzt Richard II. ab 108—9; sein Thronrecht 109, 110; seine Stellung zum Parlamente 110; sein Kampf gegen die grossen Vassallen 110, 111;

- auswärtige Kämpfe 111; sein Tod 111; sein Verhältnis zu Frankreich 112; seine Usurpation 120; H. und die Beauforts 129.
- Heinrich V., König v. Engl., seine Thronbesteigung 112; Persönlichkeit 112; gegen die Lollarden 112; erneuert den Anspruch auf den franz. Thron 112—13; seine Vorbereitgn. zum Kriege 113; H. bei Azincourt 114—15; schliesst 1420 den Frieden zu Troyes 115; sein Tod 116.
- Heinrich VI., König v. England u. Frankreich 116. 117; verliert die franz. Gebiete 118; H. gegenüber dem Anspruch der Yorks 120—23; abgesetzt 123—24; wieder auf den Thron erhoben 125; besiegt u. ermordet 125. 190.
- Heinrich VII., König v. Engl., vorher Graf von Richmond 119. 127; sein Thronrecht 129—30; erster Versuch zur Erlangung der Krone 130; H. bei der Geburt Arthurs 131; beseitigt die Prätendenten 131—32; vermählt Arthur, dann Heinrich (VIII.) mit Katharina v. Aragon 132—33; Margaretha mit Jakob IV. v. Schottl. 133; kämpft gegen Frankreich 133; arbeitet für d. innere Wohlfahrt 133; Bemühgn. f. Landwirtschaft, Industrie, Handel, Schifffahrt 134; Regierungssystem u. Tod 135.
- Heinrich VIII., König v. England, Wales in England einverleibt unter H. 60; als Prinz mit Katharina v. Aragon vermählt 132. 133; seine Persönlichkeit 135—36; auswärtige Politik 136; die Scheidungsfrage 138. 139; seine Lossagung v. röm. Stuhle 139. 140; Aufriehung des Supremats 140; H. u. seine Frauen 140—41; sein Tod 141; seine Thronfolgeordnung 141. 146. 148; seine Versuche, Schottland von der röm. Kirche loszureissen 142; seine Kirchenpolitik 147. 149; Englands Stellung unter H. 160.
- Heinrich IV., römisch-deutscher Kaiser 43. 54.
- Heinrich V., röm.-deutsch. Kais. 46.
- Heinrich II., König v. Frankr. 152.
- Heinrich IV., König v. Frankreich 285. 342.
- Heinrich III., König v. Kastilien 157.
- Heinrich der Löwe 295.
- Heinsius Anton, holl. Ratspensionär 229. 395.
- Hengist sagenhafter germ. König 12. 16. 45.
- Henriette Maria, Gem. Karls I. 170.
- Heusch, hannövr. Gesandter in Berlin 717.
- Hildebrand s. Gregor VII.
- Hobbes, Thomas, engl. Philosoph 198. 482.
- Höchstädt, Schlacht von, 232—33. 239.
- Hoffmann, Joh. Phil., kaiserl. Resident in London, sein Urteil über Stanhope 438; über Georg I. 461; üb. d. Prätendenten in Lothringen 490; über die Gefahr einer Rebellion 510; über d. Katholikengesetz 605; über d. Barrière-Vertrag 631; Unterredung mit Stanhope 636; üb. d. Stimmung in London 643; Unterredungen mit dem Könige und den Ministern über die Barrière u. das Bündnis 645. 647. 656—57; seine Persönlichkeit 660; bei der Verhandlung des Bündnisses 671ff; bemüht sich um englische Hilfe für Barcelona 682—83; für Majorka 690ff; über den engl.-span. Handelsvertrag 703; über die engl. Ostseeflotte 727; über Gyllenborgs Verhaftung 740; über das engl.-franz. Bündnis 751. 777. 778; üb. Georgs I. lange Abwesenheit 774; muss engl. Hilfe gegen Spanien fordern 785; unterzeich. d. Quadrupel-Allianz 803.
- La Hogue, Seeschlacht v., 219.
- Honorius, röm. Kaiser 11.
- Hopson, Kapitän, Befehlshaber der 8 engl. Schiffe in der Ostsee 1715, 728—29. 732.
- Horsa, sagenhafter germ. König 12.
- Howard, Admiral, kämpft gegen d. Armada 157—58.
- Hubert v. Burgh 66.
- Hudsonsbai-Länder, 1713 an England abgetreten 276.
- Hugenotten, die, durch England unterstützt 170.
- Huntly, Marquis, Rebellenführer 527. 561. 577.
- Hutcheson, Archibald, Mitglied des Unterh. 482. 612.
- Huxelles, Marschall v., franz. Minister 570. 583. Gegner der Qua-

- drupel-Allianz 799. 801; unterzeichnet sie 802.
- Hyde, Edw., Kanzler Karls II., 200.
- Jakob I., König von England, (als König von Schottland J. VI.), seine Thronbesteigung 163; die Pulververschwörung 165; seine auswärtige Politik 165; J. u. Friedrich V. v. d. Pfalz 165—66; der engl. Handel unter J. 166—67. 193; Behandlung Walter Raleighs 167; sein Verhältnis zu Spanien 167; J. u. d. Parl. 168—69; Persönlichkeit 169.
- Jakob II., König v. England, muss als Herzog v. York sein Amt als Katholik niederlegen 202; seine Thronbesteigung 203; seine ersten Erklärungen 204; Niederwerfung v. Monmouth's Aufstand 204. 323; Absicht der Herstellung des Katholicismus 204; Indulgenzerklärung und Streit mit den Bischöfen 205; Geburt des Prinzen v. Wales 206; Pläne gegen seinen Thron 206; seine Massregeln gegen Wilhelm v. Oranien 209; befiehlt der Flotte zu kämpfen 211; seine Flucht 212; seine Absetzung 213; sein Kampf in Irland gegen Wilhelm 219; sein Tod 225. 276. J. u. seine Töchter 282. 283.
- Jakob Franz Eduard, der Prätendent, 130. 206. 226; seine Königsfahrt 1707, 241. 245; seine kathol. Erziehung 285; Gesetze gegen ihn 290. 291; Möglichkeit seiner Überkunft 298; Gerüchte v. seiner beabsichtigten Landung 312—13. 315. 380; die Tory-Minister für ihn 338—39; seine Verhandlungen mit ihnen 339ff; weigert sich, Protestant zu werden 341—42; Festhaltung seines Anspruchs 342; ein Preis auf seinen Kopf gesetzt 345. 390; Proklamation gegen ihn 346; in Schottland zum Könige ausgerufen 373; seine Proklamation 462; von Volkshaufen proklamiert 485; seine Haltung seit Annas Tode 489—90; seine Persönlichkeit 491; gewinnt Bolingbroke 501; seine Erwartungen 502; durch Bolingbroke von der Überfahrt abgehalten 504; seine finanziellen Bedrängnisse 505; Preis auf seine Ergreifung 509; seine Ab-
- sichten 506. 510. 512; seine Ausichten beim Tode Ludwigs XIV. 518—19; von Mar zum Könige erklärt 522; sein Verhältnis zu Mar 524—26; Hoffnung, ihn zu bekehren 526; in Schottland proklamiert 527; sein Verhältnis zum Regenten 538—41; seine Heimlichkeiten 543; sein hartes Urteil über Berwick 544; seine Stellung zur engl. Kirche 545; über Ormond 546; geht nach St. Malo 570—72; schiffst sich in Dünkirchen ein 573; kommt nach Schottland 574; Eindruck seiner Persönlichkeit 575—76; Hoffnungslosigkeit seiner Sache 576—77; Rückzug seines Heeres 578; flieht aus Schottland 579—80; landet in Gravelines 583; nach der Rückkehr 584; entlässt Bolingbroke 584—87; geht nach Avignon 589; J. E. u. Gyllenborgs Verschwörg. 742; seine Verbannung über die Alpen von England gefordert und erreicht 752. 756. 759; seine Erkrankung 764—65.
- Jakob IV., König v. Schottland 133.
- Jasmund, Seeschlacht bei, 729.
- d'Jberville, franz. Gesandter in London, verhandelt zw. Bolingbroke u. dem Prätendenten 340; nach d. Thronwechsel 377; über den Prät. in Lothringen 490; über Mardyck 494; über Stanhopes Reise nach Wien 641; verhand. üb. Mardyck 760.
- Jbrahim, türk. Bevollmächtigter in Passarowitz 820.
- Jefferyes, englischer Gesandter bei Karl XII. 716.
- Jeffreys, Oberrichter unter Jakob II. 204.
- Jersey, Graf 303.
- Indulgenzerklärung Karls II. 202.
- — — — — Jakobs II. 205.
- Innocenz III., Papst, 54. 55. 56. 60. 65.
- Johann ohne Land, König v. Engl., Persönlichkeit 53; verliert die festländischen Provinzen 53; sein Streit mit der Kirche 54—56; wird Lehnsmannd des Papstes 56—57; im Streit mit den Baronen 58—61; erlässt die Magna Charta 61; sein Tod 65; J. u. der engl. Handel 74.
- Johann d. Gute, Kön. v. Frankreich 95—97.
- Johann v. Gaunt, Herzog v. Lancaster 98. 107. 109. 120.

- Johann der Unerschrockene, Herzog v. Burgund, 113.
 Johann Friedrich, Bruder d. Kurfürsten Ernst August 295.
 Johann Maurocordato, Fürst der Walachei 820.
 Johann Sobieski, König v. Polen. 814.
 Johanna d'Arc, die Jungfrau v. Orleans 117. 118.
 Johanna Grey, zur Königin von England erhoben 145—46; ihr Ende 146. 147. 376.
 Johanna Seymour, Gemahl. Heinrichs VIII. 141.
 St. John s. Bolingbroke.
 John Baliol, König v. Schottland, 83—84.
 Josef I., röm.-deutsch. Kaiser 222. 258.
 Josef II., " " " 654.
 Josef Clemens, Erzbischof v. Köln 230. 663.
 Josef Ferdinand, bayr. Kurprinz, Erbe v. Spanien 220—21.
 Jreton, Schwiegersohn Cromwells 188. 192.
 Irland, Beginn der engl. Herrschaft in J. 47—48; Aufstand von 1641, 180. 183; von Cromwell unterworfen 192; während des Thronwechsels 1714, 374; während der Rebellion 592.
 Jsabella, Gemahlin Eduards II. 92.
 Jsla, Graf, 610.
 Julius II., Papst, 138.
 Kabinett, das, in der Act of Settlement 289. 291. Entwicklung seit Georg I. 440—41.
 Kanada, bleibt 1713 franz. 276.
 Karl I., König von England, reist als Prinz nach Spanien 167; seine Persönlichkeit 169; Verhältnis zu Frankreich 170; bewilligt die Petition of right 170; seine Regierung ohne Parl. 172—73; seine Kirchenpolitik 174—75; beruft ein Parl. 175—76; löst es auf 176; K. u. das lange Parl. 178; K. bei Straffords Prozess 179; giebt dem Parl. nach 180; empfängt die grosse Remonstranz 181; Bruch mit dem Parlament 182; rüstet 182—83; bei Marston-Moor geschlagen 184; bei Naseby 186; flieht zu den Schotten, an das Parl. ausgeliefert 187; in d. Gefangenschaft des Parl., dann der Armee 187—89; verurteilt und hingerichtet 190; K. u. das präzische Haus 282.
 Karl II., König v. England, 191; in Schottland 1650, 192; seine Niederlagen bei Dunbar u. Worcester 193; K. und die Navigationsakte 194; besteigt den Thron 200—201; Kirchenpolitik, Testakte 202; auswärtige Politik 202—3; Hofleben 203. 410—11; sein Tod 203; sein Verhältnis zu Frankreich 218; Plan seiner Heirat mit der Prinzessin Sophie 294.
 Karl II., König v. Spanien, 220. 221. 226. 247. der engl.-span. Handel zu seiner Zeit 684.
 Karl III., der Einfältige, König von Frankreich 31. 36.
 Karl V., König v. Frankr. 94. 97.
 Karl VI., " " " 113. 115. 116.
 Karl VII., " " " 116. 117. 118.
 Karl IX., " " " 152.
 Karl d. Gr., röm. Kaiser 23. 73.
 Karl V., röm.-deutsch. Kaiser, König v. Spanien 136. 138. 139. 223.
 Karl VI., röm.-deutscher Kaiser, als König v. Spanien Karl III. 234—36. 238. 247; wird Kaiser 258—59; seine Absichten 1712, 267. 269; bleibt dem Utrechter Frieden fern 270—71; schliesst zu Rastatt und Baden mit Frankreich Frieden 271—72; nicht mit Philipp V. 272; seine Stellung nach dem Friedensschlusse 273. 278. 279; seine Hand der Prinzessin Karoline angetragen 417; als Karl III. in den Niederlanden 623. 624; seine Stellung in der Barrière-Frage 628. 630 ff; empfängt Stanhope freundl. 637—40; seine fernere Haltung in der Barrière-Frage 642—43. 644. 646; seine Unzufriedenheit üb. d. engl.-holl. Bündnis 664—65; K. über das Bündnis v. 25. Mai 1716, 675—76; seine Sorge für die Katalonen 681; für Majorca 690 ff; gewährt 1707 als König von Spanien den Engländern einen günstigen Handelsvertrag 684; weist den Gedanken eines Krieges im Westen zurück 1716, 748; seine Entscheidung über Stanhopes Friedensplan 782; über seine Aussöhnung mit Philipp V.

- 778—79; schiekt 1717 Pendtenriedter nach England 787. 788—89; lässt eine Unterhandlung mit Victor Amadeus anknüpfen 794—95; entschliesst sich zur Annahme d. engl. Vertragsentwurfs 795; seine letzten Forderungen 797; K. in Türkenkriege 815 ff; Gegner d. Vermittlg. der Seemächte 819; sein Gewinn im Türkenkriege 827; seine Stellg. nach dem Türkenkriege 830.
 Karl XII., König von Schweden, in Deutschland 1707, 240—41; seine Rückkehr aus der Türkei 711; befiehlt, die engl. Schiffe anzugreifen 722; verteidigt Stralsund 723. 729; die 1716 an ihn gestellten Forderungen 733. 734; seine Absicht eines Einfalls in England 1715, 737; K. u. Gyllenborgs Verschwörung 738; K. in Unterhandlungen mit Hannover u. Russl. 744; sein Tod 744.
 Karl d. Kühne, Herzog v. Burgund 125.
 Karl Ludwig, Kurfürst v. d. Pfalz 282. 294.
 Karlowitz, Friede v., 814.
 Karoline, Kurprinzessin von Hannover, nachmals Prinzessin v. Wales, tritt für die Sendung ihres Gemahls nach England ein 332; K. beim Tode der Kurfürstin Sophie 333; ihre Persönlichkeit 417—18. 420; ihre kirchliche Haltung 421; bei d. Krönung Georgs I. 452—56.
 Katharina, Gemahlin Heinrichs V. von England 115.
 Katharina v. Aragon, vermählt mit dem Prinzen Arthur, nach dessen Tode mit Heinrich (VIII.) 132—33; von Heinrich VIII. zu seiner rechtmässigen Gattin erhoben 136; ihr Verhältnis zu Wolsey 137; die Frage ihrer Scheidung 138. 139.
 Katharina Parr, Gem. Heinrichs VIII. 141; heiratet Lord Seymour 142—43.
 Kendal, Herzog v. siehe Schulenburg.
 Kenmare, Viscount, Rebellenführer 548. Prozess u. Hinrichtung 596—603.
 Kenneth Macalpine, König v. Schottland 81.
 Ker, Oberst im königl. Heere 567.
 Kielmannsegge, Baron, 394. 412.
 Kielmannsegge, Frau v., Mätresse Georgs I., 412—13. 414. 415. 757.
 Klissow, Schlacht v., 240.
 Knox, John, schott. Reform. 151. 152.
 Köln im Handel mit England 74. 75.
 Konformität, die Bill über die gelegentliche, 257—58. 261.
 Königsegg, Graf, österr. Diplomat, unterhandelt den Barrière-Vertrag, 630 ff; 640. 645. 653. 666. 801. 802.
 Königsmarck, Graf, seine Beziehungen zu Sophie Dorothea 407.
 Konstantin, Kaiser v. Britannien 11.
 Kreyenberg, hannövr. Resident in London 308. 330. 367. 377. 378.
 Lamberti Marquis, lothringisch. Gesandter in London 490.
 Landsdown Lord, Jakobit 536.
 Lanfrancus, Erzbischof v. Canterbury 43.
 Langland, Will., Verf. d. Gesichte PETERS des Pflügers 99. 100. 101.
 Laud Will., Erzbischof v. Canterbury, seine kirchlichen Neuerungen 174. 181; verglichen mit Strafford 177.
 Lechmere, Unterhausmitglied 595—96. 602.
 Lede, Marquis, Befehlshaber der span. Truppen auf Sicilien 1718, 811.
 Leibniz, G. F., der Philosoph; sein Verkehr mit der Kurfürstin Sophie 295; über d. Einforderung d. Writs für d. Kurprinzen 330; sein Verkehr mit d. Frauen im Welfenhouse 417.
 Leopold I., röm.-deutscher Kaiser 220. 222.
 Leopold, Herzog von Lothringen, 490. 589.
 Leopold, Fürst von Anhalt-Dessau, bei Höchstädt 232; bei Turin 237.
 Lewes, Schlacht v., 70.
 Lewes, Misa v., 71. 77.
 Lille, franz. Festung 246. 248. 274.
 Limoges, Eroberung v., 98.
 Lindsay, Lieutenant, rettet Edinburgh 528.
 Linlithgow, Graf, Teilnehmer am schott. Aufstande 522.
 Lionel, Herzog von Clarence, Sohn Eduards III. 109. 120.
 Lissabon durch das Minas gerettet 234.
 Llewellyn, Fürst v. Wales 77. 79.
 Lollarden, die, 107; ihr Aufstand unter Heinrich V. 112.
 London, seine Stellung, Rechte und Entwicklung 72. 73. 75.
 Lübeck im Handel mit Engl. 74. 75.
 Ludwig VII., König v. Frankr. 50.
 Ludwig IX., " " " 69.

- Ludwig XII., König v. Frankr. 136.
Ludwig XIV., sein Verhältnis zu Karl II. 202; hebt das Edikt von Nantes auf 205; bietet Jakob II. Hilfe an 209; nimmt ihn auf 212; seine spanische Heirat 220; schliesst die Teilungsverträge 221; nimmt das Testament Philipps V. an 221—22; erkennt d. Prätendenten als König an 225. 226. 298; wirbt Bundesgenossen 229; nach der Schlacht von Turin 238; im J. 1707, 240; unterstützt 1707 den Prät. 245; L. u. die Friedensverhandlungen 248; weigert sich, gegen Philipp V. zu kämpfen 258; beginnt neue Unterhandlungen 259. 260; Unglücksfälle in seiner Familie 268; seine letzten Forderungen in Utrecht 270—71; nach den Friedensschlüssen 274; erkennt die hannövr. Thronfolge an 276; sein Verhalten nach der Thronbesteig. Georgs I. 377. 379—80; seine Verhandlungen mit Bolingbroke über eine grosse Koalition 381—82; sein Verhältnis zu Georg I. 492. 494; zu Lord Stair 495. 496; Bedeutung seines Todes 497; wird um Hilfe für den Prät. ersucht 505; seine Stellung zu den Jakobiten 506; Bed. seiner Regierung 514; sein Tod 515. 696; Absichten der engl. Minister für den Fall seines Todes 657—59; L. u. die Katalanen 682; über die Kapitulation Majorkas 692; sein Versuch, Preussen zum Bündnisse mit Schweden zu bewegen 712—13.
- Ludwig, franz. Thronfolger, landet 1216 in Engl. 65; muss weichen 65.
- Ludwig der Bayer, röm.-deutscher Kaiser 93.
- Ludwig, Markgraf v. Baden, Reichsfeldmarschall 230; seine Siege über die Türken 814.
- Luxembourg, franz. Marschall 404.
- Macbeth, König von Schottland 81.
- Macclesfield, Graf, 297.
- Macintosh, Brigadier, Rebellenführ. 548. 549; entflieht aus dem Gefängnis 595.
- Maclean, ein Jakobit 535. 545.
- Magna Charta, die, 61—64. 65. 72. 87. 170.
- Mahon, Port, Eroberg v. 238; an England abgetreten 276.
- Maintenon, Mad. de, 225. 497.
- Majorka, Unterhandlung betr. 498. 690 ff; Eroberung v. M. 694—95.
- Malcolm, Name schott. Könige 81.
- Malplaquet, Schlacht v., 246.
- Manchester, Graf, Führer im Parlamentsheere d. Bürgerkrieges 186.
- Mar, John Erskine, Graf, 360; verliert 1714 sein Amt 444; organisiert den Aufstand in Schottland 520—23. 524—26. 529; erobert Perth 530; besetzt es 531; seine Unentschlossenheit 533; Jak. Eduards Vertrauen zu ihm 544; von Forster um Hilfe angegangen 547; sendet Macintosh aus 548; entschliesst sich zum Kampfe 556—57; Aufbruch seines Heeres 558—59; M. vor und währ. d. Schlacht von Sheriff-Moor 561—69; empfängt den Prätendenten 575; seine Flucht aus Schottl. 580; wird Staatssekret. des Prät. 587; Engl. fordert seine Ausweisung aus Frankreich 750.
- March, Graf v., erhebt Anspruch auf den Thron gegen Heinrich IV. u. V., 111. 112. 113.
- Mardyck, die franz. Hafenbauten bei, 383. 493. 495; Entscheidung d. Streitens darüber 760—61.
- Margareta von Schottland 82—83.
- Margareta, Gemahl. Heinrichs VI., 122. 123. 124. 125.
- Margareta, Mutter Heinr. VII., 129.
- Margareta, Tochter Heinrichs VII., mit Jakob IV. von Schottland vermählt 133.
- Maria die Katholische, Königin von Engl., ihre Geburt 135; ihr Rang in d. Thronfolgeordnung Heinr. VIII., 141; Thronbesteigung 146; führt d. katholisch. Gottesdienst wieder ein 147; ihre Ehe mit Philipp II., Herstellung d. päpstl. Hoheit 147. 149; ihr Tod 148.
- Maria II., Königin v. England 206; ihr Recht auf den Thron 213; neben Wilhelm III. auf den Thron erhoben 214.
- Maria Stuart, Königin v. Schottl., Jugendpläne, Persönlichkeit 142—144. 151. 152. Ihr Verhältnis zu Elisabeth 153; in Schottland, Verbindungen mit Darnley u. Bothwell

- 153; Flucht nach England 153; daselbst gefangen gehalten 154; Anschläge gegen Elisabeth 155; hingerichtet 155—56; ihre Schuld 156; hat Phil. II. z. Erben eingesetzt 157.
- Maria v. Modena, Gem. Jakobs II., 206. 491; ihre Abhängigkeit von Frankreich 505; über Bolingbrokes Sturz 587.
- Maria Guise, Mutter M. Stuarts, 152.
- Marie, Schwester Anna Boleyns 138.
- Marie Antonie, Tochter Leopolds I. 220.
- Marischal, Graf, seine Teilnahme am schott. Aufstand 522.
- Marlborough, John Churchill, Herzog v., geht zu Wilhelm v. Oranien über 211; seine Persönlichkeit 228; seine Absichten für den Feldzug v. 1704, 231; sein Sieg bei Höchstädt 232—33; bei Ramillies 239; M. in Berlin 240; seine Siege bei Oudenarde u. Malplaquet 246; seine Stellung zu den Whigs 248. 249; M. im Prozesse Sacheverells 250; begehrt den Oberbefehl auf Lebenszeit 251; Bezugnahme auf ihn in d. Thronrede 261; seine Entsetzung 264—65; M. während Eugens Anwesenheit in London 267; durch Ormond ersetzt 270; seine Reise nach England 1711, 301; Bothmers Verwendung für ihn 302; M. über die Sendung des Kurprinzen nach England 313; über Th. Harleys Sendung nach Hannover 331—32; M. u. die Briefe Annas an das kurfürstl. Haus 355; soll in Bolingbrokes neues Ministerium komm. 360; M. nicht in der Regentschaft 1714, 371; seine Bestallung zum Oberbefehlshaber 391. 424. 426; durch den König selbst vollzogen 399; sein Eintritt in die Regierung Georgs I. 431—32; strebt nach einer führenden Stellung 435; versorgt seine Verwandten 442; seine Teilnahme an den geheimen Ministerkonferenzen 449; erregt den Unwillen d. Truppen 481; sein Gegensatz zu Ormond 512; seine Stellung zum Prätendenten 519; Gegner Argyles 531—32; täuscht d. Hoffnung des Prät. 543; sein Sieg über Argyle 616; lehnt die Statthalterschaft der Niederlande ab 624; M. und
- der Barrière-Vertrag von 1709, 626; soll nach Wien gehen 643; seine Intriguen gegen die Minister 772.
- Marlborough, Lady Sarah, ihre Stellung zur Königin Anna 228. 251. 252; ihr Sturz 301; legt auf Bothmers Zureden ihr Amt nieder 302; bleibt unter Georg I. d. Hofe fern 432; ihre Intriguen gegen Townshend 772.
- Marlowe Chr., der Dichter, 161.
- Marsin, franz. Marschall, 232. 237.
- Marston Moor, Schlacht v., 184.
- Masham, Mrs. (Abigail Hill), Hofdame der Königin Anna, 252. 253. 263. 264. 357.
- Mathilde, Tochter Heinrichs I., 46.
- Maupertuis, Schlacht v., 96.
- Max Emanuel, Kurfürst v. Bayern, 220. 224. 230. 231. 232. 239.
- Maximilian I., römisch-deutscher Kaiser 131. 136.
- Medina Sidonia, Herzog v., Führer der Armada 158—59.
- Mehemed Effendi, türkisch. Bevollmächtigter in Passarowitz 820.
- Methuen, Paul, als Staatssekretär 618. 771. 775; seine Sendung nach Spanien 685 ff; seine Abberufung 689; M. über Mardyck 759.
- Methuen, Vertrag, der, mit Portugal 234.
- Middleton, Graf, Staatssekretär des Prätendenten 346.
- Milton, John, d. Dichter 198—99. 203. das Minas, portug. General 234.
- Minorka v. Engl. erworben 276. 278.
- Mohamed, türk. Diener Georgs I. 415.
- Molines, Grossinquisitor, auf österr. Boden verhaftet 784.
- Monk, General, Wiederhersteller der Stuarts, 200.
- Monmouth, Herzog v., sein Aufstd. gegen Jakob II. 204. 323. 347.
- Montagu, Wortley, Kommissar im Schatzamt 430; Gesandter in Konstantinopel 821.
- Monteleone, spanisch. Gesandter in London 699. 703.
- Montrose, Marquis v., kämpft in Schottland für Karl II. 192.
- Montrose, Herzog v., Staatssekretär für Schotl. unter Georg I. 443. 444.
- Morosini, venetian. General 815.
- Mowbray, Thom., geg. Heinr. IV., 111.

Munster, Herzogin v., s. Schulenburg.
Mustapha, türk. Diener Georgs I. 415.

Nairn, Lord, Prozess geg. 596—602.

Nancré, franz. Gesandter in Spanien 1718, 805.

Nantes, Edikt v., aufgehoben 205.

Navarrete, Schlacht v., 97.

Navigationsakte, die, von 1651, 193—95.

Neerwinden, Schlacht v., 404.

Neville, Adelsgeschlecht, 121.

Nevill's Cross, Schlacht v., 95.

Nithisdale, Graf, Teilnehmer am schott. Aufstande 522; der Prozess geg. ihn 596—602; seine Flucht 603.

Nithisdale, Gräfin, rettet ihren Gemahl 603.

Norfolk, Herzog v., sein Streit mit Heinrich (IV.) Bolingbroke 109.

Norfolk, Herzog von, Oheim Anna Boleyns 138.

Norris, Sir John, englisch. Admiral, Führer der Ostseeflotte 1715, 719; seine Instruktionen 719; erhält von Bernstorff geheime Winke 720; sein Verhalten in der Ostsee 722—30; seine Zurückhaltung 724—25; lässt 8 Schiffe in der Ostsee zurück 728; führt 1716 wieder eine Flotte in die Ostsee 733—34. 761. 763; ebenso 1718, 744.

Norwich, Entwicklung d. Stadt 75.

North and Grey, Lord, 384.

Northampton, Schlacht v., 129.

Northumberland, Graf von, im Kampfe gegen Heinrich IV. 111.

Northumberland, Herzog v., (Graf Warwick), erhebt Johanna Grey 145—46; sein Misslingen u. Ende 146.

Nottingham, Graf, seine Kirchenpolitik 258; sein Adressantrag 1711, 261—62; erklärt sich für die Einforderung des Writs für den Kurprinzen 326. 328; beantragt eine Dankadresse 347; N. bei der Verhandlung über den span. Handelsvertrag 352; als Mitglied der Regentschaft 369. 370; üb. d. Königs Teilnahme am Gottesdienst 421; sein Einfluss bei der Einrichtung der neuen Regierung 425—26; sein Eintritt in die Regierung 426. 430—31. 441; Schwierigkeit d. Verständigung mit dem Könige 451; bei der Krönung 453; Verfasser d.

Thronrede 1715, 467—68; bei der Adressdebatte 468; üb. d. Ministeranklagen 470; gegen Strafford 471; im Prozesse d. Rebellen-Lords 597; 599. 602; seine Entlassung 604; bei der Debatte über die Septennial-Bill 610; seine Unterredung mit Hoffmann über die Barrière 647.

Nottingham, Graf, Kanzler unter Karl II. 428.

Nymwegen, Friede zu, 218.

Öberhaus, Entstehung des, 89—90.

O'Connor, Roderick, Fürst v. Connaught, 47. 48.

Offa, König v. Mercia, 23. 73. 79.

Oldcastle, Joh., Führ. d. Lollard. 112.

Orford, Graf, Mitglied der Regentschaft 370; sein Urteil über die Flotte 1714, 384; sein Eintritt in die Regierung Georgs I. 439. 442; nicht im Kabinette 439. 442—43; schlägt den Hosenbandorden aus 457; Gegner der baltischen Expeditionen 732. 733; verschafft 1717 Byng den Oberbefehl über die Ostseeflotte 743; seine Entlassung. 776.

Orléans, durch die Jungfrau entsetzt, 117.

Orléans, Herzog Philipp v., 1706 in Italien 237. 238; seine franz. Thronrechte 515; wird Regent 515; seine Stellung 516; sein Verhältnis zu Lord Stair 517. 518; von Stair und Bolingbroke umworben 520; sein Verhältnis zu Georg I. und zum Prätendenten 537—41; empfängt Ormond 543; angeblich zur Unterstützung des Prät. entschlossen 578; nähert sich Georg I. 588—89; seine Gesinnung gegen England 594; sein Verhältnis zu Philipp V. 697—98; über d. engl.-span. Handelsvertrag 702; sucht an England eine Stütze gegen Spanien 749; verweigert die Verbannung des Prät. vor d. Vertragsschlusse 752; sein Verhältnis zu Dubois 753; über die Krankheit des Prät. 765; seine Stellung nach dem Abschlusse der Tripel-Allianz 770; schickt 1717 Dubois nach England 787; seine schwier. Stellg. 790; durch Dubois gestärkt 791; in Verhandlung mit Schaub und Stair 793. 798—99; unter dem Einflusse der span. Partei 799; in Ver-

handlung mit Stanhope 800 ff; legt die Quadrupel-Allianz dem Regentenschaftsrat vor 802.

Ormond, Herzog von, Nachfolger Marlboroughs im Oberbefehl 270; soll in Bolingbrokes neues Ministerium kommen 360; seine Entlassung 399. 432; Wahrscheinlichkeit seiner Anklage 474; seine Anklage 479. 481—82; verurteilt 484; durch die Volksgunst erhoben 485; seine Denkschrift für den Prätendenten 504; seine Persönlichkeit 512; seine Flucht 513; seine Fahrt nach England 541. 543—46. 573; beim Sturze Bolingbrokes 586—87; seine Ausweisung aus Frankreich von England gefordert 750.

Oswald, König v. Northumberland. 19. 20.

Oswin, " " " " 20—21.

Oswiu, " " " " 22.

Otto IV., röm.-deutscher Kaiser 56. 57. 58.

Oudenarde, Schlacht v., 246.

Oxford, Anfänge der Universität 68.

Oxford, Robert Harley, Graf von, als Staatssekretär entlassen 249; sein Emporkommen 1710, 252; wird Minister 253; seine Persönlichkeit 254; seine auswärtige Politik 258 ff; bei der Beratung von Nottinghams Antrag 1711, 262—63; O. u. Swift 264; O. gegenüber Prinz Eugen 267; Urheber der Präcedenzakte 304; O. u. Baron Grote 306—7; O. u. Baron Schütz 314; O. bei der Krankheit der Königin im Dezbr. 1713, 314—15; bei d. Sprecherwahl 1714, 317; seine Absichten für den Prätendenten 319; über d. Frieden 322; schlägt eine Änderung des Regentchaftsgesetzes vor 325; sein Verhalten in der Writ-Angelegenheit 329; wünscht Schulenburg als hannövr. Gesandten in London 335; sein Konflikt mit Bolingbroke 337; sein Anteil an der "secret history of the white staff" 338; unterhandelt mit d. Prät. 339—40; seine Stellung zur Thronfolge 343; Konflikt mit Bolingbroke 343. 344; schlägt eine Proklamation gegen den Prät. vor 346—47. 348; sein weiter. Verhalten 349; Stellung zur Thronfolge und Zerwürfnis mit Bolingbroke 350—51; bei der Verhandlung über den

Michael, Engl. Geschichte.

span. Handelsvertrag 352—53; durch Bolingbroke gestürzt 357—58; hofft in die Regentschaft zu kommen 364; bei der Proklamierung Georgs I. 368; muss der Regentschaft fern bleiben 369; O. und die Regentchafts-Instrumente 370; v. Georg I. ungnädig empfangen 399; seine ehem. leitende Stellung 427; bei der Krönung Georgs I. 457; durch die Proklamation des Prät. bloggestellt 462; angeblich mit Bolingbroke versöhnt 463; wird angeklagt 474. 480. 483; fährt in den Tower 483; seine Rede im Oberhause 483; vom Volke gefeiert 485.

Oxford Provisionen, die, von 1258, 68. 78. 88.

Paget, Lord, 336.

Pandulph, päpstl. Legat 60.

Panmure, Lord, Rebellenführer 561.

Parlament, das, seine Entstehung 65—90; Aufkommen der Bezeichnung 67; seine Stellung unter den Lancasters 110; unter den Tudors 168; unter d. Stuarts 168. 172—73; nach der Erklärung der Rechte 214; Überblick üb. seine Entwicklg. 215.

Parlament, das lange, der Revolutionsepoche 178—79. 181—83. 185—91. 193. 195. 200.

Parma, Herzog v., Statthalter der Niederlande 1588, 157—58.

Passaro, Seeschlacht a. Kap. 811—12.

St. Patrick, führt in Irland das Christentum ein 18.

Paulinus, Bischof 19.

Paullinus, röm. Statthltr. in Brit. 7.

Pavia, Schlacht v., 136.

Pembroke, Graf, im Privy Council 441.

Penda, König v. Mercia 19. 20. 23.

Pendtenriedter, Freiherr P. von Adelshausen, Reichshofrat, kaiserl. Gesandter in Paris, lehnt Stairs kriegerische Pläne ab 748; als Gesandter in Hannover 779—82; geht 1717 nach London 787; in Holland 788; in London 788; seine Instruktion 788—89; seine ersten Verhandlungen 789—91; erkält neue Weisungen 791—92; seine Worte zu Georg I. 798; unterzeichnet die Quadrupel-Allianz 803; P. über Hollands Stellung in d. Quadrupel-

- Allianz 804; drängt zur Entsendung der Flotte ins Mittelmeer 806; üb. Byngs Instruktionen 807—8.
 Pepper, General, in Oxford 537.
 Pepys Sam., Sekretär der Admiraltät unter Jakob II. 210.
 Percy, Adelsgeschlecht 121.
 Percy Heinrich gen. Heisssporn 111.
 Peter d. Gr. v. Russland, sein Vertrag mit Friedrich Wilhelm I. 713; über die dän. Flotte 714; trifft die brit. Flotte in der Ostsee 725—26; seine bedrohliche Macht 734; seine Stellung gegenüber Norddeutschland 761.
 Peterborough, Graf, sein Erfolg in Spanien 235. 236; Freund Oxfords 254; spricht gegen die Rebellion 508; von Bolingbroke als Freund des Prätendenten bezeichnet 519; P. über das engl.-franz. Bündnis 752; auf päpstlichem Gebiete verhaftet 805.
 Petition of right, die, 170.
 Philipp II., König v. Spanien, verm. mit Maria d. Kath. 147; Vorkämpfer des Katholicismus 151. 155. 218. 223; beschliesst die Entsendung der Armada 156; seine Absichten auf die engl. Krone 157.
 Philipp IV., König v. Spanien 220.
 Philipp V., König v. Spanien, vorher Herzog v. Anjou, zum Erben Spaniens eingesetzt 221; wird König 222. 226; im Kampfe gegen Karl (III.) 236; behauptet sich 247—48; die engl. Minister treten für ihn ein 258; verweigert den von ihm geforderten Verzicht auf Spanien 268—69; durch d. Utrechter Frieden anerkannt 271. 272; sein Verzicht auf Frankreich 272; nicht ausgesöhnt mit Karl VI. 272; erkennt die brit. Thronfolge an 277; seine Politik nach dem Friedensschlusse 280; sein Thronrecht in Frankreich 515; Charakter seiner Regierung 680 ff; Handelsbeziehungen mit England 684. P. u. Majorka 690 ff; seine Absichten auf Frankreich 696; seine wahren Absichten beim Handelsvertrag mit Engl. 707—8; beginnt Krieg 783; seine Stellung nach der Schlacht am Kap Passaro 812.
 Philipp IV., König v. Frankr. 83. 92.
 Philipp VI., „ „ „ 92.
 Philipp Aug., Kg. v. Frankr. 53. 57. 58.
 Phipps, Sir Constantine, Lordkanzler v. Irland, abgesetzt 374. 444.
 Plantagenets, die, ihre Thronbesteigung 47.
 Platen, Graf v., 394.
 Platen, Gräfin, Mätresse Georgs I. 757.
 Platen, Gräfin, Mätresse des Kurfürsten Ernst August 412.
 A. Plautius, röm. Feldherr 7.
 Plymouth, Seegefecht bei, 1588, 157.
 Pole, Reginald, päpstl. Legat unter Maria 148.
 Powlet, Lord, 387.
 Poyntz, Stephan, seine Berichte nach Hannover 1716, 618—19.
 Präcedenzakte, die, v. 1712, 304—5.
 Prié, Marquis, Gouverneur d. österr. Niederlande 666; sucht das engl.-franz. Bündnis zu verbind. 765. 777.
 Prior, Matthew, Dichter und Diplomat, engl. Gesandter in Paris, muss den Regenten Abschriften seiner Korrespondenz schicken 384; P. üb. die Parteien 422; über die Proklamation des Prät. 462; seine Abberufung u. Beschlagnahme seiner Papiere 470—71; Wahrscheinlichk. seiner Anklage 474; verhandelt die Entfernung d. Prät. aus Lothringen 490; als Gesandter Georgs I. 492; verhandelt über den Marduycker Hafenbau 494; seine Vorstellungen zu Gunsten der Katalanen 682.
 Privy Council, das, in der Act of Settlement 289; beim Tode der Königin Anna 365—66; unter Georg I. 439. 440.
 Pultenev, Kriegssekretär, 443; bei dem Verfahren gegen Wyndham 478; in der „geheimen Kommission“ 475.
 Pulververschöpfung, die, 165.
 Pym, John, Staatsmann der Revolutionsepoche 176. 181. 184. 191.
 Querouaille, Louise v., 413.
 Rabe, dän. Admiral 724.
 Rakoczy, Franz II., Führer der ungarischen Rebellen 824.
 Raleigh, Walter 167.
 Ramillies, Schlacht v., 239.
 Rastatt, Friede v., 271. 272.
 Restitutus, Bischof v. London, 10.
 Richard I., Löwenherz, König von England 51—53. 74.

- Richard II., König v. England, seine Thronbesteigung und sein Thronrecht 98. 99; während des Bauernaufstandes 105; im Streit mit seinen Oheimen 107; seine Persönlichkeit 108; entthront 109. 120; sein Tod 111; sein Verhältnis zu Frankreich 112; R. und die Beauforts 129.
 Richard III., König v. England 46. 126—27. 129.
 Richard v. York, Thronprätendent unter Heinrich VI., 121. 122.
 Richard v. Cornwall, Bruder Heinrichs III. v. Engl., deutsch. König 66. 67. 70. 74.
 Richard v. Clare, gen. Strongbow 48.
 Richelieu, Kardinal, franz. Staatsmann 172.
 Rivers, Graf, 254, als Gesandter in Hannover 300—301. 303.
 Robert Bruce, König v. Schottland 84; erkämpft die Unabhängigkeit Schottlands 85.
 Rob. Bruce der Ältere, Bewerber um die schott. Krone 83.
 Robert, Herzog v. d. Normandie 32. 33.
 Robert, Erzbischof von Canterbury 34. 36.
 Robethon, Jean, Privatsekretär Georgs I., bei der Verteilung der Ämter 423. 424; seine Persönlichkeit 446—48; seine Intriguen gegen Townshend 772—73.
 Rochester, Graf, Minister der Königin Anna 256.
 Rollo, Herzog v. d. Normandie 36.
 Rothes, Graf, Führer der Freiwillig. im königl. Heere 530. 563.
 Rowena, sagenhafte Tochter des Hengist 12.
 Roxburghe, Herzog v., Grosssiegelbewahrer v. Schottland 443. 444.
 Rubi, Marchese, Gouverneur von Majorka 694.
 Rügen, Eroberung v., 1715, 729.
 Runnymede, Geburtsstätte d. Magna Charta 61. 64.
 Ruprecht, Prinz, Führer d. Truppen Karls I. 184. 186.
 Ruzzini, venet. Bevollmächtigter in Passarowitz 820.
 de Ruyter, holl. Admiral 211.
 Ryswick, Friede v., 219. 225. 274.
 Sacheverell Dr., sein Prozess 250 bis 51. 433; im Wahlkampfe v. 1715, 463.
 Salisbury, Gemot zu, 42.
 St. Saphorin, hannövr.-engl. Diplomat 779. 781—73; in Verhandlung mit dem Wiener Hofe 794—98.
 Scarborough, Graf, im Privy-Council 441; befest. Newcastle 547.
 Schaub, Lukas, Diplomat in engl. Diensten 646; seine Verhandlungen in Wien 1716, 664—66. 669; verhandelt 1718 mit dem Regenten 793; am Wiener Hofe 794—98; wieder in Paris 798—99; sucht den Türkenkrieg zu verhindern 816.
 Schottland, durch Eduard I. erobert 81 ff; für die Reformation gewonnen 151—52; unter Maria Stuart 152—53; mit England vereinigt 241—44; während des Thronwechsels 373; nach der Rebellion 581—83.
 Schrader, hannövr. Diplomat 744.
 Schulenburg, Fräulein (später Herzogin von Munster, dann Kendal) Mätresse Georgs I. 411—415. 757; ihre Intrig. gegen Townshend 773.
 Schulenburg, General v., 335.
 Schütz, Baron, hannövr. Gesandter in London 307; seine Persönlichkeit 309; seine Instruktionen 309—311. 429; in London 312; Audienz bei der Königin 313; seine Verhandlungen mit den engl. Ministern 314; über die Thronrede 318; in der Writ-Angelegenheit 325—32. 391.
 Scrope, Rich., Erzbischof von York, Gegner Heinrichs IV. 111.
 Seaforth, Graf, Rebellenführer 522. 556. 561. 571.
 Septennial-Akte, die, 605—14.
 Seymour, Lord, v. Sudley, angeklagt und hingerichtet unter Eduard VI. 142—44.
 Shakespeare Will., der Dichter 161—62.
 Shippen, torystisches Unterhausmitgl., über die „geheime Kommission“ 476; über die Septennial-Bill 611—12; seine beleidigenden Worte gegen den König 745—46.
 Shrewsbury, Herzog von, Oberstkämmerer unter Anna 253; wird Grossschatzmeister 364—65; in der Regentschaft 369. 370; Oberstkämmerer unter Georg I. 433; bei der Adressdebatte 1715, 468; tritt für Strafford ein 472; spricht gegen die Rebellion 508.

Shrewsbury, Herzogin von, 264. 413. 443.
 Sicilien, 1718 durch die Spanier erobert 807.
 Sidney, Algernon; republikanischer Schriftsteller 199.
 Simmel, Lambert, Thronprätendent unter Heinrich VII. 131.
 Simon v. Montfort, Graf Leicester 68; erregt den Widerstand gegen Heinrich III. 69; seine Persönlichkeit 69; siegt bei Lewes 70; als Protektor 71; beruft 1265 ein Parlament 71; fällt bei Evesham 77—78; Begründer d. Unterhauses 78. 86.
 St. Simon, Herzog v., üb. Stanhope 437; über Dubois 754.
 Sinzendorff, Graf, österr. Minister 639. 640. 646. 655. 674—75. 703. 777. 795. 816.
 Siward, Earl v. Northumberland 81.
 Sluys, Seeschlacht v., 94.
 Somers, Lord, englisch. Staatsmann, 249. 310. 328; über Bolingbrokes Antrag gegen den Prätendenten 348; nicht in d. Regentschaft 371; sein Eintritt in die Regierung Georgs I. 426—433; spricht nicht französisch 451; seine Schwäche 487; über die Septennial-Bill 613; sein Tod 613.
 Somerset, Ed. Seymour, Herzog v., Protektor unter Eduard VI. 141—45.
 Somerset, Herzog v., Führer der Whigs 263. 264. 310; im Privy Council bei Annas tödlicher Erkrankung 363. 365; Mitglied der Regentschaft 370; bei der Verbrennung der hinterlassenen Briefe Annas 378; seine Entlassung 536.
 Somersset, Herzogin v., 264.
 Sophie, Gemahlin des Kurfürsten Ernst August von Hannover, brit. Thronfolgerin 276; ihre Abstammg. 283; zur Thronfolge berufen 286. 291; ihre Persönlichkeit 294—97; die Frage ihrer Berufung nach England 298; lässt sich durch Burnet über die englische Verfassung belehren 298—99; S. und die Präcedenzakte 304—5; ihre Instruktion für Schütz 310—11; ihre Aussichten bei der Krankheit der Königin, Dez. 1713, 315; ihre Haltung in der Writ-Angelegenheit 327—32; erhält den Brief Annas 333; ihr

Tod 333—34; über die Möglichkeit, dass der Prätendent Protestant werde 340; ihre Absicht, die gehässigen Schreiben Annas drucken zu lassen 355; ihr Instrument zur Ernennung der Regenten 370; ihr Verhältnis zu Eleonore d'Olbreuze 405; zu Sophie Dorothea 406; ihr Verkehr mit Leibniz 417.
 Sophie Charlotte, Schwest. Georgs I. Gem. des Königs Friedrich I. von Preussen 287; ihr Verkehr mit Leibniz 417.
 Sophie Dorothea, Gem. Georgs I. von ihm verstossen, gen. die Prinzessin von Ahlden, 369. 404—8. 416—17.
 Sophie Dorothea, Tochter Georgs I. Gem. des Königs Friedrich Wilhelms I. von Preussen 408.
 Southesk, Graf, nimmt am schott. Aufstände teil 522.
 Spanien unter Philipp V. 680 ff.
 Spenser, der Dichter 161.
 Spenser, Bischof Heinrich, bekämpft die aufständisch. Bauern 1381, 105.
 Städte, die Entwicklung der, 72—77.
 Stair, John Dalrymple, Graf, engl. Gesandter in Paris 470; seine Persönlichkeit 495; seine ersten Verhandlungen 496; seine Schilderungen der franz. Zustände 497—98; sein Streit mit Torcy 498; seine Schritte gegen Bolingbroke 499—500; über die Absichten des Prätendenten 506—7; über den Tod Ludwigs XIV. 515; sein Verkehr mit dem Herzog von Orleans 517; sein Anteil beim Emporkommen des Regenten 518; seine Stellung zu ihm 520; schickt Nachrichten nach England über die Pläne der Jakobiten 535; sein Verhältnis zum Regenten 537—39. 540; seine Berichte aus Frankreich 542; sucht die Reise des Prätendenten zu hindern 570—71; seine Stellung am franz. Hofe 572; über die Reise des Prätendenten 573; sein Verhältnis zu Bolingbroke 585; zum Regenten 588—89; über ein engl.-franz. Bündnis 590; teilt dem Regenten die Unterhaus-Adressen mit 594; verhandelt zu Gunsten Majorikas 691 ff; rät die Verschiffung hannövrischer Truppen nach Engl. 731; sein Plan eines Krieges gegen Frank-

reich 1716, 748; über die Krankheit des Prät. 764—65; in Verhandlung mit dem Regenten 793. 798—99; unterzeichnet die Konvention mit Frankreich 802.
 Stanhope, James, engl. Staatsmann, Minister Georgs I., erobert Port Mahon 276; S. und Schütz 310; im Unterhause über die Gefahr für d. prot. Succ. 324; beantragt eine Adresse gegen den Prätendenten 350; beim Gastmahl Bolingbrokes 358—59; sein Brief an Karl VI. 374; sein Eintritt in die Regierung Georgs I. 435—38; seine Persönlichkeit 436—38; seine Teilnahme an den geheimen Ministerkonferenzen 449; über die Wahlen 1715, 465; bei der Adressdebatte 469; lässt Priors Papiere mit Beschlag belegen 470; beantragt eine Kommission zur Prüfung der Friedensverhandlungen 475; unterstützt die Anklage Bolingbrokes 479; seine Stellung unter d. Whigs 487; seine Kriegsabsichten 495. 498; über das Verhältnis zu Frankreich 499; über die innere Lage, Aug. 1715, 510; während der Rebellion 534; über d. Haltung d. Regenten 540; über das Verhältnis zu Frankreich 588. 589; über die Septennial-Bill 613; geht mit dem Könige nach Hannover 618; seine drohenden Worte 634; seine Reise nach Wien 1714, 634—41; erhält in Wien einen Bündnisentwurf 655; unterdrückt denselben 657 ff; bei d. Verhandlung des engl.-österr. Bündnisses 672—73; das System seiner auswärtigen Politik 679; über Majorika 691; über das Verhältnis zu Spanien 705; über Alberoni 708; über die Verschiffung hannövr. Truppen nach England 731; über Gyllenborgs Verhaftung 740; trifft mit Dubois im Haag zusammen 754—56; Verhandlungen beider in Hannover 758 ff; unterzeichnet eine Konvention 762; seine Entrüstung gegen Townshend 766 ff; seine Stellung zu Townshend 772 ff; wird erster Schatzlord 776; mit Pendtenriedter in Hannover 780—82; sein grosser Friedensplan 780—81; teilt den Franzosen seinen Plan mit 783; legt Pendtenriedter einen neuen

Entwurf vor 791; schickt Schaub mit einem neuen Entwurfe nach Paris und Wien 792; geht selbst nach Paris 799—800; in Paris 800 ff; unterzeichnet die Konvention mit Frankreich 802; lässt Byngs Instruktion erweitern 808; reist nach Spanien 809; sein Aufenthalt daselbst 810; S., der Schöpfer d. Quadrupel-Allianz 813.
 Stanhope, Will., Oberst, engl. Gesandter in Spanien 787. 806. 809. 810.
 Stanyan, A., engl. Gesandter in Wien 779. 785; später in Konstantinopel 821. 822. 828. 829.
 Starhemberg, Graf, öster. Minister 817.
 Steele, Rich., der Schriftsteller 320. 611.
 Steingens, kurprinz. Resident in London 335.
 Stephan v. Blois, König v. Engl. 46. 47.
 Stephan Langton, Erzbisch. von Canterbury 54. 56. 59. 60. 63; seines Amtes enthoben 65.
 Stigand, Erzbisch. v. Canterbury 36. 43.
 Stirling, Wallace Sieg bei, 84.
 Strafford, Thom. Wentworth, Graf, Minister Karls I. 176 ff; seine Hinrichtung 179. 482.
 — Graf, engl. Gesandter im Haag, mahnt 1714 die Generalstaaten an ihre geleistete Garantie 366; giebt Georg I. ein Fest 397; bei der Adressdebatte 1715, 468; seine Abberufung u. Beschlagnahme seiner Papiere 471. 472. 632; seine Anklage 474. 484; spricht geg. die Rebellion 508.
 Stralsund, Eroberung v., 729.
 Strassburg, von Ludwig XIV. eingenommen, — 219; Rückgabe versprochen 248; 1713 nicht zurückgegeben 274.
 Strickland, engl. Kapitän 728.
 Stuarts, die, und die Verfassung 119; ihre Hinneigung zum Katholizismus 164; ihr Hang zum Absolutismus 168.
 Suffolk, Graf, tritt geg. Heinrich VII. auf 132.
 Sunderland, Graf, wird Staatssekretär unter Anna 249; 1710 entlassen 253; 1711 für Nottinghams

- Antrag zur Adresse 262; sein Verkehr Schütz empfohlen 310; üb. die Verhandlungen mit Lothr. 321; nicht in der Regentschaft 371; sein Eintritt in d. Regierung Georgs I. 426. 432—33; seine Hoffnung auf ein Staatssekretariat 434; tritt hinter Stanhope zurück 437; im Prozesse geg. Oxford 483; bei d. Streit zw. König und Prinzen 1716, 616; sucht Townshend zu stürzen 766—67. 772; wird Staatssekretär 776; über die Quadrupel-Allianz 790—91.
- Sutherland, Graf, tritt währ. der Rebellion für Georg I. ein 529. 577.
- Sutton, Sir Rob., engl. Gesandter in Konstantinopel, Bevollmächtigter in Passarowitz 821—23. 825—29.
- Sven Gabelbart, König v. Dän. 26. 31.
- Swift, Jonathan, der Schriftsteller 249; üb. die Veränderungen bei Hofe 251. 252; seine Stellung zu den Ministern seit 1710, 254. 256. 257; geg. Nottingham 261; rät zum Sturze Marlboroughs 264—65; üb. Prinz Eugen 267; üb. den Utrechter Frieden 278; Verfasser eines Pamphlets geg. die Union 320; üb. die Berufung des Kurprinzen 326.
- Tacitus, üb. die Eroberung Britanniens 6.
- Tallard, franz. Marschall 232. 233.
- Talman, v., kaiserl. Bevollmächtigter in Passarowitz 820. 826. 827.
- Tenison, Dr., Erzbisch. v. Canterbury 453. 454. 456.
- Tewkesbury, Schlacht v. 125.
- Theodor, Erzbisch. v. Canterbury 21.
- Thomas Becket, Erzbisch. v. Canterbury 48. 49.
- Tiberius, röm. Kaiser 7.
- Toland, engl. Schriftsteller 297. 299.
- Torcy, Marquis, franz. Minister, vor dem Utrechter Frieden 259; hält 1714 den Prätendenten von der Fahrt nach Engl. ab 380; T. u. Stair 495. 496. 498; T.s Verkehr mit Bolingbroke 500. 505; Gegner Stairs 520.
- Tories, die, Entstehung und Stellung der Partei 216.
- Tostig, Bruder Harolds 40.
- Toulon, Unternehmen geg., 1707, 238—9.
- Tower, Bau des 43.
- Townshend, Karl, Viscount, erster Minister Georgs I., hervorragender Whigführer unter Anna 310. 328; üb. Bolingbrokes Antrag geg. den Prätendenten 348; Mitglied der Regentschaft 370; sein Eintritt in die Regierung Georgs I. 426. 434; seine Persönlichkeit 435; sein Verhältnis zu Halifax und Walpole 442; zu Bernstorff 446; seine Teilnahme an den geheimen Ministerkonferenzen 449; lehnt die Erhebung zum Earl ab 457; fordert Strafford seine Papiere ab 471; seine Stellung unter den Whigs 487; neben Walpole 534—35; bei Wyndhams Verhaftung 536; geg. die Rebellen-Lords 602; üb. Nottingham 604; währ. der Abwesenheit des Königs 618; schliesst 1709 den Barrière-Vertrag 624—25; als Feind des Reiches erklärt 627; üb. das engl. holl. Bündnis 665; arbeitet an einem Bündnis mit Österreich 667; letzte Verhandlungen 670 ff.; üb. den Abschluss 674; seine Weisung für Norris 1716, 734; üb. Gyllenborgs Verschwörung 738; üb. Mardyck 759. 761; über ein Bündnis mit Frankr. ohne Holland 763; erntet Vorwürfe wegen der ungenügenden Vollmacht für Cadogan 766 ff.; seine Verteidigung 768; neue Vollmacht für Cadogan 769; Angriffe gegen T. 772—3; entlassen 774; wird Vizekönig v. Irl. 775; abermals entlassen 775; geht zur Opposition üb. 776; üb. die Haltung der Österreicher 1716, 777.
- Towton, Schlacht v. 123.
- Traquair, Graf, Teilnehmer am schott. Aufstand 522.
- Tripel-Allianz, die, v. 1668, 218.
- Troyes, Vertrag v., 1420, 115—16.
- Tudors, die, ihre Stellung zum Parlamente 135. 168. 215.
- Tullibardine, Lord, Rebellenführer 561.
- Turenne, franz. Marschall 228.
- Turin, Schlacht v. 1706, 238.
- Union, die engl.-schottische, ihre Entstehung 241—45.
- Unterhaus, seine Entstehung als selbständige Körperschaft 89—90.
- Urban V., Papst, fordert von neuem den Lehnszins von Engl. 101.

- Utrechter Friede, der, 260. 268. 270—71; Würdigung desselben 277—280; seine Beurteilung durch die „geheime Kommission“ 477—78.
- Vane, Sir Henry 198.
- Vendome, franz. Marschall 230. 231. 239. 246.
- Victor Amadeus II., Herzog von Savoyen, König v. Sizilien, später v. Sardinien, 229. 236. 237. 238; vor Toulon 239; als König v. Span. in Aussicht genommen 268—69; erhält 1713 Sizilien 273; V. u. Bolingbrokes Koalitionsplan 331—33; erbietet sich, dem Kaiser Sizilien zu überlassen 778.
- Villars, franz. Marschall 230, 1707 in Süddeutschland 241; bei Malplaquet geschlagen 246; siegt bei Denain 270; im Feldzuge 1713 u. in Rastatt 271; Gegner der Quadrupel-Allianz 801; stimmt derselben zu 802.
- Villeroy, franz. Marschall 231; bei Ramillies geschlagen 239; Gegner der Quadrupel-Allianz 801. 802.
- Virginien, Gründung, unter Elisabeth u. Jakob I. 166.
- Virmond, Graf, kaiserl. Bevollmächtigter in Passarowitz 820. 826. 827.
- Volkra, Graf, kaiserl. Gesandter in London, seine Persönlichkeit 660 bis 61; seine ersten Verhandlungen 662; bei der Verhandlung des Bündnisses 666 ff. 671 ff.; über das engl.-franz. Bündnis 751; muss engl. Hilfe geg. Spanien fordern 1717, 785; üb. Gyllenborgs Verhaftung 740.
- Vortigern, sagenhafter Britenfürst 12.
- Wakefield, Schlacht v. 122.
- Wales, Vordringen der Engländer seit Wilhelm dem Eroberer 79; Statut v. 80.
- Wales, Prinz v., Aufkommen des Titels 80.
- Wallace, Will., schott. Freiheitsheld 83. 84.
- Walpole, Horace, engl. Diplomat, üb. Frau Kielmannsegge 412; über Stanhope 437; ersucht die Generalstaaten um 600 Mann Hilfstruppen 557; als engl. Gesandter in Holland 644; üb. die Haltung der Österreicher geg. Holl. 666; lehnt eine Tripel-Allianz ab 750; üb. die Absichten der Holländer 751; bei der Verhandlung der Tripel-Allianz 752; will nicht ohne Holl. unterzeichnen 762—63, 764; verlässt Holl. 765; in Hannover 773.
- Walpole, Rob., engl. Staatsmann 263; bei d. Verhandlung üb. d. Gefähr f. d. prot. Succ. 324; bei der Verhandlung der ersten Adresse an Georg I. 388; üb. die Civilliste 389; sein Eintritt in d. Regierung 426. 442; spricht mit d. Könige lateinisch 451; beantragt die Adresse 1715, 469; bei d. Verfahren geg. Wyndham 473; Vorsitzender der „geheimen Kommission“ 475; sein Bericht 476—78; beantragt Bolingbroke auf Hochverrat anzuklagen 478—79; geg. Ormond 482; seine Stellung unter den Whigs 487; wird erster Schatzlord 534—35; Versuch ihn zu bestechen 599; Bestrebungen zu seinem Sturze 772; seine Entlassung 775; geht zur Opposition über 776; spricht geg. die Mittelmeerflotte 1718, 806.
- Walsingham, Staatssekretär unter Elisabeth 155.
- Walsingham, Gräfin, wahrscheinlich die Tochter Georgs I. 411. 415.
- Walton, engl. Kapitän 811.
- Warbeck, Perkin, Prätendent unter Heinrich VII. 131.
- Warwick, Graf, der „Königsmacher“ 123. 124. 125. 129.
- Warwick, Sohn des Herzogs von Clarence 130; hingerichtet 132.
- Warwick, Sir Philipp, üb. Cromwell 185.
- Wat Tyler, Führer der aufständischen Bauern 104. 105.
- Wharton, Graf, engl. Staatsmann 249. 262. 310. 321—23. 328; spricht für Nottinghams Adressantrag 347 bis 48; üb. Bolingbrokes Antrag geg. den Prätendenten 348; bei d. Verhandlung üb. den span. Handelsvertrag 352; bei d. Angriff geg. Bolingbroke 353; nicht in d. Regentschaft 371; sein Eintritt in d. Regierung Georgs I. 426. 439. 443; bei der Krönung 453; sein Tod 486.
- Whigs, die, Entstehung und Stellung der Partei 216.

- Whitelock, Bulstrode, Staatsmann der Revolutionsepoche 195.
- Whitelock, Sir William, üb. d. Proklamation für d. Neuwahlen 1715, 372.
- Whitham, General im königl. Heere bei Stirling 529. 531. 563. 567. 568.
- Wiclif, Joh., der Reformator 101. 102. 106. 107.
- Widdrington, Lord, Führer des Aufstandes in Northumberland 547; sein Prozess 596—602.
- Wightman, General im königlichen Heere 563. 566.
- Wilfried v. Northumberland 21.
- Wilhelm I., der Eroberer, König v. Engl. 35. 37. 38—45; seine Persönlichkeit 39; seine Krönung 41; Einrichtung seiner Regierung 41—45. 58. 59; seine Stellung zur Kirche 44. 54. 57; W. u. die Stadt London 74; sein Zug nach Wales 79.
- Wilhelm II., der Rote, König von Engl. 46. 79.
- Wilhelm III., König von England, Generalstatthalter der Niederlande, Schwiegersonn Jakobs II. 206; bereitet das Unternehmen geg. Engl. vor 209. 210; Landung in Engl. 210. 211; seine Stellung nach der Flucht Jakobs II. 212; beruft ein Parl., wird zum Könige erhoben 213; sein Verhältnis zu den Parteien u. zum Volke 217; sein Kampf geg. Ludwigs XIV. 218—19; seine Stellung zur span. Erbfolge, die Teilungsverträge 220—21; sucht die Seemächte für den Krieg geg. Frankr. zu gewinnen 224; schliesst die grosse Allianz 225; sein Tod 226—27; hat Marlborough als den geeigneten Fortsetzer seines Werkes bezeichnet 228; seine Anerkennung durch Ludwig XIV. 276; Würdigung seiner Regierung 281; W. u. die Thronfolge 283; erlässt die *Act of Settlement* 286; Anspielung auf ihn 289; sein Einzug in London 1697, 397; W. u. sein Hof 420; W. u. die Parteien 422. 424; seine Stellung innerhalb der Regierung 427; Bedeutung seiner Thronbesteigung 458; d. Blutbad v. Glencoe 581; W. u. d. *Triennial Act* 605; W. als Begründer des „alten Systems“ der auswärtigen Politik 622; W. als Vermittler im Türkenkriege 814—15.
- Wilhelm II. v. Oranien, Schwiegersonn Karls I. 213.
- Wilhelm, der Löwe, König v. Schottland 82.
- Wills, General, erzwingt die Übergabe bei Preston 551—54.
- Winchester, Entwicklung v., 75.
- Wintoun, Graf, Rebellenführer 548; Prozess geg. ihn 596—602; entflieht 604.
- Wishart, engl. Admiral 383. 690.
- Wolsey, Thomas, Kardinal, Berater Heinrichs VIII; seine Persönlichkeit 137; sein Verhältnis zu Katharina 137; seine Haltung in der Scheidungsfrage 138—39; sein Sturz 139.
- Woodville, Adelsgeschlecht 124.
- Worcester, Schlacht v., 193. 200.
- Wyatt, Thomas, Führer des Aufstandes 154, 147.
- Wyndham, Sir Will., torystisches Unterhausmitglied 360. 372—74. 389; verhaftet 536.
- York, Entwicklung der Stadt 75.
- York, das Thronrecht des Hauses 120.

Anhang.

In den folgenden Stücken ist durchweg die Orthographie modernisiert und die oft falsche Schreibung der Namen berichtigt worden.

No. 1.

Die englische Zivilliste und der deutsche Hof in London. (Vgl. S. 445.)

Ein Schreiben Bothmers an Goertz (British Museum. Stowe Collection 227. Hanover State Papers. 1692—1719. VI. Fol. 393.)

Extrait de ma lettre à Mr. A. B. de Goertz, Londres, le 27. août 1714.
7. sept.

Je vous supplie de ne pas songer à mettre le payement de vos tables ou aucune autre dépense pour la cour que vous amenez, sur la liste civile d'ici, cela serait indirectement contre la loi qui exclut les étrangers des charges et émoluments d'ici, et bien loin d'espérer pour l'avenir un adoucissement à cette loi, une telle prétention aigrirait les esprits et ferait naître la pensée de la rendre encore plus forte, voyant que nous prétendons l'é luder comme la France élude ses traités.

Si le roi paye de ses finances d'Hanovre toute sa cour qu'il en amène, cela lui fera un bien infini dans l'esprit et dans le coeur de la nation, cela montrera son désintéressement, sa générosité, sa droiture et son bon ordre en toute chose. La seule proposition de mettre cette dépense sur la liste civile lui ôterait non seulement cet avantage et donnerait de lui une idée tout à fait opposée, mais causerait encore de grandes difficultés auprès du Parlement prochain, pour l'augmentation de cette liste civile, que sans un tel contretemps on a lieu d'espérer aussi bien que l'adoucissement de la loi dont je viens de parler. On peut être assuré outre cela, que cette prétention d'entretenir ici aux dépens de l'Angleterre notre cour d'Hanovre ne sera point accordée, et au lieu d'attribuer alors à la générosité du Roi, qu'il fait cette dépense de ses finances électoraux, on l'attribuera uniquement au refus d'ici. Comme vous répondez vous-même à l'argument tiré des coutumes de la cour de France, je n'ai plus rien à dire là-dessus, vous jugerez bien aussi qu'on ne serait pas bien venu auprès des Anglais de leur alléguer un exemple français pour l'imiter. Je me flatte que vous trouverez mes raisons si bonnes, qu'on ne parlera jamais de cette proposition.

No. 2.

Bonets Beschreibung des englischen Hofes nach dem Thronwechsel von 1714. (Vgl. S. 403 ff.) (Geh. Staats-Archiv.)

„Für die Regierung Georgs I.“, sagt Ranke (Engl. Gesch. 9, 43) von den Berichten Bonets, „sind seine Nachrichten von großem Wert,

und verdienen eine ausführlichere Mitteilung.“ Man wird dieses Urteil durch die in No. 2 und No. 4 des Anhangs gebotenen Proben wohl bestätigt finden.

A Londres ce vendredi 24. déc. 1714.
4. jan. 1715.

Comme j'ai tâché de ne rien omettre dans mes relations de ce qui peut influer sur les affaires d'État, j'apporterai à présent la même attention pour satisfaire à l'ordre qui m'a été donné de marquer le petit détail de cette nouvelle cour.

On ne peut dire qu'elle soit fertile en intrigues, sauf celles qui regardent les charges, et qui ont été assoupies dès qu'elles ont été conférées, les Torys en ayant pour ainsi dire été exclus dès le commencement, les brigues à la cour ont été l'occupation des Whigs, comme elles ont été la tâche des Torys dans les provinces pour les élections, afin de faire le dernier effort en parlement pour renverser tout le ministère, et tout le plan que Sa Majesté a formé.

On est tombé dans un écueil à l'égard de l'un et l'autre parti. On a trop affecté d'éloignement pour les Torys, et on n'a pas fait à tous égards un assez grand choix des Whigs. L'alliage de ces deux partis est effectivement difficile, mais bien des gens ont été surpris de ce qu'on a refusé au chevalier baronnet Thomas Hanmer, époux de la duchesse douairière de Grafton, la place d'un des lords de la chambre du lit du roi qu'il recherchait, sous couleur que ces places n'ont jamais été données qu'à des lords, mais comme il est de meilleure famille que plusieurs d'entre eux, qu'il a un air revenant, poli, qu'il est bel esprit, et grand orateur, et qu'il a surtout un grand parti parmi les Torys, tous ceux-ci ont participé à son mécontentement, et ont jugé que la cour avait peu de confiance en eux, puisqu'elle rebutait un homme de ce rang. Ce préjugé s'est beaucoup fortifié par la manière dont on a usé envers le duc d'Ormond: Il est vrai que sa grande naissance, et un certain port noble fait son plus bel apanage, mais il est populaire, très considéré par l'université d'Oxford dont il est chancelier, et l'homme qui entend le mieux à faire les honneurs d'une cour; cependant, sans réfléchir sur ces choses on l'a dépouillé généralement de tous ses emplois pour en revêtir le duc de Marlborough qui est estimé, mais non aimé; et par là la cour s'est attiré à dos les Torys, le peuple qui aime le premier de ces ducs, cette formidable université, et par-dessus tout le clergé, qui est un corps composé de gens plus attachés en bonne partie à l'épiscopat et à l'écorce de la religion qu'à la religion même, et qui par cette raison ne se faisait pas un épouvantail du prétendant. Cette corruption leur donne un penchant pour l'église romaine, et un éloignement pour les églises gouvernées par presbytères, en tant qu'ils regardent celle-là comme une église régie par des évêques, qu'ils disent être successeurs des apôtres, et les presbytériens comme des laïques, qui n'ont aucune légitime mission que celle qu'eux et leurs prédécesseurs se sont arrogée; d'où vient que les outrés d'entr'eux ne les croyaient pas en droit d'administrer les sacrements, ni ne croient celui qu'ils administrent valide. Selon leur système quiconque n'est pas batisé par un ministre ordonné par un évêque n'est pas chrétien, ce qui a porté un ministre rigide de l'église anglicane de dire, que si c'était de son département d'officier dans la chapelle royale, il ne savait s'il pourrait donner la communion au roi.

. . . . Si les Torys trouvent que le roi a peu gardé de ménagements pour eux, qui sont plus considérables en fonds de terre que les Whigs, ceux-ci n'applaudissent pas non plus en tout au choix que Sa Majesté a fait de ses officiers. Et on ne peut disconvenir que, les grandes charges exceptées, la brigue n'ait eu plus de part que le mérite dans la distribution qu'on en a faite; on en a gratifié des gens de médiocres talents, tandis

qu'on en a laissé qui leur sont fort supérieurs, et qui avaient rendu des services réels à la succession.

On excuse cependant assez facilement cette conduite, parce que le roi ne pouvait connaître toutes ces personnes par lui-même, et qu'il y a bien des considérations qui ballacent souvent la différence du mérite de l'un à un autre. Mais on taxe de faiblesse cette multitude de charges conférées à une seule personne, ou à une seule famille qui prive Sa Majesté de se faire beaucoup de créatures, qui donne de la jalousie, et qui ouvre la porte à ceux d'un ordre inférieur de former de pareilles prétentions ou de faire les mécontents. Celui qui a été le plus ardent à en accumuler est le duc de Marlborough, qui n'a que son mérite personnel, et peu de crédit dans le pays à cause de son insatiable avarice, qui rend ses richesses, et même son amitié et ses bons offices inutiles à la société, parce que les premières sont ensevelies, et qu'il ne donne l'autre qu'à prix d'argent. Le roi voyant qu'il lui était impossible d'assouvir son avidité lui en fit un reproche adroit; Sa Majesté lui demanda un jour, si l'archevêque de Cantorbéry n'avait point de parents. Le duc répondit qu'il en avait. Je m'en étonne, reprit le roi, il a passé deux heures avec moi, sans me rien demander pour aucun. Le duc sentit cela, et devint plus modéré et plus retenu; en effet ce prélat qui, comme un bon Siméon attendait la délivrance de son église, en a soutenu les droits avec une fermeté exemplaire; et quoiqu'il soit le primat du royaume, qu'en ce poste il ait été en état de rendre de grands services, il a montré qu'il servait par devoir, pour le bien de la cause et non par intérêt.

On est aussi enclin à croire que le roi a manqué de prévoyance quand il conféra d'abord toutes les grandes charges aux premières têtes des Whigs, non que ce choix n'ait un bon côté, mais de ce que leur capacité est si supérieure que Sa Majesté s'est mise dans une dépendance d'eux, et qu'il ne connaît les choses que par eux; au lieu que s'il avait conféré quelques unes des charges en chef aux Torys, il aurait été mieux éclairé des affaires, et il aurait tenu en respect les uns par les autres.

La ressource qui reste au roi est celle de pouvoir passer d'un parti à un autre, mais ce serait un fâcheux expédient, qui lui serait autant pernicieux que déshonorable, surtout dans les commencements et vu l'âge mûr de Sa Majesté.

Sans contredit le roi serait plus maître, s'il possédait mieux les affaires de ce pays, et s'il en entendait la langue. Mais le défaut de connaissance de l'un et de l'autre contribuent encore à le rendre dépendant. Il ne peut conférer qu'avec ceux qui parlent français, et il y a d'excellentes têtes, comme celles du grand-chancelier, du baron de Somers, du grand juge Parker, du St. Walpole etc. qui ne l'entendent point, ce dont d'autres profitent.

C'est jusqu'à présent un secret que la première connaissance de toutes les affaires vient aux ministres d'État de Bernstorff et de Bothmer, mais il est incertain jusqu'où on s'en accommodera dans la suite, quand le fait sera connu: sans s'en embarrasser tous les soirs le duc de Marlborough et milord Townshend se rendent, à la faveur de la nuit, chez le dernier, et ce quadrumvirat règle tout. Le baron de Goertz, quoique voisin, n'y est jamais admis; ces deux ministres allemands ne confèrent aussi jamais avec lui sur les affaires du nord, parce qu'il est très-contraire au plan projeté sur ce sujet. L'opposition entr'eux va plus loin, tous les Torys recherchent son amitié, et tous les Whigs le regardent comme suspect, et s'attachent aux deux autres pour qui on a généralement plus de considération et d'estime.

Cette ignorance de la langue et des affaires, qui donne lieu à ces conférences nocturnes, n'a pas permis au roi d'abolir un conseil que

l'ignorance des affaires dans le chef a introduit sous le règne précédent. Je veux parler du comité du conseil du cabinet, composé des principaux officiers, qui s'assemblent en l'absence du roi, et qui minutent toutes choses, pour rendre compte ensuite du résultat à Sa Majesté en conseil. Cette nécessité où Sa Majesté est de continuer ce conseil le prive d'une infinité de lumières, ne lui fait voir que l'écorce de plusieurs affaires, et confère un grand pouvoir à ses ministres.¹⁾

Le comte de Nottingham se trouve d'ailleurs fort embarrassé par cette ignorance de la langue, en ce qu'il est obligé par sa charge de président de conseil de rendre à Sa Majesté compte des matières qui s'y agitent, et qu'il est très difficile de trouver toujours sur le champ des termes propres pour expliquer chaque chose, ou les lois du pays qui en sont la règle. Cela fait que Sa Majesté donne souvent son consentement à des choses qu'il n'entend pas bien, et dont il ne comprend pas toutes les raisons.

Il y a encore d'autres inconvénients qui naissent de cette ignorance de la langue. Celui de ne pouvoir converser avec ses sujets des provinces dans l'occasion, point essentiel pour se faire aimer. Celui de se servir de ses ministres pour entendre les requêtes de ses sujets et pour leur répondre. Celui de devoir se servir de la bouche du grand chancelier pour s'expliquer à sa nation assemblée en parlement. Celui de ne pouvoir lire dans leur original les lois qui comprennent les constitutions du royaume, ni les livres et les histoires qui par des exemples et des préceptes enseignent l'art de régner.

Nonobstant cette ignorance de l'anglais, on assujettit le roi à ne fréquenter que sa chapelle anglaise. Sa Majesté s'y rend tous les dimanches matin, mais sans pouvoir entendre que très-peu de la liturgie, et beaucoup moins du sermon. Le comte de Nottingham, homme dévot, attaché à sa religion, voulait bien que le roi se conformât en toutes choses aux rites de l'église anglicane, mais qu'il se servit de ministres allemands ou français, qui seraient ordinés par des évêques, et qui suivissent exactement l'usage établi par les canons, mais son sentiment n'a pas prévalu.

La maxime des rois d'Angleterre a été d'être en exemple de piété; d'avoir les prières soir et matin faites par un chapelain, de faire bénir les viandes aussi par un chapelain, d'aller tous les dimanches et toutes les grandes fêtes à l'église, de communier tous les mois; la feuë reine observait fort régulièrement tous ces devoirs, cela lui attirait le respect de ses sujets, et le roi Charles deux qui n'était rien moins que bigot, faisait par politique ce que d'autres faisaient par piété; mais les rigides Anglais se plaignent de ce que le roi se contente d'assister une fois par semaine au service divin; de ce que ses chapelains sont sans fonction, de ce que le prince de Galles ne pousse pas plus loin la dévotion; mais ils se louent de la princesse qui se rend régulièrement tous les matins à la chapelle à l'heure de la prière, quoiqu'elle s'en absente le soir.

1) Die obigen, für die Geschichte des englischen Kabinetts so wichtigen Sätze habe ich zuerst in diesem Bande auf Seite 440) veröffentlicht und sie später auch an anderer Stelle (Zeitschrift für Politik 6, 568) wieder abgedruckt. Sie sind in den seither dem Thema der englischen Kabinettsregierung gewidmeten Arbeiten englischer und amerikanischer Forscher viel erörtert worden. Ich teile sie hier in dem Zusammenhange des ganzen Bonetschen Berichts noch einmal mit. Auf die Sache aber gedenke ich im dritten Bande meines Werkes ausführlich zurückzukommen.

Zugleich möchte ich an dieser Stelle eine Berichtigung anbringen. Die hergebrachte und auch im Text S. 439 vertretene Anschauung, die Unkenntnis des Englischen habe Georg I. aus dem Kabinetts getrieben, ist heute nicht mehr haltbar. Im Wiener Staats-Archiv habe ich einen Bericht Hoffmanns gefunden, dessen Ausdrucksweise keinen Zweifel darüber lässt, dass, wenn Georg I. die Minister im Kabinette um sich versammelte, dasselbst überhaupt nicht Englisch, sondern wahrscheinlich Französisch gesprochen wurde. Auch diese Frage soll im dritten Bande ausführlicher behandelt werden. Hier verweise ich nur auf meine schon zitierte Untersuchung in der Zeitschrift für Politik 6, 549 ff.

C'est aussi celle des trois qui gagne le plus dans l'esprit du peuple par le soin qu'elle a de parler sa langue, quoiqu'elle ne la parle pas fort correctement, cependant, comme elle n'en est pas fort maîtresse, non plus que le roi et le prince, le théâtre commence à changer de nature. Pour divertir Sa Majesté et Leurs Altesses Royales, on néglige les pièces ingénieuses pour donner dans le spectacle, dans les machines, dans les dances, les décorations, les farces, et autres choses qui récréent plus les sens que l'esprit.

Mais si le roi a le malheur de ne pas parler l'anglais, on l'excuse sur son âge, et sur ses affaires, et son bon esprit rectifie bien des choses. D'ailleurs il se familiarise d'une autre manière par la coutume qu'il a d'aller presque tous les soirs sans bruit ou à l'opéra, ou à la comédie, ou en quelque maison particulière où sont quelques dames, dont madame de Kielmannsegge est toujours du nombre, et quelques hommes. Là il joue à petit jeu à l'hombre, il y soupe, et il s'y comporte avec une douceur, une affabilité, et une grâce qui ne gêne personne, et par ce moyen Sa Majesté apprend bien des choses. Elle se récréé, et Elle se fait des amis, mais cela l'a aussi engagé à accorder des charges à des gens qu'on n'en croit pas les plus dignes.

Tandis que le roi va d'un côté, le prince va d'un autre pour y jouer et y souper, mais jamais avec Sa Majesté. La princesse qui reste seule, tient cercle lorsqu'elle ne va pas à l'opéra ou à la comédie, et reçoit très-obligeamment le monde à sa cour. Elle ne joue à la bassette que par complaisance, et dès qu'elle a mis une compagnie en train, elle la quitte pour aller jouer au piquet dans une autre chambre: et si le roi et le prince ne sont pas de quelques soupers particuliers, ils se rendent pour une demie heure, ou une heure au cercle de madame la princesse, mais sans s'y asseoir, ni y jouer. Une chose en quoi elle ne consultait pas le génie de la nation, et qu'elle s'éloignait de sa bonté naturelle, est que trouvant sa cour mêlée de dames de tout ordre, elle voulait n'y recevoir que les dames titrées, mais le roi s'y est opposé, parce que ce serait offenser toute la chambre basse, et toute la petite noblesse du pays qui fait le gros de la nation, et qui souvent ne le cède pas en antiquité à celle qui est titrée.

La vivacité de madame la princesse plaît aux dames, et est bien reçue des hommes; mais celle du prince ne quadre pas assez avec le phlegme anglais, pour avoir le même applaudissement. On voudrait aussi qu'il s'attachât plus à l'anglais et aux affaires qu'il ne fait; d'ailleurs on rend justice à ses autres bonnes qualités, surtout à l'attachement qu'il a pour la princesse son épouse, à une certaine franchise et liberté d'esprit avec laquelle il s'exprime, et à la bonté qu'il a de tenir cour tous les jours pendant une demie heure avant dîner.

Le prince et la princesse ont ainsi leurs jours de cour réglés, mais le roi n'en a encore aucun. On ne le voit ni à son lever, ni à son dîner, ni à son souper, ni à son coucher. Seulement pendant quelques minutes à son retour de la chapelle. et cela en s'arrêtant dans un passage de chambre bordé de part et d'autre d'une double haie de courtisans qui le touchent de tous côtés, en sorte qu'il n'y a pas dix personnes de qui il remarque les visages, et à qui il peut parler. Au lieu que sous les règnes précédents, le roi ou reine se rendaient vers la cheminée, là on faisait un grand demi-cercle devant eux, qui donnait lieu à ces princes d'être vus et de voir beaucoup plus de monde.

Comme Sa Majesté ne paraît point en public, on ne lui parle point d'affaires que dans une audience formelle, après y avoir préparé le secrétaire d'État, et avoir fait avertir le maître des cérémonies. Et cette retraite que la nature des affaires présentes fait tolérer, ne serait pas bien prise dans un autre temps.

La coutume que le roi a constamment observé de manger seul avec ses deux Turcs, sans se faire servir à genoux par les lords de la Chambre du lit, et de manger dans la même Chambre ou il couche, et d'aller toujours sans le prince partout où il va, de ne se parler presque jamais, du moins en public, même de se placer à la comédie dans une loge différente de celle de Leurs Altesses Royales, fait soupçonner s'il n'y a point quelque froideur entre le père et le fils.

Mais ce qui choque plus que tout, ce sont les grandes familiarités que la duchesse de Shrewsbury, dame italienne et dont la réputation n'est pas des mieux établie, affecte de prendre avec le roi en public et en particulier. Comme cette dame est sur le retour, on ne la taxe pas de galanterie, mais tout le monde observe qu'elle ne veut manger que ce que le roi touche, ou que des plats dont on le sert; qu'elle lui parle avec plus de hardiesse que de respect; et on ne fut pas peu surpris qu'elle fit venir un soir à la comédie dans sa loge, où était le roi, la chanteuse Sanclos, en ses habits de théâtre, et lui mettant la main sur le sein, lui dit devant bien des témoins, voilà, Sire, une belle gorge. Les familiarités de cette duchesse donnent beaucoup à penser, mais on ne s'explique pas davantage.

Il y a encore à remarquer que l^e roi a des maximes toutes différentes de ses prédécesseurs, et même du roi Guillaume qui était étranger comme Sa Majesté. Elle a choisi ses officiers d'entre les Anglais, chacun se rend à la cour, quand il est de semaine, mais pas un n'en fait les fonctions, comme s'ils n'étaient nommés que pour la forme, et pour avoir des appointements. Il ne se fait servir que par ses officiers allemands, et surtout ses deux Turcs, à l'habit desquels on est si peu accoutumé que le peuple les croit encore mahométans, et s'offense de les voir à la cour. Il est vrai qu'aucun des Allemands n'est sur l'état de la Grande-Bretagne, que ce sont les Anglais seuls, mais s'il se confiait entièrement en ceux-ci, et s'il ne se servait que d'eux, la liaison serait plus grande entre le chef et les membres. Le prince en use à peu près de même, mais madame la princesse se sert des femmes de chambre anglaises, ce qui la fait aimer.

Sa Majesté a sa maison et celle de Leurs Altesses Royales fort remplie d'officiers, mais Elle n'a point voulu avoir de premier lord de la chambre du lit, afin que la grande assiduité de cet officier ne lui fût pas un espion incommode. Et Elle n'a point non plus nommé de trésorier de la bourse-privée, où il entre 26000 £ par an, afin qu'on n'entrât pas si aisément dans ses secrètes dépenses ou épargnes; le baron de Bothmer en fait secrètement la charge.

Tout le monde convient que le roi est un prince d'ordre et fort économe. Cependant il paye le logement, et il donne une subsistance à tous ses officiers allemands, et cela d'une manière convenable à leurs postes, et à la cherté de ce pays, ce qui va assez loin toutes les semaines.

La dépense de la maison de Sa Majesté est à quelques égards du triple plus forte que celle de la feuë reine. Elle ne dépensait par exemple que 6 à 7 £ par jour en bougie, et on en dépense à présent pour vingt livres. Les tables de la reine revenaient à 26 et 27 £ par jour sans le vin, celles du roi vont à 82 et 83 aussi sans le vin. Il en sera bientôt de même de la dépense des écuries. Enfin la dépense va si loin que, le comte de Halifax a compté que celle de cette année, y compris les frais du deuil, de l'enterrement de la feuë reine, et du couronnement du roi, ira à 900 000 £ et cependant les revenus qui lui sont assignés pour soutenir le gouvernement civil, sont les mêmes que ceux de cette princesse, et ces revenus n'ont monté pendant les 10 premières années de son règne qu'à 590,999. 6. 4 sterling par an, et les trois dernières années qu'à 549,215. 10. 9, une année portant l'autre. Elle n'avait point d'apanage à donner, et cependant Elle s'était endettée de 5 à 600,000 £ pour l'acquies desquelles on a fait une lotterie, mais pour le paiement de laquelle il faut lever

annuellement 35,000 £ des plus clairs revenus de cet état civil. Il est encore vrai qu'il y a sur cet état pour 130,000 £ sterling par an de pensions, sur lesquelles le roi ne s'est pas encore expliqué.

No. 3.

Königin Anna und Georg I., eine Spottschrift.

(Record Office, State Papers Domestic. George I. Bundle 3. No. 24.)

Pasquin to the Queen's Statue at St. Paul's, during the procession, Jan. 20. 1714.

Behold he comes to make thy people groan,
And with their curses to ascend thy throne;
A clod-pate, base, inhuman, jealous fool,
The Jest of Europe, and the factions' tool.
Heav'n never heard of such a right divine,
Nor Earth e'er saw a successor like thine:
For if in sense or Politicks you fail'd,
'Twas when his busy long succession you entail'd.

Let the ungrateful Wretch think what you've done
For all his beggard race, and bastard son.
See his mock daughter and her offspring shine
In all those blazing Brilliants that were thine:
Drunk with incestuous lust, the cunning jilt
Pretends Religion to conceal her guilt.

Had you, great Queen, ne'er broke the Nation's Laws,
And wronged your brother and your brother's cause
Ne'er by the Hell-born faction been dismay'd,
By fools deluded, or by Knaves betray'd;
Br(uns)wic(k) a petty Prince had still remain'd;
By mercenary troops his Court maintain'd,
And over Slaves and German Boobies reign'd.

No. 4.

Bonets Mitteilungen über Georg I. und seinen Hof im Sommer 1716. (Vgl. S. 615.) (Geh. Staats-Archiv.)

Die folgende, mit so großer Offenherzigkeit gegebene Schilderung ist vermutlich, ebenso wie die in No. 2 mitgeteilte, auf besonderes Verlangen des preussischen Königspaares niedergeschrieben. Dabei ist wohl zu beachten, daß das Schriftstück in dem Augenblick nach Berlin gesandt wurde, als Georg I. nach dem Festlande abgereist war. Sophie Dorothea und Friedrich Wilhelm sollen ein klares Bild von der Rolle erhalten, die ihr Vater und Schwiegervater, den sie bald persönlich zu treffen erwarten, inmitten seiner englischen Hofgesellschaft spielt. Daran ändert es nichts, daß aus Gründen der Politik (Vgl. Bd. 2, 455) diese Zusammenkunft nicht zustande kam.

A Londres ce mardi $\frac{17.}{28.}$ juillet 1716.

Réflexions diverses sur le roi et la maison royale.

Sire.

Je vois par le rescrit de Votre Majesté du 7^e de ce mois que ceux-là ont fort grossi les objets qui ont prétendu que le prince de Galles s'était entièrement jeté dans le parti des Torys et qu'il se détachait des Whigs. Ceux-là n'ont pas même considéré qu'il n'a ni la liberté ni la disposition d'esprit à cela.

Il n'en a pas la liberté, parce qu'il doit être soumis au roi et rapporter tout à lui comme au centre: qu'on étudie de plus près sa conduite que celle d'un sujet d'un rang inférieur: Et s'il ne peut avoir pas même un valet de pied que de l'agrément de S. Maj.; on lui permettrait bien moins de prendre un parti contraire aux mesures du roi.

Mais S. A. R. n'est pas portée de cet esprit, je ne lui ai jamais ouï parler des affaires d'État, ce qui est arrivé fort souvent, qu'avec la déférence due. Elle est assez éclairée sur les sentiments des Torys rigides, pour savoir que la mortification de n'avoir pas les emplois les a jeté dans le mécontentement, dans le murmure, dans la rébellion. Ces rigides ne pardonnent pas au prince sa vivacité, ni ce qu'ils appellent emportement en lui, ils l'aiment, disent-ils, bien moins que le roi; et ils sont irrités de ce qu'en parlant des Whigs, il dit nos amis, ce qu'ils regardent comme une réflexion contre eux-mêmes, et ce qu'ils ne croient pas convenir à un prince de son rang.

Il est vrai qu'il y a une froideur manifeste entre le roi et le prince; ils ne se parlent pas l'un à l'autre; ils ne se sont jamais rendu dans les appartements l'un de l'autre; ils n'ont jamais mangé ensemble; ils n'ont jamais été ensemble ni dans des maisons royales ou particulières, ni dans des promenades, ni à la chasse, mais seulement au conseil, à la chapelle, et le soir au cercle de madame la princesse, sans se parler: Mais il faut que cette froideur soit antérieure à leur arrivée en ce royaume, n'étant rien survenu ici qui ait pu les causer.

Ce qui les a fortifiés dans ce préjugé est le genre de vie que le roi a mené pendant les 22 mois qu'il a été ici, différent de celui des rois ses prédécesseurs, et de celui qu'il menait lui-même à Hanovre.

Renfermé dans son palais de St. James, ou pour mieux dire dans une chambre et un cabinet, les autres appartements étant pour les courtisans, S. M. n'en est point sortie pour aller à Kensington, à Hampton Court, ou à Windsor, qui sont spacieux, plus commodes, et qui ont un air plus royal. Dans cette chambre Elle couchait et Elle mangeait, et dans le cabinet voisin Elle donnait des audiences. Elle ne s'est fait point de plan pour destiner certains jours aux affaires, et d'autres à la récréation, et à l'examen de ce qu'on lui représentait dans ces audiences.

Elle avait établi des seigneurs pour gentilhommes de la chambre du lit, qui auraient dû la servir à table, et d'autres gentilhommes inférieurs pour l'habiller, mais Elle n'a voulu recevoir ces services ni des uns ni des autres, et Elle n'a voulu les recevoir que de ses Turcs, et de ses valets de chambre allemands.

Elle restait seule tous les matins dans cette chambre jusqu'à midi qu'elle passait dans le cabinet pour y donner des audiences à ses ministres d'État des deux nations jusqu'à deux heures, qu'Elle se mettait à table pour dîner; après le dîner Elle se promenait seule dans le jardin de St. James, où Elle se rendait chez la duchesse de Munster, et le soir au

cercle de madame la princesse, jusqu'à minuit, ou bien à l'opéra où Elle se rendait dans une chaise de louage incognito dans une loge particulière; ou chez madame de Kielmansegge, ou bien Elle soupaît avec le grand maréchal, l'abbé Conti etc. et il arrivait très-rarement que ses ministres d'État lui parlassent les après-dîners.

Pendant un temps S. M. a soupé chez quelques seigneurs anglais; Elle s'y rendait toujours dans une chaise de louage, mais ceux qu'Elle honorait de Sa présence songeaient plus à obliger leurs amis, qu'à chercher une compagnie agréable à S. M., et rarement ils La laissaient sortir sans en avoir obtenu quelque grâce.

Les affaires dont ses ministres anglais l'entretenaient dans les audiences journalières roulaient sur des disputes de parti, sur leurs intérêts ou ceux de leurs amis, sur la rébellion, sur des lois et coutumes, ou sur des personnes inconnues à Sa Maj., ce qui leur a donné l'occasion d'exercer une grande autorité, sans être beaucoup contrôlés, parce que le roi se confiait en eux. Dans la distribution qu'ils ont faite des emplois, ils ont apporté une particulière attention à avancer leurs proches, leurs amis, ceux de leur parti, et lorsque ces avancements se sont trouvés en opposition avec ceux que le roi leur recommandait, ils ont trouvé moyen d'é luder les prétentions de ceux qui voulaient parvenir aux emplois par un autre canal que le leur.

Ce qui a encore fait penser que le roi avait plus d'affection pour son électorat que pour son royaume, est le soin qu'il prend que le prince Frédéric, qu'on souhaiterait fort ici, soit élevé à Hanovre pour y attacher son coeur et ses inclinations dès sa jeunesse, et qu'on n'a songé d'envoyer quelqu'un pour lui apprendre l'anglais qu'à présent. Ce qui a fait dire à quelques uns qu'ils seront toujours sous la domination d'étrangers, qui ne parleront jamais bien leur langue, et qui ne connaîtront jamais la constitution du royaume.

Ils font une autre plainte, ils disent qu'il manque à la cour une certaine gravité et majesté, ou un certain caractère de grandeur et de supériorité qui fait révéler les puissances souveraines. Ils approuvent la douceur et la grâce répandues dans les manières du roi, du prince et de la princesse, mais ils voudraient qu'elles fussent tempérées d'une certaine réserve. Ils trouvent par exemple que le roi Guillaume savait mieux inspirer du respect et garder son rang que le roi George; et les dames disent qu'elles se trouvaient plus honorées d'un mot que leur disait la reine Anne avec son air de grandeur, que de tous les longs et affables discours que leur tient madame la princesse.

Une chose, ajoutent ces mêmes Anglais, ramènerait bien des gens, c'est si le roi entreprenait quelque chose de populaire, qu'il fit par exemple quelque bâtiment public pour sa propre commodité à St. James et qu'il laissât quelque monument pour montrer qu'il aime et nous et notre pays: qu'il se communiquât à ses sujets: qu'il mangeât en public: qu'il voyageât dans les provinces: et qu'il se conformât à notre génie, qui est d'amasser de l'argent pour le dépenser. On connaîtrait par là, disent-ils, le caractère du roi, bien mieux que par les alliances et les affaires que ses ministres traitent avec les cours étrangères. . . . Telle est la liberté avec laquelle on s'explique par deçà.

No. 5.

Der Entschluß zur Vernichtung der spanischen Flotte.

(Vgl. S. 808—9.)

Zwei Briefe des Staatssekretärs Craggs an Admiral Byng, in französischer
Übersetzung.

(Beilagen zu Pendtenriedters Bericht vom 9. Aug. 1718. Wiener Staats-Archiv)

1. Whitehall, 2/13. Juli 1718.

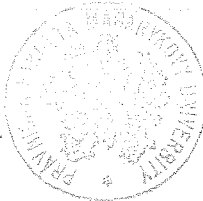
. . . Pour cet effet, vous ne perdrez aucune occasion de trouver les Espagnols, de vous jeter parmi eux et les joindre, afin de prévenir, autant qu'il sera possible, qu'ils ne commettent aucunes hostilités, qu'ils ne fassent aucune descente ou n'entreprennent aucune chose qui puisse donner atteinte au repos public et rendre les bonnes intentions de S. M., pour accommoder les affaires, impraticables et sans effet. Vous suivrez de près et à la vigueur vos instructions et observerez soigneusement les moyens qui y sont prescrits pour tenir en bride les Espagnols et les détourner d'aucune entreprise qui doit naturellement engager le reste de l'Europe dans une guerre.

2. Whitehall, 14/25. Juli 1718.

. si vous receviez les instructions d'attaquer la flotte espagnole, vous ne vous amusez pas à commencer à prendre quelques vaisseaux simplement, mais, le premier coup que vous frapperez, vous tâcherez de détruire toute leur flotte, puisque la conséquence ne sera qu'égale à notre commerce à présent, et si on peut tout à fait supprimer leurs forces maritimes, les conséquences en seraient très avantageuses pour l'avenir, car il est très-évident, que s'ils augmentent leurs forces maritimes, notre commerce dans ces quartiers-là se perdra tout à fait avec le temps, aussi bien qu'en temps de guerre. (— — — noch einmal, falls er zu Feindseligkeiten schreite): vous tâcherez au premier coup que vous frapperez de détruire tout à la fois toute leur flotte.

SEMINÁRNÍ

Hist.-práv.



KNIHOVNA

oddělení